

**Beiträge**  
**zur Geschichte des Parlamentarismus**  
**und der politischen Parteien**  
*Band 52*



*Dieter Langewiesche*

Liberalismus und Demokratie  
in Württemberg zwischen  
Revolution und Reichsgründung

*Herausgegeben von der Kommission für Geschichte  
des Parlamentarismus und der politischen Parteien*

DROSTE VERLAG · DÜSSELDORF

**1974**

**© Kommission für Geschichte des Parlamentarismus  
und der politischen Parteien in Bonn-Bad Godesberg**

**Gesamtherstellung:**

**Rheinisch-Bergische Druckerei- und Verlagsgesellschaft mbH  
Düsseldorf**

**Printed in Germany**

## Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG	11
A VORAUSSETZUNGEN UND AUSGANGSLAGE	
I. Zur Wirtschafts- und Sozialstruktur Württembergs (ca. 1820 bis ca. 1870)	27
1. Phasen der Wirtschaftsentwicklung	27
2. Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufstieg (1820—1850)	30
3. Forcierte Industrialisierung	50
II. Die bürgerlich-liberale Oppositionsbewegung am Vorabend der „bürgerlichen Revolution“	71
1. Parlamentarische Opposition und „Partei“ im Vormärz	71
2. Die Hungerkrawalle 1847: Vorspiel zur Revolution	84
B LIBERALISMUS UND DEMOKRATIE IN DER REVOLUTION VON 1848/49	
I. 1. Zur zeitgenössischen Revolutionstheorie und zum Typus der deutschen Revolution 1848/49	97
2. Das württembergische Bürgertum in der Revolution: ein Überblick	103
II. Die Organisation von liberaler und demokratischer Bewegung	108
III. Zur Sozialschichtung der bürgerlichen Bewegung	120
IV. Die Haltung zur Revolution	127
1. Die Haltung des Bürgertums bis zur Trennung von liberaler und demokratischer Bewegung	127
2. Demokratie und Revolution	133
3. Liberalismus und Revolution	145
4. Die liberale Legende von der revolutionären Demokratie	147
V. Republik und konstitutionelle Monarchie	151
1. Die Diskussion bis zur Trennung von Liberalismus und Demokratie: Taktik der Ausklammerung oder Kampf gegen die Republik?	151

2. Republik und konstitutionelle Monarchie in der Diskussion der Demokraten und Republikaner: entwickelte und transitorische Form der Demokratie . . . . .	160
3. Republik und konstitutionelle Monarchie in der Diskussion der Liberalen: „rote Gefahr“ und politisch-soziale Ordnungsmacht . . . . .	166
VI. Die nationale Frage . . . . .	180
1. Nationalversammlung und Reichsverfassung: Subordination oder partielle Abgrenzung? . . . . .	180
2. Der preußische Unionsversuch: Einheit und sozialkonservative Absicherung . . . . .	191
VII. Die „soziale Frage“ . . . . .	199
1. Vorrevolutionäre Interpretationen . . . . .	199
2. Definitionen von „Socialismus“ und „Communismus“ . . . . .	203
3. „Soziale Frage“ als „Arbeiterfrage“ . . . . .	206
4. „Soziale Frage“ als Gewerbefrage . . . . .	211

## C REAKTIONSJAHRE

I. Entpolitisierung und „entfesselte bürgerliche Erwerbstätigkeit“ . . . . .	223
1. Zur sozialen Zusammensetzung der Landesversammlungen und des ersten „Reaktionslandtags“ . . . . .	223
2. Die Zollvereinskrise in der öffentlichen Diskussion . . . . .	226
3. Rückzug ins wirtschaftliche Engagement . . . . .	231
II. Prinzipielle oder parlamentarische Opposition? . . . . .	247
1. Zur Politik der Demokraten: Von der prinzipiellen zur parlamentarischen Opposition . . . . .	247
a) „Kultus der Reichsverfassung“ . . . . .	247
b) Wendung zur „Realpolitik“ . . . . .	250
2. Die liberale „Taktik der Versöhnlichkeit“ . . . . .	257
III. Der Weg zur „Parteifusion“ . . . . .	262
1. Verfall zur informellen Existenz des politischen Vereinswesens . . . . .	262
2. Konflikt und Annäherung . . . . .	265
a) Politische Öffentlichkeit, Presse und Parlament . . . . .	265
b) Verfrühte Einigungsversuche . . . . .	266
3. „Parteifusion“ . . . . .	269
a) Nationale Bewegung und „deutschnationale Partei“ . . . . .	269
b) Liberal-demokratische Kooperation in der Gemeindepolitik . . . . .	276
c) Liberal-demokratische Zusammenarbeit in den Wahlen von 1855 und im Landtag . . . . .	279

**D POLITISCHE MOBILISIERUNG DES BURGERTUMS  
SEIT 1859**

I. Nationale Bewegung und Formierung der Parteien (1859—1866) . . . . .	285
1. Liberal-demokratische Einheit durch Ausklammern national- und innenpolitischer Streiffragen . . . . .	285
a) Die Auswirkungen der europäischen Krise von 1859 . . . . .	285
b) Nationalverein und Reformverein in Württemberg . . . . .	290
c) Vor der Spaltung des liberal-demokratischen Bürgertums . . . . .	306
2. Die Spaltung der Fortschrittspartei . . . . .	309
a) Schleswig-Holstein-Agitation: Zusammenarbeit und Trennung . . . . .	309
b) Zwang zur politischen Neuorientierung . . . . .	311
c) Von der Fortschritts- zur Volkspartei . . . . .	317
d) Bis zur Gründung der Deutschen Partei . . . . .	324
II. Organisation und Struktur von Volkspartei und Deutscher Partei . . . . .	335
1. Lokalorganisationen . . . . .	335
2. Landeskomitee . . . . .	345
3. Landes- und Vertrauensmännerversammlungen . . . . .	348
4. Die Parteipresse . . . . .	349
5. Die Fraktionen . . . . .	352
6. Zusammenarbeit mit Parteien in anderen deutschen Ländern . . . . .	358
a) Die württembergischen Demokraten und die Deutsche Volkspartei . . . . .	358
b) Organisationsbestrebungen süddeutscher National-liberaler . . . . .	363
7. Parteitypen . . . . .	367
III. Zur Sozialschichtung der bürgerlichen Parteien . . . . .	370
IV. Deutsche Partei: Von der liberalen Partei zur nationalen Sammlungsbewegung . . . . .	378
1. Im Spannungsfeld zwischen „nationaldemokratisch“ — „nationalliberal“ — „nationalkonservativ“ . . . . .	378
2. Nationalkonservative Dominanz . . . . .	392
V. Volkspartei: Demokratischer Föderalismus und antipreußische Sammlungspolitik . . . . .	410
1. Preußenhaß und Internationalismus . . . . .	410
2. Ad-hoc-Koalitionen und negative Allianzen . . . . .	416
VI. Wirtschaftspolitik und Parteipolitik . . . . .	424

## SCHLUSSBETRACHTUNG:

### KONTINUITÄTEN UND DISKONTINUITÄTEN

444

### Tabellen und Abbildungen

Staatshaushalt 1820/21—1869/70 . . . . .	33
Steuern und Zölle 1820/22—1869/70 . . . . .	34
Betriebsgrößen 1835/36 . . . . .	41
Städte: Einwohnerzahlen und Wachstumsraten 1823—1871 . . . . .	44—45
Konkursverfahren 1840/47—1871 . . . . .	49
Beschäftigte im Handwerk 1835—1861 . . . . .	56
Tagelöhne 1830/39—1872 . . . . .	57
Lohn-Preis-Anstieg 1830/39—1872 . . . . .	59
Reallohnverlauf 1830/39—1872 . . . . .	59
Nahrungsmittelpreise — Lohnentwicklung 1846—1864 . . . . .	62
Ernteaufälle durch Kartoffelkrankheit 1848—1854 . . . . .	63
Landwirtschaftliche Betriebsgrößen 1857 . . . . .	64
Entwicklung des Eisenbahnverkehrs 1852—1860 . . . . .	69
Sozialschichtung der Abgeordneten-kammern 1820—1848/49 . . . . .	73
Sozialschichtung von liberaler und demokratischer Bewegung 1848/50 . . . . .	121—122
Sozialschichtung der Abgeordneten-kammern 1849—1870 . . . . .	225
Sozialschichtung von Nationalvereinsgruppen . . . . .	303
Ortsvereine der Volkspartei und der Deutschen Partei 1865—1870 . . . . .	340
Sozialschichtung der Parteien 1866/70 . . . . .	372
Literaturverzeichnis . . . . .	456

## Abkürzungen

ADB	Allgemeine Deutsche Biographie
BA	Bundesarchiv
Beob.	Der Beobachter
DC	Demokratische Correspondenz
DZAP	Deutsches Zentralarchiv Potsdam
GLA	Generallandesarchiv Karlsruhe
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
Hs, hs	Handschrift, handschriftlich
HSTAS	Hauptstaatsarchiv Stuttgart
HZ	Historische Zeitschrift
IWK	Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz
Jb, Jbb	Jahrbuch, Jahrbücher
KZfSS	Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie
LB	Landesbibliothek
ms	maschinenschriftlich
NDB	Neue Deutsche Biographie
NL	Nachlaß
NPL	Neue Politische Literatur
OA	Oberamt
PVS	Politische Vierteljahresschrift
PW	Politisches Wochenblatt
StA	Stadtarchiv
StAS	Stadtarchiv Stuttgart
STA	Staatsarchiv
STAL	Staatsarchiv Ludwigsburg
STAP	Staatsarchiv Potsdam
SVZ	Schwäbische Volkszeitung
SZ	Schwäbische Zeitung
UB	Universitätsbibliothek
VO	Verordnung
VSWG	Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
WJbb	Württembergische Jahrbücher
WZ	Württembergische Zeitung
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
Zs	Zeitschrift
ZWLG	Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte



## Einleitung

Die Diskussion um den deutschen Liberalismus ist seit längerem weitgehend verstummt<sup>1</sup>. Lothar Galls große Darstellung des „Liberalismus als regierende Partei in Baden“ (1968) bildet eher eine Ausnahme als ein Indiz dafür, daß sich das Interesse der Historiker wieder stärker dem Liberalismusproblem zuwenden würde<sup>2</sup>. Dieses Desinteresse gilt insbesondere für die Entwicklung des Liberalismus bis zur Reichsgründung — eine Zeit, in der dieser große und folgenreiche Wandlungen erfuhr. Die Epoche zwischen der gescheiterten Revolution von unten und der erfolgreichen „Revolution von oben“ scheint überhaupt an die Peripherie des Forschungsinteresses zu rücken. Da die Kontinuität des deutschen Nationalstaats von 1866/71 bis 1933/45 auf Grund der Ereignisse in unserem Jahrhundert problematisch geworden ist<sup>3</sup>, begann man zwar die Forschungsergebnisse der älteren Historiographie zum Kaiserreich kritisch zu revidieren, doch zugleich ließ diese Kritik am überlieferten deutschen Geschichtsbild die Vorgeschichte des kaiserlichen Deutschlands in erstaunlich starkem Maße unberücksichtigt. Die Frage, „ob nicht in einer sozialgeschichtlich erfaßbaren Tiefenschicht die Gemeinsamkeiten und Kontinuitätselemente der preußisch-deutschen Großmacht seit Königgrätz überwiegen“<sup>4</sup>, war gewiß überfällig; ihre Beantwortung ist notwendig zur Korrektur einer Geschichtsschreibung, die die deutsche Geschichte einseitig und zwangsläufig auf 1866/71 hin zulaufen sah und zwischen dem Bismarckschen Nationalstaat und den chauvinistischen Übersteigerungen im 20. Jahrhundert nur eine tiefe Zäsur, aber keine

1 Das konstatiert auch Gall, *Liberalismus*, S. XII.

2 Neben Galls Arbeit sind zu nennen Eisfeld, *Entstehung liberaler Parteien, 1858—1870*; Eichmeier, *Anfänge liberaler Parteibildung, 1847—1854*; nach Abschluß dieser Arbeit erschien: Hope, *Alternative to German Unification*. Hope untersucht unter diesem gewiß zu hoch gegriffenen Titel vornehmlich kurzlebige großdeutsche Gruppierungen vorwiegend katholischer Prägung (Reformverein, Großdeutsche Partei in Mainz, Hessenverein) und daneben die Parteibildung großdeutscher Demokraten 1864—1866 (Deutsche Volkspartei). Eisfelds Darstellung setzt zu spät ein, um die Entstehungsphase der Parteien erfassen zu können (vgl. dazu neben Eichmeier auch Boldt, *Anfänge des deutschen Parteiwesens*). Zu der von Sell (*Tragödie des deutschen Liberalismus*) angeregten Diskussion der 50er Jahre, die seitdem nicht fortgesetzt wurde, vgl. vor allem Bußmann, *Liberalismus im 19. Jh. (1958)*, Schieder, *Liberalismus und Strukturwandlungen (1955)*; ders., *Krise des bürgerlichen Liberalismus (1954)*; vgl. auch Holborn, *Deutscher Idealismus (1952)*; Kohn, *Wege und Irrwege*; neuerdings: Neumüller, *Liberalismus und Revolution*.

3 Vgl. vor allem Hillgruber, *Zwischen Hegemonie und Weltpolitik*; ders., *Kontinuität und Diskontinuität; Stürmer, Bismarcks Deutschland*; Sauer, *Problem des deutschen Nationalstaats*; Schieder, *Deutsches Kaiserreich als Nationalstaat*; ders., *Deutsches Reich in seinen nationalen und universalen Beziehungen, 1871—1945*; Rothfels, *Zur Krise des Nationalstaats*.

4 Stürmer, *Bismarcks Deutschland*, S. 12.

Kontinuitätselemente wahrzunehmen vermochte<sup>5</sup>. Dieser Blick auf die Kontinuitätsstränge führte aber, so berechtigt er ist, zugleich zu einer Verengung des Erkenntnishorizonts. Denn angesichts der Fixierung auf die Kontinuitätslinien in der nationalstaatlichen Entwicklung trat die Analyse der Jahrzehnte zwischen 1848 und 1871 zurück, während vor allem diese Periode ein bevorzugtes Forschungsobjekt der älteren Geschichtsschreibung gewesen ist. Gerade diejenige neuere Forschung, die das Kaiserreich einer so überaus kritischen Strukturanalyse unterzieht, läuft Gefahr, jene Periode aus den Augen zu verlieren, in der die Grundlagen eben dieses Staates gelegt wurden. Zugleich unterbleibt weitgehend die Frage nach demokratisch-liberalen Alternativkonzeptionen zur Reichsgründung von oben; die Erforschung oppositioneller Strömungen tritt ganz in den Hintergrund.

Die DDR-Historiographie, die der „großpreußisch-militaristischen Reichsgründung“<sup>6</sup> äußerst kritisch und dogmatisch gegenübersteht, bezieht die Vorgeschichte des deutschen Nationalstaats in viel stärkerem Maße in ihre Forschungsschwerpunkte ein als die Geschichtswissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland<sup>7</sup>. So wurde etwa die Untersuchung oppositioneller Richtungen im süddeutschen Bürgertum vornehmlich von DDR-Historikern vorangetrieben<sup>8</sup>, die auch

5 Vgl. dazu Fehrenbach, Reichsgründung in deutscher Geschichtsschreibung. S. auch die einschlägigen Beiträge in der von Wehler herausgegebenen Reihe „Deutsche Historiker“ und die Aufsätze bei Gall (Hrsg.), Bismarck-Problem.

6 So der Titel des zweibändigen Werks, in dem die DDR-Historiographie ihre Beurteilung der Reichsgründungsperiode gegeben hat.

7 Symptomatisch dafür sind die repräsentativen Rückblicke auf das hundertjährige Jubiläum der Reichsgründung. Im Sammelband von Schieder/Deuerlein (Hrs.) (Reichsgründung 1870/71) konzentriert sich nur der Beitrag von Angermann (Deutsche Frage 1806—1866) auf die Zeit vor 1866. Der von Stürmer besorgte Sammelband (Das kaiserliche Deutschland, 1870—1918) läßt bereits von der Thematik her die Vorgeschichte außer acht. Die DDR-Geschichtsschreibung (Anm. 6) widmet hingegen den ganzen ersten Band der Zeit bis 1870; sieben Beiträge berücksichtigen in starkem Maße auch die Reaktionsdekade und z. T. die Revolutionsjahre. Im Zusammenhang mit einer Neubewertung der deutschen Nationalstaatsproblematik sind auch die beiden Bände zur 48er Revolution von DDR-Historikern (Jb. d. Geschichte 7, 1972; 8, 1973) zu sehen. Die von Gall organisierte Ausstellung „1871 — Fragen an die deutsche Geschichte“ hielt sich frei von einer Verengung des Blickfelds auf die Zeit ab 1866/71 (vgl. vor allem auch seinen Beitrag „Die deutsche Frage im 19. Jh.“ im Ausstellungskatalog); ebenso Böhme (Deutschlands Weg zur Großmacht) und der von diesem besorgte Sammelband „Probleme der Reichsgründungszeit, 1848—1879“. Bezeichnenderweise konnte er in diesen Band außer den Teilstücken aus seiner eigenen Arbeit nur wenige neuere Studien zur Zeit vor 1866 aufnehmen. Zum Entscheidungsjahr 1871 in europäischer Perspektive s. die Beiträge in: Revue d'histoire moderne et contemporaine 19, 1972, II—IV.

8 Vgl. vor allem Weber, Kleinbürgerliche Demokraten; ders., Demokratische Volkspartei; ders., Ultramontanismus und Demokratie in Süddeutschland, 1866—1871; ders., Bischof Ketteler (1860er Jahre); Wisotzki, Internationale Arbeiterssoziation und Friedens- und Freiheitsliga (1968), dasselbe als Aufsatz (1971); Schulze, Wirtschaftspolitische Auffassungen bürgerlicher Demokraten; Elm, Deutsche Volkspartei 1868—1910; vgl. auch Fricke, Forschungen zur Geschichte bürgerlicher Parteien; Dlubek/Weber, Forschungen zur deutschen Geschichte 1849—1871. Von den Arbeiten zu diesem Komplex, die in den letzten Jahren in der Bundesrepublik entstanden, sind vor allem zu nennen neben Einfeld: Runge, Volkspartei in Württemberg, 1864—1871; Boldt, Württembergische Volksvereine, 1848—1852; Gerteis, Sonnemann; Hope.

dem Liberalismusproblem<sup>9</sup>, der Abgrenzung von liberaler und demokratischer Bewegung<sup>10</sup> oder der 1848er Revolution<sup>11</sup> weit größere Aufmerksamkeit widmeten als die bundesrepublikanische Forschung.

„Das ‚eiserne Würfelspiel‘ von 1866 entschied die künftige wirtschaftliche und militärische, politische und gesellschaftliche Gestalt Deutschlands, wenn auch die endgültige Form der preußischen Vorrherrschaft der weiteren Entwicklung überlassen blieb“<sup>12</sup> — dieses apodiktische Urteil Michael Stürmers sieht die Entwicklung seit 1866 in einem solchen Ausmaß als determiniert an, daß die Erforschung der nationalstaatlichen Entstehungsphase und der politischen Alternativkonzepte, die in diesem Zeitraum von oppositionellen Kräften propagiert wurden, kaum mehr als relevant erscheint für die Frage nach den Kontinuitätslinien in der Entwicklung des deutschen Nationalstaats. Stürmers Urteil legt es nahe, die Frage nach dem reformerischen Potential im Bürgertum und nach den Ursachen seines Scheiterns als unerheblich, da erfolglos, weitgehend auszuklammern. Bei dieser Betrachtungsweise besteht die Gefahr, daß die historisch erfolgreichen Kräfte zu einseitig in das Forschungsinteresse rücken — wengleich eines äußerst kritischen Interesses; diejenigen Kräfte, die sich 1866/71 nicht durchsetzen konnten, würden hingegen weitgehend unberücksichtigt bleiben. Die Entwicklung des deutschen Bürgertums zwischen seiner gescheiterten Revolution und der Bismarck-

9 Vgl. etwa die Habilitationsschrift Schwabs (1968) zur Nationalliberalen Partei (1864—1880). Vgl. weiterhin Schwab, Von Königgrätz bis Versailles. Nationalliberale Partei bis zur Reichsgründung; ders., Von Düppel bis Königgrätz. Deutsche Bourgeoisie zur nationalen Frage 1864—1866; ders., Thesen zum Liberalismus 1866—1933; Seeber, Zwischen Bismarck und Bebel; Schmidt, Thesen zum Liberalismus vor 1866; Bertsch, FDP und deutscher Liberalismus 1789—1963. Von den neueren Arbeiten bundesrepublikanischer Historiker s. vor allem Winkler, Preußischer Liberalismus; ders., Bürgerliche Emanzipation und nationale Einigung; Eisfeld; Nipperdey (Organisation) und Steinbrecher (Organisation) geben für die Zeit vor 1871 nur kurze Überblicke.

10 Vgl. vor allem Schmidt, Thesen; Weber, Kleinbürgerliche Demokraten; ders., Demokratische Partei; s. auch Seeber/Wolter, Neue Tendenzen im bürgerlichen Gesellschaftsbild. Eisfeld (S. 11) betont ebenfalls die mangelnde Abgrenzung von demokratischer und liberaler Bewegung in den Arbeiten zur Parteigeschichte. Von den älteren Studien s. vor allem Thür (1944); Meisser (1941); Hefele (1924): Demokratie und Liberalismus; L. v. Wiese, Liberalismus und Demokratismus (1916). Vgl. auch die Kontroverse zwischen Meinecke (Zur Geschichte des älteren Parteiwesens, 1917) und Brandenburg (Zum älteren deutschen Parteiwesen, 1919). S. auch G. Mayer, Anfänge des politischen Radikalismus, S. 87 u. 6.; Knoll, Führungsauslese, S. 123—125.

11 Vgl. den Literaturbericht von Dorpalen sowie die bei Bleiber/Schmidt (Forschungen zu 1848/49) und Schmidt (Zur historischen Stellung der deutschen Revolution) genannten Arbeiten; der Bd. 8 des in Anm. 7 genannten Sammelwerks zur Revolution enthält eine neue Bibliographie über DDR-Studien zur 48er Revolution. Den Säkularbetrachtungen von 1948 (s. vor allem Stadelmanns wichtiges Werk) ist in der Bundesrepublik in den letzten Jahren nicht mehr viel gefolgt, vgl. die bei Conze/Groh; Groh; Balsler; Schraepfer, Handwerkerbünde und Arbeitervereine 1830—1853, verzeichnete Literatur. An Gesamtdarstellungen haben sich vor allem ausländische Historiker gewagt: Droz, Révolutions Allemandes de 1848; Hamerow, Restoration, Revolution, Reaction, 1815—1871; vgl. auch Noyes, Organisation and Revolution; Eyck, Frankfurt Parliament. Zum Revolutionsbegriff s. B I, 1.

12 Stürmer, Bismarcks Deutschland, S. 14.

schen „Revolution von oben“ sollte aber erneut zur Diskussion gestellt werden; und zwar losgelöst von der Betrachtungsweise einer älteren nationalhistorischen Geschichtsschreibung, der die Entwicklung auf den preußisch-deutschen Nationalstaat hin, mitsamt seinen politischen und sozioökonomischen Strukturen, als eine Art Einbahnstraße notwendigerweise vorgegeben erschienen ist. Die Frage, ob dieser preußische Weg zum Nationalstaat bereits 1866 in einer Sackgasse endete, die eine demokratisch-liberale Entwicklung von vornherein ausschloß, ist nicht nur an das kaiserliche Deutschland, sondern auch an seine Vorgeschichte zu richten. Setzt man die kritische Sonde erst ab 1866/71 an, so wird die entscheidende Fragestellung unzulässig verkürzt: Entwicklungsfähigkeit oder Totgeburt des deutschen Nationalstaats?

Zu der skizzierten Aufgabe, die Epoche zwischen Revolution und Reichsgründung stärker als bisher in die Forschungen zur Problematik des deutschen Nationalstaats einzubeziehen, will die vorliegende Arbeit einen Beitrag leisten. Die Untersuchung des Gesamtzeitraums von 1848 bis 1871 soll es ermöglichen, den Wandel von Liberalismus und Demokratie herauszuarbeiten. Gerade diesen Wandel zu analysieren, ist ein zentrales Anliegen der vorliegenden Arbeit. Denn — so wird zu zeigen versucht — den Liberalismus oder die demokratische Bewegung gab es nicht. Es vollzogen sich vielmehr tiefgreifende personelle und programmatische Umstrukturierungen, die nur bei einem Vergleich von demokratischer und liberaler Bewegung zu erfassen sind. Dieser Vergleich soll zugleich die Überprüfung der gängigen These ermöglichen, die Partei sei in Deutschland „eine liberale Schöpfung“<sup>13</sup> der Parlamentsfraktionen gewesen — eine These, die durch die Ergebnisse verschiedener neuerer Forschungen bereits fragwürdig geworden ist<sup>14</sup>. Die Untersuchung des Wandels von Liberalismus und Demokratie ist verbunden mit der Frage nach den Unterschieden und Gemeinsamkeiten von liberaler und demokratischer Bewegung: in ihren Zielsetzungen, ihrem politischen Verhalten, ihren Organisationsweisen, ihrem Sozialprofil<sup>15</sup>, ihren Beziehungen zu wirtschaftlichen Gruppierungen des Bürgertums und in ihrem Ver-

---

13 Schieder, Grundlagen und Epochen des Parteiwesens, S. 142; vgl. S. 151: „die Fraktionen sind im wesentlichen die Parteien“ (von 1848 bis in die 1860er Jahre).

14 Vgl. Boldt, Volksvereine, S. 2; ders., Anfänge, S. 12 f.; Eichmeier, der von der „Parteiunwilligkeit“ und der „erzwungenen Parteilichkeit“ der Liberalen spricht (S. V); vgl. auch u. S. 117 ff.

15 Eine scharfe Trennung zwischen „bourgeoisem“ Liberalismus und „kleinbürgerlicher“ demokratischer Bewegung nimmt vor allem die marxistische Geschichtsschreibung an, vgl. etwa Schmidt, Thesen, S. 5, 13. Weber nennt seine Arbeit zwar „Kleinbürgerliche Demokraten“, versucht erstaunlicherweise aber nicht, deren Sozialprofil mittels statistischer Analysen zu ermitteln. Eine ausgeprägte soziale Trennlinie konstatierten aber auch etwa G. Ritter, Politisches Parteiwesen, S. 72; Meinecke, Parteiwesen, S. 57, 60; ders., 1848, S. 17; dagegen: Brandenburg, Parteiwesen, S. 81. Vgl. auch Schieder, Verhältnis von bürgerlicher und gesellschaftlicher Verfassung, S. 58; ders., Strukturwandlungen, S. 150, und die zuwenig bekannte Arbeit von Heller, Politische Ideenkreise, S. 309 ff.

hältnis zum Proletariat. Vor allem die unterschiedliche und zudem sich wandelnde Haltung zur sozialen und zur nationalen Frage gilt es intensiv zu untersuchen, da beide Problembereiche die bürgerliche Politik in dem behandelten Zeitraum entscheidend prägten.

Die Beschränkung auf einen bestimmten, fest abgegrenzten Zeitraum schließt hingegen aus, auf den „epochalen Charakter des liberalen Ideenguts für alle politischen Bewegungen des letzten Jahrhunderts“<sup>16</sup> einzugehen. Der ideengeschichtliche Aspekt von Liberalismus und Demokratie bleibt überhaupt weitgehend unberücksichtigt zugunsten einer sozialgeschichtlichen Analyse der politischen Entwicklung des württembergischen Bürgertums.

Die Formierung der Parteien und Interessenorganisationen des Bürgertums war unlösbar verbunden mit dessen wirtschaftlich-sozialem Aufstieg<sup>17</sup>. Diese Verklammerung von wirtschaftlich-sozialer und politisch-organisatorischer Entwicklung weist der Landesgeschichte eine besondere Bedeutung zu bei der Erforschung der Vorgeschichte des kaiserlichen Deutschlands, die zugleich eine Zeit war, in der sich der Durchbruch zum Industriestaat vollzog. Denn die Industrialisierung vollzog sich regional ungleichzeitig und unterschiedlich intensiv<sup>18</sup>. Da die „Entfaltungsphase der Industrialisierung“ als ein „sozialer Totalprozeß“<sup>19</sup> zu verstehen ist, der das politische Leben wesentlich, wenngleich nicht ausschließlich prägte, wird die wirtschafts- und sozialgeschichtliche Entwicklung Württembergs im folgenden (Kap. A I) relativ ausführlich analysiert. Da hierzu nur wenige Studien vorliegen<sup>20</sup>, kann im folgenden nur ein vorläufiger Versuch geboten werden. Ohne eine Analyse der sozioökonomischen Entwicklung Württembergs wäre jedoch die politische Entwicklung des württembergischen Bürgertums nicht zu verstehen, denn dessen Formierung vollzog sich in einer Zeit, in der Württemberg eine forcierte Industrialisierung erlebte. Dieser Durchbruch in die industriestaatliche Modernität wirkte in starkem Maße prägend auf das politische Verhalten des Bürgertums ein: er stärkte die politische Potenz des Bürger-

16 Schieder, Strukturwandlungen, S. 150. Der ideengeschichtliche Aspekt steht auch im Vordergrund in den großen Werken von Sell; Krieger, German Idea of freedom; Schnabel, Deutsche Geschichte 2, Abschnitt 2; Federici, Deutscher Liberalismus; Ruggiero, Liberalismus in Europa. S. auch Marcuse, Liberalismus; Bracher, Staatsbegriff und Demokratie; Schroth, Welt- und Staatsideen; Kohn, Wege und Irrwege, Kap. 6—8.

17 Vgl. dazu vor allem H. Rosenberg, Große Depression, vornehmlich Kap. 3—4; Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur. Zu Rosenberg s. die wichtige Rezension von Gerschenkron, Continuity in History, S. 405—408.

18 Vgl. Maschke, Industrialisierungsgeschichte und Landesgeschichte; Büsch, Industrialisierung und Geschichtswissenschaft, S. 35 ff.; s. auch Borchardt, Regionale Wachstumsdifferenzen.

19 Neuloh, Sozialer Wandel, S. 70.

20 Vor allem Gehring, List bis Steinbeis; ders., Wirtschaftsleben (1816—1864); Borst, Staat und Unternehmer; Ott, Grundlageninvestitionen in Württ. Die von Ott schon für 1972 angekündigte Heidelberger wirtschaftswiss. Diss. von H. Loreth (Das Wachstum der württ. Wirtschaft von 1818 bis 1918) war nach Auskunft der UB Heidelberg im Dezember 1973 noch nicht abgeliefert.

tums, verwies es auf die Zusammenarbeit mit dem Obrigkeitsstaat und konfrontierte es gleichzeitig mit der politischen Kraft der erstarkenden unterbürgerlichen Sozialschichten.

Auch der Tatbestand, daß sich die bürgerlichen Parteien bis zur Reichsgründung vornehmlich auf Landesebene organisierten<sup>21</sup>, weist der landesgeschichtlichen Forschung eine besondere Bedeutung zu. Erst seit 1866 durchbrachen die süddeutschen Parteien die partikularstaatliche Abgeschlossenheit, und auch dann blieben die Kontakte noch locker und organisatorisch wenig verfestigt. Selbst in den Revolutionsjahren war die politische Bewegung in Württemberg nur in relativ geringem Maße mit den Bewegungen in den anderen deutschen Ländern verknüpft. Man nahm zwar die politischen Impulse auf, die von den außerwürttembergischen Revolutionszentren ausgingen, doch die außerparlamentarischen Massenbewegungen in Württemberg machten an den Landesgrenzen halt<sup>22</sup>.

Daß die vorliegende Arbeit mit der württembergischen Szenerie der Revolutionsjahre einsetzt, bedarf wohl am wenigsten einer Erklärung. In der Revolution von 1848/49 löste sich die oppositionelle Einheitsfront des Bürgertums auf, das sich angesichts von Problemen spaltete, mit denen es zuvor nicht oder nicht in so starkem Maße konfrontiert gewesen war: dem Problem der nationalstaatlichen Einigung, der Staatsform und vor allem der Integration der Unterschichten. Die Jahrhundertmitte bedeutete für Württemberg zugleich einen tiefen wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Einschnitt. Nach der sich überlagernden Industrialisierungs- und agrarischen Strukturkrise, die 1854/55 auslief, setzte die erwähnte forcierte Industrialisierung ein, vor deren Hintergrund der Aufstieg des Bürgertums und seiner Parteien zu sehen ist.

Der zeitliche Abschluß der Arbeit mit der Reichsgründung ergibt sich aus der Entwicklung der beiden großen bürgerlichen Parteien Württembergs: der demokratisch-föderalistischen Volkspartei und der nationalliberal-konservativen Deutschen Partei. Beide Parteien hatten sich im Kampf für oder gegen den preußisch-kleindeutschen Nationalstaat erschöpft. Die Deutsche Partei brach in ihre innenpolitisch heterogenen Elemente auseinander, als sie ihr Ziel erreicht sah; die Volkspartei schrumpfte nach der Reichsgründung, als sie ihr Ziel verfehlt hatte, für ein volles Jahrzehnt organisatorisch auf einen kleinen Kern zusammen. Insofern markiert die Reichsgründung eine tiefe Zäsur in der Geschichte des württembergischen Parteiwesens.

Die württembergische Geschichte zwischen Revolution und Reichsgründung ist sehr ungleichmäßig erforscht. Während die parlamenta-

---

21 S. dazu vor allem Eisfeld.

22 Ansätze zu einer Zusammenarbeit mit Demokraten außerhalb Württembergs bestanden nur, als sich die württembergischen Volksvereine dem Zentralmärzverein anschlossen, vgl. u. S. 116 f., 139.

rische und die Verfassungsentwicklung<sup>23</sup> relativ ausführlich, die auswärtigen Beziehungen Württembergs<sup>24</sup> ausgesprochen intensiv untersucht worden sind, liegen zur Entwicklung des Bürgertums nur wenige Arbeiten vor. Den wichtigsten Ansatz zu einer Analyse des bürgerlichen Verhaltens in der Revolution bietet die Dissertation von Werner Boldt<sup>25</sup>, der die Volksvereine untersucht, in denen sich die Demokraten organisiert hatten. Im Gegensatz zu der Studie von B. Mann, in der erneut die Politik der Württemberger in der Frankfurter Nationalversammlung dargestellt ist<sup>26</sup>, konzentriert sich Boldt auf die Analyse der demokratischen Bewegung als außerparlamentarische Massenbewegung. In der Tat kann nur so der Differenzierungsprozeß im Bürgertum erfaßt werden, denn das Verhalten württembergischer Abgeordneter in der Nationalversammlung blieb für die tiefgreifende Spaltung des bürgerlichen Lagers in den Revolutionsjahren relativ nebensächlich. Die nationale Frage darf überhaupt für die innerbürgerlichen Kontroversen von 1848/49 in Württemberg nicht überbewertet werden; sie bildete vielmehr eine der wenigen prinzipiellen Gemeinsamkeiten, die eine punktuelle Zusammenarbeit von Demokraten und Liberalen auch dann noch gestattete, als sich diese organisatorisch bereits getrennt und die innerbürgerlichen Grund-

23 Die detaillierteste Darstellung gibt Adam, Ein Jahrhundert württembergischer Verfassung; zum Parlamentarisierungsprozeß: Menzinger, Verfassungsrevision und Demokratisierungsprozeß; umfassende Landtagsgeschichte: Grube, Stuttgarter Landtag 1457—1957; vgl. auch Dehlinger, Württembergs Staatswesen, 2 Bde.

24 Vgl. Grupp, Diplomatische Beziehungen Württembergs zu Osterreich, 1849—1870; Krusemarck, Württemberg und Krimkrieg; Griewank, Württemberg und deutsche Politik, 1859—1861; Hoffmann, Diplomatische Beziehungen zwischen Württemberg und Bayern, 1853—1858; Mästle, Württemberg und Großmächte, 1815—1864; Martenson, Württemberg und Rußland, 1856—1870; Vogt, Württemberg und Deutscher Bund; Naujoks, Württemberg im diplomatischen Kräftespiel, 1866/70; Hoffmann, Politik Württembergs und Bayerns 1859; Rath, Württemberg und Schleswig-Holstein-Frage, 1863—1865; s. auch Fuchs, Mittelstaaten und Bundesreform, 1853—1860; Gaertner, Kampf um Zollverein, 1849—1853; Hellwag, Varnbüler und die deutsche Frage; Seefried, Mittnacht und deutsche Frage; Werner, Zollvereinspolitik der Mittelstaaten 1852.

25 „Volksvereine 1848—1852“; vgl. ders., Anfänge; s. neuerdings auch Boldts Aufsatz „Konstitutionelle Monarchie oder parlamentarische Demokratie“, in dem die verfassungspolitische Grundproblematik von 1848/49 in Deutschland dargestellt wird. Eine Gesamtdarstellung zur Revolution in Württemberg existiert nicht. Die stärkste Vorarbeit dazu hat geleistet: Müller, Württemberg und badische Erhebungen; wichtigere Spezialstudien: Balsler, Sozial-Demokratie, Kap. V; Mohrdieck, Bauernunruhen; Weller, Heilbronn und Revolution; Maier, Reutlingen und Revolution; Sauer, Württembergisches Heer; Mohn, Freisleben und Volksbewegung in Heidenheim; Buck, Schwäbische Dichter und Schriftsteller als politische Journalisten, 1830—1850; nicht mehr nachweisbar ist der Aufsatz von Breitling, Revolution in Heilbronn. Vgl. auch Droz, Révolutions, S. 579—582; Reinöhl (Hrsg.), Revolution und Nationalversammlung; ders., Uhland; Rapp, Vischer; Köhler, Friedrich Römer; Mayer, Reyscher; Schnitzer, Rümelin; Schlatter, O. Elben; Bach, Fallati; Klüpfel (Hrsg.), Fallatis Tagebücher und Briefe; Elbens und Reyschers Lebenserinnerungen; Grube (Hrsg.), Notter und die Revolution; Rapp, Württembergische Politiker 1848 (Aneinanderreihung von Kurzporträts); B. Mann, Wahlen; Weber, Wahlen; s. auch Anm. 26.

26 „Ende der Nationalversammlung“ (Zusammenfassung seiner unveröffentlichten Habilitationsschrift); vgl. dazu Schnurre, Württembergische Abgeordnete in Nationalversammlung (mit biographischem Anhang von Niebour); Schneider, Württemberg und Frankfurter Reichsverfassung.

satzdiskussionen einen offensiven Kampf für gemeinsame Ziele längst unmöglich gemacht hatten. Da Boldt nahezu ausschließlich die parteipolitische Formierung der Demokraten und ihre Eingliederung in das bestehende Verfassungssystem untersucht, kann er jedoch nur in unzureichendem Maße die positiven und negativen Erwartungen analysieren, die das oppositionelle und das regierungstreue Bürgertum mit der Revolution verbunden hatte. Er konstatiert zwar zu Recht die unterschiedliche Haltung in der Frage der Staatsform als „Hintergrund“ für die parteipolitische Spaltung des Bürgertums, doch er fragt nicht näher nach den Motivationen, die den Grundsatzstreit zwischen Republikanern und Anhängern der konstitutionellen Monarchie so brisant machten. Daß Boldt die Motivationen nicht in den Vordergrund rückt, liegt zum einen an seiner Konzentration auf organisations- und parteisozilogische Fragestellungen und andererseits daran, daß er seine Untersuchung auf die Demokraten beschränkt. Dadurch bleibt der liberal-konstitutionelle Teil des Bürgertums außerhalb seines Blickfelds<sup>27</sup>. Die Liberal-Konstitutionellen riefen aber besonders laut nach dem starken Arm der Obrigkeit, da sie die Versuche der Demokraten, das monarchische Prinzip bis zur Bedeutungslosigkeit auszuhöhlen, als Fanal zur sozialen Revolution interpretierten und damit mißverstanden. Die Dominanz sozialpolitischer Gründe für die Trennung des Bürgertums in Demokraten und Liberale verkennt Boldt auch deshalb, weil er — wie die gesamte Spezialliteratur zu Württemberg — die Bedeutung der vorrevolutionären Vorgänge von 1847 für die Herausbildung eines Krisenbewußtseins und von Sozialängsten innerhalb des Bürgertums nicht beachtet<sup>28</sup>. Die liberale Legende von der sozialrevolutionären Demokratie hielt sich bis in die ersten nachrevolutionären Jahre hinein, obgleich sich die bürgerlichen Demokraten und das „Handwerkerproletariat“<sup>29</sup> getrennt organisiert hatten.

Wenn im folgenden von „Proletariat“ gesprochen wird, so ist dieser Begriff diffus zum unteren Rand des Kleinbürgertums hin. Er umgreift also, dem zeitgenössischen Sprachgebrauch folgend<sup>30</sup>, auch jenen Teil des Kleinbürgertums, der in Gefahr stand, sozial in die Unterschichten abzusinken.

27 Dazu liegt keine Untersuchung vor.

28 Am stärksten hat Mohrdieck (S. 50 ff.) das Hungerjahr 1847 beachtet. Sie meint, die Hungerunruhen hätten „von sich aus keinerlei politischen Charakter“ (S. 56) gehabt. Das ist sicher richtig, wenn man die Unruhen vom Standpunkt der Landbevölkerung aus betrachtet, die davon nicht betroffen war. Für die Strategiediskussion im Bürgertum besaßen die Hungerkrawalle jedoch eine außerordentlich wichtige Bedeutung, vgl. u. Kap. A II, 2.

29 Obermann, Arbeiter in Revolution, S. 37; vgl. zu diesem zeitgenössischen Begriff auch Hamerow, German Artisan Movement 1848—49, S. 144; Conze umreißt den gleichen Sachverhalt, wenn er von „Arbeiter-Gesellen“ spricht, ders., Beginn der Arbeiterbewegung, S. 334; ders./Groh, S. 33.

30 Vgl. zum zeitgenössischen Sprachgebrauch Jantke, Die Eigentumslosen, S. 26; Balsler, Bd. 1, S. 47 ff.; G. Mayer, 1848, S. 47 f.; Noyes, Organisation, S. 21 ff.; Krause, Demokratische Partei und Soziale Frage, S. 24 f.; Seidel, Soziale Frage, S. 2 ff., 258 ff.;

Als besonders problematisch erweist es sich, „Bürgertum“ begrifflich näher zu bestimmen. Es gibt, wie Hansjoachim Henning konstatiert, keine „brauchbare Definition“, ja „nicht einmal eine diskutabile Beschreibung“<sup>31</sup>. Unter Bürgertum wird deshalb mit Ludwig Beutin<sup>32</sup> und Henning das soziale Mittelfeld zwischen Adel und Bauern verstanden<sup>33</sup>. Die Differenzierung in „Bildungsbürgertum“ und „Wirtschaftsbürgertum“ vermag ein weiteres, gewiß nur grobes Raster zu schaffen. Die soziale Abgrenzung von „Bürgertum“ und „Kleinbürgertum“ wirft ebenfalls erhebliche Probleme auf, da die Trennlinie gemäß dem jeweiligen sozioökonomischen Entwicklungsstand differiert und somit — strenggenommen — von Ort zu Ort unterschiedlich verlaufen kann. Die hier vorgenommene Abgrenzung ist aus den Abschnitten über die Sozialschichtung der Landtage sowie der demokratischen und liberalen Bewegungen bzw. Parteien zu ersehen (A II, 1; B III; D III). Um einen Vergleich mit dem von Gerlinde Runge und Werner Boldt erarbeiteten Zahlenmaterial zu ermöglichen, wurden deren Einteilungskriterien soweit wie eben möglich übernommen. Das gilt auch für die Einbeziehung der Bauern in die Rubrik „Kleinbürgertum“ der Sozialstatistiken. Dies erscheint, ungeachtet der oben gegebenen Definition von Bürgertum, aus zwei Gründen empfehlenswert: Erstens war die landwirtschaftliche und die kleingewerbliche Tätigkeit in Württemberg in starkem Maße miteinander verbunden<sup>34</sup>, so daß im Einzelfall nur schwer zu entscheiden ist, auf welchem Bereich das Hauptgewicht lag, und zweitens wurde die Bauernschaft nur in so geringem Maße politisch mobilisiert, daß sich eine getrennte statistische Erfassung erübrigt.

Die zeitgenössische Terminologie der bürgerlichen Organisationen von 1848/49 war sehr uneinheitlich und sagte nichts über die politische Richtung aus. Man sprach von Volks-, Bürger-, März-, vaterländischen oder demokratischen Vereinen. Im folgenden ist mit vaterlän-

---

Steinbüchel, Proletariat S. 102 ff. Zur fließenden Abgrenzung zwischen „Arbeitergesellen“ und den ungelerten Proletariern „als überwuchernde, ihr altes Maß innerhalb der Gesamtgesellschaft sprengende Unterschicht in Stadt und Land“, vgl. Conze/Groh (S. 26) und vor allem Conze, Vom Pöbel zum Proletariat. Zur Literatur über die „soziale Frage“, s. auch die Anmerkungen zu Kap. A II, 2; B VII. Zum zeitgenössischen Sprachgebrauch in Württemberg vgl. die Zitate u. S. 87 f., 91 ff., 200, B VII, 1 Anm. 15, 32; B VII, 3 Anm. 1; 202 f., 206, 268: „Proletariat“ umfaßte Ungelernte ebenso wie Handwerksgesellen. Man sollte nicht, wie Bergmann (Berliner Arbeiterschaft, S. 458—461), den Begriff „Proletariat“ auf die ungelerten Unterschichten begrenzen, sondern die „Arbeitergesellen“ einbeziehen. Umgekehrt war der Begriff „Arbeiter“ so weit gefaßt, daß er auch Tagelöhner und kleine Weingärtner umfassen konnte, vgl. etwa: „Blicke auf die materiellen Zustände in Württemberg“, in: Zs. des Vereins für Statistik I, 1847, S. 1077. Bergmann erweitert im Verlauf seiner Untersuchung selbst seinen verengten Proletariatsbegriff, ohne dies aber bei seinen Definitionsversuchen zu beachten (s. S. 466 f.).

31 „Westdeutsches Bürgertum“, S. 5 ff., Zitate: S. 14.

32 „Bürgertum als Gesellschaftsstand“, Henning, S. 14.

33 Vgl. aber die Einschränkung weiter unten.

34 Vgl. A I, 2, 3.

dischen Vereinen stets die liberal-konstitutionelle Richtung und mit Volksvereinen die demokratische Richtung gemeint.

Zur innenpolitischen Entwicklung Württembergs in der Reaktionsdekade liegt nur die Dissertation von Traub<sup>35</sup> vor, der dem politischen Verhalten des Bürgertums einen kurzen, kursorischen Überblick widmet.

In der vorliegenden Arbeit werden die Reaktionsjahre deshalb relativ breit analysiert, weil in diesem Zeitraum die demokratische und die liberale Bewegung wieder zusammenliefen und dann in neue Richtungen auseinanderstrebten. Zudem vollzog sich in dieser Dekade der Durchbruch Württembergs zur Industrialisierung — ein Prozeß, der die Entpolitisierung breiter Kreise des Bürgertums förderte, die durch die progressive staatliche Wirtschaftspolitik mit der politischen Reaktion versöhnt wurden.

Die gründlichste Darstellung des engeren Reichsgründungs Jahrzehnts bietet immer noch die Arbeit von Adolf Rapp<sup>36</sup>, dessen Werk zur Schule der nationalhistorischen Geschichtsschreibung zählt, die ihre Wertmaßstäbe einseitig von 1871 her bezog. Da Rapp bestrebt war, alle politischen Bereiche in seine Untersuchung einzubeziehen, konnte er auf die Entwicklung des Bürgertums nur partiell eingehen. Ergänzt und wesentlich modifiziert wird das Rappsche Werk durch die Dissertationen von Rolf Weber und Gerlinde Runge<sup>37</sup>. Weber verfolgt die Entwicklung der württembergischen Demokraten nur bis 1866. Die Phase ihrer parteimäßigen Organisation ab 1866, die zugleich eine Phase der zunehmenden innerbürgerlichen Konfrontation war, bleibt außerhalb seines Blickfeldes. Runge hingegen untersucht zwar auch die Zeit zwischen 1866 und 1871, läßt aber die nationalliberal-konservative Konkurrenzorganisation fast völlig unberücksichtigt<sup>38</sup>. Erst vor dem Hintergrund der konkurrierenden politischen Konzeptionen von Volkspartei und Deutscher Partei ist jedoch die überaus starke parteipolitische Polarisierung zu verstehen — eine

35 „Beiträge zur württembergischen Geschichte in der Reaktionszeit, 1849—1859“, Kap. 3, S. 83—104. Einen Überblick gibt auch Pflug-Hartung, Ministerium Linden.

36 „Die Württemberger und die nationale Frage, 1863—1871“. In der Bewertung bürgerlicher Politiker hat sich Rapp eng an Wilhelm Langs unveröffentlichte Erinnerungen angeschlossen, vgl. die Nachweise in Anm. 6, S. 286.

37 Weber, Kleinbürgerliche Demokraten, Kap. VI vor allem. Durch die Arbeiten von Weber, Runge, Boldt und Simon (Württembergische Demokraten 1890—1920) ist die Schrift von Hegel (Deutsche Demokratische Partei in Württemberg, 1927) völlig überholt.

38 Zur Deutschen Partei liegt keine Spezialstudie vor. Langs kleine offizielle Festschrift zum 25jährigen Bestehen der Partei (1866—1891) ist vor allem wegen des Anhangs von Wert, in dem ein Teil der verschiedenen Programme und Statuten abgedruckt ist. Hölder hat 1865 und 1869 kleine „Beiträge zur Entstehungsgeschichte der Deutschen Partei“ niedergeschrieben, die 1899 veröffentlicht wurden. Sein Tagebuch, das ich innerhalb der Reihe „Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg“ edieren werde, enthält wichtige Aufschlüsse über die württembergische Parteientwicklung von 1877—1881 und über Interna aus der nationalliberalen Reichstagsfraktion, vgl. die Auszüge bei Poschinger, Fürst Bismarck und Parlamentarier, II, III.

Polarisation, die alte innenpolitische Allianzen gesprengt und neue Koalitionen geformt hat. Da Runge sich darauf beschränkt, die demokratische Partei zu analysieren, tritt bei ihr zuwenig deren Doppelfunktion hervor: als demokratisch-föderalistische Partei und zugleich als Organisatorin einer antipreußischen Sammlungsbewegung, die von innenpolitisch heterogenen Ad-hoc-Koalitionen getragen wurde. Nur bei einem Vergleich der bürgerlichen Konkurrenzorganisationen kristallisiert sich jedoch das System nationalpolitischer Allianzen aus innenpolitisch disparaten Kräften heraus, das das württembergische Parteiwesen zwischen 1866 und 1871 prägte.

Zur Entwicklung der württembergischen Arbeiterbewegung liegen die Arbeiten von Frolinde Balsler und Wolfgang Schmierer vor<sup>39</sup>. Balsler untersucht vornehmlich die spät- und nachrevolutionäre Phase, während zur Arbeiterbewegung Württembergs im Jahre 1848 und Anfang 1849 eine Spezialstudie noch aussteht. Angesichts der These Balslers vom „württembergischen Modell“ für die deutsche Arbeiterbewegung ist gerade die Erforschung dieser Frühphase ein besonders dringliches Desiderat<sup>40</sup>.

Balsler harmonisiert in starkem Maße das Verhältnis der demokratischen zur proletarischen Bewegung in Württemberg wie sie auch die eminente Bedeutung außer acht läßt, die die Existenz eines organisierten Proletariats für die Spaltung des politisch aktiven Bürgertums besaß.

Die Entwicklung der württembergischen Arbeiterbewegung seit 1862/63 und ihr Verhältnis zu den bürgerlichen Organisationen hat Schmierer erschöpfend dargestellt, so daß in der vorliegenden Arbeit auf eine spezielle Untersuchung dieses Komplexes verzichtet werden kann. Die Ergebnisse seiner Forschungen werden aber aufgenommen und bei der Beurteilung der Politik des Bürgertums berücksichtigt.

---

39 Balsler, Sozial-Demokratie; Schmierer, Von Arbeiterbildung zur Arbeiterpolitik, 1862/63—1878.

40 „Die Überbetonung der sozialpolitischen Komponente“ bei Balsler kritisierte schon Conze, der die Arbeit betreut hat, vgl. ders./Groh, S. 34 Anm. 15 (Zitat): s. auch Boldt, Volksvereine, S. 139—146. Der DDR-Historiker M. Hundt (Revolutionäre Arbeiterbewegung in Stuttgart) versuchte jüngst eine revolutionäre Kontinuität der Stuttgarter Arbeiterbewegung vom Vormärz an nachzuweisen. Für den von ihm postulierten starken Einfluß des Bundes der Kommunisten, konnte er aber keine überzeugenden Belege erbringen. Den Arbeiterführer Ferdinand Braun (vgl. zu ihm Balsler an vielen Stellen), den Prototyp eines Sozialreformers mit christlich-humanitären Zügen, rückt Hundt in die Nähe des Kommunistenbundes (S. 312 f., 317 f.)! Brauns Haltung ist gut zu erkennen aus seinem Artikel „Das politisch-soziale Elend“, Beob. Nr. 105 v. 4. Mai 1851. Die Anfangsphase der württembergischen Arbeiterbewegung in der Revolution ist von der Quellenlage her schwer zu erforschen. Die staatlichen Akten enthalten wenig (vgl. Richter/Schmierer, IWK 4/1967, S. 15—25), das Vereinsorgan, die „Sonne“, gehört zu den Kriegsverlusten und Nachlässe existieren nicht. In diversen Faszikeln des HSTAS sind jedoch zahlreiche Einzelnummern der „Sonne“ enthalten; zudem geben die verstreuten Notizen in den bürgerlichen Tageszeitungen auch über die Arbeiterbewegung Aufschluß. Ich hoffe, zu der Frühphase bald einen Aufsatz vorlegen zu können. Vgl. auch Kap. B VII, 3.

Als Quellen sind in der vorliegenden Arbeit, wie in den Werken von Runge und Boldt, in erheblichem Maße die Parteizeitungen herangezogen worden. Neben dem „Beobachter“, dem Organ der Demokraten, wurden erstmals vollständig folgende liberale Parteiblätter ausgewertet: „Württembergische Zeitung“, „Politisches Wochenblatt“, „Schwäbische Zeitung“, „Schwäbische Volkszeitung“ und die „Stuttgarter Zeitung“. Zudem konnten die Jahrgänge 1868—1869 (lückenhaft) der „Demokratischen Correspondenz“, des Organs der Deutschen Volkspartei, benutzt werden. Diese Parteizeitung galt ebenso wie die „Schwäbische Zeitung“ und die „Schwäbische Volkszeitung“ (mit Ausnahme der Jahrgänge 1869—1871) als verschollen<sup>41</sup>. Als sehr materialreich für die Parteientwicklung erwies sich auch die „Schwäbische Chronik“<sup>42</sup>, die renommierteste württembergische Tageszeitung im 19. Jahrhundert. Daß die Zeitungen so überaus aufschlußreich für die Entwicklung des Bürgertums sind, verweist auf einen Grundzug der bürgerlichen Politik: Man brach radikal mit der Arkanpraxis des Obrigkeitsstaats. Die innerbürgerlichen Diskussionen und Kontroversen wurden in aller Öffentlichkeit geführt. Die Parteiorgane waren in weit stärkerem Maße als der Landtag die Tribüne, auf der das Bürgertum seine Grundsatzdiskussionen austrug; sie waren zugleich die Kommunikationszentren für die Parteien.

Die staatlichen Akten sind für die hier interessierenden Fragen ergiebig für die Reaktionsdekade, während sie für die Revolutionsjahre wenig Informationen bieten, da die Regierung 1848/49 die politischen Bewegungen nicht überwachen ließ<sup>43</sup>. Auch für die 1860er Jahre bieten die staatlichen Akten nur wenig, was nicht aus den Zeitungen oder den Nachlässen bürgerlicher Politiker genauer zu ermitteln ist.

Von den im Literaturverzeichnis angeführten Nachlässen ist vor allem der umfangreiche Höldersche Nachlaß hervorzuheben. Dieser Nachlaß, der als eine Art Parteiarchiv anzusehen ist, erwies sich als eine schier unerschöpfliche Fundgrube für die Geschichte des württembergischen Bürgertums im Reichsgründungsjahrzehnt. Er enthält nicht nur Schreiben an Hölder, der seit den Reaktionsjahren zu den dominierenden Politikern aus dem liberal-demokratischen Bürgertum zählte, sondern auch eine große Zahl von Briefen Dritter an Parteifreunde, die diese offensichtlich an Hölder weitergaben<sup>44</sup>. Zudem hat

41 Schmierer, benutzte die Jahrgänge 1869—71 der SVZ, Runge hat nur die Jahrgänge 1870—71 aufgefunden. Die DC, die G. Mayer für seinen berühmten Aufsatz über die „Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie“ ausgewertet hat, galt nach Auskunft der „Deutschen Presseforschung“ an der Universität Bremen als verschollen.

42 Die „Schwäbische Chronik“, die als „zweite Abteilung“ des „Schwäbischen Merkurs“ erschien, brachte Berichte und Nachrichten, die sich auf Württemberg bezogen, während der „Merkur“ den gesamten außerwürttembergischen Raum erfaßte. Die „Chronik“ erschien ein- bis viermal je Tag.

43 Vgl. S. 110, Anm. 15.

44 Es ist nicht zu erkennen, ob die Briefe, die nicht namentlich an ihn adressiert waren, direkt an ihn gerichtet wurden. Ist der Empfänger benannt, so wird das in den Anmerkungen verzeichnet.

Hölder mit einer für den Historiker höchst erfreulichen Genauigkeit Schriftstücke aller Art, u. a. Konzepte und Kopien eigener Briefe, gesammelt. Ohne diese Neigung des langjährigen Parteiführers zur archivalischen Sammlertätigkeit wären viele Entwicklungszüge in der Geschichte des württembergischen Bürgertums nicht zu erforschen.

Zu danken habe ich den Leitern und Mitarbeitern folgender Archive und Bibliotheken, in denen ich Materialien einsehen konnte: Landesbibliothek Stuttgart, Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Staatsarchiv Ludwigsburg und Nürnberg, Bundesarchiv Koblenz und Frankfurt, Deutsches Zentralarchiv und Staatsarchiv Potsdam, Generallandesarchiv Karlsruhe, Stadtarchiv Stuttgart und Heidenheim, Universitätsbibliothek Heidelberg und Tübingen, Zentralbibliothek Zürich, Stadtbibliothek Winterthur, Historisches Institut der Universität Bern, ebenso Frau Deffner, Herrn Dipl.-Volkswirt Ahsbahs und Herrn Rechtsanwalt Dr. Müller-Payer, die mir die Möglichkeit gaben, die in ihrem Besitz befindlichen Nachlässe auszuwerten.

Vor allem aber bin ich Herrn Prof. Dr. Eberhard Kolb zu großem Dank verpflichtet, der die vorliegende Arbeit anregte und in vielfältigster Weise unterstützte und kritisch förderte. Nicht zuletzt gilt mein Dank auch meinem Freund und Kollegen Dr. Klaus Schönhoven, der sich die Mühe gemacht hat, das Manuskript kritisch durchzusehen.



## **A Voraussetzungen und Ausgangslage**



## I. Zur Wirtschafts- und Sozialstruktur Württembergs (ca. 1820 bis ca. 1870)

Das Napoleonische Zeitalter hat den deutschen Südwesten territorial gründlich umgestaltet. Neben Baden und Württemberg blieben nur noch die beiden kleinen Fürstentümer Hohenzollern-Sigmaringen und -Hechingen als selbständige Staaten erhalten. Württemberg, das seit dem Ende des Reiches dem Rheinbund angehörte, hatte im Zuge der Mediatisierungen und Säkularisierungen von der Jahrhundertwende bis 1810 seine Fläche mehr als verdoppelt<sup>1</sup> und seine Bevölkerung von ca. 650 000 Einwohner auf 1,25 Millionen erhöht. Mit den Neuerwerbungen nahm das zuvor fast rein protestantische Land rd. 400 000 Katholiken auf. Die neuen Gebiete bildeten ein „Gemisch, so bunt wie die Landkarte des alten deutschen Reiches“<sup>2</sup>, mit den unterschiedlichsten historischen Traditionen: Reichsstädte, österreichische und bayerische Gebiete, fürstliche, gräfliche und ritterschaftliche Besitzungen, Abteien und Probsteien, Stifte und Ordensbesitz. Nachdem König Friedrich Alt- und Neuwürttemberg mit großer Härte zu einem einheitlichen, straff gegliederten und absolutistisch regierten Staat zusammengefaßt hatte<sup>3</sup>, standen die Regierungen unter seinem Sohn, Wilhelm I. (1816—1864), vor der Aufgabe, das Land wirtschaftlich zu fördern. Denn die gewerblich-industrielle Entwicklung bot, wie überall, die einzige Möglichkeit, dem „Zeitalter des Pauperismus“<sup>4</sup> zu ent-rinnen.

### 1. Phasen der Wirtschaftsentwicklung

Ogleich Württemberg in der ganzen 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts noch ein Gebiet „agrarwirtschaftlicher Stagnation und verzögerter gewerblicher Entwicklung“<sup>5</sup> blieb, wurden in diesem Zeitraum doch bereits die Grundlagen für den raschen Fortschritt der Industrialisierung in der 2. Jahrhunderthälfte gelegt. Wie die beiden folgenden Abschnitte zu zeigen versuchen, kann für Württemberg die Phase, in der

1 Die rechtsrheinischen Gebiete wurden von etwa 8500 km<sup>2</sup> auf 19 511 km<sup>2</sup> erweitert, vgl. Karl Otto Müller, *Land und Städte in Württemberg*, in: Keyser (Hrsg.), *Württembergisches Städtebuch*, S. 12. Dort auch die folgenden Zahlen. Vgl. zur württembergischen Geschichte Anfang des 19. Jahrhunderts vor allem Hölzle, *Das alte Recht*, und ders., *Württemberg im Zeitalter Napoleons*.

2 Gehring, *Wirtschaftsleben*, S. 206.

3 Vgl. den Überblick bei Grube, *Stuttgarter Landtag*, S. 469 ff., und Miller, *Neuwürttemberg*.

4 Abel, *Massenarmut und Hungerkrisen*, S. 63.

5 Köllmann, *Arbeitskräftepotential*, S. 210.

die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufstieg entstanden, von etwa 1820 bis zur Jahrhundertmitte angesetzt werden, mit einer deutlichen Beschleunigung seit Anfang der 1830er Jahre. Nach der schweren, sich bis 1854/55 hinziehenden Übergangskrise, die 1846/47 als Erntekrise im Agrarsektor einsetzte und dann auf die Gewerbe übergriff<sup>6</sup>, begann für Württemberg die Phase des Durchbruchs zur Industrialisierung (take-off)<sup>7</sup>.

Bis zur Jahrhundertmitte wurde zwar die Gewerbestruktur bereits verbessert<sup>8</sup> und die industrielle Entwicklung vorangetrieben, doch der gewerblich-industrielle Bereich konnte sich erst seit den 1850er Jahren von den Fesseln der Landwirtschaft befreien, die auf Grund ihres spezifischen Gepräges — starke Bodenzersplitterung und Vorherrschen von Klein- und Kleinstbetrieben<sup>9</sup> — nur schwer zu modernisieren war. Die agrarwirtschaftliche Stagnation behinderte die gewerblich-industrielle Entwicklung, denn in der Anfangsphase der Industrialisierung steckten die Zuwachsraten in der landwirtschaftlichen Produktion die Grenzen ab, in denen sich die Industrialisierung vollziehen konnte<sup>10</sup>. Die württembergische Landwirtschaft war aber, wie die Auswanderungszahlen beweisen<sup>11</sup>, gezwungen, sich personell und hinsichtlich der Betriebszahlen gesundzuschumpfen, so daß die industrielle Entwicklung nicht durch eine prosperierende Agrarwirtschaft verstärkt wurde, sondern im Gegenteil die Aufgabe hatte, zur Sanierung der krisenanfälligen Landwirtschaft beizutragen<sup>12</sup>. Daß dies bis zur Jahrhundertmitte noch nicht gelungen war, belegt die schwere Wirtschaftskrise bis 1854/55. Dann setzte jedoch ein rascher industrieller Aufschwung ein, der noch dadurch begünstigt wurde, daß die reichen Ernten in der 2. Hälfte des nachrevolutionären Jahrzehnts die Konsumtionskraft der breiten Bevölkerung stärkten. Die nach der Krise beginnende Entwicklungsphase wird als forcierte Industrialisierung<sup>13</sup> verstanden, da wirkungsvolle staatliche Initiativen zur Wirtschaftsförderung, verstärkte wirtschaftliche Akti-

6 Vgl. u. S. 61 ff.

7 Zur Bestimmung der Phasen s. Walt. W. Rostow, Stadien wirtschaftlichen Wachstums, vor allem Kap. 2—4, und den Sammelband: ders. (Hrsg.), *The Economics of Take-Off into Sustained Growth*, London 1964. Die wichtigste Literatur zur Rostowschen Theorie ist verzeichnet bei Wehler, *Theorieprobleme*, S. 87 f. Anm. 22 f. Es sei nachdrücklich betont, daß hier nicht Rostows Stadientheorie insgesamt übernommen wird, sondern nur seine Kriterien für die Take-Off-Phase. Vgl. zu dieser industriellen Durchbruchphase vor allem auch Gerschenkron, *Economic Backwardness*, S. 5—30. Ott (S. 16 f.), dessen Arbeit ich erst nach Abschluß meines Manuskripts einsehen konnte, datiert die Phase des industriellen Durchbruchs für Württ. ebenfalls ab 1855. Ab 1875 setzte dann eine „Phase reduzierten Wirtschaftswachstums“ ein (S. 17 f.).

8 Vgl. u. S. 30 ff.

9 Vgl. u. S. 64 f.

10 Vgl. Rostow, *Stadien*, S. 40.

11 Vgl. u. S. 65.

12 Vgl. u. S. 65 f.

13 Dazu Kap. A I, 3.

vität des Bürgertums bei gleichzeitiger Entpolitisierung breiter bürgerlicher Kreise<sup>14</sup> und Wirtschaftsaufschwung parallelliefen.

Walt. W. Rostow definierte die Take-off-Phase durch 3 Bedingungen<sup>15</sup>:

1. Ein Anstieg der produktiven Investitionen von etwa 5 auf etwa 10% des Nettozialprodukts.

Ein solcher Anstieg kann mangels präziser zeitgenössischer Zahlenangaben zwar nicht nachgewiesen werden, aber die angeführten Steigerungsraten<sup>16</sup> der Investitionen in einzelnen führenden Wirtschaftssektoren stützen die Annahme, daß die Investitionsraten seit der Jahrhundertmitte einen qualitativen Sprung erfuhren. Darauf deutet auch der starke Anstieg des württembergischen Volkseinkommens hin, das 1841 ca. 180 Millionen Mark betrug und bis 1863 auf 316 Millionen Mark anstieg<sup>16a</sup>.

2. Die Entwicklung von Industriezweigen mit hohen Wachstumsraten. Das trifft für Württemberg vornehmlich für die Textilbranche zu, die man durchgreifend modernisierte, und für die Metallindustrie<sup>17</sup>. Auch der Eisenbahnbau, der überall eine Schlüsselrolle in der industriellen Entwicklung einnahm<sup>18</sup>, setzte in Württemberg erst seit der Jahrhundertmitte verstärkt ein.

3. Die Schaffung eines politischen, sozialen und institutionellen Rahmens, der wirtschaftliche Impulse aufnimmt und auswertet.

Die Entwicklung vornehmlich der institutionellen Voraussetzungen für eine verstärkte Industrialisierung des Landes setzte zwar bereits etwa 1820 ein<sup>19</sup>, doch erst nach der Revolution baute man durch staatlich-privatwirtschaftliche Kooperation die unsystematischen Anfänge in ein festes institutionelles Gerüst ein. Vor allem die Zentralstelle für Gewerbe und Handel erhielt für die gewerblich-industrielle Erschließung des Landes eine hohe Bedeutung<sup>20</sup>. Auch staatliche Gewerbe- und Handelskammern entstanden erst im nachrevolutionären Jahrzehnt, wie auch der Auf- und Ausbau des Bankwesens, der die wirtschaftliche Aufstiegsperiode kennzeichnet<sup>21</sup>, verstärkt erst seit der Jahrhundertmitte einsetzte.

Diese skizzierten Entwicklungslinien, die in den beiden folgenden Abschnitten näher ausgeführt werden, rechtfertigen wohl die vorge-

14 Vgl. Kap. C I.

15 Rostow, Stadien, S. 57.

16 Vgl. u. S. 50 ff.

16a Vgl. Ott, S. 17.

17 Vgl. u. S. 51 f.

18 Vgl. etwa Landes, Unbound Prometheus, S. 196, oder Rostow, Stadien, S. 73 f.

19 Vgl. u. S. 35 ff.

20 Vgl. vor allem Huber, Württembergische Handelskammern; Mosthaf, Württembergische Industrie- und Handelskammern; Siebertz, Steinbeis; Ott, S. 291 ff. S. auch u. S. 66 ff.

21 Vgl. Stadien, S. 65; Gerschenkron, Economic Backwardness, S. 11 ff.

schlagene Periodisierung der industriellen Entwicklung Württembergs. Sie deckt sich weitgehend mit der Phaseneinteilung von Rostow für die deutsche Entwicklung<sup>22</sup>. Auch Walther G. Hoffmann, der für Deutschland die Take-off-Phase zwischen 1830/35 und 1855/60 ansetzt und die Periode des „self-sustained growth“ bereits ab 1855/60 datiert<sup>23</sup>, betont, daß diese Industrialisierungsphasen in den einzelnen deutschen Regionen zu verschiedenen Zeiten eingesetzt haben. Die Erforschung der Industrialisierung Deutschlands ist deshalb vornehmlich eine Aufgabe der Landesgeschichtsforschung<sup>24</sup>. Die folgenden Abschnitte, die nur einen kleinen Beitrag zu dieser Aufgabe leisten wollen, sollen die sozioökonomischen Umriss jenes Feldes abstecken, auf dem die politischen Parteien agierten und an das sie gebunden blieben.

22 Stadien, S. 56.

23 Hoffmann, Take-Off in Germany, S. 96. Auch W. Fischer (Verhältnis von Staat und Wirtschaft, S. 301, Anm. 5) datiert die Take-Off-Phase auf die Zeit bis 1848. Zum Problem der Datierung der Take-off-Phase in Deutschland vgl. auch Kaelble, Berliner Unternehmer, S. 15—17, u. neuerdings Wehler, Kaiserreich, S. 24 ff.

24 Vgl. die Literatur in Anm. 18 S. 15.

## 2. Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufstieg (1820—1850)

Zunächst gilt es, die Rolle des Staates in der Frühphase der Industrialisierung Württembergs zu untersuchen. Die Frage nach dem staatlichen Einfluß auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Württembergs besitzt nämlich erhebliches Gewicht für eine Analyse der liberal-demokratischen Bewegung, da die staatlichen Reformen die Entwicklung des Parteiwesens in starkem Maße mitbestimmten und die Wirkungsmöglichkeiten der Opposition beschnitten<sup>1</sup>.

Daß der staatliche Anteil an der industriellen Erschließung der deutschen Länder in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts gewichtig war, ist ein unbestrittenes Ergebnis der Forschung<sup>2</sup>. Gerade was Württemberg betrifft, wurde dieser Sachverhalt von der älteren Forschung jedoch oft überzeichnet, da man die unternehmerische Eigeninitiative zu wenig oder fast gar nicht berücksichtigte. Das große halboffizielle Werk von Vischer<sup>3</sup>, das die industrielle Entwicklung weitgehend auf das Wirken der Stuttgarter Zentralstelle für Gewerbe und Handel zurückführte, bestimmte lange die wirtschaftsgeschichtliche Landesforschung. Auch neuere Untersuchungen haben sich von dem Einfluß dieses Buches nicht freigemacht<sup>4</sup>. Otto Borst hat in seiner wichtigen

1 Dazu Kap. A II, 1.

2 Vgl. vor allem W. Fischer (Beginn der Industrialisierung; Government and Industrialisation) und die in dem Literaturbericht von Büsch (Industrialisierung, S. 34 f. Anm. 44) angeführte Spezialliteratur.

3 Vischer, Industrielle Entwicklung, 1875. Auf den „Rechtfertigungscharakter“ des Buches, das von Steinbeis, dem „nicht mehr ganz unangefochtenen Präsidenten der Zentralstelle“ angeregt wurde, wies schon Gehring (List bis Steinbeis, S. 406 Anm. 2) hin.

4 Vgl. vor allem die in Anm. 20 (A I, 1) angeführte Literatur.

Arbeit über „Staat und Unternehmer in der württembergischen Industrie“<sup>5</sup> diese Geschichtsschreibung, die sich ganz an der Tätigkeit von staatlichen Organisationen und an Herrschergestalten orientierte, scharf kritisiert. Seine Kritik deckt gewiß erhebliche Schwächen der vorhandenen Literatur zur Wirtschaftsentwicklung Württembergs auf; er fällt allerdings selbst in das andere Extrem. So überschätzt er nicht nur die Bereitschaft des württembergischen Unternehmers zum politischen Engagement erheblich<sup>6</sup>, sondern unterschätzt auch die Bedeutung der staatlichen Maßnahmen für das vorwärtliche Wirtschaftsleben. Da der Grund für diese Fehleinschätzung vornehmlich ein methodologischer ist, soll etwas näher darauf eingegangen werden.

Borst konzentriert sich ganz darauf, das Wirken der unternehmerischen Einzelpersönlichkeit zu untersuchen, deren Stellenwert für die Industrialisierung des Landes aber erst hervortritt, wenn die wirtschaftliche Gesamtentwicklung betrachtet wird. Da Borst dies weitgehend außer acht läßt, verengt er den Komplex „Staat und Unternehmer“ zu sehr auf den Prozeß der Unternehmensgründungen. Er bezieht so die genaue Gegenposition zu der von ihm kritisierten Literatur, die in erster Linie den direkten staatlichen Anteil an der Entstehung von Wirtschaftsunternehmungen betonte. Die Bedeutung staatlicher Maßnahmen für die allgemeine Wirtschaftsentwicklung und auch für die Gründung und Geschichte einzelner Unternehmungen beschränkt sich jedoch nicht auf direkte Einflüsse staatlicher Organe. Um die Rolle des Staates abschätzen zu können, muß vielmehr die ganze Breite der Wirtschaftsfunktionen des Staates bzw. der Regierung betrachtet werden: der Staat als Gesetzgeber, als Administrator, als Unternehmer sowie als Konsument und Investor<sup>7</sup>. Vor allem die Aufgabe, Sozialkapital zu schaffen, das als Voraussetzung für eine Industrialisierung unentbehrlich war, wies dem Staat eine bedeutsame Rolle zu, da bei diesen Investitionen entweder kein Gewinn (z. B. beim Schulwesen) oder auf längere Zeit keine erheblichen Gewinne (z. B. beim Ausbau der Infrastruktur) zu erwarten waren<sup>8</sup>.

---

5 Diesen Komplex hat vor ihm unzureichend untersucht: Mehmke, Entstehung der Industrie und Unternehmertum. Auch Gehring (List bis Steinbeis) würdigt die Initiativen, die von den Wirtschaftskreisen ausgingen, recht ausführlich. In seinem späteren Aufsatz (Wirtschaftsleben) betont er allerdings stärker den Anteil des Königs und der staatlichen Organe an der Wirtschaftsförderung. Vgl. auch Kellenbenz, Unternehmertum in Süddeutschland, und allgemein Zorn, Unternehmertum; s. auch ders., Handelsgeschichte, S. 205 ff. Zum Typ des Beamten-Unternehmers im Württ. des 18. Jahrhunderts s. Liebel.

6 Vgl. dazu Kap. A II, 1.

7 Nach Fischer (Beginn der Industrialisierung, S. 292 f.), der diese Funktionen noch weiter auffächert. Für eine grundsätzliche Kritik an einer Wirtschaftsgeschichte, die als Geschichte „historischer Individuen“ betrieben wird, vgl. Wehler, Theorieprobleme.

8 Vgl. Rostow, Stadien, S. 41 ff. Für Württ. hat Ott den Bereich der Grundlageninvestitionen untersucht, deren Bedeutung für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung er entschieden hervorhebt.

Unter dieser umfassenden Fragestellung ist die württembergische Wirtschaftsgeschichte noch kaum erforscht<sup>9</sup>. Im folgenden können deshalb nur wenige Entwicklungslinien angedeutet und durch einige statistische Analysen zum Wandel des Sozial- und Wirtschaftsgefüges ergänzt werden. Daß Borst auf statistische Untersuchungen völlig verzichtet, deutet ebenfalls darauf hin, daß er sich methodologisch einseitig am Wirken von Einzelpersönlichkeiten orientiert. Auch seine bereits angedeutete Fehleinschätzung der politischen Aktivität der Unternehmerschaft beruht auf der fehlenden quantifizierenden Absicherung, die davor bewahren kann, untypische Beispiele als typisch mißzuverstehen<sup>10</sup>.

In den beiden ersten vormärzlichen Landtagswahlperioden (1820—1830) hatte die Regierung eine Reihe von gesetzgeberischen Maßnahmen angeregt und durchgesetzt, die Württemberg wirtschaftlich und sozial förderten. Von besonderer Bedeutung erwiesen sich die Reform des Steuerwesens von 1821<sup>11</sup>, das Verwaltungsedikt von 1822, das den gesetzlichen Rahmen für die Rechts- und Sozialverfassung von Gemeinden- und Amtskörperschaften bis ins 20. Jahrhundert hinein absteckte<sup>12</sup>, und die Revision der Gewerbeordnung von 1828, die eine wichtige Station auf dem Wege zur vollen Gewerbefreiheit bedeutete<sup>13</sup>. Hinzu kamen die ersten Maßnahmen, um die Zollgrenzen zwischen den deutschen Staaten abzubauen<sup>14</sup>.

Die Revision des Steuerwesens war eine der dringlichsten Aufgaben, vor die sich die Regierung nach 1818 gestellt sah, da die langen Kriegsjahre und die Mißernten vor 1818, die fast ganz Europa heimsuchten<sup>15</sup>, hohe Defizite im Staatshaushalt verursachten. Die Steuerreform, die ein neues Verhältnis zwischen direkten und indirekten Steuern schuf, zeigte eine schnelle positive Wirkung. Seit 1821 wiesen nur noch die Budgets für die Jahre 1823—25 und 1826/27 Defizite auf<sup>16</sup>. Ab 1827 betrug der Einnahmeüberschuß, trotz mehrfacher Steuersenkungen<sup>17</sup>, bis 1846/47 zwischen 336 000 und 2,8 Millionen Gulden. Haushalt und Steuerbelastung konnten im gesamten Vormärz weitgehend konstant gehalten (Abb. 1), die Ertrag- und Einkommensteuern sogar gesenkt werden (Abb. 2). Erst die Mißernten der Jahre

---

9 Den stärksten Ansatz dazu bieten Gehring (*Wirtschaftsleben*) und Ott für den Bereich des Staates als Administrator und Investor.

10 Vgl. dazu Kap. A II, 1 zur Sozialschichtung der vormärzlichen Landtage.

11 Vgl. Hochstetter, *Einkommensteuer in Württemberg*, 1866, S. 252 ff.

12 Vgl. Grube, *Landtag*, S. 511; Bitzer, *Recht auf Armenunterstützung*, 1863, S. 229; Mohrdieck, *Bauernunruhen*, S. 71 ff.

13 Vgl. Köhler, *Gewerberecht*, S. 108 ff. Zu den Auswirkungen s. u. S. 40.

14 Vgl. dazu u. S. 33 f. Die Binnenzölle waren bereits seit 1808 aufgehoben, vgl. Gehring, *Wirtschaftsleben*, S. 222.

15 Vgl. Abel, *Agrarkrisen*, S. 209 f.; ders., *Massenarmut*, S. 54 f. Zu Württemberg: Gehring, *List bis Steinbels*, S. 200.

16 Diese und die folgenden Zahlen nach Riecke, *Finanzverwaltung*, 1870, S. 73 ff.

17 Vgl. Hochstetter, *Einkommensteuer*, S. 254 ff.

1846/47 und die Übergangskrise bis 1854/55 ließen den Haushalt wieder defizitär werden, da der Ertrag des Kammerguts rapide sank (Abb. 1), ohne daß die Steuereinnahmen dies auffangen konnten. Zugleich steigerte die Regierung in den Krisenjahren das Haushaltsvolumen und betrieb so — im heutigen Sprachgebrauch — eine antizyklische Wirtschaftspolitik<sup>18</sup>.

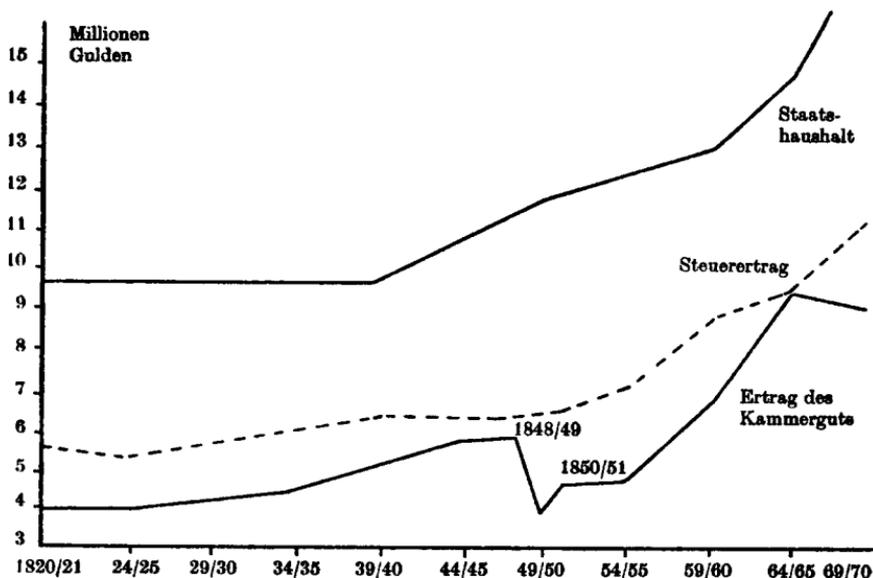


Abb. 1<sup>19</sup>: Staatshaushalt 1820/21—1869/70

Größte Bedeutung für die gewerblich-industrielle Erschließung des Landes erhielten die Zoll- und Handelsverträge, die Württemberg seit 1829 einging und die schließlich zum Zollverein von 1834 ausgeweitet wurden<sup>20</sup>. Die Regierung setzte die Verträge gegen den Widerstand der liberalen Kammeropposition durch<sup>21</sup>. Die Unternehmerschaft reagierte zunächst zwiespältig auf die Zollvereinspläne, da sie einen ruinösen Wettbewerb befürchtete, begrüßte dann aber doch den Zollver-

<sup>18</sup> Vgl. die Abbildung bei Buzengeiger, Zusammenhänge, S. 17. Abgedruckt auch bei Droz, Révolutions Allemandes, Anhang.

<sup>19</sup> Errechnet nach Riecke (Anm. 16). In der Abbildung sind jeweils Durchschnittswerte für die angegebenen Zeitspannen eingesetzt. Nur der Ertrag des Kammerguts zwischen 1848/49 und 1851/52 ist genau eingezeichnet, da er erhebliche Schwankungen aufwies.

<sup>20</sup> Einen kurzen Überblick gibt Gehring, Wirtschaftsleben, S. 228 ff. Am 1. Januar 1829 trat der bayerisch-württembergische Zollverein in Kraft, der im Mai d. J. einen Handelsvertrag mit dem preußisch-hessischen Zollverein abschloß. Bereits 1824 schloß sich Württemberg mit Hohenzollern zu einem Zollverband zusammen, vgl. Gehring, List bis Steinbeis, S. 421. Zum Zollverein vgl. etwa W. Fischer, German Zollverein; Henderson, The Zollverein; Hausserr, Zollverein und Industrialisierung.

<sup>21</sup> Vgl. Kap. A II, 1, S. 75.

ein<sup>22</sup>, dessen positive Auswirkungen auf das gesamte Wirtschaftsleben des Landes sie bald spürte.

Die Einflüsse einzelner Faktoren auf die wirtschaftliche Entwicklung, wie Durchführung partieller Gewerbefreiheit, verstärkte unternehmerische Aktivität, Einführung neuer Techniken, Zollverbund, sind zwar nur schwer voneinander abzugrenzen, doch die Wirkung des Zollvereins kann an den wertmäßigen Verschiebungen innerhalb des Steueraufkommens unmittelbar erfaßt werden. Die belebende Kraft des Zollvereins für die württembergische Wirtschaft geht deutlich aus den seit 1834/35 sprunghaft ansteigenden Zolleinnahmen hervor (Abb. 2), die seit 1841/42 bis Anfang der 1850er Jahre den größten Einzelanteil der Steuererträge ausmachten. Nur die Wirtschaftsstockung in den Revolutionsjahren ließ die Höhe der Zollgefälle knapp unter die Summe der Ertragsteuern sinken. Das starke Anwachsen der

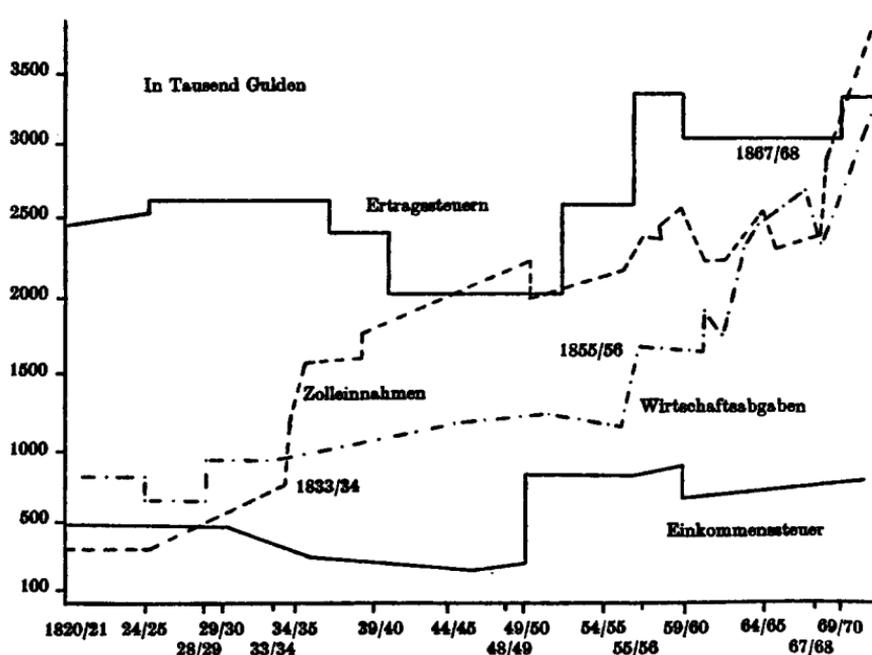


Abb. 2<sup>22</sup>: Steuern und Zölle 1820/21—1869/70

<sup>22</sup> Vgl. Gehring, Wirtschaftsleben, S. 231.

<sup>23</sup> Alle Werte errechnet nach ebd. Außer den Ertragsteuern sind alle Werte als Durchschnittszahlen angegeben. Stärkere Erhöhungen oder Senkungen sind jedoch genau eingezeichnet. Gegenüber den Einnahmearten, die in der Abbildung genannt werden, verloren alle anderen zunehmend an Bedeutung. Zur Auswirkung des Zollvereins auf Württemberg vgl. auch: „Über den Einfluß des Zollvereins auf die Industrie und den Handel Württembergs“, in: W. Gewerbeblatt 1851, S. 213—301.

Zolleinnahmen und der Wirtschaftsabgaben<sup>24</sup>, die ebenfalls einen Gradmesser für den wirtschaftlichen Aufschwung darstellen, sowie die bis 1846/47 steigenden Erträge aus dem Kammergut ermöglichten im Vormärz die mehrfache Senkung der Ertrag- und Einkommensteuern<sup>25</sup>, so daß die breitere Bevölkerung steuerlich entlastet wurde. Erst der Landtag der Revolutionsjahre mußte die Einkommensteuern drastisch erhöhen (Abb. 2), um die ab 1847/48 sinkenden Erträge des Kammerguts zu kompensieren, in denen sich vor allem die Ausfälle widerspiegeln, die auf Grund der Ablösungsgesetze entstanden<sup>26</sup>.

Neben dem Anschluß an den Zollverein gewann unter den gesetzgeberischen Aktivitäten im Vormärz vor allem die Gewerbereform von 1828 große Bedeutung für die weitere wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes. Diese Reform kann aber nur recht gewürdigt werden, wenn man sie im Zusammenhang mit den staatlich-administrativen Maßnahmen sieht, die die partielle Befreiung von den Zunftfesseln vorbereiteten und ergänzten. Die Frage nach der Rolle des Staates als Administrator soll deshalb zunächst erörtert werden. Auch hier darf sich die Fragestellung nicht auf die unmittelbare Staatshilfe, etwa durch Kredite, beschränken, sondern muß vielmehr die allgemeine Gewerbeförderungspolitik miteinbeziehen, die erst den Boden für die unternehmerische Eigeninitiative fruchtbar machte.

Gehring läßt mit dem Regierungsantritt König Wilhelms im Jahre 1816 eine „Gründer- und Stifter-Periode“<sup>27</sup> einsetzen — eine Formulierung, die angesichts der Fülle von landwirtschaftlichen und gewerblichen Vereinen, die mit staatlicher Hilfe entstanden, und des raschen Ausbaus des gewerblichen Unterrichtswesens berechtigt erscheint, wenngleich man berücksichtigen muß, daß staatliche Anregung und privatwirtschaftliche Forderung sich gegenseitig ergänzen<sup>28</sup>.

Noch bevor 1819 in Stuttgart der erste württembergische Handels- und Gewerbeverein unter staatlicher Mithilfe entstand, gründete man 1817, ebenfalls unter staatlicher Mitwirkung, einen landwirtschaftlichen Verein, dessen Zentralstelle ihren Sitz in Stuttgart erhielt. Bis

<sup>24</sup> Vgl. zu dieser Getränkesteuer: Königreich Württemberg, Bd. 2,2, 1882, S. 207—214. Einen kurzen Überblick über die Entwicklung des Steuerwesens gibt Dehlinger, Staatswesen, Bd. 2, S. 828 ff.

<sup>25</sup> Zu den Ertragsteuern zählten Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer; zu den Einkommensteuern die Kapital- und Besoldungssteuer.

<sup>26</sup> Vgl. Riecke (Anm. 16), S. 71.

<sup>27</sup> Wirtschaftsleben, S. 207. Borst (Staat und Unternehmer, S. 157), versucht durch eine Äußerung des Königs dessen Anteil an der staatlichen Wirtschaftsförderung als minimal hinzustellen. Das kann angesichts der zahlreichen Belege bei Gehring (Wirtschaftsleben, List bis Steinbeis) für das unmittelbare Eingreifen des Königs und für die Initiativen, die von ihm ausgingen, aber nicht überzeugen.

<sup>28</sup> Im folgenden wird nur das Wichtigste herausgegriffen. Detailliert bei Gehring, List bis Steinbeis, S. 409 ff., und ders., Wirtschaftsleben, S. 208 ff. Vgl. auch die Angaben in dem Abschnitt „Gewerbe und Handel“ (S. 551 ff.) im „Königreich Württemberg“, 1863, wo ein Überblick über die Entwicklung ab etwa 1820 gegeben wird, und „Königreich Württemberg“, Bd. 2,1, 1883, S. 467.

1848 nahm sie auch die Funktion einer gewerblichen Zentralstelle wahr. Ihr schlossen sich bald Lokal- und Bezirksvereine im ganzen Lande an. Beide Vereine waren „halboffizielle Gebilde“<sup>29</sup>, die außerhalb des Behördenapparats standen und das Recht des unmittelbaren Kontakts mit dem König und der Regierung hatten. Daß ein landwirtschaftlicher Verein die Gründungswelle eröffnete und daß der erste Gewerbeverein nur 5 Jahre Bestand hatte<sup>30</sup>, wirft ein bezeichnendes Licht auf den wirtschaftlichen Entwicklungsstand Württembergs Anfang der 1820er Jahre, aber auch auf die vorherrschende Meinung im Lande über das anzustrebende Verhältnis von Landwirtschaft und Gewerbe. Erst als in den 1830er Jahren die wirtschaftliche Entwicklung stärker voranschritt, ging die Initiative zu Vereinsgründungen mehr auf Privatleute über. Den nachhaltigsten Einfluß übte die 1830 gegründete Gesellschaft für Beförderung der Gewerbe<sup>31</sup> aus. Doch selbst für diesen Verein suchten die Unternehmer zunächst staatliche Unterstützung zu erhalten. Erst als ein entsprechender Antrag, den der Calwer Fabrikant Dörtenbach<sup>32</sup> in der Abgeordnetenversammlung eingebracht hatte, erfolglos blieb, entstand der Verein als private Gründung. Die Regierung griff dann jedoch die Privatinitiative auf, billigte die Vereinsstatuten und gewährte eine jährliche Unterstützung von 500 Gulden. Zudem standen bis 1848 hohe Beamte an der Spitze des Vereins. Erst 1847 gelangte ein Vertreter des Wirtschaftsbürgertums in den Vorstand<sup>33</sup>. In diesem Vorgang dokumentiert sich beispielhaft der Aufstieg des Bürgertums, das von den wirtschaftlich-sozialen Reformmaßnahmen des Staats gefördert wurde und sich schließlich vom Staat zu emanzipieren suchte<sup>34</sup>. Zugleich zeigte sich aber auch, wie sehr das Bürgertum noch auf staatliche Hilfe angewiesen war, denn der Verein, dem 1846 schon 14 Bezirksvereine angeschlossen waren<sup>35</sup>, konnte noch nicht aus eigener Kraft finanziell existieren. Man mußte die Regierung um einen erhöhten jährlichen Zuschuß bitten. Anfang 1848 vollzog man dann den nächsten Schritt, um sich von staatlicher Aufsicht und Anleitung zu lösen.

Im Februar 1848 versammelte sich auf Einladung des Göppinger

29 Gehring, Wirtschaftsleben, S. 209.

30 Vgl. Dehlinger, Staatswesen, Bd. 2, S. 660. Der nächste Gewerbeverein entstand erst 1831 in Hall. Ein Überblick über „Die Tätigkeit der Gewerbevereine des Landes“ findet sich im W. Gewerbeblatt 1857, S. 137 ff. Zum Haller Verein vgl. dessen Bericht zu seinem 25jährigen Jubiläum im W. Gewerbeblatt 1856, S. 316 ff.

31 Vgl. Gehring, Wirtschaftsleben, S. 233; ders., List bis Steinbeis, S. 421 ff.; vor allem die Rechenschaftsberichte Nr. 1—18 (1831—1848) der Gesellschaft.

32 Zu dessen politischem Engagement s. u. S. 76.

33 Bis 1836 Freiherr von Kerner, Geheimer Rat, als Vorstand der Gesellschaft und Staatsrat von Pistorius als Vorstand des Ausschusses der Gesellschaft. Seit 1837 war Pistorius Gesellschaftsvorstand und Dr. Duvernoy Ausschußvorstand. 1847 erhielt der Stuttgarter Kaufmann Carl Ostertag die neugeschaffene Stelle des stellvertretenden Ausschußvorstands (vgl. die Rechenschaftsberichte des Vereins). Vgl. zu diesem Gehring, List bis Steinbeis, S. 434 Anm. 55.

34 Vgl. zu diesem Vorgang Kap. A II, 1.

35 Vgl. Königreich Württemberg, 1863, S. 559.

Gewerbevereins ein „Gewerbekongreß“, um gewerbliche Fragen des Landes zu erörtern. Er forderte vor allem die Errichtung einer Zentralstelle, die ausschließlich für Gewerbe und Handel zuständig sein sollte<sup>36</sup>. Das Wirtschaftsbürgertum hatte also die Initiative übernommen, wollte aber die projektierte Instanz für die wirtschaftliche Förderung Württembergs in die staatliche Organisation integrieren. Man strebte ein quasistaatliches Organ an, das nach dem Vorbild der bestehenden landwirtschaftlichen Zentralstelle organisiert sein sollte. Die Regierung ging auf das Verlangen des Gewerbekongresses rasch ein. Als sich Ende Mai 1848 Delegierte der Gewerbevereine und der Gesellschaft für Förderung der Gewerbe in Stuttgart trafen, nahmen auch der Innen- und der Finanzminister an den Verhandlungen teil. Anfang Juni genehmigte der König bereits die Errichtung der Zentralstelle<sup>37</sup>, die den privaten Gewerbeförderungsverein entbehrllich machte. Sein Vermögen ging auf die neue Zentralstelle über<sup>38</sup>.

Ein analoger Vorgang vollzog sich 1854/55, als staatliche Handelskammern die Privatkammern aufsaugten, die bereits seit 1844 in den 4 Regierungskreisen existierten<sup>39</sup>. Die privaten Organe erwiesen sich durchweg als zu schwach und als zu beengt in ihrem Wirkungsbereich, so daß die Unternehmerschaft die Kooperation mit dem Staat teils von sich aus suchte, teils auf staatliche Anregungen bereitwillig einging. Die Zusammenarbeit war in den ersten Vereinsgründungen von 1817/18 schon modellartig vorgebildet. Diese Anfänge bestimmten weitgehend im ganzen Vormärz und über die Jahrhundertmitte hinaus das Verhalten des Wirtschaftsbürgertums, das gesellschaftliche Gruppen nicht gegen den Staat, sondern in den Staat integrierte<sup>40</sup> — einen Staat, der dem Bürgertum die Erfüllung politisch-rechtlicher Forderungen immer noch verweigerte. Die enge Kooperation von Staat und Wirtschaftsbürgertum besaß, wie der folgende Abschnitt (A II, 1) zu zeigen versucht, erhebliche Tragweite für die Wirkungsmöglichkeit der liberalen Opposition, die das Wirtschaftsbürgertum nur in sehr beschränktem Maße an sich heranzuziehen vermochte.

Der Aufbau von gewerblich-industriellen Organen, in denen Vertreter des Staats und der Wirtschaft zusammenarbeiteten, diente nicht nur dazu, wirtschaftliche Impulse zu wecken und zu stärken, sondern

36 Vgl. WJbb 1848/1, S. 73 f.

37 Vgl. Vischer, S. 14 ff.; Gehring, List bis Steinbeis, S. 439 f.

38 Vgl. W. Gewerbeblatt 1849, S. 253.

39 Neckar-, Jagst-, Donau- und Schwarzwaldkreis. Die Gründung der Privatkammern hatte der seit 1840 bestehende Handelsverein von Kaufleuten und Fabrikanten veranlaßt, vgl. Königreich Württemberg, 1863, S. 559. Die Privatkammern hatten vor allem die Aufgabe freiwilliger Schiedsgerichtsbarkeit unter Gewerbetreibenden, vgl. „Die Entstehungsgeschichte der Handels- und Gewerbekammern“ im W. Gewerbeblatt 1856, S. 127 ff.

40 Zu diesem Vorgang, der sich nicht auf Württemberg beschränkte, vgl. Kaelble, Industrielle Interessenverbände vor 1914; Beutin, Handelskammer zu Hagen, S. 58 f. S. auch C I, 3.

bereitete auch die Sozialverfassung des Landes auf die Lockerung sozialständischer Bindungen durch die Gewerbereform von 1828 vor. Denn die Gewerbereform löste nicht allein alte Zunftfesseln, sondern mit den Fesseln entfiel auch die sozialständische Einhegung des einzelnen durch seine Zugehörigkeit zur Zunft. Der staatlich geförderte Aufbau eines gewerblichen Vereinswesens, von Handels- und Gewerbekammern, stellte dem gesetzlichen Abbau alter Sozialstrukturen, die sich in der Praxis schon längst aufzulösen begannen, Anfänge neuer Strukturen entgegen. Sie sollten eine freie Entfaltung des Wirtschaftslebens nicht mehr hindern, es gleichwohl aber organisatorisch binden.

Eine große, aber schwer zu messende Wirkung auf die gewerblich-industrielle Erschließung des Landes übte auch der Aus- und Aufbau eines praxisorientierten Bildungswesens aus. 1818 entstand — um wieder nur das Wichtigste zu nennen<sup>41</sup> — das landwirtschaftliche Institut in Hohenheim, nachdem bereits ein Jahr zuvor die Universität Tübingen eine staatswissenschaftliche Fakultät erhalten hatte. 1821 kamen in Stuttgart eine Tierarzneischule, 1825 eine Gewerbeschule für Lehrlinge hinzu. Die Zahl der Industrieschulen, die dazu dienten, Kinder armer Eltern einfache handwerkliche Fähigkeiten zu lehren, schwoll stark an. 1830 erhielten bereits in 464 Orten über 20 000 Kinder Unterricht<sup>42</sup>. Als besonders bedeutsam für den Ausbau des praxisorientierten Bildungswesens erwies sich die „Polytechnische Schule“ in Stuttgart, die aus der 1818 gegründeten Realschule hervorzugewachsen, die mehrfach erweitert und umgeformt worden war. Aus dem Polytechnikum, dessen Errichtung bereits 1824 die landwirtschaftliche Zentralstelle in einer Eingabe an den Innenminister gefordert hatte, gingen führende Beamte hervor, die den württembergischen Eisenbahnbau leiteten, und viele Fabrikanten, wie etwa Deffner in Eßlingen<sup>43</sup>.

All diese Maßnahmen zur gewerblich-industriellen Förderung dienten dazu, Württemberg wirtschaftlich und sozial auf den Anschluß an den Zollverein und auf die Gewerbereform vorzubereiten. Denn während der Zollverein die württembergische Wirtschaft einem erhöhten Konkurrenzdruck aussetzte, der zu verstärkter unternehmerischer Initiative zwang, lockerte die Gewerbereform die Zunftschränken, die die Entfaltung unternehmerischer Aktivität lähmten. Beide Maßnahmen vollzogen also gewichtige und irreversible Weichenstellungen für die Zukunft. In beiden spiegelt sich auch eine gewandelte Einstellung führender staatlicher Kreise zu wirtschaftspolitischen Grundfragen wider. Das macht ein Vergleich von zwei großen Berichten deut-

---

41 Detaillierter bei Gehring, Wirtschaftsleben, S. 224 ff., 203, u. vor allem bei Ott, S. 177 ff.

42 Vgl. ders., List bei Steinbeis, S. 428.

43 Vgl. ders., Wirtschaftsleben, S. 225. Zu Deffners politischer Aktivität s. u. S. 76.

lich, die 1823 und 1832 die Finanzminister dem König über den wirtschaftlichen Entwicklungsstand gaben.

Der erste Bericht hatte die Landwirtschaft noch als „Hauptgrundlage des Wohlstands der Nation“<sup>44</sup> bezeichnet. Er betonte die enge Verquickung von Landwirtschaft und Gewerbebetrieb, die es zu erhalten gelte. Der Autor des Berichts lehnte eine Industrialisierung auf Kosten der Dominanz des Agrarsektors entschieden ab, wofür er neben wirtschaftlichen auch soziale und politische Motive anführte, denn mit Fabriken assoziierte er „Bettler“ und „Auführer“<sup>45</sup>. Die Landwirtschaft sollte das Fundament der württembergischen Volkswirtschaft und auch des einzelnen Handwerkers bleiben. Ein Prozeß des Umdenkens hatte aber schon eingesetzt, wie die staatliche Unterstützung des gewerblichen Schulwesens und bei der Abhaltung von Gewerbemessen zeigt<sup>46</sup>. Zwei Krisen beschleunigten diesen Prozeß: eine landwirtschaftliche Überproduktionskrise, die in ganz Europa die Preise für Agrarprodukte auf ein Minimum senkte und die Bauernschaft inmitten guter Ernten der Existenznot aussetzte, und dann im Jahr 1822/23 eine erneute Mißernte<sup>47</sup>. Als Katalysator in diesem Prozeß wirkte auf die öffentliche Meinung Moriz Mohls<sup>48</sup> Buch „Über die württembergische Gewerbsindustrie“, das 1828 erschien und große Resonanz fand. Diese Schrift machte Mohl zum „Propheten der kommenden Industrialisierung“<sup>49</sup> in Württemberg.

Der ministerielle Bericht von 1832, der die Industrialisierung Württembergs schon als Ziel bezeichnete<sup>50</sup>, bekräftigte nur noch, daß innerhalb der führenden Kreise in den staatlichen Organen der „Kampf

44 Der Bericht von 1823 stammt von Weckherlin (1767—1828), der das Finanzressort von 1818 bis 1827 leitete. Er wurde mit einigen Änderungen anonym veröffentlicht unter dem Titel „Der württembergische Handel. Vom Handel 1811/21 und 1821/22“, in: WJbb 1823/1, S. 116—147, Zitat: S. 129; vgl. Gehring, List bis Steinbeis, S. 413.

45 WJbb 1823/1, S. 136.

46 Seit 1816 wurde erstmals 1824 wieder eine reine Gewerbemesse in Württemberg abgehalten und bereits 1827 erneut eine, vgl. Königreich Württemberg 1863, S. 552. Auch die übrigen Messen und Märkte dienten neben der Landwirtschaft dem Gewerbe.

47 Vgl. Abel, Agrarkrisen, S. 210 ff., und Schremmer, Bauernbefreiung, S. 133. Zur Auswirkung auf Gewerbe und Industrie vgl. Kuczynski, Lage der Arbeiter, T. 1. Bd. 11, S. 23 ff.

48 Über Moriz Mohl, den Bruder Robert v. Mohls, existiert noch keine umfassende Biographie. Ein wenig bekanntes Lebensbild Mohls gibt Braun-Wiesbaden, Ein württ. Staatsmann (1873), in: ders., Bilder aus der deutschen Kleinstaaterlei, III, S. 213—240. M. Mohl hat ein umfangreiches schriftstellerisches Werk hinterlassen. Einen guten Einblick in sein kantiges, unausgeglichenes Wesen vermitteln seine Briefe im NL Moser-Mohl. Andersdenkende galten ihm nur als „Schurken“, „Halunken“, „Gauner“, „Canailles“, zumindest als „Spitzbuben“.

49 Gehring, Wirtschaftsleben, S. 224. Der geplante 2. Band zu Mohls Werk erschien nicht. Auch Mohls zweite große Auseinandersetzung mit gewerblich-industriellen Fragen (Aus den gewerbswissenschaftlichen Ergebnissen einer Reise nach Frankreich, 1845) fand große Beachtung. Vgl. Jungs Buch (Gewerbsmann und gewerbliche Verhältnisse Württembergs, 1845), das im wesentlichen eine umfangreiche Rezension von Mohls Arbeit ist.

50 Den Bericht vom 22. Januar 1832 beschreibt ausführlich Gehring, Wirtschaftsleben, S. 232 f., und ders., List bis Steinbeis, S. 423 ff.

der Meinungen, ob ein gesicherter Volkswohlstand mehr von der Landwirtschaft als von den Gewerben zu erwarten sei<sup>51</sup>, abgeschlossen war. Der Bericht bestätigte zugleich, daß die württembergische Regierung gewillt war, den Weg weiterzugehen, den sie spätestens seit der Gewerberevision von 1828 bereits eingeschlagen hatte.

Die neue Gewerbeordnung<sup>52</sup> hatte zwar lediglich für 13 Gewerbe den Zunftzwang ausdrücklich aufgehoben, doch bedeutsamer war, daß er nur noch für 44 Gewerbe bestehen blieb. Die Gewerbestatistik von 1835 verzeichnete fast 270 Gewerbe<sup>53</sup>, von denen nur noch etwa 17% zünftig waren. Allerdings beschäftigten diese noch ca. 80% der im Gewerbesektor tätigen Meister und Gehilfen. Über 20% der zunftgebundenen Handwerker stellten jedoch die Weber, von denen die meisten keine Aussicht hatten, auch in der Zukunft selbständig bleiben zu können. Der Handel war mit Ausnahme des Detailhandels völlig frei geworden. Vor allem aber war durch die Gewerbeform der Fabrikbetrieb von Zunftfesseln ganz und von staatlicher Konzessionierung weitgehend befreit worden. Die Regierung hatte zwar auch vor der Gewerbeform schon Fabrikkonzessionen erteilt, doch diese Praxis legalisierte man nun und schuf damit einen gesicherten Rechtsboden für Fabrikgründungen. Zugleich beschränkte man das Genehmigungsrecht der Regierung, das nur noch für Branchen galt, die zünftig geblieben waren. Mit dieser Bestimmung sollte nach den Worten des Innenministers lediglich verhindert werden, „einen neuen Schleichweg zum Meisterrecht zu eröffnen“<sup>54</sup>. Wichtiger war, daß der Industrialisierung nunmehr keine rechtlichen Hindernisse mehr im Wege standen.

Die Gewerbeform gehörte zu den Maßnahmen, die das Land auf die wirtschaftliche Herausforderung an den Unternehmensgeist vorbereiteten, die der Eintritt in den Zollverein bedeutete. Beide Maßnahmen zur Entfesselung unternehmerischer Aktivität zeigten rasch Erfolge. Schon 1832 registrierte eine Bestandsaufnahme der Regierung über den Stand der Industrialisierung 257 „Fabriken“, von denen 21% (56) erst seit 1828 entstanden waren<sup>55</sup>. Nur in 12 von 63 Oberämtern existierten noch keine Fabrikbetriebe<sup>56</sup>.

51 Königreich Württemberg 1863, S. 554.

52 Die ausführlichste Darstellung gibt Köhler, Gewerberecht, S. 108 ff.

53 WJbb 1839/2, S. 392 ff. Die Untergruppierungen der Gewerbebezüge sind nicht mitgezählt.

54 Zit. n. Köhler, Gewerberecht, S. 132.

55 Vgl. Gehring, Wirtschaftsleben, S. 232. Als Fabriken zählten alle Betriebe, die mit mindestens 1000 Gulden Betriebskapital und mit kaufmännischer Geschäftsführung ausgestattet waren, vgl. WJbb 1839, S. 272. Da in den verschiedenen statistischen Aufnahmen die Einteilungskriterien nicht gleichblieben und zudem Doppelzählungen vorkamen, ist hier und im folgenden immer zu beachten, daß die zeitgenössischen Zahlenangaben eine Exaktheit vortäuschen, die nicht besteht. Alle Zahlen sind deshalb immer nur als Näherungswerte zu verstehen, aus denen Tendenzen und Relationen in etwa abgelesen werden können.

56 Stuttgart-Amt, Brackenheim, Crailsheim, Gerabronn, Gmünd, Welzheim, Tübingen, Sulz, Ehingen, Riedlingen, Saulgau und Waldsee, Gehring, Wirtschaftsleben, S. 232.



siedlung von Gewerbe und Industrie geringer als in Gebieten mit stärkerer Güterzerstückelung, wo die vielen Zwergwirtschaften keine ausreichende Existenzgrundlage mehr boten.

Geht man von den Betriebsgrößen aus, so tritt der Entwicklungsvorsprung des Neckarkreises deutlicher hervor. Berücksichtigt man aber die absoluten Zahlen der Arbeiter und Gehilfen im Fabrik- und Handelsbereich (ca. 10 000 bzw. 1500), so wird angesichts dieser kleinen Gesamtwerte der Vorsprung, den der Neckarkreis in der Entwicklung der beiden aufstrebenden Wirtschaftssektoren aufzuweisen schien, doch sehr relativiert.

Auch die Unternehmensgrößen der handwerklichen Betriebe waren im Neckarkreis kräftiger ausgebildet als in den anderen Landesteilen. Doch auch für den handwerklichen Sektor erscheint die regionale Verteilung recht gleichmäßig, wenn man bedenkt, daß selbst im Neckarkreis durchschnittlich auf 100 Meister nur 33,6 Gesellen und Lehrlinge entfielen<sup>59</sup>. Auch hier war also der Einmannbetrieb die Regel, so daß der Neckarkreis zwar die Spitzenposition bei den handwerklichen Betriebsgrößen einnahm, die aber immer noch krisenhaft unterentwickelt waren.

Bezieht man die Zahl der Konkurse im Zeitraum von 1840—1847 in die Untersuchung ein<sup>60</sup>, so wird deutlich, daß der höhere Entwicklungsgrad des Neckarkreises auch höhere Risiken für den einzelnen barg. Mit knapp 27% aller Konkurse im gewerblich-industriellen Sektor stellte der Neckarkreis nach dem Schwarzwaldkreis (37%) die höchste Konkursrate. Der Jagst- und der Donaukreis folgten mit ca. 17 bzw. 20%. Von den Fabrikanten, die Konkurs anmelden mußten, entfielen sogar 48,5% auf den Neckarkreis. Auch in den 1860er Jahren lagen die Konkursverfahren im Neckarkreis noch um ca. 12% über dem Landesdurchschnitt<sup>61</sup>.

Geht man von Betriebszahlen und Unternehmensgrößen aller angeführten Wirtschaftssektoren aus, so kann der württembergische Wirtschaftsraum charakterisiert werden als weitgehend dezentralisiert, ohne stark ausgeprägte Ballungsräume, aber mit einem Entwicklungsvorsprung des Neckarkreises, der sich weniger in der Zahl der Betriebe als in den Betriebsgrößen ausdrückte. Diese gewerblich-industrielle Landesstruktur blieb auch in der 2. Jahrhunderthälfte erhalten, als die vier Kreise ebenfalls keine „eigentümliche(n) Wirtschaftskomplexe“<sup>62</sup> bildeten, wenngleich der Konzentrationsprozeß Fortschritte gemacht hatte.

59 Schwarzwaldkreis	=	100 zu 17,8
Jagstkreis	=	100 zu 23
Donaukreis	=	100 zu 22,3
Landesdurchschnitt	=	100 zu 23,9;
errechnet nach WJbb 1839, S. 273.		

60 Alle Zahlen nach WJbb 1847/2, S. 179—197: „Die Zahl der Gantungen in Württemberg während der Jahre 1940 bis 1847“. Vgl. Abb. 4, S. 49.

61 Errechnet nach Camerer, Gantungen 1864—1873, 1873, S. 116—126.

62 WJbb 1862/2, S. 245.

Diese breite Streuung ist vor allem auf zwei Ursachen zurückzuführen: auf die Rohstoffarmut des Landes und die enge Verbindung von Gewerbe und Landwirtschaft. Beides verhinderte, daß sich extensive industrielle Ballungsräume bildeten, begünstigte jedoch die Entstehung einer breit gestreuten Veredlungsindustrie<sup>63</sup>), die sich dort ansiedelte, wo Arbeitskräfte und günstige Verkehrsbedingungen vorhanden waren<sup>64</sup>.

Die enge Verzahnung von gewerblich-industrieller und landwirtschaftlicher Tätigkeit dämpfte die sozialen Folgen der Industrialisierung, da die Entstehung eines zahlenmäßig stärkeren städtischen Proletariats sich verzögerte. Noch Anfang der 1860er Jahre schätzte man, daß mindestens zwei Drittel der Gewerbetreibenden zugleich als Landwirte arbeiteten<sup>65</sup>.

Auf diese Württemberg eigentümliche Wirtschaftsstruktur ist es auch zurückzuführen, daß in den 1830er und 1840er Jahren der gemischte Betrieb, der Heimarbeit und Fabrikbetrieb miteinander verband, für das Land typisch war. Das gilt nicht nur für das Textilgewerbe, in dem sich das Verlagssystem lange behauptete<sup>66</sup>, sondern auch für andere Branchen, wie etwa die Metallverarbeitung<sup>67</sup>.

Die Verbindung von Heimarbeit und Fabrikbetrieb verweist auf den geringen industriellen Entwicklungsgrad, den Württemberg bis in die 1840er Jahre hinein erreichte. Am deutlichsten zeigt das der Entwicklungsstand der Textilbranche, die nach der Zahl der Betriebe und nach ihrem Steuerwert der bedeutendste gewerblich-industrielle Sektor Württembergs war. 1835/36 besaßen die Unternehmungen, die Textilien und Rohstoffe dafür produzierten, einen Anteil von 27% an den registrierten Fabriken und leisteten ca. 32% der veranlagten Katastersummen. Von den Handwerksbetrieben stellten sie ca. 29% und ca. 21% des Steuerkatasters. Etwa 100 „Fabriken“ mit einem Katasteransatz von 4500 Gulden standen fast 33 000 Handwerkern gegenüber, die mit ca. 38 000 Gulden veranlagt waren<sup>68</sup>. Diese Zahlen belegen die „maschinelle Rückständigkeit“<sup>69</sup>, die auch für die anderen Wirtschaftszweige Württembergs zutrif. Noch 1838 rühmte der

63 Vgl. die Karte zur Industrialisierung Württembergs bei Borst (Staat und Unternehmer, S. 125) und die Karte 13 bei Vischer, die den Stand für die 2. Jahrhunderthälfte angibt (erneut abgedruckt bei Schmierer, Arbeiterbildung, S. 280).

64 Das ist oft beschrieben worden, vgl. etwa Ehmer, Südwestdeutschland, S. 11 ff.; Stockmann, Grundlagen und Krisenfestigkeit; ders., Verbindung von Landwirtschaft und Gewerbe; Günther Steuer, Die gewerbliche Wirtschaft, in: Baden-Württemberg, 1963, S. 211—229.

65 Vgl. Königreich Württemberg 1863, S. 352; s. auch Jb. Handelskammern 1870, S. 101.

66 In Göppingen bestanden 1842 20 Fabriken und Manufakturen, die 394 bis 473 Arbeiter in den Betrieben und 892 bis 895 außerhalb beschäftigten. Am ausgeprägtesten bestand das Verlagssystem in der Baumwollmanufaktur, vgl. Hofmann, Industrialisierung Göppingens, S. 9.

67 Vgl. Gehring, List bis Steinbeis, S. 434, mit Beispielen.

68 Errechnet nach WJbb 1839/2, S. 392 ff.

69 Gehring, Wirtschaftsleben, S. 239.

Fabrikant Dörtenbach, daß in Calw wie auch anderswo mechanische Wollspinnereien entstanden seien, die belgische Maschinen einsetzen. Diese Maschinen wurden aber bereits seit 22 Jahren produziert<sup>70</sup> Das gesamte württembergische Gewerbe war gezwungen, Maschinen zu importieren. Erst die Gründung der Eßlinger Maschinenfabrik im Jahre 1847 legte den Grundstein für eine einheimische Maschinenindustrie.

Die breite Streuung von Gewerbe, Handel und Industrie, die starke Verbindung von Heimarbeit und Fabrikbetrieb sowie die enge Verzahnung von Landwirtschaft und gewerblicher Tätigkeit charakterisierten nicht nur die Wirtschafts- und Sozialstruktur des Landes, sondern auch sein Städtewesen. Die Zahl der Städte mit mehr als 5000

**Tabelle 1<sup>71</sup>**  
Städte über 5000 Einwohner

1823 = 11
1843 = 17
1849 = 18
1855 = 16
1861 = 17
1871 = 22
1875 = 25

Einwohnern stieg seit den 1820er Jahren nur langsam (Tab. 1). Noch geringer als der Zuwachs an Städten mit über 5000 Einwohnern war der Anstieg derer, die mehr als 10 000 Einwohner aufwiesen. 1823 existierten erst zwei (Stuttgart und Ulm) und von 1834 bis 1861 waren es konstant sechs: neben Stuttgart und Ulm noch Eßlingen, Heilbronn, Ludwigsburg und Reutlingen. Erst seit den 1860er Jahren wuchs ihre Zahl: 1871 waren es acht und 1875 zehn. Um die Jahrhundertmitte

**Tabelle 2<sup>72</sup>**  
Städte mit den stärksten Wachstumsraten

	1834—55	1855—71
Stuttgart	31 %	67 %
Heidenheim	40 %	47 %
Ulm	39 %	25 %
Cannstatt	32 %	60 %
Heilbronn	30 %	36 %
Eßlingen	26 %	31 %
Reutlingen	14 %	15 %
Ravensburg	13 %	42 %
Göppingen	11 %	45 %
Schwäbisch Gmünd	11 %	41 %

70 Vgl. ders., List bis Steinbeis, S. 425.

71 Ermittelt nach Keyser, Städtebuch.

72 Die Zahlen für 1855—71 nach Schmierer (Arbeiterbildung, S. 29) und für 1834—55 nach Keyser (Anm. 71).

wohnten nur in Stuttgart knapp über 50 000 Menschen, das damit nach der Bevölkerungszahl noch unter Städten wie Nürnberg, Bremen oder Leipzig lag<sup>73</sup>. Von den übrigen fünf Städten mit mehr als 10 000 Bewohnern hatte lediglich bereits Ulm über 20 000 Einwohner.

Bis in die 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein bestand also kein starker Drang in die Städte<sup>74</sup>. Die Tabelle 2 zeigt jedoch, daß auch in Württemberg der enge Wirkungszusammenhang zwischen industrieller Entwicklung und Binnenwanderung<sup>75</sup> sich in dem stark überproportionalen Anwachsen der Bevölkerung einiger großer Städte äußerte. Am stärksten wuchs Stuttgart, das 1875 mit ca. 107 000 Einwohnern als erste württembergische Stadt die Schwelle zur Großstadt überschritt. Es stand damit an neunter Stelle unter den deutschen Großstädten<sup>76</sup>.

Die hohen Wachstumsraten bedürfen allerdings einer Korrektur, damit sie nicht den irrigen Eindruck eines raschen Verstädterungsprozesses erwecken. Bedenkt man die geringen absoluten Bevölkerungszahlen aller genannten Städte außer Stuttgart, so erweist sich der absolute Zuwachs der Bevölkerung in den größten Städten des Landes doch als recht gemäßigt (Tab. 3). Der starke Bevölkerungsrückgang, den Württemberg von 1849 bis 1854 erlitt, verlangsamte zwar auch das städtische Wachstum, doch die Verluste gingen fast ausschließlich zu Lasten der Gebiete mit bäuerlichen Zwergwirtschaften<sup>77</sup>.

**Tabelle 3<sup>78</sup>**  
**Bevölkerungszahlen der größten Städte**

	1834	1849	1855	1871
Stuttgart	38 065	50 003 <sup>a</sup>	61 314 <sup>b</sup>	91 623
Ulm	15 173	21 426	21 088	26 290
Heilbronn	10 703	12 377	13 968	18 955
Eßlingen	10 784	13 167	13 647	17 941
Reutlingen	10 844	12 897	12 367	14 237
Schwäbisch Gmünd	6 820	7 244	7 589	10 739
Göppingen	5 360	6 743	5 950	8 649
Ravensburg	5 254	5 722	5 961	8 433
Cannstatt	5 055	6 698 <sup>a</sup>	8 087 <sup>c</sup>	11 804
Heidenheim	2 495	3 402	3 505	5 167

a = 1852    b = 1861    c = 1864

73 Sie hatten 1850 54 000, 55 000 bzw. 63 000 Einwohner, vgl. Bevölkerungsploetz, S. 162.

74 Vgl. Schmierer, Arbeiterbildung, S. 29.

75 Dazu allgemein Köllmann, Industrialisierung, Binnenwanderung.

76 WJbb 1877/1, S. 30.

77 Vgl. Kull (Anm. 57).

78 Zahlen nach Keyser (Anm. 71).

Das Anwachsen der städtischen Bevölkerung deutet auf einen Wandel der württembergischen Sozialstruktur, der sich im gewerblich-industriellen Wirtschaftsbereich ebenfalls nachweisen läßt. Nach einer zeitgenössischen Erhebung soll in der Mitte der 1830er Jahre bereits knapp über die Hälfte der württembergischen Familien ihr Haupteinkommen aus einer gewerblichen Tätigkeit bezogen haben<sup>79</sup>. Diese Zahl ist gewiß überhöht, was wohl in erster Linie auf die enge Verzahnung von gewerblicher und landwirtschaftlicher Tätigkeit zurückzuführen ist, so daß eine einigermaßen exakte Abgrenzung sehr schwierig ist. In ca. 158 400 Gewerbebetrieben waren ca. 37 800 Gesellen und Lehrlinge beschäftigt, denen 374 „Fabriken“ gegenüberstanden mit 456 Gehilfen und ca. 10 000 Arbeitern, wovon 150—200 zu den eigentlichen Fabrikarbeitern gerechnet wurden<sup>80</sup>. Von den Gewerbetreibenden entfielen ca. 114 800 = 72% mit 33 171 Gesellen und Lehrlingen auf Handwerksbetriebe<sup>81</sup>, die aber nur 50,4% des Gewerbekatasters aufbrachten, während die Fabriken bei einem Anteil von 0,2% an den gewerblichen Betrieben bereits 3,9% der Katastersumme erwirtschafteten<sup>82</sup>. 1852 war die Zahl der „Fabriketablissemments“ auf 17 545 emporgeschnellt<sup>83</sup>, die 44 824 Arbeiter = ca. 2,6% der Bevölkerung<sup>84</sup> beschäftigten. Geht man von den zeitgenössischen Angaben über die durchschnittliche Familiengröße in Württemberg aus, so bezogen etwa 12% aller Familien ihr Haupteinkommen aus „Fabrik“ar-

79 Ca. 165 000 Familien von insgesamt ca. 343 000. Ca. 154 000 Familien sollen ihr Haupteinkommen aus der Landwirtschaft und ca. 45 000 je zur Hälfte aus Landwirtschaft und Gewerbe bezogen haben, vgl. WJbb 1839, S. 284. Nach Ott (S. 14) war 1822 ca. 63% der erwerbstätigen Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig, 1850 ca. 61% und 1861 ca. 54% (S. 16). Vgl. auch die u. Anm. 13 S. 122 genannten Zahlen über den Beschäftigungsgrad im Gewerbesektor. Der Begriff des Familieneinkommens ist für das gesamte 19. Jahrhundert problematisch. Gleichwohl wird man das Einkommen des erwerbstätigen Mannes als das Haupteinkommen ansehen dürfen, wie das auch die herangezogenen zeitgenössischen Quellen meist tun. Verhältniszahlen zu den von Köllmann (Arbeitskräftepotential, S. 223) berechneten Angaben über das Arbeitskräftepotential für 1821, 1849 und 1864 wären noch weniger zuverlässig als der Bezug auf die Familienquoten, da zwar das Arbeits-

kräftepotential der Gesamtbevölkerung nach seiner Formel  $A = \sum_{i=15}^n (a_i - j_i - S_i)$  (ebd.

S. 241) zu ermitteln ist, nicht aber festgestellt werden kann, in welchem Maß dieses Potential ausgenutzt wurde und beides, Potential und Ausnutzung, sich auf die einzelnen Wirtschaftssektoren verteilte. So wird man den Wert „S“ aus sozialen Gründen (Hausfrauen und Töchter) nicht oder verspätet (Schüler, Studenten) in den Arbeitsprozeß Eintretenden bzw. früher Ausscheidenden (Rentner, Pensionäre) (ebd. S. 241 Anm. 5) berufs- und zudem schichtenspezifisch verschieden groß ansetzen müssen, ohne daß die Quellen dafür ausreichende Anhaltspunkte gäben. Es bleibt demnach als Bezugsgröße für einzelne Wirtschaftssektoren nur die Bevölkerungs- oder die Familienzahl.

80 Vgl. Anm. 58, S. 41. Nach Ott (S. 15) waren 1832 knapp 5% der im Gewerbesektor beschäftigten Fabrikarbeiter.

81 WJbb 1839, S. 277. 50 zünftige Gewerbe mit 94 995 Meisterstellen und 27 948 Gehilfen; 222 unzünftige mit 19 891 Betrieben und 5223 Gehilfen.

82 Ebd. S. 297. Für die 1850er Jahre vgl. Riecke, Württembergische Finanzen (1850—1860), S. 237.

83 WJbb 1862, S. 162. Auch Mühlen, Brauereien u. ä. wurden mitgerechnet. Die Zahl der Fabriken im engeren Sinne bezifferte man mit ca. 7000 (S. 163).

84 Ebd. S. 166.

beit, während Mitte der 30er Jahre das nur für 2,1% zutraf<sup>85</sup>. Die Zahl der Meisterbetriebe hatte sich im gleichen Zeitraum um ca. 30% reduziert, die Zahl der Lehrlinge und Gesellen um ca. 19,5% erhöht<sup>86</sup>. Die industrielle Entwicklung des Landes hatte somit bereits eine Verminderung der proletaroiden Meisterstellen und eine Verbesserung des Verhältnisses von Meistern zu Gesellen und Lehrlingen ermöglicht, ohne daß die verbliebenen Meisterbetriebe bereits als lebens- und entwicklungsfähig gelten konnten. Noch immer arbeiteten im Landesdurchschnitt fast 50%<sup>87</sup> „der absolut unselbständigen proletariertartigen kleinen Meister“<sup>88</sup> im Einmannbetrieb. Von 47 statistisch erfaßten Gewerbebezügen kam nur in 6 Gewerben im Landesdurchschnitt mehr als ein Gehilfe auf einen Meister, und kein Gewerbe beschäftigte eine durchschnittliche Gehilfenzahl von 3 je Meisterbetrieb<sup>89</sup>. Viele der kleinen Meister werden nur durch die enge Verzahnung von kleinen gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben das dürftigste Existenzminimum erreicht haben.

Da die Industrie noch nicht genügend entwickelt war, um Arbeitskräfte aus übersetzten Gewerben in ausreichender Zahl aufnehmen zu können, kamen die unrentablen Meisterstellen immer noch einer verdeckten Arbeitslosigkeit gleich. Wie der Vergleich des Verhältnisses von Fabrik- und Handwerksbetrieben belegt, zeigte jedoch diese Anfangsphase der Industrialisierung bereits tendenzielle strukturelle Verbesserungen. Die industrielle Entwicklung war aber bis in die Mitte der 1850er Jahre mit einer akuten Übergangskrise verbunden, die durch die politischen Wirren von 1848/49 und den damit verbundenen wirtschaftlichen Stockungen sowie ihren Nachwirkungen in der ersten Hälfte des nachrevolutionären Jahrzehnts noch verstärkt wurde. Auch die Relation von Arbeitskräftepotential und Arbeitsplatzangebot hatte sich bereits verbessert. Nach Köllmanns Schätzungen stieg das Arbeitsplatzangebot in Württemberg von 1821 bis 1849 von 671 300 auf 750 700 Stellen. Der Anstieg des Arbeitsplatzangebots um 11,8% entlastete die Lage auf dem Arbeitsmarkt, da diesem Anstieg eine Zuwachsrate des Arbeitskräftepotentials von nur 6,3%<sup>90</sup> gegenüberstand. Diese positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist allerdings nicht nur auf die Industrialisierung, sondern auch auf die hohen Auswanderungsquoten zurückzuführen, in denen Württemberg alle anderen deutschen Länder übertraf<sup>91</sup>. Es exportierte damit einen

85 Errechnet nach WJbb 1839, 1861, 1862. Zum Problem des Familieneinkommens vgl. Anm. 79.

86 Errechnet nach WJbb 1839, 1862, 1863. Vgl. auch die Tabelle 4, S. 56.

87 WJbb 1862/2, S. 240. Balsler (Sozialdemokratie, Bd. 2 S. 609) nennt für die Zeit von 1846—47/48 für Württemberg 114 826 Meister und 33 171 Gesellen, wonach das Verhältnis von Meistern zu Gesellen noch schlechter wäre. Diese Zahlen gibt auch Schübler (Not der Handwerker, 1851, S. 11) an.

88 So Schmoller in WJbb 1862, S. 247.

89 Vgl. Königreich Württemberg 1863, Tabellen 1—3 zu S. 630.

90 Köllmann, Arbeitskräftepotential, S. 225.

91 Vgl. die Zusammenstellung ebd. S. 219 und allgemein Walker, Emigration, S. 153 ff.

erheblichen Teil seines Bevölkerungsüberhangs, der durch die Industrie noch nicht absorbiert werden konnte. Von 1849 bis 1855 verlor das Land fast 75 000 Menschen durch Auswanderung<sup>92</sup>. Dadurch sank im Zeitraum von 1849 bis 1852 die absolute Bevölkerungszahl um 2,2<sup>0</sup>/<sub>100</sub> und in den folgenden drei Jahren sogar um 12,2<sup>0</sup>/<sub>100</sub>. Erst danach überstieg die Bevölkerungsvermehrung wieder die Wanderungsverluste<sup>93</sup>.

Die Übergangskrise in der ersten Hälfte der 1850er Jahre überlagerte im Bewußtsein der im Gewerbesektor Beschäftigten, die davon neben den Bauern und Landarbeitern hauptsächlich betroffen waren<sup>94</sup>, die tendenzielle Strukturverbesserung. Das Los der „selbständigen“ Arbeitslosen war um so drückender, als sie nicht den Ausweg in den relativ gesicherten Status eines Fabrikarbeiters hatten<sup>95</sup> und auch noch nicht in den Genuß der staatlich geförderten Armenfürsorge kamen. „Der sogenannte Mittelstand, der sich zwischen denjenigen Staatsangehörigen, deren Existenz eine gesicherte ist und jenen, welche nichts zu verlieren haben, eingezwängt“<sup>96</sup> erkannte, sah deshalb nur zwei Möglichkeiten, um die wirtschaftliche Notlage zu überwinden. Entweder den sozialen Abstieg zum Tagelöhner, gegen den er sich wehrte, der ihm aber zumindest zur Überbrückung der akuten Notlage offen empfohlen wurde<sup>97</sup>, oder aber eine Restauration der Zunftverfassung. Gleichzeitig sollte der Erwerb des Gemeindebürgerrechts erschwert werden<sup>98</sup>. Dieses Verlangen nach Beschränkung der vertikalen und horizontalen Mobilität vornehmlich der Handwerksgesellen sollte verhindern, daß die Gewerbe weiter übersetzt würden und damit neue proletaroiden „selbständige“ Existenzen entstünden, die der kommunalen Armenfürsorge zur Last fielen. Diese Versuche, die Reproduktion des Pauperismus zu begrenzen, wurden ergänzt durch generative Beschränkungen, die man den Unterschichten durch Heiratsbestimmungen auferlegte, die die Ortsbehörden restriktiv anwendeten. Als man die gesetzlichen Bestimmungen 1852 gegen den Widerstand der demokratischen Abgeordneten noch verschärfte, wandten sich besonders entschieden die Arbeitervereine dagegen<sup>99</sup>, die die Avantgarde des Proletariats bildeten, das

92 Mährlen, *Gewerbeleben 1856—62*, S. 25.

93 Vgl. Kull (Anm. 57), S. 22.

94 Vgl. Buzengeiger, S. 17.

95 Das sahen auch die Zeitgenossen, vgl. Beob. Nr. 31 v. 2. Februar 1848: „daß einer der achtbarsten Klassen der Gesellschaft dem [...] Gewerbebestand, der völlige Untergang droht, ohne daß wir uns zum Ersatz dafür einer gesunden Fabrikindustrie zu erfreuen hätten“. Vgl. auch Schübler (Anm. 87) und u. S. 65 f.

96 Chronik Nr. 126 v. 9. Mai 1847, aus einer Adresse Waiblinger Bürger an den König anläßlich der Maiunruhen (vgl. dazu u. A II).

97 Vgl. Chronik Nr. 133 v. 17. Mai 1847.

98 Vgl. B VII, 4.

99 Vgl. Balsler (Bd. 1 S. 374 ff.) und Schmierer (S. 79) zu dem Engagement der Arbeitervereine in den 1860er Jahren. Eine Zusammenstellung des Heimat- und Niederlassungs- sowie des Eheschließungsrechts in deutschen Ländern gibt Antje Kraus im Anhang zu Köllmann, *Arbeitskräftepotential*, S. 252 ff.

selbst als eine „Form potentiell emanzipatorischen Pauperismus“<sup>100</sup> zu verstehen ist.

Das existentielle Betroffensein der kleinen Gewerbetreibenden von der Wirtschaftskrise dokumentiert sich deutlich in der Entwicklung der Konkursverfahren, die bis 1848 stark anstiegen, 1854 ihren Höhepunkt erreichten und dann rapide zurückgingen (Abb. 4). 55,6% davon entfielen auf Gewerbetreibende<sup>101</sup>. Die Handwerker stellten

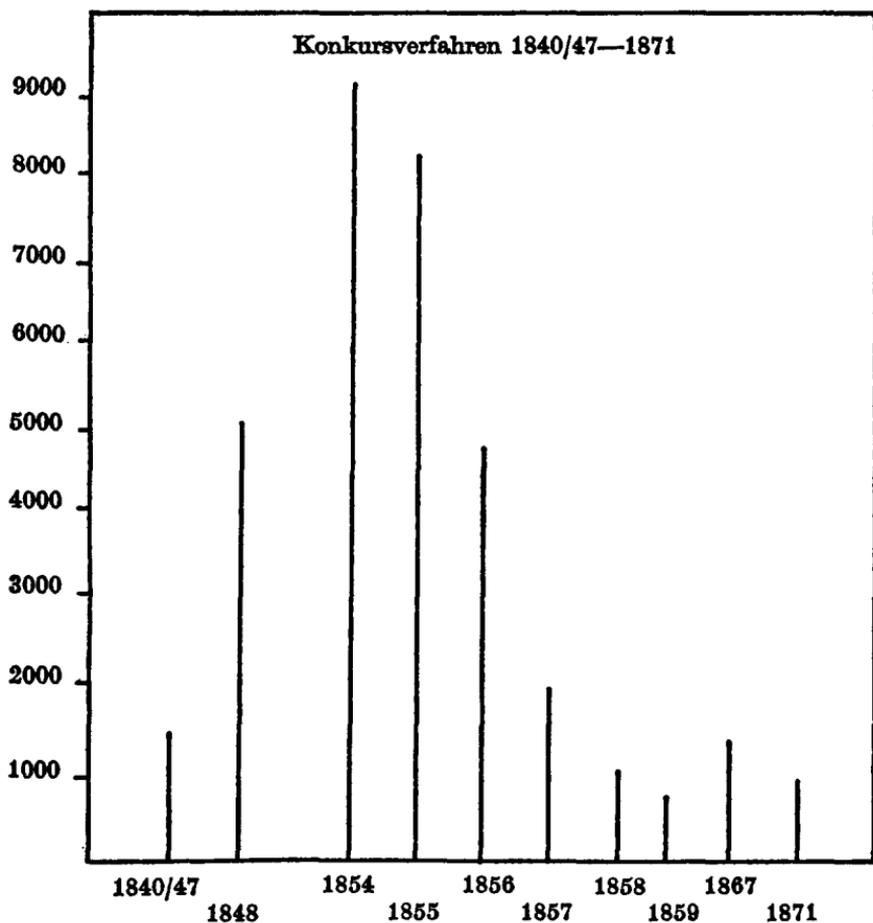


Abb. 4<sup>102</sup>

100 Burghardt, Residualer Pauperismus, S. 354.

101 WJbb 1847, S. 194.

102 Die Zahlen sind zusammengestellt nach WJbb 1847, S. 179—197; Camerer, Gantungen; Jahresbericht Handelskammer Stuttgart 1859; Chronik Nr. 301 III v. 18. Februar 1856, wo die Angaben des „Staatsanzeigers“ ausgewertet wurden. Es sind auch abweichende Zahlen in den zeitgenössischen Quellen zu finden, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß nicht immer zwischen laufenden und abge-

mit ca. 45% den Hauptanteil, dann folgten mit 5,6% die Fabrikanten und mit 5% die Kaufleute. Die Fabrikanten waren also im Vergleich zu ihrem Anteil an der Zahl der Gewerbebetriebe (0,2%) stark überproportional von Konkursen betroffen. Das hohe Risiko des Scheiterns, dem sich die Fabrikanten in der Frühphase der Industrialisierung ausgesetzt sahen, verringerte sich erheblich, als sich in der zweiten Hälfte der 1850er Jahre der wirtschaftliche Aufschwung auf allen Gebieten beschleunigte und die Unternehmen größer und kapitalkräftiger werden ließ. In dem Zeitraum von 1864 bis 1873 entfielen nur noch 1,2% aller Konkurse auf Fabrikanten<sup>103</sup>.

---

schlossenen Gantverfahren unterschieden wurde (vgl. etwa WJbb 1848, Übersicht A zu S. 247). Die Tendenz ist aber immer gleich. Die Gewerbe, bei denen die Meisterstellen am stärksten reduziert und die Gesellenzahlen am kräftigsten gestiegen waren, wiesen die wenigsten Konkurse auf, vgl. Jahresbericht Handelskammer Stuttgart 1855, S. 25. S. auch die detaillierten Angaben bei Schremmer.

103 Vgl. Camerer, S. 116—126.

### 3. Forcierte Industrialisierung

Die allgemeine Prosperitätsepoche der 1850er Jahre, eine „Gründer- und Spekulationsperiode ganz großen Stils“<sup>1</sup>, begann in Württemberg mit schweren wirtschaftlichen Krisenjahren<sup>2</sup>. Die Krise schlug jedoch in einen steilen Wirtschaftsaufschwung um, als eine Reihe guter Ernten ab 1855 die Konsumtionskraft der breiten Bevölkerung wesentlich stärkte, so daß die strukturellen Verbesserungen in Gewerbe und Industrie, die sich schon vorher abzeichneten, voll wirksam werden konnten<sup>3</sup>.

Der wirtschaftliche Aufschwung wirkte sich vor allem in einer verstärkten Industrialisierung des Landes aus, die ein Vergleich der Statistiken von 1852 und 1861 sichtbar machen soll. Die Zahl der „Fabrik-etablissemments“ stieg in diesem Zeitraum um fast 11%. Berücksichtigt man nur die größeren Betriebe, so betrug die Zunahme sogar knapp 29%<sup>4</sup>. Das Fabrikpersonal, das zu etwa 66% aus Arbeitern und Arbeiterinnen bestand, nahm um fast 20% zu. Der Anstieg der Beschäftigtenzahl deutet darauf hin, daß auch die Betriebsgrößen zunahmen. Auch die maschinelle Ausstattung der Fabriken und die Produktivität konnten verbessert werden. So schwoh etwa die Zahl der Dampfmaschinen um 373% an. Die Leistung des neuen Maschinenparks erhöhte sich noch wesentlich stärker um 786% auf ca. 28 500

---

1 Rosenberg, Wirtschaftskrise, S. 13. Vgl. etwa Sombart, Deutsche Volkswirtschaft, S. 90 ff.; Landes, Prometheus, S. 196 ff.; Böhme, Prolegomena, S. 45 ff.; Henderson, Industrial Revolution, S. 29 f.

2 Vgl. u. S. 62 ff.

3 Vgl. die Jahresberichte der Handelskammer Stuttgart für 1855 f., der Kammern Heilbronn, Reutlingen, Ulm für 1856 und Mährlen, Gewerbeleben 1856—1862.

4 Errechnet nach Schmoller, WJbb 1862/2, S. 162. Es wurden kleinere Mühlen, Brennerien u. ä. ausgeschlossen, die in der Fabrikstatistik enthalten sind.

PS<sup>5</sup>. Der Hauptanteil der Steigerungsraten entfiel auf die eingesetzten Lokomotiven, von denen die Eßlinger Maschinenfabrik fast 50 Stück jährlich produzierte<sup>6</sup>. Während vor 1852 die Dampfmaschinen zu ca. 63% importiert werden mußten, deckte die württembergische Fabrikation zwischen 1852 und 1857 bereits 70% des einheimischen Bedarfs<sup>7</sup>. An feststehenden Dampfmaschinen existierten vor 1851 nur neun, von 1851 bis 1860 wurden 129 und von 1861 bis 1870 359 in Betrieb genommen<sup>8</sup>.

Den stärksten Aufschwung erfuhr die Metallindustrie. 1861 erfaßte die Statistik 255 Fabriken dieser Branche mit 8107 Beschäftigten, was gegenüber 1852 einer Zunahme von 96% der Betriebe und 111% der Beschäftigten entspricht<sup>9</sup>. Überproportional wuchsen vor allem die Maschinenfabriken, von denen 1862 60 bis 70 mit mindestens 3200 Arbeitern gegenüber 17 mit 984 Arbeitern im Jahre 1852 bestanden<sup>10</sup>. Der übrige Bereich der Metallverarbeitung und die Metallproduktion dehnten sich ebenfalls mächtig aus.

Auch der erhöhte Steinkohlenverbrauch bezeugt den industriellen Aufschwung Württembergs. Während um 1854 kaum eine halbe Million Zentner verbraucht wurde, stieg der Verbrauch bis 1863/64 auf ca. 3,2 Millionen<sup>11</sup>.

An erster Stelle hinsichtlich Umfang und Bedeutung stand die Textilindustrie<sup>12</sup>, die in den Jahren der forcierten Industrialisierung ebenfalls einem erheblichen Wandel unterlag. Ihr bedeutendster Zweig war die Baumwollspinnerei, deren Spindelzahl in den 22 Jahren von 1830 bis 1852 um ca. 360% stieg und in den folgenden 10 Jahren noch einmal um ca. 480% auf 216 000 anwuchs. Allein von 1858 bis 1862 wurde die Spindelzahl fast verdoppelt<sup>13</sup>. Die enormen Zuwachsraten basierten vor allem auf der Vergrößerung und Mechanisierung der Unternehmen, weniger auf der Zunahme der Betriebe. Die Zahl der Handwerksbetriebe in der Textilbranche sank sogar. Die in der Weberei beschäftigten Personen nahmen von 1852 bis 1861 um etwa 20% und die Zahl der Handwebstühle um ca. 8% ab<sup>14</sup>. Viele der Webermeister — so notierte die Gewerbe- und Handelskammer Stuttgart in ihrem Jahresbericht für 1855 — wurden zu Lohnarbeitern,

---

5 Ebd. S. 171. Detaillierte Angaben, aufgeschlüsselt nach Firmen, geben die in Anm. 3 genannten Jahresberichte der Handelskammern. Vgl. auch Ott, S. 15 f.

6 Vgl. Mährlein, Gewerbeleben 1856—62, S. 49.

7 Errechnet nach Jahresbericht Handelskammer Ulm, 1857, S. 17.

8 Königreich Württemberg, Bd. 2,1, 1883, S. 790.

9 Errechnet nach Schmoller WJbb 1862/2, S. 207.

10 Mährlein (Anm. 6), S. 33, vgl. Ott, S. 16.

11 Ebd. S. 55. 1835 wurden 44 000 Zentner verbraucht, 1848: 200 000, 1865: 4 Mill., Ott, S. 17.

12 Vgl. ebd. S. 29.

13 Ebd.

14 Errechnet nach Schmoller, WJbb 1862/2, S. 189.

deren Status sie zuvor in der Praxis aber schon längst erreicht hatten<sup>15</sup>.

Die Modernisierung der Produktion, die aus den angeführten Werten abzulesen ist, näherte die württembergische Baumwollfabrikation dem internationalen Standard an. Denn während 1852 auf einen Arbeiter nur ca. 39 Spindeln kamen, stieg die Spindelzahl bis 1858 auf ca. 60 und bis 1861 auf ca. 69. In Preußen betrug das Verhältnis von Arbeitern zu Spindeln 1858 nur 1 zu 48, in der Schweiz 1857 1 zu 72<sup>16</sup>.

Neben der Textil- und Metallindustrie entwickelten sich in den 1850er Jahren stark die Holzverarbeitende Industrie, die Papierfabrikation, die Produktion von Musikinstrumenten, die Tabakindustrie und die chemische Industrie<sup>17</sup>.

Die Zentren dieses industriellen Aufschwungs waren der Stuttgarter Raum, die alten Reichsstädte im Neckartal (Reutlingen, Eßlingen, Heilbronn) und der Raum zwischen Göppingen, Heidenheim und Ulm<sup>18</sup>. Doch trotz der gesteigerten Industrialisierung in diesen Gebieten wahrte die württembergische Industrie- und Gewerbelandschaft ihr charakteristisches Gepräge einer starken Dezentralisation, wie u. a. aus der regionalen Verteilung des Steueraufkommens hervorgeht. 1866 stellte nur Stuttgart mit ca. 22 bzw. 34% einen stark überproportionalen Anteil an der gesamten Kapital- und Einkommensteuer des Landes. Die übrigen großen Städte fielen mit ca. 1 bis 5% erheblich dahinter zurück und lagen nur unwesentlich über dem Durchschnittsaufkommen der übrigen Landesteile<sup>19</sup>.

Trotz der forcierten Industrialisierung blieb Württemberg von der Scheinblüte kurzfristiger, unsolider Gründungen weitgehend verschont, so daß die Weltwirtschaftskrise von 1857 bis 1859<sup>20</sup> den wirtschaftlichen Aufschwung zwar vorübergehend verlangsamte, aber keine schwerwiegenden Folgen zeitigte. Die Konkursentwicklung belegt das deutlich<sup>21</sup>. Auch die zeitgenössischen Berichte betonten durchweg, daß die Krise Württemberg nicht schwer traf und man die wirtschaftlichen Stockungen schnell überwand<sup>22</sup>, die verstärkt wurden durch die drohende Gefahr, daß der italienische Krieg auf Deutschland übergreifen könnte. Der Frieden von Villafranca im Juli 1859 beseitigte rasch die politischen Sorgen des Wirtschaftsbürgertums und belebte seinen Unternehmensdrang<sup>23</sup>.

15 S. 23.

16 Schmoller, WJbb 1862/2, S. 178.

17 Vgl. den Überblick bei Mährlein (Anm. 6).

18 Vgl. Schmierer, S. 27.

19 Vgl. Hochstetter, Einkommensteuer, S. 260 ff., 269 ff.

20 Dazu Rosenberg, Weltwirtschaftskrise.

21 Vgl. Abb. 4, S. 49.

22 Vgl. die Jahresberichte aller württembergischen Handelskammern aus den Jahren 1859 f.; „Die Einwirkung der Krisis auf den württembergischen Handels- und Gewerbestand“, in: W. Gewerbeblatt 1858, S. 84 ff.

23 Vgl. den Jahresbericht der Handelskammer Stuttgart 1859, S. 46, oder den Reutlinger Bericht d. J., S. 1.

Vor tiefergreifenden Auswirkungen der weltweiten Krise schützte die württembergische Wirtschaft zudem, paradoxerweise, ein Entwicklungsrückstand seines Bankwesens<sup>24</sup> — ein Rückstand, der seit etwa 1847/48 ein ständiger Quell von Klagen seitens der Unternehmer und ein Streitpunkt war, der die öffentliche Meinung heftig erregte<sup>25</sup>. Die auf Unternehmensfinanzierung spezialisierten Aktienbanken, die man nach dem Vorbild des Pariser „Crédit mobilier“ in den 1850er Jahren in Deutschland gegründet hatte<sup>26</sup>, standen im Mittelpunkt der Fondsspekulationen, die die Krise mit einleiteten und verstärkten. Daß Württemberg bis 1869 keine Aktienbank erhalten hatte, behinderte zwar die Unternehmensfinanzierung, verhinderte aber auch einen stärkeren Run auf krisenanfällige Spekulationsobjekte. Die traditionelle Anlage in festverzinslichen Werten und Grundstückshypotheken behauptete in Württemberg weiterhin das Feld, wengleich der starke Drang nach hypothekarischer Sicherheit und die günstige finanzielle Lage der Landwirte, die auf Grund der reichen Ernten seit 1855 auf Kredite weitgehend verzichten konnten, zur Anlage in Industriepapieren geradezu nötigte<sup>27</sup>. Die Unternehmer klagten in Württemberg zwar wie in ganz Deutschland häufig pauschal über Kapitalmangel<sup>28</sup>, doch die zeitgenössischen Berichte der württembergischen Gewerbe- und Handelskammern verzeichneten keine konkreten Fälle von Kreditverknappung, die unternehmerische Expansionspläne behindert hätten. Man sprach vielmehr von unzureichenden Anlagemöglichkeiten für liquide Kapitalien auf Grund des württembergischen Bankwesens, das bis zur Reichsgründung provinziell blieb<sup>29</sup>.

1840 bestanden neben kleineren Bankinstituten in Ulm und Heilbronn 4 Banken in Stuttgart. Bis 1875 wuchs die Zahl der Bankhäuser auf 49, von denen 16 in Stuttgart ihren Sitz hatten. Die wichtigsten Etappen der württembergischen Bankentwicklung markieren die

---

24 Vgl. dazu vor allem Loewenstein, Württembergs Kreditbankwesen; Kaulla, Bankwesen in Württemberg; Hecht, Bankwesen in süddeutschen Staaten, S. 5—95.

25 Besonders hervor tat sich dabei Moriz Mohl, der 1858 den „Beobachter“ und die „Chronik“ ständig mit Artikeln gegen die Einführung von Aktienbanken belegte. Die Artikel sind gesammelt in seinem Buch „Über Bankmanöver, Bankfrage und Krisis“, 1858. Vor allem Loewenstein berichtet ausführlich über die Versuche, das Bankwesen des Landes auszubauen.

26 Vgl. dazu und zum folgenden Rosenberg, Weltwirtschaftskrise, S. 54 ff.; Gerschekron, Economic Backwardness, S. 11 ff.

27 Vgl. Jahresbericht Handelskammer Stuttgart 1858, S. 4. Für die Jahrhundertmitte schätzte man das Kapital, das in württembergischen Staatspapieren, Pfandbriefen und Aktien angelegt war, auf „wohl nicht viel über 120 Millionen Mark“ (Königreich Württemberg, Bd. 1, 1904, S. 114). Das entsprach ca. 70 000 Gulden. Als Württemberg 1875 von Gulden auf Reichsmark umstellte, rechnete man 12 RM = 7 Gulden (Binder-Ebner, Württ. Münz- und Medaillenkunde, S. 275). Zur Ver- und Entschuldung von Grund und Boden vgl. Schremmer, Bauernbefreiung, S. 134 ff.

28 Vgl. dazu grundsätzlich Borchardt (Kapitalmangel in Deutschland im 19. Jahrhundert), der die Überschätzung des Kapitalmangels durch die zeitgenössische und auch durch die spätere Literatur betont.

29 Vgl. Loewenstein, S. 31 f.

Gründung der ersten Aktienbank, der Württembergischen Hypothekenbank, im Jahre 1868 und der Württembergischen Vereinsbank, der ersten Notenbank auf Aktienbasis im folgenden Jahr<sup>30</sup>.

Vor allem über die angeblich mangelhafte Versorgung der kleinen Gewerbetreibenden mit Krediten klagte man beredt<sup>31</sup>. Doch von 1852 bis 1866 entstanden 44 genossenschaftliche Handwerkerbanken, die 1865 einen Jahresumsatz von 11 Millionen Gulden tätigten. 1868 existierten 88 derartige Bankinstitute, die 34 Millionen Gulden umsetzten<sup>32</sup>. Diese Handwerkerbanken nach dem Schulze-Delitzschen Muster entstanden erst seit den 1850er Jahren, denn die Gründungen aus den 1840er Jahren waren fast durchweg Wohltätigkeitsvereine, die ihr Kapital gestiftet erhielten<sup>33</sup>.

Allein 1854/55 erzielten die diversen württembergischen Sparkassen Nettoeinlagen von über 1 Million Gulden<sup>34</sup>. 1856 stiegen die Einlagen bei der Württembergischen Sparkasse, in die Privatleute und auch die Bezirkssparkassen einzahlten, erneut stark an (38%) und 1857 nochmals um knapp 30%. Erst die Weltwirtschaftskrise verringerte die Wachstumsrate. Doch die Steigerung betrug immer noch 6,7 und 5,4% in den Jahren 1858 und 1859<sup>35</sup>.

Die hohen Sparraten bezeugen, daß neben wachsender Konsumtionsfähigkeit und -bereitschaft, die von den Handelskammerberichten ausführlich als Stimulans für den wirtschaftlichen Fortschritt gewürdigt wurden<sup>36</sup>, die Kapitalbildung kräftig voranschritt, die wiederum dem Kreditbedürfnis von Industrie und Gewerbe entgegenkam.

Württemberg erfuhr seit der Mitte der 1850er Jahre zwar eine stärkere Industrialisierung als je zuvor, doch es darf nicht übersehen werden, daß die Wirtschafts- und Sozialstruktur des Landes immer noch erheblich kleingewerblich und agrarisch bestimmt war. Zeitgenössische Berichte pflegten diesen Sachverhalt gerne zu verdrängen oder zu verkleinern. So konstatierte Gustav Schmoller in seiner Bearbeitung der statistischen Gewerbeaufnahme von 1861 die „Bildung einer Großindustrie in Württemberg“ als das „wichtigste Ergebnis“<sup>37</sup>. Die große offizielle Selbstdarstellung des Königreichs von 1863<sup>38</sup> sah den Übergang von „vorherrschend landwirtschaftlichen Zuständen“ zur „Manufakturkraft und zur Großindustrie“ bereits als geleistet an. Auch der offiziöse Überblick über das „Gewerbsleben in

30 Vgl. Königreich Württemberg, Bd. 2,1, 1883, S. 763.

31 Vgl. etwa Jahresbericht Handelskammer Reutlingen 1857, S. 4.

32 Loewenstein, S. 80.

33 Vgl. Königreich Württemberg, Bd. 2,1, 1883, S. 764.

34 W. Gewerbeblatt 1856, S. 296.

35 Jahresbericht Handelskammer Stuttgart 1859, S. 113 f.

36 Vgl. etwa den Stuttgarter Handelskammerbericht 1860, S. 3. Zur Kapitalbildung in den 1850er Jahren vgl. die Abbildung bei Buzengeiger, S. 16.

37 WJbb 1862/2, S. 233.

38 Königreich Württemberg, 1863; Zitat S. 551.

Württemberg während der Jahre 1856 bis 1862" von Professor Mährlen<sup>39</sup> sprach vom „rasche(n) und starke(n) Übergang zum fabrikmäßigen Betrieb, zum Großbetrieb“. Wie die gegebene Skizze zur forcierten Industrialisierung Württembergs in den 1850er Jahren zu zeigen versucht, charakterisieren diese Äußerungen den Prozeß, den Württemberg in dem nachrevolutionären Jahrzehnt durchmachte, zwar partiell recht treffend, doch sie richten den Blick zu einseitig auf die Industrie. Deshalb soll im folgenden zunächst die Entwicklung des Handwerks und dann das Gepräge der Landwirtschaft skizziert werden.

Obgleich sich die Lage der Handwerker von der Mitte der 1830er Jahre bis 1852 bereits strukturell verbessert hatte<sup>40</sup>, fristete die Mehrzahl ihr Leben noch von den Einkünften proletaroider Stellen, die keine ausreichende Grundlage für eine gesicherte bürgerliche Existenz boten. Diese wirtschaftliche Misere der Meister und Gesellen, die 1852 ca. 21% der männlichen Bevölkerung über 14 Jahre stellten<sup>41</sup>, prägte die Erwartungen, die viele Handwerker gegenüber Staat und Gesellschaft hegten. Sie forderten nicht nur eine Rückkehr zur alten Zunftverfassung und damit eine wirtschaftliche und soziale Restauration, sondern die Existenznot entzog sie weitgehend der politischen Bewegung der Revolutionsjahre und trieb sie in die Arme des Staates, von dem sie Hilfe gegen die Fabrikkonkurrenz erhofften, der sie ihre Lage anlasteten<sup>42</sup>. Einsichtige Zeitgenossen erkannten jedoch, daß die Handwerksbetriebe nur mit der Industrialisierung, nicht gegen sie gesunden konnten<sup>43</sup>. Der wirtschaftliche Aufstieg im nachrevolutionären Jahrzehnt, der auch dem Kleingewerbe zugute kam, ließ dann die Klagen der Meister über die ruinöse Fabrikkonkurrenz zwar nicht völlig verstummen, schwächte sie aber doch erheblich<sup>44</sup>.

Die Zahl der Meister war von 1852 bis 1861 fast konstant geblieben, die Gehilfenzahl aber erheblich gestiegen (Tab. 4). Auch das Verhältnis zwischen Handwerks- und Fabrikbetrieben hatte sich nicht zu Lasten der kleinen Gewerbe verschlechtert, denn von 1852 bis 1861 entfielen konstant ca. 61,5% des Personals, das im gewerblich-industriellen Bereich beschäftigt war, auf das Handwerk und 38,5% auf

---

39 WJbb 1863/1; Zitat: S. 39. Dr. Johannes Mährlen (1803—71) war Mitglied der Zentralstelle für Gewerbe und Handel, der Handelskammer Stuttgart, des Königl. statistisch-topographischen Instituts, Prof. am Stuttgarter Polytechnikum. Vgl. den Nachruf im Jahresbericht Württ. Handelskammern 1870, S. 1.

40 Vgl. o. S. 47.

41 Errechnet nach WJbb 1861/1, S. 126.

42 Dazu Kap. B VII, 4.

43 Die Schrift von Schübler (Not der Handwerker, 1852), die die Diskussion um die Jahrhundertwende gut zusammenfaßt, ist ein Beispiel dafür.

44 Zur Entwicklung des Handwerks in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts vgl. zuletzt Noll (Handwerk in der 2. Phase) und W. Fischer (Kleingewerbe).

**Tabelle 4<sup>45</sup>**  
**Beschäftigte im Handwerk 1835—1861**

	1835/36	1852	1835 bis 1852	Preußen 1840—49	1861	1852 bis 1861	Preußen 1849—61
Meister	114 800	80 700	— 30 %	+ 30 %	79 900	— 1 %	—0,1 %
Gesellen	33 200	39 600	+ 19 %	+ 14 %	64 100	+ 62 %	+ 27 %

Fabriken<sup>46</sup>. Das entsprach dem Zollvereinsdurchschnitt. Im stark industrialisierten Sachsen betrug das Verhältnis von Gewerbe- zu Fabrikpersonal bereits ca. 46 zu 54, in Baden 59 zu 41<sup>47</sup>.

Das Handwerk hatte sich in den einzelnen Sparten und regional sehr unterschiedlich entwickelt. In den 26 wichtigsten Zweigen, die am stärksten besetzt waren, stieg die Zahl der Meister von 1852 bis 1863 um 4,5<sup>0</sup>/<sub>100</sub> und die Zahl der Gesellen und Lehrlinge um 76,7<sup>0</sup>/<sub>100</sub>. In 19 anderen Branchen verringerten sich die Meisterstellen um 8,6<sup>0</sup>/<sub>100</sub>, während die Gehilfenzahl um 34,7<sup>0</sup>/<sub>100</sub> anwuchs<sup>48</sup>. Besonders günstig verlief die Entwicklung des Handwerks in den 5 größten Städten. Dort kamen in 8 Gewerbebezügen 258 Gehilfen auf 100 Meister, während dieselben Gewerbe im Landesdurchschnitt nur ein Verhältnis von 74 Gehilfen je 100 Meister erreichten<sup>49</sup>. Diese günstige Entwicklung wiesen aber nicht alle Städte auf — auch nicht alle Industriestädte. In Göppingen etwa sank die Zahl der Meister von 1852 bis 1861 um 39<sup>0</sup>/<sub>100</sub>. Sie beschäftigten zwar 1861 bereits 85<sup>0</sup>/<sub>100</sub> mehr Gehilfen als 1852, doch trotzdem entfielen lediglich 76 Gehilfen auf 100 Meister<sup>50</sup>. Dieses Einzelbeispiel sollte davor warnen, aus der durchgängig verbesserten Relation zwischen Meister- und Gehilfenzahlen bereits eine generelle Absicherung der verbliebenen Stellen zu folgern. Im Landesdurchschnitt hatte sich von 1852 bis 1861 diese Relation zwar von ca. 49 auf 80 Gehilfen je 100 Meister verbessert, doch noch immer überwog der handwerkliche Einmannbetrieb, der keine Grundlage für eine gesicherte bürgerliche Existenz bot. Die Krise des übersetzten Handwerks hatte sich demnach gemildert, sie war aber noch nicht behoben.

Im Vergleich mit anderen deutschen Ländern nahm Württemberg in der Entwicklung der gewerblichen Betriebsgrößen eine Mittelposition

45 Errechnet nach WJbb 1839, 1862 f. Die preußischen Zahlen nach Köllmann, Arbeitskräftepotential, S. 230. Alle Zahlen sind abgerundet. Vor allem für die Zahlen von 1835/36 ist zu beachten, daß sie nicht auf der gleichen Erhebungsgrundlage wie die anderen beruhen. (Vgl. Mährlen, 40 Jahre, S. 630.) Sie geben aber den Trend an (vgl. Anm. 55 S. 40).

46 Errechnet nach Schmoller, WJbb 1862/2, S. 163 f., 240.

47 Vgl. Schmoller, Kleingewerbe, S. 665, 307.

48 Mährlen, Gewerbeleben 1856—1862, S. 39 f. Detaillierte Angaben machen jeweils die Handelskammerberichte.

49 Errechnet nach Schmoller, WJbb 1862/2, S. 250, 241 f.

50 Errechnet nach Hofmann, Industrialisierung Göppingens, S. 169.

ein. In Frankfurt, das die Spitzenposition besaß, entfielen 1861 251 Gehilfen auf 100 Meister, im Königreich Sachsen 165, in Hessen-Darmstadt 112, in Bayern 98, in Baden 82, in Kurhessen und in Oberhessen nur 56<sup>51</sup>. Setzt man die Betriebszahlen in Relation zur Bevölkerung, so war das Handwerk mit 8,4<sup>0</sup>/<sub>100</sub> in Württemberg stärker als in allen anderen deutschen Ländern vertreten<sup>52</sup>. Die günstigste Zukunftsperspektive für das Handwerk lag in der Entwicklung der Gehilfenzahlen, die darauf verweisen, daß die Gesellen sich mehr und mehr damit abfanden, nicht zu selbständigen Meistern aufsteigen zu können.

Tagelöhne 1830/39—1872

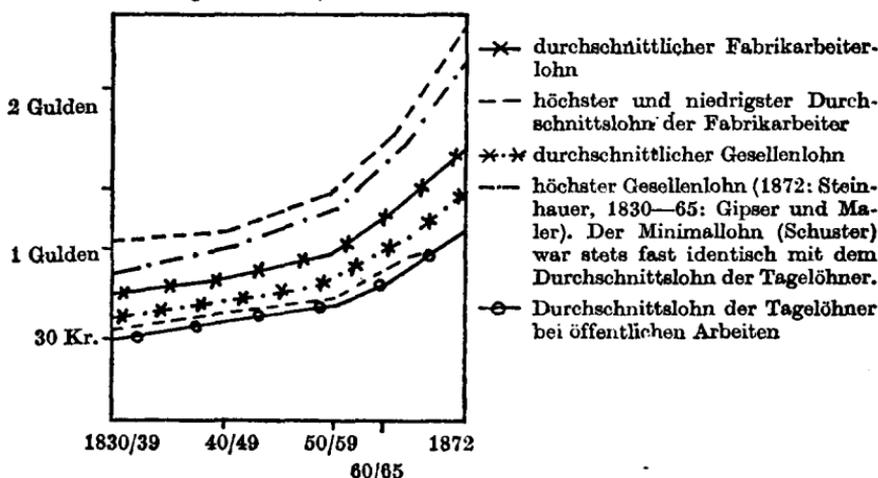


Abb. 5<sup>53</sup>

51 Schmoller, Kleingewerbe, S. 360.

52 Ebd. S. 308.

53 Errechnet nach Riecke, Statistik der Preise und Löhne in Württemberg, 1873. Karl Victor von Riecke wurde 1891 Finanzminister. Vgl. zur Lohnentwicklung auch Königreich Württemberg, Bd. 2,1, 1883, S. 796 f., und die Handelskammerberichte. Die Abgrenzung zwischen Industrie und Handwerk ist problematisch. Den Bereich Textilproduktion hat Riecke ganz in der Fabriktafelung erfaßt. Wäre dieser Sektor aufgeschlüsselt worden, so läge der durchschnittliche Fabriklohn sicher noch höher. Allerdings hat Riecke die besonders gut verdienenden Setzer generell ebenfalls in die Fabriktafelung einbezogen. Die Lohnprogression seit 1855 ist aus der Graphik nur sehr unzureichend zu erkennen, da nur der Durchschnittswert von 1850—59 bekannt ist. Vgl. Abbildung 8 (S. 62), aus der die Reallohnentwicklung in den 1850er Jahren besser zu ersehen ist. Die Steigerungsrate war von 1855—58 eher noch stärker als in den 1860er Jahren. Die Handelskammer Reutlingen berichtete für 1857, daß die Löhne durchschnittlich „nochmals 10<sup>0</sup>/<sub>100</sub> gegenüber dem Jahr 1856“ (S. 1) anstiegen. Im Jahresbericht für 1860 gab dieselbe Kammer an, daß der mittlere Tagelohn für einen gewöhnlichen Arbeiter von 36 Kronen im Jahr 1859 auf 48 Kronen bis 1 Gulden im Jahr 1860 gestiegen sei = ein bis zwei Drittel. Zur Stagnation der Löhne in der 1. Jahrhunderthälfte vgl. die Angaben für Württemberg bei Kuczynski, Lage der Arbeiter, T. 1 Bd. 2, S. 225, 227. Seine Angabe, daß die Löhne von 1850 bis 1860 stagnierten (S. 225), trifft jedoch nicht zu. Er gibt seine Quellen leider nicht an.

Die steigenden Löhne (Abb. 5) im Handwerk wie in der Industrie erleichterten ihnen diesen Verzicht. Den höchsten Verdienst konnten sie jedoch nicht als Gesellen, sondern als Fabrikarbeiter erzielen. Deren Löhne lagen im Landesdurchschnitt von 1830 bis 1872 konstant ca. 20% über dem Lohnsatz, den das Handwerk zahlte, dessen Löhne den Verdienst der Tagelöhner um 30% (1830/39) bis 20% (1872) übertrafen<sup>54</sup>. Die Lohnunterschiede zwischen den verschiedenen Branchen im gewerblichen sowie im industriellen Bereich waren beträchtlich und nahmen zu. Das stützt Wolfram Fischers<sup>55</sup> Untersuchungsergebnis, der entgegen der gängigen These von der weitgehend undifferenzierten Soziallage der frühen Fabrikarbeitserschaft eine starke Differenzierung der Löhne nachweisen konnte, die man als Gradmesser für die Soziallage ansehen kann. An der Spitze der Lohnskala standen die Setzer, deren Löhne von 1830 bis 1839 um ca. 40% und 1872 um ca. 44% über dem durchschnittlichen Fabriklohn lagen<sup>56</sup>. Den gleich hohen Lohn erzielten 1872 die Arbeiter in der Goldwarenfabrikation und in den Fabriken für Musikinstrumente. Knapp darunter lagen die Löhne der Arbeiter in den Silberwarenfabriken, die zeitweilig sogar besser als die Setzer verdienten. Am unteren Ende der Lohnskala standen stets die Arbeiter in der chemischen Industrie.

Da die angeführten Lohnwerte immer nur den Landesdurchschnitt erfassen, geben sie keinen Aufschluß über die regionale Differenzierung der Löhne, die erheblich war. So lag z. B. 1872 in Stuttgart der Gesellenlohn 33% und der Verdienst der Tagelöhner sogar 50% über dem Landesdurchschnitt<sup>57</sup>. 1860 konnte ein Tagelöhner zwischen 48 Kreuzer und 1 Gulden, ein Eisenbahnarbeiter 1 Gulden bis 1,5 Gulden und ein Maurer 1 Gulden und 36 Kreuzer bis 2 Gulden pro Tag verdienen<sup>58</sup>. Hinzu kam mitunter noch „Trunk und Brot“. Bei den Arbeitern in Blechfabriken konnten Anfang der 1860er Jahre die Löhne in den verschiedenen Landesteilen sogar um das Fünffache differieren<sup>59</sup>.

Die Lohnprogression nahm in der 2. Hälfte der 1850er Jahre stark zu (Abb. 5—7), da die Unterbeschäftigung, die in den ersten nachrevolutionären Jahren eine Auswanderungslawine ausgelöst hatte, seit der Mitte des Jahrzehnts in Vollbeschäftigung umschlug. An die Stelle der „Arbeitsnot“, so schrieb das Gewerbeblatt in seinem Rückblick auf das Jahr 1856<sup>60</sup>, trat eine „Arbeiternot“, statt „Arbeitsmangel“ registrierte man „Arbeitermangel“<sup>61</sup>. Diese zeitgenössischen

54 Errechnet nach Riecke, Preise und Löhne.

55 „Frühe Fabrikarbeiter“.

56 Errechnet nach Riecke (Anm. 54).

57 Errechnet nach ebd.

58 Jahresbericht Handelskammer Stuttgart 1860, S. 3; Reutlingen 1860, S. 29.

59 Königreich Württemberg Bd. 2,1, 1883, S. 797.

60 W. Gewerbeblatt 1857, S. 1.

61 Jahresbericht Handelskammer Stuttgart 1856, S. 5.

Stimmen bestätigen Köllmanns Schätzung der Relation zwischen Arbeitsplatzangebot und Arbeitskräftepotential, wonach 1864 in Württemberg auf 100 Arbeitskräfte 105,5 Arbeitsplätze kamen<sup>62</sup>. Die Stuttgarter Handelskammer begrüßte ausdrücklich die Lohnentwicklung, da sie die „Konsumtionsfähigkeit der arbeitenden Klassen [steigere], deren Einnahmen rasch in die verschiedensten Kanäle der Produktion zurückfließen“<sup>63</sup>.

Die Lohnprogression seit der Mitte des nachrevolutionären Jahrzehnts hatte der breiten Bevölkerung gewiß eine spürbare Verbesserung ihres Lebensstandards ermöglicht, doch sie darf angesichts der Preisentwicklung auch nicht überschätzt werden. Der „Entwicklungsbruch in der Mitte des 19. Jahrhunderts“<sup>64</sup>, der die Preis-Lohn-Schere umkehrte, so daß die Löhne stärker anstiegen als die Preise, begann zwar auch in Württemberg zu wirken (Abb. 6), doch der Reallohnverfall in der vorrevolutionären Zeit<sup>65</sup> und in der 1. Hälfte der 1850er

% Lohn-Preis-Anstieg 1830/39—1872

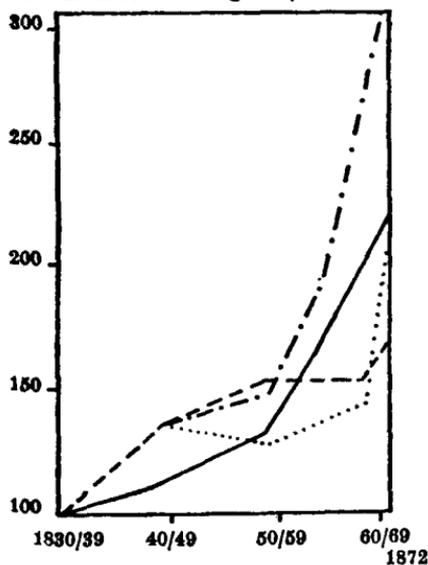


Abb. 6\*\* : Fabrikarbeiter-/Gesellenlöhne

— Roggen  
 ..... Dinkel  
 - - - Ochsenfleisch

% Reallohnverlauf 1830/39—1872

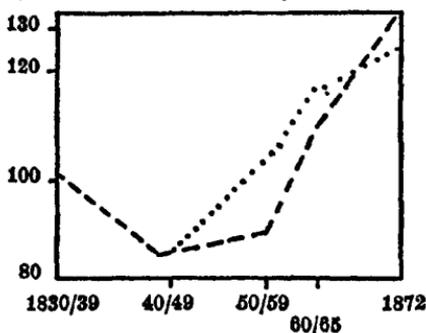


Abb. 7\*\* : Kaufkraft der Fabrikarbeiter-/Gesellenlöhne umgerechnet auf:

— Roggenpreise  
 .... Dinkelpreise

62 Arbeitskräftepotential, S. 225. Köllmann selbst vermutet, eine zu hohe Meßziffer für den Arbeitsplatzzuwachs gewählt zu haben (ebd.).

63 Jahresbericht 1860, S. 3.

64 Abel, Agrarkrise, S. 267 f.

65 Vgl. dazu Kuczynski, Lage der Arbeiter, T. 1 Bd. 2, S. 253.

66 Errechnet nach Riecke (Anm. 53), Jahresbericht Handelskammer Stuttgart 1855, S. 7 f., und den WJbb des Zeitraums, den die Abbildung umfaßt. Den starken Anstieg des Fleischpreises gegen Ende der 1850er Jahre wird man wohl am ehesten

Jahre konnte erst um 1860 voll ausgeglichen werden (Abb. 7). Dann stiegen jedoch Nominal- und Reallöhne stark progressiv. Auch die „Große Depression“ (1873—1896) unterbrach diese Entwicklung nicht, sondern war im Gegenteil von einer „geradezu revolutionierenden Erhöhung des Reallohniveaus begleitet“<sup>68</sup>.

Trotz der steigenden Löhne in Industrie und Gewerbe ließ die Gewerbereform von 1862, die in Württemberg die volle Gewerbefreiheit einführte<sup>69</sup>, den Zudrang zu den Meisterstellen noch einmal enorm anschwellen. Allein in Stuttgart registrierte man in den ersten 10 Monaten seit der Reform 438 neue Firmen, von denen ca. 83% Handwerksbetriebe waren<sup>70</sup>. Man muß jedoch berücksichtigen, daß es sich vielleicht nicht in allen Fällen um Neugründungen handelte, sondern z. T. wohl nur bestehende Betriebe in die Stadt verlagert wurden, wo man sich bessere Geschäfte erhoffte. Erst die Gewerbereform hatte nämlich die Möglichkeit zum Ortswechsel völlig freigegeben, denn mit den letzten Zunftschränken entfiel auch die Beschränkung, daß nur Gemeindeglieder selbständig ein Gewerbe ausüben durften.

Die Gründungswelle, die 1862 einsetzte, begann bald zu verflachen. Schon 1863 setzte der Rückgang ein<sup>71</sup>, ohne daß aber der Gesundungsprozeß der Kleingewerbe bereits einen vorläufigen Abschluß erreicht hatte. Die Lage der vielen Handwerksbetriebe mit unzureichenden Betriebsgrößen blieb weiterhin prekär. Der hohe Anteil der Handwerker an Konkursen bezeugt das. Er hatte sich sogar vergrößert, denn von 1840 bis 1847 entfielen 44,9% aller Konkurse auf Handwerker, in der Zeit von 1864 bis 1873 aber 51,8%<sup>72</sup>. Nur Spezialuntersuchungen könnten feststellen, ob davon vornehmlich die Kleinstbetriebe betroffen waren. Diese Vermutung liegt nahe, da in ganz Deutschland die Entwicklung des Handwerks in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts gekennzeichnet war durch eine Abnahme der Betriebe bei gleichzeitiger Zunahme der Beschäftigtenzahl<sup>73</sup>. Dieser Prozeß

---

damit erklären können, daß erst die steigenden Löhne der breiten Bevölkerung einen erhöhten Fleischverbrauch ermöglichten und die Preise dann in die Höhe trieben. Der „Kartoffelstandard im Zeitalter des Pauperismus“ (Abel, Massenarmut, S. 65) hatte Fleisch für die große Masse zum Luxusnahrungsmittel werden lassen, das wenig gekauft wurde und deshalb in Krisenzeiten wesentlich geringere Preissteigerungsraten als Grundnahrungsmittel aufwies (vgl. Abb. 8, S. 62).

67 Die Abbildung basiert auf denselben Quellen wie die Abbildung 6. Auch hier ist zu beachten, daß die starke Progression erst ab etwa 1855 einsetzte. Es sei nachdrücklich betont, daß der Begriff „Reallohn“ hier mit großer Einschränkung zu verstehen ist. Um den wirklichen Reallohn zu ermitteln, bedürfte es umfangreicher Spezialstudien, da keine Vorarbeiten hierfür existieren.

68 Rosenberg, Große Depression, S. 47. Das gilt allerdings erst für die zweite Depressionsphase, vgl. Wehler, Bismarck, S. 80 f.

69 Vgl. dazu Köhler, Gewerberecht, S. 175 ff.

70 Errechnet nach Hartmann, Chronik, Stuttgart, S. 265. Genaue Angaben auch für andere Städte im Jahresbericht Württ. Handelskammern 1863, S. 107.

71 Vgl. Mährlen, Gewerbeleben 1856—62, S. 44.

72 Errechnet nach WJbb 1847/2, S. 194; Camerer, S. 116 ff.

73 Vgl. Noll (Anm. 44).

scheint zudem von einem überproportionalen Anteil des Handwerks am wirtschaftlichen Wachstumsprozeß begleitet gewesen zu sein<sup>74</sup>.

Obwohl sich Gewerbe und Industrie in dem nachrevolutionären Jahrzehnt mächtig entwickelten, blieb Württemberg immer noch ein stark agrarisch geprägtes Land. 1861 waren noch fast 54% der männlichen Bevölkerung über 14 Jahre in der Landwirtschaft beschäftigt<sup>75</sup>. Dieser Anteil ist sogar noch höher anzusetzen, wenn man die enge Verflechtung von Gewerbe und Landwirtschaft berücksichtigt. Denn von den knapp 18% der Männer, die als selbständige Gewerbetreibende registriert waren, betrieben ca. zwei Drittel neben ihrer Gewerbetätigkeit eine kleine Landwirtschaft<sup>76</sup>. Eine genauere Differenzierung zwischen Haupt- und Nebenbeschäftigung scheint anhand der zeitgenössischen Statistiken nicht möglich zu sein.

Dieses stark landwirtschaftliche Gepräge des Landes hatte seinen Eintritt in die allgemeine Prosperitätsepoche der 1850er Jahre zwar verzögert, doch es trug andererseits mit dazu bei, daß Württemberg die Weltwirtschaftskrise seit 1857 relativ leicht überstand. Denn die guten Ernten der zweiten Hälfte der 1850er Jahre hatten, wie erwähnt, die Konsumtionskraft der breiten Bevölkerung gestärkt, so daß Gewerbe und Industrie mit Aufträgen versorgt waren, die über die Krise hinweghelfen. So konstatierte etwa die Stuttgarter Handelskammer in ihrem Bericht für das Jahr 1857: „Aller Reichtum kommt aus dem Boden“<sup>77</sup>, wie die gute Ernte beweise. Landwirte und Weingärtner zeigten sich von den Erlösen hoch befriedigt, und auch die Tagelöhner waren vollbeschäftigt. Der Bericht schätzte den „kapitalisierbaren Überschuß“ aus der agrarischen Urproduktion auf 25 bis 28 Millionen Gulden. „Die durchgängig befriedigende, in einzelnen Bezirken sogar glänzende Lage der ländlichen Bevölkerung“ belebte auch das Gewerbe. Der Bericht fuhr dann fort: „Die Bilanz der Handels- und Industriegeschäfte ließ daher schöne Gewinne zurück, welche nicht wenig dazu beitrugen, den Stoß der Handelskrisis abzuschwächen“<sup>78</sup>. In den beiden folgenden Jahren berichteten die Kammern ähnlich positive Auswirkungen der guten landwirtschaftlichen Ernte- und Verkaufsergebnisse auf Gewerbe, Handel und Industrie.

Dieses Bild einer florierenden Landwirtschaft in der 2. Hälfte der 1850er Jahre hebt sich scharf ab von der Lage der Landwirtschaft um die Jahrhundertmitte, die durch eine schwere Krise gekennzeichnet

---

74 So W. Fischer (Anm. 44), der bei der Auswertung der von Hoffmann (Wachstum der deutschen Wirtschaft) bereitgestellten Zahlen zu diesem Ergebnis kommt, das der vorherrschenden Ansicht völlig widerspricht. Er betont, daß es noch intensiver Spezialuntersuchungen bedarf, um sein Ergebnis abzusichern.

75 Ermittelt nach Königreich Württemberg 1863, S. 350 ff.

76 Ebd. S. 352. Griesmeier (Wirtschaft und Bevölkerung, S. 133) schätzt die Relation der im Agrar- und gewerblich-industriellen Sektor Beschäftigten auf 6 zu 4.

77 S. 3. Im Original gesperrt.

78 S. 4 f.

war<sup>79</sup>. Diese Agrarkrise soll etwas näher untersucht werden, da sie erhebliche politische Auswirkungen hatte: Sie provozierte 1847 Hungerrevolten, die im Bürgertum einen Reflexionsprozeß über die politische Relevanz der „sozialen Frage“ in Gang setzten, der das Verhalten großer Teile des Bürgertums in der Revolutionszeit mitbestimmte<sup>80</sup>; sie erleichterte und verstärkte in der nachrevolutionären Zeit die weitgehende Entpolitisierung erheblicher Bevölkerungsteile, die um ihre nackte Existenz kämpften, sich hingegen von politischem Engagement weitgehend fernhielten<sup>81</sup>.

1846 begann eine Reihe von Mißernten, die die letzte Wirtschaftskrise des vorindustriellen Typs<sup>82</sup> einleiteten. Sie ging vom Agrarsek-

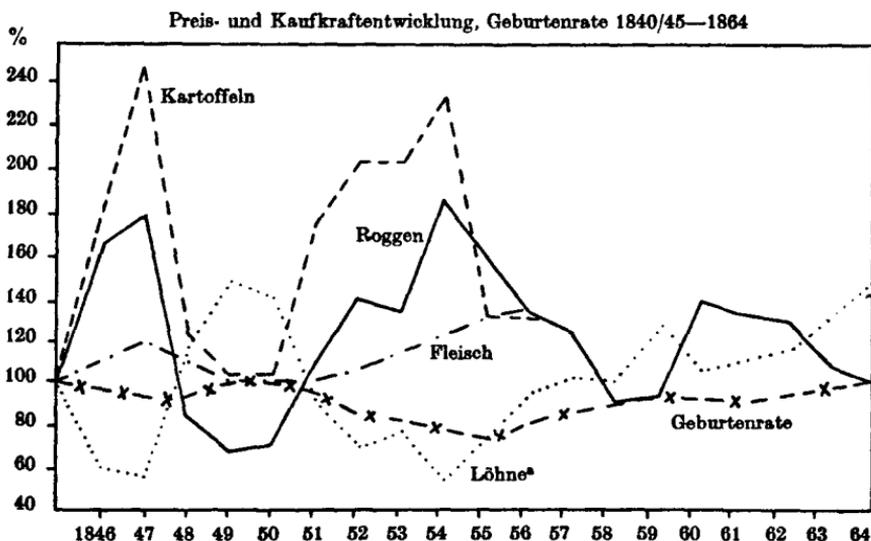


Abb. 8 (1840—45 = 100%)<sup>83</sup>

a) Fabrikarbeiter-/Gesellenlöhne umgerechnet auf Roggenpreise

79 Für die Zeit vor 1852 wären Aussagen über die landwirtschaftliche Entwicklung nur auf Grund von archivalischen Spezialstudien möglich, da erst ab 1852 eine Regierungsverordnung den Oberämtern alljährliche Erhebungen über Anbaufläche und Ernteerträge, die in den WJbb veröffentlicht wurden, vorschrieb (vgl. Cull, Die 15 Ernten Württembergs 1852 bis 1866, S. 112). Zur Entwicklung in Hohenlohe vgl. Schremmer, Bauernbefreiung.

80 Dazu Kap. A II, 1.

81 Vgl. Kap. C I.

82 Vgl. Abel, Massenarmut, S. 54 ff., und u. Anm. 99. Die Krise erfaßte ganz Europa, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität. Für Deutschland ist diese Krise noch völlig unzureichend erforscht, vgl. ebd. S. 9; Wehler, Theorieprobleme. Grundsätzlich zu den vorindustriellen Wirtschaftskrisen: Abel, Agrarkrisen.

83 Errechnet nach den in Anm. 66 genannten Quellen und Königreich Württemberg, Bd. 2,1, 1883, S. 379 f. Für die Ermittlung der Kaufkraftentwicklung wurden die Durchschnittslöhne des Zeitraums 1840/49 weiter bis 1854 angesetzt und dann erst die Durchschnittslöhne für 1850/59, um die Lohnstagnation der ersten Hälfte der 1850er Jahre auszugleichen (vgl. Anm. 53).

tor aus und griff auf das Gewerbe über. Die Getreidepreise und entsprechend die Brotpreise schnellten 1846 um etwa 60% in die Höhe (Abb. 8). Den starken Anstieg der Preise für Brotgetreide begleitete eine noch stärkere Verteuerung des wichtigsten Volksnahrungsmittels, der Kartoffel (Abb. 8). Das traf die Masse der Bevölkerung besonders schwer, denn die „Kartoffelfelder waren allmählich das eigentliche Fundament der kleinen Wirtschaften geworden, mit dessen Wanken das ganze System übereinander fiel“<sup>84</sup>. Von 1850 bis 1852 reduzierte die Kartoffelkrankheit den Ernteertrag dann so stark (Tab. 5), daß den kleinen Haupt- und Nebenerwerbslandwirten die Existenzgrundlage geradezu entzogen wurde, da gleichzeitig auch die Getreide- und Brotpreise auf Grund der Mißernten in die Höhe schnellten (Abb. 8). „Mehrere hundert Gemeinden wurden bankrott“<sup>85</sup>. Auswanderung erschien deshalb vielen als die einzige Rettungsmöglichkeit. Auch die Daheimgebliebenen begrüßten und förderten sie<sup>86</sup>.

**Tabelle 5<sup>87</sup>**

Anteil der Ernteerträge, die von der Kartoffelkrankheit befallen waren

1848	=	14 %
1849	=	16 %
1850	=	36 %
1851	=	44 %
1852	=	11 %
1853	=	5 %
1854	=	7 %

Die Revolutionsjahre selbst hingegen brachten reiche Ernten und einen entsprechenden Preisrückgang (Abb. 8). Das befreite zwar die breite Bevölkerung von ihrer Existenznot, doch die politische Bewegung der Revolutionsjahre lähmte die gewerblich-industrielle Tätigkeit, die zudem in einer Übergangskrise begriffen war. Die wirtschaftlichen Einbußen, die Württemberg 1848/49 erlitt, sind aus der Entwicklung der Zolleinnahmen oder aus der Zahl der Konkursverfahren deutlich abzulesen<sup>88</sup>. Ebenso wurde der Kapitalbildungsprozeß, der seit den 1840er Jahren bereits rückläufig war, unterbrochen. Erst seit der Überwindung der Krise konnte dieser Prozeß forciert fortgesetzt werden<sup>89</sup>. Für alle, die in Gewerbe und Industrie tätig waren, bedeu-

<sup>84</sup> Königreich Württemberg 1863, S. 317.

<sup>85</sup> Gehring, Wirtschaftsleben, S. 248.

<sup>86</sup> Am besten sind diese Bemühungen in den Berichten der Tageszeitungen zu erfassen.

<sup>87</sup> WJbb 1855, S. 184.

<sup>88</sup> Vgl. Abb. 2, S. 34 und Abb. 4, S. 49. Auch der Güterverkehr verzeichnete tiefe Einbrüche, vgl. die Abb. bei Buzengeiger, S. 7. Die Einnahmen aus den staatlichen Hüttenwerken fielen — um ein anderes Beispiel zu geben — 1848/49 um ca. 32% (errechnet nach Riecke, Finanzverwaltung, S. 76).

<sup>89</sup> Vgl. die Abbildung bei Buzengeiger, S. 16.

tete der enorme Rückgang der Getreide- und Kartoffelpreise nur eine kurzfristige Entlastung, da die politisch bedingten wirtschaftlichen Stockungen die guten Ernteergebnisse um ihre Wirkung brachten. Diese Lähmung der Wirtschaftskraft beeinflusste stark die Stellung eines großen Teils des Bürgertums zur politischen Bewegung der Revolutionszeit, da die politischen Fragen gegenüber der Sorge um die Gesundung von Gewerbe, Handel und Industrie in den Hintergrund traten<sup>90</sup>. So bahnte sich bereits 1848/49 die Entpolitisierung zumindest von Teilen des Bürgertums an, die in der Reaktionszeit ihren Kulminationspunkt erreichte.

Die Kette von Mißernten bis 1853/54, die nur 1848/49 unterbrochen war, mußte Württembergs Wirtschaft aus zwei Gründen besonders gravierend belasten: Auf Grund der spezifischen Agrarstruktur des Landes und infolge der „Übergangsperiode“<sup>91</sup>, in der sich der Gewerbesektor befand.

Württembergs Agrarstruktur kennzeichnete eine erhebliche Zersplitterung des Bodenbesitzes, die vor allem in den altwürttembergischen Realteilungsgebieten kraß ausgeprägt war. Nach der statisti-

**Tabelle 6**  
Landwirtschaftliche Betriebsgrößen in Morgen  
Stand 1857

	Durchschnittsgrößen
über 200 = 7,1 %	93 Morgen
100—200 = 9,6 %	
50—100 = 19,3 %	37 Morgen
30— 50 = 15,2 %	
10— 30 = 25,2 %	18—19 Morgen
5— 10 = 12,7 %	7— 8 Morgen
unter 5 = 10,9 %	3— 4 Morgen

schen Aufnahme von 1857 bestanden im Landesdurchschnitt ca. 24% aller landwirtschaftlichen Betriebe aus Zwergwirtschaften unter 10 Morgen<sup>92</sup>, die in der Regel eine Familie nicht voll ernährten<sup>93</sup>. Knapp 11% der Landwirtschaften lagen sogar unter 5 Morgen. Fast 50% der württembergischen Bauern mußte sich mit Betrieben unter 30

90 Vgl. Kap. B VII, 4.

91 Vgl. u. S. 48 ff. So charakterisierte die Handelskammer Stuttgart die 1. Hälfte der 1850er Jahre (Jahresbericht 1855, S. 4).

92 Alle Zahlen nach Königreich Württemberg 1863, S. 429 ff.; WJbb 1860: „Untersuchungen über die Verteilung des landwirtschaftlich benutzten Grundeigentums in Württemberg“, S. 1—64; Kull, Statistik der Bevölkerung, 1874. Alle Zahlen sind als (in etwa bereinigte) Näherungswerte zu verstehen, da bei der statistischen Aufnahme von 1857 nicht berücksichtigt wurde, ob ein Eigentümer in mehreren Gemeinden Grund besaß (WJbb 1860, S. 1 f.).

93 Königreich Württemberg 1863, S. 435.

Morgen begnügen, die in akuten Krisenzeiten bestenfalls noch das Existenzminimum gewährleisteten.

Die durchschnittlichen Betriebsgrößen differierten zwischen den verschiedenen Landesregionen erheblich. Besonders stark zersplittert war der Grundbesitz im Neckarland und im Schwarzwald, wo über ein Drittel aller Landwirtschaften weniger als 10 Morgen und nochmals ein Drittel 10 bis 30 Morgen aufwies<sup>94</sup>. Die Regionen mit starker Güterzersplitterung litten unter der Wirtschaftskrise um die Jahrhundertmitte schwerer als alle anderen Gebiete. Die Auswanderungszahlen belegen das deutlich. Zwischen 1852 und 1855 verloren die Gebiete mit der größten Zahl von Zwergwirtschaften 49,4<sup>0</sup>/<sub>00</sub> ihrer Bevölkerung, die übrigen Landesteile 18,2<sup>0</sup>/<sub>00</sub><sup>95</sup>. Obwohl etwa 45<sup>0</sup>/<sub>0</sub> aller Landwirtschaften nur als Nebenerwerbsstellen galten<sup>96</sup>, hatte die gewerbliche Tätigkeit, die daneben wohl in erster Linie betrieben wurde, die Folgen der katastrophalen Mißernten in der ersten Hälfte der 1850er Jahre nicht ausgleichen können. Denn der Gewerbesektor gehörte, wie gezeigt wurde, selbst zu den Krisenzonen der württembergischen Wirtschaft. Da das Kleingewerbe in besonders starkem Maße einen Anpassungsprozeß an die beschleunigte Industrialisierung des Landes durchlief und unrentable Stellen ausschied, konnte es den vielen Klein- und Kleinstbauern keinen Ausgleich für ihre Ernteverluste bieten. Umgekehrt entzogen die Mißernten vielen kleinen Gewerbetreibenden die Möglichkeit, das Existenzminimum auf dem eigenen Acker zu erzielen. Der Bauer darbt, und der Handwerker verlor seine Kundschaft. Wer in beiden Bereichen seine Nahrung verdiente, war doppelt betroffen. Die weitgehende Kongruenz der Gebiete mit stärkster Güterzersplitterung, größter Konkursquote und höchster Auswanderungsrate<sup>97</sup> verdeutlicht dieses Ineinandergreifen von Agrar- und Gewerbekrise.

Diese Zusammenhänge verweisen zugleich auf den Übergangskarakter der Periode zwischen der Mitte der 1840er und der 1850er Jahre. Der Agrarsektor hatte noch die „Funktion eines Lohnweisers und Preisregulators in der Volkswirtschaft“<sup>98</sup>. Eine Krise in diesem gesamtwirtschaftlichen Leitsektor mußte deshalb auf andere Wirtschaftsbereiche übergreifen. Diese letzte Krise von „type ancien“<sup>99</sup>, die vom Agrarbereich ausging und auf den gewerblich-industriellen

94	Neckarland	Schwarzwald	Alpland	Oberschw.	Jagstland
unter 5 M.	18,5 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	16,9 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	9 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	4,9 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	6,2 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>
5—10	20,8 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	17,4 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	10,5 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	6,4 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	8,2 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>
10—30	34,8 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	32,9 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	22,4 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	16,4 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	20,5 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>

94 Kull (Anm. 92), S. 27.

96 Errechnet nach WJbb 1860/1, S. 6—11.

97 Vgl. die Karte bei Kull (Anm. 92), S. 26.

98 Abel, Agrarkrisen, S. 268.

99 Vgl. dazu grundsätzlich Labrousse, *La Crise de L'Economie Française*.

Bereich übergriff, war jedoch verklammert mit einem raschen Industrialisierungsprozeß, der selbst krisenhafte Symptome zeigte. Vor allem der Gewerbesektor machte in dieser industriellen Durchbruchphase eine Anpassungskrise durch. Für die Masse der Bevölkerung, die von der durch die Agrarkrise bedingten Preisexplosion und von der Umstrukturierung des Gewerbesektors gleichermaßen existentiell betroffen war, verstärkten sich zunächst beide Krisen — Agrar- und Industrialisierungskrise — gegenseitig. Die Reallöhne sanken ebenso rapide wie die Preise für die Grundnahrungsmittel stiegen<sup>100</sup>, und die Lage der kleinen Gewerbetreibenden war labil. Sie verloren proletarische Arbeitsstellen, doch der forcierte Industrialisierungsprozeß begann bereits, wenn auch noch in unzureichendem Maße, ein neues Stellenangebot zu schaffen, das erst seit der Mitte des nachrevolutionären Jahrzehnts diejenigen Kräfte, die im Kleingewerbe und in der Landwirtschaft freigesetzt wurden, voll absorbieren konnte.

Die beschleunigte Industrialisierung verstärkte also während eines halben Jahrzehnts die Wirkung der Krise im volkswirtschaftlichen Leitsektor auf die breite Bevölkerung, sorgte aber zugleich langfristig dafür, daß der Agrarsektor seine Leitfunktion verlor. Damit war die strukturelle Krisenanfälligkeit der württembergischen Landwirtschaft als gesamtwirtschaftlicher Krisenherd dauerhaft ausgeschaltet. Dieser Prozeß der Industrialisierung war, nach dem Urteil Gustav Schmollers, „tief einschneidender und wichtiger [. . .], als alle Veränderungen, welche unser Land in den letzten Jahrhunderten zusammen erfuhr“<sup>101</sup>. Einen ersten Höhepunkt, der Krise und deren Überwindung gleichermaßen umschloß, erreichte dieser Prozeß in der nachrevolutionären Periode, in der der Obrigkeitsstaat politische Reaktion mit verstärkter Wirtschaftsförderung verband. Diese progressive staatliche Wirtschaftspolitik, die nachhaltig die politische Stellung des Bürgertums beeinflusste<sup>102</sup>, soll abschließend skizziert werden.

Die angedeutete staatliche Wirtschaftsförderung im Vormärz<sup>103</sup> kulminierte 1848 in der Gründung der Zentralstelle für Gewerbe und Handel, die außerhalb der Behördenhierarchie stand und sich zu einem wirksamen unbürokratischen Instrument der Wirtschaftsförderung entwickelte<sup>104</sup>. Es ist gewiß, wie Borst mit Recht betont, ein „törichtes Wort“<sup>105</sup>, die Entstehung der württembergischen Industrie auf das Wirken der Zentralstelle unter ihrem umsichtigen Leiter Ferdinand Steinbeis zurückzuführen<sup>106</sup>. Gleichwohl darf der Einfluß dieses staatlichen Organs auf die württembergische Wirtschafts- und

100 Vgl. Abb. 8, S. 62.

101 WJbb 1862/2, S. 283.

102 Vgl. Kap. C I.

103 Vgl. o. S. 33 ff.

104 Vgl. die in Anm. 20 (S. 29) und 3 (S. 30) genannte Literatur.

105 Staat und Unternehmer, S. 174.

106 Vgl. die von Borst (ebd.) zusammengestellten Beispiele.

Sozialentwicklung nicht gering veranschlagt werden, denn die Zentralstelle förderte Gewerbe und Industrie auf vielfältige Weise<sup>106a</sup>. So organisierte sie etwa die Beteiligung württembergischer Firmen an der Londoner Weltausstellung von 1851, die internationale Erfahrung für einheimische Unternehmer und Gewerbetreibende vermittelte, legte ein umfangreiches Lager von Werkzeugen, Maschinen, technischen Zeichnungen u. ä. an, das allen zur Verfügung stand<sup>107</sup>, gab das Gewerbeblatt heraus, das zu billigem Preis Informationen über die wirtschaftliche Entwicklung im In- und Ausland, über technische Neuerungen, soziale Probleme<sup>108</sup> usw. gab, oder förderte durch Rat und Prämien die Modernisierung von Gewerbe und Industrie<sup>109</sup>. Die Zentralstelle sorgte mit solchen Maßnahmen dafür, daß sich die württembergische Wirtschaft am internationalen Standard schulen und ein Know-how erwerben konnte, das für die beschleunigte Industrialisierung unentbehrlich war<sup>110</sup>. Die Nützlichkeit dieser staatlichen Einrichtung fand bald auch außerhalb Württembergs Anerkennung. 1866/67 erhielt ihr Leiter sogar das Angebot, in die bayerische Regierung einzutreten, um sich der wirtschaftlichen Förderung Bayerns zu widmen<sup>111</sup>. Der Großherzog von Sachsen-Weimar ließ sich über das Wirken der Zentralstelle detailliert berichten, da er eine ähnliche Einrichtung gründen wollte<sup>112</sup>, und das österreichische Ministerium für Handel und Volkswirtschaft entsandte ebenfalls einen Beobachter<sup>113</sup>.

Eine besonders wichtige Aufgabe nahm die Zentralstelle als Vermittlungsorgan zwischen Regierung und den Organisationen der Privatwirtschaft wahr. Denn als 1855 staatlich legitimierte Handelskammern die alten Privatkammern ablösten, wurden die neuen Kammern der Zentralstelle unmittelbar untergeordnet<sup>114</sup>. Die Geschäftsordnung

106a So auch Ott, S. 317 f.

107 Eine Übersicht gibt die Beilage zu Nr. 47 des W. Gewerbeblattes vom 19. November 1856.

108 Vgl. etwa den Bericht „Über den Einfluß der Fabrikarbeit auf die Sittlichkeit“ (Nr. 32/33 v. 16./23. August 1857, S. 305 ff.), der anhand umfangreichen statistischen Materials einen negativen Einfluß verneint.

109 Vgl. die Karten 4—6 bei Vischer, die Übersichten geben über die Prämien zur Verbesserung von Webstühlen, Einführung der Nähmaschine und Strickmaschine.

110 Die Zentralstelle warb für die württembergische Wirtschaft auch direkt im Ausland, vgl. „Die Industrie des Königreichs Württemberg“ (1873). Das Buch enthält viersprachig (neben deutsch, italienisch, ungarisch und russisch) Adressen von einheimischen Firmen, geordnet nach Branchen, die kurz charakterisiert werden. Zur Bedeutung von Innovationen aus dem Ausland für die Industrialisierung ökonomisch weniger entwickelter Staaten s. grundsätzlich Gerschenkron, *Economic Backwardness*, S. 8 ff.

111 Siebertz, Steinbeis, S. 214 ff.

112 Vgl. Mirus (Gewerbeförderung), der auch mündlich dem Großherzog Mitteilung machte (S. IX).

113 Das Ergebnis der Beobachtung liegt vor in dem Buch von Dorn, *Gewerblicher Fortschritt*.

114 § 1 der Verfügung des Innenministeriums v. 25. Juni 1855, W. Gewerbeblatt Nr. 28 v. 11. Juli 1855; vgl. auch C I, 3.

von 1856 bestimmte darüber hinaus: „Ein organischer Verband unter den Handels- und Gewerbekammern des Landes findet nicht statt, indem die Zentralstelle für Gewerbe und Handel der vereinigende Mittelpunkt für diese ist<sup>115</sup>.“ In der Zentralstelle hatte sich die Regierung also nicht nur ein gut funktionierendes Beratungsgremium für wirtschaftliche und soziale Fragen geschaffen, sondern zugleich ein Organ, das die Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaftsbürgertum koordinierte. Daß sich diese Kooperation unter staatlicher Leitung und Obhut vollzog, hat die Haltung des Wirtschaftsbürgertums gegenüber dem Obrigkeitsstaat, der dem Bürgertum politische Rechte weiterhin vorenthielt, nicht unwesentlich mitbestimmt<sup>116</sup>.

Die staatliche Wirtschaftsförderung in der nachrevolutionären Dekade beschränkte sich jedoch nicht auf die Wirksamkeit der Zentralstelle. Die Zoll- und Zollvereinspolitik<sup>117</sup> gehörte ebenso dazu wie der schnelle Aufbau von gewerblichen Fortbildungsschulen, der 1854 einsetzte und bis Ende der 1860er Jahre das Land mit einem dichten Netz von Schulen überzog<sup>118</sup>. Auch die Einführung der vollen Gewerbefreiheit, die von Gutachten der Zentralstelle und der Handelskammern vorbereitet wurde, ist als ein Akt staatlicher Wirtschaftspolitik zu verstehen. Eine nicht minder wichtige Aufgabe fiel dem Staat beim Ausbau der Infrastruktur zu, vor allem des neuen Verkehrsmittels Eisenbahn, das Wirtschafts- und Sozialgefüge veränderte. Eisenbahnen trugen zur Gestaltung von Wirtschafts- und Sozialprofil mehr bei als andere Maschinen, denn, so notierte ein Zeitgenosse, „sie sind die großartigsten Konzentrierungs-Maschinen“<sup>119</sup>. Von 1845 bis 1849 wuchs das württembergische Eisenbahnnetz auf 180 km und bis 1854 auf etwa 300 km<sup>120</sup>. Es waren vor allem Durchgangsstrecken in Nord-Süd- und Ost-West-Richtung gebaut worden, die Württemberg an die Linien der Nachbarstaaten anschlossen und somit eine der Voraussetzungen für die Industrialisierung des Landes schufen. Bis 1858 stagnierte dann der Eisenbahnbau. Erst danach setzte, unter heftiger öffentlicher Diskussion über die Priorität von einzelnen Strecken<sup>121</sup>, der Ausbau von Nebenstrecken ein, der unentbehrlich war für die gewerblich-industrielle Erschließung von Gebieten, die abseits der Durchgangsstrecken lagen. Wie die Abbildung 9 zeigt, hatte vornehmlich der Güterverkehr hohe Zuwachsraten zu verzeichnen. Die Verbilligung der Gütertarife gehörte zu den Hauptforderungen der

115 § 1, W. Gewerbeblatt Nr. 11 v. 12. März 1856.

116 Dazu Kap. C I.

117 Vgl. Kap. C I, 3; vgl. D VI.

118 Vgl. die Karte 9 bei Vischer. Zur Gründung dieser Schulen vgl. W. Gewerbeblatt 1852, S. 245 ff.; zusammenfassend jetzt Ott, S. 197 ff.

119 Schweickhardt, Eisenbahnfragen, 1846.

120 Vgl. die Zusammenstellung bei Supper, Eisenbahnwesen, S. 209 f. Zuletzt zur württembergischen Eisenbahnentwicklung: Heß, Eisenbahnen, u. vor allem Ott, S. 20 ff., 319 ff.

121 Vgl. Kap. C I, 3.

Handelskammern an die Regierung<sup>122</sup>. Die Forderung an den Staat, den Ausbau des Eisenbahnnetzes zu beschleunigen, hatte ebenfalls gewichtige Auswirkungen auf die politische Stellung des Bürgertums. Denn sie verband Wirtschafts- und Bildungsbürgertum und verwies beide auf die Kooperation mit einem Staat, der die obrigkeitlichen und die partikularstaatliche Ordnung verteidigte<sup>123</sup>. Für den einen Teil des

Entwicklung des Eisenbahnverkehrs 1852—1860

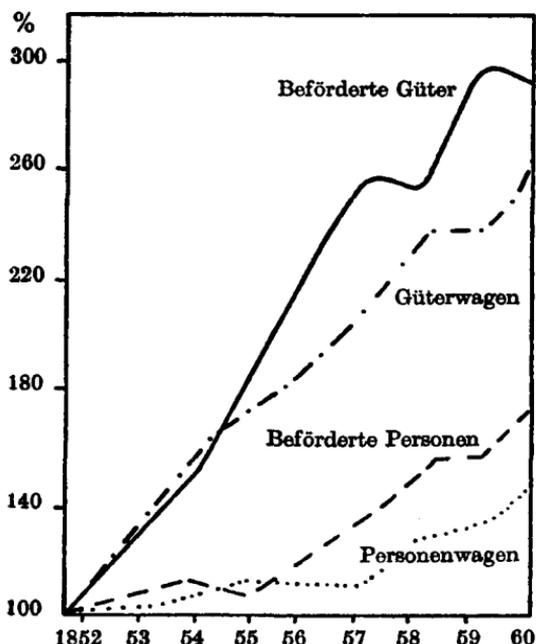


Abb. 9<sup>124</sup>

Bürgertums war der Eisenbahnbau vornehmlich Mittel zur Markterweiterung und für den anderen Vehikel auf dem Weg zur erstrebten nationalen Einheit<sup>125</sup>.

Der hier skizzierte Weg Württembergs in die Modernität vollzog sich als Entwicklung auf den Industriestaat hin — eine Entwicklung, die im Vormärz einsetzte, in der Reaktionszeit enorm beschleunigt wurde und schließlich über den Partikularstaat hinausdrängte, ohne dessen Überwindung erzwungen zu haben<sup>126</sup>. Sie stärkte zudem die

122 Vgl. die Handelskammerberichte der 1850er und 1860er Jahre.

123 Vgl. Kap. C. Bis auf wenige Privatbahnen (1864 ca. 6 km; 1888 ca. 31 km, vgl. Supper, S. 211) war der Eisenbahnbau und -betrieb ganz in der Hand des Staats.

124 Die Abbildung wurde entnommen: Buzengeiger, S. 11.

125 Vgl. etwa Otto Elbens Lebenserinnerungen, die vor allem seinen Kampf um den Nationalstaat und um Eisenbahnlinien zum Inhalt haben.

126 Vgl. dazu vor allem Zorn, Wirtschaftliche Zusammenhänge. S. auch Kap. D VI.

politische und wirtschaftliche Potenz des Bürgertums, war mitbeteiligt an den Spaltungen und Umgruppierungen, die es erfuhr, und ließ eine unterbürgerliche Schicht als politisch relevante Kraft aufsteigen, deren Existenz bereits vor der Revolution das Bürgertum verunsicherte und seine Spaltung beschleunigte<sup>127</sup>.

---

127 Dazu Kap. A II, 2.

## II. Die bürgerlich-liberale Oppositionsbewegung am Vorabend der „bürgerlichen Revolution“

### 1. Parlamentarische Opposition und „Partei“ im Vormärz

Erst der Zusammenbruch der Napoleonischen Herrschaft beendete das absolutistische Regime, mit dem König Friedrich die alt- und neuwürttembergischen Gebiete zu einem einheitlichen Staatswesen zusammengefaßt hatte<sup>1</sup>. Der König erkannte die Gefahr, die seinem Staat drohte — einem Staat von Napoleons Gnaden — und kam ihr im März 1815 mit der Einberufung einer Ständeversammlung zuvor. Aus dem nun folgenden Kampf um das „gute alte Recht“<sup>2</sup> ging als Kompromiß zwischen Ständen und König die württembergische Verfassung von 1819 hervor, die mit mehrfachen zeitgemäßen Modifikationen bis 1918 Bestand hatte<sup>3</sup>.

Die Verfassung und die von ihr ermöglichte konstitutionelle Praxis leisteten einen wesentlichen Beitrag für die Entwicklung eines Zusammengehörigkeitsgefühls, „das die künstlichen Neuschöpfungen der Napoleonischen Ära erst mit lebendiger Staatsgesinnung“<sup>4</sup> erfüllte. Das parlamentarische Leben schien zugleich die Basis zu schaffen, auf der sich Theorie und Praxis einer parlamentarischen Opposition und — damit eng verbunden — eine Parteitheorie und Parteipraxis entwickeln konnten. Daß diese Entwicklung sich im Vormärz nur in rudimentären Ansätzen vollzog, ist auf ein Bündel von Komplexen zurückzuführen, die das deutsche Parteiwesen prägten: die gesellschaftlichen Grundlagen, die obrigkeitstaatliche Verfassung, die bürokratischen Reformen, die Parteitheorie<sup>5</sup> und die „Idee eines notwendigen Dualismus zwischen Regierung und Volksvertretung“<sup>6</sup>.

1 Vgl. u. S. 27.

2 Vgl. List, Der Kampf ums gute alte Recht (1815—1819).

3 Die ausführlichste Darstellung der Verfassungsentwicklung gibt Adam, Ein Jahrhundert württembergischer Verfassung. Vgl. auch Menzinger, Verfassungsrevision und Demokratisierungsprozeß.

4 Grube, Landtag, S. 509 f.

5 Neben diesen Komplexen nennt Nipperdey (Grundprobleme, S. 148) noch die nationale Frage und die konfessionellen Spannungen. Die nationale Frage kann für den Vormärz unbeachtet bleiben. Sie hat erst nach der Revolutionszeit eine enorme Sprengkraft entwickelt, die dann alle anderen parteiprägenden und -sprengenden Elemente überlagerte (vgl. Kap. D). Die konfessionellen Spannungen nahmen zwar seit dem erwähnten Erwerb der neuen katholischen Landesteile (vgl. o. S. 27) zu, aber weder im Vormärz noch in der Revolutionszeit sprengten sie die liberale Opposition; vgl. Bauer, Politischer Katholizismus, S. 123 ff.; Glück, Württ. Liberalismus 1833—1848, S. 98 ff.; Th. Heuß, 1848 in Württemberg, S. 74 f. Die Arbeit von Hermann Wetzel (Der politische Curialismus in Württemberg 1815—1833, phil. Diss. Tübingen 1920 (ms), aus der Bauer zitiert, ist nicht mehr nachweisbar.

6 Gall, Liberalismus als regierende Partei, S. 39.

Die gesellschaftliche Grundlage für eine aktive, selbstbewußte liberale Opposition konnte nur das Bürgertum bilden. Ein Bürgertum mit einheitlichen, klar formulierten Interessen und politischen Vorstellungen existierte aber, im Gegensatz zu Frankreich, in Deutschland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch nicht<sup>7</sup>. Das deutsche Bürgertum war im Vormärz nur „Teil eines sozial-ständisch gegliederten Untertanenverbandes, nicht Avantgarde im Kampfe für eine mobile Leistungsgesellschaft und politische Selbstregulierung“<sup>8</sup>.

Die obrigkeitstaatliche Verfassung beschränkte zudem über das Wahlrecht, das die Unter-<sup>9</sup> und auch Teile der Mittelschicht vom Status des vollberechtigten Staatsbürgers ausschloß oder diesen minderte, die soziale Basis, auf die sich die Kammeropposition stützen konnte. Das Verhältnis von Wahlmännern zu Bürgern betrug eins zu sieben (§ 138 der württembergischen Verfassung). Zwei Drittel der so ermittelten Gesamtzahl der Wahlmänner stellten die Höchstbesteuerten ohne Wahl (§ 139). Das restliche Drittel wählten die übrigen Steuerzahler mit den Höchstbesteuerten gemeinsam (§ 140). Das Zensuswahlrecht schuf zwar die Voraussetzung für eine sozial weitgehend homogene liberale Opposition, schwächte aber zugleich deren Rückhalt in der breiten Bevölkerung, die dem „parlamentarischen Wesen fast teilnahmslos“<sup>10</sup> gegenüberstand. Diese Auswirkungen des Wahlrechts werden aus der folgenden Statistik zur Sozialschichtung der gewählten Abgeordneten in der zweiten Kammer deutlich<sup>11</sup>.

Auf allen Landtagen im Vormärz stellten die Staats- und Gemeindebeamten mehr als die Hälfte der gewählten Abgeordneten. Das erklärt die Gefügigkeit der 2. Kammer gegenüber den Wünschen der Regierung, wengleich die vormärzlichen Beamten nicht ohne weiteres durchweg als willfähige Werkzeuge der Regierung angesehen werden dürfen. Auch führende Köpfe der liberalen Opposition, wie

---

7 Vgl. ebd., S. 19, und allgemein Beutin, Bürgertum als Gesellschaftsstand.

8 Brandt, Landständische Repräsentation, S. 36.

9 Alle die unter väterlicher Gewalt oder „Privat-Dienst-Herrschaft“ standen, also sämtliche Unselbständigen, waren von der Wahl ausgeschlossen (§ 135, 4 der Verfassung, abgedruckt bei Huber, Dokumente zur Verfassungsgeschichte, Bd. I S. 170—206. Alle im Text genannten Paragraphen beziehen sich auf diesen Abdruck).

10 Grube, Landtag, S. 512. Die Arbeit von Paul Schraepfer (Die öffentliche Meinung in Württemberg 1830—1848, phil. Diss. Leipzig ms), konnte ich nicht einsehen. Sie ist nur noch in einem Exemplar in der UB Leipzig vorhanden.

11 70 Abgeordnete wurden in den 63 Oberamtsbezirken und den 7 „guten Städten“ in die 2. Kammer gewählt. Hinzu kamen 23 Privilegierte, die in der Statistik unberücksichtigt bleiben. Die folgenden Zahlen sind errechnet nach den Angaben von Hartmann, Regierung und Stände, 1894. Wenn Abgeordnete vorzeitig ausschieden, so ist der Beruf des ausgeschiedenen und des neugewählten Abgeordneten erfaßt. Bei der Angabe von zwei Berufen für einen Abgeordneten sind beide berücksichtigt. Die Rubrik „Staatsbeamte“ umfaßt alle Beamte außer den in der Statistik separat aufgeführten Beamtengruppen.

Albert Schott, Friedrich Römer und Paul Pfizer<sup>12</sup>, waren Staatsbeamte. Das gilt ebenso für namhafte Demokraten in der Revolutionszeit, wie Julius Hölder, Adolf Schoder oder Rudolf Probst<sup>13</sup>. Doch der Anteil der Beamten, die gegen die Regierung opponierten, ihre Karriere und auch ihre wirtschaftliche Existenz aufs Spiel setzten, war sehr gering. In der Reaktionszeit erwies sich, daß nur die dünne Spit-

Berufe	Wahlperioden (Angaben in Prozent)						
	1. 1820-24	2. 26-30	3. 1833	4. 33-38	5. 39-43	6. 45-48	7. 48-49
Staatsbeamte	42,5	56	32,4	38,8	55,3	48,2	28,1
Gemeindebeamte	25,3	21,2	24,3	27,8	29,4	20,6	17
Kaufleute, Fabrikanten,							
Bankiers	12,6	9,2	5,4	4,7	4,7	8,4	12,7
Rechtsanwälte, Notare	5,7	6,6	9,4	7,1	2,3	8,4	17
Sonstige nichtbeamtete							
Akademiker	—	1,4	6	5,9	2,3	1,2	5,6
Pfarrer	—	—	2,6	—	—	2,4	4,2
Oberlehrer, Prof.	1,2	—	9,4	7,1	3,6	6	8,4
Gutsbesitzer, -pächter	3,5	—	1,3	2,3	1,2	1,2	2,8
Bürgertum	90,8	94,4	90,8	93,7	98,8	96,4	95,8
Bauern	2,3	1,4	1,3	1	—	1,2	—
Wirte, Posthalter	4,5	1,4	4	2,3	—	1,2	2,8
Handwerker	—	1,4	2,6	1	—	—	1,4
Elementarlehrer	1,2	—	—	—	—	—	—
Kleinbürgertum	8	4,2	7,9	4,3	—	2,4	4,2
Offiziere a. D.	1,2	1,4	1,3	1	1,2	—	—
ohne Berufsangabe	—	—	—	1	—	1,2	—
	100	100	100	100	100	100	100

zengarnitur der Liberalen und Demokraten bereit war, ihren Dienst zu quittieren, um politisch wirken zu können<sup>14</sup>. Im Vormärz sahen sich nur wenige Beamte vor die Notwendigkeit gestellt, aus dem Staats-

12 Vgl. zu Albert Schott: E. Schneider. Handschriftliche Lebenserinnerungen Schotts sind im BA Frankfurt vorhanden. Zu Friedrich Römer vgl. vor allem die politische Biographie von Jutta Köhler. Zu Paul Achatius Pfizer, dem berühmten Autor des „Briefwechsels zweier Deutscher“, vgl. zuletzt Looch.

13 Zu Hölder vgl. die biographischen Skizzen von Wilhelm Lang und Schneider, ADB 50, S. 446—448; die NDB berücksichtigt Hölder nicht. Kurzporträts geben Rapp, Nationale Frage, S. 10; Kleine, Mittnacht, S. 23. Blum (Hölder, in: ders., Vorkämpfer der deutschen Einheit) hat nahezu wörtlich Hölders autobiographische Skizze (Beiträge zur Entstehungsgeschichte der Deutschen Partei) abgeschrieben. Zu Schoder steht eine biographische Darstellung noch aus. Sie ist von Bernhard Mann (HZ 1972, S. 279 Anm. 25) angekündigt. Bis dahin s. Hölder, Leben Schoders, 1852; Schmidt-Buhl, Volksmänner, S. 40—46; zu Rudolf Probst s. Hagen (in: Gestalten) und ders., Staat und katholische Kirche, passim.

14 Vor allem Schoder, Adolf Seeger, Pfeifer, Hölder, Reyscher und Osterlen, vgl. Traub, S. 70 f. Zu Reyscher s. die Diss. von Hans-Otto Mayer, zu Adolf Seeger s. E. Schneider. Zu Karl Pfeifer (\* 1816, Regierungsrat, ab 1851 Rechtsanwalt) und Ludwig August Osterlen (1819—1893, Rechtsanwalt) existieren keine speziellen Arbeiten.

dienst auszutreten<sup>15</sup> — und nur einem kleinen Teil wäre es möglich gewesen, sich eine berufliche Existenz außerhalb des Staatsdienstes aufzubauen. Denn der Arbeitsmarkt war für Juristen, aus denen sich die höhere Beamtenschaft überwiegend rekrutierte, nur in beschränktem Maße aufnahmefähig. Erst als sich im Zuge der stärkeren Industrialisierung und des Wirtschaftsaufschwungs in der nachrevolutionären Zeit der tertiäre Sektor ausdehnte, konnte eine größere Zahl von Juristen den Staatsdienst ohne wirtschaftliche Existenznot quittieren und sich selbständig machen oder bei Versicherungsgesellschaften, Banken o. ä. angestellt werden<sup>16</sup>.

Die große Mehrzahl der vormärzlichen Beamten-Abgeordneten bildete eine regierungstreue Phalanx, die von Abgeordneten, die nicht im Staatsdienst standen, nicht zu durchbrechen war, denn letztere stellten nur die Minderheit der gewählten Abgeordneten. Nicht einmal 1848/49 hatten die Abgeordneten, die nicht im Staats- oder Gemeindedienst beschäftigt waren (42,3<sup>0</sup>/o), die Mehrheit.

Der dominierende Einfluß des Bildungsbürgertums in der Politik geht aus der Tabelle deutlich hervor, denn die Staatsbeamten rekrutierten sich zu einem hohen Prozentsatz aus Akademikern. Die bildungsbürgerliche Dominanz blieb auch in der Revolutions- und Reaktionszeit erhalten, aber der Anteil der Beamten ging zurück<sup>17</sup>.

Das Kleinbürgertum war kraß unterrepräsentiert. Es wurde erst durch das ausgeprägte Vereinswesen der Revolutionszeit an die Politik herangeführt<sup>18</sup>, beschränkte sich aber auch dann noch weitgehend auf das politische Engagement außerhalb des Parlaments. Die kleinbürgerlichen Sozialschichten waren im Landtag von 1848/49, der aus direkten, gleichen und fast<sup>19</sup> allgemeinen Wahlen hervorging, sogar schwächer repräsentiert (4,2<sup>0</sup>/o) als in der ersten Wahlperiode von 1820—24 (8<sup>0</sup>/o) und auf dem Landtag von 1833 (7,9<sup>0</sup>/o). Der Grund für diesen Rückgang dürfte in dem regen politischen Vereinsleben der Revolutionszeit zu sehen sein, das dem „kleinen Mann“ näherstand als eine parlamentarische Tätigkeit als Abgeordneter.

Auffallend ist der geringe Anteil des Wirtschaftsbürgertums, der zudem noch ständig zurückging und erst ab 1845 langsam anstieg. Selbst in dem 1848 gewählten Landtag stellte es prozentual nur geringfügig mehr Abgeordnete als in der ersten Wahlperiode von 1820—24 (0,1<sup>0</sup>/o). Diese weitgehende parlamentarische Abstinenz des

15 So etwa der spätere Märzminister Friedrich Römer, der 1833 den Dienst quittierte, als ihm der Urlaub für seine Abgeordnetentätigkeit verweigert wurde, vgl. Köhler, Römer, S. 2 f.

16 S. dazu u. Kap. C I, 3.

17 Vgl. Kap. C I, 2 für die Abgeordnetenkammer in den Reaktionsjahren.

18 Zum demokratischen Vereinswesen ausführlich Boldt, Volksvereine. Zur Sozialschichtung der demokratischen und liberalen Vereine s. Kap. B III.

19 Es wurde nur die Zahlung einer direkten Steuer, deren Höhe gleichgültig war, vorausgesetzt. Die Privilegierten verloren ihren Sitz in der 2. Kammer; vgl. Adam, S. 92.

Wirtschaftsbürgertums kann als Indikator für den schon angedeuteten Entwicklungsstand des gesamten Bürgertums betrachtet werden. Die wirtschaftlich-soziale Entwicklung hatte noch kein selbstbewußtes, wirtschaftlich und sozial erstarktes Bürgertum entstehen lassen, das in die Politik drängte, um seine politischen und ökonomischen Interessen durchzusetzen<sup>20</sup>. Das Bürgertum war zudem gespalten in einen bildungsbürgerlichen Flügel, der sich politisch stärker engagierte und vornehmlich im Staatsdienst stand, sowie einen wirtschaftsbürgerlichen Teil, der beruflich unabhängig von der Regierung lebte, aber politisch weitgehend inaktiv blieb. Die politische Inaktivität des Wirtschaftsbürgertums deutet zugleich auf einen weiteren Komplex, der das deutsche Parteiwesen prägte: die bürokratischen Reformen seitens der Regierung.

Während der ersten beiden Landtagswahlperioden bis 1830 hatte die Regierung eine Reihe von Maßnahmen durchgesetzt, die das Land wirtschaftlich und sozial förderten<sup>21</sup>. Vor allem setzte sie gegen die Stimmen der liberalen Kammeropposition die Zolleinigung durch, die die wirtschaftliche Entwicklung Württembergs belebte<sup>22</sup>. Die Häupter der Opposition — Uhland<sup>23</sup>, Pfizer, Römer — lehnten den Zollvereinsvertrag ab, den die zweite Kammer aber mit 62 zu 28 Stimmen billigte<sup>24</sup>. Dieses Abstimmungsverhalten bei einer der wichtigsten wirtschaftspolitischen Entscheidungen, die im Vormärz zu fällen waren, verweist auf die mangelnde Verbindung von liberaler Kammeropposition und Wirtschaftsbürgertum.

Die Bereitschaft der Unternehmer, sich in der Politik zu engagieren, darf nicht überschätzt werden. Selbst Schwerpunkte der Industrie, des Gewerbes oder des Handels entsandten nur selten Kaufleute oder Fabrikanten als Abgeordnete in den Landtag. So waren etwa Schwäbisch Hall, Schwäbisch Gmünd, Ravensburg oder Urach während keiner der sechs vormärzlichen Wahlperioden durch Unternehmer vertreten; Heidenheim, Göppingen oder Stuttgart nur in jeweils einer Periode. Nur zwei Städte und zwei Oberämter delegierten mehrfach Unternehmer: Reutlingen für zwei Wahlperioden, Heilbronn und das Oberamt Eßlingen für vier, das Oberamt Calw für alle sechs. Nur einzelne Unternehmerpersönlichkeiten, nicht aber die Unternehmerschaft an sich, waren zum politischen Engagement bereit, denn in

<sup>20</sup> Vgl. Gall (Parlamentarische Opposition, S. 164), der die Bereitschaft badischer Liberaler zur stärkeren partiellen Zusammenarbeit mit der Regierung vor allem mit dem wirtschaftlich-sozialen Aufstieg des Bürgertums in den 1830er und 1840er Jahren begründet. Vgl. auch Beutin, Bürgertum, S. 287 ff. In Württemberg trat diese Bereitschaft zur Kooperation erst seit der Mitte der 1840er Jahre stärker hervor, vgl. u. S. 81.

<sup>21</sup> Vgl. Kap. A I, 2.

<sup>22</sup> Vgl. o. S. 33.

<sup>23</sup> Zu Uhland vgl. Reinöhl, Uhland als Politiker.

<sup>24</sup> Vgl. Kramer, Fraktionsbindungen, S. 31 f.; Köhler, Römer, S. 61; Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 2 S. 440. Von den liberalen Führern stimmte nur Schott dem Zollvertrag zu.

allen Fällen sorgten einzelne für die parlamentarische Kontinuität. So repräsentierte der Fabrikant Georg Dörtenbach Calw seit 1826 und der Fabrikant Carl Deffner Eßlingen seit 1833 auf allen vormärzlichen Landtagen. Unternehmer wie Dörtenbach oder gar Unternehmerfamilien wie die Deffners, die sich über einen längeren Zeitraum als Abgeordnete wählen ließen<sup>25</sup>, waren aber äußerst selten. Nur sieben Unternehmer vertraten ihre Wähler mehr als einmal auf den Landtagen des Vormärz und nur zwei von ihnen mehr als viermal. Vor allem zwischen der ersten Wahlperiode von 1820—24, in der das Wirtschaftsbürgertum einen besonders hohen Anteil der Abgeordneten stellte (12,6%), und dem folgenden Landtag lag ein personeller Bruch. Nach 1824 waren die württembergischen Unternehmer, die mehr als nur einmal ein Landtagsmandat übernahmen, auf den genannten festen Kern von sieben Personen beschränkt.

Die große Mehrzahl der Unternehmer überließ der Regierung die Wirtschaftspolitik und beschränkte die eigene Aktivität auf den heimischen Betrieb. Allenfalls engagierte sie sich noch in der Gemeindepolitik.

Auffallend ist, daß die französische Julirevolution das Wirtschaftsbürgertum im Gegensatz zu den anderen Bevölkerungsgruppen politisch nicht mobilisierte. Sein Anteil an den Abgeordneten sank im Gegenteil von 9,2 auf 5,4%. Diese politische Abstinenz erklärt sich wohl vor allem aus der Zufriedenheit mit der staatlichen Wirtschaftspolitik<sup>26</sup> und der Unzufriedenheit über das Verhalten der Kammeropposition. Denn politische Aktivität konnte dem Wirtschaftsbürgertum nicht nur auf Grund der staatlichen Wirtschaftsförderung als weitgehend entbehrlich, sondern angesichts der Politik der liberalen Kammeropposition als geradezu hinderlich für den wirtschaftlichen Fortschritt erscheinen. Unter diesem Aspekt ist die Geschichte der württembergischen Opposition im Vormärz zwar noch allzu dürftig erforscht, doch es ist deutlich, daß sich die liberale Opposition vor allem auf den im engeren Sinne politischen Bereich konzentrierte. Sie überließ der Regierung die Wirtschaftspolitik in einem solchen Maße, daß die Förderung der unmittelbar materiellen Interessen der Bevölkerung in erster Linie als Regierungsaufgabe erscheinen mußte.

Bis zur Revolution tolerierte die liberale Opposition die staatliche Wirtschaftspolitik nur oder hemmte sie in Teilbereichen gar. So stimmte sie, wie erwähnt, nicht nur mehrheitlich gegen den Zollvertragsvertrag, sondern lehnte 1836 sogar die von der Regierung vorgelegten Ablösungsgesetze ab. Die Liberalen waren so sehr darauf fixiert, den Staatshaushalt möglichst stark zu reduzieren, daß sie die

25 Alle Angaben nach Hartmann (Anm. 11). Einen guten Einblick in die Lebenswelt einer politisch aktiven Unternehmerfamilie gibt der Deffnersche Familiennachlaß. Borst stützt sich allein auf dieses untypische Beispiel, das er für typisch hält (Staat und Unternehmer, S. 160; vgl. u. S. 32).

26 Vgl. dazu Kap. A I, 2.

Ablösungssumme, die der Staat übernehmen sollte, als zu hoch verwarfen<sup>27</sup>. Eine solche Politik mußte die Opposition von einem großen Teil der Bevölkerung entfremden, das Ansehen der Regierung aber stärken.

In der Retrospektive erkannten zumindest einzelne Liberale, daß das starke Desinteresse der vormärzlichen Opposition an wirtschaftlichen Fragen für die „Teilnahmslosigkeit von unten“<sup>28</sup> wesentlich mitverantwortlich war. Der Kampf der liberalen Opposition um politische Reformen erzeugte eine Frontstellung gegen die Regierung, die selbst dann aufrechterhalten wurde, wenn die Regierung wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen anregte, die auch im Sinne der Liberalen als progressiv gelten konnten. Die Kammeropposition bekämpfte den Wirtschaftsliberalismus der Regierung, da diese politisch illiberal blieb. Politischer und wirtschaftlicher Liberalismus waren inkongruent<sup>29</sup>. Das schwächte den Rückhalt der Opposition in der Bevölkerung entscheidend und versöhnte diese umgekehrt mit der Regierung, die politische Reformen verweigerte<sup>30</sup>.

Die Auswirkungen der französischen Julirevolution von 1830 beendeten den „konstitutionellen Schummer“<sup>31</sup>, der das politische Leben Württembergs seit dem Ende der Verfassungskämpfe im Jahre 1819 gelähmt hatte. Die Gründungswelle politischer Zeitungen<sup>32</sup> belegt die politische Aktivierung der Öffentlichkeit ebenso wie der Wandel in der Sozialschichtung des Landtags, der im Dezember 1831 gewählt, aber erst Januar 1833 einberufen wurde<sup>33</sup>. Der Anteil der Staatsbeamten sank im Vergleich zur vorherigen Wahlperiode von 56 auf 32,4%, während der Anteil der Akademiker, die nicht im Staatsdienst standen, von 8 auf 15,4% anstieg. Die Oberlehrer und Professoren, die in der ersten Wahlperiode mit 1,2% und in der zweiten gar nicht repräsentiert waren, stellten 1833 9,4% der gewählten Abgeordneten. Das

27 Vgl. Köhler, Römer, S. 51; Knapp, Rechts- und Wirtschaftsgeschichte des Bauernstandes, Bd. 1 S. 173, Bd. 2 S. 172; Mohrdieck, Bauernunruhen, S. 36 f. Die Staatskasse leistete bei den Ablösungen auf Grund der Gesetze von 1836 ca. 2,6 Mill. Gulden, vgl. Königreich Württemberg 1863, S. 440 Anm. 2.

28 Widenmann, Neue politische Bewegung, 1852, S. 19. Widenmann war 1848 in der liberalen Vereinsbewegung aktiv und später Nationalliberaler. Er war Redakteur der „Süddeutschen Politischen Zeitung“ (vgl. u. S. 147) und dann der „Ulmer Zeitung“ (Beob. Nr. 18 v. 22. Januar 1853). Er starb am 28. Januar 1876 in Ulm, wo er als praktischer Arzt tätig war. Widenmann war ein enger Freund J. C. Bluntschlis, mit dem er sich um eine Verbreitung der Schriften Friedrich Rohmers bemühte (vgl. Bluntschli, Denkwürdigkeiten, Bd. 3, S. 180, 236, 306 u. ö.).

29 Dazu grundlegend Conze, Spannungsfeld, S. 242 f.

30 Vgl. etwa Scherr, 1844, S. 16 ff. Zu Scherr vgl. Anm. 47, S. 79.

31 So Friedr. Römer in seinem Rückblick, in: Chronik Nr. 176 II v. 27. Juni 1848.

32 Nach den Angaben bei Schott (Zeitungen, 1877) wurden von 1830—33 15 Zeitungen gegründet, von denen allein sechs in Stuttgart erschienen. Von diesen sechs konnte sich nur eine dauerhaft behaupten: der „Hochwächter“, dessen Nachfolger, der „Beobachter“, zum wichtigsten württembergischen Oppositionsorgan aufstieg. Vgl. auch Haering, Julirevolution, S. 448; R. v. Mohl, Württ. Staatsrecht, Bd. 1, S. 51.

33 Vgl. Kramer, S. 32.

Bildungsbürgertum war also stark mobilisiert worden. In geringerem Maße fand sich auch das Kleinbürgertum bereit, für den Landtag zu kandidieren. Es entsandte 7,9% aller gewählten Abgeordneten, während es in der vorherigen Wahlperiode nur mit 4,2% vertreten war. Nur das Wirtschaftsbürgertum blieb, wie erwähnt, von der Aktivierung des politischen Lebens gänzlich unberührt.

Die liberale Kammeropposition ging aus den Wahlen vom Dezember 1831 verstärkt hervor. 39 oppositionelle Abgeordnete standen 32 Regierungsanhängern gegenüber<sup>34</sup>. Doch die Liberalen vermochten auf Grund ihrer doktrinären Opposition<sup>34a</sup> nicht die noch unentschiedenen Abgeordneten zu gewinnen. Sie waren zudem der Möglichkeit beraubt, ihren Wahlerfolg politisch zu nutzen, da der König den neuen Landtag erst Mitte Januar 1833 einberief. Ihnen fehlte der Ort, an dem sie ihre politischen Erwartungen in persönlich und institutionell verantwortete Ansprüche an König und Regierung transformieren konnten. Im April 1832 trafen sich zwar die oppositionellen Abgeordneten in Bad Boll und richteten eine Petition um vorzeitige Einberufung der Stände an den König, der aber nicht darauf einging<sup>35</sup>. Der Versuch der Opposition, durch außerparlamentarische Kontakte untereinander die politische Bewegung aufzufangen, war somit gescheitert. Das königliche Einberufungsrecht hatte man nicht angetastet.

In der Kammer von 1833 realisierten die Liberalen immerhin bereits Ansätze zu einer stärkeren Fraktionsbindung, die sich zwar noch nicht als dauerhaft erwiesen, aber doch die Wirkung der Opposition erheblich verstärkten. Minister von Schlayer konstatierte in seinem klugen und informativen Bericht, den er am 25. Februar 1834 dem König über die Ständeversammlung des Vorjahres erstattete, in der Kammer von 1833 habe es „erstmal eine formierte Oppositions-Partei“ gegeben, „welche bei allen politischen Fragen eng zusammenhängend und nach vorher beratenem Plane wirkte und gewiß nicht selten mit Hintansetzung der individuellen Überzeugung in geschlossenen Reihen votierte“<sup>36</sup>. Er datierte die Entstehung einer Oppositionspartei, die sich nicht in Fraktionsbildung erschöpfte, sondern organisatorisch über Wahlklubs in die wahlberechtigte Bevölkerung hineinreichte<sup>37</sup>, auf die Wahlen des Jahres 1831. Selbst als Anfang 1832 eine königliche Verordnung „die Bildung von Vereinen zur Beratung landständischer Angelegenheiten und zur Belehrung von oder Rücksprache

---

34 Vgl. ebd. S. 31; Grube, Landtag, S. 516; Adam, S. 43.

34a Vgl. dazu neuerdings Brandt, Parlamentarismus, insbes. These 1 (vgl. Anm. 56).

35 Vgl. Kramer, S. 30 f.; Grube, Landtag, S. 515; Adam, S. 38; Menzinger, S. 29.

36 Abgedruckt bei Glück, Württ. Liberalismus 1833—48, S. 47—53. Vgl. auch das analoge Urteil von R. v. Mohl, Württ. Staatsrecht, Bd. 1, S. 51.

37 Vgl. Adam, S. 36; den zitierten Bericht Schlayers, bei Glück, S. 48 f.; Haering, S. 449; „Der württembergische Landtag des Jahres 1848“, gezeichnet „R“; in: Jbb d. Gegenwart, Nr. 7 Jan. 1848, S. 28. Das gilt auch für die Gemeindewahlen.

mit Abgeordneten<sup>38</sup> verbot und die Regierung die Neuwahlen 1833 massiv beeinflusste<sup>39</sup>, konnte die Organisierung oppositioneller Wähler nicht völlig unterbunden werden, da nun Bürgergesellschaften die verbotenen Wahlvereine zumindest teilweise ersetzten<sup>40</sup>. Auch das nach außen hin unpolitische Vereinswesen, wie etwa die Liederkränze, erfuhr zunehmend eine „Kryptopolitisierung“<sup>41</sup>.

Die Liberalen verloren in den Neuwahlen von 1833 sieben Mandate, und die Zahl ihrer Abgeordneten bröckelte im Laufe der Kammerverhandlungen noch weiter ab<sup>42</sup>. Da die liberale Opposition ihre „Ohnmacht in fast allen Grundsatzfragen“<sup>43</sup> erkennen mußte, verzichteten ihre führenden Köpfe 1838 resigniert auf eine Wiederwahl<sup>44</sup>.

Bereits 1835 war „kaum eine Spur der Julirevolution in Württemberg mehr zu finden“<sup>45</sup>. Der Regierung fiel es deshalb nicht schwer, mit Hilfe von Wahlbeeinflussung vorwiegend regierungstreue Staats- und Gemeindebeamte in den Landtag von 1839—43 zu bringen<sup>46</sup>. Der Anteil beider Gruppen schnellte im Vergleich zu der vorherigen Wahlperiode von 66,6 auf 84,7% empor, während der Prozentsatz der nicht im Staatsdienst beschäftigten Akademiker von 13 auf 4,6 sank. Das Kleinbürgertum, das zuvor noch mit 4,3% der gewählten Abgeordneten vertreten war, schied nun ganz aus.

Nach dem Urteil des Demokraten Johannes Scherr waren die Kammerverhandlungen „zum leeren Fratzenspiel herabgesunken, für welche außer den ‚Dukatenschnappern‘ selbst keine Seele mehr sich interessierte“<sup>47</sup>. Die Öffentlichkeit stimmte mit diesem Urteil weitgehend überein. Obwohl der Beamtenlandtag aufsehenerregender politi-

---

38 Text eines Rundschreibens auf königlichen Befehl vom 16. Januar 1832, zit. n. Adam, S. 38. Eine entsprechende königliche Verordnung erfolgte am 21. Februar 1832.

39 Vgl. Glück, S. 53 ff.; Grube, Landtag, S. 417; Haering, S. 452 f.

40 Vgl. Adam, S. 54.

41 Vgl. dazu allgemein Nipperdey, Verein als soziale Struktur, Zitat: S. 29. Für die politischen Ziele der Liederkränze vgl. Elben, Männergesang, 1887, S. 151 ff., 157 ff.

42 Vgl. Kramer, S. 32.

43 Grube, Landtag, S. 520. Sie erlitten im Landtag von 1833—38 Abstimmungsniederlagen in folgenden wichtigen Fragen: Zollverein, Ablösungen, Haushaltsverabschiedungen, Strafgesetzbuch.

44 Vor allem Uhland, Pfizer, Schott und Römer. Vgl. Kramer, S. 33; Adam, S. 70; Wentzke/Klötzer, Liberalismus im Vormärz, S. 200 f. Kurze Zusammenfassung der erfolglosen Oppositionsarbeit seit der Julirevolution auch bei Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 2 S. 36—39. Vgl. auch die zeitgenössische Kritik von Scherr, 1844, und „Württemberg im Jahre 1845“, insbes. S. 25, 28.

45 Haering, S. 453.

46 Vgl. Grube, Landtag, S. 521.

47 Kultur- und Literaturhistoriker, Lehrer in Stuttgart, 1849 in die Schweiz geflohen, 1860 Prof. am Polytechnikum Zürich. Seit seiner Emigration zog er sich aus der Politik zurück (s. die Briefe in seinem Nachlaß). Vgl. Mähly, ADB XXXI; Buck, Politische Journalisten, S. 166—168. Zitat aus seiner Schrift „Württ. 1844“, S. 15. „Dukatenschnapper“ nannte der Volksmund die Abgeordneten, weil sie Tagegelde erhielten.

scher Debatten entbehrte, fällte er doch 1843 eine wichtige Entscheidung für die künftige wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes, als er die Gesetzesvorlage über den Bau von Staatseisenbahnen annahm<sup>48</sup>.

Erst als 1844 die Spitzengarnitur der Liberalen wieder für den Landtag kandidierte und gewählt wurde, bekam die Opposition neue Kraft. Vor allem Friedrich Römers Kammerreden fanden größeren Anklang in der Bevölkerung. Das Erwachen des Landes aus der politischen Ermattung spiegelt sich erneut deutlich in der Sozialschichtung der Abgeordnetenversammlung. Der Anteil der Beamten fiel von 84,7 auf 68,6%. Nur 1833 waren die Beamten noch geringer vertreten.

Die politische Bewegung hatte alle Bevölkerungsschichten erfaßt. Das Bildungsbürgertum war ebenso wie das Kleinbürgertum stärker als zuvor repräsentiert, und erstmals zeigte sich auch das Wirtschaftsbürgertum wieder zu stärkerem politischen Engagement bereit. Es vergrößerte seine Mandatsquote von 4,7 auf 8,4%, womit es den höchsten Stand seit der zweiten Wahlperiode (1826—30) erreichte.

Der wirtschaftliche und soziale Aufstieg des Bürgertums in den 1830er und 1840er Jahren<sup>49</sup> hatte es in seiner ganzen sozialen Breite selbstbewußter gegenüber dem Obrigkeitsstaat werden lassen. Der Bürger scheute das politische Engagement nicht mehr und entzog sich, wie die Sozialschichtung der Abgeordnetenversammlung belegt, dem Beamtenregiment, das zuvor, z. T. gegen den Widerstand des liberalen Bürgertums, die Voraussetzungen für dessen Aufstieg gelegt hatte<sup>50</sup>. Der Staat hatte mit seiner progressiven Wirtschaftspolitik das Bürgertum gefördert, das sich nun von staatlicher Bevormundung politisch zu lösen versuchte. Der Aufstieg des Bürgertums ermöglichte seinen parlamentarischen Repräsentanten zugleich aber auch eine stärkere Kooperation mit der Regierung<sup>51</sup>. Erst die Liberalen des „verbürgerlichten“ Landtags von 1845—48 waren zur partiellen konstruktiven Zusammenarbeit mit der Regierung bereit. Das war Voraussetzung einer — im modernen Sinne — parlamentarischen Opposition und übte in jene Frühform des parlamentarischen Regierungssystems ein, das die Revolution auch in Württemberg erzwang.

Charakteristisch für die Bereitschaft der Opposition, stärker als zuvor in Teilbereichen mit der Regierung konstruktiv zusammenzuarbeiten, war das Verhalten Friedrich Römers. Er sah erst 1845 im Zollverein einen positiven Beitrag zur Frage der deutschen Einheit, während er 1833 und noch 1836 aus Furcht vor einer preußischen Hege-

48 Vgl. zum württembergischen Eisenbahnwesen die in Anm. 120 S. 68 genannte Literatur.

49 Vgl. Kap. A I, 2, S. 36 insbesondere.

50 Vgl. zu der ähnlichen, aber noch weit stärker ausgeprägten Entwicklung in Preußen Koselleck, Preußen zwischen Reform und Revolution.

51 Vgl. zu diesem Zusammenhang Gall, Parlamentarische Opposition, S. 164.

monie gegen ihn agiert hatte<sup>52</sup>. Der 1845 einsetzende Eisenbahnbau stärkte ebenfalls die Kooperationsbereitschaft der Kammeropposition wesentlich. Römer zeigte sich sogar bereit, der Regierung Vollmachten zur zweckmäßigen Verwendung der bewilligten Gelder zu geben<sup>53</sup>. Diese sehr weitgehende parlamentarische Mitarbeit verband er und die Opposition überhaupt durchaus mit regelmäßiger Budgetverweigerung als prinzipielles „Mißtrauensvotum gegen das jeweilige Ministerium“<sup>54</sup>. Die Bereitschaft zur partiellen Kooperation mit der Regierung ging aber selbst manchem Abgeordneten, der der Regierung kritisch gegenüberstand, nicht weit genug. Theodor Mögling etwa, der sich 1848/49 Hecker und Struve anschloß, trat noch im Januar 1848 als Tuttlinger Abgeordneter jener Fraktion bei, die zwischen Regierung und Opposition zu vermitteln suchte. Diese Fraktion wollte „in allen materiellen Fragen der Regierung opponieren, und, wo es sich um Bekämpfung der Bureaukratie handelte, überall entschieden gegen letztere auftreten, dagegen mehr das System als die Persönlichkeit angreifen [...]“. Die materiellen Fragen sollten das Hauptfeld dieser Partei sein, weil unter den damaligen politischen Zuständen ein bedeutender Erfolg allein auf diesem Felde zu erwarten war<sup>55</sup>.

Mit der Regierungsübernahme durch Männer aus dem vormärzlichen Liberalismus zerfiel dieser in eine gemäßigt-konstitutionelle und eine demokratische Richtung. Die fehlende Ausbildung einer Theorie der parlamentarischen Opposition<sup>56</sup> belastete den Wechsel von der Opposition aus Prinzip, die in der Praxis der 1840er Jahre schon aufzuweichen begann, zur Regierungspartei. Erschwerend kam hinzu, daß eine Parteitheorie, die dem parlamentarischen Regierungssystem angemessen gewesen wäre, nur in rudimentären Ansätzen vorhanden war. „Eine Theorie der Partei im Deutschland vor 1848 mußte sich zwangsläufig im luftleeren Raum bewegen und konnte

---

52 Vgl. Köhler, Römer, S. 63, 61.

53 1845 und 1848, vgl. ebd. S. 63 f.

54 So die WZ Nr. 122 v. 24. Mai 1851 in ihrem Rückblick auf die Politik der Kammeropposition im Vormärz.

55 Mögling, Briefe an seine Freunde, 1858, S. 37. Vgl. zu Mögling Peter Müller, Württ. und badische Erhebungen, S. 65—115.

56 Der von Gall (Parlamentarische Opposition) vornehmlich für Baden analysierten vormärzlichen Theoriediskussion läßt sich für Württemberg nichts Gleichwertiges gegenüberstellen. Brandt (Parlamentarismus, S. 47) schreibt: „Das Konzept der württ. Landtagsopposition der 1830er Jahre war Parlamentspolitik als legale Obstruktionspolitik bis zum permanenten Ministersturz“ (These 1). Mit Schlayer als Innenminister habe 1832 der „Versuch einer ‚Parlamentarisierung‘ von der andern Seite“ (These 2) begonnen. Er habe die „De-facto-Position des Mehrheitsführers und Premiers“ (S. 48) besessen. Vgl. auch Goessler, Dualismus zwischen Volk und Regierung, passim. Robert von Mohl wird man besser den badischen Theoretikern beordnen als den württembergischen. Zu Mohls Forderung nach einem parlamentarischen Regierungssystem vgl. Gall, ebd. S. 167; ders., Liberalismus als regierende Partei, S. 49 ff. Zu Mohl s. vor allem Angermann, R. v. Mohl.

sich so gut wie nirgends auf Anschauung und Erfahrung stützen<sup>57</sup>." Die negative Vorbelastung des Parteibegriffs, die Theorie vom notwendigen Dualismus zwischen Regierung und Volk sowie das bestehende Vereins- und Wahlrecht hinderten die vormärzlichen Liberalen, eine Theorie der parlamentarischen Parteien auszubilden und Parteien zu konstituieren. Immerhin gab es aber, wie angedeutet, bereits nach der Julirevolution Ansätze zu einer Parteibildung, die den Vorstellungen und Möglichkeiten der Zeit entsprachen. Diese Versuche zielten noch nicht auf die Errichtung einer festen Organisation, die auch zwischen den Wahlen bestehen und politisch agieren sollte, aber das Bürgertum schuf doch schon organisatorisch verfestigte Gesinnungsgemeinschaften der Wahlberechtigten, die Kandidatenauswahl und Wahlagitation betrieben und zugleich eine festere Fraktionsbindung anregten. Als die führenden Liberalen sich 1838 aus dem parlamentarischen Leben zurückzogen, erloschen jedoch die Anfänge zu einer außerparlamentarischen Organisation. Die fraktionellen Bindungen scheinen aber Bestand gehabt zu haben. Theodor Mögling berichtete in seinen Erinnerungen, daß die Fraktionen die Kommissionswahlen vorher jeweils absprachen<sup>58</sup>.

Bis zur Revolution war die württembergische Opposition theoretisch nicht auf die Aufsplitterung in verschiedene Richtungen vorbereitet. Selbst in der Revolution blieb der Begriff „Partei“ noch weitgehend auf die lockere Gesinnungsgemeinschaft beschränkt. Feste Organisationen benannte man vornehmlich mit dem Begriff „Verein“<sup>59</sup>. Am ehesten gelang es den Demokraten, die Notwendigkeit zu erkennen, ihre Anhänger parteimäßig zu organisieren, während die Liberalen dieses Problem weder pragmatisch noch theoretisch zu lösen vermochten. Doch auch sie strebten gesellschaftlich und organisatorisch über die Honoratiorenbasis hinaus<sup>60</sup>. Noch Ende 1854 konstatierte das Organ der württembergischen Liberal-Konstitutionellen, „bis zum Jahr 1848 gab es in Deutschland nur jene zwei großen allgemeinen Parteien, welche zu allen Zeiten in jedem Gemeinwesen existiert haben, aus deren Widerstreit alles, was im Staate besteht, seinen Ursprung nimmt: die progressistische und die konservative Partei“<sup>61</sup>. Es fuhr dann fort: „Die Partei des Fortschritts, die dem Prinzip

57 Schieder, Theorie der Partei, S. 41. Man sollte die Existenz von Parteien in Deutschland nicht vor 1848 ansetzen, wie Fenske (Wahlrecht, S. 36 ff.) es unter Berufung auf Valjavec versucht. Wenn man das Merkmal der Organisation aufgibt, verliert der Parteibegriff jede Trennschärfe. Wohl gilt es, das ältere politische Vereinswesen als parteiartige Vorstufen verstärkt zu untersuchen (vgl. die anregende Studie von Nipperdey, Verein als soziale Struktur).

58 Briefe, S. 37 f.

59 Vgl. Boldt, Volksverein, vor allem S. 209 ff. Dieses Untersuchungsergebnis muß allerdings relativiert werden, da durchaus der Zusammenhang von Partei und Organisation gesehen wurde, wie die folgenden Belege zeigen. Der Vereinsbegriff dominierte aber, wenn von Organisationen die Rede war. Zur Vereinsstruktur der Demokraten und Liberalen vgl. u. Kap. B II.

60 Vgl. Kap. B II.

61 PW Nr. 53 v. 31. Dezember 1854. Dort auch das folgende Zitat.

der Selbstregulierung huldigende bisherige liberale Partei, zerfiel in die zwei Fraktionen der Konstitutionellen und der Demokraten.“ Die Partei selbst wurde demnach in den Augen der Liberalen nach wie vor von der Gesinnung ihrer Anhänger konstituiert, die aber in Fraktionen aufgespalten sein konnten. Mit diesen Fraktionen waren nicht lediglich die Abgeordnetenklubs gemeint, sondern auch die getrennten liberal-konstitutionellen und demokratischen Organisationen außerhalb des Parlaments. Der zitierte Artikel benannte neben der Gesinnungsgemeinschaft auch schon die außerparlamentarischen Organisationen als Parteien. Der Parteibegriff war also schon durchlässig geworden. Er zielte nicht mehr nur auf die reine Gesinnungsgemeinschaft, doch seine Bedeutung war noch nicht so weit transformiert, daß er eine außerparlamentarische Organisation für die Existenz einer Partei als notwendig voraussetzte.

Der Parteibegriff wurde nur langsam und partiell umgeformt, doch Zeitungsartikel machen deutlich, daß die öffentliche Meinung mit „Partei“ bereits — was oft übersehen wird<sup>62</sup> — organisatorische Elemente assoziierte. Der „Beobachter“, das Organ der gesamten Opposition, bedauerte in seiner Artikelserie „Die Opposition in Württemberg“ Ende 1847, daß die württembergische Opposition nicht so stark wie die badische organisiert sei<sup>63</sup>. Diese Klage bezog sich zunächst noch ganz auf die mangelnde Fraktionsbindung. Doch die folgenden Artikel untersuchten bereits die Parteibildung außerhalb des Parlaments. Das Oppositionsorgan beklagte geradezu das noch ungebrochene vormärzliche Parteiverständnis. Es bedauerte, „daß es in Württemberg überhaupt keine politischen *Parteien*, sondern höchstens politische *Meinungen* gibt. Ja man hat nicht einmal einen Begriff von einer politischen *Partei* und ihrer Organisation, und nirgends wird mit den Parteibezeichnungen radikal, liberal, konservativ, konservativ-liberal usw. ein größerer Mißbrauch getrieben als in Württemberg<sup>64</sup>.“ Diese vorsichtige Lösung vom vormärzlichen Parteibegriff ging nicht ohne Widerspruch vor sich. Die erwähnten Zeitungsartikel sind z. T. Reaktionen darauf. Das gilt auch für den „Die Partei“ überschriebenen Artikel des „Beobachters“ vom August 1847, der Parteibindung ausdrücklich verteidigte und in der Feststellung gipfelte, „die Partei ist aber nichts anderes als eine lebendig gegliederte Organisation gemeinsamer Bestrebungen“<sup>65</sup>.

#### Die theoretische Scheidung von bloßer Gesinnungsgemeinschaft

62 In der gesamten zitierten Spezialliteratur zur württembergischen Entwicklung bleibt das unberücksichtigt.

63 Nr. 292 v. 24. Oktober 1847.

64 Nr. 333 v. 5. Dezember 1847. In Nr. 332 v. 4. Dezember 1847 beklagte das Blatt die politische Bedeutungslosigkeit des ausgeprägten württembergischen Vereinswesens. Vgl. auch die Klage über die fehlende „Vereinigung der freisinnigen Elemente“, in: „Der politisch-religiöse Fortschritt und der schwäbische Stammcharakter“, gezeichnet „F“, Jbb d. Gegenwart, Nr. 2 f. v. Jan. 1848.

65 Nr. 228 v. 21. August 1847.

und organisierter Partei war also am Vorabend der Revolution in Württemberg bereits weit fortgeschritten, und man forderte bereits, diese Einsicht in die Praxis umzusetzen. Dieses Verlangen nach Organisation, welches das vormärzliche Parteiverständnis schon überstieg, bezog sich aber noch auf die Opposition inner- und außerhalb des Parlaments, die der Regierung als geschlossener Block gegenüberstand. Die Parteischeidung innerhalb der liberalen Opposition war in der Diskussion noch nicht bewußt ins Blickfeld gerückt, wengleich die „Parteizeichnungen radikal, liberal, konservativ, konservativ-liberal usw.“ schon auf die künftige Trennung vorauswiesen.

## 2. Die Hungerkrawalle 1847: Vorspiel zur Revolution

Die katastrophale Verschlechterung der Ernährungslage auf Grund der Mißernten von 1846/47<sup>1</sup> provozierte Anfang Mai 1847 Hungerkrawalle, die in Ulm, Stuttgart und Tübingen spontan, ohne jede Vorbereitung und Organisation, ausbrachen. Ihr Verlauf war gemäßigt und kurz. Man plünderte einige wenige Häuser von Geschäftsleuten, die als Wucherer und Getreidespekulanten galten. Rasch gebildete Bürgerwehren und reguläres Militär konnten die Bewegung schnell und ohne große Mühen unter Kontrolle bringen<sup>2</sup>. Die staatliche Bürokratie reagierte zudem prompt und gezielt nicht nur durch militärischen Druck, sondern auch mit Maßnahmen zur Linderung der akuten wirtschaftlichen Not<sup>3</sup>.

Auf diese Weise konnten die Unruhen schnell niedergeworfen und ihr Anlaß, der Hunger, gemildert werden, so daß Ruhe und Ordnung wiederhergestellt schienen. Diese kurzen Unruhen, die sich auf wenige Tage beschränkten, hatten dennoch bereits die zuvor nur latent vorhandenen sozialen Spannungen in Städten und Dörfern aktualisiert, die „Soziale Frage“<sup>4</sup> in all ihrer Schärfe sichtbar gemacht und damit auf alle Sozialschichten bewußtseinsbildend gewirkt. Die Existenz eines Proletariats als politisch relevante Kraft war dem württembergischen Bürgertum erst jetzt voll bewußt geworden. Das Bürgertum suchte verschreckt Anlehnung an die staatliche Ob-

1 Vgl. u. S. 62 f.

2 Vgl. die ausführlichen Berichte aus den Maitagen in den württembergischen Zeitungen, vor allem in der „Chronik“, in der jeweils mehrere Augenzeugen getrennt berichteten. Im April 1847 waren in Berlin Hungerunruhen ausgebrochen. Diese Vorgänge bezog die württembergische Presse nicht in ihre Diskussion über die Bedeutung der württembergischen Unruhen ein.

3 Vgl. die Überblicke in Chronik Nr. 135 v. 19. Mai; 128 v. 11. Mai 1847; Beob. Nr. 10 f. v. 12. Januar—13. Januar 1848; WJbb 1847, S. 42. Da schon vor Ausbruch der Unruhen am 1. Mai in Ulm Gerüchte die Bevölkerung beunruhigt hatten, erließ die Regierung am 30. April bereits ein Verbot von Vereinen mit kommunistischer Tendenz (Regierungsblatt 1847, S. 165—167). Das Verbot wurde aber erst am 1. Mai in der „Chronik“ veröffentlicht.

4 Vgl. dazu allg. die Arbeit von Seidel, der die einschlägigen Arbeiten umfassend verarbeitet hat, und Pankoke; Jantke/Hilger; Fischer/Bajor, Soziale Frage. S. auch Kap. B VII.

rigkeit, da es in den Hungerrevolten bereits klassenkämpferische Züge erblickte. Die Tumulte rückten die soziale Frage, verstanden als Aufgabe zur durchgreifenden Neuordnung der Sozialverfassung, in den Brennpunkt des öffentlichen Interesses, bevor noch der Kampf zwischen Regierung und vormärzlicher liberaler Opposition in der Verfassungsfrage ausgetragen war. Verfassungsfrage und soziale Frage begannen schon vor der Revolution sich gegenseitig zu durchdringen und zu schwächen. Dieses Ineinander und Gegeneinander bedeutete eine der schwersten Vorbelastungen, unter denen Bürgertum und Proletariat in die Revolution von 1848 gehen mußten<sup>5</sup>. Damit sollen andere Ursachen für das Scheitern der Revolution<sup>6</sup> keineswegs bagatellisiert werden, aber sie haben im württembergischen Bürgertum die Reflexion über die eigene Stellung in Staat und Gesellschaft bei weitem nicht so stark angeregt, wie die durch die Hungerkrawalle ausgelöste Diskussion in der 2. Hälfte des Jahres 1847.

Der „Beobachter“ hob kurz nach Abflauen der Unruhen als charakteristischen Unterschied hervor, daß der Aufstandsversuch in Ulm von verarmten, durch die verknappten und teuren Lebensmittel existentiell bedrohten „Bürgern begonnen wurde, die aber dann von ihrem Beginnen selbst zurückschreckten, sobald die Leute aus den untersten Schichten der Gesellschaft das begonnene Werk aufnahmen“. Der Krawall in Stuttgart sei hingegen „eben von dieser letzten Klasse“<sup>7</sup> ausgegangen. Das stimmt mit Augenzeugenberichten überein, die für Ulm von einem „Marktzeß“<sup>8</sup> sprachen, der sich ausweitete, da Arbeiter<sup>9</sup>, Tagelöhner und Handwerksgesellen sich anschlossen. Die Stuttgarter Unruhen hingegen waren eine ausgesprochene Reaktion auf die Ulmer Vorgänge, die als Initiativsignal auf die „niedereren Volksklassen“<sup>10</sup> wirkten, während das von den Ulmer Vorfäl-

---

5 Vgl. zu diesem Problem den Literaturbericht von Dorpalen, der als einen wichtigen Ertrag der ausführlich referierten Revolutionsforschung der DDR-Historiker die Erkenntnis hervorgeht, daß nicht erst die radikalen Forderungen von Demokraten in der Revolution die oppositionelle Front sprengten, sondern das Streben des liberalen Bürgertums noch vor der Revolution, sich mit den alten Mächten zu arrangieren. Vgl. dagegen etwa Sell (Tragödie, S. 161 f.), oder Meinecke (1848, S. 23 f.), die die konservative Schwenkung des Bürgertums erst mit den Septembervorgängen einsetzen lassen. Sauer (Nationalstaat, S. 422) datiert die Spaltung der Revolutionsbewegung in Deutschland auf April 1848. Das trifft auch für Württemberg zu. Vgl. auch B I, 1.

6 Vgl. dazu vor allem Griewank, Ursachen und Folgen; s. auch B I, 1.

7 Nr. 126 v. 8. Mai 1847, vgl. Chronik Nr. 122 v. 5. Mai 1847. Die wegen Teilnahme an dem Ulmer Aufruhr Bestraften waren durchweg Gesellen, Tagelöhner, Arbeiter und -innen, nur wenige Meister, vgl. Beob. Nr. 335 v. 7. Dezember 1847; s. auch Hundt, S. 294.

8 Chronik Nr. 121 v. 4. Mai, die drei verschiedene Berichte bringt.

9 Z. T. wurde auch von Fabrikarbeitern gesprochen. Die im Ulmer Festungsbau beschäftigten Arbeiter (1847 ca. 3500, vgl. Prittowitz, Schanzer in Ulm, 1850, S. 42) beteiligten sich nicht an den Unruhen. Ihre Arbeitsbedingungen waren für die damaligen Verhältnisse vorbildlich. Doch auch sie waren von den Vorgängen nicht ganz unberührt geblieben, vgl. Beob. Nr. 125 v. 7. Mai 1847.

10 Chronik Nr. 122 v. 5. Mai mit Bericht über die Stuttgarter Vorgänge am 3. Mai 1847.

len verschreckte Bürgertum sich nicht nur von aktiver Teilnahme zurückhielt, sondern sofort eine Bürgergarde aufstellte<sup>11</sup>. In Tübingen organisierte sich zudem die Studentenschaft auf Initiative des Rektors in militärischer Formation, um die auch dort aufgestellte Bürgerwehr zu verstärken<sup>12</sup>. Auf diese von allen Schichten des Bürgertums selbst initiierte und geforderte Bildung von Bürgermilizen zur „Erhaltung der Ordnung, Beschützung von Leben und Eigentum“<sup>13</sup> ging die Regierung bereitwillig ein. Durch königliche Verordnung vom 13. Mai 1847 verfügte sie eine verstärkte Bereitschaft des regulären Militärs und zugleich die Aufstellung von Sicherheitswachen, die vom Bürgertum selbst organisiert werden, aber dem Oberbefehl der staatlichen Instanzen unterstehen sollten<sup>14</sup>.

Gegen den Einsatz des Militärs in den Aufständen erhob sich innerhalb des Bürgertums nur ganz vereinzelt Protest, der aber nicht generell gegen das militärische Eingreifen gerichtet war, sondern nur gegen einzelne Übergriffe auf Bürger<sup>15</sup>.

Sofort im Anschluß an die Unruhen begann in bürgerlichen Zeitungen eine eingehende Erörterung, in der die Bedeutung der Vorgänge für die künftige Politik des Bürgertums besprochen wurde. Diese Diskussion vollzog sich vornehmlich in den Spalten des „Beobachters“, des wichtigsten Organs der württembergischen Opposition, während die „Schwäbische Chronik“ sich beschränkte auf ausführliche Berichte über die Unruhen sowie in Artikeln und Zuschriften auf die Forderung nach staatlichem Schutz des Eigentums gegen die Bedrohung von unten<sup>16</sup>.

Schon am 19. Mai 1847<sup>17</sup> versuchte der „Beobachter“ in seinem Leitartikel „Die Teuerungs-Tumulte“ die Vorgänge auf den Begriff zu bringen und eine Strategie für das Bürgertum zu entwerfen. „Man hat bis jetzt von dem Kommunismus meist nur wie von einem nebelhaften Gespenste gesprochen“, das niemand recht fürchtete, doch haben die „ersten Tage des Mai ein gleichsam plötzlich aus der Luft gefalle-

---

11 Ebd. Auch in Ulm war sie, aber erst nach den Vorfällen, aufgestellt worden (Chronik Nr. 121 v. 4. Mai), während sie in Stuttgart gleichzeitig mit den Auführern erschien. Auch in anderen Orten wurden nach den Ulmer Unruhen Bürgerwachen organisiert, ohne daß sie eingesetzt werden mußten, vgl. Chronik Nr. 125 v. 8. Mai 1847.

12 Vgl. Chronik Nr. 124 v. 7. Mai 1847.

13 Ebd. Vgl. auch die vielen Dank- und Ergebnisadressen an den König aus diesen Tagen.

14 Abgedruckt in Chronik Nr. 132 v. 16. Mai.

15 Vgl. Chronik Nr. 151 v. 6. Juni, Beob. Nr. 153 f. v. 7. Juni 1847. Unter den 62 Unterzeichnern der Protestnote waren die führenden Köpfe der Opposition: Fetzer, Murschel, Rödinger, Rob. Römer, Tafel und nachträglich Sigm. Schott. Eine breitere Veröffentlichung von Augenzeugenberichten über militärische Übergriffe auf Bürger wurde von der Zensur unterbunden und konnte erst 1848 erfolgen, in: Beob. v. 9. März Beilage.

16 Otto Elben, der im Oktober 1847 in die Redaktion des Familienunternehmens trat, kritisierte damals die „friedfertige Art des Merkurs“ (Erinnerungen, S. 111).

17 Nr. 136. Dort auch die folgenden Zitate.

nes Stück Kommunismus vor Augen" geführt. Mit Recht konstatiert er, daß „Kommunismus“ für die Unterschichten bestenfalls ein inhaltsleerer Begriff sei, dennoch waren „diese ungewohnten Erscheinungen gleichsam warnende Vorboten einer möglichen Wirklichkeit.“ Vor allem angesichts der sozialen Herkunft der Aufrührer warnte das Blatt davor, die Unruhen als bloße Hungerkrawalle zu bagatellisieren. „Es sind in allen Orten keineswegs die wahrhaft Hungernden, welche dieselben begonnen und vollendet haben; die Teilnehmer sind vielmehr in ganz Deutschland namentlich heruntergekommene kleine Handwerker, Handwerksgesellen, Lehrlinge, Weiber der großen Städte<sup>18</sup> etc., Leute mit einem Worte, welche den geheimen Strömungen der Zeit vermöge ihres Berufes, ihrer Arbeiten, ihrer Umgebungen wie ihrer Bildungslaufbahn zugänglicher sind als Bauern, Tagelöhner etc.“ Es wäre kurzsichtig, sich von gewaltsamer Unterdrückung der Aufstände nachhaltige Hilfe gegen die Forderungen des Proletariats zu versprechen. Der „Beobachter“ konstatierte hier den Abschluß einer Entwicklung, die die Unterschichten aus ihrer ständischen Bändigung befreite<sup>19</sup> und das Bürgertum mit sozialpolitischen Forderungen konfrontierte, bevor die eigenen verfassungspolitischen erfüllt waren. Typisch für den durch die Unruhen ausgelösten Bewußtseinsbildungsprozeß ist die Verwendung des Begriffs „Proletariat“ in den bürgerlichen Zeitungen, der nun fast völlig den des „Pöbels“ verdrängte. Die Bezeichnung „Pöbel“ tauchte im „Beobachter“ kaum noch auf, wohl aber in der „Schwäbischen Chronik“, die sich über die Eigentumsbedrohung verstört zeigte, nicht aber über die Ursachen reflektierte.

In seiner Artikelserie „Zur Verständigung“<sup>20</sup> versuchte der „Beobachter“ die Ursache der sozialen Bewegung aufzudecken. Die politische wie die soziale Gleichheitsforderung führte das Oppositionsorgan auf das Gebot der Brüderlichkeit zurück und bejahte beide Forderungen grundsätzlich. Die soziale Gleichheit dürfe aber keine unbeschränkte sein, denn die Einsicht in die naturnotwendigen Unterschiede auch im sozialen Bereich „reduziert die Forderung gleichen Genusses auf die einer Regelung der sozialen Verhältnisse“. Die soziale Gleichheitsforderung verwandelte das Blatt so von ihrer prinzipiellen Bejahung in die restaurative Forderung, den Kleinbürger gegen die sich ausbildende industrielle Gesellschaft abzusichern. Denn unter „Regelung der sozialen Verhältnisse“ verstand der „Beobachter“ den Schutz der Gewerbe gegen die industrielle Konkurrenz<sup>21</sup>. Allerdings sollte es keine einfache Rückkehr zur Zunftordnung sein,

<sup>18</sup> Die in verschiedenen Berichten betonte starke Beteiligung von Frauen vornehmlich am Ulmer Aufstand verweist auf dessen Ausgangspunkt: den Markt.

<sup>19</sup> Dazu grundlegend Conze, Vom Pöbel zum Proletariat.

<sup>20</sup> Nr. 127 v. 9. Mai und Beilage zu Nr. 136 v. 19. Mai. Das Folgende nach diesen beiden Artikeln.

<sup>21</sup> Beilage zu Nr. 136 v. 19. Mai.

sondern — und darin unterschied sich dieses liberal-demokratische Organ von jenen Handwerkern, die in der Restauration der Zünfte den einzigen Ausweg sahen<sup>22</sup> — Gewerbefreiheit sollte durch Assoziation ergänzt werden. Die Vorstellungen darüber waren vage und, wie man betonte, auch innerhalb der „Partei des Fortschritts“<sup>23</sup> geteilt.

Indem das liberal-demokratische Organ ein naturnotwendiges Sozialgefälle postulierte, konnte die soziale Frage auf die wirtschaftliche Absicherung des kleinen Gewerbetreibenden vor der industriellen Konkurrenz beschränkt und die „soziale Forderung der Gegenwart“ als Forderung nach „Unabhängigkeit des Genusses“<sup>24</sup> definiert werden. Das Problem des Proletariats, dessen politisches Erwachen der „Beobachter“ in seinen Artikeln beschwor, wurde somit wieder weitgehend eliminiert. Die hier zitierten Artikel zeugen nicht nur davon, daß die bürgerliche vormärzliche Oppositionsfront vor ihrer Spaltung stand, da das Bürgertum auf die wirtschaftlich-sozialen Strukturveränderungen der werdenden industriellen Gesellschaft unterschiedlich reagierte. Sie beweisen zugleich eine tiefe Einsicht in die Bedrohung der politisch-rechtlichen Emanzipationsforderungen des Bürgertums durch die sozialpolitischen Erwartungen der Schichten unterhalb und am unteren Rande des Bürgertums. Denn die soziale Frage begriff man als ambivalent. Sie wurde definiert als Versuch, den Kleinbürger vor der entstehenden Industriegesellschaft abzuschirmen oder ihn in sie einzugliedern, damit „an die Stelle der Adelsmacht [nicht] die Macht des Kapitals und der Geld-Aristokratie“ als neue Form der „persönlichen Leibeigenschaft“<sup>25</sup> trete. Neben dieser sozialen Frage, die sich auf die untere Randzone des Bürgertums bezog, verstand man sie als Opposition der Unterschichten gegen die „höheren Stände“, die „besitzenden und genießenden“ Klassen. Diese unterbürgerliche Oppositionsbewegung „stemmt sich so gewissermaßen der politischen Freiheitsbewegung entgegen und will sich von ihr unabhängig geltend machen“<sup>26</sup>.

Aus dieser Diagnose entwickelte das Oppositionsorgan eine Strategie für das Bürgertum, verbunden mit einem Appell an den Obrigkeitsstaat. Diese Strategie sollte die bürgerlichen Forderungen verwirklichen und zugleich die sozialen Forderungen der Unterschichten unterdrücken. „Man erfülle in vollem Sinne die Forderungen des Rechtsstaates, und die Gesamtheit des Bürgertums wird alsdann die beste Sicherheitswache gegen solche Zerstörungsgelüste des Proletariats sein“<sup>27</sup>.“ Das war eine programmatische Antwort des bürger-

22 Vgl. u. S. 211 ff.

23 Nr. 127 v. 9. Mai.

24 Ebd.

25 Ebd. Vgl. Kap. B VII.

26 Beilage zu Nr. 136 v. 19. Mai.

27 Nr. 136.

lichen Oppositionsorgans auf eine königliche Verordnung zur Bildung von Sicherheitswachen aus dem Bürgertum heraus<sup>28</sup>.

Der „Beobachter“ erkannte die Gefahr, die die Furcht des Bürgertums vor dem auf die politische Bühne getretenen Proletariat für die liberal-demokratische Opposition bedeutete. Das Blatt sah die Möglichkeit, daß Teile des Bürgertums aus der Front gegen den Obrigkeitsstaat ausscherten könnten, wenn diese Bürger die Abwehr der potentiellen Gefährdung der Sozialordnung durch das Proletariat für dringlicher ansehen sollten, als den Kampf zugunsten der bürgerlich-liberalen Forderungen.

Das Oppositionsblatt bekämpfte deshalb — z. T. im Widerspruch zu den eigenen Erkenntnissen über die Ursachen der sozialen Bewegung — in einer Reihe von Artikeln alle Versuche von konservativer Seite, einen inneren Zusammenhang zwischen bürgerlich-rechtlicher und proletarisch-sozialer Bewegung zu konstruieren. So hatte ihr die konservative „Ulmer Kronik“ jede Berechtigung zur Kritik an den Unruhen abgesprochen, da das oppositionelle Bürgertum sich den dabei artikulierten Forderungen nach dem Grundsatz „vox populi, vox Dei“<sup>29</sup> zu beugen habe. Opposition sei aber, so hielt ihr der „Beobachter“ entgegen, mehr „als die Sklavin der Laune und des Aberglaubens der Menge“<sup>30</sup>. Diese negative Definition von „öffentlicher Meinung“ stand im Einklang mit der älteren Staatstheorie, nach der öffentliche Meinung von drei Kriterien bestimmt wird<sup>31</sup>: Sie muß auf eine bestimmbare Quelle zurückführbar sein, ist „inhaltlich durch ihren repräsentativen, der Wahrheit verpflichteten Charakter ausgezeichnet“<sup>32</sup>, was sie über die reine Interessenebene erheben sollte, und erschöpft ihre Funktion darin, Forderungen zu artikulieren, ohne deren Ausführung erzwingen zu können.

Mit derartigen Artikeln versuchte das konservative Organ, nach Auffassung des „Beobachters“, die bürgerliche Opposition für die „ruhestörerischen Unordnungen“ des Proletariats verantwortlich zu machen und als die „arglistige Beschützerin“ derer zu diffamieren, die es auf das „Eigentum der Bürger abgesehen hatten“<sup>33</sup>. „Konservative im bürgerlichen Stande sollen teils herbeigezogen, teils neu geweckt werden.“

#### Die öffentliche Abgrenzung der bürgerlichen Oppositionsbewegung

28 Vgl. Anm. 14. Die auf den 13. Mai datierte Verordnung wurde von der Chronik Nr. 132 am 16. Mai veröffentlicht.

29 Vgl. Beob. Nr. 159 v. 13. Juni 1847. Zur „Ulmer Kronik“ und ihrem Redakteur Dr. Elsner vgl. Stetter, Konservative Partei, S. 284; Simon, Ulmer Presse, S. 90 ff.; Buck, Dichter und Schriftsteller, S. 261 ff.

30 Beob. Nr. 159 v. 13. Juni 1847.

31 Vgl. Hennis, Meinungsforschung; vor allem den Abschnitt über die ältere Staatstheorie (S. 19 ff.). Vgl. zu dem Begriff auch Habermas, Strukturwandel; Hock, Liberales Denken, S. 45—54.

32 Hennis, S. 27.

33 Beob. Nr. 160 v. 14. Juni 1847. Dort auch das folgende Zitat.

von der sozialen diente also nicht nur dem Versuch, die Obrigkeit gegenüber den verfassungsrechtlich-politischen Forderungen des Bürgertums zum Einlenken zu bewegen, sondern zugleich hoffte man, den drohenden Verfall der bürgerlichen Einheitsfront zu verhindern. Der angestrebte Rechtsstaat wurde überdeutlich als ein Staat charakterisiert, der die unterbürgerlichen Schichten von dem politischen (nicht dem rechtlichen) Emanzipationsprozeß ausschließen sollte<sup>33a</sup>, um die Gefahr zu bannen, daß ein Teil des Bürgertums aus seiner eigenen Emanzipationsbewegung vorzeitig ausscherte.

Je näher die bevorstehende Eröffnung des Landtags rückte, um so eindringlicher empfahl sich die bürgerliche Opposition dem Staat zur gemeinsamen Abwehr des Proletariats. „Die Zeit ist gekommen, wo jedermann die Notwendigkeit klar geworden ist, daß sich die Regierungsgewalt zum Schutz gegen die kommunistische Gärung in den unteren Volksklassen mit der Unterstützung des Bürgerstandes umgebe. Der Bürgerstand aber wird sich in dem Maße zu der Regierungsgewalt hingezogen fühlen, als er seine verbrieften Rechte von ihr heilig gehalten, seine materiellen Interessen von ihr gewahrt sieht. An diese Bedingungen der Wahrung der bürgerlichen Rechte wird jene Unterstützung geknüpft sein<sup>34</sup>.“

Neben das Werben um die Bildung einer Einheitsfront von Bürgertum und Staat gegen das Proletariat traten Überlegungen, wie das Bürgertum selbst das Proletariat an sich binden und „in das richtige Geleise“<sup>35</sup> führen könnte. Der „Beobachter“ konstatierte „eine Bewegung der Besitzlosen in den größten Gemeinden wie in den kleinsten [. . .], deren Zweck ist, sich von dem Einfluß beider Parteien [des Fortschritts und der Beharrung] freizumachen. Sogar in Dorfgemeinden verbinden sich da und dort die Geringbegüterten, die Söldner, gegen die Großbegüterten, die Bauern. In den Städten treten die geringeren Handwerker den Museen, Schützenkorps-Gesellschaften usw. in geschlossenen Gesellschaften entgegen<sup>36</sup>.“ Diese Anfänge zu einer organisatorischen Verselbständigung der Unterschichten hoffte man durch stärkere Organisation des Bürgertums auffangen zu können. Das Blatt empfahl, die Unterschichten in die Wahlvorbereitungen einzubeziehen, um die Ablösungsbestrebungen zu neutralisieren. Organisation begriff man als eine Möglichkeit zur Zügelung und Lenkung. Die Honorationspolitik sollte überwunden werden, um die politische Kraft der Unterschichten aufzufangen und in die gewünschte Richtung zu kanalisieren<sup>37</sup>.

Diese beiden Tendenzen — Kooperation mit der Obrigkeit gegen das Proletariat und dessen Zurückführung in die Bahnen bürgerlicher

33a Vgl. dazu auch u. S. 171.

34 Beob. Nr. 291 v. 23. September 1847.

35 Ebd. Nr. 136 v. 19. Mai 1847, Beilage.

36 Ebd. Nr. 315 v. 16. November 1847.

37 Vgl. ebd.

Politik mittels Organisation — wurden öffentlich propagiert. Eine dritte ist nachweisbar im Bereich privater, nichtöffentlicher Diskussion zwischen Julius Hölder und Carl Mayer, den beiden profiliertesten und wirkungsmächtigsten politischen Persönlichkeiten in der württembergischen Innenpolitik zwischen Revolution und Reichsgründung<sup>38</sup>.

Unmittelbar nach den Mainunruhen schrieb Hölder an seinen Freund, um ihm seine Sicht der Vorgänge und ihrer Bedeutung für das Bürgertum darzulegen<sup>39</sup>. Er kritisierte den Einsatz des Militärs in Stuttgart als verfrüht, aber „wenn es sich um Schutz von Eigentum handelt, muß man freilich am Ende feuern“. Er verstand, wie das Oppositionsorgan, die Unruhen als eine Möglichkeit, sich mit der staatlichen Macht gegen die Unterschichten zu einigen, falls die bürgerlichen Forderungen vom Staat erfüllt würden. „Das Proletariat gibt dem Bürgerstand zunächst Kraft, denn wenn es diesem ans Fell geht, wird es sich um ein borniertes Königtum und Beamtentum den Teufel kümmern, da muß geschehen, was der Bürger will.“ Die „Angst vor den unteren Schichten wird ihm den oberen gegenüber im gesetzlichen Kampfe den Mut der Verzweiflung geben. Diese Zeit sollten die Bürger nicht versäumen [. . .]. Was sie jetzt der Regierung vorschlagen, das muß geschehen, sonst können sie die Erhaltung der Ordnung nicht mehr verbürgen.“

Der Brief verdeutlicht ebenso wie die Zeitungsartikel, in welchem starkem Maße die kurzen Unruhen das Bewußtsein des Bürgertums für die mögliche Brisanz der sozialen Frage geschärft hatten. Sie zeigten ihm, daß in den unterbürgerlichen Schichten eine Bewegung entstand, die sich nicht mehr in die Bürgerfront gegen den Obrigkeitsstaat einordnen ließ — zumindest unternahmen die württembergischen Liberalen 1848/49 keine und die Demokraten nur halbherzige Versuche dazu<sup>40</sup>. Die Bürgerfront begann auseinanderzubrechen, da die neue soziale Oppositionsbewegung aktive Anhänger auch in der diffusen Zwischenzone zwischen Kleinbürgertum und Proletariat fand. „Wir haben ein Proletariat, eine Tatsache, die man lange nicht glauben wollte, und der Umstand, daß in Ulm hauptsächlich Bürger die Tumultuanten waren, zeigt, aus welchen Kreisen es entsteht.“

In einem Punkt ging Hölder weit über die im „Beobachter“ öffentlich ausgetragene Strategiediskussion hinaus. Das Oppositionsorgan

<sup>38</sup> Zur Literatur über Hölder vgl. Anm. 13 S. 73. Zu Mayer vgl. Edelhaaf (ADB 52, S. 275—279) und die Kurzporträts bei Runge, Volkspartei, S. 28 f.; Weber, Kleinbürgerliche Demokraten, S. 108; Rapp, Nationale Frage, S. 81; Schmidt-Buhl, S. 1—7. Eine Monographie oder auch nur ein Aufsatz zu dieser wichtigen politischen Persönlichkeit steht noch aus. Zu seinem persönlichen Einfluß auf die Parteisplaltung in den 1860er Jahren und zu Hölders Position innerhalb der Liberalen Demokraten in der Reaktionszeit und innerhalb der Nationalliberalen in den 1860er Jahren vgl. Kap. D I, 2b, d; D IV.

<sup>39</sup> Hölder an Mayer, Ellwangen, 8. Mai 1847, Schiller-Nationalmuseum Marbach. Die folgenden Zitate stammen alle aus diesem Brief. Hervorhebungen im Original. Mayers Antwort liegt nicht vor.

<sup>40</sup> Vgl. Kap. B; insbes. IV, 2, 4; V 2 f.; VI 2; VII 3.

hatte zwar mögliche Ansatzpunkte aufzuzeigen versucht, um die politische Kraft der Unterschichten aufzufangen und für das Bürgertum nutzbar zu machen. Dies sollte aber im Rahmen einer vom Bürgertum gelenkten Organisation geschehen, die auf die Unterschichten auszuweiten und organisatorisch zu verfestigen war. Hölder hingegen — und er gehörte in der Revolution zum rechten Flügel der Demokraten! — sprach in dem vertraulichen Schreiben an seinen Freund die Bereitschaft aus, die politische Potenz des Proletariats auch revolutionär für das Bürgertum zu nutzen. Er traute dem Bürgertum die Kraft zu, eine vom Proletariat getragene Revolution an dem gewünschten Punkt abstoppen zu können. „Endlich, und das ist das beste, haben wir gesehen, daß unser deutscher Michel doch noch einen verwundbaren Fleck hat, durch dessen Berührung er wild gemacht werden kann. [...] es lebe der Hunger. [...] Gibt nur acht, wenn sie keinen Hunger haben, so haben sie Durst. Ich glaube, daß man den süßen Pöbel schon noch einmal vor die Bajonette unserer Schießprügelträger bringen kann, und wir wissen jetzt die Straßen, wo man anfangen kann. Der Proletarier holt dem Mittelstand die Kastanien aus dem Feuer; wenn aber dieser gesiegt hat, werden wir vielleicht politische Feinde. Doch da ist's ja noch weit zu.“

Wie hier mit Belegen aus der öffentlichen und nichtöffentlichen Diskussion gezeigt werden konnte, haben die Maiunruhen einen Bewußtseinsbildungsprozeß in allen Sozialschichten der württembergischen Bevölkerung ausgelöst. Der Prozeß in den Unterschichten läßt sich allerdings nur als Reflex in den Äußerungen aus dem Bürgertum ermitteln, da den Unterschichten noch das öffentliche Diskussionsforum fehlte und ihre wissenssoziologische „Unreife zur ‚sozialen‘ Revolution“<sup>41</sup> eine intellektuelle Artikulation auch noch kaum zugelassen hätte. Das Bürgertum war schon vor der Revolution bereit, sich mit der alten Obrigkeit zu einem sozial-konservativen Ordnungsblock zu verbinden, wenn seine politisch-rechtlichen Forderungen erfüllt, sein Anspruch auf politische Teilhabe an der staatlichen Herrschaft anerkannt würde. Da es seine Dienste gegen die Forderungen der Unterschichten öffentlich anbot, beleuchten die vorrevolutionären Vorgänge zugleich die Unfähigkeit der etablierten staatlichen Obrigkeit, aus eigener Einsicht in die überfälligen Systemkorrekturen heraus eine neue, auf Bürgertum und alten Mächten basierende politisch-soziale Ordnung zu schaffen. Das Bürgertum war aus Furcht vor den in Bewegung geratenen Unterschichten dazu bereit. Die Weigerung des Obrigkeitsstaates, auf dieses Werben der Opposition einzugehen, ließ in dem noch weitgehend ungespaltenen Bürgertum eine ängstlich-widerwillige Bereitschaft zur Revolution heranwachsen, deren Grenzen es aber von Anfang an eng absteckte. Die Liberal-Demokraten wurden so zu „Revolutionäre(n) wider Willen“<sup>42</sup>, die bereit

41 Conze, Pöbel, S. 111.

42 Schieder, Problem der Revolution, S. 13.

waren, sich mit dem Proletariat in klar begrenzter revolutionärer Zusammenarbeit zu verbinden. Es hatte sich aber ebenso deutlich gezeigt, daß die bürgerliche Opposition beim ersten Anzeichen einer staatlichen Kompromißbereitschaft sofort umschwenken und die Revolution als beendet ansehen würde. So geht die Bedeutung der Hungerrevolten von 1847 weit über die bloßer, kurzlebiger Teuerungstumulte hinaus. Ihr Verlauf und die anschließende öffentliche Diskussion legten Möglichkeiten und Grenzen einer Revolution in der Mitte des 19. Jahrhunderts offen: Eine bürgerlich-proletarische Kooperation gegen den Obrigkeitsstaat, so erkannte man, bot die Möglichkeit, die eigenen, bürgerlichen Forderungen zu realisieren, aber eine solche Zusammenarbeit hätte zur Voraussetzung gehabt, die Unterschichten als vollberechtigte Staatsbürger anzuerkennen. Dazu waren die Liberalen nicht bereit, da sie befürchteten, durch die volle politische Gleichberechtigung aller Klassen die soziale Revolution einzuleiten<sup>43</sup> — eine Befürchtung, die angesichts der sozial- und verfassungspolitischen Zielsetzungen der württembergischen Arbeiterbewegung<sup>44</sup> wie auch der Demokraten<sup>45</sup> unbegründet war. Teile des Bürgertums, so belegt die vorrevolutionäre Strategiediskussion, spielten zwar mit dem Gedanken, die alten bürgerlichen Forderungen an den Staat mit Hilfe der neuen sozialpolitischen Bewegung durchzusetzen. Doch der Bereitschaft zur Kooperation mit dem Proletariat stand eine gegenläufige Tendenz gegenüber, die auf eine Zusammenarbeit mit dem Staat gegen das Proletariat zielte, um die Sozialverfassung zu konservieren, die man grundsätzlich bejahte. Daß all dies bereits nach kurzen Unruhen in Erscheinung trat, die die etablierte politische und soziale Ordnung nicht ernsthaft gefährdeten, verweist schon auf das Signum der Revolution in Württemberg: Die Diskrepanz zwischen relativ begrenzter revolutionärer Realität und überdimensionierter negativer Revolutionserwartung des Bürgertums, zwischen realer Gefährdung der bestehenden Sozialordnung durch eine Revolution aus den Unterschichten heraus und der Angst des Bürgertums vor dem „Gespenst des Kommunismus“, das man als soziale Folge der politischen Revolution befürchtete. Die „politische Hebung des Bürgertums und Verschmelzung seiner Interessen mit den Interessen der Regierung ist die beste und sicherste Schutzwehr gegen das Andringen des Proletariats, das — wenn nicht durch den Wall eines festen Bürgertums in die gebührenden Grenzen zurückgewiesen — in jedem neuen Zugeständnis, in jeder Unterstützung nur ein neues Anrecht zu neuen Forderungen finden wird“<sup>46</sup>. Diese Äußerung des „Beobachters“ wurde zum Kredo der württembergischen Liberalen in der Revolution.

<sup>43</sup> Vgl. Kap. B V u. B I, 1.

<sup>44</sup> Vgl. dazu insbesondere Baiser, Sozial-Demokratie, passim; zu Württemberg Kap. V., S. 337 ff.; Conze/Groh, Arbeiterbewegung, S. 32 ff.

<sup>45</sup> Vgl. Droz, Révolutions, S. 579 ff.; u. Kap. B IV, 1 f.

<sup>46</sup> Beob. Nr. 317 v. 18. November 1847.

„Jedes Zeitalter“, so schreibt W. H. Riehl, „hat sein eigenes Gespenst“, das 19. Jahrhundert die „Furcht vor den Posaunen der großen sozialen Umgestaltung“<sup>47</sup>. Das württembergische liberale Bürgertum glaubte, in den kurzen Tumulten diese Posaunen bereits vernommen zu haben. Entsprechend reagierte es 1848/49 auf Forderungen aus den Unterschichten oder auf Solidarisierung mit diesen Forderungen.

Der mit den Hungerrevolten verbundene Reflexionsprozeß deutet zugleich auf das mangelnde Selbstvertrauen und die innere Inhomogenität des Bürgertums, dessen vormärzliche oppositionelle Einheitsfront aufzubrechen begann. Ein Teil des Bürgertums, so befürchtete man, könnte sich mit unterbürgerlichen Schichten zu einem revolutionären Bündnis gegen Staat und Bürgertum zusammenschließen, und in Ansätzen sah man dieses Bündnis auch bereits als realisiert an<sup>48</sup>. Die württembergische bürgerliche Opposition zeigte somit bereits am Vorabend der Revolution eine so klar ausgesprochene Bereitschaft zum Arrangement mit den alten Mächten gegen die soziale Bedrohung von unten, daß die 1848/49 bei einem erheblichen Teil des Bürgertums nachzuweisende Bereitschaft, die eigenen bürgerlichen Emanzipationsforderungen weitgehend zurückzunehmen, von vornherein einem hohen Maß innerer Logik entsprach.

---

<sup>47</sup> Riehl, Gesellschaft, S. 12.

<sup>48</sup> Vgl. den Rückblick in WZ Nr. 62 v. 14. März 1851: „Viele Besitzende erblickten in ihm [dem Maikrawall] einen kommunistischen Anlauf und die Ministeriellen bemühten sich, ihm eine politische Deutung zu geben, und einzelne Mitglieder der Opposition damit in Verbindung zu bringen.“

**B Liberalismus und Demokratie in der Revolution  
von 1848/49**



## I. 1. Zur zeitgenössischen Revolutionstheorie und zum Typus der deutschen Revolution von 1848/49

Historiker haben sich bislang nur in recht geringem Maße der Aufgabe gewidmet, eine Revolutionstheorie zu entwickeln<sup>1</sup>, während die einschlägige sozialwissenschaftliche Literatur kaum noch zu übersehen ist<sup>2</sup>. Ein nicht geringer Teil dieser Studien demonstriert allerdings, welch geringen Erkenntniswert sozialwissenschaftliche Arbeiten haben, wenn die historische Dimension ihres Untersuchungsobjekts nicht gebührend beachtet wird. Theorien, so zeigt sich auch hier, die den historischen Wandel nicht einbeziehen, und das bedeutet ja: die sich nicht auf begrenzte historische Zeiträume, auf eine — wie Hans-Ulrich Wehler es fordert — mittlere Reichweite beschränken<sup>3</sup>, verlieren weitgehend ihre Aussagekraft. Wird ein quasi

1 S. vor allem Griewank, Revolutionsbegriff, vornehmlich Kap. IX—XI; Th. Schieder, Theorie der Revolution; ders., Problem der Revolution; Koselleck, Revolutionsbegriff. Viel Material zur Entwicklung des Revolutionsbegriffs bietet die begriffsgeschichtliche Studie von Franz W. Seidler, Geschichte des Wortes Revolution. Die intensivste Analyse zum liberalen Revolutionsverständnis im 19. Jahrhundert, allerdings beschränkt auf ausgewählte Repräsentanten der liberalen Historiographie: M. Neumüller, Liberalismus und Revolution. Vgl. auch Engelberg, Evolution u. Revolution.

2 Die folgende Literaturangabe beschränkt sich vornehmlich auf Arbeiten, die 1. einen kritischen Überblick über die vorhandene Literatur geben, 2. auf Sammelwerke, die einen guten Einblick in die Breite der sozialwissenschaftlichen Revolutionsdiskussion bieten, und 3. auf einige der m. E. wichtigeren Einzelstudien. 1. Bienen, Violence and Social Change. A Review of Current Literature; Kramnick, Reflection on Revolution. Definition and Explanation in Recent Scholarship; Stone, Theories of Revolution; Southwood, Riot and Revolt; Wassmund, Revolutionsforschung. 2. K. v. Beyme (Hrsg.), Empirische Revolutionsforschung (mit umfangreicher Bibliographie); Friedrich (Hrsg.), Revolution; Davies (Hrsg.), When men revolt and why; Zollschan/Hirsch (Hrsg.), Explorations in Social Change (vor allem der Aufsatz von David Wille/Zollschan, Prolegomenon to a Theory of Revolution, S. 125—151); Eckstein (Hrsg.), Internal War; Jänicke (Hrsg.), Herrschaft und Krise (vor allem Johann Galtung, Eine strukturelle Theorie der Revolution, S. 121—167; Gotesky/Laszlo (Hrsg.), Evolution-Revolution; Kossok (Hrsg.), Studien über die Revolution; Lubasz (Hrsg.), Revolutions (kurze historische Überblicke. Zu den europäischen Revolutionen von 1848 s. S. 86—92; Henri Brunswick und S. 92—111; Isaiah Berlin, Russia and 1848); Zapf (Hrsg.), Sozialer Wandel. 3. Arendt, Über die Revolution; Baedler, Les phénomènes révolutionnaires; Calvert, Revolution: Politics of Violence; ders., Revolution; Dahrendorf, Einige Probleme; Dunn, Modern Revolutions; Gehring, Zur Theorie der Revolution; Goode, Mobilität und Revolution; Gurr, Rebellion; Hobsbawm, Sozialrebellien; Hopper, Revolutionary Process; Huntington, Political Order in Changing Societies; Johnson, Revolutionstheorie (die wohl am stärksten beachtete neuere sozialwissenschaftliche Revolutionsstudie); Leiden/Schmitt, Politics of Violence; Lenk, Theorien der Revolution; Lindner, Theorie der Revolution; Mühlmann, Chiliasmus und Nativismus; Papcke, Progressive Gewalt; Tetsch, Permanente Revolution, Kap. B vor allem; von der älteren Literatur s. vor allem: Brinton, Die Revolution und ihre Gesetze; Geiger, Masse und Aktion, S. 53 ff. vor allem; Pettee, Process of Revolution.

3 Einleitung (S. 23) zu „Geschichte und Soziologie“. Vgl. dazu auch grundsätzlich Kosellecks Bemerkungen zu einer Theorie der Temporalstrukturen, ders., Theoriebedürftigkeit.

zeitloser Revolutionsbegriff konstruiert, der dann zwangsläufig einen hohen Abstraktionsgrad aufweist und von den singulären Merkmalen bestimmter geschichtlicher Einzelfälle „gesäubert“ sein muß, so wird diese vermeintliche Präzision mit einer geradezu inflationären Ausweitung des Revolutionsbegriffs bezahlt<sup>4</sup>. Jegliche Trennschärfe des Begriffs geht dann verloren.

Dieser Gefahr entgehen am ehesten diejenigen Sozialwissenschaftler, die ihre Definitionen und Theorien am Beispiel der großen „Modellrevolutionen“ von 1789 und 1917 entwickeln und somit Revolution als spezifisches Phänomen der Neuzeit begreifen<sup>5</sup>. So schlägt etwa Ralf Dahrendorf als Revolutionsdefinition vor: „Politische und soziale Wandlungen [. . .], die unter Anwendung von Gewalt extrem rasch verlaufen und äußerst tiefgehende Wirkungen zeitigen<sup>6</sup>.“ In dieser Definition sind die wichtigsten konstitutiven Elemente enthalten, die den neuzeitlichen Revolutionsbegriff charakterisieren: Der Zeitfaktor, der zwar nur ein geringes Maß an Präzision enthält, es aber doch gestattet, ausgesprochen langfristige Entwicklungsprozesse, wie etwa die sog. Industrielle Revolution, aus dem Definitionsfeld auszuschneiden<sup>7</sup>; das Moment der Gewaltsamkeit, deren Intensität und Modalität aber je nach dem historischen Kontext sehr unterschiedlich sein kann<sup>8</sup>. Vor allem aber definiert Dahrendorf Revolu-

4 Ein besonders deutliches Beispiel dafür ist der Aufsatz von P. Amann (Revolution: A Redefinition), der durch strikte Reduzierung des Revolutionsbegriffs auf wenige konstitutive Merkmale erreichen will, daß sein Begriff möglichst vielseitig verwendbar ist und problematische Punkte ausgeklammert werden; wie etwa die Frage, ob ein Wandel der Sozialstruktur zur Revolutionsdefinition gehört oder die Differenzierung zwischen Bürgerkrieg und Revolution. Als Gegenbeispiel für eine historisch breit fundierte sozialwissenschaftliche Revolutionsstudie s. vor allem Papcke (Anm. 2). Das ganze Ungenügen einer weitgehend ahistorischen Soziologie, die die Geschichtswissenschaft auf die Funktion beschränken will, durch „Materialaufbereitung“ der Soziologie das „Fakten-Fundament“ (Tetsch, S. 18) zu liefern, demonstriert die Revolutionsstudie von Tetsch. Da er unter dem soziologischen Begriff der Revolution „ausschließlich eine erfolgreiche, eine totale und soziale Umwälzung“ (S. 68) versteht, ist sein Begriff völlig untauglich für die Untersuchung der europäischen Revolutionen des 19. Jahrhunderts — obwohl doch der von ihm entwickelte Begriff das Phänomen der neuzeitlichen Revolution charakterisieren soll.

5 Zur Entstehung des neuzeitlichen Revolutionsbegriffs grundlegend Griewank (Anm. 1), S. 187 ff.

6 Probleme, S. 156; vgl. etwa Lindner, S. 18; H. Marcuse, Ethik und Revolution, S. 131 f.; Johnson, S. 22, 26, 74 u. ö.; Dunn, S. XI; Friedrich, S. 5; Schwartz, A Theory, S. 112; oder Bravo, Revolutionsbild der Sozialisten vor Marx, S. 245.

7 Sofern „Industrielle Revolution“ auf die industrielle Durchbruchphase (take-off) begrenzt wird, scheint der Begriff durchaus gerechtfertigt zu sein, während er jegliche definitorische Schärfe verliert, wenn man ihn auf den langfristigen Industrialisierungsprozeß bezieht. Ferd. Freiligrath umriß poetisch verklärt den Zeitfaktor so: „Jahrhunderte in den Raum zweier Wochen zusammengedrängt!“ (R. Weber, Revolutionsbriefe, S. 42).

8 So auch Th. Schieder, Theorie der Revolution, S. 701. Vor allem Volker Rittberger (Sozialwissenschaftliche Theorien der Revolution) hat versucht, das Moment der Gewaltsamkeit aus der Revolutionsdefinition auszuklamern. Doch selbst er will dies nur deshalb, weil Gewalt jeder Gesellschaft immanent sei. Gewalt sei demnach ein untaugliches Unterscheidungsmerkmal. Mir scheint, daß bei diesem Ansatz die qualitativen Unterschiede zwischen struktureller Status-quo-Gewalt und revolutionärer Änderungsgewalt in unzulässiger Weise verwischt werden. Theodor Geiger (Masse und Aktion, S. 57, 60 f. vor allem) unterscheidet zwischen „revolutionärer Explosion“ und der „Revolution selbst“ (S. 60).

tion als einen Wandlungsprozeß, der die politische und die soziale Struktur verändert, denn „daß unter Revolution eine politisch-soziale Totalumwälzung verstanden werden muß, ist seit den französischen Ereignissen nicht mehr bestritten“<sup>9</sup>.

In der Französischen Revolution bildete sich jedoch nicht nur der neuzeitliche Revolutionsbegriff aus, sondern unter dem Eindruck dieser Revolution setzte unter den deutschen Liberalen bereits im Vormärz, wie Michael Neumüller zeigt<sup>10</sup>, ein Prozeß der stetigen Einarbeitung und z. T. auch Perhorreszierung dieses Begriffs ein. Das prinzipiell Neue der Französischen Revolution: Die Dynamisierung der politisch-sozialen Strukturen zum Fortschrittsprinzip erhoben zu haben, wurde bereits in der vormärzlichen liberalen Historiographie immer stärker verengt, „so daß schließlich nur mehr die soziale Emanzipation des Bürgertums als die große Errungenschaft betrachtet wurde“<sup>11</sup>. Es bildete sich zudem die „Ideologie von den ‚natürlichen Bundesgenossen‘“<sup>12</sup> Bürgertum und Monarchie heraus. Die Monarchie sollte allerdings konstitutionell beschränkt werden. Neumüller charakterisiert die liberale Revolutionstheorie des Vormärz als Konzeption für eine „Art Reform-Revolution“<sup>13</sup>, d. h. man zeigte sich einerseits bereit, eine Revolution zu nutzen, um die eigenen politischen Reformziele gegen den Obrigkeitsstaat durchzusetzen, wollte aber andererseits nach dem Erreichen dieses klar begrenzten Ziels die Revolution beenden. Die konstitutionell beschränkte Monarchie sollte erhalten bleiben, um eine Ausweitung der politischen zur sozialen Revolution zu verhindern<sup>14</sup>. Eine solche „liberale Revolution“ — eine Revolution ohne radikale Eingriffe in das politische System, um den befürchteten sozialen Umsturz zu vermeiden — konnte nur in Zusammenarbeit von Bürgertum und Monarchie durchgesetzt werden, denn das bestehende politische System durfte nach dieser liberalen Revolutionskonzeption nicht durch Beseitigung der Monarchie prinzipiell gesprengt, sondern das Bürgertum sollte politisch in dieses System voll integriert werden. Daß ein prinzipieller politischer Systemwechsel, der Übergang von der Monarchie zur Republik, in eine soziale

9 Th. Schieder, *Problem der Revolution*, S. 12; ähnlich Koselleck, *Revolutionsbegriff*, S. 833; Neumüller, S. 75; Seidler, 239 u. 5.

10 Dieser Vorgang, der sich natürlich nicht auf die deutschen Liberalen beschränkte (vgl. Deppe, *Blanqui*, S. 32 ff.), bedarf noch eingehender Studien. Die beste Vorarbeit dazu bietet Neumüller. Als Beispiel für eine konservative Revolutionskritik s. U. Vogel. Vgl. zum folgenden auch Seidler, vornehmlich S. 310 ff.: zum Begriff der „Revolution von oben“, der seit der französischen Revolution in Deutschland „in der Luft“ (S. 310) gelegen habe; s. auch Wehler, *Kaiserreich*, S. 37.

11 Neumüller, S. 89.

12 Ebd. S. 190.

13 Ebd. S. 215 u. 5.

14 Ebd. S. 181, 183 f., 191, 211, 215 u. 5.; ähnlich Seidler: schon vor 1848 tauchte der Begriff der „stillen, friedlichen Revolution“ (S. 251 ff.) auf; sie unterschied sich von der Reform, die ohne Zutun der Untertanen freiwillig vom Herrscher ausgehe, nur dadurch, daß der Fürst die Veränderung erst auf Drohung der Untertanen hin vornehme (S. 253 f.). Für Württemberg s. u. A II, 2, zur Strategiediskussion innerhalb des württ. Bürgertums im Jahre 1847.

Revolution umschlagen würde, die strikt abgelehnt wurde — das war die Lehre, welche die deutschen Liberalen, wie etwa Carl von Rotteck, Johann Gustav Droysen oder Friedrich Christoph Dahlmann, bereits im Vormärz aus der Französischen Revolution gezogen hatten. Die revolutionären Ereignisse von 1848 und 1849 faßten die Liberalen als Bestätigung ihres Revolutionsverständnisses auf. Der Revolutionsbegriff war für sie nun endgültig mit dem „Makel des Rechtsbruchs, des Terrors und des Verrats der Freiheit“<sup>15</sup> belastet. Die gescheiterte Revolution von unten wirkte zudem als „Katalysator in jenem Prozeß, der im Vormärz schon begonnen hatte und dessen Inhalt die Verschmelzung von Reform und Revolution zur Revolution von oben ist“<sup>16</sup>.

In modifizierter Weise unternahmen auch die Demokraten 1848/49 den Versuch, den revolutionären Wandlungsprozeß auf die politische Ebene zu begrenzen<sup>17</sup>. Doch im Unterschied zu den Liberalen wollten sie die politische Revolution mittels der republikanischen Staatsform und des demokratisierten Wahlrechts in soziale Evolution transformieren. Sehr deutlich spricht diese Erwartung von den zwei Stufen des Wandlungsprozesses aus den folgenden Zeilen, die der Demokrat Rudolf Virchow am 1. Mai 1848 an seinen Vater richtete: „Darin habt Ihr recht, daß es wesentlich die Arbeiter sind, welche die Revolution entschieden haben, aber ich glaube, Ihr in den Provinzen denkt auch nicht genug daran, daß diese Revolution nicht eine einfach politische, sondern wesentlich eine soziale ist. Alles, was wir jetzt Politisches machen, die ganze Verfassung, ist ja nur die Form, in welcher die soziale Reform zustande kommen soll, das Mittel, durch welches der Zustand der Gesellschaft bis in ihre Grundlagen umgestaltet werden soll. Wenn wir das Politische fertig haben, dann wird das große Werk erst anfangen“<sup>18</sup>.

Wie ist diese deutsche Revolution von 1848/49 zu charakterisieren, gemessen an dem skizzierten zeitgenössischen Revolutionsverständnis, wie es sich auch in Deutschland seit 1789 ausgebildet hatte? Die Sozialwissenschaftler ziehen die europäischen Revolutionen des 19. Jahrhunderts allenfalls ganz am Rande in ihre Betrachtungen ein<sup>19</sup>. Eine Ausnahme bildet Sigmund Neumann, der von einer Revolution im „Kindergarten-Stadium“<sup>20</sup> spricht. Der Historiker Rudolf Stadelmann, dem wir die wohl immer noch eindringlichste Gesamtbetrachtung zur deutschen Revolution von 1848/49 verdanken, kommt dieser

---

15 Schieder, Theorie der Revolution, S. 706.

16 Neumüller, S. 216.

17 Neumüller, S. 216.

18 R. Weber, Revolutionsbriefe, S. 136 f.; Hervorhebung von mir. Ähnlich F. Freiligrath, Mitredakteur der Neuen Rheinischen Zeitung und Mitglied des Bundes der Kommunisten; Brief v. 13. April 1848, ebd. S. 114. Vgl. für Württ. u. a. das Zitat auf S. 105 (Anm. 13).

19 S. vor allem Tanter/Midlarsky, Revolutionen, S. 422.

20 Structure and Strategy of Revolution, Zitat, S. 537.

Charakterisierung erstaunlich nahe. Zwar habe 1848/49 „trotz vieler Einschränkungen“ „psychologisch eine wirkliche Revolution“<sup>21</sup> stattgefunden und alle typischen Merkmale eines Revolutionsverlaufs gezeigt, doch andererseits spricht Stadelmann auch von der „Revolution des pustenden und schwitzenden Spießbürgers“. Diese offensichtlichen Schwierigkeiten, die deutsche Revolution angemessen zu charakterisieren, sind wohl in erster Linie dadurch bedingt, daß die rückblickenden Betrachter ebenso wie die Zeitgenossen der Revolution von 1848/49 ein Revolutionsmodell vor Augen hatten, das sich seit 1789 ausgebildet hatte und das seitdem als typisch galt<sup>22</sup>.

Gemessen am zeitgenössischen Revolutionsverständnis, durch welches das politische Verhalten von Liberalen und Demokraten in der Revolution wesentlich geprägt wurde, war die deutsche Revolution von 1848/49 in der Tat — wie Karl Marx und Friedrich Engels es formulierten — „eine halbe Revolution“<sup>23</sup>. Sie war aber, präzisiert man dieses Diktum, nicht eine auf halbem Wege steckengebliebene Revolution, sondern eine nach dem Willen der Liberalen und der großen Mehrheit der Demokraten von vornherein halbierte Revolution, d. h. eine Revolution, die nur das politische System verändern sollte. Ihr sollte jedoch, so sahen es die Demokraten, eine tiefergreifende soziale Evolution folgen, ermöglicht durch die revolutionäre Veränderung der politischen Verfassung. Während die Demokraten den politisch-sozialen Totalprozeß in einen revolutionären und einen evolutionären Teil aufzuspalten versuchten, wollten die Liberalen den als typisch angesehenen Revolutionsverlauf auf halbem Wege abstoppen.

Aus der Tatsache, daß die Demokraten 1848/49 scheiterten, kann nicht gefolgert werden, daß ihre Konzeption von vornherein zum Scheitern verurteilt war. Sie scheint vielmehr eine durchaus realistische Möglichkeit gewesen zu sein, den ökonomischen Aufstieg des Bürgertums durch politisch-rechtliche Reformen zu ergänzen und zugleich die Möglichkeit zur permanenten Reform in der Verfassung zu verankern. Diese Konzeption der Demokraten war zudem nicht eine rein voluntaristische Entscheidung, sondern sie korrespondierte mit dem bereits erreichten ökonomischen Status des Bürgertums; an einer sozialen *Revolution* konnte es nicht interessiert sein, in ihr hätte es nur verlieren können, was es bereits besaß. Auch das Kleinbürgertum strebte keine Sprengung des sozioökonomischen Systems an, sondern

---

21 Revolution von 1848, S. 191. Die folgenden Zitate: S. 186, 187.

22 Es gilt aber zu betonen, daß die Zeitgenossen in aller Regel, ungeachtet dieser Vorstellung vom Modellcharakter der französischen Revolution, die Vorgänge von 1848/49 als eine echte Revolution empfunden haben, wenngleich die Liberalen keinen Zweifel daran ließen, daß spätestens mit der Bildung der Märzministerien die Revolution beendet sein und die Reform beginnen sollte. Das Haupt der württ. Liberalen, Friedrich Römer, ging allerdings so weit, den Ereignissen von 1848/49 überhaupt den Charakter einer Revolution zu bestreiten (s. dazu B IV, 3); vgl. auch S. 189 f.

23 Neue Rheinische Zeitung Nr. 14 v. 14. Juni 1848, MEW 5, S. 65.

die volle, wirtschaftlich abgesicherte Integration in dieses System<sup>24</sup>. Die Transformation der politischen Revolution in soziale Evolution entsprach außerdem auch den Vorstellungen der großen Mehrheit des politisch mobilisierten Proletariats<sup>25</sup>, das davon ausging, „daß die soziale Frage nur unter der ausgedehntesten Volksherrschaft gelöst werden kann“ (Stephan Born)<sup>26</sup>.

Die Konzeption der Demokraten scheiterte, weil innerhalb des Bürgertums eine überaus starke Polarisation bestand, welche die gemeinsame Frontstellung gegen die wiedererstarrende Reaktion völlig überlagerte; sie scheiterte, weil die Liberalen, aber auch viele Demokraten dem Reformpotential und dem Reformwillen im Proletariat in starkem Maße mißtrauten, und zu ihrem Scheitern trug nicht zuletzt auch die große Zurückhaltung vieler Demokraten bei, ihre politischen Ziele notfalls mit revolutionärer Gewalt durchzusetzen<sup>27</sup>. Dies bedeutet aber, daß man bereit war, auf die Durchsetzung der republikanischen Staatsform zu verzichten und sich mit einer „demokratisierten Monarchie“ zufriedengeben zu müssen<sup>28</sup> — obwohl doch nach der Konzeption der Demokraten die Republik gemeinsam mit dem demokratischen Wahlrecht das Bindeglied zwischen politischer Revolution und sozialer Evolution sein sollte. Selbst dieses begrenzte Ziel war aber nicht zu erreichen, ohne das Heer, die wichtigste Bastion des alten Obrigkeitsstaates, vor allem Preußens, zu zerschlagen oder doch der monarchischen Kommandogewalt zu entziehen. Der Versuch vieler Demokraten und in noch stärkerem Maße der Liberalen, in einer revolutionären Situation Gewalt zu vermeiden, erleichterte es den alten Mächten, die eigenen Kräfte wieder zu sammeln und zum Gegenstoß zu formieren.

Obwohl selbst die „halbe Revolution“ 1848/49 scheiterte, blieb sie doch keineswegs ohne dauerhafte Ergebnisse<sup>29</sup>. Vor allem aber gilt es zu konstatieren, daß sie trotz ihres Scheiterns nicht einfach eine mißlungene Nachahmung des französischen Modells war, sondern ein Versuch, dieses Modell entsprechend dem inzwischen erreichten politischen und sozioökonomischen Entwicklungsstand wesentlich zu modifizieren und zu korrigieren. Die gegenüber 1789 veränderte Gesamtsituation verlangte auch eine veränderte Revolutionsstrategie.

---

24 Vgl. u. B VII, 4.

25 Vgl. dazu vor allem Balsler, passim; für Württ. u. B V, 2; VII, 3.

26 22. Juni 1848, zit. n. Conze/Groh, S. 35. Für Württ. s. das charakteristische Zitat u. S. 210.

27 Vgl. dazu B IV, 2.

28 Zitat: Friedrich Engels, Revolution und Konterrevolution in Deutschland, MEW 8, S. 42. Daß auch die Demokraten sich mit einer konstitutionell stark beschränkten Monarchie, mit „demokratischem Konstitutionalismus“ (Theodor Fontane, Brief v. 12. Oktober 1848, R. Weber, Revolutionsbriefe, S. 243) begnügen wollten (für Württ. s. B V, 1, 2), ist nicht zuletzt auch darin begründet, daß die alten „historische(n) Staatsgebilde und historische(n) Symbole“ noch nicht „ihre innere Lebenskraft“ (Stadelmann, Revolution, S. 139) verloren hatten.

29 Vgl. dazu insbes. Griewank, Ursachen und Folgen.

Eine historisch fundierte Revolutionstheorie, die trotz aller Vorarbeiten erst noch zu entwickeln ist, darf deshalb den Typus der deutschen Revolution von 1848/49 trotz oder gerade wegen ihres Scheiterns nicht unberücksichtigt lassen.

## 2. Das württembergische Bürgertum in der Revolution: ein Überblick

Die von Frankreich ausgehenden revolutionären Impulse trafen in Württemberg auf eine bereits stark ausgeprägte politische Bewegung, die einen empfänglichen Resonanzboden bildete und die Voraussetzung für den schnellen Erfolg der bürgerlichen Opposition schuf<sup>1</sup>. Die sofortige Regierungsbildung (9. März) durch die führenden Häupter der vormärzlichen Kammeropposition befriedigte zunächst das gesamte Bürgertum, offenbarte aber bald darauf dessen innere Inhomogenität. Kurz nachdem die parlamentarische Repräsentation des Bürgertums zur Regierungspartei aufstieg, zerbrach es nämlich an der Breite seines inneren Spektrums, das von der relativ dünnen Besitz- und Bildungselite bis zum unteren proletaroiden Rand reichte. Friedrich Römers Charakterisierung seiner eigenen Stellung als „Minister der Gefahr“<sup>2</sup> enthüllt schlaglichtartig die prekäre Situation, die der „Beobachter“<sup>3</sup> bereits unmittelbar nach der Einsetzung des Märzministeriums als das grundlegende Dilemma des Liberalismus diagnostizierte. Dieser sah sich plötzlich in die Rolle der „Mittelpartei“ zwischen Reaktion und jenen gedrängt, die über die politische Reform hinweg zur sozialen strebten. Die „Minister der Gefahr“ standen vor der doppelten Aufgabe, die Märzerrungenschaften gegen die drohende Reaktion abzusichern und zu vollenden, zugleich aber die über den vormärzlichen bürgerlichen Reformkatalog hinausgehenden Forderungen aus der unteren sozialen Randzone des Bürgertums selbst und aus den politisch bewußten Unterschichten abzuwehren<sup>4</sup>. Vor diese Aufgabe sah sich die ministerielle Spitze des liberalen Bürgertums zwar unerwartet schnell, aber nicht unvorbereitet gestellt. Die kurzen Hungerrevolten des Jahres 1847 hatten dem Bürger den Blick für die drohende Gefährdung der eigenen Emanzipationsbewegung geschärft und es nach einem bürgerlich-konservativen Ordnungsblock rufen lassen. Dieser sollte gebildet werden, wenn die politischen Forderungen der vormärzlichen Opposition erfüllt waren<sup>5</sup>. Schon vor der organisatorischen Spaltung im Juli 1848 trennte sich die vormärzliche Oppositionsfront vornehmlich auf Grund der Frage, ob und wie die Unterschichten in den Kreis der vollberechtigten Staatsbürger integriert werden sollten. Die Demo-

1 Vgl. u. Kap. B IV, 1.

2 WZ Nr. 124 v. 1. Dezember 1849.

3 Nr. 12 v. 14. März 1848.

4 Vgl. u. S. 131 ff.

5 Vgl. Kap. A II, 2.

kraten versuchten zwar die vor allem vom Handwerkerproletariat getragene politische Bewegung in den unterbürgerlichen Sozialschichten aufzufangen und mit der bürgerlichen Emanzipationsbewegung zu koppeln. Doch auch sie beschränkten sich darauf, die politisch-rechtliche Integration über die Ausdehnung des Wahlrechts zu propagieren<sup>6</sup>. Die in starkem Maße kleinbürgerliche Mitgliederstruktur der Demokraten<sup>7</sup> erzwang die Fixierung ihrer sozialpolitischen Aktivität auf die Gewerbebefrage<sup>8</sup>. Diese Verengung des Bedeutungsfeldes der „sozialen Frage“ korrespondierte mit der organisatorischen Begrenzung ihrer sozialen Basis auf das Bürgertum und Kleinbürgertum sowie mit der getrennten Organisation der Arbeiter<sup>9</sup>.

Infolge der Politisierung des Proletariats und dessen Eintreten für die Republik — in Württemberg wie im übrigen Deutschland und in Frankreich — wurde die auch von den Demokraten favorisierte Staatsform der Republik in so starkem Maße mit dem Odium des „Kommunismus“, mit dem Odium politischer und sozialer Anarchie belastet<sup>10</sup>, daß auch das Abrücken der demokratischen Führung von der unterbürgerlichen Bewegung, sofern sie sich nicht politisch auf die Wahlrechtsfrage und sozialpolitisch auf Selbsthilfe durch Assoziationen beschränkte, die emotionalisierte Diskussion nicht mehr dauerhaft versachlichen konnte. Das Auftreten proletarischer Republikaner hatte die schon 1847 nachweisbaren Soziallängste breiter Kreise des Bürgertums so stark forciert, daß auch die bürgerlich-demokratischen Republikaner in ihren Augen als Revolutionäre erschienen, die über die politische Revolution die soziale erstrebten<sup>11</sup>. Mit der Frage Republik oder konstitutionelle Monarchie verband sich die nach der sozialen Reichweite der angestrebten Reformen. Die Notwendigkeit zur Reform war innerhalb des politisch aktiven Bürgertums unbestritten. Die Liberalen wollten jedoch über das Wahlrecht eine Schicht politisch Minderberechtigter konservieren, da sie von diesen eine Gefährdung der bestehenden sozialen Ordnung befürchteten, die grundsätzlich bejaht wurde<sup>12</sup>. Die Demokraten versuchten hingegen, auf dem gleichen Wege soziale Reformen zu initiieren. Die unbeschränkte Ausdehnung des Wahlrechts bedeutete für die Liberalen letztlich das Signal zur Revolutionierung der politisch-sozialen Ordnung, für die Demokraten aber eine Möglichkeit, um sie evolutionär weiterzuentwickeln. Das in seiner Wirkungsmöglichkeit überschätzte Wahlrecht sollte für die einen den angestrebten Rechts-

---

6 Vgl. u. S. 133 ff.

7 Vgl. Kap. B III.

8 Vgl. Kap. B VII, 3—4.

9 Vgl. u. S. 207 f.

10 Vgl. Kap. B VII, 2. Dieser Prozeß, in dem Republik mit proletarischer Willkürherrschaft gleichgesetzt wurde, begann bereits im Vormärz; vgl. Neumüller, S. 168, 171 u. ö.

11 Vgl. Kap. B IV, 4.

12 Vgl. u. S. 133 f., 156, 170 f.

staat zum bürgerlichen Klassenstaat machen und diesen konservieren, während die anderen seine friedliche Aufhebung vom demokratisierten Wahlrecht erhofften. „Die Demokratie schied sich vom Konstitutionalismus, und [...] immer weniger wurden der gemeinsamen Punkte zwischen denen, welche in den neuen Staatsformen die Herrschaft der besitzenden und gebildeten Klassen fürs erste befestigen wollten, und den andren, welche die uneingeschränkte Allgemeinheit der politischen Rechte mit ihrem unausbleiblichen Gefolge sozialer Reformen verwirklichen wollten“<sup>13</sup>.

Die Demokraten wollten die konstitutionelle Monarchie so stark einschränken, daß de facto das konstitutionelle Prinzip aufgehoben worden wäre. Doch eben dieses Prinzip galt den Liberalen als Garant für die bestehende Ordnung und als letztes Bollwerk gegen dysfunktionale Systemkorrekturen, die das konstitutionelle System und mit diesem — so befürchteten die Liberalen — die Sozialverfassung gesprengt hätten<sup>14</sup>. Ihr Bemühen, die politisch-rechtlichen Errungenschaften der Revolutionszeit abzusichern und gleichzeitig das Erreichte sozial-konservativ zu zementieren, verführte sie dazu, die Gefahr der Reaktion zu unterschätzen, und machte sie bereit zur Öffnung nach rechts<sup>15</sup>. Der Beitritt von Adel und Hofpersonal zum liberalen Hauptverein war dafür symptomatisch. Die Liberalen sprachen von der demokratischen „Gespensterfurcht vor der Reaktion“<sup>16</sup>, der die Demokraten das Wort von der „Gespensterfurcht [...] der politisch abgestandenen Seelen vor Republikanern und Kommunisten“<sup>17</sup> entgegenstellten. Der liberalen Frontstellung nach unten stand die demokratische nach oben gegenüber. Dieser Kampf an verschiedenen Fronten ergänzte sich aber nicht gegenseitig, sondern verhinderte den Aufbau einer gemeinsamen Abwehrstellung gegen die Reaktion, denn die Fronten verliefen nicht entlang der oberen und unteren Grenze des Bürgertums, sondern quer zu seiner Sozialschichtung. Die Liberalen sahen die Bedrohung der eigenen politisch-sozialen Stellung zu erheblichem Teil aus dem Bürgertum selbst hervorgehen, und die Demokraten verdächtigten das Besitz- und Bildungsbürgertum des Klassenegoismus und der Bereitschaft zum Komplott mit der Reaktion. Die gegenseitige Polemik hatte zu einer Unterschätzung des liberalen Reformwillens sowie zu einer Überbetonung der klassenmäßigen Beschränkung der sozialen Basis<sup>18</sup> und der Politik der Liberalen durch die Demokraten geführt und auf der anderen Seite zu einer völligen Fehlinterpretation der demokratischen Zielsetzungen durch die Liberalen<sup>19</sup>. Das demokratische Parteiorgan urteilte zwar nicht zu Un-

<sup>13</sup> Beob. Nr. 50 v. 28. Februar 1849.

<sup>14</sup> Vgl. Kap. B V, 3, u. B I, 1; s. auch Schlumbohm, *Freiheitsbegriff*, S. 31 ff.

<sup>15</sup> Vgl. Kap. B IV, 3, III.

<sup>16</sup> Chronik Nr. 189 II v. 10. Juli 1848.

<sup>17</sup> Ebd. Nr. 191 II v. 12. Juli 1848.

<sup>18</sup> Vgl. Kap. B III.

<sup>19</sup> Vgl. Kap. B IV, 4.

recht über die Liberalen: „Sie konnten sich mit dem Wesen der deutschen Revolution, mit ihrem demokratischen Geiste nicht befreunden und ließen die hohen Flammen zu einem kleinen Feuer herabsinken, an dem sie gemütlich die Suppen kochten, die sie seit Jahren eingebrockt hatten, und die ein paar Jahre früher trefflich gemundet hätten<sup>20</sup>.“ Doch die Demokraten selbst waren „Revolutionäre wider Willen“ (Th. Schieder) mit einem evolutionären Geschichtsbild und einem nur partiell revolutionären Selbstverständnis ihrer Politik<sup>21</sup>. Sie übersahen dabei allerdings, daß ein „Republikaner auf gesetzlichem Wege [. . .] heutzutage nur noch der sein [kann], der für das republikanische Ideal bloß schwärmt“<sup>22</sup>. Die Demokraten selbst verwahrten sich gegen den Revolutionsverdacht, den die Liberalen ihnen gegenüber hegten, und die gegen sie ins Feld geführten „beliebten Butzenmänner Anarchie und Kommunismus“<sup>23</sup>. Sie verstanden sich bis zuletzt als Sachwalter des Märzprogramms des noch ungespaltenen Bürgertums.

Die Demokraten waren bereit, die preußisch-erbkaiserliche Lösung der Oberhauptsfrage um der nationalen Einheit willen zu akzeptieren<sup>24</sup>. Doch nach der gescheiterten Revolution lehnten sie im Gegensatz zu den Liberalen den Anschluß an die preußisch-hegemoniale Union entschieden ab, in der diese eine Möglichkeit zur Realisierung der Einheit und zugleich der sozialkonservativen Absicherung nach unten erblickten<sup>25</sup>. Nur wenige prominente Demokraten (Robert Römer, Friedrich Th. Vischer) schwenkten bereits jetzt auf die Politik der nationalstaatlichen Einigung von oben ein, doch der personelle Wechsel innerhalb des demokratischen Führungsorgans, des Landesausschusses, nach dem Malmöer Waffenstillstand vollzog sich bereits unter jenen Parolen, die die alles überlagernde Frontstellung der 1860er Jahre vorwegnahmen: „durch die Einheit zur Freiheit“ oder „durch die Freiheit zur Einheit“<sup>26</sup>. Der Bruch innerhalb der demokratischen Bewegung, der erst Anfang des nächsten Jahrzehnts voll sichtbar wurde und die Voraussetzung für die grundlegende Neuformierung des demokratischen und des liberalen Lagers bildete, war damit vorbereitet. Die nationale Frage entfaltete aber in der Revolutionszeit selbst noch nicht ihre spätere Sprengkraft, sondern bildete eher ein gemeinsames Agitationsfeld, auf dem — wenn auch nur kurzfristig — Demokraten und Liberale zusammenwirken konnten<sup>27</sup>. Die revolutionäre Endphase der personell auf die Linke reduzierten Nationalversammlung erleichterte den Liberalen das Abrücken von

20 Beob. Nr. 63 v. 15. März 1849.

21 Vgl. Kap. B IV, 2.

22 Chronik Nr. 211 I v. 4. August 1848.

23 Beob. Nr. 59 v. 10. März 1849.

24 Vgl. Kap. B VI, 1.

25 Vgl. Kap. B VI, 2.

26 Vgl. Kap. B VI, 1.

27 Vgl. Kap. B VI.

ihrem eigenen Werk, der Reichsverfassung, die sie stets nur unter der Voraussetzung ihrer prinzipiellen Konformität mit dem konstitutionellen System als legitim anerkannt hatten<sup>28</sup>. In der Legende von der sozialrevolutionären Demokratie, die von dem Organ der württembergischen Liberalen in der nachrevolutionären Zeit verstärkt propagiert und den Lesern als Angstfrühstück häufig serviert wurde<sup>29</sup>, traten die Sozialängste breiter Kreise des Bürgertums noch einmal deutlich hervor — Ängste, die die Bereitschaft der Liberalen zum Arrangement mit den alten Mächten und zum Bruch mit der bürgerlichen Demokratie wesentlich bestimmten und forcierten.

Der Ruf nach sozialen *Reformen* hatte die politische Emanzipationsbewegung des Bürgertums gespalten und darüber hinaus die Revolution als Möglichkeit, einen Systemwandel herbeizuführen, im Bewußtsein des gesamten Bürgertums entscheidend diskreditiert; dieser Ruf nach sozialen Reformen hatte aber auch die bürgerlich-liberale Bereitschaft zum Engagement für die Demokratie nachhaltig geschwächt, denn — so konstatierte das liberale Organ — „den Gebildeten [und dem Besitz] ist infolge der Brutalitäten von 1848 und 1849 der Geschmack an Volksherrschaft gründlich vergangen“<sup>30</sup>.

---

28 Vgl. Kap. B IV, 3.

29 Vgl. Kap. B IV, 4.

30 PW 1 v. 2. Januar 1853. Allgemein dazu Schieder, *Problem der Revolution*; Sell, *Tragödie*, S. 171.

## II. Die Organisation von liberaler und demokratischer Bewegung

Die liberal-demokratische Massenbewegung in Württemberg, die sich im März 1848 formierte, blieb bis Juli d. J. organisatorisch vereint, obgleich sich der Bruch bereits Anfang April abzeichnete<sup>1</sup>. Der politisch aktivste Teil dieser Bewegung schloß sich von Revolutionsbeginn an in Vereinen zusammen, die organisatorisch mit den Parlamentsfraktionen nicht verbunden waren. Die Vereine setzten sich die Aufgabe, das „Volk“ politisch zu mobilisieren und zu organisieren, es zur Willensbildung zu befähigen<sup>2</sup>.

Die liberal-demokratischen Vereine schufen sich auf der Göppinger Volksversammlung vom 26. März 1848 ihre Organisation<sup>3</sup>. Sie verabschiedeten ein Programm, das breit und vieldeutig genug war, um einen Kristallisationskern für das gesamte, politisch aktive Bürgertum zu bilden. Diejenigen Punkte, die das Bürgertum politisch sowie wirtschafts- und sozialpolitisch spalteten, wurden entweder gar nicht — die Frage der Staatsform — oder nur in vagen allgemeinen Formulierungen — Gewerbefrage und Zunftverfassung — berührt<sup>4</sup>.

Der Verein der Landeshauptstadt sollte die Vereine im Lande, von denen im Frühjahr 1848 etwa 50 nachzuweisen sind<sup>5</sup>, organisatorisch verklammern, ohne daß er Weisungskompetenzen erhalten hätte<sup>6</sup>. Die Vereine in den Oberamtsstädten bildeten Bezirksvereine, denen auf Oberamtsebene die gleiche Funktion wie dem Stuttgarter Hauptverein auf Landesebene zgedacht war. Damit hatte die Göppinger Versammlung die staatliche Verwaltungsgliederung als Organisationsprinzip übernommen. Nur die Ebene der vier Kreisregierungen, die in der Öffentlichkeit als vormärzliches Relikt der staatlich-bürokratischen „Vielregiererei“ galten, übernahm man nicht für die Vereinsorganisation.

Obgleich die Vereine nicht als reine Wahlorganisationen konzipiert, sondern neben ihnen noch spezielle Wahlkomitees vorgesehen waren, bestand ihre Hauptaufgabe zunächst noch in der Auswahl der Kandidaten für die Landtags- und Nationalversammlungswahlen und

---

1 Vgl. Kap. B IV, 1.

2 Detailliert dazu Boldt, Volksvereine, 156 ff. Vgl. auch u. S. 116 ff.

3 Die Beschlüsse sind abgedruckt ebd. (S. 239—241) und ders. (Anfänge, S. 117—120). Zur Versammlung selbst vgl. Boldt, Volksvereine, S. 7 ff.; zur Organisation der Demokraten ebd. S. 84 ff. und u. S. 110 ff.

4 Vgl. dazu Kap. B VII, 4.

5 Boldt, Volksvereine, S. 22.

6 Punkte 1—3 der Göppinger Beschlüsse.

der Organisation des Wahlkampfes<sup>7</sup>. Nach dem Abschluß der Wahlen erlahmte die Tätigkeit des Hauptvereins rasch, so daß die Vereine im Lande ihre Führungs- und Koordinationsinstanz verloren<sup>8</sup>. Das Nachlassen der Aktivität des Stuttgarter Hauptvereins drohte das gesamte württembergische Vereinswesen auf den vormärzlichen Stand der zeitlich begrenzten Wahlklubs zurückzuwerfen, die sich in der Organisation der Wahlen erschöpften und dann den Abgeordneten und der Regierung das politische Feld überließen. Dieser Rückzug aus der Tagespolitik zugunsten der verfassungsmäßigen politischen Gremien wurde der liberal-konstitutionellen Mehrheit des Hauptvereins<sup>9</sup> nicht nur erleichtert, weil eine ausgebildete Parteitheorie fehlte, sondern auch durch ihr grundsätzliches Einverständnis mit der Politik des bürgerlichen Ministeriums nahegelegt.

In diese Führungslücke stieß im Juni 1848 der demokratische Kreisverein in Stuttgart, der „alle vaterländischen und demokratischen Vereine sowie die Vereine der Arbeiter, die ja mit ihnen wesentlich auf demselben Grunde ruhen, ein[lud], mit ihm in Verbindung zu treten. Er ist es, nachdem der vaterländische [Haupt-]Verein durch Versäumung seiner ersten Pflichten seine Existenz auf dem Boden demokratischer Tätigkeit freiwillig aufgegeben hatte, der diese Pflicht übernahm. Er ist es, der durch seine Vertretung beim [ersten demokratischen] Kongreß [in Frankfurt] von diesem als Kreisverein anerkannt worden ist<sup>10</sup>.“ Der kompromißlos republikanische Kreisverein verlor jedoch seine Basis für ein weiteres Wirken, als die liberaldemokratische Organisation sich im Juli 1848 auf Grund der Kontroverse über die zu erstrebende Staatsform<sup>11</sup> spaltete. Da die Demokraten auch für die Einführung der Republik offen waren, konnten sie die Republikaner integrieren. Der Kreisverein sank deshalb zu einer unbedeutenden Organisation herab, noch bevor er im Juli 1848 wegen

7 Punkte 5—10; auch die Punkte I—V betrafen die Wahl und die Aufgaben der Abgeordneten.

8 Vgl. Boldt, Volksvereine, S. 19.

9 Das Programm der Liberalen wurde mit ca. 300 gegen ca. 20 Stimmen angenommen, Chronik Nr. 188 II v. 9. Juli 1848.

10 Sonne Nr. 25 v. 22. Juni 1848 (HSTAS E 146 Bü 1959 Bl 237). Das Programm des Vereins ist abgedruckt bei Boldt (Volksvereine, S. 244 f.) und ders. (Anfänge, S. 147 f.). Die zitierten Passagen stammen aus der von Boldt nicht aufgenommenen „Nachschrift“ zum dem Programm. Zur Charakterisierung dieser Zeitung („Sonne“) vgl. u. S. 161. Zum 1. Demokratenkongreß vgl. Droz, S. 548 f.; Valentin, Revolution, Bd. 2, S. 99 ff.; Quarck, Arbeiterbewegung, S. 123 ff.; Krause, Soziale Frage, S. 127 ff. Gottlieb Rau, der den demokratischen Verein in Stuttgart mitgegründet hat (vgl. zu diesem Verein u. S. 161 f.), gehörte dem 5köpfigen Zentralausschuß des Demokratenkongresses an. Rau war ein Glasfabrikant in Gaildorf. Er gab die Tageszeitung „Die Sonne“ heraus. Seine Fabrik hatte Bankrott gemacht. Sie wurde beim amtlichen Verkauf auf 32 000 Gulden geschätzt, vgl. Mann, Wahlen, S. 121 Anm. 27. B. Mann unterschätzt den Einfluß von Rau, dessen Werk der demokratische Kreisverein war. Vgl. zu Rau vor allem Müller, Erhebungen, S. 164 ff. Zimmermann, der als einziger württembergischer Abgeordneter dem „Donnersberg“ angehörte, nannte Rau „eine Mischung von religiösem Schwärmer und politischen Revolutionär“ (Revolution, S. 65).

11 Vgl. Kap. B IV, 1.

angeblicher kommunistischer Tendenzen verboten wurde<sup>12</sup>. Der extrem republikanische Kreisverein scheint als einziger württembergischer Verein feste Kontakte zu außerwürttembergischen Organisationen gehabt zu haben<sup>13</sup>.

Als sich das politisch aktive Bürgertum organisatorisch spaltete, war damit eine Differenzierung der Organisationsstruktur seiner beiden Richtungen verbunden. Während die Liberalen das alte, der staatlichen Verwaltungsgliederung angeglichene Organisationsschema beibehielten, schufen sich die Demokraten im Landesausschuß ein neues Führungsorgan. Ihm fiel die Aufgabe zu, „das politische Leben zu fördern, Einheit in die politischen Bestrebungen zu bringen und dieselben in gemeinschaftlichen Angelegenheiten zu vertreten“<sup>14</sup>. Dieses oberste Führungsorgan, das seine Aufgaben wirksam wahrnahm, wählten die Delegierten aller Vereine auf ihrer Landesversammlung.

Die Organisationsdichte des demokratischen und des liberalen Vereinswesens ist nicht einmal annähernd präzise zu ermitteln. Die staatlichen Akten enthalten keine genauen Angaben, da die Vereine bis Juli 1850 nicht überwacht wurden<sup>15</sup>. Auch die Zeitungsberichte lassen Schätzungen nur in sehr begrenztem Maße zu. Boldt hat die Existenz von 445 Volksvereinen registriert<sup>16</sup>, von denen aber eine Vielzahl nur unbedeutend kleine Gruppen waren, die sich aus akuten politischen Anlässen spontan bildeten oder von einem größeren Verein ins Leben gerufen wurden, eine kümmerliche Existenz fristeten und bald wieder eingingen<sup>17</sup>. Durch Ausscheidung aller inaktiven Vereine versucht Boldt die Zahl der Vereine, von denen der „Nachweis einer spezifischen Tätigkeit bezeugt wird“<sup>18</sup>, mit 273 zu bestimmen.

---

12 Vgl. u. S. 135.

13 Die in den Volksvereinen organisierten württembergischen Demokraten scheinen sich an dem Versuch einer demokratischen Organisation auf Reichsebene nicht beteiligt zu haben; vgl. den Kongreßbericht in „Die Reform“ Nr. 187 ff., referiert bei Krause, S. 140 ff. Boldt geht kaum darauf ein (Volksvereine, S. 183 f.). Zu den Liberalen vgl. u. S. 115.

14 Vgl. die Abbildung zur Organisationsstruktur bei Boldt, Volksvereine, S. 85. Zitat: § 1 der Statuten, abgedruckt ebd. S. 258. Der Wortlaut stimmt fast völlig mit dem Vorschlag des Stuttgarter Volksvereins überein (Beob. Nr. 129 v. 15. Juli 1848).

15 Erst im Juli 1850 wies der Innenminister die Oberamtsmänner an, Berichte über die bestehenden Vereine einzusenden (HSTAS E 146 Bü 1959 Bl. 703). Die Berichte selbst geben nur selten genauere Zahlen. Meist bringen sie nur Sachverhalte, die bereits aus der Tagespresse bekannt waren oder sie ergeben sich in vagen Vermutungen. Der Innenminister hatte zwar schon am 17. Juni 1848 alle Oberämter angewiesen, auf aufrührerische Reden zu achten (ebd. Bl. 255), doch die Vereine wurden offensichtlich nicht überwacht. Denn im November 1848 konnte nur eine Kreisregierung (Neckarkreis, ebd. Bl. 234 ff.) eine Übersicht über das bestehende Vereinswesen geben, und auch sie summierte im wesentlichen nur die Zeitungsberichte.

16 Volksvereine, S. 128.

17 Einen guten Einblick in die Praxis einer solchen Vereinsfiliation bietet das Protokollbuch des Heidenheimer Volksvereins (StA Heidenheim), das von 1865 bis 1913 reicht.

18 Volksvereine, S. 129.

Doch selbst diese Zahl ist nicht ausreichend gesichert. Sie ist zumindest für jene Vereine wesentlich zu hoch angesetzt, die mit den übrigen näheren Kontakt hielten und über Veröffentlichungen und über die Teilnahme an Landes- und sonstigen Vereinsversammlungen am Prozeß der Willensbildung innerhalb der organisierten Demokraten teilhatten. Vor allem hat eine pauschale Angabe der Vereinszahl in der gesamten Revolutionszeit und eine darauf aufgebaute Schätzung der Mitgliederzahl<sup>19</sup> nur geringen Aussagewert, da die jeweilige Organisationsdichte von der allgemeinen politischen Konstellation abhing und sich entsprechend änderte. Politische Sturmzeiten, wie etwa während der Reichsverfassungskampagne, bewirkten Gründungswellen, die aber schnell wieder verebten. Deshalb ergibt sich ein verfälschtes Bild des Vereins- und Mitgliederbestandes, wenn man, wie Boldt, von der Gesamtzahl aller einmal belegten Vereine ausgeht, ohne zu berücksichtigen, daß diese Zahl die zeitlich auseinanderliegenden Gründungswellen mit z. T. nur kurzfristigem Bestand kumulativ zusammenfaßt. So werden die Bestandszahlen auch von jenen Vereinen addiert, die im zeitlichen Nacheinander, aber nicht gleichzeitig existierten. Mit Sicherheit läßt sich für die Zeit nach der organisatorischen Spaltung von Liberalen und Demokraten nur konstatieren, daß an der Eßlinger Versammlung vom Juli 1848 42 Vereine beteiligt waren<sup>20</sup>. Da diese Versammlung die für die künftige Organisationsstruktur und für das weitere politische Vorgehen so überaus wichtige Frage des Führungsorgans entschied, kann man davon ausgehen, daß die vertretenen Vereine den festen Kern der demokratischen Organisation bildeten. Diese Annahme wird erhärtet durch die Berichte über die Cannstatter Versammlung von Ende September 1848, die die wichtige Frage der Haltung zur Nationalversammlung diskutierte und bestimmte. Auf der Versammlung waren 44 Vereine vertreten<sup>21</sup>, die eine Mitgliederzahl von ca. 6100 aufwiesen<sup>22</sup>.

Das Abstimmungsverhalten der Mehrheit der Nationalversammlung zum Malmöer Waffenstillstand provozierte nicht nur verstärkt republikanische Aktivitäten<sup>23</sup> und eine Sammlungswelle<sup>24</sup>, sondern regte auch Vereinsgründungen an, denn der demokratische Landesausschuß vollzog den Beitritt zum Märzverein „namens der 70 ihn bildenden politischen Vereine“<sup>25</sup>. Die Agitationen im Zusammenhang

19 Boldt, ebd., S. 133 f., „berechnet“ die Gesamtmitgliederzahl mit 19 000. Dabei multipliziert er die ungeklärte Zahl der Vereine mit der noch ungesicherteren durchschnittlichen Mitgliederzahl pro Verein.

20 Chronik Nr. 203 I v. 26. Juli 1848. Jeder Verein hatte 3 Vertreter delegiert = 126 stimmberechtigte Teilnehmer. Das deckt sich mit den Abstimmungsergebnissen.

21 Chronik Nr. 260 I v. 30. September 1848. Boldt spricht ohne Belege von 45 (S. 133). Vgl. zur Cannstatter Versammlung auch u. S. 137.

22 Chronik Nr. 270 I v. 12. Oktober.

23 Vgl. vor allem Müller, Erhebungen, S. 145 ff. Zur Bedeutung dieses Beschlusses der Nationalversammlung für die liberale und die demokratische Bewegung vgl. Kap. B VI.

24 Vgl. die Tabelle bei Boldt, Volksvereine, S. 106.

25 Chronik Nr. 314 II v. 2. Dezember 1848.

mit den Beratungen der Nationalversammlung über die Oberhaupt- und Verfassungsfrage ließen die Zahl der Volksvereine weiter anwachsen. Auf der großen Ulmer Volksversammlung vom 24. Februar 1849 waren neben 6 bayerischen Vereinen 117 württembergische vertreten, von denen aber 59 sich auf insgesamt nur 16 Delegierte geeinigt hatten, während größere Vereine jeweils 1 bis 4 Vertreter entsandten. 9 Vereine waren zusammen nur durch einen und der Horber Verein mit 16 Zweigvereinen durch 2 Delegierte repräsentiert<sup>26</sup>. Jene 59 kleinen Organisationen bestanden vornehmlich aus Zweigvereinen, die sich zu insgesamt 12 Vereinsgruppierungen zusammengeschlossen hatten. Da diese gemeinsam Delegierte entsandten und so als Handlungseinheiten auftraten, kann man von 70 selbständigen Vereinen ausgehen<sup>27</sup>.

Ende März 1849 gab der Landesausschuß gegenüber dem Zentralmärzverein die Zahl der württembergischen Vereine mit 181<sup>28</sup> an, wobei die kleinen Zweigvereine, die nicht selbständig auftraten, wohl wieder mitgezählt wurden. Als Ende Mai die Versammlungs- und Vereinsgründungswelle als Reflex auf das Geschehen um die Nationalversammlung und die Vorgänge in Baden und der Rheinpfalz auf eine zuvor nie erreichte Höhe answoll<sup>29</sup>, kamen auf der großen Reutlinger Versammlung, die zumindest von Teilen der Demokraten als Fanal zur revolutionären Erhebung in Württemberg geplant war<sup>30</sup>, Vertreter von 202 Vereinen aus 49 Oberämtern zusammen<sup>31</sup>. Es bliebe ein Bestand von ca. 120 handlungsfähigen Vereinen, wenn man hypothetisch unterstellt, daß die Zahl der nicht namentlich aufgeführten Vereine, analog zu den Ende Februar genannten Organisationen, um ca. 40% zu reduzieren ist, um die kleinen Vereine auszuscheiden, die nicht selbständig auf überlokalen Versammlungen auftraten und abstimmten. Das war der höchste Grad der Organisationsdichte, den die Demokraten in der Revolutionszeit je erreicht haben und der nach dem endgültigen Scheitern der Revolution, als die politische Aktivität der Bevölkerung erlosch, rapide verfiel. Diesen Gipfelpunkt, der nur für sehr kurze Zeit zu halten war, kann man nicht als den normalen Stand des Organisationsgrades der württembergischen Demokraten betrachten. Der feste Kern bestand in jenen 42 bis 70 Vereinen, die seit der Spaltung der liberal-demokratischen Organisation im Juli 1848 konstant bis Ende Februar 1849 nachzuweisen

26 Beob. Nr. 49 v. 27. Februar 1849.

27 Die 59 (Zweig-)Vereine bildeten 12 Vereine, die als Handlungseinheiten auftraten, so daß die Differenz (47) von der Gesamtzahl aller genannten Vereine (117) zu subtrahieren ist. Boldt spricht ohne Belege für Ende Februar von 157 Vereinen (Volksvereine, S. 128). Er bezieht sich wohl auf den Bericht in: Chronik Nr. 37 II v. 13. Februar 1849, nach dem bei der Wahl des neuen Landesausschusses 157 Vereine abstimmten. Da der „Beobachter“ (Anm. 26) die versammelten Vereine alle namentlich aufführte, sollte man von dieser Zahl ausgehen.

28 Boldt, ebd., S. 128.

29 Vgl. die Tabelle ebd., S. 107.

30 Vgl. u. S. 142.

31 Chronik Nr. 128 v. 29. Mai 1849.

sind. Vom März bis Mai/Juni 1849 hatte sich diese Zahl dann fast verdoppelt<sup>32</sup>.

Der Organisationsgrad der Liberalen ist sehr viel schwieriger abzuschätzen als der der Demokraten. Während die Diskussion unter den Demokraten in den Spalten ihres Organs, des „Beobachters“, geführt wurde, stellte die „Schwäbische Chronik“, die den Liberalen in der Revolutionszeit nahestand, ein solch ausgeprägtes Kommunikationsmittel nicht dar. Die „Württembergische Zeitung“, das liberale Parteiorgan, erschien erst seit Juli 1849<sup>33</sup>, als das Vereinswesen auch bei den Demokraten bereits verfiel. Die große Dürftigkeit der Quellen zur liberalen Organisation ist aber nicht nur auf das Fehlen eines Parteiorgans zurückzuführen, sondern auch in der weit geringeren Dichte des liberalen Vereinsnetzes begründet. Ihre Organisationsunwilligkeit<sup>34</sup> spielte dabei ebenso eine Rolle, wie die im Vergleich zu den Demokraten geringere Attraktivität ihrer Politik auf die breite Bevölkerung, da die Liberalen Besitz und vor allem Bildung als Kriterien für den Genuß der vollen staatsbürgerlichen Rechte stark betonten<sup>35</sup>. Vor allem aber haben die grundsätzliche Übereinstimmung und die enge Zusammenarbeit<sup>36</sup> mit der Regierung, die sich aus führenden Liberalen zusammensetzte, ihre Bereitschaft zu stärkerem und organisatorisch verfestigtem parteipolitischem Engagement geschwächt. Sie waren mit der Regierungspolitik einverstanden und sahen deshalb keinen Grund, sich ähnlich wie die Demokraten zu organisieren. Diese Motivation zeigt sich auch darin, daß die organisierten Liberalen erst dann eine größere Aktivität zur Belebung des Vereinswesens entfalteten, als die Position der Regierung gefährdet schien<sup>37</sup> und als sie sich mit der Politik der neuen Regierung nicht mehr im Einklang befanden, sondern im Gegensatz zu ihr den Anschluß an die preußische Union forderten<sup>38</sup>.

Die Vereinsbildung der Liberalen war zudem dadurch belastet, daß die Demokraten das organisatorische Erbe der gespaltenen liberal-

---

32 Dabei ist es gleichgültig, ob man von den um die kleinen Vereine bereinigten Zahlen ausgeht (von ca. 70 auf ca. 120 Vereine) oder von den Gesamtzahlen (von ca. 117 auf 202 Vereine).

33 Vgl. o. S. 148. Die „Württembergische Zeitung“ hatte 1850/53 eine Auflage von 1200 Stück (Deutscher Zeitungskatalog 1850, 1853, S. 135, 157). Zur Entwicklung der Auflagenzahlen des „Beobachters“ vgl. Kap. D II, 4.

34 Die Klage wurde häufig erhoben.

35 Vgl. u. S. 169 f.

36 So notierte etwa Notter am 14. Juli 1848 in seinem Tagebuch (nicht bei Grube, Notter), daß Minister Duvernoy ihn bat, wegen des Verbots des demokratischen Kreisvereins einen „kleinen halboffiziellen Aufsatz“ zu schreiben. Notter erledigte diesen Auftrag im Ministerium selbst.

37 Vgl. z. B. den Aufruf zur Vereinsbildung im Lande durch den Stuttgarter Hauptverein, der durch Gerüchte über den drohenden Rücktritt der liberalen Regierungsmitglieder beunruhigt war (Chronik Nr. 300 II v. 16. November).

38 Vgl. Kap. B VI, 2.

demokratischen Bewegung fast geschlossen übernehmen<sup>39</sup>. Die Liberalen sahen sich somit gezwungen, ihr Vereinswesen völlig neu aufzubauen. Der Stuttgarter Hauptverein hatte aber schon zuvor seine Unfähigkeit zu einer solchen Aufgabe unter Beweis gestellt. Die Passivität des Hauptvereins sowie die Bereitschaft der Liberalen, Konservative organisatorisch zu integrieren, Republikaner aber statuarisch auszuscheiden<sup>40</sup>, hatte nicht nur zu einer Abspaltung der Vereine im Lande geführt, sondern darüber hinaus ein „tiefeingefressene[s] Mißtrauen, welches das Land gegen die Hauptstadt hegt“<sup>41</sup>, provoziert. Diese Emanzipationsbewegung der Vereine von der unzulänglich wahrgenommenen Führungsrolle des hauptstädtischen Vereins belastete das Ansehen der Liberalen im Lande, da sie die neue Organisationsstruktur der Demokraten nicht übernahmen, in der sich diese Emanzipation auch institutionell verfestigte, indem man einen gewählten Landesausschuß als oberstes Organ einrichtete.

Die mangelnde Bereitschaft der Liberalen, sich zu organisieren, dokumentierte sich in den Zustimmungserklärungen zur Politik des Märzministeriums und zur Haltung des liberalen Hauptvereins. Sie stammten nur zum kleineren Teil von liberalen Vereinen, sondern meist von Bürgern eines bestimmten Ortes, deren politische Übereinstimmung nicht zu organisatorischen Zusammenschlüssen führte. Oft ist nicht einmal klar zu erkennen, ob es sich um Proklamationen liberaler Vereine oder nur ad hoc zusammengetretener liberaler Bürger handelte.

Seit der Spaltung im Juli bis August 1848 sind, außer dem Stuttgarter Hauptverein, 21 liberale Vereine sicher nachweisbar, ohne daß von ihnen mehr als nur vereinzelte Lebenszeichen zu registrieren wären. Falls sie überhaupt über einen längeren Zeitraum hinweg existierten, so blieb ihre Bedeutung doch lokal eng begrenzt. Charakteristisch für die Art ihrer Tätigkeit dürfte die des Tübinger Vereins gewesen sein, der vornehmlich Vorträge veranstaltete, die von einem wechselnden Publikum besucht waren<sup>42</sup>.

---

39 Die Spaltung des Stuttgarter Vereins war atypisch, da dort die Mehrheit bei den Liberalen blieb und die Demokraten sich neu organisieren mußten, vgl. Chronik Nr. 188 II v. 9. Juli, 189 II v. 10. Juli, 191 v. 12. Juli 1848. Von den 42 Vereinen, die auf der Eßlinger Versammlung v. 24. Juli anwesend waren, akzeptierte nur der Stuttgarter liberale Verein nicht die dort verabschiedete neue Organisationsstruktur (Chronik Nr. 203 I v. 26. Juli). Zur Vereinsbildung in Heilbronn vgl. Weller, Heilbronn, S. 48. Erst die Reichsverfassungskampagne ließ einen neuen liberalen Verein entstehen.

40 Vgl. u. S. 153 f.

41 Beob. Nr. 138 v. 26. Juli 1848, vgl. auch Nr. 121 v. 7. Juli. Der Eßlinger Verein sprach sich zwar nicht für die Republik aus, aber die Festlegung auf die konstitutionelle Monarchie betrachtete er als einen Versuch zur Bevormundung durch den liberalen Hauptverein (ebd. Nr. 129 v. 15. Juli 1848).

42 Vgl. den Bericht des Tübinger Oberamtmanns an das Innenministerium v. 13. Juli 1850 (HSTAS E 146 Bü 1956 Bl. 520). Der Bericht nannte die Vorträge auf den gut besuchten Versammlungen „konservativ“.

Die Schwäche der Liberalen, eine überregionale Kommunikation zwischen den Gesinnungsfreunden im Lande zu organisieren, erklärt sich wesentlich aus der höchst unzureichenden organisatorischen Verklammerung der Vereine, die nur über den Stuttgarter Hauptverein miteinander verbunden waren. Ihnen fehlte neben einem Vereinsorgan eine institutionalisierte Kommunikationsebene, die sich die Demokraten in der Landesversammlung und dem Landesausschuß geschaffen hatten. Nur von dem Stuttgarter Hauptverein, dessen Statuten sich kaum von denen der demokratischen Vereine unterscheiden<sup>43</sup>, ist eine permanente politische Tätigkeit überliefert, nur er trat regelmäßig mit Erklärungen an die Öffentlichkeit und nur er scheint mit außerwürttembergischen „Vereinen gleicher Richtung“<sup>44</sup> in Verbindung getreten zu sein, ohne daß sich daraus ein dauerhafter Kontakt ergeben hätte.

Der Hauptverein rief zwar im August 1848 zur Vereinsbildung auf<sup>45</sup>, tat aber nichts, um den breiten Kreis von Sympathisanten im Lande<sup>46</sup> zu parteiartigen Gebilden zusammenzufassen. Die liberale Bewegung in Württemberg blieb in der gesamten Revolutionszeit organisatorisch weitgehend unstrukturiert. Sie begnügte sich damit, die Regierung und den tonangebenden Hauptverein durch Adressen und Erklärungen moralisch zu unterstützen. Das Feld der überregionalen Öffentlichkeitsarbeit überließ sie völlig dem Stuttgarter Verein. Diese Aufgabe — und nur diese — nahm er mit großem Geschick und erheblicher Aktivität wahr, so daß der Kreis der nicht oder nur spärlich organisierten Liberalen im Lande trotz der fehlenden gesamtwürttembergischen Organisation einen Bezugspunkt hatte, an dem er sich orientieren konnte. Die ständige Selbstpräsentation des Stuttgarter Vereins in der „Schwäbischen Chronik“ ermöglichte einen Willensbildungsprozeß, der die Liberalen in ganz Württemberg erfaßte und ihnen das Gefühl gab, zu einer Gesinnungspartei mit organisierter Spitze zu gehören. Die Gesinnungsgemeinschaft war nicht auf Handlungsfähigkeit hin konzipiert, doch sie war bei aktuellen Anlässen

---

43 Vgl. die Statuten des liberalen und des demokratischen Vereins in Stuttgart bei Boldt, Volksvereine, S. 256 f.

44 Chronik Nr. 218 II v. 12. August 1848. Es wurden genannt: Vereine in Berlin, Halle, Darmstadt, Karlsruhe, Düsseldorf und der Landesausschuß der badischen vaterländischen Vereine in Mannheim. Nur der Kontakt mit Karlsruhe wurde ein 2. Mal erwähnt (Chronik Nr. 239 II v. 6. September 1848). Der Hauptverein hatte somit indirekt Kontakt zum „Nationalen Verein“. Dieser Kontakt kann aber weder von Dauer noch von Bedeutung gewesen sein. Vgl. die Mitgliedsliste in: Nationaler Verein. Kurze Darstellung (1848), S. 4 ff. u. Faltblatt. Der Bericht der Neckarkreisregierung sprach pauschal von einer Verbindung „mit anderen konstitutionellen Vereinen in Deutschland“ (HSTAS E 146 Bü 1959 Bl. 230). Zum „Nationalen Verein“ vgl. Eichmeier, Parteibildung, S. 18 ff.

45 Chronik Nr. 218 II v. 12. August 1848.

46 Vgl. die vom Stuttgarter Verein veröffentlichten Listen von Orten, aus denen zustimmende Zuschriften kamen und z. T. Vereinsbildungen im Entstehen seien, ohne daß diese Vereine aber später hervorgetreten wären.

artikulationsfähig<sup>47</sup>. Ihre Bereitschaft zur punktuellen Mobilisierung der liberalen bürgerlichen Öffentlichkeit und ihre Unwilligkeit zur festen außerparlamentarischen Organisation deckten sich mit ihrem Parteiverständnis.

Den unterschiedlichen organisatorischen Aufbau des liberalen und des demokratischen Vereinswesens interpretiert Boldt allzu vereinfacht als Ausdruck eines mehr „demokratischen“ bzw. „autoritären“ Vereinsgefüges<sup>48</sup>. Hinter der differierenden Organisationsstruktur verbarg sich vielmehr ein tiefgreifender Unterschied in der Beurteilung der Aufgaben der Vereine durch Liberale und Demokraten, was vor der Folie eines unterschiedlichen Parteiverständnisses zu interpretieren ist.

Am Vorabend der Revolution hatten sich in der öffentlichen Diskussion Ansätze zu einem modernen Parteiverständnis gezeigt, die mit Parteien dauerhafte Organisationen assoziierten<sup>49</sup>. Diese rudimentären Ansätze zu einer Parteitheorie, die das vormärzliche Parteiverständnis bereits überstiegen, hatten die Aufsplitterung der bürgerlichen Oppositionsfront in Parteien noch nicht mit einbezogen. Man ging noch von der Prämisse einer einheitlichen, ungespaltenen Opposition aus, die als progressive „Partei“ gegen die konservativen Mächte organisiert werden sollte. Die Regierungsbildung aus der Opposition heraus unterbrach die kaum angebahnte Theoriediskussion. Die grundsätzliche Übereinstimmung der Liberalen mit der Politik „ihres“ Ministeriums hatte zudem für sie jede Parteibildung, die nur als prinzipielle Opposition gegen die Regierung gedacht wurde, negativ vorbelastet. Die Liberalen distanzieren sich „von dem Gedanken, eine Regierung neben der Regierung darstellen zu wollen“<sup>50</sup>, was sie als Hauptmotiv für die Umgestaltung der Vereinsstruktur durch die Demokraten argwöhnten. Ihren Verdacht, daß der Landesausschuß die Funktion einer außerparlamentarischen Nebenregierung und zugleich eines Aufsichts- und Steuerungsorgans für das Verhalten der Parlamentarier anstrebe, sahen sie bestärkt durch den Beitritt der demokratischen Organisationen zum Zentralmärzverein, der parlamentarische Fraktion und außerparlamentarische Partei verbinden wollte<sup>51</sup>. Die Liberalen vermochten darin nur den Versuch zu einem

---

47 Vgl. etwa eine „Zuschrift“ Stuttgarter Bürger an den liberalen Verein mit ca. 1000 Unterschriften (Chronik Nr. 64 v. 16. März 1849) oder die zahlreichen Proteste gegen die Reutlinger Beschlüsse (Chronik Nr. 137 II v. 8. Juni, 139 v. 10. Juni 1849). Der liberale Verein des Oberamtes Herrenberg, der ca. 300 Mitglieder hatte (Chronik Nr. 64 I v. 16. März 1849), gab seit Mai 1849 sogar ein eigenes Vereinsblatt heraus. Wie lange es erschien, ist nicht feststellbar. Vgl. Nr. 2 des Blattes v. 24. Mai 1849 (HSTAS E 146 Bü 1959 Bl. 618). Im Oktober unterzeichneten 12 „vaterländische Vereine und Gesellschaften“ eine Eingabe an die Regierung (Chronik Nr. 250 I v. 18. Oktober 1849).

48 Volksvereine, S. 84 ff.

49 Vgl. Kap. A II, 1.

50 Punkt 8 des Pfizerschen Programms, bei: Boldt, Volksvereine, S. 244.

51 Vgl. o. S. 139.

„Neben- und Gegenparlament“ und zur „Klubtyrannei“<sup>52</sup> zu erblicken. Sie vertraten entschieden das freie Mandat der Abgeordneten, die „als Abgeordnete des ganzen Landes, nicht des einzelnen Wahlbezirks“<sup>53</sup> in freier Willensbildung das *bonum commune* zu ermitteln haben. „Das Wohl des Vaterlandes darf nicht den Wogungen des Parteigeistes mit der Regellosigkeit seiner Launen und Geschicke überantwortet werden“<sup>54</sup>. Die Partei- und darüber hinaus auch die Fraktionsbindung, den „Klubterrorismus“ im Gegensatz zu „gesellschaftlichen Zusammenkünften“<sup>55</sup> der Abgeordneten, verwarfen sie als unvereinbar mit dem Postulat der deliberierenden Willensbildung innerhalb des Parlaments. Zudem erschienen ihnen solche Bindungen als hinderlich für ihren Versuch, sich mit den Konservativen auf Grund gemeinsamer Anerkennung der konstitutionellen Monarchie zu arrangieren, um die Märzerrungenschaften abzusichern und gleichzeitig ein Bollwerk gegen weitergehende Forderungen aus Bürgertum und Unterschichten aufzubauen<sup>56</sup>. „Nicht Verewigung der Parteien [des Fortschritts und des Beharrens], sondern Versöhnung, Eintracht und Verschmelzung, auf wahrhaft freisinnige Grundsätze hin, ist der Wunsch und die Aufgabe der wahren Vaterlandsfreunde“<sup>57</sup>. Mit diesen Worten verteidigte man die programmatische Öffnung des liberalen Hauptvereins nach rechts, die die Demokraten zum Anlaß für ihre organisatorische Abspaltung nahmen<sup>58</sup>.

Erst nach dem Scheitern der bürgerlichen Emanzipationsbewegung gingen vom Stuttgarter Führungszirkel der Liberalen stärkere Impulse aus, um bewußt von der Zentrale her Vereinsgründungen anzuregen<sup>59</sup>, während die Vereine 1848/49 spontan von unten her entstanden waren. Doch auch diese Versuche zielten nicht auf den Aufbau einer dauerhaften Organisation. Sie sollten nur die öffentliche Meinung für eine zeitlich begrenzte Zielsetzung — Anschluß an die Union — mobilisieren und zur Bildung von Wählervereinigungen führen, um die oft beklagte Zersplitterung der Liberalen in den Wahlkämpfen und bei der Kandidatennominierung zu verhindern<sup>60</sup>. Unter Führung des ehemaligen Märzministers Duvernoy konstituierte sich im Januar 1850 in Stuttgart ein Wahlverein, der zur Bildung ähnlicher Klubs im Lande aufforderte, damit „die konstitutionell-liberale Partei

52 Aus einer Erklärung des liberalen Hauptvereins, Chronik Nr. 319 I v. 8. Dezember 1848.

53 WZ Nr. 4 v. 13. Juli 1849 „Die Wahlen zur Revision der Verfassung“.

54 Ebd.

55 WZ Nr. 112 v. 13. Mai 1851.

56 Vgl. dazu Kap. B V, 3.

57 Chronik Nr. 189 II v. 10. Juli 1848.

58 Vgl. u. S. 159 f.

59 Vgl. die Briefe Duvernoys an Pfarrer Dietrich v. 3. Januar, 6. Januar und 14. Februar 1850, NL Dietrich.

60 „Wir Alt-Liberale scheinen noch nicht die Wahrheit des Spruchs anzuerkennen: Eintracht macht stark.“ (Ebd. v. 25. Januar 1850.)

bei den bevorstehenden Wahlen die gehörige Tätigkeit entwickle“<sup>61</sup>. Die Stuttgarter Gesellschaft beschränkte sich ganz darauf, Vereinsgründungen anzuregen und die Vereinstätigkeit zu koordinieren. Damit ging sie noch hinter die Praxis der liberalen Vereine von 1848/49 zurück, die zwar auch „Partei“ als Gesinnungsgemeinschaft begriffen, die über lokale Vereine die Wahlen organisieren sollte. Doch diese Vereine stellten nach den Wahlen nicht völlig ihre Tätigkeit ein, sondern formulierten auch in der wahlfreien Zeit die Vereinsmeinung zu einzelnen Problemen der Tagespolitik. Letztlich bedeutete aber dieser institutionelle Fortbestand eine durch die festere demokratische Organisation „erzwungene Parteilichkeit“ der Liberalen, die ihre „Parteiunwilligkeit“<sup>62</sup> nur so lange überdeckte, als die Aktivität der demokratischen Vereine die Liberalen zur außerparlamentarischen Reaktion nötigte. Sie sahen die von den Demokraten erzwungene Permanenz ihrer Organisation mit dem Makel des Außerkonstitutionellen belastet und vermieden deshalb jeden Schein einer Einmischung in den Kompetenzbereich der verfassungsmäßigen Institutionen<sup>63</sup>. In der Ablehnung, Verein und Fraktion zur Partei zu verbinden, zeigten sich die Liberalen dem traditionellen vormärzlichen Parteiverständnis verhaftet, das sie erst in den 1860er Jahren durchbrachen, als sich in Württemberg organisatorisch verfestigte Parteien herausbildeten<sup>64</sup>.

Auch die Demokraten entwickelten in der Revolutionszeit keine Parteitheorie im modernen Sinne und nur beschränkt eine Parteipraxis<sup>65</sup>. Doch sie zeigten in viel stärkerem Maße Ansätze zu einer Parteipraxis als die Liberalen. Die demokratische Organisationsstruktur tendierte zum Aufbau einer dauerhaften Parteiorganisation mit statuarisch festgelegten Gremien und Kompetenzverteilung und mit institutionalisierter Willensbildung von unten nach oben. Die Demokraten versuchten zudem, allerdings ohne Erfolg, den außerparlamentarischen und den parlamentarischen Bereich zu verklammern, indem sie in der Praxis, nicht in der Theorie, die Abgeordneten an Vereins-, Wähler- und Parteibeschlüsse binden, sie kontrollieren und über den moralischen Druck durch Adressen, Proklamationen u. ä. ihr Mandat einem imperativen annähern wollten<sup>66</sup>. Wenn man auch mit Boldt die demokratischen Vereine als eine Organisation sui generis begreift, so waren sie doch eine bereits stark entwickelte Vorform von parteimäßiger Organisation, die erst in der nachrevolutionären Zeit, als die

61 Ebd. v. 6. Januar.

62 Eichmeier, S. V. Vgl. dagegen Schieder (Grundlagen und Epochen, S. 149), der die „geistige und politische Initiative“ zur Parteibildung bei den liberalen Gruppen sieht. Vgl. auch o. S. 14.

63 Zu dem analogen Verhalten des „Nationalen Vereins“ und seiner Ablehnung einer Verbindung von außerparlamentarischem Verein und Fraktion vgl. ebd. S. 69.

64 Vgl. Kap. D.

65 Dies zu belegen ist ein Hauptmotiv von Boldt, Volksvereine.

66 Vgl. die Beispiele ebd., S. 190 ff.; s. auch Kap. D II, 5.

politische Aktivität der Bevölkerung und damit auch der Vereine erlosch, zu Hilfsorganen der Fraktion wurden<sup>67</sup>.

Diese grundsätzlich unterschiedliche Haltung zur Parteipraxis war auf seiten der Demokraten Ausdruck einer mehr unreflektierten Bejahung von Parteibildung — eine Bejahung, die sich organisatorisch bereits verfestigte, theoretisch aber ungeklärt blieb<sup>68</sup>. Die Liberalen hingegen lehnten bewußt alle Ansätze zur Parteibildung ab. Auf diese Ablehnung ist wesentlich die mangelnde Bereitschaft der Liberalen zurückzuführen, die demokratische Vereinsstruktur zu übernehmen.

---

<sup>67</sup> Dazu ebd., S. 231 ff. Am 19. Juni 1850 schloß sich die Fraktion als „Volkspartei“ zusammen (S. 195).

<sup>68</sup> Die Erklärung des engeren Ausschusses der Volksvereine in Württemberg v. 27. Juli 1848 (Beob. Nr. 141 v. 29. Juli 1848) belegt das recht deutlich.

### III. Zur Sozialschichtung der bürgerlichen Bewegung

Das Bild, das sich Liberale und Demokraten voneinander machten, und das Urteil über die Ziele des politischen Gegners wurden wesentlich von der Vorstellung mitbestimmt, die Liberale und Demokraten von dem sozialen Rekrutierungsfeld des politischen Gegenspielers hatten. Das Urteil über die soziale Zusammensetzung der konkurrierenden Bewegung hat in erheblichem Maße die Trennung zwischen liberaler und demokratischer Bewegung mitbewirkt und zementiert<sup>1</sup>. Um ermessen zu können, ob dieses Urteil ein Vorurteil war, soll zunächst die Sozialschichtung beider Bewegungen analysiert werden. Allerdings läßt sich eine solche Untersuchung auf Grund der Quellenlage nicht in der wünschenswerten Breite durchführen. Für die Demokraten ist nur die soziale Zusammensetzung einer relativ breiten Führungsschicht zu ermitteln<sup>2</sup>, während für die liberale Bewegung das Sozialgefüge der Gesamtmitgliedschaft des Stuttgarter Hauptvereins und jener Liberaler festgestellt werden kann, die an der großen Plochinger Versammlung vom Januar 1850 zugunsten des Anschlusses an die preußische Union<sup>3</sup> teilnahmen bzw. den verabschiedeten Aufruf unterzeichneten.

Das nahezu völlige Ausscheiden der Bauern aus der politischen Bewegung wird aus den Zahlen ebenso deutlich<sup>4</sup> wie der starke Rückgang der politischen Aktivität der Handwerkerschaft. Die unterbürgerliche Schicht der Fabrikarbeiter, Arbeiter, Tagelöhner usw. konnten auch die Demokraten organisatorisch nicht erfassen. Sie war von ihnen kaum, von den Liberalen gar nicht umworben worden. Der Anteil der Gesellen an den „Handwerkern“ ist aus den Quellen nicht zu ermitteln. Die gesamte Handwerkerschaft zählte 1852 21,4% der politisch organisationsfähigen Bevölkerung, d. h. der männlichen Erwachsenen<sup>5</sup>. Dem entsprach im Juli 1848 noch in etwa ihr prozentualer Anteil an der Mitgliedschaft des Stuttgarter liberalen Vereins, während sie Anfang 1850 nur noch knapp 8% jener Liberalen stellten, die den Anschluß an Preußen forderten. Die demokratischen Vereine

1 Vgl. vor allem B V. Zur sozialen Basis und der daraus resultierenden Politik des 48er Liberalismus vgl. allgemein Schieder (Krise, S. 68) und die in Anm. 15 S. 14 genannte Literatur.

2 Vgl. Boldt, Volksvereine, S. 134 ff.

3 Vgl. Kap. B VI, 2.

4 Allerdings ist zu berücksichtigen, daß der Anteil der Bauern an der breiten Mitgliedschaft vor allem wohl der demokratischen Vereine höher lag, vgl. Boldt, Volksvereine, S. 137. Vgl. auch u. S. 123. Der „Beobachter“ (Nr. 31 v. 6. Februar 1850 Anm. 2) behauptete, daß die Volkspartei in „ihrer ungeheuren Mehrheit aus Gewerbetreibenden und Landwirten bestehe“. Das ist mit Sicherheit falsch.

5 Berechnet nach WJbb 1862/2, S. 240, 283.

A) Bürgertum <sup>6</sup>	I Volksvereine <sup>7</sup> (Führungsschicht)		II Mitglieder <sup>8</sup> des liberalen Hauptvereins Stuttgart (Juli 1848)		III Plochinger <sup>9</sup> Versammlung (Januar 1850)	
	Berufe	Personen	%	Personen	%	Personen
Privatiers, Rentiers	—	—	2	0,5	3	0,5
Rechtsanwälte	43	7,1	4	1	20	3,2
Prof., Privatdozenten	—	—	13	3,1	34	5,4
Ober-, Reallehrer, Rektoren,						
Provisoren, Präzeptoren	35	5,7	12	2,9	37	5,9
Ärzte, Tierärzte	32	5,3	6	1,45	25	4
„Doktoren“	8	1,3	11	2,6	12	1,9
Höhere Justiz- und Ver- waltungsbeamte, Ass.	28	4,6	48	11,7	83	13,2
Schultheißen	28	4,6	0	0	45	7,2
Pfarrer, Dekane	25	4,1	1	0,25	55	8,7
Fabrikanten	20	3,3	8	1,9	24	3,8
Kaufleute	55	9,1	109	26,4	119	18,9
Bankiers	—	—	4	1	1	0,2
Höhere Angestellte	—	—	7	1,7	4	0,6
Apotheker	15	2,5	5	1,2	24	3,8
Redakteure	13	2,1	4	1	2	0,3
Freiberufliche (Künstler, Schriftsteller)	9	1,5	2	0,5	2	0,3
Buchhändler	8	1,3	11	2,6	11	1,8
Studenten	7	1,1	0	0	1	0,2
Gutsbesitzer	7	1,1	0	0	3	0,5
Städträte (o. Berufsangabe)	—	—	5	1,2	5	0,8
Offiziere	—	—	2	0,5	1	0,2
<b>Gesamt</b>	<b>333</b>	<b>54,7</b>	<b>254</b>	<b>61,5</b>	<b>511</b>	<b>81,4</b>
<b>B) Kleinbürgertum</b>						
„Handwerker“	109	18,1	75	18,2	45	7,1
Als Meister belegt	—	—	22	5,3	5	0,8
Elementarlehrer	57	9,5	1	0,25	15	2,3
Wirte, Posthalter,						
Bierbrauer, Konditoren	39	6,4	8	1,9	13	2
Niedere Verw.beamte	39	6,4	17	4,1	26	4,1
Werkmeister	9	1,5	7	1,7	3	0,5
Angestellte	4	0,6	15	3,65	4	0,6
Bauern	6	1	0	0	6	0,9
Weingärtner	3	0,5	0	0	0	0
Soldaten	3	0,5	0	0	0	0
<b>Gesamt</b>	<b>289</b>	<b>44,5</b>	<b>145</b>	<b>35,1</b>	<b>117</b>	<b>18,3</b>
<b>C) Unterschicht</b>						
Fabrikarbeiter	5	0,8	0	0	0	0
Arbeiter	—	—	1	0,25	0	0
<b>D) Adel</b>						
	—	—	13	3,15	2	0,3
<b>A-D</b>	<b>607</b>	<b>100</b>	<b>413</b>	<b>100</b>	<b>628</b>	<b>100</b>

Berufsbereiche	I	II	III	Anteil der Berufsbereiche an der erwachsenen, männl. Bevölkerung, Ende 1861 <sup>13</sup>
	%	%	%	
Landwirtschaft	2,6	0,0	1,4	53,7
Gewerbe <sup>10</sup>	43,2	65,6	36,6	38,3
Dienstleistung <sup>11</sup>	54,2	30,75	61,2	5,0
Sonstige <sup>12</sup> (Adel)	—	0,55	0,5	3,0 <sup>14</sup>
	—	3,15	0,3	
	100	100	100	100

dürfte die Entpolitisierungstendenz unter den Handwerkern mindestens genauso stark getroffen haben<sup>15</sup>.

Die starke bildungsbürgerliche Prägung derjenigen Schicht innerhalb der bürgerlichen Emanzipationsbewegung, die sich öffentlich artikuliert, ist sowohl für die Demokraten als auch für die Liberalen evident. Die akademischen Berufe waren bei den Demokraten mit 29,2% vertreten und bei den Liberalen mit 42,5% (III). Ihr relativ geringer Anteil an der Mitgliedschaft des Stuttgarter Vereins (23%) ist damit zu erklären, daß hier im Gegensatz zu den Zahlen für die Demokraten und die Liberalen Anfang 1850 (III) die gesamte Vereinsmitgliedschaft und nicht nur die weitere Führungsschicht erfaßt werden. Zudem mußten Berufe wie die des Pfarrers und des Arztes auf Grund

6 Ich übernehme die von Boldt vorgenommene Berufseinteilung, um einen Vergleich mit den Liberalen zu ermöglichen. Sind in Rubrik I keine Werte genannt, so hat Boldt die betreffende Berufssparte nicht erfaßt. Er hat leider die Sozialschichtung ebensowenig nach verschiedenen Zeitpunkten differenziert wie die Vereins- und Mitgliederzahlen. Veränderungen lassen sich deshalb für die Demokraten nicht ersehen. Die Abgrenzung zwischen Bürgertum und Kleinbürgertum ist gewiß problematisch (vgl. u. S. 19); vor allem zur Unterschicht hin, zu der nur die Arbeiter gezählt werden, da der Anteil der Gesellen an den „Handwerkern“ nicht feststellbar ist. Weber (Soziale Struktur und politische Ideologie, S. 1193 Anm. 18) rechnet für Sachsen alle Handwerker, die nicht ausdrücklich als Meister belegt sind, zu den Gesellen. Ich sehe, zumindest für Württemberg, dazu keine Berechtigung.

7 Zahlen für die Volksvereine nach Boldt, S. 135 f.

8 Ermittelt nach Beilage zum „Merkur“, Nr. 204 v. 21. Juli 1848; 213 v. 6. August 1848.

9 Ermittelt nach den Unterschriftslisten (Chronik und WZ, Januarausgaben 1850).

10 Berufsgruppen Industrie, Handel, Gewerbe.

11 Berufsgruppen Wissenschaft, Gesundheitspflege, Erziehung, Unterricht, Kultur und Verwaltung, Justiz, Militär, Kirche.

12 Privatiers, Rentiers.

13 Ermittelt nach Königreich Württemberg 1863, S. 350 ff. Die entsprechenden Zahlen für 1848/49 sind nicht bekannt. Gravierende Umschichtungen haben in der Zeit von 1848—1861 nicht stattgefunden. So betrug z. B. der Anteil der im Gewerbe beschäftigten männlichen Erwachsenen 1852 40,5% und 1861 45,8% bzw. 13,1 u. 15,6% der Gesamtbevölkerung (WJbb 1862/2, S. 283). Vgl. die entsprechenden Angaben zu den 1860er Jahren für andere deutsche Länder bei Köllmann, Arbeitskräftepotential, S. 222. Sein Vermerk (S. 237 Anm. 16), daß die Zahlen für Württemberg nicht zu ermitteln seien, trifft nicht zu.

14 Privatiers, Rentiers, Leibgedinge, Erwerbslose.

15 Vgl. o. S. 141 f. u. Kap. B VII, 4.

der lokalen Begrenztheit des Erhebungsfeldes im Vergleich zum Landesdurchschnitt notwendigerweise unterrepräsentiert sein. Auch der relativ hohe Anteil des Adels ist aus den speziellen Stuttgarter Verhältnissen im Juli 1848 zu verstehen, als die liberale Organisation sich programmatisch nach rechts öffnete<sup>16</sup>. Die Vereinsmitgliedschaft des „Hofes“ im weiteren Sinne ist noch höher anzusetzen, denn allein bei 3% der Mitglieder ist ihre Beschäftigung am Hofe erkennbar (Hofkammerküfer, Hofgürtler, Ministerialkanzlist usw.). Vor diesem Hintergrund muß die Klage der aus dem Verein austretenden Demokraten gesehen werden über die Bereitschaft der Liberalen, sich mit einem „guten Teil der ganzen Grundsuppe der früheren reaktionären Partei“<sup>17</sup> zu verbinden.

Eine deutliche parteipolitische Trennlinie verläuft zwischen den höheren und niederen Beamtenrängen. Während sich die Liberalen zu 17,7% (II) bzw. 24,5% (III) aus der höheren Beamtenschaft rekrutierten, stellte diese nur 10,3% der demokratischen Führungsschicht. Die niedrigere Beamtenschaft einschließlich der Elementarlehrer zeigte hingegen eine deutliche Präferenz für die Demokraten (15,9%), während sie nur 4,35% (II) bzw. 6,4% (III) der Liberalen ausmachte. Vor allem die Elementarlehrer, die soziale Besserstellung forderten, waren bei den Demokraten stark und in den einzelnen Vereinen auch oft tonangebend vertreten<sup>18</sup>. Nach einem Bericht des Tuttlinger Oberamtmanns gehörten zu den Vorständen der 8 Volksvereine in seinem Bezirk 2 Bauern, 2 Handwerker, 1 Kaufmann und 3 „Schulmeister“<sup>19</sup>.

Bankiers sind bei den Demokraten gar nicht nachzuweisen. Auch die Kaufleute engagierten sich wesentlich stärker innerhalb der liberalen Bewegung (26,4 bzw. 18,9%) als in der demokratischen (9,1%). Daß die Fabrikanten an beiden politischen Richtungen des Bürgertums etwa gleichstark partizipierten, wird man wohl auf die niedrige Schwelle zurückführen müssen, die man in Württemberg zur Abgrenzung von Gewerbebetrieben und Fabriken ansetzte<sup>20</sup>.

Der Anteil der gewerblichen Berufsgruppen an der demokratischen und der liberalen Bewegung deckt sich annähernd mit dem an der gesamten erwachsenen, männlichen Bevölkerung<sup>21</sup>. Das ist z. T. darin begründet, daß die Überrepräsentation der Kaufleute die zunehmende Unterrepräsentation der Handwerker weitgehend kompensierte.

Der bei Demokraten und Liberalen gleichermaßen überaus stark überrepräsentierte Dienstleistungssektor weist in seiner Sozialschich-

16 Vgl. Boldt, Volksvereine, S. 37 ff.

17 Beob. Nr. 121 v. 7. Juli 1848.

18 Vgl. Boldt, Volksvereine, S. 137. Zum Anteil der Volksschullehrer an der demokratischen Bewegung in Sachsen vgl. Weber (Anm. 4) (S. 1191) und allgemein Riehl (Bürgerliche Gesellschaft, S. 82) zum „Lehrerproletariat“.

19 HSTAS E 146 Bü 1952 Bl. 243 f.

20 Vgl. o. Anm. 55, S. 40.

21 Der stark abweichende Wert des Stuttgarter Vereins ist wohl auf das spezifisch städtische Berufsbild dieses Vereins zurückzuführen.

tung charakteristische, parteispezifische Unterschiede auf. Bei den Demokraten setzte er sich mit ca. 31% der Gesamtzahl aller statistisch erfaßten Mitglieder überwiegend aus dem Bürgertum und mit ca. 23% aus dem Kleinbürgertum zusammen. Dabei ist wiederum das Rekrutierungsfeld zu berücksichtigen, denn in der breiten Führungsschicht war die studierte Intelligenz (29,2%) im Vergleich zur Gesamtmitgliedschaft zweifelsohne stark überrepräsentiert. In der Mitgliedschaft des liberalen Vereins in Stuttgart wurde der Dienstleistungsbereich zu ca. 24% aus dem Bürgertum und zu 6% aus dem Kleinbürgertum gebildet und bei den in Rubrik III erfaßten Liberalen betrug der bürgerliche Anteil ca. 53% und der kleinbürgerliche ca. 8%.

Generell läßt sich konstatieren, daß sich die Demokraten weit stärker auf die kleinbürgerlichen Sozialschichten stützten als die Liberalen, wobei für die relativ hohe kleinbürgerliche Mitgliederquote an dem Stuttgarter liberalen Verein zu bedenken ist, daß hier im Gegensatz zu den Werten für die Demokraten und für die Liberalen Anfang 1850 die gesamte Mitgliedschaft erfaßt werden konnte. Der kleinbürgerliche Anteil an der breiten Mitgliedschaft der demokratischen Vereine, die für uns namenlos bleibt und statistisch nicht erfaßbar ist, lag mit Sicherheit wesentlich höher<sup>22</sup>. Am ehesten wird die unterschiedliche soziale Basis von Liberalen und Demokraten bei dem Vergleich der Rubriken I und III deutlich, wonach das Verhältnis von Bürgertum zu Kleinbürgertum 54,7 zu 44,5% bei den Demokraten und 81,4 zu 18,3% bei den Liberalen betrug. In beiden Fällen wird eine relativ breite Führungsschicht und somit ein in etwa vergleichbarer Personenkreis erfaßt. So begrenzt auch das Erhebungsfeld für die genannten Zahlen ist — sie belegen, daß die demokratische und die liberale Bewegung sich nahezu ausschließlich auf das Bürgertum stützten, allerdings mit deutlich unterschiedlicher Gewichtung zu seinem oberen bzw. unteren Rand hin. Die Unterschichten wurden organisatorisch fast kaum erfaßt. Die heftigen politischen Auseinandersetzungen zwischen Demokraten und Liberalen spielten sich also innerhalb des Bürgertums ab, das über den Kampf in seinem Schoß immer mehr den Kampf gegen den gemeinsamen Gegner aus den Augen verlor<sup>23</sup>.

Die ermittelte Sozialschichtung der liberalen und der demokratischen Bewegung deckt sich nur z. T. mit der Selbsteinschätzung beider Gruppen und noch weniger mit der Fremdeinschätzung durch den politischen Gegner. Die Demokraten sprachen von einem „vermittelt des Besitzes monopolisierten Liberalismus“<sup>24</sup>. Das traf nur bedingt zu, denn die bildungsbürgerliche Prägung des württembergischen

---

22 Vgl. Boldt, Volksvereine, S. 137 f. Für Heilbronn konstatiert das Weller, Heilbronn, S. 102.

23 Vgl. Kap. B IV, V.

24 Beob. Nr. 36 v. 7. Mai 1848.

Liberalismus als Massenbewegung war der besitzbürgerlichen mindestens ebenbürtig und dominierte innerhalb des engeren Führungskreises. Das Verhältnis von „Besitz“ und „Intelligenz“<sup>24a</sup> in dem Führungszirkel des Stuttgarter liberalen Vereins betrug jeweils etwa 1 zu 2. Der Wahlvorschlag des von den Liberalen getragenen „Konstitutionellen Wahlvereins“<sup>25</sup> enthielt sogar knapp 65% Vertreter akademischer Berufe und nur etwa 12% Kaufleute und Fabrikanten. Die kleinbürgerliche Schicht war mit ca. 6% vertreten. Die bildungsbürgerliche Dominanz in dem engeren Führungskreis erklärt die Bereitschaft in den liberalen Proklamationen, das Kriterium des Besitzes für den Genuß voller staatsbürgerlicher Rechte gegenüber dem der Bildung zurücktreten zu lassen, wenngleich man nicht ganz darauf verzichtete.

Die starke soziologische Fixierung der liberal-konstitutionellen Bewegung auf „Bildung“, die überwiegend im Staatsdienst stand, und auf „Besitz“ bedingte ihre politische und organisatorische Schwäche, denn, so erkannte das liberale Parteiorgan selbstkritisch, „gerade hier wirken Besitz und Geschäft nachteilig für die Partei. Man muß seiner Fabrik vorstehen, seinen Laden hüten, sein Gut verwalten, seinem Amt obliegen, lauter Bedenklichkeiten, von denen die Radikalen wenig oder nicht geplagt werden, weil sie, gestehen wir es offen, teils aufopfernder sind, teils eine größere Zahl von Männern in ihren Reihen zählen, die sich ihrem Berufe leichter entziehen können“<sup>26</sup>.

Die soziale Basis der Liberalen bildet auch den Hauptgrund, vor dem ihre Einschätzung der Demokraten zu sehen ist, die die Realität völlig verzeichnete<sup>27</sup>. Die Öffnung der Demokraten nach unten, die nur in Proklamationen<sup>28</sup>, nicht aber organisatorisch vollzogen wurde, beschwor in den Augen der Liberalen das „Schreckgespenst des Kommunismus“<sup>29</sup> in Gestalt der „roten Republik“, die Besitz- und Bildungselite gleichermaßen als bedrohlich für ihre gesellschaftliche und politische Stellung erschien.

Die Demokraten trugen durch ihre Polemik gegen die „Bourgeoisie“<sup>30</sup> dazu bei, daß sich im Bewußtsein der Liberalen ein „Phantom der sozialen Republik“<sup>31</sup> ausbildete. Auch die unentschlossene Politik der Demokraten, ihr Schwanken zwischen dem Versuch, sich mit dem getrennt organisierten Handwerkerproletariat zu verbinden und dennoch den Bruch des bürgerlichen Lagers zu vermeiden<sup>32</sup>, ist von der Sozialschichtung ihrer Anhänger her zu verstehen. Eine nähere

---

24a Diese Unterscheidung, die keine Wertung bedeutet, wurde auf Grund der Berufe (kaufmännische bzw. akademische) vorgenommen.

25 Vgl. WZ Nr. 6 v. 15. Juli 1849.

26 WZ Nr. 75 v. 29. 3. 1851.

27 Vgl. Kap. B IV, 4.

28 Vgl. Kap. B IV, 2.

29 Beob. Nr. 45 v. 16. April 1848.

30 Vgl. u. S. 133. S. auch Beob. Nr. 161 v. 28. Juni 1849 „Für die Heuler“.

31 WZ Nr. 94 v. 27. Oktober 1849.

32 Vgl. Kap. B IV, 2; VII 3.

Verbindung zu den Arbeitervereinen, die zumindest zeitweise die demokratischen Führungskreise anstrebten, war für eine Bewegung, die ihre Massenbasis im Kleinbürgertum und zu erheblichem Teil auch im gehobenen Bürgertum hatte, nicht vollziehbar. Gerade die untere, z. T. schon proletarische Randzone des Kleinbürgertums forderte wirtschaftlich-soziale Absicherung gegen den drohenden Abstieg in das Proletariat<sup>33</sup>, nicht aber bürgerlich-proletarische Zusammenarbeit. Und nicht zuletzt belegt der Befund über die Sozialschichtung der demokratischen Vereine, daß die liberale Polemik gegen die revolutionären oder gar sozialrevolutionären Demokraten eine Legende produziert hat<sup>34</sup>. „Wenn es in Deutschland zu einer neuen Revolution kommt, wird sie schwerlich von den württembergischen Vereinen ausgehen [. . .]. Eine Revolution zerstört den Boden unter unseren Füßen<sup>35</sup>.“ Dieses Fazit des demokratischen Parteiorgans vom März 1849 wird auch durch das Sozialprofil der demokratischen Bewegung bestätigt.

---

33 Vgl. Kap. B VII, 4.

34 Vgl. Kap. IV, 4.

35 Beob. Nr. 62 v. 14. März 1849.

## IV. Die Haltung zur Revolution

### 1. Die Haltung des Bürgertums bis zur Trennung von liberaler und demokratischer Bewegung

Die württembergische Öffentlichkeit zeigte sich für die Impulse, die von der französischen Februarrevolution auf Deutschland ausgingen, intensiv vorbereitet und aufnahmefähig, da seit Anfang 1848 das politische Leben in Württemberg mächtig in Bewegung geraten war. Kurz bevor der Landtag am 22. Januar 1848 zusammentrat, erhob eine große Stuttgarter Volksversammlung Forderungen<sup>1</sup>, die eine Versammlungs- und Petitionswelle im ganzen Land auslösten. Diese „Volkswünsche für den Landtag“<sup>2</sup> waren sehr heterogen. Nur wenige konzentrierten sich auf rein politische Zielvorstellungen. Je detaillierter der Petitionskatalog ausfiel, um so deutlicher traten wirtschafts- und sozialpolitische Erwartungen in den Vordergrund, in denen sich die Wünsche von Industrie, Gewerbe, Handel und Landwirtschaft aussprachen<sup>3</sup>. Die Mehrzahl der Eingaben umfaßte den sozioökonomischen und den politischen Bereich gleichermaßen, ohne Prioritäten zu setzen. Einige dokumentierten jedoch deutlich die Existenz von zwei verschiedenen Richtungen bürgerlich-liberaler Erwartungen, die prinzipiell unterschiedliche Schwerpunkte setzten und nur partiell übereinstimmten.

Das eine Extrem bietet die bekannte, von Ludwig Uhland verfaßte Stuttgarter Adresse vom 8. März 1848<sup>4</sup>, die sich auf die liberalen Wünsche nach politischen Mitwirkungsrechten und nach Absicherung der Rechtsposition beschränkte. Das Gegenstück zu dieser Adresse bildet eine Eingabe von mehr als 200 Stuttgarter Wählern, in der diese bereits drei Wochen vor der Pariser Februarrevolution konstatierten, daß „Erscheinungen auf der Oberfläche unserer sozialen Zustände hervorgetreten sind, welche den tiefen Abgrund zeigen, vor

---

1 Beob. Nr. 23 v. 25. Januar 1848.

2 Vgl. den Katalog der Forderungen bei Valentin, *Revolution*, Bd. 1, S. 348; Grube, *Landtag*, S. 525; Wiest, *Dringende Volksbegehren*, 1848, S. 121 ff. Die bauerlichen Petitionen registriert ausführlich Mohrdieck, *Bauernunruhen*, S. 60.

3 Vgl. etwa die Waiblinger und die Mergentheimer Adresse in Beob. Nr. 23 v. 25. Januar oder die Calwer in ebd. Nr. 51 v. 22. Februar 1848. Die Forderungen waren sehr disparat. So verlangte man etwa: Ablösungsrecht für verbliebene Grundlasten, Errichtung von Sparkassen und einer Landesbank, Organisation der Auswanderung, „Arbeitszwang für Arbeitsscheue“ oder auch den Bau spezieller Straßen und Eisenbahnen. Vgl. auch den Forderungskatalog in: „Der württembergische Landtag 1848“ in: *Jbb der Gegenwart* Nr. 8 v. Januar 1848.

4 Chronik Nr. 66 v. 7. März 1848. Zur Entstehung der Adresse vgl. Reyscher (*Erinnerungen*, S. 119) und Fallatis *Tagebuch* v. 1. und 2. März 1848 (Klüpfel, *Fallati*, S. 2 ff.).

dem wir stehen“<sup>5</sup>. Dieser Abgrund, so hieß es, sei nur zu überbrücken, wenn die Wirtschaftslage umfassend verbessert werde<sup>6</sup>. Als Voraussetzung für die wirtschaftliche Sanierung des Landes nannte die Adresse eine stärkere bürgerliche Anteilnahme am öffentlichen Leben und vor allem die nationale Einigung. Die Forderung, die bürgerliche Rechtsposition im Staate auszubauen und die Nation zu einigen, war in dieser Eingabe also funktional bezogen auf die Forderung nach durchgreifender Hebung der Wirtschaftslage, dem Kardinalpunkt der Erwartungen gegenüber Regierung und Ständen. Aus dieser Adresse wird deutlich, daß die sozial- und wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen, die in den meisten Petitionen quantitativ im Vordergrund standen, zwar noch mit den verfassungs- und den nationalpolitischen Hoffnungen gekoppelt waren. Doch diese Koppelung ist nur als eine Zweck-Mittel-Relation zu verstehen, die für Änderungen hinsichtlich der projektierten Mittel grundsätzlich offen war — falls sich herausstellen sollte, daß die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage durch die nationale und die politische Bewegung nicht gefördert oder gar behindert würde. Ein solcher Konflikt zwischen Zweck und Mitteln war vor allem zu erwarten, wenn es zu revolutionären Aktivitäten kommen sollte, die das Wirtschaftsleben zwangsläufig lähmen müßten<sup>7</sup>.

Obwohl diese Petitionen z. T. in ihren Zielen, zumindest aber hinsichtlich der Schwerpunkte innerhalb des Angestrebten differierten, stimmten sie jedoch völlig überein in ihrer Grundhaltung, die auf Bewahrung von Ruhe und Ordnung zielte. Das zeigte sich bereits in der Terminologie und in den Adressaten. Sie waren alle an den Landtag und die Regierung als „Wünsche“ gerichtet, deren Erfüllung man streng innerhalb der gesetzlichen Grenzen und nur durch die verfassungsmäßigen Gremien anstrebte<sup>8</sup>. Soweit die Petitionen aus der noch vorrevolutionären Zeit nicht unreflektiert arevolutionär, sondern bewußt antirevolutionär waren, bezogen sie sich auf die Lehren der Hungerkrawalle des Jahres 1847, die der „Beobachter“ Anfang 1848 noch einmal als ein „Stück des wildesten kommunistischen Fie-

---

5 Beob. Nr. 31 v. 2. Februar 1848.

6 Zur Wirtschaftslage vgl. Kap. A I, 2 f.

7 Vgl. dazu o. S. 63 f.

8 Vgl. die „Volkswünsche für den Landtag“ (Beob. Nr. 23 v. 25. Januar) der Mergentheimer und der Waiblinger Petition oder die „Wünsche“ der Calwer (ebd. Nr. 51 v. 22. Februar 1848) und der Stuttgarter Wähler (ebd. Nr. 31 v. 2. Februar). Auch die in einem entschiedeneren Ton von Uhland verfaßte Adresse (Anm. 4) verstand sich als „das angelegentlichste Ersuchen“. Vgl. auch Weller (Heilbronn, S. 3 f.) zum „ehrerbietigen“ Ton der Heilbronner Adresse v. 2. März 1848. Die Gaildorfer Adresse v. 4. März forderte besonders energisch sozialpolitische Maßnahmen und ging weit über die anderen hinaus. Hinter ihr stand Rau, der eine führende Rolle innerhalb der extrem republikanischen Bewegung spielte (vgl. o. Anm. 10 S. 109). Zur Gaildorfer Adresse vgl. Mann, Wahlen, S. 113 f. S. auch die von Rau veranlaßte Gaildorfer Adresse v. 12. März (Beob. Nr. 17 f. v. 19. März f.), die unentgeltliche Ablösung forderte. Diese Gaildorfer Adressen standen isoliert neben den vielen anderen.

bers<sup>9</sup> in Erinnerung gebracht hatte. Die erwähnte Stuttgarter Petition<sup>10</sup> führte der Regierung und den Ständen diese Unruhen als drohende Gefahr vor Augen, falls die bürgerlich-liberalen Hoffnungen weiterhin unerfüllt bleiben sollten.

Seit der Pariser Februarrevolution wurde der Ordnungsappell in den Petitionen und Zeitungsartikeln immer bewußter und drängender. Sie knüpften an die im Vorjahr öffentlich propagierte gemeinsame Frontstellung von Bürgertum und Obrigkeit gegen die Bedrohung von innen und nun auch von außen an — immer vorausgesetzt, daß die bekannten Märzforderungen erfüllt würden<sup>11</sup>. Ein großer Artikel über „Deutschlands Aufgabe“<sup>12</sup> in der „Schwäbischen Chronik“ grenzte die eigenen Zielvorstellungen scharf gegen die französische Entwicklung zur revolutionären Republik hin ab und betonte die Notwendigkeit zur Reform durch Vereinbarung. Die Vorleistung, die die alten Mächte als Basis für einen bürgerlich-obrigkeitsstaatlichen Block zur Erhaltung von „Ruhe, Einigkeit, Festigkeit und Mäßigung“ erbringen sollten, sah der Artikel durch die am 2. März 1848 verfügte Pressefreiheit<sup>13</sup> bereits als geleistet an. Dieser „eine Federzug [...] stellt das Band des Vertrauens und der Sympathie her zwischen Fürsten und Völkern“.

Die vereinzelt Bauernrebellionen Anfang März<sup>14</sup> verstärkten nur noch diese von der bürgerlichen Öffentlichkeit bekundete Ablehnung revolutionärer Gewalt und die ebenfalls bekundete Bereitschaft zur Kooperation mit der etablierten Obrigkeit.

Der Ruf nach Ruhe und Ordnung in der ersten Proklamation des Märzministeriums, dessen Zusammensetzung schon als Programm der bürgerlichen Verständigungsbereitschaft verstanden werden kann<sup>15</sup>,

9 Nr. 10 v. 12. Januar 1848.

10 An den Abg. Friedrich Federer (Anm. 5).

11 Vgl. vor allem die Weinsberger und Göppinger Adresse in Beilage z. Beob. Nr. 3 v. 5. März 1848. Die von Uhland verfaßte Adresse v. 2. März betonte zwar nur die außenpolitische Gefahr, aber sie wurde bei ihrer Veröffentlichung (Anm. 4) durch unmittelbar vorangestellte Hinweise auf die innere Gefährdung der Ordnung für den Leser ergänzt.

12 Chronik Nr. 65 v. 6. März 1848. Dort auch die folgenden Zitate.

13 Das freisinnige Pressegesetz von 1817 wurde wiederhergestellt.

14 Vgl. Valentin, Bd. 1 S. 351; Grube, Landtag, S. 527; Huber (Verfassungsgeschichte, Bd. 2 S. 508) dramatisiert die württembergischen Märzunruhen stark. Weller (Heilbronn, S. 9 ff.) reduziert die Berichte über die Bauernunruhen in Württemberg auf ihr wahres Maß: Sie bedeuteten keine ernsthafte Störung der Ordnung und blieben für den Revolutionsverlauf folgenlos. Zu bedenken ist jedoch, daß die Unruhen in Baden die Befürchtung hervorgerufen konnten, daß die Unruhen auf Württ. übergreifen würden. Müller (Erhebungen, S. 55 ff.) betont aber, daß die Bauernunruhen nicht von Baden nach Württemberg getragen wurden. Zu den württembergischen Vorgängen s. vor allem Mohrdieck und allgemein Franz, Agrarische Bewegung 1848 (zu Württemberg S. 180 f.).

15 Das Ministerium setzte sich ursprünglich zusammen aus führenden Mitgliedern der Kammeropposition (Friedrich Römer, Duvernoy, Goppelt, P. A. Pfizer) und aus Repräsentanten der alten Mächte (den Grafen Sontheim und Beroldingen). Gegen die Beteiligung der letzteren erhob sich Kritik aus dem Bürgertum, vgl. Meier, Reutlingen, S. 18. Die aus konservativer Sicht geschriebene Schrift „Württemberg in den Jahren 1848 und 1849“ sprach von der „liberal-konservativen Partei am Ruder“ (S. 17).

scheint deshalb die zuvor schon angebahnte Entwicklung konsequent fortzusetzen. „Nachdem so der Königliche Wille den Wünschen des Volkes entgegengekommen ist, richten die Unterzeichneten [die Regierungsmitglieder] an ihre Mitbürger die Aufforderung, die Ausführung des Beschlossenen mit Vertrauen zu erwarten und ihre Bemühungen mit der Staatsregierung dahin zu vereinigen, daß Ruhe und Ordnung aufrechterhalten und ein Umschwung der Dinge, welcher bei Vernunft und Mäßigung die segensreichste Zukunft für das gesamte Vaterland verspricht, nicht in das Gegenteil verkehrt und zu verbrecherischen Zwecken ausgebeutet werde<sup>16</sup>.“

Im Blick auf die „grobe[n] Exzesse gegen Personen und Eigentum“ im Zusammenhang mit den Bauernunruhen appellierte die Regierung in einer gleichzeitigen zusätzlichen Erklärung, die „Schranken des Gesetzes nicht zu überschreiten“<sup>17</sup>. Sie bekundete zudem ihren Willen, gegen jeden Versuch, Gewalt anzuwenden, mit Gewalt einzuschreiten. Damit machte sich das neue Ministerium zum Sprachrohr des württembergischen Bürgertums, für das die Revolution schon Anfang März 1848 beendet war: Die angestrebten Ziele sollten nun auf reformerischem Wege verwirklicht werden.

Dieser Haltung des Bürgertums, das Reformen, nicht aber Revolution wollte, standen zunächst lediglich agrarrevolutionäre Ansätze in der Bauernschaft entgegen, denen das Ministerium mit Androhung von Gewalt begegnete, und denen es zugleich noch im März durch eine Gesetzesvorlage über die Ablösung der Grundlasten den Boden entzog<sup>18</sup>. Dieser Schritt sowie die guten Ernten der beiden Revolutionsjahre<sup>19</sup> saturierten die Bauernschaft weitgehend und schalteten sie als revolutionäres Potential aus. Die Ablösung der Grundlasten wurde streng innerhalb jenes Rahmens vollzogen, der von der Verfassung und dem bürgerlichen Rechtsverständnis vorgegeben war, das sich an der rationalen Kalkulierbarkeit der Erwerbchancen orientiert<sup>20</sup>. Denn die Ablösung erfolgte mit Zustimmung beider Kammern und des Königs sowie gegen Entgelt an die bisherigen Besitzer von Rechtstiteln, da das Ministerium eine entschädigungslose Aufhebung der Grundlasten als „erste[n] Schritt zur allgemeinen Güterteilung“<sup>21</sup> zurückwies.

16 Erklärung v. 11. März, Chronik Nr. 71 v. 12. März 1848.

17 Ebd.

18 Vgl. Grube, Landtag, S. 527, und vor allem Knapp, S. 179 f. Vgl. auch Kap. B III für den überaus geringen Anteil der Bauern an der Mitgliedschaft der politischen Vereine. Es wäre gewiß lohnenswert, die revolutionären Bewegungen auf dem Lande anhand der Kriterien von Hobsbawm (Sozialrebellien) zu untersuchen, um zu klären, inwieweit es sich um eine vopolitische Bewegung handelte, die sich gegen die Reichen und Mächtigen, nicht eigentlich aber gegen die Obrigkeit richtete („Thron- und Altar-Mob“).

19 Vgl. o. S. 63.

20 Vgl. Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, vor allem S. 236 f., 252 f.

21 Knapp, S. 179. Wenngleich Forderungen nach unentgeltlicher Ablösung erhoben wurden (vgl. Grube, Landtag, S. 527, und Anm. 8), so gehörten sie aber nicht zu dem Wunschkatalog der mehrfach genannten Petitionen vom Januar—März 1848, die alle nur Ablösung gegen Entschädigung wollten.

Revolutionäre Energien konnten somit nur hervorbrechen aus den unterbürgerlichen Schichten, denen das Programm des Märzministeriums nichts versprach<sup>22</sup>, und aus dem Bürgertum selbst — vorausgesetzt, daß die noch bestehende bürgerliche Einheitsfront sich aufspalten und das Märzministerium mit seinen Anhängern in einen Gegensatz zu den politischen Forderungen eines Teils des Bürgertums geraten würde. Noch schien aber die innere Stabilität des politisch bewußten und aktiven Teils des Bürgertums nicht gefährdet zu sein<sup>23</sup>. Gleichwohl stand hellsehtigen Zeitgenossen von Anfang an das Dilemma des Liberalismus vor Augen, zwischen Revolution von unten und Reaktion von oben zerrieben zu werden. Nur zwei Tage nach Veröffentlichung der beiden Regierungserklärungen, die positives und negatives Programm — Erfüllung der liberalen und Abwehr aller weitergehenden Forderungen — formulierten, unterzog der „Beobachter“<sup>24</sup> sie einer eingehenden Analyse. Er konstatierte zwar die Einlösung aller bürgerlichen Wünsche durch das Regierungsprogramm, verwies aber nachdrücklich auf die prekäre Lage, in die sich die Regierung durch Angriffe der „Besitzlosen“ auf die soziale Ordnung versetzt sehen mußte. Diese Angriffe begriff man ganz unter der Kategorie des Klassenkampfes zwischen dem „besitzenden Bürger“ und den „Besitzlosen“. „So steht leicht zu erwarten, daß die neue Regierung zwischen das ungestüme Andringen der Besitzlosen, welche nichts als *materielle* Erleichterungen wollen, von unten und zwischen die reaktionären Tendenzen, welche jede Verlegenheit benützen werden, von oben in die Mitte kommt<sup>25</sup>.“

Diese weitblickende Analyse umriß die Entwicklung, die bald nach der Bildung des Märzministeriums einsetzte; sie belegt zugleich die Befürchtungen, die große Teile des Bürgertums, das sich von Anfang an aus der Rolle der Oppositions- in die einer Mittelpartei gedrängt sah, mit der revolutionären Bewegung verbanden. Sie konnten sich angesichts der in Bewegung geratenen Unterschichten eine Revolution nur als einen politisch-sozialen Totalprozeß, und das bedeutet: als Angriff auf den eigenen Sozialstatus und auf die eigene Rechtsposition vorstellen. Wenn auch, wie noch zu zeigen ist, diese Befürchtungen weit übertrieben waren, so bestimmte diese „einem Phantom

22 Die Programmpunkte waren: Vereidigung des Heeres auf die Verfassung, Versammlungsfreiheit, Volksbewaffnung, Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Gerichtsverfahren, Schwurgerichte, Revision des Strafbuchgesetzes und der Strafprozeßordnung, Vereinfachung der Staatsverwaltung und des Staatshaushalts, stärkere Selbständigkeit der Gemeinden und „die weitere Entwicklung der Verfassung, wo eine solche im Bedürfnisse der Zeit gegründet erscheint“, Chronik Nr. 71 v. 12. März 1848. Das Programm formulierte P. Pfizer, WZ Nr. 104 v. 8. November 1849.

23 In einzelnen liberal-demokratischen Vereinen waren aber die Spannungen von Anfang an so groß, daß die Ausschusßwahlen vom April wegen der Rivalität zwischen „Gemäßigten“ und „Radikalen“ wiederholt werden mußten. Vgl. Weller, Heilbronn, S. 22 f.; Fallatis Tagebuch v. 9. bis 15. April 1848, Klüpfel, Fallati, S. 10 f.

24 Nr. 12 v. 14. März. Dort die folgenden Zitate.

25 Ebd. Hervorhebung im Original.

nachjagende Fehleinschätzung der gegebenen Situation“<sup>26</sup> doch die Haltung des liberalen Bürgertums und seiner Regierung; ja, selbst jene Bürger, die als Demokraten in zunehmend stärkerem Maße in Gegensatz zur Regierung und zu deren liberalen Anhang gerieten<sup>27</sup>, waren nicht frei von diesen Befürchtungen.

Die 1847 erstmals offen hervorgetretene Furcht des Bürgertums vor revolutionärer Aktivität der Unterschichten nahm noch zu, als sich im April 1848 Arbeiter vornehmlich in Stuttgart außerhalb der liberal-demokratischen Vereine zu organisieren begannen, die seit der Göppinger Versammlung vom 26. März im ganzen Lande entstanden<sup>28</sup>. Erschwerend kam hinzu, daß sich das bürgerliche Lager selbst aufzuspalten begann in Konstitutionelle und jene, die offen auch für die Republik waren. Die strittige Frage der Staatsform erhielt ihre Brisanz durch die Forderung württembergischer Arbeiter, die Republik einzuführen. Denn dadurch wurde die republikanische Staatsform für einen großen Teil des Bürgertums vollends diskreditiert, nachdem sie durch die große französische Revolution und zudem durch die Ereignisse in der französischen Februarrevolution von 1848 schon negativ vorbelastet war<sup>29</sup>.

Schon Ende Januar hatte der „Beobachter“ konstatiert: Die „Lösung der [politischen] Frage selbst liegt in umfassenden *sozialen* Reformen, und Aufgabe der Partei des Fortschritts ist, dieselben in den Bereich ihrer Wirksamkeit zu ziehen. Damit beginnt für den Liberalismus eine neue Epoche seiner Geschichte und ein neues Stadium seines Kampfes mit dem Konservativismus<sup>30</sup>.“ Auf diese Herausforderung zur sozialen Reform reagierte das Bürgertum unterschiedlich, was zum Hauptgrund seiner Spaltung in Liberale und Demokraten wurde. Die Liberalen hielten an ihrem traditionellen Reformkatalog aus der vormärzlichen Oppositionszeit fest, den sie nun schrittweise als Reformprogramm realisieren wollten. In weitergehenden Forderungen sahen sie nur „schon wieder neue Feinde entstehen“, deren „Schrankenlosigkeit“<sup>31</sup> die bürgerlich-liberale Bewegung bedrohe.

Um ermessen zu können, ob und inwieweit diese Befürchtungen gerechtfertigt waren auf Grund der Politik der Demokraten, die aus der bürgerlichen Einheitsfront ausscherten, soll im folgenden deren Haltung zur Revolution näher untersucht werden.

---

26 Mit dieser auf Norddeutschland und Rudolf Haym gemünzten Formulierung unreißt Hans Rosenberg (R. Haym, S. 147) treffend auch die Lage des württ. Bürgertums.

27 Vgl. Kap. B IV, 2, 4; B V V 3.

28 Vgl. Kap. B II.

29 Vgl. Kap. B V.

30 Beob. Nr. 18 v. 30. Januar 1848.

31 Staatsrat Goppelt an seine Heilbronner Wähler, Chronik Nr. 95 v. 5. April 1848.

## 2. Demokratie und Revolution

Ende März 1848 wurden die Grundlagen der Organisation des „Volkes“ in politischen Vereinen gelegt<sup>1</sup> und kaum 14 Tage danach auch schon die organisatorische Trennung von Liberalen und Demokraten angebahnt<sup>2</sup>. Der Gegensatz zwischen Liberalen und Demokraten entzündete sich an der Frage der Integration der unterbürgerlichen Schichten in den Kreis der vollberechtigten Staatsbürger. Der „Beobachter“ polemisierte gegen alle Versuche, die Unterschichten vom Genuß der Früchte der politischen Bewegung auszusperrten. „Die Stunde der Privilegien ist vorbei. Wenn die gewaltige Zeit die Vorrechte des Adels zerbrochen hat, so ist dies nicht dazu geschehen, damit der begüterte Bürger sich mit Ausschließlichkeit in der leergebliebenen Stelle bequemen Platz mache. [...] wir wollen so wenig von einem vermittelt des Besitzes monopolisierten Liberalismus beherrscht sein, als von dem bisherigen System der Reaktion<sup>3</sup>.“ Die Herrschaft des „„Philisters‘ (Bourgeois)“ sollte ausgeschlossen und die Unterschichten in den Kampf gegen die Reaktion einbezogen werden durch allgemeine und vor allem direkte Wahlen. Vom indirekten Wahlmodus erwartete man eine Begünstigung der Höchstbesteuerten. „Darum direkte Wahlen um jeden Preis! [...] Keine Bevormunder, keine Zwischenmänner!“<sup>4</sup> Dieses Bemühen, alle Schichten in das Wahlrecht einzubeziehen, korrespondierte mit gleichlautenden Forderungen der Arbeiter selbst<sup>5</sup>. Die Zusammenarbeit zwischen bürgerlichen Demokraten und Arbeitern in der Wahlrechtsfrage bildete einen wichtigen Ausschnitt aus dem Spannungsfeld, das innerhalb des Bürgertums sowie zwischen seinem regierungstreuen Flügel und dem Proletariat bestand. Es zeichnete sich hier die Möglichkeit einer Kooperation ab zwischen dem linken Flügel des Bürgertums und den unterbürgerlichen Schichten, um innerhalb der demokratischen Bewegung gemeinsam gegen jenen Teil des Bürgertums Front zu machen, der die Erfüllung liberaler Forderungen auf seine eigene Klasse beschränkt sehen wollte. Die Zusammenarbeit wurde von beiden Seiten gesucht<sup>6</sup>. Die Demokraten erwarteten von dieser „Teilnahme aller Klassen des Volkes“ „das sicherste Bollwerk gegen die Gefahr der Anarchie“<sup>7</sup>.

Die bewußte Wendung gegen den politischen Exklusivitätsanspruch der Liberalen verstanden diese als „Salto mortale zur Republik

1 Vgl. zur Organisation Kap. B II.

2 Vgl. zu diesen Vorgängen bei der Einsetzung des Stuttgarter Ausschusses Boldt, Volksvereine, S. 13—19, und u. S. 153 f. Für Heilbronn s. Weller, Heilbronn, S. 22 f., und D. Fr. Strauß, Märklin, S. 186 f.

3 Beob. Nr. 36 v. 7. April. Dort auch die folgenden Zitate.

4 Ebd., vgl. Nr. 38 v. 9. April.

5 Ebd., vgl. Boldt, Volksvereine, S. 14.

6 Vgl. die bei Boldt (ebd. S. 16) belegte Mitwirkung von Arbeitern bei dem Versuch, einen Hauptausschuß für den Stuttgarter Volksverein einzusetzen, der zugleich als Koordinationsorgan für alle württ. Vereine fungieren sollte.

7 Beob. Nr. 38 v. 9. April.

und zum Kommunismus hinüber<sup>8</sup>. Der Versuch der Demokraten, ihre soziale Basis bis in die Unterschichten hinein zu erweitern, war jedoch nur in den Erwartungen der Liberalen mit dem „Schreckgespenst des Kommunismus“<sup>9</sup>, mit Eigentumsbedrohung und Anarchie verbunden. Die Demokraten selbst verstanden die angestrebte Zusammenarbeit mit dem Proletariat als Bollwerk gegen Anarchie und Reaktion gleichermaßen. Denn auch für sie war Revolution mit Anarchie verbunden. Ihr Wahlspruch, unter dem sie Reformen anstrebten, war bereits vor ihrer organisatorischen Trennung von den Liberalen „durch Ordnung zur Freiheit“<sup>10</sup>. Diesem Bekenntnis blieben sie auch nach ihrer organisatorischen Verselbständigung treu. Sie verurteilten entschieden jede Bedrohung der staatlichen Ordnung und des Eigentumsrechts<sup>11</sup>, wie etwa die revolutionären Vorgänge in Baden im April<sup>12</sup>. Ebenso lehnten sie alle Versuche ab, das Vorparlament in eine permanente Konstituante zu verwandeln<sup>13</sup>. Sie setzten all ihre Reformerwartungen auf das Wirken der Nationalversammlung, die als oberste Repräsentantin der Volkssouveränität<sup>14</sup> den Bereich gesetzlich sanktionierter Veränderungen in Staat und Gesellschaft abstecken sollte<sup>15</sup>.

Auch als im Juni/Juli 1848 an einzelnen Orten Württembergs erneut Unruhen entstanden<sup>16</sup>, da die Einsetzung der provisorischen Zentralgewalt mit einem Reichsverweser an der Spitze die virulenten republikanischen Hoffnungen zunichte machte, bewiesen die Demokraten ihre Bereitschaft, auf revolutionäre Gewalt zu verzichten und sich unbedingt unter die Beschlüsse der Nationalversammlung unterzuordnen. Sie bekräftigten auch ihre Bereitschaft, das württembergische Ministerium gegen alle Angriffe zu unterstützen. So verteidigte der „Beobachter“ etwa einen Aufruf Duvernoys, des Vorstands des

---

8 Chronik Nr. 104 I v. 14. April. Dieser Artikel „Vom Lande“ stammte von Rümelin; laut Beob. Nr. 90 v. 17. April 1849 und Rapp, Strauß-Vischer, S. 215. Der Beob. antwortete am 15. April Nr. 44.

9 Beob. Nr. 45 v. 16. April 1848; vgl. auch den Brief v. 13. April 1848 von Strauß an Vischer (Rapp, Strauß-Vischer, S. 213 f.)

10 Beob. Nr. 41 v. 12. April 1848. Geäußert von Scherr, der später zum Landesausschuß gehörte.

11 Vgl. Beob. Nr. 44 v. 15. April 1848.

12 Beob. Nr. 45 v. 16. April. Zur Aprilbewegung vgl. Valentin, I, S. 461 ff.; vor allem Müller (Erhebungen, S. 63—145), der die durchgängig geringe Beteiligung von Württembergern an den badischen Revolutionsvorgängen betont.

13 Vgl. den Bericht des Demokraten Gottlob Tafel aus Frankfurt vom 31. März an den Redakteur des „Beobachters“, Weisser, über die Vorgänge im Vorparlament: „Man durfte sich nicht verhehlen, daß in dieser Versammlung der eigentliche Volkswille nicht repräsentiert sei, sondern die Versammelten zunächst nur die Wahl einer konstituierenden, durch das Volk zu wählenden Versammlung zu besprechen und einzuleiten haben.“ NL Tafel.

14 Zur Haltung gegenüber der Nationalversammlung s. Kap. B VI, 1.

15 Vgl. z. B. Beob. Nr. 44 v. 15. April oder 45 v. 16. April; s. auch die Wahlrede Fetzers, Beilage z. Beob. Nr. 49 v. 21. April.

16 Einen kurzen Überblick gibt Sauer, Heer, S. 117 ff., vgl. Droz, S. 597 f.; Weller, Heilbronn, S. 37 ff.: zu den Heilbronner Unruhen im Juni, auf die die Regierung mit der Entsendung von Truppen reagierte; Müller, Erhebungen, S. 150 ff.

Innenministeriums, der einen nicht näher belegten Mißbrauch der freien Presse als Unterstützung anarchistischer Kräfte verurteilte<sup>17</sup>. Das Sprachrohr des linken Flügels der Liberal-Demokraten tolerierte zunächst auch eine königliche Verordnung vom 17. Juli 1848, die den demokratischen Kreisverein in Stuttgart wegen angeblich kommunistischer Tendenzen auflöste<sup>18</sup>. Dieser kompromißlos republikanische Verein, der zum Zeitpunkt des Verbots schon stark an Mitgliederschwund litt<sup>19</sup>, schloß sich nicht der bestehenden liberal-demokratischen Organisation an, rivalisierte aber dennoch mit dem Stuttgarter liberal-demokratischen Hauptverein um die Führungsposition innerhalb des württembergischen Vereinswesens<sup>20</sup>. Vor allem die Demokraten, die der noch ungespaltenen liberal-demokratischen Organisation angehörten, mußten in dem demokratischen Kreisverein einen möglichen Konkurrenten befürchten bei ihrem Werben um jenen Teil des Bürgertums, der die offene Forderung nach Einführung der Republik durch den Kreisverein billigte. Zudem konkurrierte der demokratische Kreisverein mit den Demokraten in den liberal-demokratischen Vereinen um die Mitwirkung der Arbeiter<sup>21</sup>, denen der „Beobachter“ die Pariser Vorgänge als warnendes Beispiel für die Folgen eines Aufstandsversuchs mit sozialrevolutionären Zielen vor Augen führte. Die blutige Niederwerfung des Pariser Aufstands durch Cavaignac pries das Organ der Demokraten als tragisch, aber gerecht. Ihr verdanke nicht nur Frankreich, sondern „fast noch mehr Deutschland seine Rettung; denn welche Folgen bei *uns* eine solche soziale Umwälzung begleiten würden, das wollen wir verhüllt lassen mit Nacht und Grauen“<sup>22</sup>.

Dieses Zitat belegt mit aller Deutlichkeit, daß die nur vier Tage nach diesem Artikel von Stuttgart aus einsetzende Spaltung der Ver-

17 Abgedruckt in Chronik Nr. 170 II v. 21. Juni 1848. Diesen Aufruf begrüßten dankbar der Stadtrat und Bürgerausschuß Stuttgarts, Chronik Nr. 174 II v. 25. Juni. Das wiederum prangerte der demokratische Kreisverein als Aufruf zum „Bürgerkrieg“ an, während er gleichzeitig seine systemloyale Einstellung beteuerte, ebd. Nr. 177 I v. 28. Juni.

18 Verordnung in HSTAS E 146 Bü 1948 Bl. 41. Vgl. zum demokratischen Kreisverein u. S. 161 f. S. auch Boldt, Volksvereine, S. 27—29 u. 244 f.; Abdruck des Programms, auch in ders., Anfänge, S. 147 f.; vgl. auch Müller, Erhebungen, S. 153—156, 171; vor allem das Material im HSTAS E 146 Bü 1959 Bl. 28 ff., 103 ff.; „Die Sonne“ Nr. 25 v. 22. Juni 1848, ebd. Bl. 236 f. (teilweise gedruckt bei Balsler 2, S. 580 ff.); Seebblatt Nr. 85 v. 5. August 1848, ebd. Bl. 346. Dazu die vielen Berichte im Beob. und in der Chronik im Juni—Juli 1848. S. zu den demokratischen Vereinen u. a. auch Fr. Engels, Neue Rheinische Zeitung Nr. 50 v. 20. Juli 1848, MEW 5, S. 238 f.; Briefe von Johann Baptist Bekk an Karl Mathy v. 25. Juni u. 3. Juli 1848, R. Weber, Revolutionsbriefe, S. 185 f., 199 f.

19 Römer mißbilligte die Auflösung, zu deren Zeitpunkt er in Frankfurt war. Der Verein sei „ohne dem in der Selbstauflösung begriffen“ gewesen, WZ Nr. 123 v. 30. November 1849.

20 Vgl. u. S. 109 f.

21 Der zahlenmäßig nicht zu belegende Anteil von Arbeitern an der Mitgliedschaft im Kreisverein war beträchtlich, wurde aber durch Ausweisung beschäftigungsloser Arbeiter aus Stuttgart dezimiert, vgl. den Bericht des Stuttgarter Stadtdirektors v. 1. Juli 1848, HSTAS E 146 Bü 1948 Bl. 46, 32.

22 Beob. Nr. 117 v. 3. Juli 1848.

eine in demokratische und liberale<sup>23</sup> nicht darauf zurückzuführen ist, daß die Demokraten gegen den Willen der Nationalversammlung und der Liberalen eine politisch-soziale Totalrevolution auslösen wollten. Die von den Demokraten proklamierte Offenheit für die republikanische Staatsform implizierte nicht, wie die Liberalen bald und dann in zunehmender Intensität behaupteten, eine unterschiedliche Einstellung zur sozialen Revolution. Die Vorgänge in Frankreich hatten für beide politische Richtungen des Bürgertums die Revolution als Versuch, die etablierte Sozialordnung umzustürzen, endgültig diskreditiert.

Die seit Juli 1848 im Landesausschuß als oberstem Organ zusammengefaßten Volksvereine lehnten alle republikanischen Pläne ab, die Nationalversammlung zu sprengen<sup>24</sup>. Sie verteidigten auch die württembergische Regierung gegen alle Angriffe von links<sup>25</sup> — trotz ihres Unbehagens über den nur bedächtigen innenpolitischen Reformeifer, den die Regierung an den Tag legte. Der Abgeordnete der Nationalversammlung, Fetzer, der zu den entschiedenen Demokraten gehörte, beleuchtete in einem Brief an seine Frau schlaglichtartig die Mentalität der württembergischen Linken: „Daß ich abends gewöhnlich die radikale Gesellschaft der Abgeordneten besuche<sup>26</sup>, sage in Stuttgart niemand, weil man dort die Radikalen für geschwänzte Teufel hält und man mir, wenn ich wieder zurückkomme, nach den Stiefeln sehen würde, ob nicht ein Pferdefuß darin versteckt ist<sup>27</sup>.“

Die große Mehrheit der württembergischen Demokraten, die revolutionäre Gewalt ebenso ablehnte wie die Liberalen, mußte ihre erste größere Bewährungsprobe bestehen, als seit der Anerkennung des Malmöer Waffenstillstands durch die Nationalversammlung und dem sich darin dokumentierenden zunehmenden „konservativ-liberalen Kompromiß“<sup>28</sup> eine zweite Revolutionswelle Deutschland erfaßte. Die von Frankfurt ausgehenden Unruhen<sup>29</sup> trafen bei einem Teil der württembergischen Republikaner inner- und außerhalb der demokratischen Organisation zwar auf eine sehr kritische Einstellung gegenüber der Mehrheit der Nationalversammlung, doch diese Kritik schlug nicht in Bereitschaft zur revolutionären Erhebung um.

---

23 Vgl. dazu Kap. B VI.

24 Vgl. die Erklärung des Stuttgarter Volksvereins v. 8. Juli, Beob. Nr. 124 v. 10. Juli, die sich auf den Aufruf des provisorischen Zentralausschusses der demokratischen Vereine in Frankfurt v. 28. Juni bezieht, abgedruckt bei Boldt, Anfänge, S. 124—126. Zur Konstituierung dieses Ausschusses s. Droz, S. 548.

25 Vgl. Beob. Nr. 139 v. 27. Juli 1848.

26 Gemeint ist die Fraktion „Donnersberg“. Vgl. zum Fraktionswesen in der Nationalversammlung Kramer (Fraktionsbindungen) und Ziebura (Parlamentarismus). Fetzer gehörte dem „deutschen Hof“ an und schloß sich auch der Linken im Zentralmärzverein an.

27 Brief v. 22. Mai 1848, NL Fetzer.

28 Huber, Verfassungsgeschichte 2, S. 694. Zu den Debatten in der Paulskirche s. Eyck, Parlament, S. 288 ff.

29 Vgl. Eyck, S. 310 ff.

Im Juni 1848, als die Republikaner ihre Hoffnungen auf Einführung der Republik durch die Nationalversammlung schwinden sahen, deuteten zwar die meisten Demokraten die Reichsverfassung als einen Kompromiß zwischen konstitutioneller Monarchie und Republik, um sie dadurch annehmbar erscheinen zu lassen<sup>30</sup>. Doch es gab auch Stimmen, die diese Selbstberuhigung nicht akzeptierten, sondern die Auffassung vertraten, daß sich die Nationalversammlung mit der Einsetzung des Reichsverwesers definitiv gegen die Republik und für einen Ausgleich mit den alten Mächten entschieden habe<sup>31</sup>. Diese Kritik ließ nach, als der Abschluß des Malmöer Waffenstillstands durch Preußen am 26. August 1848 die Nationalversammlung desavouierte. Es kam zu einer erneuten Einheitsfront zwischen Liberalen und Demokraten zur Unterstützung der Nationalversammlung<sup>32</sup>, die jedoch sofort wieder auseinanderbrach, als die Mehrheit der Nationalversammlung den Waffenstillstand am 16. September 1848 dann doch akzeptierte. Der Riß verlief nun aber nicht zwischen Liberalen und Demokraten, sondern innerhalb der Demokraten<sup>33</sup>. Verschiedene Volksvereine und Volksversammlungen forderten, die bisherige politische Grundhaltung, nämlich die unbedingte Anerkennung der Nationalversammlungsbeschlüsse, aufzugeben, zogen aber unterschiedliche Konsequenzen daraus für das weitere Vorgehen. Zum Teil begnügten sie sich, Neuwahlen<sup>34</sup> zu fordern, während andere bereits Bewaffnung der Vereine verlangten<sup>35</sup>. Das Führungsorgan der Demokraten, der Landesausschuß, geriet nun in einen Gegensatz zu Radikalisierungstendenzen inner- und außerhalb der Volksvereine. Die Mehrheit der Mitglieder des Landesausschusses weigerte sich, an der von den „roten Republikanern“<sup>36</sup> ausgeschriebenen Stuttgarter Volksversammlung vom 24. September 1848 teilzunehmen, die aber zur großen Erleichterung des Ausschusses völlig ruhig verlief<sup>37</sup>. Als die Cannstatter Landesversammlung der Volksvereine vom 27./28. September 1848<sup>38</sup> der Linken in der Nationalversammlung ihr Vertrauen aussprach und Neuwahlen forderte, gleichzeitig aber alle Aufstandsversuche verurteilte, traten fünf Mitglieder des Landesausschusses dennoch zurück, da sie diese Beschlüsse als ersten Schritt

---

30 Vgl. Beob. Nr. 157 v. 17. August 1848.

31 Vgl. etwa den Brief Fetzers an seine Frau v. 25. Juni 1848, NL Fetzer.

32 Vgl. Boldt, Volksvereine, S. 43. Für die Liberalen s. etwa Notters Tagebucheintrag v. 7. September und 8. September 1848, Grube, Notter, S. 239.

33 Es gab zwar auch auf seiten der Liberalen Befürworter der Einheit selbst um den Preis der Republik (vgl. Notters Tagebuch v. 25. September 1848, Grube, Notter, S. 240), doch sie blieben in der Minderheit. Vgl. Kap. B VI.

34 Vgl. Chronik Nr. 255 I v. 24. September zur Reutlinger Volksversammlung, an der ca. 10 000 Menschen teilgenommen haben sollen. S. dazu Maier (Reutlingen, S. 25 f.) und u. S. 138 f.

35 Der Volksverein Buchau, vgl. Chronik Nr. 257 I v. 27. September.

36 So Carl Mayer, ebd.

37 Vgl. Beob. Nr. 191 v. 26. September 1848.

38 Die Beschlüsse sind bei Boldt, Volksvereine, S. 247 f., abgedruckt.

zur revolutionären Erhebung verstanden<sup>39</sup>. Carl Mayer, der sich erst nach seiner Emigration in die Schweiz im Jahre 1849 in die Rolle des zu allem entschlossenen Revolutionärs steigerte<sup>40</sup>, formulierte im September 1848 in einer gesonderten Stellungnahme sogar: „Jenseits der Nationalversammlung sehe ich bis jetzt keine rettende Form, in der sich die Einheit Deutschlands gestalten könnte. Von einer Bewegung ins Formlose hinein lasse ich mich nicht hinreißen“<sup>41</sup>.

Diese Haltung eines Teils der demokratischen Führung, der sich völlig den Beschlüssen der Nationalversammlung unterordnete, schwächte wesentlich die Wirkung der von einzelnen Vereinen vorgebrachten Resolutionen zugunsten einer Neubildung der Nationalversammlung. Doch selbst diese Forderungen durchbrachen nach der Auffassung derer, die sie propagierten, nicht den gesetzlichen Rahmen. Die opponierenden Ausschußmitglieder hatten lediglich die möglichen Folgen der Beschlüsse klarer durchschaut als die Antragsteller, doch die Beschlüsse selbst bezweckten keine revolutionären Aktionen. So lassen auch diese kritischen Septembertage nur den Schluß zu, daß die württembergischen Demokraten und Republikaner in ihrer Grundeinstellung verharren, die darin bestand, revolutionäre Gewalt zu vermeiden und statt dessen alle Hoffnung auf das Reformwerk der Nationalversammlung zu setzen. Dieses Ergebnis wird durch die geringe Resonanz der vereinzelt aufständischen Versuche nur noch bestätigt<sup>42</sup>.

Von dieser reformbereiten, aber revolutionsfeindlichen Linie ihrer Politik wichen die Demokraten auch nicht ab, als die Gegenrevolution in Österreich und Preußen ihren Vormarsch antrat. Sie begnügten sich mit Adressen<sup>43</sup> und wortreichen Protesten, als die Mehrheit der Frankfurter Nationalversammlung und die preußische Reaktion in der Frage des Steuerverweigerungsbeschlusses der preußischen Nationalversammlung zusammenarbeiteten<sup>44</sup>. Dieser Rückkehr des „Absolu-

39 Erklärung von Deffner, Haidlen, Herdegen, Hölder, C. Mayer, Oesterlen und Robert Römer, Beilage zum Beob. Nr. 206 v. 13. Oktober 1848.

40 Vgl. seinen Brief an Becher v. 8. Oktober 1851, NL Haußmann, Bü 101. S. auch u. S. 253 f.

41 Beilage zum Beob. Nr. 206 v. 13. Oktober 1848.

42 Das württembergische Innenministerium nannte in seinem Bericht vom 1. Oktober 1848 (HSTAS E 146 Bü 1959 Bl. 431 f.) nur einen ernsthaften Aufstandsversuch, organisiert durch Rau. Doch auch dieser Versuch sei wirkungslos verlaufen, „ohne daß auch nur ein erheblicher Exzeß vorgefallen“ sei (ebd.). Zu diesem Aufstandsversuch und der damit verbundenen Cannstatter Volksversammlung vgl. Chronik Nr. 258 I v. 28. September; 263 I v. 4. Oktober; 265 II v. 6. Oktober; Sonne Nr. 121 v. 14. Oktober (E 146 Bü 1952 Bl. 324); Seeblatt Nr. 104 v. 12. September (E 146 Bü 1948 Bl. 106); vgl. Weller (Heilbronn, S. 53 ff.), der die Septembertage als kritisch, aber ruhig charakterisiert; Sauer, Heer, S. 125; Müller, Erhebungen, S. 145 ff.; das „Seeblatt“, Friedrichshafen, wie auch das Heilbronner „Neckar-Dampfschiff“ waren zwei extrem republikanische Organe.

43 „An das Volk von Wien“, Beob. Nr. 212 v. 21. Oktober. Vgl. Weller, Heilbronn, S. 57, für den dortigen Verein. Zu den Heilbronner Vorgängen vgl. auch Strauß, Märklin, S. 170 ff.

44 Vgl. Beob. Nr. 240 v. 23. November; 242 v. 25. November; 243 v. 26. November 1848.

tismus mit konstitutioneller gegenseitiger Galanterie“<sup>45</sup> setzten sie nur ihre Beteiligung an dem Zentralmäzrverein<sup>46</sup> entgegen, der alle Demokraten über die Landesgrenzen hinweg einigen und gleichzeitig die außerparlamentarischen Vereinsorganisationen mit den Parlamentsfraktionen verklammern wollte. Der im November 1848 gegründete Zentralmäzrverein, dessen organisatorisches Rückgrat die württembergischen Volksvereine bildeten, versuchte ebenso wie die Württemberger selbst, die Reaktion mit „verfassungskonformen“ Methoden zu bekämpfen und für diesen Kampf Anhänger der konstitutionellen Monarchie und der Republik zu integrieren<sup>47</sup>. Weil der Zentralmäzrverein revolutionäre Gewalt ausschloß, geriet er zwischen zwei Fronten: die Reaktion und den revolutionsbereiten Teil der Republikaner<sup>48</sup>. Er bestritt sogar — auch darin stimmte er mit den württembergischen Demokraten überein — die demokratischen Intentionen der Revolutionsbewegung in Deutschland: „Die revolutionären Bewegungen, die Gewaltbestrebungen, die vom März an sich ununterbrochen eine an die andere reihen, waren nicht Folge des Gesamtbewußtseins und des Gesamtgefühls der ganzen Nation, sondern nur der Versuch einer Minorität die Majorität mit Gewalt zu ihren Ansichten zu bekehren.“ War für die württembergischen Demokraten die Revolution eine „Bewegung ins Formlose“<sup>49</sup>, so sah der Märzverein in den „Aufstandsversuchen von unten“<sup>50</sup> nur eine Gefährdung der Freiheit und den Beginn einer „Verwilderung“ des Rechtsgefühls. Die immer deutlicher hervortretende Bereitschaft der Liberal-Konstitutionellen, Kompromisse mit der Reaktion einzugehen, provozierte aber eine Radikalisierung innerhalb der Demokraten, die im Mai 1849 ihren Höhepunkt und zugleich ihr Ende finden sollte.

45 Ebd. Nr. 243.

46 Vgl. zum Zentralmäzrverein, über den keine Monographie existiert, Boldt, Volksvereine, S. 46—50, 184—190; ders., Anfänge, S. 79—81 und S. 113—117 (Statuten u. Programme); Valentin, Bd. 2 S. 455 f.; Droz, S. 551 f.; Eichmeier, S. 74—78; Ziebur, S. 217; Gessner, Zentralmäzrverein, 1850 (polemisch und von geringem Informationswert); Weber, Centralmäzrverein. Vgl. auch Beob. Nr. 244 v. 28. November; Chronik Nr. 314 II v. 2. Dezember 1848.

47 Zur Ablehnung einer Zusammenarbeit durch den vaterländischen Verein in Stuttgart vgl. „Die Linke in Frankfurt“, 1848 (eine Zusammenfassung der liberalen Position durch den Stuttgarter Hauptverein); Chronik Nr. 319 f. I v. 8. Dezember 1848; 4 I v. 5. Januar 1849; Beob. Nr. 254 v. 9. Dezember; 246 v. 30. November 1848; Boldt, Anfänge, S. 113 f. Zum mißlungenen Einigungsversuch zwischen dem konstitutionell-liberalen „nationalen Verein“ und dem Märzverein vgl. Eichmeier, S. 69. Der „nationale Verein“ war, wie Eichmeier (S. 2—100) belegt, der erste liberale Versuch einer überregionalen Parteigründung, allerdings beschränkt auf die mitteleuropäischen Staaten (S. 56). Dieser Verein überschritt aber nicht jene Schwelle, die zum Kennzeichen einer modernen Partei gehört: Er verband nicht Verein und Fraktion zur Partei, die außerparlamentarischen und parlamentarischen Bereich gleichermaßen umfaßt. Darin grenzte er sich bewußt vom Zentralmäzrverein ab.

48 Vgl. Proklamation des Märzvereins, Beob. Nr. 265 v. 22. Dezember 1848. Dort auch das folgende Zitat. Diese revolutionsbereiten Republikaner waren aber vornehmlich außerhalb Württembergs zu finden.

49 Vgl. Anm. 44.

50 Beob. Nr. 265 v. 22. Dezember. Dort auch das folgende Zitat.

In einer Adresse des demokratischen Vereins von Eßlingen an den Abgeordneten der Nationalversammlung Wurm vom Dezember 1848 dokumentierte sich diese Radikalisierung. „Auf der vereinigten linken Seite der Nationalversammlung beruht jetzt allein unser Vertrauen und unsere Hoffnung. [...] Bricht auch dieser Halt, wird die Linke gezwungen, hoffnungslos das Parlament aufzugeben und verläßt die Nationalversammlung zu verlassen, alsdann ist das Zeichen gegeben zum zweiten Akte der deutschen Revolution<sup>51</sup>.“ Die Radikalisierungstendenzen führten aber zunächst nur zur Intensivierung der Tätigkeit innerhalb der Vereine und zu einer neuen Gründungswelle<sup>52</sup>. Zudem wollte man die soziale Basis der Vereine erweitern, indem man versuchte, die aus der politischen Bewegung weitgehend ausgeschiedenen Bauern zu mobilisieren<sup>53</sup> und eine engere Verbindung mit dem Zentralausschuß der Arbeitervereine Württembergs herzustellen<sup>54</sup>.

Die politische Ernüchterung über die Machtlosigkeit der Nationalversammlung bewirkte vor allem, daß die Demokraten verstärkt ihre politischen Energien auf die Landespolitik konzentrierten<sup>55</sup>, wo sie jene Demokratisierung zu realisieren hofften, die der Nationalversammlung im Reich zu mißlingen schien. Doch in der Innenpolitik stießen sie auf den Widerstand der Liberal-Konstitutionellen, die die republikanischen Tendenzen innerhalb der Demokraten zunehmend massiver ablehnten und sich verstärkt zum Arrangement mit der Reaktion bereit fanden<sup>56</sup>.

Die Demokraten gerieten dadurch in das Dilemma, sich gegen die württembergische Regierung und ihre liberal-konstitutionellen Anhänger abgrenzen, zugleich aber ihre eigene Grundhaltung, revolutionäre Gewalt abzulehnen, noch stärker betonen zu müssen, um den gegen sie gehegten Revolutionsverdacht zu widerlegen. Außerdem konnten sie keine erfolgversprechenden nichtrevolutionären Alternativen für die Durchsetzung ihrer Politik aufzeigen. So erschöpfte sich etwa die Rede Bechers, des späteren Mitglieds der Reichsregentschaft, auf der großen Ulmer Volksversammlung vom 24. Februar 1849 in dem Verlangen, „wir wollen keine Revolution machen, son-

51 Chronik Nr. 332 I v. 23. Dezember; Wurms Antwort ebd.

52 Vgl. Boldt, Volksvereine, S. 105 ff.; Wellér, Heilbronn, S. 67.

53 Vgl. den rhetorisch ganz auf die bäuerliche Mentalität abgestimmten Aufruf „An unsere Mitbürger auf dem Lande“ von C. Mayer, den er im Auftrage des Landesausschusses verfaßte, Chronik Nr. 14 I v. 17. Januar 1849. Dieser Versuch mißlang weitgehend. Vgl. die von Mohrdieck (S. 157—159, Anm. 207) zusammengestellten Berichte der Oberämter über die Resonanz dieses Aufrufs und Kap. B III zur Sozialschichtung der demokratischen und liberalen Vereine.

54 Vgl. den entsprechenden Beschluß auf der Versammlung der Volksvereine v. 8. Februar, Beob. Nr. 35 v. 10. Februar u. Chronik Nr. 35 II v. 10. Februar 1849. Zu dieser Spätphase der württembergischen Arbeitervereine, die ausgeprägte gewerkschaftliche Zielsetzung zeigte, vgl. Balsler, Bd. 1 S. 339 ff.

55 Vgl. Boldt, Volksvereine, S. 50 f.

56 Zu dieser Entwicklung vgl. Kap. B IV, 3—4; V, 3.

dem die Früchte der Revolution erringen<sup>57</sup>, ohne daß er aber Taktik und Strategie angeben konnte, um diesen Anspruch zu realisieren.

Die Demokraten sahen sich zudem der Tendenz einer gewissen Entpolitisierung in den Kreisen der kleinen Gewerbetreibenden gegenüber, was auf ihre Politik besonders lähmend wirken mußte angesichts der Sozialschichtung der demokratischen Vereine, in der das Kleinbürgertum überwog<sup>58</sup>. Der „Beobachter“ begrüßte zwar Anfang August 1848<sup>59</sup> die zunehmende Zahl von Handwerkervereinen, doch diese Gründungen waren ein Symptom dafür, daß die Handwerker ihre Belange in den Volksvereinen nicht genügend gewahrt sahen und den wirtschaftspolitischen Fragen immer größere Priorität gegenüber den politischen zumaßen. Sie forderten nicht politische Rechte, sondern Beendigung der „organisierten Bürgerkriege, Gewerbefreiheit genannt“<sup>60</sup>. Einen Monat später polemisierte der Zentralauschuß der Handwerkervereine Württembergs gegen die Diskussion um Republik oder konstitutionelle Monarchie zwischen Demokraten und Liberalen und verlangte von den Abgeordneten, „daß sie sich endlich einmal mit sozialen und materiellen Fragen befassen“<sup>61</sup>. Zugleich deutete sich die Möglichkeit einer restaurativen Interessenkoalition zwischen der Staatsgewalt und jenem Teil der Gewerbetreibenden an, die in erster Linie nach staatlichem Schutz vor der als Bedrohung empfundenen industriellen Konkurrenz riefen<sup>62</sup>. Sie erwarteten eine berufsständische Vertretung, da sie ihre materiellen Interessen durch die bisherigen Abgeordneten vernachlässigt fühlten. Die Demokraten versuchten diese Bestrebungen aufzufangen<sup>63</sup>, um zumindest die Artikulation der Entpolitisierungstendenzen parteipolitisch zu kanalisieren. Doch sie mußten sich selbst eingestehen, daß ein großer Teil der Bevölkerung politische Agitation als ein Hemmnis für die wirtschaftliche Gesundung des Landes ansah<sup>64</sup>. Die bereits an den ersten Adressen des Jahres 1848 konstatierte nur teilweise Übereinstimmung von wirtschaftlich-sozialen und spezifisch politischen Forderungen<sup>65</sup> begann nun zunehmend lockerer zu werden und von

57 Beob. Nr. 49 v. 27. Februar 1849.

58 Vgl. dazu Kap. B III.

59 Nr. 147 v. 5. August 1848. Vgl. zu diesen Vorgängen Kap. B VII, 4.

60 Ebd. „Zuschrift an den deutschen Handwerker- und Gewerbekongreß in Frankfurt a. M., verfaßt von Dr. Grieb im Namen des von der Eßlinger Handwerker-versammlung bestellten Zentralaussschusses“.

61 Beilage zum Beob. Nr. 179 v. 12. September 1848.

62 „Tausende von Bürgern wird [dann] der Staat zu festen Stützen für Recht und Ordnung gewinnen, statt sie zu seinen Feinden zu machen“, ebd. Vgl. auch den Aufruf von Ludwig Kapff, Abgeordneter der Handwerker des Tuttlinger Bezirks auf dem Handwerkerkongreß in Frankfurt, Chronik Nr. 247 II v. 15. September 1848.

63 Vgl. Kap. B VII, 4.

64 Vgl. Beob. Nr. 63 v. 15. März 1849. Für die parallel laufende stärkere Hinwendung der Arbeitervereine zu wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen vgl. Balsler I, S. 339 ff. Sehr informativ ist dazu der Aufruf „An die Arbeitervereine Württembergs“, vgl. u. S. 210.

65 Vgl. o. S. 128.

der zumindest partiellen Interessenparallelität in eine Interessenkollision umzuschlagen.

Die erfolgreiche Agitation für die Anerkennung der Reichsverfassung, die man vom württembergischen König verlangte<sup>66</sup>, ergriff noch einmal alle Schichten des Bürgertums und überbrückte für kurze Zeit die Trennung von Liberalen und Demokraten sowie die von politischen und wirtschaftlich-sozialen Zielsetzungen. Doch als das Verfassungswerk der Nationalversammlung scheiterte, brach die Kluft sofort wieder auf und vergrößerte sich noch. Die Demokraten waren nun zum letztenmal gezwungen, ihre Strategie zu überprüfen.

Die große Reutlinger Pfingstversammlung<sup>67</sup> forderte auf zum Kampf gegen den „Reichsfeind Preußen“ durch die „Heere der Reichsländer“, um die Revolutionäre in Baden und Rheinbayern zu unterstützen. Es erfolgten detaillierte Vorbereitungen zur Organisation eines Aufstandes in Württemberg, falls die eigene Regierung und der Landtag — wie vorauszusehen und dann auch eingetreten war<sup>68</sup> — ihre Mithilfe versagen sollten. Das demokratische Führungsorgan war in der Frage des künftigen politischen Weges gespalten. Die eine Richtung wollte nichts ohne die Regierung bzw. die Nationalversammlung unternehmen, während die andere sich als *Ultima ratio* zum revolutionären Aufstand entschlossen zeigte<sup>69</sup>. Die Gemäßigten setzten sich durch; die letzten und zugleich stärksten revolutionären Impulse, die von den württembergischen Demokraten je ausgingen, verpufften.

Doch auch dieses letzte Aufflackern revolutionärer Energien bestätigt nur die Analyse von der Grundeinstellung der württembergischen Demokraten, die eher ihre politischen Ziele zurücksteckten, als revolutionäre Gewalt anzuwenden. Selbst der zum Aufstand bereite Teil verstand die geplante Erhebung nicht als einen Versuch, mit revolutionärer Gewalt das politische Reformwerk der Nationalversammlung weiterzutreiben oder gar eine politisch-soziale Totalumwälzung einzuleiten, sondern als die letzte Möglichkeit, um das Werk der Nationalversammlung, der Repräsentantin der Volkssouveränität, gegen

66 Vgl. dazu Boldt, *Volksvereine*, S. 56 ff.; Schneider, *Württ. u. Frankfurter Reichsverfassung*, S. 178 ff.; Droz, S. 581 f.: „Le triomphe de la démocratie wurtembergeoise suscite l'enthousiasme de toute l'Allemagne.“

67 Ausführlich dargestellt bei Maier, *Reutlingen*, S. 65 ff.; vgl. auch Boldt, *Volksvereine*, S. 65, 249—251: *Beschlüsse*; dort die folgenden Zitate; *Chronik* Nr. 128 v. 29. Mai; 130 I, II v. 31. Mai; 132 II v. 2. Juni; *Beilage* z. 29. Mai; vgl. auch Reyschers Entwurf einer Erklärung auf der Versammlung (NL Reyscher) und die Darstellung bei A. Majer (1849), S. 16 f.

68 Die Kammer lehnte die Reutlinger Beschlüsse mit 60:18 Stimmen ab. Vgl. die *Debatten* v. 31. Mai 1849.

69 Vgl. Boldt, *Volksvereine*, S. 69. Stadelmann berücksichtigt zuwenig die Zersplitterung der Demokraten (*Revolution*, S. 178 f.). Einen guten Einblick in die Haltung der demokratischen Führungsschicht gewähren die beiden — bisher nicht ausgewerteten — Briefe von C. Mayer an Ludwig Uhland v. 24. Mai 1849 und dessen Antwort v. 26. Mai 1849 (*Schwabenspiegel* Nr. 28 v. 14. Juli 1931; ein Exemplar im Archiv des Histor. Instituts der Uni. Bern). Mayer hoffte noch, Minister Römer für die demokratischen Pläne gewinnen zu können. Als *Ultima ratio* propagierte er revolutionäre Aktionen, die Uhland jedoch entschieden ablehnte.

die Reaktion zu sichern. In ihrem Selbstverständnis waren sie Kämpfer gegen die Illegalität der Gegenrevolution oder Revolutionäre innerhalb der Legalität, wie sie von der Nationalversammlung geschaffen worden war. Bezeichnenderweise vermieden sie in ihren Aufrufen an das Volk den Begriff „Revolution“, sondern forderten auf, sich dem nach Stuttgart verlegten Rumpfparlament als „Parlamentsheer“<sup>70</sup> zur Verfügung zu stellen. Sie wollten nicht Revolution, sondern Reichsexekution zur Durchführung der Reichsverfassung.

Nach dem Scheitern dieses letzten Aufstandsversuchs und der Sprengung des Rumpfparlaments<sup>71</sup> erlosch die Aktivität der demokratischen Vereine rasch, so daß ihr Verbot im Februar 1852 nur noch der Bestätigung einer bereits vollzogenen Tatsache gleichkam<sup>72</sup>.

Den Demokraten fiel es nicht schwer, ihre Hoffnungen aufzugeben, die sie in die letzte Möglichkeit zu einer revolutionären Realisierung der Reichsverfassung gesetzt hatten, denn sie zeigten sich von der naturnotwendigen evolutionären Entwicklung zur Republik als der ersehnten Staatsform durchdrungen. „Je lebendiger wir aber von der inneren Notwendigkeit der kommenden Staatsform überzeugt sind, desto mehr lassen wir alle unzeitigen Gewaltversuche, welche die naturgemäße Geburt nur hindern können“<sup>73</sup>. „Wenn einmal am Baume der Geschichte die Republiken gereift sind, so können sie auch den Völkern von selbst in den Schoß fallen, [...] ohne großes Schütteln“<sup>74</sup>. Die Geschichtsauffassung und das Selbstverständnis der Demokraten war evolutionär. Ihre Politik, die einen revolutionären Wandel der politischen Struktur mit reformerischen Mitteln anstrebte, trug wesentlich dazu bei, daß die politischen Erfolge der Revolutionsjahre nicht gesichert werden konnten — obwohl gerade

70 Beob. Nr. 136 v. 2. Juni. Vgl. als Zeugnis aus dem privaten Bereich für diese Beurteilung der Demokraten den Brief Freislebens v. 17. Mai 1851, in: Mohn. Freisleben, der unbestrittene Führer der Heidenheimer Demokraten, hatte den Aufruf zur Bildung eines „Parlamentsheeres“ unterzeichnet. Vgl. zu Freisleben dessen NL und das Protokollbuch des Volksvereins (StA Heidenheim).

71 Vgl. Huber, Verfassungsgeschichte 2, S. 877 ff. Zum Verlauf der Bewegung in Württemberg von April bis Juni 1849 s. Sauer (Heer, S. 130 ff.) und vor allem Müller (Erhebungen, S. 187 ff.).

72 Vgl. Boldt, Volksvereine, S. 74 ff.; Oberamtsberichte, HSTAS E 146 Bü 1959 Bl. 703 ff.

73 Beob. Nr. 47 v. 24. Februar 1849.

74 Beob. Nr. 62 v. 14. März 1849. Viele Zeugnisse für diese Geschichtserwartung finden sich in Carl Mayers Aufzeichnungen aus seiner Schweizer Emigrantenzeit, NL Mayer. Vgl. als ein Beispiel für eine rückblickende Betrachtung Rödinger, Kreislauf, vor allem Kap. „Der Entwicklungsstaat“, S. 71 ff. Eine gewisse Ausnahmeposition scheint Ludwig Pfau bezogen zu haben, dessen Beteiligung an der Revolution quellenmäßig schlecht faßbar ist. Er gehörte auf der Reutlinger Versammlung zu den unbedingten Revolutionsbefürwortern, vgl. Boldt, Volksvereine, S. 69. Auch im Rückblick bejahte er die Revolutionspläne, vgl. Pfau, Die Leidensstationen vom Bund zum Reich, in: Politisches und Polemisches, vor allem Kap. I, II, S. 1 ff.; s. auch seine Briefe, in: Näf (Hrsg.), wo er die nachrevolutionäre Politik der Demokraten verurteilte (vor allem S. 177 f., s. auch u. S. 254). Die von Pfau 1848/49 herausgegebene Zeitschrift „Eulenspiegel“, die zu den Verlusten des Zweiten Weltkriegs gehört, war entschieden republikanisch, vgl. Supper, Satire, S. 13—27.

die Demokraten einen tiefgreifenden Wandel des politischen Systems herbeiführen wollten.

Ihr Versuch, nach dem endgültigen Scheitern der Revolution die Reaktion durch parlamentarische Mitarbeit abzuwehren<sup>75</sup>, war im Grunde nur eine konsequente Folge ihres Selbstverständnisses, das sie in den Revolutionsjahren gezeigt hatten. Es steigerte sich mit zunehmendem zeitlichen Abstand von den Revolutionsjahren 1848/49 so weit, daß sie schließlich ihre eigenen, wenn auch noch so bescheidenen revolutionären Ansätze leugneten und einen Bürgerblock als „wirksame Garantie gegen die im Schoße der Zukunft schlummern den Gefahren der sozialen Revolution“<sup>76</sup> forderten.

Nur in der Retrospektive der Emigranten ist eine gegenläufige Tendenz zu verzeichnen. Leugneten die in Württemberg gebliebenen Demokraten, je zur Revolution bereit gewesen zu sein, so überhöhten zumindest einige der Emigranten ihre revolutionäre Vergangenheit und steigerten sich gar in die Rolle von Sozialrevolutionären. Carl Mayer, der noch im Oktober 1848 den Weg „ins Formlose“<sup>77</sup> nicht gehen wollte, warnte im Oktober 1851 das ehemalige Mitglied der Reichsregentschaft, Becher, die eigene revolutionäre Tradition herunterzuspielen. Mayer schrieb ihm: „An sich aber muß uns diese Eigentumsfrage [die unentgeltliche Ablösung der Feudallasten] ganz gleichgültig sein und sobald wir einmal die Revolution wollten, hätten wir nicht gezagt, diesen und noch weit stärkern ökonomischen Hebel anzusetzen, sofern sie der Revolution Kräfte gewinnen konnten. ‚Heilig ist das Eigentum‘ war eine der Phrasen der letzten Bewegung. In der nächsten wird sie kein Arbeiter mehr an ein Palais schreiben und wenn die Bourgeoisie sie auch noch einmal anschreiben sollte. Wir wenigstens werden sie nicht mehr unterschreiben. [...] Vergib der Zukunft nichts“<sup>78</sup>.

Als Carl Mayer 1863 aus dem Schweizer Exil zurückkehren durfte, war auch dieser sozialrevolutionäre Gestus, der nur in der nachträglichen Selbststilisierung zum entschlossenen Kämpfer existierte, längst verflogen. Er hatte seine eigene [in der praktischen Auswirkung auf die Politik] nicht-revolutionäre Vergangenheit und die seiner demokratischen Gesinnungsfreunde wieder eingeholt.

75 Vgl. dazu Kap. B III, 1. Diese Politik forderte der „Beobachter“ bereits am 13. Juli 1849 (Nr. 174) in einem programmatischen Artikel.

76 Beob. Nr. 223 v. 19. September 1852.

77 Vgl. Anm. 41.

78 Datiert 8. Oktober 1851, NL Haußmann Bü 101. Vgl. auch das Resümee A. Weisers, des ehemaligen Redakteurs des Beobachters, über die würt. Revolution in seinen Briefen „Vom Züricher See“, Beob. Nr. 216 f. v. 30., 31. August 1849. Wie wenig ernst es C. Mayer mit seiner präntierten sozialrevolutionären Haltung war, zeigen seine Aufzeichnungen aus der Emigrationszeit. Darin befindet sich auch ein republikanischer Verfassungsentwurf. Welch wirklichkeitsfremde Vorstellungen Mayer in der Emigration entwickelte, belegt sein keineswegs ironisch gemeinter Entwurf eines Briefes an den würt. König, in dem er diesen auffordert, alle flüchtigen Republikaner zurückkehren zu lassen. Sie sollten keine Ansprüche an den Staat stellen und auch selbst nichts für den Staat leisten. Sollten die gleichsam exemten Republikaner die Mehrheit des Volkes an sich ziehen, „dann würden wir E[ure] M[ajestät] dulden, wie Sie bisher uns“, NL Mayer.

### 3. Liberalismus und Revolution

Kann für die württembergischen Demokraten noch zwischen einem evolutionären Geschichtsbild und einer davon mitgeprägten revolutionshemmenden Politik differenziert werden, so ist im Blick auf die Liberalen nur von einer durchgängigen Revolutionsfeindlichkeit zu sprechen. Theodor Schieders auf die Liberalen gemünztes Wort von den „Revolutionäre[n] wider Willen“<sup>1</sup> gilt in Württemberg nur für die Demokraten, deren „Revolutionspessimismus“<sup>2</sup> sich auf seiten der Liberalen steigerte zum Trauma von der Revolution als Umsturz aller menschlichen Ordnung, als bloße Willkür, die zur Anarchie führt, aus der keine neue, bürgerlich-liberale Werte bewahrende Ordnung hervorgehen kann. Aus der Revolution sahen sie die „Anarchie von unten“, die „Gassenherrschaft elender Demagogen, Bummler und Abenteuerer“ entspringen, die versuchten, „ihre wahnsinnigen Gleichheitsprojekte zu realisieren“<sup>3</sup>.

Die liberalen Forderungen zielten auf Reformen durch Vereinbarung mit den Fürsten. Im Bewußtsein der Liberalen überschritt jeder Versuch, die Republik zu realisieren, bereits die Schwelle von der Reform zur Revolution; nur in der konstitutionellen Monarchie sahen sie noch den Charakter der Vereinbarung gewahrt<sup>4</sup>.

Als Vereinbarung begriffen sie auch das Zustandekommen der Nationalversammlung<sup>5</sup>, wie sie auch die königliche Einsetzung des Märzministeriums und dessen „gegen König und Vaterland übernommenen Pflichten“<sup>6</sup> betonten. Ihre Charakterisierung des Vorparlaments als eine „gesetzlich erlaubte Privatvereinigung“ und der Nationalversammlung als zwar verfassungskonstituierend, aber „von den Regierungen zusammenberufen“, kam einer „Leugnung der Revolution“<sup>7</sup> gleich.

Die Hervorhebung der Pflichten gegenüber König und Vaterland barg jedoch auch eine Möglichkeit, die sich zur Durchbrechung des Vereinbarungsprinzips hätte ausweiten können, wenn von der Nationalversammlung in der nationalen Frage Beschlüsse gegen den Willen der einzelstaatlichen Regenten gefaßt worden wären und man versucht hätte, ihre Durchsetzung zu erzwingen. Das Märzministerium und seine liberalen Anhänger hätten sich dann zwischen der Loyalität gegenüber dem König und der Nationalversammlung entscheiden

1 Problem der Revolution, S. 13. Da die Haltung der Liberalen zur Revolution mit ihrer Einstellung zur Republik eng verknüpft ist, wird diese Frage in Kap. B V näher untersucht, so daß hier nur ihre prinzipielle Haltung kurz skizziert werden muß. Vgl. zu diesem Komplex auch P. A. Pfizer, Glorie Heckers, vor allem S. 12.

2 Schieder, ebd., S. 15.

3 WZ Nr. 94 v. 27. Oktober 1849.

4 Vgl. dazu Kap. B V, 3.

5 Vgl. Kap. B VI und allgemein Huber, Verfassungsgeschichte, 2, S. 597 ff.

6 Aufruf des Märzministeriums v. 11. März, Chronik Nr. 71 v. 12. März 1848.

7 So bezeichnete der „Beobachter“ (Nr. 114 v. 30. Juni 1848) die Erklärung Fr. Römers (Chronik Nr. 176 II v. 27. Juni 1848), aus der die Zitate stammen.

müssen. Diese Entscheidung hätte den Schritt von der Vereinbarung zur Revolution bedeuten können — einer Revolution zur Realisierung der Nationalversammlungsbeschlüsse im Sinne der von den Demokraten geforderten „Reichsexekution“.

Die Kompromißbereitschaft der Mehrheit der Nationalversammlung bewahrte die württembergischen Liberalen und ihre Regierung jedoch weitgehend vor diesem Entscheidungszwang. Nur zweimal sahen sie sich vor die Alternative einer Wahl zwischen der Loyalität zur Nationalversammlung und zu ihrem König, zwischen Volks- und monarchischer Souveränität gestellt. In der Frage der Anerkennung der Reichsverfassung gab der König seinen Widerstand angesichts des Drucks der einhellig vereinten öffentlichen Meinung auf<sup>8</sup>, so daß auch in dieser Situation für die Liberalen der Zwang zu einer eindeutigen Option entfiel. Die Analyse der Grundhaltung von Liberalen und Demokraten läßt es aber sehr zweifelhaft erscheinen, daß die württembergische Bevölkerung eine revolutionäre Erhebung bei weiterem Widerstand des Königs gewagt hätte, wie auch die bürgerlichen Regierungsmitglieder als einzig mögliche Reaktion nicht die Auslösung eines revolutionären Aufstands, sondern ihren Rücktritt erwogen<sup>9</sup>.

Die zweite Möglichkeit, über das Verständigungsprinzip hinaus zu gehen, bot der Versuch der Linken in der Nationalversammlung, über das Rumpfparlament und die Einsetzung der Reichsregentschaft die Anerkennung der Reichsverfassung zu erzwingen. Doch diesem Versuch entzogen sich sowohl die Regierung<sup>10</sup> als auch die bürgerlich-liberale Öffentlichkeit<sup>11</sup>. Selbst die Demokraten spalteten sich in dieser letzten Nagelprobe auf ihre Revolutionsbereitschaft.

Die Haltung der Liberalen war konsequent. Das liberale Bürgertum und seine Regierung beugten sich der Gegenrevolution unter dem Panier jenes Prinzips, unter dem sie in die Bewegung der Revolutionsjahre eintraten und das aufzugeben sie nie ernsthaft gewillt waren: dem Prinzip der Vereinbarung<sup>12</sup>.

Friedrich Römer, das unumstrittene Haupt des Märzministeriums und der Liberalen, bekräftigte diese Haltung in seinem großen Rückblick auf die Revolutionsjahre: „Wäre die Änderung der Dinge in Württemberg Folge einer Revolution gewesen, so hätte durchgreifend verfahren werden können; da aber das gesetzlich Bestehende entweder erhalten oder nur im gesetzlichen Wege abgeändert werden sollte, so waren den Ministern die Hände gebunden<sup>13</sup>.“ Römer be-

8 Vgl. Schneider, Württ. und Reichsverfassung, S. 178 ff.; Mann, Nationalversammlung, S. 277 ff.

9 Vgl. Schneider, ebd., S. 181.

10 Vgl. ebd. S. 189 ff.

11 Vgl. Kap. B VI.

12 Für die sozialpolitische Motivierung dieser Fixierung auf das Vereinbarungsprinzip s. Kap. B V, 3.

13 WZ Nr. 105 v. 9. November 1849. Dort auch das folgende Zitat.

grüßte ohne Zweifel diesen Zustand der gebundenen Hände. „Ich habe es stets beklagt, daß die Märzbewegung in Deutschland als eine revolutionäre bezeichnet worden ist.“ Die flexible Haltung der Krone im März 1848 hatte das liberale Bürgertum saturiert. Es erstrebte nur noch partielle Reformen durch Vereinbarung. „Durch die rasch errungenen oder bewilligten Reformen war der Bund und Vertrag zwischen Völkern und Regierungen neu besiegelt, der Rechtsboden befestigt, die Revolution überflüssig gemacht<sup>14</sup>.“

14 „Linke in Frankfurt“, Zitat: S. 8, Hervorhebung im Original.

#### 4. Die liberale Legende von der revolutionären Demokratie

Die Liberal-Konstitutionellen hatten von Anfang an jede republikanische Regung mit dem Makel des Revolutionären belegt und in den Kreis der Revolutionsverdächtigen auch die Demokraten wegen ihrer grundsätzlichen Offenheit für die Republik einbezogen. Nach dem endgültigen Scheitern der Revolution, äußerlich sinnfällig dokumentiert in der Sprengung des Rumpfparlaments in Stuttgart, steigerte sich der Revolutionsverdacht der Liberalen bis zur Legende von den Demokraten als der „Partei der permanenten Revolution“<sup>1</sup>. Daß diese Legendenbildung erst relativ spät in solcher Deutlichkeit, dann aber um so massiver einsetzte, ist wohl wesentlich mitbedingt durch die württembergischen Presseverhältnisse<sup>2</sup>.

Die liberalen Anhänger der konstitutionellen Monarchie waren in der öffentlichen Propagierung ihrer politischen Ansichten und damit in der Schaffung und Prägung der „öffentlichen Meinung“<sup>3</sup> gegenüber den Demokraten benachteiligt. Zwar stand ihnen für Mitteilungen, Adressen u. ä. in der „Schwäbischen Chronik“ ein Publikationsorgan zur Verfügung, das ganz Württemberg erfaßte und täglich erschien. Doch diese Zeitung war wohl parteiisch im Sinne der Liberalen redigiert, aber kein eigentliches Parteiblatt, wie es die Demokraten im „Beobachter“ besaßen. Der „Chronik“ fehlten vor allem die regelmäßigen meinungsbildenden Leitartikel, die der „Beobachter“ in so reichem Maße bot<sup>4</sup>. Nach einem vergeblichen Versuch im Oktober 1848, sich in der „Süddeutschen Politischen Zeitung“<sup>5</sup> ein eigenes Organ zu

1 WZ Nr. 2 v. 11. Juli 1849.

2 Vgl. dazu Kap. D II, 4.

3 Zum problematischen Begriff der öffentlichen Meinung s. vor allem Hennis; Habermas, Strukturwandel; Fraenkel, Parlament u. öffentliche Meinung; ders., Demokratie und öffentliche Meinung; Luhmann.

4 Zur Kritik der Liberalen an der Berichterstattung der Chronik vgl. WZ Nr. 120 v. 27. November 1849.

5 Diese Zeitung ist nicht mehr nachweisbar. Auf der Generalversammlung des vaterländischen Vereins in Stuttgart am 16. Oktober 1848 war das Angebot des Herausgebers der Zeitung angenommen worden, daß dem Verein die Zeitung für Artikel zur Verfügung stehen sollte. Das Bedürfnis nach einem eigenen Organ wurde allgemein anerkannt, Bedenken erregte nur die wohl geringe Auflagenhöhe, vgl. Chronik Nr. 276 I v. 19. Oktober 1848. Bei Koszyk (Deutsche Presse) u. bei Schott ist die Zeitung nicht erwähnt. Reinöhl (Revolution, S. 32) charakterisiert die Zeitung als „durchaus doktrinär und unvolkstümlich“.

schaffen, erschien als liberales Parteiblatt seit dem 10. Juli 1849 die „Württembergische Zeitung“<sup>6</sup>, die ihr Erscheinen erst Ende 1854 einstellte, als die „Parteifusion“ erreicht war und der „Beobachter“ wieder als gemeinsames Organ der vereinten Opposition diente.

Das neue Organ der Liberalen setzte sich das Ziel, die Regierung in ihrem Kampf gegen die drohende Reaktion von oben und die Revolution von unten zu unterstützen<sup>7</sup>. Der Tradition der liberalen Politik in der Revolutionszeit gemäß wurde es jedoch kein gleichgewichtiger Kampf an zwei Fronten.

Im Wahlkampf für die erste verfassungsändernde Landesversammlung Anfang August 1849 beschworen die Liberalen immer wieder die nicht mehr akute Gefahr einer Revolution, deren Verfechter in Württemberg nach dem Diktum des „Beobachters“ „die unverdiente Strafe der Lächerlichkeit“<sup>8</sup> auf sich luden. Infolge dieser Polemik wurden die in den Augen der Liberalen revolutionsverdächtigen Demokraten zum Hauptobjekt der Angriffe des liberal-konstitutionellen Organs. Indem dieses den Anspruch erhob, den „revolutionsmüden“<sup>9</sup> Teil der württembergischen Bevölkerung zu repräsentieren und gleichzeitig gegen jene „Hand voll [von] Intriganten und von Fanatikern“ polemisierte, die den badischen Aufständischen zu Hilfe kommen wollten, suggerierte es als „wüste Hintergedanken“ der Demokraten eine Revolutionsbereitschaft, die nicht mehr bestand und auch nur in sehr beschränktem Maße jemals bestanden hatte. Einen demokratischen Wahlsieg verschrie es als „Triumph der Willkür, der Tyrannei, des Partei-Nepotismus“<sup>10</sup>. Demokraten und Liberale bekämpften sich vornehmlich gegenseitig und verloren die von beiden zum Feind erklärten Träger der Reaktion weitgehend aus den Augen. Die Liberalen denunzierten die Demokraten als Verfechter „der durch und durch roten Republik“<sup>11</sup>, die „das badische Zeitalter für unser Land“<sup>12</sup> herbeiführen wollten. Friedrich Notter sah gar überall in Europa „Sozialismus und Kommunismus an der stillen Arbeit“<sup>13</sup>. Die Demokraten antworteten mit der Wahlkampfparole „Volkspartei oder Herrenpartei“<sup>14</sup>.

---

6 Seit April 1852 als „Politisches Wochenblatt“. Vorher erschien die Zeitung täglich.

7 Nr. 1 v. 10. Juli 1849.

8 Nr. 174 v. 13. Juli 1849. Der „Beobachter“ gab hier eine nüchterne Analyse der nicht-revolutionären Situation und rief zur politischen Mitarbeit und zur hohen Wahlbeteiligung auf, die von den Volksvereinen organisiert werden sollte. Fr. Römer charakterisierte den Revolutionsversuch zur Durchsetzung der Reichsverfassung mit den Worten: „Parturint montes, nascetur ridiculus mus.“ (WZ Nr. 2 v. 2. Januar 1850.)

9 WZ Nr. 6 v. 1. Juli 1849. Dort auch die folgenden Zitate.

10 WZ Nr. 14 v. 25. Juli 1849.

11 WZ Nr. 20 v. 1. August 1849.

12 WZ Nr. 25 v. 7. August 1840. Fr. Römer anerkannte im Rückblick, daß im Juni bereits die „Gefahrenperioden“ überwunden waren, WZ Nr. 38 v. 13. Februar 1850.

13 Grube, Notter, S. 270.

14 Chronik Nr. 198 I v. 18. August 1849.

Die Demokraten konnten einen hohen Wahlsieg verbuchen. Sie gewannen 44 von 60 Mandaten<sup>15</sup>. Trotz der von allen beklagten politischen Ermattung der Bevölkerung hatten immerhin 59% vom neuen Wahlrecht Gebrauch gemacht<sup>16</sup>, das lediglich die Zahlung einer, wenn auch noch so geringen, direkten Steuer voraussetzte. Im Mai 1848 hatten nach dem Zensuswahlrecht 94% abgestimmt<sup>17</sup>.

Die Liberalen antworteten auf ihre Wahlniederlage mit einer Verschärfung der Polemik gegen die Demokraten. Eine mehrfach publizierte Eingabe von 12 vaterländischen Vereinen an das württembergische Ministerium behauptete die Existenz einer republikanischen Umsturzpartei, die angeblich über ganz Deutschland verbreitet sei. Man habe sie bisher nur niederhalten können, weil die Konstitutionellen „sich um die Throne geschart und der Umsturzpartei mit Entschlossenheit entgegengestellt haben“<sup>18</sup>. Den Demokraten, die letztlich sogar bereit waren, um der nationalen Einheit willen den preußischen Erbkaiser zu akzeptieren<sup>19</sup> und die sich stets allen Beschlüssen der Nationalversammlung gebeugt hatten, warf man vor, in Wirklichkeit über die Nationalversammlung das „Phantom der sozialen Republik“<sup>20</sup> angestrebt zu haben. „Die Demokratie beabsichtigte [...] nicht mehr und nicht weniger als durch eine zügellose Presse, durch ein über ganz Deutschland organisiertes Klubwesen die Durchführung der Revolution.“ Gleichzeitig rückte das liberal-konstitutionelle Organ selbst ab von der „Reichsverfassung, welche der in allen Fällen anhaltend praktisch bekämpften Anarchie neuen Stoff und Nahrung gab durch die gesetzlich sanktionierte Herrschaft der Massen“<sup>21</sup>. Die Realisierung der Reichsverfassung hätte zur „Herrschaft der Ochlokratie“ geführt.

Die Behauptung, daß die Demokraten eine revolutionäre sozialistische Republik angestrebt hätten und noch immer anstrebten, geriet zunehmend zum Stereotyp, das auch dann nur langsam abgebaut wurde, als Liberale und Demokraten Ansätze zu einer Annäherung öffentlich erörterten<sup>22</sup>. So beschwor die „Württembergische Zeitung“ im Januar 1851 das dunkle Bild einer künftigen, von den Massen beherrschten „roten“ Demokratie<sup>23</sup>. Sie argwöhnte in der unnachgiebigen Haltung der demokratischen Abgeordneten gegenüber den von

15 Beob. Nr. 197 v. 8. August 1849. Adam (S. 95) spricht von 40 Mandaten.

16 Chronik Nr. 191 I v. 10. August 1849. Die Wahlbeteiligung in den einzelnen Oberämtern differierte allerdings stark, z. B. in Nagold 33%, in Saulgau hingegen 96% (ebd.). Die Gründe für dieses unterschiedliche Wählerverhalten wären nur durch spezielle Untersuchungen aufzuhellen.

17 Ebd.

18 WZ Nr. 86 f. u. Chronik Nr. 250 f. I v. 18. u. 19. Oktober 1849.

19 Vgl. Boldt, Volksvereine, S. 59—62, und u. Kap. B VI, 1.

20 WZ Nr. 94 v. 27. Oktober. Dort auch die folgenden Zitate.

21 Zu dem schrittweisen Abrücken von der Reichsverfassung vgl. Kap. B VI.

22 Vgl. dazu Kap. C II.

23 Nr. 22 v. 26. Januar 1851, gezeichnet „r“.

der Regierung vorgelegten Plänen zu einer Verfassungsrevision<sup>24</sup> einen erneuten Versuch, durch Verweigerung von Teilreformen eine revolutionäre Situation zu schaffen<sup>25</sup>.

Als die Liberalen schließlich einsehen mußten, daß ihre „Taktik der Versöhnlichkeit“<sup>26</sup> die Reaktion nicht aufhalten konnte, degenerierte der Revolutionsvorwurf gegen die Demokraten zur bloßen Rechtfertigungsideologie für die eigene Kompromißbereitschaft gegenüber den alten Mächten in der Revolutionszeit. „Zwar war der Liberalismus nicht stark genug, um sich zu behaupten. Er erlag der Reaktion, nachdem er die Demokratie überwunden hatte. Jene würde jedoch nimmermehr gesiegt haben, wenn nicht die Exzesse der Demokratie, insbesondere die kommunistischen Bestrebungen derselben, einen großen Teil der Anhänger des Liberalismus eingeschüchtert und so in passive Begünstiger des Absolutismus verwandelt hätten“<sup>27</sup>.

---

24 Vgl. dazu Adam, S. 9 ff.; Menzinger, S. 31 ff.

25 WZ Nr. 96 v. 24. Mai 1851: „Wer freilich auf die Revolution spekuliert, tut wohl daran, an dem Satze festzuhalten: ‚Alles oder Nichts!‘ Wer aber auf dem Wege der Ordnung weiterkommen will, wird sich einem Vergleichsversuch nicht entziehen.“ Vgl. auch Chronik Nr. 105 v. 4. Mai; 207 v. 2. September 1851.

26 WZ Nr. 119 v. 21. Mai 1851.

27 PW Nr. 32 v. 7. August 1853.

## V. Republik und konstitutionelle Monarchie

### 1. Die Diskussion bis zur Trennung von Liberalismus und Demokratie: Taktik der Ausklammerung oder Kampf gegen die Republik?

Die vormärzliche Opposition in Württemberg hatte das bestehende Verfassungssystem nicht grundsätzlich sprengen, sondern die in der Verfassung von 1819 angelegten politischen Mitwirkungsrechte, verbunden mit liberalen Freiheitsforderungen, realisieren wollen. Die Verfassung behielt einerseits die gesamte Staatsgewalt dem Monarchen vor, beschränkte sie aber doch in bestimmten wichtigen Bereichen durch das Zustimmungsrecht der Stände, das aber auf die Verhinderung von Mißbrauch der monarchischen Gewalt begrenzt war<sup>1</sup>. Dieser institutionalisierte Dualismus wurde im Vormärz in Württemberg nur sehr vereinzelt zum Gegenstand der Kritik<sup>2</sup>. Auch die Petitionen und Adressen, die bis zur Einsetzung des Märzministeriums verfaßt wurden, zielten nicht über die „konstitutionelle Monarchie, d. h. die Einherrschaft mit Volksvertretung“<sup>3</sup> hinaus. Sie wollten ausschließlich den bestehenden „Scheinkonstitutionalismus“<sup>4</sup> in einen echten verwandelt sehen, der zwar das monarchische Prinzip begrenzen, aber den in der Verfassung angelegten Dualismus nicht zugunsten der Volksvertretung aufheben sollte. Auch die Einsetzung des Märzministeriums vollzog sich im Rahmen des bestehenden Verfassungssystems und das Programm der neuen Regierung beabsichtigt nicht, es zu durchbrechen.

Die Frage nach der Staatsform war zunächst nicht erhoben worden. Sie tauchte zuerst im Zusammenhang mit sozialen Forderungen auf, was die heftige Reaktion aus den Kreisen des Bürgertums erklärt. Schon Anfang April 1848 hatte das von Adolf Majer, einem Apothekergehilfen, redigierte Heilbronner „Neckar-Dampfschiff“ republikanische Forderungen mit sozialpolitischen verquickt<sup>5</sup>. Wichtiger noch wurde für die Verbindung von Republik und eigentumsbedrohender

1 Vgl. R. v. Mohl, Württ. Staatsrecht, Bd. 1, S. 533.

2 Vgl. ebd. S. 534 u. allgemein Goessler, passim.

3 So Reyschers Definition in seiner Rede v. 20. April 1848, in: ders., Aufgabe der Nationalversammlung, S. 9.

4 Die WZ Nr. 61 v. 12. März 1850 schrieb: „Unser vormärzlicher Staat war der zentralisierte, bureaukratisierte, aufgeklärte Schreiberdespotismus.“ Zu den Petitionen s. o. S. 127 ff.

5 Vgl. Weller, Heilbronn, S. 16 f. Majer, der am 1. April 1848 die Redaktion übernahm, wurde nach wenigen Tagen wegen angeblicher Umsturzpläne verhaftet und bis 1849 gefangengehalten (ebd. S. 17 f.). Zu Majer s. auch dessen Schrift „Württembergs Verhalten zur südwestdeutschen Revolution“ (1849). Nach seiner Flucht in die Schweiz bat er 1856 in einer Eingabe an den König wegen seines Verhaltens von 1848 um Vergebung, HSTAS E 146 Bü 1956 Bl. 177.

Anarchie im Bewußtsein großer Teile des Bürgertums eine Stuttgarter Arbeiterversammlung vom 7. April, die in ihren von Gottlieb Rau angeregten Forderungen republikanische, sozialpolitische und christliche Motive miteinander verband<sup>6</sup>. Zwar empfahl die Arbeiterversammlung die Republik als Schutz für „das Leben und das Eigentum der Bürger“, doch sie sollte zugleich den „Grundsatz auf edle Weise verwirklichen, daß der Besitz ein Recht und eine Pflicht zugleich ist. Die Republik ist kein Kommunismus, aber sie ist das Mittel, den Volksbedürfnissen die schnellste und wirksamste Abhilfe zu gewähren, sie ist die endliche Erfüllung, der endliche Sieg des Christentums.“ Die Republik verstand man einerseits sehr vage als eine Möglichkeit zur Befriedigung der „Volksbedürfnisse“ im Geiste des Christentums und andererseits als die billigste Staatsform, die mit den öffentlichen Mitteln besonders sparsam haushalten würde. „Das Volk kann bei dem Anblick verhungertes Leichen den Glanz von Königs- und Kaiserkrone nicht mehr ertragen.“

Diese sozialpolitische Motivierung republikanischer Bestrebungen und ihre Verbindung mit dem politisch bewußten Teil der Unterschichten provozierte im liberalen Bürgertum Sozialängste, während die Demokraten darin Anknüpfungspunkte für eine gemeinsame Frontstellung gegen die alten Mächte sahen. So bahnte sich über die Frage der Staatsform, hinter der sich die soziale Frage<sup>7</sup> und das Problem der politischen Integration der Unterschichten<sup>8</sup> verbarg, die Trennung von Liberalismus und Demokratie bereits kaum einen Monat nach Einsetzung der bürgerlichen Regierung an, mit der zunächst alle oppositionellen Forderungen erfüllt oder ihre Erfüllung eingeleitet schien<sup>9</sup>. Das Problem der politischen Integration der Unterschichten entzündete sich zwar, wie gezeigt werden konnte<sup>10</sup>, an der Wahlrechtsfrage. Doch die Befürchtungen, die das liberale Bürgertum damit verband, konzentrierten sich im Streit um Republik oder konstitutionelle Monarchie. In der Frage der Staatsform liefen die Auseinandersetzungen innerhalb des Bürgertums zu einem Syndrom der Angst auf seiten der Liberalen bzw. der Hoffnung seitens der Demokraten zusammen<sup>11</sup>. Deshalb ist die Diskussion über die zu erstrebende Staatsform als der Kern der innerbürgerlichen Kontroversen anzusehen.

Als republikanische und sozialpolitische Forderungen aus den Unterschichten erhoben wurden, geriet die Haltung zur Republik zur

6 Stuttgarter Adresse v. 7. April an den Ausschuß des Vorparlaments, Beob. Nr. 39 v. 10. April 1848. Dort auch die folgenden Zitate; s. auch u. S. 162. Die Adresse soll auf einer Arbeiterversammlung von etwa 1000 Teilnehmern beschlossen worden sein. Vgl. Raus Aufruf v. 19. u. 20. März, Beob. Nr. 17 f.; Zimmermann, Revolution, S. 65 ff.; Mann, S. 113 f.

7 Vgl. dazu Kap. B VII.

8 Vgl. Kap. B V, 3.

9 Vgl. o. S. 129 f.

10 Vgl. o. S. 133 f.

11 Vgl. Kap. B V, 3.

Trennwand zwischen den beiden Flügeln des Bürgertums. Doch diese Trennwand bildete nur im Bewußtsein der Liberalen die eherne Scheide zwischen Anarchie und Ordnung, zwischen sozialrevolutionärem Umsturz und politischer Reform. Die Demokraten hingegen wollten, um den Bruch des bürgerlichen Lagers zu vermeiden und dennoch die Bewegung in den unterbürgerlichen Sozialschichten mit der bürgerlichen Bewegung zu koordinieren, die Frage der Staatsform bewußt offenlassen und ihre Lösung ganz der Kompetenz der Nationalversammlung überantworten<sup>12</sup>. Die Demokraten, deren kleinbürgerlicher Anhang selbst soziale Reformen forderte<sup>13</sup>, nahmen jene schon für 1847 belegte Strategie auf, nach der die politische Kraft der Bewegung in den unterbürgerlichen Schichten in die bürgerliche Emanzipationsbewegung eingebracht und eine doppelte Frontstellung gegen Reaktion und den „vermittelt des Besitzes monopolisierten Liberalismus“<sup>14</sup> aufgebaut werden sollte. Um durch die angestrebte Erweiterung ihrer sozialen Basis in die Unterschichten hinein nicht die bürgerliche Opposition zu zersplittern, spielten die Demokraten sogar die Bedeutung der Staatsform herunter. Gleichzeitig versuchten sie, mit Hilfe ihrer Forderung, das Wahlrecht auf alle Bevölkerungsschichten auszudehnen, eine Interessenkoalition von Bürgertum und Unterschichten zu schaffen<sup>15</sup>. Der Ruf nach allgemeinen und direkten Wahlen, mit denen die Vorrechte der „gegebenen Stellung und Geldbeutel“<sup>16</sup> aufgehoben werden sollten, stellte den kleinsten gemeinsamen Nenner der bürgerlich-demokratischen und der unterbürgerlichen Forderungen dar. Er sollte die angestrebte Interessengemeinschaft gegen die Reaktion und die Herrschaft des Besitzes herstellen und zugleich alle trennenden Elemente innerhalb der bürgerlichen Bewegung ausklammern. Doch diese Taktik des Ausklammerns vermochte den Riß innerhalb des politisch aktiven Bürgertums nicht mehr zu kitten, denn sein liberal-konstitutioneller Flügel ging nicht darauf ein, wenngleich die offene Spaltung zunächst noch vermieden wurde.

Schon bei der Konstituierung des liberal-demokratischen Vereins in Stuttgart Anfang April 1848<sup>17</sup> opponierten die Liberal-Konstitutionellen prinzipiell gegen jeden Versuch, republikanische Kräfte aufzunehmen. Auf der konstituierenden Sitzung legte der Abgeordnete Murschel der Versammlung eine bereits mit etwa 1000 Unterschriften<sup>18</sup> versehene Erklärung vor, „daß einseitige, unzeitgemäße repu-

<sup>12</sup> Vgl. Beob. Nr. 34 v. 5. April; 36 v. 7. April; 38 v. 9. April 1848 und Kap. B VI, 1.

<sup>13</sup> Vgl. dazu Kap. B VII.

<sup>14</sup> Beob. Nr. 36 v. 7. April 1848.

<sup>15</sup> Vgl. ebd. und o. S. 134.

<sup>16</sup> Ebd.

<sup>17</sup> Vgl. Kap. B II.

<sup>18</sup> Vgl. Chronik Nr. 100 v. 10. April. Auch diese Erklärung widerlegt die Behauptung Boldts (Volksvereine, S. 25), daß erst ab Ende Mai republikanische Bestrebungen in den Vereinen festzustellen seien.

blikanische oder kommunistische Bestrebungen ebenso wie unbeachtete Anpreisung oder Verkündigung der Republik zu noch größerer Kredit- und Arbeitslosigkeit, zu Eigentums- und Rechtsverletzungen, zur Anarchie, zum Bürgerkrieg und zur Unfreiheit führen und Anlaß geben könnten“<sup>19</sup>. Diese auf den 8. April datierte Erklärung war eine direkte Antwort auf die erwähnte Arbeiterresolution vom Vortage; diese hatte die Abneigung von Teilen des liberal-demokratischen Bürgertums gegen die Republik so stark emotionalisiert, daß der Hauptredner auf der Arbeiterversammlung, Gottlieb Rau<sup>20</sup>, am folgenden Tag auf der konstituierenden Vereinssitzung der Liberal-Demokraten niedergeschrien wurde. Der „Beobachter“ kritisierte den Ausbruch antirepublikanischer Emotionen und resümierte: „Wäre wirklich eine republikanische Partei vorhanden, wie sie in Württemberg in Wahrheit nicht ist, solche Auftritte könnten nur geeignet sein, ihr neuen Boden zu erobern. Es wurde uns klar, daß eine tiefgehende Spaltung innerhalb des liberalen Lagers selbst sich vorbereitet“<sup>21</sup>.“ Als der Ausschuß des Stuttgarter Vereins gewählt wurde, der zugleich die Tätigkeit aller württembergischen liberal-demokratischen Vereine koordinieren sollte, prägten sich die Spaltungstendenzen noch krasser aus<sup>22</sup>. Die starke Beteiligung von Arbeitern an den Ausschußwahlen<sup>23</sup> spaltete die Wählerschaft nicht nur in Republikaner und Anhänger der konstitutionellen Monarchie, sondern verband diesen Gegensatz mit jenem von „Besitzenden“ und „Besitzlosen“<sup>24</sup>. Die erregte Stimmung verschärfte sich noch, als man einen Soldaten verhaftete, der sich an einer Petition beteiligt hatte. Bürgerwehr und Militär wurden eingesetzt<sup>25</sup>. Die tumultuarischen Szenen verstärkten die Abwehrhaltung der Liberal-Konstitutionellen gegen die republikanische Staatsform, deren eigentumsbedrohende Tendenz sie durch diese Vorgänge bestätigt sahen. Sie lähmten aber auch jene Demokraten, die eine Interessenkoalition mit den republikanischen Arbeitern suchten, denn sie sahen Teile des Kleinbürgertums, ihrer eigenen sozialen Basis also, aus Furcht vor den Folgen der proletarischen Aktivität auf die antirepublikanische Haltung einschwenken<sup>26</sup>.

Die Demokraten lenkten nun ein, um den Bestand der bürgerlichen Einheitsfront zu retten, aber sie wollten gleichzeitig auch die bürgerlich-proletarische Zusammenarbeit wahren. Beides mißlang. Die Spaltung des bürgerlichen Lagers — so lehrten die folgenden Monate —

---

19 Beob. Nr. 39 v. 10. April; vgl. Chronik Nr. 100 v. 10. April 1848.

20 Vgl. zu Rau Anm. 10 S. 109.

21 Nr. 39 v. 10. April; Antwort Murschels Nr. 40 v. 11. April.

22 Vgl. zu den Einzelheiten der Wahl Boldt, Volksvereine, S. 13—19.

23 Vgl. Beob. Nr. 41 v. 12. April.

24 Beob. Nr. 42 v. 13. April.

25 Vgl. ebd. Nr. 41 v. 12. April; Sauer, Heer, S. 120 f.

26 Vgl. den Bericht in Chronik Nr. 101 v. 11. April 1848 über die Versammlung und die Resolution von Weingärtnern. Zur Spaltung von Bürgertum und Proletariat schon zu Beginn der Revolution vgl. allgemein Hamerow, Restauration, S. 138.

war nicht mehr aufzuhalten; der vergebliche Versuch, es dennoch zu tun, verhinderte die frühzeitige Integration der Arbeiter in die demokratische Bewegung. Diejenigen Arbeiter, die politisch aktiv waren, schlossen sich vor allem den entschieden republikanischen Organisationen an, die sich im demokratischen Kreisverein in Stuttgart verbanden und in Konkurrenz zu den liberal-demokratischen Vereinen standen<sup>27</sup>. Erst als 1849 in der Zeit zunehmender Reaktion die Arbeiterbewegung sich vornehmlich auf gewerkschaftliche Ziele beschränkte und zudem die demokratisch-republikanische Konkurrenz verboten war<sup>28</sup>, konnte die Arbeiterbewegung politisch weitgehend in die demokratische Bewegung integriert werden<sup>29</sup>.

Die Demokraten verwarfen die antirepublikanische Erklärung anlässlich der Konstituierung des Stuttgarter liberal-demokratischen Hauptvereins als einen Versuch, „ohne äußerste Not in diesem Augenblicke eine konstitutionell-monarchische Demonstration zu machen und eben damit republikanische Tendenzen zu provozieren“<sup>30</sup>. Sie polemisierten außerdem gegen „die jammerwürdig elende Angst des Besitzes, welchem im Angesichte der Gewalt der neuen Zeitideen der Geldbeutel vor Gezitter in der Hosentasche hüpfte“. Einen Tag später, als die starke Beteiligung von Arbeitern an der Wahl des Ausschusses des Hauptvereins zu Tumulten geführt hatte, verurteilten jedoch auch die Wortführer der Demokraten diese Vorgänge und riefen zur Wahrung von Ruhe und Ordnung auf. Vor allem versuchten sie, die oppositionelle Bewegung im Lande nicht in einen Gegensatz zu den Zielen der Märzregierung geraten zu lassen, „hinter welcher für Württemberg nicht mehr übrig ist, als die Anarchie“<sup>31</sup>. Demokraten und Liberale veröffentlichten gemeinsam einen Ordnungsappell<sup>32</sup>, um zu verhindern, daß sich das bürgerlich-liberal-demokratische Lager spaltete, bevor es sich im Hauptverein eine einheitliche Organisation geschaffen hatte. Ein Mißlingen dieses Versuchs hätte tiefgreifende Folgen für die gesamte Vereinsbildung in Württemberg haben müssen, da der Stuttgarter Hauptverein das Koordinationsorgan für das ganze Land sein sollte.

Die Demokraten mußten einlenken, da die Befürchtungen, die das Auftreten der Arbeiter hervorrief, auch Teile der demokratischen Anhänger erfaßten. Man glaubte nämlich, „mit der Art seiner Abstimmung über Republik und Monarchie über Kommunismus und Wahrung des Eigentumsrechtes sein Votum abgeben zu müssen“<sup>33</sup>. Die

27 Vgl. S. 135.

28 Am 12. Juli wurde der Kreisverein Stuttgart verboten, Regierungsblatt Nr. 41 v. 15. Juli 1848.

29 Vgl. dazu Balsler, Bd. 1 S. 339 ff.

30 Beob. Nr. 40 v. 11. April. Dort auch das folgende Zitat.

31 Ebd. Nr. 41 v. 12. April; vgl. Nr. 42 v. 13. April.

32 Ebd. Nr. 42 v. 13. April.

33 Beob. Nr. 43 v. 14. April. Der Anteil der Demokraten im Ausschuss des Hauptvereins sank von 5 auf 2 in diesen Wahlen, vgl. Boldt, Volksvereine, S. 38.

Demokraten sahen sich zudem Angriffen aus dem ganzen Lande und energischen Protesten gegen jede Propagierung republikanischer Forderungen ausgesetzt<sup>34</sup>, so daß sie den Verlust großer Teile ihrer potentiellen Gefolgschaft befürchteten, wenn sie nicht zurücksteckten. Doch ihr Versuch, die offen ausgebrochenen Gegensätze im bürgerlichen Lager zu überbrücken, kam zu spät, um die Liberal-Konstitutionellen von der Aufrichtigkeit ihres Einlenkens zu überzeugen. Die Diskussion um die Staatsform konnte nicht mehr unterbunden werden. So berichtete eine Zuschrift aus dem schwäbischen Oberland von Protesten gegen die „undeutsche“<sup>35</sup> Republik, und der sich konstituierende liberal-demokratische Verein in Buchau erklärte die „konstitutionelle Monarchie [als] die für Württemberg einzig angemessene Staatsform“. Auch der Eblinger Verein sprach sich auf seiner konstituierenden Sitzung dagegen aus, „daß der Republikanismus den Kommunismus als Köder auswirft, um auf die untern Massen zu wirken“. In Eblingen waren, wie in Stuttgart, republikanische Forderungen von Arbeitern propagiert und damit für die Mehrzahl der anwesenden Gründungsmitglieder von vornherein indiskutabel geworden.

Ein großer Artikel von David Friedrich Strauß in der „Chronik“ vom 12. April 1848 brachte die republikanischen Bestrebungen mit der Politik von „Louis Blanc, des Sièyes der neuen [französischen] Arbeiterrepublik“<sup>36</sup> in Verbindung. Strauß artikulierte damit Befürchtungen breiter Kreise des Bürgertums über die angeblich sozialrevolutionären Ziele der Republikaner. Nur zwei Tage später behauptete Gustav Rümelin in einem anonymen Artikel, die Demokraten hätten mit ihrem Versuch, die politisch aktiven Arbeiter in die bürgerliche Bewegung einzubeziehen, einen „Salto mortale zur Republik und zum Kommunismus hinüber“<sup>37</sup> vollzogen. Er lehnte selbst die Einbeziehung der Unterschichten in das Wahlrecht ab, womit er die Haltung der Liberalen nach ihrer organisatorischen Trennung von den Demokraten vorwegnahm<sup>38</sup>. Darüber hinaus konstatierte Rümelin bereits zu diesem Zeitpunkt (Mitte April 1848) den nicht mehr zu überbrückenden Riß zwischen Liberalen und Demokraten: „Unsere Wege gehen fortan auseinander!“

Die Demokraten versuchten vergeblich, den Kommunismusverdacht der Liberalen gegen ihre Politik der sozialen Öffnung nach unten zu entkräften und als ein Mißverständnis zu belegen. „Das Eigentumsrecht ist uns so heilig, als es irgendwem im Staate heilig sein kann; denn wir wissen, daß mit seiner Antastung alle Stützen des staatlichen Gebäudes brechen und die auseinanderfallenden Steine alle

34 Vgl. u. a. Chronik Nr. 101 v. 11. April; 104 I v. 14. April; 111 I v. 21. April; 113 v. 28. April 1848.

35 Chronik Nr. 104 I v. 14. April. Dort auch die folgenden Zitate.

36 Nr. 102; gezeichnet „D“. Chronik Nr. 106 I v. 16. April benennt Strauß als Autor.

37 Chronik Nr. 104 I v. 14. April. Dort auch das folgende Zitat.

38 Vgl. Kap. B V, 3.

öffentliche Ordnung jählings in den Abgrund stürzen<sup>39</sup>." Sie sahen die Gefahr, daß die „teilweise gerechtfertigte Angst des Besitzes eine so gefährliche Feindin des Fortschritts werden [könnte], als es bis jetzt das Bevormundungssystem des Polizeistaates war". Sie erklärten deshalb „feierlich, daß wir alle und jede kommunistische Bestrebung, wo und wie sie sich zeigen will, als so töricht wie verderblich verabscheuen". Um die politische Einheitsfront des Bürgertums nicht aufbrechen zu lassen und dennoch die Unterschichten in diese Front zu integrieren, verurteilten die Demokraten republikanische und konstitutionelle Proklamationen gleichermaßen. Die Frage der Staatsform, die für die Trennung von liberaler und demokratischer Bewegung in Württemberg schlechthin konstitutiv wurde, wollten die Demokraten als unzeitig vertagen und ihre Lösung der Nationalversammlung überlassen<sup>40</sup>. Auch der Versuch, bürgerliche und proletarische Bewegung zu verbinden, scheiterte am Problem der Staatsform, in dem sich alle strittigen Fragen bündelten. Die Nationalversammlung war für die Demokraten der Deus ex machina, der das innerwürttembergische Kardinalproblem der bürgerlich-proletarischen Emanzipationsbewegung lösen sollte, ohne diese zu spalten.

Zu dieser Taktik des Ausklammerns und Aufschiebens waren die Liberalen jedoch nicht bereit. Durch entsprechende Beschlüsse von Vereinen und Wahlkomitees versuchten sie, die öffentliche Meinung auf die konstitutionelle Monarchie als verbindliche Staatsform für Württemberg festzulegen<sup>41</sup> und die Wahl von Republikanern in die Nationalversammlung durch einen geeigneten Wahlmodus auszuschließen. So forderte der Bürgerverein Aalen indirekte Wahlen, um den „blinden Zufall" auszuschalten und die „wahre Ansicht der Wählermajorität zur Geltung [zu] bringen". Vor allem verurteilten die Liberalen jeden Versuch, die einzelstaatlichen Verfassungen über die Nationalversammlung zu republikanisieren<sup>42</sup>. Um das mit der Republik verbundene „Schreckgespenst des Kommunismus"<sup>43</sup> zu bannen, grenzten sich die Demokraten demonstrativ gegen die republikanischen Bewegungen in Baden und Frankreich ab. Sie versuchten der Diskussion um Republik oder konstitutionelle Monarchie den Charakter des Prinzipiellen zu nehmen. Sie wollten aber, wie Friedrich Römer im Rückblick zu Recht konstatierte, die „Flügel der Monarchie auf eine Weise beschnitten wissen, daß ihr, außer dem Namen, fast nichts übriggeblieben wäre"<sup>44</sup>.

Diesen Kompromiß, der nicht einmal ein dilatorischer gewesen wäre, lehnten die Liberalen ab. Sie beharrten auf der unrealistischen

39 Beob. Nr. 44 v. 15. April. Dort auch die folgenden Zitate.

40 Vgl. auch Kap. B VI, 1.

41 Vgl. das Wahlprogramm der Liberal-Konstitutionellen in Chronik Nr. 105 I v. 15. April. Dort auch die folgenden Zitate.

42 Vgl. Chronik Nr. 133 I v. 13. Mai.

43 Beob. Nr. 45 v. 16. April.

44 WZ Nr. 109 v. 14. November 1849.

Behauptung: Die „Frage konstitutionelle Monarchie oder Republik heißt bei uns soviel: ob wir Reform oder Umsturz wollen“<sup>45</sup>. Als prominente Demokraten die Diskussion um die zu erstrebende Staatsform als unzeitig bezeichneten<sup>46</sup>, wollten sie mit dieser Haltung ebenso wie der Stuttgarter Hauptverein mit seiner Parole „durch Ordnung zur Einheit! durch Einheit zur Freiheit!“<sup>47</sup> die emotionalisierte Situation entspannen. Die tiefgreifenden Differenzen sollten sich nicht zur Spaltung der eben erst geschaffenen Organisation ausweiten. Doch trotz dieser Entspannungsversuche konnten weder republikanische Bestrebungen noch ihre Gleichsetzung mit sozialrevolutionärer Zielsetzung und „Pöbelherrschaft“<sup>48</sup> unterbunden werden. Vor allem die Unruhen im Juni belebten die republikanischen Tendenzen<sup>49</sup> und zugleich die Gegenwehr, die in der „Offenen Erklärung“ Friedrich Römers ihre programmatische Formulierung fand. Er vertrat zwar den Grundsatz der Volkssouveränität, die er definierte als „Regierung nach dem Willen der Vertreter des Volks“<sup>50</sup>. Doch zugleich warnte er vor einer Übersteigerung dieses Prinzips, da sich die württembergische Regierung sonst gezwungen sehen könnte, nicht alle Beschlüsse der Nationalversammlung anzuerkennen. Er bezeichnete die Grenze der Bereitschaft, sich den Beschlüssen der Nationalversammlung unterzuordnen, zwar nicht präzise, doch sein Hinweis, daß der „Endpunkt der heutigen Bestrebungen [. . .] nicht sowohl in einer republikanischen Umwälzung, als vielmehr in einer sozialistischen mit kommunistischer Richtung“ bestehe, war deutlich. Trotz dieser Warnung vor dem Versuch, über die Nationalversammlung prinzipiell nicht-systemkonforme Verfassungsänderungen in Württemberg durchzusetzen, und trotz der öffentlichen Erklärung des Innenministers gegen Mißbrauch der Pressefreiheit<sup>51</sup>, wodurch sich auch der „Beobachter“ getroffen fühlen mußte, verteidigte das Organ der Demokraten die Regierung gegen alle Angriffe extremer Republikaner. Erst nachdem deren Konkurrenzorganisation zu den Liberal-Demokraten im Juli

---

45 So David Fr. Strauß in Chronik Nr. 106 I v. 16. April.

46 Vgl. Fetzers Wahlrede in Beilage z. Beob. Nr. 49 v. 21. April. Er verwarf die Diskussion aber nicht prinzipiell.

47 Erklärung v. 15. April, Beob. Nr. 46 v. 18. April.

48 Chronik Nr. 126 I v. 6. Mai. Vgl. Chronik Nr. 111 I v. 21. April. In Eßlingen bildete sich ein vornehmlich aus Arbeitern bestehender „Bruderbund“, der sich gegen Ende 1848 aufzulösen begann, da die Eßlinger Fabrikanten ihren Arbeitern die weitere Teilnahme untersagten. Mitglieder des Bundes sollen sich an „einer hochverräterischen Verschwörung“ in Eßlingen beteiligt haben (HSTAS E 146 Bü 1959 Bl. 229). Vgl. weiter die Adresse des Böblinger Bürgervereins gegen die Republik, Chronik Nr. 113 I v. 23. April; Nr. 133 I v. 13. Mai.

49 Vgl. Boldt, Volksvereine, S. 25 ff.

50 Chronik Nr. 176 II v. 27. Juni 1848. Dort auch das folgende Zitat. Für diese Erklärung, auf die sich die Liberalen oft bezogen, erhielt Römer das Ehrenbürgerrecht der Stadt Stuttgart, vgl. Köhler, Römer, S. 162.

51 Vgl. o. S. 134 f. Duvernoy war wie seine Kollegen auf eigenen Wunsch nicht Minister, sondern nur „Vorstand“ des Departments geworden.

1848 aufgelöst wurde, brach der Gegensatz zur Regierung in schärferen Formulierungen hervor<sup>52</sup>.

Kurz zuvor, am 7. Juli 1848, fiel jedoch schon der Stuttgarter liberal-demokratische Hauptverein auseinander und leitete die organisatorische Trennung von Liberalismus und Demokratie in ganz Württemberg ein<sup>53</sup>. Der demokratische Flügel scharte sich um das Programm Robert Römers, den Sohn des Märzministers Friedrich Römer, der liberal-konstitutionelle um das Gustav Pfizers<sup>54</sup>. Die Demokraten versuchten zwar die Programmunterschiede in der Öffentlichkeit auf die als nicht gravierend bezeichneten Unterschiede in der Haltung zur Frage der Staatsform zu reduzieren und betonten ihre Offenheit für Republik und konstitutionelle Monarchie, um Anhänger beider Richtungen in sich zu vereinigen<sup>55</sup>. Doch dieser Unterschied war ein prinzipieller, da hinter der Frage der Staatsform sich grundlegende Differenzen verbargen, die z. T. auch im Wortlaut der Programme faßbar sind.

Das Programm Pfizers basierte auf dem Vereinbarungsprinzip, das zumindest für Württemberg Veränderungen nur innerhalb des bestehenden Verfassungssystems zuließ, ohne dieses grundsätzlich zu sprengen. Im Gegensatz dazu räumte das Programm Robert Römers der Nationalversammlung das Recht ein, unter dem Prinzip der von ihr repräsentierten Volkssouveränität auch in die einzelstaatlichen Verfassungsverhältnisse einzugreifen und sie grundlegend zu ändern. Die Liberal-Konstitutionellen vermieden den Begriff Volkssouveränität. Sie umschrieben ihn (Programmpunkt 4) und begrenzten ihn zugleich materiell, indem sie die konstitutionelle Monarchie für Württemberg als verfassungsrechtlich verbindlich und unantastbar anerkannten. Sie vermieden außerdem, das Wahlrecht für die so in ihrer Souveränität begrenzte Nationalversammlung genau zu definieren, während die Demokraten ausdrücklich den Wegfall eines jeden Zensus (Punkt 6) forderten. Diese Differenz in der Wahlrechtsfrage deutet auf die unterschiedlichen Sozialschichten, aus denen sich die Demokraten und die Liberalen in ihrer Mehrheit rekrutierten<sup>56</sup>. Das wurde durch die Vorgänge bei der letzten Ausschlußwahl verdeutlicht, die der Anlaß für die organisatorische Trennung war. Vor der Wahl waren zahlreiche Angehörige des Hofes in den Verein eingetreten.

52 Vgl. dazu o. S. 135 und Boldt, Volksvereine, S. 31—33. Boldts Meinung (S. 31), daß zwischen „Beobachter“ und Regierung in der Beurteilung der republikanischen Bewegung Übereinstimmung herrschte, solange der Kreisverein bestand, ist aber nicht haltbar.

53 Dazu Boldt, Volksvereine, S. 37 ff., vgl. Kap. B II.

54 Abgedruckt ebd. S. 242—244. Otto Elben (Lebenserinnerungen, S. 117) reduzierte den Grund für die Spaltung auf einen Generationenkonflikt. Das spielte auch eine Rolle, war aber keinesfalls ausschlaggebend.

55 Schon auf der Versammlung vom 6. Juli 1848, die die organisatorische Trennung einleitete, erklärten die Demokraten die Frage der Staatsform nachdrücklich als eine „unpraktische“. Hölder betonte, man müsse auch die „theoretischen [!] Republikaner“ integrieren, s. den informativen Bericht in der Extrabeilage der „Süd-deutschen Politischen Zeitung“, HSTAS E 146 Bü 146 Bl. 78.

56 Dazu Kap. B III.

Die Demokraten protestierten gegen diese Verschmelzung mit der „Grundsuppe der früheren reaktionären Partei“<sup>57</sup> durch Austritt aus dem neu gewählten Ausschuß. Sie spalteten dadurch den Verein, während die Liberal-Konstitutionellen den neuen Mitgliederschub begrüßten (Programmpunkt 2). Sieht man diese Vorgänge zusammen mit der Haltung in der Wahlrechtsfrage sowie der Diskussion um konstitutionelle Monarchie und Republik und ihren Hintergründen, so läßt sich für die Demokraten eine Bereitschaft zur Öffnung nach unten und für die Liberal-Konstitutionellen eine bereits vollzogene Öffnung nach oben bzw. nach rechts konstatieren. Diese Bereitschaft der Liberalen, zur Abwehr der als sozialrevolutionär mißverständenen Republik mit konservativen Kräften zusammenzuarbeiten, belegt an einem konkreten Einzelfall den konservativ-liberalen Kompromiß, der in der Folgezeit immer deutlicher hervortrat. Dieser Kompromiß sollte die Bedrohung von unten abwenden, begünstigte aber zugleich die Reaktion, da Liberale und Demokraten sich immer weiter voneinander trennten.

Die für 1847 aufgezeigte Doppelstrategie des Bürgertums, mit der es seine eigene Emanzipationsbewegung vollenden wollte<sup>58</sup>, war nun endgültig in zwei getrennte Strategien gespalten, die in zunehmendem Maße miteinander in Widerstreit gerieten: Man hatte gehofft, zunächst mit den Unterschichten begrenzt kooperieren zu können, um den Widerstand der alten Mächte gegen den bürgerlichen Emanzipationswillen zu brechen; dann aber sollte ein bürgerlich-konservativer Ordnungsblock gegen die politisch-sozialen Ansprüche der Unterschichten gebildet werden. Auf Grund der frühzeitigen Spaltung des Bürgertums in zwei konkurrierende Flügel wurde jedoch aus dem projektierten zeitlichen Nacheinander ein Nebeneinander, mit dem sich die beiden bürgerlichen Richtungen gegenseitig lähmten.

<sup>57</sup> Beob. Nr. 121 v. 7. Juli; vgl. zu diesen Vorgängen Boldt, Volksvereine S. 38; vor allem Chronik Nr. 188 II v. 9. Juli: Erklärung der aus dem Verein ausgetretenen demokratischen Minderheit. S. auch Elben, Lebenserinnerungen, S. 117; Stetter, S. 283.

<sup>58</sup> Vgl. dazu Kap. A II, 2.

## *2. Republik und konstitutionelle Monarchie in der Diskussion der Demokraten und Republikaner: entwickelte und transitorische Form der Demokratie<sup>1</sup>*

Die Demokraten in der noch ungeschiedenen liberal-demokratischen Organisation, so konnte gezeigt werden<sup>2</sup>, hatten die Einsetzung

<sup>1</sup> Auf die Diskussion um die verfassungstypologische Einordnung der konstitutionellen Monarchie soll hier nicht eingegangen werden. Vgl. zu der Kontroverse um dieses Problem vor allem Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 3, S. 3 ff.; ders., Die Bismarcksche Reichsverfassung; Böckenförde, Der deutsche Typ der konstitutionellen Monarchie; vgl. auch H. Boldt, Deutscher Konstitutionalismus und Bismarckreich; ders., Ausnahmezustand; Sauer (Nationalstaat), der mit seiner Analyse des deutschen Typs der konstitutionellen Monarchie an Pudendorfs Charakterisierung des alten Reichs als eines irregulären Monstrums.

<sup>2</sup> Vgl. o. S. 131 ff.

des Märzministeriums begrüßt und die Zusammenarbeit mit ihm gesucht. Auch als seit Anfang April 1848 der Streit um Republik oder konstitutionelle Monarchie entbrannte, entschieden sie sich nicht eindeutig für die Republik, obgleich aus ihren Versuchen, diese Frage für die Zukunft offenzuhalten, ihre grundsätzliche Bejahung der republikanischen Staatsform sprach. Um der politischen Einheit des Bürgertums willen versuchten sie, die Unterschiede zwischen Republik und konstitutioneller Monarchie zu *minimalisieren*, ohne aber grundsätzlich ihre Hoffnungen auf die Republik als künftiger Staatsform in Württemberg und im erstrebten deutschen Nationalstaat aufzugeben. Fetzer, führendes Mitglied der demokratischen Organisation in Württemberg und Abgeordneter der Nationalversammlung, drückte die Haltung des größten Teils der Demokraten aus, als er seiner Frau im Juni 1848 aus Frankfurt schrieb: Die „Republik ist aber, wie mir scheint, einer späteren Zeit, die indessen vielleicht bald kommen kann, vorbehalten. Vielleicht aber erleben sie auch erst unsere Kinder. Wie Gott will! Erzwingen können wir nichts<sup>3</sup>.“

Mit dem Versuch, Republikaner und Anhänger der konstitutionellen Monarchie organisatorisch zu vereinen, nahmen die Demokraten bewußt in Kauf, daß sich die entschiedenen Republikaner separat organisierten. Die republikanische Sonderentwicklung schwächte die demokratisch-republikanische und demokratisch-konstitutionelle Organisation jedoch nicht dauerhaft, da die extremen Republikaner keine große Anhängerschaft gewinnen konnten. Das Verbot ihrer Zentrale, des demokratischen Kreisvereins in Stuttgart, im Juli 1848, kam nur noch der Bestätigung einer bereits vollzogenen Tatsache gleich<sup>4</sup>. Ihnen stand vor allem kein ganz Württemberg erfassendes Publikationsorgan zur Verfügung. Die seit Mitte Mai 1848 bestehende Tageszeitung „Die Sonne“, herausgegeben von Gottlieb Rau, suchte in erster Linie die kleinen Gewerbetreibenden und die Mitglieder der Arbeitervereine als Leser und Mitarbeiter zu gewinnen<sup>5</sup>. Doch diesen Kreis sprach auch der „Beobachter“ an, mit dessen Informationsgehalt und Niveau die „Sonne“ nicht konkurrieren konnte. Lokale extrem-republikanische Blätter wie das „Württembergische Seeblatt“ in Friedrichshafen und das Heilbronner „Neckar-Dampfschiff“ waren von vornherein in ihrem Wirkungsbereich eng begrenzt.

Diese Blätter verwarfen entschieden den von den führenden Demokraten im „Beobachter“ vertretenen Kompromiß in der Frage der Staatsform. Die extremen Republikaner beachteten jedoch nicht, daß die Demokraten den Kompromiß in der Frage der Staatsform nicht auch auf die Verfassungsfrage ausdehnen wollten. Die Unterschiede

---

3 25. Juni 1848, NL Fetzer.

4 Vgl. o. S. 135.

5 Vgl. Sonne Nr. 114 v. 6. Oktober 1848 (HSTAS E 146 Bü 1952 Bl. 334).

zwischen Republik und konstitutioneller Monarchie als Staatsformen konnten von den Demokraten gerade deshalb für zweitrangig erklärt werden, weil sie diese Unterschiede über die Verfassungsgestaltung zugunsten des republikanischen Typs nivellieren wollten. Die beiden Staatsformen seien „sehr verwandte Formen, welche auf einem und demselben Prinzip beruhen. Dieses Prinzip ist die Demokratie“<sup>6</sup>, das sich in der Republik in der Wahl auch der obersten Staatsorgane dokumentiere, während in der konstitutionellen Monarchie lediglich das Staatsoberhaupt aus dem Bereich der wählbaren Organe ausgeklammert sei. Die Unantastbarkeit des monarchischen Oberhauptes sollte durch dessen politische Entmachtung neutralisiert werden. Diese Definition des konstitutionellen Monarchen, der „jeder Willkürhandlung unfähig, dem Volkswillen gegenübergestellt ist“, hatte sich zwar noch nicht völlig vom vormärzlichen Dualismus gelöst. Doch sie intendierte seine Durchbrechung und hätte bei voller Realisierung in der Verfassungswirklichkeit das monarchische Prinzip aufgehoben. Auf diesen Kompromiß, der eine Trennung von Staats- und Verfassungsform bedeutet hätte, gingen die extremen Republikaner ebensowenig wie die Liberal-Konstitutionellen ein. Die beiden entschiedenen Republikaner Theodor Mögling und Gottlieb Rau lehnten ausdrücklich eine Kandidatur für die württembergische Abgeordnetenversammlung ab, da sie „die Republik für das einzige Rettungsmittel Deutschlands“<sup>7</sup> hielten. Die konstitutionelle Monarchie war im Verständnis der entschiedenen Republikaner eine Bastion, hinter der sich Liberale und Reaktionäre arrangierten. „Die politische Revolution verlangt, daß das ganze System des Konstitutionalismus aus der Verfassung Deutschlands verbannt werde. Dieses System beruht auf Täuschung, in ihm ist dem Volke in Wahrheit kein Recht garantiert“<sup>8</sup>. Diese prinzipielle Ablehnung der konstitutionellen Monarchie und damit der demokratischen Integrationsversuche präziserte das Friedrichshafener „Seeblatt“ noch, indem es den Konstitutionalismus als Vehikel der Reaktion definierte: Die „Reden der liberalen Reaktionäre werden dem abgetriebenen Wechselbalg des Konstitutionalismus keinen Atem beibringen können; die letzte Entscheidung der Frankfurter Nationalversammlung bringt die Republik ohne Revolution oder mit einer Revolution“<sup>9</sup>.

Ihre Vorstellungen von der Republik bestimmten die extremen Republikaner inhaltlich nicht präzise. In den wenigen Ansätzen dazu

---

6 Beob. Nr. 45 v. 16. April. Dort auch das folgende Zitat.

7 Beob. Nr. 36 v. 7. April.

8 Seeblatt Nr. 89 v. 14. August 1848 (HSTAS E 146 Bü 1948 Bl. 88). Das „Seeblatt“ ist erst ab 1863 im Archiv der „Schwäbischen Zeitung“ in Friedrichshafen erhalten. Der Drucker und Redakteur des „Seeblatts“ wurde im Oktober 1848 zu 1 Jahr Festungshaft wegen Aufforderung zum Hochverrat und Majestätsbeleidigung verurteilt, vgl. Chronik Nr. 277 II v. 20. Oktober 1848.

9 Seeblatt Nr. 89 v. 14. August. Vgl. Sonne Nr. 114 v. 6. Oktober 1848.

sind sozialrevolutionäre Forderungen nicht zu finden<sup>10</sup>, wohl aber werden Sozialreformen verlangt, um die politische Herrschaft der Geburtsvorrechte nicht mit der des Besitzes zu vertauschen. Darin unterschieden sie sich nicht von den in der Staatsform kompromißbereiten Demokraten, die ebenfalls mit dem Kampf um soziale Reformen eine neue Epoche in der Geschichte des Liberalismus eröffnet sahen<sup>11</sup>. Im Gegensatz zu ihnen betrachteten aber die extremen Republikaner die republikanische Staatsform als die einzige Möglichkeit, die Unterschichten in die politische Emanzipationsbewegung des Bürgertums einzubeziehen; nur in der Republik sei „positive, reale, sociale Freiheit“<sup>12</sup> realisierbar. „Warum habt Ihr den Fürsten das Vertrauen aufgekündigt und verlangt einen garantierten Rechtsstaat? Ihr werdet Euch aber wohl nicht beklagen wollen, wenn wir nur Euer Beispiel nachahmen. So wie Euer Vertrauen zu den Fürsten erst in der verwirklichten Konstitution Ruhe fand, so stellen auch wir uns nicht Eurer Gnade zur Verfügung, und werden erst mit dem Dasein der Republik unsere Zufriedenheit erlangen.“ Wie der Rechtsstaat die verfassungsrechtlichen Forderungen des Bürgertums befriedigte, so sollte die republikanische Staatsform die sozialpolitischen Erwartungen der Unterschichten erfüllen. Oder pointierter formuliert: Die Republik sollte die Inaugurierung des Rechtsstaats als bürgerlichen Klassenstaat verhindern. Sahen die Liberal-Konstitutionellen hinter der Republik sozialrevolutionäre Bestrebungen verborgen, so konnten andererseits die entschiedenen Republikaner in der konstitutionellen Monarchie nur ein reaktionäres Komplott von Besitzbürgertum und alten Mächten erblicken, um die Früchte der Revolution klassenmäßig zu beschränken.

Den gemäßigten Demokraten fiel die mühevoll Aufgabe zu, zwischen diesen Extremen zu vermitteln, gleichzeitig aber sich gegen beide abzugrenzen. Bis zum Juli 1848 waren die Demokraten mit den Liberalen vereint und von den entschiedenen Republikanern getrennt.

---

10 Die von Rau initiierte und unterzeichnete Proklamation einer Rottweiler Volksversammlung erklärte das Eigentum sogar für „heilig und unverletzlich“, Chronik Nr. 258 I v. 28. September 1848. Vgl. auch Majer (1849), der von der „Kraft der reinen Elemente“ und der „lauteren Demokratie“ (S. 5) sprach. Er bedauerte die Beimischung „unlauterer“ Elemente, deren Vordringen 1849 er auf das Versagen der demokratischen Führer zurückführte (S. 25 f.). Majer unterteilte die Revolutionäre in jene, die politische Freiheit und jene, die „aus der Gedrücktheit proletarischer Lage [sich] emporraffen wollten zu menschenwürdiger Stellung“ (S. 6). Nach Traub (S. 86 Anm. 6), der die „Sonne“ noch benutzen konnte, sprach sich diese am 23. Mai 1848 gegen den Kommunismus aus. Zur Bedeutung dieses Begriffs in der württ. Öffentlichkeit vgl. Kap. B VII, 2. Zur Charakterisierung der sozialpolitischen Forderungen der „Sonne“ kann auch Fröbels Schrift „Monarchie oder Republik“ (1848) herangezogen werden, die in der „Sonne“ in Folgen ganz oder auszugweise erschien. Sozialrevolutionäre Zielsetzungen enthält diese Schrift nicht. Vgl. auch die Forderungen der Stuttgarter Arbeiterversammlung v. 7. April 1848 u. S. 152.

11 Vgl. Beob. Nr. 28 v. 30. Januar 1848; 36 v. 7. April und u. S. 132.

12 Sonne Nr. 25 v. 22. Juni 1848: „Der vierte Stand und die Republik.“ Dort auch das folgende Zitat. Ein Teil dieser Nummer ist bei Balsler (2, S. 581 f.) abgedruckt. Den Artikel, aus dem dieses Zitat stammt, hat sie nicht aufgenommen.

Anfang Juli wurde diese organisatorische Verklammerung umgepolt: Die Demokraten trennten sich von den Liberalen, während gleichzeitig die organisatorische Abgrenzung zu den extremen Republikanern entfiel<sup>13</sup>. Doch diese Umgruppierung änderte nicht die taktische Einstellung der Demokraten zur Frage der Staatsform und der Verfassung. Ihr Ziel war nach wie vor der republikanische Verfassungstyp, den sie auch in einem Staat mit monarchischer Spitze für realisierbar hielten, wenngleich sie diese Konstruktion als einen transitorischen Zwitter empfanden. In seiner Korrespondenz vom ersten Demokratenkongreß in Frankfurt im Juni 1848 vertrat Fetzer in Anlehnung an die Gedankengänge Julius Fröbels, der dem Kongreß präsiidierte, als politische Leitvorstellung: Es „müßte das absolutistische und aristokratische Königtum in ein rein demokratisches verwandelt, der demokratischen Republik müßte die demokratische Monarchie entgegengesetzt werden, wenn diese überhaupt noch gerettet werden soll. Den Freistaat, sei es nun in republikanischer oder monarchischer Form, will das deutsche Volk haben“<sup>14</sup>. Auf dieser Basis versuchten die Demokraten nach ihrer organisatorischen Trennung von den Liberalen ihre Politik der Integration fortzusetzen. Sie grenzten sich demonstrativ gegen alle Versuche der revolutionären Aktivität ab und nahmen einen entsprechenden Passus in ihre Statuten auf<sup>15</sup>. Gleichzeitig verurteilten sie aber „die Furcht der politisch abgestandenen Seelen vor Republikanern und Kommunisten“<sup>16</sup>.

Dem neuen Landesausschuß der Demokraten wurde ausdrücklich die Kompetenz versagt, sich zur Frage der Staatsform zu äußern oder sie gar für die demokratischen Vereine zu entscheiden<sup>17</sup>. In einem großen, programmatischen Artikel vom 17. August 1848 erklärte der „Beobachter“ die Staatsform zum „Indifferenzpunkt“<sup>18</sup>, um das Einheitswerk der Nationalversammlung nicht zu gefährden. Die „Republik [sei] am südwestdeutschen Ende Deutschlands entweder zu spät oder zu früh, aber jedenfalls totgeboren auf die Welt gekommen“. Republikanische Agitationen würden das bisher Erreichte nur gefährden. Den Republikanern sollte der Kompromiß erträglich gemacht werden, indem man ihn als eine Zwischen- und Übergangslösung charakterisierte, die „weder Republik noch Monarchie“ sei. Die Demokraten forderten eine Einigung der „Besten der beiden Parteien im Indifferenzpunkt der bisherigen Verfassungstreitfrage dahin, daß sie

---

13 Der demokratische Kreisverein wurde am 12. Juli verboten. Die Stuttgarter Demokraten konstituierten sich am 7. Juli als Volksverein.

14 Beob. Nr. 103 v. 18. Juni. Das Korrespondenzzeichen + gehörte Fetzer. Das geht aus seinem Brief v. 22. Mai 1848 (NL Fetzer) an seine Frau hervor.

15 Vgl. Chronik Nr. 189 II v. 10. Juli. Vgl. auch Beob. Nr. 126 v. 12. Juli; Chronik Nr. 203 I v. 20. Juli und die Erklärung des neuen Landesausschusses der Demokraten, Beob. Nr. 141 v. 29. Juli.

16 Beob. Nr. 126 v. 12. Juli.

17 Chronik Nr. 215 II v. 9. August. Zum Landesausschuß vgl. Kap. B II.

18 Nr. 157. Dort auch die folgenden Zitate.

ein beschränktes, verantwortliches Reichsfürstentum teils begehren, teils sich gefallen lassen“.

Die Hoffnung, durch gemeinsame Anerkennung der Nationalversammlungsbeschlüsse Demokraten und Liberal-Konstitutionelle wieder zu einer vereinten politischen Kraft zusammenführen zu können, wich einer tiefen Ernüchterung, als die Mehrheit der Nationalversammlung den Malmöer Waffenstillstand akzeptierte. Die „Tatsache der verlorenen Hoffnung“<sup>19</sup> provozierte bei den Demokraten eine verstärkte Konzentration auf die Landespolitik. Sie forderten eine Landesversammlung, die „nicht vereinbarend, sondern frei konstituierend“<sup>20</sup> sein müsse. Diese politische Wende ließ die politischen Gegensätze aufbrechen, die innerhalb der Demokraten vereint waren. Ein Teil der demokratischen Führung wollte die neue Politik nicht unterstützen, da er darin den Übergang von der Reform zur revolutionären Aktion sah<sup>21</sup>. Er trat unter der Parole „durch die Einheit zur Freiheit“<sup>22</sup> aus dem Landesausschuß aus, während der neu gewählte Ausschuß seine Arbeit unter dem Wahlspruch „durch die Freiheit zur Einheit“<sup>23</sup> antrat. Die zurückgetretenen Mitglieder hatten versucht, die Frage der Staatsform auszuklammern, um die Realisierung der deutschen Einheit zu ermöglichen, während das neue Führungsorgan die Einheitsfrage vertagt wissen wollte, um die Frage der Staatsform auf der Landesebene zu lösen. Doch auch in diesem Bereich mußten sie ihre Erwartungen rasch dämpfen.

Die demokratischen Republikaner, die bis zur Anerkennung des Malmöer Waffenstillstands durch die Nationalversammlung bereit gewesen waren, um der Einheit Deutschlands und der politischen Kraft des Bürgertums willen die monarchische Spitze des Staates zu tolerieren, sprachen nun von einer vergeblichen Aufopferung ihrer Grundsätze. Auch daß sie ihre Zusammenarbeit mit der proletarisch-republikanischen Bewegung gelockert hatten zugunsten des Versuchs, das politisch gespaltene Bürgertum wieder zu vereinen, erkannten sie als ein vergebliches Opfer<sup>24</sup>. Mit einem deutlichen Gefühl der Resignation wandten sie sich der innerwürttembergischen Reformarbeit zu, in dem klaren Bewußtsein, nur innerhalb des bestehenden monarchischen Verfassungssystems Reformen erreichen zu können, da alles, was dieses System transzendierte, mit der Reichsgewalt und den Partikulärmächten in Konflikt käme<sup>25</sup>. Damit hatten sie letztlich Einheits- und Verfassungsfrage gleichermaßen vertagt. Dem Zwang der systemkonformen Reformarbeit setzten sie in ihrer überwiegen-

19 Beob. Nr. 191 v. 26. September.

20 Ebd. Sperrung im Original.

21 Vgl. o. S. 137 f.

22 Beilage z. Beob. Nr. 206 v. 13. Oktober.

23 Beob. Nr. 215 v. 25. Oktober.

24 Vgl. Beob. Nr. 229 v. 10. November.

25 Vgl. Beob. Nr. 32 v. 7. Februar 1849.

den Mehrheit keine revolutionären Impulse entgegen, da sie „unzeitige Gewaltversuche“<sup>26</sup> als das Ende der politischen Reformen ansahen, die sie immer noch für möglich hielten. Sie verhehlten ihre republikanische Überzeugung aber nicht und glaubten weiterhin, daß die „Republik in der Luft liegt“, zumal die „Republik eine volkswirtschaftliche Frage“ werde. Vor allem die Niederlagen republikanischer Aufstände in Baden lehrten sie die Unzeitgemäßheit aller Revolutionsversuche<sup>27</sup>. Sie hatten den „Löwenbund mit der Monarchie“<sup>28</sup> geschlossen und hielten an ihm konsequent fest in Erkenntnis der realen Machtverhältnisse<sup>29</sup> und nicht zuletzt aus bewußter und z. T. unbewußter Einsicht in das eigene nicht-revolutionäre Selbstverständnis, das die gewaltsame Sprengung dieses Bundes nicht erlaubte.

26 Beob. Nr. 47 v. 24. Februar 1849. Dort auch die folgenden Zitate. Vgl. auch Nr. 80 v. 4. April und 59 v. 10. März 1849.

27 Vgl. Beob. Nr. 80 v. 4. April 1849.

28 Beob. Nr. 47 v. 24. Februar 1849.

29 Die württ. Demokraten hatten es nicht vermocht, das Heer für sich zu gewinnen, vgl. Sauer, Heer, S. 141 ff., 107. Es ist auch bezeichnend, daß das Kriegsministerium nicht von einem bürgerlichen Minister übernommen wurde.

### 3. Republik und konstitutionelle Monarchie in der Diskussion der Liberalen: „Rote Gefahr“ und politisch-soziale Ordnungsmacht

Obwohl die Demokraten mit ihrer prinzipiellen Bejahung der republikanischen Staatsform keine sozialrevolutionären Zielsetzungen verbanden und sie auch die grundsätzliche Kritik extremer Republikaner am württembergischen Verfassungssystem und an der Regierung ablehnten, versuchte der konstitutionelle Flügel des Bürgertums dennoch die republikanischen Hoffnungen der bürgerlichen Demokraten als Bedrohung der bestehenden Sozialverfassung in der Öffentlichkeit zu diskreditieren. Diese überraschende Diskrepanz zwischen den politischen Forderungen der württembergischen Demokraten und deren negativer Interpretation durch die Liberal-Konstitutionellen ist nicht allein aus dem Verlauf der Revolution in Württemberg zu erklären. Die republikanische Staatsform galt bereits den gemäßigten Liberalen des Vormärz als Versuch, die Sozialverfassung der Gesellschaft zu untergraben, das Eigentum zu vernichten und eine proletarische Willkürherrschaft auszuüben<sup>1</sup>. Die französische Februarrevolution von 1848 hatte diese Ängste noch verschärft<sup>2</sup>. Mit den republikanischen Revolutionsversuchen in Baden schien die ordnungs- und eigentumsbedrohende Gefährlichkeit der Republik dann in nächste Nähe gerückt, nachdem das württembergische Bürgertum durch die Hungerrevolten von 1847, die es als Vorboten des Klassenkampfes interpretierte, bereits für den Ruf nach dem starken Arm der Obrigkeit zum Schutz gegen tatsächliche oder vermeintliche sozialrevolutio-

1 Neumüller S. 168 ff.; vgl. auch Schlumbohm, S. 31 ff.

2 Vgl. o. S. 135.

näre Gärungen prädisponiert war. Als dann Anfang April 1848 in Württemberg Arbeiter in bürgerlichen Versammlungen für die Einführung der Republik auftraten<sup>3</sup>, galt für einen Teil des Bürgertums die Verbindung von Republik und Umsturz der Sozialverfassung als erwiesen. Als gleichzeitig der „Beobachter“ und die hinter ihm stehenden demokratischen Kreise versuchten, das politisch mobilisierte Proletariat in die bürgerliche Emanzipationsbewegung zu integrieren, und sie pointiert ablehnten, politische Rechte an Besitzqualifikationen zu knüpfen<sup>4</sup>, verband sich im Bewußtsein breiter Kreise des Bürgertums Demokratie, Republik und sozialer Umsturz unlösbar miteinander. Davon wurde nicht nur das vom „Beobachter“ heftig attackierte Besitzbürgertum<sup>5</sup> ergriffen, sondern auch Teile des Kleinbürgertums und die Bildungsschicht, als deren Repräsentanten etwa Reyscher, Rümelin, Strauß oder Notter zu nennen sind.

Sie alle begriffen den Versuch der Demokraten zur sozialen Öffnung nach unten als eine grundlegende Gefährdung ihrer Lebenswelt. So verurteilte Reyscher in seinen Reden im Wahlkampf für die Nationalversammlungen ausführlich alle Ansätze zu einer politischen Mitwirkung der Arbeiter<sup>6</sup>. Er wandte sich vor allem gegen die Beteiligung von Arbeitern in politisch verantwortlichen Positionen. Das strebten aber auch die Demokraten nicht an, die in erster Linie die Ausdehnung des Wahlrechts propagierten, worauf Reyscher nicht einging<sup>7</sup>. Republik verwendete er in seinen Reden fast als Synonym von Arbeiterrepublik, gegen die er die französischen Erfahrungen anführte, nach denen „unter einer Staatsregierung, wo die Arbeiter das Ruder führen [. . .] weder regiert noch gearbeitet [wird]. Der Bürger aber will eine Regierung zu seinem Schutze: Denn er bedarf nicht bloß Arbeit, sondern auch Ruhe zur Arbeit, nicht bloß Freiheit, auch Sicherheit<sup>8</sup>.“ Republik identifizierte er so mit Arbeiterregiment und Sicherheitsbedrohung.

Friedrich Notter nahm innerhalb des politisch aktiven württembergischen Bildungsbürgertums hinsichtlich seiner Haltung zur Republik eher eine Ausnahmestellung ein. Auch er hatte sich während der tur-

3 Vgl. o. S. 151 f.

4 Vgl. vor allem Beob. Nr. 36 v. 7. April 1848 und Kap. B IV, 2.

5 Vgl. Beob. Nr. 36 v. 7. April u. 40 v. 11. April 1848.

6 Vgl. seine Reden v. 20. April u. 24. April 1848, in: Reyscher, Aufgabe der Nationalversammlung, S. 9 f., 22 f.

7 Er hatte allerdings zuvor in einem Aufsatz ein unbeschränktes Wahlrecht gefordert, vgl. Reyscher, Entwürfe, S. 182. Im Rückblick sah er im Vorparlament wie in der Nationalversammlung „undeutsche Bestrebungen“, die sich äußerten im „wilden Treiben einer sozialistisch-republikanischen Partei, welche die untersten Schichten der Gesellschaft in ihr Interesse zog“, in: Nationalversammlung u. Regentschaft, S. 449. Zu seinem Abrücken von der Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht vgl. seine Erinnerungen, S. 136, 178. Zu den Wahlen zur Nationalversammlung s. allgemein Hamerow, Elections.

8 Ebd. S. 9 (Rede vom 20. April in Vaihingen). Zu seinem Verfassungsentwurf vgl. S. 11 ff. (Rede vom 24. April in Dizingen). Vgl. auch Mayer, Reyscher als Politiker, S. 17.

bulenten Vorgänge Anfang April 1848 in Stuttgart gegen die Republik und für die „Entwicklung des konstitutionellen Systems“<sup>9</sup> ausgesprochen. Doch er wäre um der nationalen Einheit willen bereit gewesen, die Republik zu akzeptieren<sup>10</sup>. Er verdächtigte die demokratischen Republikaner vor allem, „auf eine von der großen deutschen Sache träumende Winkelrepublik von Baden und Württemberg hin[zu]arbeiten“<sup>11</sup>. Notter nahm auch insofern unter den Liberalen eine Sonderstellung ein, als er die sozialen Forderungen aus den unteren Sozialschichten als berechtigt aufgriff<sup>12</sup>. Er dachte dabei aber in erster Linie an die Notstände in der Landbevölkerung, während das städtische Proletariat, dessen Auftreten in den bürgerlichen Versammlungen in Stuttgart so großes Aufsehen erregt hatte, kaum als politisch-soziales Problem in seinen Reden auftauchte. Die gesellschaftliche und politische Stellung der einzelnen Persönlichkeit dachte sich Notter als Reflex auf deren Verdienste um Staat und Gesellschaft, wobei er der Bildung den höchsten Wert beimaß<sup>13</sup>. Er vertraute darauf, daß „der höher gestellte, feiner gebildete Mensch“<sup>14</sup> durch seine Bildung „vor jeder zu besorgenden Vermengung mit dem Pöbel hinlänglich“ geschützt werde. Auf Grund der zentralen Bedeutung, die er der Bildung im staatlich-gesellschaftlichen Wertsystem beimaß, blieb er von bürgerlichen Sozialängsten gegenüber politisch-sozialen Forderungen aus den Unterschichten weitgehend verschont. Hinzu trat seine Unfähigkeit, den „Pöbel“ als politisch in Bewegung geratenes „Proletariat“ zu begreifen, dessen politisch-soziale Revolutionserwartungen sich mit denen des Bürgertums nicht voll deckten. Die Ängste seiner Gesinnungsfreunde vor der proletarisch-republikanischen Bewegung waren für ihn deshalb nur „unwürdige Furcht vor diesem Gesindel“.

Rümelin und David Fr. Strauß repräsentierten hingegen jenen größeren Teil des liberal-konstitutionellen Bildungsbürgertums, der auf die politisch-soziale Bewegung in den Unterschichten mit scharfer Abgrenzung der eigenen Position reagierte.

Rümelin verurteilte zwar im September 1848, daß Deutschland „durch die klägliche Haltung der Bourgeoisie und den unsinnigen Bund zwischen Proletariat und Republikanismus so schnell wie die

---

9 Tagebuch 24. März bis 15. April 1848, Grube, Notter, S. 236. Vgl. seine Wahlrede von Anfang April, ebd. S. 263 ff. Grube (S. 214 ff.) referierte auch die vorhandene Literatur über Notter.

10 Vgl. ebd. S. 245, Eintrag vom 25. April 1849.

11 Ebd. S. 238, Eintrag v. 18. Mai 1848. Vgl. seine Rede vom 20. Juli 1848, ebd. S. 266 ff.

12 Vgl. seine Rede v. 25. März 1848, ebd. S. 260 ff.

13 Zu seiner Ablehnung des Besitzes als des höchsten Kriteriums vgl. seine Rede v. September 1850, ebd. S. 271.

14 Rede v. Anfang April 1848, ebd. S. 265. Dort auch die folgenden Zitate. Auf der gleichen Argumentationsebene lag sein Urteil, „das Unglück der pietistischen Partei ist, daß sie sich mehr als irgendeine andere zu den Beschränkten herabzulassen gemüßigt sieht“. NL Notter.

Franzosen dem Militärstaat entgegen[reife]"<sup>15</sup>. Er selbst hatte jedoch dazu beigetragen, daß breite Kreise der bürgerlichen Öffentlichkeit Republik und Herrschaft des Proletariats identifizierten. Ebenso hatte er auch die Demokraten öffentlich als potentielle Geburtshelfer einer proletarischen Republik denunziert<sup>16</sup>. Er forderte: „Unser Wahlspruch sei: Es sollen keine Republikaner weder in die Kammer, noch in das [National-]Parlament.“

David Friedrich Strauß veröffentlichte im April 1848 drei große Artikel in der „Chronik“<sup>17</sup>, in denen er Republik mit Anarchie identifizierte und warnend auf das französische Beispiel verwies, dessen Übergreifen auf Deutschland drohe, wenn die republikanischen Bestrebungen Erfolg haben sollten. Die Alternative zwischen konstitutioneller Monarchie und Republik setzte er gleich mit der zwischen „Reform oder Umsturz“<sup>18</sup>. Die anzustrebenden Reformen innerhalb des konstitutionellen Systems umschrieb er nur vage als Aufgabe, „den Herrscher so mit verfassungsmäßigen Schranken zu umgeben, daß auf seine persönliche Beschaffenheit nichts mehr ankommt“. Inhaltlich zu füllen ist sein Begriff der konstitutionellen Monarchie wie der der Liberal-Konstitutionellen überhaupt nur, wenn man ihn als Gegenbegriff zu dem der Republik versteht. Die Funktion des Konstitutionalismus bestand für seine Befürworter wesentlich in der Abwehr jener Qualitäten, die man der Republik zuschrieb. Deshalb muß die Diskussion um die konstitutionelle Monarchie vor dem Hintergrund der Diskussion um die Republik gesehen und analysiert werden.

Strauß ließ in seinen Artikeln republikanische Bestrebungen zwangsläufig in „Louis Blancs brüderlich-gleichlöhnigen Staatsfabriken“<sup>19</sup> einmünden. Die Republik begriff er als Versuch, alle menschliche Individualität zu nivellieren, und als ein Überwuchern des gesellschaftlichen Lebens durch staatliche Eingriffe zum Vorteil der Besitzlosen<sup>20</sup>. Dem proletarischen<sup>21</sup> Klassenstaat, den er in Form der Republik befürchtete, setzte er mit der konstitutionellen Monarchie die Hoffnung auf den bürgerlichen Klassenstaat entgegen. In seinem

---

15 Rümelin, Paulskirche, S. 98. Seine kritische Einstellung zum Besitz als Kriterium für politische Befähigung behielt er auch später bei, vgl. ders., Über den Wahlmodus für den Reichstag, in: ders., Reden und Aufsätze, Bd. 1, S. 299 f. Vgl. zu Rümelin auch Schnitzer, G. Rümelins politische Ideen.

16 Vgl. seinen Artikel in der Chronik Nr. 104 I v. 14. April 1848, in dem er vom „Salto mortale [des Beobachters] zur Republik und zum Kommunismus hinüber“ sprach; vgl. o. S. 133 f. Dort auch das folgende Zitat.

17 Nr. 102 v. 12. April; 106 I v. 16. April; 112 I v. 22. April; die mit „D“ gezeichneten Artikel stammen von Strauß, laut ebd. Nr. 106 I u. Rapp, Strauß-Vischer, S. 316 Anm. 247.

18 Nr. 106. Dort auch die folgenden Zitate.

19 Ebd.

20 Vgl. vor allem Nr. 102.

21 Es sei noch einmal an die hier zugrunde gelegte zeitgenössische Bedeutung des Begriffs Proletariat erinnert. Vgl. o. S. 18.

Artikel über die „Volkssouveränität“<sup>22</sup> versuchte er deren Träger zu bestimmen. Indem er die Volkssouveränität funktional auf die Förderung des „Gemeinwohls“ bezog, wollte er jene von politischen Teilhaberechten ausschließen, deren Klassenlage und -interessen eo ipso nicht in die institutionalisierte Suche nach dem Gemeinwohl zu integrieren seien: die „Besitzlosen“. Das Gemeinwohl sah er in der freien Diskussion der gewählten Abgeordneten als Tangente aus dem Kräfteparallelogramm der Interessen hervorgehen. Die Vertretung selbst sollte aber einseitig nach unten hin abgegrenzt werden, um jene Interessen auszuschalten, die er für nicht integrierbar hielt. Die Durchbrechung des alten Obrigkeitsstaates erschien ihm nur möglich, wenn antagonistische Klassengegensätze aus dem Bereich der politischen Herrschaft ausgeklammert würden. Die Interessen der Unterschichten wollte er auf dem gleichen Weg ausschalten, auf dem die Demokraten deren Integration erstrebten: über das Wahlrecht.

Den Streit um das Wahlrecht, der den „Liberalismus im innersten Kern seiner Weltanschauung“<sup>23</sup> berührte, führten die Liberalen nicht nur als einen Kampf gegen die politische Emanzipation der Unterschichten, in der sie den Auftakt zu sozialen Forderungen erblickten. Sie befürchteten zugleich, daß mit Hilfe des allgemeinen und direkten Wahlrechts die Massen im Sinne der Reaktion beeinflußt werden könnten<sup>23a</sup>. Die generelle Einschätzung der politischen Konstellation durch die Liberalen sollte aber davor warnen, die restriktive liberale Wahlrechtspolitik primär als einen Versuch zu deuten, der Reaktion keinen Ansatzpunkt in den Massen zu bieten. Die Liberalen sahen die Bedrohung von unten als wesentlich akuter an, als die von oben durch die Reaktion der alten Mächte. In einem der zitierten Artikel, die für einen großen Teil der Liberalen als programmatisch zu verstehen sind, betonte David Friedrich Strauß nachdrücklich die sozialpolitische Funktion der liberalen Wahlrechtspolitik: „Dieser Klasse der Bevölkerung [der Besitzlosen, die immer den Umsturz anstreben] mithin wird der Staat, der immer nur Entwicklung, niemals Umsturz und Anarchie, d. h. seine eigene Vernichtung wollen kann, das aktive Wahlrecht entziehen dürfen, falls er nicht vorzieht, ihren Einfluß durch das System der mittelbaren Wahlen zu neutralisieren“<sup>23b</sup>.“ Doch selbst eine über das Wahlrecht klassenmäßig gefilterte Volksvertretung genügte ihm nicht als Bollwerk gegen dysfunktionale Systemkorrekturen. Als letzten „Damm“ wollte er die mit dem Vetorecht ausgestattete monarchische Gewalt erhalten wissen. Volkssouveränität und monarchische Souveränität verurteilte er als gleichermaßen „irreführende Begriffe“; nur die Zusammenarbeit von Fürst und Parla-

22 Nr. 112 (Anm. 17). Dort auch die folgenden Zitate.

23 Schieder, Krise, S. 66.

23a Das betont sehr stark Gagel, Wahlrecht S. 9 f., vgl. auch Schieder (Krise, S. 67 Anm. 86) und dessen Kritik an Schilfert.

23b Nr. 112. Vgl. Chronik Nr. 47 I v. 24. Februar 1849: Der vaterländische Verein Stuttgart verlangte direkte Zensuswahlen oder indirekte, allgemeine Wahlen.

ment garantiere die Ermittlung des Gemeinwohls<sup>24</sup>. Er konstruierte so für den Fall, daß ein parlamentarischer Konsensus nicht zu erreichen oder für Teile des Bürgertums nicht akzeptabel sein sollte, die monarchische Gewalt als letzte Entscheidungsinstanz für die im Parlament nicht vollzogene Konfliktregulierung<sup>25</sup>. Strauß und mit ihm die Liberal-Konstitutionellen begriffen das monarchische Prinzip als letzte Bastion des Bürgertums gegen die politisch-sozialen Forderungen aus den Unterschichten und gegen nicht systemkonforme Erwartungen aus dem sozial und politisch inhomogenen Bürgertum selbst. Die Liberalen waren eher bereit, die eigenen Forderungen auf Teilhaberechte an der politischen Herrschaft zu beschneiden, als darauf zu verzichten, den angestrebten konstitutionellen Staat als Klassenstaat zu etablieren.

Die Ablehnung der Republik verband sich zudem mit der Aversion der Bildungselite gegen die sogenannte „Massenherrschaft“. „Unter russischem Depotismus [— schrieb Strauß —] könnte ich, zwar mit beschnittenen Flügeln, doch noch existieren, aber Massenherrschaft würde mich vernichten<sup>26</sup>.“ Ihn ekelte der „Ausguß des Geistes auf Knechte und Mägde“<sup>27</sup>.

Diese Analyse wäre aber einseitig gegenüber den liberal-konstitutionellen Bestrebungen, wenn nicht betont würde, daß Strauß wie viele seiner Gesinnungsfreunde die Schwelle zwischen dem Bürgertum, das mit vollen politischen Rechten auszustatten war, und den politisch unmündigen unterbürgerlichen Schichten sehr niedrig ansetzten. Der „auch noch so bescheidene [. . .] Besitz“<sup>28</sup> sollte als Qualifikationskriterium ausreichen. Zudem war der konzipierte Rechtsstaat immer mehr als nur bürgerlicher Klassenstaat, denn die postulierte politische Ungleichheit sollte die erreichte rechtliche Gleichheit nicht tangieren. Außerdem sollten die Unterschichten durch Erwerb von Bildung und Besitz in den bürgerlichen Staat hineinwachsen. Aber das war eine langfristige Prognose, die nur geringen Reiz auf die politisch unmündigen Zeitgenossen ausüben konnte.

Dieser Analyse von Anschauungen über konstitutionelle Monarchie und Republik, die führende Repräsentanten des liberal-konstitutionellen Bürgertums vertraten, soll nun die Diskussion innerhalb der bürgerlich-liberalen Öffentlichkeit gegenübergestellt werden.

<sup>24</sup> Vgl. auch Paul Pfizer (Die Glorie Heckers), der die Volkssouveränität beschränkte auf die ursprüngliche, als Vertrag konzipierte Übertragung der Staatsgewalt an den Monarchen durch das Volk. Dieser Vertrag könne nur mit monarchischer Zustimmung geändert werden (S. 12 f.). Er ziehe den Begriff „Nationalsouveränität“ vor, „um die falsche Vorstellung auszuschließen, als komme sie nur einem Teile der gesamten Nation, nur den unteren Schichten der Gesellschaft zu“ (S. 14). Für Reyscher artikuliert sich der Volkswille „durch die Volksvertretung unter der Obhut des Monarchen“ (ders., Aufgabe, S. 25).

<sup>25</sup> Vgl. zu diesem Problem Boldt, Ausnahmezustand, passim.

<sup>26</sup> Strauß an Vischer v. 24. Februar 1849, Rapp, Strauß-Vischer, S. 224.

<sup>27</sup> Ebd. S. 213, Brief v. 13. April 1848.

<sup>28</sup> Nr. 112 (Anm. 17). Vgl. Notters Stellung zum Wahlrecht in seiner Rede v. Sept. 1850, Grube, Notter, S. 271.

Als in den ersten Apriltagen 1848 das württembergische Proletariat die Republik forderte, erhob ein Teil des Bürgertums die Bewahrung der konstitutionellen Monarchie, die zuvor stillschweigend als selbstverständlich galt, zum klaren Programm<sup>29</sup>. An diesem verfassungspolitischen Programm, das zugleich ein sozialpolitisches war, hielt der liberal-konstitutionelle Flügel des Bürgertums bis zu seiner Trennung von den Demokraten unverrückbar fest. Er machte es zum Hauptkriterium für die organisatorische Spaltung sowie zur grundlegenden und verbindlichen Maxime für die Mitglieder der eigenen Organisationen.

Mit der Angst vor den sozialpolitischen Folgen der Republik, die nicht auf dem Wege der Vereinbarung mit den alten Mächten durchzusetzen war, verbanden sich außenpolitische Befürchtungen. Man argwöhnte, daß die Übernahme der republikanischen Staatsform, die im Blick auf die französischen Vorgänge als „undeutsch“<sup>30</sup> bezeichnet wurde, zwangsläufig eine französische Hegemonie über Deutschland bedinge<sup>31</sup>. Außerdem, so glaubte man, werde die Einführung der Republik die nationale Einigung verhindern und die Wirtschaft lähmen.

Der liberal-demokratische Verein in Ellwangen faßte diese negativen Erwartungen, von denen auch jener Teil des Bürgertums nicht völlig frei war, der sich nach der organisatorischen Trennung den Demokraten anschloß, in seiner öffentlichen Erklärung vom 17. April 1848 zusammen: „Wir erklären als unsere Überzeugung, daß jeder Versuch zur Einführung der Republik durch Gewalt der Waffen oder durch Aufruf der Leidenschaften der Menge oder auf andere gewalttätige Weise nicht zur Größe, sondern zu schmachvoller Fremdherrschaft, nicht zur Freiheit, sondern zur Unterjochung, nicht zur Einheit, sondern zum Zwiespalt, nicht zum Frieden, sondern zum Bürgerkrieg, nicht zum Schutze und zur Hebung der ärmeren und arbeitenden Klassen, sondern zur Vermehrung der Kredit- und Arbeitslosigkeit und so zur Vermehrung ihrer Not führen würde“<sup>32</sup>. Die sozial- und wirtschaftspolitische Komponente in der Ablehnung der Republik stand in den meisten Erklärungen und Adressen im Vordergrund<sup>33</sup>.

Auch das Gesetz über die Volksbewaffnung vom 1. April 1848 wird man im Zusammenhang mit der Furcht des Bürgertums vor Bedrohung der Ordnung von unten sehen dürfen. Die Bürgerwehr „erhielt den Charakter einer außerordentlichen Gemeindepolizeianstalt, gebil-

---

29 Vgl. o. S. 151 ff.

30 Chronik Nr. 104 I v. 14. April. Zuschrift „Vom Oberland“.

31 Vgl. Notters Tagebuch, Grube, Notter, S. 236 ff., und seinen Brief v. 6. Mai 1848, in dem er von „Vaterlandsverrätern“ sprach, ebd., S. 256 ff.

32 Chronik Nr. 111 I v. 21. April. Vgl. auch die Erklärungen anderer Vereine in Chronik Nr. 104 I v. 14. April.

33 Vgl. neben den in Anm. 30 genannten auch die Adresse des Böblinger Bürgervereins und Sindelfinger Bürger, wo dies besonders deutlich hervortritt, Chronik Nr. 113 v. 23. April. S. auch P. Pfizers Schrift „Glorie Heckers“.

det aus den wohlhabenden Bürgern, gerichtet gegen Volksauflauf und Empörung“<sup>34</sup>. Gesellen, Fabrikarbeiter, Tagelöhner und Dienstboten schloß man vom Dienst in der Bürgerwehr aus<sup>35</sup>. Die nach Besitzkriterien gefilterte Bürgermiliz sollte nicht das stehende Heer ersetzen, sondern als Instrument für die innenpolitische Disziplinierung dienen. Das Heer, dessen Vereidigung auf die Verfassung ein Befehl des Kriegsministers an das Offizierskorps relativierte<sup>36</sup>, wurde sogar offen als unentbehrlich im Kampf gegen gewaltsame republikanische Bestrebungen bezeichnet, denn „daß die Bürgerwehr nicht ausreicht, die Pöbelherrschaft niederzuhalten, beweisen unwiderruflich die Ereignisse in Baden“<sup>37</sup>.

Als die um den „Beobachter“ gescharten Demokraten nach den Aprilvorgängen in der Frage der Staatsform einlenkten, konzentrierten die Liberalen ihre Agitation auf die Abwehr von Republikanisierungsversuchen über die Nationalversammlung. Ein Leitartikel in der „Chronik“ vom 13. Mai 1848<sup>38</sup> konstatierte eine Verlagerung der republikanischen Aktivität von dem fehlgeschlagenen Versuch, die Republik „von unten herauf“ durchzusetzen, auf eine „legale“ Verordnung über die Reichsverfassung „von oben herab“. Dem wurde die „wahre konstitutionelle Monarchie“ als ein „neu errungenes, ein erst zu befestigendes Gut“ gegenübergestellt. „Wir wollen nicht mehr, als was notwendig ist, um jene, die volle Freiheit zu begründen, wir wollen uns aber nicht mit weniger begnügen, als was diese sicherstellt. Die Freiheit kann in der konstitutionellen Monarchie so gut gedeihen und bestehen, als in einer Republik; deswegen wollen wir diese und die Umwälzungen, die auf dem Wege zu ihr lägen, nicht.“

Der Freiheitsbegriff blieb inhaltlich undefiniert. Will man ihn materiell füllen, so müssen andere Verlautbarungen, die Prinzipienfragen berühren, in die Interpretation mit einbezogen werden. Eine solche grundsätzliche Äußerung liegt in der „Offenen Erklärung“<sup>39</sup> Friedrich Römers vor, dessen Führungsposition innerhalb der Regierung und der liberal-konstitutionellen Bewegung unangefochten war. Seine Erklärung, in der er den Verlauf der Politik vom Vormärz bis in die unmittelbare Gegenwart skizzierte, verdeutlicht die zwei Dimensionen des liberalen Freiheitsbegriffs, die schon in den untersuchten Äußerungen von David Fr. Strauß sichtbar geworden sind. Den Freiheitsbegriff fächerte er in zwei Ebenen auf, eine rechtliche und eine politische, die soziologisch verschieden weit reichten. Die rechtliche umfaßte alle Sozialschichten, während die politische die Unterschich-

34 Sauer, Heer, S. 109; vgl. Köhler, Römer, S. 108 f.

35 Bürgerwehrgesetz (Regierungsblatt Nr. 68 v. 20. Oktober 1849) Art. 8.4.

36 Vgl. Sauer, Heer, S. 107 f. Die Vereidigung erfolgte am 18. März. Vor allem der „Beobachter“ wandte sich heftig gegen den Befehl, vgl. ebd. S. 108.

37 Chronik Nr. 126 I v. 6. Mai. Der Artikel setzte die angestrebte Form der Republik mit Pöbelherrschaft gleich.

38 Nr. 133 I. Dort auch die folgenden Zitate. Hervorhebungen im Original.

39 Chronik Nr. 176 II v. 27. Juni.

ten ausklammerte. An die Stelle der rechtlichen Privilegien des Adels sollten keine neuen bürgerlichen eingeführt werden, doch politische Privilegierung war mit der angestrebten „konstitutionellen Monarchie auf breiter demokratischer Grundlage“<sup>40</sup> vereinbar. Jenseits der bestehenden Staatsform sahen die Liberalen nur die Republik „mit kommunistischer Richtung“. Auch diese Erklärung macht deutlich, daß das monarchische Prinzip für den Konfliktfall konserviert werden sollte. Man wollte republikanischen Tendenzen, die man sich auf Grund ihrer Verbindung mit dem Proletariat nur als sozialrevolutionär vorstellen konnte, eine letzte Front entgegenstellen, hinter der sich das Bürgertum und die Träger der alten Mächte in gemeinsamer Abwehrstellung formieren konnten. Den „Indifferenzpunkt“<sup>41</sup> einer konstitutionell stark beschränkten Monarchie, den die Demokraten als Kompromiß zwischen demokratisch-republikanischen und liberal-konstitutionellen Kräften anboten, interpretierten die Liberalen als Indifferenzpunkt zwischen liberalem Bürgertum und alten Mächten zur gemeinsamen Abwehr republikanischer Bestrebungen, die man als sozialrevolutionär mißverstand. Den demokratischen Republikanern erschien der von ihnen gesuchte Kompromiß akzeptabel, da er das monarchische Prinzip praktisch beseitigt hätte. Aus eben diesem Grund aber war er für die Liberalen nicht annehmbar, da sie das monarchische Prinzip für die Konfliktregulierung im Ausnahmezustand erhalten wollten. Ihre Ablehnung des Kompromisses wurde mit der organisatorischen Trennung von den Demokraten zum offiziellen Programm der liberal-konstitutionellen Vereine erhoben<sup>42</sup>.

Römers Erklärung enthielt auch bereits den Keim für die Abwendung der Liberalen von dem Werk der Nationalversammlung, indem er die Frage der Staats- und Verfassungsform in Württemberg aus dem Kompetenzbereich der Nationalversammlung ausklammerte. Ebenso wie das offizielle Programm vom 7. Juli 1848 entschied Römers Erklärung diese Frage nur für Württemberg definitiv. Eine Erklärung des Ausschusses des liberalen Hauptvereins in Stuttgart vom 2. August 1848<sup>43</sup> forderte aber die konstitutionelle Monarchie auch für die anderen Einzelstaaten und vor allem für den deutschen Nationalstaat. Man bestritt jedoch der Nationalversammlung prinzipiell nicht das Recht, über die Reichsverfassung eine republikanische Zentralgewalt zu schaffen. Der Wunsch der Liberalen, sich mit Hilfe des monarchischen Prinzips gegen den Umsturz von unten abzusichern, geriet hier in Konflikt mit ihrem Willen zur nationalen Einheit<sup>44</sup>. Zu-

40 Ebd. Dort auch das folgende Zitat. Diese Formulierungen übernahmen wörtlich liberale Vereine in ihre Programme und Statuten, auf deren Wortlaut dieser Artikel Römers überhaupt großen Einfluß ausübte. Vgl. etwa die Statuten des Herrenberger Vereins (Vereinsblatt Nr. 2 v. 24. Mai 1849, HSTAS E 146 Bü 1959 Bl. 618) oder des Vereins in Hall (ebd. Bl. 630).

41 Vgl. o. S. 164.

42 Abgedruckt bei Boldt, Volksvereine, S. 243 f.

43 Chronik 209 II v. 2. August. Notter zeichnete als Vorsitzender.

44 Vgl. dazu Kap. B VI, 1.

dem besaß zu diesem Zeitpunkt der Stuttgarter Hauptverein in Notter einen Vorsitzenden, der zu jenen nicht sehr häufig zu belegenden württembergischen Liberalen zählte, welche die mit der Republik angeblich verbundenen sozialrevolutionären Gefahren gering veranschlagten.

Die Liberalen sahen sich als „Mittelpartei“<sup>45</sup> in einer „Vermittlungs- und Übergangszeit von dem alten System zum neuen, von der absoluten Fürsteherrschaft zur absoluten Volksherrschaft. In der Mitte liegt die demokratische Monarchie“<sup>46</sup>. Nach der Durchführung von „radikalen Reformen auf breiten demokratischen Grundlagen“, die man als „Befreiung von drückenden Lasten, gleichmäßigere Besteuerung, Aufhebung aller Vorrechte, Beförderung des geistigen und materiellen Wohls des Volks, besonders des ärmern“<sup>47</sup> präzisierte, „erklären wir uns [— so fuhr der Artikel fort —] für so konservativ im neuen System, als es im alten je möglich war“. Die Schwierigkeit dieser politischen Grundkonzeption lag darin, sich gegenüber den Demokraten konsequent abzugrenzen und somit die Zersplitterung der politischen Kraft des Bürgertums aufrechtzuerhalten, dennoch aber die angestrebten Systemkorrekturen gegen den Widerstand der alten Mächte durchzuführen und abzusichern. Diesen Kampf an zwei Fronten führten die Liberalen, aber auch die Demokraten, nicht gleichgewichtig. Beide konzentrierten sich in erster Linie auf die innerbürgerliche Auseinandersetzung über die anzustrebenden Ziele, während der gemeinsame Kampf gegen die Reaktion nur in wenigen Ausnahmefällen, vor allem in der Schleswig-Holstein-Agitation und der Reichsverfassungskampagne, in den Vordergrund rückte.

Die bereits erwähnten Entpolitisierungstendenzen innerhalb des mit Gewerbe und Handel verbundenen Bürgertums<sup>48</sup> begünstigte die antirepublikanische Haltung der Liberalen. Der Ruf nach Sanierung der Wirtschaftslage rückte in den Vordergrund der in der Öffentlichkeit erhobenen Forderungen. Die republikanischen Tendenzen gerieten in Gefahr, in die Rolle des Sündenbocks für die wirtschaftlichen und sozialen Notstände gedrängt zu werden. Von der definitiven Festlegung auf die konstitutionelle Monarchie erhoffte man sich die Rückkehr des Vertrauens in die ökonomische Zukunft und dadurch eine belebende Wirkung auf die Wirtschaftskräfte<sup>49</sup>. Die Liberalen schürten diese Bewegung durch ihre anhaltende Polemik gegen die Republik, die sie in der öffentlichen Agitation stereotyp gleichsetzten mit

---

45 Chronik Nr. 212 I v. 5. August (Fortsetzung eines Artikels in Nr. 211 I v. 4. August über die Konsequenzen der Eßlinger Versammlung der Demokraten).

46 Chronik Nr. 212 I v. 5. August. Dort auch die folgenden Zitate.

47 Diese Forderungen deckten sich weitgehend mit dem Reformkatalog Römers (Chronik Nr. 176 II v. 17. Juni), der aber spezifizierter ist. Unter den Vorrechten sind rechtliche zu verstehen.

48 Vgl. o. S. 141 und Kap. B VII, 4.

49 Vgl. etwa die Calwer Erklärung in Chronik Nr. 233 I v. 30. August; Beilage zum Beobachter Nr. 179 v. 12. September; Chronik Nr. 247 II v. 15. September.

„der Herrschaft roher Willkür und brutaler Gewalt, dem Regiment eines losgelassenen Pöbels, geleitet von wütenden Demagogen“<sup>50</sup>. Ein solcher Argumentationsstil, der die Polarisierung innerhalb des Bürgertums nur verschärfen konnte, war noch zurückhaltend gegenüber dem Diskussionsniveau in Gesprächen einfacher Bürger, die sich nur selten in Leserbriefen oder Zeitungsartikeln äußerten. Da solche Gespräche nur schwer faßbar sind, aber die tiefe Kluft innerhalb der breiten Masse des Bürgertums zutreffender charakterisieren als die auf höherem Niveau stehenden veröffentlichten Diskussionsbeiträge, sei ein solches Gespräch etwas ausführlicher zitiert.

Nach einer Sitzung des Stuttgarter Gewerbevereins, in der über die Frage: Zunftzwang oder Gewerbefreiheit diskutiert worden war, führten einige der Beteiligten, u. a. zugezogene Handlungsgehilfen, das Gespräch weiter und gingen dabei auf allgemeine politische Probleme über<sup>51</sup>.

„Da nütze weder Zunftzwang noch Gewerbefreiheit; es müsse eben Alles umgestürzt werden, die Republik löse solche Fragen allein, man müsse eben so lange fortwühlen, bis die jetzigen Zustände untergraben zusammenfallen. Es sei nur Heil in der Republik, denn so lange man die 34 Fürsten . . . verhalten müssen, sei an Besserwerden nicht zu denken. Die Republik sei aber sicher, nur müssen vorher Handel und Gewerbe ruiniert sein, und Niemand mehr etwas besitzen.“ „Ja! Ja! gewühlt, gewühlt muß werden, wir ruhen nicht, bis ihr genug heulet“<sup>52</sup>. „Heulen werden wir nicht, es bleibt uns eben dann nichts übrig, als zusammenzustehen und die Wühlereien mit Gewalt zu unterdrücken.“ „Man wisse wohl, daß die Konservativen feige Kerle seien, welche hinter den Gardinen stehen, wenn es los geht und heulen. Wir Republikaner sind keine feigen Kerle, ich weiß das aus Erfahrung, ich stand dreimal auf den Barrikaden und habe gesehen, wie sich die Bürgerwehr benimmt.“ „Das wird in Frankfurt gewesen sein, und die Bürger dort werden es genug bedauern, daß sie nicht eingeschritten sind, sie haben es schwer büßen müssen.“ „Nein, es war in Wien.“ „Nun, diese Revolution ist nicht die ehrlichste gewesen, das durch ungarisches Gold hergelockte Lumpengesindel hat diese Erhebung aufs Schmähhchste gebrandmarkt durch die scheußliche Ermordung Latours“<sup>53</sup>. „Das war kein Lumpengesindel. Wien hätte sich sonst nicht 26 Tage gehalten, während die feige Aristokratie sich verkrochen hat. Die Konservativen sind und bleiben Schufte.“ „Also sind Sie ein Republikaner?“ „Ja!“ „Ein roter?“ „Jawohl!“ „Dann sind Sie ein Hundsfott!“

Nun ging das „Gespräch“ in allgemeine Beschimpfung über („grober Fle-

50 Chronik Nr. 265 II v. 6. Oktober 1848.

51 Einige der Beteiligten hatten den Wortlaut aus dem Gedächtnis in der „Chronik“ Nr. 49 II v. 27. Februar 1849 referiert, da der „Beobachter“ nach ihrer Ansicht verzerrt darüber berichtet hatte. Nach der „Chronik“ wird zitiert. Die Namen der Beteiligten habe ich ausgelassen und jeden neuen Diskussionsbeitrag in Anführungsstriche gesetzt. Die Republikaner waren zugezogene Handlungsgehilfen.

52 Mit „Wühler“ und „Heuler“ pflegten sich Demokraten und Liberale gegenseitig zu beschimpfen. Diese Ausdrücke waren nicht auf Württemberg beschränkt, vgl. Bloß, Revolution, S. 216.

53 Graf Theodor von Latour, österreichischer Kriegsminister. Vgl. zu seiner Ermordung Valentin, Bd. 2, S. 196 f.

gel, Subjekt, das keine Antwort verdient etc.") und hätte fast handgreiflich geendet.

Auch wenn man diesen Vorgang nicht als typisch unterstellt, so verdeutlicht er doch plastisch das Ausmaß der Polarisierung in der Bevölkerung. Die Einsender des Artikels faßten den Vorfall als Vorgeschmack auf die zu erwartenden Verhältnisse in einem republikanischen Staat auf.

Parallel zur Radikalisierung der Demokraten in den Volksvereinen<sup>54</sup> verschärfte sich seit Ende 1848 die Haltung der Liberalen. Der Kampf der beiden Flügel des Bürgertums gegeneinander hatte nun gegenüber der Abwehr der vordringenden Reaktion die absolute Priorität erlangt. Einen Höhepunkt in dieser Auseinandersetzung innerhalb des Bürgertums markiert die große Erklärung Friedrich Römers vom 4. März 1849<sup>55</sup>, in der er die Abwehr der „sozialen Republik (denn um letztere handelt es sich jetzt, die Änderung der Regierungsform ist nur das Mittel zum Zweck)“ zur Hauptaufgabe der Regierung und ihrer liberalen Anhänger erhob. Er verurteilte alle Bestrebungen, „ein Wahlrecht in weitester Ausdehnung ins Leben zu rufen, den Eid für den Fürsten aus der Verfassung zu streichen, das Veto zu beseitigen“, als einen Versuch, die konstitutionelle Verfassung auszuhöhlen und für den offenen Übergang zur Republik vorzubereiten. Vergeblich versuchten sich die Demokraten von dem Revolutions- und Kommunismusverdacht zu befreien. Der „Beobachter“ nahm den „Fehdehandschuh“<sup>56</sup> Römers auf, indem er einerseits betonte, eine „Revolution zerstört den Boden unter unseren Füßen“, aber doch auch einen deutlichen Trennungsstrich zwischen liberaler und demokratischer Bewegung zog: „immer entschiedener wird auch in Württemberg der Bruch zwischen dem alten Liberalismus und der neuen Demokratie.“

In der erfolgreichen Bewegung zur Anerkennung der Reichsverfassung durch den württembergischen König kam dann noch einmal eine liberal-demokratische Kooperation zustande<sup>57</sup>. Sie konnte aber nicht fortgesetzt werden, da bald darauf mit der Nationalversammlung auch jene politische Agitationsebene entfiel, auf der eine Zusammenarbeit zwischen Liberalen und Demokraten allein noch möglich war. Außerdem vermutete zumindest ein Teil der Liberalen als eigentliche Triebfeder für das demokratische Engagement in der Reichsverfassungskampagne republikanisch-kommunistische Ziele<sup>58</sup>.

Nachdem sich die Fronten in der Diskussion über die Kompetenzen

<sup>54</sup> Vgl. o. S. 137 f. und Boldt, Volksvereine, S. 51 ff.

<sup>55</sup> Chronik Nr. 55 II v. 6. März 1849. Dort die folgenden Zitate. Vgl. auch die im gleichen Ton gehaltene Adresse des Heilbronner vaterländischen Vereins, Chronik Nr. 90 II v. 15. April.

<sup>56</sup> Nr. 62 v. 14. März 1849. Dort auch die folgenden Zitate.

<sup>57</sup> Vgl. Kap. B VI, 1.

<sup>58</sup> Vgl. Beilage z. Beob. Nr. 147 v. 13. Juni 1849: „Die Reaktion und der Besitz (Von einem Reichstagsabgeordneten)“ und Gustav Pfizers Brief vom 3. Juli 1849 an Heinrich v. Gagern, in: G. Pfizer, Politische Aufsätze und Briefe, S. 60.

des Rumpfparlaments und der Reichsregentschaft erneut unüberbrückbar verhärtet hatten, war in der württembergischen Innenpolitik eine Möglichkeit zum Ausgleich nicht mehr vorhanden. Die Demokraten sprachen am „Siege der Reaktion de[m] besitzende[n] Bürgerstand einen wesentlichen Anteil“<sup>59</sup> zu; die Liberalen antworteten mit der massiven Propagierung der Legende von der sozialrevolutionären Demokratie und ihrer kommunistischen Ziele<sup>60</sup>. Diese Diskussion, in der sich die Kontrahenten gegenseitig die Hauptschuld am Scheitern der bürgerlichen Emanzipationsbewegung in der Revolutionszeit und am Vordringen der Reaktion zumaßen, fand keine Resonanz mehr in den Massen. Die Bevölkerung war politisch ermattet<sup>61</sup> und verlangte vor allem Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Not. Die politische Diskussion beschränkte sich weitgehend auf die Führungszirkel. Zudem brachen vor allem unter den Liberalen nun die unterschiedlichen Schwerpunkte in ihren Zielsetzungen hervor. Die Diskussion über die Beurteilung des preußischen Unionsversuchs machte das besonders deutlich<sup>62</sup>. Die Demokraten blieben hingegen auf Grund der Emigration vieler ihrer Führer vor stärkeren inneren Auseinandersetzungen über ihre künftige Politik verschont<sup>63</sup>. Als im Oktober 1849 die Regierung Schlayer — der letzte Minister im Vormärz! — das Märzministerium ablöste, war dieses zuvor auf Grund der kontroversen Beurteilung der preußischen Unionsinitiative innerlich bereits „auseinandergefallen“<sup>64</sup>. Dieser endgültige Schlußstrich unter die kurze Zeit bürgerlicher „Herrschaft“ rief weder im Lande, noch in den Führungskreisen der Liberalen und Demokraten große Erregung hervor<sup>65</sup>.

Die anfängliche Einheit des liberal-demokratischen Bürgertums war in erster Linie auf Grund der gegensätzlichen Beurteilung der politischen Aktivitäten der Unterschichten auseinandergebrochen. Es hatte sich dadurch im Kampf um die bürgerliche Emanzipation gegenseitig gelähmt und schließlich in dem immer schärfer geführten Prinzipienstreit um die Staats- und Verfassungsform den Rückhalt in der breiten Bevölkerung verloren. Die Liberalen propagierten in der Folgezeit ihre „Taktik der Versöhnlichkeit“<sup>66</sup> gegenüber der neuen Regierung

59 Beilage z. Beob. Nr. 147 v. 13. Juni.

60 Vgl. Kap. B IV, 2.

61 Über die politische Ermattung klagten der „Beobachter“ und die „Württ. Zeitung“ ständig seit den Wahlen im August. Vgl. auch o. S. 223.

62 Vgl. dazu Kap. B VI, 2.

63 Vgl. u. S. 191 f.

64 Weller, Heilbronn, S. 95. Vgl. Römers Rückblick in WZ Nr. 38 v. 13. Februar 1850; G. Pfizer, Einheit und Preußenhaß, S. 22 f.

65 Zur Reaktion der Demokraten vgl. Boldt, Volksvereine, S. 78 f. Hölder schrieb am 19. Juni 1850 an Carl Mayer: „Mit Schlayer stehe ich soweit gut, er ist mir persönlich lieber als Duvernoy.“ Schiller-Nationalmuseum Marbach. Für die Liberalen vgl. etwa WZ Nr. 120 v. 27. November 1849 oder Römers Rückblick, WZ Nr. 38 v. 13. Februar 1850.

66 WZ Nr. 119 v. 21 Mai 1851. Vgl. Kap. C II, 2.

und setzten damit konsequent ihre Politik der Vereinbarung fort. Aber auch die Demokraten schwenkten langsam auf diese Linie ein<sup>67</sup>. Angesichts ihres nicht-revolutionären Selbstverständnisses und ihrer kompromißbereiten Politik in der Revolutionszeit erscheint auch ihre Wendung zur „Realpolitik“ der konstruktiven Mitarbeit im Parlament nicht als inkonsequent. So konvergierten die beiden in der Revolution auseinandergetretenen Flügel des Bürgertums in der Reaktionszeit auf der Basis einer parlamentarischen Opposition, die sich zur Zusammenarbeit mit der Regierung bereit zeigte.

---

67 Dazu vgl. Kap. C II, 1b.

## VI. Die nationale Frage

### 1. Nationalversammlung und Reichsverfassung: Subordination oder partielle Abgrenzung?

Die Petitionen und Adressen von Januar bis Anfang März 1848 stellten verfassungs-, wirtschafts- und sozialpolitische Forderungen in den Mittelpunkt, während sie die nationale Frage allenfalls marginal berührten<sup>1</sup>. Erst die große, von Ludwig Uhland formulierte Adresse vom 2. März rückte mit der Forderung nach „Ausbildung der Gesamtverfassung Deutschlands im Sinne eines Bundesstaats mit Volksvertretung durch ein deutsches Parlament am Bundestage“<sup>2</sup> als ersten von sechs Punkten die Einheitsfrage in den Vordergrund, ohne daß diese aber zunächst in der öffentlichen Diskussion dominiert hätte, die sich vornehmlich auf die Reform der Landesverfassung konzentrierte<sup>3</sup>.

Auch das Programm der Göppinger Volksversammlung vom 26. März, das den Ausgangspunkt und die programmatische Grundlage für die im ganzen Land einsetzende Gründungswelle politischer Vereine bildete, stellte die innenpolitischen Reformervwartungen eindeutig in den Mittelpunkt<sup>4</sup>. Indem die Versammlung ein frei gewähltes Nationalparlament verlangte und dem von der Heidelberger Siebener-Kommission ausgearbeiteten Entwurf einer Parlamentsverfassung<sup>5</sup> zustimmte [Programmpunkt II], hatte die liberal-demokratische Bewegung in ihrem ersten grundlegenden Programm bereits eine gewichtige Vorentscheidung getroffen, die im Land nahezu ungeteilten

1 Vgl. die Adressen aus dem Oberamt Waiblingen, Beob. Nr. 23 v. 25. Januar; Mergentheim, ebd.; Calw, Nr. 51 v. 22. Februar; Stuttgart, Nr. 31 v. 2. Februar 1848. Vgl. auch Anm. 3.

2 Chronik Nr. 66 v. 7. März.

3 Symptomatisch ist das Programm des Märzministeriums vom 11. März, das allgemein als Erfüllung der liberalen Wünsche begrüßt wurde. Neben relativ detaillierten innenpolitischen Vorstellungen (vgl. o. Anm. 22 S. 131), die zuerst genannt wurden, stellte es eine „Mitberatung“ von deutschen Abgeordneten in einer „Vertretung der deutschen Nation am Bundestage“ in Aussicht (Chronik Nr. 71 v. 12. März). Die starke innenpolitische Fixierung der Adressen und der öffentlichen Diskussion wird meist zuwenig beachtet, vgl. etwa Grube, Landtag, S. 525 f. Selbst die Tübinger Adresse vom 9. März, die Johannes Fallati, einer der engagiertesten württembergischen Befürworter des preußisch-kleindeutschen Nationalstaats, formulierte (abgedruckt bei Bach, S. 67 f.), räumte den innenpolitischen Reformforderungen den größten Raum ein. Der Abgeordnete Wiest ließ sich von den Orten seines Wahlkreises Tuttingen Wunschkataloge für den Landtag des Jahres 1848 geben. Von den 37 Orten, die der Aufforderung nachkamen, äußerten alle ausschließlich Forderungen zur württembergischen Innenpolitik („Dringende Volksbegehren“, 1848, S. 122 ff.).

4 Abgedruckt bei Boldt, Volksvereine, S. 239 ff., u. ders., Anfänge, S. 117 ff. Von den fünf Programmpunkten (ebd. S. 240 f.) bezog sich nur einer auf die Einheitsfrage (II), während drei detailliert auf innenpolitische Reformen eingingen (III—V). Ein Punkt beschäftigte sich mit dem Status staatlicher Beamter als Abgeordnete (I).

5 Vgl. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 2, S. 594.

Beifall fand. So ist zu verstehen, daß Struves Antrag, das Vorparlament in eine Konstituante zu verwandeln<sup>6</sup>, in den zentralen württembergischen Publikationsorganen kaum ein Echo, geschweige denn Zustimmung fand. Selbst die Befürworter der republikanischen Staatsform billigten dem Vorparlament nur eine Vorbereitungsfunktion für die zu wählende Nationalversammlung zu<sup>7</sup>.

Der Ruf nach einem deutschen Nationalparlament, dessen Kompetenz in der Verfassungsfrage und die Erwartung, daß Deutsch-Osterreich in den deutschen Nationalstaat einzubeziehen sei, waren in der liberal-demokratischen Bewegung nicht kontrovers<sup>8</sup>. Die allgemeine Bereitschaft, sich den Beschlüssen der Nationalversammlung unterzuordnen, verhinderte eine intensivere Diskussion dieser Fragen. Auch die Ablehnung einer preußisch-hegemonialen Lösung war fast durchweg unumstritten<sup>9</sup>; die Berliner Märzereignisse verstärkten sie noch. Der preußische König, den selbst Fallati, der engagierte Befürworter der preußisch-kleindeutschen Lösung, nun als „einen blutigen Komödianten“<sup>10</sup> verurteilte, hatte „durch die schändlichen Metzeleien in den Tagen vom 17. und 18. März *allen Anspruch auf Vertrauen des deutschen Volkes verscherzt*“. Diese Formulierung einer Tübinger Adresse vom 2. April<sup>11</sup> charakterisierte die öffentliche Meinung Württembergs. Nur ganz vereinzelt forderte die Tagespresse trotz der Berliner Märzereignisse die preußische Hegemonie als einzige Alternative gegenüber einer österreichischen Vorherrschaft oder eines Umsturzes des Bestehenden<sup>12</sup>.

Als sich die Einheit der liberal-demokratischen Bewegung aufzulösen begann und die Kontroverse zwischen Liberalen und Demokraten sich im Streit um die Staatsform bündelte<sup>13</sup>, griff dieser Streit auch

6 Vgl. ebd. S. 601.

7 Vgl. Tafels ausführlichen Bericht v. 31. März über Sitzungen des Vorparlaments an den Redakteur des „Beobachters“ A. Weisser, NL Tafel.

8 Vgl. dazu Rapp (Politiker von 1848), der die Haltung einzelner prominenter Politiker kurz skizziert.

9 Vgl. ebd. Paul A. Pfizer hatte 1847 sogar die Mitarbeit an der projektierten „Deutschen Zeitung“ u. a. deshalb abgelehnt, weil ihm deren Programm „zu eng gezogen“ sei. Er wollte „entweder die Vereinigung aller rein deutschen Staaten durch gemeinsame Volksvertretung oder die Gründung eines konstitutionellen Deutschlands mit Osterreich und Preußen“. (Brief v. 31. Januar 1847 an Heinrich v. Gagern, in: Wentzke/Klötzer, S. 371).

10 Zit. n. Bach, S. 27.

11 Diese „Offene Erklärung“ nahm eine Versammlung von 400—500 Teilnehmern an. (Beob. Nr. 36 v. 7. April.) Hervorhebung im Original. Das negative Urteil über den preußischen König dehnte man nicht auf die preußische Bevölkerung aus; vgl. die Erklärung derselben Versammlung mit der Überschrift, „Glück auf, ihr Preußen! Glück auf in Sachsen und Hannover! Deutsche Männer mit Schwert und Zunge!“ (ebd.). Vgl. auch Rapp, Vischer, S. 9 f.

12 Vgl. Gustav Pfizers auf den 5. April datierten Artikel in der Chronik Nr. 97 v. 7. April 1848, gedruckt in seinen „Polit. Aufsätzen u. Briefen“ S. 36—40. Eine entschieden preußisch-hegemoniale Lösung forderten auch die von Albert Schwegler hrsg. „Jahrbücher der Gegenwart“, Tübingen, vgl. Rapp, Vischer, S. 14 f., und Rapp, 1848, S. 581 f. S. vor allem Schweglers „Politische Thesen“, in: Jbb d. Gegenwart, Nr. 33, April 1848, S. 129—131.

13 Vgl. o. S. 152 ff.

auf die Beurteilung der Kompetenzen der Nationalversammlung über. Dieser Prozeß des Hinübergleitens aus dem politisch nicht-kontroversen in den kontroversen Bereich<sup>14</sup> vollzog sich nur sehr langsam und zudem partiell. Da Liberale und Demokraten ihre nationalpolitischen Hoffnungen auf die Nationalversammlung konzentrierten, blieb diese in der württembergischen Innenpolitik lange ein Instrument des Ausgleichs für die liberale und demokratische Bewegung, die sich in anderen Fragen immer schärfer trennte.

Der „Beobachter“, so konnte gezeigt werden<sup>15</sup>, hatte als Sprachrohr des demokratischen Flügels in der organisatorisch noch ungespaltenen liberal-demokratischen Bewegung bereits Mitte April 1848 versucht, die Bruchlinien zu überbrücken, die sich auf Grund der Kontroverse um Republik oder konstitutionelle Monarchie schon deutlich zwischen Liberalen und Demokraten abzeichneten. Er anerkannte es als eine „heilige Verpflichtung [. . .], was unsere künftige Verfassungsform betrifft, den zu erwartenden Beschlüssen des Parlaments zu Frankfurt uns unbedingt zu unterwerfen“<sup>16</sup>. Gleichwohl wollte aber der „Beobachter“ die in aller Schärfe entbrannte Diskussion nicht abbrechen. Die Demokraten gingen von der unrealistischen Annahme aus, die Grundsatzkontroverse, die das bürgerliche Lager spaltete, in öffentlicher Diskussion auf Landesebene weiterführen, die Entscheidung aber dennoch ganz auf die Nationalversammlung verlagern zu können. Die innerwürttembergische Diskussion um Fragen, welche die bürgerliche Emanzipationsbewegung in ihrem Kern trafen — und spalteten, wäre damit letztlich unverbindlich geworden. Dem widersetzten sich die Liberalen, indem sie schrittweise den Souveränitätsbereich der Nationalversammlung in der Frage der Staatsform einengten, wobei sie sich zunächst darauf beschränkten, die einzelstaatlichen Verfassungssysteme aus dem Kompetenzbereich der Paulskirche auszuklammern.

Noch im Juli 1848 hatte sich der liberal-demokratische Hauptverein in einer Adresse an die Nationalversammlung für deren Kompetenz-Kompetenz ausgesprochen<sup>17</sup>. In den Vorbereitungen zu dieser Adresse war aber bereits Widerspruch erhoben worden, da dieser Beschluß das Vereinbarungsprinzip ignorierte. Knapp einen Monat spä-

<sup>14</sup> Vgl. zu dieser Abgrenzung Fraenkel, *Demokratie u. öffentliche Meinung*, S. 142 ff. Nur dieser Prozeß soll hier untersucht werden, da nur er, nicht aber das Abstimmungsverhalten der württ. Abgeordneten in der Nationalversammlung für die Analyse der Trennung von liberaler und demokratischer Bewegung relevant ist. Zu den Württembergern in der Nationalversammlung s. Schnurre und Mann, *Nationalversammlung*.

<sup>15</sup> Vgl. o. S. 153 ff.

<sup>16</sup> Nr. 44 v. 15. April.

<sup>17</sup> Chronik Nr. 160 I v. 10. Juni 1848. Die Adresse war eine Reaktion auf den Antrag von Raveaux v. 19. Mai, dessen zentraler Inhalt die unbedingte Subordination aller einzelstaatlicher Parlamente unter die Beschlüsse des Zentralparlaments war, vgl. dazu Eyck, S. 113 ff., 125 ff. Zu der in den gleichen Zusammenhang gehörenden Motion, u. a. von Fr. Römer, P. Pfizer u. A. Schoder, die den Landesparlamenten größere Interpretationsmöglichkeiten ließ, vgl. ebd. S. 130 ff.

ter brach darüber der Stuttgarter Hauptverein und mit ihm die Vereinsorganisation im ganzen Lande auseinander. Damit hatte der Prozeß, in dessen Verlauf die Liberalen den Kompetenzbereich der Nationalversammlung einschränkten, seinen ersten Höhepunkt erreicht. Um die konstitutionelle Monarchie in Württemberg zu erhalten, war der Nationalversammlung eine Grenze gezogen worden, deren Überschreiten die Liberalen nicht zu tolerieren bereit waren. Kurz zuvor hatte Friedrich Römer in seiner „Offenen Erklärung“, die programmatische Bedeutung für die württembergische Regierung wie auch für die Liberalen besaß<sup>18</sup>, die gleiche Grenzlinie gezogen, jenseits derer etwaige Beschlüsse der Nationalversammlung in Württemberg nicht ausgeführt werden könnten<sup>19</sup>.

Noch beschränkten sich die Liberalen auf die prophylaktische Abwehr nicht-systemkonformer Eingriffe des Zentralparlaments in die Partikularverfassungen, doch Anfang August 1848 vollzog der Ausschuß des Hauptvereins bereits den nächsten Schritt auf dem Wege der Abgrenzung von dem potentiellen Werk der Nationalversammlung. Er erkannte nunmehr in der „konstitutionellen Monarchie ein Bedürfnis, eine Notwendigkeit, eine Wohltat für Deutschland. Für Deutschland — nicht bloß für Württemberg; damit sind wir einen Schritt weitergegangen als unser Programm<sup>20</sup>.“

Die Liberalen manövrierten sich damit in die Schwierigkeit, einerseits dysfunktionale Verfassungsänderungen verhindern, auf der anderen Seite aber die Möglichkeit zur Mediatisierung kleinerer Einzelstaaten offenhalten zu wollen, um die angestrebte nationale Einheit möglichst fest zu gestalten. Ihr Streben nach dem Nationalstaat geriet mit dem nach Systemerhaltung im Interesse des Bürgertums in Konflikt. Sie sahen dieses Dilemma — und überantworteten seine Lösung der Nationalversammlung<sup>21</sup>, der sie Systemkorrekturen konzedierte, solange diese das monarchische Prinzip nicht antasteten.

Die Demokraten konnten auf Grund ihrer zum Programm erhobenen Offenheit sowohl für die Republik wie für die konstitutionelle Monarchie eine gradlinigere Politik gegenüber der Nationalversammlung verfolgen. Im Gegensatz zu den Liberalen, die — ohne dies in letzter Schärfe auszusprechen — die nationale Einheit nicht mit der Aufgabe des monarchischen Prinzips erkaufen wollten<sup>22</sup>, waren die Demokraten bereit, auf die prinzipiell bejahte und erstrebte Republik im Reich und in den Einzelstaaten um der Einheit willen zu verzichten. So betrachteten sie die Wahl Erzherzog Johanns zum Reichsverweser zwar

18 Vgl. Anm. 50, S. 158.

19 Chronik Nr. 176 II v. 27. Juni. Römer dachte sogar noch an weitere Einschränkungen, etwa für den Fall, daß die Nationalversammlung das unbeschränkte Gemeindegewalt für alle Deutschen beschließen sollte. (Vgl. u. S. 217.)

20 Chronik Nr. 209 II v. 2. August.

21 Vgl. ebd.

22 Für den Hintergrund dieser Haltung vgl. o. S. 166 ff. Daß einzelne prominente Liberale, wie vor allem Notter, eine Ausnahme bildeten, sei nochmals betont.

mit offener Skepsis, da damit ein wichtiger Vorentscheid in der Frage der Staatsform gefallen sei, doch sie beugten sich dem Votum der Nationalversammlung. „Wir wollen die Einheit um jeden Preis, sagten wir, und behielten uns nur so lange an dem Preis zu dingen vor, als derselbe ein offener, eine noch unerledigte Frage wäre. Die Würfel sind jetzt gefallen, und wir fügen uns dem Manne der Wahl, vorausgesetzt, daß er die Einheit schaffe“<sup>23</sup>.

Die württembergischen Demokraten isolierten sich damit zugleich von Demokraten anderer deutscher Staaten, die versuchten, sich über die Landesgrenzen hinweg zu organisieren. Deren provisorischer Zentralausschuß lehnte in einem Aufruf vom 28. Juni 1848 die Wahl eines Reichsverwesers als Rückfall in mittelalterliche Zustände ab. Der Ausschuß forderte die Abgeordneten der Linken zum Ausscheiden aus der Nationalversammlung auf und „zur Bildung eines neuen Kernes“<sup>24</sup>.

Als die demokratische Minderheit im Juli 1848 aus dem Stuttgarter liberal-demokratischen Hauptverein austrat, bekräftigte sie in einer „Offenen Erklärung“, die zusammen mit den Statuten des neugebildeten Volksvereins veröffentlicht wurde<sup>25</sup>, ihre Bereitschaft, sich unbedingt den Beschlüssen der Nationalversammlung unterzuordnen. Sie mißbilligten außerdem den erwähnten Aufruf des Zentralausschusses als einen Versuch, „die Fackel des Bürgerkriegs in das Vaterland“ zu schleudern, dem sie „den entschiedensten Widerstand“ entgegensetzen würden.

Die Eßlinger Versammlung vom 24. Juli 1848, auf der die demokratischen Vereine einen Landesausschuß an die Stelle des alten Hauptvereins setzten<sup>26</sup>, unterstützte die Haltung des Stuttgarter Vereins voll. Die Versammlung versuchte, die offene Frage Republik oder konstitutionelle Monarchie, über welche die liberal-demokratische Organisationseinheit auseinandergefallen war, als „Indifferenzpunkt“ herunterzuspielen und die projektierte Reichsverfassung als Kompromiß zu interpretieren<sup>27</sup>. Ihre Politik der unbedingten Unterordnung unter die Beschlüsse der Nationalversammlung behielten sie auch in der Folgezeit bei. Sie setzten diese Konzeption auch auf der Nördlinger Versammlung Ende August 1848 durch, auf der sich eine engere Zusammenarbeit zwischen württembergischen und bayerischen demokratischen Vereinen anzubahnen schien. „Die Beschlüsse der Nationalversammlung [— so resümierte der ‚Beobachter‘ das Ver-

---

23 Beob. Nr. 123 v. 9. Juli. In demselben Blatt gab die demokratische Minderheit des gespaltenen Hauptvereins als Hauptmotiv für ihren Austritt aus dem Verein an: Zusammenfassung aller Kräfte für das Einheitswerk.

24 Abgedruckt bei Boldt, Anfänge, S. 124—126, hier S. 126.

25 Beob. Nr. 124 v. 10. Juli. Dort die folg. Zitate. Die Statuten, nicht die Erklärung, sind abgedruckt bei Boldt, Volksvereine, S. 257 f., vgl. ebd. S. 183 f.

26 Vgl. ebd. S. 40 f. und Kap. B II. Die Erklärung des Ausschusses ist abgedruckt ebd. S. 246 f.

27 Vgl. o. S. 164 f.

handlungsergebnis —] werden sowohl für das Volk als für seine Führer als bindend anerkannt<sup>28</sup>."

Auf diese politische Leitlinie der unbedingten Unterordnung und damit zugleich des Ausklammerns der Hauptstreitfrage innerhalb des politisch aktiven Bürgertums in Württemberg gingen die Liberalen nicht ein. Im September 1848 kam allerdings in der Schleswig-Holstein-Frage eine erneute partielle Interessenkoalition zustande. Die beiden Stuttgarter Vereine, die auch hier meinungsbildend für die übrigen Vereine im Lande und auf die öffentliche Diskussion wirkten, beschlossen am 8. September eine gemeinsame Adresse an die Nationalversammlung, der sie das Vertrauen und die Zustimmung zu ihren künftigen Maßnahmen gegen die preußische Anerkennung des Malmöer Waffenstillstands aussprachen<sup>29</sup>. Die Adresse, im Ton pathetisch, in der Sprache unverbindlich, ging über einen Appell zur Einigkeit über Parteigrenzen hinweg nicht hinaus. Sie dokumentierte, wie schmal die noch verbliebene Basis für gemeinsame liberal-demokratische Aktionen geworden war, denn sie artikulierte nur einen Kompromiß im Negativen, in der Ablehnung des Waffenstillstands, während man positive Maßnahmen dagegen ganz der Initiative der Nationalversammlung anheimstellte. Da Liberale und Demokraten einhellig den Waffenstillstand ablehnten, konnte in dieser nicht-kontroversen Frage die Taktik, Streitpunkte auszuklammern und Entscheidungen auf die Nationalversammlung abzuwälzen, erfolgreich praktiziert werden. Einzelne Mitglieder des demokratischen Landesausschusses, die in Stuttgart anwesend waren und an dem Zustandekommen der Adresse mitgewirkt hatten, gingen zwar in einem separaten Aufruf an das württembergische Volk und die demokratischen Vereine über die Adresse hinaus, indem sie aufforderten, sich zum Kampf zu rüsten<sup>30</sup>. Doch dies war in erster Linie eine Reaktion auf die Radikalisierungstendenzen inner- und außerhalb der Vereine<sup>31</sup>, denn konkrete Schritte unternahmen auch sie nicht. Sie versuchten vielmehr die Politik der Reintegration der gespaltenen liberal-demokratischen Bewegung fortzusetzen. Der Stuttgarter Volksverein erklärte sich bereit, den vaterländischen Verein über alle einschlägigen Beschlüsse zu informieren<sup>32</sup>, um das gemeinsame Handeln beider Vereine zu ermöglichen und zu forcieren.

Mit dem Scheitern der Nationalversammlung in der Schleswig-Hol-

<sup>28</sup> Nr. 168 v. 30. August. Der Kontakt nach Bayern kann nicht intensiv gewesen sein.

<sup>29</sup> Chronik Nr. 243 II v. 10. September. Vgl. auch die Septembereintragungen in Notters Tagebuch bei Grube (Notter, S. 238 f.) und die gemeinsame Erklärung der Tübinger Vereine, Chronik Nr. 245 II v. 13. September; s. auch Rümelins Haltung, Paulskirche, S. 85 ff.

<sup>30</sup> Es waren Hölder, Osterlen, R. Römer und Weisser, vgl. Boldt, Volksvereine, S. 43 f.

<sup>31</sup> Vgl. zu den Septembervorgängen vor allem Müller, Erhebungen, S. 145 ff.

<sup>32</sup> Osterlen hatte das angeregt. Er war auch an der Verabschiedung der gemeinsamen Erklärung (Anm. 30) führend beteiligt.

stein-Politik zerbrach auch die noch verbliebene schmale Basis für eine liberal-demokratische Koalition; zugleich brachen aber auch innerhalb der Liberalen und Demokraten Gegensätze auf über das weitere politische Vorgehen. Die Schleswig-Holstein-Krise, die die politische Ohnmacht der Nationalversammlung und der von ihr geschaffenen Zentralgewalt enthüllte, markiert einen Wendepunkt innerhalb der demokratischen Bewegung Württembergs. Sie enthält auch den Keim für die zeitweise Spaltung der württembergischen Liberalen, die sich zunächst im inneren Verfall der liberalen Regierung manifestierte und schließlich in der Haltung der Liberalen zur preußischen Unionsinitiative gipfelte, die zwischen Ablehnung und Zustimmung schwankte<sup>33</sup>.

Offen sichtbar wurde der tiefe Einschnitt, den die Schleswig-Holstein-Krise in der politischen Bewegung des württembergischen Bürgertums markiert, zunächst auf seiten der Demokraten. Ihr stärkerer Organisationsgrad provozierte eine eindeutigere Stellungnahme, während die Gegensätze in den lockerer organisierten und weniger zahlreichen liberalen Vereinen nicht so offen ausbrachen<sup>34</sup>. Das oberste Gremium der demokratischen Organisation, der Landesausschuß, spaltete sich in der Frage, wie man auf die Anerkennung des Waffenstillstands durch die Nationalversammlung reagieren solle. Die Minderheit verlangte, der Majorität der Nationalversammlung das Mißtrauen auszusprechen und die Souveränität der Einzelstaaten für unvereinbar mit der Festigung der Zentralgewalt zu erklären. Die Mehrheit wollte auf Vorschlag Hölders nur ihre Übereinstimmung mit der Linken der Nationalversammlung bekunden. Mit vier gegen drei Stimmen einigte man sich schließlich darauf, die ganze Frage zunächst zu vertagen<sup>35</sup>. Die Vereine im Lande gingen jedoch über den zögernden Landesausschuß hinweg und forderten auf ihrer großen Reutlinger Versammlung vom 21. September 1848 die Neuwahl der Nationalversammlung, da die bisherigen Abgeordneten das Vertrauen des Volkes verloren hätten<sup>36</sup>. Damit hatten die Demokraten ihre Politik der Unterordnung unter die Nationalversammlung zwar relativiert, aber nicht prinzipiell verlassen. Sie kritisierten zwar die Nationalversammlung, bekräftigten aber ihre Auffassung von der unbedingten Priorität des parlamentarischen Kampfes um die nationale Einheit.

Die Reutlinger Versammlung hatte aber zugleich aus der Schleswig-Holstein-Krise die Lehre gezogen, daß gemeinsam mit den Monarchen der deutsche Nationalstaat nicht zu realisieren sei. Sie legte deshalb die demokratischen Vereine auf die republikanische Staats-

---

33 Vgl. Kap. B VI, 2.

34 Zum Vergleich der Organisationen s. Kap. B II.

35 Chronik Nr. 252 I v. 21. September 1848.

36 Ebd. Nr. 255 I v. 24. September.

form fest<sup>37</sup>. Obgleich eine Cannstatter Volksversammlung nur sechs Tage später die Beschlüsse in der Frage der Staatsform mäßigte, traten sechs Mitglieder des Landesausschusses deswegen zurück<sup>38</sup>. Sie dokumentierten damit die Spaltung der demokratischen Bewegung und zugleich die grundlegende Wende in der Politik der demokratischen Organisationen. Die zurückgetretenen Ausschußmitglieder verteidigten „die Unterwerfung unter die Beschlüsse der Reichsversammlung als das oberste Gesetz der deutschen Revolution“<sup>39</sup>, das sie mit der Cannstatter Proklamation gefährdet sahen. Sie waren zwar bereit, mit der erstrebten Revision der Landesverfassung „ein zweites Bollwerk der Freiheit, Einheit und Ordnung aufzubauen, wenn die Hoffnung auf die Reichsversammlung trügen sollte“, doch die Forderung nach Einführung der Republik durch die Reutlinger Versammlung lehnten sie entschieden ab. Sie sei nur gewaltsam zu realisieren, wodurch „der keimenden Einheit die Vernichtung“ drohe. Die überwiegende Konzentration auf die Revision der Landesverfassung verwarfen sie als partikularistischen Rückzug aus der Einheitsbewegung. Sie traten, wie erwähnt<sup>40</sup>, mit dem Ruf „durch die Einheit zur Freiheit!“ aus dem Landesausschuß aus, während das neue Führungsorgan der Demokraten umgekehrt der Reform der partikularstaatlichen Verfassung die Priorität einräumte. „Seit wir die Majorität in Frankfurt kennen, muß die Losung sein, durch die Freiheit zur Einheit!“<sup>41</sup>

Die demokratische Bewegung war damit an der Einheitsfrage zerbrochen. Der größere Teil räumte auf Grund der Erfahrungen, die er im September 1848 mit der Mehrheit der Nationalversammlung gemacht hatte, der partikularstaatlichen Freiheitsbewegung den Vorrang vor dem Einheitswerk ein. So markiert die Schleswig-Holstein-Krise einen Kontinuitätsbruch in der Geschichte der demokratischen Bewegung Württembergs, der durch die politische Stagnation in der Reaktionszeit nur verhüllt, nicht überwunden wurde. Als die politische Belebung seit dem Ende der 1850er Jahre die nationale Frage wieder aktivierte, zeigte sich die gebrochene Kontinuität in verschärfter Form. Erst jetzt kam der nationalen Frage jene absolute Priorität für die Parteikonstellation zu, die sie in der Revolutionszeit nicht besessen hatte. Der Kontinuitätsbruch im Jahre 1848 bildete die Voraussetzung für diese tiefgreifende Umgruppierung, die die Parteien in der Einheitsfrage erfuhren<sup>42</sup>.

<sup>37</sup> Ebd.

<sup>38</sup> Tagung v. 27./28. September 1848. Die Resolution ist gedruckt bei Boldt, Volksvereine S. 247. Es waren Vertreter von 44 Vereinen anwesend, vgl. Chronik Nr. 260 I v. 30. September. Zum Rücktritt vgl. auch o. S. 137 f.

<sup>39</sup> Beilage z. Beob. Nr. 206 v. 13. Oktober. Dort auch die folg. Zitate.

<sup>40</sup> Vgl. o. S. 165.

<sup>41</sup> Beob. Nr. 215 v. 25. Oktober, vgl. auch Nr. 242 v. 25. November. Forciert wurde dieser Rückzug in die Landespolitik noch durch die Oktroyierung der preuß. Verfassung, vgl. Beob. Nr. 263 v. 20. Dezember 1848: „Was ist jetzt zu tun? Wir können zunächst nur im engeren Vaterland wirken.“

<sup>42</sup> Vgl. Kap. C III, 3a.

Auch für die Liberalen und ihr Verhältnis zur Nationalversammlung nimmt die Schleswig-Holstein-Krise eine Schlüsselstellung ein, wengleich sich das nicht so offen zeigte wie bei den Demokraten. Sie bildete den Ausgangspunkt für die temporäre Spaltung der Liberalen in zwei Flügel, von denen der eine die Erfolge der bürgerlichen Emanzipationsbewegung vornehmlich auf Landesebene sichern wollte, während der andere immer stärker der Einheitsfrage selbst um den Preis der preußisch-hegemonialen Lösung und des Verzichts auf liberale Forderungen den Vorrang einräumte. Obwohl die konträren Flügel in beiden Lagern des Bürgertums somit viele Berührungspunkte aufwiesen, kam es noch zu keiner Umstrukturierung der Parteikonstellation, da der Streit über die anzustrebende Staatsform sowie die damit verbundenen Hoffnungen bzw. Befürchtungen die Gemeinsamkeiten der verschiedenen Flügel überlagerte.

Gustav Rümelin hatte in seinen Berichten aus der Paulskirche über die September-Vorgänge die Erkenntnis ausgesprochen, daß die „Centralgewalt in ihrer bisherigen Form als die machtlose theoretische Gebieterin über die praktischen Machthaber [...] unhaltbar“<sup>43</sup> sei, ohne daß er daraus bereits konkrete Schlüsse für das weitere politische Vorgehen zog. Die preußische wie auch die österreichische Politik gegenüber der Nationalbewegung verhinderte zunächst, daß sich die liberalen Befürworter der Einheit um jeden Preis auf eine der beiden deutschen Vormächte politisch fixierten. Zudem wurde ihre Stellung innerhalb der liberalen Vereine durch die preußische Innenpolitik geschwächt. In der Beurteilung der preußischen Maßnahmen gegen die Berliner Nationalversammlung zeigten sich deutlich die inneren Spannungen im liberalen Lager. Die Demokraten versuchten, die Liberalen zu einer Einheitsfront zu bewegen gegen die Verlegung der preußischen Nationalversammlung und die Ablehnung ihres Steuerverweigerungsbeschlusses durch die Frankfurter Nationalversammlung. Doch auf dieses Angebot, eine erneute liberal-demokratische Interessenkoalition zu bilden<sup>44</sup>, reagierten die Liberalen zwiespältig. Um die inneren Gegensätze zu überbrücken, einigte sich der liberale Hauptverein auf eine Kompromißformel, in der er die „öffentlichen Zustände in Preußen“<sup>45</sup> beklagte und die Beschlüsse der Nationalversammlung als „wohlbegründet und zweckmäßig“ anerkannte. Nur eine Stimme hatte in der Vereinssitzung beantragt, den konstituierenden preußischen Landtag zu unterstützen. Selbst der Vorschlag, die preußische Regierung und die Parlamentarier gleichermaßen zu tadeln, war verworfen worden.

---

43 Paulskirche, S. 99.

44 Vgl. Beob. Nr. 240 v. 23. November: „Es gibt nur zwei Parteien noch: die preußische Nationalversammlung an der Spitze des preußischen Volkes und aller deutschen Freiheits- und Einheitsfreunde auf der einen Seite, auf der andern die alte Reaktion mit ihrem neuen Gefolge, das sich in Frankfurt herangebildet hat.“

45 Chronik Nr. 307 I v. 24. November 1848.

In der Beurteilung der Nationalversammlung hatte eine charakteristische Gewichtsverlagerung zwischen Demokraten und Liberalen stattgefunden. Bei den Demokraten machten sich seit der Schleswig-Holstein-Krise verstärkt Tendenzen bemerkbar, die Politik der Subordination unter die Beschlüsse der Nationalversammlung aufzugeben. Die Liberalen hingegen begannen jetzt, da eine Durchbrechung des monarchischen Prinzips durch die Nationalversammlung nicht mehr zu befürchten war, ihre Politik der partiellen Abgrenzung zu revidieren, ohne sie aber grundsätzlich aufzugeben. Sie entwickelten sich nunmehr, da die Nachgiebigkeit der Nationalversammlung, ihre Ohnmacht gegenüber den Partikularmächten, erwiesen schien, zu den eifrigsten Verteidigern ihrer Kompetenzen. So entfachten die Liberalen eine heftige Polemik in der Tagespresse, als sich der Landesausschuß im Namen der demokratischen Vereine im Dezember 1848 dem Zentralmärzverein anschloß, der Reaktion und Revolution gleichermaßen einen Damm entgegenzusetzen wollte<sup>46</sup>. Die Liberalen proklamierten: „Wir wollen kein Neben- und Gegenparlament und keine Klubtyrannei! Wir wollen eine Reichsversammlung und eine Reichsgewalt für Deutschland!“<sup>47</sup> In der gleichen Erklärung behaupteten sie ihre prinzipielle und angeblich schon immer bestehende Bereitschaft, sich den Mehrheitsbeschlüssen der Nationalversammlung unterzuordnen, und sie verlangten dies auch von den einzelstaatlichen Regierungen (Punkt 5). Diese Haltung war für die Liberalen nur möglich, weil sie von der Nationalversammlung keine systembedrohenden Verfassungsänderungen für die Partikularstaaten mehr ausgehen sahen. Selbst jetzt sicherten sie sich aber noch gegenüber der Nationalversammlung ab, indem sie als deren Aufgabe systemkonforme Reformen definierten. Nicht einmal die Nationalversammlung habe das Recht, „einseitig beschließenden konstituierenden Versammlungen der Einzelstaaten die Wahl der Verfassungs- und Regierungsformen, die Vertauschung namentlich der faktisch und rechtlich bestehenden konstitutionellen Monarchie mit der Republik anheimzustellen“ (Punkt 3). Zwar verpflichteten sie die Einzelstaaten, ihre Verfassungen mit der künftigen Reichsverfassung in Einklang zu bringen, doch auch hier zogen sie eine äußerste Grenzlinie. Die Nationalversammlung durfte nach Auffassung der Liberalen keine dysfunktionalen Verfassungskorrekturen, die nur revolutionär durchsetzbar wären, in den Einzelstaaten tolerieren. Denn die Länder stünden „nicht auf dem Boden der Revolution, sondern des Rechts und des Vertrags“ (Punkt 3), und die

---

<sup>46</sup> Zur Literatur und Quellen s. o. S. 139 Anm. 46. Zur Kontroverse zwischen Volks- und vaterländischen Vereinen vgl. Boldt, Volksvereine, S. 184—189, und u. S. 112 f. Auch Abgeordnete, die meist mit der Linken stimmten, wie Fr. Th. Vischer und Ludwig Uhland, lehnten den Märzverein ab, da er dem Parlament die politische Kraft der Abgeordneten entziehe. Vgl. Rapp, Vischer, S. 30 f.; Vischers Brief v. 25. November 1848, in: Egelhaaf, Vischer, Rundschau, S. 215 ff. Gegen das Programm an sich hatte Vischer keine Einwände.

<sup>47</sup> Chronik Nr. 319 I v. 8. Dezember 1848. Dort auch die folgenden Zitate.

Nationalversammlung habe die Aufgabe, das Recht zu wahren und die Revolution zu beenden<sup>48</sup>.

Als in den folgenden Monaten die Diskussion über das Reichsoberhaupt und mit ihr die Frage nach dem Verhältnis Österreichs zum deutschen Nationalstaat in den Vordergrund trat, entschied sich der liberale Hauptverein<sup>49</sup> für das Gagernsche Programm des engeren und weiteren Bundes<sup>50</sup>. Die Demokraten verlangten dagegen auf ihrer großen Ulmer Versammlung vom 24. Februar 1849<sup>51</sup>, Deutsch-Osterreich in den Nationalstaat einzubeziehen und das Oberhaupt auf jeweils sechs Jahre zu wählen. Die Oberhauptsfrage bedrohte den inneren Zusammenhalt beider politischen Richtungen des Bürgertums, ohne ihn zu sprengen. Die Demokraten akzeptierten, wenn auch widerstrebend, die preußisch-erbkaiserliche Lösung<sup>52</sup> getreu ihrem Grundsatz, sich den Beschlüssen der Nationalversammlung unterzuordnen, und auch die Liberalen entschieden sich mehrheitlich dafür<sup>53</sup>. Eine Äußerung Friedrich Theodor Vischers charakterisiert die inneren Zweifel, mit denen sich Preußenfeinde und Großdeutsche aller politischen Richtungen der preußisch-erbkaiserlichen Lösung unterwarfen: „Ich habe einen furchtbaren inneren Kampf gekämpft“, mit dem Ergebnis, „den Kerl [den preußischen Erbkaizer] zwar nicht machen zu helfen, aber auch nicht zu hindern, sondern nur, wie der liebe Gott das Böse, zuzulassen“<sup>54</sup>.

In der Agitation für die Anerkennung der Reichsverfassung durch den württembergischen König fanden die getrennten bürgerlichen Lager noch einmal zusammen<sup>55</sup>, was zugleich die inneren Gegensätze auf beiden Seiten überbrückte. Doch mit dem Austritt der Mehrheit der Abgeordneten aus der Nationalversammlung<sup>56</sup> zerbrach sofort dieser letzte Versuch zu gemeinsamer Aktion in der Revolutionszeit. Beide Richtungen setzten gegenüber der Nationalversammlung ihre Politik fort, die sie von Anfang an grundsätzlich beibehalten

48 Vgl. zu dieser Haltung der Liberalen auch Kap. B IV, 3. Gegen die ablehnende Haltung zum Märzverein opponierte man in den liberalen Vereinen nur ganz vereinzelt ohne Erfolg.

49 Zur organisatorischen Schwäche, die den Stuttgarter Hauptverein zum liberalen Meinungsführer aufsteigen ließ, vgl. Kap. B II.

50 Vgl. Chronik Nr. 16 II v. 19. Januar 1849. Die Erklärung war von G. Pfizer verfaßt worden. Vgl. zu dessen Vorstellungen auch seine Schrift „Beiträge zur Feststellung der deutschen Reichsgewalt 1848“, in: ders., Aufsätze und Briefe, S. 24—35.

51 Vgl. Beob. Nr. 49 v. 27. Februar 1849. Es waren ca. 120 Orte vertreten, darunter auch bayerische. Als einziger Arbeiterverein hatte der Münchener Verein Vertreter entsandt. Zu den Einzelheiten der Versammlung vgl. Boldt, Volksvereine, S. 57—59. S. auch o. S. 140 f.

52 Vgl. dazu Boldt, Volksvereine S. 59 ff.; Buck, S. 92 ff., und insbes. Chronik Nr. 78 I v. 1. April 1849.

53 Vgl. Chronik Nr. 63 II v. 15. März; 74 I v. 28. März; 77 I v. 31. März; 82 II v. 6. Juni; zu den inneren Spannungen vgl. Notters Tagebucheintragungen v. März 1849; Grube, Notter, S. 242.

54 Vischer an Strauß v. 3. April 1849, Rapp, Strauß-Vischer, S. 225 f.

55 Vgl. Anm. 66, S. 142; s. vor allem auch die Aprilnummern des Beob.

56 Vgl. dazu Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 2 S. 858 ff.

hatten. Die Demokraten forderten bedingungslose Unterwerfung der einzelstaatlichen Gewalten unter die Beschlüsse der Nationalversammlung und der Regentschaft, die Liberalen hingegen sahen die von ihnen gezogene äußerste Grenzlinie des noch Tolerierbaren überschritten. Während die Demokraten ihre Politik der Subordination bis zur Bereitschaft steigerten, an einer revolutionären Reichsexekution teilzunehmen<sup>57</sup>, erreichte die liberale Politik der partiellen Abgrenzung ihren Höhepunkt, als sie die Beschlüsse des nach Stuttgart übersiedelten Rumpfparlaments entschieden ablehnten. Damit hatten beide politischen Richtungen des Bürgertums ihre von Anfang an nachweisbare politische Grundhaltung konsequent zu Ende geführt.

Die Demokraten, die nur widerwillig die erbkaiserialiche Lösung um der nationalen Einheit willen akzeptiert hatten, blieben durch das Scheitern des nationalstaatlichen Einheitswerkes vor einer inneren Zerreißprobe verschont, da sich nun alle Richtungen innerhalb der demokratischen Bewegung auf die Gültigkeit der Reichsverfassung für Württemberg als politisches Programm versteiften<sup>58</sup>. Die Liberalen hingegen gingen ihrer — wenn auch nicht dauerhaften — Spaltung entgegen. Ein Teil lehnte, um Friedrich Römer geschart, die kleindeutsch-preußisch-hegemoniale Lösung in Form des Unionsversuches ab. Dieser Teil wollte die innenpolitischen Reformen so weit wie möglich retten, während die anderen forderten, daß „die Angelegenheiten der großen deutschen Nation billigerweise denjenigen des kleinen Württembergs vorhergehen müssen“<sup>59</sup>. Letztere verlangten deshalb, die politische Kraft der liberalen Bewegung auf die Agitation für den württembergischen Anschluß an den preußischen Unionsversuch zu konzentrieren.

---

<sup>57</sup> Vgl. o. S. 142.

<sup>58</sup> Nur vereinzelt gingen Demokraten auf die preußisch-hegemoniale Lösung ein, vgl. vor allem Vischers Aufsatz in der Deutschen Zeitung v. 22. September 1849 „Wort an die Volkspartei in Württemberg, von einem Württemberger“; vgl. auch Rapp, Vischer, S. 66 ff.

<sup>59</sup> Notter in einer Wahlrede v. Juli 1849. Grube (Notter, S. 268—270) hat die ersten Seiten, aus denen dieser Passus stammt, nicht abgedruckt.

## 2. Der preußische Unionsversuch: Einheit und sozialkonservative Absicherung

Nach dem endgültigen Scheitern des Werkes der Nationalversammlung schwand der in der Revolutionszeit erreichte hohe Grad der Politisierung rasch, wodurch zwangsläufig auch das ausgeprägte Vereinswesen erlosch<sup>1</sup>. Das traf die Demokraten am stärksten, da ihr Organisationsgrad besonders hoch war. Zudem wurden sie geschwächt durch die Emigration vieler ihrer führenden Persönlichkei-

---

<sup>1</sup> Vgl. Boldt, Volksvereine, S. 74 f., und vor allem die Oberamtsberichte, HSTAS E 146 Bü 1959.

ten<sup>2</sup> und dann durch die Prozesse und Freiheitsstrafen gegen diejenigen, die im Lande verblieben<sup>3</sup>. Die Demokraten konzentrierten sich völlig auf den parlamentarischen Kampf um die Verfassungsrevision, die die Errungenschaften der Revolutionszeit absichern sollte<sup>4</sup>.

In der Unionsverfassung vermochten die Demokraten nur einen Versuch zu erblicken, Deutschland endgültig zu zerreißen und durch die Aufhebung der von der Reichsverfassung sanktionierten Grundrechte vormärzliche Zustände wiederherzustellen<sup>5</sup>. Einem Zwang zu größerer politischer Aktivität auf diesem Gebiet sahen sie sich jedoch durch die ablehnende Politik der württembergischen Regierung entzogen, die im Februar 1850 das von Österreich inspirierte Vierkönigsbündnis mit Bayern, Sachsen und Hannover abschloß<sup>6</sup>. Beiden nachrevolutionären Versuchen seitens der Regierungen, das Einheits- und Verfassungswerk der Nationalversammlung zu liquidieren und gleichzeitig aber, gesäubert von liberalen Bestandteilen, partiell zu retten, setzten die Demokraten ihren „Kultus der Reichsverfassung“<sup>7</sup> entgegen. Er besaß nach außen die Funktion, alle Einigungsversuche von oben abzuwehren, und nach innen die der Verteidigung der Grundrechte.

Während die Demokraten die preußische Unionsinitiative geschlossen ablehnten, spaltete sich darüber das liberal-konstitutionelle Lager, in das auch konservative Kräfte eingeflossen waren. Die Konservativen schieden nach dem Sturz der bürgerlichen „Minister der Gefahr“<sup>8</sup> aus Protest gegen das Werben breiter Teile der Liberalen für den Anschluß Württembergs an die Union aus dem liberal-konservativen Zweckbündnis zur Abwehr demokratisch-republikanischer Bestrebungen aus und versuchten seit Anfang 1850 sich in eigenen

---

2 Dazu gehörten auch die in den 1860er Jahren beim Wiederaufbau der demokratischen Partei so überaus einflußreichen Politiker Carl Mayer und Ludwig Pfau. Die Geschichte der württ. Emigranten ist noch nicht erforscht. Neitzke geht nicht darauf ein.

3 Vgl. Grube, Landtag, S. 538. Den „Beobachter“ soll nach der Flucht Weissers weitgehend Hermann Kurz geschrieben haben; so Isolde Kurz (S. 131 f.) in der Biographie über ihren Vater. Das ist aber zumindest stark übertrieben. Die Artikel des Oppositionsorgans können immer noch, wenn auch nicht in so starkem Maße wie in der Revolutionszeit, als Ausdruck der führenden demokratischen Kreise gelten, zumal der „Beobachter“ das Organ des Landesausschusses und nach dem Verbot der Vereine im Februar 1852 das der informell weiterexistierenden demokratischen „Partei“ blieb, vgl. dazu Kap. C III, 1.

4 Vgl. Boldt, Volksvereine, S. 78 ff., und vor allem Adam, S. 95 ff.

5 Vgl. die Erklärung des Landesausschusses v. 25. Januar 1850, Beob. Nr. 23 v. 27. Januar, vgl. auch Nr. 18 v. 22. Januar.

6 Vgl. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 2, S. 893 f.; Traub, S. 18 ff. Zur Ablehnung durch die Demokraten vgl. Beob. Nr. 71 v. 23. März 1850. Die Abgeordnetenkammer lehnte den Beitritt mit 50:11 Stimmen ab und verklagte den Außenminister erfolglos vor dem Staatsgerichtshof. Dies führte aber zum Sturz des Ministeriums Schlayer, vgl. Adam, S. 108 f.

7 So charakterisiert die WZ Nr. 30 v. 3. Februar 1850 treffend die Haltung der Demokraten.

8 So bezeichnete sich selbst Römer, WZ Nr. 124 v. 1. Dezember 1849; vgl. o. S. 103.

Vereinen zu organisieren<sup>9</sup>. Diese konservative Initiative zum Aufbau einer Parteiorganisation erlosch aber mangels politischer Aktivität der Öffentlichkeit ebenso wie die liberalen und demokratischen Vereine.

Die Liberalen reagierten bis in ihre Spitzengarnitur auf den Unionsversuch zunächst zwiespältig. Am deutlichsten zeigte sich das in den kontroversen Standpunkten der liberalen Regierungsmitglieder. Während Duvernoy und Goppelt „in einem *sofortigen* Anschlusse ein Gebot der Notwendigkeit“<sup>10</sup> sahen, wollte Römer die weitere Entwicklung in Preußen und Österreich abwarten. Er berücksichtigte dabei vor allem auch die ablehnende Haltung des größten Teils der Bevölkerung<sup>11</sup>. Das bürgerlich-liberale Ministerium war wegen dieser Frage zerbrochen, ehe es entlassen wurde. Obwohl diese Kontroverse die Liberalen schwächte, steigerte sie sich doch nicht bis zu einer dauernden Spaltung des liberalen Lagers, da die gemeinsame Haltung in der Innenpolitik ausgleichend wirkte. Zudem lenkten auch jene, die den Unionsversuch zumindest als unzeitig ablehnten, langsam ein, ohne sich aber an den Agitationen der Gesinnungsfreunde zugunsten des Anschlusses an die Union aktiv zu beteiligen. Es war eher ein passives Tolerieren der Anschlußversuche als der letzten Chance, die nationale Einheit doch noch zu realisieren<sup>12</sup>. Gleichwohl umfaßte das liberale Lager, auch nachdem die drohende Spaltung<sup>13</sup> abgewehrt war, noch eine beträchtliche Spannweite innerer Gegensätze. Während Politiker wie Römer die einzelstaatlichen Verfassungsreformen in den Mittelpunkt der Politik der Liberalen gestellt sehen wollten, verlangten andere wie Notter in erster Linie „so viel von der Einheit [zu] retten, als jetzt irgend noch möglich ist“<sup>14</sup>. Auch Notter stellte zwar für den württembergischen Anschluß die Bedingung, die in der Reichsverfassung verankerten Rechte und Freiheiten „in allen wesentlichen Punkten“ zu erhalten, worunter er vor allem verstand, die Privilegien der Standesherrn abzuschaffen. Doch für ihn besaß die deutsche Frage gegenüber partikularstaatlichen Reformen unbedingte Priorität<sup>15</sup>.

9 Vgl. Stetter, S. 285 ff.; Traub, S. 91 f.; das Programm des „Konservativen württembergischen Bürgervereins“ (Chronik Nr. 37 II v. 12. Februar 1850). Auch der konservative Stuttgarter Bürgerverein protestierte gegen die Plochinger Versammlung (Beob. Nr. 16 v. 19. Januar 1850). Die Regierung stützte die Sammlung der Konservativen finanziell. Sie brachte das Gehalt für die Redakteure der konservativen „Deutschen Kronik“ in Ulm auf; vgl. den Vertrag der beiden Redakteure mit dem Kabinettsdirektor v. Maucler vom 13. März 1850 (HSTAS E 9 Bü 94). Die Zeitung hatte ca. 1600 Abonnenten (ebd.).

10 So Römer in seinem Rückblick, WZ Nr. 38 v. 13. Februar 1859, vgl. Nr. 104 v. 8. November 1849.

11 Vgl. ebd. u. Adam, S. 98.

12 Diese Haltung nahm auch Römer ein, WZ Nr. 16 v. 18. Januar 1850.

13 Vgl. dazu auch G. Pfizer (Preußenhaß, S. 22 f.) und zur Ablehnung der Versuche, Österreich miteinzubeziehen: ders., Habsburgische Politik.

14 Wahlrede v. Juli 1849, Grube, Notter, S. 268. Dort auch das folgende Zitat.

15 Ebd. Vgl. vor allem den bei Grube nicht abgedruckten Anfang der Rede, NL Notter. Notter motivierte den „Anschluß an Preußen“ in erster Linie mit der Abwehr außenpolitischer Gefahren, denen Württemberg allein nicht standhalten könne.

Angesichts dieser starken Inhomogenität der liberalen Zielsetzungen hätte sich eine Zusammenarbeit zwischen den Demokraten und dem Reformflügel innerhalb der Liberalen in der Landespolitik angeboten. Abgesehen von Einzelfällen<sup>16</sup>, scheiterte dies jedoch aus subjektiven und objektiven Gründen. Die heftigen Kontroversen in der Revolutionszeit hatten im personellen Bereich Narben geschlagen, die nur langsam heilten<sup>17</sup>. Zudem rückten selbst die reformwilligen Liberalen von der Reichsverfassung ab, indem sie Teile der Grundrechte und vor allem das Wahlgesetz modifizieren wollten<sup>18</sup>. Außerdem war der liberale Reformflügel in den Augen der Demokraten durch jenen Teil der Liberalen unglaubwürdig geworden, der die Einheitsfrage in den Vordergrund stellte, den Anschluß an die Union forderte und das Festhalten der Demokraten an der Reichsverfassung als „eine bare Lächerlichkeit“<sup>19</sup> diffamierte.

In der Zustimmung der Liberalen zur Unionsverfassung bündelten sich vielfältige Motivationen, die von der erhofften Abwehr außenpolitischer bis zur Niederhaltung innenpolitischer Gefahren reichten. Das Argument der außenpolitischen Gefährdung eines in Deutschland isolierten Württembergs nahm in der Agitation der Liberalen zwar einen großen Raum ein, doch es trat hinter den innenpolitischen Motivationen zurück<sup>20</sup>. Männer wie Notter, die in erster Linie auf die außenpolitische Gefahr verwiesen, das Trauma der Rheinbundzeit beschworen<sup>21</sup> und bereit waren, die innerwürttembergische Reformarbeit bis zum Abschluß des Einheitswerkes zu vertagen<sup>22</sup>, bedeuteten für die Liberalen eine Belastung in der öffentlichen Agitation. So versuchte etwa Duvernoy die Wahl nominierung Notters zu verhindern, da sich dann die Stimmen der Liberalen zersplittern und die Demokra-

---

16 Vgl. vor allem das innenpolitische Reformprogramm des konstitutionellen Wahlvereins v. 7. Juli 1849, das auch Robert Römer unterzeichnete, der das demokratische Programm vom Juli 1848, das die organisatorische Spaltung des Bürgertums besiegelte, formuliert hatte, WZ Nr. 2 u. Chronik Nr. 165 III v. 11. Juli.

17 Vgl. Hölder, Schoder; Sigmund Schotts Notizen „Aus den Aufzeichnungen meines Vaters“, NL Schott Bl. 66; Sig. Schotts autobiographische Aufzeichnungen „Eine Rückschau“, ebd. Bl. 113 ff. Beide Aufzeichnungen sind für den konkreten Ablauf der Ereignisse wenig ergiebig, geben aber Aufschluß über die persönlichen Kontakte in der Reaktionszeit und überhaupt über die persönlichen Beziehungen zwischen den führenden Politikern.

18 Vgl. WZ Nr. 25 v. 29. Januar 1850.

19 G. Pfizer, Preußenhaß, S. 27. Römer charakterisierte es als „fixe Idee“ der Demokraten, WZ Nr. 5 v. 5. Januar 1850. Vgl. auch Rümelins Aufsätze „Unsere Lage“ v. 1. bis 7. September 1849 in der Chronik, gedruckt in: ders., Paulskirche, S. 236 ff. Er konstatierte nüchtern: „Die Ware ist kleiner geworden und der Preis größer; aber wir müssen den Preis zahlen, wenn wir nicht die ganze Zukunft und Größe des Vaterlandes unwiederbringlich verloren sehen wollen.“ (S. 254.)

20 Vgl. vor allem die umfangreiche Eingabe von 12 vaterländischen Vereinen (Anm. 24); die Erklärung von 15 Abgeordneten, u. a. Reyscher und Fr. Römer, „An unsere Mitbürger“, Chronik Nr. 308 v. 25. Dezember 1849; u. die Erklärung der großen Plochinger Versammlung der liberalen Anschlußbefürworter v. 13. Januar 1850, Chronik Nr. 14 II v. 16. Januar.

21 Vgl. das Manuskript v. 10. Januar 1850, NL Notter (nicht bei Grube, Notter).

22 Vgl. Wahlrede v. September 1850, Grube, Notter, S. 270.

ten begünstigt würden. Der ehemalige Leiter des Innenministeriums gehörte selbst zu den eifrigsten liberalen Befürwortern des württembergischen Anschlusses an die Union. Doch um die Einheit der Liberalen und ihre Wahlchancen nicht zu gefährden, war er eher bereit, einen großdeutsch gesinnten Kandidaten zu unterstützen, als den Anschlußfeierer Notter<sup>23</sup>.

Die Hauptmotive der liberalen Agitation zugunsten des preußischen Einigungsversuches von oben waren wirtschafts-, verfassungs- und sozialpolitischer Art. In einer Eingabe von zwölf liberal-konstitutionellen Vereinen an die württembergische Regierung werden alle in der öffentlichen Diskussion virulenten Motivationen sichtbar<sup>24</sup>. Die Eingabe betonte die historische Tendenz zur Nationalstaatsbildung, der sich auch Deutschland zu fügen habe, wenn es nicht macht- und wirtschaftspolitisch sowie geistig weit hinter die führenden europäischen Nationalstaaten Frankreich und England zurücksinken wolle. Das Aufgehen kleinerer Einheiten in dem umfassenderen Nationalstaat begriff man als historisches Gesetz, dem sich die deutschen Partikulärmächte nur um den Preis ihrer inneren Zerrüttung entgegenstemmen könnten. „Der Zollverein war in der letzten Zeit die einzige Rettung für die kleineren deutschen Staaten.“ Er habe bewiesen, daß die deutsche Einheit „eine materielle Lebensbedingung“ sei. Die partikularistische Zersplitterung Deutschlands hindere aber — so fährt die Eingabe fort — nicht nur den wirtschaftlichen Aufschwung<sup>25</sup> und die Gesundung Deutschlands, sondern fördere zugleich die verfassungs- und sozialpolitische Gärung, die die „Partei des Umsturzes“ für revolutionäre Zwecke ausgebeutet habe und künftig wieder ausbeuten werde. Nur die nationale Einheit — so lautet das Fazit — kann die revolutionäre Gefahr endgültig vernichten.

Die Liberalen griffen mit diesem Appell an das Ordnungsdenken den schon für 1847 belegten Versuch auf, eine liberal-konservative Front zu bilden — nun aber in der Form eines Nationalstaats, der die bürgerlich-liberalen und die konservativen Klasseninteressen vermitteln sollte. In der Unionsverfassung und dem von ihr vorgesehenen

---

<sup>23</sup> Vgl. Duvernoys Brief v. 25. Januar 1850 an Pfarrer Konrad Dietrich, NL Dietrich. Es ging um die Kandidatur Notters oder Oehlers (vgl. zu diesem Hagen, Oehler, in: ders., Gestalten, S. 222—249) im Oberamt Münsingen.

<sup>24</sup> Chronik Nr. 250 I v. 18. Oktober 1849 (1. Teil der Eingabe, der vornehmlich versuchte, die historische Stellung von Preußen und Österreich in der deutschen Einigungsbewegung zu skizzieren) und Nr. 251 v. 19. Oktober (Beurteilung der Unionsverfassung und Motivationen). Dort die folg. Zitate. Die Eingabe ist auch gedruckt in WZ Nr. 87 v. 19. Oktober. Sie ist datiert auf den 14. Oktober und wurde veröffentlicht durch den Ausschuß des Stuttgarter vaterländischen Vereins im Namen der Vereine in Brackenheim, Cannstatt, Heilbronn, Heiningen, Hohenheim, Plieningen, Metzingen, Münsingen, Tübingen, Waiblingen u. Crailsheim.

<sup>25</sup> Vgl. auch den Artikel von Georg Dörtenbach (Fabrikant in Calw und liberaler Abgeordneter; s. o. S. 76): „Einiges über die materiellen Nachteile des verzögerten Zustandekommens einer deutschen Reichsverfassung“ (Beilage z. WZ Nr. 43 v. 19. Februar 1850).

Parlament<sup>26</sup> sahen die Liberalen die Chance, Gefahren aus zwei Richtungen abzuwehren. Sie sollten der Reaktion einen Damm entgegenzusetzen<sup>27</sup> und zugleich die bürgerlichen Klasseninteressen gegen politisch-soziale Ansprüche von unten absichern. Das indirekte Dreiklassenwahlrecht der Unionsverfassung<sup>28</sup> galt den Liberalen als Garantie für die Ausklammerung der unterbürgerlichen Schichten von den politischen Mitwirkungsrechten. Sie kritisierten das Wahlrecht zwar als zu reaktionär, da es den Besitz überbewerte und die Bildung unterbewerte; gleichzeitig lehnten sie aber mit Nachdruck das „allgemeine Stimmrecht ohne erhebliche Modifikationen“<sup>29</sup> ab. Als Mindestforderung galt die indirekte Wahl als Filter gegen die Stimmen der Ungebildeten und Besitzlosen<sup>30</sup>. Die Liberalen propagierten sich als die Verteidiger der etablierten Ordnung gegen die Angriffe von unten, denn die Umsturzpartei sei „überwunden worden nicht durch Waffenmacht allein, sondern zugleich dadurch, daß die große Zahl der Freunde des Gesetzes und der bürgerlichen Ordnung, daß die Anhänger der konstitutionellen Monarchie, welche wohl den Fortschritt, aber nicht den Umsturz wollen, sich um die Throne geschart und der Umsturzpartei mit Entschlossenheit entgegengestellt haben“. Sollte aber die deutsche Einheit „abermals in das Reich der Träume verwiesen werden“, so werden die liberalen Ordnungsfreunde „zwar selbst den Boden des Gesetzes nicht verlassen, aber sie würden sich, wenn dies von anderer Seite geschähe, außer Stand gesetzt sehen, den Umsturzbestrebungen mit dem bisherigen Mut entgegenzutreten, und die Throne würden sich alsdann nicht mehr von Scharen getreuer Bürger, sondern nur noch von dem Schutz der Bajonnette umgeben sehen“<sup>31</sup>. Mit diesem Angebot, einen liberal-konservativen Ordnungsblock zu bilden, war eine charakteristische Verschiebung nach rechts im Vergleich zu der bürgerlich-oppositionellen

26 Vgl. dazu Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 2 S. 894 ff.; ders., Dokumente, Bd. 1 Nr. 177.

27 Vgl. die Plochinger Erklärung (Anm. 31).

28 Vgl. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 2, S. 888.

29 Zitat aus der Erklärung der 12 Vereine (Anm. 24).

30 Vgl. Notters Wahlrede v. September 1850, Grube, Notter, S. 271. Die Plochinger Erklärung berührte die Frage des Wahlrechts bezeichnenderweise nicht, denn den Liberalen galt das Dreiklassenwahlrecht als das kleinere Übel gegenüber dem allgemeinen, direkten. Vgl. Goppelts Wahlrede v. 2. Februar 1850 (Anm. 31). Die starke Betonung der Bildung als Kriterium und die Kritik an einem rein plutokratischen Wahlrecht verweist auf den starken bildungsbürgerlichen Anteil bei den württ. Liberalen und vor allem bei ihren Führern; vgl. dazu Kap. B III. Zur liberalen Wahlrechtspolitik vgl. WZ 98 v. 25. April 1850; 114 v. 15. Mai 1850 und o. S. 170 f. Zur analogen Haltung der „Gothaer“ in der Wahlrechtsfrage s. Eichmeier, S. 176 ff.

31 Auf der gleichen Linie, wenn auch nicht so deutlich artikuliert, liegt die Erklärung der Plochinger Versammlung v. 13. Januar 1850, auf der der Anschluß Württembergs an die Union gefordert wurde. Vgl. den Text in Chronik Nr. 14 II v. 16. Januar. S. auch Goppelts Wahlrede v. 2. Februar, Chronik Nr. 33 II v. 7. Februar 1850, und Notters Manuskript v. 10. Januar 1850, NL Notter. Vgl. zur Plochinger Versammlung auch Eichmeier (S. 210–212), der sie vor allem als Auswirkung „gothaischer“ Agitationen in Württ. und als Versuch zur parteimäßigen Formierung der württ. Liberalen interpretiert.

Doppelstrategie des Jahres 1847 verbunden. Hatte damals die Opposition in der Öffentlichkeit unterschwellig, in der privaten Diskussion offen, mit dem Gedanken einer bürgerlich-proletarischen Front zur Durchsetzung der bürgerlichen Emanzipationsbewegung gespielt, so war dies für die Liberalen — aber auch für die Demokraten — nach den Erfahrungen der Revolutionszeit nicht mehr möglich. Die politische Bewegung der unterbürgerlichen Schichten, die schon 1847 das Bürgertum beunruhigt hatte, die es aber noch in die eigene Bewegung glaubte temporär integrieren zu können, hatte in der Revolutionszeit für das Bürgertum gleichsam ihre Unschuld verloren<sup>32</sup>.

Dieser Befund gilt auch für die Demokraten. Hatte Julius Hölder 1847 gegenüber Carl Mayer die Möglichkeit einer begrenzten bürgerlich-proletarischen Einheitsfront gegen den Obrigkeitsstaat angedeutet<sup>33</sup>, so warf er in einem Schreiben vom Juni 1850 an seinen inzwischen emigrierten Freund alle Ansätze zur revolutionären Aktivität. In seinem großen Resümee über die Lehren der Revolutionszeit stellte er den Demokraten für die Zukunft die Aufgabe, mit der „Waffe des Rechts“<sup>34</sup> einen geistigen Kampf gegen die Reaktion zu führen und das Rechtsbewußtsein des Volkes wachzuhalten. Auch dies verweist bereits auf die in der Reaktionszeit konvergierende politische Haltung von Liberalen und Demokraten.

Die Liberalen setzten ihre politische Tradition aus der Revolutionszeit fort, als sie die Unionsverfassung zwar als Bollwerk gegen die revolutionäre Gefahr von links und die Reaktion von rechts priesen, in der Tagespolitik aber vordringlich die Gefahr von links bekämpften, die inzwischen jedoch längst illusorisch geworden war. Indem sie die Demokraten als sozialrevolutionäre Republikaner in der Öffentlichkeit zu denunzieren versuchten<sup>35</sup>, entoben sich die Liberalen des Zwangs zu einem gleichgewichtigen Kampf an beiden Fronten.

Es ist nicht zu verkennen, daß die Liberalen auf das Scheitern der Reichsverfassung letztlich mit einer gewissen Erleichterung reagierten. Sie sahen die Unionsverfassung, trotz der sehr zurückhaltenden Detailkritik, mit weniger Mängeln belastet. Schon im September 1849 hatte Friedrich Römer in seinem Artikel über „Württemberg und die Verfassung der drei Könige“<sup>36</sup> geschrieben, „ich rechne mir's zur Ehre, an dieser Geburt [der Reichsverfassung] keinen Teil zu haben“. Er betonte: „Mich selbst kostete es die größte Überwindung, zu Anerkennung einer Reichsverfassung zu raten, welche in ihrer höchsten Zusammensetzung meinen Ansichten so wenig entsprach.“ Partikula-

32 Vgl. allgemein dazu Schieder, *Revolution*.

33 Vgl. o. S. 91 ff.

34 Brief v. 19. Juni 1850, Schiller-Nationalmuseum Marbach.

35 Vgl. dazu Kap. B IV, 4.

36 WZ Nr. 48 v. 2. September 1849. Er lehnte hier den württ. Beitritt zur Union ab.

ristische Abneigung gegen eine zu starke Zentralisierung<sup>37</sup> spielten für Römers Haltung ebenso eine Rolle wie das Bestreben, Deutsch-Osterreich nicht aus Deutschland auszuschließen. Hinzu kam das revolutionäre Odium, mit dem die Reichsverfassung vor allem seit den Tagen des Rumpfparlaments und der Regentschaft belastet war. Wurden die ersten beiden Motive nur von den großdeutsch gesinnten Liberalen geteilt, so galt das letztere für fast alle. „Die konstitutionelle Partei, welche vor allem eine feste Basis für die Monarchie wollte, konnte sich ebensowenig [wie die Fürsten] befriedigt fühlen durch die Reichsverfassung“<sup>38</sup>, da sie die „Anarchie“ begünstigte und die „gesetzlich sanktionierte Herrschaft der Massen“ erstrebte. Den Anschluß an Preußen priesen die Liberalen als Garantie für den Fortbestand der konstitutionellen Monarchie<sup>39</sup> und damit des bestehenden politisch-sozialen Systems sowie als endgültige Liquidierung der Revolution, die das „Phantom der sozialen Republik“ gezeitigt habe. Das Eintreten der Demokraten für die Reichsverfassung vermochten sie nur noch als einen Versuch zu begreifen, die „Agitation für eine Revolution in eine legale Form zu kleiden“.

Die Liberalen hatten sich damit weitgehend von ihrem eigenen Werk losgesagt, das ihnen selbst unheimlich geworden war, da es nicht genügend Garantien gegen die politisch-sozialen Emanzipationsbestrebungen von unten zu bieten schien. „Wer einen Abgrund vor sich sieht, geht am besten rückwärts“, empfahl der ehemalige Leiter des Finanzministeriums Goppelt seinen Wählern<sup>40</sup>. Auch die Reichsverfassung und die revolutionären Wehen, die ihre Geburt begleiteten, rechneten die Liberalen zu den Gefahren, die in dem beschworenen Abgrund lauerten. Vor diesem schreckten sie zurück und flüchteten in die mit festen Ordnungsstützen versehene konstitutionelle Monarchie, die den Rechts- und zugleich Nationalstaat als Klassenstaat legitimieren und konservieren sollte.

---

37 In Deutschland gebe es zwar zu viele Staaten, aber er sei überzeugt, „daß die Freiheit bei der Centralisation nichts gewinnt“ und „auch dem tief eingewurzelten Stammessinne der Deutschen nicht zusagt“ (ebd.).

38 WZ Nr. 94 v. 27. Oktober 1849, „Der Beobachter u. die Reichsverfassung“, gez. „r“: vielleicht Rümelin, da sich der Beobachter zuvor mit dessen Artikeln „Unsere Lage“ auseinandergesetzt hatte. Vgl. auch das Zitat aus WZ 94 o. S. 149.

39 „Alle diese, welche in einer konstitutionellen Monarchie allein eine dauerhafte Garantie für ein gesundes Staatsleben zu erkennen vermögen, werden den Anschluß der deutschen Staaten und Stämme an Preußen betreiben“ (ebd.).

40 Chronik Nr. 33 II v. 7. Februar, Rede v. 2. Februar 1850.

## VII. Die „soziale Frage“

### 1. Vorrevolutionäre Interpretationen

Die Hungerjahre 1846/47 und 1851 bis 1854 verschärften die sozio-ökonomische Krise, die Württemberg um die Jahrhundertmitte als Begleiterscheinung der sich ausbildenden industriellen Gesellschaft heimsuchte<sup>1</sup>. Diese wirtschaftlich-soziale Misere ließ das Anfang der 1840er Jahre noch weitgehend importierte Krisenbewußtsein<sup>2</sup> zu einem originären werden. Die Analysen der französischen und englischen Entwicklung hatten für die soziale Krise, die mit der Industrialisierung verbunden war, eine Sensibilität entstehen lassen, die bereits auf die ersten Krisensymptome in Deutschland reagierte<sup>3</sup>. Man suchte nach Möglichkeiten, um dem Abbau ständischer Bindungen, der als Dekorporierung, Disproportionierung und Entsittlichung<sup>4</sup> umschrieben wurde, neue gesellschaftliche Strukturen entgegenzusetzen — Strukturen, die die Befreiung aus der ständischen Zügelung durch funktionsgerechte, der arbeitsteiligen industriellen Welt adäquate „Assoziationen“ auffangen sollte.

In Württemberg gehörte Johannes Fallati zu jenen, die sich frühzeitig an der Untersuchung der englischen Verhältnisse geschult hatten<sup>5</sup>, und die „tendenzielle soziale Krise der Industrialisierung“<sup>6</sup> erkannten, bevor sie in Deutschland akut geworden war. Er plante ein grundsätzliches Werk zur „sozialen Frage“, ließ diesen Plan aber fallen, als Lorenz von Steins „Socialismus und Communismus des heutigen Frankreich“ im Jahre 1842 erschien<sup>7</sup>. Fallati entwickelte jedoch in mehreren kleineren Arbeiten<sup>8</sup> sozialpolitische Vorstellungen, die

1 Vgl. Kap. A I, 3.

2 Vgl. Pankoke, *Sociale Bewegung*, S. 70; Jantke, *Vierter Stand*, S. 49. Zur Literatur zum Komplex „Soziale Frage“ s. auch Anm. 4 S. 84. S. auch Sprung, *Liberalismus u. sociale Frage bis 1848*; G. Mayer, *Anfänge des politischen Radikalismus*, vor allem Kap. XI; Jansen, *Proletariat im Vormärz*; Marquardt, *Pauperismus in Germany*.

3 Das zeigte sich vor allem bei den Unruhen von 1845, vgl. Koszyk, 1845 u. der Sozialismus; Obermann, *Volksbewegung*; Sprung, S. 35 ff.; Conze-Groh (S. 30 f.) und die dort (Anm. 25 f.) genannte Literatur.

4 Vgl. dazu Conze, Pöbel, u. ders., *Spannungsfeld*, S. 248 ff.

5 Vgl. insbes. seine Aufsätze „Englische Arbeiter-Vereine“ (1845) und „Vereinswesen“ (1844). Zu Fallatis sozialpolitischen Vorstellungen vgl. auch Bach, S. 14—20.

6 Pankoke, S. 70. Auf Fallati geht Pankoke nicht ein.

7 Vgl. Bach, S. 15.

8 Vgl. neben den im Literaturverzeichnis genannten Arbeiten Fallatis seine Rezension von L. v. Steins, *Der Socialismus und Communismus des heutigen Frankreichs*, Leipzig 1842, in: *Jbb der Gegenwart* 1843, Nr. 1 S. 1 f.; 2 S. 5 f.; 3 S. 9 f.; 4 S. 13 f.; 5 S. 17 f.; 6 S. 22 f.; 7 S. 26 f.; 8 S. 30 f.; 9 S. 34—36; 11 S. 43 f.; 12 S. 46—48. Die Artikel gehen über eine bloße Rezension weit hinaus. Sie können als eine Art Aufriß seines geplanten Werkes verstanden werden.

dem real- und bewußtseinssoziologischen Stand vor allem in Württemberg vorausleiten. Seine Schriften enthielten Gedanken zum proletarischen Vereinswesen, die vom liberal-demokratischen Bürgertum erst zu einem Zeitpunkt aufgenommen wurden, als die eigenständigen Organisationen des Proletariats die von Fallati angeregten Arbeitervereine unter staatlich-bürgerlicher Anleitung und Aufsicht überholt hatten<sup>9</sup>.

1844 konstatierte er, die „Ereignisse des letzten Sommers in den Fabrikbezirken Schlesiens und Böhmens haben jetzt auch uns Deutschen, früher als wir erwarteten, die Gefahren des Proletariats näher gerückt. Die Sorge dieser Gefahr entgegenzutreten, kann nun nicht mehr vermieden werden<sup>10</sup>.“ Er warnte davor, die Aufstandsversuche der „zum habituellen Hunger herabgedrückten Weber“ lediglich mit „kommunistischer Aufhetzung“ von „arbeitsscheuem Gesindel“<sup>11</sup> zu erklären. Fallati diagnostizierte vielmehr eine „Krisis der Entwicklung des ökonomischen Lebens der Gesellschaft“<sup>12</sup>, die grundlegende Reformen erfordere, zu denen der Vergangenheit keine Vorbilder zu entnehmen seien. Diese tiefgreifende gesellschaftliche Krise, von der sich in Deutschland die ersten Symptome gezeigt hatten, deutete er als schlechthin vorbildlos und neuartig, als Reflex auf die grundlegend sich verändernden ökonomischen Verhältnisse. Als die beiden Hauptursachen der „gewaltigen Bewegung in der Arbeiterwelt [. . .], welche ‚die Runde der Welt‘ zu machen sich anschickt“, analysierte Fallati, „einerseits die Stellung der besitzlosen Arbeiter gegenüber [. . . der des] unternehmenden Kapitalisten, andererseits die tiefe Entsitlichung des Arbeiterstandes“<sup>13</sup>. Bezeichnend für Fallatis Krisenbewußtsein, das sich an den englischen Verhältnissen geschärft hatte, war seine Begrenzung des „Proletariats“ auf die Fabrikarbeiterschaft, während die „Handwerker-Proletarier“<sup>14</sup> und die proletaroiden Existenzen in der diffusen Zone zwischen unterbürgerlichen und bürgerlichen, zwischen bäuerlichen und unterbäuerlichen Schichten kaum in sein Blickfeld rückten<sup>15</sup>. Er war damit dem zeitgenössischen Proletariatsbegriff<sup>16</sup> vorausgeeilt und hatte ihn dem deutschen, vor allem aber dem württembergischen Entwicklungsstand<sup>17</sup> inadäquat gefaßt. Darin ist wohl ein wesentlicher Grund für die überaus geringe Reso-

9 Vgl. dazu etwa Conze, Schulze-Delitzsch; Köllmann, Entwicklung, S. 489.

10 Vereinswesen, S. 737.

11 Ebd. S. 738.

12 Ebd. S. 739.

13 Ebd. S. 740.

14 Vgl. Anm. 29 S. 18.

15 In seiner Rezension zu Stein (vgl. Anm. 8) geht er allerdings über seinen Proletariatsbegriff hinaus, indem er Pauperismus als „Armut der Arbeitsfähigen“ und Proletariat als „gesellschaftliche Armut“ (Nr. 4 S. 14) definiert, die durch eine Sozial- und Wirtschaftsverfassung provoziert werde, die Arbeit ohne Möglichkeit der Bedürfnisbefriedigung zulasse.

16 Vgl. das Zitat S. 206.

17 Zum Stand der württ. Industrialisierung vgl. Kap. A I, 2.

nanz seiner und ähnlicher Versuche<sup>18</sup> in der Öffentlichkeit zu sehen. Er hatte in den erwähnten außerwürttembergischen Vorgängen Tendenzen erkannt, die im Stand der sozioökonomischen Entwicklung Württembergs erst latent angelegt waren. Daß diese Tendenzen dem breiten Bürgertum noch nicht ins Bewußtsein traten, wurde durch die „weitverbreitete Inkongruenz von politischem und wirtschaftlichem Liberalismus im deutschen Vormärz“<sup>19</sup> noch gefördert.

Fallati sah in Assoziationen der Fabrikarbeitschaft ein Mittel, um unter bürgerlicher Anleitung und staatlicher Aufsicht jenseits des „Barmherzigkeits-Prinzips“<sup>20</sup> die proletarische Selbsttätigkeit zur „innere[n] Veredlung“<sup>21</sup> des Arbeiters anzuregen. Als letztes Ziel definierte er die „Vermenschlichung“ des Arbeiters durch „eine organische Umwandlung der obwaltenden Stellung des Arbeiters zum Kapitalisten“, deren Voraussetzung die „Sittigung“ sei. Mittels Assoziation sollten die Fabrikarbeiter aus ihrer Isolierung als „Pariakaste“<sup>22</sup> herausgeführt und ihnen das Gefühl vermittelt werden, durch Arbeit gesellschaftlich aufsteigen zu können. Von dem Vereinswesen erhoffte er eine ökonomisch und psychologisch gleichermaßen heilende Wirkung. In der Hoffnungslosigkeit auf sozialen Aufstieg sah Fallati die spezifische Differenz zwischen Fabrikarbeitern und Handwerksgesellen<sup>23</sup>. Diese Hoffnungslosigkeit konstituierte das revolutionäre Potential, auf dessen Ausschaltung sich die sozialpolitischen Entwürfe Fallatis konzentrierten, die Stabilität durch Reform erstrebten<sup>24</sup>. Fallati erkannte, daß die Industrialisierung, die in den 1830er Jahren verstärkt eingesetzt hatte<sup>25</sup>, ein Proletariat erzeugte, das die bürgerliche Gesellschaft gefährdete. Diese Gefährdung löste seine sozialwissenschaftlichen Studien aus.

Die Hoffnungslosigkeit des Handwerkergehilfen und des kleinen Meisters berührten seine Untersuchungen noch kaum. Auch dies zeigt, daß sein Krisenbewußtsein sich an der Analyse außerdeutscher Verhältnisse entwickelt hatte und sein so geschärfter Blick nun in Deutschland Symptome entdeckte, die für die bürgerliche Öffentlichkeit noch weitgehend verdeckt blieben. Sein Appell an die öffentliche Meinung, an der Integration der Fabrikarbeiter in das Bürgertum mitzuwirken<sup>26</sup>, um einer potentiellen und im Falle der Reformverweige-

18 Vgl. Angermann (S. 211 ff.) zu Robert v. Mohls sozialwissenschaftlichen Studien.

19 Conze, Spannungsfeld, S. 242.

20 Fallati, Vereinswesen, S. 774.

21 Ebd. S. 742. Dort auch das folgende Zitat.

22 Ebd. S. 744.

23 Vgl. die ähnliche Bestimmung in WJbb 1839, S. 308.

24 „Es gibt nichts, das konservativer wäre, als die Reform; es gibt kein Prinzip, das gewisser zur Revolution führt als das Prinzip der starren Stabilität“, in: Rez. Nr. 1 S. 1 (Anm. 8). Die revolutionäre Gefährdung des Bestehenden durch dessen starre konservative Verteidigung zu zeigen, gehörte zu Fallatis Hauptanliegen, vgl. etwa ebd. Nr. 12 S. 47. Vgl. dazu grundsätzlich Jantke, Sozialreformerische Anliegen.

25 Vgl. dazu Kap. A I, 2.

26 Vereinswesen, S. 740 f.

zung tendenziell unausweichlichen Revolution die Basis zu nehmen, blieb deshalb zunächst ungehört, aber doch nicht folgenlos. Seine Studien und die anderer Wissenschaftler zur „sozialen Frage“<sup>27</sup> haben das Bewußtsein des Bürgertums für die politisch-sozialen Forderungen des Proletariats geschärft. So ist erklärlich, daß 1847 die auf einige Stunden an wenigen Tagen beschränkten Hungerrevolten in drei württembergischen Städten im Bürgertum den beschriebenen Reflexionsprozeß<sup>28</sup> auslösten. Das Bürgertum erkannte die Existenz eines Proletariats, das sich aus unterbürgerlichen und den unteren Sozialschichten des Bürgertums rekrutierte und zur politisch relevanten Kraft geworden war. Es erkannte auch die positiven und negativen Wirkungsmöglichkeiten des Proletariats auf die bürgerliche Emanzipationsbewegung.

Begrifflich weit weniger scharf und nicht durch vergleichende sozialwissenschaftliche Studien gestützt, behandelte 1845 Hermann Kurz, freier Schriftsteller und später, in der Reaktionszeit, Redakteur des „Beobachters“<sup>29</sup>, das Problem der Integration des „Proletariats“, das „die heutige Gesellschaft in ihren Tiefen bewegt“<sup>30</sup>. Seine Schrift bezeugt, daß in Württemberg nicht nur in akademischen Zirkeln die soziale Krise erkannt und als latente Gefahr für die bürgerliche Gesellschaftsordnung begriffen wurde.

Wie die seit 1847 massiv einsetzende öffentliche Diskussion<sup>31</sup>, so erweiterte auch Kurz die Definition von „Proletariat“ und verengte gleichzeitig das Bedeutungsspektrum der „sozialen Frage“. Unter Proletariat verstand er, dem zeitgenössischen Sprachgebrauch näher als Fallati, alle die „kein Bodengut, kein festes Gewerbe oder kein Kapital“<sup>32</sup> besitzen. Seine Integration in das Bürgertum proklamierte er als „die beste Prüfung für den Liberalismus“<sup>33</sup>. Damit antizipierte er die Haltung der Demokraten in der Revolutionszeit und wies voraus auf den Bruch der vormärzlichen liberalen Einheitsfront. Sein Appell blieb aber zunächst in der Öffentlichkeit ebenso resonanzlos, wie Fallatis Versuche, sie zu mobilisieren. Mit Fallati stimmte Kurz auch darin überein, daß er in der Hoffnungslosigkeit auf Besitzerwerb das eigentliche Signum des Proletariats erblickte. Dessen systembedro-

27 Dazu vor allem Pankoke.

28 Vgl. oben Kap. A II, 2.

29 Vgl. zu H. Kurz Isolde Kurz, *passim*, und vor allem Buck, S. 114—164.

30 Kurz, *Das freie Wort*, S. 174. Buck geht ausführlich auf diese Schrift ein. Der hier analysierte Teil über die „soziale Frage“ ist nur ein Aspekt des Buches.

31 Vgl. Kap. A II, 2.

32 Ebd. Er unterteilt es in Arbeiter, Schriftsteller („mittlere Gattung von Besitzlosen“, S. 188) und Beamten („das vornehme Proletariat“, S. 188). Zum „Beamtenproletariat“ s. auch Riehl, *Gesellschaft*, S. 344 f. Zum Problem des intellektuellen Proletariats in der Revolution vgl. O'Boyle, *Democratic Left 1848*. Dieser Arbeit, welche die These von einem radikalen intellektuellen Proletariat aus dem zeitgenössischen Schrifttum entwickelt, fehlt die sozialhistorische empirische Absicherung. Vgl. zum Problem des intellektuellen Proletariats auch die Ausführungen Riehls, S. 312 ff.

33 Kurz, S. 181. Vgl. die analogen Forderungen im *Beob.* März 1848, s. o. S. 105 f.

hende Potenz sei nur durch die Hoffnung auf Besitz zu vernichten, ohne den „Selbständigkeit des Charakters zwar moralisch möglich, aber nicht bürgerlich glaubhaft“<sup>34</sup> erscheine. Er propagierte staatliche Hilfen durch Arbeitsbeschaffung (Eisenbahnbau u. a.)<sup>35</sup>, Selbsthilfe durch Assoziation, die durch korporativen Schutz mit der naturnotwendigen Ungleichheit auch des Besitzes versöhne<sup>36</sup>, und Kapitalbildung in der Hand des Proletariats durch höhere Löhne, die über das Existenzminimum hinausgehen, oder — vor allem — durch Gewinnbeteiligung<sup>37</sup>. Während Liberale und Demokraten die ersten Punkte aufgriffen, ging der dritte nicht einmal in die Diskussion der bürgerlichen Öffentlichkeit in der Revolutionszeit ein<sup>38</sup>. Kurz selbst kam ebenfalls auf diesen Versuch, der „neuen Leibeigenschaft“ auch im ökonomischen Bereich „Aussicht auf die Freiheit“<sup>39</sup> entgegenzustellen, nicht wieder zurück. Sein Entwurf blieb auch innerhalb der Demokraten ein Versuch, der nicht wieder aufgenommen wurde.

Revolutionäre Ansätze zur Lösung der „sozialen Frage“ sind in Württemberg kaum nachweisbar. Nur Johannes Scherr, der 1848/49 zur demokratischen Spitzengarnitur gehörte, kritisierte bereits 1846: „Der deutsche Liberalismus setzt sich dem Proletariat gegenüber nicht minder vornehm und mitleidslos auf das beliebte Paradiespferd der Moral und Gesetzlichkeit, die da ist die Moral und Gesetzlichkeit der Besitzenden, als es der französische tut<sup>40</sup>.“ Nach seiner Überzeugung war eine soziale Reform, „diese größte aller Revolutionen“, nicht friedlich zu verwirklichen, denn man könne nicht vom „Boden der Bourgeoisie“ aus das reformieren, was diese trägt. Seinen sozialrevolutionären Ansatz nahmen aber weder Scherr selbst noch seine demokratischen Partei- und Gesinnungsfreunde in der Revolutionszeit auf.

<sup>34</sup> Ebd. S. 180.

<sup>35</sup> Ebd. S. 175.

<sup>36</sup> Ebd. S. 184.

<sup>37</sup> Ebd. S. 179 f.

<sup>38</sup> In dem NL Deffner findet sich ein nicht datiertes Manuskript über die „Gewinnbeteiligung“ von Arbeitern, die der Verfasser vornehmlich deshalb ablehnte, weil die Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens geschwächt werde. In der öffentlichen Diskussion wurde der Punkt aber nicht berührt. Nur der Artikel „Der württ. Landtag des Jahres 1848“ (Jbb d. Gegenwart Nr. 8, S. 31 f.) geht knapp, vage und ablehnend darauf ein.

<sup>39</sup> Kurz, S. 100.

<sup>40</sup> Scherr, Das Problem der sozialen Reform. Sein NL enthält kein Material zur Revolutionszeit.

## 2. Definitionen von „Socialismus“ und „Communismus“

Während Kurz „kommunistische Gleichmacherei“ undifferenziert als „krasse Bevormundung“<sup>1</sup> ablehnte, bemühte sich Fallati, die Bedeutung der Begriffe „Socialismus“ und „Communismus“ zu klären,

<sup>1</sup> S. 182, 184.

um sie nicht in der Öffentlichkeit „zum Feldgeschrei einer wirklich gefährlichen radikalen Partei“ und „zugleich für viele konservativ Gesinnte zum Ruhebetten der Unwissenheit und der Denkfaulheit und zu einer zweischneidigen Waffe politischer und sittlicher Verdächtigung“<sup>2</sup> verflachen zu lassen.

Die in der liberalen Theorie weitgehend unvermittelt nebeneinanderstehenden Bereiche des Rechtsstaats und der Gesellschaft, die sich am marktrationalen Handeln orientierte, wollte er verbinden, indem er dazu aufrief, von der Analyse der „sozialen Frage“ zur „socialistischen Politik“<sup>3</sup> fortzuschreiten. Letztere sollte die liberale Forderung nach individuellen Freiheitsrechten mit der Notwendigkeit von sozialpolitischen Eingriffen in die Marktgesellschaft versöhnen. Seine sozialwissenschaftlichen Studien bewahrten ihn davor, das liberale Konkurrenzmodell, nach dem im freien Meinungskampf die Partikularinteressen sich gegenseitig ausschließen, aus dem politischen Bereich unkritisch in den sozioökonomischen zu übertragen — ohne daß er aber angeben konnte und wollte, wie die angestrebten sozialpolitischen Eingriffe zu institutionalisieren seien, um marktrational nicht ausgleichbare Verzerrungen im gesellschaftlichen Bereich zu vermeiden. „Unsere Arbeit ist wie der Rapport eines rekognoszierenden Offiziers — die Generalität mag zusehen, ob sie daraufhin glaubt, vorrücken zu können“<sup>4</sup>.

Fallati lehnte den „reinen Communismus“ der völligen individuellen Gleichheit und Gütergemeinschaft ab, da er mit der Individualität der Menschen theoretisch unvereinbar sei<sup>5</sup>. Ebenso verwarf er die traditionelle Nationalökonomie [„historische Ökonomie“], die das Individualitätsprinzip auf die Spitze treibe und den Bereich der „Produktion und Vermögensansammlung“ ausschließlich der historisch bedingten Stellung des einzelnen zuordne<sup>6</sup>. Dadurch würden sozialpolitische Reformen von vornherein als illegitime Eingriffe in die Rationalität des Marktes und den Freiheitsraum des einzelnen ausscheiden. Als „socialistische Ausgleichung der Widersprüche“ zwischen den beiden als unhaltbar charakterisierten Extremen propagierte er die Güterteilung „nach der Bedeutung, welche die von einer bestimmten Größe und Art der Konsumtion abhängige Eigenschaft [...] für das Gemeinwohl hat“<sup>7</sup>. Damit werde letztlich eine neue Ordnung geschaffen, „welche die individuelle Kraft nicht von der Macht der besitzenden Persönlichkeit erdrückt werden lasse“<sup>8</sup>.

---

2 Fallati, *Socialismus u. Communismus*, S. 291.

3 Ebd. S. 319. Auch hier berührte sich Fallati eng mit L. v. Stein. Vgl. zu dessen „Politisierung der Sozialkritik“ Pankoke, S. 75 ff.

4 *Socialismus u. Communismus*, S. 319.

5 Ebd. S. 306.

6 Ebd. S. 308 f.

7 Ebd. S. 313.

8 Ebd. S. 318.

Seine Gedanken fanden unter den württembergischen Liberalen der Revolutionszeit, denen er selbst angehörte, keinen Anklang<sup>9</sup>; eher sind analoge, aber theoretisch weit weniger präzise und reflektierte Ansätze bei den Demokraten zu finden. Auch sein Versuch, streng zwischen „Socialismus“ und „Communismus“ zu unterscheiden und eine ganze Palette von Zwischenbegriffen zu konstruieren, setzte sich nicht durch, wozu seine terminologischen Spitzfindigkeiten wohl wesentlich beigetragen haben<sup>10</sup>.

In der öffentlichen Diskussion, wie sie in der Tagespresse faßbar ist, fungierte „Communismus“ seit seiner gehäuften Verwendung im Jahre 1847 als entschiedener Kampfbegriff, unter dem eigentumsberaubende Güterteilung und politisch-gesellschaftliche Anarchie subsumiert wurden. Die Hungerkrawalle im Mai 1847 hatten für das gesamte württembergische Bürgertum „Communismus“ endgültig fest mit Eigentumszerstörung und Raub assoziiert<sup>11</sup> und den Begriff so stark emotionalisiert, daß er nur noch denunziatorisch verwendbar war.

„Socialismus“ hingegen war ein weit weniger festgelegter Begriff mit breitem Bedeutungsspektrum, das vielfältige Nuancen aufwies zwischen den extremen Polen des fast zu „Communismus“ synonymen Kampfbegriffs und des sachlich-neutralen Begriffs, der auf „Association“ bezogen war<sup>12</sup>. Als denunziatorischer Kampfbegriff trat er nur bei den Liberalen auf, und zwar meist dann, wenn sie ihn mit der Abwertung der republikanischen Staatsform koppelten. Der Begriff der Republik war im liberalen Verständnis so stark negativ aufgeladen, daß jede nähere inhaltliche Bestimmung nur einen pejorativen Sinn erhalten konnte<sup>13</sup>. Nur selten identifizierten sie „Socialismus“ und „Communismus“ völlig ohne nähere Zusätze<sup>14</sup>. In der Regel bezogen Liberale und Demokraten „Socialismus“ auf den Versuch, die infolge der Auflösung der obligatorischen ständischen Bindungen dekorporierte Gesellschaft durch freiwillige Assoziationen

<sup>9</sup> Seine Tätigkeit als Unterstaatssekretär im Reichshandelsministerium hinderte Falati am stärkeren Engagement in den württembergischen liberalen Organisationen. Nach dem Scheitern der Revolution zog er sich verbittert aus der Politik zurück, vgl. Bach, S. 65 f. S. auch o. S. 207.

<sup>10</sup> Er unterschied die folgenden Abstufungen: „reinen Communismus“, „socialistischen Communismus“, „communistischen Socialismus“, „reinen Socialismus“, „historischen Socialismus“, „socialistisch-historische Ökonomie“, „reine historische Ökonomie“.

<sup>11</sup> Vgl. vor allem Beob. Nr. 136 v. 19. Mai 1847; 291 v. 23. November; 333 v. 5. Dezember; WZ Nr. 146 v. 28. Dezember 1849; Beob. Nr. 22 v. 18. September 1852; PW Nr. 5 v. 29. Januar 1854; 14 v. 2. April 1854. Vgl. auch Kurz, Freies Wort, S. 182 ff.

<sup>12</sup> Boldts Behauptung, daß nach württembergischem Sprachgebrauch „ ‚Kommunismus‘ Gütergemeinschaft, ‚Sozialismus‘ Güterteilung“ (Volksvereine, S. 15 Anm. 42) bedeutete, ist unhaltbar. Vgl. zur Bedeutungsentwicklung allgemein Müller, Sozialismus. Zum Assoziationsaspekt vgl. dort S. 139 ff.

<sup>13</sup> Vgl. WZ Nr. 120 v. 27. November 1849 oder Chronik Nr. 176 II v. 27. Juni 1848: Fr. Römer bezeichnete die republikanischen Bestrebungen als sozialistisch „mit kommunistischer Richtung“. Vgl. auch o. S. 174.

<sup>14</sup> Vgl. WZ Nr. 98 v. 26. April 1851; PW Nr. 50 v. 11. Dezember 1853.

neu zu strukturieren. Neben völlig verschwommenen, gleichwohl von Angehörigen der württembergischen politischen Prominenz geäußerten Definitionsversuchen<sup>15</sup>, dominierte das Bestreben, unter dem Begriff Assoziationsformen zu verstehen, welche die negativen Auswirkungen der Befreiung von ständischen Zwängen auffangen sollten, ohne daß über die Formen selbst Klarheit herrschte. In den neuen Assoziationsformen sollte die Grundidee der Zunftverfassung, die als „Socialismus“ bezeichnet wurde<sup>16</sup>, aufgehoben und auf ein zeitgemäßes Niveau transformiert werden. Die Definition des Organs der Liberalen, daß Sozialismus „in einer organisierten Vereinigung von Geld- und Arbeitskräfte[n]“<sup>17</sup> bestehe, kann im allgemeinen als die *Communis opinio* der württembergischen Liberalen und Demokraten gelten, ohne daß sich aber diese Bedeutung völlig durchsetzte und über die Form dieser „Vereinigung“ Einigkeit oder auch nur klare Vorstellungen herrschten.

---

15 Der württembergische Landtags- und Nationalversammlungsabgeordnete Ferdinand Nägele schrieb in seiner Artikelserie „Ansichten eines zünftigen Handwerkers über Gewerbefreiheit und Zunftzwang“ (Beob. Nr. 119 ff. v. 1. Mai 1847 ff. Zitat: Nr. 121 v. 3. Mai, S. 482). Die Gewerbefreiheit werde „zum Socialismus führen, und sein Element ist die Liebe, die von der Kirche gepflegt werden muß“.

16 Vgl. Beob. Nr. 68 v. 11. März 1847.

17 WZ Nr. 146 v. 28. Dezember 1849; vgl. auch Beob. Nr. 69 v. 11. März 1847; WZ Nr. 14 v. 2. April 1854.

### 3. „Soziale Frage“ als „Arbeiterfrage“

Daß der Begriff „Socialismus“ in erster Linie auf Organisationsweisen des gewerblich-industriellen Bereichs bezogen wurde, deutet auf eine charakteristische Verengung des Bedeutungsfeldes der „sozialen Frage“ durch das gesamte württembergische Bürgertum. Hatte Fallati „sociale Frage“, „socialistische Politik“ und „Proletariat“ noch ganz auf die Fabrikarbeiterschaft gemünzt, so beschränkte die bürgerliche Öffentlichkeit in der Revolutions- und der nachrevolutionären Zeit die sozialpolitische Diskussion weitgehend auf die „Gewerbefrage“, die in der Tat von eminenter Bedeutung war, und erweiterte andererseits die Definition von „Proletariat“, so daß sie auch den unteren, proletaroiden Rand der bürgerlichen Sozialschichten einbezog. Zu den „Arbeitern“, so definierte ein Aufruf, gehören „diejenigen, welche für Fabrik- und Gewerbinhaber, als [auch] arme Handwerksmeister und andere, welche für eigene Rechnung arbeiten“<sup>1</sup>.

Fallati hatte im Vormärz noch an die öffentliche Meinung appelliert, Erkenntnisse aus sozialwissenschaftlichen Analysen in bewußte Sozialpolitik umzusetzen. Die Demokraten verkürzten diesen Ver-

---

1 Aufruf v. 7. April 1848, Chronik Nr. 99 v. 9. April; unterzeichnet auch von Fr. Römer und Gustav Duvernoy. Vgl. den Artikel „Sorge für die reisenden Handwerksgelesen“, Chronik Nr. 287 I v. 30. November 1849, in dem „Proletariat“ und „Handwerksgelesen“ synonym gebraucht wird.

such, durch umfassende Sozialreformen das Proletariat in die bürgerliche Gesellschaft auch ökonomisch zu integrieren, auf die rein politisch-rechtliche Integration über das Wahlrecht<sup>2</sup>. Die Liberalen lehnten hingegen aus Furcht vor der politischen Kraft der nicht nur rechtlich, sondern über das Wahlrecht auch politisch gleichberechtigten unterbürgerlichen Schichten selbst diese Minimalintegration ab<sup>3</sup>. Sie griffen auf die traditionelle Konzeption der Armenfürsorge zurück. Verschreckt durch die tumultuarischen Szenen, die Anfang April 1848 mit dem Auftreten von Arbeitern in bürgerlichen Versammlungen verbunden waren<sup>4</sup>, regten Liberal-Konstitutionelle zur Unterstützung „brodloser Arbeiter“ eine Sammlung von Geldern an, die durch einen drittelparitätisch besetzten Ausschuß (Staat, Gewerbe und Arbeiter) verteilt werden sollten. „Bei solchem Entgegenkommen von seiten der Wohlhabenden [das der ‚Trieb der Selbsterhaltung gebietet‘] ist zu erwarten, daß auch die Arbeiter in dankbarer Anerkennung der Unterstützung an ihrem Teile für Erhaltung der gesetzlichen Ordnung bedacht sind<sup>5</sup>.“ Über diese traditionelle Armenfürsorge gingen die Liberalen in der Revolutionszeit nicht hinaus. Auch Fallati tat innerhalb der württembergischen Vereine nichts, um diese von ihm selbst in seinen vorrevolutionären Analysen als unzureichend konstatierten althergebrachten Maßnahmen zur Linderung akuter Not zeitgemäß zu ergänzen<sup>6</sup>. Auf Grund des Versuchs, das Proletariat in das Wahlrecht einzubeziehen, war die soziale Frage zur Verfassungsfrage geworden<sup>7</sup>. Sie hatte damit eine Dimension angenommen, die im Vormärz noch nicht sichtbar war. Das mag das Zurückweichen eines Mannes wie Fallati von seinen eigenen sozialpolitischen Entwürfen aus dem Vormärz erklären.

Die Forderungen von Arbeitern nach politischer Emanzipation über das Wahlrecht und ihr Engagement für die Republik hatten „Sozialpolitik“, die über Arbeitsbeschaffungsprogramme und Armenpolizei hinausging, im Verständnis der Liberalen mit dem Odium der Revolution belastet und damit diskreditiert. Die Arbeitervereine gerieten schließlich bei den Liberalen insgesamt in Mißkredit, als Vereine, die außerhalb des bürgerlichen Vereinswesens standen und ganz oder überwie-

---

2 Zur demokratischen Wahlrechtspolitik vgl. o. S. 133 f.

3 Vgl. Kap. B V, 3.

4 Vgl. o. S. 154.

5 Aufruf v. 7. April (Anm. 1). Vgl. auch das Programm des Stuttgarter Hauptausschusses (Chronik Nr. 147 I v. 27. Mai 1848) und Fr. Römers „Offene Erklärung“, in der er u. a. zu einer „festen Verbindung [„der gesetzlich gesinnten Bürger“] unter sich und mit denjenigen Arbeitern, denen es um Arbeit zu tun ist“, aufforderte, Chronik Nr. 176 II v. 27. Juni 1848. Hervorhebung im Original.

6 Vgl. sein Tagebuch, hrsg. von Klüpfel. Fallati war zudem so stark in Frankfurt engagiert (vgl. Anm. 9 S. 205), daß sein Kontakt zu den Gesinnungsfreunden darunter litt. Sein Votum für die Anerkennung des Malmöer Waffenstillstands isolierte ihn ebenfalls.

7 Vgl. zu dieser Verklammerung von sozialer Frage und Verfassungsfrage in Preußen Koselleck, Reform, insbes. S. 619 u. ö.

gend vom Handwerkerproletariat getragen waren, sich nicht auf Selbsthilfe beschränkten, sondern politisch wurden<sup>8</sup>.

Auch die Demokraten standen den politisch-sozialen Emanzipationsbestrebungen des Proletariats mit Mißtrauen gegenüber. Sie erkannten zwar, daß die „Lösung der politischen Fragen“ den Bedürfnissen der Zeit nicht mehr genügte und ließen mit der Aufgabe zu „umfassenden *socialen* Reformen“<sup>9</sup> eine neue Epoche in der Geschichte des Liberalismus beginnen. Sie lenkten aber ein, als das Auftreten von Arbeitern in bürgerlichen Versammlungen ihre eigenen Anhänger verschreckte<sup>10</sup>. Zudem begriffen sie „sociale Reform“ vor allem als Aufgabe zur Reform des Gewerbewesens, wie sie auch die „soziale Frage“ auf die „Gewerbebefrage“ verengten<sup>11</sup>. Sie regten unpolitische Arbeitervereine an, die mit staatlicher Unterstützung aus eigener Kraft die „Verbesserung der sittlichen und materiellen Lage der Arbeiter“<sup>12</sup> betreiben sollten. Neben solchen „Linderungsmitteln“ propagierten sie als „einzige radikale Hilfe“ den Vorschlag einer „massenhaften, brüderlich ausgestatteten Auswanderung“<sup>13</sup>.

Erst als mit dem Verbot des demokratischen Kreisvereins im Juli 1848 die stark vom Proletariat getragene republikanische Konkurrenzorganisation ausgeschaltet war<sup>14</sup> und die Arbeitervereine sich auf gewerkschaftliche Forderungen konzentrierten<sup>15</sup>, suchten die Demokraten nähere organisatorische Verbindung zu ihnen. Der Stuttgarter Volksverein beschloß im Februar 1849 den Landesausschuß zu beauftragen, eine Verbindung mit dem Zentralausschuß der Arbeitervereine Württembergs anzubahnen. Der Volksverein unterstützte zudem durch Erklärungen die politischen Emanzipationsbestrebungen der Arbeiter und ihre Versuche, „mit allen ordentlichen Mitteln die Hebung der geistigen und sittlichen Bildung ihres Standes zu fördern“<sup>16</sup>. Dieser Ansatz zu einer organisatorischen Zusammenarbeit der Spitzengremien wurde aber nicht zu dem Versuch ausgeweitet, die Arbeitervereine in das politische Vereinswesen des demokratischen Bürgertums zu integrieren, indem man sich ihre politischen und

---

8 S. o. S. 161 zum demokratischen Kreisverein in Stuttgart, der sich überwiegend aus dem Handwerkerproletariat rekrutierte. Balsler (1, S. 377 f.) geht auf die revolutionäre Anfangsphase der Arbeitervereine nur sehr knapp und unzureichend ein (vgl. o. S. 21). Ihre Arbeit setzt im wesentlichen mit der 1. Generalversammlung der württembergischen Arbeitervereine März 1849 ein.

9 Beob. Nr. 28 v. 30. Januar 1848. Hervorhebung im Original. Vgl. u. S. 132.

10 Vgl. o. S. 155 ff.

11 Dazu Kap. B VII, 4.

12 Beob. Nr. 117 v. 3. Juli 1848 „Zur Arbeiterfrage“. Neuloh (Sozialpolitik, S. 76 f.) spricht von „drei Stufen der Sozialpolitik im Industriesystem“: der karitativen, sekurativen und assoziativen. Er versteht sie als zeitlich aufeinanderfolgende Stufen. Vor allem die erste und die dritte Stufe sind aber für das 19. Jahrhundert als gleichzeitig und z. T. konkurrierend anzusehen.

13 Ebd. Ähnlich der Aufruf in Chronik Nr. 287 I v. 30. November 1849.

14 Vgl. o. Anm. 8.

15 Dazu detailliert Balsler, Bd. 1 S. 377 ff.

16 Beob. Nr. 35 v. 10. Februar 1849.

sozialen Forderungen völlig zu eigen gemacht hätte. Die Demokraten reduzierten letztlich die angestrebten Reformen zugunsten der unterbürgerlichen Schichten auf die Ausdehnung des Wahlrechts und überließen die Aufgabe zur sozialen Reform, soweit sie das Proletariat betraf, der Selbsthilfe über Assoziationen. Aktive staatliche Sozialpolitik war für sie Gewerbepolitik, unterhalb dieser Ebene sahen sie nur die Möglichkeit der Selbsthilfe. Staatliche Eingriffe zum Zwecke von Kapitalbildung in den Händen der Arbeiter, wie sie Kurz noch 1845 empfohlen hatte<sup>17</sup>, wurden nicht einmal erwogen.

Als Friedrich Harkort in seinem „Brief an die Arbeiter“<sup>18</sup> diese vor der Anwendung revolutionärer Mittel warnte und auf den Weg des sozialen Aufstiegs durch Leistung, „wenn Ihr Euch tüchtig macht und es Gottes Wille ist“<sup>19</sup>, wies, polemisierte der „Beobachter“ gegen Harkort. Das demokratische Oppositionsorgan zeigte dabei durchaus ideologiekritische Ansätze, die geeignet schienen, seine bisherige Fixierung auf die rein politische Emanzipation der Unterschichten zu durchbrechen. Doch letztlich war auch hier die Polemik nicht eigentlich sozialpolitisch motiviert. Harkort hatte aufgefördert, „Männer von gemäßiger Gesinnung, so die Freiheit wollen, gesichert durch gesetzliche Schranken nach unten und oben“<sup>20</sup>, zu unterstützen — deshalb hatte der „Merkur“ den Aufruf für die Liberalen veröffentlicht und deshalb polemisierte der „Beobachter“ im Namen der Demokraten dagegen. Während die Liberalen mit dem Aufruf die Entpolitisierungstendenzen in den Arbeitervereinen stärken wollten, versuchten die Demokraten sie zur parteipolitischen Mitarbeit zu gewinnen, ohne aber auf ihre sozialpolitischen Forderungen konkret einzugehen.

Beide Zielsetzungen — politische Aktivität oder Abstinenz — waren auch innerhalb der Arbeitervereine vertreten. Im Juni 1849 überwog noch ihre Bereitschaft zum politischen Engagement bis hin zur revolutionären Unterstützung Badens. Von den ca. 870—880 Württembergern, die nach Baden zogen, stellten Handwerker gesellen die große Mehrzahl<sup>21</sup>. Die Arbeitervereine waren deshalb nach den

<sup>17</sup> Er empfahl, daß Nationalökonom den Gewinnanteil berechnen sollten, der den Arbeitern gebühre. Die Wissenschaftler sollten auch den Verteilungsmodus bestimmen, vgl. „Freies Wort“, S. 178. Das Parlament hätte dann die Aufgabe gehabt, die Vorschläge der Wissenschaftler zu legalisieren (S. 180 f.).

<sup>18</sup> Der Brief von Ende Mai 1849 ist abgedruckt bei Jantke/Hilger, S. 390—393. Er wurde in der Beilage zum „Merkur“ Nr. 175 v. Juli 1849 in Württemberg verbreitet. Der Gegenartikel „Auch ‚an die Arbeiter und Arbeitervereine‘ aber nicht bloß in Württemberg“ (Beob. Nr. 187 v. 28. Juli 1849, Beilage) ist gezeichnet „Rör“, wohl: Rödingen, ein führender Demokrat.

<sup>19</sup> Bei Jantke/Hilger, S. 391.

<sup>20</sup> Ebd. S. 393.

<sup>21</sup> Von 406 Teilnehmern sind die Berufe bekannt: 82% Handwerks gesellen, 0,7% Fabrikarbeiter, 4% Bauern, 3% Knechte und Tagelöhner, 5% Studenten, 1,7% Schreiber und Lehrer. Der Prozentsatz der Akademiker war aber höher, da sie zum größeren Teil in die Schweiz geflohen und nicht in den obigen Zahlen enthalten sind. Vgl. dazu und zu den Zahlen Peter Müller, S. 252 f. Von den 32 Württembergern, die im Gefecht von Dossenbach (27. April 1848) gefangengenommen wurden, waren fast 90% Handwerker (HSTAS E 9 Bü 116). Ob es sich um Gesellen handelte, ist nicht zu erkennen.

badischen Kämpfen personell stark dezimiert<sup>22</sup>. Das erleichterte den Umschwung der Vereinspolitik, die sich nun auf gewerkschaftliche Zielsetzungen konzentrierte und politische weitgehend ausklammerte. Die Generalversammlung der Arbeitervereine vom 23. September 1849 in Reutlingen beschloß als Organisation „über die Politik wegzugehen“<sup>23</sup>, stellte aber den Mitgliedern die Teilnahme an politischen Vereinen frei. Damit hatte sich jene Richtung durchgesetzt, die politische und soziale Reformen trennen wollte, um wenigstens noch sozialreformerisch wirken zu können. Die Propagierung gewerkschaftlicher Ziele war aber kein grundsätzlicher Verzicht auf politische Aktivität, sondern eher ein resignierter Rückzug aus dem politischen Bereich, dessen Reformierung man als gescheitert ansah. Bernhard Schifterling, der Schriftführer des Ulmer Arbeitervereins und des Zentralausschusses<sup>24</sup>, begründete diesen Rückzug in die Gewerkschaftspolitik kurz vor der Reutlinger Generalversammlung in einem großen Resümee, das die Revolutionszeit zutreffend charakterisierte<sup>25</sup>: „Zwei große Fragen traten in den Jahren 1848 und 1849 mit gebietender Gewalt in den Vordergrund: die politische und die soziale. Für die Lösung der politischen Frage war es meines Erachtens ein Unglück, daß die soziale so eng in dieselbe hineingeschoben, ja oft mit ihr zusammengeworfen wurde. *Denn an der Furcht vor einer sozialen Umwälzung scheiterte die politische Umwandlung Deutschlands ins Bessere.*“ Er fuhr dann fort: „Aber mag es nun mit der Entscheidung der politischen Frage beschaffen sein, wie es will, an der Lösung der sozialen fortzuarbeiten, dürft Ihr nicht versäumen, ja, je gewisser die politische Revolution beendet zu sein scheint, um so mehr müßt, um so ruhiger könnt Ihr nun die Tätigkeit Eures Geistes ausschließlich der sozialen Reform zuwenden. Die politische Frage konnte nur mit dem Schwert gelöst werden, und sie ist auch mit dieser Waffe entschieden worden. Die soziale Frage dagegen kann ihre Erledigung nur in langsamer, *friedlich* fortschreitender Entwicklung und Reformierung der gesellschaftlichen Verhältnisse finden und auf diesem Wege müssen nun die Arbeiter, in Vereinen zu einheitlichem Streben zusammengeschlossen, kräftig fortwirken.“

Dieser Rückzug in die gewerkschaftliche Sozialpolitik neutralisierte die Arbeitervereine als Organisation parteipolitisch. Letztlich korrespondierte das mit den Intentionen des gesamten politisch aktiven Bürgertums. Denn obwohl die Demokraten im Gegensatz zu den Liberalen die politischen Emanzipationsforderungen der Unterschichten unterstützten, standen doch auch sie den sozialpolitischen Forde-

22 Vgl. Balsler (Bd. 1, S. 390) und die Resolution der Reutlinger Generalversammlung der Arbeitervereine vom 23. September 1849 (Beilage z. Beob. Nr. 242 v. 28. September): die badische Bewegung habe den württembergischen „Vereinen die besten Kräfte entzogen“.

23 Ebd.; zur Versammlung ausführlich Balsler, Bd. 1, S. 393 ff.

24 Vgl. zu ihm Balsler, Bd. 2, S. 655, Anhang Nr. 26, Punkt 5.

25 In Beilage z. Beob. Nr. 236 v. 21. September 1849. Hervorhebung im Original. Balsler erwähnt dieses Resümee nicht.

rungen weitgehend verständnislos oder mißtrauisch gegenüber. Sie waren so sehr auf den im engeren Sinne politischen Bereich fixiert, daß es ihren Vorstellungen entgegenkam, als sich die unterbürgerliche Emanzipationsbewegung spaltete in eine politische, die nur noch über die individuelle Mitarbeit in den demokratischen Vereinen organisatorisch wirken konnte, und eine sozialpolitisch-gewerkschaftliche Richtung, die sich getrennt davon in den Arbeitervereinen organisierte. Die Demokraten hatten nie den Versuch gemacht, die vornehmlich vom Handwerkerproletariat getragene unterbürgerliche Emanzipationsbewegung als Ganzes in die bürgerlich-demokratische zu integrieren, sondern immer nur insoweit, als sie im Sinne der demokratischen Politik nutzbar zu machen war. Allerdings erwarteten sie von der vollen politischen Gleichberechtigung der Arbeiter als unaufhaltsame Folgeerscheinung nicht näher definierte soziale Reformen<sup>26</sup>.

Für die Liberalen waren die politischen Aktivitäten der organisierten Arbeiter auf Grund ihrer republikanischen Ambitionen von vornherein als sozialrevolutionär diskreditiert. Die Demokraten hingegen hatten auf den Versuch, die politische Kraft der politisch bewußten und aktiven Unterschichten voll in die demokratische Bewegung zu integrieren, verzichtet zugunsten des Versuchs, das Bürgertum von seinem monarchisch-konstitutionellen bis zum republikanischen Flügel parteipolitisch zu vereinen<sup>27</sup>. Dieser Versuch mißlang und verhinderte zugleich das Entstehen einer bürgerlich-demokratischen und proletarischen Organisations- und Aktionseinheit.

<sup>26</sup> Vgl. Beob. Nr. 50 v. 28. Februar 1849.

<sup>27</sup> Vgl. dazu o. S. 134 ff. Friedrich Payer, die Führungspersönlichkeit der Volkspartei im Kaiserreich, kritisierte im Rückblick auf die 1848er Bewegung die unzureichende „Stellungnahme zu den sozialen Fragen in unserem Sinne, vor allem die Arbeiterfrage“. (Vor 50 Jahren, S. 8.)

#### 4. „Soziale Frage“ als Gewerbebefrage

Die schwere Wirtschaftskrise, unter der Württemberg von 1846/47 bis 1854/55 litt, war nicht zuletzt mitbedingt durch die akute Übergangskrise, in der sich der Gewerbesektor befand<sup>1</sup>. Die industrielle Konkurrenz zwang die Gewerbe, in verstärktem Maße unrentable Meister- und Gesellenstellen auszuschneiden, ohne daß aber der Industrialisierungsprozeß bereits in ausreichender Zahl neue Stellen geschaffen hätte. Die große Mehrzahl der Handwerker sah in der Industrialisierung eine Gefahr, die ihre Existenzgrundlage zu vernichten schien. Nur eine Minderheit erkannte, daß die Gewerbe ausschließlich mit dem Aufschwung der Industrie, nicht gegen ihn, gesunden konnten. 1852 stellten Meister und Gesellen immerhin ca. 21% der männlichen Bevölkerung über 14 Jahre<sup>2</sup>; es ist deshalb verständlich,

<sup>1</sup> Vgl. Kap. A I, 2 f.

<sup>2</sup> Vgl. o. S. 55.

daß ein großer Teil der Bevölkerung in der Gewerbebefragung das Kardinalproblem sah, vor dem alle anderen Fragen zurücktreten mußten. Die Gewerbebefragung begann um so stärker die politischen Probleme zu überlagern, je mehr abzusehen war, daß die politischen Reformen der Revolutionszeit die wirtschaftliche Misere nicht beheben konnten. Als schließlich immer deutlicher zu erkennen war, daß die politisch bedingten Unruhen die Wirtschaftskrise noch zusätzlich verschärften<sup>3</sup>, begannen breite Kreise der Handwerkerschaft aus der politischen Bewegung auszuscheren<sup>4</sup>. Das zwang Liberale und Demokraten, sich verstärkt wirtschaftlich-sozialen Problemen zuzuwenden, um nicht den Rückhalt in der Bevölkerung zu verlieren. Vor diesem Hintergrund ist zu verstehen, daß die „soziale Frage“ vom gesamten württembergischen Bürgertum weitgehend auf die Gewerbebefragung verengt wurde.

Bereits 1847 hatte der „Beobachter“ die „soziale Frage“ als Aufgabe definiert, den Kleinbürger in der sich ausbildenden Industriegesellschaft abzusichern. Er empfahl zunftartige Assoziationen als Ersatz für eine volle Restauration des Zunftwesens<sup>5</sup>. Das Oppositionsorgan hatte damit — ohne genauere Vorstellung über konkrete Einzelheiten zu besitzen — einen Mittelweg propagiert zwischen den beiden Extremen einer vollen Restauration der Zunftverfassung und dem Übergang zur ungezügelter marktrationalen Selbstregulierung durch Einführung der vollen Gewerbefreiheit. Die Diskussion schwankte zwischen diesen Polen in beiden parteipolitischen Lagern des Bürgertums, vollzog sich z. T. außerhalb der politischen Bewegung des Bürgertums und lähmte sie z. T. sogar, da große Teile des Kleinbürgertums gegen die starke Fixierung der Demokraten und der Liberalen auf den politischen Bereich polemisierten<sup>6</sup>.

Mit seiner Denkschrift über den „Zustand des Landes, wie er war, wie er ist und wie er sein sollte“ stimulierte Anfang 1847 der spätere radikale Republikaner G. Rau die nun nicht mehr verstummende Diskussion über die krisenhafte sozioökonomische Entwicklung Württembergs. Er vertrat in seiner Denkschrift, die als Artikelserie im „Beobachter“<sup>7</sup> erschien, Einsichten und Forderungen, die sich mit denen des liberalen Besitzbürgertums weitgehend deckten, von großen Teilen des Kleinbürgertums, das er neben den Arbeitern politisch vornehmlich zu gewinnen suchte, aber abgelehnt wurden. Die „Hebung der Produktivkräfte“ durch Industrialisierung bezeichnete er als die

---

3 Vgl. o. S. 63 f.

4 Vgl. o. S. 141.

5 Vgl. o. S. 87 f.

6 Vgl. o. S. 141 und das Folgende.

7 Beob. Nr. 29, 32, 34 v. 30. Januar, 2. Februar, 4. Februar 1847. Vgl. zur zeitgenössischen Diskussion der 1840er Jahre über die Gewerbebefragung: Jung, Gewerbliche Verhältnisse; Varnbüler, Gewerbegesetzgebung; [Anonym], Zunftzwang oder Gewerbefreiheit; Schübler, Not der Handwerker. Vgl. auch Köhler, Gewerbegesetzgebung, S. 212 ff.

„größte nationale Sache“<sup>8</sup>. Um die industrielle Entwicklung zu stimulieren und die allgemeine Kreditnot zu beheben<sup>9</sup>, verlangte er die Errichtung einer Landesbank — eine Forderung, die man bis zu ihrer Erfüllung 1869/71 ständig wieder erhob, über deren Realisierung aber höchst kontroverse und polemische Diskussionen in der Öffentlichkeit ausgetragen wurden<sup>10</sup>. Daneben verlangte Rau vor allem billige staatliche Kredite, staatliche Export- und Gewerbeförderung und zur besseren administrativen Organisation ein Handelsministerium<sup>11</sup>. Wenngleich der sozialpolitisch engagierte, republikanische Fabrikant die Zunftfrage nicht berührte, war doch unverkennbar, daß er zur Lösung der Krise eine Restauration des Zunftwesens im Gegensatz zu vielen Gewerbetreibenden ablehnte. Diese Haltung wird die Position der mit seinem Namen verbundenen republikanischen Organisation wesentlich geschwächt haben, die mit den liberal-demokratischen Vereinen um die Gunst der kleinen Gewerbetreibenden konkurrierte<sup>12</sup>.

Wie unklar in der vorrevolutionären Zeit die Vorstellungen selbst auf seiten jener waren, die nicht die Rückkehr zur alten Zunftverfassung forderten, belegt die öffentliche Diskussion in der Tagespresse. Als Mittelposition kristallisierte sich der Versuch heraus, neue zeitgemäße Formen von sektoral zwar erweiterten, aber zunftartig abgeschlossenen Gewerbezusammenschlüssen (Assoziationen) zu schaffen<sup>13</sup>. Das beabsichtigte letztlich nicht mehr, als das Zunftwesen mit der neuen Wirtschaftsstruktur zu versöhnen, ohne auf seine — ehemals — existenzsichernde Funktion zu verzichten. Am weitesten ging der angesehene demokratische Landtags-, dann auch Nationalversammlungsabgeordnete Nägele in seiner Artikelserie „Ansichten eines zünftigen Handwerkers über Gewerbefreiheit und Zunftzwang“<sup>14</sup>. Er verwarf die zünftlerischen Relikte der bestehenden Gewerbeordnung<sup>15</sup> entschieden, da sie weder die ausländische noch die inländische Konkurrenz eindämme. Nach seinen Vorschlägen hatten an die Stelle des „schutzlosen Zunftzwangs“<sup>16</sup> freiwillige Assoziationen zu treten, zu denen grundsätzlich keine zünftlerischen Zugangsbeschränkungen bestehen sollten. Sie waren als rein korporative Selbstverwaltungsgremien konzipiert, denen vom Staat gewisse Aufgaben und Rechte wie etwa die Abnahme der Lehrabschlußprüfungen übertragen werden sollten. Ihre Hauptaufgabe sah Nägele darin, die

<sup>8</sup> Beob. Nr. 34 v. 4. Februar. Beide Zitate im Original gesperrt.

<sup>9</sup> Vgl. o. S. 54.

<sup>10</sup> Vgl. Loewenstein.

<sup>11</sup> In Nr. 34 resümierte er seine Vorschläge, zu denen auch die innere Kolonisation „großer Ödungen“ und durch Rodungen gehörte.

<sup>12</sup> Vgl. o. S. 161.

<sup>13</sup> Vgl. Beob. Nr. 69 v. 11. März 1847 „Die Organisation der Gewerbe“.

<sup>14</sup> Beob. Nr. 97 v. 9. April und 119—122 v. 1. Mai bis 4. Mai 1847.

<sup>15</sup> Vgl. zur Gewerbeordnung o. S. 40.

<sup>16</sup> Beob. Nr. 121 v. 3. Mai 1847.

Rezeption fabrikmäßiger Produktionsweisen — er dachte in erster Linie an Spezialisierung — durch die Handwerksbetriebe anzuregen und zu erleichtern, um gegenüber dem „mit Dampfkraft andringenden Feind auf die Länge“<sup>17</sup> konkurrenzfähig zu bleiben. Er nahm mit diesem Bild das in Gewerbekreisen weitverbreitete Vorurteil auf von der für die Handwerker ruinösen Fabrikkonkurrenz. Gleichzeitig versuchte er aber dieses Vorurteil zu widerlegen, indem er betonte, daß nur stärkere Industrialisierung den Gewerben eine ausreichende Beschäftigungsgrundlage bieten könne. Wie der republikanische Fabrikant Rau verlangte auch der demokratische Handwerksmeister Nägele staatliche Hilfen. Vor allem aber wollte Nägele die Armenfürsorge und, damit verquickt, das Bürgerrecht neu geordnet sehen. Mit seiner Forderung, die Armenfürsorge zu verstaatlichen, griff er das Problem der mit arbeitslosen Existenzen überschwemmten Gemeinden auf, die den Zuzug von proletaroiden „Selbständigen“, die der gemeindlichen Armenfürsorge anheimfielen, nur unzureichend verhindern konnten<sup>18</sup>. Bis zur Übernahme des Armenwesens durch den Staat hielt auch Nägele deshalb eine Verstärkung der kommunalen Rechte bei der Bürgerrechtsverleihung für dringend erforderlich. Er berührte hier einen wunden Punkt der Übergangsphase von der ständisch verfaßten zur industriellen Gesellschaft, in der zwar die ständischen Fesseln bereits fielen, aber an die Stelle der schützenden ständischen Sozialbindung noch keine staatliche Sozialpolitik getreten war.

Daß selbst ein so engagierter Demokrat wie Nägele den Gemeinden größere Rechte bei der Bürgerrechtsverleihung einräumen wollte, deutet an, welch starke sozial-restaurativen Tendenzen im kleinbürgerlichen Anhang der Demokraten vorhanden waren. Denn die vielen Adressen der Revolutionsjahre zeigen<sup>19</sup>, daß die Gemeinden beabsichtigten, ihre Rechte restriktiv zu nutzen. Sie wollten den Gemeindefiskus von den Geldern für die Armenfürsorge möglichst entlasten. Zugleich sollte eine beschränkte Verleihung des Bürgerrechts die einheimischen Gewerbetreibenden vor zusätzlicher Konkurrenz schützen, da nur Gemeindebürger das Recht hatten, ein Gewerbe auszuüben. Auch das Heiratsrecht war mit dem Gemeindebürgerrecht verbunden. Ein Zeitgenosse konnte deshalb nicht zu Unrecht, wenn auch überspitzt, schreiben: Das Heiratsrecht „bildet gewissermaßen die württembergische soziale Frage“<sup>20</sup>.

---

17 Beob. Nr. 119 v. 1. Mai 1847.

18 Vgl. dazu die zeitgenössische Schrift des Rechtsanwalts Schübler (1851) (vor allem S. 10), aus der die in der öffentlichen Diskussion vorherrschenden Argumente gut zu ersehen sind.

19 Vgl. o. S. 127 ff.

20 Bitzer, Verehelichungsrecht, 1848, S. 69; vgl. ders., Recht auf Armenunterstützung, 1863. Dr. Friedrich von Bitzer (1816—1885) war hoher württ. Staatsbeamter; 1871 berief man ihn in den Geheimen Rat, 1876 zum Präsidenten des Evang. Konsistoriums; Landtagsabgeordneter von 1874—1885.

Die von Rau und Nägele vorgelegten Vorschläge zur wirtschaftlichen Förderung des Landes, die alle anderen Anregungen an Umfang und Detailliertheit übertrafen, wurden in den zahlreichen Adressen Anfang 1848<sup>21</sup> aufgenommen und z. T. in charakteristischer Weise modifiziert. Die nicht-kontroversen Forderungen, wie die nach staatlicher Hilfe, etwa durch Organisation der Auswanderung, der Errichtung einer Landesbank oder durch die Verstaatlichung der Armenfürsorge, präziserte man, während die Notwendigkeit, die Gewerbeordnung zu revidieren, nur vage umschrieben wurde, ohne daß man das Problem der Zunftverfassung explizit erwähnte<sup>22</sup>. Weder die Liberalen noch die Demokraten versuchten ernsthaft, in der Diskussion um die Gewerbebefragung meinungsbildend zu wirken. Sie nahmen vielmehr die ungeklärten Vorstellungen auf, wie sie sich in Adressen, Eingaben, Zuschriften u. ä. artikulierten, und blieben selbst in ihren Erklärungen unbestimmt<sup>23</sup>. Oder aber sie radikalisierten ihre Forderungen, ohne sie zu präzisieren, indem sie pauschal gegen die Gefahr der Herrschaft des Bourgeois polemisierten<sup>24</sup>.

Die Anfang April 1848 in der öffentlichen Diskussion dominierende „Arbeiterfrage“<sup>25</sup> hatte die vorher so intensiv erörterte Gewerbebefragung völlig überlagert und aus dem Bereich der in der Tagespresse faßbaren Öffentlichkeit weitgehend verdrängt. Doch als die Demokraten, noch im April, von ihrer ursprünglichen Unterstützung der Arbeiterforderungen abzurücken begannen, trat die Gewerbebefragung wieder in den Vordergrund der Diskussion und wurde als *die* „soziale Frage“ überhaupt von Liberalen und Demokraten begriffen<sup>26</sup>.

Obleich beide politischen Richtungen des Bürgertums die staatliche Förderung von Gewerbe und Handel in einer Vielzahl von Adressen, Petitionen und öffentlichen Erklärungen verlangten<sup>27</sup> und die wirtschaftspolitischen Forderungen gegenüber den politischen

21 Vgl. Anm. 19 u. 27.

22 Vgl. vor allem Beob. Nr. 51 v. 22. Februar 1848.

23 Vgl. etwa die Regierungserklärung (Chronik Nr. 71 v. 1. März 1848), die vage sprach von „Hebung der Gewerbe und Schutz der Arbeit durch hiezu geeignete Maßregeln“, oder vgl. Notters Rede (Beil. z. Beob. Nr. 29 v. 31. März 1848, auch bei Grube, Notter, S. 260—263) oder die Erklärung des vaterländischen Vereins Gmünd (Chronik Nr. 113 v. 23. April 1848).

24 Vgl. Beob. Nr. 36 v. 7. April 1848.

25 Vgl. zu den Aprilvorgängen o. S. 153 f.

26 Bezeichnenderweise behandelte der „Beob.“ bereits am 20. April, Nr. 48, unter dem Titel „Zur Arbeiterfrage“ vornehmlich die Gewerbebefragung und nur ganz am Rande die „Arbeiterfrage“, die mit dem vom Ausland importierten „Radikalismus, Kommunismus und Socialismus“ verbunden wurde. Vgl. Kap. B VII, 2.

27 Vgl. etwa Chronik Nr. 113 v. 23. April 1848 (Adresse des Böblinger Bürgervereins und Sindelfinger Bürger); Beob. Nr. 70 v. 15. Mai („Zur Handels- u. Gewerbebefragung“); Nr. 81 v. 25. Mai; Chronik Nr. 148 II v. 28. Mai (Adresse an die Nationalversammlung, initiiert vom Stuttgarter Hauptverein); Nr. 163 II v. 14. Juni (Adresse einer Anzahl von Landtagsabgeordneten an die württembergische Regierung und deren Antwort); Nr. 175 v. 26. Juni (Adresse an die Nationalversammlung betr. Schutz der heimischen Arbeit, ca. 12 000 Unterschriften); Nr. 195 I v. 16. Juli („Ansprache“ des Stuttgarter Hauptausschusses); Nr. 201 I v. 23. Juli; Nr. 204 I v. 27. Juli 1848.

stark in den Vordergrund traten, gelang es weder den Liberalen noch den Demokraten, die zünftlerisch-restaurativen Forderungen von Handwerkervereinen parteipolitisch zu kanalisieren<sup>28</sup>. Demokratische und liberale Vereine verlangten in Adressen an die Nationalversammlung höhere Schutzzölle gegenüber dem Ausland<sup>29</sup> und trafen sich darin mit den Erwartungen gewerblicher Organisationen<sup>30</sup>. Doch dieser kleinste gemeinsame Nenner der wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen bei politischen und gewerblichen Organisationen des Bürgertums reichte nicht aus, um die Spaltung der bürgerlichen Bewegung in eine politisch und eine wirtschaftlich motivierte zu verhindern und um die aus beiden Bewegungen ausscherenden Handwerkervereine zu binden.

Auch in den gewerblichen Organisationen herrschten auf Grund der unterschiedlichen Interessenlage der Mitglieder keine einheitlichen Vorstellungen. Die Handwerker begannen deshalb seit der zweiten Hälfte des Jahres 1848, sich immer stärker getrennt zu organisieren, da sie ihre zünftlerisch-restaurativen Forderungen innerhalb der allgemeinen Gewerbevereine nicht durchsetzen konnten<sup>31</sup>. Beide Richtungen des Wirtschaftsbürgertums stimmten aber überein im Verlangen nach unbedingter Priorität des wirtschaftlichen gegenüber dem politischen Bereich.

Das starke wirtschaftspolitische Engagement trug den Keim zur Entpolitisierung des Bürgertums in sich, der sich allerdings erst in der Reaktionszeit voll entfaltete<sup>32</sup>. Der Tendenz zur Entpolitisierung konnten sich auch die politischen Vereine nicht völlig entziehen. So räumte der liberale Hauptverein im Juli 1848 in einer öffentlichen Erklärung ein, „Millionen sind es, die von der politischen Wiedergeburt Deutschlands hauptsächlich eine Erleichterung ihrer gedrückten

---

28 Der Stuttgarter liberale Hauptverein schloß sich dem „Verein zum Schutz deutscher Arbeit“ in Frankfurt an, forderte die übrigen liberalen Vereine zum gleichen Schritt und den demokratischen Volksverein zur Zusammenarbeit auf (Chronik Nr. 313 I v. 1. Dezember, 314 II v. 21. Februar 1848). Obgleich beide Vereine Adressen zum Schutz der deutschen Arbeit an die Nationalversammlung richteten und sich dabei gegenseitig verständigten, kam es nicht zu einer engeren und dauerhaften Zusammenarbeit, da die Kontroverse um den Zentralmärzverein zur gleichen Zeit die Vereine trennte (vgl. Chronik Nr. 324 I v. 14. Dezember u. Nr. 325 I v. 15. Dezember 1848 u. o. S. 139, 189). Ferd. Steinbeis, von dessen Wirken die württembergische Zentralstelle für Gewerbe und Handel vor allem getragen wurde, leitete den „Verein zum Schutz deutscher Arbeit“ als geschäftsführender Vizepräsident, wofür ihn die württembergische Regierung für fünf Monate nach Frankfurt beurlaubt hatte, vgl. Siebertz, S. 135. Das Württ. Gewerbeblatt warb mehrfach für die Beteiligung an diesem Verein.

29 Vgl. Chronik Nr. 324 I v. 14. Dezember, 325 I v. 15. Dezember 1848; u. Anm. 28.

30 Vgl. Chronik Nr. 321 I v. 10. Dezember, 327 I v. 17. Dezember 1848, 20 II v. 24. Januar 1849.

31 Vgl. vor allem die Adresse der Stuttgarter Privathandelskammer v. 18. Januar 1849 (Chronik Nr. 20 II v. 24. Januar 1849); Rechenschaftsbericht des Reutlinger Gewerbevereins für 1848 (W. Gewerbeblatt 1849, S. 23); Ammermüller: „Über die Stellung der gewerblichen Vereine: der Handwerker-, Handels-, Fabrikanten- und Gewerbevereine zueinander“ (ebd. 1848).

32 Vgl. dazu Kap. C I.

Lage, Wegräumung der Hemmungen ihrer Erwerbsquellen oder Eröffnung von neuen erwarten“<sup>33</sup>. Der Märzminister Römer äußerte sogar die Absicht seiner Regierung, ein Gesetz über ein allgemeines deutsches Bürgerrecht durch die Nationalversammlung nicht anzuerkennen. Die württembergischen Gemeinden hätten dann zu große Belastungen zu tragen und würden von einer Welle von Gewerbegründungen überflutet<sup>34</sup>.

Den Liberalen kam die Entpolitisierungstendenz bis zu einem gewissen Grade entgegen. Denn mit dem Ruf nach Stabilisierung der politischen Lage, der vom gesamten Bürgertum unterstützt wurde, um die wirtschaftliche Stagnation zu überwinden, konnten die Liberalen ihre Ablehnung tiefgreifender politischer Reformen legitimieren<sup>35</sup>. Das Verlangen nach Belebung der Wirtschaftslage ließ sich zur Abwehr republikanischer Forderungen nutzen. Die Republik begann in der Tat, wie die Demokraten sagten, eine „volkswirtschaftliche Frage“<sup>36</sup> zu werden — aber mit negativem Vorzeichen.

Während diese wirtschaftspolitischen Zielsetzungen die Entpolitisierung des Bürgertums in der nachrevolutionären Zeit zwar vorbereiteten, zunächst seinen politischen Reformwillen aber nur schwächten, gerieten die Handwerkervereine in einen direkten Gegensatz zu den politischen Vereinen. Die Demokraten waren auf Grund der Sozialstruktur ihrer Anhänger davon am stärksten betroffen. Sie mußten sich deshalb am entschiedensten mit den sozial-restaurativen und politisch-reaktionären Forderungen der Handwerkervereinigungen auseinandersetzen.

Schon im Juli 1848 war in einer öffentlichen Erklärung von Handwerkern der Gewerbeordnung von 1828, „welche dem Kaufmann, dem Fabrikanten alle Freiheit im Handel einräumt [...], der Ruin des Handwerkerstandes“<sup>37</sup> angelastet worden. Die Handwerkervereine bildeten sich — wie der „Beobachter“ schrieb — „in immer größerer Zahl“<sup>38</sup> und setzten auf ihrem Eßlinger Kongreß einen Zentralausschuß ein. Zu einer festen Organisation kam es aber nicht. Die einzelnen Vereine kooperierten nur wenig miteinander; dem Zentralausschuß fehlte der organisatorische Unterbau. Die Handwerkervereine wußten nicht einmal untereinander, welche Vereine Vertreter zum ersten deutschen Handwerker- und Gewerbekongreß in Frankfurt (ab Juli 1848) entsandten. Die meisten Vereine werden von diesem Kon-

33 Chronik Nr. 195 I v. 16. Juli 1848.

34 Anm. 19, S. 183.

35 Vgl. WZ Nr. 5 v. 5. Januar 1850, wo Fr. Römer das Abrücken der Liberalen von Teilen der Grundrechte so begründete. Das allgemeine Mißtrauen in die politische Entwicklung wird in vielen Artikeln und Zuschriften als Grund für die wirtschaftliche Misere angegeben.

36 Vgl. o. S. 166.

37 Chronik Nr. 204 I v. 27. Juli 1848. Zur Gewerbeordnung vgl. o. S. 40.

38 Beob. Nr. 147 v. 5. August 1848.

groß sogar erst nachträglich erfahren haben<sup>39</sup>. Die Handwerkervereine verharteten, wie das gesamte württembergische Vereinswesen, organisatorisch in partikularstaatlicher Abgeschlossenheit<sup>40</sup>.

Anfang August 1848 begnügten sich die Handwerkervereine zunächst noch damit, die zünftlerisch-restaurative Revision der Gewerbeordnung zu fordern, um den „organisierten Bürgerkrieg Gewerbebefreiheit genannt“<sup>41</sup> zu unterbinden. Sie nahmen aber noch nicht ausdrücklich gegen die politischen Bestrebungen der Demokraten oder Liberalen Stellung. Der „Beobachter“ verstand jedoch zu Recht die zunehmende Zahl der Handwerkervereine als einen „Wink“ für die politischen Vereine, „daß sie sich bis jetzt zuviel mit politischen Streitfragen, zuwenig mit den Fragen der materiellen Volksinteressen beschäftigten“. Nur einen Monat später veröffentlichte der Zentralausschuß einen Artikel, in dem er sich scharf gegen die politischen Kontroversen von Demokraten und Liberalen abgrenzte. Die Verfassungsfrage wurde als absolut sekundär gegenüber der „sozialen Frage“ abgewertet und die Aufhebung der Gewerbebefreiheit, die ein „fürchterlich zahlreiches Proletariat erzeugt“<sup>42</sup> habe, als wichtigste Maßnahme gefordert. „Was die mittleren und unteren Klassen, was besonders der Handwerkerstand von den Volksvertretern verlangt, das ist, daß sie sich endlich einmal mit sozialen und materiellen Fragen befassen.“ Der „Masse des Volkes [sei] klargeworden [. . .], daß die Hauptaufgabe der Zeit nicht eine politische sei, sondern eine soziale“.

Zugleich deutete sich neben der zünftlerisch-restaurativen eine politisch-reaktionäre Tendenz der Handwerkervereine an. Sie stellten der von den liberalen und demokratischen Vereinen organisatorisch getragenen bürgerlichen Emanzipationsbewegung die polemische Frage entgegen, ist es „wichtiger, ob der Provisor von X.X. schon nächste Woche ein souveräner Herr wird, oder wir Handwerker dafür Gantleute und Bettler?“ Die Handwerkervereine boten sich dem Staat, sofern er ihre Forderungen nach wirtschaftlich-sozialer Absicherung erfülle, als „feste Stützen für Recht und Ordnung“ an.

Als im September 1848 eine private Versammlung von 27 Abgeordneten in ihren Aufgaben- und Reformkatalog, der im nächsten Land-

---

39 Der Tuttlinger „Bezirk“ (Chronik Nr. 247 II v. 15. September 1848) und der Reutlinger Gewerbeverein (W. Gewerbeblatt 1849, S. 22) hatten je einen Vertreter entsandt. Der Reutlinger Verein hatte erst nach Beginn des Kongresses von dessen Existenz erfahren. Der Verein glaubte, den einzigen württ. Vertreter delegiert zu haben (ebd.). Zum Kongreß vgl. Schirges (Hrsg.).

40 Vgl. Kap. B II.

41 Adresse des Zentralausschusses (Anm. 38). Dort auch die folgenden Zitate.

42 Beilage z. Beob. Nr. 179 v. 12. September 1848. Dort auch die folgenden Zitate. Der Vertreter des Tuttlinger Bezirks auf dem Ersten deutschen Handwerker- und Gewerkekongreß in Frankfurt (vgl. Verhandlungen, hrsg. von Schirges) sprach sich in einem öffentlichen Aufruf gegen die „unsinnige Gewerbebefreiheit, die so viele alte und junge Freiheits- und Fortschrittsmänner für uns heilbringend halten“, aus, Chronik Nr. 247 II v. 15. September 1848.

tag vorgebracht werden sollte, nicht die Revision der Gewerbeordnung aufnahm<sup>43</sup>, polemisierte der Zentralausschuß dagegen. Eine „blutjunge Weisheit ergeht sich in gelehrten Definitionen über theoretischen und praktischen Republikanismus“<sup>44</sup>, anstatt Maßnahmen gegen die Nöte der Handwerker anzustreben. Der Ausschuß rief auf, sich nicht mehr „um unpraktische, für unser wahres Wohl wertlose, politische Fragen“ zu kümmern, sondern sich stärker noch als bisher in Handwerkervereinen zu organisieren und nur Handwerker in den Landtag zu wählen. Dieser sozialständischen Tendenz — „Vertretung des Handwerkerstandes durch Handwerker“<sup>45</sup> — trat zwar für die Demokraten der populäre Schlosser Nägele in „Drei Briefen aus Frankfurt an die württembergischen Handwerker“<sup>46</sup> entgegen. Doch die nochmalige Spaltung des Bürgertums, dessen vormärzliche Einheit bereits in zwei politische Lager aufgebrochen war, konnte nicht mehr verhindert werden. Es spaltete sich in der zweiten Hälfte des ersten Revolutionsjahres in einen inhomogenen politisch emanzipatorischen Flügel und einen wirtschafts- und sozialpolitisch restaurativen.

Die Regierung nahm die sozialständischen Ansätze auf und befriedigte sie außerparlamentarisch, indem sie im Februar 1849 einen Kongreß von 18 Handwerkern, 18 Fabrikanten und Kaufleuten sowie 4 Gewerbelehrern berief, der sich für die Ausdehnung des Zunftwesens aussprach<sup>47</sup>. Vor allem die Zentralstelle für Gewerbe und Handel, die F. Steinbeis zu einem wirksamen Instrument der unbürokratischen Wirtschaftsförderung unter staatlicher Aufsicht entwickelte<sup>48</sup>, wirkte auf Grund der Beteiligung von Vertretern der Wirtschaftszweige an ihrem Gesamtkollegium als heimliches Wirtschaftsparlament. Es hatte die Aufgabe, die von Regierung und Landtag zu treffenden wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidungen vorzubereiten, wie etwa die neue Gewerbeordnung von 1862, die alle ständischen Relikte beseitigte.

43 Vgl. die 10 Programmpunkte im Beob. Nr. 181 v. 13. September 1848.

44 Beilage z. Beob. Nr. 212 v. 21. Oktober 1848. Davon war in der Erklärung der Abgeordneten (Anm. 43), auf die sich die Bemerkung bezog, keine Rede. Dort auch die folgenden Zitate.

45 Der Zentralausschuß schloß sich hier bewußt einem konservativen Aufruf zur Einführung einer sozialständischen Vertretung an, vgl. auch Beilage z. Beob. Nr. 25 v. 10. Juni 1848.

46 Beob. Nr. 219 f. v. 29./31. Oktober u. Beilagen z. Beob. Nr. 251 v. 6. Dezember u. zu Nr. 255 v. 10. Dezember 1848. Wie die Ausführungen in diesem Kap. zeigen, ist Boldts Behauptung (Volkvereine, S. 136), daß die Demokraten die Klagen der Gewerbe in ihrer Politik besonders stark berücksichtigten, viel zu pauschal. Am stärksten gingen die Konservativen, die sich zu organisieren begannen (vgl. o. S. 192 f.), auf die Forderung der Gewerbe nach Priorität der wirtschaftlichen Fragen ein. Der „Konservative württ. Bürgerverein“ sah vor, daß sein gewählter Ausschuß sechs Mitglieder aus dem Gewerbestand kooptieren sollte, Chronik Nr. 37 II v. 12. Februar 1850. Die Konservativen begannen also in ihrer eigenen Organisation das sozialständische Prinzip zu realisieren, das sie auch für den Landtag forderten.

47 Vgl. Köhler, Gewerbefreiheit, S. 158. Als 1853 der Kongreß erneut zusammentrat, forderte er die Beseitigung aller Zunftschranken, vgl. u. S. 236 f.

48 Vgl. Kap. C I, 3.

Liberales und Demokraten — so konnte gezeigt werden — waren gezwungen, sich stärker wirtschaftlichen Fragen zuzuwenden, um nicht den politischen Rückhalt in breiten Kreisen des Bürgertums zu verlieren. Dieses Bürgertum war nicht nur politisch, sondern über die Gewerbebefragung auch wirtschaftspolitisch gespalten, ohne daß sich beide Bruchlinien parteipolitisch deckten. Das Bürgertum — wie auch das in den Arbeitervereinen organisierte Handwerkerproletariat — unterlag zugunsten der Förderung seiner zudem noch heterogenen wirtschaftlich-sozialen Interessen frühzeitig einem Prozeß der Entpolitisierung, der seinen Höhepunkt fand in dem Aufstand der Unpolitischen in den Handwerkervereinen gegen die Priorität der politischen Reformen. Die Tendenz zur Entpolitisierung hatte selbst eminent politische Auswirkungen, da sie die politische Kraft des Bürgertums schwächte und es auf das Arrangement mit dem Obrigkeitsstaat vorbereitete. Dieser betrieb eine progressive Wirtschaftspolitik<sup>49</sup> und befreite das Wirtschaftsleben, das die bürgerlichen Energien zunehmend absorbierte<sup>50</sup>, von ständischen Fesseln.

---

49 Vgl. Kap. A I, 2 f.

50 Vgl. Kap. C I.

## **C Reaktionsjahre**



## I. Entpolitisierung und „entfesselte bürgerliche Erwerbstätigkeit“<sup>1</sup>

### 1. Zur sozialen Zusammensetzung der Landesversammlungen und des ersten „Reaktionslandtags“

Der erste nachrevolutionäre Landtag (1851—55) begann seine Tätigkeit im Mai 1851, als noch eine schwache Hoffnung bestand, durch Vereinbarung mit der Regierung die Grundrechte in Württemberg verfassungsrechtlich zu sichern. Doch diese Hoffnung zerstob vor der Realität der wiedererstarkten Reaktion in Württemberg und im Deutschen Bund. Die Grundrechte wurden im März 1852 aufgehoben, der letzte Verfassungsentwurf der Regierung im April 1852 zurückgezogen<sup>1a</sup>.

Schon die Teilnahme an den Wahlen zu den drei verfassungsberatenden Landesversammlungen von 1849 und 1850 ließ die politische Ermattung der Bevölkerung erkennen. Hatten sich an den Wahlen zur ersten und zweiten Landesversammlung noch ca. 60% der Wahlberechtigten beteiligt, so sank diese Quote bei der Wahl zur dritten Versammlung auf etwa 30%<sup>2</sup>. Die Demokraten stellten auf allen Landesversammlungen jeweils ca. zwei Drittel der 64 Abgeordneten. In der Wahl zum ersten Landtag der Reaktionsjahre, die auf Grund des vormärzlichen Wahlrechts stattfand<sup>3</sup>, schrumpfte die demokratische Fraktion dann auf 18 von 70 gewählten Abgeordneten zusammen, während die um Friedrich Römer gescharten Liberalen ihre Mandatszahl auf etwa 35 verdoppelten<sup>4</sup>. Die Liberalen grenzten sich nicht so scharf wie die Demokraten nach rechts ab und bildeten keine ähnlich feste Fraktion wie diese<sup>5</sup>. Mit dieser Offenheit nach rechts setzten sie jene Haltung, die sie in den Revolutionsjahren eingenommen hatten, in verstärktem Maße fort<sup>6</sup>.

Die Sozialschichtung des ersten Landtags der Reaktionszeit zeigte einen charakteristischen Wandel gegenüber den Landesversammlun-

<sup>1</sup> Nachweis und Besprechung dieses Zitats u. S. 245. Vgl. dazu grundsätzlich Zunkel, Rheinisch-westfälische Unternehmer, vor allem S. 46 ff.

<sup>1a</sup> Vgl. Adam, S. 119 ff. Im Oktober 1851 hatte die Regierung die Grundrechte gemäß Bundesbeschluß bereits aufgehoben, ließ dessen einseitigen Akt dann aber durch die Stände legitimieren.

<sup>2</sup> Vgl. o. S. 149 und Adam, S. 110. Zu den Landesversammlungen s. u. S. 248 u. Anm. 12 S. 233.

<sup>3</sup> Vgl. o. S. 72. Erste Landesversammlung: 1. Dezember bis 22. Dezember 1849; zweite: 15. März bis 3. Juli 1850; dritte: 4. Oktober bis 6. November 1850.

<sup>4</sup> Vgl. Adam, S. 95, 116; WZ Nr. 53 v. 2. März 1850.

<sup>5</sup> Vgl. etwa das Ergebnis der Präsidentenwahl in der Abgeordnetenkommission. Die Demokraten konnten ihre Mandatszahl durch Nachwahlen auf 20 erhöhen.

<sup>6</sup> Vgl. Kap. B V, 3; VI, 2.

gen und dem Landtag von 1848/49<sup>7</sup>. Der Anteil der Beamten schwoll stark an: von ca. 35% in den Landesversammlungen auf 52,3%. Während sich unter den Beamten der vormärzlichen Landtage, des Landtags von 1848/49 und der Landesversammlungen noch führende Köpfe der Opposition befunden hatten<sup>8</sup>, war die Beamtenschaft in der nachrevolutionären Abgeordnetenversammlung von oppositionellen Elementen weitgehend frei. Unter den Demokraten befanden sich nur noch ein Staatsbeamter (5% der Fraktionsmitglieder) und vier Gemeindebeamte (20%), während in der liberalen Fraktion, die sich selbst als „Mittelpartei“ verstand, elf Staatsbeamte (31,4%) und acht Gemeindebeamte (22,9%) vertreten waren. Acht demokratische Abgeordnete (40%) konnten ihr Mandat nur ausüben, weil sie bereit waren, den Staatsdienst zu quittieren. Von den Liberalen sah sich nur ein Abgeordneter dazu gezwungen<sup>9</sup>. Fünf der aus dem Staatsdienst ausgeschiedenen Demokraten arbeiteten als Rechtsanwälte, von denen drei hohe Positionen bei Banken und Versicherungsgesellschaften erreichten<sup>10</sup>. Ein Mitglied der demokratischen Fraktion gab seinen Beruf als Pfarrer auf und wurde Landwirt<sup>11</sup> und einer ließ sich als Arzt nieder, als er aus seiner Beamtenstellung ausschied<sup>12</sup>.

Die Demokraten zählten keinen Unternehmer in ihren Reihen, während die liberale Fraktion zu knapp 23% aus Kaufleuten und Fabrikanten bestand. Damit hatten sich alle im Landtag vertretenen Unternehmer den Liberalen angeschlossen.

Die Oberlehrer und Professoren, die auf den Landesversammlungen mit mehr als 15% und 1848/49 mit 12,7% repräsentiert waren, schieden fast ganz (1,2%) und die Pfarrer völlig aus dem parlamentarischen Leben aus. Die bildungsbürgerliche Prägung der liberalen Fraktion wie der Abgeordnetenversammlung überhaupt blieb zwar bestehen, da ein großer Teil der Staatsbeamten sich aus Juristen rekrutierte, aber die bildungsbürgerliche Repräsentanz erfuhr einen charakteristischen

---

7 Alle Zahlen nach der Tabelle auf S. 225.

8 Vgl. Kap. A II, 1.

9 August Ludwig Reyscher wurde Ende März 1851 von seinem Tübinger Lehrstuhl zur Kreisregierung in Ulm strafversetzt. Als ihm die Regierung auch noch den Urlaub für seine Tätigkeit als Abgeordneter verweigerte, quittierte er den Staatsdienst und ließ sich als Rechtsanwalt nieder. Vgl. seine Erinnerungen (1884), S. 204 ff.

10 Schoder, Pfeifer, Probst, Hölder, A. Seeger. Zu der Tätigkeit der vier zuletzt genannten bei der Stuttgarter Versicherungsgesellschaft und bei Banken vgl. Kap. C I, 5.

11 Eduard Süskind (1807—1874). In seiner Schrift „Volksstaat der neueren Zeit“ (1849) befürwortete er ein parlamentarisches Regierungssystem (ohne diesen Terminus zu verwenden) (S. 52 f. vor allem).

12 Dr. Hermann Stockmayer (1807—1863). Bis Februar 1851 war er Unteramtsarzt. Der demokratische Landtags- und Nationalversammlungsabgeordnete Dr. Wilhelm Zimmermann (1807—1878) mußte seine Stelle als Professor am Stuttgarter Polytechnikum aufgeben. 1854 wurde er Pfarrer (vgl. Boldt, Volksvereine, S. 13 Anm. 32). 1865 lud ihn der Redakteur der „Gartenlaube“ zur Mitarbeit ein: „In ihrer national-tendenziösen Art werden Sie eine Zierde meines Blattes sein.“ (Zit. n. Buck, S. 79.)

Wandel: Sie setzte sich nunmehr vorwiegend aus Verwaltungs- und Justizbeamten zusammen, während die in der Nationalbewegung besonders stark engagierten Professoren und Oberlehrer ausschieden. Resignation angesichts des politischen Mißerfolgs ihrer nationalen Bestrebungen und staatlicher Druck spielten dabei gleichermaßen eine Rolle. Das Wirtschaftsbürgertum konnte hingegen seinen Anteil an der parlamentarischen Vertretung im Vergleich zu den Landesversammlungen etwas vergrößern<sup>13</sup>, nachdem die wirtschaftsbürgerliche Repräsentanz schon in den drei Landesversammlungen von Wahl zu Wahl vergrößert worden war.

Diese Umschichtung des Berufsbildes der Abgeordnetenschaft deutet bereits auf die Verlagerung des Schwerpunkts der Parlamentsarbeit und des öffentlichen Lebens überhaupt: Die nationale und die Verfassungsfrage traten in den Hintergrund, das Bemühen um eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage durch enge Zusammenarbeit mit der Regierung rückte in den Brennpunkt.

Sozialschichtung der gewählten Abgeordneten in Prozentsätzen<sup>14</sup>

	Landes- versammlungen			1851 bis 1855	1856 bis 1861	1862 bis 1868	Zoll- parl.	1868 bis 1870
	1849	1850	1850					
Staatsbeamte	17,1	20	18,5	29,7	22,5	25	5,55	23
Gemeindebeamte	15,6	15,7	17	22,6	30,1	23,8	16,7 <sup>15</sup>	19,2
Kaufleute, Fabrikanten, Bankiers	6,2	8,6	9,2	9,5	14	12,5	33,3	16,6
Rechtsanwälte	21,9	20	23,1	16,6	18,3	21,2	27,8	11,5
Sonst. nichtbeamtete								
Akademiker	1,6	2,9	3,1	6	3,2	2,5	5,55	2,6
Pfarrer	7,8	8,6	6,1	—	—	2,5	—	—
Oberlehrer, Prof.	18,7	15,7	15,4	1,2	—	2,5	5,55	2,6
Redakteure	1,6	1,4	—	1,2	1,1	—	—	2,6
Gutsbesitzer, -pächter	1,6	1,4	1,5	6	3,2	2,5	5,55 <sup>16</sup>	6,4
Höhere Angestellte	—	—	—	2,4	1,1	—	—	—
Bürgertum	92,1	94,3	93,9	95,2	93,5	92,5	100	84,5
Bauern	—	—	—	—	1,1	1,25	—	—
Wirte, Posthalter	1,6	1,4	1,5	1,2	—	—	—	6,4
Handwerker	4,7	4,3	4,6	3,6	4,3	1,25	—	2,6
Elementarlehrer	—	—	—	—	—	1,25	—	1,3
Werkmeister	—	—	—	—	1,1	1,25	—	1,3
Kleinbürgertum	6,3	5,7	6,1	4,8	6,5	5	—	11,6
Offiziere a. D.	1,6	—	—	—	—	1,25	—	2,6
ohne Berufsangabe	—	—	—	—	—	1,25	—	1,3

<sup>13</sup> Vier Abgeordnete in der Landesversammlung von 1849, je sechs in den beiden Landesversammlungen von 1850, acht im Landtag von 1851—1855.

<sup>14</sup> Die Zahlen sind errechnet nach den Angaben bei Hartmann, Regierung und Stände (1894). Vgl. Anm. 11 S. 72.

<sup>15</sup> Minister a. D.

<sup>16</sup> Gutsverwalter.

## 2. Die Zollvereinskrise in der öffentlichen Diskussion

Bevor der Rückzug breiter Kreise des Bürgertums aus der Politik voll einsetzte, erregte das diplomatische Ringen um die Zukunft des Zollvereins in den Jahren 1851/52 die bürgerliche Öffentlichkeit<sup>1</sup>. In dieser Diskussion, die sich in allen drei überregionalen politischen Zeitungen des Landes vollzog, wurden politische und wirtschaftliche Motivationen noch einmal miteinander verquickt, wenngleich letztere dominierten.

Die große Bedeutung des Zollvereins für die württembergische Wirtschaft anerkannten alle politischen und wirtschaftlichen Richtungen des Bürgertums wie auch die Regierung<sup>2</sup>. Das Gewerbeblatt, die publizistische Kontaktstelle zwischen Staat und Wirtschaftsbürgertum<sup>3</sup>, hatte im Oktober 1851 in einer zwölfteiligen Artikelserie „Über den Einfluß des Zollvereins auf die Industrie und den Handel Württembergs“<sup>4</sup> die enge wirtschaftliche Verbindung Württembergs mit den Zollvereinsländern noch einmal betont und positiv gewürdigt. Diese Untersuchung, die auf einer Enquête der Zentralstelle für Gewerbe und Handel beruhte, analysierte die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung der einzelnen Branchen seit dem württembergischen Anschluß an den Zollverein. Während das Gewerbeblatt sich auf eine nüchterne Analyse der Fakten beschränkte, die es ohne weiteren Kommentar zu den notwendigen Folgerungen darlegte, verband die „Schwäbische Chronik“ in einer umfangreichen Artikelreihe, die wohl von Professor Mährlen stammte<sup>5</sup>, Analyse und Kommentar. Die Artikel empfahlen, „sich die gewissen Vorteile im bisherigen Zollverein durch Rekonstruktion desselben zu sichern, andere mit Österreich erreichbare Vorteile auf dem Wege eines Handelsvertrags zu erlangen zu suchen und alles übrige der Entwicklung der Zeit zu überlassen“. Die gut fundierte Betrachtung rückte zwei Punkte in den Vordergrund, um die sich die öffentliche Diskussion drehte und die von den Befürwortern des Zollvereins immer wieder als Argumente für

---

1 Vgl. zu dieser Zollvereinskrise allgemein Böhme, Weg zur Großmacht, S. 19 ff.; Werner, Zollvereinspolitik 1852; Gaertner, Kampf um den Zollverein (1849—1853); Grupp, Beziehungen Württembergs zu Österreich, Kap. II.

2 Zur Haltung der Regierung und des Königs vgl. Grupp, Kap. II; Brief des württembergischen Königs an den bayerischen Monarchen v. 9. Juli 1852, Poschinger, Politische Korrespondenz, S. 74 ff.

3 Vgl. o. S. 67.

4 2. Juli bis 17. September 1851, S. 213 ff.

5 Vgl. zu Mährlen Anm. 39 S. 55. Die Artikelreihe, aus der die folgenden Zitate stammen, erschienen in den Nrn. 188 ff. v. 10. August 1852, S. 1433—1578. Die ersten Artikel waren gezeichnet „Prf. Mn“. Nach Lange (Bismarck und die öffentliche Meinung Süddeutschlands 1850—53, S. 23) erhielten die Berliner und Frankfurter Korrespondenten der „Chronik“ bzw. des „Merkurs“ regelmäßige Korrespondenzen des preußischen Pressebüros. So „rückhaltlos“ wie Lange glaubt, trat der „Merkur“ nicht für die preußischen Belange ein. Der „Merkur“ zeigte sich vielmehr für alle Stimmen offen, wenngleich er, wie die öffentliche Meinung in Württemberg fast durchweg, den Zollverein erhalten wissen wollte (vgl. etwa Nr. 248 v. 19. Oktober oder Nr. 80 I v. 3. April 1852).

eine Vertragsverlängerung angeführt wurden: 1. Die Zeit ist für einen Zollverein mit Österreich weder wirtschaftlich noch politisch reif; 2. der bisherige Zollverein muß unbedingt aufrechterhalten werden. Die Artikel forderten zwar auch, einen Handelsvertrag mit Österreich abzuschließen, doch nur als Ergänzung, nicht als Voraussetzung für eine Verlängerung der bestehenden Verträge. Mit diesem Votum stimmten alle überein, die den Zollverein als unentbehrlich für die württembergische Wirtschaft ansahen. Häufig verlangte man jedoch zusätzlich noch, die Zolltarife zu erhöhen. Diese Forderung knüpfte bewußt an das Programm des „Vereins zum Schutz der vaterländischen Arbeit“ an, dem sich 1848 die meisten der gewerblich-industriellen Vereine Württembergs angeschlossen hatten<sup>6</sup>. Die Tarifffrage bildete den Streitpunkt, der die prinzipiellen Befürworter einer Erneuerung des Zollvereins trennte. Diese Trennlinie verlief quer durch alle politischen und wirtschaftlichen Richtungen des Bürgertums wie auch die prinzipielle Bejahung des Zollvereins von allen Gruppen geteilt wurde.

Eine Eingabe der vier Privathandelskammern vom November 1851 an die Zentralstelle für Gewerbe und Handel läßt die widerstrebenden und ungeklärten Meinungen, die allgemein in der Öffentlichkeit herrschten, deutlich hervortreten<sup>7</sup>. Dem Zollverein bescheinigten die Kammern „unberechenbare Segnungen“ für die württembergische Wirtschaft, die so eng mit ihm verbunden sei, daß eine Auflösung „als eine Gefahr angesehen werden muß, zu deren Beseitigung alle erhaltenden Kräfte sich zu vereinigen haben“. Andererseits zeigten sich die Handelskammern aber nicht bereit, eine weitere Reduzierung der bisherigen Zollsätze als Preis für die Erhaltung des Zollvereins hinzunehmen. Die österreichischen Pläne eines mitteleuropäischen Zollverbands bezeichneten sie als „eine der größten Aufgaben der Zukunft“, betonten aber die „Unmöglichkeit naher Einigung“. Dieses Votum der Privathandelskammern deckte sich mit den Vorstellungen der staatlichen Zentralstelle. Privatwirtschaftliche Erwartungen und staatliche Handelspolitik gingen in der Zollvereinsfrage überhaupt weitgehend konform.

Der Reutlinger Gewerbeverein, dem der Demokrat Ammermüller präsiidierte<sup>8</sup>, gehörte zu den wenigen Organisationen, die eine Erhöhung der Zollsätze für wichtiger hielten als die Erhaltung des Zollver-

---

<sup>6</sup> Die Zentralstelle empfahl ausdrücklich die Forderungen dieses Vereins als Grundlage für den neuen Zollvereinstarif, vgl. W. Gewerbeblatt 1850, S. 197, 229 f. Auch der Calwer Fabrikant Georg Dörtenbach bezog sich ausdrücklich auf die Vorschläge dieses Vereins, an dessen Gründung er mitgewirkt habe und dem er noch angehöre („Einiges über die materiellen Nachteile des verzögerten Zustandekommens einer deutschen Reichsverfassung“, Beilage zu WZ Nr. 43 v. 19. Februar 1850).

<sup>7</sup> Abgedruckt in Chronik Nr. 277 I v. 20. November 1851. Dort auch die folgenden Zitate.

<sup>8</sup> Vgl. zu seiner Tätigkeit im gewerblichen Vereinswesen auch Anm. 77, S. 242.

eins. Der Reutlinger Verein forderte eine „rettende Tat“<sup>9</sup>, sah aber, daß weder ein separater süddeutscher Zollverein noch die österreichischen Mitteleuropapläne schnell zu realisieren waren. Das Votum dieses Vereins verdeutlicht das Dilemma, in dem sich jene befanden, die den handelspolitischen Anschluß an Österreich suchten, um die württembergische Wirtschaft durch höhere Schutzzölle gegen die ausländische Konkurrenz abzusichern.

Die Liberalen setzten sich durchweg für die unbedingte Erneuerung des Zollvereins ein, wenngleich auch sie höhere Zölle für wünschenswert hielten. Bei ihnen verknüpften sich eng nationalpolitische und wirtschaftspolitische Motive. Sie befürworteten eine schnelle Lösung in Form einer Verlängerung der alten Verträge, damit nicht „Einkaufsquellen und Absatzwege zugleich verstopft und eingeengt“<sup>10</sup> würden. Den österreichischen Mitteleuropaplan verurteilten sie als „chimärisch“. Er galt ihnen als Versuch, die Wirtschaft und letztlich auch die Politik zu entnationalisieren<sup>11</sup>. Sie verwiesen außerdem darauf, daß Preußen, „das Land des Konstitutionalismus und der bürgerlichen Freiheit“, im Gegensatz zu Österreich ein Verfassungsstaat sei<sup>12</sup>, „einer der charakteristischsten Unterschiede zwischen Preußen und Österreich in den Jahren der Reaktion“<sup>13</sup>. Nachdem der preußisch-hegemoniale Unionsversuch gescheitert war<sup>14</sup>, schien den Liberalen nur der wirtschaftspolitische Anschluß an Preußen, das im Zollverein die unangefochtene Vorrangstellung besaß, eine Gewähr zu bieten für die Erhaltung und den Ausbau der verbliebenen, wenn auch im Vergleich zu den „Märzerrungenschaften“ eingeschränkten Verfassungsrechte. Von einer politischen Hegemonie Österreichs, die von der Realisierung seiner wirtschaftspolitischen Pläne zu erwarten war, befürchteten die Liberalen einen Abbau der noch bestehenden Verfassungs- und Rechtsordnung. Den württembergischen Liberalen war bewußt, daß die politische Rivalität der beiden deutschen Großmächte unlösbar verquickt war mit den handelspolitischen Auseinandersetzungen um den Bestand des Zollvereins. Sie erkannten, daß die Handelspolitik zum Kampfplatz im Ringen um die politische Hegemonie in Deutschland geworden war. „Die deutsche Politik im großen hat ihren Brennpunkt gegenwärtig in den Beziehungen der Zoll- und

9 Votum des Reutlinger Gewerbevereins v. 19. Dezember 1849 (Chronik Nr. 19 I v. 22. Januar 1850). Vgl. auch die Antwort des Reutlinger Vereins auf die Entgegnungen zu seinem Aufruf zur Kündigung des Zollvereins (W. Gewerbeblatt 1850, S. 4—20) und seinen Artikel „Dem Zollkongreß in Kassel“ (Beob. Nr. 188 v. 8. August 1850). S. auch die Eingabe des Stuttgarter Gewerbevereins v. 26. Mai 1852 in Chronik Nr. 126 II v. 29. Mai 1852.

10 So Dörtenbach in seinem Votum v. 15. Februar 1850 (Anm. 6). Dort auch das folgende Zitat.

11 Vgl. WZ Nr. 11 v. 14. Januar 1852.

12 Vgl. WZ Nr. 6 v. 9. Mai 1852 („Ohne Recht kein Wohlstand“) und PW Nr. 28 v. 10. Oktober 1852. Das Zitat: Widenmann, Hoffnungen auf eine neue politische Bewegung (1852), S. 47.

13 Bußmann, Zeitalter Bismarcks, S. 15.

14 Vgl. Kap. B VI, 2.

Handelsverhältnisse<sup>15</sup>." Der Zollverein galt den Liberalen als die letzte nationale Klammer, die nach dem Scheitern des Einheitswerks der Nationalversammlung noch verblieben war. „Der Zollverein ist das einzige deutsche Institut, in welchem Volksinteressen gepflegt werden“; wer in ihm das Übergewicht habe, der dominiere auch politisch<sup>16</sup>. Nur dem Zollverein, so schrieb das liberale Organ, lasse sich „noch ein deutsches Interesse abgewinnen“; in ihm sahen sie den „zur Zeit noch allein bestehenden Einigungspunkt verschiedener Volksstämme“<sup>17</sup>. Vom erneuerten Zollverein erhofften sie die Ausbildung der „Brennpunkte jeder wahrhaften nationalen Wirtschaft“: eine nationale Flotte und gemeinsame deutsche Handelsvertretungen im Ausland<sup>18</sup>.

Während die Liberalen eindeutig und einhellig die Verlängerung der Zollvereinsverträge forderten, fiel es den Demokraten schwerer, sich zu einer entschiedenen Position durchzuringen. Die von allen politischen Richtungen des Bürgertums erwartete politische Hegemonie Preußens in einem erneuerten und zugleich vergrößerten<sup>19</sup> Zollverein entsprach den politischen Zielvorstellungen der Liberalen. Sie hofften, daß die wirtschaftspolitische Verklammerung zur politischen Einheit führen oder sie zumindest vorbereiten und erleichtern würde. Die Demokraten hingegen lehnten, so konnte gezeigt werden<sup>20</sup>, seit dem Kontinuitätsbruch ihrer Politik, den die preußische Haltung in der Schleswig-Holstein-Frage im September 1848 herbeiführte, einen kleindeutsch-preußisch-hegemonialen Nationalstaat ab. Sie gerieten deshalb in ein doppeltes, ein politisches und ein wirtschaftspolitisches, Dilemma. Sie wußten, daß eine Lösung Württembergs vom Zollverein nur um den Preis schwerer wirtschaftlicher Einbußen möglich war. Sie sahen auch, daß der österreichische Mitteleuropaplan auf Grund des preußischen Widerstands nicht zu realisieren war und daß ein süddeutscher Zollverein für den bestehenden keinen vollwertigen Ersatz bieten konnte. Die Demokraten erkannten aber auch, daß die wirtschaftliche Vorherrschaft Preußens in einem Zollverein ohne Österreich die preußische Position im Ringen um die politische Hegemonie in Deutschland stärken mußte. Die preußische Vorherrschaft lehnten sie ab, ebenso aber eine Hegemonie Österreichs, des Staats ohne Verfassung. Österreich bot also auch in der Sicht der Demokraten weder eine akzeptable politische noch eine realisierbare wirtschaftliche Alternative gegenüber Preußen. Dieses Dilemma, die Unvereinbarkeit der politischen Zielvorstellungen mit den wirtschaftlichen Notwendigkeiten, führte zu einer unentschlossenen, unklaren

15 WZ Nr. 4 v. 6. Januar 1852.

16 Widenmann, Hoffnungen, S. 40 f. Anm.

17 PW Nr. 24 v. 12. September 1852 „Und abermals der Zollverein“.

18 PW Nr. 1 v. 1. Januar 1854.

19 Hinzu kam der Steuerverein mit Hannover, Oldenburg, Schaumburg-Lippe, vgl. Böhme, Weg zur Großmacht, S. 35 f.

20 Vgl. Kap. B VI, 2.

Haltung der Demokraten. Sie legten sich zunächst nicht auf eine Verlängerung der Zollvereinsverträge fest, propagierten aber auch keinen handelspolitischen Anschluß an Österreich. Sie klammerten sich statt dessen an die Hoffnung, daß der von der Nationalversammlung projektierte National- und Verfassungsstaat doch noch zu realisieren sei<sup>21</sup> — eine Hoffnung, die die machtpolitischen Realitäten völlig verkannte, zumindest verdrängte.

Auch die Demokraten konnten aber letztlich einer klaren Entscheidung nicht ausweichen, da ihnen auf wirtschaftspolitischem Gebiet der Rückzug in die Landespolitik versperrt war, mit dem sie — vergeblich — gehofft hatten, die Reaktion in Württemberg zu verhindern. Dem demokratischen „Kultus der Reichsverfassung“, der die Doppelfunktion hatte, Einigungsversuche von oben abzuwehren und die Grundrechte partikularstaatlich abzusichern<sup>22</sup>, konnte in der Wirtschaftspolitik nichts Gleichwertiges gegenübergestellt werden. Die Bedeutung des Zollvereins für die württembergische Wirtschaft vermochten auch die antipreußischen Demokraten nicht zu ignorieren. Ihr politisches und handelspolitisches Konzept zeigte deshalb innere Widersprüche, die zu ihrer unklaren Haltung in der Zollvereinsfrage führten. Die Demokraten drückten sich lange um eine entschiedene Stellungnahme; ihr Organ druckte zur Zollvereinskrise vornehmlich Artikel aus anderen Zeitungen. Schließlich neigten sie aber doch stärker einer Erhaltung des Zollvereins zu, selbst um den Preis des handelspolitischen Ausschlusses Österreichs<sup>23</sup>. Sie hatten aber die vage und, wie sich zeigte, unrealistische Hoffnung, daß ein Zollparlament berufen würde, das jene Demokratisierung einleiten sollte, die politisch mißlungen war<sup>24</sup>.

Wenngleich Liberale und Demokraten unterschiedliche Präferenzen in der Beurteilung der Zollvereinspolitik zeigten, die „mehr und mehr sich [...] als politisches Kampfspiel bloßlegte“<sup>25</sup>, so hofften doch beide politischen Richtungen des Bürgertums, daß der erneuerte, größere Zollverein den „Bau deutscher Einheit am tiefen Lebensgrunde, statt wie in den letzten Jahren an der Spitze anfangen“ werde. So stark auch die politischen Motivationen waren, die in der Diskussion um die Zollvereinskrise hervortraten — sie spielten letztlich für die Entscheidung der verschiedenen Gruppen pro und contra einer Verlängerung der Zollvereinsverträge nur eine untergeordnete Rolle. Die politischen Hoffnungen bzw. Bedenken bestärkten zwar oder hemmten die Präferenzen der wirtschaftlichen und politischen Gruppen in dieser wichtigen politischen und handelspolitischen Frage, doch wirt-

21 Vgl. den demokratischen Aufruf v. 18. Januar 1850 (Beob. Nr. 18 v. 22. Januar 1850; s. auch Nr. 108 v. 7. Mai 1852).

22 Vgl. Kap. C II, 1a.

23 Beob. Nr. 108 v. 7. Mai; 212 v. 7. September 1852; 56 v. 8. März 1853.

24 Beob. Nr. 212 v. 7. September 1852.

25 Chronik Nr. 248 v. 19. Oktober 1852. Dort auch das folgende Zitat.

schaftliche Erwägungen gaben schließlich überall den Ausschlag. Der Einsicht, daß ein Bruch des Zollvereins die Auswirkungen der akuten Wirtschaftskrise noch verschärfen würde, konnten sich auch diejenigen nicht entziehen, die einer politischen Vorherrschaft Preußens mit Skepsis oder offener Ablehnung gegenüberstanden.

Die öffentliche Diskussion um die Zollvereinskrise verband zum letztenmal für mehrere Jahre wirtschaftliche und politische Motivationen. Bis zur Agitation in der Frage einer Revision der Gemeindeordnung<sup>26</sup> blieb diese öffentliche Diskussion überhaupt die letzte größere, die zumindest teilweise politisch begründet war. In den nächsten Jahren mußten sich das Bürgertum und die unterbürgerlichen Schichten völlig auf die Behebung der ärgsten wirtschaftlichen Not konzentrieren.

---

26 Vgl. Kap. C III, 3b.

### 3. Rückzug ins wirtschaftliche Engagement

Der Rückzug ins wirtschaftliche Engagement, der nach dem Ende der Zollvereinskrise in voller Stärke einsetzte, zeichnete sich schon vorher ab. Die Diskussion um die handelspolitische Zukunft Deutschlands hatte diesen Prozeß der Entpolitisierung nur verlangsamt.

Nach dem endgültigen Scheitern der Revolution begann für Demokraten und Liberale ein politisches Nachspiel mit unterschiedlichen Zielsetzungen. Ein Teil der Liberalen agierte für den Anschluß Württembergs an die preußisch-hegemoniale Union; die Demokraten konzentrierten sich auf die Agitation zugunsten einer Verfassungsrevision und der Sicherung der Grundrechte auf Landesebene<sup>1</sup>. Beiden politischen Richtungen des Bürgertums war gemeinsam, daß ihre Agitation die politischen Realitäten außer acht ließ. Ihre illusionäre Politik verkannte die politischen Verhältnisse im restaurierten System des Deutschen Bundes und die Ziele der württembergischen Regierung, die nicht zum Verzicht oder auch nur zur Beschneidung ihrer Souveränitätsrechte nach außen durch Anschluß an die Union oder nach innen durch verfassungsrechtliche Zugeständnisse bereit war<sup>2</sup>. Liberale und Demokraten verkannten aber zunächst auch, daß die Priorität des Politischen, die sie 1850 und Anfang 1851 noch — wenngleich in eingeschränktem Maße — verfochten, keine Resonanz in der breiten Bevölkerung mehr fand und letztlich zu einer Selbstisolierung führen mußte.

Die in der Landwirtschaft Tätigen, die mehr als die Hälfte der „politischen“ Bevölkerung, d. h. der männlichen Erwachsenen, stellten<sup>3</sup>,

---

1 Vgl. Kap. B VI, 2; C II.

2 Zur württembergischen Politik im Deutschen Bund, die auf Bewahrung der Souveränität zielte, zeitweise sogar eine territoriale Vergrößerung erhoffte, vgl. Grupp S. 9 f.

3 Vgl. o. S. 61.

hatten sich bereits zu Beginn der Revolution aus der politischen Bewegung weitgehend zurückgezogen. Sie konnten nicht wieder integriert werden<sup>4</sup>. In der zweiten Hälfte des ersten Revolutionsjahres begannen auch breite Kreise der Handwerkerschaft, die mehr als 20% der männlichen Erwachsenen ausmachten, aus der bürgerlichen Bewegung auszuscheiden. Im Gegensatz zur Bauernschaft zogen sie sich aber nicht nur aus dieser Bewegung zurück, sondern machten Front gegen sie<sup>5</sup>.

Die Entpolitisierungstendenzen gingen noch über Bauernschaft und Handwerkerschaft hinaus, als die politische Instabilität der Revolutionsjahre die Wirtschaft zu lähmen begann. Als schließlich schwere Mißernten die guten Ernten der Jahre 1848/49 ablösten<sup>6</sup>, verschärfte sich die Wirtschaftskrise in einem Maße, daß jeder Versuch zur politischen Agitation als zusätzliche Schwächung der ohnehin zerrütteten Wirtschaftslage erscheinen mußte. Eine Versammlung Stuttgarter Bürger Mitte Januar 1850 formulierte programmatisch die frühe Abwendung des Bürgertums von politischen Zielsetzungen — eine Tendenz, die sich in der Folgezeit noch verstärkte. Dieses Treffen war kennzeichnend für die Eintracht, in der die große Mehrheit der Bevölkerung politische Agitationen, seien es demokratische oder liberale, ablehnte. Denn die Versammlung war von „Bürgern aller Klassen und insbesondere auch von vielen Vorständen der Gewerbe, Zünfte, [von] Weingärtnern und Mitgliedern des Bürgervereins zahlreich“<sup>7</sup> besucht. Sie wandten sich in einer Resolution zwar speziell gegen die Unionsbestrebungen der Liberalen, die im gleichen Monat ihre große Plochinger Versammlung abhielten<sup>8</sup>, doch ihr Verdikt gegen politische „Umtriebe“ richtete sich auch gegen die Demokraten. Die „Parteien und ihre endlosen Umtriebe haben das Vertrauen erschüttert, alle Gewerbe gelähmt, Opfer über Opfer gefordert und das Ziel ferner und ferner gerückt“. Sie riefen dazu auf, „jede Agitation“ zu unterlassen und vor allem die Lösung der deutschen Frage der Regierung zu überlassen.

Den Liberalen fiel es leichter als den Demokraten, dem Verlangen der Öffentlichkeit nach politischer Ruhe und Mäßigung zugunsten einer Belebung der wirtschaftlichen Lage zu folgen, denn die Liberalen waren von vornherein zur Zusammenarbeit mit der Regierung bereit. Sie zeigten sich zudem gewillt, auf einen erheblichen Teil der Grundrechte zu verzichten<sup>9</sup>, deren Einbau in die württembergische Verfassung die Demokraten als Hauptaufgabe der Landesversammlungen und zunächst auch des ersten nachrevolutionären Landtags

---

4 Vgl. o. S. 130; Kap. B III.

5 Vgl. Kap. B VII, 4.

6 Vgl. o. S. 61 ff.

7 Chronik Nr. 17 I v. 19. Januar 1850. Dort auch die folgenden Zitate.

8 Vgl. Kap. B VI, 2.

9 Vgl. Kap. C II, 2.

ansahen<sup>10</sup>. Der Stuttgarter liberale Hauptverein rief auf, keine Demokraten zu wählen, da deren starres Festhalten an der Reichsverfassung und ihren Grundrechten ein Arrangement mit der Regierung verhindern müßte: „Wie würden dann Handel und Wandel, Landwirtschaft und Gewerbe Not leiden!“<sup>11</sup>

Als die Regierung im Oktober 1851 die Grundrechte aufhob, erteilte das liberale Organ der Abgeordnetenversammlung den „Rat, nicht viele Worte zu machen, und ihre Geschäfte im Interesse der Steuerpflichtigen rasch zu erledigen. Keine Ministeranklage<sup>12</sup>, keine Steuerverweigerung<sup>13</sup>, kein hartes Wort, aber auch keine Auffrischung der Standesvorrechte durch eine den Grundrechten widersprechende Verständigung. [. . .] Volksvertretung, Grundrechte, deutsche Farben, Verheißungen — sie gehören der Geschichte an!“<sup>14</sup>. Die Liberalen reduzierten schließlich die Grundrechte auf die Aufhebung der Standesvorrechte. Und selbst bei dieser Minimalforderung waren sie zu Zugeständnissen bereit, sofern auch das Bürgertum von dem Kompromiß profitieren würde<sup>15</sup>.

Auch die Demokraten rückten in den ersten zwei nachrevolutionären Jahren langsam von ihrer Politik der kompromißlosen Wahrung des Erworbenen ab<sup>16</sup>. Sie waren bereit zur „gezwungene(n) Friedfertigkeit“<sup>17</sup>, damit die Kammer „diejenigen Arbeiten möglichst beschleunigt, welche dem Volke materielle Erleichterungen in Aussicht stellen, und vermeidet, was unzeitigen oder grundlosen Streit herbeiführen könnte“. Als die Rückkehr zur vormärzlichen Verfassung die demokratischen Hoffnungen auf eine Verfassungsrevision beendete, konzentrierten sich auch die Demokraten auf Versuche, die wirtschaftliche Misere zu beheben. Um dieser Aufgabe gerecht werden zu können, strebten sie eine engere Zusammenarbeit mit den Liberalen an. Die Sorge um das „nächst liegende materielle Interesse“<sup>18</sup> sollte das Trennende überbrücken.

---

10 Vgl. Kap. C II, 1a.

11 Chronik Nr. 20 I v. 23. Januar 1850. Der Stuttgarter Bürgerverein forderte in einer Adresse v. 9. Dezember 1850 von der Regierung, die Liberalisierung des Wirtschaftslebens einzuschränken (ebd. Nr. 297 I v. 11. Dezember 1850).

12 Die Landesversammlung hatte am 27. Juni 1850 mit 50:11 Stimmen beschlossen, den Außenminister Freiherrn v. Wächter-Spittler wegen des Beitritts Württembergs zum österreichisch-preußischen Interimsvertrag und zum Vierkönigsbündnis vor dem Staatsgerichtshof zu verklagen, da die Mehrheit der Ständekammern diesen Verträgen ihre Zustimmung versagte. Der Außenminister wurde freigesprochen. Vgl. Adam, S. 108 f., und ausführlich Vogt, Württemberg im Deutschen Bund und im Bismarckschen Reich, S. 130—162.

13 Zur Diskussion über eine eventuelle Steuerverweigerung vgl. u. S. 250.

14 WZ Nr. 238 v. 8. Oktober 1851; vgl. Nr. 105 v. 4. Mai 1851.

15 Zur Haltung der Liberalen zu den Fideikommissen vgl. u. S. 258 f.

16 Vgl. Kap. C II, 1b.

17 Beob. Nr. 67 ff. v. 19. März 1850 („Landtagsbriefe“). Dort auch das folgende Zitat. Diese „Briefe“ stammen wohl vom Redakteur H. Kurz. Vgl. die Andeutungen in seinem Brief an C. Mayer v. 13. Mai 1851 (NL Kurz).

18 Beob. Nr. 127 v. 2. Juni 1853. Zur Parteifusion vgl. Kap. C III.

Württemberg sah sich in der ersten Hälfte des nachrevolutionären Jahrzehnts vor allem zwei Aufgaben gegenüber. Erstens mußte den unterbürgerlichen und unterbäuerlichen Schichten, den Klein- und Kleinstbauern sowie den kleinen Gewerbetreibenden<sup>19</sup> kurzfristig durch schnelle karitative Maßnahmen geholfen werden. Denn diesen Bevölkerungsschichten hatten die Mißernten von 1851 bis 1854 die Existenzgrundlage nahezu entzogen. Zweitens mußte der Prozeß der Industrialisierung beschleunigt werden, um das württembergische Sozial- und Wirtschaftsgefüge strukturell zu modernisieren und das Wirtschaftsleben von den Fesseln des rückständigen und nur schwer zu modernisierenden Agrarsektors zu befreien<sup>20</sup>. Vor allem die industriell und gewerblich noch wenig erschlossenen Gebiete bedurften der intensiven Förderung, „um die in Pauperismus vertrockneten Glieder neu zu beleben“<sup>21</sup>. Beiden Aufgaben stellte sich das württembergische Bürgertum. Indem es sich ihnen widmete, verblaßten die politischen Trennlinien aus der Revolutionszeit zunehmend.

Überall im Lande entstanden Wohltätigkeitsvereine, um die Not „der großen Masse der vom bittersten Elende niedergedrückten Bevölkerung“<sup>22</sup> zu lindern. Im Ausschuß des Stuttgarter Armenunterstützungsvereins waren die Unternehmer mit 25% vertreten, Pfarrer und hohe Staatsbeamte stellten je 25%. Die Handwerkerschaft war mit 4% repräsentiert, Gemeindebeamte mit 8%. 25% der Ausschußmitglieder besaßen ein Adelsprädikat<sup>23</sup>. Der Zentralausschuß des Wohltätigkeitsvereins, der als Dachorgan für die lokalen Vereine fungierte<sup>24</sup>, enthielt 10% Unternehmer, 27% Pfarrer und 42% hohe Staatsbeamte. Je 6% stellten die Handwerker und die Gymnasiallehrer. 36% der Mitglieder besaßen ein Adelsprädikat<sup>25</sup>.

Diese Zahlen belegen, daß in der karitativen Tätigkeit alle Schichten des Bürgertums mitwirkten, wenngleich das Bildungsbürgertum im Beamtenstatus stark überwog. Vor allem in den Vereinsvorständen herrschten die Honoratioren vor, die mit ihrem bekannten Namen für Spenden warben. Adel, Klerus und Bürgertum, Unternehmer und hohe Staatsbeamte wirkten in den Wohltätigkeitsvereinen zusammen. Diese Vereine intensivierten auf karitativem Gebiet die Kooperation,

19 Vgl. Kap. A I, 3. Zur Verzahnung von Gewerbe- und Landwirtschaftsbetrieben.

20 Vgl. Kap. A I, 3.

21 Chronik Nr. 248 v. 19. Oktober 1852.

22 Ebd. Nr. 311 v. 31. Dezember 1851 „Volksstimmung am Jahresschluß“.

23 Errechnet nach Chronik Nr. 23 II v. 28. Januar 1854. Der Rest verteilte sich gleichmäßig auf andere bürgerliche Berufe (Apotheker, Redakteure) oder es fehlten Berufsangaben.

24 Vgl. die Abrechnung über die Spendeneingänge in Chronik Nr. 32 v. 8. Februar 1854. Der Hof war mit Beiträgen ebenso vertreten wie Dienstboten. Vgl. auch ebd. Nr. 26 I v. 1. Februar; 24 II v. 20. Januar 1854. Daneben bestanden aber noch Hilfsvereine, die nur lokal wirkten.

25 Errechnet nach Chronik Nr. 24 II v. 29. Januar; 26 I v. 1. Februar 1854. Die restlichen 9% verteilen sich gleichmäßig auf Apotheker, Redakteure und fehlende Berufsangaben. Die Ausschüsse beider Vereine waren z. T. personell identisch.

die sich politisch bereits im ersten Revolutionsjahr zwischen Liberalen und Konservativen, zwischen Bürgertum und Adel angebahnt hatte<sup>26</sup>. An den Wohltätigkeitsvereinen beteiligten sich führende Liberale<sup>27</sup> an exponierter Stelle, während bekannte Demokraten nicht festzustellen sind. Die karitativen Vereine erfaßten demnach zwar alle bürgerlichen Sozialschichten, scheinen sich aber politisch in erster Linie auf das liberal-konservative Bürgertum gestützt zu haben — eine Verbindung, die in der politischen Koalition der Revolutionsjahre schon vorgebildet gewesen war und auch im nächsten Jahrzehnt in der liberal-konservativen nationalen Sammlungspartei bestehen blieb<sup>28</sup>.

Die Demokraten propagierten 1852 Kreuzersammlungen, die zwar nicht ausdrücklich als Konkurrenz zu den Wohltätigkeitsvereinen konzipiert waren, aber doch so wirkten. Von Ludwigsburg ausgehend bildeten sich im Lande Kreuzervereine, die regelmäßig Haussammlungen durchführten. Diese Vereine bestanden neben den Wohltätigkeitsvereinen, die sich dem Stuttgarter Zentralausschuß anschlossen. Die Demokraten versuchten, den Kreuzervereinen das Organisationschema der demokratischen Vereine der Revolutionsjahre zu geben<sup>29</sup>. Die Sammler hatten nach den Plänen der Demokraten als „Vertrauensmänner“ zu fungieren, die eine Generalversammlung bildeten und den Ausschuß der Ortsvereine wählten. Die Ortsvereine sollten untereinander zusammenarbeiten und eine Gesamtleitung bestellen. Die Demokraten betonten zwar, daß die Gesamtleitung „jeder politischen Parteifrage fremd bleiben muß“<sup>30</sup>, doch das Organisationsschema der Kreuzervereine stand in einem offensichtlichen Gegensatz zu dem Schema, das sich die Wohltätigkeitsvereine gegeben hatten. Deren Zentralausschuß bildete die alleinige Koordinationsstelle für die Vereine im Lande. Damit übernahmen diese Vereine das Organisationsschema der Liberalen in den Revolutionsjahren<sup>31</sup>. Es standen somit zwei Gruppen von karitativen Vereinen nebeneinander, die an die unterschiedlichen Organisationsstrukturen der Liberalen und der Demokraten in den Revolutionsjahren anknüpften. Das Schema der Demokraten zielte darauf, eine Selbstverwaltung von unten nach oben aufzubauen. Damit hätten die Kreuzervereine zwangsläufig die Honorationsbasis gesprengt, die ein Kennzeichen für die Wohltätigkeitsvereine war.

---

26 Vgl. Kap. B III; S. 159 f.

27 So der Obertribunalrat Bockshammer, der 1848/49 mehrfach Vorsitzender des Stuttgarter liberalen Hauptvereins war, der Calwer Fabrikant Dörtenbach oder der ehemalige Märzminister Duvernoy.

28 Vgl. Kap. D IV.

29 Vgl. dazu Kap. B II.

30 Beob. Nr. 44 v. 21. Februar 1852.

31 Vgl. Kap. B II.

Als 1854 die Not einen absoluten Höhepunkt erreichte<sup>32</sup>, versuchte man wieder, Kreuzerversammlungen ins Leben zu rufen, die zwei Jahre zuvor sehr erfolgreich gewesen waren. Doch nun ging die Anregung vom Zentralausschuß der Wohltätigkeitsvereine aus. Und man betonte, daß im Unterschied zu 1852 die Gelder nunmehr direkt an den Zentralausschuß zu senden seien, der sie an die Gemeinden weiterleiten wollte<sup>33</sup>. Die Sammlungen sollten von oben gelenkt, die Sammler zu bloßen Hilfsorganen der Zentrale werden. Während das demokratische Organisationsschema von 1852 der Einübung in die Praxis großer Organisationsgebilde diente, die sich am Prinzip der Selbstbestimmung ausrichteten, orientierte sich das konkurrierende Schema an der staatlichen Verwaltung. Es erschwerte eine Selbstregulierung von unten nach oben und entsprach somit der Verhaltensweise des Untertans im Obrigkeitsstaat. Erneute Versuche seitens der Demokraten, ihr Organisationsschema durchzusetzen oder auch nur zu propagieren, scheint es 1854 nicht gegeben zu haben. Die wirtschaftliche Lage, die Sorge großer Bevölkerungsteile um die Sicherung ihrer Existenz ließ selbst eine verschleierte Politisierung unpolitischer Unternehmungen nicht mehr zu. Die Entwicklung vom — vereinfacht und verkürzt gesagt — „Volksverein“ zum „Kreuzerverein“, vom politischen über den kryptopolitischen zum unpolitischen Verein, war abgeschlossen.

Diese karitativen Maßnahmen konnten bestenfalls akute Not lindern. Um die Ursache der wirtschaftlichen Misere zu beseitigen, mußte der Industrialisierungsprozeß beschleunigt werden. Die Mehrzahl der Zeitgenossen, die ihre Ansichten öffentlich aussprachen, erkannten diese Notwendigkeit, den Strukturwandel der Sozial- und Wirtschaftsverfassung des Landes, der bereits im Vormärz eingesetzt hatte<sup>34</sup>, zu intensivieren. Sie sahen, daß vor allem in industriell-gewerblich wenig oder unerschlossenen Gebieten „solidarisch gehungert“<sup>35</sup> wurde, während stärker entwickelte Gebiete die Krise besser überstanden. Auch die regionale Verteilung der Auswanderungsquoten<sup>36</sup> führte ihnen täglich vor Augen, daß nur eine weitere Modernisierung des Sozial- und Wirtschaftsgefüges Hilfe versprach. Der Ruf nach Restauration der alten Sozial- und Wirtschaftsordnung begann deshalb zu verstummen, zumindest wurde er in der Öffentlichkeit kaum mehr erhoben. Der Meinungswandel zeigte sich, als 1853 die Zentralstelle erneut einen Kongreß von Vertretern des Handels, des Gewerbes, der Industrie und der Gewerbelehrer berief, um über eine Revision der Gewerbeordnung zu debattieren. Die Versammlung

---

32 Vgl. die Graphik zur Preisentwicklung, S. 62.

33 Chronik Nr. 26 I v. 1. Februar 1854.

34 Vgl. Kap. A I, 2.

35 Chronik Nr. 26 I v. 31. Januar 1852.

36 Vgl. o. S. 65.

sprach sich für die Beseitigung aller Zunftschranken aus, während ein ähnlicher Kongreß vier Jahre zuvor noch gefordert hatte, das Zunftwesen auszudehnen<sup>37</sup>.

Die Publikationsorgane der Demokraten und der Liberalen hatten zu diesem Meinungsumschwung beigetragen. Als die Zentralstelle einen Gesetzentwurf ausarbeitete, der vorsah, Gewerbekonzessionen nicht mehr vom Besitz des Gemeindebürgerrechts abhängig zu machen<sup>38</sup>, begrüßte der „Beobachter“ diesen Entwurf als eine erste „Abschlagszahlung“<sup>39</sup> auf die geforderte volle Freizügigkeit. Die Demokraten klagten über den „Indifferentismus“ der Handwerker, der sich vor allem bei den Handwerkern in den größeren Städten, die besser als ihre Kollegen auf dem Lande und in kleineren Orten verdienten<sup>40</sup>, bis zur Ablehnung eines liberalisierten Übersiedlungsrechts steigerte<sup>41</sup>. Das Organ der Demokraten machte sich zum Fürsprecher der „Unbeschränktheit des Erwerbes“, einer „Befreiung des Erwerbes und Verkehrs, der Produktion und des Handels“<sup>42</sup>. Derartige Forderungen gingen über die Erwartungen der meisten Handwerker hinaus. Die Demokraten versuchten nun, im Gegensatz zu 1848/49<sup>43</sup>, in der Gewerbebefragung meinungsbildend auf das Kleinbürgertum einzuwirken.

Das Organ der Liberalen stand in der Propagierung von Wirtschaftsfreiheit hinter dem „Beobachter“ nicht zurück. Die Liberalen engagierten sich entschieden für das „Prinzip der Gewerbefreiheit“<sup>44</sup>. In der Ausführung dieses Prinzips zeigten sie allerdings Schwankungen, die auf die Breite ihres sozialen Spektrums deuten. Die Liberalen, so wurde gezeigt<sup>45</sup>, stützten sich innerhalb des Wirtschaftsbürgertums zwar vornehmlich auf Fabrikanten und größere Kaufleute, doch ihre Sozialschichtung reichte bis in das Kleingewerbe hinab. Die verschiedenartigen wirtschafts- und sozialpolitischen Erwartungen dieser Sozialschichten fanden ihren Niederschlag in den Artikeln des liberalen „Partei“-Blatts. Neben Plädoyers für eine völlige Wirtschaftsfreiheit, ohne regulierende Staatseingriffe und ohne zeitgemäß-

---

37 Vgl. o. S. 219. Auch die Zentralstelle votierte für eine Aufhebung des Zunftzwangs, vgl. Beob. Nr. 293 v. 14. Dezember 1853. Noch 1851 hatten verschiedene Gewerbe um stärkeren Schutz gebeten (Verhandlungen Abgeordnetenversammlung 1851/52, S. 305 ff.). Die völlige Befreiung von Zunftfesseln beschloß die Abgeordnetenversammlung am 9. Dezember 1861 (ebd. S. 5511) einstimmig.

38 Chronik Nr. 171 I v. 21. Juli 1852.

39 Nr. 60 v. 12. März 1853. Dort auch das folgende Zitat. Vgl. auch den Artikel des Demokraten Ammermüller „Das Recht der Übersiedlung“, W. Gewerbeblatt 1852, S. 421—440.

40 Vgl. o. S. 58.

41 Ammermüller (Anm. 39), S. 440.

42 Beob. Nr. 235 v. 7. Oktober 1853.

43 Vgl. Kap. B VII, 4.

44 PW Nr. 41 v. 8. Oktober 1854.

45 Vgl. zur Sozialschichtung der Vereine 1848/49 Kap. B III und zum Anteil der Unternehmer an der liberalen Fraktion des Landtags von 1851—55 C I, 1.

Ben Ersatz für die alten Sozialbindungen, die mit der Zunftverfassung fielen, standen Artikel, die freiwillige Gewerbeassoziationen empfahlen als Schutz gegen Auswüchse des modernen Wirtschaftslebens, die marktrational nicht zu korrigieren waren. So polemisierte man gegen „feudale Tendenzen des deutschen Gewerbestandes“<sup>46</sup> und forderte eine ungezügelter Laissez-faire-Politik, die von sozialdarwinistischen Zügen nicht frei war. Wer des Schutzes bedürfe, gehöre zu den „absterbenden Elementen. Je eher sie untergehen, desto besser für das Ganze.“ Man empfahl aber auch, den Grundsatz des Zunftwesens, den „Socialismus“<sup>47</sup>, in freiwilligen Assoziationen zu bewahren, die den Wunsch nach korporativer Sicherheit mit dem modernen Wirtschaftsleben versöhnen sollten<sup>48</sup>.

Liberaler und Demokraten wandten sich in ihrer Öffentlichkeitsarbeit seit dem Ende der Zollvereinskrisis fast ausschließlich wirtschaftlichen Fragen zu, die auch im Landtag dominierten. Im Organ der Liberalen fand dies seinen Niederschlag im Wechsel des Redakteurs. Ab Anfang 1854 übernahm Professor Mährlen die Redaktion, mit dem die Liberalen einen der besten Kenner der wirtschaftlichen Verhältnisse in Württemberg gewannen<sup>49</sup>.

Daß in den bürgerlichen Zeitungen Artikel zur Wirtschaftsentwicklung überwogen, spiegelte die starke Hinwendung des Bürgertums zum wirtschaftlichen Engagement. Vor allem aber fand die Konzentration auf das Wirtschaftsleben ihren Ausdruck in der stürmischen Aufwärtsentwicklung der württembergischen Wirtschaft, seit die schwere Übergangskrisis 1855 in einen steilen Wirtschaftsaufschwung umschlug<sup>50</sup>. Diese Konzentration läßt sich auch belegen an der engen Zusammenarbeit von Bürgertum und Staat, die die forcierte Industrialisierung der 1850er Jahre erst ermöglichte<sup>51</sup>, am Aufschwung der gewerblichen Interessenvertretung, an der verstärkten Mitarbeit führender Politiker in Wirtschaftsunternehmen und an den Reflexionen kritischer Zeitgenossen über den Wandel, den die bürgerliche Gesellschaft erfuhr.

Das wichtigste Gelenk in der Kooperation zwischen Staat und Wirtschaftsbürgertum bildeten die Handels- und Gewerbeakademien, die 1855 durch staatliche Verordnung eingeführt wurden<sup>52</sup>. Sie lösten die Privatkammern ab, die aus privatwirtschaftlicher Eigeninitiative

---

46 Titel eines Artikels in: PW Nr. 28 v. 10. Juli 1853. Dort auch das folgende Zitat.

47 Zum Bedeutungsspektrum dieses Begriffs vgl. Kap. B VII, 2.

48 Vgl. etwa PW Nr. 14 v. 2. April 1854.

49 Zu Mährlens Funktionen s. Anm. 39 S. 55. Der umfangreiche, gut fundierte Artikel „Zur Gewerbe-Organisation“ (PW Nr. 41—48 v. 8. Oktober bis 26. November 1854) dürfte wohl von Mährlen stammen.

50 Vgl. Kap. A I, 3.

51 Zu diesem Begriff vgl. Kap. A I, 1.

52 Vgl. die in Anm. 20, S. 29 genannte Spezialliteratur.

hervorgegangen waren<sup>53</sup>. Die Regierungspläne für staatliche Kammern stießen in der bürgerlichen Öffentlichkeit zunächst auf eine reservierte Haltung. Man war weitgehend zufrieden mit der Arbeit der privaten Organe und der privaten Handelsschiedsgerichte, die der württembergische Handelsverein organisierte, in dem sich Kaufleute und Fabrikanten zusammengeschlossen hatten. Für Verbesserungen zeigte man sich zwar offen, doch das Prinzip der Selbstverwaltung sollte gewahrt bleiben. Vor allem der vorgesehene Bestellungsmodus — Ernennung der Kammermitglieder durch den König — stieß auf einhelligen Widerstand<sup>54</sup>. Als die Zentralstelle im Februar 1855 „Notabeln aus dem Handels-, Fabrikanten- und Gewerbebestande“<sup>55</sup> zur Aussprache einlud, forderten alle die freie Wahl der Kammermitglieder. Knapp die Hälfte der geladenen Vertreter des Wirtschaftsbürgertums sprachen sich für einen Boykott der staatlichen Kammern aus, solange nicht die freie Wahl zugestanden werde<sup>56</sup>. Mit dieser Forderung knüpfte man an die Diskussion um die Einrichtung von Gewerberäten an, die in den Jahren zuvor geführt worden war.

1851 hatte der Stuttgarter Gewerbeverein Statuten für Gewerberäte entworfen und zur Diskussion vorgelegt<sup>57</sup>. Diesen Entwurf, der bereits eine weitgehende Selbstverwaltung vorsah, modifizierte der Reutlinger Gewerbeverein, der darüber hinaus vorschlug, die Mitglieder der Zentralstelle durch die Gewerberäte wählen zu lassen<sup>58</sup>. Zudem verlangte der Reutlinger Verein, daß Gewerberäte nur durch ein Landesgesetz, nicht auf dem Verordnungsweg gebildet werden dürften<sup>59</sup>. Man wollte damit allen Versuchen, die Wirtschaftsverfassung obrigkeitstaatlich-autoritär zu regeln, einen Riegel vorschieben. Doch mit der Forderung, die Mitglieder der Zentralstelle zu wählen, konnte sich das Wirtschaftsbürgertum ebensowenig durchsetzen wie zunächst mit dem Wunsch, die Handelskammermitglieder wählen zu dürfen. Erst ab 1859 gingen die Handels- und Gewerbekammern aus Wahlen hervor<sup>60</sup>. Bis dahin ernannte der König auf Vorschlag von „Notabeln“ des Wirtschaftsbürgertums die Kammermitglieder<sup>61</sup>. Man scheint sorgfältig darauf geachtet zu haben, keine Demokraten zu er-

53 Vgl. o. S. 37. Demokraten und Liberale scheinen um die geistige Vaterschaft an den Statuten der Privatkammern rivalisiert zu haben. Nach „Chronik“ (Nr. 26 I v. 31. Januar 1855) entwarf sie P. A. Pfizer, während der „Beobachter“ (Nr. 29 v. 4. Februar 1855) Rödinger dieses Verdienst zurechnete.

54 Vgl. die Artikelserie zu den Regierungsplänen in der Chronik Nr. 23—30 v. 27. Januar bis 4. Februar 1855; W. Gewerbeblatt 1856, S. 129—133 „Die Entstehungsgeschichte der Handels- und Gewerbekammern“; Beob. Nr. 29 v. 4. Februar 1855.

55 Chronik Nr. 108 I v. 8. August 1855; vgl. 110 II v. 10. Mai 1855.

56 Ebd. Nr. 110.

57 W. Gewerbeblatt 1851, S. 77 ff.

58 Ebd. S. 85 ff., verfaßt von Ammermüller.

59 Die Wahl der Zentralstelle hatten bereits 1849 Vertreter der Wirtschaft auf einer Versammlung gefordert, W. Gewerbeblatt 1849, S. 65 ff., S. 105.

60 VO v. 14. März 1858, W. Gewerbeblatt 1858, S. 97—100.

61 Ebd. 1855, S. 313 ff.

nennen, während prominente Liberale berücksichtigt wurden<sup>62</sup>. Erst die Wahlen öffneten bekannten Demokraten, wie Carl Deffner, den Weg in die Kammern.

Gegen die organisatorische Unterordnung der Handelskammern unter die staatliche Zentralstelle erhob sich seitens des Bürgertums kein Protest. Man nahm es hin, daß staatliche Kammern die privaten Organisationen ablösen und einer staatlichen Behörde unterstellt wurden (§ 1 der Statuten)<sup>63</sup>. Die Zentralstelle war nicht nur die organisatorische Spitze der Handelskammern (§ 19), sie erhielt auch die Funktion eines Schiedsrichters, falls es im Kollegium der Kammern nicht zu einer einhelligen Willensbildung kommen sollte (§ 2). Bei allen Gutachten und Berichten mußten Mehrheits- und Minderheitsvotum bekanntgegeben werden, so daß für die Handelskammern kein Zwang bestand, der vorgesetzten staatlichen Behörde mit einer einheitlichen Meinung gegenüberzutreten, die durch Mehrheitsbeschluß für die gesamte Kammer Verbindlichkeit erlangte. Die Willensbildung verlagerte man somit letztlich in das vorgesetzte staatliche Organ hinein, während die staatlich legitimierten und reglementierten Handelskammern als Hilfsorgane konzipiert waren, die Daten sammeln und Meinungen vorklären sollten<sup>64</sup>. Vertreter der Privatwirtschaft saßen zwar auch im Gesamtkollegium der Zentralstelle, die aber von Staatsbeamten geleitet wurde.

Die wichtige Stelle des Sekretärs der Handels- und Gewerbekammern, dessen Aufgaben denen eines Geschäftsführers gleichkamen (§§ 14—17), besetzte das Innenministerium auf Vorschlag der betreffenden Kammern. Das Gehalt des Sekretärs zahlte die Zentralstelle aus, während alle anderen Ausgaben die Kammern selbst vornehmen durften. Sie mußten aber der Zentralstelle vierteljährlich genaue Rechenschaft über alle Ausgaben und Einnahmen vorlegen.

Trotz dieser eindeutigen und weitreichenden Subordination der Handelskammern unter die Zentralstelle sind keine tiefergehenden Unstimmigkeiten zwischen den staatlich beaufsichtigten Organen der Privatwirtschaft und der staatlichen Behörde festzustellen. Die Kooperation war vielmehr gut und eng. Die liberale staatliche Wirtschaftspolitik, die die Zentralstelle wesentlich mitbestimmte, fand die volle Unterstützung des Wirtschaftsbürgertums; es identifizierte sich mit ihr. Außerdem setzte diese Form der Integration durch Subordina-

---

62 So Adolph Goppelt (1855—59), Kommerzienrat Chevalier (1872—79), Gustav Müller (1861 f.), Georg Dörtenbach (1867—70, später zum Kommerzienrat ernannt), Kommerzienrat Carl Finck (1855—69). Die Zahlen in Klammern geben an, wann die Genannten den Vorsitz in einer der Handelskammern innehatten, nach Mosthaf, S. 162 ff. Bis 1866 bestanden vier Kammern: Stuttgart, Reutlingen, Ulm, Heilbronn. Dann kamen hinzu: Calw, Heidenheim, Rottweil (ebd. S. 80).

63 W. Gewerbeblatt 1856, S. 81 ff.

64 Erst die Neuordnung von 1874 gab den Kammern gegenüber der Zentralstelle eine größere Selbständigkeit, vgl. Mosthaf, S. 177 ff.

tion das Organisationsschema fort, das sich im Vormärz bei der Zentralstelle für Landwirtschaft herausgebildet hatte<sup>65</sup>. Das Wirtschaftsbürgertum hatte sich an die Unterordnung unter staatliche Instanzen gewöhnt — und es war auf Grund der progressiven staatlichen Wirtschaftspolitik gut dabei gefahren! Erst als in den 1860er Jahren württembergische Wirtschaftskreise den Nationalstaat als erweiterten Wirtschaftsraum forderten und die politische Rivalität zwischen der preußenfeindlichen demokratischen Volkspartei und der nationalliberalen Deutschen Partei in die Handelskammern eindrang<sup>66</sup>, war die Identifikation des gesamten Wirtschaftsbürgertums mit der staatlichen Wirtschaftspolitik nicht mehr möglich.

Im Reaktionsjahrzehnt kam es aber noch nicht zu derartigen Friktionen zwischen Staat und Wirtschaftsbürgertum sowie innerhalb des Wirtschaftsbürgertums selbst. Die Zentralstelle konnte, gestützt auf die Handelskammern als organisatorischem Unterbau, die ihr zuge dachte Funktion als eine Art Wirtschaftsparlament wirksam wahrnehmen<sup>67</sup>. Ihr allseits geachteter Leiter Ferdinand Steinbeis<sup>68</sup> hatte 1851 seinen Wählern<sup>69</sup> die Zentralstelle als „eine Art Erwerb skammer, deren Aufgabe mit derjenigen der Ständekammer in vielen Punkten Hand in Hand geht“, vorgestellt. Nach seinem „politischen Glaubensbekenntnis“ befragt, antwortete er, „ich habe keines“. Er forderte, die „hohe Politik“ König und Regierung zu überlassen und sich dem Erwerbsleben zu widmen. „Hier kann nur mit dem Volke und nur durch das Volk gewirkt werden.“ Dieser Aufruf zur Entpolitisierung korrespondierte nicht nur mit gleichgerichteten Bestrebungen innerhalb des Bürgertums und auch des Handwerkerproletariats<sup>70</sup> — er fand sein institutionalisiertes Pendant in der skizzierten Verklammerung von Handelskammern und Zentralstelle. Diese organisatorische Verklammerung erleichterte die Integration des Wirtschaftsbürgertums in den Staat und trieb sie voran<sup>71</sup>.

Als 1859 das politische Leben wieder in Bewegung geriet, auch die Wirtschaftskreise erfaßte und deren weitgehend komplikationslose Integration in den Staat zu stören begann, appellierte die Zentralstelle an das Wirtschaftsbürgertum. Sie verwies auf die ökonomische Erfolgsbilanz der Reaktionsjahre und beschwor diese Zeit, in der sich das Bürgertum auf wirtschaftliche Fragen konzentriert und gleichzeitig aus der Politik weitgehend zurückgezogen hatte, als Modell für

65 Vgl. o. S. 37.

66 Vgl. Kap. D VI.

67 Vgl. u. S. 67 f.

68 Vgl. ebd. 1855 erschien sogar, „vielfach geäußerten Wunsch entsprechend“, ein Porträt für seine „zahlreichen Verehrer“ (Anzeige in „Chronik“ v. 1855, S. 715).

69 Die folgenden Zitate stammen aus seinem Brief an seine Wähler in Blaubeuren v. 6. April 1851, NL Steinbeis Bü 4 (Hs. Konzept).

70 Vgl. den o. S. 210 zitierten Aufruf.

71 Vgl. Kap. A II, 1.

die Zukunft. Mit einem Bild aus dem Wirtschaftsleben, wo auch nur wenige „Baumeister“ seien, viele aber „Handlanger“ sein müßten, propagierte man eine analoge Arbeitsteilung im politischen Leben<sup>72</sup>.

Wie 1849 die Gründung der Zentralstelle die private „Gesellschaft für Beförderung der Gewerbe“ aufzog<sup>73</sup>, so lösten sich infolge der Gründung staatlicher Handels- und Gewerbekammern nicht nur bereits bestehende privatwirtschaftliche Interessenorganisationen auf, sondern es wurden auch Ansätze zu neuen unterbunden. So versuchten 1854 württembergische Industrielle regelmäßige Monatsversammlungen ins Leben zu rufen<sup>74</sup>. Die Konstituierung der staatlichen Handelskammern zerschlug jedoch diesen Plan, da nun eine wirksamere Möglichkeit zur Interessenartikulation bestand. Das gewerbliche Vereinswesen weitete sich hingegen stark aus. Die Gewerbevereine verbanden die Aufgaben von Bildungsvereinen<sup>75</sup> mit denen von Interessenvertretungen. 1857 existierten 36 Gewerbevereine, die zum größten Teil nach 1848 entstanden waren; 1859 waren es 38<sup>76</sup>. Diese Vereine, die seit 1852 jährlich eine Landesversammlung organisierten<sup>77</sup>, verhielten sich parteipolitisch neutral; sie absorbierten aber einen Teil der Energien, die in der Revolutionszeit die politischen Vereine belebt hatten. Vor den Wahlen hatten sie sogar dazu aufgerufen, nicht nach politischen, sondern nach berufsständischen Kriterien zu wählen<sup>78</sup>. Dieser Entpolitisierungseffekt, den die Gewerbevereine auf das öffentliche Leben ausübten, blieb auch den Zeitgenossen nicht verborgen. Man forderte jeden „Volksfreund“ auf, sich in gewerblichen oder landwirtschaftlichen<sup>79</sup> Vereinen zu engagieren. Denn in diesen Vereinen finde die „wahre Volkspartei“ die beste Gelegenheit, „reichliche Friedensarbeit“<sup>80</sup> zu verrichten.

---

72 W. Gewerbeblatt 1860, S. 1—3. Dieses Grußwort zum Jahresanfang dürfte wohl von Steinbeis selbst stammen, der als Leiter der Zentralstelle das Gewerbeblatt herausgab und mit dessen „politischem Glaubensbekenntnis“ der Artikel sinngemäß übereinstimmt. 1862 ließ sich Steinbeis auf ausdrücklichen Wunsch des Ministers v. Linden in den Landtag wählen, wo er seine Autorität zugunsten der Regierung einsetzen sollte (Schreiben Lindens v. 26. Januar u. 26. Februar 1862, NL Steinbeis, Bü 691).

73 Vgl. o. S. 37.

74 Vgl. den Aufruf v. 4. Juni 1854, Chronik v. 1854, S. 1229.

75 Vgl. neben den Rechenschaftsberichten (Anm. 76) die Übersicht über die Vorträge, die in den Gewerbevereinen gehalten wurden, W. Gewerbeblatt 1860, S. 81—83. Einige Vereine besaßen Bibliotheken von respektabler Größe: Der Haller Gewerbeverein hatte mehr als 1000 Bücher, der Ludwigsburger 300.

76 W. Gewerbeblatt 1857, S. 137—160. Huber (S. 15) nennt 12 Vereine für die Zeit vor 1848.

77 Die Statuten dieser „Wanderversammlung“ sind abgedruckt im W. Gewerbeblatt 1852, S. 205 f. Ammermüller war mehrfach Vorsitzender.

78 Beob. Nr. 31 v. 6. Februar 1850.

79 Diese waren mit wenigen Ausnahmen (vgl. u. S. 264) fest in der Hand von Konservativen. Vgl. etwa Chronik Nr. 156 I v. 4. Juli 1855.

80 Chronik Nr. 1 II v. 2. Januar 1855. Vgl. zum Vereinswesen in der Reaktionszeit Kap. C III, 1, und Traub, S. 69 f., 75 f.

Nach dem Sturz des Märzministeriums setzten in Württemberg Regierungsmaßnahmen gegen Beamte ein, die sich als Demokraten in der Revolutionszeit engagiert hatten<sup>81</sup>. Eine Reihe führender demokratischer Politiker mußte den Staatsdienst quittieren, während Liberale von der staatlichen Repression gegen oppositionelle Beamte kaum betroffen waren<sup>82</sup>. Ein Teil der Demokraten, die aus dem Staatsdienst ausschieden, konnte in der Privatwirtschaft unterkommen. Sie fanden vor allem in Banken und Versicherungsgesellschaften Anstellung und beteiligten sich auch an Neugründungen solcher Gesellschaften<sup>83</sup>. So war etwa Julius Hölder nach seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst nicht nur als Rechtsanwalt, sondern auch als Syndikus der Stuttgarter Rentenanstalt tätig<sup>84</sup>. Probst, der spätere Zentrumsführer in Württemberg, übte, seit er den Staatsdienst quittierte, ebenfalls den Beruf eines Rechtsanwaltes aus, wurde dann Rechtsbeirat der Stuttgarter Lebensversicherungs- und Ersparnisbank, die er später auch als Direktor leitete<sup>85</sup>.

Diese Bank entstand 1854 unter der Mitwirkung prominenter Demokraten. Adolf Seeger, der auch den Staatsdienst verlassen mußte, präsierte dem Gründungskomitee; weitere Demokraten erhielten Positionen in Ausschüssen der Bank<sup>86</sup>, deren Geschäftsvolumen schnell anwuchs. Der Lebensversicherungs- und Ersparnisbank konnte bereits 1855 ein „Capitalistenverein“ angegliedert werden, der eingezahlte Gelder vornehmlich gegen hypothekarische Sicherheiten verlieh<sup>87</sup>. Dieser Verein stellte Kredite für kleine Gewerbetreibende be-

81 Vgl. Traub, S. 71, Adam, S. 113.

82 Vgl. o. S. 224 und Traub, S. 70 f.

83 Vgl. neben den unten genannten Beispielen auch die Zusammenstellung der Berichte der Regierungsdirektoren über die Demokraten (HSTAS E 146 Bü 1953, undatiert, vor Ende März 1855): die Demokraten drängen in Bankanstalten. In Stuttgart und in Heidenheim sei ihnen das gelungen.

84 Vgl. Hölder, Geschichte der Deutschen Partei.

85 Vgl. Hagen, Probst, S. 297; Hartmann, Regierung und Stände (1894), S. 43; Beob. Nr. 78 v. 3. April 1853; vor ihm war Karl Pfeifer Direktor dieser Bank.

86 Carl Deffner, Karl Pfeifer, Chronik v. 1854, S. 345; Beob. Nr. 78 v. 3. April 1853; 91 v. 20. April 1854. Vgl. auch den Vortrag A. Seegers über die Gründungspläne (Beob. Nr. 292 v. 13. Dezember 1853). Die Handelskammerberichte berichten regelmäßig über den Geschäftsgang dieser Gesellschaft. Der Demokrat Ludwig August Oesterlen gehörte, um ein anderes Beispiel zu nennen, dem Ausschuß des württembergischen Kreditvereins an; er wurde auch Vorstand der Stuttgarter Handwerkerbank (Beob. Nr. 163 v. 14. Juli 1860). Der Liberale Murschel war Syndikus beim Kreditverein (Chronik Nr. 124 II v. 18. Mai 1854). Der Demokrat Dr. Ludwig Ammermüller quittierte den Staatsdienst, als er strafversetzt werden sollte. Es gelang ihm, Teilhaber einer Farbenfabrik in Stuttgart zu werden. Robert Römer, der Sohn des Märzministers und führender Demokrat in den Revolutionsjahren, widmete sich in der Reaktionszeit ganz seiner akademischen Laufbahn (vgl. seine Briefe an Prof. Mittermaier, NL Mittermaier). R. Römer schwenkte 1849/50 zu den Liberalen über, an deren Agitation zugunsten eines Anschlusses Württembergs an die preußische Union er sich beteiligte (vgl. o. S. 106). Seinen Rückzug aus der Politik ins Berufsleben beendete er erst in den 1860er Jahren, als er sich auf seiten der Nationalliberalen engagierte (vgl. Kap. D).

87 Beob. Nr. 34 v. 9. Februar 1856; vgl. Nr. 148 v. 17. Juni 1855; Vortrag A. Seegers über den Kapitalistenverein.

reit, die besonders stark darunter litten, daß in Württemberg kein ausreichendes Bankwesen existierte und die Anlage in festverzinslichen Staatspapieren das Kreditvolumen für das Kleingewerbe beschnitt<sup>88</sup>. Mit derartigen Projekten trugen führende demokratische Politiker zum Wirtschaftsaufschwung des Landes bei.

War die weitgehende Entpolitisierung des Bürgertums zunächst geboren aus der wirtschaftlichen Not der nachrevolutionären Jahre und aus den Reaktionsmaßnahmen des Staates, der politisches Engagement verwehrte, so absorbierte seit der Mitte der 1850er Jahre die allgemeine Prosperität die Energien des Bürgertums in starkem Maße. Davon zeugt nicht nur der imposante wirtschaftliche Aufschwung<sup>89</sup>, sondern auch Berichte staatlicher Stellen über die politische Haltung der Bevölkerung. „Die jetzige ruhige und glückliche Zeit ist nicht gemacht für demokratische Experimente und Unternehmungen“, berichtete der Ulmer Regierungsdirektor im Mai 1857 dem Innenministerium<sup>90</sup>. In einer Zeit, „wo die Gewerbe vollauf beschäftigt und die Hoffnungen auf den Bau einer Eisenbahn verwirklicht sei“, meldete das Reutlinger Oberamt<sup>91</sup>, habe die Opposition jegliche Tätigkeit einstellen müssen.

Dieser Bericht sprach einen Bereich staatlich-bürgerlicher Zusammenarbeit an, dessen Bedeutung für die regionale Wirtschaftsentwicklung der Bevölkerung in den 1850er Jahren voll bewußt wurde. 1862 notierte die Stuttgarter Handelskammer, daß es kaum einen Bezirk im Land gebe, „der nicht sein Eisenbahn-Komitee besäße oder sich an benachbarte Komitees angeschlossen hätte, um mittelst der öffentlichen Blätter, durch Programme, Petitionen und Deputationen an die maßgebenden Behörden seine Interessen geltend zu machen“<sup>92</sup>. Diese Vereine und Komitees, die untereinander nicht selten heftig über die Priorität einzelner Strecken stritten, übernahmen die Aufgabe, im parlamentarischen Vorfeld Wünsche und Pläne zu klären, die man über Abgeordnete oder über staatliche Behörden an die Regierung herantrug.

Diese enge und weitgehend komplikationslose Kooperation von Obrigkeitsstaat und Bürgertum in der Wirtschaftspolitik trug wesentlich dazu bei, daß den gelegentlichen Versuchen von Demokraten und

---

88 Zum Bankwesen in Württemberg vgl. o. S. 53 f. S. auch Beob. Nr. 110 v. 12. Mai 1853, wo von „Jagd auf Staatspapiere“ die Rede ist („Die Geldnot und der Staatspapierkurs“).

89 Vgl. Kap. A I, 3.

90 HSTAS E 146 (1—10) Bü 1965 v. 3. März 1857. Ähnlich die Berichte anderer Stellen; vgl. auch die analogen Meldungen in Bü 1953 und die Chroniken für einzelne Städte, die in den 1850er Jahren fast ausschließlich über das Wirtschaftsleben berichten: Meck, Heidenheim; Hartmann, Stuttgart; Dürr, Heilbronn.

91 HSTAS E 146 Bü 1965 (1—10) v. 30. März 1857.

92 Jahresbericht für 1962, S. 38. Vgl. auch O. Elben, Lebenserinnerungen, S. 215 ff., die Tageszeitungen von 1857 ff. und die Kammerverhandlungen.

Liberalen, das politische Leben zu aktivieren<sup>93</sup>, eine dauerhafte Breitenwirkung versagt blieb. Die „entfesselte bürgerliche Erwerbstätigkeit“, so schrieb der ehemalige Tübinger Philosophiedozent Karl Christian Planck<sup>94</sup>, vor allem die „Industrie mit ihrer unendlich anwachsenden Macht“, gab dem „Staate sein herrschendes Gepräge“. Die bürgerliche Gesellschaft entwickelte sich, so Planck, zur „blo-Be(n) Erwerbsgesellschaft“<sup>95</sup>, die sich dem bürokratischen Obrigkeitsstaat bruchlos einfüge. Während früher der Staatsdienst und geistige Berufe die größte Anziehungskraft auf das Bürgertum ausübten, dränge es nun in die „materiellen Erwerbszweige“<sup>96</sup>. Der konservative Reformler Planck sah schärfer als viele Liberale und Demokraten die möglichen politischen Folgen des bürgerlichen Drangs ins wirtschaftliche Engagement bei gleichzeitigem Erschlaffen des politischen Reformwillens. Seine Analysen umschrieben die drohenden Friktionen, falls sich die industrielle Revolution im „Gehäuse des Obrigkeitsstaats“<sup>97</sup> vollziehen sollte. Dieses Gehäuse wollte er aufbrechen, ohne es zu zerbrechen. Da er die aus politischen Wahlen hervorgehenden Parlamente ohne organische Verbindung zwischen Obrigkeitsstaat und bürgerlicher Erwerbsgesellschaft schweben sah, propagierte er, die Abgeordnetenkammern durch berufsständische Kammern zu ersetzen. Eine solche Verklammerung von Obrigkeitsstaat und Marktgesellschaft sollte die Trennung von Staat und Gesellschaft überwinden, aus der — so Planck<sup>98</sup> — der bürokratische Obrigkeitsstaat hervorgegangen sei.

Ein anderer scharfer Beobachter der zeitgenössischen Szene war Gustav Diezel<sup>99</sup>, der 1855 die politischen Zirkel in Württemberg aus ihrer Ruhe aufschreckte, als er seine Agitation für eine Art verfrühten Nationalverein ausgerechnet unter den württembergischen Demokraten begann. Von ihnen erhoffte er entscheidende Impulse für die Gründung einer deutschen Nationalpartei<sup>100</sup>. Er diagnostizierte 1857 als die „Kehrseite“ der „politischen Apathie der Massen und des gesamten Bürgertums“ „eine ganz ungeheure Produktionslust in allen Gebieten des ökonomischen Lebens“. Sie lenke die „Gemüter von der Politik ab“ und werde deshalb vom Staat gefördert<sup>101</sup>.

---

93 Vgl. Kap. C III, 3.

94 „Die nationale Bewegung der Neuzeit nach ihrem Verhältnis zur bürgerlichen und sozialen“ (19. Februar 1861), in: R. Planck (Hrsg.), S. 20—52, Zitat; S. 28.

95 Ebd. S. 34 f.

96 „Das industrielle Deutschland als Übergang vom humanistischen zum freibürgerlichen und nationalen“ (1861), in: ebd., S. 1—19, Zitat: S. 3.

97 Stürmer, Konservatismus und Revolution, S. 143.

98 (Anm. 96), S. 13.

99 Vgl. zu Diezel: Lorch; Gollwitzer, NDB.

100 Vgl. Kap. C III, 3a.

101 „Politische Resultate“ (1857), S. 114 f.

Erst als die europäische Politik 1859 in Bewegung geriet, begannen sich breitere Bevölkerungskreise wieder stärker politisch zu engagieren. Nun spaltete sich das inzwischen parteipolitisch wiedervereinigte Bürgertum erneut<sup>102</sup>. Die weitgehend reibungslose bürgerlich-obrigkeitsstaatliche Zusammenarbeit in der Wirtschaftspolitik ging verloren. Beide Flügel des politisch erneut gespaltenen Bürgertums drängten, wenngleich mit unterschiedlichen Prioritätsvorstellungen, über den bestehenden Partikular- und Obrigkeitsstaat hinaus zum National- und Verfassungsstaat.

---

102 Vgl. Kap. D I.

## II. Prinzipielle oder parlamentarische Opposition?

### 1. Zur Politik der Demokraten: Von der prinzipiellen zur parlamentarischen Opposition

#### a) „Kultus der Reichsverfassung“

Trotz zeitweiser Schwankungen hielten die Demokraten in den beiden Revolutionsjahren grundsätzlich an ihrer Politik fest, sich den Beschlüssen der Nationalversammlung unterzuordnen<sup>1</sup>. Als die Auflösung des nach Stuttgart übersiedelten Rumpfparlaments am 18. Juni 1849 das Scheitern des Verfassungs- und Einheitswerks von unten endgültig besiegelte, steigerte sich diese Fixierung der demokratischen Politik auf das Werk der Nationalversammlung bis zum „Kultus der Reichsverfassung“, der zunächst dazu bestimmt war, den preußisch-hegemonialen, sozialkonservativen Einigungsversuch von oben abzuwehren<sup>2</sup>. Daneben diente dieser „Kultus“ dem Bemühen der Demokraten, die „Märzerrungenschaften“ ungeschmälert auf der Landesebene zu erhalten und verfassungsrechtlich zu verankern. Als mit der Olmützer Punktation vom 30. November 1850 auch der preußische Einigungsversuch scheiterte, blieb von der ursprünglichen Doppelfunktion des Reichsverfassungskults allein die innenpolitische Funktion der Rechtswahrung bestehen.

Die Reichsverfassung galt den Demokraten als „Schlüssel zur Pforte der Zukunft“<sup>3</sup>. In ihre Zukunftsperspektive bezogen sie zwar langfristig auch den deutschen Nationalstaat ein, doch sie entwickelten keine auch nur annähernd präzisen Konzepte für dessen Realisierung. Da die Demokraten eine preußische Hegemonie ebenso wie eine österreichische verwarfen<sup>4</sup>, blieb ihnen nur der völlige Rückzug in die Landespolitik übrig. Hier nahmen sie eine Position der starren Prinzipientreue ein, die keinen Kompromiß mit der Regierung zuließ. Sie verwarfen deshalb alle Regierungsvorlagen für eine Verfassungsrevision, die zwar vorsahen, die „Märzerrungenschaften“ zu beschneiden, aber dennoch keine völlige Rückkehr zu den vormärzlichen Verfassungsverhältnissen anstrebten. Der Verfassungsentwurf

1 Vgl. Kap. B VI, 1.

2 Vgl. o. S. 192 ff.

3 Beob. Nr. 1 v. 1. Januar 1850.

4 S. den Aufruf des Landesausschusses an die Volksvereine, den Wahlkampf gegen die preußische und die großdeutsche „Partei“ zu führen (Beob. Nr. 15 v. 18. Januar 1850). Vgl. auch den Aufruf v. 25. Januar (ebd. Nr. 23 v. 27. Januar 1850), die Erklärung des Böblinger Volksvereins v. 21. Januar (Chronik 1850, S. 141) und die Ansprache des Abgeordneten Dr. Gustav Zeller (1812–1884, Finanzrat) an seine Wähler (Beilage z. Beob. Nr. 17 v. 20. Januar 1850).

des Ministeriums von Linden, der auf der dritten Landesversammlung vorlag, sah ein Zweikammersystem vor; die zweite Kammer sollte, im Gegensatz zur vormärzlichen Verfassung, nur noch gewählte Abgeordnete enthalten, aber wieder in indirekter Zensuswahl gewählt werden. Die Gleichstellung der Konfessionen, Zivilehe, Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit sowie Schwurgerichte waren ebenso vorgesehen wie das Recht beider Kammern auf Gesetzesinitiative und Präsidentenwahl<sup>5</sup>. Als die Abgeordnetenkammer, in der die Demokraten die Mehrheit besaßen<sup>6</sup>, diesen Entwurf ablehnte und zudem die geforderten Rüstungsgelder verweigerte, löste die Regierung die Landesversammlung auf, kehrte zur Verfassung von 1819 zurück und regierte unter Anwendung des Notverordnungsartikels der vormärzlichen Verfassung<sup>7</sup>.

Während die Liberalen Kompromißlösungen zuneigten, um die verfassungsrechtlichen Erfolge der Revolutionsjahre nicht völlig einzubüßen<sup>8</sup>, zeigten sich die Demokraten auf den drei Landesversammlungen und auch noch zu Beginn des ersten nachrevolutionären Landtags zu keinen Abstrichen an ihrem Maximalprogramm bereit. Sie hielten unverrückbar an der Gültigkeit der Grundrechte fest, die in der württembergischen König anerkannten Reichsverfassung verankert waren. Vor allem lehnten sie jeden Versuch ab, das Wahlgesetz vom Juli 1849 zu revidieren, das lediglich die Zahlung einer direkten Steuer von unbestimmter Höhe als Zensus voraussetzte. Das — fast — allgemeine Wahlrecht erhoben sie zum „obersten und wichtigsten Volksrecht“<sup>9</sup>, das sie als schlechthin konstitutiv für die demokratische Bewegung ansahen<sup>10</sup>. Eine Aufgabe dieses Wahlrechts bedeute die Rückkehr „zum Vorrechte des Geldsackes und der örtlichen Wahlumtriebe“<sup>11</sup>, die Abgeordneten würden einen „Vatermord an ihrem Auftraggeber, dem Volke“ begehen.

Die Demokraten erneuerten mit ihrer politischen Haltung die vormärzliche Opposition aus Prinzip, die in den letzten Jahren vor der Revolution schon einer Bereitschaft zur partiellen Zusammenarbeit mit der Regierung zu weichen begonnen hatte<sup>12</sup>. Sie gaben sich der Fiktion hin, daß durch eine doktrinäre Politik der Wahrung des Erworbenen Württemberg als eine freiheitliche Enklave gegen die Reaktion im Deutschen Bund zu behaupten sei. „Wir wollen festhal-

---

5 Adam, S. 110 f.

6 Vgl. o. S. 223.

7 Art. 89. Vgl. Adam, S. 112; Grube, Landtag, S. 536.

8 Vgl. Kap. C II, 2.

9 Aus dem Beschluß der Göppinger Versammlung der Demokraten (Beob. Nr. 216 v. 10. September 1850).

10 Beob. Nr. 91 v. 17. April 1850 „Was will die Demokratie?“

11 Beob. Nr. 17 v. 20. Januar 1850 „An die Wahlmänner“. Dort auch das folgende Zitat.

12 Vgl. Kap. A II, 1.

ten an unserem gesetzlichen Rechte und uns nicht durch eine falsche Politik der Zweckmäßigkeit [. . .] von dem Rechtsboden des Volkes verdrängen lassen<sup>13</sup>." Ein Zurückweichen von den erworbenen Rechten, um in Zusammenarbeit mit der Regierung oder den Liberalen Teilerfolge zu erzielen, galt den Demokraten als „Verrat am Volke, Krieg gegen das Volk“<sup>14</sup>. Als sich auf der Göppinger Volksversammlung vom September 1850 eine Stimme für eine Verständigung mit der Regierung über deren Verfassungsentwurf aussprach, lehnten die Häupter der Demokraten diesen Vorschlag entschieden ab. Es gelte, das „Recht des Volks“ zumindest „für eine kommende Zeit aufzubewahren“<sup>15</sup>.

Die Demokraten drückten sich mit ihrer Politik der kompromißlosen Rechtswahrung vor der Aufgabe, angesichts der längst wiedererstarkten alten Mächte in Württemberg und im übrigen Deutschland doch noch Teilerfolge durch eine Politik des Augenmaßes zu ermöglichen. Sie lebten noch ganz in der Erinnerung an die politische Bewegung der Revolutionsjahre, die sie nicht durch Kompromißbereitschaft korrumpieren wollten. Ihre Politik der Rechtswahrung gegenüber der Regierung war zugleich eine Politik des Rechthabens gegen die Liberalen, denen sie den Hauptanteil der Schuld am Scheitern der Revolution und am Erstarken der Reaktion zumaßen<sup>16</sup>. Abstriche an ihrem Maximalprogramm vorzunehmen, setzten die Demokraten gleich mit einem Einlenken ins liberale Fahrwasser, mit der Verleugnung der politischen Bewegung der Revolutionsjahre. Der verfrühten Verständigungsbereitschaft der Liberalen in der Revolutionszeit stellten die Demokraten nun eine verspätete Prinzipienfestigkeit entgegen, die dazu führte, daß eine Probe auf die Kompromißbereitschaft der Regierung unterblieb, die diese mit ihren Verfassungsentwürfen signalisierte. Die Demokraten vermochten sich in den ersten beiden nachrevolutionären Jahren nicht auf die veränderte politische Lage einzustellen. Sie polemisierten noch immer gegen das „Zwitterding des Konstitutionalismus“<sup>17</sup> und erkannten nicht, daß die Frage Republik oder konstitutionelle Monarchie, in der sich in den Revolutionsjahren alle Streitpunkte zwischen Liberalen und Demokraten gebündelt hatten<sup>18</sup>, nicht mehr aktuell war. Es konnte nur noch darum gehen, vor der Reaktion „etwas Konstitutionalismus“ zu retten. Die Demokraten pochten jedoch auf die volle Erhaltung der erworbenen

---

13 Aus dem Aufruf des Landesausschusses der Volkspartei v. 13. Januar 1850 (Beob. Nr. 11 v. 13. Januar). Vgl. die Adresse des Stuttgarter Volksvereins an die Landesversammlung (Chronik Nr. 132 I v. 2. Juni 1850).

14 Beob. Nr. 52 v. 1. März 1850.

15 Beob. Nr. 217 v. 11. September 1850 (Äußerung Österlens). Ähnlich sprachen sich Schoder, Fetzer u. a. aus.

16 Vgl. Beob. Nr. 156 v. 3. Juli 1850.

17 Beob. Nr. 311 v. 31. Dezember 1851 „Die Volksstimmung am Jahreschluß“.

18 Vgl. Kap. B V.

Rechte, da „offene Gewalt zu leiden immer noch besser ist und der Zukunft weniger vergibt, als seine Rechte durch freiwillige Unterwerfung unter die Unterdrückung zu vergeuden“<sup>19</sup>. Positionen zwischen diesen Extremen vermochten sie nicht zu sehen.

19 Anm. 11.

## b) Wendung zur „Realpolitik“

Dieser dogmatischen Haltung, die kompromißlos Recht gegen Macht stellte, folgte bald eine Ernüchterung, als die Demokraten das Ausmaß ihrer Machtlosigkeit und die dürftige Anteilnahme der breiten Bevölkerung an ihrer Politik der unbeugsamen Rechtswahrung erkennen mußten.

Dieser Wandel bahnte sich bereits an, als die Demokraten noch auf ihrer prinzipiellen Opposition beharrten, denn sie trieben diese nie bis zum völligen Bruch mit der Regierung. Deren Verfassungsvorschläge lehnten sie zwar ab, doch sie versuchten nicht, ihre eigenen Vorstellungen mit Hilfe des stärksten parlamentarischen Kampfmitteis, der Steuerverweigerung, durchzusetzen<sup>1</sup>. Sie verharren vielmehr in der Pose des Verteidigers von Volksrechten, gingen aber nicht selbst zum Angriff über — mit gutem Grund, denn die politische Lage inner- und außerhalb Württembergs ließ eine offensive Auseinandersetzung mit der eigenen Regierung nicht zu.

Die erste bedeutsame Etappe in der Entwicklung von der prinzipiellen zur parlamentarischen Opposition markierten die Debatten über die Haltung der Demokraten zu den Landtagswahlen von 1851. Die Diskussion über Teilnahme oder Boykott erregte eine breitere demokratische Anhängerschaft im Lande ein letztes Mal, bevor auch diese für mehrere Jahre in politische Apathie fiel. In dieser Diskussion mußte die Entscheidung fallen, ob die württembergischen Demokraten langsam in die Rolle einer parlamentarischen Opposition hineinwachsen konnten oder sich, wie die preußischen Demokraten, aus Protest gegen die Reaktion aus dem politischen Leben ganz zurückziehen würden<sup>2</sup>. Denn politisches Engagement, das nicht nur rasonieren, sondern auch die Regierungspolitik beeinflussen wollte, war angesichts des Verbots von politischen Vereinen, aber auch infolge der politischen Apathie der Bevölkerung nur noch im Landtag mög-

1 Vgl. Adam, S. 102; Beob. Nr. 67 v. 24. März; 79 v. 3. April 1850. Man hatte offensichtlich die Möglichkeit, zur Steuerverweigerung aufzurufen, erwogen.

2 Boldt (Volksvereine, S. 236—238) versucht, gegen Balser, die Entscheidung der württembergischen Demokraten für eine Teilnahme am parlamentarischen Leben gleichzusetzen mit der Entscheidung der preußischen Demokraten, Wahlenthaltung zu empfehlen. Beide hätten den bestehenden Staat entschieden bekämpft, wenn sie auch unterschiedliche Taktiken verfolgten. Boldt geht bei dieser Einschätzung offensichtlich nur von der ersten, kurzen, nachrevolutionären Phase der württembergischen Demokraten aus, in der diese in der Tat eine prinzipielle Opposition betrieben. Die Wendung der demokratischen Politik berücksichtigt Boldt nicht.

lich. Wer sich aus dem parlamentarischen Leben zurückzog, verzichtete auf das wirksamste politische Mittel, um reaktionäre Regierungsvorhaben abzuwehren oder doch abzuschwächen. Die politische Presse wurde zwar nicht ähnlich stark wie im Vormärz geknebelt, doch sie bezog ihren Stoff in starkem Maße von der parlamentarischen Bühne her, auf der die politischen Führer des Bürgertums agierten. Ohne dieses parlamentarische Aktionsfeld der Demokraten und Liberalen wäre auch ihre Presse verkümmert, die immerhin auch Themen aufgriff, die man im Landtag nicht zur Sprache bringen konnte<sup>3</sup>.

Obwohl die Meinungen anfänglich „sehr scharf“ aufeinanderprallten<sup>4</sup>, entschieden sich die demokratische Spitzengarnitur und auch die Mitglieder im Lande mit großer Mehrheit für eine Wahlbeteiligung, um sich nicht „wehrlos der Reaktion auszuliefern“<sup>5</sup>. Auf der Göppinger Versammlung vom 7. April 1851 sprachen sich Vertreter aus 47 Wahlbezirken für eine Teilnahme an den Wahlen aus<sup>6</sup>. Von den restlichen 23 Bezirken gingen keine Meinungsäußerungen ein. Diejenigen Redner, die auf der Versammlung einen Wahlboykott forderten, stellten sich entschieden auf den Standpunkt, daß man Rechtsverletzungen nicht durch Wahlbeteiligung quasi legitimieren dürfe<sup>7</sup>. Die Befürworter einer Teilnahme an den Wahlen führten vor allem zwei Argumente an: Es gelte von den „Märzerrungenschaften“ zu retten, was noch zu retten sei, und man müsse sich ein politisches Agitationsforum erhalten. Parlamentarische Mitarbeit galt ihnen als Versuch einer „Verhinderung des Rückschritts“ (M. Mohl) und als „Quelle aller politischen Bildung“ (Rödinger). „Ein einziger Uhland, ein einziger Schott [. . .] erwärmt das Rechtsgefühl eines ganzen Landes.“

Die Demokraten hatten sich damit nicht völlig von ihrer Politik der Rechtswahrung gelöst, doch diese begann ihre doktrinäre Starre zu verlieren — ein Prozeß, der sich in den folgenden Jahren noch verstärkte und schließlich in konstruktive parlamentarische Mitarbeit sowie in die demokratisch-liberale „Parteifusion“ mündete<sup>8</sup>.

In die Diskussion über die Haltung zu den Landtagswahlen griff auch Carl Mayer aus seinem Schweizer Exil ein<sup>9</sup>. Er sandte einen

---

3 Vgl. zum Pressewesen Kap. D II, 4.

4 H. Kurz an C. Mayer v. 13. Mai 1851, NL Kurz.

5 Beob. Nr. 74 v. 28. März, vgl. Nr. 83 v. 8. April 1851 (Aufruf des Wahlausschusses „An die Volkspartei“).

6 Beob. Nr. 84 v. 9. April 1851. Die Erklärungen wurden mündlich abgegeben oder lagen z. T. schriftlich vor. Die Demokraten im Wahlkreis Crailsheim hatten sich für einen Wahlboykott ausgesprochen. Wer die Erklärungen abgab, ob Vereine oder einzelne Honoratioren, ist nicht festzustellen.

7 Beob. Nr. 85 v. 10. April 1851. Aus diesem Bericht über die Reden auf der Versammlung stammen die folgenden Zitate.

8 Vgl. dazu Kap. C III.

9 Das Folgende nach dem Brief von Kurz, dem Redakteur des „Beobachters“, an C. Mayer (Anm. 4). Hervorhebung im Original. Die Schreiben Mayers an Kurz sind nicht erhalten.

Artikel, mit dem er sich im „Beobachter“ scharf gegen eine Wahlbeteiligung aussprechen wollte. Der Redakteur nahm diesen Artikel jedoch nicht auf, da „man in einer solchen Lebensfrage *vor*erst der Partei nicht ohne Not zuvorkommen darf“<sup>10</sup>. Kurz würdigte zwar die Haltung Mayers als kompromißlos konsequent, doch „inkonsequent ist ohnehin jeder Schritt der Demokratie in einer Monarchie, da Volkssouveränität und Königtum sich noch direkter widersprechen, als die Wahlgesetze von 1819 und 1849“.

In der Haltung der Emigranten<sup>11</sup> und der Demokraten, die in Württemberg blieben, spiegelten sich zwei kontroverse politische Konzepte und unterschiedliche Erwartungshorizonte. Die in Württemberg ausharrenden Demokraten maßen der „Reaktion eine sehr lange Lebensdauer zu“ und befürchteten vom „Nichtwählen den physischen Tod der Partei“<sup>12</sup>. Deutlich sprach diese Erwartung aus dem Schreiben Julius Hölders an Carl Mayer vom 19. Juni 1850<sup>13</sup>, das die politische Haltung der Demokraten präzise charakterisierte. Hölder entwickelte seinem emigrierten Freund die Gründe, die 1849 ihn und die große Mehrheit der Demokraten davon abgehalten hatten, sich der geplanten revolutionären Erhebung als Reichsexekution, als Mittel zur Vollstreckung der Nationalversammlungsbeschlüsse, anzuschließen<sup>14</sup>. Für eine bloße Möglichkeit des Erfolgs wollten sie das „Wohl, die Existenz Württembergs nicht auf das Spiel setzen“. Vor allem sei ihm, wie der „gemäßigten Linken“ überhaupt, eine „reformierende Tätigkeit im Wege der förmlich fortschreitenden Gesetzgebung“ angemessener als Versuche, revolutionär zu wirken. Den Demokraten stellte Hölder die Aufgabe: „den ermüdenden geistigen Kampf gegen die Reaktion führen, ihr jeden Zoll, den das positive Recht gewährt, streitig machen, ohne Aussicht eines raschen Erfolgs bei dem armen betrogenen Volke ausharren, seinen sinkenden Mut heben und das Bewußtsein seines Rechts in ihm lebendig erhalten.“ Er vertraute darauf, daß die „Waffe des Rechts eine starke Waffe ist“. Wie seine Gesinnungsfreunde in Württemberg lehnte Hölder Resignation ebenso ab wie eine Flucht nach vorne. Denn ein „Volk, welches den kleinen aber tausendfältigen und täglichen Kampf um sein formelles Recht, in fortwährender stetiger Entwicklung des politischen Bewußtseins verschmäh, wäre gar nicht imstande, den vollen Glanz der politischen Freiheit zu ertragen“.

Die Demokraten und auch die Liberalen<sup>15</sup> hofften, die volle Reaktion durch parlamentarisches Engagement von Württemberg abhalten

10 Kurz versprach, Mayers Artikel einem Wahlkongreß vorzulegen. Mayers Schreiben scheint aber über den engsten Führungskreis der Demokraten nicht hinausgedrungen zu sein, denn der „Beobachter“ berichtete nicht darüber.

11 Vgl. zur Haltung L. Pfaus, die der Mayers entsprach, u. S. 254.

12 Anm. 9.

13 Hs. Original im Schiller-Nationalmuseum Marbach.

14 Vgl. o. S. 142.

15 Vgl. Kap. C II, 2.

zu können. Doch Hölder, der sich auch an diese Hoffnung klammerte, beurteilte die Erfolgsaussichten skeptisch: „Mein partikularistisches Ideal hat das Schicksal aller anderen Ideale.“ Diese pessimistische Zukunftsperspektive deutet bereits auf die Wendung zur „Realpolitik“, die auch ein Teil der Demokraten — unter der Führung Hölders — für unerlässlich hielt. Die Abwertung der alten Ideale begann nicht erst in den 1860er Jahren, als das politische Bürgertum sich erneut in zwei Parteien spaltete und ein großer Teil der Demokraten aus den Revolutions- und Reaktionsjahren zu den Nationalliberalen überging<sup>16</sup>. Ansätze dazu sind bereits in der Revolutionszeit selbst zu finden<sup>17</sup>, in der nachrevolutionären Dekade wurden sie verstärkt und in den 1860er Jahren entfalteten sie ihre volle Wirkung.

Die im Lande verbliebenen Demokraten richteten sich auf eine lange Phase der politischen Unterdrückung ein. Sie hofften, während dieser dunklen Zeit die Erinnerung an die alten Rechte des Volkes wachhalten zu können, um in besseren Tagen daran anzuknüpfen. Unter den demokratischen Emigranten hingegen, sofern sie sich nicht aus der Politik ganz oder vorübergehend zurückzogen<sup>18</sup>, gab es eine in Carl Mayer verkörperte Richtung<sup>19</sup>, die von einer ganz anderen Zukunftsperspektive ausging. Mayer rechnete für 1852 fest mit großen politischen Umwälzungen<sup>20</sup>. Er forderte den ehemaligen Reichsregenten August Becher auf, der Zukunft nichts zu vergeben, denn „wir sind alle der Meinung, daß das [...] Jahr 1852 nicht ohne Entscheidung vorübergehen wird“. Mayer entwickelte, fern von den politischen Tagesmühen seiner Gesinnungsfreunde in Württemberg, weltfremde Vorstellungen von den Möglichkeiten, einen politischen Wandel herbeizuführen<sup>21</sup>.

Ebenso illusionär war seine Beurteilung der politischen Lage in Deutschland: „Wir stehen dem Siege viel näher, als Du glaubst. In Frankreich ist der Kampf nicht mehr zu umgehen. Beurteile Deutschland nicht nach Württemberg [...]. In Preußen existiert [eine] disziplinierte, starke und entschlossene Republik. *Durch alle Provinzen.* Die [Mitarbeiter] der früheren Opposition sind alle bereits revolutio-

---

16 Vgl. Kap. D.

17 Vgl. o. S. 186.

18 Völlig zurückgezogen hat sich etwa Scherr, zeitweise Pfau (vgl. die Briefe bei NÄf [Hrsg.], Nach der Revolution). Scherr sprach in seinen Briefen mehrfach vom „Unglück, ein Deutscher zu sein“ (Briefe v. 15. Januar 1864 und 12. Mai 1867, NL Scherr). Die Liberalen waren für ihn die „Verräter von 1848 u. 49“ (15. Januar 1864). Er widmete sich ganz seinen literarischen und historischen Studien. „Wenn man mal so viele Menschen kennengelernt hat, wie ich kennenlernte, so ist man gar nicht begierig, von diesem Lumpenzeug noch mehr kennenzulernen oder vielleicht näher kennenzulernen. Ich liebe die Menschheit noch immer, aber die Menschen — auf Distanz.“ (Brief v. 19. Mai 1861.)

19 Für seinen lebhaften Verkehr mit württembergischen und außerwürttembergischen Emigranten s. seinen Nachlaß in Bern bzw. Potsdam.

20 Brief v. 8. Oktober 1851 an August Becher, NL Haußmann Bü 101. Die Briefe Mayers in diesem Nachlaß sind sämtlich ms. Abschriften.

21 Vgl. Anm. 78, S. 144.

när kompromittiert. Die gesamte deutsche Emigration, mit Ausnahme der exklusiven roten Kommunisten (Marx und Engels) ist eben in der Einigung begriffen<sup>22</sup>.“ Geld fließe reichlich<sup>23</sup>. Mayer überschätzte in geradezu grotesker Weise die politischen Wirkungsmöglichkeiten der württembergischen Opposition. „Wen Du [Becher in seinen Prozeßreden] nicht zu schonen brauchst, das ist die Monarchie. Sei ihr ein Schrecken. Du kannst es, wenn Du Dich in Deiner ganzen Länge gegen sie aufrichstest<sup>24</sup>.“

Die württembergischen Demokraten ließen sich von dieser unrealistischen Einschätzung der politischen Lage nicht zu einer Politik der Konfrontation verleiten, die angesichts der realen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse ohne die geringste Aussicht auf Erfolg war. Sie nahmen vielmehr eine Haltung ein, die auch Mayer, ein Jahr bevor er seine Brandbriefe aus dem Exil sandte, für die wahrscheinliche angesehen hatte: „Daß die sogenannte Demokratie in Württemberg in die Bahn des Alt-Liberalismus einbiegt, scheint auch mir klar.“ Die Regierung werde, so glaubte Mayer, noch hinter die Verfassung von 1819 zurückgehen. „Das bringt den ganzen Rommel der Bourgeoisie auf unsere Seite und der Gegensatz wird wieder einfach und simpel<sup>25</sup>.“ In seiner Verurteilung der „Parlamentskrankheit“ stimmte er mit dem ebenfalls emigrierten Ludwig Pfau überein, der die Teilnahme der Demokraten am parlamentarischen Leben als „Unzucht mit der bestehenden Tatsache“<sup>26</sup> verwarf. „Mit solchen Leuten macht man keine Revolution.“ Pfau empfahl: „Leset den Proudhon! Das ist ein Kerl! Das ist die beste Arznei gegen die Parlamentskrankheit<sup>27</sup>.“

Diese Kraftworte, die aus der Perspektive derer gesprochen waren, die der politischen Verantwortung fern standen und von der politischen Lage in der Heimat isoliert waren, blieben ohne Wirkung auf die württembergischen Demokraten. Sie zeigten aber, wie weit sich die Emigranten von den langfristigen Zielvorstellungen und den kurzfristigen Erwartungen der im Lande gebliebenen Gesinnungsgenossen der Revolutionsjahre entfernt hatten — Emigranten, die auf die demokratische Partei der 1860er Jahre starke Einflüsse ausübten und die erneute parteipolitische Trennung des württembergischen Bürgertums wesentlich mitbestimmten und forcierten<sup>28</sup>.

22 Brief vom 26. Oktober 1851 an Becher (Anm. 20). Über diese Aktivität deutscher Emigranten in der Schweiz berichteten preußische Spitzel an das Berliner Polizeipräsidium (STAP Lit S Nr. 442 Vol. I).

23 Vgl. dagegen Pfaus Klage über seine Finanzlage (Briefe an Mayer vom 5. Mai und Juni 1850, bei: Näf, S. 181 f., 188 ff.).

24 Anm. 20.

25 Brief vom 16. Mai 1850 an Becher (Anm. 20).

26 Pfau (Anm. 23), S. 177.

27 Ebd. S. 182. 1858 setzte sich Pfau in seiner Studie „Proudhon und die Franzosen“ mit diesem auseinander. 1865 erweiterte er seine Schrift (Pfau, Freie Studien, S. 497 ff.).

28 Vgl. Kap. D I, 2b.

Als der erste nachrevolutionäre Landtag, in dem die Demokraten nur noch eine Minderheit stellten<sup>29</sup>, im Mai 1851 einberufen wurde, versuchten die 18 demokratischen Abgeordneten sich mit einer Vorbehaltserklärung dem Vorwurf der Inkonsequenz zu entziehen. Auch sie empfanden die Diskrepanz zwischen der von ihnen propagierten Politik der unbeugsamen Rechtswahrung und ihrer Beteiligung an einem Landtag, der nicht nach dem Wahlgesetz von 1849 gewählt war, das die Demokraten noch als gültig und als die wichtigste Errungenschaft der Revolutionsjahre ansahen<sup>30</sup>. 42 Abgeordnete, unter denen sich alle Liberalen befanden, legten ebenfalls eine Rechtsverwahrung ein<sup>31</sup>, die im Ton milder war und das von den Liberalen nie geschätzte Wahlgesetz vom Juli 1849 nicht erwähnte. Sie protestierten gegen die erneute Beteiligung von Privilegierten an der Abgeordnetenversammlung und legten Wert auf die Feststellung, daß ihre Teilnahme am Landtag keine Anerkennung von Standesvorrechten bedeute.

Beide Erklärungen verdeutlichten die unterschiedlichen Zielsetzungen von Demokraten und Liberalen. Während die Demokraten immer noch auf der Gültigkeit der Gesetze aus den Revolutionsjahren pochten, als deren Krönung ihnen das (fast) allgemeine, direkte Wahlrecht galt, begnügten sich die Liberalen mit dem Versuch, eine Wiederbelebung der Standesvorrechte zu verhindern<sup>32</sup>. Aus beiden Erklärungen sprach aber auch die Einsicht, außerhalb des Landtags politisch nicht wirken zu können.

Als die Regierung und die Rechte der Abgeordnetenversammlung gegen die Erklärung der Demokraten protestierten<sup>33</sup>, lenkten diese ein. Auf

---

29 Vgl. o. S. 223.

30 Die Erklärung lautete: „Die Unterzeichneten, indem sie ihren Sitz in der Kammer der Abgeordneten einnehmen, erklären, daß sie die Berufung der Ständeversammlung nach den Bestimmungen der Verfassungsurkunde von 1819 als eine berechnete nicht anerkennen, vielmehr das Gesetz vom 1. Juli 1849 als rechtlich fortan gültig betrachten, daß sie aber in Erfüllung der Pflicht, für die Rechte des Volks überall einzustehen, wo die Möglichkeit sich eröffnet, und durch den Machtspruch der Regierung außer Stand gesetzt, einen andern Weg zu Wahrung dieser Rechte zu betreten, an dem Landtage sich beteiligen, indem sie jede Verantwortung hierüber der Regierung überlassen.“ Unterzeichnet von den 18 demokratischen Abgeordneten (Verhandlungen d. Abgeordnetenversammlung v. 7. Mai 1851).

31 Die Erklärung lautete: „Die Unterzeichneten erklären, daß sie bei ihrem Entschlusse, in die Kammer der Abgeordneten einzutreten, die Gründe, welche gegen einen solchen Schritt angeführt werden können, vollständig gewürdigt, daß sie die schweren Bedenken, in die gegenwärtig zum Teil wieder aus Privilegierten bestehende Ständeversammlung einzutreten, nur durch die Erwägung bewältigt haben: Es gebiete die Pflicht, gerade in den schwierigsten Verhältnissen dem Vaterlande sich nicht zu entziehen, daß sie jedoch diesen ihren Schritt nie so angesehen wissen wollen, als gedächten sie damit für die Wiederherstellung aufgehobener Standesvorrechte sich auszusprechen“ (ebd. S. 26). Hervorhebung im Original. Nach WZ Nr. 113 v. 14. Mai 1851 war diese Erklärung vom 8. Mai schon beschlossen, als die Demokraten ihre Erklärung vom 6. Mai übergaben.

32 Vgl. Kap. C II, 2.

33 Vgl. dazu das Mehrheits- und das Minderheitsgutachten der staatsrechtlichen Kommission der Abgeordnetenversammlung (I. Beilagenband, Beilage Nr. 292).

die Frage, ob sie die Beschlüsse der Kammer als rechtsgültig anerkennen werden, antwortete der demokratische Abgeordnete Pfeifer mit einer Kompromißformel, die die Bereitschaft der Demokraten umschrieb, den „gegenwärtig bestehenden Rechtsboden“ und damit die Kammerbeschlüsse anzuerkennen<sup>34</sup>. Die Regierung zeigte sich befriedigt.

Bei der Abstimmung über die Aufhebung der Grundrechte im März 1852 bekundeten die Demokraten noch einmal ihre Prinzipientreue<sup>35</sup>. Nachdem dieses wichtigste Erbe der Revolution mit den Stimmen eines Teils der Liberalen bis auf wenige Reste liquidiert war<sup>36</sup>, begann für die Abgeordnetenversammlung die mühevoll parlamentarische Kleinarbeit abseits der großen Grundsatzfragen. In diesen Sachfragen gingen die Meinungen quer durch die Fraktionen, so daß sich die politischen Gegensätze aus der Revolutionszeit langsam verwischten.

Als 1855 der Landtag neu zu wählen war, gab der „Beobachter“ in seiner Artikelreihe „Wählen oder Nichtwählen?“<sup>37</sup> ein Resümee über die Arbeit des ersten nachrevolutionären Landtags und einen Ausblick auf die Aufgaben des nächsten. Das „geringe Maß des Widerstands“, den der aufgelöste Landtag leistete, habe wenigstens die geplante reaktionäre Modifizierung der Gemeindeordnung verhindert<sup>38</sup>. Die nächste Abgeordnetenversammlung stehe vor der wichtigen Aufgabe, die Frage einer Nachentschädigung für die abgelösten Feudallasten zu regeln. Wer sich in dieser Frage gleichgültig zeige, der schreibe sich selbst in die „politische Gantliste“ ein. Das Oppositionsorgan konstatierte „eine unerhörte Umwandlung der Dinge“ seit den Landtagswahlen von 1851. „An die Stelle der Hoffnung ist die Hoffnungslosigkeit getreten.“ Die Demokraten sahen ein, daß sie von der entpolitisierten Bevölkerung keine Unterstützung für eine prinzipienstarre Politik zu erwarten hatten. Die Artikel forderten auf, die konstruktive parlamentarische Mitarbeit der letzten Jahre fortzusetzen<sup>39</sup>. Der „Vereinbarungsboden ist von allen Parteien *tatsächlich* betreten und seit mehreren Jahren kultiviert“. Einen eventuellen Wahlboykott

34 Pfeifer sagte (Text nach WZ Nr. 65 v. 17. März 1852): Das Volk habe nicht das Recht zu revolutionieren, der einzelne nicht das Recht, die Steuerzahlung zu verweigern. Die Beschlüsse seien so lange verbindlich, als der gegenwärtig bestehende Rechtsboden nicht abgeschafft sei. Komme eine andere Zeit, so könnten diese Gesetze revidiert werden.

35 Probst hatte den Antrag gestellt, der Aufhebung der Grundrechte pauschal die Zustimmung zu versagen. Nur die 18 Demokraten stimmten für diesen Antrag (Verhandlungen d. Abgeordnetenversammlung v. 15. März 1852, S. 2801 f.).

36 Zum Verhalten der Abgeordneten vgl. Kap. C II, 2.

37 Nr. 219, 221, 224 v. 18., 20. und 23. September 1855. Hervorhebung im Original.

38 Vgl. dazu Kap. C III, 3b.

39 S. dazu u. S. 276 ff. Der „Beobachter“ (Nr. 269—271 v. 16. November bis 18. November 1855) polemisierte zwar gegen verschiedene Kammerbeschlüsse. Doch das bezweckte vor allem, die Bedeutung des nächsten Landtags zu unterstreichen. Das Blatt gab auch Übersichten über das Abstimmungsverhalten der einzelnen Abgeordneten bei verschiedenen Gesetzesvorlagen.

lehnte das Blatt der wiedervereinigten bürgerlichen Opposition<sup>40</sup> entschieden ab als „Grundlasten des deutschen Idealismus, die alle Schranken der Wirklichkeit überspringende Konsequenzreiterei“. Doch Stimmen, die zur Wahlenthaltung rieten, wurden gar nicht erst laut. Die Wahlbeteiligung war im Gegenteil reger als 1851. Der Hauptgrund für die stärkere Mobilisierung der Wahlberechtigten ist in den Regierungsplänen zu sehen, nach denen der Adel eine Nachentschädigung für die vollzogenen Ablösungen erhalten sollte<sup>41</sup>. Dagegen wandten sich Bürgertum und Bauernschaft gleichermaßen.

1855, als der steile Aufschwung der württembergischen Wirtschaft einsetzte, hatte die gesamte bürgerliche Opposition die Wendung zur parlamentarischen Opposition bereits vollzogen und sich auf dieser Grundlage wiedervereint.

---

<sup>40</sup> Ende 1854 stellte die PW ihr Erscheinen ein, vgl. u. S. 148.

<sup>41</sup> Die Verhandlungen schleppten sich bis 1865 hin, als die Standesherrn die Gültigkeit der Ablösungsgesetze anerkannten und die Abgeordnetenkammer ihnen dafür ein Stück entgegenkam: Sie stimmte der Ablösung der Komplexlasten zu. 1861 hatte die Abgeordnetenkammer die verlangte Nachentschädigung für die übrigen Ablösungen abgelehnt. Vgl. Adam, S. 125. Detailliert dazu Knapp, S. 184 ff.; Neth, Standesherrn, S. 228 ff.

## 2. Die liberale „Taktik der Versöhnlichkeit“

Die politische Haltung, die die Liberalen nach dem Scheitern der Revolution einnahmen, setzte konsequent ihre politische Konzeption der Revolutionsjahre fort. Sie hatten von Anfang an dem Vereinbarungsprinzip gehuldigt<sup>1</sup> und standen ihrem eigenen Werk, der Reichsverfassung, mit einiger Skepsis gegenüber, da sie im Verfassungswerk der Nationalversammlung keine ausreichende Garantie für die von ihnen angestrebte sozialkonservative Zementierung des Status quo sahen<sup>2</sup>. Sie waren deshalb in den Debatten über die Regierungspläne zur Verfassungsrevision von vornherein bereit, kräftige Abstriche an den Grundrechten der Reichsverfassung zu akzeptieren. Die Liberalen, die sich gelegentlich selbst liberal-konservativ nannten<sup>3</sup>, verkündeten zwar mehrfach, daß sie „eine den Grundrechten entsprechende Verfassungsrevision, soweit diese ohne Reich ausführbar ist“<sup>4</sup>, anstrebten. Als „Hauptteil der Grundrechte“<sup>5</sup> galt ihnen jedoch nur die Aufhebung der Standesvorrechte. Auf die Wahrung dieses Rechtsguts konzentrierten sie sich; bei allen anderen „Märzerrungen-schaften“ waren sie zu kräftigen Korrekturen bereit und forderten sie z. T. nachdrücklich. Das galt vor allem für das allgemeine, direkte Wahlrecht, gegen das sich die Liberalen bereits 1848/49 entschieden

---

<sup>1</sup> Vgl. Kap. B IV, 3.

<sup>2</sup> Vgl. Kap. B VI.

<sup>3</sup> WZ Nr. 26 v. 30. Januar; Nr. 61 v. 12. März 1850.

<sup>4</sup> WZ Nr. 91 v. 17. April 1851.

<sup>5</sup> WZ Nr. 74 v. 27. März 1852.

gewandt hatten<sup>6</sup>. Das Festhalten der Demokraten am Wahlgesetz von 1849 zog eine der Haupttrennlinien zwischen den beiden politischen Flügeln des Bürgertums<sup>7</sup>.

Die Liberalen betrachteten sich selbst als konzessionsbereite „Partei“ des Mittelstands, zu dem sie die „Gebildeten, Beamten, Gutsbesitzer, Kapitalisten, Gewerbsleute“ und die „wohlhabenderen Bauern“<sup>8</sup> rechneten. „Der Mittelstand hat auch demokratische Neigungen, d. h. er will keine durch Geburt bevorzugte Untertanen, aber er will gewisse politische Vorrechte für Bildung und Besitz, und er glaubt der Gleichberechtigung aller dadurch gehörig Rechnung zu tragen, daß er die Möglichkeit der Erlangung jener Vorrechte für alle in Aussicht stellt.“

Die erstrebten politischen Vorrechte sahen die Liberalen mit der Rückkehr zum vormärzlichen Wahlrecht als gewährleistet an. Sie konnten sich deshalb ganz darauf konzentrieren, eine Erneuerung von Vorrechten der Geburt abzuwehren. Um dieses Ziel zu erreichen, verschmähten sie es nicht, zur Überbrückung aller politischen Gräben im Bürgertum aufzurufen und sich mit Appellen an das württembergische Volk zu wenden. Die „öffentliche Meinung“ sollte mobilisiert werden und Druck auf die Regierung ausüben. „Es handelt sich jetzt nicht um Monarchie oder Republik, nicht um Eigentum oder Kommunismus, nicht um rechte oder linke Seite — es handelt sich um die Wiedereinführung der Standesvorrechte in Württemberg<sup>9</sup>.“ Der Aufruf schloß mit den Worten: „Württemberg! Welcher Klasse der bürgerlichen Gesellschaft, welcher politischen Partei Ihr angehören möget, zeigt durch Einsendung von Adressen der Regierung, daß Ihr nicht gemeint seid, Euch durch Wiedereinführung der Standesvorrechte und ihrer verderblichen Folgen auf den vormärzlichen Standpunkt zurückführen zu lassen.“

Zu einem Zugeständnis waren die Liberalen jedoch auch bei den Standesvorrechten bereit: in der Frage der Fideikomnisse. Deren Aufhebung hielten sie für einen „unstatthaften Eingriff in die Eigentumsrechte“<sup>10</sup>; sie schlugen deshalb vor, die Fideikomnisse jeweils auf eine bestimmte Zeitdauer zu begrenzen und sie gleichzeitig für alle Bürger zuzulassen<sup>11</sup>. Auf diesen Vorschlag, der auf eine Feudali-

---

6 Vgl. o. S. 167 ff.

7 WZ Nr. 91 v. 17. April 1851. Vgl. Nr. 47 v. 23. Februar; 33 v. 7. Februar (Wahlrede Goppelts); 98 v. 25. April; 114 v. 15. Mai; 250 v. 22. Oktober 1850; 33 v. 8. Februar; 8 v. 23. Mai 1852.

8 PW Nr. 1 v. 4. April 1852 „Die Freiheit“. Dort auch das folgende Zitat.

9 WZ Nr. 126 v. 29. Mai 1850 „An das württembergische Volk“.

10 Aus der Artikelreihe „Der Württembergische Adel und Württembergische Zeitung“ (WZ Nr. 12 ff. v. 15. Januar 1851). Diese Artikel, so zeigt ihr Inhalt, stammen von einem der liberalen Märzminister; wohl von Friedrich Römer, der in Nr. 93 v. 20. April 1851 auf die demokratischen Angriffe gegen die liberale Bereitschaft, Fideikomnisse zu akzeptieren, antwortete.

11 WZ Nr. 76 v. 10. März 1851.

sierung des gehobenen Bürgertums hinauslief, das allein davon profitieren konnte, gingen jedoch weder die Standesherrn noch die Regierung ein.

Die Aufhebung der gesamten Grundrechte wurde schließlich von der Abgeordnetenversammlung mit 53 zu 33 Stimmen gebilligt<sup>12</sup>. Unter den 53 Befürwortern befanden sich auch liberale Abgeordnete. Die prominentesten Liberalen, wie Duvernoy und Goppelt, die Märzminister<sup>13</sup>, oder Reyscher, Dörtenbach und Notter lehnten allerdings die pauschale Aufhebung ab. Sie machten aber in ihren Reden deutlich, daß sie zu Abstrichen bereit gewesen wären. Nur an den „wirklich guten und wohl ausführbaren Grundrechten“<sup>14</sup>, d. h. an der rechtlichen Gleichstellung des Bürgers mit dem Adel, hielten sie fest.

Mit der Aufhebung der Grundrechte war die liberale „Taktik der Versöhnlichkeit“<sup>15</sup> ebenso gescheitert wie die prinzipielle Opposition der Demokraten. Während diese nach Abschluß der Grundsatzfragen ihre politische Haltung änderten und in die Rolle einer parlamentarischen Opposition hineinwuchsen, konnten die Liberalen ihre politische Konzeption fortsetzen. Denn sie hatten stets die konstruktive Zusammenarbeit mit der Regierung angestrebt.

1850, als die Liberalen die Legende von der revolutionären Demokratie massiv propagierten<sup>16</sup>, empfahlen sie noch eine bürgerlich-obrigkeitsstaatliche Einheitsfront zur Abwehr einer angeblich drohenden Revolution<sup>17</sup>. Als dieser Appell zur Einheit ohne Resonanz blieb, warben sie in verstärktem Maße mit ihrem Wahlspruch, unter dem sie der Reaktion doch noch Teilerfolge abzurufen hofften: „Schicket Euch in die Zeit“<sup>18</sup>. Sie gaben sich ebenso wie die Demokraten der Illusion hin, durch einen entschiedenen Rückzug in die Landespolitik Württemberg vor dem Zugriff der Reaktion aus dem Deutschen Bund bewahren zu können. Ihr Ziel war es, das „Partikularnest möglichst wohnlich einzurichten“. Sie sahen zwar das Dilemma, ihr Einheitsstreben dem Versuch opfern zu müssen, die partikularstaatliche Souveränität zu verteidigen, um damit gleichzeitig Freiheitsrechte zu wahren. Doch „wie beklagenswert es auch sein mag, daß das Wenige, was uns übrigbleiben soll, uns nur auf Kosten der Einheit erhalten werden kann“, die „souveräne Luft der einzelnen ist der unfreiwillige Rettungsanker, an dem der schwache Rest der Märzerrungenschaften ein(en) Haltpunkt findet“<sup>19</sup>.

---

12 Verhandlungen der Abgeordnetenversammlung v. 15. März 1852, S. 2802 f.

13 Römer war Präsident der Kammer und stimmte deshalb nicht mit.

14 So Duvernoy (Anm. 12), S. 2798; vgl. auch die Rede Notters, ebd. S. 2781. Außer ihnen sprach kein Liberaler.

15 WZ Nr. 119 v. 21. Mai 1851.

16 Vgl. Kap. B IV, 4, und WZ Nr. 205 v. 29. August; 250 v. 22. Oktober 1850.

17 Vgl. o. S. 195 ff.

18 Titel von WZ Nr. 119 v. 21. Mai 1851. Dort auch das folgende Zitat.

19 WZ Nr. 11 v. 10. August 1851.

Liberalen und Demokraten verfochten das gleiche politische Konzept — Rückzug in die partikularstaatliche Freiheitsenklave —, doch ihre Taktik differierte zunächst. Während die Demokraten keinen Fußbreit des erworbenen Rechts freiwillig aufgeben wollten, waren die Liberalen zu Kompromissen mit der Regierung bereit, um gemeinsam mit ihr gegen Übergriffe der Reaktion aus dem Deutschen Bund Front zu machen<sup>20</sup>. Auch als sich diese Hoffnung zerschlug, wichen die Liberalen nicht von ihrer Politik der Kompromisse und der kleinen Schritte, zu der sich auch die Demokraten in zunehmendem Maße bekennen mußten. „Wer in der Politik starr an Grundsätzen hängt, keine Konzessionen macht, darf darauf rechnen, daß er nichts erreicht“<sup>21</sup>.

Als 1853 August Ludwig Rochaus Schrift „Grundsätze der Realpolitik“ erschien, fand sie unter den württembergischen Demokraten und Liberalen große Beachtung<sup>22</sup>. Die Liberalen waren auf diese Absage an die Ideale von 1848/49 vorbereitet und hatten sie z. T. schon selbst vollzogen. „Derjenige Teil der vormärzlichen Liberalen, welcher im Jahre 1848 nicht demokratisch geworden ist, [...] begreift, daß die nationale Frage ein neues, sehr wesentliches Element bildet, und daß nach den Erfahrungen von 1848—1849 das Ziel einer wahren Einheit auf dem damals betretenen Boden nicht erreicht werden kann“<sup>23</sup>. Mit dieser Desillusionierung der eigenen politischen Konzeption war aber noch nichts über einen neuen, besseren Weg zur Einheit hin ausgesagt. Die einseitige Hinwendung der württembergischen Liberalen der 1860er Jahre zur Einheitsfrage, wobei gleichzeitig der freiheitliche Ausbau der einzelstaatlichen Verfassungen als Ziel liberaler Politik in den Hintergrund trat, war noch nicht vollzogen. Das liberale Organ bezeichnete es vielmehr als Aufgabe, „unter fortgesetzter Pflege der Einzelverfassungen“<sup>24</sup> dem Einheitswerk zu dienen. Es schien sich also eine Entwicklung anzubahnen, die — ähnlich wie einen Teil der Demokraten im September 1848<sup>25</sup> — auch die Liberalen auf die Parole „durch die Freiheit zu Einheit“ einzuschwören begann.

Der württembergische Liberale Gustav Widenmann, der noch vor Rochau in der Schrift „Ein Wort über die Hoffnungen auf eine neue politische Bewegung“ (1852) die Abkehr von den alten Idealen propagiert hatte<sup>26</sup>, forderte zwar, den Nationalstaat als Voraussetzung für

20 Vgl. Nr. 250 v. 22. Oktober 1850; 1 v. 1. Januar 1851.

21 WZ Nr. 22 v. 26. Januar 1851, gez. „r“.

22 Vgl. Beob. Nr. 203 v. 30. März 1853 (Wir können dieses Buch „mit wahren Vergnügen dem Publikum empfehlen“, Rez. von G. Diezel) und WZ Nr. 35 ff. v. 28. August 1853 („Wir empfehlen dieses Buch allen Freunden gesunder politischer Anschauung“).

23 PW Nr. 47 v. 19. November 1854.

24 Ebd.

25 Vgl. o. S. 187.

26 Dieses württembergische Analogon zu den „Grundsätzen der Realpolitik“ war allerdings bei weitem nicht so konsequent wie Rochaus Schrift. Widenmann entwickelte die Vorstellung von einem liberalen „Volkstribunat“ (Kap. V), das die Massen erziehen und soziale Gegensätze ausgleichen sollte.

eine wirtschaftliche Gesundung Deutschlands zu schaffen. Doch er nannte es den „Grundirrtum des alten Liberalismus“, sich nur „Eine politische Aufgabe zu seinem ausschließlichen Ziele“<sup>27</sup> zu machen. Er verlangte vielmehr, daß sich das Bürgertum auf seine eigene Kraft besinne, nicht aber nach Hilfe von oben, sei es von Preußen, von Osterreich oder von einem anderen Staat, ausschauen möge. Und Widenmann gehörte später zu den entschiedenen Nationalliberalen!

Die Entwicklung der württembergischen Liberalen der 1850er Jahre zu denen der 1860er, der Wandel ihrer Konzeption vom freiheitlichen Ausbau des „Partikularnests“ zur unbedingten Priorität der nationalen Einheit, war also nicht als selbstverständlich vorgegeben. Es mußten erst Ereignisse eintreten und Erfahrungen hinzukommen, die diesen Wandel herbeiführten, der auch einen Teil der Demokraten erfaßte. Zunächst aber besaß für beide Richtungen des politisch aktiven Bürgertums die Innenpolitik den Vorrang. Auf dieser Grundlage konnten sie sich einigen.

---

<sup>27</sup> Ebd. S. 62.

### III. Der Weg zur „Parteifusion“

#### 1. Verfall zur informellen Existenz des politischen Vereinswesens

Das politische Vereinswesen begann nach dem endgültigen Scheitern der Revolution zu zerfallen<sup>1</sup>. Liberale Vereine gaben letztmals im Januar 1850 ein Lebenszeichen, als sich 12 Vereine für den Anschluß Württembergs an die preußisch-hegemoniale Union aussprachen<sup>2</sup>. Die demokratischen Vereine, die fester organisiert waren als die Liberalen, konnten sich länger behaupten. Doch auch sie verfielen vor allem auf Grund der politischen Apathie der Bevölkerung. Anfang 1852 existierten nur noch 10, die eine Verordnung vom 1. Februar 1852 verbot<sup>3</sup>. Diese Verordnung untersagte nicht generell das politische Vereinswesen, sondern nur das demokratische. Als Kriterium galt die Unterordnung unter den demokratischen „Landesausschuß und dessen Organisation“<sup>4</sup>. Liberale Organisationen betraf das Verbot also nicht. Im Gegensatz zum demokratischen Vereinswesen, das sich zum größeren Teil selbst auflöste und dessen Rest staatlicher Zwang liquidierte, war der Verfall der liberalen Vereine ausschließlich ein Akt der Selbstauflösung. Sie verkümmerten nicht nur infolge des politischen Desinteresses des breiten Bürgertums; hinzu kam, daß ihnen nach dem Scheitern der preußischen Unionsinitiative ein Ziel fehlte, auf das sie sich ausrichten konnten. Die Plochinger Versammlung der liberalen Unionsbefürworter billigte die Anregung, die liberalen Vereine künftig „deutsche Vereine“ zu nennen<sup>5</sup>. In dieser Umbenennung drückte sich die Konzentration der Liberalen auf den preußischen Einigungsversuch aus. Als dieser Versuch dann aber scheiterte, fehlte demjenigen Teil des liberalen Bürgertums, der zum politischen Engagement noch bereit war, eine Motivation für Vereins-

1 Vgl. o. S. 191 f. Zum Begriff der „informellen Existenz“ s. Schmierer, S. 43.

2 Vgl. o. S. 195 f.

3 Stuttgart, Hall, Gmünd, Göppingen, Reutlingen, Uhringen, Eblingen, Ellwangen, Heilbronn, Geislingen, vgl. Boldt, Volksvereine, S. 74.

4 Zit. aus dem Entwurf und der Begründung des Verbots der demokratischen Vereine durch das Justiz- und das Innenministerium v. 26. Januar 1852 (HSTAS E 146 Bü 1952). Die Literatur spricht meist vom Verbot „der“ politischen Vereine. Dieser Entwurf zeigt aber ebenso wie der Wortlaut der Verbots-Verordnung, daß nur die demokratischen Vereine verboten wurden. Eine genauere Regelung des Vereinswesens traf erst die Verordnung v. 25. Januar 1855, die sich an den Bundesbeschluß vom 13. Juli 1854 über das Vereinswesen anlehnte. Politische Vereine wurden auch 1855 nicht grundsätzlich verboten, mußten aber unaufgefordert nachweisen, daß sie nicht gegen Gesetze verstießen und nicht die öffentliche Sicherheit gefährdeten (§§ 2—4). Zudem durften sie keinen Kontakt zu anderen Vereinen haben (§ 7) und mußten Versammlungen anmelden (§ 8). Nur Arbeitervereine, die politische Ziele verfolgten, verbot man generell (§ 10).

5 Chronik Nr. 13 II v. 15. Januar 1850.

bildungen. Denn innenpolitisch strebten sie einen Ausgleich mit der Regierung an<sup>6</sup>, der aber nur im Landtag, dem institutionalisierten Ort bürgerlich-staatlicher Zusammenarbeit, zu erreichen war. Außerparlamentarische Aktivitäten hätten die angestrebte Kooperation mit der Regierung nur getrübt, bestenfalls nicht belastet, kaum aber gefördert. Ließ bereits dieses politische Ziel der Liberalen — Ausgleich mit der Regierung durch parlamentarische Mitarbeit — den Aufbau eines politischen Vereinswesens als unnötig erscheinen, so trat als zusätzliches Motiv für die Selbstauflösung der liberalen Vereine die ausgeprägte Organisationsunwilligkeit der Liberalen hinzu<sup>7</sup>. Ihre Vereinsbildung war in starkem Maße erzwungen gewesen durch das außerparlamentarische Engagement der Demokraten<sup>8</sup>. Als dieser Zwang, auf die Aktivität des politischen Gegners reagieren zu müssen, nicht mehr bestand, entfiel auch die Bereitschaft der Liberalen, sich in Vereinen zu organisieren. Diese Haltung entsprach ihrem Parteiverständnis<sup>9</sup>.

Trotz der Auflösung der politischen Vereine riß der Kontakt zumindest der aktiveren führenden Persönlichkeiten untereinander nicht völlig ab. Das geringe Maß an politischem Leben, das noch bestehen blieb, zog sich z. T. in Vereine zurück, die ursprünglich unpolitisch waren. Die bereits im Vormärz festzustellende Kryptopolitisierung des unpolitischen Vereinswesens<sup>10</sup> lebte in der Reaktionszeit wieder auf. „Wieder flüchtete sich die Freiheit in das Lied“, notierte Otto Elben<sup>11</sup>, der die Entwicklung des Schwäbischen Sängerbundes maßgeblich mitbestimmte<sup>12</sup>. Auch die Teilnahme an Turnvereinen, Bürgervereinen oder Feuerwehrverbänden<sup>13</sup> nutzte man als Möglichkeit, um miteinander in Verbindung zu bleiben. 1854 ordnete das Innenministerium an, die Papiere sämtlicher Turnvereine zu kontrollieren, da man vermutete, daß die Vereine sich teilweise immer noch, wie in den Revolutionsjahren, „mit politischen Angelegenheiten befassen“<sup>14</sup>. Das Ministerium sah aber keinen Anlaß für weitere Schritte.

Für einige Städte meldeten die Oberamtsberichte ausdrücklich, daß die Bürgervereine sich zwar in der Regel auf gesellige Zusammenkünfte sowie die Besprechung gewerblicher und kommunaler Fragen

---

6 Vgl. C II, 2.

7 Vgl. Kap. B II.

8 Vgl. o. S. 118.

9 Vgl. o. S. 116 ff.

10 Vgl. o. S. 79.

11 Lebenserinnerungen, S. 125.

12 Vgl. seine Geschichte des deutschen Sängeresens: „Der volkstümliche deutsche Männergesang“.

13 Bericht des Oberamts Tübingen v. Januar 1856 (HSTAS E 146 Bü 1956).

14 Aus der Anordnung des Innenministers an das Oberamt Heidenheim v. 4. Februar 1854 (STAL F 172 Bü 86). Das Ministerium hatte den Papieren des Geisinger Vereins entnommen, daß 43 Turnvereine existierten. Einige scheinen sich aber mangels Beteiligung aufgelöst zu haben.

konzentrierten, daß sie aber bei Gemeinde- und Landtagswahlen auch als Wahlklubs fungierten<sup>15</sup>. Die Reutlinger Bürgergesellschaft soll sich sogar so fest in der Hand der Demokraten befunden haben, daß Andersdenkenden der Zutritt verweigert wurde<sup>16</sup>.

Auch die Gewerbevereine bildeten mitunter ein Auffangbecken für die versiegte politische Vereinstätigkeit. Das Oberamt Crailsheim meldete im Februar 1852, daß der dortige Volksverein bereits Ende 1850 „in politischer Beziehung sich aufgelöst hat, und nur noch als Gewerbeverein besteht“<sup>17</sup>. Otto Elben etwa, dessen Familie den „Schwäbischen Merkur“ besaß, gehörte dem Ausschuß des Stuttgarter Gewerbevereins an<sup>18</sup>, der Demokrat Dr. Ammermüller leitete den Reutlinger Gewerbeverein<sup>19</sup>. Auch ein landwirtschaftlicher Alpverein mit mehreren Bezirksgruppen soll eine von Demokraten inspirierte Gründung gewesen sein. Der ehemalige Pfarrer Süskind, der für seine demokratische Gesinnung mit der Aufgabe seines Berufs zahlte<sup>20</sup>, stand an der Spitze des Alpvereins<sup>21</sup>. Das scheinen aber Ausnahmefälle gewesen zu sein. Insgesamt dienten diese gewerblichen und vor allem die landwirtschaftlichen Vereine eher der Entpolitisierung.

Neben diesem gelegentlich festzustellenden Ausweichen in eine versteckte und maßvolle Politisierung unpolitischer Vereine sind z. T. regelmäßige, z. T. sporadische Zusammenkünfte führender Persönlichkeiten der aufgelösten politischen Vereine zu registrieren. In Stuttgart tagte das sogenannte „Affenmuseum“ der Demokraten<sup>22</sup>, in anderen Orten gab es ähnliche gesellige Vereinigungen, in denen auch politisiert wurde<sup>23</sup>. Auch der Kontakt zu den Emigranten riß nicht ab<sup>24</sup>.

15 Bericht der Regierung des Neckarkreises v. 3. Januar 1857 (HSTAS E 146 Bü 1953).

16 Bericht der Regierung des Schwarzwaldkreises v. 30. Juni 1854 (ebd.); vgl. PW Nr. 52 v. 25. Dezember 1853. Als 1865 erneut ein Volksverein in Reutlingen entstand (Runge, S. 48, Anm. 88), blieb er mit der Bürgergesellschaft personell verbunden (SVZ Nr. 89 v. 14. April 1867).

17 Bericht v. 4. Februar 1852 (HSTAS E 146 Bü 1952).

18 Lebenserinnerungen, S. 125.

19 Vgl. Anm. 86, S. 243 zu ihm; s. auch Kap. D VI.

20 Vgl. Anm. 11, S. 224.

21 Bericht des Ulmer Regierungsdirektors v. 4. Juni 1856 (HSTAS E 146 Bü 1965).

22 Bericht der Regierung des Neckarkreises v. 9. Dezember 1854 (ebd.).

23 Dazu viele Belege in HSTAS E 146 Bü 1965; auch die Aufzeichnungen Albert Schotts (1782—1862, Obertribunalprokurator) bezeugen das (NL Schott). Vgl. auch Traub, S. 74 f.

24 Vgl. Hölders Brief an C. Mayer v. 19. Juni 1850 (vgl. o. S. 252 f.); C. Mayer an C. Deffner v. 15. Juli 1850 (NL Deffner): gemeinsame Schweizreise; H. Kurz an C. Mayer v. 13. Mai 1851 (vgl. o. S. 251 f.); C. Mayer an Ludwig Uhland v. 18. August 1851 (Hartmann [Hrsg.], Uhlands Briefwechsel, Nr. 2407): Uhland übernimmt Patenschaft bei Mayers Sohn Ludwig; diverse Briefe Mayers an August Becher v. 1850 f. (NL Haubmann). 1851 gaben Demokraten ein Bankett, dessen Erlös für die politischen Emigranten bestimmt war (HSTAS E 146 Bü 1952, Bericht v. 26. Januar 1852). 1857 soll sich Pfau mehrere Wochen bei Freunden in Württemberg aufgehalten haben (HSTAS E 146 Bü 1955, Berichte zu Pfau v. 19., 23. August, 9. September 1857; 12. Januar 1858).

Das wichtigste Mittel aber, um über kleine Zirkel hinaus den Kontakt mit den Gesinnungsfreunden im Lande zu halten, waren die Zeitungen. Der „Beobachter“, die „Schwäbische Chronik“ und die „Württembergische Zeitung“, die seit April 1852 als „Politisches Wochenblatt“ erschien, sorgten dafür, daß die vormärzliche Erstarrung des politischen Lebens in der Reaktionszeit nicht in vollem Umfang wiederkehrte. Der freie, selbstbewußte Ton der politischen Zeitungen war nicht mehr zu eliminieren. Die meist präventive Selbstzensur der vormärzlichen Presseorgane gehörte der Vergangenheit an<sup>25</sup>.

An diese informelle Existenz des früheren politischen Vereinswesens, die auch die Arbeitervereine wahrten<sup>26</sup>, konnte man anknüpfen, als sich Mitte der 1860er Jahre das politische Leben wieder offen in Vereinen und darüber hinaus in organisierten Parteien zu kristallisieren begann<sup>27</sup>. Der Verfall der politischen Vereine in der Reaktionsdekade und der Rückzug in unpolitische und z. T. kryptopolitische Organisationen begünstigte die Annäherung der getrennten politischen Lager des Bürgertums. Denn die Auflösung der alten Organisationen entschärfte das Konkurrenzverhältnis zwischen Liberalen und Demokraten, das sich in den getrennten Vereinen institutionell verfestigt hatte. Andererseits bereitete die liberal-demokratische Zusammenarbeit in unpolitischen Vereinen den gemeinsamen Neuanfang vor.

## *2. Konflikt und Annäherung*

### **a) Politische Öffentlichkeit, Presse und Parlament**

Für die nachrevolutionären Auseinandersetzungen zwischen Demokraten und Liberalen war charakteristisch, daß sie im Gegensatz zu den Kontroversen in den Revolutionsjahren die aktive Teilnahme der breiten Bevölkerung eingebüßt hatten. Die Diskussion beschränkte sich wieder, wie im Vormärz, vornehmlich auf die Führungskreise. Das konnte einerseits die Überbrückung der Gegensätze erleichtern, doch auf der anderen Seite hatte gerade in den Führungszirkeln die Polemik der Revolutionsjahre tiefe Wunden geschlagen, die nur langsam verheilten. Im Unterschied zum Vormärz vollzog sich aber die politische Diskussion nicht überwiegend im Parlament. Wenn auch die Abgeordnetenkammer seit dem Zerfall des politischen Vereinswesens wieder in den Brennpunkt des öffentlichen Lebens rückte, so besaß sie doch nicht mehr das vormärzliche „Monopol“ der politischen

---

25 Vgl. Elben, Lebenserinnerungen, S. 125 f.

26 Vgl. Schmierer, S. 42 ff.

27 Dazu Kap. D.

Diskussion<sup>1</sup>. Im Gegenteil, da 1852 die Grundsatzdebatten im Landtag mit der Rückkehr zur vormärzlichen Verfassung ihr Ende fanden<sup>2</sup> und sich die Abgeordnetenversammlung dann weitgehend in parlamentarischer Kleinarbeit erschöpfte, mußten die prinzipiellen Kontroversen zwischen Demokraten und Liberalen in der Presse ausgetragen werden.

Ein weiterer charakteristischer Unterschied zum politischen Leben im Vormärz bestand darin, daß sich die Diskussionen zwar weitgehend auf die Führungskreise beschränkten, aber doch über diese hinausgriffen, da sie sich in den Tageszeitungen vor der Öffentlichkeit vollzogen. Das politisch interessierte Bürgertum konnte somit an den Auseinandersetzungen passiv teilhaben, auch wenn es sich aktiv wenig an ihnen beteiligte. Und es konnte, wenn es wollte, in diese eingreifen; durch Leserbriefe, durch eingesandte Artikel<sup>3</sup>. Die Debatten innerhalb der Führung waren also weit stärker als im Vormärz auf die Öffentlichkeit bezogen und mit dieser verklammert. Es gab, vereinfacht und pointiert formuliert, eine Zweiteilung des politischen Lebens, zwei politische Aktionsebenen: im Landtag verrichtete die politische Spitzengarnitur des Bürgertums gemeinsam die mühevollen, aber unentbehrlichen parlamentarischen Tagesarbeiten; auf dem Forum der politischen Presse fochte sie ihre grundsätzlichen Debatten aus über Trennendes und Verbindendes im politischen Bürgertum, über Konflikte und Chancen zur Annäherung.

---

1 Daß sich das 1847 schon änderte, als sich im „Beobachter“ die Diskussion über die Bedeutung der Hungerrevolten für die bürgerliche Politik vollzog, wurde in Kap. A II, 2 gezeigt.

2 Vgl. Kap. C II.

3 Das geschah vor allem dann, wenn das politische Leben in Bewegung geriet; vgl. etwa u. S. 278.

## b) Verfrühte Einigungsversuche

Bereits 1850 erhoben sich Stimmen, die forderten, das gespaltene Bürgertum wieder zu einem geschlossenen politischen Block zusammenzufassen, um eine gemeinsame Front gegen die drohende Reaktion aufzubauen<sup>1</sup>. Dagegen wurden sofort Gegenstimmen laut<sup>2</sup>, die eine Aussöhnung ablehnten bevor nicht die Demokraten das angebliche „Endziel ihrer Bestrebungen“ aufgaben: die Massenherrschaft in Form der Republik<sup>3</sup>. Die liberale Führungsspitze zeigte sich jedoch nicht unzugänglich für eine parlamentarische Zusammenarbeit mit den Demokraten. Als Voraussetzung forderte man, daß sich die demokratischen Abgeordneten nicht wieder zu einer festen Fraktion, dem „Klub Kober“, zusammenschließen würden<sup>4</sup>. Im Land kam es bereits

---

1 WZ NR. 61 v. 12. März; 67 v. 19. März; 79 v. 3. April 1850 (gez. „E. F.“).

2 WZ Nr. 78 v. 2. April; 79; 81 v. 5. April 1850.

3 Vgl. dazu Kap. B IV, und WZ Nr. 81.

4 WZ Nr. 229 v. 26. September 1850. Die demokratische Fraktion nannte sich so nach ihrem Tagungsort.

vereinzelt zu organisatorischer Zusammenarbeit von Demokraten und Liberalen<sup>5</sup>. Auch die demokratische Führungsgarnitur schien einer Aussöhnung nicht abgeneigt. Ihr Organ sagte eine Rückkehr zur vor-märzlichen Dichotomie der „Parteien“ voraus: eine „Partei der Erhaltung der überlieferten Formen der Gesellschaft“ und die „Partei der Reform der Gesellschaft“<sup>6</sup>. Die Liberalen appellierten an die Demokraten, den Landtagswahlkampf (1851) gemeinsam gegen diejenigen zu führen, die eine Wiederbelebung der Standesvorrechte beabsichtigten. Das „Volk läßt seine Gewählten im Stich“, deshalb müsse man sich auf ein Minimalprogramm einigen: die Erhaltung der Gleichheit vor dem Gesetz<sup>7</sup>.

Derartige Ansätze zu einer Wiedervereinigung des gespaltenen Bürgertums gingen jedoch ins Leere. Im Wahlkampf konzentrierten sich Liberale und Demokraten vielmehr auf die innerbürgerliche Auseinandersetzung und verloren den gemeinsamen Gegner aus den Augen<sup>8</sup>. Die Versuche zur „Parteifusion“ kamen zu früh, da beide politischen Richtungen des Bürgertums noch hofften, ihre differierenden Ziele in den Verhandlungen über eine Revision der Verfassung durchzusetzen. Die Grundsatzdiskussion der Revolutionsjahre — rechtliche oder politische Gleichheit, mit all den tatsächlichen oder vermuteten Konsequenzen — lebte noch einmal auf und verhärtete die Fronten. „Neben der politischen Gleichberechtigung aller, ohne Rücksicht auf Stand, Bildung und Vermögen und neben dem Prinzip der Volkssouveränität ist der Bestand einer monarchischen Verfassung auf die Dauer unmöglich; gerade in diesen Punkten aber unterscheidet sich der Liberalismus vom Demokratismus<sup>9</sup>.“

Nur wenige Monate nach der Aufhebung der Grundrechte (März 1852), als Liberale und Demokraten sich das Scheitern ihrer Politik der innerbürgerlichen Kontroverse eingestehen mußten, entspann sich zwischen ihren Publikationsorganen ein grundsätzlicher Disput, der an eine Artikelserie im „Fränkischen Kurier“ („Zur Kritik der Märzrevolution“) anknüpfte<sup>10</sup>. Die Artikel griffen auf die Revolutionserfahrungen zurück und rekonstruierten noch einmal die Trennung der bürgerlich-liberalen „Mittelpartei“ von der demokratischen „Volks- und Bewegungspartei“. Die Soziallängste des liberalen Bürgertums, so konzidierte das demokratische Organ, waren nicht völlig

5 In Rottweil vereinbarten Demokraten und Liberale, einmal im Monat eine „allgemeine Bürgergesellschaft zu veranstalten“ (Chronik Nr. 86 II v. 10. April 1850). Über den Erfolg dieser Bemühung, eine „Versöhnung der verschiedenen politischen Schattierungen“ (ebd.) zu erreichen, ist nichts bekannt.

6 Beob. Nr. 297 v. 13. Dezember 1850 „Die Parteien 2.“

7 WZ Nr. 74 v. 28. März 1851.

8 Vgl. o. S. 148.

9 PW Nr. 8 v. 23. Mai 1852.

10 Beob. Nr. 174 v. 25. Juli; 222 v. 18. September; 223 v. 19. September; 243 v. 14. Oktober 1852; PW Nr. 26 v. 26. September 1852. Die folgenden Zitate nach diesen Artikeln. Der „Beobachter“ übernahm diejenigen Passagen der „trefflichen Artikel“, mit denen er sich identifizierte.

unbegründet gewesen. Das Proletariat, die ins „System gebrachte Verzweiflung der Massen“, habe die soziale Grundlage der bürgerlichen Stellung in Staat und Gesellschaft auszuhöhlen begonnen. Doch gegen die politisch-sozialen Ansprüche des Proletariats helfe keine sozialkonservative Allianz mit dem Obrigkeitsstaat, sondern „nur die Freiheit und Nichts als die Freiheit“, denn die „Massen sind jetzt wach geworden und nicht wieder einzuschlafen“. Um die Emanzipationsbewegung des Proletariats mit der bürgerlichen zum Kampf gegen den Obrigkeitsstaat zu verbünden, muß — so erkannte das demokratische Blatt — der Versuch des liberalen Bürgertums aufgegeben werden, die vollen politischen Rechte auf die eigene Klasse zu beschränken. Durch politisch-rechtliche Gleichstellung sowie durch „Aufklärung und Bildung“ gelte es, die „Verbindung sämtlicher intelligenten und freiheitsliebenden Elemente des Bürgertums und des Volks, des Besitzes und der Arbeit“, anzubahnen. Mit diesem Konzept griffen die Demokraten auf ihre Politik der Revolutionsjahre — Integration durch volle politische Gleichberechtigung<sup>11</sup> — und auf vereinzelte sozialpolitische Ansätze unter den vormärzlichen Liberalen<sup>12</sup> zurück. Diese angestrebte Verbindung des „Bürgertums, d. h. des arbeitenden Kapitals, und des Volks, d. h. der kapitallosen Arbeit“, zielte auf die volle Integration des Proletariats in die bürgerliche Gesellschaft. Von kommunistischen Bestrebungen grenzte sich das demokratische Organ jetzt ebenso scharf ab wie die Demokraten der Revolutionsjahre<sup>13</sup>. Sie erkannten nun, daß ihre Trennung von den Liberalen, die 1848/49 die Durchsetzung der eigenen Ziele ermöglichen sollte, jetzt destruktiv wirken mußte, wenn sie angesichts des politischen Siegs der alten Mächte beibehalten würde. Gelingen die Wiedervereinigung des gespaltenen Bürgertums bei gleichzeitiger Integration des Proletariats nicht, so werde die „alle Klassenunterschiede nivellierende Revolution des Proletariats“ unvermeidbar sein.

Das Organ der württembergischen Liberalen verhielt sich reserviert gegenüber dem demokratischen Angebot, die alten Gegensätze zu überbrücken. Es monierte nicht zu Unrecht, daß nach dem Konzept der Demokraten allein das liberale Bürgertum seine politischen Ziele revidieren müßte. Die angestrebte Versöhnung sollte auf der Grundlage des unveränderten demokratischen Programms stattfinden. Zudem fühlten sich die Liberalen durch die französischen Erfahrungen in ihren Warnungen vor dem allgemeinen Wahlrecht bestätigt. Das cäsaristische Regime Louis Napoleons galt ihnen als Modellfall für die Folgen des allgemeinen Wahlrechts, wenn es dem „Volk“ gewährt wird, das für die Demokratie „noch lange nicht reif ist, und wahrscheinlich nie reif werden wird“. Eine solche Haltung verweigerte nicht nur kurzfristig den Anspruch der Unterschichten auf poli-

<sup>11</sup> Vgl. o. S. 133 ff.

<sup>12</sup> Vgl. Kap. B VII, 1.

<sup>13</sup> Vgl. Kap. B VII, 2; B V, 2.

tische Gleichberechtigung, sondern ließ ihn auch langfristig als unrealisierbar erscheinen.

Der „Beobachter“ beantwortete diese liberale Absage an sein Veröhnungsangebot mit einem Artikel<sup>14</sup>, der noch einmal beteuerte, daß keinerlei Verbindung zwischen demokratischer Bewegung und „sozialistischen und kommunistischen Elementen“ bestehe. Die Demokratie bilde vielmehr die „wahre Mitte zwischen feudal- und finanzaristokratischem und sozialkommunistischem Absolutismus“. Darüber hinaus regte das demokratische Organ die Integration aller Klassen in einer neuen „politisch-nationalen Bewegung“ an; nur sie könne über die drohenden „sozialen Kämpfe Herr werden“. Dieser demokratische Appell zur Aufhebung politischer Divergenzen und sozialer Gegensätze in einer nationalen Bewegung verweist bereits auf die politische Haltung der württembergischen Liberalen in den 1860er Jahren<sup>15</sup>; er deutet auch bereits an, daß in der zweiten Hälfte der Reaktionsdekade die stärkeren nationalen Impulse von den Demokraten, nicht aber von den Liberalen ausgingen<sup>16</sup>! Schon die Diskussionen des Jahres 1853 zwischen Liberalen und Demokraten lassen also den rückschauenden Betrachter erkennen, daß erst eine Umformung der Programme, verbunden mit einer personellen Fluktuation zwischen den beiden politischen Flügeln des Bürgertums, stattfinden mußte, bevor sich die neuen Fronten zwischen demokratischer und liberaler Bewegung der 1860er Jahre herausbilden konnten. Die nachrevolutionären liberalen Ausgestalter des württembergischen „Partikularnests“ bedurften einer Verbindung mit dem Nationalstaatsstreben der Demokraten, damit die nationalliberale Partei des Reichsgründungsjahrzehnts entstehen konnte<sup>17</sup>.

14 Nr. 243 (Anm. 10).

15 Vgl. Kap. DIV zum Charakter der liberalen Partei als nationale Sammlungsbewegung.

16 Vgl. dazu den folgenden Abschnitt 3a.

17 Vgl. auch dazu 3a.

### 3. „Parteifusion“

#### a) Nationale Bewegung und „deutschnationale Partei“

Trotz der Absage der Liberalen auf diesen ersten noch tastenden Versuch der Demokraten, das politische Bürgertum zu vereinigen, bahnte sich bald eine Annäherung der politischen Lager auf allen Ebenen des politischen Lebens an: im Landtag, in den kommunalen Gremien<sup>1</sup> und in der öffentlichen Diskussion in den politischen Blättern<sup>2</sup>.

1 Vgl. u. 3b.

2 Auch in der Führungsspitze gab es solche Ansätze. So vertrat der Demokrat Probst den Liberalen Friedrich Römer in einem Prozeß als Rechtsanwalt (Chronik Nr. 264 II v. 6. November 1852). Römer unterstützte Probst auch anderweitig beim Aufbau einer Rechtsanwaltspraxis, vgl. Scheurle, Katholizismus, S. 5.

Es setzte sich langsam die Vorstellung durch, daß man vor einem „Bankerott des Bürgertums“<sup>3</sup> stehe, das sich nur durch Zusammenfassung seiner Kräfte politisch regenerieren könne. Die Demokraten bildeten in diesem Prozeß die treibende Kraft, die auf eine Überbrückung der alten Gegensätze drängte. Die Liberalen lieferten seit Ende 1853 nur noch gelegentliche Rückzugsgefechte, in denen sie die Gefahr eines sozialen Umsturzes stets aufs neue beschworen<sup>4</sup>. Aus Angst vor einer sozialen Revolution, dem Trauma der Liberalen, das sich im Vormärz schon gebildet und 1847 und 1848/49 verhärtet hatte<sup>5</sup>, dämpften sie auch die Erwartungen auf eine nationalpolitische Belebung, die zumindest Teile der demokratischen Führungskreise von einem Kampf zwischen Rußland und dem „Westen“ erhofften. Im Krimkrieg<sup>6</sup> sahen die Liberalen in ganz Deutschland eine Möglichkeit, das erstarrte politische Leben in Bewegung zu setzen und die nationale Einigung Deutschlands voranzutreiben<sup>7</sup>. Die württembergischen Liberalen jedoch entzogen sich, ebenso wie die Kabinette<sup>8</sup>, dem lauten Drängen der Publizistik nach einer Beteiligung der deutschen Länder am Krieg. Die Liberalen schreckten zurück vor der sozialen Revolution, die — so befürchteten sie — aus einem europäischen Krieg hervorbrechen würde. „Der Tagelöhner, der Arbeiter, der verschuldete Gutsbesitzer und Gewerbsmann, kurz die ganze große Masse der Armen, hat entweder keine oder nur höchst unvollkommene Begriffe vom Sozialismus<sup>9</sup>. Aber sie alle ahnen, daß jene Lehre den Grundsatz einer gleicheren Verteilung des Eigentums, einer selbständigeren Stellung des Arbeiters in sich fasse, und sie werden sie, sobald sich die Gelegenheit dazu darbietet, in einer Weise geltend machen, wovon selbst die wissenschaftlichen Helden des Sozialismus keine Ahnung haben. Die passendste Gelegenheit wäre ein Krieg. Eben deshalb aber sind wir gegen den Krieg, nicht aus Vorliebe für den materiellen Besitz, sondern im Interesse der durch einen Sieg der Massen gefährdeten Zivilisation<sup>10</sup>.“ Das liberale Organ empfahl eine Art bewaffneter Neutralität, um „Krieg und Revolution“<sup>11</sup> zu verhindern.

Das Blatt der Demokraten hingegen setzte sich in einer Vielzahl von Artikeln für eine Kriegsteilnahme Preußens und der Mittelstaa-

3 Beob. Nr. 115 v. 19. Mai 1853. Aus einer Artikelserie (Nr. 115—117) „Über den Adel“.

4 Vgl. PW Nr. 32 v. 7. August; 50 v. 11. Dezember 1853; 54 v. 29. Januar 1854.

5 Vgl. Kap. A II; B I, IV, 4; V, 3.

6 Zuletzt dazu W. Baumgart, Friede von Paris 1856.

7 Vgl. Gertler, Deutsche Rußlandpublizistik 1853—1870, bes. S. 78 ff.

8 Für Württemberg vgl. Grupp, Kap. III f.; Traub, Kap. 1; Martenson, Kap. B; Krusemarck, passim.

9 Zur Definition von „Socialismus“ und „Communismus“ in Württemberg vgl. Kap. B VII, 2.

10 PW Nr. 50 v. 11. Dezember 1853.

11 PW Nr. 8 v. 19. Februar 1854, Hervorhebung im Original.

ten an der Seite Österreichs, Englands und Frankreichs ein. In Gustav Diezel<sup>12</sup> fanden die Demokraten einen engagierten und eloquenten Befürworter eines Kampfes zwischen dem „Westen“ und dem „Osten“, der genutzt werden sollte, um eine „große deutschnationale Partei“<sup>13</sup> zu schaffen. Er konnte sich mit seinen Plänen in Württemberg zwar nicht durchsetzen und ging deshalb Ende 1854 vorübergehend nach Coburg, wo sich infolge der Initiative Herzogs Ernst II. ein „Literarisch-politischer Verein“ bildete, der die nationalen Kräfte in Deutschland zusammenfassen wollte<sup>14</sup>. Doch Diezels Vorstellungen fanden im Führungskreis der württembergischen Demokraten eine Zeitlang stärkeren Anklang, denn man ließ ihn mehrfach Leitartikel im „Beobachter“ veröffentlichen<sup>15</sup>, und viele Artikel zeigten ähnliche Gedankengänge<sup>16</sup>.

Diezel propagierte unermüdlich die Fusion der parteipolitisch getrennten bürgerlichen Lager zu einer nationalen Partei. Als Initialzündung sollte die Teilnahme am Krieg gegen Rußland wirken. Die von Diezel projektierte Partei war als Sammelbecken für alle national Gesinnten konzipiert. Ihre Programmlosigkeit war programmatisch. „Sie muß verschiedene politische Meinungen und Anschauungen umfassen können<sup>17</sup>.“ „Sie hat nicht die Aufgabe und kann nicht die Aufgabe haben, eine Verfassungsform für Deutschland zu entwerfen<sup>18</sup>.“ Die nationale Partei sollte den neutralen Boden bilden, auf dem sich alle politischen Richtungen im gemeinsamen Ringen um den Nationalstaat vereinen konnten. Dieses „nationale Sammelbecken“ war aber nicht als eine Volkspartei gedacht, die alle Sozialschichten umfassen und mobilisieren sollte. Es genüge, „vornehmlich bedeutendere

12 Auf seine Aktivität in Württemberg geht auch kurz ein Traub, S. 95 ff.

13 Beob. Nr. 204 v. 31. August 1853 (Von Diezel, vgl. Anm. 15).

14 Vgl. Gertler, S. 81. Der Nachlaß Louis Bareiß (württ. Landtagsabgeordneter 1868/70; Papierfabrikant in Göppingen; 1869 machte er bankrott) enthält ausschließlich Briefe Diezels, die er von Coburg an Bareiß schrieb. Diezel berichtet darin eingehend von seinen Verhandlungen in Coburg. Diezel lebte in Göppingen im Hause von Bareiß (HSTAS E 146 Bü 1953, Bericht der Regierung des Donaukreises v. 2. Juli 1854). Nach seinem Zerwürfnis mit den württembergischen Demokraten (vgl. u. S. 274 f.) ging er nach Österreich, wo er im Dezember 1856 ausgewiesen wurde. Er folgte dann einer Einladung Herzogs Ernst II. nach Coburg (Lorch, S. 12). Begonnen hatte der geborene Württemberger seine politische Laufbahn in der demokratischen Bewegung Bayerns der Revolutionsjahre (Brunner, Politische Bewegung in Nürnberg 1848/49, passim). In diversen Faszikeln im HSTAS ist viel Material zu Diezel vorhanden, u. a. auch handschriftliche Manuskripte von ihm.

15 Nr. 203 f. v. 30. August 1853; 32 v. 8. Februar; 45 v. 23. Februar; 48 f. v. 27. Februar 1855 (namentlich gezeichnet). Der Artikel „Wann war es Zeit zum Krieg mit Rußland?“ (Nr. 80 v. 5. April 1854) dürfte nach Sprache und Inhalt auch von ihm stammen.

16 Vgl. vor allem Nr. 145 v. 24. Juni; 161 v. 3. Juli; 201 v. 29. August; 239 v. 13. Oktober 1854.

17 Diezel, Bildung einer nationalen Partei (1855), S. 129. Vgl. die ähnlichen Gedankengänge in seiner Schrift „Frage der deutschen Zukunft“ (1854), vor allem S. 219 ff.

18 Nationale Partei, S. 127.

Persönlichkeiten zum offenen Beitritt zu gewinnen“, um die „Bildung einer klaren und geeinten öffentlichen Meinung“ zu ermöglichen. Jene „Elemente, von denen massenhafte Demonstrationen und Emeuten auszugehen pflegen“<sup>19</sup>, seien fernzuhalten. Die Zielsetzung und der soziale Einzugsbereich der geplanten Partei waren also fest begrenzt. Eine Wiederholung der innerbürgerlichen Kontroversen der Revolutionsjahre hoffte Diezel vermeiden zu können, indem er sich ganz auf die nationale Frage konzentrierte. Als Ferment sollte der nationale Kampf gegen Rußland wirken.

Diezels Propaganda für diesen Krieg war nicht frei von rassistischen und chauvinistischen Tönen, die über die weitverbreitete anti-russische Haltung der deutschen Publizistik hinausgingen<sup>20</sup>. Er rief zum Kampf auf „bis der slawische Osten dem germanisch-romanischen Westen politisch und ökonomisch unterworfen, in eine Kolonie des Westens verwandelt“<sup>21</sup> sei. Ein Artikel des „Beobachters“, der wohl von Diezel stammte<sup>22</sup>, präzierte diese Expansionspläne teilweise. Als „erste Bedingung für die selbständige politische Existenz einer Nation“ sei der „gesicherte Besitz von Meeresküsten und Stromesmäündungen“ anzusehen. Deshalb werde man den Kampf um Schleswig-Holstein und auch um „Holland, diesem von Deutschland abgetrennten Teile“, nicht umgehen können.

Für die württembergischen Demokraten waren aber die Diezelschen Visionen eines germanisch-slawischen Kampfes allenfalls sekundär, wengleich sie sich nicht völlig frei davon hielten<sup>23</sup>. Im Vordergrund stand für sie die Möglichkeit, durch eine deutsche Teilnahme am Krimkrieg das getrennte Bürgertum vereinigen und gleichzeitig die nationale Einheit schaffen zu können<sup>24</sup>.

Warum versuchte Diezel seine Pläne für eine nationale Partei ausgerechnet von Württemberg aus zu realisieren? Die große Mehrheit der württembergischen Bevölkerung leitete, wie in anderen deutschen Ländern auch, ihre Energien ins wirtschaftliche Engagement<sup>25</sup>; der politische aktive Teil des Bürgertums konzentrierte sich auf die Landespolitik; die Regierung war auf die Erhaltung der Souveränität des Landes bedacht. Württemberg bot also keine besonderen Voraussetzungen, um von dort aus eine nationale Partei ins Leben rufen zu können. Diezel mußte jedoch an das politische Leben eines Staats des „Dritten Deutschlands“ anknüpfen, denn — so erkannte er — Österreich und Preußen paralysierten sich gegenseitig, von ihnen seien

19 Ebd. S. 131.

20 Nach Gertler (S. 178) wurden erst seit der Reichsgründung die Urteile über die russische Politik nüchterner.

21 Nationale Partei, S. IV (Vorwort, geschrieben Ende Mai 1855 in Göppingen).

22 Vgl. Nr. 80 v. 5. April 1854 (Anm. 15).

23 Vgl. etwa Beob. Nr. 201 v. 29. August; 239 v. 13. Oktober 1854.

24 Vgl. vor allem Beob. Nr. 161 v. 13. Juli; 201 u. 239 (Anm. 16); 1 v. 2. Januar; 58 v. 10. März 1855.

25 Vgl. Kap. C I, 3 und allgemein vor allem Zunkel.

keine realisierbaren nationalpolitischen Initiativen zu erwarten<sup>26</sup>. Der „Anfang der Parteibildung [muß] in den außerpreußischen und außerösterreichischen [Ländern], in Klein-Deutschland gemacht werden“<sup>27</sup>. Diezel hoffte wohl, den Nimbus nutzen zu können, den sich das württembergische Bürgertum 1849 durch sein Engagement für die Reichsverfassung in Deutschland erworben hatte<sup>28</sup>. Mit den württembergischen Demokraten verband ihn zudem seine Abneigung gegen einen preußisch-hegemonialen kleindeutschen Nationalstaat.

Wenngleich die Pläne Diezels scheiterten, trug seine Aktivität doch dazu bei, die parteipolitischen Fronten zu überbrücken, und regte politische Kontakte über süddeutsche Ländergrenzen hinweg an. Nachdem sich bereits im Januar 1855 württembergische Demokraten an mehreren Orten getroffen hatten, um eine Vereinigung mit den Liberalen anzubahnen<sup>29</sup>, kam es am 4. März 1855 in Ulm zu einer Versammlung, an der neben württembergischen Demokraten<sup>30</sup> und Gustav Diezel auch bayerische Politiker teilnahmen<sup>31</sup>. Die Ulmer Versammlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, die von den Demokraten entgegen ihren sonstigen Gepflogenheiten nicht informiert wurde. Nach Polizeiberichten, die auf nachträglichen Erkundigungen beruhen<sup>32</sup>, bezweckte das Treffen vorbereitende Gespräche mit dem Ziel, das politische Leben zu mobilisieren. Man wollte das gespaltene Bürgertum auf Landesebene wieder zusammenführen und

26 Nationale Partei, S. 72 f. u. ö. Diezels politische Haltung unterlag einem starken Wandel. 1854 setzte er noch größere Hoffnungen auf das protestantische Preußen („Fragen der Zukunft“, bes. 144 ff.); 1857 forderte er, der nationale Gedanke müsse sich an Österreich „anlehnen“, aber nicht mit der österreichischen Politik „identifizieren“ („Politische Resultate“, S. 122). Ein Jahr zuvor bezeichnete er den deutschen Protestantismus als den „intimsten Verbündeten Rußlands“ („Die katholische Kirche als geschichtliche Macht und die politische Unfähigkeit der protestantischen Richtungen in Deutschland“, S. 62 f.) und sprach vom protestantischen „Cäsaropapismus“ (ebd. S. 71). Er forderte deshalb die „Konstituierung Deutschlands unter österreichischen Auspizien“ (ebd. S. 136).

27 Nationale Partei, S. 129, vgl. S. 73.

28 Vgl. Anm. 66 S. 142.

29 Berichte der Regierung des Neckarkreises v. 7. Januar und 7. Februar 1855 (HSTAS E 146 Bü 1965).

30 Darunter die Abgeordneten Gottlob Tafel (1801—1874); Probst, Dr. Ludwig Seeger (1811—1864), Adolf Seeger; die ehemaligen Abgeordneten Dr. Karl Friedrich Schnitzer (1805—1871), Karl Nüßle (1816—1892), August Becher. Manche Berichte nennen 14 württembergische Demokraten, andere sprechen von ca. 20. Alle Angaben über die Ulmer Versammlung nach HSTAS E 146 Bü 1953 (Bericht des Ulmer Regierungsdirektors v. 10. März; Aufzeichnungen Minister von Linden v. 7. Oktober; Außenministerium an Innenministerium v. 2. und 16. April; Akte v. 21. März 1854), Bü 1965 (Bericht der Regierung des Neckarkreises v. 7. Februar 1855), E 65/68 Bü 254 Verz. 57 (Innenminister an Staatsrat v. Wächter v. 7. Februar; Degenfeld, der württembergische Gesandte in München, an v. Linden v. 19. März 1855), E 146 Bü 1966 (Stuttgarter Wochenbericht v. 21. August 1855 Nr. 6). Vgl. auch Traub (S. 100), dem die meisten Berichte unbekannt waren. Auch Hermann (Entstehung des Nationalvereins, S. 29 f.) geht kurz auf die Ulmer Versammlung ein. Ihm lagen zwei polizeiliche Wochenberichte von 1857 und 1859 vor.

31 Dr. med. Schmid und wahrscheinlich der Kaufmann Krämer aus München, der Nürnberger Kaufmann Martini und der Kaufmann Grohé aus Edenkoben/Pfalz.

32 Den ausführlichsten Bericht gab der Ulmer Regierungsdirektor Hohott am 10. März 1885 (Anm. 30). Dort das folgende Zitat. Tafel präsierte der Versammlung.

zugleich für eine „Einigung Deutschlands unter Einem Oberhaupte“ wirken. Daneben verabredete man aber auch gemeinsame Initiativen in den einzelnen Landtagen, um eine Vereinheitlichung des Münzwesens, von Maßen und Gewichten sowie des Strafrechts zu erreichen.

Diese Ulmer Zusammenkunft löste einen intensiven diplomatischen Verkehr zwischen den beunruhigten Regierungen von Württemberg, Bayern, Baden und Hessen aus<sup>33</sup>. Der bayerische Minister von der Pfordten schlug sogar vor, einen Zeitungsartikel zu veröffentlichen, um den gemäßigten Liberalen „darüber die Augen zu öffnen, [. . .] daß sie der Spielball der radikalen Umsturzeute zu werden auf dem besten Weg sei(en)“.

Die Pläne für eine Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg fanden zwar auch Zustimmung unter den württembergischen Demokraten, doch die ablehnenden Stimmen überwogen<sup>34</sup>. Sie waren nicht nur skeptisch hinsichtlich der Möglichkeit, die Liberal-Demokraten des „Dritten Deutschlands“ angesichts der realen politischen Verhältnisse in Deutschland vereinigen zu können; vor allem lehnten sie das von Diezel angeregte Agieren im „Untergrund“ ab. Diezels Vorschläge für die Parteipraxis waren in der Tat höchst unausgegoren. Er wollte die öffentliche Meinung gegen die Regierungen mobilisieren und dafür ein zentrales Parteiorgan schaffen. Die Zusammenkünfte der Parteimitglieder sollten aber vor der Polizei geheimgehalten werden<sup>35</sup>. Eine solche Geheimbundspraxis an der Basis bei gleichzeitiger publizistischer Spitze war nicht nur undurchführbar, sondern widersprach auch der politischen Tradition der württembergischen Demokraten und Liberalen, die ihre Diskussionen stets öffentlich führten. Die Ulmer Zusammenkunft entsprach dem Modell Diezels: öffentliche Propagierung der nationalpolitischen Ziele, aber vor der Öffentlichkeit abgeschirmte Parteitreffen<sup>36</sup>. Vor der Öffentlichkeit konnte man das Treffen zwar geheimhalten, nicht aber vor der Polizei.

Auf das Scheitern der Diezelschen Bemühungen, von Württemberg aus eine Nationalpartei zu gründen, folgten die — wie der „Beobachter“ sarkastisch schrieb — „Göppinger Donquichotaden“<sup>37</sup>. Dieses

33 Vgl. vor allem die Berichte des Außen- an das Innenministerium v. 2. und 16. April (Anm. 30). Dort das folgende Zitat aus einem Schreiben Pfordtens an Degenfeld v. 30. März 1855.

34 Auch außerhalb Württembergs stießen die Pläne für eine nationale Partei auf Reserve. So schrieb Karl Francke (1805—1870; damals Regierungspräsident in Coburg) am 9. August 1855 an Max Duncker (1811—1886): „Übrigens graut mir vor der süddeutschen Bande, die Diezel zusammenscharen würde“, Schultze (Hrsg.), Duncker: Politischer Briefwechsel, Nr. 106.

35 Diezel, Nationale Partei, S. 133. Dazu die Kritik im Beob. Nr. 203 v. 30. August 1855.

36 Der „Beobachter“ (Nr. 58 v. 10. März 1855) entwickelte ein ähnliches Programm wie die Ulmer Versammlung. Hohott (Anm. 32) faßte es als „Programm für das nun aufgetauchte Treiben der Demokraten“ auf.

37 Nr. 250 v. 25. Oktober 1855 „Herr G. Diezel und der „Beobachter““, vgl. die Ausgabe vom Vortag „Herr G. Diezel und die Opposition“.

Verdikt bezog sich auf eine Schrift Diezels von 1855, in der er die parlamentarische Arbeit gering bewertete, ihr sogar negative Wirkungen zumaß, da der „konstitutionelle Restaurationsprozeß“<sup>38</sup> durch die Teilnahme gewählter Volksvertreter nicht gehindert, sondern eher gefördert werde. Der Arbeit im Landtag unterstellte er die Funktion eines parlamentarischen Feigenblatts für die Reaktionsmaßnahmen der Regierung. Die „Sammlung des ganzen Bürgertums“<sup>39</sup>, dessen wirtschaftliche Potenz durch den nachrevolutionären Wirtschaftsaufschwung mächtig gestiegen sei und auf politische Honorierung dränge, könne nur außerhalb des Landtags geschehen. Diezel riet zwar nicht zu einem Wahlboykott, aber er beurteilte die Wirkungsmöglichkeit des Landtags sehr skeptisch. Eine Volksvertretung, die nicht die öffentlichen Interessen wahre, sei ein „bloßes Werkzeug der Entsittlichung“<sup>40</sup>. Das zielte unmißverständlich auf die vergebliche Opposition der Demokraten im 1855 aufgelösten Landtag. Mit diesem Angriff auf die demokratische Bereitschaft, eine parlamentarische Opposition zu betreiben, zerstörte Diezel irreparabel seine Beziehungen zum Führungskreis der Demokraten.

Diezels Engagement für eine nationale Sammlungspartei hatte jedoch die nationalen Kräfte innerhalb der Demokraten gestärkt und damit den Parteiwechsel eines Teils der Demokraten zu den Nationalliberalen der 1860er Jahre mit vorbereitet. Schon im Januar 1855 forderte Sigmund Schott<sup>41</sup>, die Kluft zwischen Demokraten und Liberalen, die „nur noch historisches Interesse“ habe, zu schließen. „Keine dieser Parteien kann und soll in der anderen, beide sollen in einer größeren nationalen aufgehen“ — allerdings zunächst beschränkt auf Landesebene. Der „Beobachter“ akzeptierte zwar diese Bestrebungen, mit Hilfe der nationalen Idee das Bürgertum politisch zu vereinigen, doch er forderte zusätzlich ein gemeinsames Handeln in anderen Fragen, etwa der Agitation gegen die von der Regierung geplante Revision der Gemeindeordnung<sup>42</sup>. Die Diskussion war nun in Bewegung geraten und ging über den engeren Führungskreis hinaus<sup>43</sup>. Der „Beobachter“ wiegelte ab: er propagierte eine enge liberal-demokrati-

38 „Ein Wort über die Auflösung der württ. Abgeordnetenversammlung und die Beteiligung an den Wahlen“, S. 26. Die Schrift wurde sofort beschlagnahmt. Traub (S. 101 Anm. 45) kennt den Inhalt dieser Schrift nur aus den Artikeln des „Beobachters“ (Anm. 36), Lorch und Gollwitzer erwähnen sie nicht.

39 Ebd. S. 18 f.

40 Ebd. S. 45 Anhang: „Entwurf eines Aufrufs an Bürger und Bauern“ in Württemberg.

41 Beob. Nr. 2 v. 3. Januar 1855. Schott (Rechtsanwalt, 1818—1895) zeichnete diesen Artikel, aus dem die folgenden Zitate stammen, namentlich, da sein „Vorschlag“ nicht von der demokratischen Partei, sondern von einem einzelnen ausgeht. Er war der Schwager Fr. Römers, den er 1849 wegen der Auflösung des Rumpfparlaments zum Duell aufgefordert hatte (Schneider, Württ. Geschichte, S. 526).

42 Nr. 9 v. 12. Januar 1855.

43 Vgl. Beob. Nr. 58 v. 10. März; 44 v. 22. Februar („Fusion und Konfusion“); 57 v. 9. März; 70 v. 24. März 1855. Manche, die sich äußerten, wollten gar den „unabhängigen Adel“ in die „Partiefusion“ einbeziehen.

sche Zusammenarbeit, wollte aber keinen „förmlichen Verbrüderungsakt“<sup>44</sup>. Erst ein längerer Kampf „gegen den gemeinsamen Feind“ könne die alten Wunden, die sich Liberale und Demokraten gegenseitig geschlagen hatten, völlig vergessen machen.

In der Abgeordnetenversammlung äußerte sich das nationalpolitische Engagement der Demokraten in einem Antrag an die Regierung, im Bundestag die „Neugestaltung der öffentlich-rechtlichen Verhältnisse Deutschlands im Sinne der Einheit und der aktiven Teilnahme des deutschen Volkes an der Leitung seiner gemeinsamen Angelegenheiten aufs Neue“<sup>45</sup> anzuregen.

Während sich die Liberalen eher abwartend verhielten, bereiteten die Demokraten mit den erörterten nationalpolitischen Aktivitäten die „Parteifusion“ vor, die sich in der Kommunalpolitik schon angebahnt hatte und im 1855 gewählten Landtag vollendet wurde.

44 Nr. 70.

45 Antrag Pfeiffer, Probst, A. und L. Seeger, Süskind, Tafel, Johann Jakob Ruoff (1800—1882), Friedrich Winter (1810—1866), Christian August Sigel (1816—1867), M. Mohl, Gottlieb Friedrich Egelhaaf (1804—1891), S. Schott, Rödinger, Karl August Friedrich Fetzer (1809—1885), Nüßle, Stockmayer, Johann Friedrich Reger (1817—?), Paul Vogel (1812—1860) (Antrag und Begründung im 1. Beilagenband der Verhandlungen der Abgeordnetenversammlung v. 1854/55, Nr. 224, S. 736—739; der Antrag wurde auch mehrfach in den Tageszeitungen veröffentlicht).

### **b) Liberal-demokratische Kooperation in der Gemeindepolitik**

Als 1852 die liberal-demokratischen Bemühungen um eine völlige oder partielle Erhaltung der „Märzerrungenschaften“ scheiterten, begannen Liberale und Demokraten auf kommunaler Ebene bereits zusammenzuarbeiten, während deren Publikationsorgane die politischen Kontroversen innerhalb des Bürgertums noch weiterführten. In den Gemeindegremien zählte „nicht das politische Glaubensbekenntnis, sondern Tüchtigkeit in der Gemeindeverwaltung und Reinheit des Privatcharakters“. „Ein wohlbemessenes Zusammengehen der bürgerlichen Parteien, zunächst [!] wenigstens in Gemeindeangelegenheiten [...] kann allein noch jene kleineren Festen und Türme aufrechterhalten, in welche sich, wie Alle fühlen, die Freiheit zurückgezogen hat.“ Als Julius Hölder 1853 in den Stuttgarter Bürgerausschuß gewählt wurde, nannte er die Kommunalpolitik den „neutralen Boden“<sup>2</sup>, auf dem Liberale und Demokraten zusammenarbeiten könnten. Der „Beobachter“ sprach 1853<sup>3</sup> sogar schon von „verschiedenen Fraktionen der Fortschrittspartei“, die in den anstehenden Fragen zusammenarbeiten sollten, denn es gehe überall nur „um äußerst einfa-

1 Beob. Nr. 167 v. 16. Juli 1852, Artikel zur Stuttgarter Bürgerausschußwahl.

2 Chronik Nr. 186 v. 9. August 1853, vgl. Beob. Nr. 165 v. 16. Juli 1853, wo ähnliches gefordert wird. Über die Verhältnisse in anderen Städten und Gemeinden ist nichts bekannt. Es ist jedoch anzunehmen, daß dort die Situation ähnlich war, zumal in Stuttgart die parteipolitische Trennung des Bürgertums am ausgeprägtesten war, da dort die Häupter der Liberalen und Demokraten saßen.

3 Nr. 127 v. 2. Juni 1853.

che, praktische Dinge“, um das „nächstliegende materielle Interesse“. Im Gemeindeleben, dem „dankbarsten Boden für ein Zusammengehen aller Männer des Fortschritts“, müsse sich der Wille zur Gemeinsamkeit zunächst erproben.

Ein Jahr später hielt Osterlen eine Antrittsrede im Stuttgarter Gemeinderat<sup>4</sup>, die programmatisch das Bestreben der Demokraten formulierte, die innerbürgerliche Spaltung zu überwinden und dabei von der Kommunalpolitik auszugehen. Er konstatierte die Fruchtlosigkeit der „vertrauensvollen Vermittlungs- und Vergleichsversuche“ der Liberalen und ebenso der „Widerstandsversuche“ der Demokraten. „Beide stehen am Grabe schöner Hoffnungen“, beide seien aufeinander angewiesen. In der Gemeindepolitik erweise sich das klarer als auf anderen politischen Ebenen.

1854 mußte die liberal-demokratische Kooperationsbereitschaft ihre erste Bewährungsprobe bestehen. Die Regierung brachte einen Gesetzentwurf im Landtag ein, der eine der letzten Bastionen beseitigen sollte, in die sich der freiheitliche Geist der Revolutionsjahre geflüchtet hatte.

Nach der 1849 modifizierte Gemeindeordnung von 1822 stand jedem Einwohner das Gemeindewahlrecht zu, der in den letzten drei Jahren kommunale Abgaben von unbestimmter Höhe entrichtet hatte<sup>5</sup>. Die Regierungsvorlage von 1854<sup>6</sup> sah hingegen eine Einteilung der Wähler in drei Klassen nach ihrem Steueraufkommen vor (Art. 9 f.). Hinzu kam ein allgemeiner Zensus von mindestens einem Gulden direkter Staatssteuer im Jahr (Art. 1). Außerdem sollten alle, die in einer Gemeinde eine bestimmte Quote der kommunalen Abgaben aus einem „nicht nach Belieben des Inhabers teilbaren Besitztum“ aufbrachten, eine oder mehrere Stimmen ohne Wahl im Gemeinderat erhalten (Art. 7). Der Entwurf sah also eine Bevorzugung des Besitzes, vor allem aber des vor 1849 exemten adligen Großgrundbesitzes vor<sup>7</sup>. Auch der Staat hätte als Grundbesitzer Sitz und Stimmrecht im Gemeinderat erhalten. Außerdem plante die Regierung, dem Staat ein starkes Eingriffsrecht in die kommunale Selbstverwaltung zu gewähren. Das Oberamt sollte die Vereidigung der Gemeinderäte und die Wahlprüfung vornehmen (Art. 18) sowie das Bestätigungsrecht für kommunale Wahlbeamte erhalten (Art. 26). Zudem konnte nach dem Regierungsentwurf mittels des königlichen Rechts, die Bestätigung

<sup>4</sup> Abgedruckt in Beob. Nr. 3 v. 4. Januar 1854. Traubs (S. 102) Meinung, daß Liberale und Demokraten erstmals in der Stuttgarter Gemeinderatswahl v. Dezember 1857 zusammengingen, ist — wie die angeführten Belege zeigen — falsch. Vorher sei die Annäherung auf die Abgeordneten im Landtag beschränkt gewesen.

<sup>5</sup> Württ. Regierungsblatt 1822, Nr. 17, und 1849, Nr. 38. Ausgeschlossen waren diejenigen, gegen die ein Konkursverfahren lief, die unter Vormundschaft standen oder denen die bürgerlichen Ehrenrechte durch einen Strafrichter abgesprochen waren.

<sup>6</sup> Beilagenband, Beilage Nr. 13, S. 167—192.

<sup>7</sup> Vgl. die Begründung des Entwurfs durch die Regierung (ebd. S. 182).

des gewählten Ortsvorstehers zu versagen, diese Wahl unterlaufen werden. Wenn die Bestätigung zweimal unterblieb, sollte die Regierung das Recht haben, auf drei Jahre einen Amtsverweser zu bestellen (Art. 36).

Gegen diesen Entwurf wandte sich das gesamte Bürgertum, das sich über die alten parteipolitischen Abgrenzungen hinweg zusammenschloß, wengleich auch hier die Demokraten der aktivere Teil waren<sup>8</sup>. Das Land wurde von einer Agitations- und Petitionswelle erfaßt, die das Verbot der Regierung unterlief, die Gesetzesvorlage in bürgerlichen Kollegien zu erörtern<sup>9</sup>. Man organisierte mit Hilfe der politischen Zeitungen<sup>10</sup> und durch gedruckte Erklärungen, die man versandte<sup>11</sup>, den Widerstand gegen die Gesetzesvorlage. In Eßlingen fand zudem am 12. November 1854 eine Versammlung statt, auf der führende Demokraten ihre Einwände gegen die Regierungsvorlage formulierten<sup>12</sup>. Sie lieferten damit Argumente, die in den vielen Petitionen aus allen Landesteilen wiederkehrten<sup>13</sup>. Der „Beobachter“ triumphierte: „Es scheint ein Stück des Morgens angebrochen, an welchem man sich die Augen reibt und die Schlafmütze von den Ohren zieht! Man versammelt sich, man spricht, man protestiert, ja man unterzeichnet eigenhändig die Protestation. Da ist doch einmal wieder Bewegung, Leben, Luft<sup>14</sup>.“ Die Mobilisierung des politischen Lebens hielt zwar nur so lange vor, bis die Abgeordnetenversammlung den Regierungsentwurf ablehnte<sup>15</sup>, doch Liberale und Demokraten hatten im gemeinsamen Widerstand gegen die Regierungspläne zusammengefunden.

Das Bürgertum konnte sich in der Frage der Revision der Gemeindeordnung einigen, da es das in der Regierungsvorlage verkörperte „aristokratische“, „plutokratische“ und „bürokratische Prinzip“<sup>16</sup> einhellig ablehnte. Die geplante Gemeindeordnung hätte zwar dem Besitz eine bevorrechtete politische Stellung eingeräumt, wie es von den Liberalen für das Wahlrecht zum Landtag stets gefordert worden

---

8 Vgl. den Bericht des Stuttgarter Stadtdirektors v. 2. Dezember 1854 an den Präsidenten des Geheimen Kabinetts v. Maucler (HSTAS E 9 Bü 117).

9 Ebd.

10 Vgl. Beob. Nr. 252—256 v. 28. Oktober bis 5. November; 296 v. 19. Dezember 1854; 30 v. 6. Februar; 92 v. 20. April 1855; Chronik Nr. 261—265 v. 4. bis 9. November 1854; Elben, Lebenserinnerungen, S. 127.

11 Einige Exemplare im HSTAS E 146 Bü 1956; s. auch den Abdruck im Beob. Nr. 256 v. 2. November 1854.

12 Beob. Nr. 267 v. 15. November 1854.

13 Abgedruckt in den angeführten Zeitungsnummern (Anm. 10 f.), Beob. Nr. 273 v. 22. Januar; 277 v. 26. November; 281 v. 1. Dezember 1854 und in den Verhandlungsprotokollen der Abgeordnetenversammlung 1854/55.

14 Nr. 296 v. 19. Dezember 1854.

15 Am 21. Februar 1855 mit 45 zu 44 Stimmen, darunter alle Demokraten und Liberale (Verhandlungen der Abgeordnetenversammlung 1854/55, S. 675 f.).

16 So Pfeifer in der Kammer (ebd. S. 641), vgl. auch die Reden der anderen Demokraten und Liberalen.

war<sup>17</sup>. Doch zugleich wäre der Einfluß des Adels und des Staats auf Kosten aller bürgerlichen Sozialschichten gestärkt worden. Was man dem besitzenden Bürgertum auf der einen Seite bot, hätte man ihm andererseits wieder genommen. Dieser Frontalangriff auf die bürgerliche Position in den Gemeindegremien stärkte die bereits vorhandenen Ansätze im Bürgertum, seine politische Spaltung zu überwinden. Die Regierung wich von ihrer Taktik der differenzierten Reaktion ab, die sie bei der Beschneidung der „Märzerrungenschaften“ so erfolgreich praktiziert hatte, und trieb dadurch den Einigungsprozeß im Bürgertum voran.

<sup>17</sup> Vgl. o. S. 133 f., 167 ff.

### **c) Liberal-demokratische Zusammenarbeit in den Wahlen von 1855 und im Landtag**

Die Landtagswahlen von 1855 boten Liberalen und Demokraten eine weitere Möglichkeit, die alten Gegensätze zu überwinden und zusammenzuarbeiten. Die Einstellung des „Politischen Wochenblatts“ Ende 1854 bekundete bereits deutlich die Bereitschaft der Liberalen, mit den Demokraten eng zu kooperieren. Die beiden einzigen überregionalen politischen Zeitungen, die noch bestanden — „Beobachter“ und „Chronik“ —, warben eifrig um eine hohe Wahlbeteiligung<sup>1</sup>. Sie versuchten zugleich, eine geschlossene Front des Bürgertums zu schaffen, indem sie immer wieder an die Hauptaufgabe des nächsten Landtags erinnerten, die Regelung von zusätzlichen Entschädigungsansprüchen des Adels für die abgelösten Feudallasten.

Als sich Liberale und Demokraten in Stuttgart auf einen gemeinsamen Kandidaten für die Wahl einigten, berichtete der „Beobachter“ ausführlich darüber als Modell für die Einigung aller „bürgerlichen Parteien gegen die Machinationen des Adels“<sup>2</sup>. Auch das proösterreichische katholische „Deutsche Volksblatt“ forderte die Einmütigkeit des Bürgertums<sup>3</sup>.

Die neue Abgeordnetenversammlung<sup>4</sup> war im Vergleich zu der aufgelösten personell stark verändert. 64 Abgeordnete früherer Landtage be-

1 S. vor allem Beob. Nr. 219 v. 18. September; 221 v. 20. September; 224 v. 23. September; 277 v. 25. November; Chronik Nr. 269 ff. v. 13. November und 287 I v. 4. Dezember 1855.

2 Nr. 266 v. 13. November 1855, vgl. die Wahlaufrufe August Bechers und Ferdinand Nägeles, Beob. Nr. 281 f. v. 30. November 1855.

3 „Das Oberländer Wahlprogramm“, abgedruckt im Beob. Nr. 266 v. 13. November 1855.

4 Die Wahlbeteiligung betrug nach Adam (S. 127) 96%. Diese hohe Quote kann aber nicht als Indiz für eine allgemeine Politisierung der Bevölkerung gewertet werden, denn dieser Prozentsatz bezieht sich nur auf die Wahl der Abgeordneten durch die zuvor gewählten Wahlmänner. Dabei wählten in den 70 Wahlkreisen je ca. 520 bis ca. 780 Wahlmänner (vgl. die Zahlen im Staatsanzeiger Nr. 295 f. v. 14. Dezember 1855). Als die Wahlmänner bestellt wurden, war die Beteiligung sehr schwach (vgl. die fast täglichen Berichte in der „Chronik“ im November). Häufig mußte die Wahlfrist verlängert werden, da nicht das erforderliche Quorum der abgegebenen Stimmen zusammenkam.

warben sich um die 70 Mandate<sup>5</sup>. Von den 48 Abgeordneten des aufgelösten Landtags, die erneut kandidierten, waren jedoch nur 24 (50%) erfolgreich. Nur 9 der 16 Abgeordneten, die vor 1851 ein Mandat bekleidet hatten und sich 1855 erneut bewarben, konnten in den neuen Landtag einziehen. 50% aller gewählten Abgeordneten (35) betraten erstmals die parlamentarische Bühne. Der personellen Erneuerung der Abgeordnetenschaft fielen prominente Vertreter der Liberalen<sup>6</sup> und vor allem der Demokraten<sup>7</sup> zum Opfer. Doch insgesamt wurden die Liberal-Demokraten nicht geschwächt; die neue Abgeordnetenkammer behielt, wie die „Chronik“<sup>8</sup> konstatierte, die „Haupttrichtung der aufgelösten“ bei. Dieser starke personelle Wechsel erleichterte den liberal-demokratischen Ausgleich wesentlich.

Die Zusammenarbeit im Wahlkampf hatte die Annäherung von Liberalen und Demokraten vollendet. In der Abwehr der Ablösungsgesetze bestand die Kooperation dann ihre größte Bewährungsprobe<sup>9</sup>. Julius Hölder, dem 1855 der Eintritt in den Landtag gelang, hatte großen Anteil an der Aussöhnung zwischen Liberalen und Demokraten<sup>10</sup>. Seine politische Position prädisponierte ihn für diese Vermittlerrolle. Sein enges freundschaftliches Verhältnis zu Schoder, dem verstorbenen Haupt der Demokraten, sicherte ihm das Vertrauen der Demokraten im Lande<sup>11</sup> und sein Abrücken von Radikalisierungstendenzen innerhalb der Demokraten der Revolutionsjahre<sup>12</sup> empfahl ihn den Liberalen. Zudem erwarb er sich große Sympathien in der breiten Bevölkerung durch sein energisches Eintreten gegen die Regierungsvorschläge, die eine zusätzliche Entschädigung für die abgelösten Feudallasten vorsahen<sup>13</sup>. Diese Vermittlerrolle und seine

---

5 S. die Kandidatenliste in Chronik Nr. 293 II v. 11. Dezember 1855. Es kandidierten 48 Abgeordnete des letzten und 16 Abgeordnete früherer Landtage.

6 Notter, Dörtenbach kandidierte nicht wieder (vgl. Stälin, Erinnerungen, S. 55 f.), Reyscher schied 1855 wegen Krankheit aus (ders., Erinnerungen, S. 221 f.).

7 Die Demokraten verloren A. und L. Seeger, Stockmayer, Süskind, Winter, Nägele und Becher bewarben sich, wurden aber nicht gewählt.

8 Nr. 298 II v. 10. Dezember 1855.

9 Schon unmittelbar nach den Wahlen teilte der „Beobachter“ (Nr. 295 v. 16. Dezember 1855) die Abgeordneten nicht mehr in Liberale und Demokraten ein, sondern in Befürworter und Gegner der Ablösungsvorlagen.

10 Vgl. Lang, Hölder, S. 217.

11 Vgl. Beob. Nr. 303 v. 23. Dezember 1852. Hölder schrieb auch den Nekrolog auf Schoder.

12 Vgl. Beob. Nr. 303 (Anm. 11); Lang, Hölder, S. 216. Hölder trat aber nicht aus dem Stuttgarter Volksverein aus, wie Lang meint (ebd.), sondern zog sich nur aus der demokratischen Führung zurück. Vgl. die Mitgliedsliste im Mitgliederbuch des Stuttgarter Volksvereins von 1850 (STAL F 201 Bü 618).

13 Vgl. seinen Nachlaß Fasz. XXIII. Zu seiner öffentlichen Tätigkeit in der zweiten Hälfte der 1850er Jahre s. Fasz. IV, 3 und XXV. Man überreichte Hölder als Dank für seine Verdienste in der Frage der Ablösungen einen silbernen Pokal (vgl. Adam, S. 125). Die Initiative dazu ging von Hölders Freunden in Stuttgart aus (NL Deffner. Schreiben des gegründeten „Hilfsausschusses“ v. 16. März 1864). In 60 der 64 Oberämter beteiligte sich die Bevölkerung mit Spenden. Bericht über die Pokalübergabe: Chronik Nr. 105 II v. 5. Mai 1865.

politische Aktivität ließen Hölder zur führenden Persönlichkeit der wiedervereinten Liberal-Demokraten aufsteigen<sup>14</sup>.

Gleich zu Beginn des neuen Landtags bildete sich ein Bürgerblock, der noch über den Kreis der Liberal-Demokraten hinausreichte. Auch die sogenannte „Mittelpartei“, die sich um Schlayer, den vor- und unmittelbar nachrevolutionären Minister, scharte, traf sich regelmäßig mit den liberal-demokratischen Abgeordneten, um ihr Taktieren im Landtag abzusprechen<sup>15</sup>.

Der liberal-demokratischen Fusion an der Spitze entsprach eine weitgehende Annäherung der Sozialschichtung der Wählerschaft<sup>16</sup>, während die liberale und die demokratische Bewegung der Revolutionsjahre signifikante Unterschiede im sozialen Rekrutierungsfeld aufgewiesen hatte<sup>17</sup>. Liberale und Demokraten hatten im Abwehrkampf gegen die Reaktion und im Bemühen um die wirtschaftliche Sanierung des Landes die alten Gegensätze überbrückt<sup>18</sup>. Die politische Einigung des Bürgertums war möglich auf der Grundlage einer gemeinsamen Haltung zu drängenden innenpolitischen Fragen, während man das Problem des Nationalstaats zunächst ausklammerte, das 1854/55 bereits wieder virulent wurde. Die „künftige Gestaltung des Gesamtvaterlandes“ behandelte man als eine „offene Frage“, deren Lösung der Zukunft überlassen blieb. Dies war der kleinste gemeinsame Nenner, der gefunden werden konnte. Es war zugleich die künftige Bruchstelle der erneuerten politischen Einheit des Bürgertums, die aufbrach, als die nationalpolitische Bewegung seit 1859 eine dezidierte Stellungnahme unausweichlich machte.

14 Vgl. Kap. D I.

15 Briefe M. Mohls an seinen Bruder Robert v. 26. Februar und 20. März 1856, NL Moser-Mohl. III 23e.

16 Die Vorschlagsliste der liberal-konservativen „Bürgergesellschaft“ und der demokratischen „Volkspartei“ zur Wahl der Wahlmänner in Stuttgart (StA Stuttgart Rep. A Bd. III 1,7 Nr. 20) wiesen keine erheblichen Unterschiede hinsichtlich der Sozialschichtung der Kandidaten auf. In beiden Listen waren Handwerker mit mehr als 50% vertreten, Kaufleute und Fabrikanten mit knapp über 10%, Arbeiter mit ca. 2%. Nur die Weingärtner waren in der demokratischen Liste mit ca. 15% stärker als in der liberal-konservativen (ca. 4%) repräsentiert. Für die Wahl des Abgeordneten einigten sich dann Liberale und Demokraten, wie erwähnt, auf einen Kandidaten.

17 Vgl. Kap. B III.

18 Vgl. den Artikel „Unser Programm für 1856“ (Beob. Nr. 1 v. 1. Januar 1856), der ein Resümee über die vergangenen Jahre und einen Ausblick auf die künftigen Aufgaben gibt. Dort die folgenden Zitate. Die Auseinandersetzung um das Konkordat zwischen der württembergischen Regierung und der römischen Kurie trübte zwar die oppositionelle Eintracht, sprengte sie aber nicht. Als die Abgeordnetenkammer 1862 das Gesetz zur Regelung des Verhältnisses von Staat und Kirche billigte, fanden die Auseinandersetzungen einen Abschluß, der Württemberg vor dem Kulturkampf bewahrte. Vgl. vor allem Hagen, Staat und katholische Kirche in Württ. (1848—1862); Bachem, Zentrum, Bd. 4, Kap. 8; Scheurle, Katholizismus 1857—1871. M. Mohl etwa, der mit der ihm eigentümlichen unbeirrbareren Einseitigkeit alle kirchlichen Autonomiebestrebungen bekämpfte, vertrat von 1849—1887 ständig den zu 79,2% katholischen Oberamtsbezirk Aalen (Stand 1862; errechnet n. „Königreich Württemberg“, 1863, S. 1005). Die Wahlen von 1862 waren allerdings stärker als zuvor auch von konfessionellen Gegensätzen mitgeprägt. Es wurden 25 katholische Abgeordnete gewählt, die sich aber auf die verschiedenen Fraktionen nach politischen Gesichtspunkten aufteilten (Scheurle, S. 132—136).



## **D Politische Mobilisierung des Bürgertums seit 1859**



# I. Nationale Bewegung und Formierung der Parteien (1859—1866)

## 1. Liberal-demokratische Einheit durch Ausklammern national- und innenpolitischer Streitfragen

### a) Die Auswirkungen der europäischen Krise von 1859

Der italienische Krieg von 1859 stimulierte das politische Leben in ganz Deutschland. Während Liberal-Demokraten im Krimkrieg vergeblich versucht hatten, durch Mobilisierung der öffentlichen Meinung diesen Kabinettskrieg zu einem Nationalkrieg auszuweiten, trug die europäische Krise von 1859 von vornherein nationalrevolutionäre Züge. Sie belebte deshalb das deutsche Nationalstaatsstreben ungleich stärker als der Krimkrieg vier Jahre zuvor.

„Die öffentliche Meinung, vor allem in Süddeutschland, nahm leidenschaftlich für Österreich und gegen Preußen Partei<sup>1</sup>.“ Diese Auffassung, die von der einschlägigen Literatur fast durchweg vertreten wird, gilt es für Württemberg zu modifizieren<sup>2</sup>. Das Spektrum der öffentlichen Meinung war in dieser Frage sehr breit und wies die unterschiedlichsten Nuancierungen auf. Die Trennlinien zwischen den verschiedenen politischen Gruppierungen und deren nationalpolitischen Zielvorstellungen hatten sich noch nicht verfestigt, die Abgrenzungen waren noch fließend. So vereinte eine Petition, mit der im Februar 1859 39 Abgeordnete „die kräftigsten Maßregeln zum Schutze Deutschlands“ forderten, die Repräsentanten der unterschiedlichsten politischen Richtungen<sup>3</sup>. Demokraten, Liberale und Konservative, künftige Mitglieder der propreußischen Deutschen Partei und der antipreußischen Volkspartei der 1860er Jahre, Abgeordnete, die sich dem Nationalverein zuwandten, und solche, die in den Reformverein eintraten, unterzeichneten gemeinsam die Erklärung<sup>4</sup>. Das Verlangen

1 Bußmann, Zeitalter Bismarcks, S. 48; vgl. Th. Schieder, Vom Deutschen Bund zum Deutschen Reich, S. 170.

2 Vgl. zum folgenden Traub (S. 118—123), der bereits auf Differenzen innerhalb der württembergischen Liberal-Demokraten hinwies. Die Spezialstudie von Mittelstädt (Krieg von 1859. Bismarck und die öffentliche Meinung in Deutschland) geht auf die württembergische Publizistik nicht ein.

3 Text in Chronik Nr. 45 I und Beob. Nr. 44 v. 23. Februar 1859. Dort auch die folgenden Zitate. Probst und Hölder hatten diese Petition an den Ständischen Ausschuß des Landtags, der verlagt war, angeregt (NL Hölder XXXVI, Aufforderung v. 15. Februar an die Abgeordneten, die Petition zu unterzeichnen). Der Ausschuß sollte sie an die Regierung weiterleiten.

4 Z. B. Duvernoy, der Märzminister; sein konservativer Vorgänger und Nachfolger im Ministerrang, Schlayer; die Demokraten Rödinger, Schott und Probst; Hölder, der dem Nationalverein beitrug (vgl. S. 299), und Prof. Dr. Theodor Geßler (1821—1886, Kultusminister von 1870—1885), der an der Gründung des Reformvereins im Jahre 1862 führend beteiligt war (vgl. S. 296).

nach einer staatlichen Gesamtorganisation Deutschlands und nach einer gesamtdeutschen Volksvertretung stellten die 39 Abgeordneten ausdrücklich zurück, damit die „ganze Nation ohne allen Unterschied politischer Parteien zusammenstehen“ könne<sup>5</sup>.

Gegen diese Taktik des Ausklammerns wandte sich entschieden das liberal-demokratische Organ, das seit November 1858 von Hopf, einem unbeugsamen Prinzipienpolitiker, redigiert wurde<sup>6</sup>. Unter seiner Leitung propagierte der „Beobachter“ in einer Vielzahl von Artikeln eine Politik der bewaffneten Neutralität. Die deutschen Staaten sollten nur bei einem Eingreifen Frankreichs in den Krieg Österreich aktiv unterstützen<sup>7</sup>. Vor allem aber forderte das Blatt ein deutsches Parlament als Voraussetzung, in manchen Artikeln auch nur als Preis für ein eventuelles Engagement des Volkes im Kampf gegen Frankreich. Damit opponierte das Organ der Liberal-Demokraten gegen die liberal-demokratisch-konservative Abgeordnetenkoalition, die nur möglich war, weil man das Problem des Nationalstaats und seiner inneren Ausgestaltung ausklammerte. Der „Beobachter“ polemisierte gegen „Vertrauensselige“ in den eigenen politischen Reihen, die hofften, ein nationaler Krieg werde ihnen das „gewünschte Parlament fast von selbst in den Schoß fallen“<sup>8</sup> lassen. Die von Hopf organisierte Opposition gegen die Ausklammerungstaktik blieb nicht ohne Wirkung. Im Mai 1859 brachte Hölder in der Abgeordnetenkammer einen Antrag ein, der die sofortige Schaffung des Nationalstaats und eine Volksvertretung forderte<sup>9</sup>. Der Antrag fiel jedoch mit 67 zu 24 Stimmen durch. Auch ein Teil der liberal-demokratischen Abgeordneten

---

5 Sechs konservativen Abgeordneten ging selbst die vage Erinnerung an den fehlenden deutschen Nationalstaat zu weit. Sie formulierten eine Adresse, in der dieser Passus fehlte (Text in Chronik Nr. 45 und Beob. Nr. 44, S. Anm. 3).

6 In Nr. 252 v. 4. November 1858 stellte er sein Programm vor: „systematische Opposition“. S. auch die Charakterisierung Hopfs durch Rapp, Nationale Frage, S. 13 f. Rapps Charakteristiken württembergischer Politiker und seine Darstellung der liberalen Parteipolitik insgesamt folgen in starkem Maße Wilhelm Langs handschriftlichen „Erinnerungen“ (NL Lang; zu den politischen Vorgängen in Württemberg vor allem die Hefte VI, X—XII). So schrieb Lang etwa: Ammermüller „war ein wackerer, wohlmeinender, aber wenig bedeutender Mann“ (Heft VI, S. 2); Rapp charakterisierte ihn als einen „wackeren und gesinnungstüchtigen, politisch wieder wenig befähigten Mann“ (Nationale Frage, S. 15). Rapp kannte Langs „Erinnerungen“, und Lang las, ergänzte und berichtigte Rapps Arbeit (Briefe Rapps v. 19. Juni und 9. Juli 1907 an Lang, NL Lang). Lang wirkte von 1858—1860 als Redakteur der Augsburger „Allgemeinen Zeitung“. Er trat 1860 in die Redaktion des „Schwäbischen Merkurs“, als Schäfte diese Stelle verließ, um eine Professur in Tübingen zu übernehmen, vgl. Elben, Geschichte des Merkurs, S. 117 f.; Brief Ammermüllers an Lang v. 7. Juli 1860, NL Lang; Langs „Erinnerungen“, Heft II, S. 38 ff. Ammermüller knüpfte für Elben die ersten Kontakte zu Lang.

7 S. etwa Beob. Nr. 12 v. 16. Januar; 30—32 v. 6. bis 9. Februar („Die Stellung der demokratischen Presse in der Kriegsfrage“); Nr. 54—60 v. 6. März bis 13. März 1859 („Die Adressenbewegung“).

8 Nr. 97 v. 29. April 1859.

9 111. Sitzung der Abgeordnetenkammer; Text des Antrags und Ausschnitte aus der Diskussion auch in: Chronik Nr. 104 II v. 4. Mai 1859.

lehnte ihn ab. Einige wollten die eben erst erreichte Koalition mit den Konservativen nicht gefährden, während großdeutsche Demokraten wie Probst in dem Antrag einen nur dürftig verbrämten Vorentscheid für die preußische Spitze und für den Ausschluß Osterreichs aus dem erstrebten Nationalstaat argwöhnten.

Die österreichischen Niederlagen von Magenta und Solferino im Juni 1859 führten dann dazu, daß der Ruf nach preußischer Führung unverhüllt hervortrat. In einem Aufruf „An unsere Mitbürger“ forderten württembergische Honoratioren Ende Juni offen die „militärische und politische Leitung Deutschlands“ durch Preußen, da die „Interessen Deutschlands mit den wahren Interessen Preußens zusammenfallen“<sup>10</sup>. Die Hoffnung auf Preußens Willen, den Nationalstaat zu schaffen, und auf seine Bereitschaft, eine nationale Volksvertretung zu konzedieren, zehrte von dem — bald aufgebrauchten — Vertrauenskapital, das sich das Preußen der „Neuen Ära“ bei den Liberalen und Demokraten Deutschlands erworben hatte<sup>11</sup>. Das preußische Ministerium, so sagte der Aufruf, habe die versprochene „strenge Achtung des Rechts und die gewissenhafte Einhaltung der preußischen Verfassung bis jetzt ehrlich eingehalten. Wir dürfen daher hoffen, daß Preußen auch in der deutschen Verfassungsfrage auf Herstellung des Rechtszustandes des deutschen Volkes und auf Sicherung der Einzelverfassungen gegenüber [...] allen Maßregeln der Willkür dringen wird.“ Politiker, die später in der antipreußischen Volkspartei führende Positionen einnahmen oder mit ihr eng zusammenarbeiteten — wie Ammermüller, Deffner, Bareiß, Probst und Schott —, unterzeichneten den Aufruf gemeinsam mit späteren Führungspersönlichkeiten der nationalliberalen Deutschen Partei: Hölder, Gustav Müller, Notter, Pfeifer und Reyscher<sup>12</sup>. Die künftigen parteipolitischen Fronten zeichneten sich also noch nicht ab. Der Aufruf belegt vielmehr, daß sich die alten nationalpolitischen Trennlinien der Revolutions- und nachrevolutionären Jahre verwischt hatten. Demokraten, die 1849 nur widerwillig die preußisch-erbkaiserliche Spitze akzeptiert hatten, unterschrieben den Aufruf ebenso wie überzeugte „Gothaer“. Diese beiden politischen Gruppierungen wurden aber nicht ganz von der nationalen Bewegung des Jahres 1859 erfaßt, die in die-

<sup>10</sup> Text in Beob. Nr. 151 v. 3. Juli und Chronik Nr. 154 I v. 2. Juli 1859; auch bei Bachteler, Öffentliche Meinung, S. 33 f. Dort auch die folgenden Zitate. Otto Elben wertete diesen Aufruf als „Ausgangspunkt der nationalen Bewegung und Partei in Württemberg“ (Geschichte des Merkurs, S. 92; ähnlich in seinen „Erinnerungen“, S. 130). Dieses Diktum läßt die beschriebenen Bestrebungen von 1854/55 unberücksichtigt, die bereits auf eine nationale Partei zielten (vgl. Kap. C III, 3a). Auch der Kreis der Unterzeichner (s. u.) spricht gegen diese Behauptung. Zur Entstehungsgeschichte dieses von Hölder formulierten Aufrufs vgl. Elben, Erinnerungen, S. 130 f. und NL Hölder, IV.

<sup>11</sup> Vgl. dazu Grube, Neue Ära und der Nationalverein.

<sup>12</sup> Der Rechtsanwalt Wilhelm Murschel (1795—1869) gehörte schon 1848/49 zum liberalen Führungskreis. Gustav Müller (1823—1875) war ein Großkaufmann in Stuttgart, der in der späteren Deutschen Partei Führungsaufgaben übernahm; vgl. Anm. 62, S. 240.

sem Aufruf ihren bündigsten Ausdruck fand. Nicht einmal alle „Gothaer“ schlossen sich an. So fehlte etwa Paul Pfizer, der im Januar 1859 forderte, Preußen müsse sich durch eine „deutscherer und mutigerer Politik“ rehabilitieren, bevor er sich erneut zum „Sprecher für Preußen“<sup>13</sup> machen würde. Diese Rehabilitierung sah er offensichtlich noch nicht als gegeben an<sup>14</sup>. Karl Klüpfel, der enge Freund Max Dunckers und überzeugte Befürworter eines kleindeutsch-preußischen Nationalstaats, lehnte den Aufruf sogar ausdrücklich ab. Er hielt die Forderungen nach einer Änderung der Bundesverfassung für „unpraktisch“. Vor allem befürchtete Klüpfel, daß derartige demokratische Einsprengsel die Hauptaufgabe gefährden würden: Fürsten und Regierungen „zur Unterwerfung unter Preußens Oberbefehl geneigt zu machen“<sup>15</sup>. Gustav Rümelin, der den Württembergern 1848/49 die kleindeutsch-preußische Lösung der nationalen Frage nahezubringen versucht hatte<sup>16</sup>, war im Mai 1859 sogar „zu der festen Überzeugung gelangt, daß die kleindeutsche Idee, der Gagern-gothaische Gedanke, [. . .] jetzt, wo nicht zu verlassen, doch mindestens zu vertagen ist“. Die „jetzige Strömung“ hielt er für eine „so entschieden allgemein nationale und großdeutsche, daß unmöglich ein Kleindeutschland daraus hervorgehen kann“<sup>17</sup>.

Der Kreis der Unterzeichner des Juniaufrufs bestand ausschließlich aus Repräsentanten des Besitz- und Bildungsbürgertums; Kaufleute und Fabrikanten dominierten: knapp 50% der ca. 60 Unterzeichner. Die Konservativen, die sich der zuvor erwähnten Adresse vom Februar 1859 noch angeschlossen hatten, beteiligten sich an diesem Bekenntnis zum „deutschen Beruf“ Preußens nicht mehr. Liberal-Demokraten und Konservative trennten sich, da ihr Minimalkonsens — Abwehr des Angriffs einer auswärtigen Macht auf Deutschland —

13 Brief v. 7. Januar 1859 an Heinrich v. Gagern, Küntzel (Hrsg.), Gustav Pfizer, Politische Aufsätze und Briefe, S. 60—63, Zitate: S. 61 f. Der Band enthält auch Briefe Paul Pfizers.

14 M. Mohl berichtete am 26. Mai 1859 seinem Bruder Robert (NL Moser-Mohl III, 23e), daß P. Pfizer sich seit einigen Wochen in Stuttgart befinde und „im Gothaer Sinne“ „intriguierte“. Den Aufruf unterzeichnete er aber nicht. Pfizer schloß sich auch dem Nationalverein nicht an. Mit seiner Schrift „Zur deutschen Verfassungsfrage“ (1862) votierte er dann entschieden für eine kleindeutsche Lösung. Vor allem polemisierte er gegen die österreichische Politik und gegen „staatliche Ungeheuer, wie das sog. Siebzigmillionenreich“ (S. 33). Aus dem erwähnten Brief von M. Mohl geht hervor, daß sich Pfizer schon Mitte 1859 mit dieser Schrift beschäftigte.

15 Klüpfel an Duncker v. 2. Juli 1859, Grube (Hrsg.), Aus der Geschichte der deutschen Einheitsbewegung in Württemberg, S. 339. Klüpfel war Bibliothekar an der Universität Tübingen. Ein historischer Lehrstuhl blieb ihm versagt, da ihn seine Schrift „Die deutsche Einheitsbewegung in ihren geschichtlichen Zusammenhang gestellt“ (Leipzig 1853) beim württembergischen König in Mißkredit brachte (vgl. Grube, ebd., S. 326).

16 Vgl. o. S. 188. Otto Elben bezeugt in seinen „Erinnerungen“ (S. 121) die Wirkung, die diese Artikel auf seine eigene politische Auffassung ausübten.

17 Brief v. 31. Mai 1859 an Duncker, Schultze (Hrsg.), Max Duncker, Politischer Briefwechsel, S. 124—126, Zitat: S. 125. Rümelin war von 1856 bis 1861 Kultusminister in Württemberg, seit 1870 Kanzler der Universität Tübingen.

zur Verständigung nicht mehr ausreichte. Andererseits schien aber die liberal-demokratische Front, die zuvor in der Frage der räumlichen Ausdehnung des angestrebten deutschen Nationalstaats Risse zeigte, wieder festgefügt zu sein — abgesehen von den erwähnten prominenten Außenseitern. Selbst Probst, katholischer Demokrat und engagierter Befürworter eines großdeutschen Nationalstaats, unterschrieb die Aufforderung an Preußen, sich seine Führungsposition in Deutschland in einem nationalen Krieg zu erkämpfen und durch Verfassungstreue zu wahren.

Doch die Eintracht im bürgerlich-liberal-demokratischen Lager hielt nicht lange vor. Zunächst opponierte Hopf gegen die Hoffnung, die seine Gesinnungsfreunde auf Preußen setzten. Er stand mit seiner Haltung zwar nicht allein<sup>18</sup>, repräsentierte aber nur eine Minderheit in der liberal-demokratischen Führungsspitze. Im Gegensatz zu dieser besaß er jedoch im „Beobachter“ ein wirksames Instrument zur Beeinflussung und Prägung der öffentlichen Meinung. Und er scheute sich nicht, es massiv einzusetzen<sup>19</sup>. Dadurch entstand zwischen der Mehrheit des liberal-demokratischen Führungskreises und seinem Organ eine Konfliktsituation, die sich bald noch verschärfte<sup>20</sup>. Die Repräsentanten der Mehrheitsmeinung mußten auf die „Chronik“ ausweichen, um durch gelegentliche Leitartikel das falsche Bild einer geschlossenen antipreußen Einheitsfront der Liberal-Demokraten, das der „Beobachter“ in der Öffentlichkeit erweckte, zu korrigieren<sup>21</sup>.

Die europäische Krise von 1859 zwang den politisch aktiven Teil des liberal-demokratischen Bürgertums, für eine der beiden deutschen Führungsmächte zu optieren. Trotz aller Differenzen überstanden die Liberal-Demokraten diese Situation noch relativ geschlossen. Das

---

<sup>18</sup> Prominente Demokraten wie Rödinger, Dr. Karl Friedrich Schnitzer (1805—1874), G. Tafel, unterzeichneten die Eingabe von Ende Juni nicht. M. Mohl schloß sich der Petition ebenfalls nicht an. Sein fanatischer Preußenhaß wird durch Formulierungen in seinem Brief v. 26. Mai 1859 an seinen Bruder Robert (NL Moser-Mohl III, 23e) gut charakterisiert: „Summa: es ist und bleibt ein Canaillegeist, der von der niederträchtigen Entstehungsgeschichte dieses heraufgestoßenen und heraufbetrogenen Staates [Preußen] her keine Wahrheit, kein Recht und keine Treue kennt [. . .], und mit lauter Lug, Trug und elendem Schlich umgeht.“ Der Brief von Klüpfel (Anm. 15) bezeugt ebenfalls die Spannungen im demokratischen Lager.

<sup>19</sup> Vgl. etwa Nr. 154 v. 7. Juli. Kritik der Eingabe, die er bereits am 3. Juli (Nr. 151) nur mit einem kritischen Vorwort veröffentlichte; 116 f. v. 21. Mai; 125 v. 1. Juni; 139 v. 19. Juni; 143 f. v. 24. Juni; 161 v. 15. Juli; 166 v. 21. Juli; 176 v. 2. August; 187 v. 14. August 1859.

<sup>20</sup> Vgl. u. S. 300.

<sup>21</sup> Chronik Nr. 120 I v. 22. Mai; 128 I v. 1. Juni; 161 v. 10. Juli (Rechtfertigung der preußischen Haltung nach dem Waffenstillstand von Villafranca); s. auch die bei Traub (S. 121 ff.) angeführten „Chronik“-Zitate. Hölders NL (IV) enthält den handschriftlichen Entwurf eines Artikels „Zur Verständigung“, in dem die Haltung des „Beobachters“ verurteilt wird. Er scheint nicht veröffentlicht worden zu sein. Kritische Briefe an Hölder zur Position des „Beobachters“ im Fasz. XXXVI seines NL.

nationale Pathos der Schillerfeiern vom November 1859 trug dann noch dazu bei, daß der latente und z. T. auch schon manifeste Zwiepsalt noch nicht offen aufbrach<sup>22</sup>.

---

22 Elben gibt in seinem Buch „Das Schillerfest in Schillers Heimat“ (1859) eine ausführliche Schilderung der Feiern. Er druckt auch einen großen Teil der gehaltenen Reden ab.

### b) Nationalverein und Reformverein in Württemberg

Der württembergische Juniaufruf, der in ganz Deutschland Aufsehen erregte<sup>1</sup>, schien den Anschluß eines großen Teils der württembergischen Liberal-Demokraten an den Nationalverein als eine zwangsläufige Entwicklung vorzuzeichnen. Die Eisenacher Erklärung vom Juli 1859, die in das Programm des Nationalvereins einging, der sich im September 1859 in Frankfurt offiziell konstituierte, unterschied sich sachlich kaum von dem württembergischen Aufruf<sup>2</sup>. Beide Erklärungen erwarteten nationalpolitische Initiativen von Preußen, beide äußerten sich nicht definitiv zum Verhältnis des angestrebten Nationalstaats zu Österreich. Es zeigte sich aber nun, daß der württembergische Aufruf geboren war aus einer Notlage, die keine andere Wahl als die militärisch-politische Zuflucht zu Preußen zuzulassen schien. Sobald die französische Bedrohung entfiel, schwand die Bereitschaft der württembergischen Liberal-Demokraten, Preußen als Führungsmacht in Deutschland und damit de facto den Ausschluß Österreichs zu akzeptieren.

Nur zwei Württemberger, Reyscher und Notter, traten dem Nationalverein bei<sup>3</sup>. Doch auch andere führende Liberal-Demokraten, die einen Beitritt ablehnten, brachen nicht die Verbindung zum Nationalverein ab; sie regten vielmehr eine enge Zusammenarbeit an, die sich aber nicht organisatorisch verfestigen sollte<sup>4</sup>. Am 18. Dezember 1859

---

1 Vgl. Hermann, Entstehung des Nationalvereins, S. 39.

2 Text der Eisenacher Erklärung u. a. bei (Planck), Der Nationalverein (1861), S. 17 f. Zum Nationalverein vgl. neben Planck vor allem Hermann; R. Schwab; Le Mang; Grube, Neue Ara; Goldner, Vor 50 Jahren; Neupert; Oncken, Bennigsen, 2 Bde. Zu Württemberg: Bachteler; Runge, S. 10 ff. S. auch Reyschers Erinnerungen, S. 265 ff.

3 Reyscher, Erinnerungen, S. 267.

4 S. den mehrfach abgedruckten Brief württembergischer Politiker v. 27. September 1859 an den Ausschuß des Nationalvereins (u. a. bei Bachteler, S. 49—51). Viel Material zu den Kontakten zum Nationalverein enthält der NL Hölder, vor allem Fasz. IV und XXXV. Hölder hatte ursprünglich, so zeigen seine handschriftlichen Entwürfe (IV, 1) aus den Septembertagen, den Beitritt zum Nationalverein empfehlen wollen, wenn der Nationalverein die Oberhauptsfrage ausdrücklich für offen erklären würde. Er stimmte sogar einem Ausschluß Österreichs aus dem deutschen Nationalstaat zu, falls „Österreich sich beharrlich dem deutschen Geist verschließen, seinen Völkern die durch die Zeit unabwendbar gebotenen konstitutionellen Staatseinrichtungen auch fernerhin verweigern und aus verkehrter Selbstsucht dem berechtigten Verlangen des deutschen Volks nach Neugestaltung der deutschen Verfassung“ sich entgegenstellen sollte. In einem zweiten Entwurf erwähnte er den Nationalverein nicht ausdrücklich, begrüßte aber die Idee, eine nationale Fortschrittspartei zu gründen. „Partei“ verstand er aber als organisa-

trafen sich auf der Göppinger Versammlung der „Fortschrittspartei“, wie sich die württembergischen Liberal-Demokraten nun nannten, ca. 200 Gesinnungsfreunde, die gegen ca. 25 Stimmen den Antrag Hölders annahmen, keinen Beitritt zum Nationalverein zu empfehlen, aber mit ihm zusammenzuarbeiten<sup>5</sup>. Die Zurückhaltung der liberalen Märzminister trug wesentlich dazu bei, daß auch die Mehrheit jener württembergischen Liberalen, die einen kleindeutschen Nationalstaat mit preußischer Spitze befürworteten, dem Nationalverein fernblieben<sup>6</sup>. Ein klares Reformprogramm entwickelte man auf der Göppinger Versammlung ebensowenig wie eine Organisation der „Partei des Fortschritts“. Es wurden zwar für die einzelnen Oberämter Vertrauensleute benannt, die mit dem federführenden Stuttgarter Komitee, das zur Versammlung eingeladen hatte, Kontakt halten sollten. Doch diese organisatorischen Anfänge baute man nicht aus. Der Stuttgarter Führungskreis war tonangebend, die Kontakte zum Land blieben unsystematisch und sporadisch. Für eine stärkere Organisation fehlte noch die nötige Politisierung breiterer Bevölkerungskreise und eine dezidierte Parteitheorie. An die parteiartigen Organisationsformen der Revolutionsjahre knüpfte man erst einige Jahre später an<sup>7</sup>. Zunächst galt die Gesinnungsgemeinschaft eines relativ kleinen Kreises von Honoratioren als ausreichend, um politisch zu wirken.

Als der französische Kaiser 1860 Savoyen und Nizza annektierte, schien die nationale Erregung, die auch größere Bevölkerungsteile Württembergs ergriff, eine weitere Annäherung der Liberal-Demokraten an den Nationalverein zu erzwingen. Die Kriegsbegeisterung erfaßte selbst den „Beobachter“, der zwar weiterhin gegen den Nationalverein polemisierte<sup>8</sup>, aber doch nicht umhin konnte, anzuerkennen, daß nur Preußen zur militärischen Führung Deutschlands im

---

tionslose Gesinnungsgemeinschaft, die nur in Einzelfällen aktiviert werden sollte. Im dritten Entwurf lehnte er schließlich, wie das offizielle Schreiben an den Nationalvereinsausschuß v. 27. September 1859, jede Organisation ab, die über die Landesgrenzen hinwegreiche. Hölders Entwürfe zeigten also eine deutliche Klimax in der Ablehnung eines Beitritts zum Nationalverein, was durch die ablehnende Haltung der Mehrheit seiner Gesinnungsfreunde bedingt war. In einem Schreiben an Bennigsen, das Haupt des Nationalvereins, betonte er aber nachdrücklich die Bereitschaft zur Kooperation (Brief v. 30. September 1859, Oncken [Hrsg.], Briefe Bennigsens, 1905, S. 60—62). Im folgenden wird nach dieser Ausgabe zitiert, da sie in der Regel die Briefe vollständiger wiedergibt als Onckens Bennigsen-Biographie.

5 Zur Göppinger Versammlung: Beob. Nr. 294—301 v. 20. bis 29. Dezember; Reyscher an Ludwig Häusser v. 21. Dezember, NL Häusser; NL Hölder IV, 1; M. an R. Mohl v. 14. und 22. Dezember; NL Moser-Mohl III, 23e; Chronik Nr. 299 ff. II v. 20. Dezember; HSTAS E 150 Bü 1058 (Schreiben v. Lindens v. 20. Dezember); E 146 Bü 1959 (ausführlicher Oberamtsbericht v. 19. Dezember); Reyscher an Bennigsen v. 2. November; Oncken, Bennigsen-Briefe, 1905, S. 63—65; v. 19. Dezember, NL Bennigsen Nr. 344; Reyscher an Fedor Streit, den Geschäftsführer des Nationalvereins, v. 19. Dezember 1859, Nationalvereinsakten DZAP Nr. 7; Bachteler, S. 56—59; Runge, S. 12—14.

6 Vgl. Hölders Brief an Bennigsen v. 30. September 1859 (Anm. 4).

7 Vgl. u. S. 335 ff.

8 S. etwa Nr. 65 v. 17. März; 114 v. 16. Mai; 217—219 v. 15. bis 17. September 1860.

Kriege geeignet sei<sup>9</sup>. Hölder organisierte Petitionen und Versammlungen, die von den deutschen Regierungen Maßnahmen gegen Frankreich forderten. Mit diesem Verlangen nach einer kriegerischen Tat verknüpfte man die Forderung nach einer Zentralgewalt und nach einem Nationalparlament<sup>10</sup>. Die Fortschrittspartei agierte in dieser Frage jedoch nicht einheitlich. Bei einem Treffen Ende März 1860, auf dem eine Petition von Abgeordneten vorbereitet wurde, schlossen sich prominente Liberal-Demokraten aus: Schott, Duvernoy, Friedrich Römer und Moriz Mohl<sup>11</sup>. Einige befürchteten, sich dem Gespött preiszugeben, wenn sie versuchen würden, die europäische Krise mit Adressen vom Nesenbach aus zu lösen; andere glaubten, mit den angeregten Kundgebungen, den Nationalverein zu unterstützen, zumal Reyscher behauptete, daß der Ausschuß des Nationalvereins durch ein Zirkular den Anstoß für Hölders Aktivität gegeben habe.

Hölder fungierte als das eigentliche Verbindungsglied zwischen dem Nationalverein und den württembergischen Liberal-Demokraten, da Reyscher und Notter als Nationalvereinsmitglieder isoliert waren. Hölder übernahm auch die Aufgabe, für die Teilnahme württembergischer Politiker an der Heidelberger Pfingstversammlung zu werben, auf der der Nationalverein versuchte, „die Schweizer Frage zu einem Pronunciamento der Nationalpartei gegen den Bonapartismus auszuheuten“<sup>12</sup>. Hugo Fries, der dem geschäftsführenden Vorstand des Nationalvereins angehörte, informierte Hölder ausführlich über die Zielsetzungen<sup>13</sup>. Er forderte Hölder auf, die Hoffnung auf eine Realisierung der Reichsverfassung von 1849, die in Württemberg so überaus virulent war, zu drosseln. Diese Hoffnung sei nicht mehr als ein „frommer Wunsch“. „Im friedlichen Wege kann die deutsche Frage nicht gelöst werden.“ Den Konflikt mit Napoleon sah Fries als eine günstige Möglichkeit an, um „dem unvermeidlichen gewaltsamen Austrage einen rein deutschen, und nicht spezifisch preußischen Charakter zu geben“. „Wäre es uns möglich, darüber [über die Schweizer

---

9 Nr. 131 f. v. 8. Juni 1860.

10 Vgl. die Eingabe der Abgeordneten Reyscher, Murschel, Fetzer, Deffner, Hölder, Johann Jakob Breuning (1795—1873) und Hopf v. 10. April 1860, Text in Chronik Nr. 86 II v. 12. April. Zur Stuttgarter Volksversammlung v. 11. April 1860 s. Beob. Nr. 87 v. 14. April; HSTAS E 150 Bü 1058 (ausführlicher Bericht); M. Mohl schrieb seinem Bruder Robert mehrfach, daß die Initiativen von Hölder ausgingen (Briefe v. 31. März; 9. April; 3. Mai; 20. Juni 1860, NL Moser-Mohl III 23f.); vgl. auch Reyscher an Bennigsen v. 10. April 1860, NL Bennigsen Nr. 344.

11 Mohls Briefe v. 31. März 1860 (Anm. 10. Auf die dort genannten Briefe beziehen sich auch die folgenden Angaben im Text). Für S. Schotts Haltung s. seine Schrift „Wo hinaus?“ (1860). Da Trias, preußische Führung und Bundesreform gleichermaßen nicht zu realisieren seien, empfahl er auf seine im Titel gestellte Frage als „Antwort: nirgend hinaus. Beisammen bleiben wollen wir, wie wir sind, und zuwarten.“ (S. 34.)

12 Oncken, Bennigsen I, S. 395. Zu Hölders Werben s. Mohls Brief v. 3. Mai (Anm. 10).

13 Schreiben v. 4. Mai 1860, NL Hölder IV, 1. Dort die folgenden Zitate. Hervorhebung im Original.

Frage] einen Krieg anzuhetzen, so würde die deutsche Frage sich mit entsetzlicher Leichtigkeit abwickeln.“ Über die geringen Aussichten, auf die Kabinettpolitik einwirken zu können, gab er sich jedoch keinen Illusionen hin. „Daß wir von Heidelberg aus den Krieg mit Frankreich nicht beschließen können, ist mir klar; wir müssen aber wissen, was wir erreichen wollen, und mir ist es zur vollen Klarheit geworden, daß nur ein *gesunder* und bei *gesunder* Verfassung begonnener Krieg uns helfen kann.“

Erst als der Nationalverein auf seiner Generalversammlung in Coburg im September 1860 seine propreußische Tendenz mäßigte und die preußische Spitze nur noch indirekt erwähnte<sup>14</sup>, konnte er in Württemberg an Einfluß gewinnen. Die württembergischen Liberal-Demokraten beriefen im Februar 1861 eine Versammlung in Eßlingen ein, die u. a. das Verhältnis zum Nationalverein klären sollte. Die Befürworter eines Beitritts trafen sich unmittelbar vor der Eßlinger Versammlung, um ihre Taktik zu beraten<sup>15</sup>. In Eßlingen sprach sich die große Mehrheit der 600—700 Teilnehmer für den Beitritt zum Nationalverein und für die Reichsverfassung von 1849 aus. Die Oberhauptsfrage sah man als offen an, da die preußisch-erbkaiserliche Lösung 1849 am Widerstand des preußischen Königs gescheitert war. Mit dieser Resolution knüpfte die Versammlung an dem Nimbus an, mit dem die Reichsverfassung in Württemberg umgeben war, seit eine mobilisierte Öffentlichkeit ihre Annahme durch den württembergischen König im Jahre 1849 erzwungen hatte<sup>16</sup>. Die Fixierung auf die Reichsverfassung als Programm für die deutsche Nationalbewegung bedeutete zugleich aber einen Kompromiß, da das Hauptproblem ausgeklammert blieb: die Stellung von Preußen und Österreich zum oder im Nationalstaat.

Die Liberal-Demokraten hatten sich auf ein Programm geeinigt, das nur kurzfristig Gegensätze überbrücken konnte, bestenfalls als allgemeiner Rahmen anzusehen war, der ausgefüllt werden mußte. Um diese Aufgabe zu lösen, berief der Stuttgarter Führungskreis im Dezember 1861 eine Landesversammlung nach Plochingen ein, die zugleich ein Programm für die Landtagswahlen von 1862 ausarbeiten sollte.

<sup>14</sup> Vgl. Schwab, S. 38 ff.; Runge, S. 14. Zur Anerkennung der Reichsverfassung, die Reyscher als „Auskunftsmittel“ empfahl, um über die „Hegemoniefrage“ hinwegzukommen, konnte sich die Generalversammlung des Nationalvereins allerdings nicht durchringen (Reyscher an Bennigsen v. 15. Juni 1860, Oncken, Bennigsen Briefe 1905, S. 79—81, Zitate: S. 80).

<sup>15</sup> Etwa 30 Personen, am 2. Februar 1861 in Stuttgart. Die bekanntesten Teilnehmer waren Reyscher, Pfeifer, A. Seeger und Metz aus Darmstadt, der als einziger Nicht-Württemberger in Eßlingen hervortrat (Polizeibericht, HSTAS E 146 Bü 1985).

<sup>16</sup> Vgl. o. S. 142. Zur Eßlinger Versammlung s. vor allem Beob. Nr. 30—34 v. 5. bis 9. Februar; Chronik 31 f. v. 5. Februar 1861; ausführliche Berichte in HSTAS E 146 Bü 1965; s. auch das Material im NL Hölder III, 3; Reyscher an Häusser v. 5. März, NL Häusser; vgl. Runge, S. 14 f., und Rapp, Nationale Frage, S. 38 f.

Adolf Seeger bereitete die Programmdiskussion mit einer Schrift vor, die noch vor der Plochinger Versammlung erschien<sup>17</sup>. Seine Vorschläge für die Gestaltung der deutschen Verfassung gingen jedoch über das Eßlinger Programm nicht hinaus. Aber er rückte in vorsichtigen Formulierungen von der Fixierung auf die Reichsverfassung ab, indem er es den Regierungen anheimstellen wollte, die Reichsverfassung in Kraft zu setzen oder neue Modalitäten auszuhandeln — entweder durch Regierungsvereinbarungen oder durch eine neue Nationalversammlung<sup>18</sup>.

Das in Plochingen verabschiedete „Wahlprogramm der Fortschrittspartei“ blieb in der nationalen Frage ebenso vage wie Seegers Schrift und die Eßlinger Grundsätze. Mit der Forderung nach einer Zentralgewalt und nach „konstitutioneller Teilnahme einer vom Volk gewählten Gesamtvertretung, welche die Einheit Deutschlands zugleich mit seiner Entwicklung zur Freiheit verbürgt“<sup>19</sup> (Punkt 1), sprach sie Gemeinplätze aus, die konzeptionelle Gegensätze sorgfältig umgingen. Auch die übrigen acht Programmpunkte, die sich mit innenpolitischen Fragen befaßten, waren von dem Streben nach Einheit im bürgerlich-liberal-demokratischen Lager getragen<sup>20</sup>. Man vermied bewußt wichtige Detailfragen, um die politische Eintracht des liberal-demokratischen Bürgertums nicht zu trüben. Als in der Versammlung dafür plädiert wurde, die Forderung nach Einführung des allgemeinen Wahlrechts ins Programm aufzunehmen, sprachen sich Repräsentanten des Nationalvereinsflügels (A. Seeger) ebenso dagegen aus wie Vertreter der großdeutsch-demokratischen Richtung (Becher). Der ehemalige Reichsregent Becher, der sich als prinzipieller Befürworter des allgemeinen Wahlrechts bekannte, propagierte dennoch, diese kontroverse Frage zu vertagen, da sonst der „Partei des gemäßigten Fortschritts“<sup>21</sup> Gefahr drohe. Politische Gegner könnten ihnen „leicht republikanische, ja sogar sozialistische Bestrebungen unterstellen“.

17 „Die Aufgaben der neu zu wählenden Kammer der Abgeordneten in Württemberg.“

18 Ebd. S. 5.

19 Text in Chronik Nr. 299 III und Beob. Nr. 295 v. 17. Dezember, s. auch Chronik Nr. 298 III und Beob. Nr. 296 f.; Ausführlicher Bericht über die Versammlung in HSTAS E 146 Bü 1959; eine kurze Zusammenfassung gibt der Bericht v. Lindens an den König v. 17. Dezember 1861, ebd.; Entwurf des im wesentlichen unverändert angenommenen Programms in E 150 Bü 1058; vgl. auch Eisfeld, S. 137.

20 Punkt 2: zum Wahlrecht: Beschneidung von Privilegierungen der „bevorrechteten Stände“ und des Regierungseinflusses; geheime Wahl.

Punkt 3: Presse- und Vereinsfreiheit.

Punkt 4: Selbständigkeit der Gemeinden wahren.

Punkt 5: Gesetze über Entlastung von Grund und Boden sowie über Aufhebung von Steuerprivilegien sind aufrechtzuerhalten.

Punkt 6: Öffentliche und mündliche Gerichtsverfahren.

Punkt 7: Reform der Volksschule.

Punkt 8: Der Staatshaushalt hat „volkswirtschaftlichen Interessen“, nicht der „Füllung der Staatskasse“ zu dienen.

Punkt 9: Anerkennung des „konstitutionellen Prinzips“ durch die Regierung.

21 Zit. n. dem Bericht in Bü 1959 (Anm. 19). Dort auch das folgende Zitat.

Ein Mißtrauensantrag gegen das Ministerium Linden, den Hopf stellte, drang ebenfalls nicht durch.

Trotz oder gerade wegen seiner Unbestimmtheit erfüllte das Programm seinen Hauptzweck: die Liberal-Demokraten im Landtagswahlkampf zu vereinen und ihnen einen Reformkatalog zu bieten, der ausdeutungsfähig war. Die „Partei des gemäßigten Fortschritts“ erlang etwa die Hälfte der Mandate; allerdings bildeten sie keine fest abgegrenzte Fraktion<sup>22</sup>. Doch auch die „Regierungspartei“ konnte ihre Position stärken, denn beide profitierten von den Verlusten der „Mittelpartei“, die im aufgelösten Landtag oft mit den Liberal-Demokraten kooperiert hatte<sup>23</sup>. Die Liberal-Demokraten schienen mit dem Wahlergebnis ihr Ziel erreicht zu haben, im Landtag eine „große unabhängige Partei aller bürgerlich-gesinnten Männer der verschiedenen freisinnigen Schattierungen“<sup>24</sup> zu bilden.

Als Österreich 1862 das Drängen der Öffentlichkeit nach einer Bundesreform mit seinem Delegiertenprojekt aufzufangen suchte<sup>25</sup>, konnten die württembergischen Liberal-Demokraten ihre Taktik des Ausklammers nicht weiter fortsetzen. Sie mußten ihre Haltung zum Nationalverein, der trotz aller Vorbehalte die kleindeutsch-preussische Lösung anstrebte, ebenso klären wie zum Reformverein, der 1862 gegründet wurde und das österreichische Delegiertenprojekt in sein Programm aufnahm<sup>26</sup>. Dieser österreichische Versuch, die projektierte parlamentarische Nationalvertretung nicht aus Wahlen hervorgehen zu lassen, sondern aus den Landtagen der Einzelstaaten zu rekrutieren, war ausschlaggebend für den Mißerfolg, großdeutsche Liberal-Demokraten in Württemberg für den Gedanken eines großdeutschen Gegenstücks zum Nationalverein zu gewinnen. Der Nimbus der Reichsverfassung von 1849 bildete, wie erwähnt, in Württemberg eine der Hauptklammern, die die „Fortschrittspartei“ trotz nationalpolitischer Divergenzen zusammenhielt<sup>27</sup>. Als den wesentlichsten

<sup>22</sup> Runge, S. 17 f.; Beob. Nr. 26 v. 1. Februar; 128 f. v. 4. Juni 1862; vgl. Chronik Nr. 54 I v. 4. März. Die Liberal-Demokraten verloren mit Murschel, Georg Friedrich Christian Philipp Seefried (1814—1881) und Christian August Sigel (1816—1867) prominente Abgeordnete, konnten aber mit Ammermüller, A. und L. Seeger und Karl Ludwig Schall (1827—1886) bewährte Kräfte durchsetzen. Ca. ein Drittel aller Abgeordneten wurden erstmals in den Landtag gewählt (errechnet nach den Angaben in Chronik Nr. 28 III v. 1. Februar 1862). Der NL Hölder III, 2 enthält viele Unterlagen zur Wahlagitation.

<sup>23</sup> Vgl. o. S. 281.

<sup>24</sup> Aus einem Schreiben M. Mohls an Johann Leonhard Bayrhammer (1828—1881, Rechtsanwalt und Stadtschultheiß), den Abgeordneten für Ellwangen. Mohl lud ihn zu einer Vorbesprechung für die kommende Landtagssession ein. Die anderen Teilnehmer: außer Mohl noch Duvernoy, Probst, Rödinger, Fr. Römer, Fetzer, Schott. Hölder war verhindert. Mohl teilte Hölder seinen Brief an Bayrhammer in Abschrift mit (Schreiben Mohls v. 23. Februar 1862, NL Hölder XXV). Hervorhebungen im Original.

<sup>25</sup> Dazu vor allem Real, Bundesreformbestrebungen 1859—1862.

<sup>26</sup> Zum Reformverein Zimmermann und zuletzt Real, Deutscher Reformverein; Hope.

<sup>27</sup> Dieser Nimbus fand seinen Ausdruck in einem Bankett der Fortschrittspartei zur Erinnerung an die Verkündigung der Reichsverfassung (Chronik Nr. 75 II v. 31. März; Beob. Nr. 75 f. v. 31. März und 1. April 1863).

Bestandteil der Reichsverfassung sah man die Grundrechte und das gewählte Nationalparlament an. Eine Delegiertenversammlung zu akzeptieren, wäre deshalb einer Verleugnung der Reichsverfassung gleichgekommen und hätte die Trennung von der Fortschrittspartei bedeutet<sup>28</sup>. Fröbels Werbereise durch Deutschland, auf der er die Gründung des Reformvereins vorbereitete, blieb deshalb bei den württembergischen Liberal-Demokraten ohne Erfolg<sup>29</sup>.

Zur Frankfurter Gründungsversammlung des Reformvereins erschien aus dem Kreis der Liberal-Demokraten Württembergs nur Moriz Mohl, der mit seiner Teilnahme demonstrieren wollte, daß man für einen Einfluß Deutsch-Osterreichs votieren könne, „ohne reaktionär zu sein“<sup>30</sup>. Zudem hoffte er, in Frankfurt einen günstigen Nährboden für seine Agitation gegen den preußisch-französischen Handelsvertrag zu finden<sup>31</sup>.

Willy Real betont zwar, daß sich in Frankfurt „weder einseitige Reaktionäre noch Ultramontane und erst recht keine Verfechter eines Großösterreichtums“<sup>32</sup> trafen, doch für die ablehnende Haltung der württembergischen Liberal-Demokraten war ausschlaggebend, daß sie der großdeutschen Versammlung eben dieses reaktionär-aristokratische Gepräge unterstellten. Der Gegensatz zwischen dem Weimarer Abgeordnetentag vom September 1862, an dem sich Liberal-Demokraten aus Württemberg beteiligten<sup>33</sup>, und der Versammlung der Großdeutschen vom Oktober d. J. lautete nicht — so schrieb der „Beobachter“ — „kleindeutsch und großdeutsch“, sondern „freisinnig und reaktionär“<sup>34</sup>. Auch so prominente Mitglieder des Reformvereins, wie die Tübinger Professoren Geßler und Schäffle<sup>35</sup>, vermochten den Verdacht der Liberal-Demokraten nicht zu entkräften, man habe es mit einer aristokratischen Verschwörung zu tun, deren Zweck es sei, die

28 Vgl. Beob. Nr. 171 v. 25. Juli 1862 („Das deutsche Parlament“).

29 Fröbel, Lebenslauf 2, S. 82 f., 125 ff.; Real, Reformverein, S. 28 ff. Zimmermann, Reformverein, Kap. 2.

30 M. Mohl an seinen Bruder Julius v. 1. November 1862 (NL Moser-Mohl III, 25g). Vgl. auch seinen Artikel „Meine Teilnahme an der Frankfurter Versammlung“ (Beob. Nr. 259 v. 6. November 1862). Sein Antrag in Frankfurt, der vor allem die projektierte Delegiertenversammlung durch ein gewähltes Parlament ersetzen wollte, fiel durch. Den großdeutschen Vereinen in Württemberg schlossen sich von den liberal-demokratischen Abgeordneten nur Bayrhammer und Wilhelm Erath (1806—1873) an (Scheurle, S. 130 f.). Die beiden Katholiken traten politisch wenig hervor. Zur Haltung württembergischer Abgeordneter zum Reformverein s. auch H. Rosenberg, Honoratiorenpolitiker, S. 223 ff.

31 Vgl. dazu Kap. D VI.

32 Bundesreformbestrebungen, S. 215; vgl. ders., Reformverein, S. 40.

33 Vgl. u. S. 306 und allgemein Real, Pfingstversammlung und Abgeordnetentag.

34 Nr. 233 v. 7. Oktober 1862; s. auch „Verhandlungen der Fortschrittspartei“ (Eblingen 1862), S. 3.

35 Zu den württembergischen Großdeutschen, die sich für den Reformverein einsetzten, gehörten auch der Tübinger Professor Johannes Kuhn (1806—1887), der Pietist Oskar Wächter (Rechtsanwalt, Vorstand der Stuttgarter Privatfeuerversicherungsanstalt), der sich 1866 der nationalliberalen Deutschen Partei anschloß, und der Verleger Freiherr von Cotta.

nationalpolitischen Impulse in reaktionäre Bahnen zu leiten. Die „Allianz mit den unbedingten Regierungsleuten“<sup>36</sup>, wie etwa Varnbüler, dem späteren Minister, und die Verbindung mit entschiedenen Ultramontanen konservativer Prägung<sup>37</sup>, wirkte abschreckend auf Großdeutsche liberaler oder demokratischer Richtung. Diese waren nicht bereit, die vorgeschlagene Delegiertenversammlung als ersten Schritt und das gewählte Nationalparlament als „Schlußstein der Reformbestrebungen“<sup>38</sup> zu betrachten.

Diese Allianz zwischen konservativen Großdeutschen und Regierungsanhängern wurde von den Liberal-Konstitutionellen nicht einfach behauptet, sondern existierte tatsächlich. Schäffle und die späteren württembergischen Minister Geßler, Mittnacht und Sarwey planten 1862 ein konservatives Organ zu gründen, das die Regierung unterstützen, aber den Schein der Unabhängigkeit wahren sollte. Der Kabinettschef Neurath billigte das Projekt nachdrücklich<sup>39</sup>. Mit dieser Zeitung hoffte man, die publizistische Präsentation großdeutsch-konservativer Politik in der Öffentlichkeit zu verbessern. Der „Staatsanzeiger“, so anerkannten auch die Regierungsstellen, hatte es nie vermocht, diese Aufgabe wirksam zu übernehmen<sup>40</sup>. Das Zeitungs-

---

36 Klüpfel an Duncker v. 5. März 1862, Grube, Einheitsbewegung, S. 346 f., Zitat: S. 347. Klüpfel befürchtete, daß die Großdeutschen gerade wegen dieser Verbindung einen großen Einfluß erhalten würden.

37 Kolb, der Redakteur der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“, schrieb am 9. Oktober 1862 an Oskar von Wydenbrugk, der zum engsten Führungskreis des Reformvereins gehörte: Varnbüler habe die „Unklugheit“ begangen, auch Dekan Karl Lichtenstein (1816—1866), der als Führer der württembergischen Ultramontanen galt, nach Frankfurt einzuladen. Lichtenstein sei aber in Württemberg „ein so großes Abschreckungsmittel als Onno Klopp in Hannover“ (NL Wydenbrugk); vgl. Real, Bundesreformbestrebungen, S. 204 f.

38 Karl Gottlob Friedrich Freiherr von Varnbüler (1809—1889, Außenminister von 1864—1870), der um die Teilnahme des badischen Abgeordneten Bernhard August Prestinari (1811—1893, hoher Staatsbeamter) an der Frankfurter Versammlung warb, schrieb diesem am 16. Oktober 1862: „Es wird davon ausgegangen, daß ein zerrissenes Deutschland kein Deutschland mehr wäre, daß in dasselbe Osterreich wie Preußen gehöre, daß aber im Falle ihrer Ubereinstimmung diesem (!) die überwiegende Gewicht gebühre, daß eine Nationalvertretung den Schlußstein in den Reformbestrebungen zu bilden habe, daß man aber, um allmählich zu diesem zu gelangen, keinen Vorschlag von der Hand zu weisen habe, welcher die Möglichkeit in sich schließe, im Wege vernünftiger Entwicklung zu dem gewünschten Resultate zu gelangen, und daß daher als ein solcher Übergang mit geeigneten Modifikationen die vorgeschlagene Delegierten[versammlung] zu akzeptieren sei.“ NL Prestinari, 34; vgl. auch Varnbülers Schreiben v. 5. Oktober, ebd.; und Dr. Otto Sarweys (würtembergischer Kultusminister von 1885—1890) Brief an Prestinari v. 26. Oktober 1862; ebd. 29. Auch Hermann Mittnacht (1887 zum Freiherrn erhoben), der nach der Reichsgründung die württembergische Politik als Minister maßgeblich bestimmte (vgl. Kleine, Mittnacht), beteiligte sich eine Zeitlang an den Vorbereitungen zur Gründung des Reformvereins. Er zog sich aber, wie Sarwey, zurück, als er sich von der Erfolglosigkeit der Bemühungen des Reformvereins überzeugte (vgl. Seefried, Mittnacht und die deutsche Frage, Kap. B; Rapp, Nationale Frage, S. 55).

39 Konstantin Franz Justus Freiherr von Neurath (1807—1876, Außenminister 1851—1854, 1855—1867 Präsident des Geheimen Rats) an den König v. 11. Juli 1862, HSTAS E 14 Bü 1186. Das Projekt scheiterte aber, Oskar Wächter (Anm. 35) gehörte auch zu den potentiellen Gründern.

40 Vgl. das Material in ebd. Bü 1600.

projekt der großdeutschen Abgeordneten ist im Zusammenhang mit analogen Versuchen zu sehen, die 1861 von der Regierung unternommen wurden, um über einen Strohmann ein offizielles Organ zu schaffen. Die Regierung vereinbarte mit dem Besitzer der Stuttgarter „Bürgerzeitung“, die nach außen hin unabhängig erscheinen sollte, daß dieses Blatt stets „den Konservativismus nur vom Standpunkt der Interessen des wahren Bürgertums, der Mittelklassen, verficht, und sich keinen Schein eines von Regierungsseite ausgegangenen Impulses gibt“<sup>41</sup>.

Organisatorisch konnten sich die großdeutschen Vereine, die auf der Basis des Reformvereinsprogramms in Württemberg entstanden, an den „Großdeutschen Verein in Württemberg“ anlehnen, der sich bereits im Februar 1862 in Ulm bildete<sup>42</sup>. Die großdeutschen Vereine in Württemberg, die sich vornehmlich auf die überwiegend katholischen Landesteile beschränkten, hatten zwar mehr Mitglieder als der Nationalverein, doch auf die politische Bewegung des Bürgertums übten sie einen viel geringeren Einfluß aus<sup>43</sup>.

Der Nationalverein konnte nach seinen dürftigen Anfängen in Württemberg seine Position verbessern, als seine propreußische Tendenz seit 1860 zurücktrat. Von ursprünglich (1859) zwei stieg die Mitgliederzahl bis Anfang 1861 auf 60 bis 70, zu denen einflußreiche Liberal-Demokraten gehörten, wie Adolf und Ludwig Seeger, der Stuttgarter Bankdirektor Pfeifer und Georgii, der führende Positionen

41 HSTAS E 151c Bü 203. Ein Peter Gauger erhielt 600 Gulden aus der Staatskasse, um sich in die Zeitung einzukaufen, die 2500 Abonnenten hatte. Gauger bekam auch ein staatliches Jahresgehalt. Die Ministerien sollten das Blatt mit Anzeigen unterstützen.

42 Statuten in STAL F 207 Bü 85. Diese Statuten wurden am 27. Februar 1862 dem Oberamt eingereicht. Der Verein entstand also nicht erst am 17. Dezember 1862, wie Real (Reformverein, S. 106) schreibt. Auf dieser Dezember-Versammlung nahm der Verein vielmehr die Beschlüsse der Frankfurter Gründungsversammlung des Reformvereins an. Der Ulmer Verein konnte an großdeutsch-katholische Zusammenschlüsse anknüpfen, vgl. das Material im NL Dr. Philipp Ludwig Adam (1813—1893), der dem Ausschuß des Ulmer Vereins angehörte. Zu Adam s. Real, Reformverein, S. 106, Anm. 84. Als Vereinsorgan diente das Stuttgarter „Deutsche Volksblatt“.

43 Mitglieder des Reformvereins im November 1862:

Donaukreis	778	katholischer Bevölkerungsanteil:	ca. 64%
Jagstkreis	97	katholischer Bevölkerungsanteil:	ca. 30%
Schwarzwaldkreis	44	katholischer Bevölkerungsanteil:	ca. 26%
Neckarkreis	5	katholischer Bevölkerungsanteil:	ca. 7%

(Mitgliederzahlen nach Scheurle, S. 131; Prozentzahlen errechnet n. „Königreich Württemberg“ 1863, Anhang A). Zum Reformverein und den großdeutschen Vereinen in Württemberg vgl. neben Scheurle vor allem Real, Reformverein, S. 104—109. Neben den dort und in Anm. 42 genannten Quellen sind noch heranzuziehen: die Materialien im HSTAS E 146 Bü 1969; „Wochenblatt des Reformvereins“ Nr. 4 v. 25. Januar (Aufruf des Großdeutschen Vereins für Württemberg); Nr. 29 v. 19. Juli und 36 v. 6. September (Berichte über den Verein in Ehingen); 38 v. 20. September (Zu den Vereinen in Ravensburg und Ellwangen); 42 v. 18. Oktober 1863 (dasselbe); 23 v. 5. Juni (Zum Verein in Schönthal); 49 v. 4. Dezember 1864 (Aufruf des Großdeutschen Vereins in Württemberg; Bericht über den Verein in Schönthal); Chronik Nr. 286 III v. 3. Dezember 1863 (Über: Großdeutschen Verein in Württemberg).

im deutschen Turnwesen bekleidete<sup>44</sup>. Die beiden letzteren und A. Seeger gehörten neben Reyscher auch dem Ausschuß des Nationalvereins an<sup>45</sup>; sie traten 1866 auch alle der nationalliberalen Deutschen Partei bei. Mit dieser hohen Zahl von württembergischen Ausschußmitgliedern sollte um die schwäbische Fortschrittspartei geworben werden. Der Durchbruch in Württemberg schien dem Nationalverein im Februar 1861 zu gelingen, als die Eßlinger Landesversammlung den Beitritt empfahl. Von den ca. 600—700 Teilnehmern traten ca. 150 sofort in den Nationalverein ein; unter ihnen auch prominente Liberal-Demokraten, die zuvor gegen die Beitrittsempfehlung gesprochen hatten: Ammermüller, Tafel, der Inhaber des „Beobachters“, und Murschel. Auch Hölder trat dem Nationalverein bei, ohne sich aber stärker für ihn zu engagieren<sup>46</sup>. Reyscher schrieb nach diesem Erfolg an Bennigsen: „Das Eis ist nun gebrochen<sup>47</sup>.“ Sein Optimismus schien gerechtfertigt, denn in den nächsten beiden Monaten verdoppelte sich die Mitgliederquote auf ca. 400<sup>48</sup>.

Da die Fortschrittspartei noch ganz auf der Honoratiorenebene operierte und deshalb kaum Vorarbeiten für den Aufbau einer Organisation geleistet hatte, versuchten die Nationalvereinsmitglieder, eine eigene festere Organisation zu bilden. Die Initiative dazu ging von Stuttgart aus, wo sich am 19. April 1861 ca. 80 Nationalvereinsmitglieder trafen. Auch einige prominente großdeutsche Demokraten, die sich nicht dem Nationalverein angeschlossen hatten (Becher und

<sup>44</sup> Rechtsanwalt Theodor Georgii (1826—1892). Zu den Mitgliedszahlen s. Chronik Nr. 94 II v. 20. April 1861; Reyscher an Bennigsen v. 3. Februar 1861, NL Bennigsen Nr. 344. Zu Georgii s. Hegele (Lebensbild).

<sup>45</sup> Reyscher von der Gründung an, Georgii und A. Seeger kooptierte man auf der 1. Generalversammlung vom September 1860 (Verhandlungen, S. 51); Pfeifer wurde im Mai 1861 kooptiert (Reyscher an Streit v. 5. Mai 1861, Nationalvereinsakten Nr. 19). Reyscher hätte diese Kooptation lieber verschoben, um statt Pfeifer Hölder zu gewinnen, „der aber noch nicht bei der Sache ist“ (ebd., s. auch Reyschers Briefe an Bennigsen v. 4. Juni, Oncken, Bennigsen Briefe, 1906, S. 95 f. und v. 17. Januar 1861, NL Bennigsen Nr. 344). Hölder kooptierte man im Oktober 1862 in den Ausschuß (Streit an Hölder v. 12. Oktober 1862, Nationalvereinsakten Nr. 30; vgl. Anm. 46). Der Ausschuß des Nationalvereins suchte die großdeutschen Liberal-Demokraten, die sich immer noch ablehnend verhielten, zu gewinnen, indem er S. Schott die Sekretärsstelle beim Nationalverein anbot. Schott lehnte ab (Reyscher an Streit v. 27. Juni; ders. an? v. 12. April 1861, Nationalvereinsakten Nr. 18).

<sup>46</sup> Er trat nach der Eßlinger Versammlung ein (Reyscher an Bluntschli v. 4. Mai, NL Bluntschli; Leopold Sonnemann an Hölder v. 24. September, NL Hölder III; Georgii an Streit v. 14. April 1861, Nationalvereinsakten Nr. 18. Am 12. Januar 1866 teilte Hölder Lorenz Th. Nagel, dem Geschäftsführer des Nationalvereins, mit, daß er seine Mitgliedschaft „längst“ als erloschen angesehen habe (Nagel an Hölder v. 17. Januar 1866, Nationalvereinsakten Nr. 36; handschriftliches Konzept des Hölder-Briefs im NL Hölder VII).

<sup>47</sup> Brief v. 3. Februar 1861, NL Bennigsen Nr. 344. Auch der populäre Demokrat Nägele trat bei.

<sup>48</sup> Polizeibericht v. 19. April 1861, HSTAS E 146 Bü 1959. Bis Juli 1861 hatten aber nur 332 Mitglieder Beiträge bezahlt. Die „Wochenschrift des Nationalvereins“ konnte zum gleichen Zeitpunkt nur in 45 Exemplaren in Württemberg abgesetzt werden (Verhandlungen der Generalversammlung des Nationalvereins, 1861, S. 54 f.). Die von Runge (S. 16 f., 23) genannten Mitgliedszahlen werden im folgenden nach den Materialien im NL Bennigsen und den Nationalvereinsakten ergänzt und korrigiert.

Schott), nahmen an der Versammlung teil, auf der ein Ausschuß eingesetzt wurde, der den Aufbau der Organisation im Lande leiten und koordinieren sollte<sup>49</sup>. Vor allem wollte man eine Zeitung als Vereinsorgan gewinnen. Deshalb war es wichtig, daß an der Versammlung auch O. Elben und G. Tafel, die Inhaber des „Schwäbischen Merkurs“ und des „Beobachters“, teilnahmen. Man versuchte in erster Linie, den „Beobachter“ als Vereinsorgan zu gewinnen, da nur dieses Blatt die Möglichkeit bot, durch regelmäßige Leitartikel die öffentliche Meinung zu beeinflussen<sup>50</sup>. Dieses Hauptorgan der Liberal-Demokraten hatte seine Polemik gegen den Nationalverein zwar bereits gemäßiggt, da es gelang, bei Tafel eine „zeitweise Anlegung einer Zwangsjacke für Herrn Hopf“<sup>51</sup> durchzusetzen. Doch man hatte das Ziel noch nicht erreicht, das Blatt „ganz und gar zu enthopfen“. Bei ihrem Bestreben, den Redakteur des „Beobachters“ zu zügeln, konnten die Nationalvereinsmitglieder zweifelsohne mit der Unterstützung der Mehrzahl der Liberal-Demokraten rechnen, da Hopf sich nicht an die Mehrheitsmeinung seiner Gesinnungsfreunde gebunden fühlte. Ende April 1862 schied er schließlich aus der Redaktion aus und gab den „Gradaus“ als eigenes Blatt in Eßlingen heraus<sup>52</sup>.

Die württembergischen Mitglieder des Nationalvereins planten, monatliche Versammlungen in Stuttgart und regelmäßige Wanderversammlungen im Lande abzuhalten<sup>53</sup>. Das konnte man zwar nicht

49 Polizeibericht über die Versammlung in HSTAS E 146 Bü 1959. Danach die folgenden Angaben. In Geislingen, so berichtete ein Teilnehmer von dort, gab es bereits monatliche Versammlungen.

50 Den Versammlungsteilnehmern war bewußt, daß die „Schwäbische Chronik“ nicht als Vereinsorgan taugte, da sie zuwenig Leitartikel brachte und nicht zu Kontroversen mit dem „Staatsanzeiger“ bereit war. Die württembergischen Nationalvereinsmitglieder sahen sich zwar auch nach einem Ersatz für den „Beobachter“ um — der „Stuttgarter Anzeiger“ war bereit, für sie zu wirken (Polizeibericht v. 17. Juni 1861, HSTAS E 146 Bü 1965) —, doch ihnen war klar, daß dies nur eine Notlösung sein konnte.

51 Streit an Reyscher v. 25. Mai 1860, Nationalvereinsakten Nr. 11. Dort auch das folgende Zitat.

52 Vgl. Beob. Nr. 99 f. v. 30. April 1862 („Ein Abschiedswort“ von Hopf); Rapp, Nationale Frage, S. 14; Runge, S. 17; Stuttgarter Stadtdirektor an Kabinettschef v. 29. April 1862, HSTAS E 14 Bü 1184 d. Der „Gradaus“, der von 1862—1866 erschien, ist heute nicht mehr nachweisbar. Noch auf der Eßlinger Landesversammlung v. Dezember 1862 klagte man über die Eigenwilligkeiten, die sich Hopf erlaubt hatte (Verhandlungen Landesversammlung, S. 26 ff.). Für Hopf übernahm der Tübinger Rechtsanwalt Hermann Bierer die Redaktion des „Beobachters“. Er war zwar Nationalvereinsmitglied, hielt sich aber an den offiziellen „Partei“-Kurs, so daß sich der „Beobachter“ nicht dezidiert für den Nationalverein einsetzte. Immerhin konnten unter Bierer auch Aufrufe zugunsten des Nationalvereins erscheinen (etwa Nr. 46 v. 25. Februar 1863, gez. R[eysscher] wohl), während Hopf Artikel von Nationalvereinsmitgliedern abgelehnt haben soll (Reyscher an Streit v. 26. März 1860 und 11. Juli 1861, Nationalvereinsakten Nr. 9, 21). Bierer trat politisch nicht hervor. Er galt auch den Behörden als „harmloser Mensch“ (Stuttgarter Stadtdirektor an Kabinettschef v. 29. April 1862, HSTAS E 14 Bü 1184 d). Er verdankte diese Stelle wohl seiner verwandtschaftlichen Beziehung zum Inhaber des „Beobachters“ G. Tafel. Bierer war Tafels Schwiegersohn.

53 Polizeiberichte über die Versammlungen v. 18. April und 17. Juni 1861, HSTAS E 146 Bü 1985, E 150 Bü 1058; Reyscher an Bennigsen v. 5. Juni 1861, Oncken, Briefe Bennigsen, 1906, S. 93.

realisieren, doch es gelang, ein Netz von Vertrauensmännern über das Land zu spannen. Etliche Ortsgruppen wurden auch von sich aus aktiv und hielten regelmäßige Versammlungen ab<sup>54</sup>.

Die Landesversammlung der Fortschrittspartei vom Dezember 1862 gab der Entwicklung des Nationalvereins in Württemberg weiteren Auftrieb, denn sie sprach sich erneut für den Beitritt aus. Zudem begannen auch die Liberal-Demokraten eine Organisation von Vertrauensmännern aufzubauen<sup>55</sup>, die zugleich für den Nationalverein werben und die Beiträge für ihn einziehen sollten. Nationalverein und Fortschrittspartei waren also in der Führungsspitze und in den Trägern der organisatorischen Anfänge im Lande miteinander verklammert<sup>56</sup>. Man vereinbarte sogar, daß die „Mitglieder“ der Fortschrittspartei, die zu freiwilligen Zahlungen für die Parteikasse aufgerufen wurden, nur an den Nationalverein Beiträge abführen sollten, falls sie sich durch Zahlungen an den Nationalverein und an die Fortschrittspartei finanziell überfordert fühlten<sup>57</sup>.

Bis Ende 1863 gelang es, in Württemberg ca. 800 Mitglieder für den Nationalverein zu werben<sup>58</sup>. Damit zählte er etwa 100 Mitglieder weniger als die großdeutschen Reformvereine<sup>59</sup>, doch im Gegensatz zu diesen war er mit der bürgerlich-liberal-demokratischen Bewegung eng verzahnt und im ganzen Land vertreten. Stuttgart, Eßlingen und Geislingen waren Hochburgen des Nationalvereins, doch er besaß auch in den katholischen Landesteilen Agenturen, Vertrauensmänner und zahlende Mitglieder. Man hatte unter Reyscher, Georgii, Theodor Tafel<sup>60</sup> und A. Seeger vier Hauptagenturen gebildet, die mit dem Nationalvereinsausschuß in Kontakt standen und die Vertrauensmänner im Lande betreuten.

---

<sup>54</sup> A. Seeger an Streit v. 31. Januar 1863, Nationalvereinsakten Nr. 32; vgl. Reutlinger Zeitung Nr. 18 v. 10. Februar 1861 zur Aktivität des Reutlinger Komitees und s. die in Anm. 53 genannten Berichte zu den Geislinger Monatsversammlungen; Chronik Nr. 86 III v. 10. April 1863 zur Ohringer „Fortschrittspartei“, deren Mitglieder z. T. auch Mitglieder des Nationalvereins waren. Zur Ohringer Nationalvereinsgruppe s. auch Beob. Nr. 186 v. 12. August 1863. Von einem „Fiasko“ der Bemühungen des Nationalvereins in Württemberg (Runge, S. 16) kann also nicht gesprochen werden.

<sup>55</sup> Vgl. Kap. D II, 1.

<sup>56</sup> Dem im Dezember 1862 gewählten Komitee der Fortschrittspartei gehörten an: Carl Deffner, Becher, S. Schott, A. Seeger, Hölder, Fetzer und G. Tafel. Die vier zuletzt Genannten waren auch Mitglieder des Nationalvereins. Fetzer behauptete zwar 1865 (SZ Nr. 108 v. 10. Mai), er habe nie dem Nationalverein angehört, doch nach einer Mitgliedsliste zahlte er 1863 Beiträge (NL Hölder XXXV).

<sup>57</sup> Seeger an Streit (Anm. 54).

<sup>58</sup> Ermittelt nach den Angaben in diversen Faszikeln der Nationalvereinsakten und den „Erläuterungen zu der neuen Organisation des Agentenwesens des Nationalvereins“, Coburg, April 1863 (NL Hölder XXXV).

<sup>59</sup> Vgl. Anm. 43.

<sup>60</sup> Theodor Tafel, Rechtsanwalt in Ohringen, nicht Gottlob Tafel, der Inhaber des „Beobachters“.

Bedenkt man, daß selbst die große Eßlinger Landesversammlung der Fortschrittspartei vom Februar 1861 nur 600—700 Gesinnungsfreunde und die Landesversammlung vom Dezember 1862 nur 200 mobilisieren konnte, so gewinnt die Mitgliederzahl des Nationalvereins erst die rechte Dimension. Die preußenfeindliche Grundhaltung der großen Mehrheit des württembergischen Bürgertums, aber auch die noch geringe Politisierung der breiteren Bevölkerung ließ größere Erfolge des Nationalvereins und eine stärkere Organisationsdichte nicht zu. Berücksichtigt man außerdem, daß die württembergische Fortschrittspartei 1862/63 über rudimentäre Anfänge einer Organisation noch nicht hinaus war, so erscheint es gerechtfertigt, die Erfolge des Nationalvereins stärker zu betonen als die Zeitgenossen und vor allem die spätere Literatur, die stets nur die geringe Resonanz des Nationalvereins in Württemberg hervorhob<sup>61</sup>.

Der Nationalverein versuchte vornehmlich das gebildete und besitzende Bürgertum zu mobilisieren. An dieses sollte sich seine Wochenschrift wenden, während man den ursprünglichen Plan aufgab, ein „Populärblatt für die breiten Massen“ zu gründen<sup>62</sup>. Auf eine Mitgliedschaft von „Bildung und Besitz“ war auch die Beitragshöhe zugeschnitten<sup>63</sup>. Den „unteren Schichten [wußte] man nicht viel zu sagen“. Gleichwohl beschränkte aber der Nationalverein, der 1863 mit ca. 25 500 Mitgliedern seinen Zenit erreichte und dann kontinuierlich verfiel<sup>64</sup>, sein soziales Rekrutierungsfeld keineswegs auf die Zielgruppen „Bildung und Besitz“.

Die Sozialschichtung war regional höchst unterschiedlich. Lokale Besonderheiten sowie die spezifische Sozialschichtung der liberaldemokratischen Bewegung in den verschiedenen deutschen Staaten und in einzelnen Orten spielten offensichtlich eine große Rolle. Trotz aller regionalen Unterschiede treten aber doch einige durchgängige Merkmale deutlich hervor. Innerhalb des Kleinbürgertums, das stets einen erheblichen Prozentsatz der Mitglieder stellte, war die Handwerkerschaft immer am stärksten vertreten. Nicht selten war sie gleich stark repräsentiert wie Fabrikanten und Kaufleute (Beispiel Wetzlar und Württemberg III) und gelegentlich sogar wesentlich stärker (Beispiel Oppenheim). Die württembergische Handwerkerschaft, die 1850 in der preußisch-liberalen Bewegung nur noch etwa

---

61 Das gilt auch noch für Runge, S. 16 ff.; Rapp, Nationale Frage, S. 37—39.

62 Hermann, S. 112. Dort auch das folgende Zitat. Vgl. etwa den Brief Streits an Hölder v. 19. August 1859 (NL Hölder, IV, 1): „Nicht die Zahl, sondern das Gewicht der Namen entscheidet.“

63 Der Jahresbeitrag betrug 1 Taler. Einen Antrag auf Herabsetzung, um die Arbeiterschaft stärker zu erfassen, lehnte die 3. Generalversammlung vom Oktober 1862 ab. Auch der Württemberger L. Seeger sprach sich gegen die Reduzierung aus. Er schlug als Ersatz die ratenweise Zahlung des Jahresbeitrags vor (Verhandlungen, S. 53 ff.). Das war aber seit März 1860 schon gestattet (Oncken, Nationalverein und Arbeiterbewegung, S. 121).

64 Zusammenstellung der Mitgliederzahlen bei Neupert, S. 489.

Sozialschichtung von Nationalvereinsgruppen in Prozentzahlen<sup>65</sup>

	Württ. I	Württ. II	Württ. III	Wetzlar	Oppen- heim	Magde- burg	Hückes- wagen
Staatsbeamte	—	—	—	10,5a	—	10b	—
Gemeindebeamte	2	4	2	—	—	—	—
Rechtsanwälte	10	7	—	—	—	—	—
Fabrikanten	9	9	4	10,5	19	6	61
Kaufleute	25	13	32	26,5	6,5	33	3,5
Redakteure	1,5	—	—	—	—	3	—
„Doktoren“	3,5	7	—	—	—	—	—
Ärzte	6	—	5	—	4	6	—
Apotheker	3,5	2	—	5	—	—	—
Prof., Oberlehrer	1	2	—	16	—	6	—
Privatiers	1,5	—	2	—	6,5	—	3,5
Studenten	3	—	5	—	—	—	—
Gutsbesitzer	2	6	4	—	2	—	—
Höhere Angestellte	1	—	—	—	—	6	—
Bürgertum	69	50	54	68,5	38	70	68
Bauern	—	2	—	—	4	—	—
Handwerker	15	9	35	10,5	11	—	7
Meister	3,5	2	2	16	43	12	—
Posthalter, Wirte	3,5	6	5	—	—	—	3,5
Lehrer	—	—	—	—	—	12	14,5
Angestellte	—	—	—	—	—	—	7
Kleinbürgertum	22	19	42	26,5	58	24	32
ohne Berufsangabe	6	29	4	5	4	6	—
Arbeiter	3	2	—	—	—	—	—
Absolute Zahlen	100 147	100 54	100 54	100 19	100 47	100 33	100 28

a) Richter

b) 2 Richter, 1 höherer Verwaltungsbeamter

c) Buchhalter

<sup>65</sup> Die Angaben beruhen auf den Nationalvereinsakten und NL Hölder XXXV. Die außerwürttembergischen Beispiele (Hückeswagen ist ein Ort in der Nähe von Remscheid) sollen einen ungefähren Vergleich mit den württembergischen Verhältnissen ermöglichen, zumal keine Untersuchung über die Sozialschichtung von Nationalvereinsgruppierungen vorliegt. O'Boyle (Nationalverein, S. 334) hat nur die Sozialschichtung der Teilnehmer an Generalversammlungen ermittelt. Diese unterschied sich aber erheblich von dem Sozialprofil der breiten Mitgliedschaft. Der Bezirk „Württemberg I“ (von mir so genannt) umfaßt in etwa zur Hälfte Stuttgarter Mitglieder, der Bezirk „Württemberg II“ in etwa die Agentur Georgis: Ulm, Göppingen, Geislingen, Reutlingen. Zu „Württemberg III“ gehört vor allem Tübingen, hinzu kamen kleinere Orte mit nur wenigen Mitgliedern. Für keinen Bezirk konnte die Gesamtmitgliedschaft erfaßt werden. Für den Bezirk Georgis ist zu beachten, daß die hohe Zahl der Mitglieder, für die keine Berufsangabe vorliegt (29%), keine sicheren Aussagen über das Sozialprofil zulassen. Die Angaben über Oppenheim und Magdeburg geben den Stand von 1861, die übrigen von 1862/63. Die Rubrik „Handwerker“ ist nach den Quellen nicht in Gesellen und Meister aufzuschlüsseln.

8% der Anhänger stellte<sup>66</sup>, engagierte sich im Nationalverein, dessen preußisch-kleindeutsche Tendenz unverkennbar blieb, mit ca. 18 bzw. 37%. Sie übertraf damit noch ihren Anteil an der breiteren Führungsschicht der demokratischen Vereine von 1848/49.

Auch die Unternehmerschaft war im Vergleich zu den Revolutionsjahren wesentlich stärker repräsentiert: mit mehr als 30% gegenüber ca. 12% in den demokratischen Vereinen von 1848/49 bzw. ca. 28% (1848) und ca. 23% (Januar 1850) in den liberalen Organisationen.

Sogar die Arbeiterschaft, die Schulze-Delitzsch nur als „Ehrenmitglieder des Nationalvereins“<sup>67</sup> begrüßen wollte, beteiligte sich in Württemberg an diesem (2—3%). Das scheint aber ein Ausnahmefall in Deutschland gewesen zu sein<sup>68</sup>.

Staatsbeamte engagierten sich in den lokalen Vereinen nur schwach. Die staatlichen Kontrollen der Vereinstätigkeit werden zu dieser Zurückhaltung wesentlich beigetragen haben. Die württembergische Regierung überwachte die Ortsgruppen, lehnte aber den Antrag der Regierung des Großherzogtums Hessen vom Januar 1861 ab, den Nationalverein durch die Bundesversammlung verbieten zu lassen. Man fürchtete durch ein Verbot „in der öffentlichen Meinung einen Sturm von Manifestationen [. . .] heraufzubeschwören“<sup>69</sup>. Die bloße Tatsache, daß die Versammlungen überwacht wurden, reichte offensichtlich aus, um die Beamtschaft von einer Beteiligung abzuhalten. Hinzu kam, daß die württembergischen Beamten in der Reaktionsdekade diszipliniert und engagierte Demokraten weitgehend entfernt worden waren<sup>70</sup>.

---

66 Zu den Angaben für 1848—1850 s. Kap. B III.

67 Wochenschrift des Nationalvereins, Nr. 142 v. 16. Januar 1863, zit. n. Eisfeld, S. 44.

68 Einer bezeichnete sich ausdrücklich als „Fabrikarbeiter“: August Hochberger in Eßlingen (Georgii an Streit v. 25. Juni 1862, Nationalvereinsakten Nr. 28), der 1848 Vorsitzender des Arbeitervereins in Eßlingen war und auch in den 1860er Jahren zu den führenden Köpfen der württembergischen Arbeiterbewegung zählte. Er schloß sich der Deutschen Partei an. Vgl. zu ihm Balsler (I, S. 411 ff.) und insbesondere Schmierer (S. 43 f.), der eine spezielle Arbeit zu Hochberger plant. Hochberger gehörte zu den sozialarrivierten Arbeitern. Er redigierte seit 1873 ein „Süd-deutsches Börsen- und Handelsblatt“, das er seit 1875 auch herausgab (Schmierer, ebd.). Bei der Durchsicht der Nationalvereinsakten im DZAP, die allerdings keine Vollständigkeit anstrebte hinsichtlich der Unterlagen, die sich nicht auf Württemberg beziehen, fand ich keine Belege, die auf eine Mitgliedschaft von Arbeitern in Nationalvereinsgruppen außerhalb Württembergs deuten. Oncken (Nationalverein und Arbeiterbewegung) nennt ebenfalls keine Belege. Eisfeld untersucht zwar die Organisation des Nationalvereins (S. 39 ff.), nicht aber dessen Sozialprofil.

69 Minister Karl Eugen Freiherr von Hügel an den württembergischen Gesandten am Bundestag Reinhart v. 12. Januar 1861 (HSTAS E 65—68 Verz. 40 Bü 66; vgl. auch die übrigen einschlägigen Materialien in diesem Fasz.).

70 Vgl. o. S. 224. Daß die Regierung durchaus gewillt war, gegen Beamte vorzugehen, falls diese sich im Nationalverein engagiert hätten, demonstrierte sie mit ihrem Verhalten gegenüber Karl Schott, dem „einzigsten Märtyrer des Nationalvereins in Württemberg“ (Lang, Erinnerungen, H. VI, S. 25). Der damalige Justizminister ließ dem Gerichtsvolontär Schott mitteilen, daß er nicht in den Staatsdienst übernommen werde, da er dem Nationalverein angehöre (ebd.).

Auch die Professoren und Oberlehrer, die in der bürgerlichen Bewegung der Revolutionsjahre in Württemberg ca. 6 bis 11% der breiteren Führungsschicht ausmachten, beteiligten sich am Nationalverein kaum (1 bis 2%).

Die vorgelegten Zahlen zeigen, daß der Nationalverein eine breite soziale Basis im Bürgertum besaß und in Württemberg selbst Randschichten der Arbeiterschaft erfassen konnte. Vom Fabrikarbeiter bis zum Fabrikanten, vom bildungsmäßig Unterprivilegierten bis zum Akademiker waren alle Schichten — wenn auch unterschiedlich intensiv — vertreten.

Seit 1864 zerfiel der Nationalverein in Württemberg ebenso rasch wie in ganz Deutschland. Die Aktivität der führenden bürgerlich-liberal-demokratischen Politiker Württembergs verlagerte sich auf gesamtdeutsche politische Gruppierungen, die von der Führungsschicht des Nationalvereins zwar mitgetragen wurden, aber über ihn hinausreichten. Vor allem die Abgeordnetentage boten ein Betätigungsfeld, das den württembergischen Politikern mehr zusagte als der Nationalverein, der in Württemberg den Makel seiner Anfänge, eine kleindeutsch-preußische Interessenvertretung zu sein, nie völlig verlor<sup>71</sup>. Selbst aktive Mitglieder des Nationalvereins hofften letztlich, die propreußische Tendenz innerhalb des Vereins bekämpfen oder doch mäßigen zu können<sup>72</sup>. Die Beitrittschwelle, die seit der Eßlinger Landesversammlung vom Dezember 1862 einsetzte, ist vor diesem Hintergrund der Opposition durch Mitarbeit zu sehen. Die innerpreußische Entwicklung hatte, wie der „Beobachter“ schrieb, den „Hohenzollernschwandel bedeutend gelegt“<sup>73</sup>. Die Gefahr einer Anlehnung des Nationalvereins an Preußen schien beseitigt; günstig erschien den Württembergern hingegen die Möglichkeit, die propreußischen Kräfte im Nationalverein zu neutralisieren. Selbst der Emigrant Carl Mayer, der seit seiner Rückkehr im Sommer 1863 die Umgestaltung der Fortschrittspartei zur antipreußischen Volkspartei wesentlich mitbestimmte und beschleunigte<sup>74</sup>, glaubte um die Wende von 1862 zu 1863 noch an die Chance, den Nationalverein zur politischen Zusammenarbeit des Bürgertums über die Ländergrenzen hinweg nutzen zu können, ohne propreußische Politik betreiben zu müssen<sup>75</sup>. Derartige

<sup>71</sup> S. etwa den Brief Adolf Walters (1825—1870, Rechtsanwalt und Landtagsabgeordneter) an Hölder v. 31. Juli 1863, Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre I, Nr. 116. Walter lehnte die Wahl ins Komitee der Fortschrittspartei ab, da er dessen Option für den Nationalverein verurteilte. Er konnte sich ein „Kleindeutschland ohne preußische Oberherrschaft so gar nicht denken“.

<sup>72</sup> S. den Brief Widenmanns an Hölder v. 30. Januar 1861, NL Hölder III, 3, und seine Schrift „Zur Bundesreform. Ein Separatvotum aus dem Nationalverein“ (1861). Zu seiner Abgrenzung des Nationalvereins von den „Gothaern“, s. vor allem S. 85.

<sup>73</sup> Nr. 291 v. 13. Dezember 1862.

<sup>74</sup> Vgl. Kap. D I, 2 b.

<sup>75</sup> Das Folgende nach den Briefen von Kurz an Mayer v. 16. Dezember 1862 und 5. März 1863, NL Kurz. Vgl. auch Mayers Aufsatz „Festfahrt zu H. Simons Denkmal“ (1862). Mayer traf sich im April 1862 in Eßlingen mit Kurz und anderen württembergischen Demokraten, Brief v. 16. Dezember; sein Aufsatz, S. 314. A. Seeger

Hoffnungen waren verständlich. Preußen schien als nationale Führungsmacht diskreditiert zu sein. Die Aussicht auf nationalpolitische Initiativen seitens der Hohenzollerndynastie hatte, wie H. Baumgarten an Sybel schrieb, ein „ruchloser Spieler an der Spitze des preußischen Staates“<sup>76</sup> zunichte gemacht. Auch der Ausschluß des Nationalvereins verurteilte nun den deutschen Staat seiner Wahl, der sich vom „Schirmherrn“ zum „gefährlichsten Widersacher der nationalen Interessen“<sup>77</sup> gewandelt habe. Man hoffte in Württemberg sogar, den Nationalverein für den Triasgedanken gewinnen zu können, für die Idee eines „Dritten Deutschland“, zu dem sich die Klein- und Mittelstaaten zusammenschließen sollten, um sich zwischen den deutschen Großmächten behaupten zu können und diese durch den freiheitlichen Ausbau der eigenen Landesverfassungen in den Sog der Freiheitsbewegung zu ziehen<sup>78</sup>.

---

hoffte in Mayer „eine bedeutende Hilfskraft“ für den Nationalverein zu gewinnen. Lang, Erinnerungen, S. VI, S. 25.

76 6. September 1863, Heyderhoff, Sturmjahre I, Nr. 124.

77 Aufruf des Ausschusses, Beob. v. 29. Mai 1863.

78 Vgl. etwa Beob. Nr. 147 v. 27. Juni; 158 v. 10. Juli; 125 f. v. 2. Juni 1863; Briefe von Kurz (Anm. 75).

### c) Vor der Spaltung des liberal-demokratischen Bürgertums

Daneben lebten die Hoffnungen von 1848/49 wieder auf, die nationalpolitischen Gegensätze durch eine Direktoriumslösung der Oberhauptfrage zu überbrücken. Hölder, der spätere Führer der württembergischen Nationalliberalen, gehörte zu den einflußreichsten Vertretern dieser Richtung<sup>1</sup>. Um Triasprojekten entgegenzuwirken und gleichzeitig den großdeutschen und den kleindeutschen Flügel der Liberal-Demokraten integrieren zu können, verlagerte Hölder den Schwerpunkt seiner politischen Tätigkeit auf die Abgeordnetentage<sup>2</sup>. Darin folgte ihm die Mehrzahl seiner Kollegen im Landtag. Während sich 1862 nur 10 württembergische Abgeordnete als Teilnehmer des Weimarer Abgeordnetentags anmeldeten, waren es auf dem Tag vom Dezember 1863 bereits 46<sup>3</sup>.

---

1 Berichte über eine öffentliche Versammlung in Stuttgart am 12. September 1863; Beob. Nr. 215 und Chronik Nr. 218 II v. 15. September 1863; seine Rede auf der Eßlinger Versammlung v. Dezember 1862, Verhandlungen Fortschrittspartei 1862, S. 22.

2 Dazu ergiebig NL Hölder V; vgl. seinen Aufruf v. 24. Juli, 1863 zur Teilnahme am Abgeordnetentag, Beob. Nr. 172 v. 26. Juli; 187 v. 13. August 1863.

3 Runge, S. 25 Anm. 2. 1862 nahm keiner der Liberalen der Revolutionsjahre am Abgeordnetentag teil. Sie waren aber „im wesentlichen mit unseren Bestrebungen einverstanden“ (Hölder an Bluntschli v. 5. Juli 1862, NL Bluntschli). Hölder betonte zugleich, daß „im Grunde genommen eine gesonderte altliberale Partei in Württemberg nicht mehr existiert“ und nur noch wenige herausragende Altliberale „übrig sind“ (ebd.). Abgesehen von Notter und Reyscher hatten sich die Altliberalen aus der Nationalpolitik weitgehend zurückgezogen. Sie scharten sich um Friedrich Römer und bildeten dessen „Tafelrunde“ (Erinnerungen Langs, H. II, S. 11—14, NL Lang). 1863 nahm auch der Altliberale Murschel am Abgeordnetentag teil. Insgesamt war aber, wie mehrfach erwähnt wurde, die Führung an jüngere Liberal-Demokraten übergegangen.

Die Schleswig-Holstein-Agitation, in der zunächst alle politischen Gruppierungen zusammenarbeiteten, trug ebenfalls wesentlich dazu bei, die latenten Gegensätze und Differenzen in den nationalpolitischen Konzeptionen des liberal-demokratischen Bürgertums zu überbrücken. Die Gemeinsamkeiten erwiesen sich dann aber doch als zu brüchig, um auf die Dauer tragfähig zu sein<sup>4</sup>. Die politischen Aktivitäten auf den Abgeordnetenversammlungen und in der Schleswig-Holstein-Agitation eröffneten jedoch zunächst allen politischen Schattierungen des liberal-demokratischen Bürgertums einen willkommenen Ausweg aus den eigenen inneren Differenzen.

Einsichtige Zeitgenossen der verschiedensten politischen Richtungen verhehlten sich nicht, daß sich keine Möglichkeit abzeichnete, um aus dem Bürgertum heraus, ohne Anlehnung an eine staatliche Macht, den National- und Verfassungsstaat zu erzwingen, damit beides nicht als ein „bloßes Gnadengeschenk der Fürsten auf das Volk herabträufeln“<sup>5</sup> möge. Dieser Einsicht verschlossen sich auch überzeugte Großdeutsche, wie etwa Osterlen, nicht. Obwohl er auf die Integration Deutsch-Osterreichs in den Nationalstaat beharrte, schrieb er doch bereits 1862: „Wenn wirklich einmal wieder ein großer und kühner Mann den Thron der Hohenzollern besteigen und die Gefahr, von Preußen erobert zu werden, uns nahe rücken sollte, nun dann werden wir uns in das Unvermeidliche zu fügen wissen. Der Eintritt eines solchen Ereignisses wird sicher einen großen Einfluß auf unsere politischen Anschauungen haben, aber er kann für jetzt weder der Ausgangspunkt noch der Zielpunkt einer praktischen Politik sein“<sup>6</sup>.

A. Seeger hingegen hoffte auf moralische Eroberungen Preußens. In dem „unabänderlichen Dilemma: Preußen muß entweder auf seine Machterweiterung ausgehen und sich Deutschland oder einen Teil desselben unterwerfen oder es muß in Deutschland aufgehen“<sup>7</sup>, hielt er nur die zweite Möglichkeit für realisierbar.

Die Fronten in der nationalen Bewegung waren also, wie diese beiden Stimmen beispielhaft zeigen, auch in Württemberg in Bewegung geraten. Beide Seiten — Großdeutsche und Kleindeutsche — zeigten sich desillusioniert über die eigenen politischen Wirkungsmöglichkeiten und begannen andere Wege in ihre Überlegungen einzubeziehen, wie ihr gemeinsames Hoffen, der deutsche Nationalstaat, realisiert werden könne. Entschieden hatte man sich noch nicht. Osterlen gehörte auch nach 1866, als sich das von ihm antizipierte Ereignis zumindest zum Teil erfüllte, zu den antipreußischen Demokraten; Seeger hingegen verschloß sich auch dann nicht der preußisch-kleindeutschen Lösung, als Preußen 1866 den Weg der moralischen Eroberung

<sup>4</sup> Vgl. den folgenden Abschnitt (D I, 2 a).

<sup>5</sup> Beob. Nr. 196 v. 23. August 1863.

<sup>6</sup> Beob. Nr. 85 v. 10. April 1862; vgl. Nr. 84 und seinen Artikel in Nr. 168 v. 22. Juli 1862.

<sup>7</sup> Brief an Streit v. 15. Mai 1863, NL Hölder XXXV.

verließ, den Seeger für den einzig gangbaren angesehen hatte. Die Erwartungen über die künftige Politik Preußens und die Reaktionen darauf fielen unterschiedlich aus, doch der Fixierung auf Preußen, in positiver oder negativer Erwartung, konnten sich beide Flügel des liberal-demokratischen Bürgertums nicht entziehen.

Trotz aller Skepsis hinsichtlich der eigenen Möglichkeiten, politisch zu wirken, wollte aber zunächst keine der beiden Richtungen auf Versuche verzichten, die nationale Bewegung doch noch durch politische Aktivität aus dem Bürgertum selbst heraus voranzutreiben. In Württemberg gab es kaum Stimmen, die — wie etwa der badische Liberale Karl Mathy — dem Bürgertum als Hauptaufgabe zuwiesen, auf machtvolle preußische Initiativen zu warten. Mathy schrieb im August 1863: „Nach allem scheint es mir, es handle sich mehr darum, Schaden zu verhüten als Nutzen zu schaffen, bis Preußen wieder auf die Beine kommt und bis der Nation die Schläge zuteil werden, in deren Ermangelung sie zu keinen ernstlichen Anstrengungen für die Gründung einer anständigen Existenz fähig ist<sup>8</sup>.“

Die unterschiedlichen nationalpolitischen Konzeptionen innerhalb des liberal-demokratischen Führungskreises lähmten die Energien des politisch aktiven Teils des Bürgertums. Man mußte Kompromißkonzepte suchen, um die bürgerlich-liberal-demokratische Einheit zu wahren, konnte aber keine Gruppierung voll zufriedenstellen. Auch in der Innenpolitik einigte man sich auf ein vages Programm, das alle Richtungen nur als Minimalkonsens akzeptierten, der auf die Dauer nicht die politische Einheit des Bürgertums verbürgen konnte. Auf der Eßlinger Landesversammlung der Fortschrittspartei vom 14. Dezember 1862 traten die innen- und nationalpolitischen Divergenzen besonders deutlich hervor. Die Taktik des Ausklammerns rettete zwar noch einmal die Einheit, doch man war sich bewußt, daß die Gefahr einer Spaltung des liberal-demokratischen Bürgertums weiterhin drohte<sup>9</sup>. In Einzelfällen wurde sie bereits Realität. Die großdeutschen Demokraten Schott und Becher lehnten ihre Wahl in das Komitee der Fortschrittspartei ab, da sie die beschlossene Zusammenarbeit mit dem Nationalverein mißbilligten<sup>10</sup>. Aus demselben Grund entzog sich auch der Abgeordnete Walter der Wahl ins Komitee; er trennte sich aber darüber hinaus bereits völlig von der Fortschrittspartei, die nach seiner Meinung in preußisch-kleindeutsche Bahnen einlenkte<sup>11</sup>.

---

8 Brief an Julius Jolly v. 17. August 1863, NL Jolly.

9 S. vor allem die Rede von Probst (Verhandlungen Fortschrittspartei, 1862, S. 24). Zur Versammlung vgl. auch HSTAS E 150 Bü 1058, E 146 Bü 1965: gedruckte Anträge und Gegenanträge; ausführliche Oberamtsberichte über den Versammlungsverlauf. S. auch Beob. Nr. 296 v. 7. Dezember; 293—296 v. 16. bis 19. Dezember; 302 v. 28. Dezember 1862; NL Hölder V. Laut Beob. Nr. 293 versammelten sich etwa 400 Teilnehmer. Ein Oberamtsbericht sprach von ca. 300, ein anderer von 200—300. Zur Versammlung s. auch Runge, S. 21 f.; Rapp, Nationale Frage, S. 40—42.

10 Oberamtsberichte (HSTAS E 150 Bü 1058).

11 Vgl. Anm. 71, S. 305.

In diesem Schritt eines einzelnen zeichnete sich beispielhaft die Entwicklung ab, die sich in den nächsten drei Jahren auf breiterer Basis vollzog: die Spaltung der Liberal-Demokraten in eine propreußische und eine antipreußische Richtung. Es deutete sich aber auch bereits an, daß sich dieser nationalpolitische Gegensatz zunehmend mit einem innenpolitischen verband. Die Mehrheit war nämlich in Eßlingen noch bereit, innenpolitische Reformziele zurückzustellen, zumindest aber zu mäßigen, um die politische Einheit zu erhalten. Eine Minderheit hoffte hingegen, im Bekenntnis zur „Demokratie“ die politische Einigungsformel für das Bürgertum zu finden<sup>12</sup>. Innen- und außenpolitische Divergenzen verbanden sich somit und bereiteten die Spaltung vor, die seit 1864 immer breitere Kreise erfaßte.

---

12 S. vor allem die Rede von Probst (Anm. 9) oder die von Hopf (S. 6 f.).

## 2. Die Spaltung der Fortschrittspartei

### a) Schleswig-Holstein-Agitation: Zusammenarbeit und Trennung

Die Agitation zugunsten einer Loslösung Schleswig-Holsteins von Dänemark und der Einsetzung des Herzogs Friedrich von Augustenburg als Landesfürst fügte die verschiedenen Richtungen innerhalb der Liberal-Demokraten wieder fester zusammen, ohne daß aber alle Meinungsverschiedenheiten überbrückt wurden<sup>1</sup>. Darüber hinaus konnten breitere Bevölkerungsschichten mobilisiert werden, während sich zuvor die politische Bewegung auf einen relativ kleinen Kreis von Liberal-Demokraten beschränkt hatte. In etwa 60 Orten bildeten sich Schleswig-Holstein-Komitees. In ihnen schloß sich zwar im wesentlichen nur das gehobene Bürgertum zusammen, doch an den zahlreichen Kundgebungen beteiligten sich alle städtischen Sozialschichten und auch die Landbevölkerung. Auch Staatsbeamte, die dem Nationalverein völlig fernblieben, engagierten sich in der Schleswig-Holstein-Agitation<sup>2</sup> — ein Indiz dafür, daß öffentliche Meinung und Regierungspolitik weitgehend übereinstimmten.

Die Initiative in der württembergischen Schleswig-Holstein-Bewegung lag, wie in den früheren Jahren, beim Stuttgarter Führungskreis der Liberal-Demokraten, der mit den Konservativen in dieser Frage eng zusammenarbeitete. So konnte die breite bürgerliche Koalition

---

1 Im folgenden soll die Schleswig-Holstein-Agitation nur kurz skizziert werden, die zum Ausgangspunkt der Spaltung im liberal-demokratischen Lager wurde (s. dazu D I 2 b). Die Agitation selbst wurde mehrfach dargestellt: Rapp, *Nationale Frage*, Kap. 2; Weber, *Kleinbürgerliche Demokraten*, Kap. V; Runge, Kap. III 1 f.; Elben, *Lebenserinnerungen*, § 14. Zur Regierungspolitik: Griewank, *Württemberg und deutsche Politik 1859—1866*; Rath, *Württemberg und Schleswig-Holstein-Frage 1863—1865*. Als Quellen sind vor allem heranzuziehen: die Tageszeitungen; NL Hölder V f; NL Moser-Mohl III 23 f.; NL Reyscher; HSTAS E 14 Bü 1058, E 146 Bü 1970.

2 S. etwa die Zusammensetzung des Tübinger Vereins, der sich 1863 bildete. Er umfaßte auch hohe Staatsbeamte (STAL F 205 Bü 332).

wiederhergestellt werden, die bereits 1859 zustande gekommen, aber noch im gleichen Jahr zerbrochen war<sup>3</sup>.

Auf Betreiben der württembergischen Liberal-Demokraten versammelte sich noch vor dem großen Frankfurter Abgeordnetentreffen vom 21. Dezember 1863<sup>4</sup> ein kleinerer Kreis von Abgeordneten am 6. Dezember in Nürnberg<sup>5</sup>. Die Württemberger regten diese Vorbesprechung an, um auch Großdeutsche, die sich nicht dem Abgeordnetentag anschlossen, in die Schleswig-Holstein-Agitation einzubeziehen. Eine Aussprache mit württembergischen Abgeordneten aller politischen Richtungen hatte nämlich gezeigt, daß bei den konservativen Großdeutschen keine Neigung bestand, die Frankfurter Versammlung zu besuchen, und daß auch unter „den Vertretern *freisinniger* Fraktionen“ auf „eine durchgreifende Verständigung der sich gegenüberstehenden Richtungen bei einem ersten Zusammentritt kaum gehofft“ werden durfte. Man wollte in der Vorbesprechung im kleineren Rahmen eine Koalition von Abgeordneten zustande bringen, die noch über den Kreis der Teilnehmer an der großen Versammlung hinausging. Diese Taktik schien Erfolg zu haben, denn prominente Abgeordnete der wichtigsten deutschen Länder sagten ihr Erscheinen zu; u. a. auch solche, die sich nicht dem Abgeordnetentag angeschlossen hatten<sup>6</sup>. Die Frankfurter Versammlung demonstrierte dann aber, daß auch die nationale Erregung in der Schleswig-Holstein-Frage nicht in der Lage war, die vorhandenen Differenzen auszugleichen. Als man einen 36er Ausschuß einsetzte, der die Agitationen koordinieren sollte, verließ eine Minderheit von Großdeutschen die Versammlung<sup>7</sup>. Obwohl auch württembergische großdeutsch-konservative Abgeord-

3 Vgl. Kap. D I 1a.

4 Verhandlungen der Mitglieder der Landesvertretungen (1863).

5 Handschriftlicher Entwurf eines Einladungsschreibens v. 25. Oktober 1863, NL Hölder V. Danach auch die folgenden Zitate. Hervorhebungen im Original. Die ständige Kommission des Abgeordnetentags ging auf diesen Vorschlag ein (Schreiben des Vorsitzenden Dr. Sigmund Müller v. 28. November 1863, ebd.). Die organisatorischen Vorarbeiten zu der Nürnberger Versammlung übernahmen Hölder, Fetzer, Osterlen, Probst und A. Seeger (Einladungsschreiben v. 22. November 1863, ebd.). Vgl. auch Moriz an Robert Mohl v. 15. Dezember 1863, NL Moser-Mohl III 23 f.).

6 Man lud Abgeordnete ein aus Österreich, Preußen, Bayern, Baden, Hannover, Sachsen, Kurhessen, Nassau, Thüringen, Frankfurt, Sachsen (Anlage zum Einladungsschreiben v. 22. November, Anm. 5). Die badischen Abgeordneten kamen nicht, waren aber laut Häussers Schreiben v. 4. Dezember 1863 (NL Hölder XXXV) damit einverstanden, „daß alle Parteauffassungen und Auffassungsdifferenzen oder was uns sonst von anderen scheiden mag, in diesem Falle zurücktreten müssen“. Bennigsen konnte ebenfalls nicht kommen, stimmte dem Treffen aber zu (Schreiben v. 30. Oktober 1863, NL Hölder V).

7 Rapp, Nationale Frage, S. 67 f. Aus Württemberg gehörten L. Seeger und Fetzer dem 36er Ausschuß an, Verhandlungen Mitglieder deutscher Landesvertretungen, 21. Dezember 1863, S. 50. Österreichische und preußische Abgeordnete beteiligten sich an der Frankfurter Versammlung nur relativ schwach: 7 aus Österreich, 47 aus Preußen, hingegen 102 aus Bayern, 70 aus Frankfurt, 40 aus Württemberg (Bluntschli, Denkwürdigkeiten III, S. 79). Georg von Bunsen schrieb an Reyscher, daß viele preußische Abgeordnete von einer Teilnahme zurückgehalten würden durch die „Furcht, Bismarck möchte die Gelegenheit benutzen, um durch eine glänzende Aktion in Schleswig-Holstein den inneren Konflikt ins Dunkle zu stellen, vielleicht zu überwinden“ (Heyderhoff, Sturmjahre I, Nr. 142).

nete austraten, konnte in Württemberg die Zusammenarbeit von Liberal-Demokraten und Konservativen zunächst noch fortgesetzt werden. So saßen im Schleswig-Holstein-Komitee der Landeshauptstadt, dessen Beschlüsse richtungweisend für die übrigen Komitees im Lande waren, Liberal-Demokraten wie Hölder, Osterlen oder Duvernoy neben Konservativen wie Sarwey und dem Stuttgarter Stadtschultheiß Sick, von dem man glaubte, daß er sich mit königlicher Billigung an der Schleswig-Holstein-Bewegung beteiligte<sup>8</sup>. Um diese Zusammenarbeit mit den Konservativen nicht zu gefährden, zeigten sich liberal-demokratische Abgeordnete sogar bereit, den milden Protest des 36er Ausschusses gegen die preußisch-österreichische Schleswig-Holstein-Politik noch zu mäßigen. Die Konservativen erklärten sich zwar damit einverstanden, der Londoner Konferenz, die am 25. April 1864 zusammentrat, jede Kompetenz zur Lösung der Schleswig-Holstein-Frage zu bestreiten. Sie lehnten aber den vom Ausschuß vorgeschlagenen Zusatz ab, daß nur das Volk und seine Vertreter eine neue Rechtsbasis schaffen könnten, falls das Recht des Augustenburers bestritten würde. Die liberal-demokratischen Abgeordneten stimmten „im Interesse der Einmütigkeit“ zu, diesen Passus zu streichen<sup>9</sup>.

Gegen diese Versuche, die Einheit in der Schleswig-Holstein-Bewegung durch Nachgiebigkeit zu bewahren, erhoben sich aus den Reihen der Liberal-Demokraten Anfang Februar 1864 massive Proteste. Sie leiteten den Spaltungsprozeß innerhalb des liberal-demokratischen Bürgertums ein, der erst im August 1866 seinen Abschluß fand, als die Gründung der Deutschen Partei den definitiven Schlußstrich unter die Spaltungsperiode setzte.

---

8 Moriz an Robert Mohl v. 18. Januar 1864, NL Moser-Mohl III 23 f. Mohl betonte, daß seine Gesinnungsfreunde diese Vermutung teilten. Der König lehnte es auf Vorschlag des Innenministers jedoch ab, derartige Fragen mit Privatpersonen zu erörtern (Berichte v. 25. und 26. Januar 1864, HSTAS E 146 Bü 1070).

9 Probst an Steinbeis v. 19. April 1864, NL Steinbeis, Bü 654.

### **b) Zwang zur politischen Neuorientierung<sup>1</sup>**

Die Politik der beiden deutschen Führungsmächte sowie die Ohnmacht der Klein- und Mittelstaaten und der öffentlichen Meinung gegenüber Preußen und Österreich nahmen der Schleswig-Holstein-Agitation des deutschen Bürgertums jede Erfolgsaussicht. Preußen und Österreich entzogen sich dem Drängen der Öffentlichkeit, die übrigen Staaten waren zu schwach, um eine Lösung zu erzwingen. Die bürger-

---

1 In diesem Abschnitt sollen in erster Linie die subjektiven und objektiven Faktoren umrissen werden, die seit 1864 die Spaltung der liberal-demokratischen Fortschrittspartei einleiteten, da die Literatur diese Spaltung zu sehr, wie mir scheint, auf den persönlichen Einfluß der Emigranten zurückführt. S. Rapp (Nationale Frage, S. 80 ff.), der von „illusionsfrohen Freiheitskämpfern und kecken Volksführern“ spricht. Vgl. auch Runge, S. 27 ff.; Theodor Heuß, Ein Partei Jubiläum. Das erste Halbjahrhundert der schwäbischen Demokratie (1914); erneut abgedruckt in: 100 Jahre Volkspartei (1864—1964), S. 6—8.

lichen Politiker standen deshalb vor der unabweisbaren Notwendigkeit, sich neu zu orientieren, wenn sie nicht der Kabinettspolitik tatenlos zusehen wollten.

Das württembergische liberal-demokratische Bürgertum, soweit es politisch aktiv war, hatte seit dem Abschluß der nachrevolutionären Grundsatzdiskussion von Kompromissen gelebt: in der Innenpolitik, vor allem aber hinsichtlich der nationalpolitischen Konzeptionen. Als sich 1859 die politische Belebung ganz im Zeichen nationaler Erwartungen vollzog, wurde die Taktik des Ausklammerns endgültig zum obersten Prinzip der württembergischen Liberal-Demokraten. Nur die Politik des ständigen Kompromisses verhinderte den Bruch zwischen denen, die den erstrebten Nationalstaat nicht um den Preis des Ausschlusses Deutsch-Osterreichs akzeptieren wollten, und denen, die — wenn auch widerwillig — bereit waren, sich mit diesem Ausschluß abzufinden. Diese unterschiedliche Beurteilung des Realisierbaren, weniger des Wünschenswerten, führte zwar oft zu Spannungen, doch nie kam es zum Bruch im bürgerlichen Lager, da man sich nicht definitiv festlegte. Man schob das Kardinalproblem ungelöst vor sich her, indem man die Oberhauptsfrage für offen erklärte, ihre Lösung der Zeit überantwortete, auf einen Deus ex machina hoffte, der das schaffen sollte, was sich das Bürgertum aus eigener Kraft kaum noch zutraute, und von Preußen oder Osterreich kaum mehr erhoffte. Das Gefühl der Stagnation überspielte das politisch aktive Bürgertum 1863/64 durch eine hektische Betriebsamkeit, die ihren Höhepunkt fand in den mehr als 50 Schleswig-Holstein-Kundgebungen am Ostermontag 1864<sup>2</sup>. „Nur irgend etwas Starkes“ forderte Friedrich Theodor Vischer<sup>3</sup>. „Wir gewinnen es, wenn wir den Grad der Bewegung zustande bringen, welcher auf die Machthaber den Eindruck eines Erdbebens macht. Dann bricht ihnen der Hosenbündel. Dieser Eindruck wird nur hervorgebracht, wenn alles bebt, wenn man es auf den Straßen sieht, daß alles wuselt, und wenn dies aufgeregte Ganze drohend aussieht, ohne doch Exzesse zu begehen; so wird das Medusengesicht hervorgebracht, das versteinern auf die Regierungen wirkt.“ Sieht man davon ab, daß Vischer den 1863/64 erreichten und erreichbaren Grad der Politisierung der Öffentlichkeit erheblich überschätzte, so läßt sich an seiner Äußerung konstatieren, in welchem starkem Maße die Erfahrungen von 1848/49 noch auf dem Bürgertum lasteten und seine Bereitschaft lähmten, die Mobilisierung breiter Bevölkerungskreise energisch voranzutreiben. Denn auch Vischer konnte sich der Wirkung des von ihm beschworenen „Medusengesichts“ nicht völlig entziehen. Er forderte zwar öffentliche Aktivität, um die Regierungen voranzutreiben und zu Zugeständnissen bereit zu machen, „aber auch, damit nicht die Viechkerle, die alles verderben, die roten Republik-

---

<sup>2</sup> Vgl. Runge, S. 34 f.

<sup>3</sup> Brief an Hölder v. 27. November 1863, Heyderhoff, Sturmjahre, I Nr. 143. Dort auch die folgenden Zitate.

macher, über Nacht uns die Sache mit Putschen ruinieren". Er verlangte „irgend etwas Starkes“, aber „ohne etwas wie Revolution“.

Vischer stand mit seinem Ruf nach Taten nicht allein. Ein Freund Hölders gab diesem einen Rat mit auf den Weg zur Frankfurter Abgeordnetenversammlung vom Dezember 1863, in dem sich die ganze Verzweiflung des national gesinnten Bürgertums über die ausweglose Lage ausdrückte — eine Verzweiflung, die in die Hoffnung mündete, daß die Tat eines nationalen Heroen das schaffen werde, was das Bürgertum vergeblich zu erreichen suchte: den Nationalstaat. „Alle Adressen, alle schönen Reden helfen nichts, sie bringen nicht den mindesten Eindruck hervor. Andere, geeignetere Schritte müssen ergriffen werden. Es ist scheußlich, mehr als scheußlich, aber sieht man nicht klar, daß man sich an Volks- oder Kammerreden den Teufel kümmert? Taten, Taten!! unendlich drängen! Sonst ist Friedrich ver-raten; o hätten wir einen Garibaldi<sup>4</sup>!“

Die Politik der deutschen Führungsmächte im Schleswig-Holstein-Konflikt ließ das latente Ungenügen des Bürgertums, das es an seiner eigenen Politik empfand, offen hervorbrechen, da in diesem Konflikt die bürgerliche Ausklammerungstaktik zerbrach — eine Taktik, die stets das erhofft hatte, was nun erreicht schien: eine gemeinsame preußisch-österreichische Politik. Das liberal-demokratische Bürgertum stand vor der paradoxen Situation, daß es seine Politik des Auf-schiebens von Grundsatzentscheidungen scheitern sah, als eben diese Politik von Erfolg gekrönt zu sein schien. Denn man sah sich mit der Tatsache konfrontiert, daß die stets erhoffte preußisch-österreichische Verständigung auf Kosten der nationalen Erwartungen des Bürgertums ging. Aus dem Schleswig-Holstein-Konflikt ging also nicht allein die militärische Lösung des preußisch-österreichischen Dualismus in Deutschland hervor; an diesem Konflikt zerbrach seit Anfang 1864 auch die politische Einheit des liberal-demokratischen Bürgertums, die zuvor bereits Risse aufwies, aber doch noch Bestand hatte<sup>5</sup>.

Da sich die Hoffnungen, die man an eine gemeinsame preußisch-österreichische Politik knüpfte, als illusionär erwiesen, begann ein innerbürgerlicher Klärungsprozeß, in dem sich die divergenten nationalpolitischen Konzeptionen immer stärker schieden. Der eine Teil konzentrierte seine nationalen Erwartungen zunehmend auf Preußen; auf der anderen Seite schlossen sich die Gegner einer „preußischen“ Lösung zusammen. Letztere versuchten einen dritten Weg zwischen Preußen und Osterreich einzuschlagen, da sie von beiden deutschen Führungsmächten innen- und nationalpolitisch enttäuscht waren.

<sup>4</sup> Schmid aus Besigheim v. 18. Dezember 1863, NL Hölder VI.

<sup>5</sup> Vgl. zur Entwicklung in Preußen Winkler, Liberalismus, Kap. 3.2. Am 8. Dezember 1864 schrieb Wehrenpennig an Ludwig Häusser, daß viele seiner Freunde die „Annexion für das Wahrscheinlichste zu halten“ beginnen. Noch im gleichen Monat bezeichnete er sich als „Annexionist“ und betonte, „daß diese Frage alle Parteien bei uns zertrümmert“ (Schreiben v. 28. Dezember 1864, NL Häusser).

In dieser Zeit des Umbruchs kehrten drei bekannte württembergische Demokraten in die Politik zurück — Carl Mayer, Ludwig Pfau und Julius Haußmann —, die dem liberal-demokratischen Bürgertum in Württemberg den notwendigen Klärungsprozeß voll ins Bewußtsein rückten, die Gegensätze entschieden hervorhoben, vor harten Konflikten im kleinen liberal-demokratischen Führungskreis nicht zurückschreckten<sup>6</sup> und so den Spaltungsprozeß mächtig forcierten. Mayer und Pfau waren nach der gescheiterten Revolution, in der sie mit Haußmann dem linken Flügel der Demokraten angehörten, zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt worden, denen sie sich durch Flucht entzogen<sup>7</sup>. Nur Haußmann stellte sich dem Gericht und erhielt 2,5 Jahre Festungshaft. Seit seiner Entlassung hatte er sich politisch nicht mehr engagiert. Erst als im Herbst 1863 Mayer und Pfau nach einer Amnestie zurückkehrten, stieß auch Haußmann wieder zur politischen Bewegung.

Alle drei waren von der liberal-demokratischen Versöhnung der nachrevolutionären Jahre unberührt geblieben; Mayer und Pfau verurteilten sie ausdrücklich<sup>8</sup>, Haußmann stillschweigend durch Nichtbeteiligung. Als 1864 die Ausklammerungstaktik der Liberal-Demokraten angesichts der preußisch-österreichischen Politik zerbrach und die Kooperation mit den Konservativen sich als wirkungslos erwies, waren Mayer, Pfau und Haußmann völlig unkompromittiert von der fehlgeschlagenen Politik des Ausgleichs. Das erleichterte ihnen die politische Profilierung wesentlich. Mayer, der bereits 1848/49 zu einer der führenden demokratischen Persönlichkeiten aufgestiegen war, konnte zudem von dem Vertrauenskapital zehren, das ihm seine Freundschaft zu Ludwig Uhland schuf, dem wohl populärsten schwäbischen Politiker des 19. Jahrhunderts. Mayers Vater, selbst ein bekannter schwäbischer Dichter, war ebenfalls eng mit Uhland befreundet<sup>9</sup>. Hinzu trat, daß sich die Fähigkeiten und persönlichen Veranlagungen der drei bei ihrem Versuch, die Gegensätze schnell und entschieden auszutragen, glücklich ergänzten. Mayer hatte sein Geschick, komplizierte politische Zusammenhänge volksnah darzustellen, bereits in den Revolutionsjahren bewiesen<sup>10</sup>; er war außerdem

---

6 Der alte Führungskreis vermochte sich noch längere Zeit nicht mit dem entschiedenen Auftreten der drei abzufinden (vgl. weiter unten). M. Mohl sprach von einer „Brut von politischen Flüchtlingen“ (Brief v. 6. März 1864 an seinen Bruder Robert, NL Moser-Mohl III 23 f.). Mohl formulierte damit in polemischer Zuspitzung Aversionen, die auch ein Teil seiner Gesinnungsfreunde hegte.

7 Vgl. Rapp, Nationale Frage, S. 81 f.; Runge, S. 28—30; Weber, Kleinbürgerliche Demokraten, S. 108 f.

8 Vgl. o. S. 253 f.

9 Vgl. Karl Mayer [f. Ältere], Uhland, seine Freunde und Zeitgenossen (1867). S. auch das Material im NL Karl Mayers d. Älteren in der LB Stuttgart (Cod. hist. fol. 770). Vgl. auch Anm. 24 S. 264.

10 Vgl. Anm. 53 S. 140.

ein glänzender Redner<sup>11</sup>. Haußmann konnte seine organisatorischen Talente beim Aufbau einer Parteiorganisation voll zur Geltung bringen<sup>12</sup>. Der bekannte Kunstkritiker Pfau schrieb im „Beobachter“ in geschliffener Sprache Artikel, deren grundsätzliche Überlegungen die Klärung der politischen Fronten wesentlich vorantrieben<sup>13</sup>. Artikel zu Tagesfragen gerieten ihm stets zu Prinzipienerörterungen, die taktische Kompromisse kaum noch zuließen<sup>14</sup>.

Die drei Emigranten — Haußmanns Position in den 1850er Jahren und Anfang der 1860er Jahre wird man als innere Emigration verstehen dürfen — konnten ihre Vorstellungen über die künftige Politik der Fortschrittspartei massiv propagieren, da es ihnen gelang, das liberal-demokratische Organ völlig unter ihre Kontrolle zu bringen. Mayer übernahm nicht nur im Februar 1864 die Redaktion des „Beobachters“<sup>15</sup>, sondern kaufte Tafel, dem Inhaber des Blatts, ein Viertel seines Besitzes ab<sup>16</sup>. Er stieß bei seiner Übernahme dieser wichtigsten Schaltstelle der Fortschrittspartei auf keinen Widerstand. Er wurde im Gegenteil mit offenen Armen und großen Erwartungen von den Häuptern der Liberal-Demokraten empfangen. Vor allem A. Seeger hoffte in ihm einen energischen Mitstreiter für den Nationalverein zu finden<sup>17</sup>. Mayer widmete sich nun gemeinsam mit Pfau und Haußmann der Parteiarbeit. Während — um die Max Webersche Typologisierung zu übernehmen — die übrigen Mitglieder des liberal-demokratischen Führungskreises noch völlig dem Typus des „nebenberuflichen“<sup>18</sup> Politikers angehörten, zählten Pfau und vor allem Hauß-

11 Der „Beobachter“ berichtete oft von der Enttäuschung der Demokraten, wenn statt Mayer ein anderer Redner zu ihnen kam. Selbst die abschätzige Charakterisierung Meyers durch Karl Marx als „schwatzschweifigen Schwaben“ bezeugt das Redner-talent Meyers (Marx, Herr Vogt, in: MEW 14, S. 477 f.). Elben notierte in seinen Erinnerungen (S. 152) über Mayer, „einen zweiten Agitator, wie er es war, gibt es sobald nicht mehr“.

12 Vgl. Rapp, Nationale Frage, S. 82; Weber, Kleinbürgerliche Demokraten, S. 109.

13 S. vor allem die Sammlung seiner Artikel in „Politisches und Polemisches“ (1895); vor allem Nr. II—VIII zu den Auseinandersetzungen von 1864. Von seinen „Pariser Briefen“ (Nr. IX), die zwischen 1867 und 1869 erschienen, befindet sich ein unveröffentlichtes Manuskript in der LB Stuttgart (Cod. hist. qt. 572).

14 S. neben den in Anm. 13 genannten Artikeln auch seine Artikelserie „Betrachtungen eines Reichstagswählers“ von 1881, die als kleine Wahlschrift geplant war, aber „eine Art *verhältnismäßig* populäre Doktrin der Demokratie [wurde], gestützt auf die Kritik ihrer Gegensätze, eine etwas methodischere Begründung unserer Politik, um der Partei ihr eigenes Wollen etwas klarer zu machen und ihr ein Werkzeug für ihre Diskussionen und Kämpfe zu liefern“ (Pfau an Mayer v. 3. September 1881, NL Haußmann-STAS; Hervorhebung im Original).

15 Beob. Nr. 33 v. 10. Februar 1864.

16 Runge, S. 91. Das geschah noch im Februar 1864 (Moriz an Robert Mohl v. 20. Februar 1864, NL Moser-Mohl III 23 f.).

17 Lang, Erinnerungen, Heft VI, S. 25.

18 Weber, Politik als Beruf, S. 501. Eine Ausnahme unter den führenden Liberal-Demokraten bildete M. Mohl. Er gehörte zwar dem Typus des vormärzlichen Politikers an, der sich ganz auf die Honoratiorenebene beschränkte, Fraktionen im Landtag zwar akzeptierte, Parteien aber ablehnte. Andererseits entsprach er aber dem Weberschen Typus des Politikers, der „für die Politik“ lebt.

mann zum Typus des Politikers, der „für' die Politik''<sup>19</sup> lebt. Mayer gehörte zu dem in bürgerlichen Parteien noch höchst seltenen Typus des Berufspolitikers, der nicht nur „für“, sondern auch „von' der Politik''<sup>20</sup> lebt. Dieser berufliche Status erleichterte es ihnen wesentlich, die führenden liberal-demokratischen Honoratiorenpolitiker zu überspielen.

Vor allem Mayer und Hausmann unterzogen sich in den folgenden Jahren mit großer Energie der Aufgabe, eine fest organisierte Partei aufzubauen. Von ihnen gingen die stärksten Impulse aus, die bisherige Politik auf Honoratiorenebene, die sich auf punktuelle Mobilisierung der öffentlichen Meinung beschränkt hatte, zu überwinden zugunsten einer kontinuierlichen Parteitätigkeit<sup>21</sup>.

Die drei Emigranten zielten also nicht auf eine rein personelle Erneuerung der alten Führungsgarnitur; sie wollten vielmehr die Politik der Fortschrittspartei völlig neu orientieren. Es ging ihnen letztlich darum, die in der Reaktionsdekade vollzogene „Parteifusion''<sup>22</sup> rückgängig zu machen. Die Jahre der Reaktion hatten nach ihrer Auffassung die „Prinzipien abgeschwächt, die Parteiunterschiede verwischt und die Charaktere demoralisiert''<sup>23</sup>. „Es ist Zeit, daß man sich endlich von einer fünfzehnjährigen Reaktion erhole und ein kräftiges Wort ungeschminkter Wahrheit wieder ertragen lerne. Wir haben es nicht mit Personen, sondern mit Grundsätzen zu tun, und werden keinen Fußbreit zurückweichen, solange die Logik auf unserer Seite ist.“ Sie, die in der Emigration nicht dem Zwang zu einer Politik der Kompromisse unterlagen, warfen sich nun zu politischen Lehrmeistern auf, deren Aufgabe es sei, den „Augiasstall der Reaktion mit dem Besen des Prinzips gehörig auszufegen''<sup>24</sup>. Dieser Anspruch, der in voller Schärfe verfochten wurde, vergiftete ihr Verhältnis zu einem großen Teil der alten Führung der Fortschrittspartei und verhärtete die Fronten. Daß dieser Anspruch aber von einem Teil der liberal-demokratischen Honoratioren respektiert wurde und Anklang im Lande fand, ist in erster Linie auf die skizzierte historische Situation zurückzuführen, die eine Neuorientierung der bürgerlich-liberal-demokratischen Politik unumgänglich machte und entsprechende Agitationen auf einen fruchtbaren Boden fallen ließ.

---

19 Pfau arbeitete seit 1865 nicht mehr kontinuierlich für den „Beobachter“, Rapp, Nationale Frage, S. 82; Runge, S. 29.

20 Weber (Anm. 18), S. 349. Diese Charakterisierung impliziert kein Werturteil, sondern bezieht sich auf den ökonomischen Status des Politikers. Vgl. Nipperdey (Organisation, S. 21), der den hohen Organisationsgrad der württembergischen Volkspartei vor 1870 als einen Einzelfall in Deutschland hervorhebt. S. auch Runge, S. 30.

21 Zur Organisation s. Kap. D II.

22 Vgl. Kap. C III.

23 Pfau, Kampferneuerung, Wiederaufrichtung der schwäbischen Volkspartei im Jahre 1864, in: Politisches u. Polemisches, S. 115. Dort auch das folgende Zitat.

24 Ebd. S. 111.

### c) Von der Fortschritts- zur Volkspartei

Anfang Februar 1864 begann das neue Führungstrio seinen Kampf gegen die „künstliche Einmütigkeit“, die einer „natürlichen Parteischeidung“<sup>1</sup> weichen sollte. Kurz darauf legte Carl Mayer sein Redaktionsprogramm vor, das er zugleich als Programm für eine gereinigte Fortschrittspartei konzipierte<sup>2</sup>. Sein Leitgedanke war, einen freiheitlichen Weg zur Einheit zu finden. Eine Anlehnung an eine der beiden deutschen Führungsmächte galt angesichts der Politik des „großmächtlichen Sonderbunds“ als ausgeschlossen. „Wir erwarten Nichts von Preußen; wir fürchten Alles von Oesterreich!“ Alle „nicht großmächtlichen Bundesstaaten“ sollten sich zur Föderation zusammenschließen und ein gemeinsames „Volksheer“ nach Schweizer Vorbild aufbauen, um ein echtes Gegengewicht gegen Preußen und Oesterreich zu schaffen. Die freiheitliche Entwicklung innerhalb dieses „Dritten Deutschlands“ sah das Programm in einem Parlament verbürgt, das aus allgemeinen gleichen Wahlen hervorzugehen habe. Mayer machte keinen Hehl aus seiner Abneigung gegen die monarchische Staatsform, doch „sie genügt uns, solange sie von der andern Seite ebenso bona fide verstanden wird, als von uns“.

Diese Forderung demonstriert nicht nur ein ungebrochenes Selbstverständnis, das ihm in den politischen Tageskämpfen zugute kam; sie zeigt auch, daß Mayer die wiedergewonnene innere Stärke der württembergischen Monarchie und der Dynastien in den Staaten des „Dritten Deutschlands“ überhaupt unterschätzte. Er bot dem bestehenden monarchischen Staat eine Art gegenseitiger Tolerierung an, vorausgesetzt, daß dieser Staat das vorgeschlagene national- und innenpolitische Programm akzeptieren würde. Damit knüpfte Mayer an Vorstellungen an, die er bereits während seines Exils entwickelt hatte<sup>3</sup>.

Die alte liberal-demokratische Führungsschicht hatte sich in den Jahren der Reaktion zwangsläufig weitgehend auf die parlamentarische Arbeit verlegt und wollte diese nun fortsetzen. Mayer und seine Freunde hofften hingegen, an die demokratische Tradition der Massenbewegung in den Revolutionsjahren anknüpfen zu können. „Was hat sich denn verändert seit 48? Nichts, als daß die Demokratie eine Niederlage erlitt, von der sie sich eben erholt. Das ist alles<sup>4</sup>.“ Einen gewichtigen Unterschied zu 1848/49 sahen allerdings auch die neuen Herren des liberal-demokratischen Organs: Der „sozialen Frage“, die

1 Beob. Nr. 30 v. 6. Februar 1864.

2 Beob. Nr. 33 v. 10. Februar 1864. Dort auch die folgenden Zitate.

3 Vgl. seinen Entwurf eines Briefes an den württembergischen König, Anm. 78, S. 144.

4 Pfau, Der Schultheiß bleibe auf dem Rathaus (Februar 1864), in: Politisches und Polemisches, S. 122. Mit diesem Artikel wandte sich Pfau dagegen, daß der Stuttgarter Stadtschultheiß Sick dem Schleswig-Holstein-Komitee in der Landeshauptstadt präsiidierte.

sich in den Revolutionsjahren hinter den Grundsatzdiskussionen zwischen Liberalen und Demokraten über konstitutionelle Monarchie oder Republik verborgen hatte<sup>5</sup>, maßen sie nun kein erhebliches Gewicht im politischen Geschehen mehr zu<sup>6</sup>. „Heutzutage ist die nationale Frage in den Vordergrund getreten; wo aber die Nationalität und die Freiheit miteinander in Konflikt kommen, da wird sich unser Blatt auf die Seite der Freiheit stellen<sup>7</sup>.“ Mit dieser programmatischen Formulierung wies Carl Mayer der demokratischen Bewegung der 1860er Jahre eine Richtung, die bis zur Reichsgründung nicht mehr verlassen wurde<sup>8</sup>.

Die freiheitliche Trias, die Mayer empfahl, war nicht das eigentliche Ziel, das er den Demokraten steckte. Die Bemühungen um ein demokratisches „Drittes Deutschland“ sollten vielmehr einmünden in eine gesamtdeutsche „Konföderation von Freistaaten“, in eine „echte deutsche Eidgenossenschaft“<sup>9</sup>.

Ludwig Pfau formulierte in seinem Artikel „Zum Programm der deutschen Volkspartei“<sup>10</sup> — eine Partei, die es erst noch zu gründen und zu organisieren galt! — eine weitere Grundüberzeugung, der die württembergische Volkspartei bis zur Reichsgründung treu blieb — eine Überzeugung, die ihrem politischen Kampf gegen einen preußisch-deutschen Nationalstaat von vornherein den Stempel der Vergeltlichkeit aufdrückte: „Die Freiheit muß Preußen in seine Stämme auflösen und der großen Föderation einverleiben.“ Denn der „Föderalismus und die Selbstbestimmung der Stämme liefe Gefahr, in einer vorläufig noch mit fremdartigen und polizeilichen Elementen geschwängerten preußischen Freiheit unterzugehen“.

In diesem „Programm der deutschen Volkspartei“ deutete Pfau noch einen weiteren Entwicklungsstrang der demokratischen Bewegung an, der sich erst seit dem preußisch-österreichischen Krieg voll ausbildete: die Entwicklung zur antipreußischen Sammlungsbewegung, die auch Elemente aufnahm, die den Demokraten an sich fernstanden, von ihnen z. T. sogar bekämpft wurden<sup>11</sup>. „Fürsten und Stämme, Kammern und Minister, alles muß zusammenstehen und eine *deutsche* Phalanx bilden gegen die übermütige Vergewaltigung dieser Undeutschen<sup>12</sup>.“

---

5 Vgl. Kap. B V.

6 Vgl. dazu die Schlußbetrachtung.

7 Anm. 2.

8 Vgl. Kap. D V.

9 Anm. 2. Aus Mayers Aufsatz „Festfahrt zu Simons Denkmal“ ist besonders deutlich zu sehen, daß ihm die innenpolitischen Verhältnisse seines Exillandes, der Schweiz, als Ideal vorschwebten.

10 Beob. Nr. 45 v. 24. Februar 1864; mit einigen Änderungen in „Politisches u. Polemisches“ aufgenommen unter dem Titel „Koalition der Mittel- und Kleinstaaten“, S. 132—139.

11 Dazu Kap. D V.

12 „Koalition“ (Anm. 10), S. 139. Hervorhebung im Original.

Standen die liberal-demokratischen Befürworter einer Anlehnung an Preußen vor dem Dilemma, daß die Bismarcksche Innenpolitik keine Chance für eine liberal-konstitutionelle Entwicklung zu bieten schien, so sahen sich die württembergischen Anhänger einer einzelstaatlichen Freiheitsbewegung der Notwendigkeit gegenüber, eine Allianz mit dem monarchischen Partikularstaat suchen zu müssen. „Ob wir wollen oder nicht, wir sind gezwungen, uns als treue Bundesgenossen und Vorkämpfer vor den Thronen der Partikularstaaten aufzustellen<sup>13</sup>.“ Als Lockmittel, das die Regierungen dazu bewegen sollte, auf das demokratische Allianzgebot einzugehen, bot man — ein Milizheer! „Wir verlangen [...] als Entgelt für die(se) Verstärkung der Militärmacht, die wir anbieten, *ein Parlament*.“ Auch hier zeigt sich die illusionäre Unterschätzung der inneren Stabilität der monarchisch-fürstlichen Klein- und Mittelstaaten und die ebenso illusionäre Überschätzung der politischen Kraft einer Volksbewegung in einer nichtrevolutionären Situation — einer Volksbewegung, die erst noch mobilisiert und organisiert werden mußte! Das demokratische Führungstrio hoffte, daß sich die Regenten des „Dritten Deutschland“ in die Arme der Demokraten flüchten würden, um von den deutschen Großmächten nicht mediatisiert zu werden. Noch wirklichkeitsfremder war aber die Erwartung, daß Preußen in seine Provinzen zerfallen würde, die dann von der freiheitlich-demokratischen Föderation der Klein- und Mittelstaaten absorbiert werden könnten, ohne sich der Gefahr einer preußischen Hegemonie auszusetzen. Diese Hoffnung wurde vollends zur puren Illusion, als man sie auch nach 1866 noch aufrechterhielt<sup>14</sup>, obwohl Preußen seit dem erfolgreichen Krieg gegen Österreich zur eindeutigen Hegemonialmacht in Deutschland aufgestiegen war.

Um die Demokraten von der Fortschrittspartei abzuspalten und zur „Volkspartei“ zu formieren, stellte sich die „Beobachter“-Gruppe zunächst die Aufgabe, die Zusammenarbeit von Liberal-Demokraten und Konservativen in den Schleswig-Holstein-Komitees zu sprengen<sup>15</sup>. Die Fusion, so proklamierte der „Beobachter“<sup>16</sup>, sei überlebt, da die Schleswig-Holstein-Agitation keine Aussicht auf Erfolg mehr habe; die Parole laute nun: vom „Fusionskomitee“ zum „Parteikomitee“. Damit begann eine grundsätzliche Neuorientierung der politischen Praxis, denn die erstrebte Verlagerung des politischen Schwerwichts auf die „Partei“ bedeutete eine Abkehr von der Priorität der Parlamentsarbeit, zu der die Liberal-Demokraten nach dem Scheitern der Revolution zurückgekehrt waren. Die politische Agitation sollte

<sup>13</sup> Beob. Nr. 46 v. 25. Februar 1864 („Die Mittel der Mittelstaaten“). Hervorhebung im Original.

<sup>14</sup> Vgl. Kap. D V.

<sup>15</sup> Vgl. die in Anm. 1 S. 309 angeführte Literatur.

<sup>16</sup> Nr. 56 v. 8. März (dort die folgenden Zitate); 59 v. 11. März 1864; in etwas modifizierter Form zusammengefaßt bei Pfau, Fusion und Konfusion, in: Politisches u. Polemisches, S. 139—145.

nun, in Anknüpfung an die demokratische Bewegung der Revolutionsjahre, in die Bevölkerung getragen und diese in dauerhaften Parteigruppierungen organisiert werden.

„Nicht mit Kammerreden ist uns zu helfen, sondern mit entschiedener weitausgreifender Aktion<sup>17</sup>.“ Man beabsichtigte nicht, die parlamentarische Arbeit zu ignorieren, aber sie sollte an Bedeutung verlieren, eine Hilfsfunktion für die Parteitätigkeit erhalten. Die Partei galt als das Primäre, ohne Bekenntnis zu ihrem Programm sollte niemand gewählt werden: „Von der Partei zur Kammer<sup>18</sup>.“ Da sich der alte liberal-demokratische Führungskreis, der vornehmlich aus langjährigen Landtagsabgeordneten bestand, zunächst gegen die von der „Beobachter“-Gruppe verlangte politische Neuorientierung sperrte<sup>19</sup>, erhielt die Forderung nach Umwandlung der Fortschrittspartei zur Volkspartei eine scharfe antiparlamentarische Spitze. Als Haupthindernis bei der „Wiederaufrichtung der Partei“ galten diejenigen „eigenen Gesinnungsgenossen, welche sich als Landtagsabgeordnete oder als Komiteemitglieder des Schleswig-Holstein-Vereins in einem persönlichen Zusammenhang mit ihren reaktionären Kollegen fühlten, und ihre Zwitterstellung als erhaben über die Parteidisziplin betrachteten. Es ist ja eine alte, immer wiederkehrende Erfahrung, daß die Herren Führer, sobald sie als Abgeordnete irgendwelcher Art zu einer offiziellen Stellung gelangt sind, eine gewisse Neigung haben, bande à part zu machen, und sich nicht mehr als die obligaten Vertreter der Partei, sondern die Partei als den bereitwilligen Fußschemel ihrer Stellung zu betrachten<sup>20</sup>.“

Da die liberal-demokratischen Abgeordneten es anfänglich ablehnten, den politischen Kurs der Mayer-Gruppe zu unterstützen, knüpfte diese zunächst Kontakte zu Liberal-Demokraten außerhalb Stuttgarts<sup>21</sup>. Ihren ersten größeren Erfolg erzielte die neue, noch unorganisierte Volkspartei bei den Schleswig-Holstein-Agitationen am Ostermontag 1864, zu der Mayer im Namen eines Komitees aufforderte, dem bereits Liberal-Demokraten angehörten, die sich zunächst distanziert hatten<sup>22</sup>. Den Volksversammlungen lagen drei Programme vor, die zuweilen noch an einzelnen Orten modifiziert wurden: der 36er Ausschuß der Frankfurter Abgeordnetenversammlung vom Dezember 1863 forderte ein deutsches Parlament; das Programm des „Beobachters“ verlangte ein gemeinsames Parlament der Klein- und

---

17 Fusion und Konfusion (Anm. 16), S. 141.

18 Pfau, Schultheiß (Anm. 4), S. 125.

19 Chronik Nr. 33 II v. 5. März; 54 III v. 3. April; Beob. Nr. 39 v. 17. Februar 1864.

20 Pfau, Kampferneuerung (Anm. 23 S. 316), S. 114.

21 Runge, S. 33. Zum provisorischen Schleswig-Holstein-Komitee der Volkspartei gehörten keine Abgeordnete (Beob. Nr. 53 v. 4. März 1864).

22 Gedrucktes Informationsschreiben v. 14. März 1864, NL Hölder VI. Dem Komitee gehörten u. a. an: L. Seeger und Fetzer (Mitglieder des 36er Ausschusses), G. Tafel, Osterlen.

Mittelstaaten und sprach den „bundestreuen Regierungen“<sup>23</sup> das Mißtrauen aus, während ein von Probst formulierter Aufruf dieses Mißtrauensvotum abschwächte, aber ansonsten die Forderungen des „Beobachters“ annahm. Von den 54 Versammlungen, die stattfanden, akzeptierten 34 das Programm des „Beobachters“, 8 das Probstsche und die restlichen 12 den Aufruf des 36er Ausschusses oder modifizierte Programme.

Die alte Fortschrittspartei zersplitterte sich völlig, da sie sich zu keiner einheitlichen Linie durchringen konnte. Hölder etwa, der noch am 18. März 1864 Mayer mitteilte, daß er sich dem „Beobachter“-Programm nicht anschließen werde<sup>24</sup>, unterzeichnete es dann ebenso wie Fetzer, der selbst dem 36er Ausschuß angehörte<sup>25</sup>.

Der energische Vorstoß der Gruppe Mayer brach also die ursprünglich nahezu einhellige Abwehrstellung der führenden Liberal-Demokraten auf. Der nächste wichtige Schritt zur Klärung der Fronten geschah auf der Landesversammlung vom 8. Mai 1864, die durch die Wahl eines Komitees die Volkspartei offiziell gründete<sup>26</sup>. Hölder, Fetzer und A. Seeger lehnten ihre Wahl ins Komitee ab<sup>27</sup>, während die Mehrheit der führenden Mitglieder der Fortschrittspartei den neuen Kurs mitmachte. Damit war die Parteispaltung vollzogen, wengleich sich der nationalliberale Flügel der alten Fortschrittspartei erst im August 1866 als Deutsche Partei konstituierte und bis dahin noch verschiedene Versöhnungsversuche unternommen wurden.

Die Landesversammlung billigte von den drei Punkten, die als Programmvorschlag vorlagen, zwei nahezu einstimmig: die Forderungen nach Selbstbestimmungsrecht für die schleswig-holsteinische Bevölkerung und nach Revision der württembergischen Verfassung. Den Streitpunkt bildete das nationalpolitische Programm, das die Trias vorsah als Übergangslösung bis zur „Konstituierung Gesamtdeutschlands mit Zentralgewalt und Parlament ohne preußische und ohne

---

23 Beob. Nr. 69 v. 23. März 1864. Zum Folgenden vgl. die detaillierten Angaben bei Runge, S. 34 f.

24 NL Hölder VI, handschriftliches Konzept; es ist allerdings nicht festzustellen, ob Hölder das Schreiben absandte.

25 M. Mohl teilte am 16. April 1864 seinem Bruder Robert (NL Moser-Mohl III 23 f.) mit, daß sich die Mehrzahl der württembergischen liberal-demokratischen Abgeordneten einverstanden erklärte, einen Protest des 36er Ausschusses gegen die Londoner Konferenz zu unterzeichnen; darunter auch Abgeordnete, die kurz zuvor gegen den Schleswig-Holstein-Aufruf dieses Ausschusses votiert hatten: Fetzer, Hölder, Ammermüller, Osterlen, Hopf, Probst.

26 Detailliert dazu Runge, S. 35 ff.

27 Runge (S. 36 f.) nennt nur Hölder und Seeger. Außerdem sollen auch Becher, Ammermüller und Probst abgelehnt haben (SZ Nr. 51 v. 2. März 1865), die auf dem Wahlvorschlag standen, aber nicht unter den Gewählten genannt wurden.

österreichische Spitze"<sup>28</sup>. Die Spaltung vollzog sich also ausschließlich im Zeichen nationalpolitischer Divergenzen<sup>29</sup>.

Das Komitee, das als Führungs- und Koordinierungsinstanz für den Aufbau der Volkspartei im ganzen Land fungieren sollte, blieb bis Anfang 1866 ein Dachorgan ohne organisatorischen Unterbau. Nachdem die Schleswig-Holstein-Agitation verebbte, schwand in der Bevölkerung auch die Bereitschaft, sich politisch stärker zu engagieren<sup>30</sup>. Es war somit zwar gelungen, das „Fusionskomitee“ zu sprengen, doch der erstrebte Aufbau einer Parteiorganisation scheiterte noch am zu geringen Politisierungsgrad der Bevölkerung. Zudem versuchten führende Mitglieder des neuen Volksparteikomitees versöhnlich zu wirken. Scharfe Polemiken des „Beobachters“ zementierten jedoch die Spaltung<sup>31</sup>, obwohl eine Wiederannäherung sich anzubieten schien, da innenpolitische Fragen seit Mitte 1864 in den Vordergrund traten.

Die Landesversammlung vom 8. Mai 1864 hatte nur ein recht vages innenpolitisches Programm aufgestellt, das der „Beobachter“ im Juli etwas präzisierte<sup>32</sup>. Er forderte eine durchgreifende Verfassungsrevision: allgemeines Stimmrecht und geheime Wahlen; die Abgeordnetenkammer sollte zur reinen Wahlkammer werden; für die erste Kammer wurden hinsichtlich ihrer Zusammensetzung „Änderungen“ gewünscht, die man inhaltlich nicht näher bestimmte; der Geheime Rat<sup>33</sup> sei abzuschaffen und die „Lebenslänglichkeit“<sup>34</sup> der Ortsvorsteher aufzuheben. Daneben forderte man eine „neue Organisation unserer gesamten Staatsverwaltung“, die das „Ideal unserer Zeit“, das Prinzip der Selbstverwaltung, zu realisieren habe. Das Ministerium sollte abgelöst und der Eisenbahnbau verstärkt auf bisher vernachlässigte Gebiete konzentriert werden. Dieses Programm unterschied sich nicht wesentlich von den Vorstellungen der Hölder-Gruppe<sup>35</sup>.

Selbst in der nationalen Frage schien der „Beobachter“ die Volkspartei auf einem Kompromißkurs festlegen zu wollen. Er verlangte

28 Beob. Nr. 107 v. 10. Mai 1864.

29 Auch der DDR-Historiker R. Weber (Kleinbürgerliche Demokraten, S. 116) betont, daß die Gründung der Volkspartei in Württemberg nicht „primär“ sozialökonomisch motiviert war. Vgl. dazu Kap. D III, VI.

30 Erst 1865 entstanden 5 Volksvereine, von denen der Ulmer auch Anhänger der Hölder-Gruppe umfaßte, vgl. Runge, S. 41—44, 48.

31 S. etwa den Artikel von O[esterlen] im Beob. Nr. 241 v. 16. Oktober 1864 („Zum Programm der deutschen Volkspartei“), der ganz auf Versöhnlichkeit gestimmt war, während der Artikel „Die Hegemonomanie“ (Nr. 139 v. 17. Juni 1864) heftig polemisierte gegen die „undeutsche und zentralistische Politik des Nationalvereins“, gegen „Jesuiten der Einheit“ und gegen die „Borussifizierung Deutschlands“.

32 Nr. 164 v. 16. Juli 1864.

33 Dieses Gremium vermittelte den Geschäftsverkehr zwischen König und Ständen; vgl. Dehlinger I, § 60.

34 Die Forderung nach periodischer Wahl der Ortsvorsteher wurde erst 1907 erfüllt, vgl. Dehlinger I, § 111.

35 Vgl. u. S. 324 f.; s. auch Kap. D IV, 1.

von der württembergischen Regierung, die „sofortige Einberufung eines deutschen Parlaments“ beim Bundestag zu beantragen und nur wenn dieser Antrag scheitern sollte, „mit andern gleichgesinnten Regierungen sich zu vorläufiger Einberufung einer gemeinschaftlichen Volksvertretung, welche den Kern eines künftigen gesamtdeutschen Parlaments bilden soll, zu vereinigen“<sup>36</sup>.

Alle Verständigungsversuche scheiterten jedoch, da die Übereinstimmung in innenpolitischen Fragen nicht ausreichte, die nationalpolitischen Gegensätze zu überbrücken. Hinzu trat, daß sich in den Auseinandersetzungen um den preußisch-französischen Handelsvertrag die liberal-konservative Zusammenarbeit anbahnte, die dann die Deutsche Partei prägte<sup>37</sup>. Vor allem aber widersetzte sich die Hölder-Gruppe dem Aufbau einer festgefügtten Partei, die den politischen Bruch im liberal-demokratischen Bürgertum zwangsläufig organisatorisch verfestigen mußte. Hölder und seine Freunde beharrten auf dem „Begriff der Partei in dem weiteren Sinne, daß alle freisinnigen Elemente des Bürgertums darin Raum haben“<sup>38</sup>. Osterlen entwickelte hingegen im Namen des Komitees der Volkspartei die Gegenvorstellung, nach der nur eine fest organisierte Partei in der Lage sei, die geplante Agitation zugunsten einer Verfassungsrevision anzuregen und erfolgreich durchzuführen. Alle Liberalen außerhalb der Partei könnten sich zwar an der Agitation beteiligen, doch Initiative und Führung seien Aufgabe der Partei.

Ebensowenig wie man sich über die Definition von „Partei“ und deren Aufgaben einigte, gelang es, den „Beobachter“ so umzugestalten, daß er wieder als gemeinsames Organ dienen konnte. Hölder<sup>39</sup> schlug vor, den „Beobachter“ in das Eigentum einer „Ablösungsgesellschaft“ zu überführen, die 30 Aktien an Parteimitglieder ausgeben sollte. Als zweiten Redakteur sah er Becher vor, der sich noch nicht der Volkspartei angeschlossen hatte und deshalb wohl als geeignet galt, den ersten Redakteur, Mayer, zu zügeln. Die redaktionelle Linie wollte Hölder grundsätzlich durch ein Redaktionskomitee bestimmen lassen, das von der Generalversammlung der Aktionäre einzusetzen war<sup>40</sup>. Diese Generalversammlung stellte nach Hölders Vorschlag zugleich die Redakteure ein und entließ sie; sie sollte auch in Streitfällen zwischen den Redakteuren entscheiden. Bei Realisierung dieses Konzepts wäre die Generalversammlung zum eigentlichen Machtzentrum der Partei aufgestiegen. Tafel verschloß sich jedoch diesem Ver-

36 Anm. 32.

37 Dazu Kap. D VI, IV.

38 Hölder an Osterlen v. 28. November 1864, NL Hölder VII, handschriftliches Konzept. Hölder beantwortete damit ein Schreiben Osterlens v. 16. November (ebd.).

39 „Propositionen“, NL Hölder VI, undatiert. Er reichte diese Vorschläge G. Tafel ein, der sie am 12. Oktober 1864 beantwortete (ebd.). Aus letzterem die folgenden Zitate.

40 Das Redaktionskomitee sollte bestehen aus den beiden Redakteuren und fünf weiteren Personen („Propositionen“, Anm. 39).

such, Mayer und seine engsten Mitarbeiter zu disziplinieren. Er begrüßte zwar alle Einigungsversuche, lehnte aber eine „Vertuschung“ der Gegensätze ab. „Die Berufung auf die ‚Partei‘ und daß das Blatt ein Organ derselben sein soll, genügt wohl nicht, solange nicht feststeht, welche politische Richtung unter dem Ausdruck ‚Partei‘ begriffen wird, ob die liberale oder die demokratische, die klein- oder großdeutsche oder die reindeutsche? Denn alle diese Richtungen zählen sich zu der fortschrittlichen [Partei], und doch stehen sie sich zum Teil schroff gegenüber.“ Da diese Klärung nicht erfolgen konnte, ohne die nationalpolitischen Gegensätze scharf hervortreten zu lassen, blieb derjenige Teil der Fortschrittspartei, der den politischen Kurs der Volkspartei nicht billigte, weiterhin ohne Organ. Eine Zeitung war aber das wichtigste Mittel, um den Gesinnungsfreunden einen Anhaltspunkt zu bieten, um den sie sich trotz der fehlenden Organisation kristallisieren konnten. Die Hölder-Gruppe mußte sich deshalb ein eigenes Organ schaffen, falls sie nicht jeglichen Einfluß im Lande verlieren wollte.

#### d) Bis zur Gründung der Deutschen Partei

Als der Versuch endgültig scheiterte, den „Beobachter“ wieder zum Organ aller liberal-demokratischen Richtungen zu machen, begannen Hölder und seine Gesinnungsfreunde sofort, die Gründung eines eigenen Organs einzuleiten. Die von ihnen<sup>1</sup> angeregte Zeitung, für die zunächst der Titel „Schwäbische Landeszeitung“ vorgesehen war, erschien seit dem 1. Januar 1865 als „Schwäbische Zeitung“ in Stuttgart. Sie wurde als Aktiengesellschaft betrieben<sup>2</sup>. Ihr redaktionelles Programm bezeichnete zugleich das politische Programm der Hölder-Gruppe: „Herstellung des nationalen Einigungswerkes auf föderativer Grundlage<sup>3</sup>.“ Gegen „Annexions- und Hegemoniegelüste, mögen sie

1 Hölder, Fetzer, Gustav Müller, Prof. Robert Römer, A. Seeger und der politisch wenig profilierte Stuttgarter Kaufmann Ferdinand Schmidt (Schreiben v. November u. Dezember 1864, NL Hölder XXXIV). Vgl. auch Rapp, Nationale Frage, S. 122—124. Im Laufe des Dezember stieß dann noch der Heilbronner Rechtsanwalt Kilian Steiner hinzu. Steiner übersiedelte 1864/65 nach Stuttgart, wo ihn der Stuttgarter Großkaufmann Chevalier beruflich unterstützte. Steiner erwarb an zahlreichen Bank- und Industrieunternehmungen in Württemberg und außerhalb Beteiligungen (Lang, Erinnerungen, Heft VI, S. 21). Zumindest 1862/63 war er Nationalvereinsmitglied (NL Hölder VIII). Steiner gehörte zu denen, die über ihre Agitation zugunsten des preußisch-französischen Handelsvertrags zur Hölder-Gruppe stießen (vgl. Kap. D VI). Zu Steiner s. Schenk (Lebensbild).

2 Die Aktien hatten alle einen Nennwert von 500 Gulden. Hölder, Max und Robert Römer, Fetzer und Steiner zeichneten je eine Aktie; der Verleger Adolf Kröner, der im September 1865 die „Schwäbische Volkszeitung“ aufkaufte, die dann die „Schwäbische Zeitung“ ablöste (s. u.), zeichnete zwei Aktien; ebenso A. Seeger, F. Schmidt und der Fabrikant Gustav Siegle; Gustav Müller hielt mit sechs Aktien den größten Anteil. Er soll die Zeitung finanziell kräftig unterstützt haben (Braun-Wiesbaden, Ein württ. Staatsmann (1873), in: ders., Bilder, S. 243—252, hier: S. 245). Diese Liste von Aktionären ist wohl nicht vollständig. Zudem scheinen nicht alle Zeichner ihren Anteil in den vorgesehenen Fristen eingezahlt zu haben (alles nach NL Hölder XXXIV.).

3 Gedrucktes Programm v. Dezember 1864 (ebd.). Dort auch das folgende Zitat.

von Preußen oder von Osterreich oder von irgendeinem andern deutschen Staate ausgehen", sollte ebenso Front gemacht werden wie gegen Triasprojekte.

Mit diesem Programm grenzte sich das neue Blatt klar gegen die nationalpolitischen Vorstellungen der Volkspartei und seines Organs ab. Die innenpolitischen Forderungen unterschieden sich hingegen kaum von denen, die der „Beobachter“ propagierte<sup>4</sup>; man setzte allerdings die Schwerpunkte etwas anders. Der „Beobachter“, so wandte die „Schwäbische Zeitung“ zu Recht ein, vernachlässigte stark volkswirtschaftliche Fragen gegenüber politischen. Das Organ der Hölder-Gruppe kündigte dagegen an, sich wirtschaftlichen Problemen in besonderem Maße zu widmen. Diese unterschiedliche Gewichtung im redaktionellen Programm deutet darauf hin, daß die Zielgruppen beider Zeitungen nicht identisch waren. Während der „Beobachter“ dem Wirtschaftsbürgertum nicht viel an Informationen zu bieten hatte<sup>5</sup>, wollte die „Schwäbische Zeitung“ gerade diese Gruppen ansprechen. Vor allem dem Wirtschaftsbürgertum plante man ein Blatt zu bieten, das sich für die „Verbreitung und energische Geltendmachung gesunder nationalökonomischer Grundsätze“<sup>6</sup> einsetzen werde.

Die neue Zeitung war nicht als Organ einer straff organisierten Partei konzipiert. Gemäß dem Parteiverständnis der Hölder-Gruppe sollte ihre Zeitung durch „Versöhnlichkeit und Maßhalten“ die „Ausschließlichkeit einer sich eng abgrenzenden Partei“<sup>7</sup> vermeiden. Als Ziel galt eine „große freisinnige Partei“, die „das gesamte unabhängige Bürgertum und alle dem Fortschritt huldigenden Kreise umfaßt, namentlich auch die Klasse der Gebildeten und Besitzenden in höherem Grade als es bis jetzt der Fall ist, mit sich verbindet“.

Dieses ehrgeizige Programm wurde nicht realisiert. Angeblich gewann das Blatt zwar bereits im ersten Erscheinungsmonat 1000 Abonnenten<sup>8</sup>, was in etwa dem Stand des „Beobachters“ 1864/65 entsprach<sup>9</sup>, doch diese Zahl erscheint überhöht. Viele Briefe von Gesinnungsfreunden an die Herausgeber bezeugen, daß die neue Zeitung auf wenig Interesse stieß<sup>10</sup>. Die „Schwäbische Zeitung“ geriet wie

4 Vgl. o. S. 323 und S. 326 ff. zum Programm der Hölder-Gruppe.

5 Vgl. Kap. D VI.

6 Einladungsschreiben v. November 1864 (Anm. 1); vgl. auch SZ Nr. 73 v. 28. März 1865.

7 Einladungsschreiben v. Dezember 1864 (Anm. 1). Dort auch das folgende Zitat.

8 SZ Nr. 25 v. 31. Januar 1865.

9 Die Abonnentenzahl des „Beobachters“ stieg von 1864 bis 1865 von 1000 auf 1700, vgl. Kap. D II, 4.

10 NL Hölder XXXIV. Es gab auch erhebliche Schwierigkeiten beim Vertrieb. Der Redakteur Ernst Cloß berichtete den Herausgebern (undatiert, zweite Hälfte 1865, ebd.), daß manche Abonnenten „monatelang nicht ein einziges Blatt bekamen und gar nicht wußten, ob das Blatt noch existiere“. Mit den beiden Redakteuren — außer Cloß noch Ludwig Wittig — gab es ebenfalls Schwierigkeiten (diverse Briefe, ebd.). Als Wittig Ende 1864 nicht zur „Schwäbischen Volkszeitung“ überwechseln wollte, verlangte er bei seinem Ausscheiden noch drei Monatsgehälter. Der Streit um diese Abfindung endete schließlich in einer Groteske: Wittig schlug

ihre liberale Vorgängerin der Reaktionsjahre<sup>11</sup> in Konkurrenz zum „Chronik-Merkur“. Um diese Konkurrenz zu mildern, drängte Hölder, die politischen Nachrichten möglichst kurz zu fassen und vor allem Leitartikel zu württembergischen Fragen zu bringen<sup>12</sup>. Die Leitartikel waren aber bei weitem nicht so brillant geschrieben wie die des „Beobachters“. Da die „Schwäbische Zeitung“ keinen ausreichenden Leserkreis fand, stellte man sie Ende August 1865 ein. Als neues Organ gewann man die Stuttgarter „Schwäbische Volkszeitung“, die seit Jahren propreußisch redigiert war und seit 1863/64 den Nationalverein unterstützte<sup>13</sup>.

Die „Volkszeitung“ übernahm das politische Programm ihrer Vorgängerin. Man ließ aber den Anspruch fallen, sich in erster Linie an „Bildung und Besitz“ zu wenden. Offensichtlich sah die Hölder-Gruppe ein, daß ihr Blatt nicht erfolgreich mit „Chronik-Merkur“ konkurrieren konnte, deren Niveau und Nachrichtenfülle keine württembergische Zeitung erreichte. Die „Volkszeitung“ stellte sich vielmehr die Aufgabe, in das Leserreservoir des „Beobachters“ einzudringen. Sie unterbot den Abonnementspreis des Volksparteiorgans um 50<sup>0</sup>/<sub>0</sub>, so daß die „Schwäbische Volkszeitung“ die billigste politische Zeitung in Württemberg war<sup>14</sup>. Ihr ausgesprochener Kampfpriß sollte ermöglichen, daß sie „wirklich in das Volk dringen und selbst von den Unbemittelten angeschafft werden könne“<sup>15</sup>.

Das innenpolitische Programm des Organs der Hölder-Gruppe unterschied sich kaum von dem der Volkspartei. Es propagierte ebenfalls das Prinzip der Selbstverwaltung<sup>16</sup> als Grundlage für den staatlichen Aufbau und verlangte eine gründliche Verfassungsrevision, die sich mit den Vorstellungen der Volkspartei deckte. Nur hinsichtlich des Wahlrechts drückte sich das „Organ der Fortschrittspartei in Württemberg“, wie sich die „Schwäbische Zeitung“ und ihre Nachfolgerin nannten, vager aus als der „Beobachter“. Es hieß nur „Änderung des Wahlgesetzes“, während das Organ der Volkspartei ausdrücklich allgemeine, gleiche und geheime Wahlen forderte. Selbst bei einer der Hauptforderungen der Volkspartei — allgemeine Wehrpflicht und Abkürzung der Präsenzzeiten — waren sich alle liberal-demokratischen Gruppierungen einig<sup>17</sup>.

---

eine Mahnung in Stuttgart öffentlich an eine Mauer an; vgl. Wittig, Preußische Charakterköpfe in Schwaben (1867); ein Exemplar des handschriftlichen Maueranschlags im NL Hölder XXXIV.

11 Vgl. Kap. D II, 4.

12 Wittig, Charakterköpfe, S. 4 f. (Abdruck des Hölder-Briefs).

13 Rapp, Nationale Frage, S. 83; Beob. Nr. 206 v. 3. September 1865. Die „Schwäbische Volkszeitung“ ist jetzt vor dem September 1865 nicht mehr nachweisbar.

14 Sie kostete monatlich 12 Kreuzer; der „Beobachter“ 24 Kreuzer. Die „Schwäbische Zeitung“ hatte 18 Kreuzer gekostet.

15 SVZ Nr. 224 v. 26. September 1865.

16 SZ Nr. 73 v. 28. März 1865.

17 Ebd.; Nr. 74 v. 29. und 76 v. 31. März 1865.

Diese weitgehende Kongruenz der innenpolitischen Programme ermöglichte es den liberal-demokratischen Abgeordneten weiterhin eng zusammenzuarbeiten. Zudem schloß sich ein großer Teil dieser Abgeordneten 1864/65 keiner der außerparlamentarischen Gruppierungen an; unter ihnen so prominente Liberal-Demokraten wie Probst, Becher, Schott oder Ammermüller. Die politischen Differenzen außerhalb des Landtags trübten deshalb die Kooperation in der Kammer kaum. Erst als sich die Deutsche Partei konstituierte, drang die politische Frontstellung auch in den Landtag und sprengte die liberal-demokratische Fraktion<sup>18</sup>.

In ihren nationalpolitischen Programmen grenzten sich jedoch, wie schon angedeutet wurde, die beiden Organe des liberal-demokratischen Bürgertums scharf voneinander ab. Das Blatt des Hölder-Flügels verurteilte entschieden jedes Sonderbundstreben und propagierte „die unzertrennliche Verbindung des südlichen mit dem nördlichen Deutschland unter jeder Bedingung“<sup>19</sup>. Es verurteilte zwar die „heillose Mißregierung“ in Preußen, verteidigte aber dessen „durch und durch deutsche Aufgabe“. „Deutschland kann Preußen nicht entbehren.“ Die von der Volkspartei angestrebte Koalition mit den Regierungen wies die „Schwäbische Zeitung“ nachdrücklich zurück. Sie kennzeichnete das volksparteiliche Triasprojekt als ein „reines Luftschloß“<sup>20</sup>, da die Realisierung dieses Projekts demokratisierungswillige Klein- und Mittelstaaten voraussetzte. Man sprach zu Recht von „unnatürlichen Koalitionen“<sup>21</sup> der Demokraten, berücksichtigte aber nicht, daß die eigenen Hoffnungen auf eine Liberalisierung des preußischen Staats mindestens ebenso vage waren wie die Erwartungen der Volkspartei hinsichtlich einer demokratisierten Trias. Bei ihrer Ablehnung des Volksparteiprogramms beschworen die Organe der preußenfreundlichen Liberal-Demokraten auch die Gefahr einer französischen Hegemonialstellung gegenüber einem „Dritten Deutschland“<sup>22</sup>. Man knüpfte damit an das Trauma der Rheinbundszeit an, das schon die Liberalen der Revolutionsjahre dazu führte, die Demokraten der Neigung zu bezichtigen, sich an Frankreich anzulehnen<sup>23</sup>.

---

18 S. Kap. D II, 5.

19 Anm. 16. Dort auch die folgenden Zitate.

20 SZ Nr. 78 v. 2. April 1865.

21 SZ Nr. 77 v. 1. April 1865.

22 Z. B. SZ Nr. 69 v. 23. März 1865.

23 Vgl. o. S. 168. Zeitweilig scheint es bei einzelnen Demokraten in der Tat solche Neigungen gegeben zu haben. So soll Carl Mayer 1860 in seiner Rede anlässlich der Fahnenweihe des deutschen Arbeitervereins in Neuenburg (Schweiz) gefordert haben, „die Franzosen nur über den Rhein zu lassen, weil es sonst niemals in Deutschland besser werden könne“ (zit. bei Karl Marx, Herr Vogt, in MEW 14, S. 560). 1870 wünschte auch Mayer den „deutschen Waffen den Sieg“ (zit. n. Runge, S. 162). Julius Fröbel bezeichnete 1860 die politische Richtung, die Vogt vertrat und der auch C. Mayer angehörte, als „imperialistische Demokraten“ oder „kaiserlich-französisch-kleindeutsche Patrioten“ (Bestandteile deutscher Parteien, 1860, S. 8).

Die gegenseitigen Polemiken beschränkten sich, wie die Auseinandersetzungen der Parteiblätter vor der liberal-demokratischen Fusion in der Mitte der 1850er Jahre<sup>24</sup>, auf einen relativ kleinen Führungszirkel, während der breitere Kreis der Gesinnungsfreunde kaum berührt wurde. Den beiden politischen Gruppierungen gelang es noch nicht, das liberal-demokratische Bürgertum zu mobilisieren<sup>25</sup>. Seit die Versammlungswelle in der Schleswig-Holstein-Agitation Mitte 1864 verebbt war, erregte die nationale Frage das Land nicht mehr, und in innenpolitischen Fragen bestanden zwischen den rivalisierenden Gruppierungen kaum Differenzen. Zudem konnte die Hölder-Gruppe Erfolge bei ihren Bemühungen verzeichnen, die Volkspartei und die wenigen Landtagsabgeordneten, die zu ihr hielten<sup>26</sup>, zu isolieren. Im Juni 1865 trafen sich in Biberach prominente liberal-demokratische Abgeordnete<sup>27</sup>, um sich auf der Basis eines gemeinsamen innenpolitischen Programms zu einigen und in diese Einigung auch führende Vertreter des liberal-demokratischen Bürgertums außerhalb des Landtags einzubeziehen, die aus verschiedenen Orten Württembergs erschienen. Zu festen Zusammenschlüssen kam es jedoch nicht; sie waren auch nicht intendiert.

Erst als der Abschluß der Gasteiner Konvention vom 14. August 1865 in Württemberg wie in ganz Deutschland den Widerstand der Demokraten gegen Preußen aktivierte und das Vereinswesen der württembergischen Volkspartei einen ersten mächtigen Auftrieb erfuhr<sup>28</sup>, sah sich auch die Hölder-Gruppe gezwungen, stärkere organisatorische Bindungen anzustreben. Im Oktober d. J. versuchten vor allem Hölder, Otto Elben, Fetzer und Max Römer<sup>29</sup> diejenigen „unabhängigen und freisinnigen Männer“<sup>30</sup> an sich zu ziehen, die sich noch von allen politischen Gruppierungen fernhielten. Man betonte, daß es nicht um die Bildung einer „neuen Partei“ gehe, sondern Gleichgesinnte zu gemeinschaftlichen Beratungen verbunden werden sollten. Darüber hinaus sondierte die einladende Stuttgarter Gruppe aber bereits, ob eine „feste Organisation, zunächst für die Wahlen“<sup>31</sup> zu

24 Vgl. Kap. C III, 2a.

25 Während die Volkspartei 1865 immerhin 5 Vereine bilden konnte, existierte 1865 kein Verein der Fortschrittspartei alter Prägung, obgleich die „Schwäbische Zeitung“ (Nr. 81 v. 6. April 1865) zur Vereinsbildung aufrief.

26 Vor allem G. Tafel, Hopf und Osterlen.

27 Hölder, Probst, Fetzer, Zeller, Schott, Erath; Deffner, R. Römer und A. Seeger waren verhindert (SZ Nr. 120 v. 24. Mai; 130 f. v. 8. Juni 1865). Die Abgeordneten, die zur Volkspartei hielten, lud man nicht ein.

28 Vgl. Weber, Kleinbürgerliche Demokraten, Kap. V; Runge, S. 44 ff. Zur Organisation s. Kap. D II. Der „Beobachter“ (Nr. 199 v. 26. August 1865) verband seine Kritik der Gasteiner Konvention, die er als Vorspiel zur „Teilung Deutschlands“ (Artikelüberschrift) verstand, mit dem Aufruf „Bildet Volksvereine!“.

29 1836—1881; ein Sohn des Märzministers Friedrich Römer.

30 Einladungsschreiben v. 19. Oktober 1865 (NL Hölder VI). Dort auch das folgende Zitat. Hervorhebung im Original. Vgl. das Schreiben Max Römers v. 14. Oktober und Einladungsschreiben v. 30. Oktober 1865 (NL Hölder VII).

31 Römers Schreiben v. 14. Oktober (Anm. 30).

realisieren sei. Sie mußte aber feststellen, daß eine „Partei“, die trotz der preußischen Innen- und Schleswig-Holstein-Politik den „deutschen Beruf“ Preußens verfocht, in Württemberg kaum Resonanz fand. Während die Volkspartei bis Juli 1866 über ca. 30 Volksvereine verfügte<sup>32</sup>, entstanden liberale Vereine erst, als die Hölder-Gruppe im August 1866 die Konstituierung der Deutschen Partei veranlaßte.

Zunächst versuchten Hölder und Fetzer, die unter der politischen Trennung von ihren Jugendfreunden und langjährigen Kampfgefährten persönlich stark litten<sup>33</sup>, doch noch eine gemeinsame politische Basis mit den Führern der Volkspartei zu finden. Sie wandten sich an Osterlen, der im Ton stets konzilianter war als Mayer, und regten eine Aussprache im kleinen Kreis an<sup>34</sup>. Im persönlichen Gespräch unter Freunden hofften sie, die Differenzen eher ausräumen zu können als auf einer Volksversammlung, die Mayer stets zur Klärung von Streitfragen bevorzugte. Hölder und Fetzer wollten „in der deutschen Frage nur zwei Parteien“ anerkennen: „die Partei des Stillstands oder Rückschritts [. . .] und die Partei des Fortschritts auf dem Wege zur Einheit und Freiheit Deutschlands“. Sie versuchten, mit diesem Versöhnungsvorschlag zum vormärzlichen „Parteien“-Dualismus zurückzukehren, der in den Reaktionsjahren unter dem Zwang, sich gegen die vollständige Eliminierung der „Märzerrungenschaften“ zu wehren, wiederaufgelebt war<sup>35</sup>. Auch Probst, der sich erst nach dem preußisch-österreichischen Krieg der Volkspartei zuwandte, hoffte die politischen Differenzen doch noch ausräumen zu können. In seinem offenen Brief an den „Beobachter“ regte er an, die politischen Gegensätze durch Rückkehr zur alten Form der organisationslosen „Partei“ zu überbrücken<sup>36</sup>. Diese Schreiben von Führern der Fortschrittspartei, wie sie bis Anfang 1864 bestand, und die Antworten Osterlens<sup>37</sup>, die im Namen des Komitees der Volkspartei erfolgten, enthüllten das unterschiedliche Parteiverständnis, das beide Richtungen trennte. Denn Osterlen betonte die unbedingte Notwendigkeit einer Organisation, ohne die eine Partei nicht zu konstituieren sei. Die Erklärungen von Probst sowie von Hölder und Fetzer zeigten aber auch, daß die Einheit derjenigen, die noch an der liberal-demokratischen Partei alter Prägung festhielten, brüchig war. Während Probst die Existenz einer „preußisch-deutschen Parteirichtung“ leug-

---

32 Runge, S. 45. S. auch Kap. II.

33 Lang, Erinnerungen, H. VI, S. 27.

34 Schreiben an Osterlen v. 5. und 24. Januar 1866 (NL Hölder VII). Das letztere Schreiben, dem die folgenden Zitate entnommen sind, ist auch abgedruckt im Beob. v. 2. Februar 1866. Hervorhebungen im Original. Fetzer entwarf das Schreiben und Hölder milderte einige Formulierungen, um die politischen Gegensätze möglichst zurücktreten zu lassen.

35 Vgl. Kap. C III.

36 Beilage u. „Chronik“ v. Januar 1866; auch in SVZ Nr. 17 v. 23. Januar 1866. Schott war laut Probst mit dem Schreiben einverstanden.

37 9. Januar und 29. Januar 1866 (NL Hölder VII). Das Schreiben v. 9. Januar ist abgedruckt im Beob. v. 3. Februar 1866.

nete, stellten Hölder und Fetzer unmißverständlich fest, daß sie trotz ihrer Kritik an der „großpreußischen Politik der Gewalt“<sup>38</sup> nicht bereit waren, eine nationale Einigung ohne Preußen selbst nur als Übergangslösung zu akzeptieren. Vor allem lehnten sie die von der Volkspartei und auch von Probst proklamierte Priorität von Verfassungsreformen vor der Realisierung der nationalen Einheit entschieden ab. „Die *Einheit des deutschen Vaterlandes* steht uns über jeder Frage der ihm zu gebenden Verfassungsform.“

Diese politische Grundkonzeption, die der Einheit einen höheren Wert beimaß als die liberale Ausgestaltung des Nationalstaats, prädestinierte den verbliebenen Rest der Fortschrittspartei zum Bündnis mit konservativen Kräften in einer nationalen Sammlungsbewegung<sup>39</sup>. Diese Entwicklung von der liberal-demokratischen Fortschrittspartei zur nationalen Partei mit heterogenen innenpolitischen Zielsetzungen begann bereits im Februar 1866 festere Formen anzunehmen. Denn im Februar beschloßen Stuttgarter Honoratioren liberal-demokratischer und konservativer Richtung, sich zu einer erneuerten Fortschrittspartei zusammenzuschließen<sup>40</sup>. Man strebte keine feste Organisation an, plante aber wöchentliche Versammlungen und verpflichtete sich zur Zahlung von Jahresbeiträgen. Schon die erste Zusammenkunft ließ erkennen, daß die Liberal-Demokraten Abstriche an ihren innenpolitischen Vorstellungen konzedieren mußten, wenn sie an einer Verbindung mit den Konservativen festhielten. Denn als Vorschläge zur Änderung des Wahlrechts vorgetragen wurden, kam man über „interessante Debatten“ nicht hinaus; die geplante gemeinsame Resolution mußte unterbleiben.

Der preußisch-österreichische Krieg verstärkte dann die liberal-demokratisch-konservative Annäherung, während die Volkspartei ihren Triasplan zum Südbundprojekt reduzierte. Die Demokraten hielten grundsätzlich an ihrer nationalpolitischen Konzeption fest — trotz der Erschütterungen, die auch ihre Reihen ergriffen angesichts des völlig unerwarteten Kriegsverlaufs und vor allem angesichts der Tatsache, daß nicht Bismarck, wie man annahm<sup>41</sup>, sondern Osterreich geheime Abmachungen mit Napoleon getroffen hatte. Als die Führer der Volkspartei trotz anfänglicher Unsicherheit auf ihren politischen Vorstellungen beharrten, folgten ihnen die organisierten Mitglieder im Lande bis auf wenige Ausnahmen<sup>42</sup>. Nachdem am 12. Juli ein letzter Versuch scheiterte, Volkspartei und Hölder-Gruppe auf eine gemeinsame politische Haltung festzulegen<sup>43</sup>, unternahm es die neue

38 Brief v. 24. Januar 1866 (Anm. 34).

39 Diese Entwicklung wird im Kap. D IV im Zusammenhang untersucht.

40 Beob. Nr. 59 v. 13. März und SVZ Nr. 49 v. 29. Februar 1866, S. 209 (dort das folgende Zitat).

41 S. vor allem den „Beobachter“-Artikel (Nr. 99 v. 1. Mai 1866): „Deutschland ist verraten“.

42 Runge, S. 60 ff.

43 Zu dem Versuch, einen gemeinsamen Aufruf zu erlassen, s. Rapp, Nationale Frage, S. 171 f., und NL Hölder VII.

nationale Gruppierung von Liberal-Demokraten und Konservativen, die sich im Februar 1866 gebildet hatte, eine Adressenbewegung zugunsten eines schnellen Friedensschlusses und gegen eine Spaltung Deutschlands entlang der Mainlinie ins Leben zu rufen. Man verhehlte in der Adresse nicht, daß für eine liberale Gestaltung der Verfassung eines deutschen Bundesstaats „die dermaligen Verhältnisse [...] nicht günstig erscheinen“<sup>44</sup>. Doch diese Ungewißheit wiege gering gegenüber den Gefahren, die mit einem Südbund, der einzigen Alternative zu einem deutschen Bundesstaat, verbunden seien. Dieser Alternativvorschlag „muß uns schon zum voraus verdächtig vorkommen, weil er von einer Seite gemacht wird, in welcher man den Erbfeind Deutschlands seit Jahrhunderten erblickt“.

Die Adresse erhielt zwar „mehrere tausend“ Unterschriften aus 64 Gemeinden<sup>45</sup>, doch zahlreiche Schreiben der Hölderschen Gesinnungsfreunde im ganzen Lande belegen, daß diese Adresse, angesichts der Erwartungen, die man hegte, als ein Mißerfolg empfunden wurde<sup>46</sup>.

Unter dem Eindruck der Kriegereignisse verhärteten sich die Fronten im liberal-demokratischen Lager vollends. Auch Hölder, auf dessen zugkräftigen Namen die Befürworter einer nationalen Sammlungspartei nicht verzichten wollten, trennte sich nun endgültig von seinen alten Gesinnungsfreunden und langjährigen politischen Kampfgefährten im Lager der Volkspartei. Er umgab sich „mit einem politischen Generalstab [...], der aus Demokraten, Altliberalen, Strengkonservativen, wie aus politischen Neulingen bestand, die alle einig waren, daß das Ziel in der deutschen Frage jetzt kein anderes sein könne, als Anschluß der süddeutschen Staaten an den sich bildenden Norddeutschen Bund, ein Ziel, das mit Aufhebung des bisherigen Parteigegensatzes von liberal und konservativ anzustrengen sei“<sup>47</sup>. Im Namen dieser politischen Gruppierung, die sich als „Partei zur Erhaltung der politischen Einheit Deutschlands“ bezeichnete, lud Hölder<sup>48</sup> zu einer Versammlung am 7. August 1866 ein, auf der die neue Partei ihren endgültigen Namen erhielt: Deutsche Partei<sup>49</sup>.

Die Versammlung setzte ein provisorisches Komitee ein, das eine festere Organisation vorbereiten sollte. Hölder, der „anerkannte Führer der Partei“<sup>50</sup>, nahm diese Aufgabe sofort in Angriff. Er informierte Gesinnungsfreunde im Lande über die Stuttgarter Parteigrün-

<sup>44</sup> Die Adresse v. 27. Juli 1866 wurde mehrfach in der „Chronik“ und in der „Schwäbischen Volkszeitung“ abgedruckt und als Beilage versandt.

<sup>45</sup> Rapp, Nationale Frage, S. 177; ders., Öffentliche Meinung 1866, S. 214.

<sup>46</sup> NL Hölder VII.

<sup>47</sup> Lang, Erinnerungen, H. VI, S. 61.

<sup>48</sup> Aufruf v. 4. August 1866, SVZ Nr. 182 v. 8. August.

<sup>49</sup> SVZ Nr. 183 v. 9. August 1866; vgl. Beob. Nr. 185 v. 11. August; Lang, Deutsche Partei, S. 23; ders., Erinnerungen, H. X, S. 6 f.; Rapp, Nationale Frage, S. 184. Den Antrag zur Umbenennung stellte der Stuttgarter Rechtsanwalt L. Kielmayer.

<sup>50</sup> Lang, Erinnerungen, H. X, S. 8.

dung und kündigte eine vertrauliche Besprechung an. Es sollten nur die „zuverlässigsten Personen“<sup>51</sup> hinzugezogen werden. Von einer öffentlichen Landesversammlung sah er ab, da er mit zu geringer Resonanz rechnete. Mit „Schrecken“ vermerkte Hölder, „wie großartig die Lücken sind und wie sehr uns die Beziehungen zum Lande abhanden kamen. Die Volkspartei hat die paar Jahre gut benutzt, um uns die besten Männer und Freunde zu entziehen, und es ist eine schwere Aufgabe, neben ihr einen ausreichenden neuen Organismus herzustellen.“ Als Zweck der vertraulichen Besprechung nannte Hölder, „sich künftig als Partei gegenüber dem ‚Beobachter‘ wie gegenüber der Regierung auf Grundlage des Programms zu sammeln“, neue Anhänger zu gewinnen, für die „Schwäbische Volkszeitung“ zu werben und dem „Beobachter“ Leser zu entziehen. Das vorläufige Programm, auf das sich Hölder bezog, lautete: „Keine Trennung nach der Mainlinie, nationale Bundesverfassung auf Grund des von Preußen vorgeschlagenen deutschen Parlaments“<sup>52</sup>.

Ein präziseres Programm gab man sich erst auf der Plochinger Landesversammlung vom 19. August 1866, zu der man sich entgegen dem ursprünglichen Plan doch entschloß, um die neue Partei wirksamer vorzustellen und sie über Stuttgart hinaus auszudehnen. Es versammelten sich ca. 120 Gesinnungsfreunde, die sich ein Programm gaben, das sich fast ausschließlich auf die Einheitsfrage bezog<sup>53</sup>. Die ersten vier Punkte forderten den „Anschluß sämtlicher deutscher Staaten an Preußen“, dem in einem Bundesstaat die diplomatische und militärische Führung gebühre. Einen Südbund lehnte man nachdrücklich ab. Statt dessen sollte die Erhaltung des Zollvereins<sup>54</sup> und eine Reorganisation des Heeres nach preußischem Muster die politische Überwindung der Mainlinie vorbereiten. Erst ein Zusatzantrag fügte dem vom Stuttgarter Komitee vorgelegten Programm einen fünften Punkt hinzu, der innere Reformen in Württemberg verlangte, ohne diese zu präzisieren. Der Antragsteller, ein Demokrat der Revolutionsjahre<sup>55</sup>, forderte zwar „eine den jetzigen Verhältnissen angemessene Revision der Verfassung, ein Wahlgesetz im Sinne des Volkes, die Entfernung der Privilegierten aus der [zweiten] Kammer und die Aufhebung der ersten Kammer“<sup>56</sup>. Doch Prof. Robert Römer, der 1848 das Programm

---

51 Schreiben v. 7. August 1866 (NL Hölder VIII). Dort auch das folgende Zitat.

52 SVZ Nr. 182 v. 8. August 1866.

53 Das Programm ist abgedruckt bei Lang, Deutsche Partei, Anhang 1, S. 85 f. Zur Versammlung SVZ Nr. 192—195 v. 19. bis 23. August 1866; kurz bei Lang, Erinnerungen, H. X, S. 7; Notters Tagebucheintrag v. 19. August. Grube (Notter) hat nur die Tagebuchpassagen der Revolutionsjahre abgedruckt. Vgl. zur Plochinger Versammlung auch Rapp, Nationale Frage, S. 185; Runge, S. 68, die kurz über die Auseinandersetzungen zwischen Deutscher Partei und Volkspartei in der Anfangsphase referiert (S. 67—74).

54 Vgl. zu diesem Komplex Kap. D VI.

55 Schweickhardt.

56 SVZ Nr. 194 v. 22. August 1866.

der Demokraten verfaßt hatte<sup>57</sup> und nun einer der schärfsten Verfechter eines Anschlusses an Preußen war<sup>58</sup>, schwächte den Antrag ab. Das endgültige Programm verlangte deshalb nur noch, „daß die inneren politischen Reformen, welcher Württemberg dringend bedarf und längst verlangt hat, endlich in Angriff genommen werden“. Selbst diese vage innenpolitische Forderung bezog man noch auf die Angliederung an Preußen, die durch innere Reformen vorbereitet werden sollte.

Über Organisationsfragen sprach man in Plochingen kaum. Es wurde lediglich ein Komitee von 50 Personen akklamiert — Personen, die man zum erheblichen Teil vorher nicht um ihr Einverständnis fragte und die auf der Versammlung nicht anwesend waren<sup>59</sup>. Die Stuttgarter Kerngruppe, die als „geschäftsführender Ausschuß der Deutschen Partei in Württemberg“ fungierte<sup>60</sup>, begann Ende August 1866 die Komiteemitglieder über ihre Wahl zu informieren und um Stellungnahme zu bitten. Neun (18%) lehnten die Wahl ab; die übrigen stimmten zu, meldeten aber z. T. Vorbehalte an, die eine starke Unsicherheit über den künftigen politischen Kurs verrieten. So schrieb ein Komiteemitglied<sup>61</sup>, er sei zwar „mit dem ersten Beginn des letzten Krieges überall und energisch für den Sieg Preußens und die gänzliche Hinauswerfung Österreichs aus Deutschland“ eingetreten und stimme auch für den geforderten Anschluß an Preußen. Aber er sei „doch in gewissen Beziehungen wenigstens vorläufig noch ein guter Württemberger“.

Da der geschäftsleitende Ausschuß zunächst das einzige funktionsfähige Gremium der Deutschen Partei blieb<sup>62</sup>, war er gezwungen, zumindest Ansätze von Parteistatuten selbst auszuarbeiten. Ebenso ließ er auf Drängen von Mitgliedern, die der liberal-demokratischen Tradition entstammten und z. T. nur zögernd der Vereinigung mit konservativen Kräften zustimmten<sup>63</sup>, ein innenpolitisches Programm entwerfen. Dieses wurde den Mitgliedern des Landeskomitees auf einer Versammlung im September 1866 vorgelegt, auf der zugleich die per-

<sup>57</sup> Vgl. o. S. 159.

<sup>58</sup> Vgl. etwa Rapp (Nationale Frage, S. 201) und Römers Schrift „Die Verfassung des Norddeutschen Bundes und die süddeutsche, insbesondere die württembergische Freiheit“ (1867). Selbst auf der Plochinger Versammlung der Deutschen Partei stieß Römer auf geringen Widerstand, als er in seiner Begründung des Programms Bismarck für das Geschaffene dankte (SVZ Nr. 194 v. 22. August 1866).

<sup>59</sup> Das Folgende nach den Materialien im NL Hölder VIII.

<sup>60</sup> Es ist nicht ersichtlich, ob dies in Plochingen ausdrücklich beschlossen oder nur stillschweigend so gehandhabt wurde. Hölder war Vorsitzender, Gustav Müller sein Stellvertreter, Max Römer u. W. Lang Schriftführer, Eduard Zeller Kassierer.

<sup>61</sup> Dr. Völter in Metzingen, Schreiben v. 9. September 1866, NL Hölder VIII. Er nahm die Wahl dann aber ebenso an wie Widenmann, der das Bündnis mit den Konservativen beklagte (Brief an Hölder, Anfang August 1866, Heyderhoff, Sturmjahre I, Nr. 257).

<sup>62</sup> Zur Organisation der Deutschen Partei s. Kap. D II.

<sup>63</sup> Dazu Kap. D IV.

sonelle Zusammensetzung dieses Landeskomitees definitiv festgestellt werden sollte<sup>64</sup>.

Ein Teil der Komiteemitglieder trat am 23. September 1866 zusammen<sup>65</sup> und verabschiedete das vorgelegte innenpolitische Reformprogramm, das sich von den Vorstellungen der Volkspartei kaum unterschied<sup>66</sup>. Nur hinsichtlich der Forderung, das Heerwesen zu reorganisieren (Punkt 6), bestand eine Differenz. Während die Volkspartei kürzere Präsenzzeiten verlangte, beschränkte sich die Deutsche Partei darauf, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und eine verstärkte Heranziehung von bürgerlichen Offizieren zu fordern. Selbst im Ruf nach allgemeinen, direkten und geheimen Wahlen stimmten die beiden bürgerlichen Parteien nun überein.

Das württembergische Bürgertum, soweit es sich parteipolitisch engagierte, schien also trotz aller nationalpolitischen Differenzen in seinem innenpolitischen Reformprogramm eine fast vollständige Übereinstimmung erreicht zu haben. Doch in den folgenden Jahren bis zur Reichsgründung zeigte sich, daß die nationalpolitischen Gegensätze die innenpolitischen Gemeinsamkeiten überlagerten. Zudem mußte sich die Deutsche Partei stärker noch, als dies bereits in der Gründungsphase der Fall war, zur nationalen Sammlungsbewegung erweitern, um nicht völlig von der Volkspartei in den Hintergrund gedrängt zu werden. Denn die Volkspartei band nicht nur den größten Teil der Anhänger der alten Fortschrittspartei, sondern verbündete sich auch zumindest punktuell mit antipreußischen Kräften aller politischen Schattierungen<sup>67</sup>. Zunächst versuchte die Deutsche Partei jedoch, mit Hilfe eines innenpolitischen Reformprogramms, das Konservative nur abschrecken konnte, in Konkurrenz zur Volkspartei zu treten<sup>68</sup>.

Mit der Verabschiedung des innenpolitischen Programms erreichte der lange Weg von der Fortschrittspartei zur Volkspartei und zur Deutschen Partei einen ersten Abschluß. Vor allem für die Deutsche Partei, die immer noch eine „Partei“ mit einer zwar relativ festen Führungsgruppe, aber ohne organisatorischen Unterbau war, begann erst jetzt die eigentliche Aufbauphase.

---

64 Einladungsschreiben v. 16. September 1866, NL Hölder VIII; Versammlungsbericht in SVZ Nr. 224 v. 25. September 1866.

65 Teilnehmerzahlen sind nirgends genannt. Der Hölder-NL (VIII) enthält jedoch etliche Absagen von Mitgliedern, die aus verschiedenen Gründen nicht kommen konnten.

66 Das Programm ist abgedruckt bei Lang, Deutsche Partei, Anhang II, S. 86—88. Vgl. zum Programm Kap. D IV.

67 Dazu Kap. D V.

68 Dies sprach Hölder deutlich in seinem Schreiben v. 22. Dezember 1866 an die Mitglieder des Landeskomitees aus (NL Hölder VIII).

## II. Organisation und Struktur von Volkspartei und Deutscher Partei

### 1. Lokalorganisationen

Als sich die liberal-demokratische Fortschrittspartei seit Anfang 1864 spaltete, war die Ausgangsposition für den Aufbau getrennter Parteien ganz anders als bei der Trennung der bürgerlichen Emanzipationsbewegung im Juli 1848<sup>1</sup>. Während die Demokraten im ersten Revolutionsjahr aus einer bereits organisatorisch verfestigten Bewegung austraten, deren organisatorisches Erbe sie fast völlig übernehmen konnten, sprengten sie 1864 lediglich eine kleine Gruppe liberal-demokratischer Honoratioren. Ein Vereinswesen existierte im Gegensatz zu 1848 nicht. Man hatte allerdings mehrfach versucht, zumindest rudimentäre Ansätze einer institutionalisierten Zusammenarbeit zwischen den Führungspersonlichkeiten, die meist im Landtag saßen, und ihren Anhängern im Lande zu schaffen. Schon die Göppinger Versammlung vom Dezember 1859 plante, „eine gewisse Organisation zu verwirklichen“<sup>2</sup>. Doch Erfolge blieben aus. Man bildete zwar im Dezember 1861 ein Landeskomitee<sup>3</sup>, um die Landtagswahlen des folgenden Jahres vorzubereiten, doch eine Ortsgruppe entstand, soweit erkennbar, nur in Ohringen<sup>4</sup>. Selbst diese Gruppe ging nicht auf Anregung des liberal-demokratischen Führungszirkels zurück, sondern auf die Initiative von Mitgliedern des Nationalvereins, der in Ohringen eine Agentur besaß und größere organisatorische Anstrengungen unternahm als die Fortschrittspartei<sup>5</sup>.

Erst die große Eßlinger Versammlung vom Dezember 1862 machte energischeren Versuche, die Gesinnungsmitglieder der Fortschrittspartei straffer zusammenzufassen. Man wählte ein Landeskomitee, an das „Alle, welche sich als Angehörige der deutschen Fortschrittspartei in Württemberg bekennen“<sup>6</sup>, Beiträge zahlen sollten, deren Höhe jeder selbst bestimmen durfte. Dieses Komitee bemühte sich Anfang 1863, ein Netz von Vertrauensmännern über das Land zu spannen. Die Vertrauensmänner erhielten aber lediglich den Auftrag, dafür zu sorgen, daß die in Eßlingen beschlossene „Selbstbesteuerung mittelst einma-

1 Vgl. Kap. B IV, 1; II.

2 Bericht von Lindens v. 20. Dezember 1859, HSTAS E 150 Bü 1058. Zur Göppinger Versammlung vgl. o. S. 291.

3 Beob. Nr. 298 v. 20. Dezember 1861 (Aufruf des Komitees v. 17. Dezember 1861).

4 Chronik Nr. 86 III v. 10. April 1862.

5 Vgl. o. S. 301.

6 Verhandlungen Landesversammlung Eßlingen 1862, S. 31.

liger oder jährlicher fester Beiträge“<sup>7</sup> nicht nur ein Beschluß für den Papierkorb blieb.

Über das wünschenswerte Ausmaß der Organisation bestand innerhalb der Führungskreise offensichtlich kein Konsens. Während der Komiteevorstand, A. Seeger, die Vertrauensleute aufforderte, nur unter den engsten Gesinnungsfreunden Beiträge für die Parteikasse zu sammeln, von öffentlichen Werbeaktionen aber abzusehen<sup>8</sup>, rief der „Beobachter“ dazu auf, Vereine zu bilden. Ohne eine feste Organisation werde „das deutsche Volk zu seinen berechtigtesten und notwendigsten Einrichtungen nie kommen“<sup>9</sup>. Der „Beobachter“ hielt den Liberal-Demokraten vor, „während die von vielen sonst Vernünftigen noch immer scheinbar angesehene Arbeiterpartei sich in kurzer Zeit auf eine bewundernswerte Weise organisiert hat, lebt das Bürgertum ohne Organisation dahin“. Der Einsicht in die Notwendigkeit einer organisierten Partei war also bereits vorgearbeitet, als Anfang 1864 die Einheit des politisch engagierten liberal-demokratischen Bürgertums zerbrach.

Die stärksten Impulse zur Ausbildung von Ortsvereinen, die das organisatorische Rückgrat der Partei bildeten, gingen — wie in den Revolutionsjahren — von den Demokraten aus. Als die württembergische Regierung Ende 1864 die restriktiven Bestimmungen der Reaktionsjahre zum Vereinswesen aufhob<sup>10</sup>, stand der Bildung von politischen Vereinen kein gesetzliches Hindernis mehr im Wege. Die Regierung legalisierte mit dieser Maßnahme aber nur ihre flexible Verhaltensweise, die sie bereits zuvor gegenüber politischen Organisationen gezeigt hatte<sup>11</sup>. Daß mit der Aufhebung der Verordnung von 1855 kein Damm brach, der den gestauten Organisationswillen des Bürgertums zum Durchbruch kommen ließ, geht deutlich aus der geringen Zahl von Vereinen hervor, die 1865 entstanden. Es wurden lediglich fünf Lokalorganisationen gegründet: in Heidenheim, Ulm, Schwäbisch Hall, Schwäbisch Gmünd und Göppingen<sup>12</sup>. Die Führungskräfte aller Vereine waren 48er-Demokraten. In Ulm beteiligte sich jedoch auch ein prominenter Liberaler der Revolutionsjahre (Friedrich Albrecht). Er stieß 1866 zur Deutschen Partei, der er einen Teil der deutsch-katholischen Gemeinde in Ulm zuführte, in der er einflußreicher Prediger war<sup>13</sup>. Der Ulmer Verein versuchte auch als einziger, Anhänger der Volkspartei und der Hölder-Gruppe zu integrieren. Da sich diese beiden Richtungen aber immer weiter auseinanderlebten, mißlang dieser Versuch, die alte Einheit der Liberal-Demokraten wiederherzustellen.

7 Beob. Nr. 54 v. 6. März 1863 (Aufruf des Landeskomitees v. 1. März 1863).

8 Rundschreiben v. 1. März 1863, NL Hölder V.

9 Nr. 170 v. 24. Juli 1863. Zitat im Original gesperrt.

10 Vgl. Weinmann, Reform der württ. Innenpolitik, S. 29.

11 S. ihre Haltung zum Nationalverein (o. S. 304).

12 Runge, S. 41 ff.

13 Vgl. u. S. 344; zu Albrecht s. auch Balsler, 1, S. 347 ff.; 2, S. 659.

Der Hauptanstoß zur Vereinsbildung ging, wie erwähnt<sup>14</sup>, von der Gasteiner Konvention vom August 1865 aus. Der „Beobachter“<sup>15</sup> knüpfte an seine Betrachtungen über diese Konvention den Aufruf „Bildet Volksvereine!“. Den Zweck der Vereine vermochte er allerdings nicht anzugeben. „Was die Volksvereine tun sollen? Das ist eine zweite Frage, auf die wir nicht in Einem Atem antworten wollen; auch ist das eine Frage auf die sie [die Mitglieder] sich selbst eine Antwort zu geben haben und auch geben werden.“ Die Kerngruppe der Volkspartei, die „Beobachter“-Redakteure, hofften, daß die Vereine eine Eigendynamik entwickeln würden, die aus der „bisherigen Schläfrigkeit und Tatlosigkeit“ herausführen werde. Die erste größere Gründungswelle von Volksvereinen erfaßte das Land zwischen Januar und August 1866. Zur Volkspartei gehörten nun ca. 30 Ortsvereine<sup>16</sup>. So unterschiedlich auch der jeweilige Anstoß zur Vereinsbildung war — die Hauptmotivation lag in der Ablehnung der preußischen Politik. Antipreußische Ressentiments scheinen die Vereinsgründungen von 1866 stärker beflügelt zu haben als der Wille, eine Parteiorganisation zu schaffen. Denn mehr als zwei Drittel der Ortsgruppen erlosch bis Ende 1867 wieder<sup>17</sup>. Von den 20 Vereinen, die zwischen 1867 und 1869 entstanden, erschöpfte sich sogar die Hälfte im Gründungsakt<sup>18</sup>.

Die nächste und größte Gründungsperiode setzte 1870 ein, als in 19 Oberämtern Volksvereine entstanden<sup>19</sup>. Nun konnte die Volkspartei erstmals tiefer in Gebiete mit vorwiegend katholischer Bevölkerung eindringen<sup>20</sup>. Von den Vereinen, die sich zuvor in Oberämtern mit starkem katholischem Bevölkerungsanteil bildeten, hatten nur vier Bestand: die Vereine in Schwäbisch Gmünd, Wurzach (OA Leutkirch), Ellwangen und Oedheim (OA Neckarsulm). Die 1870 konstituierten Vereine lagen hingegen zu etwa einem Drittel in überwiegend katholischen Gebieten. Da keine Mitgliedslisten für diese Ortsgruppen bestehen, kann allerdings nicht festgestellt werden, wie das konfessionelle Gepräge der einzelnen Vereine aussah.

Nach Runges Schätzung<sup>21</sup> verfügte die Volkspartei bis Kriegsende 1866 über ca. 1600—1700 Mitglieder. 1867/68 waren etwa 1800—2000 für Parteizwecke verfügbar. 1870 verdoppelte sich diese Zahl dann, so daß die württembergische Volkspartei eine maximale Mitgliederquote von 3600—4000 erreichte. Eine bürgerliche Partei mit ähnlicher Organisationsdichte und Mitgliederzahl gab es in anderen deutschen

<sup>14</sup> Vgl. o. S. 328. Zum folgenden s. auch Runge, S. 44—49.

<sup>15</sup> Nr. 199 v. 26. August 1865. Dort auch die folgenden Zitate.

<sup>16</sup> Eine Aufstellung gibt Runge, S. 48 f. Vgl. auch u. S. 340 die Karte, die einen Überblick über das Vereinsnetz beider Parteien gibt.

<sup>17</sup> Runge, S. 74.

<sup>18</sup> Ebd. S. 75.

<sup>19</sup> S. das Verzeichnis bei Runge, S. 76 f.

<sup>20</sup> Zum folgenden Runge (S. 84) und die Karte auf S. 340.

<sup>21</sup> S. 85.

Einzelstaaten vor der Reichsgründung nicht<sup>22</sup>. Nach der Reichsgründung, in der die Volkspartei ihre nationalpolitische Konzeption scheitern sah, schmolz die Organisation auf einen kleinen Kern zusammen. Die Volkspartei hatte sich so ausschließlich auf die Opposition gegen den preußisch-kleindeutschen Nationalstaat konzentriert, daß sie ein volles Jahrzehnt brauchte, um sich auf die veränderte politische Situation einzustellen<sup>23</sup>.

Als die Hölder-Gruppe im August 1866 endgültig von ihren erfolglosen Versuchen zur Wiederbelebung des liberal-demokratischen Bürgerblocks abließ und die Deutsche Partei konstituierte<sup>24</sup>, stand sie vor einer ähnlichen Situation wie die „Beobachter“-Gruppe Anfang 1864, als diese damit begann, die Volkspartei aufzubauen. Die Deutsche Partei war nach ihrer Gründung zunächst nicht mehr als ein kleiner Stuttgarter Führungszirkel, der sich gewillt zeigte, seine nationalpolitischen Vorstellungen zu propagieren und für die Realisierung seines Ziels eine Parteiorganisation aufzubauen. Während die Volkspartei seit 1864 über ein Landeskomitee verfügte, im Januar 1866 ihr erstes Treffen von Vertrauensmännern abhielt und im Juli d. J. erstmalig eine Landesversammlung der Volksvereine einberufen konnte<sup>25</sup>, fiel es der Deutschen Partei schwer, überhaupt ein Landeskomitee zustande zu bringen. Die Plochinger Versammlung vom 19. August 1866 akklamierte zwar ein Komitee von 50 Personen, doch 18% lehnten ihre Wahl ab<sup>26</sup>. Erst Ende September d. J. gelang es, ein Komitee von 47 Personen zu konstituieren<sup>27</sup>. Mindestens ein Viertel der Mitglieder des Landeskomitees der Deutschen Partei und die Hälfte des Stuttgarter Führungskreises, der als „geschäftsführender Ausschuß“ fungierte, hatten dem Nationalverein angehört<sup>28</sup>. 35 entstammten der alten Fortschrittspartei. Nur einer gehörte bis zum

---

22 Vgl. Nipperdey, *Organisation*, S. 21.

23 Einen guten Einblick in diese Zeit gestattet das Protokollbuch des Volksvereins in Heidenheim.

24 Vgl. o. S. 331 ff.

25 Runge, S. 44 f.

26 Vgl. o. S. 333.

27 Runge (S. 68) spricht von 37 Mitgliedern. Sie richtet sich wohl nach den Angaben bei Lang (*Deutsche Partei*, S. 25 Anm.), der die 12 Stuttgarter Mitglieder nicht mit zum Landeskomitee rechnete. Aus dem Bericht der SVZ Nr. 224 v. 25. September 1866 geht aber hervor, daß auch die Stuttgarter zum Landeskomitee gehörten. Lang und auch die SVZ nennen allerdings nicht 37 Mitglieder, die außerhalb Stuttgarts wohnten, sondern 35.

28 Ermittelt nach den Akten des Nationalvereins (DZAP) und NL Hölder XXXV. Für die Mitglieder des Landeskomitees kann nur der Mindestanteil angegeben werden, da keine vollständigen Mitgliedslisten für den Nationalverein in Württemberg vorliegen. Vom geschäftsführenden Ausschuß gehörten dem Nationalverein an: Hölder, Fetzer, Notter, Kielmayer, Pfeifer, Emil Mittler. Kilian Steiner, ebenfalls ehemaliges Nationalvereinsmitglied, gehörte zwar von Anfang an zum inneren Führungskreis der Deutschen Partei, ließ sich aber nur 1867 ins Komitee kooptieren.

Krieg dem Landeskomitee der Volkspartei an<sup>29</sup>; zwei zählten vorübergehend dazu, kurz nachdem sich die Volkspartei 1864 von der Fortschrittspartei abspaltete. Im Landeskomitee waren also in erster Linie Angehörige der alten Fortschrittspartei vertreten, die sich seit der 1864 einsetzenden Spaltung aus der Politik zurückgezogen hatten. Knapp ein Viertel rekrutierte sich jedoch aus Kreisen, die vor dem Kriege rechts von den Liberal-Demokraten standen oder sich politisch völlig abstinente verhalten hatten. Zu den Konservativen, die 1866 zur Deutschen Partei stießen und ihren politischen Kurs an führender Stelle mitbestimmten, zählten auch die Pietisten Oskar Wächter und Friedrich Chevalier<sup>30</sup>. Sie waren Mitglieder des Stuttgarter Ausschusses, der zunächst damit begann, eine Bestandsaufnahme der Sympathisanten im Lande vorzunehmen und Vereinsgründungen anzuregen<sup>31</sup>.

1866 existierten lediglich drei Ortsgruppen. In Stuttgart führte man den liberal-konservativen Kreis, der sich im Februar d. J. gebildet hatte<sup>32</sup>, nun als Parteiorganisation weiter. Auch in Tübingen traten bereits vor der Parteigründung Nationalliberale und Konservative zusammen, die sich dann der neuen Partei anschlossen<sup>33</sup>. Nur der Verein in Isny, einer protestantischen Enklave im katholischen Oberamt Wangen, entstand nach der Gründung der Partei<sup>34</sup>. Allein in Stuttgart scheint sich ein kontinuierliches Vereinsleben entfaltet zu haben. Man traf sich zu wöchentlichen Versammlungen, auf denen vor allem die Redakteure des „Schwäbischen Merkurs“, Wilhelm Lang und Otto Rommel, Übersichten über das politische Geschehen gaben<sup>35</sup>.

Alle anderen Gesinnungsfreunde, die der Ausschuß um Mitarbeit bat, konnten nur von Mißerfolgen berichten, die sie bei ihren Versuchen erlitten, Ortsvereine ins Leben zu rufen<sup>36</sup>. In Heilbronn etwa forderten der Rechtsanwalt Otto und der Fabrikant Richard Rümelin durch Zeitungsannoncen zum Anschluß an die Deutsche Partei auf — es meldete sich niemand! Andere wiederum berichteten über Sympa-

<sup>29</sup> Runge, S. 68. Es war der Kupferschmied Wagner, der in beiden Parteien nur als Verlegenheitskandidat fungierte.

<sup>30</sup> Zum Einfluß der Pietisten s. S. 387 f.

<sup>31</sup> Rundschreiben des Ausschusses v. 29. August 1866, NL Hölder VIII.

<sup>32</sup> Vgl. o. S. 330.

<sup>33</sup> Schreiben Schweickhardts (ein 48er-Demokrat) v. 9. September 1866 an Max Römer. ebd. Der Verein beschränkte sich im wesentlichen auf Universitätsangehörige. Nach Egelhaafs Erinnerungen (S. 21 f.) hielt R. Römer monatlich eine Versammlung ab. Um die Lücken in dem Versammlungslokal aufzufüllen, das 60—70 Personen faßte, delegierte die Burschenschaft Normannia ihre unteren Chargen.

<sup>34</sup> Christian Ulrich Springer (1815—1893, Landtagsabgeordneter 1851—55, Fabrikant) an den Ausschuß v. 22. September 1866, ebd. Der Verein hatte 40 Mitglieder.

<sup>35</sup> Lang, Erinnerungen, H. X S. 16; regelmäßige Berichte in der SVZ. Lang sprach im Rückblick (ebd.) davon, daß Februar 1867 bereits 13 Parteiorganisationen in Städten existierten. Das können aber keine Vereine gewesen sein.

<sup>36</sup> NL Hölder VIII. Dort auch das Folgende.

**Ortsvereine von  
Volkspartei und  
Deutscher Partei  
1865—1870**



**Vereine der Volkspartei:**

- 1865—1869 gegründet
- 1870 gegründet

**Vereine der Deutschen Partei:**

- ▲ 1866—1868 gegründet
- ▲ 1870 gegründet
- P „Organisierte Partei“ (s. S. 343)

||| Oberämter mit überwiegend katholischer Bevölkerung

≡ Oberämter mit katholischem Bevölkerungsanteil zwischen 40 und 50%

thisanten, die sich aber nicht zum Eintritt in die Partei bereit erklärten. Aus zahlreichen Orten kam übereinstimmend die Nachricht, daß viele protestantische Pfarrer eine entschieden preußenfreundliche Haltung einnahmen und sich als Gesinnungsmitglieder der Deutschen Partei betrachteten, aber nicht zum formellen Beitritt zu bewegen seien. Selbst in Öhringen gelang es der Deutschen Partei nicht, an die dortigen Erfolge des Nationalvereins anzuknüpfen, obwohl Th. Tafel sie unterstützte, der die dortige Nationalvereinsagentur betreut hatte. Viele ehemalige Mitglieder des Nationalvereins, so berichtete Tafel, hatten sich ursprünglich dem Volksverein angeschlossen, traten dann aber aus und verhielten sich nun völlig reserviert: „Die Apathie ist großartig<sup>37</sup>.“

Soweit zu erkennen ist, entstanden im folgenden Jahr zwei weitere Vereine der Deutschen Partei: in Biberach und in Ulm, die beide einen Teil der Volksvereinsmitglieder zu sich herüberziehen konnten<sup>38</sup>.

Die erste große Gründungswelle setzte 1868 ein, als mindestens 13 Ortsvereine gegründet wurden<sup>39</sup>. Drei davon wirkten in überwiegend katholischen Gebieten: Ravensburg, Tettang und Wangen. Das muß allerdings nicht bedeuten, daß die Deutsche Partei nun auch verstärkt Erfolge unter der katholischen Bevölkerung erzielte. Möglicherweise schlossen sich in diesen Gebieten in erster Linie Protestanten der Partei an, wie in Biberach, wo 1870 nur drei Katholiken dem 80köpfigen Verein angehörten, obwohl das Oberamt einen katholischen Bevölkerungsanteil von 85% aufwies. Zudem überwogen in der Stadt Biberach die Protestanten.

Auch die Zahl der Vertrauensmänner, die in Gebieten ohne Vereinsorganisation für die Partei wirkten, konnte 1868 wesentlich erhöht werden. Während sich im September 1867 lediglich 35 Personen für diese Aufgabe zur Verfügung stellten, waren es ein Jahr später bereits ca. 220<sup>40</sup>.

Den Hauptanstoß zum Aufschwung der Parteiorganisation gab der Ausgang der Zollparlamentswahlen von 1868. Die Deutsche Partei er-

---

37 Schreiben v. 6. Februar 1867; vgl. seinen Brief v. 20. September 1866, ebd. S. auch G. Rümelin an Duncker v. 7. August 1866, Schultze (Hrsg.), Duncker-Briefwechsel, Nr. 553, S. 430.

38 Das gelang 1868 auch in Schorndorf; vgl. zu diesen drei Vereinen Runge, S. 71—74. In Eßlingen versuchte ein Komiteemitglied der Deutschen Partei vergeblich, Volksvereinsmitglieder abzuwerben (NL Hölder VIII). Zu Heilbronn s. Anm. 34 S. 376. Die Mitteilung von Runge (S. 124), daß die Deutsche Partei im September 1867 bereits über 10 Vereine verfügte, trifft nicht zu. Die Quelle, auf die sie sich stützt, bezog auch Kleingruppen ein, die man als „organisierte Partei“ bezeichnete (vgl. dazu u. S. 343). So fanden z. B. in Urach monatliche Versammlungen statt, ohne daß die Parteimitglieder aber einen Verein konstituierten.

39 Cannstatt, Böblingen, Brackenheim, Friedrichshafen (OA Tettang), Geislingen, Hall, Heilbronn, Nagold, Öhringen, Ravensburg, Reutlingen, Schorndorf und Wangen (NL Hölder VIII—XIII, XVI).

40 Ebd. IX, 2; XI.

hielt ca. 45 000 der abgegebenen ca. 200 000 Stimmen, konnte aber keinen Kandidaten durchsetzen. Doch angesichts des dürftigen Organisationsgrades der Partei und des starken antipreußischen Ressentiments in der Bevölkerung ist dieses Ergebnis keineswegs als ein eklatanter Mißerfolg anzusehen, wie es in der Literatur durchweg geschieht<sup>41</sup>. Der Partei vermittelten diese Wahlen im Gegenteil erstmals ein Erfolgserlebnis. Man sah nun, daß der Kreis der Sympathisanten wesentlich größer war, als die geringe Zahl der eigenen Parteimitglieder und vor allem die großen Agitationskampagnen der Volkspartei<sup>42</sup> vermuten ließen. Die Wahlvorbereitungen gaben den Parteimitgliedern im Lande eine günstige Gelegenheit, den unorganisierten Gesinnungsfreunden ein konkretes, kurzfristiges Ziel vor Augen zu stellen, sie zu mobilisieren und zur Mitarbeit zumindest in Form von Unterschriften unter Wähleranzeigen zu bewegen. Zeitungsanzeigen, in denen sich Parteimitglieder und politisch ungebundene Männer für einen bestimmten Kandidaten aussprachen, waren die Regel. Das Stuttgarter Landeswahlkomitee, zu dem sich der geschäftsführende Ausschuß erweiterte, unterstützte diese Maßnahmen tatkräftig durch Versand von Informationsmaterial und Beteiligung an Volksversammlungen<sup>43</sup>.

Die Sympathisanten konnten nach den Wahlen zum Teil als Parteimitglieder gewonnen werden. Als das Landeskomitee in einem Aufruf: „An die Mitglieder und Freunde der Deutschen Partei“ konstatierte: „Mehr als unsere bisherige Organisation hat die Wahlbewegung selbst Anhänger für uns geworben“<sup>44</sup>, war das keine Floskel. Das Komitee erkannte die Möglichkeit, das Wahlengagement von Sympathisanten und Gesinnungsmitgliedern in formelle Parteimitgliedschaft zu überführen, und stimulierte die Ortsgruppen zu verstärkter Aktivität<sup>45</sup>. Fast alle der 1868 gegründeten Vereine scheinen erst nach den Zollparlamentswahlen entstanden zu sein. Ältere Vereine konnten ihre Mitgliederzahl erhöhen. So vergrößerte sich die Ravensburger Ortsgruppe, die sich wohl kurz vor den Wahlen konsti-

---

41 S. vor allem Schübelin (S. 87 ff.) und als neueste Arbeit, die aber zu den Zollparlamentswahlen nichts Neues gegenüber Schübelin bringt: Weinmann, S. 85—95. Vgl. auch Rapp, Nationale Frage, S. 284 ff.; Naujoks, Württ. im diplomatischen Kräftespiel. Letzter spricht von einem „katastrophalen Wahlausgang“ (S. 229). Hinsichtlich der Mandatszahlen trifft diese Charakterisierung gewiß zu, nicht aber hinsichtlich der Stimmzahlen. Angesichts der Erwartungen war das Ergebnis allerdings ernüchternd. Man rechnete mit 4 Mandaten; Hölder an Oetker v. 13. Februar, Heyderhoff, Sturmjahre I, Nr. 318; Duncker an Reyscher v. 15. März 1868, Grube, Einheitsbewegung, S. 354.

42 Im Januar 1867 erbrachte eine Kampagne der Volkspartei gegen die geplante Militärrreform binnen 14 Tagen ca. 27 000 Unterschriften (Runge, S. 137; Rapp, Nationale Frage, S. 263). Ende 1866 erhielt eine Petition zum gleichen Sachverhalt ca. 8000 Unterschriften (Runge, S. 131).

43 S. das Material im NL Hölder IX, 3. Zum Landeswahlkomitee: Rundschreiben dieses Komitees v. 7. Februar 1868, NL Reyscher.

44 2. April 1868, NL Reyscher; vgl. Rapp, Nationale Frage, S. 287 f.

45 Vgl. das Rundschreiben v. April 1868, NL Hölder XI.

tuierte, von 34 auf 78 Mitglieder. Dieser Verein gab sich nun erstmals eine festere Organisation, indem er einen Vorstand wählte und Beiträge erhob<sup>46</sup>. Daß dies erst jetzt geschah, deutet an, wie formlos es selbst noch in Vereinen zuzuging, die nach ihrer Mitgliederzahl zu den größeren zählten.

Die Zollparlamentswahlen hatten, wie Julius Weizsäcker konstatierte, die Deutsche Partei in der Tat „erst auf die Beine gebracht“<sup>47</sup>.

Die Welle von Vereinsgründungen nach den Wahlen konnte allerdings nicht voll stabilisiert werden. Nach einer Abrechnung für das Jahr 1868 zahlten nur 9 Vereine Beiträge<sup>48</sup>. Zwei von ihnen: Böblingen und Brackenheim, existierten 1870 nur noch als „organisierte Partei“. Darunter verstand man Kleingruppen, die sich in unregelmäßigen Abständen trafen und mit dem Stuttgarter Ausschuß in Verbindung standen. Die Demokraten kannten diese schwach organisierte Vorform von Ortsvereinen nicht. Die „organisierten Parteien“ benannten wie die regulären Ortsgruppen Vertrauensmänner und z. T. auch Geschäftsführer. Letztere gab es in der demokratischen Organisation ebenfalls nicht. Der Stuttgarter Ausschuß der Deutschen Partei regte im Oktober 1868 an, in jedem Oberamt mindestens einen Geschäftsführer zu bestellen, der die Verbindung zum Landeskomitee wahren und für die Gründung von Vereinen sorgen sollte. Sie waren von den Parteimitgliedern des jeweiligen Bezirks zu wählen oder hilfsweise vom Landeskomitee einzusetzen. Neben den Geschäftsführern stand der breitere Kreis von Vertrauensmännern, die auf Landes- oder Gauversammlungen die einzelnen Vereine vertraten<sup>49</sup>. In der Praxis entwickelte sich aber keine klare Trennung der Funktionen von Geschäftsführern und Vertrauensleuten. Auch der schriftliche Verkehr mit dem Landeskomitee war nicht zwischen ihnen aufgeteilt.

Die größte Zahl von Vereinsgründungen verzeichneten die Deutsche Partei und die Volkspartei 1870, als diese von Januar bis März gegen das geplante Kriegsdienstgesetz eine mächtige Agitationskampagne entfachte, in der sie fast 150 000 Stimmen sammelte. Das entspreche etwa drei Viertel der abgegebenen Stimmen in den letzten Wahlen<sup>50</sup>. Bei diesem Protest gegen die Anpassung des württembergischen Wehrsystems an das preußische<sup>51</sup> aktivierte die Volkspartei auch viele Bürger, die mit der Politik der Demokraten ansonsten nicht übereinstimmten. Doch von dieser Mobilisierung breiter parteilich ungebundener Bevölkerungskreise profitierte nicht nur die Volkspar-

46 Schreiben P. Wezlers v. 2. April 1868, NL Hölder X.

47 Brief v. 7. Mai 1868, Heyderhoff, Sturmjahre I, Nr. 331.

48 Öhringen, Wangen, Geislingen, Reutlingen, Hall, Böblingen, Brackenheim, Tübingen, Heilbronn; Abrechnung v. 7. Januar 1869, NL Hölder XII.

49 Rundschreiben „An die Geschäftsführer und Vertrauensmänner der Deutschen Partei“ des geschäftsführenden Ausschusses v. 2. Oktober 1868, NL Reyscher.

50 Vgl. Runge, S. 139; Rapp, Nationale Frage, S. 341.

51 Vgl. dazu Sauer, Württ. Heer, S. 212 ff.

tei, sondern auch die Deutsche Partei. Denn auch deren Sympathisanten zeigten sich nunmehr in verstärktem Maße bereit, sich organisatorisch zusammenzuschließen, um der Agitation der Demokraten wirksamer entgegenzutreten zu können. Bis Anfang Juni 1870 bildeten sich 31 Vereine. Die Deutsche Partei verfügte nun in 39 der 70 württembergischen Wahlkreise über lokale Organisationen<sup>52</sup>. Hinzu kamen in 11 Oberämtern „organisierte Parteien“. Die Volkspartei, die 1870 in etwa 43 Wahlkreisen Ortsvereine besaß<sup>53</sup>, war zwar noch stärker organisiert als die Deutsche Partei, doch hinsichtlich der Zahl der Ortsvereine hatte sich der Abstand erheblich verringert. Die demokratischen Vereine wiesen jedoch immer noch wesentlich größere Mitgliederquoten auf: ca. 3600—4000 gegenüber ca. 2200 der Deutschen Partei<sup>54</sup>.

Die Liberal-Konservativen besaßen in Stuttgart ihren größten Verein mit 270 Mitgliedern, der die mitgliederstärksten Volksvereine (Stuttgart, Heilbronn und Gerabronn) noch übertraf (ca. 160—190)<sup>55</sup>. Dann folgte die liberal-konservative Ortsgruppe in Ulm mit 190 Mitgliedern. In Ulm fand die Deutsche Partei, wie erwähnt, starke Unterstützung bei den Deutsch-Katholiken, die im Januar 1867 für eine Parteiversammlung sogar ihre Kirche als Tagungsort zur Verfügung stellten<sup>56</sup>.

Eine breite Mittelgruppe von Vereinen wies 60—100 Mitglieder auf; der kleinste Verein (Künzelsau) 14.

Der Einfluß der Ortsgruppen und ihre Aktivität lassen sich aber nicht einfach an der Mitgliederstärke ablesen. So konnte die Ludwigsburger Organisation, die nur 50 Angehörige zählte, 1870 eine Wochenschrift herausgeben<sup>57</sup>. Abgesehen von Volksversammlungen war das die einzige Möglichkeit, diejenigen Bevölkerungskreise anzusprechen, die nicht das zentrale Parteiorgan lasen.

Der formale Aufbau der Ortsvereine unterschied sich in beiden Parteien nicht. Beide planten, die Ortsgruppen jedes Oberamts einem Bezirksverein zuzuordnen, um die Organisation zu straffen und strenger zu gliedern. Dazu kam es in der Praxis aber nicht, da mehrere Vereine in einem Oberamt Ausnahmen blieben. Der Turnus von Vereinsver-

---

52 Vgl. die Karte auf S. 340. In der Regel hatten die Vereine ihren Sitz in der Oberamtsstadt. Ausnahmen bildeten die Oberämter Wangen (Zweigverein in Isny), Tettmang (Verein in Friedrichshafen), Riedlingen (Vereine in Buchau und Kappel), Geislingen (Zweigverein in Kuchen), Reutlingen (Zweigverein in Pfullingen), Gerabronn (Vereine in Schrozberg und Langenburg), NL Hölder VI. Am 22. Juni 1870 hatten bereits 34 Vereine Beiträge an die Landeskasse abgeführt, NL Hölder XIII.

53 Runge, S. 76.

54 Nur für 4 Vereine der Deutschen Partei von 1870 sind die Mitgliederzahlen nicht bekannt: Pfullingen, Weinsberg, Freudenstadt und Neckarsulm, NL Hölder XIII. Danach auch das Folgende.

55 Runge, S. 85.

56 Tagebuch Notter, Eintrag v. 20. Januar 1867.

57 Vgl. u. S. 351.

sammlungen war nicht einheitlich geregelt. Die aktivsten Vereine trafen sich wöchentlich, andere nur im Bedarfsfall. Die Ludwigsburger Ortsgruppe der Deutschen Partei etwa versammelte sich nur alle drei Monate<sup>58</sup>. Jeder Verein wählte in der Regel jährlich einmal einen Ausschuß, der aus dem Vorstand, einem Kassierer und mitunter einem Schriftführer bestand. Manche Vereine bildeten auch ein größeres Vorstandskollegium. Eine nennenswerte Fluktuation scheint es in den lokalen Führungskreisen nicht gegeben zu haben. Dazu war das Reservoir derer, die sich zur kontinuierlichen Parteiarbeit bereit fanden, zu gering<sup>59</sup>. Von Konflikten innerhalb der Vereine sowie zwischen diesen und dem Landeskomitee ist nichts bekannt. Eine ernsthafte Erprobung der innerparteilichen Stabilität hätte sich für beide Parteien erst nach der Reichsgründung ergeben. Denn vorher reichte die einseitige Fixierung auf die nationalpolitische Konzeption als Minimalkonsens aus, um alle innenpolitischen Divergenzen zu überdecken. Das traf vor allem für die Deutsche Partei zu. Nach der Reichsgründung zerfiel die liberal-konservative Organisation noch rascher als die demokratische, denn mit der Konstituierung des deutschen Nationalstaats hatte die nationalliberal-konservative Koalition ihr Ziel erreicht. Da auch die Organisation der Volkspartei auf einen kleinen festen Kern zusammenschmolz, entfiel auch für sie zunächst der Zwang, einen größeren Mitgliederkreis dauerhaft integrieren zu müssen.

58 § 11 der Statuten, NL Hölder XII.

59 Vgl. auch Runge, S. 85.

## 2. Landeskomitee

Die Landeskomitees waren in beiden Parteien die formellen Führungsgremien<sup>1</sup>. Sie wurden von der Landesversammlung jährlich gewählt<sup>2</sup> und bestimmten von sich aus den Vorstand (bei der Deutschen Partei zusätzlich einen Stellvertreter), ein bis zwei Schriftführer und einen Kassierer. Die Demokraten nahmen die Wahl schriftlich und geheim vor. In der Deutschen Partei hingegen akklamierte man 1867 das erste Komitee und ließ auch später briefliche, also offene Wahl zu<sup>3</sup>.

1 Die Angaben der Volkspartei nach Runge, Kap. IV, 3a. Zur Deutschen Partei nach dem NL Hölder und SVZ.

2 1868 hielt die Deutsche Partei nur Vertrauensmännerversammlungen ab. Diese haben entweder das Landeskomitee von 1867 im Amt bestätigt, oder man ließ es einfach weiteramtieren. Ansonsten wurde jährlich auf einer Landesversammlung gewählt, wengleich die Deutsche Partei die Neuwahl nur „von Zeit zu Zeit“ (Zusammenstellung von Parteibeschlüssen, Februar 1869, NL Hölder XIII) bzw. „periodisch“ vorschrieb („Landesversammlung Stuttgart, 1870“, S. 32). 1870 plante das demokratische Landeskomitee, was Runge nicht vermerkt, seinen Bestellungsmodus zu ändern. Es sollte sich künftig aus den Delegierten der Bezirksvereine zusammensetzen, Beob. Nr. 55 v. 8. März 1870. Einen entsprechenden Antrag wollte man der nächsten Landesversammlung vorlegen. Dazu kam es infolge des organisatorischen Verfalls der Volkspartei seit dem deutsch-französischen Krieg nicht.

3 Rundschreiben an Landeskomiteemitglieder, gez. Hölder, v. 1. Oktober 1867, Hölder NL IX, 3.

Die Abstimmungen waren zwar in erster Linie persönlichkeitsbezogen<sup>4</sup>, doch man achtete in beiden Parteien darauf, daß sich kein Verein und kein Bezirk übergangen fühlte. Das amtierende Komitee stellte für die Neuwahlen Vorschlagslisten zusammen, wobei die Vereine ein Vorschlagsrecht besaßen, von dem sie aber nur selten Gebrauch machten. Kampfabstimmungen gab es in der Deutschen Partei nie. Man wählte stets alle vorgeschlagenen Kandidaten. Das war möglich, weil man die maximale Mitgliederzahl des Landeskomitees nicht festlegte. Sie schwankte zwischen 30 und 59 Personen. Erst die Landesversammlung von 1870 begrenzte diese Zahl auf 30<sup>5</sup>, ohne aber das Kooptationsrecht zu beschneiden, das beide Parteien ihren Landeskomitees zugestanden. Die demokratischen Landesversammlungen hatten hingegen die Möglichkeit, unter den Kandidaten auszuwählen, da die Vorschlagsliste fast immer mehr Namen enthielt als Komiteemitglieder gewählt wurden<sup>6</sup>. Obgleich die Mitgliederzahlen der Landeskomitees schwankten, bildete sich ein breiter fester Kern, den man stets wiederwählte.

Beide Parteien bestimmten die Aufgaben und Kompetenzen der Landeskomitees nicht präzise. Eindeutig festgelegt war nur, daß den Komitees der Verkehr mit Parteien anderer deutscher Länder oblag<sup>7</sup>. Die eigentliche Führungsinstanz bildete bei Demokraten und Liberal-Konservativen der geschäftsführende Ausschuß des Landeskomitees, der sich aus den Stuttgarter Mitgliedern zusammensetzte<sup>8</sup>. Das Gesamtkomitee war für Führungsaufgaben zu groß und zu schwerfällig. Nur die Stuttgarter Mitglieder konnten sich bei Bedarf schnell besprechen und auf eine gemeinsame Linie einigen. Zudem fanden Versammlungen des gesamten Landeskomitees lediglich in weiten, unregelmäßigen Abständen statt. Nur vor Wahlen trat es häufiger zusammen.

Die Stuttgarter Führungszirkel, die in beiden Parteien ca. ein Drittel der Mitglieder des Gesamtkomitees ausmachten, wiesen fast keine personelle Fluktuation auf. Zu Auseinandersetzungen und Kampfabstimmungen innerhalb des geschäftsführenden Ausschusses kam es kaum. Bei den Demokraten löste nur die Frage, ob man die Zollparlamentswahlen boykottieren sollte, eine ernsthafte Kontroverse aus. Obwohl die Mehrheit des Ausschusses und einer Landesversammlung

---

4 So Runge (S. 94) für die Volkspartei.

5 „Landesversammlung Stuttgart 1870“, S. 32.

6 Protokolle des Landesausschusses, NL Haußmann-StAS. Die Zahl der Mitglieder des demokratischen Landeskomitees erhöhte man von 1864 bis 1870 von 24 auf 54. Die Zahlen für die Deutsche Partei: 1866: 37, 1867: 59, 1869: 34, 1870: 37.

7 Vgl. dazu Kap. D II, 6.

8 Lediglich 1867 gehörten 4 Stuttgarter Parteimitglieder dem Landeskomitee, nicht aber dem Ausschuß an. Im folgenden Jahr wurden auch sie in diesen aufgenommen.

die Wahlenthaltung empfahl, setzten sich die Befürworter einer Teilnahme durch. Die Ortsvereine stellten in diesem Falle die Führungsgremien vor vollendete Tatsachen, denen sich diese beugten<sup>9</sup>. In der Deutschen Partei gab es, soweit erkennbar, nur in den ersten beiden Jahren Unstimmigkeiten, als sich Liberal-Demokraten und Konservative über Fragen der Landespolitik nicht einigen konnten<sup>10</sup>. Da sich die Hauptkontrahenten: der 48er-Demokrat Fetzner und der konservative Pietist Wächter, vorübergehend aus dem Landeskomitee bzw. aus dem engeren Ausschuß, nicht aber aus der Partei zurückzogen, wurde die Kontroverse schnell beigelegt.

Den Vorsitz des engeren Führungsgremiums hatte in der Deutschen Partei stets Hölder inne. In der Volkspartei bekleideten diese Position 1864—67 Osterlen, 1868/69 Carl Mayer und 1870 Wolbach<sup>11</sup>.

Die Führungsaufgabe des engeren Ausschusses war in der Deutschen Partei noch ausgeprägter als in der Volkspartei. Die Demokraten besaßen im „Beobachter“ ein zweites Führungszentrum, dessen Stellungnahmen die Parteimeinung in starkem Maße präformierten und vom Landeskomitee oder dem engeren Ausschuß nur noch unter Schwierigkeiten revidiert werden konnten. Das liberal-konservative Organ erreichte diese Position nie. Denn während wohl fast alle organisierten Demokraten den „Beobachter“ lasen, traf dies für die „Schwäbische Volkszeitung“ nicht zu<sup>12</sup>. Zudem stand mit Carl Mayer der einflußreichste und bekannteste Demokrat an der Spitze des Parteiorgans, während das Blatt der Deutschen Partei stets von unbekanntem Redakteuren geleitet wurde.

Die starke Position der Führungszirkel beider Parteien ergab sich zwangsläufig aus dem Organisationsgefüge. Die Ortsvereine beschränkten sich im wesentlichen auf ihren lokalen Bereich. Sie hatten keine Möglichkeit, zwischen den Landesversammlungen die Parteiführung zu kontrollieren. Dazu bestand aber auch kein subjektives Bedürfnis, denn die nationalpolitischen Konzeptionen, die alle anderen politischen Fragen überdeckten, fanden einhellige Zustimmung. Der Konsens zwischen den Parteimitgliedern im Lande und den Stuttgarter Führungskreisen wurde kaum je gestört. Ein Wunsch nach stärkerer Kontrollmöglichkeit kam deshalb nicht auf. Die Ortsvereine verlangten im Gegenteil nach Führung und Entscheidungshilfen, etwa bei der Nominierung von Abgeordneten kandidaten. Beide Parteien wären ohne das Engagement der kleinen Führungsgruppen nicht handlungsfähig gewesen.

---

9 Runge, S. 99 f.; Rapp, Nationale Frage, S. 269 f. S. auch die „Protokolle“ (Anm. 6).

10 Vgl. u. S. 386.

11 Gustav Wolbach (1826—?), Rechtsanwalt und Landtagsabgeordneter 1864—68, 69/70.

12 Vgl. D II, 4.

### 3. Landes- und Vertrauensmännerversammlungen

Die Volkspartei hielt seit 1866 regelmäßig am 6. Januar in Stuttgart eine Landesversammlung ab<sup>1</sup>. Daneben gab es außerordentliche Versammlungen. Die Deutsche Partei hingegen konnte ihre erste ordentliche Landesversammlung nicht vor dem September 1867 einberufen<sup>2</sup>. Die Liberal-Konservativen überließen es dem Landeskomitee, den Zeitpunkt für die Abhaltung dieser Parteitage und den Tagungsort festzulegen. Es war nicht einmal der jährliche Rhythmus vorgeschrieben, wengleich er in der Praxis eingehalten wurde. Nur 1868 berief man statt einer Landesversammlung die Vertrauensmänner vor den Zollparlaments- und den Landtagswahlen ein. Diese Institution der Vertrauensmännerversammlung, die es in der Volkspartei nicht gab, konnte satzungsgemäß an die Stelle von allgemeinen Parteitagungen treten<sup>3</sup>. Außer den Vertrauensmännern durften an diesen Versammlungen, die im Gegensatz zu den Parteitagungen vertraulich waren, noch die Abgeordneten teilnehmen, soweit sie der Partei, aber nicht dem Landeskomitee angehörten, ferner die Redakteure der Parteiblätter sowie „andere Parteigenossen, welche eine hervorragende Stellung einnehmen“. Letztere mußten aber vom Landeskomitee speziell eingeladen werden, während zu den Landesversammlungen beide Parteien allen Mitgliedern den Zutritt gestatteten. Es existierte für die Parteitage weder ein Delegationssystem noch ein Stimmschlüssel für die Abstimmungen. Die Volkspartei sorgte aber dafür, daß die Stuttgarter Mitglieder nur eine begrenzte Stimmzahl erhielten, so daß die übrigen Vereine nicht majorisiert werden konnten. Die Liberal-Konservativen sahen eine ähnliche Regelung als Möglichkeit vor. Man stellte aber ausdrücklich fest, daß sich nähere Bestimmungen noch nicht als notwendig erwiesen hätten<sup>4</sup>. In der Praxis konnte jedes Mitglied, das sich durch seine Beitragsquittung auswies, auf den Landesversammlungen abstimmen.

Die Teilnehmerzahlen schwankten stark: bei der Volkspartei zwischen 200 und 500—600; die Liberal-Konservativen konnten 1867 ca. 300 und im April 1870 ca. 1400 Parteimitglieder und Sympathisanten versammeln, unter denen sich aber viele befanden, die nicht formell der Partei angehörten<sup>5</sup>.

Die Landes- bzw. die Vertrauensmännerversammlungen bildeten die oberste Entscheidungsinstanz, die satzungsgemäß vor allem für Programmfragen zuständig war, aber auch Einzelfragen, wie die Bei-

1 Zur Volkspartei s. die Angaben bei Runge, Kap. IV, 3b.

2 Chronik Nr. 232 III v. 29. September 1867.

3 „Landesversammlung Stuttgart 1870“, S. 32. Dort auch das Folgende.

4 Rundschreiben des Ausschusses v. 2. Oktober 1868, NL Reyscher. 1869 wurde selbst dieser Passus aus den Statuten gestrichen: Satzungen der Deutschen Partei, beschlossen von der Landesversammlung zu Geislingen am 28. Februar 1869, NL Hölder III, abgedruckt in „Landesversammlung“ (Anm. 3), S. 31 f.

5 Anm. 2 (1867), und 3 (1870).

tragshöhe<sup>6</sup>, festzulegen hatte. Ein echtes Entscheidungsgremium wurden diese Versammlungen bei der Deutschen Partei jedoch nie. Sie akzeptierten stets die vom engeren Landeskomitee formulierten Anträge. Auch bei den Demokraten mußte, wie erwähnt, nur einmal eine Landesversammlung zwischen rivalisierenden Gruppen innerhalb des Landeskomitees entscheiden.

Von den Landesversammlungen gingen im Regelfall keine Initiativen aus, noch dienten sie der Klärung innerparteilicher Divergenzen. Sie legitimierten vielmehr Entscheidungen, die von der Parteiführung bereits getroffen waren. Ihr Hauptzweck bestand in der Praxis darin, vor Agitationskampagnen oder vor Wahlen die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu erregen, die Parteimitglieder aufzurütteln, die Delegierten der Ortsvereine, die meist keine Kontakte untereinander unterhielten, zusammenzuführen und den Mitgliedern das Gefühl zu vermitteln, einer großen Bewegung anzugehören sowie deren politischen Kurs mitzubestimmen.

---

6 In der Volkspartei war der Beitrag nicht normiert (Runge, S. 97). Der Heidenheimer Volksverein erhob z. B. einen Monatsbeitrag von 12 Kronen (§ 7 der Statuten; StAL F 172, Bü 86). Die Deutsche Partei legte einen Jahresbeitrag von einem Gulden fest, von dem die Ortsvereine die Hälfte an die Landeskasse abführen mußten. Grundsätzlich sollten die Mitglieder aber eine „Selbstbesteuerung“ nach eigenem Ermessen vornehmen. Dieses System der Selbsteinschätzung funktionierte bei der Deutschen Partei recht gut, denn solche Einzelbeiträge überstiegen die Gelder, die die Ortsvereine abliefern. 1868 gingen von allen Vereinen (außer dem Stuttgarter) 257 Gulden ein, während der höchste Einzelbeitrag 200 Gulden betrug: von Fürst Hermann zu Hohenlohe-Langenburg. Die übrigen Einzelbeiträge lagen unter 50 Gulden (Abrechnung vom 7. Januar 1869, NL Hölder XII).

#### 4. Die Parteipresse

Das Parteiorgan der Demokraten, der „Beobachter“, besaß, so wurde mehrfach erwähnt, einen weit größeren Einfluß als das liberal-konservative Parteiblatt. Der „Beobachter“ bildete das Hauptkommunikationsmittel zwischen den Ortsvereinen und der Stuttgarter Parteiführung, während die Deutsche Partei diese Verbindung stärker durch Rundschreiben u. ä. herstellen mußte.

Bald nachdem Mayer 1864 ein Viertel des Eigentums am „Beobachter“ übernommen hatte, ging er in den Besitz eines Konsortiums von fünf Parteimitgliedern über<sup>1</sup>. 1868 übernahmen Mayer und Haußmann ihn allein. Als sich Mayer 1871 aus der Redaktion zurückzog, überführte man den „Beobachter“ in eine Aktiengesellschaft, an der 300 Parteimitglieder Aktien von je 100 Gulden hielten<sup>2</sup>.

Die Entwicklung der Auflagenhöhe des „Beobachters“ spiegelt in etwa die Entwicklung der demokratischen Bewegung wider. 1848 hatte er eine Auflage von 3000 Stück. Von 1850 bis 1858 sank dann

---

1 Mayer, Haußmann, Osterlen, Tafel und ein unbekannter Fünfter; vgl. Runge, S. 91.

2 103 Stuttgarter und 197 Mitglieder vom Lande, „Kosten des Beobachters“ NL Haußmann-StAS.

die Auflage von ca. 2000 auf 1300 Exemplare<sup>3</sup>. Bis Mitte 1862 stieg diese Quote wieder auf ca. 2100. Die Spaltung der Fortschrittspartei verurteilte offensichtlich ein Teil der Leser, denn die Auflage sank 1864 auf ca. 1000. Erst als sich die Volkspartei 1865 zu konsolidieren begann, fand der „Beobachter“ erneut einen größeren Leserkreis. 1865 konnte er bereits mit 1700 Stück aufgelegt werden. Von 1866 bis Mai 1870 stieg dann die Abonnentenzahl — die Zeitungen wurden nur im Abonnement vertrieben — kontinuierlich auf ca. 3600. Das entsprach ungefähr der Zahl der Parteimitglieder. Den Meinungsumschwung in den Kriegsmonaten bekam dann auch das demokratische Organ drastisch zu spüren. Es mußte seine Auflage auf 1700 reduzieren. Bis Ende des folgenden Jahrzehnts sank sie weiter bis auf 1000 Stück. Erst dann begann langsam eine Aufwärtsentwicklung.

Die „Schwäbische Zeitung“, ab September 1865 die „Schwäbische Volkszeitung“<sup>4</sup>, konnte mit dem „Beobachter“ weder an Bedeutung noch hinsichtlich der Leserschaft konkurrieren. Die liberalen Blätter erschienen 1865 mit einer Auflage von ca. 1000 Stück<sup>5</sup>, die bis Ende 1866 wohl auf ca. 600 sank<sup>6</sup>. Der Aufschwung der Partei seit 1867 kam auch ihrem Organ zugute, das 1869 in knapp 1500 Exemplaren gedruckt wurde<sup>7</sup>.

Die „Schwäbische Volkszeitung“ blieb stets ein Zuschußbetrieb mit hohem Defizit. Sie befand sich seit 1866 im Besitz von drei finanzkräftigen Parteimitgliedern: dem Bankier Eduard Pfeiffer, dem Großkaufmann Gustav Müller und dem Fabrikanten Gustav Siegle. Sie brachten jährlich 5000—6000 Gulden auf, um das Defizit zu decken<sup>8</sup>. 1869 lehnten sie es jedoch ab, die Zeitung weiter zu erhalten. Da aber die „Erhaltung eines eigenen Parteiorgans [...] nahezu eine Lebensfrage“<sup>9</sup> für jede Partei war, rief der geschäftsführende Ausschuß zu einer Spendenaktion auf. Ihr Erfolg sicherte den Bestand der Zeitung auch für das folgende Jahr<sup>10</sup>. Als nach der Reichsgründung die Orga-

3 Alle Zahlen nach: Deutscher Zeitungskatalog für 1848, 1850, 1853, 1856, 1861, 1865; Beob. Nr. 99 v. 30. April 1862, Anm. 2; Runge (S. 92) nennt nur einige Werte für die 1860er Jahre. Der „Merkur“ erschien 1851 mit einer Auflage von 9000 Stück, Seubert, Württemberg, 1855, S. 12.

4 Zu den Anfängen dieser Zeitungen s. o. S. 324 ff.

5 SZ Nr. 25 v. 31. Januar 1865. Der Deutsche Zeitungskatalog für 1865 verzeichnete eine Auflage von 1200.

6 Die genaue Auflagenhöhe ist nicht festzustellen. Der Remstal-Bote Nr. 189 v. 5. Oktober 1866 sprach von 600 Exemplaren. Der von Runge (S. 92 Anm. 60) angeführte Beleg (HSTAS E 14 Bü 1182) bezieht sich auf ein „Schwäbisches Volksblatt“. Nach einer Mitteilung von Hermann Reuchlin an Hermann Baumgarten (Brief v. 26. Mai 1866, NL Baumgarten Nr. 20) hatte die SVZ 1866 ca. 2000 Abonnenten. Diese Zahl scheint stark überhöht zu sein.

7 NL Hölzer XXXIV. Im Juni 1870 waren es ca. 1620.

8 Das Folgende nach ebd. VIII, XII, XV, XXXIV.

9 Vertrauliches Rundschreiben Hölzers v. 29. März 1869, ebd. XII.

10 Man teilte den Spendern für jede 400-Gulden-Spende einen Sitz im neu geschaffenen Redaktionsbeirat zu, der aber nie in Erscheinung trat. Wenn kleinere Beiträge einliefen, was die Regel war, so sollten sich mehrere Geldgeber auf einen Vertreter im Beirat einigen. Fürst Hohenlohe-Langenburg spendete einen vollen 400-Gulden-Anteil.

nisation der Deutschen Partei verfiel, verloren die verbliebenen Mitglieder das Interesse an ihrem Organ. Der Buchhändler und Verleger Karl Kirm versuchte zwar, der Partei das Blatt seit Januar 1872 unter dem Titel „Stuttgarter Zeitung“ zu erhalten, doch Ende d. J. wurde die Zeitung endgültig eingestellt. Die Deutsche Partei blieb nun, im Gegensatz zur Volkspartei, ohne ein zentrales Organ. Einen gewissen Ersatz bildete die „Schwäbische Chronik“, deren Redakteure stark in der Partei engagiert waren und deren Mitinhaber, Otto Elben, zum engeren Führungskreis gehörte. Elben lehnte es aber ab, sich ins Parteikomitee wählen zu lassen<sup>11</sup>.

Die liberalen Blätter litten stets unter der Schwierigkeit, ungewollt mit der „Schwäbischen Chronik“ konkurrieren zu müssen, die liberale Tendenzen vertrat, ohne ein ausgesprochenes Parteiblatt zu sein. Da aber die „Chronik“ und der „Schwäbische Merkur“, die zusammen erschienen, von allen württembergischen Zeitungen die umfangreichsten Informationen über württembergische und außerwürttembergische Angelegenheiten boten, konnten die liberalen Parteiorgane sich nie auf Dauer neben „Chronik-Merkur“ behaupten. Die Parteiblätter der Liberalen waren stets als Gegenstück zum demokratischen „Beobachter“ konzipiert, der fast täglich Leitartikel brachte, gerieten jedoch zwangsläufig, aber unbeabsichtigt immer in Konkurrenz zur renommiertesten württembergischen Zeitung. Diese konnte ihrerseits nicht mit dem „Beobachter“ als Kampf- und Meinungsblatt konkurrieren. Deshalb bestand immer, wenn sich Liberale und Demokraten trennten, das Bedürfnis nach einem dezidierten liberalen Parteiorgan, das aber stets im Schatten der „Chronik“ stand, die ihre Leser im gesamten Bürgertum hatte und dementsprechend zurückhaltend im Ton war.

Lokale Parteiblätter existierten nur in geringer Zahl. Zu nennen sind vor allem der demokratische „Hohenstaufen“ in Göppingen und das liberal-konservative Friedrichshafener „Seeblatt“<sup>12</sup>. Von größtem Einfluß dürfte der pietistische „Landbote“ gewesen sein, den 1868—71 das Mitglied des engeren Führungskreises der Deutschen Partei, Oskar Wächter, herausgab<sup>13</sup>. 1870/71 ließen die Liberal-Konservativen zudem „Sonntagsblätter“ und der Ludwigshafener Ortsverein ein Wochenblatt erscheinen, die in populärem Ton vor allem „die Masse des Volks“ ansprechen wollten<sup>14</sup>.

11 1870 wurde er zwar ins Landeskomitee gewählt, lehnte aber wegen Arbeitsüberlastung ab (Schreiben ans Komitee v. 27. August 1870, NL Hölder XII).

12 Der „Hohenstaufen“ ist ab 1868 im Archiv des Geschichts- und Altertumsvereins Göppingen, das „Seeblatt“ ab 1863 bei der „Schwäbischen Zeitung“ in Friedrichshafen vorhanden.

13 Vgl. Schott, 1877, S. 101.

14 Rundschreiben des Landeskomitees v. 24. Mai 1870, NL Hölder XIII. Beide Blätter sind nur noch in wenigen Exemplaren im Hölder-NL vorhanden. Titel des Ludwigsbürger Blatts: Mitteilungen der „Deutschen Partei“ in Ludwigsburg an ihre Freunde und Gesinnungsgenossen in Stadt und Land. Zur Zeit der Landtagswahlen v. Dezember 1870 und der ersten Reichstagswahlen gab die Deutsche Partei den „Wähler“ heraus. Einige Exemplare im NL Hölder.

Die Bedeutung der Parteizeitungen kann nicht einfach an ihren Auflagenzahlen bemessen werden, die im Vergleich zu parteipolitisch ungebundenen oder weniger gebundenen Blättern gering war. So erschien der „Schwäbische Merkur“ 1866 in 12 000 Exemplaren; die „Stuttgarter Neue Bürgerzeitung“ hatte in den 1870er Jahren eine Auflage von 4000 Stück, der politisch gänzlich unprofilierte Oberndorfer „Schwarzwälder Bote“ von 22 000<sup>15</sup>. Das zentrale Parteiorgan bot den Demokraten das einzige wirksame Mittel, eine permanente und schnelle Kommunikation zwischen ihren Führungsgremien und den Mitgliedern herzustellen. Das liberal-konservative Organ erleichterte zumindest diese Aufgabe. Angesichts des noch grobmaschigen Organisationsgefüges schlossen die Parteiblätter somit eine empfindliche Lücke<sup>16</sup>. Dem „Beobachter“ kam zudem eine besondere Bedeutung zu, da er das Organ des bestorganisierten demokratischen Landesverbandes in Deutschland war. Selbst Karl Marx zollte ihm seinen grimmigen Respekt, denn „so klein sein [Mayers] Saublättchen, ist es doch das populäre Orakel aller Föderalisten in Deutschland und wird auch im Ausland gelesen“<sup>17</sup>.

---

15 Schott, 1877, S. 125 f.; Denk, Denkschrift über Tagespresse (1866), S. 8.

16 Man muß auch bedenken, daß die Parteizeitungen z. T. kostenlos in Wirtshäusern ausgelegt wurden, und engagierte Parteimitglieder mehrere Exemplare abonnierten, die sie dann weiterverschickten (s. z. B. das Schreiben des Tübinger Vereinsvorstands an Hölder v. 3. Juli 1869, NL Hölder XII). Daß an einem Abonnement mehrere Parteimitglieder und Gesinnungsfreunde partizipierten, war weitverbreitet.

17 Marx an Engels v. 7. Dezember 1867, Marx-Engels Briefwechsel, 3, S. 547.

## 5. Die Fraktionen

Die liberal-demokratische Fraktion blieb bis Ende 1866 von dem Spaltungsprozeß, dem die Fortschrittspartei seit Anfang 1864 unterlag, unberührt. Der sog. Reinsburg-Klub umfaßte 44 Abgeordnete, zu denen die Mitglieder der Volkspartei, die Anhänger der Hölder-Gruppe und die „Großdeutschen“ zählten. Letztere traten nur im Landtag als Gruppe auf. Außerhalb der Kammer bildeten sie keine Organisation, sondern die Mehrzahl von ihnen ging mit den Demokraten zusammen, die sie in den Wahlen z. T. als ihre Kandidaten betrachteten und entsprechend unterstützten, zumindest aber nicht bekämpften. Als Abgeordnete beugten sie sich aber nicht den Parteibeschlüssen<sup>1</sup>.

Als die Konstituierung der Deutschen Partei die Spaltungsperiode im August 1866 definitiv abschloß, begann sich auch die alte Fraktionsgemeinschaft sukzessive aufzulösen. Anfang September d. J. gab

---

1 Vgl. Runge, S. 103 ff.; Rapp, Nationale Frage, S. 314 f. Eine kurze Charakterisierung bei Elben: „Das Ziel des Krieges von 1870 und Württemberg“, Anhang zu seinen „Lebenserinnerungen“.

Hölder den Entschluß seiner Parteifreunde<sup>2</sup> bekannt, eine eigene Fraktion zu bilden. Dieser Versuch, den parteineutralen Klub des „Fortschritts“ aufzulösen, kam den Intentionen Carl Mayers entgegen. Die Mehrzahl der Mitglieder des liberal-demokratischen Klubs wünschte jedoch, die Fraktionsgemeinschaft ungeachtet der Parteischeidung fortzusetzen. Sie konnten sich gegen Mayer durchsetzen und warben erfolgreich um Hölder, so daß die Parteien doch keine eigenen Fraktionen konstituierten. Die innenpolitischen Gemeinsamkeiten, so hoffte man, würden eine tragfähige Basis für eine weitere Kooperation ergeben. Ammermüller, der zu den führenden großdeutschen Abgeordneten zählte, schrieb im Oktober 1866 im Namen von Gesinnungsfreunden an Hölder: „Die preußische Frage ist vorerst für uns erledigt und wird zunächst weniger Veranlassung zu Streit geben, um so mehr werden die inneren Fragen Gelegenheit bieten, sich in alter Eintracht zu besprechen<sup>3</sup>.“ Der klare parteipolitische Trennungsstrich, der außerhalb des Landtags gezogen war, sollte in der Kammer vermieden werden. „Wegen vorübergehender Differenz über den Weg zum gemeinsamen Ziel darf die Linke ihre Zusammengehörigkeit nicht vergessen.“

Die wiederhergestellte fraktionelle Einheit bewährte sich bis 1868 trotz der schweren Belastungsprobe im Jahr 1867, als die „preußische Frage“ in der Form der Allianzverträge erneut auftauchte<sup>4</sup>. Die Ausklammerungstaktik, die von 1859 bis 1864 die liberal-demokratische Einheit trotz aller nationalpolitischen Divergenzen ermöglichte, schien wiederzukehren — aber nun verengt auf den parlamentarischen Bereich. Die scharfe Polarisierung, die zwischen der Deutschen Partei und den antipreußischen Kräften aller Schattierungen in den Zollparlamentswahlen eintrat und sich z. T. auch noch in die Landtagswahlen von 1868 hinüberzog, zerstörte indessen die liberal-demokratische Fraktion endgültig.

2 Die Abgeordneten und Mitglieder des Landeskomitees Karl Ludwig Schall (1827—? Rechtsanwalt), Robert Römer, Konrad Müllerschön (1805—1868, Schultheiß in Dettingen), Fidel Weipert (1819—1884, Schultheiß in Ergenzingen), Viktor Körner (1810—1871, Gemeinderat in Ludwigsburg), Dr. Karl August Golther (1822—1890, Rechtsanwalt), Dr. Oskar Wächter, Karl August Friedrich Fetzer. Das Folgende nach SVZ Nr. 220 v. 21. September und 228 v. 30. September und Hölders Schreiben v. 20. September 1866 (NL Hölder VIII) an Landtagsmitglieder, die er zu Beratungen einlud. Runge berührt diese erste Phase der Trennung kurz (S. 103) und nicht ganz zutreffend, da sie die SVZ nicht heranziehen konnte. Sie verfolgt die Fraktionsentwicklung vor allem seit 1868 (S. 104—112).

3 21. Oktober 1866, NL Hölder VIII. Dort auch das folgende Zitat. M. Mohl propagierte vergeblich, sich von den „ärgersten und schamlosesten Gothaern des Klubs“ zu trennen und statt dessen den Rest des Reinsburgklubs mit der „nicht-preußischen Rechten“ um Mitternacht zu vereinigen, „weil vieles dadurch weniger einseitig und vernünftiger geworden wäre“ (Brief v. 14. September 1866 an seinen Bruder Julius, NL Moser-Mohl III, 25h).

4 Die SVZ Nr. 258 v. 31. Januar 1867 nahm folgende Einteilung der Abgeordneten vor: Für den Allianzvertrag: 15 Privilegierte, 14 Rechte, 11 Deutsche Partei, 17 „sonstige Anhänger der freisinnigen Richtung“; gegen den Vertrag: 7 Privilegierte, 11 „Katholische Richtung“ (4 von der Rechten, 7 von der Linken), 8 Volkspartei und der Einzelkämpfer Mohl, der als „sonstige (partikularistische) Linke“ eingestuft wurde.

Diese beiden Wahlen, die man erstmals nach den Reaktionsjahren wieder nach dem geheimen, allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht durchführte, stellten alle politischen Richtungen vor schwierige organisatorische Probleme, die von der Volkspartei am besten gelöst wurden<sup>5</sup>. Die Deutsche Partei konnte, wie erwähnt, keinen ihrer Kandidaten ins Zollparlament entsenden, während sie die Zahl ihrer Landtagsabgeordneten von etwa 11 auf 14 erhöhte. Diese fanden Unterstützung bei der Mehrzahl der Privilegierten in der zweiten Kammer<sup>6</sup>. Im November 1868 lud Hölder ritterschaftliche Abgeordnete zu einem Treffen ein, um ein gemeinsames Vorgehen gegen die demokratisch-großdeutschen Landtagsmitglieder zu vereinbaren. Hölders Werben um die Privilegierten, deren Sitz in der Abgeordnetenversammlung immer eine der Hauptklagen der Liberal-Demokraten gewesen war, war erfolgreich. Oberjustizrat Freiherr von Gemmingen erklärte sich im Namen seiner Freunde zur Kooperation bereit. Er fügte hinzu, daß er seit dem Spätjahr 1866 in „zahlreichen Punkten“ mit der Deutschen Partei übereinstimme und daß somit „ein gemeinsames Verhältnis in Absicht auf manche wichtige Fragen auch für die Zukunft möglich wird“<sup>7</sup>.

Die Volkspartei errang in den Landtagswahlen von 1868 23 Mandate, die Großdeutschen 22, von denen aber 5 in den Wahlen wie Volksparteikandidaten auftraten und Unterstützung erhielten<sup>8</sup>. Die großdeutschen Abgeordneten bildeten jedoch erneut einen eigenen Klub, da sie sich nicht der strengen Fraktionsdisziplin fügen wollten, die Mayer, der Vorsitzende der Volkspartei, verlangte, als er 1868 in den Landtag einzog und die Führung der demokratischen Fraktion übernahm<sup>9</sup>. Beide Klubs arbeiteten jedoch trotz der formellen Trennung zusammen, während die Abgeordneten, die zur Deutschen Partei zählten oder mit ihr sympathisierten, nicht mehr integriert wurden.

Als die Regierung im Dezember 1870 Neuwahlen ausschrieb, veränderte sich das politische Kräfteverhältnis in der zweiten Kammer völlig<sup>10</sup>. Die Deutsche Partei konnte nun einen „nationalen Kammerklub“ von 32 Abgeordneten bilden<sup>11</sup>. Hinzu traten ca. 20 Volksvertreter, die man als „National-Ministerielle“ bezeichnete. Die groß-

---

5 Eine genaue Analyse der Landtagswahl gibt Runge, S. 141—155.

6 Vgl. Rapp, Nationale Frage, S. 315.

7 Schreiben an Hölder v. 17. November 1868, NL Hölder XI; vgl. Hölders Schreiben an Freiherrn von Roeder, Langenburg, v. 19. November 1868, ebd.; Hölder, Entstehungsgeschichte (Schlußartikel).

8 Vgl. Runge, S. 148; s. auch Beob. Nr. 175—177 v. 30. Juli bis 1. August 1869.

9 Vgl. Runge, S. 104 f. Noch 1868 traten 4 Abgeordnete aus der Volksparteifraktion aus und schlossen sich den Großdeutschen an. Bei Nachwahlen im folgenden Jahr errangen die Demokraten 2 weitere Mandate.

10 Eine detaillierte Analyse des Wahlkampfes und des Wahlergebnisses geben Rapp, Nationale Frage, S. 437—450; Runge, S. 169—175.

11 Chronik Nr. 297 III v. 16. Dezember 1870. Dort auch das Folgende. Eine handschriftliche Zusammenstellung der Abgeordneten, die diesen Klubs angehörten, im NL Hölder XVI.

deutsch-demokratische Fraktion schrumpfte hingegen von ca. 45 Abgeordneten auf ca. 17. 8 von ihnen gehörten der Volkspartei an, 4 wurden von ihr im Wahlkampf wie eigene Kandidaten unterstützt<sup>12</sup>. Mit Carl Mayer verloren die Demokraten ihren bedeutendsten Abgeordneten. Das Ausmaß der volksparteilichen Mandatsverluste war allerdings größer als ihre Verluste an Stimmzahlen. Während die Volkspartei und die eng mit ihr verbundenen großdeutschen Abgeordneten in der Landtagswahl von 1868 ca. 34,5% der abgegebenen Stimmen erhalten hatten, erreichten sie 1870 ca. 23%<sup>13</sup>. Die Volkspartei, die 1868 erstmals in größerem Ausmaß in Gebiete mit überwiegend katholischer Bevölkerung vordringen konnte<sup>14</sup>, errang nun in diesen Gebieten ihre größten Erfolge<sup>15</sup>. Die katholischen Bezirke waren also die sichersten Bollwerke der Gegner einer kleindeutsch-preußischen Lösung geworden.

Noch vollständiger fiel der Sieg der Nationalliberal-Konservativen in der ersten Reichstagswahl aus. Unter den von der Deutschen Partei bekämpften Kandidaten konnte sich nur der katholische Demokrat Probst durchsetzen, der sich im Reichstag dem Zentrum anschloß, im württembergischen Landtag aber im großdeutschen Klub blieb<sup>16</sup>. Sein Schwager Streich schloß sich in Berlin keiner Fraktion an, während 12 Abgeordnete der nationalliberalen Fraktion beitraten. Sie bildeten das stärkste süddeutsche Kontingent in dieser Fraktion<sup>17</sup>. Fürst Hohenlohe-Langenburg, der zur Deutschen Partei gehörte und sie mit namhaften Geldbeiträgen unterstützte<sup>18</sup>, ging mit zwei anderen württembergischen Reichstagsabgeordneten zur Reichspartei<sup>19</sup>.

Die Stellung der Landtagsabgeordneten war in Volkspartei und Deutscher Partei höchst unterschiedlich. Als die demokratische Partei seit 1864 neu entstand, begann sie, so wurde gezeigt, mit einer scharfen antiparlamentarischen Spitze, da die Mehrzahl der Abgeordneten an der liberal-demokratischen Einheit festhielt<sup>20</sup>. Diesen Anfängen konnte sich die Volkspartei nie ganz entziehen. Das entsprach ihrem Parteiverständnis<sup>21</sup>, nach dem die Partei den Kern einer Selbstverwaltung des Volks bildete und der Abgeordnete nur als „verantwortlicher Mandatar seiner Wähler“<sup>22</sup> galt, der sich dem Votum der Wähler

12 Runge, S. 171.

13 Ebd.

14 Vgl. o. S. 337.

15 Runge, S. 172.

16 Rapp, Nationale Frage, S. 467.

17 Baden: 10, Bayern: 9, Hessen: 7; vgl. Stoltenberg, Reichstag 1871—73, S. 18.

18 Vgl. Anm. 6, S. 349 f.

19 Freiherr von Wagner-Frommenhausen, der ehemalige Kriegsminister (1867—1870), und Wilhelm Fürst Waldburg-Zeil-Trauchburg (1860—1872 Präsident der ersten Kammer).

20 Vgl. o. S. 320.

21 Vgl. Kap. D II, 7.

22 Haußmann auf Landesversammlung v. 6. Januar 1870, Beob. Nr. 9 v. 13. Januar 1870.

ler und der Partei zu beugen hatte. So war es konsequent, daß die Führer der Volkspartei ein imperatives Mandat verlangten. Die Stuttgarter Mitglieder des Landeskomitees faßten auf einer Sitzung am 4. Juni 1868 den Beschluß, eine entsprechende Änderung der Landesverfassung anzuregen. Die Wähler sollten mit absoluter Stimmenmehrheit den Abgeordneten ihres Bezirks abberufen können<sup>23</sup>. Dieses Vorhaben konnte man jedoch auch innerhalb der Partei nicht durchsetzen. Die Parteiführung versuchte aber, zumindest für die eigenen Parteimitglieder im Landtag eine Art Selbstverpflichtung zur Respektierung des Partei- und des Wählerwillens durchzusetzen. „Solange das Gesetz nicht hilft, so lange muß die Sitte helfen. Die fehlende Verfassungsbestimmung müssen Partei und Wählerschaft ersetzen. Die Kardinal- und Existenzfragen müssen vorher formuliert und bindend beantwortet sein<sup>24</sup>.“ Die Abgeordneten sollten nicht mehr über die „Substanz“, nur noch über die „Modalitäten“ bestimmen, „damit fortan Volksvertretung und Volksabstimmung sich auch wirklich decken“. Dem Abgeordneten wies man die Rolle eines verlängerten Arms der Partei zu, in der sich die Wählerschaft organisieren sollte.

Dieses Verlangen nach Parteidisziplin war einer der Hauptgründe für die Weigerung der großdeutschen Abgeordneten, sich der demokratischen Fraktion anzuschließen. Diese parteilich weitgehend ungebundenen Abgeordneten konnten sich bis 1870 in den Wahlen stets durchsetzen, und die Volkspartei verzichtete darauf, Gegenkandidaten zu nominieren. Das verweist darauf, daß in dieser Phase, in der sich festgefügte Parteien ausbildeten, die Parteiorganisation in den Wahlkämpfen noch keine eindeutig dominierende Position besaß. Prominente Persönlichkeiten vermochten sich noch erfolgreich gegen die Organisation zu behaupten. Denn die Mehrzahl der großdeutschen Abgeordneten waren bekannte Liberal-Demokraten. Zur Volkspartei zählten nach dem Austritt Osterlens aus der Fraktion im Jahre 1868 nur drei 48er Demokraten: Mayer, Bareiß und Deffner<sup>25</sup>. Auch der Fraktion der Deutschen Partei gehörten mit Hölder, Fetzer und R. Römer drei Demokraten der ersten Stunde an. Die anderen prominenten Liberal-Demokraten, die dem nationalpolitischen Konzept der Volkspartei zustimmten, entzogen sich dem Anspruch der Demokraten auf strikte Parteidisziplin in wichtigen Fragen.

Die Volkspartei versuchte nicht nur, die eigenen Abgeordneten an die Beschlüsse der Partei und Wählerschaft zu binden, sondern plante zumindest, ihren Vertretern in den Parlamenten den Unterhalt finanziell zu sichern. Da die Mitglieder des württembergischen Landtags Diäten erhielten, ergab sich dieses Problem auf der Landesebene in

---

23 Protokolle Landeskomitee, NL Haußmann-StAS.

24 Beob. Nr. 52 v. 4. März 1869. Dort auch die folgenden Zitate. Der Artikel erschien zuerst in DC Nr. 17 v. 2. März.

25 Runge, S. 105.

der Praxis nicht. Den Zollparlamentsabgeordneten bot das Landeskomitee jedoch an, die notwendigen Mittel für den Aufenthalt in Berlin in den Wahlkreisen zu beschaffen<sup>26</sup>.

Die Deutsche Partei strebte hingegen keine Bindung ihrer Abgeordneten an Parteibeschlüsse an. Ihr Organ sprach abfällig von den demokratischen „Automaten des Halbmondsaales“<sup>27</sup>, d. h. des Landtags. Als führende liberal-demokratische Landtagsabgeordnete im Dezember 1870 die Bildung eines großen „Klubs der nationalen Richtung“ anregten, fügten sie hinzu: „Übrigens wird hierbei, wie im bisherigen Klub so auch künftig, die Selbständigkeit des einzelnen gewahrt bleiben“<sup>28</sup>. Mit dieser Haltung blieben die Führer der Deutschen Partei den Anfängen ihrer Partei ebenso treu wie umgekehrt der Versuch, die Volksvertreter unter die Parteibeschlüsse zu beugen, den organisatorischen Anfängen der Demokraten entsprach. Die Hölder-Gruppe hatte sich solange wie möglich gegen die Bildung einer fest organisierten Partei gestäubt. Sie wollten die liberal-demokratische Einheit der Fortschrittspartei wahren, in der die Abgeordneten dominierten. Als sie sich schließlich doch gezwungen sahen, der demokratischen Organisation ein Gegenstück entgegenzusetzen, blieben die Abgeordneten ohne die Fesseln der Parteidisziplin. Zudem standen mit Hölder und seinem Stellvertreter Gustav Müller Abgeordnete an der Spitze der Deutschen Partei, während Carl Mayer erst 1868 in den Landtag einzog. Julius Haußmann, der als graue Eminenz im demokratischen Parteiapparat galt<sup>29</sup>, lehnte es stets ab, sich als Landtagskandidat aufstellen zu lassen. Auch für Mayer war die Übernahme des Mandats nur ein Akt der Parteiloyalität<sup>30</sup>. Beider Stärke lag im Wirken „auf dem Boden der Volksagitation und des Parteilebens“, während Hölder sich von Anfang an in erster Linie für eine parlamentarische Tätigkeit berufen fühlte<sup>31</sup>. Diese unterschiedliche Grundhaltung der Parteiführer charakterisiert das unterschiedliche Selbstverständnis der beiden rivalisierenden bürgerlichen Parteien<sup>32</sup>.

---

26 Schreiben Hermann Niethammers (1835—1871, Rechtsanwalt, Landtagsabgeordneter 1868—1870) an die Zollparlamentsabgeordneten der Partei v. 5. Mai 1868, NL Haußmann-StAS. Freisleben erhielt Unterstützungsgelder durch den Fabrikanten Bareiß (G. Tafel an seine Frau, Berlin, 15. Juni 1869, NL Tafel).

27 SVZ Nr. 296 v. 14. Dezember 1870.

28 Einladungsschreiben v. 14. Dezember 1870, gez. O. Elben, Fetzer, Hölder, G. Müller, Pfeiffer, Franz von Weber (1812—1874, Obertribunalrat, 1863—1868 und 1870—1874 Präsident der Abgeordnetenkammer), NL Hölder XIV.

29 Als Mitredakteur und Mitinhaber des „Beobachters“ hatte er zumindest eine Schlüsselstellung innerhalb der Volkspartei-Organisation. Nach seiner eigenen Aussage (Anm. 30) lag die Hauptarbeit in der Redaktion bei ihm.

30 So Haußmann in seiner Rede v. 21. Juni 1868 auf einer Wählerversammlung in Mühlacker, NL Haußmann-StAS. Dort auch das folgende Zitat.

31 Vgl. o. S. 252.

32 S. dazu Kap. D II, 7.

## 6. Zusammenarbeit mit Parteien in anderen deutschen Ländern

### a) Die württembergischen Demokraten und die Deutsche Volkspartei

Die württembergische Volkspartei entstand vor allem als eine demokratisch-föderalistische Bastion zur Abwehr eines kleindeutsch-preußischen Nationalstaats. Ihre Nationalstaatskonzeption, so wurde gezeigt, sah eine freiheitlich-demokratische Trias vor. Da die Demokraten den Aufbau einer Parteiorganisation stets für das wichtigste und wirksamste Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen Pläne propagierten, mußte ihnen eine Zusammenarbeit über die Landesgrenzen hinweg geradezu als unabdingbar für die Realisierung des Triasprojekts erscheinen. Um so erstaunlicher ist es, daß die württembergische Volkspartei eher als Hemmschuh, denn als Katalysator für die Ausbildung einer einheitlich organisierten Partei in den Staaten des „Dritten Deutschlands“ wirkte<sup>1</sup>.

Anfang 1864 begann in Karlsruhe ein Kreis badischer Demokraten um Professor Dr. Ludwig Eckardt, "(vorderhand auf privatem Wege) eine Vereinigung von nur verschiedenen Männern durch ganz Deutschland unter Leitung eines Ausschusses für gemeinsames Vorgehen in allen wichtigen Fragen"<sup>2</sup> anzubahnen. Der Ausschuß, dem nur Badener angehörten, forderte — wie in Württemberg die „Beobachter“-Gruppe — dazu auf, die Schleswig-Holstein-Komitees zu sprengen und die „Volkspartei überall wiederherzustellen“<sup>3</sup>. Zu diesem Vorgehen nötige die „in ganz Deutschland wiederkehrende Erscheinung, daß unsere nächststehenden Gesinnungsgenossen, die Liberal-Konservativen, uns preisgaben, um die zum Geldsammeln ersprießlichere Allianz der Bürokratie, Plutokratie, an einigen Orten sogar der erklärten Reaktionselemente zu gewinnen“.

Die nationalpolitische Konzeption des Ausschusses schien den Plänen der württembergischen Demokraten zu entsprechen: eine „militärische Föderation von seiten der Mittel- und Kleinstaaten“ und zu-

---

1 Im folgenden sollen diese Versuche, eine organisierte deutsche Volkspartei zu schaffen, nur kurz umrissen werden. Die Anfangsphase bis 1866 analysiert Weber, Kleinbürgerliche Demokraten, Kap. VIII und XI vor allem, und neuerdings Hope. Eine kurze Zusammenfassung gibt Weber in seinem Handbuchartikel „Demokratische Volkspartei 1863—1866“. S. auch G. Mayer, 1866 und Arbeiterbewegung, S. 146—149. Die Zeit von 1866 bis zur Reichsgründung ist nur sehr unzulänglich erforscht. Einige wenige Andeutungen bei Elm, Deutsche Volkspartei 1868—1910 (S. 637—640 für die Zeit bis 1870/71) und bei Stillich, Politische Parteien 2, S. 284 f. Die ausführlichste Darstellung bietet immer noch die „Geschichte der Frankfurter Zeitung 1856 bis 1910“. Vgl. daneben vor allem Holthoff, Zur Geschichte der deutschen Volkspartei (1877); G. Mayer, Trennung. Runge geht auf die außerwürttembergischen Kontakte der Demokraten nicht ein. Krieger (S. 450—457) übernimmt weitgehend G. Mayers Darstellung.

2 Aus: „Vorläufige Organisation und Programm einer deutschen Volkspartei“, undatiert, NL Hölder VI; vgl. zum Folgenden Weber, Kleinbürgerl. Demokraten, Kap. VIII; zu Eckardt s. Kap. VII.

3 II. Kreisschreiben des Ausschusses, Ostern 1864, NL Hölder VI. Dort auch die folgenden Zitate. Hervorhebungen im Original.

gleich eine gemeinsame diplomatische Vertretung im Ausland. Einen Sonderbund lehnte man aber ausdrücklich ab — eine der Haupttrennlinien zur württembergischen Volkspartei.

Der Ausschuß begann, Ansätze einer Organisation über die Landesgrenzen hinweg einzuleiten. Er versandte „Kreisschreiben“, die als Ersatz für ein Parteiblatt dienten, das 1865 im Mannheimer „Demokratischen Wochenblatt“ entstand. Daneben plante man, durch „Reiseagenten“ die Verbindung zwischen den Landesorganisationen herzustellen und rief dazu auf, Vertrauensmänner zu benennen. Die Organisation sollte zunächst geheim bleiben<sup>4</sup>. Das widersprach der politischen Praxis der württembergischen Demokraten. Neben dieser eigenständigen Organisation wollte Eckardt durch ein stärkeres Engagement der Demokraten im Nationalverein diesen für seine Pläne einspannen. Auch dieses Vorhaben lief den Absichten der württembergischen Demokraten völlig zuwider<sup>5</sup>.

Erst die Gasteiner Konvention gab einen kräftigen Impuls für die Bildung einer deutschen Volkspartei. Am 19. September 1865 fand in Darmstadt eine Besprechung namhafter Demokraten aus ganz Deutschland statt<sup>6</sup>. Die divergenten nationalpolitischen Zielvorstellungen verhinderten jedoch, daß ein präzises Programm verabschiedet werden konnte. Das wirksamste Hindernis gegen eine Einigung auf ein Programm bildeten die Triaspläne der württembergischen Demokraten. Man verabschiedete zunächst nur ein vorläufiges Programm<sup>7</sup>, das die Württemberger weiter ausarbeiten sollten<sup>8</sup>.

Damit erhielten die extrem föderalistischen württembergischen Demokraten die Möglichkeit, den Aufbau einer einheitlich organisierten Partei, die alle deutschen Staaten einschließlich Preußen umfassen sollte, zu hintertreiben. Die Württemberger lehnten selbst einen zentralen Ausschuß ab, der im „Widerspruch mit dem Wesen der föderalistischen Volkspartei“<sup>9</sup> stehe. Die württembergische Volkspartei lenkte nun in das Fahrwasser der liberalen Politik der Reaktionsjahre ein, der die Ausgestaltung des „Partikularnests“ im Vordergrund gestanden hatte<sup>10</sup>. In einem Rundschreiben an Parteifreunde dekretierte Osterlen im Namen des Landeskomitees im Dezember 1865: die „Hauptsache ist [. . .], daß das Prinzip des Föderalismus zur Geltung komme“. Als „nächste Aufgabe“ bezeichnete er die „Überwindung

4 Vgl. Weber (Anm. 2), S. 137.

5 Vgl. Kap. D I, 1b.

6 Vgl. Weber (Anm. 2), S. 221 ff.

7 Abgedruckt bei Weber, Volkspartei, S. 288.

8 Beob. Nr. 225 v. 26. September 1865; Eckardt vertrat in seiner Schrift „Nationalität oder Freiheit? Centralisation oder Föderation?“ (1859) auch föderalistische Prinzipien. Doch sein Föderalismus vertrug sich — damals — durchaus mit einem „Deutschland unter Preußens Hegemonie“ als Teil der erstrebten „Vereinigten Staaten von Mitteleuropa“ (S. 105).

9 Beob. Nr. 300 v. 23. Dezember 1865; vgl. Weber (Anm. 2), S. 234.

10 Vgl. o. S. 259.

der Hindernisse, welche die Verfassungs- und Regierungszustände in den Einzelstaaten dem innern Fortschritt wie der nationalen Einigung in den Weg legen“<sup>11</sup>. Dieses Ideal einer partikularstaatlichen Freiheitsentwicklung als Vorstufe eines demokratischen Nationalstaats führte die württembergischen Demokraten dazu, den Aufbau einer gesamtdeutschen demokratischen Partei abzulehnen. Auf diesen Widerstand der stärksten Organisation unter den deutschen Demokraten<sup>12</sup> ist vor allem zurückzuführen, daß 1866, als die militärische Lösung der deutschen Frage in Gang kam, immer noch keine demokratische Partei für ganz Deutschland existierte.

Erst seit dem militärischen Erfolg Preußens scheinen die württembergischen Demokraten die Notwendigkeit einer Parteiorganisation, die sich über die Landesgrenzen hinweg erstreckte, eingesehen zu haben. Nach einem erfolglosen Versuch Ende 1866, eine süddeutsche „ad hoc Koalition verschiedenartiger Gegner des Großpreußentums“<sup>13</sup> zustande zu bringen, begannen im Dezember 1867 in Bamberg die Vorberatungen für die Gründung einer Deutschen Volkspartei<sup>14</sup>. Im September des folgenden Jahres wurde sie in Stuttgart konstituiert<sup>15</sup>.

Bereits die Gründungsversammlung setzte einen Organisationsausschuß ein<sup>16</sup>, dessen Vorschläge die Delegierten ohne Änderung akzeptierten. Man sah als unterste Organisationsstufe Vereine vor, die sich zu Gauverbänden zusammenschließen und periodische Delegiertenversammlungen durchführen sollten. Mit diesem Schema übernahm die deutsche Volkspartei den organisatorischen Aufbau der württembergischen Demokraten, die immer noch die stärkste Landesgruppe bildeten. Darüber hinaus beschloß man, mit Arbeitervereinen,

---

11 NL Hölde VII.

12 Vgl. Weber (Anm. 2), S. 81.

13 Beob. Nr. 278 v. 28. November 1866. Es trafen sich am 11. November 1866 in Stuttgart Badener, Bayern und Württemberger, die sich auf ein 4-Punkte-Programm (ebd. abgedruckt) gegen die „Zerreißen Deutschlands“ durch die Ereignisse von 1866 (Punkt 1) einigten. Man forderte einen „Bundesstaat auf freiheitlicher Grundlage“ analog der Reichsverfassung von 1849 (Punkt 2) und als Übergangslösung einen Südbund (Punkt 3). Innenpolitisch einigte sich die Versammlung auf die Forderung nach allgemeiner Wehrpflicht und kurzer Präsenzzeit (Punkt 4). Es wurde ein provisorischer Ausschuß eingesetzt, dem angehörten: Graf G. Berlichingen, Mannheim; Croissant, Frankenthal; Franz Mittenmaier, Heidelberg; C. J. Preetorius, Alzey; G. Tafel, Stuttgart, und Welcker aus Heidelberg als Vorsitzender. Eine feste Organisation gab man sich nicht. Der „Beobachter“ distanzierte sich von diesem Zusammenschluß (vgl. Nr. 265 v. 13. November 1866), der folgenlos blieb.

14 Vgl. Holthoff, S. 506; Mayer, Trennung, S. 141.

15 Der wichtigste Teil des Programms ist abgedruckt bei Elm, Volkspartei, S. 638; vollständig bei Salomon, Parteiprogramme I, S. 88—92. Vgl. auch „Geschichte der Frankfurter Zeitung“, S. 161.

16 Das Folgende nach „Protokolle des Landeskomitees“, NL Haußmann-StAS. Die in Anm. 1 genannte Literatur geht auf diese organisatorischen Anfänge nicht ein. Wenige Andeutungen bei Eisfeld, S. 142. Vgl. auch DC Nr. 72 v. 22. September 1868.

die das Programm der Volkspartei anerkannten, die Vereinbarung anzustreben, die Mitglieder gegenseitig zu Versammlungen zuzulassen. Als Parteiführung sollte ein jeweils neu zu bestimmender Vorort fungieren, dessen wichtigste Kompetenz darin bestand, den Zeitpunkt und Ort für Delegiertenversammlungen zu bestimmen. Als ersten Vorort setzte man Stuttgart fest.

Die Württemberger dominierten auf der Gründungsversammlung. In allen vier Ausschüssen, die man einsetzte — für die organisatorische, politische, nationale und soziale Frage —, erhielten sie wichtige Positionen<sup>17</sup>. Carl Mayer war zudem erster Vorsitzender der konstituierenden Versammlung, und Haußmann referierte über das Programm, das Jacobys Zielsetzungen übernahm<sup>18</sup>. Dieses Programm und Jacobys programmatische Erklärungen sahen keinen Südbund vor. Der „Ausschuß für die nationale Frage“<sup>19</sup>, in der die württembergische Richtung das Übergewicht erhielt, setzte jedoch folgenden Passus durch: Die Deutsche Volkspartei empfiehlt „zur Abwehr gegen die Verpreußung und im Sinne einer föderativen Wiedervereinigung des gesamten Vaterlandes die Gründung eines freiheitlichen Südbundes, welcher durch eine gemeinsame Volksvertretung und Bundesgewalt zusammengehalten und auf ein dem schweizerischen ähnliches Milizwesen gestützt ist“<sup>20</sup>. Damit hatten die württembergischen Demokraten ihr nationalpolitisches Konzept doch noch der Deutschen Volkspartei aufgezwungen.

Als sich am 16./17. Oktober 1869 in Braunschweig Delegierte der Deutschen Volkspartei trafen<sup>21</sup>, modifizierten sie das Organisationsstatut der Stuttgarter Gründungsversammlung. Eine Parteiorganisation mit Ortsvereinen und Landesverbänden hätte die norddeutschen Demokraten ausgeschlossen, da das preußische Vereinsgesetz eine

---

17 Elm (S. 638) überschätzt den Einfluß Leopold Sonnemanns in der Frühphase der deutschen Volkspartei. Sonnemann besaß zwar das auflagenstärkste offiziöse Organ der Demokraten, die „Frankfurter Zeitung“ (10 000 Auflage), konnte sich aber nicht gegen die mitgliederstarke württembergische Organisation durchsetzen.

18 S. vor allem seine Erklärungen von 1868: „Das Ziel der deutschen Volkspartei“ und „Zum demokratischen Programm“, in: Jacoby, Gesammelte Schriften, 2, Nr. 40 f., S. 322 ff. Außerdem nahm das Parteiprogramm Bezug auf das Programm, das sich der „Vereinstag Deutscher Arbeitervereine“ vom 5./6. September 1868 gab (abgedruckt u. a. in: Bebel, Aus meinem Leben, 1, S. 204 f.). Die württembergische Volkspartei vertraten Bruno Brückmann und Niethammer auf dem Nürnberger Tag der Arbeitervereine, ebd. S. 203.

19 Ihm gehörten an: Guido Weiß, der Redakteur der Berliner „Zukunft“, Carl Mayer und der Redakteur der Stuttgarter „Demokratischen Correspondenz“, Julius Frese, dessen föderalistisches Ideal mit dem Mayers weitgehend übereinstimmte. Die DC erschien von 1868—1870 als offizielles Organ der deutschen Volkspartei. Es sind nur noch lückenhaft die Jahrgänge 1868—1869 nachweisbar. Viele Artikel sind jedoch im „Beobachter“ nachgedruckt: gez. „D. C.“.

20 Anm. 16.

21 Das Folgende nach dem ausführlichen Bericht im Beob. Nr. 248 v. 21. Oktober 1869. Elm (S. 640) geht kaum auf die Organisationsbeschlüsse von Braunschweig ein, Mayer (Trennung) gar nicht. Kurz dazu: Holthoff, S. 508. Zur Diskussion über die „soziale Frage“ (Basler Beschlüsse) s. vor allem Mayer (Trennung, S. 152 ff.) und für Württemberg Schmierer, 127 ff.; vgl. auch u. Schlußbetrachtung.

Verbindung von politischen Vereinen verbot<sup>22</sup>. Man einigte sich deshalb nach ausführlicher Diskussion auf die Gründung eines Gesamtvereins für ganz Deutschland (Punkt 1 des neuen Status). In der Praxis gab man aber die Gliederung nicht auf, die in den Landesverbänden bereits bestand. Der Sitz des Vorstands dieses Vereins blieb in Stuttgart, war aber verlegbar (Punkt 6). Bereits auf der Gründungsversammlung bestand der Vorstand aus drei Württembergern<sup>23</sup> und nur einem Norddeutschen: Guido Weiß als stellvertretenden Vorsitzenden. Das neue Statut sah vor, den Vorstand weiteramtieren zu lassen, doch die Mitglieder sollten an einem Ort, d. h. in Stuttgart, wohnen (Punkt 2). Diese Maßnahme war zwar organisatorisch unumgänglich, da sich eine schnelle und kontinuierliche Kommunikation innerhalb des Vorstands anders nicht erreichen ließ, doch sie stärkte zugleich die Position der württembergischen Föderalisten<sup>24</sup>. Dem Vorstand stellte man einen Ausschuß zur Seite, in den jede „Landschaft“, in der die Partei Mitglieder besaß, einen Vertreter entsenden sollte (Punkt 3). Den Ausschuß konzipierte man als Beratungs- und Kontrollgremium, das der Vorstand in „allen wichtigen Parteiangelegenheiten“ konsultieren mußte. War „Gefahr in Verzug“, durfte der Ausschuß den Vorstand suspendieren und eine Generalversammlung einberufen, die dann in letzter Instanz entschied (Punkt 4). Diese Generalversammlung, der Parteitag der deutschen Volkspartei, sollte jährlich mindestens eine ordentliche Sitzung abhalten. Den Abstimmungsmodus behielt man einer Geschäftsordnung vor (Punkt 8). Um die Finanzierung der Gesamtpartei sicherzustellen, beschloß man, einen festen Jahresbeitrag zu erheben, den die Orts- oder Bezirksverbände abzuführen hatten (Punkt 6—7). Die württembergischen Demokraten, die ihre Organisation ohne Änderung beibehielten, traten in corpore der deutschen Volkspartei bei und bezahlten die Beiträge aus der Landeskasse. Ihre Mitglieder tangierte deshalb die neue Parteigründung kaum.

Sosehr die Ausbildung der deutschen Volkspartei auch noch in den Anfängen steckte — man hatte eine ausbaufähige Grundlage ge-

22 Huber, Dokumente, 2, S. 7.

23 Carl Mayer als Vorsitzender, Brückmann und Niethammer als Schriftführer (Anm. 16).

24 Der Vorstand sollte sich aus 5 bis 7 Personen zusammensetzen; aus Mitgliedern des württembergischen Landeskomitees und den Leitern der DC, Frese und Brückmann; Beob. Nr. 7 v. 11. Januar 1870. Offensichtlich überließ es die Braunschweiger Versammlung der württ. Volkspartei, den Vorstand (außer Frese und Brückmann) und die genaue Zahl der Vorstandsmitglieder zu benennen. Zwischen Frese und dem engeren Ausschuß der württ. Demokraten kam es Anfang 1870 zu Streitigkeiten über die Interpretation der Braunschweiger Organisationsbeschlüsse. Wegen dieser Differenzen erschien die DC am 12. Januar 1870 nicht. Satzungsgemäß sollte der Parteiausschuß entscheiden (FZ Nr. 14 v. 14. Januar 1870, 1. Blatt). Ob der Ausschuß zusammentrat, ist nicht zu ersehen. Es ist aber unwahrscheinlich. Man scheint dieses Gremium nie gebildet zu haben (vgl. Holthoff, S. 519). Im Februar 1870 verlegte man den Vorort nach Mainz. Die württ. Vorstandsmitglieder traten wegen „Arbeitsüberhäufung“ zurück, FZ Nr. 51 v. 20. Februar 1870 1. Blatt. Erst jetzt wurde Sonnemann Parteivorsitzender.

schaffen<sup>25</sup>. Der deutsch-französische Krieg zerstörte dann jedoch diese Anfänge. Die deutschen Demokraten hatten sich auf die Abwehr eines großpreußischen Deutschlands konzentriert. Als aus dem militärischen Sieg über Frankreich der kleindeutsch-preußische Nationalstaat hervorging, gehörte zu den Besiegten auch die Deutsche Volkspartei. Erst 1873 versuchte sie, die zerrissenen organisatorischen Fäden wieder aufzunehmen<sup>26</sup>.

25 Zu den organisatorischen Bemühungen der preußischen Demokraten, auf die hier nicht eingegangen werden kann, enthält viel Material: STA Potsdam, Pr. Br. Rep. 30 Tit. 94 Lit. D 354; vgl. zu den Potsdamer Beständen Knaack, Quellen, besonders S. 57.

26 Vgl. Holthoff, S. 519 f. Für die Zeit ab Ende der 1870er Jahre berücksichtigt auch Steinbrecher (Liberale Parteiorganisation) die deutsche Volkspartei. Zur Sozialschichtung der Reichstagsfraktion von 1871—1912 s. Kremer, Parteien, S. 56 f.

### **b) Organisationsbestrebungen süddeutscher Nationalliberaler**

Die Ereignisse von 1866 forcierten überall in Deutschland die Spaltung des Liberalismus, die zuvor schon eingesetzt hatte. Wie die Demokraten, begannen auch die Nationalliberalen eine engere, organisatorisch verfestigte Zusammenarbeit über die Landesgrenzen hinweg anzustreben. Bereits im September 1866 lud der Führungszirkel der Deutschen Partei in Württemberg badische und bayerische Abgeordnete<sup>1</sup> zu einer Besprechung nach Stuttgart ein, um die „Organisation einer süddeutschen Partei [anzuregen], der es gleichmäßig um Anschluß an den norddeutschen Bund und um freiheitliche Zustände im Innern zu tun ist, der somit die Einigkeit Deutschlands als nationales und die Freiheit als humanes Ziel vorschweben“<sup>2</sup>. Zu festen Vereinbarungen gelangte man jedoch noch nicht. Erst im folgenden Jahr aktivierte man auf Anregung der bayerischen Gesinnungsfreunde<sup>3</sup> die Kontakte. Am 3./4. August 1867 kamen in Stuttgart aus den vier süddeutschen Ländern 50 prominente Politiker, nicht nur Abgeordnete, zusammen. Sie verabschiedeten ein gemeinsames Programm, das sich in erster Linie darauf konzentrierte, die Allianzverträge als ausbaufähige Basis für die volle Überwindung der Mainlinie zu würdigen<sup>4</sup>. Die organisatorische Ausbeute des Treffens blieb gering. Man

1 Briefe an Hölder von M. Römer v. 14. September; Eckhard, Offenburg (nicht zu verwechseln mit L. Eckardt aus Karlsruhe) v. 18. und 20. September; Völk v. 20. September 1866, NL Hölder VII. Auf Drängen der Badener zog man auch Hessen hinzu. Vgl. zu Eckhard dessen Erinnerungen.

2 Eckhard v. 18. September (Anm. 1).

3 Schreiben Braters v. 8. Juni 1867, NL Hölder VIII; vgl. Schieder, Kleindeutsche Partei, S. 154 f.

4 Bericht und Abdruck des Programms u. a. in SVZ Nr. 182 v. 6. August 1867. Württemberg und Bayern stellten mit je 18 Teilnehmern das größte Kontingent. Man hatte die Teilnehmerzahl von vornherein auf 50 begrenzt, um die Vertraulichkeit der Gespräche zu wahren, vgl. Hölders Einladungsschreiben an Metz und Eckhard v. 16. Juli 1867, NL Hölder VIII, Konzept. S. zur Versammlung auch den Bericht des württ. Außenministers an den Innenminister v. 26. Juli 1867, HSTAS E 146 Bü 1969.

vereinbarte lediglich, daß der Vorstand der bayerischen Fortschrittspartei nach eigenem Ermessen die nächste Zusammenkunft einberufen sollte. Hölder schrieb diesem Beschluß eine weitreichende Bedeutung zu, da „hierdurch der *periodische* Zusammentritt solcher Versammlungen ausgesprochen, ein geschäftsleitendes Organ für dieselben gewonnen, und in Verbindung mit dem gemeinschaftlichen Programm die *Einheit* der Partei durch *ganz* Süddeutschland konstatiert wird“<sup>5</sup>. Dieses Urteil Hölders zeugt davon, daß sich die von ihm angeregte „Organisation einer süddeutschen Partei“ von vornherein wohl nur auf eine institutionalisierte Verbindung der Führungskreise erstrecken sollte.

Ein starker Impuls, die dürftigen organisatorischen Anfänge auszubauen, ging von den Zollparlamentswahlen aus. Als sich am 26. September 1868 der „Verein der deutschen Fortschrittspartei im Großherzogtum Hessen“ konstituierte<sup>6</sup>, trat dieser sogleich mit badischen Abgeordneten und der Führung der württembergischen Deutschen Partei in Verbindung, um „rasch“ die Landesorganisationen zu verschmelzen. Als Endziel strebten die Hessen eine einheitlich organisierte nationalliberale Partei in Süddeutschland an, die sich „Deutscher Fortschrittsverein“ oder „Deutsche Partei“ nennen sollte. Hölder antwortete reserviert<sup>7</sup>. Dem gewünschten sofortigen Zusammenschluß räumte er keine Chance ein. Er schlug stattdessen ein erneutes Treffen süddeutscher Gesinnungsfreunde vor. Über diese Form der Kooperation über die Landesgrenzen hinweg wollte er offensichtlich nicht hinausgehen.

Einen gewissen Ersatz für eine festere und kontinuierliche Zusammenarbeit boten die Zollparlamentsverhandlungen. Während der ersten Session gelang es zwar nicht, die Verhandlungen wegen eines engeren Zusammenschlusses aller liberalen Parteien erfolgreich abzuschließen. Doch auf der nächsten Session vereinigten sich die süddeutschen Preußenfreunde zu einer Gruppe, die sich auf Vorschlag des Bayern Völk den programmatischen Namen „Zur Mainbrücke“ gab<sup>8</sup>. Nur die württembergische Deutsche Partei war von dieser parlamentarischen Einigung ausgeschlossen, da sie im Zollparlament nicht vertreten war. Diese isolierte Position wird wesentlich mitbewirkt haben, daß sich die Parteiführung 1869 bereit zeigte, einer straflosen Verbindung der süddeutschen Parteien zuzustimmen.

Nach einer vertraulichen Vorbesprechung auf dem Heidelberger

---

5 Rundschreiben an Landeskomiteemitglieder und Vertrauensmänner der Deutschen Partei v. 10. August 1867, NL Hölder IX, 3.

6 Metz an Hölder v. 6. Oktober 1868, NL Hölder XI. Die hessische Fortschrittspartei gab sich nach den Wahlen ein Statut (ein Exemplar im NL Hölder XII) und organisierte sich als Verein (Schwab, Aufstieg, S. 179). Vgl. auch das Schreiben des Vereinskomitees an Hölder v. 23. Juni 1868, NL Hölder XI. Zur Parteientwicklung in Hessen s. Eisfeld, S. 147 ff.

7 Antwort v. 17. Oktober; Konzept, ebd.

8 Mayer, E. W., Nationalliberale Partei 1868—1871, S. 136 f.

Juristentag im August 1869, die unter dem Vorsitz Hölders stattfand, forderte dieser das geschäftsführende Komitee der bayerischen Fortschrittspartei auf, ein süddeutsches Parteitreffen anzuberaumen<sup>9</sup>. Mit diesem Vorschlag wahrte Hölder die organisatorische Kontinuität, da den Bayern bereits 1867 die Federführung in der süddeutschen Zusammenarbeit zugewiesen wurde. Man plante eine „süddeutsche nationale lithographische Correspondenz“ herauszugeben, um ein gemeinsames Organ für ganz Süddeutschland zu schaffen. Als wichtigsten Tagesordnungspunkt hatte man in Heidelberg beschlossen: Herstellung einer „engeren Verbindung der nationalen Parteien in den vier süddeutschen Staaten, je nach Umständen deren Vereinigung zu einer einheitlichen süddeutschen nationalen Partei und die Anknüpfung von Parteibeziehungen zu den norddeutschen Gesinnungsgenossen“. Die badischen Nationalliberalen erklärten sich mit diesem Vorhaben einverstanden<sup>10</sup>, die Hessen hatten ähnliches bereits im Vorjahr angeregt. Die bayerische Fortschrittspartei verwarf die vorgelegten Pläne jedoch, wie sie auch bereits zuvor in Heidelberg eine organisatorisch verfestigte Zusammenarbeit mit den norddeutschen Nationalliberalen abgelehnt hatte<sup>11</sup>. Bayerische Delegierte erschienen nicht einmal auf einer vertraulichen Besprechung, die Anfang Dezember 1869 in Karlsruhe stattfand. Die Bayern begründeten ihr Fernbleiben mit den innenpolitischen Verhältnissen in ihrem Land, die eine Abwesenheit nicht gestatten würden. Hinzu kam, daß der linke Flügel der bayerischen Fortschrittspartei gegen eine stärkere Bindung an die Nationalliberalen in Württemberg und Baden opponierte<sup>12</sup>. Sie forderten außerdem, in den Versuch, die liberalen Parteien zu fusionieren, auch die preußische Fortschrittspartei einzubeziehen<sup>13</sup>. Ebenso wie württembergische Liberale wäre auch der hessische Nationalliberale Ludwig Bamberger einer Fusion mit der preußischen Fortschrittspartei nicht abgeneigt gewesen. Er sah darin eine günstige Gelegenheit, die „schwächlichen altliberalen Pfennig-Nationalen abzustößen“.

9 Hölder an Marquardsen v. 3. September, Abschrift (dort auch das folgende Zitat); dass. v. 18. Oktober 1869, NL Hölder XII. Vgl. auch Schieder, Kleindeutsche Partei, S. 238 f.; Schwab, Aufstieg u. Niedergang der Nationalliberalen Partei, S. 205 f. Zur Heidelberger Beratung s. SVZ Nr. 213 v. 12. September 1869.

10 Schreiben Eckhards v. 7. Mai 1869, NL Hölder XII.

11 Lasker an Ludwig Bamberger (?) v. 8. September 1869, NL Lasker Nr. 8.

12 Schieder, Kleindeutsche Partei, S. 238.

13 L. Bamberger an Lasker v. 13. September 1869, NL Lasker Nr. 10. Dort die folgenden Zitate. Der Brief ist im Auszug zitiert bei Schwab, Aufstieg, S. 209. Bamberger glaubte sogar, daß die Bayern die Parteifusion auch auf die Liberalen in Osterreich ausdehnen wollten. Das sei „pure unmöglich“. Zu den vereinzeln Bestrebungen in Württemberg, mit der preußischen Fortschrittspartei zusammenzuarbeiten, s. die Briefe Wiedenmanns an Lasker v. 20. Mai, NL Lasker Nr. 340, und an Hölder v. 5. Mai 1869, NL Hölder XII. Wiedenmann propagierte eine Wiederbelebung des Nationalvereins, um so eine große liberale Partei zu schaffen. Selbst Pfeiffer fragte Lasker, ob er es für möglich halte, die Fortschrittspartei in Preußen in die geplante Parteieinigung einzubeziehen, Brief v. 29. September 1869, NL Lasker, Nr. 232.

Die ablehnende Haltung der bayerischen Liberalen ließ vielversprechende organisatorische Ansätze zunichte werden. Bamberger hatte ein Parteistatut entworfen, das er an das Vorstandsmitglied der württembergischen Deutschen Partei, Pfeiffer, an Eduard Lasker und an hessische Gesinnungsfreunde abschickte. Dieser Entwurf scheint<sup>14</sup> eine einheitlich organisierte nationalliberale Partei in Nord- und Süddeutschland mit einer gemeinsamen Führung vorgesehen zu haben. „Zahlen und einer Zentraleitung sich unterwerfen — das ist die Sache. Alles andere bleibt Buchstabe.“

Da die Bayern sich diesen Plänen verweigerten, setzten die Vertreter der drei übrigen süddeutschen Landesparteien lediglich ein neunköpfiges Komitee ein<sup>15</sup>, das gemeinschaftliche Beratungen vorbereiten sollte. Der organisatorische Elan schien verpufft zu sein. Der badische Nationalliberale Kiefer schrieb nach einer Versammlung an Lasker: „Gemeinsamkeit der Aktion erfordert keine Organisation einer *einheitlichen* Partei<sup>16</sup>.“ Auch die unterschiedliche innenpolitische Lage in den einzelnen Ländern mache eine Gesamtpartei unmöglich. Periodische Treffen von Parteidelegierten reichten aus, so meinte Kiefer, um das notwendige Maß an Gemeinsamkeit zu garantieren.

Im April 1870 erklärten sich jedoch auch die bayerischen Liberalen bereit, in die Neuner-Kommission einzutreten. Sie erhielten vier Mitglieder zugestanden, während die anderen süddeutschen Parteien mit je drei Vertretern in der Kommission blieben<sup>17</sup>. Diese sollte periodisch tagen und von den Landesparteien nach eigenem Ermessen besetzt werden. Eine Partei übernahm jeweils die Geschäftsführung. Diese Beschlüsse sahen zwar keine Verschmelzung der Landesorganisationen vor, doch die Zusammenarbeit süddeutscher Liberaler verlor nun den Charakter des rein individuellen Engagements einzelner prominenter Politiker. Die Parteien übernahmen jetzt die Verantwortung. Diese Übereinkunft wurde allerdings verwässert, weil man sich nur auf ein nationalpolitisches Minimalprogramm einigen konnte, für dessen Realisierung das eingesetzte Komitee wirken sollte. Man legte

---

14 Er ist nicht aufzufinden; vgl. auch Schwab, Aufstieg S. 209.

15 Aus Baden: Kiefer, Bluntschli, Lamey; Hessen: Metz, Dernburg; A. Bamberger; Württemberg: Hölder, R. Römer, G. Müller. Ausführliche Berichte in SVZ Nr. 8 f. v. 12. Januar und 13 v. 18. Januar 1870. Schwabs Mitteilung (Aufstieg, S. 205 f.), daß dieses Komitee bereits auf einer Versammlung Anfang Dezember 1869 (dazu Pfeiffers Brief v. 29. September, Anm. 13) gebildet wurde, trifft nicht zu; ebenso Schieders Annahme (Kleindeutsche Partei, S. 238), daß nur Hessen und Badener vertreten waren. Aus Württemberg erschien ein erweiterter Führungskreis (Rundschreiben Hölders v. 20. Dezember 1869, NL Hölder XII). Zu dessen Sozialprofil s. u. S. 372 Nr. Ie.

16 Brief v. 31. Januar 1870, Heyderhoff, Sturmjahre I, Nr. 357.

17 Das Folgende nach dem Verhandlungsprotokoll und der Zusammenstellung der Beschlüsse im NL Hölder XIII. Vgl. zu dem Treffen auch Schieder, Kleindeutsche Partei, S. 238 f.; Schwab, Aufstieg, S. 206 f.; E. W. Mayer, S. 141. Zu den Vorverhandlungen: Kiefer an Hölder v. 30. März, NL Hölder XIII; Marquardsen an Bluntschli v. 1. März, NL Bluntschli.

sich nämlich nur auf eine „Wiedervereinigung des deutschen Südens und Nordens“ fest. Viele Nationalliberale zeigten sich enttäuscht über dieses Programm, dem fast alle politischen Richtungen in Deutschland zustimmen konnten<sup>18</sup>.

Nachdem zumindest der Grundstock für eine künftige nationalliberale Partei in Süddeutschland gelegt war, vollzogen den nächsten Schritt nur die Parteien von Baden, Hessen und Württemberg. Nur sie entsandten Delegierte auf eine Sitzung des Landesausschusses der norddeutschen Nationalliberalen am 30. April/1. Mai 1870, auf dem beschlossen wurde, „eine Organisation zum Zwecke der Verständigung des gemeinsamen Vorgehens herbeizuführen“<sup>19</sup>. Diese projektierte organisatorische Zusammenarbeit zwischen den nord- und süddeutschen Parteien kam jedoch nicht zustande. Man begnügte sich vielmehr damit, zunächst die persönlichen Kontakte zwischen der Parteiprominenz fortzuführen und dann eine gemeinsame Reichstagsfraktion zu bilden. Nachdem das politische Hauptziel: der Nationalstaat, erreicht war, zeigte sich mit voller Deutlichkeit die innere Inhomogenität der Reichsgründungsparteien. Hinzu traten die unterschiedlichen Schwerpunkte in den innenpolitischen Programmen, die den Aufbau einer Organisation auf Reichsebene zumindest erschwerten hätten. Zudem blieben die nationalliberalen Parteiorganisationen weitgehend Hilfsmittel in den Wahlen für die Fraktionen, die das Führungszentrum bildeten<sup>20</sup>. Wo eine ausgeprägte Organisation bereits erreicht war, wie in Württemberg, verfiel sie. Die Beschränkung der Zusammenarbeit der Parteien auf die Spitzengremien, die Fraktionen, entsprach dem vorherrschenden Parteiverständnis der Liberalen.

---

18 Vgl. Kiefer an Lasker v. 21. April 1870, Heyderhoff I, Nr. 365. S. auch die Briefe diverser Parteifreunde an Hölder in dessen NL XIII.

19 Gedrucktes Protokoll der Verhandlungen, hrsg. v. Vorstand der nationalliberalen Partei in Norddeutschland, 5. Mai 1870, NL Hölder XIII; vgl. die Berichte in SVZ Nr. 108 v. 11. Mai und im Merkur, Mai 1870, S. 480 f. Zur Vorbereitung der Versammlung: Lasker an Hölder v. 24. April, NL Hölder XIII; Hölder an Lasker v. 28. April, NL Lasker Nr. 134; Kiefer an Lasker v. 28. April, ebd. Nr. 158. Die württ. Deutsche Partei war in Berlin zwar nicht durch einen eigenen Delegierten vertreten, übertrug aber der badischen Delegation ihre Stimme. Schwab (Aufstieg, S. 207) und E. W. Mayer (S. 141) verzeichnen das Verhandlungsergebnis, denn sie sprechen von einer bereits vollzogenen Vereinigung der drei süddeutschen und der norddeutschen nationalliberalen Parteien. Mayer geht sogar von einer „organisatorischen Einheit“ (S. 145) aus. Davon kann aber keine Rede sein.

20 Erst zwischen 1892 und 1910 verlor die nationalliberale Partei den Charakter einer Honoratiorenpartei, die nur für die Wahlen arbeitet und vornehmlich auf persönlichen Bindungen beruht, vgl. Nipperdey, Organisation, S. 174.

## 7. Parteitypen

Beide bürgerlichen Parteien in Württemberg bildeten im Vergleich zu den Parteien anderer deutscher Länder frühzeitig feste Organisationen aus, die sich nicht in der Funktion von Hilfsinstrumenten für die Wahlen erschöpften. Der Organisationsgrad der Demokraten wird

1848/49 noch etwas stärker gewesen sein als in den 1860er Jahren<sup>1</sup>. Das Verständnis für das spezifische Gepräge einer Partei und der Wille, nicht nur relativ selbständige Ortsgruppen locker zusammenzufassen, sondern eine mehrstufig gegliederte Partei zu bilden, war aber im Reichsgründungsjahrzehnt wesentlich ausgeprägter als in den Revolutionsjahren<sup>2</sup>. Was zuvor einer mehr unreflektierten Praktizierung von Parteiorganisation entsprach, wich nun einer bewußten Einsicht. Es gab jedoch noch Relikte der alten Vorstellung, die die Partei als Gesinnungsgemeinschaft begriff. Das beste Zeugnis hierfür ist die Existenz des erwähnten großdeutschen Landtagsklubs, dessen Mitglieder außerhalb des Landtags zwar mit der Volkspartei kooperierten, sich aber nicht der Parteidisziplin beugten. Die Partei erhob zwar den Anspruch auf straffe Unterordnung der Abgeordneten unter die Parteibeschlüsse — „eine exzeptionelle Regelung in dieser Zeit“<sup>3</sup> —, konnte ihn aber nicht voll durchsetzen. Allerdings vermochten sich dem Zwang zur Parteikonformität nur die bekannten Abgeordneten zu entziehen, deren Ansehen bei den Wählern aus einer Zeit stammte, als die Volkspartei noch nicht existierte.

Obwohl die Volkspartei eine Mitgliederpartei<sup>4</sup> war, behielt sie doch auch noch Züge einer Volksbewegung, die die Notwendigkeit einer Parteiorganisation zu leugnen schien. Die einseitige Fixierung beider Parteien auf die Politik der kleindeutschen Führungsmacht — sei es in positiver oder negativer Erwartung — bedingte wesentlich die schwache, aber doch vorhandene Tendenz, die klare Abgrenzung von Partei und gesinnungsbezogener Volksbewegung zu verwischen.

Der Wandel, den das Parteiverständnis der Liberalen der Revolutionsjahre im Vergleich zu den Liberal-Konservativen des Reichsgründungsjahrzehnts erfuhr, war noch durchgreifender als auf Seiten der Demokraten. Während die Demokraten 1848/49 eine Parteiorganisation ohne explizite Parteitheorie aufbauten, lehnten die Liberalen damals die Bildung einer organisatorisch verfestigten Partei bewußt ab<sup>5</sup>. Obwohl sich, wie gezeigt wurde, die Liberalen der 1860er Jahre zum Teil aus 48er Demokraten rekrutierten, schien die liberale Abneigung gegen Parteibindung und Organisationsbildung zunächst zu dominieren. Erst die organisatorischen Erfolge der Demokraten provozierten den Aufbau einer organisierten Partei seitens der Liberalen. In diesem Verhältnis von Aktion und Reaktion wiederholte sich das Geschehen von 1848/49. Im Unterschied zu den Revolutionsjahren

---

1 Daß Boldts Schätzungen für 1848/49 aber wesentlich zu hoch liegen, konnte gezeigt werden (vgl. Kap. B II).

2 Vgl. dazu Kap. B II und Kap. D II, 1.

3 Nipperdey, Organisation, S. 21.

4 Vgl. Runge (S. 114), die diesen Begriff in Anlehnung an Nipperdey zu Recht auf die Organisationsstruktur bezieht, nicht aber im Gegensatz zur Wählerpartei versteht.

5 Vgl. o. S. 116 ff.

lösten sich die Liberalen nun jedoch von ihrer Abneigung, sich zu einer relativ straff gegliederten Partei zu verbinden. Doch die Deutsche Partei blieb den Gesetzen ihrer Anfänge stets verhaftet. Sie erstrebte zwar den Aufbau einer Partei, die alle Sozialschichten umfaßte, doch die Honoratioren sollten tonangebend bleiben<sup>6</sup>. Die Deutsche Partei blieb — vereinfacht und zugespitzt formuliert — eine Honoratiorenpartei mit organisatorisch verfestigtem Unterbau — einem Unterbau, der rasch verfiel, als auch sein demokratisches Gegenstück seine Festigkeit und Dichte verlor. Die demokratische Volkspartei hingegen kann im Unterschied zur Deutschen Partei nicht als eine zeitgemäß umgeformte Honoratiorenpartei verstanden werden<sup>7</sup>. Sie stellte eine Partei neuen Stils dar, die im Gegensatz zur Deutschen Partei nicht als ein Zusammenschluß von Honoratioren begonnen hatte, ebensowenig aber dem Typus der bürokratisierten Massenpartei zugehörte, der sich erst später entwickelte.

---

6 Zur Sozialschichtung s. Kap. D III.

7 So auch Runge, S. 113 f.

### III. Zur Sozialschichtung der bürgerlichen Parteien

Das Bild, das sich die rivalisierenden bürgerlichen Bewegungen von der Sozialschichtung des Gegners machten, bestimmte in den Revolutionsjahren in starkem Maße die gegenseitigen Vorurteile über die Zielsetzungen des politischen Konkurrenten<sup>1</sup>. Die Sozialängste des liberalen Bürgertums zeugten das Trugbild einer sozialrevolutionären demokratischen Bewegung, das die politische Spaltung im bürgerlichen Lager verhärtete und zementierte. Diese Ängste hegten die Liberalen der 1860er Jahre nicht mehr. Sie versuchten zwar gelegentlich, aus den latenten republikanischen Neigungen der Demokraten eine potentielle Gefahr für die staatliche Ordnung abzuleiten<sup>2</sup>, doch auch im Bewußtsein der Liberalen und der Konservativen in der Deutschen Partei galt die revolutionäre oder gar sozialrevolutionäre Unschuld der Demokraten als erwiesen. Erst als sich im September 1868 der Vereinstag Deutscher Arbeitervereine in eine großdeutsch-demokratische und eine kleindeutsch-nationalliberale Richtung spaltete<sup>3</sup>, spitzte sich auch die Rivalität zwischen Deutscher Partei und Volkspartei um den Einfluß auf die Arbeiterbewegung so stark zu, daß die Liberalen klassenkämpferische Töne gegenüber den bürgerlichen Kontrahenten anschlugen<sup>4</sup>. Doch dies blieb nur ein kurzfristiger Rückfall in eine soziale Polarisierung im bürgerlichen Lager. Die „Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie“<sup>5</sup> entzog schließlich einer klassenkämpferischen Agitation zwischen den bürgerlichen Parteien vollends den Boden. Gleichwohl nährte das Organ der Demokraten soziale Ressentiments, die offensichtlich ein Teil seiner Leser gegenüber den Liberal-Konservativen hegte. Es polemisierte gegen die „Fabrikprotzen“ in der Deutschen Partei und charakterisierte diese als eine „Koalition, bestehend aus württembergischem Pietismus, der aus religiösen Gründen gegen Österreich kämpft, einem Teil der Bürokratie, die ihre staatlichen, und der Bourgeoisie, die ihre sozialen Privilegien durch die preußischen Bajonette gesicherter wähnt als durch die württembergische Verfassung“<sup>6</sup>. Schätzten die Demokraten die Deutsche Partei als eine Organisation der Privilegierten und konfessionell motivierten Kleindeutschen ein,

---

1 Vgl. Kap. B III.

2 Vgl. u. S. 399 f. u. SVZ Nr. 5 v. 8. Januar 1869.

3 S. dazu Schmierer, S. 116.

4 Vgl. SVZ Nr. 186 v. 12. August; 244 v. 20. Oktober 1868; 283 v. 4. Dezember 1869.

5 Gustav Mayer. Für Württemberg s. Schmierer, vor allem S. 140 ff.

6 Beob. Nr. 88 v. 16. April 1868, vgl. Nr. 135 v. 12. Juni 1867; s. auch Runge, S. 83. Zum Bündnis mit den Pietisten vgl. Kap. D IV, 1.

so sahen sie sich selbst als eine Partei, „welche sich an alle Volksklassen ohne Unterschied gewendet, aber seither wesentlich in den Reihen des Kleinbürgertums und des Landvolks Verbreitung gefunden hat“<sup>7</sup>.

Diese Abgrenzung gegen die Deutsche Partei legt die Annahme nahe, daß sich das soziale Rekrutierungsfeld der beiden bürgerlichen Parteien signifikant unterschied. Anhand der folgenden Statistiken soll nun untersucht werden, ob dieses Urteil der Demokraten über das Sozialprofil des Gegners und der eigenen Partei der Wirklichkeit entsprach. Ein genauer statistischer Vergleich läßt sich für einen breiteren Kreis führender Parteimitglieder in den Ortsvereinen (Ig, Iib) und für den engeren Führungszirkel: das Landeskomitee (Id, Iib), durchführen. Das Sozialprofil der Gesamtmitgliedschaft einiger lokaler Organisationen kann hingegen nur für die Deutsche Partei erfaßt werden, während für die Volkspartei nur die Führungsgruppe in den Ortsvereinen bekannt ist<sup>8</sup>.

In den Landeskomitees beider Parteien waren Fabrikanten und Kaufleute etwa gleich stark vertreten (ca.  $\frac{1}{3}$ ), während bei den Vertrauensmännern im Lande (Ig, Iia) der Anteil des Wirtschaftsbürgertums bereits deutlich differierte. In der Deutschen Partei blieb der Anteil konstant bei ca. einem Drittel aller Mitglieder dieser breiteren Führungsgruppe, während er in der Volkspartei auf 18,6% zurückging<sup>9</sup>. Unter den Vertrauensmännern der Fortschrittspartei, die sich seit 1859 bildete und 1864 zerbrach, befanden sich ca. 14% Fabrikanten<sup>10</sup>. Dieser Prozentsatz stieg in der Deutschen Partei auf ca. 17 (Ig), während er in der Volkspartei auf ca. 6 fiel (Iia). Das Wirtschaftsbürgertum scheint demnach nur im engsten Führungszirkel der Parteien, in den Landeskomitees, etwa gleich stark repräsentiert gewesen zu sein, während in der breiteren Mitgliedschaft diese Quote bei der Deutschen Partei konstant blieb oder sogar noch wesentlich stieg (Ic), bei der Volkspartei hingegen sank. Selbst in der relativ großen Gruppe der Delegierten, die 1870 auf Versammlungen der Deutschen

---

7 Beob. Nr. 214 v. 13. September 1868. Bauern haben sich in der Volkspartei nur in sehr geringem Maße aktiv beteiligt (vgl. aber Anm. 30). Sie sind eher zu den Sympathisanten oder „Gesinnungsmitgliedern“ zu rechnen, die auf Volksparteiversammlungen z. T. zahlreich vertreten waren.

8 Dieser Kreis ist im wesentlichen in Rubrik Iia der Statistik erfaßt. Runge versucht leider nicht, die Sozialschichtung der Volksvereine statistisch zu erfassen. Soweit sie quantifizierende Aussagen macht, sind sie wenig aussagefähig, da sie Inkomensurables summiert. So faßt sie die „Angehörigen freier akademischer Berufe und selbständige Gewerbetreibende“ zusammen, die etwa 80—90% der Mitglieder der Vereinsausschüsse ausmachten (S. 78). Die „weit stärkere Gruppe“ in dieser Führungsschicht bestand nach Runge (S. 79) aus „meist kleinen und mittleren Fabrikanten, selbständigen Handwerkern und Kaufleuten sowie einigen Wirten“.

9 Allerdings ist hier (ebenso bei Ic) die hohe Quote der fehlenden Berufsangaben zu berücksichtigen.

10 Runge, S. 81. Ihre Aussagen über den Anteil des Wirtschaftsbürgertums an beiden Parteien (ebd.) wird im folgenden korrigiert.

Sozialschichtung der Parteien (in Prozentzahlen)<sup>11</sup>

Berufe	I) Deutsche Partei							II) Volkspartei	
	Ortsvereine		Ludwigsburg	Landeskomitee	Erweiterte Führung	Versammlungsdelegierte	Vertrauensmänner	Vertrauensmänner	Landeskomitee
	Hall	Esslingen							
a)	b)	c)	d)	e)	f)	g)	a)	b)	
Privatier		2,2				0,7			
Rechtsanwalt	9,2	2,3		34,5	16,1	6,6	17,2	8,7	19,3
Gymnasiallehrer, Prof.	4,5	4,5	6,3	6,2		3,6	2,2	0,6	
Arzt, Tierarzt	4,5	1,1	3,1	6,2	3,2	1,3	4,3	3,7	
„Doktoren“		2,2				2,3		3,7	1,8
Höhere Staatsbeamte	18,2				9,7	4	5,4	1,9	
Gemeindebeamte		2,2	3,1	3,1	12,9	12,2	8,1	2,5	5,3
Pfarrer						0,7			
Fabrikanten	13,7	24,5	40,6	12,5	16,1	14,8	17,2	6,2	12,3
Kaufleute	18,2	12,2	15,6	18,9	25,9	18,7	16,1	12,4	19,3
Höhere Angestellte		1,1				0,3	0,5		
Apotheker	4,5	1,1	3,1			1,3	2,2	1,9	
Redakteur				6,2	3,2	1,3	0,5		3,4
Freie akadem. Berufe				3,1		0,7			1,8
Gutsbesitzer, Ökonom	13,7			6,2	6,5	3,6	2,6	5	5,3
Bürgertum	86,5	53,3	71,8	96,9	93,6	72,1	76,3	46,6	68,5
Handwerker	4,5	26,7	9,4			8,5	4,3	10,6	7,1
Elementarlehrer		3,4				2,6	0,5	2,5	3,4
Wirte, Posthalter	4,5	1,1			3,2	3,6	7	9,3	8,8
Niedere Staatsbeamte	4,5	2,2				1,3	1,6		3,4
Angestellte		2,2				1		0,6	1,8
Bauern						0,7			
Kleinbürgertum	13,5	35,6	9,4		3,2	17,7	13,4	23	24,5
Ohne Berufsangabe			18,8	3,1		7,6	8,7	30,4	7
Adel					3,2	2,3	1,1		
Arbeiter		11,1				0,3	0,5		
%	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Absolute Zahlen	22	90	32	32	31	304	186	161	57

Partei erschienen, stellten Fabrikanten und Kaufleute ca. ein Drittel aller Anwesenden (If).

Runge vermutet, daß vorwiegend kleinere und mittlere Fabrikanten der Volkspartei zuneigten<sup>12</sup>. Doch die Frage, ob ein eindeutiger Zusammenhang zwischen Betriebsgrößen und parteipolitischer Präferenz bestand, erscheint wenig sinnvoll, denn in den 1860er Jahren blieben

<sup>11</sup> Alle Angaben nach den Materialien im NL Hölder IX, XII, XIII; NL C. Haußmann-Sta Stuttgart; Beobachter. IIa gibt den Stand von 1869, alle anderen Rubriken von 1870 an. Bei den Handwerkern ist nicht zu erkennen, ob sie selbständig waren, als Gesellen oder evtl. in einem Fabrikbetrieb arbeiteten. „Freie akademische Berufe“ umfassen nicht die Rechtsanwälte, die einzeln aufgeführt sind. Von den Arbeitern bezeichnete sich keiner als Fabrikarbeiter.

<sup>12</sup> Vgl. Anm. 8.

in Württemberg die Betriebsgrößen der Fabrikunternehmungen noch recht ausgeglichen und die Abgrenzung zu Handwerksbetrieben war noch fließend<sup>13</sup>. Vor allem hatte sich noch keine homogene Schicht großer Unternehmer herausgebildet. An beiden Parteien beteiligten sich Vertreter jenes noch nicht sehr zahlreichen Wirtschaftsbürgertums, das die mittelständisch-gewerblichen Anfänge bereits eindeutig hinter sich gelassen hatte. In der Volkspartei wirkten Männer wie der Blechwarenfabrikant Deffner, der Papierproduzent Bareiß, der Uhrenfabrikant Bürk<sup>14</sup> oder der Calwer Großkaufmann Dörtenbach, der 1848/49 und in den Reaktionsjahren zu den einflußreichsten Liberalen zählte, in den 1860er Jahren aber der Volkspartei zuneigte und von ihr in den Zollparlamentswahlen erfolgreich gegen den Kandidaten der Deutschen Partei unterstützt wurde<sup>15</sup>. In dieser engagierten sich bekannte Unternehmer wie der Stuttgarter Großkaufmann Gustav Müller, die Kommerzienräte Chevalier, Finck und Richard Rümelin oder der ehemalige Märzminister Goppelt. Sie waren alle prominente Mitglieder der Handels- und Gewerbekammern<sup>16</sup>. Das mag mit dazu beigetragen haben, daß alle Handelskammern in den heftigen parteipolitischen Auseinandersetzungen über die Zollvereinsverträge sich mehrheitlich für deren Annahme und damit indirekt für die Deutsche Partei aussprachen<sup>17</sup>. Doch auch die Kandidaten der Volkspartei erhielten 1868 in den Zollparlamentswahlen die Unterstützung vieler Unternehmer. In Heilbronn unterstützten den Kandidaten der Volkspartei die größten Fabrikanten, die nach Ansicht des Kommerzienrats Rümelin, „wenn es not tut, 600—900 Arbeiter an die Urne schicken könnten“<sup>18</sup>. Obwohl kein Kandidat der Deutschen Partei ins Zollparlament gewählt wurde, stellten Fabrikanten und Kaufleute ein volles Drittel der württembergischen Abgeordneten<sup>19</sup>.

Die Unternehmer haben also keine der beiden bürgerlichen Parteien eindeutig bevorzugt, wenngleich die angeführten Zahlen andeuten, daß das Wirtschaftsbürgertum in der breiteren Parteimitgliedschaft stärker bei den Liberal-Konservativen vertreten war als bei den Demokraten. Doch auch in der Volkspartei stellten Fabrikanten und Kaufleute in der zweiten Hälfte der 1860er Jahre einen größeren Anteil der breiteren Führungsschicht als 1848/49 (18,6 zu 12,4<sup>0/0</sup>).

Das Bildungsbürgertum, das bereits in den Revolutionsjahren die bürgerliche Emanzipationsbewegung wesentlich geprägt hatte<sup>20</sup>, war

<sup>13</sup> Vgl. Kap. A I, 3.

<sup>14</sup> Runge, S. 80 ff. Zu Bareiß vgl. auch Sporhan-Krempel, Papier aus dem Filstal, S. 40 ff.

<sup>15</sup> Vgl. zum Wahlkampf in Dörtenbachs Bezirk SVZ Nr. 69 v. 22. März 1868. Sein Gegenkandidat der Deutschen Partei war Otto Elben.

<sup>16</sup> Vgl. Anm. 62, S. 240.

<sup>17</sup> Vgl. Kap. D VI.

<sup>18</sup> Rümelin an Gustav Müller v. 27. Februar 1868 (NL Hölder X).

<sup>19</sup> S. die Statistik o. S. 225.

<sup>20</sup> Vgl. o. S. 122.

auch in den Führungsgruppen der 1860er Jahre in erheblichem Maße repräsentiert. In der Deutschen Partei stellte es durchweg eine höhere Quote als in der Volkspartei: 31,8% zu 20,5% bei den Vertrauensmännern, 56,2 zu 26,3% bei den Mitgliedern des Landeskomitees. Unter den Akademikern engagierten sich die Rechtsanwälte parteipolitisch am stärksten. In der Deutschen Partei besetzten sie fast doppelt soviel Führungspositionen wie in der Volkspartei<sup>21</sup>. Höhere Verwaltungs- und Justizbeamte sowie Gymnasiallehrer schlossen sich der Volkspartei nur in sehr geringem Maße an. Die demokratische Enthaltsamkeit der Beamten kann nicht allein oder auch nur überwiegend auf Druck durch die Regierung zurückgeführt werden<sup>22</sup>, denn diese bekämpfte nicht nur die Volkspartei, sondern zeitweise noch weit entschiedener die Deutsche Partei<sup>23</sup>, wie sie auch mit beiden Ad-hoc-Bündnisse einging. Sofern sich die höhere Beamtenschaft parteipolitisch engagierte, ließ sie sich, wie 1848/49<sup>24</sup>, in erster Linie von ihrem Nationalstaatsstreben leiten, das sie zwangsläufig zur Deutschen Partei führen mußte. Die Universitätsprofessoren verschlossen sich der Volkspartei völlig<sup>25</sup>, während die Deutsche Partei in Robert Römer einen höchst aktiven Mitstreiter und in anderen Professoren Gesinnungsfreunde<sup>26</sup> gewann. Die großdeutsche Professorengruppe an der Universität Tübingen blieb außerhalb der demokratischen Organisation.

Während in den Revolutionsjahren eine ausgeprägte parteipolitische Trennlinie zwischen den höheren und den niederen Beamtenrängen verlief<sup>27</sup>, galt das für die 1860er Jahre nicht mehr. Die einseitige politische Ausrichtung der höheren Beamtenschaft blieb zwar bestehen, doch die niederen Ränge (einschließlich der Elementarlehrer) besetzten nur noch 2,5% (IIa) bzw. 6,8% (IIb) der demokratischen Führungspositionen. 1848/49 beteiligten sie sich hingegen noch mit 15,9% an der breiteren Führungsschicht.

Am Beispiel der Elementarlehrer zeigt sich deutlich, daß beim Aufstieg in Führungsstellen innerhalb der Deutschen Partei stärker als in der Volkspartei nach sozialen Kriterien gefiltert wurde. In beiden

---

21 Vgl. dagegen Runge (S. 78), die annimmt, daß sich die Rechtsanwälte in beiden Parteien gleich stark beteiligten. Sie gibt für ihre Zahlen keine Quellen an.

22 So Runge, S. 79.

23 Vor allem in den Zollparlamentswahlen. Vgl. dazu Schübelin, Zollparlament, S. 87 ff.

24 Vgl. Kap. B III.

25 Nur ein Professor der polytechnischen Anstalt in Stuttgart gehörte der Volkspartei an (Runge, S. 78 f.).

26 Lang (Erinnerungen, H. X, S. 13) nennt u. a. Karl und Julius Weizsäcker, Reinhold Pauli, Friedrich Thudichum und Michaelis. Thudichums Schrift „Klar und Wahr. Zuruf an die Wähler Württembergs“ (1870) wurde von der Deutschen Partei verbreitet. Zur isolierten Stellung der propreußischen Professoren in Tübingen vgl. Pauli, Lebenserinnerungen, S. 241 ff. Zu Römers Aktivität s. auch Egelhaaf, Erinnerungen, S. 21.

27 Vgl. o. S. 123.

Parteien wirkten die Lehrer vor allem in den Ortsvereinen; in der Deutschen Partei eher noch stärker als in der Volkspartei<sup>28</sup>. Nur bei den Demokraten stiegen die Volksschullehrer jedoch bis ins Landeskomitee auf (3,4%). Auch in der Gruppe der Vertrauensmänner waren die Lehrer in der Volkspartei mit 2,5% stärker als in der Konkurrenzorganisation (0,5%) beteiligt.

Die Diskrepanz zwischen dem Sozialprofil der Ortsvereine und der breiteren Führungsschicht sowie andererseits des Landeskomitees als dem obersten Führungsorgan war bei der Deutschen Partei überhaupt wesentlich stärker ausgeprägt als bei den Demokraten. Die Sozialschichtung differierte zwar zwischen den verschiedenen Volksvereinen erheblich, doch das Kleinbürgertum scheint fast durchweg überwogen zu haben<sup>29</sup>.

Selbst im Landeskomitee der Volkspartei stellte es noch ca. ein Viertel aller Mitglieder, wenngleich auch in den demokratischen Führungsgruppen das Bürgertum dominierte. Innerhalb der liberal-konservativen Führungsspitze war das Kleinbürgertum hingegen gar nicht repräsentiert, obgleich es in einem großen Verein wie dem Eßlinger mehr als ein Drittel der Mitglieder stellte (Ib). Der kleine Gruibinger Verein der Deutschen Partei (10 Mitglieder) rekrutierte sich sogar ausschließlich aus kleinbürgerlichen Sozialschichten<sup>30</sup>, und auch die Ortsgruppe Lorch dieser Partei umfaßte nur kleine Gewerbetreibende, die nebenher Landwirtschaft betrieben<sup>31</sup>. Auch unter denen, die sich bereit fanden, nationale Erklärungen der Deutschen Partei zu unterzeichnen, war das Kleinbürgertum stark vertreten. Als sich im August 1867 süddeutsche Abgeordnete nationalliberaler Richtung für den Anschluß Süddeutschlands an den Norddeutschen Bund aussprachen<sup>32</sup>, entstammten ca. 50% derjenigen, die eine Zustimmungserklärung unterschrieben, dem Kleinbürgertum; ca. 38% waren Handwerker.

Daß in das Spitzengremium der Deutschen Partei kein Vertreter der kleinbürgerlichen Parteimitglieder einzog, lag sicher z. T. daran, daß diese über das Engagement auf lokaler Ebene nicht hinausdrängten. Es muß jedoch ein entsprechendes Auswahlverfahren von oben hin-

---

28 Zur Volkspartei s. Runge, S. 82. Der NL Hölder enthält viele Zeugnisse für das starke lokale Engagement von Volksschullehrern in der Deutschen Partei. S. vor allem Fas. VIII.

29 So auch Runge, S. 83. Sie nennt als Beispiel nur vier Vereine, die allerdings lediglich Grenzfälle charakterisieren (ebd.). Für den kleinen Nürtinger Verein liegen genaue Angaben vor: 5 Handwerker, 2 Werkmeister, der Stadtschultheiß, je ein Kaufmann, Bauunternehmer, Bierbrauer, Arzt und Arbeiter (Beob. Nr. 11 v. 15. Januar 1870).

30 2 Wirte, 3 Handwerker und ein Gemeindebeamter, die alle zugleich eine kleine Landwirtschaft betrieben, und 4 Bauern (NL Hölder XIII).

31 NL Hölder XI.

32 Vgl. u. S. 363. Die folgenden Zahlen sind errechnet nach SVZ Nr. 217 v. 15. September; 227 v. 27. September und 233 v. 5. Oktober 1867.

zugekommen sein, das als sozialer Filter wirkte, da nicht anzunehmen ist, daß nur die in der Volkspartei organisierten Kleinbürger bereit waren, sich in das Landeskomitee wählen zu lassen. In der Tat legte die Stuttgarter Zentrale der Deutschen Partei stets größten Wert darauf, daß angesehene Honoratioren für die Wahl ins Landeskomitee vorgeschlagen wurden<sup>33</sup>. Auch als die Parteileitung einen erweiterten Führungskreis berief, der über das Landeskomitee hinausging, aber nicht alle und nicht nur Vertrauensmänner berücksichtigte (Ie), lud man nur einen Vertreter des Kleinbürgertums ein. Der größte Anteil entfiel wiederum auf Unternehmer (ca. 1/3).

Die Arbeiterschaft konnten beide bürgerlichen Parteien kaum erfassen. Der Eßlinger Verein der Deutschen Partei, der zu ca. 11<sup>0</sup>/<sub>0</sub> aus Arbeitern bestand (Ib), scheint eine Ausnahme zu bilden. Das lokale parteipolitische Engagement der Arbeiter wurde überhaupt stark von den Besonderheiten geprägt, die in den einzelnen Orten vorherrschten. Es kam vor allem darauf an, in welchem Maße sich die Parteigruppen um eine Zusammenarbeit mit den Arbeitervereinen bemühten<sup>34</sup>. Zur punktuellen Kooperation<sup>35</sup> zeigten sich die Arbeiter eher bereit als zum Parteieintritt, der nur Ausnahme blieb. Wenn es zur formellen Mitgliedschaft von Arbeitern in den bürgerlichen Parteien kam, so bildeten nicht immer politische Gründe das eigentliche Motiv. So warb in Heilbronn der Vorstand des „Arbeiterbundes“, Ludwig Göpfert, aus religiösen Gründen für die Deutsche Partei. Er gehörte zu den Pietisten, die sich für den Anschluß an die protestantische Vormacht in Deutschland einsetzten und sich deshalb der preußischen Deutschen Partei anschlossen<sup>36</sup>.

Die gelegentliche Mitgliedschaft von Arbeitern in der Deutschen Partei und der Volkspartei sowie die seit 1868 von den Demokraten verstärkt gesuchte Aktionsgemeinschaft mit den Arbeitervereinen<sup>37</sup> änderte nicht das politische und sozialpolitische Programm der beiden Parteien: Sie blieben Organisationen des Bürgertums.

Beide Parteien umfaßten also alle Sozialschichten des Bürgertums. Die Demokraten hatten ihren Schwerpunkt im Kleinbürgertum, während die Deutsche Partei vor allem das Wirtschafts- und Bildungsbür-

33 Vgl. o. S. 371 f.

34 Vgl. dazu Schmierer, S. 107 u. ö. Zur sozialpolitischen Konzeption der Volkspartei und der Deutschen Partei s. Schlußbetrachtung. Laut Mitteilung Th. Tafels vom 6. Februar 1867 (NL Hölder VIII) soll der Heilbronner Volksverein 190 Mitglieder gehabt haben, von denen angeblich 100 Arbeiter und 90 Kaufleute waren. Die Kaufleute erwogen, so Tafel, zur Deutschen Partei überzutreten. Falls diese Angaben wirklich zutreffen sollten, wäre der Heilbronner Volksverein völlig abnorm zusammengesetzt gewesen. Immerhin geht aus Tafels Schreiben hervor, daß Runge Annahme (S. 82) nicht zutrifft, daß gar kein Arbeiter den Volksvereinen angehörte (vgl. auch Anm. 29 zum Nürtinger Verein).

35 So unterschrieb etwa der Vorstand des Eßlinger Arbeitervereins die Kandidatur Defners zur Zollparlamentwahl (Wahlaufzug v. 26. Februar 1868, NL Hölder X).

36 NL Hölder XIII. Zum „Arbeiterbund“, der 1869 entstand und die Tradition der unpolitischen Arbeiterbegabung fortsetzen wollte, vgl. Schmierer, S. 119.

37 Schmierer, S. 17 ff.

gertum organisierte, aber auch starken Rückhalt in den kleinbürgerlichen Schichten fand. Die Demokraten integrierten zwar auch einen großen Teil der Fabrikanten und Kaufleute, fühlten sich aber in erster Linie als politische Repräsentanten des Kleinbürgertums<sup>38</sup>. Dieser scheinbare Widerspruch ist wohl, wie angedeutet wurde, vor allem mit dem spezifischen Gepräge der württembergischen Wirtschafts- und Sozialstruktur zu erklären, die noch keine klare Trennungslinie zwischen „Bourgeoisie“ und gewerblichem Mittelstand zog und noch in erheblichem Ausmaß den Fabrikanten mit kleinbürgerlicher Mentalität kannte.

Das unbedingte Nationalstaatsstreben der Deutschen Partei entsprach hingegen stärker den Erwartungen des Bildungsbürgertums und desjenigen Teils der Unternehmerschaft, der vom Nationalstaat die Möglichkeit zur ungehemmten wirtschaftlichen Entwicklung erhoffte<sup>39</sup>. Wilhelm Lang, der am Aufbau der Deutschen Partei maßgeblichen Anteil hatte, meinte im Rückblick: „Daß vorzugsweise in den Kreisen des Handels, der Industrie, der Finanz Geneigtheit vorhanden sei, der neuen Fahne zu folgen, war vorauszusehen“<sup>40</sup>.

So gewichtig auch die Unterschiede im Sozialprofil beider Parteien waren — die Sozialschichtung belegt, daß die Gründe für die Spaltung der bürgerlichen Bewegung keine vorwiegend wirtschafts- oder sozialpolitischen waren. Wirtschaftspolitische Differenzen haben das bürgerliche Lager in Württemberg nicht gesprengt; sie wirkten zwar mit, gaben jedoch nicht den Ausschlag<sup>41</sup>. In die unterschiedlichen nationalpolitischen Konzeptionen, an denen die Einheit des parteipolitisch engagierten Bürgertums in Württemberg zerbrach, gingen auch wirtschaftspolitische Divergenzen ein, doch sie bieten keine hinreichende Erklärung für die Spaltung der liberal-demokratischen Fortschrittspartei in die antipreußische demokratische Volkspartei und die propreußische liberal-konservative Deutsche Partei.

---

38 Vgl. Payer, Deutsche Volkspartei, S. 6.

39 Mit dieser Feststellung sollen natürlich andere Motivationen des Nationalstaatsstrebens nicht unterschätzt werden. S. dazu Kap. V.

40 Erinnerungen, Heft X, S. 3.

41 Vgl. dazu Kap. VI.

## IV. Deutsche Partei: Von der liberalen Partei zur nationalen Sammlungsbewegung

### 1. Im Spannungsfeld zwischen „nationaldemokratisch“ — „nationalliberal“ — „nationalkonservativ“

Vor allem die Schleswig-Holstein-Krise trug dazu bei, einen Teil der Liberal-Demokraten mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß nur eine starke Persönlichkeit an der Spitze des preußischen Staats in der Lage sei, der deutschen Misere ein Ende zu machen<sup>1</sup>. Die Schleswig-Holstein-Politik der preußischen Regierung und deren innenpolitischer Kampfkurs verhinderten jedoch, daß diese propreußischen Tendenzen bereits einen größeren Einfluß auf die Haltung des politisch aktiven Teils des liberal-demokratischen Bürgertums gewinnen konnten. Das Organ der württembergischen Demokraten zeigte sich völlig gefeit gegen die Versuchung, „Realpolitik“ zu betreiben, die „das ganze Rechtsbewußtsein in der preußischen Fortschrittspartei aufs tiefste alteriert und korrumpiert“<sup>2</sup> habe. Die Artikel des Sprachrohrs der Hölder-Gruppe demonstrierten hingegen eine deutliche Unsicherheit in der Beurteilung der preußischen Politik und ihres leitenden Staatsmanns. Die „Schwäbische Zeitung“ verurteilte zwar den preußischen Versuch, in Schleswig-Holstein eine Politik der „feudalen Annexion“<sup>3</sup> zu betreiben, und betonte die Pflicht des 36er Ausschusses, „das *Recht des Volkes* gegen Vergewaltigung und Diplomatenkünste zu schützen“<sup>4</sup>. Das Blatt war jedoch auch bereit, „Preußens Bestreben, Meeresküsten zu gewinnen“<sup>5</sup>, aus der preußischen Geschichte herzuleiten und zu legitimieren. Es erinnerte zudem in einer Artikelserie daran, daß auch die derzeitige Gestalt der süddeutschen Staaten aus Annexionen hervorgegangen sei<sup>6</sup>.

Im Juli 1865 unterzog die „Schwäbische Zeitung“ Napoleon und Bismarck einem Vergleich, der die Unsicherheit in der Beurteilung der Bismarckschen Politik besonders deutlich erkennen läßt. Während Napoleons „Cäsarismus“, „der im Innern jede freie Regung mit eiserner Faust unterdrückte, nach außen demokratische Bestrebungen hervorrief und liberale Staatenbildungen ermöglichte“<sup>7</sup>, eindeutig

1 Vgl. Kap. D I, 2b.

2 Beob. Nr. 200 v. 27. August 1865; vgl. auch Kap. D I, 2c.

3 Nr. 150 v. 30. Juni 1865.

4 Nr. 92 v. 21. April 1865. Hervorhebung im Original.

5 Nr. 58 v. 10. März 1865 (Titel).

6 SVZ Nr. 12 v. 17. Januar; 14 v. 19. Januar; 20 v. 26. Januar 1866 („Einiges über Annexieren“).

7 Nr. 155 v. 6. Juli 1865.

verurteilt wurde, fiel das Urteil über Bismarck ambivalent aus. Man respektierte seine „in Deutschland unerhörte Erkenntnis, daß Macht Macht ist, und den Mut, die Macht auch brauchen zu wollen“<sup>8</sup>, hielt ihn jedoch nur für einen „Projektmacher in großem Stil“, dem die „zähe Ausdauer“ des großen Politikers fehle. Vor allem verurteilte die „Schwäbische Volkszeitung“ den innenpolitischen Konfliktkurs Bismarcks, der die Stellung des preußischen Königtums untergrabe. Bismarck habe sich durch sein „engherziges Junkertum jeden großen und bleibenden politischen Erfolg unmöglich gemacht“<sup>9</sup>. Man bewunderte seinen Machtinstinkt, verurteilte aber seine Machtpolitik.

Die Politik der deutschen Großmächte, die sich über die Forderungen der öffentlichen Meinung hinwegsetzten, sowie die Uneinigkeit der Parteien über den eigenen politischen Kurs, ließen das Blatt in einem elegischen Rückblick auf das Jahr 1865 über die „Mittelmäßigkeit“<sup>10</sup> klagen, die in der deutschen Politik vorherrsche: „Kein großer Mann, keine Tat, kein Genie, kein Mut.“ Zugleich schlug es den Grundakkord an, der nun immer stärker alle anderen Töne zu überdecken begann: den Ruf nach einem politischen Führer großen Formats.

Das Gefühl der politischen Ohnmacht des Bürgertums<sup>11</sup> führte das Organ der Höldergruppe zu der Überzeugung, daß eine machtvolle Tat unumgänglich sei, die dem „Lavierern und Debattieren ein Ende macht und den gordischen Knoten mit dem Schwerte zerhaut“<sup>12</sup>. So sehr die Hölder-Gruppe ihre Hoffnungen auch auf Preußen setzte<sup>13</sup> — sie war immer noch bereit, die nationale Einigung von jedem Staat zu akzeptieren, der sich dazu fähig und willens zeigte. Daß diese Einigung aber das Werk staatlicher Machtpolitik sein mußte, die das Bürgertum bestenfalls fördern könnte, galt als unbestreitbar: „Denn so gewiß die deutsche Frage schließlich durch *Gewalt* gelöst werden muß, so gewiß kann nur *die Gewalt*, woher sie auch kommen mag, zum Siege führen, welche im Namen der Einheit und Freiheit *Deutschlands* auftritt und in *ehrlicher* Weise diese hohen Ziele auf ihre Fahne schreibt“<sup>14</sup>. Diese Töne waren zwar dazu bestimmt, die liberal-demokratische Öffentlichkeit auf eine gewaltsame Lösung der deutschen Frage vorzubereiten — einen preußisch-österreichischen Krieg lehnte man gleichwohl entschieden ab. Dieser wäre lediglich

8 SVZ Nr. 175 v. 29. Juli 1865. Dort auch die folgenden Zitate.

9 SZ Nr. 176 v. 30. Juli.

10 SVZ Nr. 2 v. 4. Januar 1866. Dort auch das folgende Zitat.

11 Die SVZ Nr. 50 v. 2. März 1866 ließ ihre „Zeitgemäßen Betrachtungen“ (Titel) ausmünden in den Satz: „Wir sind Alle unnütze Knechte.“

12 SVZ Nr. 68 v. 23. März 1866; vgl. Nr. 32 v. 9. Februar; SZ Nr. 227 v. 30. September 1865.

13 Vgl. etwa SVZ Nr. 67 v. 22. März 1866: „In Preußen steht dem deutschen Rechte bloß eine Person, in Osterreich das ganze System und die Tradition feindselig gegenüber.“

14 SVZ Nr. 227 v. 30. September 1865. Hervorhebung im Original.

ein heilloser Bürgerkrieg, die deutsche Frage aber werde erst gelöst, wenn „einst in Osterreich oder in Preußen ein gewaltiger und freisinniger Staatsmann, ein *deutscher Cavour*“ erstehet, der „seinen Staat an die Spitze der *deutschen Revolution*“<sup>15</sup> stelle. In Bismarck, der „personifizierten Anmaßung und Immoralität“<sup>16</sup>, sah man nicht diesen ersehnten deutschen Cavour.

Als sich der preußisch-österreichische Krieg abzeichnete, propagierte die „Schwäbische Volkszeitung“ ebenso wie der „Schwäbische Merkur“ für die deutschen Mittel- und Kleinstaaten eine Politik der bewaffneten Neutralität<sup>17</sup>. Jetzt, als das zuvor beschworene Zerhauen des gordischen Knotens bevorstand, schreckten die Führer der alten Fortschrittspartei vor den Konsequenzen ihrer eigenen Erwartungen zurück. Sie schienen sogar einen politischen Kurswechsel einzuleiten, indem sie ihre Hoffnungen nun wieder auf „eine große, alle Schichten auf das mächtigste ergreifende Volksbewegung“<sup>18</sup> setzten. Man schien bereit zu sein, die Fixierung des bürgerlichen Nationalstaatsstrebens auf Hilfe „von oben“ aufzugeben und zu einer aktiven Politik des Bürgertums zurückzukehren. Der Parlamentsantrag Bismarcks vom 9. April fing diese Ansätze jedoch auf und lenkte diese ursprünglich antipreußischen und antiösterreichischen Impulse in propreußische Bahnen. Die bürgerliche Öffentlichkeit wies keineswegs, wie es in einer neueren Handbuchdarstellung heißt, „das ihr angetragene Bündnis entrüstet von sich“<sup>19</sup>. Das preußische Angebot eines nationalen Parlaments übte vielmehr eine Faszination aus, der sich selbst engagierte Preußenfeinde nicht völlig entziehen konnten. Die württembergische bürgerliche Öffentlichkeit war zwar von der Unaufrichtigkeit der Bismarckschen Taktik überzeugt, begann aber gleichwohl ihr Bismarckbild einer ersten Revision zu unterziehen. Selbst der „Beobachter“ hoffte auf die Eigendynamik, die dieses Angebot entwickeln würde: „Die Anerkennung des Prinzips des Konstitutionalismus und der Demokratie von dieser Seite liegt nun einmal vor und läßt sich so wenig wieder aus der Geschichte verwischen, als sie sich aus den Akten des Bundestags wieder herausradieren läßt“<sup>20</sup>. Die „Schwäbische Volkszeitung“ schwankte zwischen Ablehnung und Zustimmung<sup>21</sup>. Doch es dominierte die Tendenz, Bismarck beim Wort zu nehmen, ihn als unfreiwilligen Geburtshelfer eines deutschen Nationalstaats mit demokratisch gewähltem Zentralparlament

15 SVZ Nr. 60 v. 14. März 1866.

16 SVZ Nr. 67 v. 22. März 1866.

17 Vgl. SVZ Nr. 76 v. 4. April und die Serie „Neutralität oder Aktivität?“ (ebd. Nr. 78—83 v. 6. bis 12. April 1866). Zum „Merkur“ vgl. Rapp, *Nationale Frage*, S. 135.

18 SVZ Nr. 80 v. 8. April 1866.

19 So Bußmann (*Zeitalter Bismarcks*, S. 87), der jede positive Wertung dieses Parlamentsangebots bestreitet. *Differenzierter urteilt Schieder, Vom Deutschen Bund zum deutschen Reich*, S. 193.

20 Nr. 85 v. 14. April 1866 („Eine Türe geht auf“).

21 Vgl. vor allem Nr. 87 v. 17. April; 92 v. 22. April; 94 v. 25. April; 98 v. 29. April.

zu akzeptieren. Das „Ziel der deutschen Einheit“ stehe der Fortschrittspartei „über dem Mittel“<sup>22</sup>; sie sei bereit, das Parlament als Mittel zur Einheit und Freiheit auch aus „unreiner“ Hand anzunehmen. Es war allerdings eine skeptische Bereitschaft ohne Begeisterung.

Als sich dann immer schärfer die militärische Lösung des deutschen Dualismus abzeichnete, schreckten selbst entschiedene Preußenfreunde zurück. Sogar Gustav Rümelin, der eine „Erweiterung von Preußens Macht und Größe für das historisch Begründete, Naturgemäße, selbst im deutschen Interesse Wünschenswerte“<sup>23</sup> hielt, lehnte die Bismarcksche Politik ab, obgleich er einen preußisch-österreichischen Krieg grundsätzlich für unvermeidbar hielt. Die „Schwäbische Chronik“ ließ sogar einen Artikel erscheinen, der in einem Sieg Preußens unter Bismarcks Führung eine „moralische Versumpfung Deutschlands“<sup>24</sup> befürchtete. Zwei Tage nach der preußischen Niederlage bei Langensalza (27. Juni) notierte selbst Notter, der seit 1848/49 seine Hoffnungen unverändert auf Preußen setzte, in seinem Tagebuch: „Sosehr ich für Preußen bin, habe ich über diese Niederlage doch eine Art von Freude, weil sie hoffentlich eine Änderung der verruchten Bismarckschen Politik hervorrufen wird. Ganz so wie mir geht es den meisten hiesigen Preußenfreunden, deren Zahl doch größer ist, als ich geglaubt hätte“<sup>25</sup>.

Erst der preußische Sieg von Königgrätz und die Gefahr einer französischen Intervention vollendeten den Meinungsumschwung auf seiten der großen Mehrheit der kleindeutsch gesinnten Liberal-Demokraten<sup>26</sup>, denen der „deutsche Beruf“ Preußens nun endgültig als erwiesen galt. In Bismarck erblickten sie jetzt den langersehnten deutschen Cavour.

Daß Bismarck sich nicht bereit zeigte, die Mainlinie zu überschreiten, erbitterte zwar viele württembergische Nationalliberale<sup>27</sup>, doch sie stellten sich frühzeitig darauf ein, den Norddeutschen Bund als ein „Provisorium“<sup>28</sup> zu akzeptieren, das so eng wie möglich mit dem

---

22 So die SVZ Nr. 107 v. 10. Mai 1866. Dort auch das folgende Zitat.

23 Schreiben (NL Schmoller, D. Kaps. 15, undatiert) an seinen Schwager Gustav Schmoller, mit dessen Schwester Rümelin verheiratet war. Vgl. zu Rümelins Haltung auch die Schreiben seiner Frau an ihren Bruder v. 20. Mai und 13. Juli 1866, ebd. Noch im August 1866 hielt Rümelin einen „Rheinbund unter preußischem statt französischem Protektorat“ für das „Nächstliegende“, Brief an Duncker v. 7. August 1866, Schultze (Hrsg.), Duncker-Briefwechsel, Nr. 553.

24 Nr. 151 I v. 28. Juni 1866.

25 Eintrag v. 29. Juni, NL Notter.

26 Vgl. Rapp, Nationale Frage, S. 168 ff.; vgl. allgemein Faber, Realpolitik als Ideologie.

27 Vgl. etwa Notters Tagebucheintrag v. 6. September. Er forderte die Überwindung der Mainlinie als Beweis, „daß Preußen kein Großpreußentum, sondern eine deutsche Aufgabe vor sich“ sieht. Hervorhebung im Original. Vgl. zum Anschlußstreben auch Rapp, Nationale Frage, S. 179 ff.

28 Reyscher, Staatsrechtliche Folgen des deutschen Krieges (1866), S. 32.

Süden zu verklammern sei. Die Bekanntgabe der Allianzverträge beseitigte dann für die Nationalliberalen Württembergs die letzten Zweifel an der Aufrichtigkeit des Bismarckschen Willens, den deutschen Nationalstaat zu schaffen. Der tiefgreifende Wandel ihres Bismarckbildes war nun abgeschlossen. Von der personifizierten Immoralität stieg er zum „großen politischen Reformator“<sup>29</sup> auf.

Die militärische Einigung des Nordens überzeugte große Teile der württembergischen Nationalliberalen, daß auch die volle Realisierung des Nationalstaats nur auf militärischem Wege möglich sei. Der Waffengang mit Frankreich wurde frühzeitig als unvermeidliche Voraussetzung der deutschen Einigung angesehen<sup>30</sup>. Diese Grundüberzeugung von der außenpolitischen Gefährdung des ersehnten deutschen Nationalstaats führte die Deutsche Partei dazu, die Bestrebungen der internationalen Friedens- und Freiheitsliga, die europäische Pazifisten im September 1867 in Genf gründeten<sup>31</sup>, prinzipiell zu verwerfen. Während die württembergischen Demokraten sich an der Liga beteiligten, die in dem Bestand der großen Militärmonarchien das stärkste Hindernis für einen dauerhaften Frieden und für die projektierte Bildung von „Vereinigten Staaten von Europa“ erblickte, erging sich das Organ der Deutschen Partei in maßlosen Diffamierungen der „internationalen Entwaffnungsliga“<sup>32</sup>. Diese werde den „Hexensabbat der Demokratie“<sup>33</sup> heraufführen. Die Deutsche Partei vermochte in den Prinzipien des Genfer Gründungskongresses der Liga nur „humanitäre Ergüsse“<sup>34</sup> zu sehen, die allein darauf abzielten, Deutschland, „das von Waffen startt, um sein gutes Recht gegen den übermütigen Nachbarn [zu] verteidigen“, dieses militärischen Schildes zu berauben, hinter dessen Schutz sich die deutsche Einigung vollziehen sollte. Da die Liga und die Internationale Arbeiterassoziation Bestrebungen zeigten, sich zusammenzuschließen, zumindest aber eng zusammenzuarbeiten<sup>35</sup>, übertrug die Deutsche Partei ihre Aversionen gegen eine politische und zudem noch internationale Arbeiterbewegung auch auf die Friedensliga. Das Parteiorgan polemisierte gegen die „Taschenspieler der Vereinigten Staaten von Europa“, die ihre Hoffnungen auf die „trübe Hefe des lungernenden

29 Karl Schmid v. 3. April 1867, NL Hölder VIII. Schmid (1832—1893, Rechtsanwalt und Stadtschultheiß in Munderkingen, ab 1887 württembergischer Innenminister) gehörte von Anfang an der Deutschen Partei an und war eins ihrer eifrigsten Mitglieder.

30 SVZ Nr. 116 v. 18. Mai 1867, vgl. Brief des Rechtsanwalts Schnitzer, Biberach, v. 11. April 1867, NL Hölder VIII. Diese Überzeugung teilten auch Preußenfeinde, vgl. Moriz an Robert Mohl v. 29. Mai 1868, NL Moser-Mohl III, 23 f. Beob. Nr. 190 v. 17. August 1866 (Artikel Osterlens).

31 Vgl. dazu Annales du Congrès de Genève 1867; Wisotzki; Carr; Fried, 2, S. 78; Campanella.

32 SVZ Nr. 179 v. 2. August 1867. Zur Haltung der Volkspartei s. Kap. D V, 1.

33 SVZ Nr. 215 v. 13. September 1867 (Leitartikel der „Nationalzeitung“, den die SVZ übernahm).

34 SVZ Nr. 210 v. 7. September 1867. Dort auch das folgende Zitat.

35 Vgl. Wisotzki (1971), S. 473 ff.

Kommunismus“<sup>36</sup> setzten. „Wir unsererseits verwahren uns gegen eine Verflachung und Schändung der altheiligen Begriffe von Volk und Vaterland, von Nationalgeist und Vaterlandsliebe, gegen die Leichtfertigkeit eines ficosen Völkerhetärenstums, das sich über der Grabstätte unserer Kultur breitmachen, das auf dem Mausoleum der deutschen Nation, für die die Edelsten und Besten gestritten, für die so viele Menschenalter so viel Blut geflossen ist, den Cancan des wahnwitzigen Weltbrüderstums tanzen möchte.“ Die Genfer Liga galt dem Organ der Deutschen Partei als ein Werk von „vaterlandslosen Demagogen“<sup>37</sup> — wie alles, was dazu tendierte, die Schranken der Nation zu übersteigen. Der preußische Weg zum deutschen Nationalstaat war in der Deutschen Partei so unumstritten als der einzig mögliche anerkannt, daß alle Gegenströmungen dem Verdikt der vaterlandslosen Gesinnung verfielen<sup>38</sup>.

Die groben Diffamierungen, in die das Parteiorgan seine Kritik am Internationalismus kleidete, dürfen allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Kritik und die Befürchtungen, die man mit der Friedensliga verband, auf einem rationalen Kern basierten. Die Genfer Liga entstand als eine internationale Reaktion von unten auf die Friedensgefährdung, die man von den großen Militärmonarchien ausgehen sah. Da sich aus Deutschland aber nur Gegner einer preußisch-deutschen Einigung an der Liga beteiligten<sup>39</sup>, ist es verständlich, daß diese für die preußisch-national gesinnte Öffentlichkeit in erster Linie eine entschieden antipreußische Tendenz trug. Der Versuch, die Ergebnisse von 1866 kurzfristig zu zementieren, langfristig zu revidieren, war für die deutschen Demokraten in der Tat einer der Hauptantriebsgründe für ihren Beitritt zur internationalen Friedens- und Freiheitsliga. In dieser erblickten sie eines der Bollwerke, die sie an der Mainlinie errichten wollten. Man wird jedoch die Genfer Bestrebungen, in einer Zeit der Nationalstaatsbildung „Vereinigte Staaten von Europa“ zu gründen, als unzeitgemäß bezeichnen müssen. Dieser In-

36 SVZ Nr. 180 v. 12. August 1868. Dort auch das folgende Zitat.

37 SVZ Nr. 185 v. 11. August 1868.

38 Vgl. u. S. 405 ff.

39 Die deutschen Mitglieder des leitenden Komitees der Liga waren: Johann Jacoby, Karl Grün aus Heidelberg und Julius Haubmann für die württembergische Volkspartei (NL Haubmann, Bü 104). Ihr Präsident war Gustav Vogt. Der Volksverein Heilbronn stellte im August 1867 den Antrag, „den Beitritt der Demokratie zum internationalen Friedenskongreß zu empfehlen“ (Beob. v. 28. August 1867). Am 6. Januar 1868 faßte das Landeskomitee der Volkspartei Württembergs auf Antrag Haubmanns einen entsprechenden Beschluß (Protokolle des Landeskomitees, NL Haubmann-StAS). Ebenfalls auf Antrag Haubmanns beschloß die Delegiertenversammlung der deutschen Volkspartei am 20. September 1868 zum Berner Kongreß der Liga v. 22. September d. J. die Stuttgarter Haubmann und Brückmann sowie Guido Weiß (Berlin) zu entsenden (ebd.). Ein Teil der Mitglieder des Heidenheimer Volksvereins beschloß 1867, regelmäßige Beiträge an die Liga abzuführen (Protokollbuch 5. September 1867). Es ist nicht zu ersehen, ob man diesen Beschluß realisierte. Der „Beobachter“ druckte mehrfach Artikel ab aus dem Organ der Liga, den „Vereinigten Staaten von Europa“. Die Volkspartei trat 1869 aus der Liga aus, da es nicht gelang, die Komiteemitglieder mit imperativen Mandaten auszustatten (Beob. Nr. 217 v. 14. Juli 1870).

ternationalismus der Demokraten richtete sich gegen das oberste Ziel der Deutschen Partei. Sie sah deshalb in diesem Plan ausschließlich einen Anschlag auf den noch nicht realisierten deutschen Nationalstaat, den sie im Schutz der preußischen Militärmacht und, wenn nötig, mit ihrer Hilfe gegen das Ausland erzwingen wollte.

Die Kritik an den Entspannungs- und Abrüstungsbemühungen der Friedensliga deutete an, daß die Deutsche Partei im Begriff war, einen Kurswechsel einzuleiten: Sie begann das innenpolitische Reformprogramm, das die Hölder-Gruppe 1865 vertreten hatte, zu revidieren. Damals hatte man noch wie die Volkspartei kurze Militärdienstzeiten gefordert<sup>40</sup>, während die Deutsche Partei nun die Angleichung des württembergischen Militärwesens an das erfolgreiche preußische Vorbild verlangte<sup>41</sup>. In der Forderung der Demokraten nach einem Milizheer, der sich die Hölder-Gruppe 1865 angenähert hatte, sah Robert Römer 1867 nur noch ein Mittel, die „deutsche Föderativrepublik herzustellen, d. h. die Pöbelherrschaft und das Ende aller Freiheit“<sup>42</sup>. Die dreijährige Präsenz galt ihm als unverzichtbar. Doch selbst ein Mann wie Römer, der in Württemberg zu den enthusiastischsten Bewunderern preußischer Macht zählte — die „Frankfurter Zeitung“ rechnete ihn zu den „Fünfviertel-“ oder „Hyper-Bismärckern“<sup>43</sup> —, erhoffte sich vom „deutschen Volk in Waffen“<sup>44</sup> eine Garantie gegen „Eroberungs- und Kabinettskriege“. Das starke Heer unter preußischer Führung sollte die deutsche Einigung gegen Frankreich absichern und durchsetzen, nicht aber dynastischen Zwecken dienen. Mit ähnlichen Argumenten verteidigte der 48er-Demokrat Fetzer, der nur zögernd den politischen Kurs der Deutschen Partei mitmachte<sup>45</sup>, das preußische Militärsystem<sup>46</sup>. Die französische Politik, die er als „erbfündlich“ bezeichnete, lasse einen Verzicht auf ein starkes deutsches Heer nicht zu. Das Gefühl, daß das deutsche Einigungswerk durch Frankreich bedroht sei, ließ nicht die Befürchtung aufkommen, daß eine Hypertrophie des Militärischen die innenpolitische Entwicklung in eine Richtung drängen könnte, die von den Liberal-Demokraten in der Deutschen Partei nicht gewünscht wurde. Auch bei einem Demokraten der ersten Stunde wie Friedrich Rödinger, der noch 1864 stehende Heere die „Pest der neueren Geschichte“<sup>47</sup> genannt hatte, verstummten nun alle Bedenken, um gegen einen Eingriff Frankreichs in das Einigungswerk gewappnet zu

---

40 Vgl. o. S. 326.

41 Vgl. R. Römers Schrift „Verfassung des Norddeutschen Bundes und württ. Freiheit“ (1867), S. 41 ff. Die Deutsche Partei vertrieb diese Schrift.

42 Ebd. S. 43.

43 Nr. 183 v. 2. Juli 1871, 2. Blatt.

44 Römer (Anm. 41). Dort auch das folgende Zitat.

45 Vgl. u. S. 389 f.

46 Fetzer, National-Demokratie in Württemberg (1868), S. 43. Auch diese Schrift vertrieb die Deutsche Partei auf Parteikosten. Das folgende Zitat auf S. 19.

47 Rödinger, Gesetze der Bewegung im Staatsleben, S. 6.

sein<sup>48</sup>. Als der norddeutsche Reichstag 1867 die Grundfrage des preußischen Verfassungskonflikts, die Einordnung des Militärbereichs in die verfassungsrechtliche Kompetenz des Parlaments, nur dilatorisch regelte, erhob sich in der Deutschen Partei kein Protest dagegen, obwohl die württembergischen Liberal-Demokraten das ungeschmälerte Budgetrecht stets als eins der wichtigsten parlamentarischen Rechte angesehen hatten. Hölder informierte das Landeskomitee Ende März 1867, daß ihre norddeutschen Gesinnungsfreunde das Verfassungswerk nicht durch „idealistische Forderungen“<sup>49</sup> gefährden wollten. Er hoffte aber, daß der Reichstag nach einer Übergangszeit das volle Budgetrecht erhalten werde. Diese Bereitschaft, die preußische Militärverfassung vollständig zu übernehmen, signalisierte zwar zumindest eine temporäre Verengung des innenpolitischen Reformwillens der württembergischen Nationalliberalen. Gleichwohl war in der Anfangsphase der Deutschen Partei (1866/Anfang 1867) noch nicht entschieden, daß bis zur Reichsgründung das innenpolitische Reformverlangen nahezu völlig vom Nationalstaatsstreben verdrängt würde.

Die Deutsche Partei gab sich im August 1866 zunächst nur ein nationalpolitisches Programm<sup>50</sup>, doch bereits einen Monat später verabschiedete das Landeskomitee ein innenpolitisches Programm von erstaunlicher Breite<sup>51</sup>. Man verlangte eine umfassende Verfassungsreform, und war sogar bereit, eine Neuauflage der verfassungsberatenden Versammlungen von 1849/50 nach dem Gesetz vom 1. Juli 1849 zu unterstützen, falls die Kammer der Standesherrn Reformen verweigern sollte. Das geschäftsführende Landeskomitee ließ eine Denkschrift ausarbeiten, in der die rechtliche Gültigkeit des Gesetzes von 1849 betont wurde<sup>52</sup>. Das Komiteemitglied Karl Pfeifer legte zudem Anfang 1867 den „Entwurf einer revidierten Verfassung für das Königreich Württemberg“ vor. Dieser Verfassungsentwurf, den die Partei vertrieb, sah eine umfassende Sicherung bürgerlicher und parlamentarischer Rechte vor, erstrebte aber kein parlamentarisches Regierungssystem. Bis auf einen Punkt fand auch die Volkspartei ihre Wünsche in diesem Entwurf respektiert: Neben 65 allgemein, direkt und geheim gewählten Abgeordneten sollten die 200 Höchstbesteuerten durch 10 Abgeordnete vertreten werden (§ 104). Dieser Programmpunkt stand im Widerspruch zum innenpolitischen Parteipro-

---

48 S. seine „Denkschrift“ an seine Wähler in: Chronik Nr. 266 I v. 9. November 1866. Vgl. auch die Erklärung des 48er-Demokraten Karl Pfeifer, in der er betonte: „Es ist wahr, es hat eine Wandlung meiner politischen Anschauung stattgefunden, und ich schäme mich derselben nicht.“ (Erklärung v. 6. Dezember 1866, Chronik Nr. 1866, S. 2928; s. auch seine Erklärung in SVZ Nr. 190 v. 17. August 1866).

49 Rundschreiben v. 31. März 1867, NL Hölder VIII. Auch R. Römer ging davon aus, daß nach einer etwa 6jährigen Übergangszeit das volle Budgetrecht des Parlaments „auf irgendeine Weise“ verwirklicht werden müsse (Brief v. 16. Februar 1867, NL Hölder VIII).

50 Vgl. o. S. 332 f.

51 Abgedruckt bei Lang, Deutsche Partei, S. 86—88.

52 Kiehmeyer, Verfassungsrevision und das Gesetz v. 1. Juli 1849 (1867).

gramm, das völlig gleiche Wahlen propagierte, und zur Forderung nach Restauration des Gesetzes von 1849, das lediglich die Zahlung einer direkten Steuer von beliebiger Höhe als Zensus vorschrieb. Da auch die Volkspartei die Wiederherstellung dieses Gesetzes verlangte — sie konnte Anfang 1867 ca. 43 000 Unterschriften dafür sammeln<sup>53</sup> —, hätte sich eine enge innenpolitische Kooperation beider Parteien angeboten. Die Volkspartei lehnte eine Zusammenarbeit jedoch ab<sup>54</sup>. Hinzu trat aber, daß die Deutsche Partei ihre eigene Werbekampagne für das Gesetz von 1849 auf Grund innerer Differenzen abbrechen mußte.

Der engere Parteivorstand bildete zunächst eine Spezialkommission, die eine Kampagne zugunsten einer Wiederherstellung dieses Gesetzes organisieren sollte. Pfeifer, der die Hauptarbeit in der Kommission übernahm, wollte diese Agitation benutzen, um die Bevölkerung in Bezirkskomitees zu organisieren und sie somit an die Deutsche Partei heranzuführen<sup>55</sup>. Die Realisierung dieses Plans hätte zwangsläufig das innenpolitische Reformstreben der Partei gegenüber dem nationalpolitischen Programm in den Vordergrund treten lassen, zumindest aber beide Programme gleichgewichtig nebeneinander gestellt. Dem widersetzten sich die übrigen Mitglieder der Spezialkommission, die sich auf eine Unterschriftensammlung beschränken wollten. Auch Kielmeyer, der die erwähnte Schrift für die Wiederherstellung des Gesetzes von 1849 verfaßte, trat aus der Kommission aus. Auf Grund dieser Kontroverse brach man im März 1867 die Kampagne ab, mit der die Deutsche Partei zum ersten- und zugleich letztendlich einen wichtigen innenpolitischen Programmpunkt in den Mittelpunkt ihrer Aktivität stellte.

Diese Agitation entzweite nicht nur die ehemaligen Mitglieder der Fortschrittspartei innerhalb der Deutschen Partei, sondern beschwor zugleich die Gefahr eines Bruchs mit den konservativen Pietisten, die 1866 zur Deutschen Partei gestoßen waren. Zwei führende Pietisten zogen sich wegen der Reformkampagne aus dem Führungskreis zurück: Oskar Wächter trat aus dem engeren Parteivorstand aus<sup>56</sup>; Chevalier ließ sich 1867 nicht wieder in das Landeskomitee wählen.

<sup>53</sup> Vgl. Runge, S. 129 f.

<sup>54</sup> SVZ Nr. 21 v. 25. Januar 1867 (Briefe der Spezialkommission der Deutschen Partei und Osterlens für die Volkspartei); Erklärung Widenmanns v. 28. Januar 1867, NL Hölder VIII.

<sup>55</sup> Dies und das Folgende nach: Schreiben an Hölder von Fetzer v. 25. Januar; Pfeifer v. 4. Februar; 24. März; R. Römer v. 16. Februar; Schmid (Munderkingen) v. 3. April; Schnitzer v. 11. April; Reyscher v. 26. Juni; Hölder an Mitglieder des Landeskomitees v. 31. März 1867 (alle NL Hölder VIII).

<sup>56</sup> Sein Brief v. 10. Januar 1867, ebd. Noch 1865 hatte das Organ der Hölder-Gruppe Wächter heftig angegriffen, da er in pietistischen Kreisen Petitionen für die Aufrechterhaltung der Todesstrafe organisierte (SZ Nr. 33 v. 9. Februar 1865). Vgl. dagegen die Artikelserie „Die kirchlich gesinnten Protestanten und die politischen Fragen“, SVZ Nr. 96—100 v. 25. bis 30. April 1867. Als der „Landbote“, den Wächter herausgab, 1869 erneut die Todesstrafe verteidigte (Nr. 46 v. 13. November 1869), gab es keine Proteste seitens der Deutschen Partei.

Die große Mehrheit der Pietisten stand bis 1866 in entschiedener Opposition zum Liberalismus, wenngleich sich in handelspolitischen Fragen schon zuvor eine Zusammenarbeit angebahnt hatte<sup>57</sup>. So unterschiedlich auch die politischen Ziele der pietistischen Gruppen waren — „die schwere Erschütterung der weltlichen Ordnung [in der Revolution von 1848/49] führte sie alle bedingungslos in die Arme der konservativ-monarchistischen Obrigkeit“<sup>58</sup>. Erst als seit 1859 die nationale Frage alle anderen politischen Trennlinien zu überlagern begann, überwand auch die Pietisten langsam ihre „Reserve gegenüber Parlament und Parteien“<sup>59</sup>, und ein Teil von ihnen näherte sich schrittweise der propreußischen Richtung der Liberal-Demokraten. Der preußische Sieg von 1866, den die Pietisten — wie der 48er-Demokrat Fetzer<sup>60</sup> — als ein „Gottesurteil“ interpretierten, vollendete diesen Annäherungsprozeß, der zugleich die Differenzen innerhalb der pietistischen Gruppen überbrückte. Die führenden Köpfe der Stuttgarter pietistischen Gemeinde — Chevalier, Wächter, Bankdirektor Karl Fetzer<sup>61</sup>, Buchhändler Friedrich Steinkopf — schlossen sich der Deutschen Partei an, in der sie die „streng konservative Richtung“<sup>62</sup> vertraten. Bei den Zollparlamentswahlen von 1868 versuchten sie, ihre Glaubensbrüder mit einem „Sendschreiben an die christlichen Gemeinschaften Württembergs“<sup>63</sup> zu mobilisieren. In gewundenen Formulierungen waren sie bestrebt, den Nachweis zu führen, daß die grundsätzliche Pflicht des Pietisten zum Gehorsam gegen die weltliche Obrigkeit mit dem Engagement für die Deutsche Partei zu vereinen sei, die ja von der Regierung in den Zollparlamentswahlen bekämpft wurde. Über die Pflicht, sich der landesherrlichen Obrigkeit zu fügen, stellten sie das Gebot, der protestantischen Vormacht in Deutschland zu dienen. „Preußen hat unter den deutschen Staaten allein den in auswärtigen Ländern wohnenden Deutschen Kirchen errichtet und sie ums Evangelium versammelt.“ Österreich „zur Seite ließ Gott ein protestantisches Fürstenhaus erstarken und aus allen Prüfungen und Gefahren größer, mächtiger, fähiger, das Zerstreute zu sammeln, hervorgehen“. Der preußische Waffenerfolg habe schließlich jeden Zweifel an der Gott wohlgefälligen preußischen Politik beseitigt. „Der Sieg wurde ihm gegeben, es hat ihn nicht errungen, das sollte den Augen eines Christen klar sein.“ Der Christ müsse deshalb

---

57 Vgl. Kap. D VI.

58 Lehmann, Pietismus und weltliche Ordnung in Württemberg, S. 225 f. Vgl. zum folgenden ebd. S. 207 ff. S. auch Schäfer, Württ. Landeskirche und deutsche Einigung.

59 Lehmann, S. 260.

60 National-Demokratie, S. 17.

61 Nicht zu verwechseln mit dem 48er-Demokraten Carl August Fetzer.

62 Lang, Erinnerungen, H. X, S. 4.

63 Datiert v. 14. März 1868. Danach die folgenden Zitate. Hervorhebungen im Original. Vgl. zum „Sendschreiben“ auch Lehmann (S. 248), und Rapp, Nationale Frage, S. 282–284.

seine Aufgabe erkennen, dem „Anhalten am Gebet und in der Fürbitte“ das politische Engagement für diejenige deutsche Macht an die Seite zu stellen, der Gott die Führung Deutschlands anvertraute.

Da in den 1860er Jahren ca. 30 000—40 000 Pietisten in Württemberg lebten, die zudem innerhalb der württembergischen Landeskirche als Gemeinde aktiver Gläubiger in verschiedenen Organisationen fest vereint waren<sup>64</sup>, boten sie der Deutschen Partei ein erhebliches Reservoir an Sympathisanten. Diese traten zwar nur zum geringen Teil in die Partei ein, aber auf deren Stimmen konnten die Liberal-Konservativen in Wahlen rechnen — vorausgesetzt, die Partei konzentrierte sich auf ihr nationalpolitisches Programm. Mit dem „Landboten“ schufen die Pietisten der Deutschen Partei zudem ein zusätzliches Organ, das die Parteikasse im Gegensatz zur „Schwäbischen Volkszeitung“ finanziell nicht belastete<sup>65</sup>.

Erst nach der Reichsgründung brachen die alten Differenzen innerhalb der Pietisten wieder auf. Während Chevalier sich den National-liberalen im Reichstag anschloß, standen andere, wie Wächter und Bankdirektor Fetzer, an der Spitze derer, die sich 1876 von der Deutschen Partei abspalteten und die Deutschkonservative Partei in Württemberg gründeten<sup>66</sup>.

Diese Koalition mit den Pietisten gingen manche Liberal-Demokraten in der Deutschen Partei anfangs nur widerwillig ein. Widenmann, der bereits 1848/49 zu den Liberalen gezählt und sich dann frühzeitig dem Nationalverein angeschlossen hatte<sup>67</sup>, äußerte Bedenken, da Liberal-Demokraten, die nicht den extrem föderalistischen Kurs der Volkspartei mitmachen wollten, von der „unnatürlichen Allianz mit den Pietisten“ abgestoßen würden. Er konzidierte diese Allianz mit der „orthodox-protestantischen Partei“ allenfalls als eine „vorübergehende politische Einigung heterogener Kräfte zu einem vorliegenden praktischen Zweck“. Widenmann stand mit seiner Scheu vor einer Verbindung liberal-demokratischer und konservativer Kräfte nicht allein. So schrieb ein Rechtsanwalt aus Ellwangen<sup>68</sup>, der sich als Demokrat und Republikaner bekannte, „natürlich ohne mich Illusionen über die Zeit der Verwirklichung unseres Ideals hinzugeben“: „Ich möchte mit Oskar Wächter, mit Chevalier und dergleichen um keinen Preis in einem formellen Klub sein.“ Auch Theodor Georgii, der eine der württembergischen Agenturen des Nationalvereins geleitet

---

64 Lehmann, S. 254.

65 Vgl. Kap. D II, 4, und Rundschreiben des Landeskomitees v. Februar 1869, NL Hölder III.

66 Vgl. Hölder-Tagebuch (NL Hölder), S. 167; Stuttgarter Neue Zeitung Nr. 221 f. v. 21 September 1876; 149 v. 28. Juni 1878; Stetter, S. 289.

67 Vgl. Anm. 72, S. 305. Das Folgende nach seinem Brief v. Anfang August 1866 an Gustav Müller, der ihn an Hölder weitergab (NL Hölder VIII), Heyderhoff, Sturmjahre I, Nr. 257.

68 Loewenstein, Brief v. 5. September 1867, NL Hölder VIII. Dieses Faszikel enthält etliche Zeugnisse ähnlicher Art.

hatte<sup>69</sup>, fühlte sich von diesen beiden Pietisten im engeren Parteivorstand abgestoßen. Bei Georgii kam hinzu, daß er zu den wenigen Anhängern der Deutschen Partei gehörte, die zwar immer die deutsche Einigung von Preußen erhofft, sich aber nun mit dessen gewaltsamen Vorgehen in der National- und Innenpolitik noch nicht abgefunden hatten<sup>70</sup>.

Die Haltung des Rechtsanwalts Fetzer bezeugt besonders deutlich die Skrupel alter Liberal-Demokraten, sich mit dem liberal-konservativen Zweckbündnis zu versöhnen, das eine einseitige Ausrichtung auf das nationalpolitische Programm der Partei unumgänglich machte. Fetzer stammte aus einer Familie, die beim oppositionellen Bürgertum Württembergs in hohem Ansehen stand<sup>71</sup>. Die Stuttgarter Führungsgruppe der Deutschen Partei wollte deshalb auf seine Mitarbeit nicht verzichten und bemühte sich stark um ihn. Fetzer schloß sich zwar der Deutschen Partei an, doch nur mit erheblichem Widerstreben. Er beurteilte diese Partei als eine Koalition von Großpreubentum und protestantischer Orthodoxie, in der liberal-demokratische Forderungen keinen Platz haben konnten. Fetzer sah jedoch außerhalb der Deutschen Partei keine Wirkungsmöglichkeit, die seinem Nationalstaatsstreben entsprochen hätte. Eine Mitarbeit in der Volkspartei war für ihn nicht akzeptabel. Deren Programm entsprach zwar seinen demokratischen Prinzipien, doch ihr extremer Föderalismus stieß ihn ab. Als Mittelweg zwischen Volkspartei und Deutscher Partei hätte sich ihm nur ein resignierter Rückzug ins Privatleben geboten, der jedoch für einen Homo politicus wie Fetzer, der seit 1845 dem württembergischen Landtag angehörte, indiskutabel war. Er sah sich deshalb gezwungen, sich einer Partei anzuschließen, deren Zusammensetzung und deren Abfall von ihrem eigenen innenpolitischen Programm<sup>72</sup> er ablehnte. Fetzer versuchte eine Kompromißlösung zu realisieren: Er schloß sich der Deutschen Partei an, die er nicht voll akzeptierte, trat aber 1867, als die Partei ihr inneres Reformprogramm aufgab, aus dem engeren Parteivorstand und aus dem Landeskomitee aus. Er blieb jedoch Parteimitglied. 1868 überwand er diese Phase der distanzierten Mitarbeit. Im Zollparlament sah er eine Möglichkeit,

69 Vgl. o. S. 301. Das Folgende nach seinem Brief v. 19. September 1866 an den engeren Parteivorstand, ebd. Georgii trat aber trotz seiner Bedenken ebenso wie Loewenstein und Widenmann der Partei bei.

70 Vor allem Preußens Vorgehen gegen Frankfurt erregte auch unter den württembergischen Preußenfreunden starkes Mißfallen. Vgl. Maria Rümelin an G. Schmoller v. 2. August 1866, NL Schmoller D Kaps. 15; oder Reuchlin an Hermann Heinrich Meier v. 11. Januar 1867, Heyderhoff, Sturmjahre I, Nr. 281.

71 Sein Vater Dr. Karl Fetzer (Rechtsanwalt in Stuttgart, 1777—1835) war Landtagsabgeordneter von 1806 bis 1824. Er gehörte zu den prominenten Vorkämpfern für das „gute alte Recht“, vgl. Fetzer, National-Demokratie, Vorwurf. Das Folgende nach Hölders Rundschreiben v. 7. August. NL Hölder VIII; Fetzer an G. Müller (Anm. 67); Fetzer v. 10. Juli, 20. Juli, 15. Dezember 1866, 25. Januar 1867 (NL Hölder VIII); v. 8. April 1867, Heyderhoff, Sturmjahre I, Nr. 291.

72 Vgl. dazu neben den Ausführungen über die Agitation zur Wiederherstellung des Gesetzes v. 1. Juli 1849 (o. S. 385 f.) auch Kap. D IV, 2.

eben erstritten werden, sie falle einem nicht als reife Frucht in den Schoß, man müsse um sie kämpfen im Schweiß des Angesichts."

In Hölders Position konnten beide Extreme in der Partei ihre Erwartungen wiederfinden: bedingungsloser Anschluß an den Norden und Hoffnung auf Reformen, sobald die nationale Einheit erreicht war. Hölder stieg auf Grund dieser Vermittlungsfunktion, die er ausübte, zur großen Integrationsfigur in der Partei auf. Vor allem überzeugte Liberale und Demokraten sahen in ihm eine Garantie dafür, daß die Allianz mit den Konservativen nicht auf Kosten des liberal-demokratischen Erbes der alten Fortschrittspartei gehen würde. Hölders Name, mit dem seit den Reaktionsjahren große Teile des oppositionellen Bürgertums ihre Reformerverwartungen verbanden, strahlte so große Integrationskraft aus, daß manche Liberal-Demokraten ausdrücklich seine Unterschrift auf ihren Mitgliedskarten verlangten<sup>85</sup>. Von seinem Namenszug erhoffte man sich eine Bürgschaft für eine künftige Reformära. Diese Hoffnung trog.

---

85 Widenmann v. 31. Januar 1867, NL Hölder VIII. Widenmann warb, wie erwähnt, den Biberacher Volksverein für die Deutsche Partei. Er betonte nachdrücklich, daß nur Hölders Unterschrift erwünscht sei. Vgl. zu Hölders Integrationswirkung auch Elbens Lebenserinnerungen, S. 210.

## 2. Nationalkonservative Dominanz

Als im März 1867 die Agitation für eine Verfassungsreform eingestellt und damit auch das innenpolitische Reformprogramm sistiert wurde, kehrte die Deutsche Partei zu ihren frühesten Anfängen zurück: zur Forderung „Keine Trennung nach der Mainlinie“<sup>1</sup> bzw. deren Überwindung. Im Rückblick erinnerten sich führende Männer der Deutschen Partei ihres ehemaligen Reformeifers kaum noch oder werteten ihn ab. Wilhelm Lang bezeichnete in seiner Festschrift zum 25jährigen Bestehen der Partei (1891) das innenpolitische Programm von „ausschweifenden Träumen“ als „verzeihlich“ auf Grund des Überschwangs der ersten Freude, daß man der „Bevormundung durch den Bund“ entronnen war<sup>2</sup>. In seinen unveröffentlichten Erinnerungen sprach er sich noch deutlicher aus: „In der Deutschen Partei [...] hatten sich viele für die ganze Sache nicht recht erwärmen können. Die Galvanisierung eines Gesetzes aus dem Jahre 1849 erschien ihnen ein Anachronismus, und überhaupt zeigte sich in unseren Reihen ein mäßiges Interesse für jene inneren Reformen. Sie standen für uns jedenfalls erst in zweiter Linie. Wir waren zusammengetreten, um gegen die Mainlinie zu protestieren, unser Ziel war die deutsche Einheit: Dies war das Band, das uns zusammenhielt und war auch das alles verschlingende Interesse bei unseren wöchentlichen Versamm-

---

1 Vgl. o. S. 330 f.

2 Deutsche Partei, S. 26.

lungen<sup>3</sup>." Reyscher und Elben würdigten das Reformprogramm in ihren Erinnerungen nicht. Hölder übergibt es bereits 1869 in seinen „Beiträgen zur Entstehungsgeschichte der Deutschen Partei“.

1867 veranstaltete die Deutsche Partei vier Gau- und eine Landesversammlung, deren Beschlüsse die Konzentration auf die nationale Frage und das Abrücken vom inneren Reformprogramm markierten<sup>4</sup>. Die Ulmer Versammlung vom 20. Januar drückte ihre Zustimmung zur Agitation für die Wiederherstellung des Gesetzes vom 1. Juli 1849 lapidar in einem Satz aus, während sie vier ausführliche Punkte den nationalen Zielen der Partei widmete. Den Grundtenor der Resolutionen bildete die Forderung: Die nationale Einheit „muß jederzeit das oberste, alle anderen Rücksichten beherrschende Ziel der Bestrebungen des deutschen Volkes sein“ (aus Punkt 1). Die beiden folgenden Versammlungen im April standen dann ganz unter dem Eindruck der Luxemburg-Krise.

Am gleichen Tag (1. April 1867), als Bennigsen im norddeutschen Reichstag seine bekannte Interpellation in der Luxemburg-Frage vorbrachte, informierte Robert Römer<sup>5</sup> seinen Parteifreund Hölder, ihm sei aus „*absolut sicherer Quelle*“ bekanntgeworden, daß „an maßgebender Stelle“ nationale Kundgebungen in Süddeutschland zur Erhaltung Luxemburgs erwünscht seien. Daher sei es „Pflicht, dieselben zu veranstalten“ und „allerhöchste Eile“ geboten. Noch im April forderte Hölder als Parteivorsitzender in einem Rundschreiben Mitglieder und Vertrauensmänner<sup>6</sup> auf, solche Kundgebungen in möglichst vielen Oberämtern „mit allen Kräften“ abzuhalten. Hölder maß der Luxemburg-Krise eine Schlüsselrolle im deutschen Einigungswerk zu. Im Falle eines Krieges, den er für unvermeidbar hielt, sollte die württembergische Regierung durch die mobilisierte Öffentlichkeit an die Seite Preußens gedrängt werden. Denn in einer preußischen Niederlage gegen Frankreich sah er eine „Gefährdung der Errungenschaften des Jahres 1866“. Österreich stiege dann mit französischer Unterstützung zur Führungsmacht südlich der Mainlinie auf, und diese wäre auf unabsehbare Zeit zementiert. Sollte Preußen aber ohne Unterstützung der süddeutschen Staaten siegen, so würde es deren „Treubruch gewiß nicht ungestraft lassen“. Welcher Art die preußischen Sanktionen sein könnten, erörterte Hölder allerdings nicht. Vermutlich befürchtete er, daß dann seine Hoffnung auf eine bundesstaatliche Regelung nicht mehr zu realisieren sei, sondern Bismarck eine zentralistische Verfassung diktieren würde.

3 Erinnerungen, H. X, S. 10.

4 Die Beschlüsse der Gauversammlungen in Heilbronn (7. April), Biberach (28. April) und der Landesversammlung in Stuttgart (27. September) sind abgedruckt bei Lang, Deutsche Partei, S. 88 f., 89 f., 91 f. Die Beschlüsse der Gauversammlung in Ulm (20. Januar) und Tübingen (12. Mai) werden zitiert nach den Materialien im NL Hölder IX, 3 und XIII. Hervorhebungen im Original.

5 NL Hölder VIII, Hervorhebung im Original.

6 23. April 1867, ebd. Danach auch das Folgende. Hervorhebung im Original.

Die organisatorische Schwäche der Deutschen Partei erlaubte es nicht, die von Hölder geforderten machtvollen Kundgebungen durchzuführen. Man beschränkte sich darauf, in Heilbronn und Biberach je eine große Versammlung durchzuführen, auf denen Bündnistreue und sofortige Angleichung des württembergischen Militärsystems an das preußische gefordert wurde<sup>7</sup>. Das Ulmer Treffen vom 12. Mai kam bereits zu spät, da die Londoner Konferenz vom 7.—11. d. M. die Luxemburg-Krise entschärfte.

Nachdem sich die Hoffnung nicht erfüllte, die Luxemburg-Frage als Hebel für den vollen Anschluß des Südens an den Norddeutschen Bund zu nutzen, konzentrierte sich die Deutsche Partei darauf, die militärische und wirtschaftliche Verklammerung möglichst eng zu gestalten. Die Agitation für die Ratifizierung der Schutz- und Trutzbündnisse durch den württembergischen Landtag bahnte eine Kooperation der Deutschen Partei mit denjenigen konservativen Kreisen an, die der Partei bisher noch fernstanden. In Stuttgart hatte sich unter Führung der späteren Minister Mittnacht, Sarwey und Sick (damals Stuttgarter Oberbürgermeister) eine sog. „liberale Partei“ gebildet, die Hof- und Regierungskreise umfaßte<sup>8</sup>. Unter dem Eindruck der Kriegsgefahr in der Luxemburg-Krise sprachen sich diese Konservativen, die sich Liberale nannten, für den Eintritt Württembergs in den Norddeutschen Bund bei nur geringfügigen Modifikationen der Bundesverfassung aus. Vor allem aber forderten sie Anpassung an die preußische Heeresverfassung. Ein grundsätzlicher Kurswechsel der württembergischen Regierung schien sich anzubahnen, denn kurz nach diesen Äußerungen der Hof- und Regierungspartei wurde Justizminister von Neurath, ein entschiedener Gegner der Allianzverträge, entlassen und Mittnacht berufen. Vor allem aber trat an die Stelle des Kriegsministers Hardegg, der sich gegen die Übernahme der preußischen Heeresverfassung gewehrt hatte, Freiherr von Wagner, der den als „schneidigen Preußenfreund bekannten“<sup>9</sup> Major von Suckow als Adjutanten erhielt.

Mit den Konservativen außerhalb der Deutschen Partei konnte diese auch zusammenarbeiten, als der Landtag Ende Oktober/Anfang November 1867 über die Allianz- und Zollvereinsverträge beriet. Am 25. Oktober veranstalteten beide politischen Richtungen gemeinsam eine Bürgerversammlung in Stuttgart, auf der die ca. 1000 Teilnehmer

---

7 Zur Heilbronner Versammlung s. auch den ausführlichen Bericht in SVZ Nr. 84—87 v. 9. bis 12. April 1867. Vgl. auch Lang, Erinnerungen, H. X, S. 22. Zur Biberacher Versammlung s. SVZ Nr. 100—102 v. 30. April bis 2. Mai und zum Tübinger Treffen Nr. 113—115 v. 15. bis 17. Mai 1867.

8 Vgl. Rapp, Nationale Frage, S. 227 f.; Lang, Erinnerungen, H. X, S. 22 f. (auf diesen Ausführungen dürfte Rapps Darstellung dieser Vorgänge beruhen); SVZ Nr. 228 v. 28. September; 264 v. 10. November 1867 (Rede Hölders). Der sog. „liberalen Partei“ gehörte u. a. Eduard Elben an, der Vetter Otto Elbens.

9 Lang, Erinnerungen, H. X, S. 22. Vgl. Suckow, Aus meinem Leben, S. 23 f.; Sauer, Heer, S. 212 f.

in einer Resolution die Annahme der Verträge forderten<sup>10</sup>. Besonders umstritten waren die Allianzverträge. Als die Abgeordnetenkammer jedoch mit 53 zu 37 Stimmen entschied, daß einfache Stimmenmehrheit genüge, da keine Verfassungsänderung vorliege, konnten die Schutz- und Trutzbündnisse ebenso wie die Zollvereinsverträge ratifiziert werden<sup>11</sup>. Das Organ der Deutschen Partei feierte den Abstimmungssieg als eine „zweite Schlacht bei Königgrätz“<sup>12</sup>.

Die Koalition mit den Regierungsanhängern zerbrach allerdings rasch, da sich die Regierung mit allen antipreußischen Kräften in den Zollparlamentswahlen verbündete<sup>13</sup>. Gleichwohl führte der gemeinsame Kampf um die wirtschaftliche und militärische Überbrückung der Mainlinie der Deutschen Partei erneut konservative Kräfte zu<sup>14</sup>. Dieser Erfolg bei den Konservativen bestärkte die Konzentration der Deutschen Partei auf ihr nationalpolitisches Programm. Die Landesversammlung vom 27. September 1867 verlangte zwar noch einmal die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts als Vorbedingung für eine Verfassungsreform (Punkt 2), doch im Vordergrund stand die „Fundamentalforderung der Deutschen Partei“: der Eintritt Württembergs in den Norddeutschen Bund<sup>15</sup>.

Die Luxemburg-Krise und ihr Ausgang, der die Deutsche Partei enttäuschte<sup>16</sup>, bestärkte diese in ihrer Auffassung, daß die Übernahme der preußischen Militärverfassung eine unentbehrliche Klammer zwischen Nord- und Süddeutschland bilde. Das Parteiorgan veröffentlichte deshalb eine Vielzahl von Artikeln und Artikelserien, in denen die Notwendigkeit dargelegt wurde, die württembergische Militärverbände, diese „Jahrmarktsspielzeuge“<sup>17</sup>, nach preußischem Vorbild umzuformen.

Der Norddeutsche Bund galt überhaupt als Reformschrittmacher, dem sich Württemberg anzuschließen habe. Eigene Reformwünsche, wie etwa die Revision der Strafprozeßordnung, stellte man zurück,

<sup>10</sup> SVZ Nr. 253 v. 29. Oktober 1867.

<sup>11</sup> Zu den Landtagsverhandlungen ausführlich Rapp, Nationale Frage, S. 248 ff. Soweit ich sehe, opponierte innerhalb der Deutschen Partei nur der 48er-Demokrat Karl Pfeifer gegen die Allianzverträge. Er monierte aber in erster Linie die Form, in der diese abgeschlossen wurden. Er sah in dem geheimen Vertragsabschluß eine Mißachtung des Landtags. Besonders empörte ihn die Behauptung der SVZ, die Regierung dürfe die Verträge auch ohne Zustimmung durch den Landtag rechtsgültig abschließen — eine Behauptung, die ihm die „Schamröte“ ins Gesicht steigen lasse (Pfeifer an Parteivorstand v. 24. März 1867, NL Hölder VIII). Die Zollvereinsverträge galten als verfassungsändernde. Sie wurden mit  $\frac{2}{3}$ -Mehrheit ratifiziert.

<sup>12</sup> SVZ Nr. 257 v. 2. November 1867, vgl. Rapp, Nationale Frage, S. 257.

<sup>13</sup> Vgl. Schübelin, S. 90 f., 96 f.

<sup>14</sup> Vgl. die Briefe von Th. Tafel v. 30. März; NL Hölder VIII; Reuchlin an Bluntschli v. 13. Juni 1867, NL Bluntschli.

<sup>15</sup> Formulierung Kilian Steiners auf der Landesversammlung, Beilage zur SVZ Nr. 230 v. 2. Oktober 1867.

<sup>16</sup> Vgl. z. B. SVZ Nr. 112 v. 14. Mai oder Reuchlins Brief an Bluntschli (Anm. 14).

<sup>17</sup> SVZ Nr. 254 v. 30. Oktober 1867. Zur Heeresreform, die der Landtag 1868 billigte, vgl. neben Sauer auch Weinmann, S. 76—84.

um dem norddeutschen Reichstag nicht vorzugreifen<sup>18</sup>. Die Reformbereitschaft der württembergischen Regierung, mit der diese die partikularstaatliche Position des Landes stärken und die Anziehungskraft des Nordens auf die württembergische Bevölkerung schwächen wollte<sup>19</sup>, brachte die Deutsche Partei in einige Verlegenheit. Ihr Organ klagte: „Jetzt wird auf einmal mit Feuereifer ins Reformzeug gegangen, die schwierigsten Arbeiten werden im Fluge erledigt, und Reformen, die man bescheidenlich nach und nach zu gewinnen erwartet hatte, mit freigelegter Hand alle zumal angeboten, denn jetzt gilt es württembergische Opposition gegen Deutschland zu machen; um die furchtbar drohende Einheit zu bekämpfen, braucht man Popularität und württembergischen Patriotismus<sup>20</sup>.“ Manche Liberal-Konservativen wollten nun selbst den Eisenbahnbau drosseln, der seit 1866 mächtig forciert worden war<sup>21</sup>, wobei man vor allem durch den Ausbau von Nebenstrecken die verkehrsmäßige Erschließung des Landes vorangetrieben hatte. In dieser Frage operierte die Partei aber nicht einheitlich. Während Robert Römer monierte, daß sich Württemberg wie ein „Großstaat“<sup>22</sup> einrichte, setzte sich Otto Elben stark für den Bau weiterer Strecken ein<sup>23</sup>. Elbens Position entsprach gewiß mehr den Erwartungen der Parteimitgliedschaft, in der Industrie und Handel stark vertreten waren.

In den Zollparlamentswahlen von 1868 zeigte sich die Deutsche Partei erneut bereit, eine nationale Sammlungsbewegung zu bilden, die Gruppierungen mit heterogenen innenpolitischen Zielsetzungen vereinte. Der engere Parteivorstand forderte die Parteimitglieder auf, bei der Prüfung von Kandidaten deren nationalpolitische Vorstellungen als oberstes Kriterium zu beachten. Man sollte hingegen darüber hinwegsehen, wenn ein national gesinnter Kandidat „unsern Anforderungen in freiheitlicher Beziehung nicht durchaus entspricht“<sup>24</sup>. In den Zollparlamentswahlen konnte die Deutsche Partei jedoch noch keine größeren Einbrüche in diejenigen konservativen Kreise erzielen, die ihr bisher fernstanden. Die Konservativen außerhalb der Deutschen Partei hatten sich zwar für die Annahme der Allianz- und Zollvereinsverträge eingesetzt. Doch nachdem die militärische und

---

18 Vgl. SVZ v. 12. Dezember 1867.

19 So die Generalthese von Weinmann. Die wichtigsten Reformvorhaben waren: die Regierungsvorlage über eine umfassende Verfassungsrevision, von der nur die Wahlrechtsreform verwirklicht wurde (ebd. S. 57—69); der gescheiterte Versuch einer Verwaltungsreform (S. 69—74); die Justizreform (S. 74 f.) und die Heeresreform (S. 76—84).

20 SVZ Nr. 91 v. 17. April 1867.

21 Vgl. Weinmann, S. 50 f., und allgemein dazu Kap. A I, 3.

22 Rede auf einer Versammlung in Geislingen, SVZ Nr. 273 v. 21. November 1867. Römer fügte hinzu, daß die Mehraufwendungen für die Heeresreform natürlich aufgebracht werden müßten.

23 Vgl. seine Lebenserinnerungen, S. 225 ff. Der Stuttgarter Handelskammerbericht für 1864 forderte den Beginn einer „Eisenbahnperiode“ (S. 48).

24 Rundschreiben v. 1. Januar 1868, NL Reyscher.

wirtschaftliche Verklammerung von Nord- und Süddeutschland gesichert war, machten diese partikularistischen Konservativen ebenso wie die württembergische Regierung Front gegen jeden Versuch, die Kompetenzen des Zollparlaments zu erweitern<sup>25</sup>.

Erst in den Landtagswahlen, die noch im gleichen Jahr stattfanden, verringerte sich die Polarisierung zwischen der Regierung samt ihren Anhängern und der Deutschen Partei. Nachdem die württembergischen Partikularisten ihren Anteil dazu beigetragen hatten, daß sich das Zollparlament nicht zum Vollparlament entwickeln konnte, fiel diese negative Koalition von Demokraten und Konservativen auseinander. In den Landtagswahlen bekämpften sich die Partikularisten von links und rechts vornehmlich gegenseitig<sup>26</sup>, während die Deutsche Partei relativ unbehelligt blieb. Auf Grund des Ergebnisses der Zollparlamentswahlen unterschätzten die Demokraten wohl die politische Kraft der Reichsgründungspartei und konzentrierten ihre Angriffe deshalb auf die Regierungsanhänger. Regierung und Deutsche Partei waren hingegen an einer begrenzten Zusammenarbeit interessiert. Schon kurz nach den Zollparlamentswahlen signalisierte Varnbüler die Bereitschaft der Regierung, in den Landtagswahlen mit der Deutschen Partei zu kooperieren<sup>27</sup>. Es kam zwar nicht zu einer offenen Zusammenarbeit<sup>28</sup>, aber beide Seiten vermieden heftige gegenseitige Angriffe. Die Deutsche Partei zeigte sich bereit, die Kandidatur von Regierungsanhängern zu unterstützen, sofern sie grundsätzlich einer bundesstaatlichen Einigung Deutschlands zustimmten<sup>29</sup>.

Die Nationalliberal-Konservativen warben zudem erfolgreich um die Unterstützung ritterschaftlicher Abgeordneter. Da die „nationale Frage alle anderen weit überwiegt“<sup>30</sup>, schloß die Deutsche Partei auch die Privilegierten der Abgeordnetenversammlung in ihren Versuch ein, alle Abgeordneten zu vereinigen, „welche weder mit der sog. Volkspartei noch unbedingt mit der Regierung gehen wollen und strenges Festhalten an den Verträgen sowie eine Weiterentwicklung der deutschen Angelegenheiten im Geiste der Verträge für geboten erachten“. Mit diesem Werben um parlamentarische Kooperation mit den ritterschaftlichen Abgeordneten dokumentierte die Deutsche Par-

25 S. das Wahlprogramm der „liberalen Partei“, die ein Wahlkomitee einsetzte, Chronik Nr. 15 II v. 17. Januar 1868. Vgl. zur Haltung der Regierung Kleine, Mitternacht, S. 6.

26 Vgl. Rapp, Nationale Frage, S. 303 f.

27 Reuchlin an Bluntschli v. 28. März 1868, NL Bluntschli.

28 Außer bei einer Stichwahl, in der die Regierung Hölder unterstützte, vgl. Lang, Erinnerungen, H. XI, S. 28, und Rapp, Nationale Frage, S. 35.

29 SVZ Nr. 147 v. 27. Juni; Rundschreiben des engeren Parteivorstands v. 9. Juni 1868, NL Reyscher; vgl. Langs Betrachtungen vor den Landtagswahlen, Grenzboten II/1868, S. 506—511.

30 Hölder an Freiherrn v. Roeder v. 19. November 1868, NL Hölder XI. Dort auch das folgende Zitat. Vgl. SVZ Nr. 275 v. 25. November 1868. Vgl. zur Zusammenarbeit mit dem Adel auch Kap. D II, 5. Roeder fungierte 1870 ebenso wie Fürst Hohenlohe-Langenburg als Vertrauensmann der Deutschen Partei für das Oberamt Gerabronn (NL Hölder XVI).

tei deutlich ihr Abrücken von ihrem innenpolitischen Reformprogramm von 1866, das den Ausschluß der Privilegierten aus dem Landtag verlangt hatte. Zugleich mäßigte man das nationalpolitische Programm auf „Festhalten“ des Status quo und auf eine interpretierfähige Formulierung, die nur noch von „Weiterentwicklung“ dieses Status sprach, nicht aber ausdrücklich den Eintritt in den Norddeutschen Bund verlangte. Damit setzten sich die Gemäßigteren in der Partei durch, die sich bereit fanden, zugunsten einer umfassenden nationalen Sammlungsbewegung Kompromisse zu schließen, ohne aber die Substanz der eigenen nationalpolitischen Forderungen oder gar das bereits Erreichte zu gefährden. Robert Römer opponierte vergeblich gegen diese Haltung<sup>31</sup>. Die Mehrheit der führenden Kreise in der Deutschen Partei sah ein, daß eine schnelle Überwindung der Mainlinie nicht zu realisieren war. Ihre Enttäuschung über die ausgebliebene politische Eigendynamik des Zollparlaments, mit der sie gerechnet hatten, trug zu dieser Mäßigung gewiß wesentlich bei. Die Regierung erkannte diese Tendenz zur Dämpfung der hochgespannten nationalpolitischen Erwartungen auf seiten der Deutschen Partei und stellte sich darauf ein<sup>32</sup>. Obwohl nur 15 Regierungsanhänger in den neuen Landtag einzogen, rechnete das Ministerium bei einer „loyalen und aufrichtigen Erfüllung der Verträge“ mit sicheren konservativen Mehrheiten für seine Politik. Zu diesen Konservativen zählten die Minister bis auf zwei Abgeordnete die gesamte Fraktion der Deutschen Partei.

Der Mißerfolg des Zollparlaments — Mißerfolg gemessen an den Hoffnungen auf eine schnelle Entwicklung zum Vollparlament<sup>33</sup> — schien einen Stillstand der nationalen Bewegung anzukündigen. Der Konsolidierungsprozeß der nationalliberal-konservativen Partei Würtembergers schritt jedoch trotz dieser Stagnation des Einigungswerks voran. 1868 setzte die erste größere Welle von Vereinsgründungen ein<sup>34</sup>. Die neuen Ortsgruppen sind in erster Linie als ein Versuch zu verstehen, die nationale Bewegung voranzutreiben, ihr neue, organisierte Kraft zu geben. Soweit die Vereine nicht einfach das Programm der Gesamtpartei übernahmen, beschränkten sich ihre programmatischen Erklärungen ausschließlich auf nationalpolitische Zielsetzungen<sup>35</sup>. In einer Zeit, in der keine Aussicht auf ein rasches

---

31 Brief v. 22. November 1868, NL Hölder XI.

32 Bericht des Gesamtministeriums an den König über das Ergebnis der Landtagswahlen und die künftige Regierungspolitik, 14. Juli 1868, HSTAS E 14 Bü 537. Danach das Folgende.

33 Pflanze rubriziert die Zollparlamentswahlen und -verhandlungen unter „Failure of the National Movement“ (S. 395 ff.). Diese Beurteilung ist zu negativ, denn immerhin bildete das Zollparlament eine institutionelle Klammer zwischen Nord- und Süddeutschland, die man nicht unterschätzen sollte. Zudem gaben, wie erwähnt, die Zollparlamentswahlen den nationalen Kräften und Parteien trotz ihrer Niederlagen Auftrieb; vgl. Becker, Bismarcks Ringen, S. 596 f.

34 Vgl. Kap. D II, 1.

35 NL Hölder X, XI.

Voranschreiten des Einigungswerks zu bestehen schien, gehörten die neuen Parteigruppen ebenso wie das Zollparlament und die Allianzverträge zu den Dämmen, die das einmal Erreichte zumindest stauten.

Über die Möglichkeiten, die Stagnation zu überwinden, waren sich die nationalliberalen Politiker in Deutschland nicht einig. Während selbst ein Mann wie Ludwig Bamberger mit dem Gedanken eines Südbunds als Übergangslösung spielte<sup>36</sup>, regte die Ravensburger Ortsgruppe der Deutschen Partei an, nun verstärkt den Anschluß des Südens an den Norddeutschen Bund zu propagieren. Eine entsprechende Agitation sollte von den süddeutschen nationalen Parteien gemeinsam geplant und durchgeführt werden<sup>37</sup>. Auf diesen Vorschlag ging die Parteiführung aber nicht ein. Sie schrieb vielmehr eine allgemeine Landesversammlung für den 13. Februar 1869 nach Geislingen aus, auf der man innenpolitische Fragen in den Vordergrund stellen wollte. Die Parteiführung informierte alle Vertrauensmänner und Geschäftsführer, daß nunmehr inneren Reformen „größere Aufmerksamkeit“ gewidmet werden müßte, um zu verhindern, daß die Stagnation in der deutschen Frage auf die Partei übergreife<sup>38</sup>. Stärkere Behandlung innerer Reformaufgaben sollte ein Aushilfsmittel in einer Zeit der nationalpolitischen Flaute werden.

Die Resolution, die man auf dem Parteitag verabschiedete, ging gleichgewichtig auf national- und innenpolitische Forderungen ein. In den Reden<sup>39</sup> nahm allerdings die Nationalpolitik den größten Raum ein. Ein Mitglied des engeren Parteivorstands, Pfeiffer, äußerte sich unmißverständlich über die Prioritäten: „Wir haben Propaganda für Deutschland zur Aufgabe.“

Bis 1866 hatten die innenpolitischen Reformprogramme der Hölder-Gruppe und dann der Deutschen Partei sowie der Volkspartei nahezu völlig übereingestimmt. Auf dem Geislinger Parteitag zog Hölder jedoch auch in der Innenpolitik eine klare Trennlinie zur Volkspartei. Er betonte: „Wir sind für unsere engere Heimat wesentlich eine liberale Partei. Die Art der Behandlung der inneren Angelegenheiten muß uns aber von anderen freisinnigen Parteien unterscheiden. Unsere Forderungen sind vernünftig bemessene. [. . .] Eine maßhaltende Energie soll uns vor den Redensarten des hohlen Radikalismus auszeichnen.“ Hölder grenzte seine Partei vor allem gegen die „republikanische Tobsucht der Volksmänner“ ab. Damit führte er einen Verdacht

<sup>36</sup> Brief v. 7. Dezember 1868 an Bluntschli, NL Bluntschli.

<sup>37</sup> Brief der Ortsgruppe v. 7. November 1868, NL Hölder XI.

<sup>38</sup> Rundschreiben v. 13. Februar 1869, NL Hölder XII. Zur Versammlung Lang, Erinnerungen, H. XI, S. 43; Rapp, Nationale Frage, S. 326 f.

<sup>39</sup> Beschlüsse bei Lang, Deutsche Partei, S. 99 f. Das Folgende nach den Berichten in SVZ Nr. 50–55 v. 2. bis 7. Juli 1869. Hervorhebung im Original. Vgl. auch Chronik Nr. 51 f. II v. 2. März 1869. Die „Nationalzeitung“ Nr. 102 v. 2. März druckte nur die nationalpolitische Resolution ab. Die innenpolitischen Beschlüsse erwähnte sie nur kurz.

gegen die Volkspartei ins Feld, der die Grundsatzdiskussion zwischen Liberalen und Demokraten in den Revolutionsjahren wiederaufzunehmen schien<sup>40</sup>. Die Demokraten nährten diesen gegen sie gehegten Republikverdacht durch Äußerungen, die republikanische Hoffnungen durchscheinen ließen — wenn auch vertagt in eine unbestimmte Zukunft<sup>41</sup>. Gegen republikanische Zukunftsvisionen wandte sich die Deutsche Partei entschieden. Sie legte nicht nur mit Rücksicht auf ihre konservativen Mitglieder eindeutige Bekenntnisse zur monarchischen Staatsform ab. Der Deutschen Partei stand vielmehr nach den Worten ihres Organs „unwiderruflich fest: daß das Werk der nationalen Einigung und Schaffung eines kompakten und lebenskräftigen Staatswesens schlechterdings nur unter einer kraft- und machtvollen, sich ihrer Aufgabe bewußten und alle die unzähligen Parteien und Parteischattierungen mit fester Hand zusammenhaltenden monarchischen Regierungsgewalt möglich und denkbar ist“<sup>42</sup>.

Hölder umschrieb in seiner zitierten Rede auf dem Geislinger Partheitag auch die Haltung seiner Partei zur württembergischen Regierung. Systematische Opposition lehnte er strikt ab. Er zeigte sich bereit, die Regierung von Fall zu Fall zu unterstützen, vor allem aber Angriffe der Volkspartei auf das Ministerium abzuwehren. Denn die gegenwärtige Regierung galt Hölder als die beste der zur Zeit möglichen. Bei einem Sturz der Minister rechnete er mit der Möglichkeit, daß eine „österreichische Clique“ an die Stelle der alten Regierung treten würde, die zumindest nicht hinter den Status quo zurückstrebte<sup>43</sup>.

Die Bereitschaft, die Regierung gegen demokratische Angriffe zu verteidigen, und der Versuch, alle nicht-partikularistischen Kräfte zu binden, machten einen entschiedenen Kampf der Deutschen Partei um innere Reformen von vornherein illusorisch. Zumindest mußte das Reformstreben durch diese Sammlungspolitik stark gezügelt werden. In einem großen Leitartikel vom Juni 1869<sup>44</sup> rechtfertigte das Parteiorgan ausführlich die Verbindung von liberalen und konservativen Kräften. Die schwache Stellung der nationalen Partei und die breite heterogene Front ihrer Gegner lasse der Deutschen Partei keine andere Wahl, als sich zur nationalen Sammlungsbewegung zu öffnen: „Bei uns müssen daher *alle* nationalen Elemente zusammengefaßt

---

40 Vgl. Kap. B V.

41 Vgl. o. S. 317 ff. oder das bei Rapp (Nationale Frage, S. 324 f.) angeführte Zitat. Als das Organ der internationalen Friedens- und Freiheitsliga in seiner ersten Nummer (abgedruckt im Beob. Nr. 283 v. 3. Dezember 1867) „föderativ-republikanische“ Institutionen forderte, verlangten die Württemberger die Änderung in „föderativ-demokratisch“ (Beob. Nr. 285 v. 5. Dezember 1867).

42 SVZ Nr. 66 v. 20. März 1869.

43 Um die Jahreswende 1868/69 ging das Gerücht um, daß großdeutsche Abgeordnete, die der Volkspartei nahestanden, ins Ministerium berufen würden, vgl. Bamberger (Anm. 36); SVZ Nr. 78 v. 3. April 1870.

44 SVZ Nr. 137 v. 16. Juni. Hervorhebung im Original.

werden, um den mächtigen Feinden der deutschen Einheit mit Erfolg die Spitze bieten zu können.“ Da sich die Deutsche Partei diesem Zwang zur Integration aller nationalen Kräfte nicht entziehen könne, müsse sie deshalb über „Meinungsverschiedenheiten in inneren Fragen“ hinwegsehen. Doch die innere Spannweite der Partei sei zwar sehr breit, aber nicht unbegrenzt. Das gemeinsame nationalpolitische Programm ziehe „von selbst für die Parteigenossen zu den Freiheitsfragen bestimmte Grenzen“. Republikaner galten als nicht integrierbar, da republikanische Hoffnungen die nationale Einigungsaufgabe der preussischen Monarchie leugneten<sup>45</sup>. Ebenso grenzte man sich gegen „starre Konservative“ ab, falls diese sich gegen eine Beschneidung von partikularstaatlichen Souveränitätsrechten und gegen ein nationales Parlament sträuben sollten. Dieser Artikel negierte zwar nicht das innenpolitische Reformprogramm, unterstrich aber stark dessen begrenzte Bedeutung. Gegenüber dem nationalen Einigungswerk habe „jede andere politische Meinungsverschiedenheit in den Hintergrund zu treten“.

Die große Agitation der Volkspartei von Anfang 1870 gegen die geplante Heeresreform<sup>46</sup>, die stets eine der Hauptforderungen der Deutschen Partei bildete, mußte zwangsläufig die Positionen von Regierung und Nationalliberal-Konservativen noch stärker annähern. Generalmajor von Suckow, dem das Hauptverdienst an der Heeresreform zukam, nahm sogar offen Kontakte zur Deutschen Partei auf und erschien auf den Sitzungen ihres Komitees<sup>47</sup>. Als im Mai d. J. Suckow die Leitung des Kriegsministeriums übernahm und auf seinen Druck hin auch der Innen- und der Kultusminister entlassen wurden<sup>48</sup>, die beide antipreußisch eingestellt waren, konnte sich das Verhältnis von Regierung und Deutscher Partei weiter verbessern. Letztere zeigte sich zwar durch den Ministerwechsel nicht völlig zufriedengestellt, da Varnbüler im Amt blieb, doch sie verhehlte ihren Triumph über diese eindeutige Absage der Regierung an die Volkspartei und ihre Milizpläne nicht. Wilhelm Lang pries den Ministerwechsel als einen „Damm gegen die hochgestiegenen Fluten der Demokratie“<sup>49</sup>. Er bedeutete eine „konservative Wendung“<sup>50</sup>, die der Deutschen Partei den Vorteil brachte, nunmehr in der konservativen Presse völlig von

45 Vgl. SVZ Nr. 183 v. 8. August 1869 („Monarchie oder Republik“).

46 Vgl. Runge, S. 137 ff.

47 Lang, Erinnerungen, H. XI, S. 5.

48 Suckow, Aus meinem Leben, S. 56 f. Vgl. zum Folgenden Chronik Nr. 72 III v. 26. März; SVZ Nr. 73 v. 29. März; 78 f. v. 3./5. April 1870; Lang, Aus Schwaben, Grenzboten 1870/II, S. 264—269, 503—508; ders., Das neue Ministerium in Württ., ebd., S. 74—78; diese Artikel über Württemberg in den „Grenzboten“, die namentlich nicht gezeichnet sind, stammen alle von Wilhelm Lang (NL Lang, Handschriftliches Verzeichnis seiner Schriften), Rapp, Nationale Frage, S. 345 f.; Mittnacht, Rückblicke, Kap. I.

49 Die Ministerkrisis in Württ., Grenzboten 1870/II, S. 22—30, hier: S. 23.

50 Ebd., S. 27.

nisation der Demokraten in den ersten Kriegsmonaten weitgehend zusammenbrach<sup>64</sup>, konnte die Deutsche Partei konkurrenzlos und ohne die Legitimität des Krieges nachweisen zu müssen, zu nationalen Kundgebungen aufrufen, mit denen die württembergische Regierung zur Einhaltung ihrer Bündnisverpflichtungen gedrängt werden sollte<sup>65</sup>.

Die Deutsche Partei unternahm nun den Versuch, alle Parteigegensätze zu überbrücken und sämtliche nationalen Kräfte zu integrieren: „In einem solchen Krieg darf es unter den Deutschen keine Parteien geben<sup>66</sup>.“ Die von der Deutschen Partei ausgelöste Welle von Versammlungen und Unterschriftensammlungen erreichte im September 1870 ihren Höhepunkt<sup>67</sup>. Über 40 Volksversammlungen, zu denen viele schriftliche Zustimmungserklärungen von ganzen Gemeinden, bürgerlichen Kollegien u. ä. kamen, nahmen eine Stuttgarter Resolution vom 3. September an, die drei Forderungen stellte: 1. keine Friedensvermittlung durch Neutrale; 2. Erwerb von Elsaß und Lothringen für das deutsche Reich als die einzig sichere „Bürgschaft“ gegen erneute französische „Gelüste“ nach deutschen Gebieten und als „nationale(n) Preis des nationalen Kampfes und Siegs“<sup>68</sup>; 3. Schaffung eines deutschen Bundesstaats.

---

nesis und Funktion des Krieges zu trennen. Dann wäre die von Kolb analysierte Genesis durchaus mit der von Becker untersuchten Funktion des Krieges zu vereinbaren.

64 Vgl. Runge, S. 163.

65 Den Verlauf dieser Kundgebungen schildert Rapp, *Nationale Frage*, S. 370 ff. Die Parteiführung scheint sich mit dem preußischen Gesandten von Rosenberg über die Zweckmäßigkeit ihres Vorgehens abgestimmt zu haben. R. Römer schrieb am 15. Juli (wohl) an Hölder (NL Hölder XII): „Der Krieg scheint sicher.“ Sollen Kundgebungen veranlaßt werden, um Pressionen auf die eigene Regierung auszuüben sowie die Volkspartei und die Ultramontanen zu „entlarven“? „Maßgebend im vorliegenden Falle scheint mir für die Beantwortung dieser Frage die Auffassung der leitenden Persönlichkeiten in Berlin.“ Hölder (?) sollte sich deshalb sofort mit Rosenberg in Verbindung setzen. Vgl. zur Zusammenarbeit der Parteiführung mit Rosenberg auch Elben, *Lebenserinnerungen*, S. 155. Lang (*Erinnerungen*, H. X, S. 56) betonte, daß diese Beziehungen zu Rosenberg meist überschätzt wurden. Sie seien „höchst harmloser Natur“ gewesen. Vgl. zu den Kontakten der Deutschen Partei mit dem preußischen Gesandten Naujoks, *Pressepolitik*, S. 192 ff.

66 Resolution v. 16. Juli, abgedruckt bei Lang, *Deutsche Partei*, S. 101 f. Der Ludwigsburger Ortsverein wandelte seine „Gesellschaftsabende der Deutschen Partei“ um in „Bürgerversammlungen“, *Ludwigsburger Tagblatt* Nr. 174 v. 29. Juli 1870.

67 Die Versammlungsberichte und Unterschriftslisten sind in einem umfangreichen Verzeichnis zusammengestellt im NL Hölder XIV. Text der Resolution bei Lang, *Deutsche Partei*, S. 102 f.

68 Zur Kontroverse um das Aufkommen der Annexionsforderungen s. Lippens (1964 u. 1968); Gall und Becker (1968) sowie Kolb (1969). Eine abschließende Zusammenfassung gibt Gall, *Das Problem Elsaß-Lothringen*, in: Schieder/Deuerlein, *Reichsgründung*. Es kann als gesichert gelten, daß die Annexionsforderungen in der Presse nicht von Bismarck stipuliert wurden (s. vor allem Kolb, S. 337, 353). Die Erörterung der Annexionsfrage unter den nord- und süddeutschen nationalliberalen Parteien ging von Württemberg aus (Gall, 1968, S. 299 ff.). Es ist nicht uninteressant für die Haltung der württembergischen Deutschen Partei, daß in ihren Reihen schon 1867, als man in der Luxemburg-Krise fest mit Krieg rechnete, die An-

Die schrittweise Annäherung der Deutschen Partei an die württembergische Regierung erreichte im Kriege einen ersten Abschluß<sup>69</sup>. Während das Ministerium noch 1868 Beamte gemäßregelt hatte, die sich in den Zollparlamentswahlen auf die Seite der Deutschen Partei stellten, konnte diese im September 1870 ohne Widerspruch seitens der Regierung staatliche Organe für ihre Agitationen einsetzen. Die Partei verschickte vorgedruckte Zustimmungserklärungen zu der erwähnten Resolution an die Oberämter, die sie an die Schultheißen zur Unterschriftswerbung weiterleiteten<sup>70</sup>.

In den Landtagswahlen vom Dezember 1870, die von der Deutschen Partei bereits ganz unter der Parole: „Bist du für den Anschluß an den Norddeutschen Bund?“<sup>71</sup> geführt wurden, und in der ersten Reichstagswahl konnte die Deutsche Partei die Früchte des nationalen Aufschwungs einbringen. Im Landtag schrumpfte die Mandatszahl der Volkspartei stark zusammen, in der Reichstagswahl konnten die Demokraten kein einziges Mandat erringen<sup>72</sup>. Die Deutsche Partei legte für die Wahlen zum ersten deutschen Reichstag kein detailliertes Programm vor. Sie rief zwar dazu auf, nur „freisinnige deutsch gesinnte Männer“<sup>73</sup> zu wählen, doch die Betonung lag nicht auf „Freisinn“. Als oberstes Ziel galt ihr, „das neugewonnene Gut der Einheit zu befestigen“ und „gegen alle heimlichen und offenen Widersacher zu schützen“.

Noch bevor Bismarck und seine parlamentarischen Partner wechselnde Minderheiten als „Reichsfeinde“ bekämpften, eröffnete die württembergische Deutsche Partei diesen Kampf. Die Denunziation politisch Andersdenkender als Reichsfeinde setzte ein, nachdem sich 1866 die alte Fortschrittspartei endgültig gespalten hatte. Das Hauptangriffsobjekt waren seit diesem Zeitpunkt die „Ultramontanen“. Die Fortschrittspartei hatte stets auch prominente Katholiken wie Probst umfaßt, und selbst die heftigen Dispute während der Konkordatsverhandlungen zerstörten diese Einheit nicht<sup>74</sup>. Als sich aber die liberaldemokratischen Katholiken ebenso wie ihre konservativen Glaubensbrüder auf die Seite der antipreußischen Kräfte stellten, begann die Deutsche Partei ihren Kampf gegen die „Ultramontanen“ als „innere

---

nexion von Elsaß und Lothringen erhofft wurde. Reuchlin schrieb Bluntschli am 13. Juni 1867 aus Stuttgart (NL Bluntschli), daß „durch die Räumung Luxemburgs diejenigen etwas gedemütigt sind, welche nach Elsaß und Niederlothringen schon die Hand ausstreckten“.

69 Zur Regierungspartei wurde die Deutsche Partei erst 1881 mit der Ernennung Hölders zum Innenminister.

70 S. die Exemplare im NL Hölder XIV.

71 Wahlaufuf v. 6. November 1870, ebd.

72 Zu den Mandatszahlen s. o. S. 355.

73 Aufruf v. 5. Februar 1871, abgedruckt bei Lang, Deutsche Partei, S. 103 f. Dort auch das folgende Zitat.

74 Vgl. Anm. 18, S. 281, und die dort angeführte Literatur.

Feinde<sup>75</sup> des deutschen Einigungswerkes. Je mehr sich die Deutsche Partei zur nationalen Sammlungsbewegung erweiterte, um so heftiger polemisierte sie gegen die „vaterlandslosen Gesinnungen“<sup>76</sup> ihrer antipreußischen Gegner: der Katholiken und der Demokraten. Die entschiedensten Anschlußfeinder denunzierten am lautstärksten. So erklärte Robert Römer auf einer Parteiversammlung im Mai 1867: „Wer von Neutralität spreche, sei ein entarteter Sohn der Nation, verdiene ausgestoßen zu werden und als Helot unter den Fremden in der tiefsten Verachtung zu leben“<sup>77</sup>. Die propreußisch Gesinnten, so forderte das Parteiorgan, sollten beweisen, daß es „nur vereinzelte Sumpflachen seien [. . .], aus welchen der giftige Nebel vaterlandsverräterischer Gesinnung emporsteigt“<sup>78</sup>.

Man wird gewiß nicht jedes böartig-polemische Wort auf die Goldwaage legen dürfen, denn die überzogene Propaganda gegen den politischen Konkurrenten gehörte zu den Praktiken beider Parteien. Doch in den Kriegsmonaten zeigte sich, daß die nationalliberal-konservative Parteiführung ihren eigenen Propagandaparolen gegen die „Reichsfeinde“ durchaus Glauben schenkte und sich dementsprechend verhielt. Sie wies am 26. Juli 1870 in einem vertraulichen Rundschreiben alle Vertrauensmänner und Geschäftsführer an, auf landesverräterische Umtriebe zu achten. „Wehrpflichtige, welche sich ihrer Dienstpflicht zu entziehen suchen, sind zu deren Erfüllung anzuhalten. Das Einschreiten der Behörden gegen dieselben ist zu unterstützen; säumige Beamte sind an ihre Pflicht zu mahnen. Das Treiben derjenigen, denen eine verräterische Förderung des Feindes auf mittelbarem oder unmittelbarem Wege zuzutrauen ist, muß scharf beobachtet, nötigenfalls gegen sie eingeschritten werden“<sup>79</sup>. Das Organ der Deutschen Partei unterteilte die Bevölkerung in „Söhne des Vaterlands“ sowie „Buben und Verräter“<sup>80</sup>. Ein „treuer Sohn des

---

75 SVZ Nr. 140 v. 18. Juni 1867 („Die Ultramontanen und die Polen“); vgl. etwa Nr. 79 f. v. 2./4. April 1867 („Der Verdummungsplan der Ultramontanen“): „Der Ultramontanismus ist der Erbfeind des deutschen Bundesstaates aus kirchlichen und politischen Gründen.“ Vgl. den Brief des Rechtsanwalts Schnitzer, Biberach, v. 11. April 1867, NL Hölder VIII. Den Haß auf die „Ultramontanen“ übertug das Parteiorgan auf die Polen, ein „katholisch-fanatisiertes Volk“ (SVZ Nr. 79, Hervorhebung im Original). Zum Problem der Polenpolitik vgl. Wehler, Polenpolitik und deutsches Kaiserreich, und Hauser, Polen und Dänen im Deutschen Reich.

76 SVZ Nr. 281 v. 30. November 1867.

77 SVZ Nr. 113 v. 15. Mai 1867.

78 SVZ Nr. 99 v. 30. April 1867.

79 NL Hölder XIII.

80 So der Titel in SVZ Nr. 177 v. 2. Hölder 1870. Im einzelnen spezifizierte die SVZ: „Ein Bube und Verräter ist: Wer an der Seite der Franzosen gegen das Vaterland zu kämpfen begehrt. Wer Frankreich als der Vormacht des Katholizismus den Sieg erbittet. Wer bewaffnete oder unbewaffnete Neutralität irgendeines deutschen Landes predigt oder anpreist. Wer den Süden von dem Norden Deutschlands zu trennen sucht. Wer behauptet, daß Frankreich nur gegen Preußen kämpfe. Wer preußischem Ehrgeiz die Schuld dieses Kampfes aufbürdet. Wer den Mut und die Opferfreudigkeit der Bürger zu lähmen versucht. Wer durch Feigheit oder Nachgiebigkeit die Gunst oder Schonung der Feinde erkaufte. Die Buben und Verräter scheuen das Tageslicht.“ Der Artikel schloß mit dem Aufruf: „Mitbürger, habt acht!“

Vaterlands" war nur, wer den Krieg fortzusetzen wünschte bis zur vollständigen Niederlage des „alten Erbfeindes“ und bis zur Vollendung des deutschen Nationalstaats.

Die Deutsche Partei vermochte nur noch im Freund-Feind-Schema zu denken. Nur rückhaltlose Zustimmung zu ihren eigenen nationalen Zielen reinigte vom Verdacht vaterlandsloser Gesinnung. Vorbehalte gegen das kleindeutsch-preußische Einigungswerk galten als illegitim, denn den siegreichen Krieg, aus dem der Nationalstaat hervorging, begriff man als „Weltgericht“<sup>81</sup> über alle Verlierer: Demokraten, „Ultramontane“ und Frankreich. „Wer hat nicht schon längst ein Gefühl davon, daß es in diesem Krieg von oben herab auf ein Gericht abgesehen ist?“ Besonders ausgeprägt zeigte sich diese Haltung bei den Pietisten, von denen „nur wenige“ nicht das deutsche Kaiserreich mit einem „Sieg des Reiches Gottes in Deutschland“<sup>82</sup> gleichsetzten.

Die breite Bevölkerung Württembergs demonstrierte in den Reichstagswahlen von 1871 ihre Zustimmung zum kleindeutschen Nationalstaat. 1870 als Rechtfertigung von 1866 — das empfanden auch viele derjenigen, die sich zuvor dem nationalpolitischen Programm der Volkspartei angeschlossen hatten. Die Reichstagswahlen, in denen sich nur ein Gegner der Deutschen Partei durchsetzen konnte: der Katholik Probst, hatten in Württemberg den Charakter eines Plebiszits. Mit diesem Erfolg, den die Deutsche Partei in gemeinsamer Wahlagitiation mit den Regierungsanhängern erfocht<sup>83</sup>, erreichte die Deutsche Partei den Gipfelpunkt ihrer Entwicklung: Der deutsche Nationalstaat war realisiert, und die große Mehrheit der Bevölkerung akzeptierte ihn.

Dieser Höhepunkt ihrer Entwicklung bedeutete zugleich den Beginn ihres Niedergangs. Als Reichsgründungspartei sah sie kein neues Ziel mehr vor Augen, das die heterogenen Kräfte innerhalb der Partei integrieren konnte. Die neue Parole, von der man sich die notwendige Integrationswirkung erhoffte, lautete: „Bleibt wachsam!“<sup>84</sup> gegen äußere und innere Feinde. Die Konzentration auf innere Reformen, die man früher für die Zeit nach der Reichsgründung stets in Aussicht stellte, war für eine nationale Sammlungsbewegung nicht möglich. Das innenpolitische Programm hatten stets nur die Liberal-Demokraten in der Deutschen Partei getragen. Eine Rückbesinnung auf dieses Programm der inneren Reformen hätte die Auflösung der

81 „Zur Orientierung für die Reichstagswahlen“, Flugblatt der Deutschen Partei, NL Hölder XV. Dort auch das folgende Zitat.

82 Lehmann, Pietismus, S. 250.

83 S. etwa „Der Wähler“ Nr. 6 v. 1. März 1871; Brief O. Elbens (undatiert, vor den Reichstagswahlen), NL Hölder XV, oder das in Anm. 81 genannte Flugblatt. Bevor der Landtag aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben wurden, konsultierte Minister Mittnacht sogar die deutsch-nationalen Abgeordneten, Elben, Lebenserinnerungen, S. 161.

84 SVZ Nr. 161 v. 17. Juli 1871 (Titel); vgl. etwa Chronik Nr. 31 II v. 7. Februar und vor allem das Material im NL Hölder XV.

Deutschen Partei als nationales Sammelbecken heterogener politischer Kräfte unabdingbar vorausgesetzt. Theodor Tafel stellte seiner Partei eine klare und nüchterne Diagnose, als er im Juli 1871 an Hölder schrieb: Die Deutsche Partei werde „bald einer gewissen Zersetzung nach verschiedenen Richtungen“ unterliegen, da „ja die nationale Idee wegen der Ereignisse jetzt nicht mehr den starken Kitt bietet, wie sie früher heterogene Ansichten unter einem Hute und zu dem gemeinsamen großen Zwecke vereinigen konnte“<sup>85</sup>.

Eine Reduzierung der nunmehr überholten nationalen Sammlungsbewegung auf ihren liberal-demokratischen Kern hätte dieser erneuerten liberal-demokratischen Partei durchaus gute Erfolgchancen gewährt. Denn ein Teil der Liberal-Demokraten, die nur mit Widerstreben die Fusion mit den Konservativen eingingen, zeigte sich bereits Anfang 1871 willens, eine Neuorientierung des Parteikurses vorzunehmen. So legte sich der große Ulmer Ortsverein die Frage vor, ob die Deutsche Partei noch eine Zukunft besitze oder aufzulösen sei. Man entschied sich „allseitig“ dafür, die Partei fortzuführen, ihr aber ein neues Ziel zu geben: den „innere(n) und zwar freiheitliche(n) Ausbau des deutschen Reiches“<sup>86</sup>. Mit einem solchen Programm wäre ein tiefer und vor allem dauerhafter Einbruch in das Mitglieder- und Wählerreservoir der Volkspartei wohl möglich gewesen. Die Führung der Deutschen Partei entschied sich jedoch für einen anderen Weg. Sie wollte den Kampf um den Nationalstaat durch die Verteidigung des Reiches gegen äußere und innere Feinde ersetzen. Der Parteiführer „wies als die fortdauernde und wichtigste Aufgabe der Partei nach: den Schutz und die Entwicklung der Reichsverfassung gegen offene und versteckte Feinde“<sup>87</sup>. Dem Kampf gegen innere Feinde sollte die „Sorge für unsere Wehrtüchtigkeit (als) erste Pflicht“<sup>88</sup> an die Seite treten, damit kein Feind es wage, „die Furia tedesca noch mal zu wecken und gegen sich zu reizen“<sup>89</sup>.

Die Deutsche Partei konnte sich von ihren frühesten Anfängen nicht lösen: als nationale Bewegung alle sonstigen politischen Differenzen auszuklammern. Da die Parteiführung sich nicht bereit fand, einen neuen Anfang zu setzen — auch einen neuen Anfang im Verhältnis zur demokratischen Partei<sup>90</sup> —, mußte sie das alte Freund-Feind-Schema perpetuieren, um aus der Reichsgründungspartei eine Reichsverteidigungspartei zu formen. Doch dieses Vorhaben mißlang.

---

85 31. Juli 1871, NL Hölder XV.

86 Brief des Vorstands v. 17. Januar 1871, ebd.

87 SVZ Nr. 24 v. 29. Januar 1871.

88 Elben, Lebenserinnerungen, S. 171.

89 SVZ Nr. 161 v. 15. Juli 1871.

90 Über die Eskalation der Extreme, die einem solchen Neuanfang entgegenstanden. vgl. das Schlußkapitel. Dort werden auch die Folgen dieser zunehmenden Polarisierung erörtert.

Die Partei opponierte zwar nicht offen gegen ihre Führung, doch sie entzog sich der Fortsetzung der nationalen Sammlungsbewegung. Die Deutsche Partei bezahlte die 1871 versäumte Trennung ihrer heterogenen Elemente mit ihrem organisatorischen Verfall.

## V. Volkspartei: Demokratischer Föderalismus und antipreußische Sammlungspolitik<sup>1</sup>

### 1. Preußenhaß und Internationalismus

Der Versuch der demokratisch-föderalistischen Volkspartei, alle antipreußischen Kräfte in Agitationen, Petitionskampagnen u. ä. gegen das Werk von 1866 zu mobilisieren, kündigte sich bereits an, als die Partei noch in den frühesten Anfängen ihrer organisatorischen Erneuerung steckte. Als 1864 die zurückgekehrten Emigranten daran gingen, die liberal-demokratische Fortschrittspartei zur demokratisch-föderalistischen Volkspartei umzugestalten, wollten sie nicht nur alle nicht-demokratischen und nicht-föderalistischen Elemente ausscheiden. Sie deuteten zugleich ihre Bereitschaft an, mit allen antipreußischen Kräften zusammenzuarbeiten<sup>2</sup> — ohne diese aber in ihre Parteiorganisation zu integrieren. Da auch die Demokraten anerkannten, daß die „deutsche Frage“ den „Ausgangspunkt neuer Parteibildungen“ schaffen mußte, rechneten sie damit, daß „sich vorherrschend der Liberalismus dem Unitarismus unter preußischer Führung und Spitze und der Konservativismus dem kleinstaatlichen Partikularismus anschließen“<sup>3</sup> werde. Die Volkspartei sollte sich aber, so forderte Osterlen, „mit ihrem föderalistischen Prinzip zwischen den kleinstaatlichen Partikularismus und den großstaatlichen Unitarismus“ stellen. Im Föderalismus erblickten die Demokraten eine Möglichkeit, den Nationalstaat zu realisieren, ohne sich der Hegemonie Preußens auszuliefern. Das föderalistische Prinzip sollte partikularistische Triaspläne und Nationalstaatsstreben vereinen<sup>4</sup>. Zugleich

---

1 Einzelheiten der Politik der württembergischen Volkspartei und des Verlaufs ihrer politischen Agitationen werden hier nicht referiert, da sie durch die Darstellungen von Runge (Kap. V f) und Rapp (Nationale Frage, Kap. I, 3, und II, 7—11) hinreichend bekannt sind. Im folgenden sollen die Grundzüge der Politik der organisierten Demokraten herausgearbeitet werden. Zur Abgrenzung von Runge vgl. die Einleitung. Runge ließ, da sie das Organ der Deutschen Volkspartei nicht benutzen konnte, deren Zielsetzungen außer acht, die im wesentlichen den Zielen der württ. Volkspartei entsprachen (vgl. zur organisatorischen Verzahnung von württ. und Deutscher Volkspartei Kap. D II, 6a). Die DC darf auch als Organ der württ. Demokraten betrachtet werden: Sie erschien in Stuttgart, wurde von Frese redigiert, der den gleichen föderalistischen Prinzipien wie die württ. Demokraten huldigte; viele Artikel übernahm der „Beobachter“, der seinen Lesern das Abonnement der DC empfahl. Zudem gehörten Mayer und Haußmann dem Ausschuß an, den die Bamberger Versammlung der Deutschen Volkspartei mit der Herausgabe der DC betraute (Beob. Nr. 5 v. 8. Januar 1868).

2 Vgl. o. S. 318 f.

3 Beob. Nr. 298 v. 21. Dezember 1865 („Die deutsche Volkspartei I“, gez. Osterlen). Dort auch das folgende Zitat.

4 Vgl. Beob. Nr. 239 v. 13. Oktober 1865.

hofften die Demokraten, im föderalistischen Prinzip das Bindeglied zwischen nationalstaatlicher und demokratischer Staatsordnung gefunden zu haben, denn Zentralismus und Obrigkeitsstaat setzten die Demokraten synonym. Nur ein föderalistischer Nationalstaat könne deshalb die Gewähr für eine demokratische Entwicklung bieten. Die höchste Zuspitzung fand diese Theorie in Pfau Artikelserie „Centralisation oder Föderation?“<sup>5</sup>, in der er diesen Gegensatz zum Grundprinzip der Weltgeschichte erhob. Diese Hypostasierung zweier Prinzipien, zwischen denen man keine Möglichkeit einer ausgleichenden Vermittlung anerkannte, war unter den Demokraten keineswegs auf Pfau beschränkt. Das Organ der Deutschen Volkspartei etwa schrieb: „Sollen wir die Aufgabe dieses Jahrhunderts auf politischem Gebiet in ein Wort fassen, so lautet's: Versöhnung der beiden Begriffe Freiheit und Nationalität, und die Formel dafür heißt Föderation<sup>6</sup>.“ Das große Vorbild war die Schweiz: der „Typus der zur Wahrheit gewordenen Föderation“.

Ein streng föderalistisch gegliederter deutscher Nationalstaat konnte jedoch Preußen, den wirtschaftlich und militärisch mächtigsten deutschen Staat, nicht integrieren. Rochau rechnete im zweiten Teil seiner „Grundsätze der Realpolitik“ (1869) zu Recht diejenigen „politischen Entwürfe, in denen der preußische Partikularismus nicht angeschlagen ist oder doch nicht viel höher, als der bayerische oder württembergische“, zu den „größten Fehlrechnungen“<sup>7</sup>. So war es nur konsequent, daß Pfau als Grundvoraussetzung für die Realisierung der föderalistischen Pläne seiner Partei die Parole ausgab: „Ceterum censeo Borussiam esse delendam<sup>8</sup>.“ Nach 1866, als die Hoffnung auf den Zerfall Preußens in seine Provinzen unübersehbar zur puren Illusion wurde, legten die Demokraten diese notwendige Voraussetzung und zugleich Konsequenz ihrer föderalistischen Pläne nicht mehr mit der geschliffenen Schärfe der Pfauschen Diktion dar. Sie glaubten aber daran, daß ein föderalistischer Südbund mit demokratischer Verfassung in irgendeiner Weise, über die sie sich im einzelnen keine Rechenschaft gaben, „Großpreußen“<sup>9</sup> absorbieren könnte. Von den süddeutschen Ländern erwartete die Volkspartei den geringeren Widerstand gegen ihre demokratisch-föderalistischen Pläne. „Die Renitenz der Regierungen der kleinen deutschen Staaten dünkt uns ein kleineres Hindernis für die Durchführung des Föderalismus in der

---

5 Diese Artikelserie im „Beobachter“ (Februar 1864) erschien noch 1864 unter dem Titel: Ein Beitrag zur Lösung der deutschen Frage. Separatdruck aus dem Beobachter, Stuttgart (1864). Wieder abgedruckt in: Pfau, Politisches und Polemisches, S. 151—174.

6 DC Nr. 93 v. 4. Dezember 1868. Dort auch das folgende Zitat.

7 S. 283 in dem von Wehler besorgten Neudruck (1972).

8 (Anm. 5) S. 167.

9 So nannten die Demokraten den Norddeutschen Bund, s. etwa DC Nr. 13 v. 16. Februar 1869.

Verfassung Gesamtdeutschlands zu sein, als jener spezifischer Geist, welcher den Militärstaat Preußen beherrscht und Deutschland nur als Piedestal seiner Großmächtigkeit gelten lassen will<sup>10</sup>."

Während die Demokraten vor 1866 zwischen preußischem Volk und preußischer Regierung unterschieden, gerieten sie danach in Gefahr, die Demokratisierungsfähigkeit Preußens überhaupt zu bestreiten. Man sprach vom „Kasernengeist des preußischen Volkes“, das zugelassen habe, daß sich seine Volksvertretung den „Todesschein“<sup>11</sup> ausstellte, als diese die Ergebnisse von 1866 akzeptierte. Der Stolz des oppositionellen Bürgertums auf die württembergische Verfassungstradition<sup>12</sup> ließ ein starkes Überlegenheitsgefühl entstehen, das dazu verführte, Staat und Gesellschaft Preußens ein „halbslawisches Wesen“<sup>13</sup> zuzuschreiben. Wenn die Parteiorgane gegen „Großpreußentum“, „Verpreußung“ oder „Zollerei“<sup>14</sup> polemisierten, so bemühten sie sich nicht, zwischen Volk und Regierung zu differenzieren. Der „zollersche Cäsaro-Papismus“<sup>15</sup>, so suggerierten viele Artikel der demokratischen Parteiblätter, war der Mentalität der breiten preußischen Bevölkerung angemessen. „Die süddeutsche Volkspartei, die ja der Inbegriff alles Preußenhasses sein soll und es in gewissem Sinne [. . .] auch ist“, wie der „Beobachter“ erklärte<sup>16</sup>, sah in Preußen „den Ausdruck eines falschen Staatsgedankens, [. . .] die Verkörperung des bösen Prinzips“. Moriz Mohl drückte eine weitverbreitete Einstellung unter den württembergischen Demokraten aus, als er 1867 die Gefahr der „Oberherrschaft“ eines „unserem Volke im innersten Herzen antipathischen Volksstammes und seines Adels- und Militärwesens [beschwor], gegen welchen die preußische Volksvertretung selbst ganz unmächtig ankämpfte, dem sie schließlich wegen seiner Verdienste um die Niederwerfung Deutschlands Absolution erteilt und sich gefügt hat“<sup>17</sup>. Bei Mohl selbst trieb dieser Preußenhaß dann groteske Blüten. Als er 1868 als Zollparlamentsabgeordneter nach Preußen verschlagen wurde, das er als das Armenhaus Deutschlands

---

10 Beob. Nr. 299 v. 22. Dezember 1865. Teil II der Artikelserie von Osterlen (Anm. 3).

11 Beob. Nr. 267 v. 14. November 1867 („Der Reichstag und die Staaten-Landtage“ von Rechtsanwalt Karl Julius Gös in Tübingen, 1830—1897).

12 Vgl. etwa Payer, Deutsche Volkspartei, S. 2; Rapp, Nationale Frage, S. 26; Conrad Haußmann, Gedenkfeier der schwäbischen Volkspartei (1914), in: ders., Aus C. Haußmanns politischer Arbeit (1923), S. 146 f.

13 M. Mohl, Mahnruf zur Bewahrung Süddeutschlands, S. 22. Dieses Überlegenheitsgefühl war durchaus nicht auf Württemberg und nicht auf Demokraten beschränkt. So sprach etwa der bayerische Freiherr von Lerchenfeld, der den Deutschen Reformverein geleitet hatte, vom „preußischen Helotentum“, Brief v. 22. September 1866 an M. Mohl, NL Moser-Mohl III, 32.

14 Vgl. etwa Beob. Nr. 105 v. 8. Mai 1866; 153 v. 4. Juli 1869; DC Nr. 72 v. 22. September; 24 v. 25. März 1868.

15 DC Nr. 81 v. 19. Oktober 1869; Pfau (Anm. 5) nannte den preußischen König einen „pseudoprotestantischen Papst“ und einen „uckermärkischen Zar“ (S. 158).

16 Beob. Nr. 55 v. 7. März 1869 (Artikel aus der DC). Dort auch das folgende Zitat.

17 (Anm. 13) S. 11.

ansah<sup>18</sup>, vermochte er in Berlin „auf den Straßen beinahe nur ärmlich gekleidete, erbärmlich dürre Leute“<sup>19</sup> zu erblicken.

1865 hatte der „Beobachter“ noch einen Zweifrontenkampf aller Föderalisten gegen ein „Bismarcksches Preußen wie gegen ein ähnliches Österreich“ propagiert<sup>20</sup>. Seit dem preußischen Sieg über Österreich und der Errichtung des Norddeutschen Bundes stieg jedoch der Kampf gegen die Ergebnisse von 1866 zum obersten Ziel der Volkspartei auf. „Königgrätz muß aus der Welt“<sup>21</sup>. Königgrätz galt den Demokraten als Symbol für die „Zertrümmerung der Nation“ und der Verletzung von „Sittlichkeit, Recht und Freiheit“<sup>22</sup>. Gegen den „Fluch von 1866“<sup>23</sup> wollten die Demokraten ein Bündel von Abwehrmaßnahmen ins Feld führen: die Organisation demokratisch-föderalistischer Parteien<sup>24</sup>, die Schaffung eines demokratisierten Südbundes, Kooperation mit innenpolitischen Gegnern, sofern sie nur antipreußisch gesinnt waren, und den Aufbau eines demokratischen Internationalismus im Kampf gegen das preußische und französische „Cäsarentum“<sup>25</sup>. Die Isolierung „Großpreußens“ galt als „nationale Pflicht Süddeutschlands“<sup>26</sup>. Von den preußischen Demokraten in der Deutschen Volkspartei erhoffte man sich zwar Hilfe, doch man beurteilte die Chancen des Jacoby-Kreises, sich gegen die Fortschrittspartei durchzusetzen, sehr skeptisch<sup>27</sup>. Die deutschen Demokraten setzten hingegen große Hoffnungen auf einen Internationalismus der europäischen Völker, auf einen „europäischen Kampf gegen die Cäsaren“<sup>28</sup>, den die internationale Friedens- und Freiheitsliga organisieren sollte. In den europäischen Nationen sah man eine „große Familie“<sup>29</sup>, die sich über die Köpfe ihrer Machthaber hinweg einigen werde.

Das preußische Volk galt als unfähig, sich an diesem Kampf aktiv zu beteiligen. Es sank zum bloßen Objekt herab, dem von außen her Hilfe gebracht werden müsse. Es stehe im Banne des Bismarckschen „Cäsarentums“, das eine Freiheitsbewegung nicht zulasse. „Aut Caesar aut libertas — wo eins ist, hat das andre nicht Platz“<sup>30</sup>. Um die

---

18 Vgl. ebd., S. 10.

19 Brief v. 26. April 1868 an seinen Bruder Julius, NL Moser-Mohl III, 25i.

20 Nr. 239 v. 13. Oktober 1865.

21 Beob. Nr. 113 v. 15. Mai 1867.

22 Erklärung des Tübinger Volksvereines, Beob. Nr. 115 v. 17. Mai 1867.

23 DC Nr. 91 v. 27. November 1868.

24 Vgl. Kap. D II, 6a.

25 Vgl. o. S. 382 ff.

26 DC Nr. 24 v. 25. März 1869 (Titel).

27 Vgl. DC Nr. 100 v. 29. Dezember 1868.

28 DC Nr. 74 v. 29. September 1868 (Titel); vgl. das Programm der Deutschen Volkspartei v. September 1868, Salomon I, S. 89 (Punkt 2).

29 Aus der Adresse der Deutschen Volkspartei an das spanische Volk, DC Nr. 84 v. 3. November 1868: Das Landeskomitee der württ. Volkspartei billigte diese Adresse; Protokollbuch (NL Haußmann-StAS), S. 45.

30 DC Nr. 74 v. 29. September 1868.

„Zollern“ zu vernichten, die „nur noch als Feinde in Betracht“ kämen, forderte das Stuttgarter Organ der Deutschen Volkspartei die deutsche Nation auf, „keine europäische Kombination unbenutzt zu lassen, die ihr das bißchen Leben wahr, was sie aus 1866 gerettet“<sup>31</sup> habe. Diese proklamierte Offenheit für alle europäischen Kombinationen gegen Preußen läßt verständlich erscheinen, daß die Befürworter eines süddeutschen Anschlusses an den Norden die Demokraten verdächtigten, einer Koalition mit dem Napoleonischen Frankreich gegen Preußen nicht abgeneigt zu sein<sup>32</sup>. Das Organ der württembergischen Volkspartei ließ jedoch bereits 1866 keinen Zweifel daran, daß eine französische Einmischung in den Versuch, „die Freiheit und Einheit Deutschlands neu zu begründen“<sup>33</sup>, alle Parteidifferenzen überbrücken würde. Den Napoleonischen Cäsarismus verurteilten die Demokraten nicht minder entschieden als den Bismarckschen<sup>34</sup>. Die „Integrität des deutschen Bodens“<sup>35</sup> wollte man nicht den europäischen Kombinationen gegen Preußen opfern. Eine „Neutralisierung des Rheins“ als Preis für eine Eindämmung des preußischen Einigungswerks lehnte man eindeutig ab. Auf die „deutsche Rechnung gegen Großpreußen“<sup>36</sup> setzten gerade die Demokraten als Verlustposten Luxemburg und vor allem Deutschösterreich. Der Nationsbegriff der Demokraten war ein sprachlich-kultureller, der im scharfen Gegensatz stand zur berühmten Definition der Nation als un plébiscite toujours durch Renan<sup>37</sup>. In der preußisch-kleindeutschen Einigungspolitik erblickten die Demokraten eine Zerstörung der deutschen Kultur, die sie gegen ausländische Eingriffe bewahren wollten. Im Gegensatz zur Deutschen Partei glaubten die Demokraten jedoch an die Möglichkeit eines friedlichen deutsch-französischen Ausgleichs, da sie den französischen Republikanern jene Kraft zur Demokratisierung ihres Staates zuschrieben<sup>38</sup>, die sie der preußischen Bevölkerung nicht zutrauten. Pfau stand, soweit die Äußerungen des „Beobachters“ dies erkennen lassen, allein mit seinem zwiespältigen Urteil über Napoleon, das schwankte zwischen Ablehnung seines cäsaristischen Regimes und der positiven Würdigung seiner historischen Verdienste um die Zerstörung der Feudalgesellschaft in Europa. Pfau sah

31 DC Nr. 82 v. 27. Oktober 1868.

32 Vgl. dazu o. S. 382 f., 406 f.

33 Beob. Nr. 190 v. 17. August 1866 (Leitartikel Osterlens).

34 Vgl. DC Nr. 74 v. 29. September 1868; 6 v. 22. Januar 1869.

35 DC Nr. 91 v. 27. November 1868 („Und wenn's doch zum Kriege kommt — ?!“). Dort auch das folgende Zitat.

36 DC Nr. 81 v. 19. Oktober 1869 (Titel). Dort auch das folgende Zitat.

37 Vgl. zum Nationalbegriff allgemein Conze, Deutsche Nation; Joachimsen, Vom deutschen Volk zum deutschen Staat; Schieder (Hrsg.), Nationalbewegungen; Burian/H. Mommsen, Nationalstaat; Martiny/H. Mommsen, Nationalismus; s. auch Buchner, Tragödie, S. 32 f. u. ö.

38 Vgl. DC Nr. 61 v. 10. August; 70 v. 10. September 1869; s. auch Pfau, „Briefe aus Paris“, die in der FZ erschienen; abgedruckt in: Politisches und Polemisches, S. 195 ff., vor allem den Brief v. 26. November 1869, S. 190 ff.

in Napoleon zwar einen „Despot auf eigene Rechnung, aber auf Rechnung der Geschichte ein(en) Revolutionär [. . .] und ein(en) Reformator“<sup>39</sup>.

Im deutsch-französischen Krieg bewiesen die württembergischen Demokraten, daß sie der Integrität deutschen Bodens den Vorrang vor antipreußischen Koalitionen in der europäischen Politik einräumten. Obwohl der „Beobachter“ noch im Januar 1870 betonte: „Wir Süddeutschen sind mit allen Wünschen unseres Herzens dabei beteiligt, daß Bismarcks blutige Schöpfung wieder zugrunde gehe“<sup>40</sup>, bezog die große Mehrheit der württembergischen Demokraten im Krieg eindeutig Position gegen Frankreich<sup>41</sup>, z. T. gegen den Willen eines Teils der Parteiführung. Das Parteiorgan versuchte zwar zunächst den Krieg zu einem dynastischen zu stempeln und das Aufkommen nationaler Begeisterung unter den Demokraten zu unterbinden<sup>42</sup>, doch diese Bemühungen blieben vergeblich. In einem großen Leitartikel vom 21. Juli (Nr. 167) forderte der „Beobachter“ bewaffnete Neutralität, um gegen französische Einnischung und der Ausnutzung des Krieges für preußisch-dynastische Zwecke gleichermaßen gewappnet zu sein. Die Gruppe um Carl Mayer mußte sich jedoch der Stimmung ihrer Parteigenossen im Lande beugen. Bereits am 22. Juli (Nr. 168) bezeichnete der „Beobachter“ den erwähnten Artikel vom Vortage als „ein Testament“ — ein letztes Zeugnis für den vergeblichen Versuch, die „Solidarität des europäischen Völkerkampfes“<sup>43</sup> über die regierenden „Cäsaren“ hinweg und zugleich gegen diese zu organisieren.

In der Annexionsfrage mußte dann der innerste Führungszirkel der Volkspartei eine weitere Enttäuschung erleben. Obwohl der „Beobachter“ mehrfach aufrief, sich gegen eine Annexion von Elsaß und Lothringen zu wenden<sup>44</sup>, befürwortete diese doch ein Teil der Parteimitglieder<sup>45</sup>.

So brachen im deutsch-französischen Krieg zwei Säulen der Politik der württembergischen Volkspartei zusammen: Der von ihr kultivierte Preußenhaß, der ihr weit über die Parteimitgliedschaft hinaus Sympathien im Lande verschaffte, war ebensowenig wie der demokratische Internationalismus in der Lage, ein dauerhaftes Fundament für eine antipreußische Politik zu schaffen. Dieser Internationalismus ist selbst als ein Versuch zu verstehen, die Solidarität der Völker in eine antipreußische Sammlungspolitik einzuspannen. Denn internatio-

39 Ebd. S. 189, Brief v. 21. November 1869.

40 Nr. 18 v. 23. Januar 1870.

41 Dazu ausführlich Runge, S. 161 ff.

42 S. vor allem Beob. Nr. 164 f. v. 17./19. Juli; 166 v. 20. 7. („Wider die Hetz-Hetz-Politik“).

43 DC Nr. 62 v. 13. August 1869.

44 S. etwa Nr. 205 v. 1. September; 212 v. 9. September; 217 v. 14. September.

45 Vgl. Runge, S. 166—168.

nale Opposition gegen den „Cäsarismus“ bedeutete für die Demokraten in erster Linie Unterstützung des eigenen Kampfes gegen das preußische Werk von 1866.

## 2. *Ad-hoc-Koalitionen und negative Allianzen*

Schon vor der Gründung des Norddeutschen Bundes, so konnte gezeigt werden, erklärte sich die Parteiführung bereit, auch mit innenpolitischen Gegnern in einer antipreußischen Sammlungsbewegung zusammenzuarbeiten. Im Oktober 1865 rief das Parteiorgan ausdrücklich dazu auf, „alle Elemente zum Kampfe zu sammeln und zusammenzufassen, die Fürsten wie die Republikaner, die ganze Armee von den Sozialisten bis zu den Ultramontanen hinüber“<sup>1</sup>. Als 1866 der „Staatsanzeiger“ ähnlich antipreußische Töne wie der „Beobachter“ anstimmte, rechtfertigte dieser ausführlich diesen Gleichklang des Organs der Regierung und der Demokraten<sup>2</sup>. Der „Beobachter“ entwickelte eine Doppelstrategie für die Volkspartei, die es gestatten sollte, in der Nationalpolitik negative Allianzen abzuschließen und gleichzeitig einen innenpolitischen Reformkurs zu steuern. In der Innenpolitik hoffte das Parteiorgan auf eine Koalition „mit dem entschiedenen Teile des Fortschritts und des Liberalismus“ gegen die Regierung, während „in der deutschen Frage und gegenüber der preußisch-unitarischen Gewaltpolitik ein faktisches Zusammengehen mit der Regierung möglich“<sup>3</sup> sei. Diese Doppelstrategie scheiterte, da die nationalpolitische Polarisierung zwischen preußenfeindlichen Demokraten und anschlusswilligen Liberal-Demokraten in der Deutschen Partei so stark war, daß eine innenpolitische Kooperation nicht realisiert werden konnte. Da sich die Deutsche Partei zudem zunehmend von ihrem inneren Reformprogramm löste, mußte die Volkspartei ihre innenpolitischen Reformziele allein verfechten und gleichzeitig negative Ad-hoc-Koalitionen mit innenpolitischen Gegnern eingehen, um dem eigenen nationalpolitischen Programm eine breitere Basis zu sichern. Die Demokraten konnten diesen Widerspruch jedoch dadurch verringern, daß sie in nationalpolitischen Fragen eine antipreußische Front heterogener politischer Kräfte aufzubauen versuchten, die sich zugleich innenpolitisch im Sinne des demokratischen Reformprogramms nutzen ließ. Um dies zu erreichen, propagierten sie eine Heeresreform, in der sie das wichtigste Bindeglied zwischen ihrem national- und innenpolitischen Programm erblickten. In dieser Agitation<sup>4</sup> sollte antipreußische und Reformpolitik gleichermaßen verwirklicht werden.

---

1 Beob. Nr. 239 v. 13. Oktober 1865. Zu diesem Zeitpunkt sollte sich die Bewegung noch gegen die beiden deutschen Großmächte richten.

2 Beob. Nr. 105 v. 8. Mai 1866.

3 Ebd.

4 Den Verlauf dieser Agitation schildert Runge, S. 130—141; vgl. Rapp, Nationale Frage, S. 333 ff.; Sauer, Heer, S. 205 ff.

Das politische Programm der württembergischen Demokraten propagierte eine Föderation von politischen Gemeinwesen, die sich abgestuft von der kleinsten politischen Einheit, der Gemeinde, über die deutschen Länder bis zum föderativen deutschen Nationalstaat aufbauen sollte; und dieser sollte sich wiederum den „Vereinigten Staaten von Europa“<sup>5</sup> eingliedern. Wenngleich man republikanische Hoffnungen nur selten äußerte und das „Schicksal der Kronen in die Hand der Geschichte“<sup>6</sup> legte, war doch eine Föderation kleiner Republiken, in der eine Form direkter Demokratie praktiziert werden konnte, das letzte Ziel der Volkspartei<sup>7</sup>. In einer Reform der Heeresverfassung sahen die Demokraten eines der wichtigsten Mittel, um ihrem eigentlichen Ideal, der „Selbstregierung des Volkes“, näherzurücken. „Seit den Zeiten des modernen Absolutismus hat das Militärwesen den Charakter jedes Staatswesens bestimmt“<sup>8</sup>. Durch die geforderte Umwandlung der stehenden Heere in Milizheere hoffte man den innersten Kern „des alten Staats“ zu sprengen: „durchgreifender für unser ganzes bürgerliches und politisches Leben wird nichts sein, als wenn es gelingt, das teuerste Kleinod und teuerste Spielzeug des alten Staats durch ein Volksheer zu ersetzen.“ Allgemeine Wehrpflicht, kurze Dienstzeiten und militärische Propädeutik in Jugendwehren und Turnvereinen sollte die wichtigste Bastion des Obrigkeitsstaats in ein Bollwerk bürgerlicher Freiheit verwandeln.

Vom militärischen Geist, der den preußischen Staat prägte<sup>9</sup>, sahen die Demokraten die Hauptbedrohung für alle deutschen Länder ausgehen. Sie befürchteten, daß die preußische Militärverfassung und das allgemeine Wahlrecht des Norddeutschen Bundes, das sie als Bismarcksches „Bestechungsgeschenk“<sup>10</sup> werteten, es ermöglichen wür-

5 Vgl. o. S. 382 f.; Anm. 39, S. 383.

6 Pfau, Koalition der Mittel- und Kleinstaaten (1864), in: Politisches und Polemisches, S. 135. Vgl. auch C. Mayer, Festfahrt (1863); Rede Haußmanns v. 21. Juni 1868 auf einer Wählerversammlung, NL Haußmann-StAS; M. Mohl an seinen Bruder Julius v. 5. Juni 1868, NL Moser-Mohl III, 25i (Charakterisierung der Ziele Mayers und Haußmanns), oder s. die Adresse der Deutschen Volkspartei an das spanische Volk (Anm. 29, S. 413). Die Deutsche Volkspartei forderte „Autonomie der Gemeinden und Provinzen“ (Punkt 1 der Erläuterungen des Ausschusses zum Programm vom September 1868, DC 72 v. 22. September 1868).

7 Das erste Programm der „Beobachter“-Gruppe v. 1864 forderte ebenso als ersten und wichtigsten Punkt die „Selbstverwaltung des Volkes“ (Beob. Nr. 164 v. 16. Juli 1864) wie das Programm der Deutschen Volkspartei v. 1868 und 1873 in Punkt 1 die „Selbstregierung des Volkes“ verlangte (Salomon 1, S. 89; 2, S. 25). Als Mittel für die Realisierung dieses Ziels ist auch die Forderung nach Einführung des imperativen Mandats für Abgeordnete (vgl. o. S. 356) und nach Organisation des Volkes in politischen Vereinen zu verstehen. Diese „freiwilligen Assoziationen sollen den Staat tragen“, Beob. Nr. 200 v. 27. August 1865.

8 Beob. v. 14. Dezember 1866. Dort auch die folgenden Zitate.

9 Vgl. zu diesem Problem zuletzt Messerschmidt, Armee in Staat und Gesellschaft; Bußmann, Bismarck: Seine Helfer und Gegner, S. 139 ff.; Kolb, Kriegführung und Politik 1870/71; vgl. auch Canis, Politische Taktik preußischer Militärs; Helmert, Preußischer Generalstab.

10 Pfau, Die Leidensstationen vom Bund zum Reich, in: Politisches und Polemisches, S. 1—106; hier: S. 86. Die FZ sprach vom „Danaergeschenk“, Geschichte der Frankfurter Zeitung, S. 162.

den, einen preußischen „Cäsarismus“ dauerhaft zu konstituieren. Dieser wäre jedoch „das Ende. Kein Volk hat sich daraus wieder emporgearbeitet“<sup>11</sup>. Die „Vernichtung alles Bürgertums“<sup>12</sup> galt als zwangsläufige Folge. Ein Milizheer, so hofften die Demokraten, „trifft Großpreußen an seiner tödlichen Stelle und bereitet für immer die Beseitigung jenes hohenzollernschen Grundübels vor, aus welchem alles Verderben sich ergossen hat. Das ist die nächste Aufgabe des Südens“<sup>13</sup>.

Die erstrebte große Allianz aller Preußenfeinde konnten die Demokraten im Kampf gegen die Ratifizierung der Schutz- und Trutzbündnisse noch nicht realisieren. Daß diese mit den Zollvereinsverträgen in einem Junktum de facto gekoppelt waren<sup>14</sup>, schwächte nicht nur den Widerstand der Volkspartei, sondern ließ auch die partikularistischen Konservativen einlenken<sup>15</sup>. Die Volkspartei vermochte jedoch, im Kampf gegen die Allianzverträge mit den Katholiken aller politischen Richtungen zusammenzuarbeiten. Das Hauptorgan der württembergischen Katholiken, das „Deutsche Volksblatt“, hatte sich bis 1866 entschieden gegen die Volkspartei und gegen den Liberalismus überhaupt gewandt<sup>16</sup>. Seit der militärischen Lösung des preußisch-österreichischen Dualismus vollzog das „Volksblatt“ jedoch eine politische Kursänderung, wie auch die gemeinsame Opposition gegen ein preußisches Kleindeutschland einen Ausgleich im katholischen Lager herbeiführte<sup>17</sup>. Die Zeitung öffnete ihre Spalten nun auch der antipreußischen liberal-demokratischen Richtung um Probst. Sie opponierte ebenso massiv wie das demokratische Parteiorgan gegen die Schutz- und Trutzbündnisse und gegen die 1868 verabschiedete Reform des Kriegsdienstgesetzes, von der das „Volksblatt“ wie die Demokraten die „Verpreußung“ Württembergs befürchteten<sup>18</sup>.

Erst in den Zollparlamentswahlen gelang es, die erstrebte antipreußische Allianz herzustellen. Regierung und partikularistische Konservative machten ebenso entschieden Front gegen die Deutsche Partei wie Demokraten und Katholiken. Die Volkspartei nominierte ihre Kandidaten zwar ohne Abstimmung mit den Katholiken, aber in fast

---

11 Beob. Nr. 195 v. 22. August 1865; vgl. 266 v. 14. November 1866; 75 v. 29. März 1867; 115 v. 17. Mai 1867 (Erklärung des Tübinger Volksvereins, der vom „Moloch des Militärdespotismus“ sprach).

12 Beob. Nr. 113 v. 15. Mai 1867.

13 (Anm. 8) Hervorhebung im Original.

14 Für Bismarcks Entschlossenheit, den Zollverein zum 1. November 1867 zu kündigen, falls bis dahin die Verträge im Süden nicht ratifiziert gewesen wären, vgl. GW 6a, Nr. 898, 907 f., 912.

15 Zur Haltung der Demokraten gegenüber dem Zollverein vgl. Kap. D VI. Zur Kooperation der Konservativen mit der Deutschen Partei s. o. S. 386 ff., 394 ff.

16 Scheurle, S. 148 f. Das „Deutsche Volksblatt“ ist heute nur noch für die Jahre 1869/70 nachweisbar.

17 Ebd. S. 181 ff.

18 Ebd. S. 191 ff.

allen Fällen arrangierte man sich nachträglich<sup>19</sup>. Diese Zusammenarbeit konnte nur in den Wahlbezirken erfolgen, da die Katholiken über keine Organisation auf Landesebene verfügten.

Die Nationalliberal-Konservativen höhnten<sup>20</sup> über den „Dreibund“ von „Ulramontanen“, „Reaktionären“ und „Republikanern“ und warfen den „royalistischen Demokraten“ ihr „unnatürliches Bündnis“ mit den innenpolitischen Gegnern vor. Gegen diese Vorwürfe verteidigte der „Beobachter“ in einem langen Leitartikel die Politik seiner Partei<sup>21</sup>. Das Parteiorgan bekannte sich zu den Wahlbündnissen, die man auf lokaler Ebene eingegangen war, betonte aber zugleich den Hauptunterschied der volksparteilichen Sammlungspolitik zur nationalliberal-konservativen Sammlungsbewegung: Während die Deutsche Partei Konservative und Liberal-Demokraten organisatorisch integrierte, kooperierte die Volkspartei mit allen antipreußischen Kräften, ohne sich mit diesen in einer gemeinsamen Organisation zu verbinden. Im Gegensatz zur realisierten „negativen Koalition ad hoc und zur Abwehr“ lehnte das Parteiorgan eine „Fusion prinzipiell getrennter Parteien zu einem positiven Zweck“ ab. Das gemeinsame negative Ziel aller Anschlußgegner war die Abwehr aller Tendenzen, die den Status quo in der nationalen Frage zu überwinden suchten.

Diese nationalpolitische Ad-hoc-Koalition innenpolitisch heterogener Kräfte sorgte dafür, daß Württemberg — wie Wilhelm Lang bitter schrieb — „tadellos antinationale Ware nach Berlin“<sup>22</sup> sandte. In Berlin setzten die Abgeordneten der Volkspartei die Politik der negativen Allianz fort. Schon in den vertraulichen Vorberatungen der württembergischen Zollparlamentsabgeordneten, zu denen nur die Minister Mittnacht und Varnbüler nicht geladen wurden, einigten sich Konservative, Demokraten und Großdeutsche, der extreme Schutzzöllner Mohl und der großdeutsche Freihändler Schäßfle, auf den „unbedingten Grundsatz“: „Kein Eintritt in den Nordbund; keine, nicht

---

19 Ebd. S. 202 ff. Obwohl Mohl einen katholischen Gegenkandidaten erhalten hatte, druckte das „Volksblatt“ Mohls Reden ab, die er im Zollparlament hielt (Moriz an Julius Mohl v. 5. Juni 1868, NL Moser-Mohl III, 25i; s. etwa Volksblatt Nr. 106 v. 8. Mai 1870). M. Mohl berichtete seinem Bruder Julius, daß Probst ihn als Kandidaten empfahl. Mit seinem Konkurrenten, dem Grafen Rechberg, einigte sich Mohl auf einen fairen Wahlkampf (Brief an Julius v. 23. Februar 1868, ebd.). Runge (S. 122—124) unterschätzt die Kooperation von Demokraten und Katholiken, da sie zu sehr auf organisatorische Zusammenschlüsse achtet, zu denen es nur in Ulm kam. Ihre Behauptung, daß die lokale Zusammenarbeit ohne Billigung der demokratischen Parteiführung geschah (S. 123), trifft — wie die folgenden Ausführungen zeigen — nicht zu. Vgl. zur Kooperationsbereitschaft der Demokraten auch Schübelin, S. 96 f.

20 SVZ Nr. 113 v. 15. Mai; 303 v. 28. Dezember 1867. Vgl. Langs Aufsatz „Aus Schwaben“ (Dezember 1866) in: Grenzboten IV/1866, S. 453—463. Lang konstatierte bereits zu diesem Zeitpunkt eine antipreußische „Koalition ad hoc“ (S. 458) aus Demokraten, Ulramontanen und Großdeutschen, aus Schutzzöllnern und Föderalisten. S. auch Rochaus Charakterisierung der württ. Volkspartei, Realpolitik 2. Teil, S. 312—314.

21 Nr. 88 v. 16. April 1868. Dort die folgenden Zitate.

22 „Aus Schwaben“ (12. April 1868), in: Grenzboten II/1868, S. 107.

die geringste, Erweiterung der Zuständigkeit des Zollparlaments<sup>23</sup>.“ Im Zollparlament schlossen sich alle württembergischen Abgeordneten der „süddeutschen Fraktion“ der Anschlußgegner an, mit der auch die Sozialisten Bebel und Liebknecht zusammenarbeiteten<sup>24</sup>. Diese süddeutsche Fraktion entsprach in ihren Zielsetzungen und in ihrer heterogenen Zusammensetzung der Koalition der württembergischen Abgeordneten: eine — wie selbst Moriz Mohl konstatierte — „sonderbare Gesellschaft von Aristokraten, Ultramontanen und Demokraten“<sup>25</sup>, die sich nur in dem Bestreben einig zeigte, das Zollparlament nicht zum Vollparlament werden zu lassen.

In den Landtagswahlen von 1868 bewies die Volkspartei, daß sie trotz ihrer antipreußischen Sammlungspolitik nicht davon abließ, einen entschiedenen innenpolitischen Reformkurs zu steuern. Sie verlangte in ihrem Wahlprogramm<sup>26</sup> erneut eine umfassende Verfassungsrevision, die alle Privilegierten aus dem Landtag entfernen und nur noch eine Kammer bestehen lassen sollte. Die sechsjährigen Landtagsperioden wollte man verkürzen, um dem Prinzip der Selbstverwaltung des Volkes ein Stück näher zu rücken. Das Wahlprogramm verneinte ausdrücklich die Möglichkeit, erneut eine negative Koalition mit Regierungsanhängern einzugehen. Die Volkspartei beharrte damit auf ihrer bereits 1866 proklamierten Doppelstrategie der unterschiedlichen Allianzen in der Innen- und der Nationalpolitik. Die Demokraten wandten sich zwar nicht so deutlich gegen eine erneute Zusammenarbeit mit den katholischen Kräften außerhalb der Volkspartei, doch man schloß in den Landtagswahlen auch auf lokaler Ebene keine Bündnisse mit großdeutschen Katholiken<sup>27</sup>.

Das demokratische Parteiorgan betonte aber die Bereitschaft, trotz der innenpolitischen Abgrenzung von den Regierungsanhängern die antipreußische Sammlungspolitik fortzusetzen. „Keine Vermischung und Verwischung der trennenden Unterschiede, keine gemeinsame Leitung, wohl aber Koalition ad hoc wider Deutschlands Entdeutschung; doch diese nur auf dem Boden fester Verabredung und bindender Versprechungen, mit dem Vorbehalt, sich gegenseitig über die Köpfe zu schlagen, sobald die inneren Gegensätze hervorbrechen“<sup>28</sup>.

23 M. an Julius Mohl v. 6. März 1868, NL Moser-Mohl III, 25i.

24 Vgl. Schübelin, S. 106; Bebel, Aus meinem Leben 2, S. 155 ff.; s. auch Tafels Bericht v. 13. Juni 1869 an seine Frau (NL Tafel) und die Briefe Mohls aus dem Zollparlament an die Redaktion des „Beobachters“ im NL Haußmann-StAS.

25 Brief v. 17. Mai 1868 an seinen Bruder Julius, NL Moser-Mohl III, 25i. S. zu den Ad-hoc-Koalitionen, die die süddeutschen Anschlußgegner schlossen, auch: Erste Session des Zollparlaments. Aus dem Tagebuch eines Süddeutschen; Die erste Woche des Zollparlaments, in: Grenzboten II/1868, insbes. S. 236—239; vgl. auch Schübelin, S. 106.

26 Beob. Nr. 133 v. 10. Juni 1868. Danach das Folgende. Vgl. die Eingabe der Landesversammlung der Volkspartei v. 6. Januar d. J. an den Landtag, in der die Demokraten der Volkspartei die gleichen Forderungen wie in ihrem Wahlprogramm erhoben.

27 Vgl. Scheurle, S. 211.

28 Beob. Nr. 105 v. 8. Mai 1869.

Seit den Zollparlamentswahlen fehlte jedoch die Möglichkeit, wieder eine antipreußische Allianz von der äußersten partikularistischen Rechten bis zur Linken zustande zu bringen. Die demokratischen Organe jubelten seit Ende 1868 zwar über die Stagnation des Einigungswerkes<sup>29</sup>, doch die von den Demokraten so hoch geschätzte „rückläufige Bewegung der Bismärckerei“ begrenzte auch die Koalitionsmöglichkeiten der Demokraten. Um die Stagnation zu überwinden, die auch auf die Volkspartei überzugreifen drohte<sup>30</sup>, entfachten die Demokraten Anfang 1870 gegen das Kriegsdienstgesetz von 1868 einen Agitationssturm, der an Intensität und Erfolg alle bisherigen Kampagnen übertraf<sup>31</sup>. In dieser Agitation sah die Volkspartei erneut eine Chance, ihre innen- und nationalpolitischen Ziele miteinander zu verbinden. Mit der Opposition gegen die Angliederung des württembergischen Militärwesens an das preußische hofften die Demokraten ihre antipreußische Politik zum Erfolg zu führen und gleichzeitig ihrem Ideal einer direkten Demokratie ein Stück näherzukommen. Durch die Kampagne zur Abschaffung des „Fluchgesetzes von 1868“ wollten die Demokraten den „Bürgerstaat“ vor dem Absinken zum „Militärstaat“<sup>32</sup> bewahren und zugleich eine „tüchtige Vorübung zur direkten Gesetzgebung durch das Volk“<sup>33</sup> bieten. Von Württemberg sollte zudem in dieser Frage eine Signalwirkung auf ganz Deutschland ausgehen. Auch die „Frankfurter Zeitung“ sprach davon, daß im Kampf der württembergischen Demokraten gegen die Übernahme der preußischen Militärverfassung die Entscheidung falle, ob es zur Einheit in Freiheit oder unter preußischer Zwangsjacke komme<sup>34</sup>.

Die Volkspartei konnte fast 150 000 Unterschriften gegen das Gesetz von 1868 sammeln. Es gelang ihr, weit über ihre Mitgliedschaft und ihre Wähler hinaus große Bevölkerungskreise zu mobilisieren, die sich den Demokraten weder organisatorisch noch in Wahlen anschlossen. Gleichwohl konnte die Volkspartei mit diesem eindrucksvollsten Erfolg ihrer antipreußischen Sammlungspolitik nicht die Politik der Regierung beeinflussen. Die Demokraten provozierten mit ihrer Agitation vielmehr eine Regierungsumbildung, die ihren Zielen diametral entgegenlief. Zugleich löste die Volkspartei mit ihrer Kampagne eine verstärkte Gegenbewegung bei denjenigen aus, die gegen eine Lockerung der Nord-Süd-Klammern opponierten und eine plebiszitäre Demokratie ablehnten<sup>35</sup>. Die Strategie der Demokraten, innen- und nationalpolitische Ziele miteinander zu verbinden, begann somit eine Bumerangwirkung zu entfesseln noch bevor diese Strategie in-

29 Vgl. DC Nr. 94 v. 8. Dezember 1868; 24 v. 25. März 1869; 37 v. 14. Mai 1869 (dort das folgende Zitat); oder Beob. Nr. 153 v. 4. Juli 1869; 54 v. 6. Juni 1870.

30 Vgl. Runge, S. 137 f.

31 Vgl. ebd., S. 137 ff.

32 Beob. Nr. 2 v. 4. Januar 1870 („Die Aufgaben des württ. Volkes im Jahr 1870“).

33 Ebd. Nr. 67 v. 22. März 1870.

34 FZ Nr. 88 v. 29. März 1870 2. Blatt.

35 Vgl. o. S. 401 ff.

folge des nationalen Aufschwungs während des deutsch-französi-  
schen Kriegs vollends versagte. Denn gerade die Verzahnung innen-  
und nationalpolitischer Motivationen verhinderte die Sammlung der  
Anschlußgegner aller politischen Richtungen. Die Demokraten ver-  
mochten auf Grund ihrer Doppelstrategie zwar dem Geschick der  
Liberal-Demokraten in der Deutschen Partei zu entgehen, die sich  
dem Abrücken ihrer Partei von ihrem innenpolitischen Reformpro-  
gramm zugunsten einer nationalen Sammlungsbewegung fügen mußten.  
Doch das Beharren der Volkspartei auf ihrem innenpolitischen  
Programm trug zugleich dazu bei, die Bildung eines mächtigen anti-  
preußischen Sammelbeckens zu verhindern. Während die Liberal-  
Demokraten in der Deutschen Partei ihre Reformwartungen schei-  
tern sahen, mußte sich die Volkspartei 1870/71 das Scheitern ihrer  
antipreußischen Zielsetzungen eingestehen.

Diese Verzahnung von innen- und nationalpolitischen Motivationen  
verhinderte auch, daß Demokraten, Konservative und Regierungen  
gemeinsam ihre Südbundpläne verfechten konnten<sup>36</sup>. Die Demokra-  
ten erwarteten von ihrem Südbundprojekt einen „Notbehelf [. . .] für  
den Augenblick“<sup>37</sup>. Sie waren jedoch nicht bereit, auf die geforderten  
demokratischen Garantien zu verzichten und lehnten deshalb die  
österreichischen und bayerischen Südbundpläne ab<sup>38</sup>.

Die enge Verbindung von national- und innenpolitischem Pro-  
gramm führte letztlich dazu, daß die Demokraten 1870/71 auf beiden  
Gebieten scheiterten. Ihr nationalpolitisches Konzept war nun end-  
gültig überholt. Die Volkspartei hatte sich aber so stark als antipreu-  
ßische Partei profiliert<sup>39</sup>, daß sie zu den Besiegten von 1870 gehörte.  
Die Demokraten hatten zwar immer ihr innen- und ihr nationalpoliti-  
sches Programm als zwei gleichwichtige Säulen der Volkspartei in  
den Vordergrund gestellt, doch eine Säule allein — so erwies sich  
nun — war nicht tragfähig. Die Demokraten konnten deshalb nicht  
ohne weiteres die Förderung der demokratischen Entwicklung des  
Reiches und Württembergs als neues Programm aufstellen. Die alten  
Führer wie Carl Mayer<sup>40</sup> oder Ludwig Pfau waren dazu auch subjek-

36 Zu den österreichischen und bayerischen Südbundplänen s. Potthoff, S. 157 ff.;  
Becker, S. 625 ff.; Grupp, S. 219 ff.

37 Aus Punkt 2 des Programms der Deutschen Volkspartei v. September 1868  
(Anm. 7, S. 417).

38 Vgl. Beob. Nr. 137 v. 14. Juni 1868; 4 v. 6. Januar 1869; DC Nr. 11 v. 9. Februar; 13  
v. 16. Februar; 15 v. 23. Februar; 55 v. 20. Juli 1869.

39 Am Heidenheimer Volksverein, für den das Protokollbuch lückenlos von 1865 bis  
1913 vorliegt, läßt sich diese Entwicklung gut verfolgen. 1865 standen noch innen-  
politische Reformvorhaben im Vordergrund der Vereinsaktivität. Seit 1866 konzen-  
trierte man sich jedoch vornehmlich auf die antipreußische Politik. Auch die Ent-  
wicklung der Volkspartei im Kaiserreich läßt sich beispielhaft an diesem Ortsver-  
ein verfolgen. Ich hoffe, dies bald in einem Aufsatz zeigen zu können.

40 S. seine Wahlrede in Besigheim, Beob. 283 f. v. 30. November/1. Dezember 1870.  
Mayer gehörte allerdings nicht zu denen, die auf die Dauer eine Mitarbeit im  
neuen Reich ablehnten. Ende 1870 trat er als Redakteur des Parteiorgans zurück  
(Beob. Nr. 308 v. 30. Dezember 1870) und verließ damit die Bühne der aktiven Poli-  
tik. 1881 kandidierte er jedoch erfolgreich für den Reichstag.

tiv nicht fähig. Für sie bildete das Kaiserreich nur eine „weitere ‚Leidensstation‘“<sup>41</sup> in der deutschen Geschichte. Der „Beobachter“ verfocht sogar die Meinung, daß keine grundsätzliche Programmänderung nötig sei<sup>42</sup>. Er gab die Parole aus: „Im Reich wider das Reich“<sup>43</sup>. Die Partei stand, so diagnostizierte ihr Organ, zwischen „moralischem Selbstmord“ durch Mitarbeit in einem kleindeutschen-preußischen Kaiserreich, das sie stets perhorresziert hatte, und der „Auflösung“ durch Untätigkeit<sup>44</sup>. Doch selbst wenn die Mentalität der alten Parteiführer eine sofortige engagierte Mitarbeit erlaubt hätte, wäre es der Volkspartei nicht erspart geblieben, zunächst auf einen kleinen Kern von Demokraten zu schrumpfen. Die Volkspartei war eben nicht ausschließlich eine demokratische Organisation, sondern immer auch eine antipreußische Bewegung gewesen, die nun ihr Sedan erlebt hatte. Es ist anhand der vorliegenden Quellen nicht mit Sicherheit festzustellen, welche Motivation — die demokratische oder die antipreußische — für Mitglieder, Wähler und sonstige Sympathisanten die Priorität besaß. Die zeitliche Koinzidenz von antipreußischen Agitationskampagnen und Vereinsgründungswellen<sup>45</sup>, die anschließend wieder verebbten, legt jedoch den Schluß nahe, daß die antipreußischen Aversionen für die Parteimitglieder nicht weniger wichtig waren als die innenpolitischen Reformwartungen. Für Wähler und sonstige Sympathisanten traf dies gewiß in noch stärkerem Maße zu.

Während die Deutsche Partei ihr Ziel 1870/71 erreichte und dann mangels neuer positiver Zielsetzungen verfiel, bezahlte die Volkspartei ihre starre Politik der Verneinung mit dem Verfall ihrer Organisation und dem Verlust des größten Teils ihrer Wählerschaft. Die Demokraten brauchten ein volles Jahrzehnt, um sich von ihrer Niederlage zu erholen und die Parteiorganisation neu aufzubauen. Diesen neuen Anfang leiteten neue Parteiführer wie Friedrich Payer und die Gebrüder Haußmann ein. Die große Mehrheit der alten Demokraten konnten sich hingegen mit dem neuen Kaiserreich nicht abfinden, das sie — wie Payer in seinen Erinnerungen schrieb — „als eine ganz vorübergehende Erscheinung ansahen“<sup>46</sup>. Sie waren völlig im Kampf gegen einen kleindeutschen Nationalstaat unter preußischer Führung aufgegangen — über diese Politik der unbedingten Negation fanden sie nicht hinaus.

---

41 Pfau, Leidensstationen (Anm. 10 S. 417), S. 105.

42 Nr. 64 v. 17. März 1872.

43 Nr. 97 v. 27. April 1872.

44 Nr. 100 v. 1. Mai 1872.

45 Vgl. o. S. 337.

46 Payer, Mein Lebenslauf, S. 12; vgl. ders., Deutsche Volkspartei, S. 13. Für die Auseinandersetzung zwischen den alten und den neuen Parteiführern sind Payers Reichstagsbriefe an seine Frau aufschlußreich (NL Payer-Privatbesitz). Da Payer fast täglich schrieb, bilden seine Briefe eine Art Tagebuch. Zur Politik der württ. Demokraten von 1890 bis 1920 s. Simon.

## VI. Wirtschaftspolitik und Parteipolitik

Die Wirtschaftsentwicklung Württembergs in der Reaktionsdekade hatte prägend auf das politische Leben des Landes eingewirkt<sup>1</sup>. Die schweren Krisenjahre bis 1854/55, in denen sich Industrialisierungs- und agrarische Strukturkrise überlappten<sup>2</sup>, führten zu einer Entpolitisierung der breiten Bevölkerung. Politisches Engagement blieb auf einen kleinen Kreis bürgerlicher Honoratioren beschränkt. Dies änderte sich zunächst auch nicht, als seit der Mitte des nachrevolutionären Jahrzehnts eine Periode der forcierten Industrialisierung einsetzte. Das Bürgertum lenkte seine Energien ins Erwerbsstreben und kooperierte mit dem Staat, der politische Reaktion mit progressiver Wirtschaftspolitik verband. Diese förderte den steilen wirtschaftlichen Aufschwung und zugleich die bürgerliche Bereitschaft zum Arrangement mit dem Obrigkeitsstaat. Erst als die nationale Bewegung seit 1859 wieder in Fluß geriet, setzte eine erneute Politisierung breiter Kreise des Bürgertums ein, die in der zweiten Hälfte des Reichsgründungs Jahrzehnts kulminierte. Diese Politisierung vollzog sich in einer „hochbefriedigenden Konjunkturspanne“<sup>3</sup> — hochbefriedigend für alle Schichten des Bürgertums, so daß die politische Polarisierung, die das Bürgertum seit 1864 erfaßte<sup>4</sup>, zunächst nicht auf die Wirtschaftspolitik übergriff. Diese konjunkturelle Aufschwungsperiode bis 1873, in der Württemberg seinen Take-off, den Durchbruch zur Industrialisierung, vollzog, ermöglichte erst die „kampf- und konfliktreiche Hausse der politischen Freiheits- und nationalen Einigungsbewegung“<sup>5</sup>. In den Grundzügen der Wirtschaftspolitik war sich das gesamte Bürgertum untereinander und zugleich mit den staatlichen Machträgern prinzipiell einig. Die Berichte der Handels- und Gewerbekammern, die von der Zentralstelle für Gewerbe und Handel, dem Bindeglied zwischen Staat und Erwerbsgesellschaft<sup>6</sup>, herausgegeben wurden, bezeugten jährlich aufs neue diese nahezu konfliktlose wirtschaftspolitische Kooperation von Obrigkeitsstaat und Bürgertum. Grundsätzliche wirtschaftspolitische Kontroversen innerhalb des politisch gespaltenen Bürgertums gab es nicht — mit einer Ausnahme. Nur auf einem, allerdings eminent wichtigen wirtschaftspolitischen Teilbereich kam es zu einer heftigen Kontroverse

---

1 Vgl. Kap. C I.

2 Vgl. Kap. A I, 3.

3 Rosenberg, Depression, S. 127.

4 Vgl. Kap. D I.

5 Rosenberg, Depression, S. 128; vgl. Zorn, Zusammenhänge, insbes. S. 300.

6 Vgl. o. S. 67 f., 238 ff.

im bürgerlichen Lager: in der Reaktion auf die preußische Zollvereinspolitik<sup>7</sup>. Bezeichnenderweise standen aber selbst hier nicht wirtschaftspolitische, sondern unterschiedliche nationalpolitische Konzeptionen im Mittelpunkt.

Den preußisch-französischen Handelsvertrag von 1862 lehnte zunächst die Mehrheit der bürgerlichen Öffentlichkeit Württembergs ebenso wie die Regierung ab<sup>8</sup>. Die Koalition der Gegner war sich jedoch nur im Negativen einig, während ihre politischen und handelspolitischen Vorstellungen differierten. So gehörten zu den engagiertesten Vertragsgegnern Moriz Mohl, der zeit seines Lebens prinzipienstarrer Schutzzöllner blieb, die Demokraten Ammermüller und Deffner, bei denen sich schutzzöllnerische Neigungen und antipreußische Aversionen verbanden, und Prof. Schäffle, der spätere österreichische Minister, der das Freihandelsprinzip des Handelsvertrags begrüßte, aber proösterreichisch eingestellt war<sup>9</sup>.

Als sich seit Ende 1862 die bürgerliche Öffentlichkeit in zwei handelspolitische Lager spaltete, gruppierten sich diese weder entlang der späteren parteipolitischen Grenzlinien noch nach Wirtschaftsbranchen. Die handelspolitischen Gegensätze lassen sich nicht, wie das versucht wurde<sup>10</sup>, auf die einfache Formel „Baumwollindustrie“ versus „Handelsbourgeoisie“ bringen. Die Baumwollindustrie gehörte

---

<sup>7</sup> Zur preußischen Handelspolitik vgl. grundsätzlich Böhme, Großmacht, 1. Abschnitt, 2 f.; 2. Abschnitt. Vgl. zu Böhmers Arbeit die wichtigen Rezensionen von Gall (HZ 209/1969, S. 616—630) und, hyperkritisch, Wehler (NPL 1969, S. 344—374). Im Vorwort zur zweiten Auflage (1972) unternimmt Böhme den Versuch einer Antwort auf Wehler, ohne diesen zu nennen. S. auch Böhme, Politik und Ökonomie in der Reichsgründungs- und späten Bismarckzeit, in: Stürmer, Das kaiserliche Deutschland, S. 26—50.

<sup>8</sup> Vgl. Böhme, Großmacht, S. 109 f.; Rischbieter, Handelsvertrag und öffentliche Meinung Deutschlands, S. 48 ff. Diese sehr informative Dissertation gibt einen guten Überblick über die Haltung der wichtigsten deutschen Zeitungen und der deutschen Handelskammern. Die Stellungnahmen der Zeitungen und ihr Meinungswandel zwischen 1862—1865 sind in einer Karte im Anhang graphisch dargestellt.

<sup>9</sup> Seine freihändlerische Einstellung bewahrte er sich auch im Reformverein. Es kam darüber zu einer heftigen Kontroverse mit Varnbüler, s. Wochenblatt des Reformvereins Nr. 1 u. 2 v. 11. Januar; 4 v. 25. Januar (Schäffle); Nr. 9 f. v. 1. und 8. März 1863 (Varnbüler); vgl. Real, Reformverein, S. 72 ff. Vgl. für Schöffles Haltung im Jahre 1862 neben seinen bekannten Zeitschriftenaufsätzen (s. Bibliographie bei Böhme, Großmacht, S. 644) auch seinen Artikel „Die handelspolitische Krisis“, in: Chronik Nr. 243 II v. 12. Oktober 1862.

<sup>10</sup> Schulze, Wirtschaftspolitische Auffassungen bürgerlicher Demokraten, S. 383. Er verzeichnet die handelspolitischen Gruppierungen der „Württembergische Demokratie“ völlig. Schulze unterscheidet die schutzzöllnerischen „Vertreter der Baumwollindustrie um Ammermüller, Deffner und Moriz Mohl und die freihändlerischen Vertreter der Handelsbourgeoisie um Pfeifer, Federer, Osterlen und Tafel“. Nun war aber Mohl kein Vertreter der Baumwollindustrie, sondern ein Schutzzöllner par excellence, der vom Freihandel pauschal den wirtschaftlichen Ruin Süddeutschlands befürchtete. Er erstattete als Referent der volkswirtschaftlichen Kommission der Abgeordnetenkammer einen voluminösen Bericht von fast 800 Seiten über den preußisch-französischen Handelsvertrag (Rosenberg, Publizistik 2, Nr. 823) — eine Fleißarbeit, die völlig einflußlos blieb. Diese Arbeit hatte für Mohls Gegner den großen Vorteil, daß seine Kräfte gebunden waren und er sich in die öffentliche Diskussion kaum einschalten konnte (vgl. Beob. Nr. 9 v. 13. Januar 1863; Moriz an Julius Mohl v. 13. August 1862, NL Moser-Mohl III, 25g). Für

zwar zu den Branchen, die bei einer Reduzierung der Zollsätze als besonders gefährdet galten<sup>11</sup>, so daß sie auch in Württemberg die Forderung nach Schutzzöllen in starkem Maße verfocht<sup>12</sup>. Doch selbst Vertreter der Baumwollbranche reagierten nicht einheitlich. Die Handelskammern in Reutlingen und Stuttgart sprachen sich namens ihrer Mitglieder gegen die vorgesehene Zollreduktion für Baumwollgewebe aus — ohne eine Senkung der Tarife generell abzulehnen; die Heilbronner und die Ulmer Kammern monierten die Tarife des Handelsvertrags für Baumwollgarne und -gewebe nicht<sup>13</sup>. Diese zwiespältige Haltung der Handelskammern hinsichtlich der Zollsätze für Baumwollprodukte charakterisierte zugleich die Position der gesamten württembergischen Wirtschaft. Von den sieben Delegationen aus Württemberg auf dem zweiten Deutschen Handelstag (Oktober 1862 in München) lehnten drei den preußisch-französischen Vertrag ab, während vier weder sofort zustimmen noch sofort ablehnen wollten<sup>14</sup>. Das Votum der Unentschiedenen deutete bereits an, daß man sich letztlich doch zur Annahme durchringen werde, denn man wollte zwar Vertragsmodifikationen, aber keine Zerreißen des Zollvereins. Selbst diejenigen Handelskammern, die den Vertrag verwarfen, waren in sich uneinig und ließen zudem erkennen, daß sie ihre Haltung ändern würden, sobald der Bestand des Zollvereins gefährdet sein sollte. So sprachen sich die Delegierten der Stuttgarter Handelskammer in München zwar gegen den Handelsvertrag aus. Doch die

---

Mohl war es ein „Axiom“, daß Preußen auf den Zollverein stärker angewiesen sei als die süddeutschen Staaten und deshalb einlenken werde (Eingabe Mohls an den württ. König v. 23. Oktober 1863, HSTAS E 14 Bü 108). Schäffle erstattete ein Sondergutachten über den Handelsvertrag, das wesentlich differenzierter als das Mohlsche ausfiel (Rosenberg, ebd. Nr. 824). Ammermüller war Teilhaber der Stuttgarter Farbenfabrik Heinrich Siegle und Deffner der Inhaber einer Blechwarenfabrik in Eßlingen. Der Bankier Friedrich Federer gehörte nie, auch 1848 nicht, zu den Demokraten. Er war 1845—1848 Landtagsabgeordneter gewesen und hatte sich seitdem aus der Politik zurückgezogen. An der öffentlichen Diskussion um den Handelsvertrag beteiligte er sich nicht an führender Stelle. Die Rechtsanwältinnen Osterlen und Gottlob Tafel zählten wie viele Demokraten (vgl. weiter unten) zu den Befürwortern des Handelsvertrags, da für sie Freihandel und Liberalismus korrespondierten. Ihren politischen Zielen maßen sie unbedingte Priorität zu. Zur Haltung der württ. Baumwollindustrie, die nicht so einhellig war, wie Schulze glaubt, s. u. S. 426 f.

11 Vgl. Jahresbericht Handelskammer Stuttgart 1864, S. 20.

12 Der extrem schutzzöllnerische „Verein für deutsche Industrie“ stand unter der Leitung des Augsburgers Baumwollspinners Kerstorff, der zu den rührigsten Agitatoren für die Bildung einer schutzzöllnerischen Front gegen den Handelsvertrag gehörte, vgl. die Denkschrift dieses Vereins v. Mai 1862, Rosenberg, Publizistik 2, Nr. 853; Bericht über die Stuttgarter Versammlung des Vereins vom Mai 1862 in Chronik Nr. 109 III v. 8. Mai 1862; Rischbieter, S. 18, 35 u. ö.; s. auch Böhme, Großmacht, S. 104. Dieser Verein konstituierte sich auf einem Kongreß deutscher Schutzzöllner v. 4. Oktober 1861 in Frankfurt, zu dem auch Deffner eingeladen hatte, vgl. Rischbieter, S. 17 f.

13 Bericht der Zentralstelle v. 23. Mai 1862 an das Innenministerium, S. 20.

14 Vgl. Rischbieter, S. 117. S. auch die „Denkschrift über die vom zweiten Deutschen Handelstag zu München gefaßten Beschlüsse“, Berlin 1862, Rosenberg, Publizistik 2, Nr. 854. Einen kurzen Überblick über die Haltung der württ. Handelskammern gibt Mosthaf, S. 144—149. Er berücksichtigt zuwenig den Meinungswandel, der sich im Zeitraum von 1862—1864 vollzog.

Differenzen waren innerhalb dieser Kammer bereits so groß, daß sie 1862 zwei differierende Gutachten über den Handelsvertrag an die Zentralstelle erstattete, da man sich nicht auf ein einheitliches Votum einigen konnte<sup>15</sup>. Das Minoritätsgutachten wünschte zwar auch Tarifmodifikationen, verlangte aber gleichwohl die unveränderte Annahme des Vertrags, da man den Zollverein für akut gefährdet hielt. Die Kammermehrheit glaubte hingegen an die Möglichkeit, noch Vertragsänderungen durchsetzen zu können. Es ging der Majorität vor allem darum, Österreich in den projektierten zollvereinsländisch-französischen Markt einzubeziehen. Doch auch dieses Votum unterstrich, daß der Erhalt des Zollvereins durch Änderungswünsche nicht gefährdet werden dürfe. Ein Jahr später, 1863, lenkte die Stuttgarter Kammer noch stärker ein. Sie sprach nun von der „providentiellen Notwendigkeit der Erhaltung“<sup>16</sup> des Zollvereins. Der Kammerbericht für 1864 feierte schließlich den Beitritt Bayerns und Württembergs zum preußisch-französischen Handelsvertrag, mit dem die Krise ihr Ende fand, als „das erfreulichste Ereignis des Jahres 1864“<sup>17</sup>.

Dieser Prozeß des Umdenkens, der sich in der Stuttgarter Handels- und Gewerbekammer vollzog, kennzeichnete beispielhaft die Haltung der großen Mehrheit der württembergischen Wirtschaftskreise zum preußisch-französischen Handelsvertrag: Von der Opposition, die nie einhellig und nie kompromißlos war, rang man sich zur unbedingten Bejahung durch. Den handelspolitischen Ausschluß Österreichs aus dem zollvereinten kleindeutschen Wirtschaftsraum bedauerte man zwar, akzeptierte ihn aber, um den Zollverein nicht zu gefährden. Dessen Zerstörung, so schrieb die Ulmer Handelskammer bereits 1862, wäre „so erschütternd, daß niemand an eine solche nur zu denken wagt“<sup>18</sup>.

Während die Auseinandersetzung, die innerhalb der Wirtschaftskreise und zwischen den Wirtschaftsverbänden geführt wurde, sachbezogen blieb<sup>19</sup>, erhielt die öffentlich ausgetragene Kontroverse ihre Schärfe durch die Verquickung von handels- und nationalpolitischen Motivationen. So fand die Diskussion auf zwei Ebenen statt: Die politischen Fragen, die sich mit dem Handelsvertrag verbanden, domi-

---

15 Gutachten der Stuttgarter Handelskammer, I. Minoritäts-, II. Majoritätsgutachten (1862), im Anhang Gutachten einzelner Firmen; vgl. Jahresbericht Handelskammer Stuttgart 1862, S. 22—28; dass. 1864, S. 11—23; Chronik Nr. 130 I v. 3. Juni 1864.

16 Jahresbericht 1863, S. 19.

17 S. 11.

18 Jahresbericht für 1861, S. 59.

19 Vgl. etwa die Resolutionen des Geislinger Gewerbevereins, Chronik Nr. 307 v. 27. Dezember 1862; Gewerbeversammlung in Göppingen, ebd. Nr. 8 II v. 10. Januar 1863. Der Ulmer Handelsverein forderte im Oktober 1862 einstimmig die Annahme des Vertrags trotz der Nachteile, die man konstatierte. Nach der Sicherung des Zollvereins seien Erleichterungen im Handel mit Österreich „entschieden zu erstreben“, ebd. Nr. 241 III v. 10. Oktober 1862. Zur Haltung des Stuttgarter Handelsvereins s. Rischbieter, S. 117. Die Position der Handelskammern werden in den Jahresberichten 1862—1864 ausführlich referiert.

nierten in der Öffentlichkeit, während die wirtschaftlichen Auswirkungen innerhalb der Handelskammern und der sonstigen Wirtschaftsverbände im Mittelpunkt der Erörterungen standen<sup>20</sup>.

Die politische „Suprematie Preußens“<sup>21</sup> im zollvereinten Kleindeutschland galt einem großen Teil der württembergischen Öffentlichkeit als eine zwangsläufige Folge, falls die Zollvereinsstaaten dem preußisch-französischen Handelsvertrag beiträten. Diese Überzeugung von den unvermeidlichen nationalpolitischen Folgen der preußischen Handelspolitik führte dazu, daß sich im Verlauf der öffentlich geführten Kontroversen Gruppierungen herausbildeten, in denen sich die innenpolitisch heterogene Zusammensetzung der späteren Deutschen Partei bereits andeutete — ohne daß sich aber die Parteifronten von 1866 schon ausgebildet hätten. Es verlief noch keine handelspolitische Trennlinie zwischen den späteren Mitgliedern der Deutschen Partei und der Volkspartei.

Zu den publizistischen Hauptkämpfern für die Annahme des Handelsvertrags gehörte von Anfang an<sup>22</sup> der 48er-Demokrat Pfeifer, der sich seit seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst im Jahre 1851 zum Direktor der Stuttgarter Lebensversicherungs- und Ersparnisbank emporgearbeitet hatte<sup>23</sup>. Unter seiner Federführung versammelten sich Anfang Januar 1863 in Stuttgart ca. 250 Befürworter des Handelsvertrags, von denen einige als Bevollmächtigte von Gewerbe- und Landwirtschaftsvereinen auftraten<sup>24</sup>. Auf der Versammlung dominierten Unternehmer, die ab 1866 zu den führenden Mitgliedern der Deutschen Partei zählten. Dieses handelspolitische Engagement knüpfte somit für zahlreiche Unternehmer, die zuvor parteipolitisch abstinent gewesen waren, eine Verbindung zu Mitgliedern der Fortschrittspartei, mit denen sie 1866 gemeinsam die Deutsche Partei konstituierten. Zu den Unternehmern, die sich nun aus Sorge um den Erhalt des zollvereinten kleindeutschen Marktes politisch betätigten, gehörte auch der Pietist Chevalier. Er hatte später als Mitglied des engeren Parteivorstands stets ein gewichtiges Wort über den politi-

20 Diese bedauerten die Politisierung, vgl. Jahresbericht Handelskammer Stuttgart 1862, S. 27.

21 Aus der Eingabe des Ausschusses des großdeutschen Vereins für Württemberg an das Innenministerium 22. Dezember 1862, HSTAS E 146 Bü 1959.

22 Manche Vertragsgegner von 1862 änderten bereits 1863 ihre Haltung. So etwa der Heidenheimer Fabrikant Zöpplitz, der sich 1866 der Deutschen Partei anschloß; vgl. die Unterschriften gegen den Handelsvertrag in der Beilage zur Chronik Nr. 306 v. 25. Dezember 1862 mit dem Bericht über die Versammlung der Vertragsbefürworter v. 3. Januar 1863 (Anm. 24); im Januar 1863 zählte Zöpplitz schon zu den Befürwortern des Vertrags, den er 1862 ablehnte.

23 Vgl. zu dieser Bank o. S. 243. Zu Pfeifers Kontroverse mit Deffner und Ammermüller über den Handelsvertrag s. die zahlreichen Artikel im „Beobachter“ seit September 1862.

24 Berichte in Chronik Nr. 5 I u. Beob. Nr. 4 v. 6. Januar 1863. Theodor Tafel repräsentierte den Uhringer Gewerbeverein, Ökonom Kettner den landwirtschaftlichen Verein in Schorndorf. Frey vertrat 106 Gewerbe- und Handelstreibende des Oberamts Freudenstadt. Alle drei schlossen sich der Deutschen Partei an.

schen Kurs der Deutschen Partei mitzusprechen. In dem 17köpfigen Ausschuß, den die Versammlung der Vertragsbefürworter im Januar 1863 einsetzte, um auf Öffentlichkeit, Regierung und Stände einwirken zu können, waren 13 Männer vertreten, die später in der Deutschen Partei Führungspositionen erhielten; sie wurden Mitglieder des engeren und weiteren Landeskomitees, Vertrauensmänner der Partei oder Vorstände von Ortsvereinen. Unter ihnen befanden sich auch die Bankiers Kilian Steiner und Eduard Pfeiffer, die nach 1866 wie Chevalier zum innersten Führungszirkel der Deutschen Partei zählten. Als sich der Ausschuß der Vertragsbefürworter durch Kooptation erweiterte<sup>25</sup>, gewann man weitere Unternehmer und kleinere Gewerbetreibende, die über ihr Engagement für ein zollvereintes Kleindeutschland der Reichsgründungspartei zugeführt wurden.

Im Ausschuß war zwar ganz überwiegend das Wirtschaftsbürgertum repräsentiert, doch mit den Nationalvereinsmitgliedern Knauß, einem Arzt aus Geislingen, sowie den Rechtsanwälten Theodor Tafel und Adolf Seeger gehörten zu dieser propreußischen Freihandelsgruppe auch Vertreter des nationalpolitisch stark engagierten Bildungsbürgertums. Seeger präsierte der erwähnten Januarversammlung (1863) der Vertragsbefürworter. Als Anfang 1864 der Spaltungsprozeß in der Fortschrittspartei einsetzte<sup>26</sup>, schloß sich den propreußischen Freihändlern auch die Hölder-Gruppe an, die sich im Gegensatz zu den führenden württembergischen Nationalvereinsmitgliedern zuvor noch zurückgehalten hatte. Die Gefahr einer Sprengung des Zollvereins hatte Repräsentanten des Wirtschaftsbürgertums und Parteipolitiker zusammengeführt, um gemeinsam gegen die „Trennung Württembergs vom Zollverein: ein nationales und wirtschaftliches Unglück“<sup>27</sup> zu agieren. In der Sorge um den Erhalt des kleindeutschen Wirtschaftsraums und der stärksten nationalen Klammer, die existierte, vereinten sich Mitglieder der Fortschrittspartei mit Unternehmern, die erst durch die Bedrohung ihres Absatzmarktes politisch mobilisiert wurden. Das gemeinsame Bemühen um den Erhalt des Zollvereins führte aber nicht nur Repräsentanten des politisch akti-

<sup>25</sup> Schreiben des gewählten Ausschusses an die neuen Mitglieder v. 18. Januar 1863, NL Hölder VI. Man kooptierte auch zwei Kaufleute, die 1864 in das Komitee der Volkspartei eintraten. Ob sie die Beiwahl annahmen, ist nicht zu ersehen. Sie traten später nicht in Erscheinung.

<sup>26</sup> Vgl. Kap. D I, 2.

<sup>27</sup> Aus der Resolution einer am 19. Juni 1864 abgehaltenen „Landesversammlung in Betreff der Erhaltung des Zollvereins“, die der Ausschuß der Vertragsbefürworter einberief. Hölder wurde zum Vorsitzenden der Versammlung akklamiert, Chronik Nr. 145 II v. 21. Juni 1864. Er gehörte auch dem Komitee an, das namens der Landesversammlung eine Eingabe zur Erhaltung des Zollvereins an den Ständischen Ausschuß des Landtags richtete (9. September 1864, HSTAS E 33, Bü 504); abgedruckt auch in der Chronik Nr. 217 II v. 13. September 1864; die Eingabe der Versammlung an die Regierung: ebd. Nr. 148 I v. 24. Juni 1864; ein langer Artikel gegen diese Eingabe in ebd. Nr. 153 II v. 9. Juni 1864; vgl. auch Anm. 54. Zur Annäherung der Hölder-Gruppe an die Freihändler s. auch Lang, Erinnerungen, H. VI, S. 22; ders., Deutsche Partei, S. 14; kurz und wenig präzise dazu Rapp, Nationale Frage, S. 45 f.

ven oppositionellen Bürgertums mit demjenigen Teil des Wirtschafts-bürgertums zusammen, der zuvor politisch abstinent gewesen war, sondern auch Liberal-Demokraten wie Hölder und Konservative wie Chevalier. Wilhelm Lang meinte im Rückblick, es sei „jetzt schon“ zu erkennen gewesen, daß eine „entschieden deutsche Richtung“ unter den württembergischen Liberal-Demokraten „auf die Verbindung mit ganz anderen nichtdemokratischen Elementen angewiesen sein werde“<sup>28</sup>. Im Rückblick konnte in der Tat der Eindruck entstehen, daß die spätere Deutsche Partei bereits 1863/64 als nationales Sammelbecken heterogener politischer Kräfte präformiert wurde. Diese Entwicklung war jedoch keineswegs als zwangsläufig vorgegeben. Die Zusammenarbeit der Liberal-Demokraten um Hölder mit konservativen Unternehmern beschränkte sich zunächst auf eine Ad-hoc-Koalition mit bestimmter, fest umrissener Zielsetzung. In dieser konnten sich bürgerliche Gruppierungen vereinen, denen zuvor der gemeinsame Bezugspunkt fehlte. Die Ad-hoc-Koalition löste sich wieder auf, als mit der Erneuerung des Zollvereins das einzige gemeinsame Ziel realisiert war. In gewisser Weise nahm somit diese Allianz von Liberal-Demokraten und Konservativen das Geschick der Deutschen Partei vorweg, die ebenfalls verfiel, als sie ihr Ziel, den deutschen Nationalstaat, realisiert sah. Die Liberal-Demokraten rückten jedoch 1863/64 noch nicht von ihren innenpolitischen Reformwartungen ab. Da man keine langfristige Allianz mit gemeinsamer Organisation anstrebte, bestand noch kein Zwang, die unterschiedlichen innenpolitischen Vorstellungen zu nivellieren. Der Prozeß der konservativen Anpassung der Liberal-Demokraten setzte erst 1866 ein<sup>29</sup>.

Es muß daher festgestellt werden, daß Wilhelm Lang in seinen Rückblicken die Auswirkungen der Zollvereinskrise auf das parteipolitisch aktive Bürgertum Württembergs verzeichnete, da er die Parteifronten in der Zollvereinsdiskussion von 1867/68 undifferenziert zurückverlängert in die Jahre 1862—1864<sup>30</sup>. In Wirklichkeit kann die Spaltung der Fortschrittspartei jedoch nicht mit den Differenzen innerhalb der Liberal-Demokraten über die Beurteilung des preußisch-französischen Handelsvertrags begründet werden. Von den prominenten Mitgliedern der Fortschrittspartei engagierten sich auf der Seite der Vertragsgegner nur die erwähnten Fabrikanten Ammermüller und Deffner. Sie organisierten Unterschriftssammlungen und Agitationen gegen die Annahme des Vertrags. Der „Beobachter“ jedoch verschloß sich ihrer Agitation. Sie erhielten zwar Gelegenheit, auf die Artikel des Vertragsbefürworters Pfeifer zu antworten, doch das Organ der Liberal-Demokraten stellte sich auf die Seite Pfeifers<sup>31</sup>. Die „Schwä-

28 Lang, *Erinnerungen*, H. VI, S. 21.

29 Vgl. Kap. D IV.

30 S. die Belegstellen in Anm. 27. Hölder (Beiträge zur Entstehungsgeschichte) urteilt zutreffender: „Mehrere bisherige politische Freunde“ traten als „die heftigsten Gegner“ des Handelsvertrags auf.

31 Vgl. Rischbieter, S. 119.

bische Chronik" hingegen, die seit 1866 entschieden die Deutsche Partei unterstützte, brachte in großer Zahl Artikel gegen den Handelsvertrag. Als, um einige Beispiele zu nennen, ein Fabrikant die Vorteile des Handelsvertrags für die württembergische Wirtschaft herausstellte, erschien dessen Zuschrift als Leitartikel im „Beobachter“. Der Artikel, so fügte die Redaktion hinzu, entkräfte die „mit so großer Dreistigkeit ausgesprochene Behauptung der Gegner des Handelsvertrags, daß der Vertrag die Interessen unserer Industrie verletze“. In Wirklichkeit eröffne der Handelsvertrag der württembergischen Wirtschaft einen „neuen ergiebigen Spielraum“<sup>32</sup>. Bereits 1862 begrüßte der „Beobachter“<sup>33</sup>, daß die Mehrheit des zweiten Deutschen Handelstags (Oktober 1862) den „richtigen Standpunkt“ einnahm, als sie das „schleunige Zustandekommen“ des Handelsvertrags empfahl<sup>34</sup>, um den Zollverein zu erhalten. Kurz zuvor schrieb die Zeitung, die „Jetztzeit“ tendiere zur „Beseitigung aller hohen Zölle, welche *bloß einer Klasse zugut kommen*“<sup>35</sup>. In dieser Äußerung dokumentierte sich die Auffassung vieler Liberal-Demokraten, die im Freihandelsprinzip das wirtschaftspolitische Pendant ihrer politischen Liberalität sahen. In einem Leitartikel „Freiheit, Handelsvertrag und Liberalismus“<sup>36</sup> betonte das Organ der Fortschrittspartei, der „allmähliche Übergang“ zum Freihandel entspreche den „ewigen Gesetzen der Natur“. Liberalismus und Freihandel galten als zwei Seiten einer Medaille. Wie der Liberalismus politische Freiheit vom Staat erstrebe, so realisiere der Freihandel die wirtschaftliche Freiheit. Der „Beobachter“ propagierte eine ungezügeltere Laissez-faire-Politik. Der „freie Mensch und Bürger übernimmt die Verantwortung seines Tuns und Unternehmens auf sich selbst, er will nicht, daß der Staat für ihn Sorge, er ist ein Feind aller Privilegien, er will also auch keine Privilegien für sich selbst“. Wie Freihandel und Liberalismus zusammengehörten, so auch Schutzzollsystem und Obrigkeitsstaat. Denn der Staatsinterventionismus im Schutzzollsystem schaffe einen „Zustand der Unfreiheit“.

Da die liberal-demokratischen Gegner des Handelsvertrags im „Beobachter“ nur selten zu Wort kamen, wichen sie auf Broschüren aus, mit denen sie ihre Meinung propagierten. Deffner und Ammermüller beleuchteten in zwei Schriften die Entstehungsgeschichte und die „nationale Seite des Vertrags“<sup>37</sup>. Beide Autoren betonten, keine Sprengung des Zollvereins zu beabsichtigen, denn „bei dem Mangel anderer kräftigerer Einigungsmittel“ sei eine „wirtschaftliche Ver-

<sup>32</sup> Beob. Nr. 28 v. 4. Februar 1863.

<sup>33</sup> Beob. Nr. 250 v. 26. Oktober 1862.

<sup>34</sup> Vgl. Böhme, Großmacht, S. 128.

<sup>35</sup> Beob. Nr. 242 v. 17. Oktober 1862.

<sup>36</sup> Ebd. Nr. 33 v. 10. Februar 1863. Dort die folgenden Zitate.

<sup>37</sup> Ammermüller, Entstehungsgeschichte (I); Deffner, Nationale Seite (II). Für Deffners Haltung s. auch seine Rede in der Abgeordnetenversammlung v. 28. März 1865.

schmelzung“ unbedingt geboten<sup>38</sup>. Sie maßen den politischen Folgen des preußisch-französischen Handelsvertrags jedoch die unbedingte Priorität zu. Die beiden Demokraten protestierten gegen die handelspolitische „Fortsetzung [. . .] von Villafranca“<sup>39</sup>. Ein auf der Basis des Handelsvertrags erneuerter Zollverein werde unaufhaltsam die politische Hegemonie Preußens und den politischen Ausschluß Österreichs aus Deutschland zur Folge haben. Deffner, der 1870 in der Volkspartei zu den Hauptbefürwortern einer Annexion von Elsaß und Lothringen zählte<sup>40</sup>, sprach gar von der „Geschichte des verlorenen Bruderstammes“<sup>41</sup>, die sich bereits im Elsaß, in Lothringen und in der deutschen Schweiz abgespielt habe und sich nun in Schleswig-Holstein und in Österreich zu wiederholen drohe. Der Ausschuß der Vertragsbefürworter antwortete auf diese beiden Broschüren mit drei Schriften<sup>42</sup>, die sich in erster Linie auf eine handelspolitische Rechtfertigung des preußisch-französischen Handelsvertrags konzentrierten. In diesen Schriften trat stärker als in den Artikeln des „Beobachters“ die Bereitschaft hervor, die wirtschaftlichen Beziehungen mit Österreich dem kleindeutschen Markt zu opfern. Eine „engere Verbindung mit Österreich“<sup>43</sup> galt zwar als wünschenswert, doch erst die Zukunft könne zeigen, ob dies möglich sei.

Als Carl Mayer Anfang 1864 die Redaktion des „Beobachters“ übernahm und mit seinen Freunden den politischen Spaltungsprozeß innerhalb der Fortschrittspartei forcierte<sup>44</sup>, verstummte zunächst die Diskussion über den Handelsvertrag in den Spalten des „Beobachters“. In einem großen Leitartikel vom Mai 1864 rechtfertigte die Mayer-Gruppe ihr langes Schweigen<sup>45</sup>. Sie wollte „die Besprechung dieser Krisis in einer Zeit vermeiden [. . .], wo sich eben die Volkspartei organisierte“. Die politischen Kontroversen sollten nicht mit handelspolitischen Divergenzen belastet werden. Hätte man die handelspolitische Diskussion aufgenommen, so wäre es der Mayer-Gruppe nicht möglich gewesen, innerhalb der Fortschrittspartei klare politische Fronten zu schaffen. Man wäre Gefahr gelaufen, demokratische Freihändler an die politischen Kontrahenten um Hölder zu verlieren. Die Befürchtung, vor der Sprengung des Zollvereins zu stehen, nötigte aber im Mai 1864 die Kerngruppe der Volkspartei um Mayer,

38 Ebd. II, S. 5; vgl. auch Ammermüllers Artikel „Zur Zollvereinsfrage“, Beob. Nr. 160 v. 12. Juli 1863.

39 (Anm. 37) II, S. 19.

40 Vgl. Runge, S. 166 f. Deffner stand an der Spitze des Eblinger Vereins, der sich für die Annexion aussprach.

41 (Anm. 37) II, S. 23.

42 Kleine Beiträge, I—III, 1863.

43 Ebd. III, S. 59.

44 Vgl. Kap. D I, 2b.

45 Beob. Nr. 121 v. 27. Mai. Danach das Folgende. Der ungezeichnete Artikel stammt von Mayer oder Pfau, da sich der Verfasser als kürzlich zurückgekehrter Emigrant zu erkennen gab.

ihr Schweigen zu brechen. Der „Beobachter“ rief dazu auf, dem Handelsvertrag beizutreten. Doch um schutzzöllnerische Demokraten nicht zu verprellen, nährte das Blatt die Illusion, man könne noch „möglichst erträgliche Bedingungen“ einhandeln. Der zitierte Artikel ließ aber keinen Zweifel daran, daß man das freihändlerische Prinzip des Handelsvertrags grundsätzlich bejahte. Politische Freiheit und handelspolitischer Staatsinterventionismus waren auch für die führenden Demokraten der Volkspartei unüberbrückbare Gegensätze. Der „Beobachter“ forderte zwar dazu auf, die Diskussion über den Handelsvertrag durch Einsendung von Artikeln fortzusetzen — „es wird aber keiner hier zugelassen, der nicht das Freihandelsbillet in der Hand hat“. In ähnlich eindeutiger Weise sprach sich auch das Programm des ersten Komitees der Volkspartei vom Juli 1864 für die „Erhaltung des Zollvereins um jeden Preis“<sup>46</sup> (Punkt 1) aus. Die Demokraten in der Volkspartei, die sich eben erst konstituierte, billigten also den freihändlerischen Kurs ihres Organs. Nur Deffner zog sich auf Grund des freihändlerischen Bekenntnisses der Mayer-Gruppe zeitweilig aus dem Komitee der Volkspartei zurück<sup>47</sup>.

Die Demokraten, die sich der Volkspartei anschlossen, ließen sich bei ihren handelspolitischen Forderungen also keineswegs von ihrer antipreußischen Grundeinstellung leiten. Das freihändlerische Bekenntnis des „Beobachters“ blieb auch bestehen, als dieser zum Organ der Volkspartei wurde. Dieses Untersuchungsergebnis bestätigt den Befund, der sich bei der Analyse der Sozialschichtung beider bürgerlichen Parteien ergab<sup>48</sup>: Wirtschaftspolitische Gegensätze haben die Spaltung der alten Fortschrittspartei in eine demokratisch-föderalistische und eine nationalliberal-konservative Richtung nicht verursacht. Wirtschaftsfragen spielten keineswegs eine „ausschlaggebende Rolle“<sup>49</sup> unter den württembergischen Liberal-Demokraten. Die gemeinsamen wirtschaftspolitischen Grundüberzeugungen und vor allem das gemeinsame Bekenntnis zum Freihandelsprinzip hätten

<sup>46</sup> Abgedruckt: Beob. Nr. 166 v. 19. Juli 1864; vgl. 213 v. 13. September 1864.

<sup>47</sup> Ammermüller blieb außerhalb der Organisation der Volkspartei. Er gehörte aber der großdeutschen Fraktion an, die mit der Volkspartei eng zusammenarbeitete. Auch an Agitationen der Volkspartei beteiligte sich Ammermüller. Der Parteivorstand zählte ihn zu den Abgeordneten der Volkspartei im Zollparlament (Protokollbuch, StA Heidenheim). Der Papierfabrikant Louis Bareiß wollte zwar keine Verlängerung der Zollvereinsverträge um den Preis des württ. Beitritts zum Handelsvertrag (Chronik Nr. 158 II v. 6. Juli 1864), doch er blieb im Komitee der Volkspartei.

<sup>48</sup> Vgl. Kap. D III.

<sup>49</sup> So irrigerweise Schulze, S. 383. Er untersucht vornehmlich die Haltung des Sonnenmann-Kreises und der württ. Demokraten. Soweit sich seine Darstellung auf Württ. bezieht, ist sie völlig aus zweiter Hand gearbeitet, und auch das nicht zuverlässig. Er zitiert R. Weber (Kleinbürgerliche Demokraten), der zu Recht die nationalpolitische Konzeption der Volkspartei als konstitutiv für diese Partei ansieht; Rischbieter, der die freihändlerische Linie des „Beobachters“ richtig sieht, und Rapp (Nationale Frage), der auf diese Fragen kaum eingeht. Schulze macht den gleichen Fehler wie Lang: Sie projizieren die Haltung der Demokraten seit 1866 in die erste Hälfte des Jahrzehnts zurück. Runge geht auf die handelspolitische Diskussion von 1862—1864 nicht ein.

im Gegenteil die liberal-demokratische Einheit stabilisieren können. Es bleibt deshalb zu fragen, warum die stabilisierende Wirkung ausblieb, warum freihändlerische Demokraten sich zwar für die Annahme des Handelsvertrags einsetzten, nicht aber dem Ausschuß der Vertragsbefürworter beitraten. Die Quellen geben auf diese Fragen keine explizite Antwort. Es ist anzunehmen, daß die Demokraten vor der Zusammenarbeit mit den konservativen Kräften in diesem Ausschuß zurückschreckten. Die Demokraten um Carl Mayer waren 1864 ja dabei, in der Schleswig-Holstein-Agitation die Kooperation von liberal-demokratischer Fortschrittspartei und Konservativen aufzulösen<sup>50</sup>. Sie erhoben die Bereitschaft, die innenpolitisch heterogenen Elemente der Schleswig-Holstein-Bewegung wieder zu trennen, zum Prüfstein wahrer demokratischer Gesinnung. Die Demokraten hätten sich deshalb in der Öffentlichkeit völlig unglaubwürdig gemacht, wenn sie auf handelspolitischem Gebiet jene Ad-hoc-Koalition mit Konservativen eingegangen wären, die sie in der Schleswig-Holstein-Frage ablehnten<sup>51</sup>. Die unterschiedlichen nationalpolitischen Konzeptionen innerhalb der Fortschrittspartei waren 1864 bereits so verfestigt<sup>52</sup>, daß die Übereinstimmung in handels- und wirtschaftspolitischen Fragen die Gegensätze nicht mehr überbrücken konnte.

Nachdem die Zollvereinskrise überwunden war, kam es bis 1867, als die Diskussion um die erneuerten Zollvereinsverträge einsetzte, nicht wieder zu grundsätzlichen handelspolitischen Diskussionen in der württembergischen Öffentlichkeit. Gleichwohl waren seit 1866 nicht nur parteipolitisch, sondern auch wirtschaftspolitisch die Fronten im Bürgertum klarer als zuvor abgesteckt. Derjenige Teil des Wirtschaftsbürgertums, für den das Streben nach einem gesicherten großen Wirtschaftsraum das Hauptmovens seines nationalpolitischen Engagements war, konnte sich nur der Deutschen Partei anschließen. Wie 1863/64 im Komitee der Vertragsbefürworter, so bildete auch innerhalb der Deutschen Partei das Nationalstaatsstreben den gemeinsamen Bezugspunkt von Bildungs- und Wirtschaftsbürgertum, von Liberal-Demokraten und Konservativen. Als man sich 1866 das Ziel setzte, für den kleindeutsch-preußischen Nationalstaat zu wirken, konnte man an die Kontakte aus der Zeit der gemeinsamen Agitation für den Erhalt des Zollvereins unter preußischer Führung anknüpfen.

1863/64 stand die liberal-konservative Koalition noch nicht in einem prinzipiellen handelspolitischen Gegensatz zur württembergischen Regierung, die bereits seit Ende 1863 auf die preußischen Vorstellungen einzulenken begann<sup>53</sup>. Man drängte die Regierung nur

50 Vgl. Kap. D I, 2.

51 Die Haltung der Demokraten mag auch mitbeeinflußt haben, daß die Mitglieder des Ausschusses der Vertragsbefürworter mit Nationalliberalen anderer süddeutscher Länder in der Zollvereinsfrage Kontakt hielten, vgl. die Briefe Pfeifers an Bluntschli v. 10. Juli u. 15. August 1863, NL Bluntschli.

52 Vgl. Kap. D I, 2.

53 Vgl. Böhme, Großmacht, S. 151 f.; s. auch S. 172.

noch, in der bereits eingeschlagenen Richtung rasch fortzuschreiten<sup>54</sup>. Das wirtschaftspolitische Verhältnis der nationalliberal-konservativen Sammlungsbewegung von 1866 zur württembergischen Regierung war hingegen komplizierter. Diese gefährdete mit ihrer Politik zwar nicht die bereits vollzogene handelspolitische Verklammerung von Nord- und Süddeutschland, wehrte sich aber dagegen, die erreichte kleindeutsche Handelseinheit zur vollen Wirtschaftseinheit, d. h. zum Nationalstaat, auszuweiten. Die württembergische Regierung konnte nunmehr diejenigen Wirtschaftskreise, die über den partikularstaatlichen Rahmen hinausdrängten, nicht mehr mit einer progressiven Wirtschaftspolitik auf Landesebene<sup>55</sup> zufriedenstellen. Das Organ der Deutschen Partei schrieb: „Die Weltbörsen kennen keinen Lokalpatriotismus, dort werden nur Geschäfte gemacht, bei denen die Gemütlichkeit aufhört“<sup>56</sup>.

Als sich der preußisch-österreichische Krieg abzeichnete, drängten die württembergischen Wirtschaftskreise zunächst besonders energisch auf eine neutrale Haltung Süddeutschlands, um den Bestand des Zollvereins nicht zu gefährden. So forderte die Ulmer Handelskammer den Ausschuß des Deutschen Handelstags auf, bei den Zollvereinsregierungen, namentlich der preußischen, „dringlichst dahin zu wirken, daß der Friede gewahrt bleibe und die Zerreißung des Zollvereins verhütet werde“<sup>57</sup>. Im Krieg sah die württembergische Unternehmerschaft ihre Befürchtungen bestätigt: „Alle Geschäfte lagen brach“, die Verbindung mit Frankfurt, dem „Ankerplatz des süddeutschen Handels“, riß ab, die für „unerschütterlich gehaltenen“ württembergischen Staatspapiere sanken auf ihren niedrigsten Kurs seit 1848<sup>58</sup>. Nach dem militärischen Sieg Preußens wurden jedoch aus der Sorge, daß der „Lebensnerv“<sup>59</sup> der württembergischen Wirtschaft zerschnitten werde, schnell Hoffnungen auf eine baldige Realisierung der vollen kleindeutschen Wirtschaftseinheit.

Das Organ der Deutschen Partei hob bereits im August 1866 in einem Leitartikel, der die wirtschaftspolitischen Folgen des Friedens-

---

54 Vgl. die Eingaben des Ausschusses der Vertragsbefürworter (Anm. 27). Der Ständische Ausschuß sollte die sofortige Einberufung des Landtags erbitten, damit dieser die Regierung zum fristgemäßen Beitritt zum Handelsvertrag ermächtigen könne. Der Ständische Ausschuß leitete die Eingabe an den König weiter mit der Bitte, daß die Regierung ihre Haltung öffentlich darlege, um „im Lande verbreitete Besorgnisse zu zerstreuen“ (15. September 1864, HSTAS E 33 Bü 504). Mit einer Ablehnung des Beitritts durch die württ. Regierung rechnete man nicht mehr.

55 Vgl. dazu Kap. A I, 3.

56 SVZ Nr. 265 v. 12. November 1867.

57 Zit. nach dem Rundschreiben des Ausschusses des Handelstags an seine Mitglieder v. 6. Juni 1866, NL Hölder VII. Ähnlich sprachen sich zahlreiche Handelskammern aus verschiedenen deutschen Ländern aus (ebd.). Vgl. auch die Resolution des Ulmer Handelsvereins v. 14. Mai 1866, Chronik Nr. 115 II v. 17. Mai; s. auch SVZ Nr. 123 v. 31. Mai 1866.

58 Jahresbericht württ. Handelskammern 1866, S. 166, 167, 45.

59 SVZ Nr. 123 v. 31. Mai 1866.

vertrags erörterte, unmißverständlich die Erwartungen des Wirtschaftsbürgertums in den eigenen Reihen hervor: „Was die volkswirtschaftliche Zukunft Württembergs betrifft, so sieht man dem Friedensvertrage wohl an, daß hier die Regierung gerne das wahre Interesse des Volks in der Aufrechterhaltung des Zollvereins berücksichtigen möchte, wenn es nur anginge, handelspolitisch einem Staatswesen anzugehören, mit welchem man keine politische Gemeinschaft haben will. Aber eben weil, wie jedem Denkenden klar ist, letzteres ein wahres Monstrum wäre, so vermochte man die Form für die künftige Zoll- und Handelsvereinigung nicht zu finden, und in der Verlegenheit hat man sich mit einem Provisorium beholfen, welches die Ungewißheit der Zukunft fortsetzt und das Damoklesschwert fortwährend über Handel und Industrie hängen läßt. Die Macht der Umstände wird die Regierung, so hoffen wir, wie vor einigen Jahren bei dem deutsch-französischen Handelsvertrage, zur Überzeugung bringen, daß sie um ihrer eigenen Selbsterhaltung willen die volkswirtschaftliche Zukunft des Landes nicht länger auf das Spiel setzen darf<sup>60</sup>.“ Das Bemühen, dieses national- und wirtschaftspolitische „Provisorium“ zu überwinden, war die materielle Basis für den organisatorischen Zusammenschluß von Liberal-Demokraten und Konservativen zur Deutschen Partei. Diese sah wie der volkswirtschaftliche Kongreß vom August 1866 im Zollverein „keine normale und bleibende, sondern eine abnorme und vorübergehende Institution“<sup>61</sup>.

1867 stand die Zollvereinsfrage neben der Diskussion um die Schutz- und Trutzbündnisse erneut im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Die organisierten Wirtschaftskreise, unter ihnen alle Handelskammern, forderten mit großem Nachdruck die Zustimmung der württembergischen Verfassungsgremien zum reorganisierten Zollverein<sup>62</sup>. Die Stuttgarter Handelskammer etwa begrüßte in den Zollvereinsverträgen „dankbarst die Erfüllung von Wünschen, deren Realisierung sie längst und drängend angestrebt“ habe.

60 SVZ Nr. 201 v. 30. August 1866. Vgl. die ähnlich lautenden Befürchtungen über das „Provisorium“ (S. 7) und Hoffnungen auf ein „Definitivum“ (ebd.) im Bericht der württ. Handelskammern für 1866, S. 7 ff. Die Stuttgarter Handelskammer warnte im August 1866 in einer Eingabe an die Zentralstelle vor einer Isolierung Württembergs vom Norden (abgedruckt: SVZ Nr. 185 v. 11. August 1866). Vgl. den Artikel „Die handelspolitische Zukunft Süddeutschlands“ (Chronik Nr. 187 I v. 9. August 1866), der als die „nächste Aufgabe“ des Südens bezeichnete, „eine handelspolitische Trennung zwischen Nord und Süd zu verhüten“.

61 Aus dem Bericht in: Grenzboten III/1866, S. 376—390, Zitat: S. 384.

62 Zur Haltung der Handelskammern s. die Jahresberichte für 1866 und 1867. Die Eingabe der Stuttgarter Handelskammer an die Regierung, aus der das folgende Zitat ist: SVZ Nr. 227 v. 27. September 1867. Vgl. auch die Eingabe der bürgerlichen Kollegien von Stuttgart, Chronik Nr. 256 f. III v. 27./29. Oktober 1867; des Württ. Handelsvereins, ebd. Nr. 228 II v. 25. September 1867; s. auch Berichte in Nr. 261 I v. 2. November 1867 und Nr. 258 v. 31. Oktober 1866 über die Generalversammlung dieses Vereins. Eingabe des Stuttgarter Handelsvereins, ebd. Nr. 237 II v. 5. Oktober, oder s. SVZ Nr. 254 v. 30. Oktober 1867 zur Kundgebung Tuttlinger Gewerbetreibender. Auch der „Beobachter“ (Nr. 249 v. 24. Oktober 1867) konstatierte, daß der „Handels- und Gewerbestand so gewaltsam“ auf die Annahme der Verträge hindränge.

Während die Deutsche Partei die Ratifizierung der Verträge verlangte, vermochte die Volkspartei sich nicht auf eine einheitliche Linie zu einigen<sup>63</sup>. Wenngleich man innerhalb der Demokraten nur selten die bedingungslose Annahme der Verträge forderte, wollte man doch die handelspolitische Verbindung mit dem Norden nicht zerreißen. Das Parteiorgan konzentrierte sich vor allem darauf, einzelne Modifikationen des Vertrags zu propagieren. Erst zwei Tage vor der Ratifikation der neuen Zollvereinsverträge durch die Abgeordnetenkammer bezog der „Beobachter“<sup>64</sup> eine klare Stellung. Er forderte in einem großen Leitartikel, das „böse Zwillingsspaar“: Allianz- und Zollvereinsverträge, gemeinsam abzulehnen. Selbst dieser Artikel erwartete aber von der Abgeordnetenkammer, daß sie nach der „offenen Verwerfung des Zollvertrags“ „ihre Vorschläge an Preußen hinsichtlich der Reform des Zollvereins“ vorlegen werde. Zugleich bestätigte das Parteiorgan, daß man auch in den eigenen Parteilagen „vielfach die Meinung“ vertrete, daß der Zollvereinsvertrag „weniger schlimm sei als der Schutz- und Trutzvertrag“.

Diese zwiespältige Haltung der Demokraten gegenüber den Verträgen zur Erneuerung des Zollvereins charakterisierte ein grundsätzliches Dilemma, das die Volkspartei nicht zu lösen vermochte. Die Demokraten befürchteten vom parlamentarisierten Zollverein eine Stärkung des politischen Gewichts Preußens in Deutschland, konnten sich aber doch nicht verhehlen, daß die württembergische Wirtschaft nur unter schwersten ökonomischen Schäden aus dem zollvereinten kleindeutschen Wirtschaftsraum herauszulösen war. Die Forderungen der Handels- und Gewerbekammern sowie der Handels- und Gewerbevereine machten der Parteiführung unmißverständlich klar, welche Erwartungen große Kreise der eigenen Mitgliedschaft hegten. Handels- und Gewerbetreibende, die einen erheblichen Teil der Parteimitglieder stellten, waren ja auch Mitglieder der Wirtschaftsverbände, die sich für den erneuerten Zollverein aussprachen. Nationalpolitische Erwartungen und die Bereitschaft, sich wirtschaftlichen Zwängen zu fügen, konkurrierten also innerhalb der Volkspartei. Einen vorläufigen Ausweg aus diesem Dilemma fand die Volkspartei nur, indem die demokratische Fraktion nicht einheitlich abstimmte. Deffner und der großdeutsche Abgeordnete Ammermüller, die beiden Protagonisten des Widerstands von 1862—1864 gegen den preußisch-französischen Handelsvertrag, stimmten Ende Oktober 1867 für die Annahme des Zollvereinsvertrags, um die erforderliche Zweidrittelmehrheit zu sichern<sup>65</sup>. Die unklare Position des Parteiorgans, das sich zu spät festlegte, und das Abstimmungsverhalten der demokratischen

<sup>63</sup> Vgl. zum folgenden Runge, S. 132—136.

<sup>64</sup> Nr. 253 v. 29. Oktober 1867.

<sup>65</sup> Vgl. Rapp, Nationale Frage, S. 255 f. Im Ausschuß des Stuttgarter Gewerbevereins machte man Ammermüller, dem Vizevorstand, heftige Vorwürfe, weil er gegen die Befürworter der Verträge polemisierte, obwohl er doch den „Gewerben so nahe stehe und ihre Bedürfnisse kenne“; Sitzungsbericht in SVZ Nr. 279 v. 28. November 1867.

Fraktion, die dem umstrittenen Vertrag knapp über die parlamentarischen Hürden verhalf, kennzeichnen gut das Schwanken der Volkspartei zwischen nationalpolitischen Prinzipien und wirtschaftspolitischen Einsichten. Den Versuch eines Teils der Parteiführung, die Volkspartei von einer Beteiligung an den Zollparlamentswahlen abzuhalten<sup>66</sup>, wird man ebenfalls von diesem Widerspruch her verstehen müssen. Auch in der Frage der Wahlbeteiligung setzten sich jedoch diejenigen durch, die auf die Vertretung der eigenen wirtschaftlichen Interessen nicht verzichten wollten.

Die schwankende Haltung der Demokraten zu den Zollvereinsverträgen scheint die Parteiorganisation geschwächt zu haben, denn von den 22 Ortsvereinen, die Anfang 1867 aktiv waren, beteiligten sich an den Agitationen im Herbst d. J. nur noch die Hälfte<sup>67</sup>. Da die Kampagnen gegen die Allianzverträge große Zustimmung in breiten Bevölkerungskreisen fanden<sup>68</sup>, kann das Nachlassen der Vereinsaktivitäten wohl nur auf die Differenzen in der Partei über die Haltung zur Zollvereinsfrage zurückgeführt werden. Bei einer Beteiligung der Partei an den Wahlen bestand die Gefahr, daß die internen Unstimmigkeiten wieder hervorbrechen und die Organisation weiter geschwächt würde. Um die Mitglieder davon zu überzeugen, daß eine Wahlenthaltung die eigenen Interessen nicht gefährde, vollzog das Parteiorgan in der politischen Beurteilung des Zollvereins eine völlige Kehrtwendung. War dieser kurz vor der Abstimmung im Landtag noch genau die „Dosis“ Gift, an der die württembergische „Landesfreiheit“ zugrunde gehen würde<sup>69</sup>, so bezeichnete der „Beobachter“ im November 1867 die Annahme als „kindisch“, daß sich das Zollparlament zum Vollparlament entwickeln könnte<sup>70</sup>. So „stark auch unsere Besorgnisse vor anwachsender Verpfeufung sind, von dieser Seite befürchten wir diese Gefahr kaum“. Die Parteiführung konnte sich in der Frage der Wahlbeteiligung jedoch nicht einigen, und die Ortsvereine begannen aus eigener Initiative den Wahlkampf, so daß sich die Führungsgremien beugen mußten<sup>71</sup>.

Im Wahlkampf griffen die Demokraten nicht den Fortbestand des reorganisierten Zollvereins an<sup>72</sup>. Die Volkspartei konnte nur deshalb

66 Vgl. o. S. 346 f.

67 Vgl. Runge, S. 135.

68 Vgl. ebd. S. 130 f.

69 (Anm. 64).

70 Nr. 278 v. 27. November 1867. Dort auch das folgende Zitat.

71 Das Protokollbuch des Landeskomitees der Volkspartei für die Jahre 1868—1869 (NL Haußmann-STAS) bietet einen guten Einblick in diese Auseinandersetzungen.

72 Vgl. etwa die Reden Haußmanns, NL Haußmann-STAS; Programme Deffners, NL Deffner u. Hölder X; Programm Bechers, NL Hölder XII; s. auch die Rede des großdeutschen Demokraten Probst auf einer Wahlveranstaltung. Er forderte sogar, den Zollverein unkündbar zu machen, Extrablatt des „Oberländer“ v. 7. März 1868. Vgl. das detaillierte Programm Schäffles (ein Exemplar im NL Deffner); Erklärung des Freiherrn v. Neurath und Rede Prof. Brinz' zur Kandidatur Ammermüllers, NL Reyscher. Nur Mohl glaubte, daß der Süden vom Bruch des Zollvereins profitieren würde (Mahnruf, 1867).

so entschieden gegen alle Versuche opponieren, die Kompetenzen des Zollparlaments zu erweitern, weil der Zollverein selbst gesichert war. Erst die Ratifizierung der Verträge hatte der Volkspartei die Handlungsfreiheit im politischen Kampf gegen die befürchtete „Verpreubung“ wiedergegeben. Erst als die handelspolitische Vereinigung des Südens mit dem preußisch-hegemonialen Norddeutschen Bund vollzogen war, konnten die Demokraten gegen den vollen politischen Zusammenschluß wieder energisch Front machen. Das grundsätzliche Dilemma, in dem sich die Volkspartei befand, war damit aber nicht beseitigt. Immer noch war das eigentliche Lebenselixier der demokratischen Partei der kompromißlose nationalpolitische Kampf gegen denjenigen Staat, dessen wirtschaftliche Vorrangstellung in Deutschland man nicht zu ignorieren vermochte.

Die Deutsche Partei erfüllte hingegen insofern voll die Erwartungen ihrer Mitglieder und Sympathisanten, als sie die wirtschafts- und die nationalpolitische Bedeutung des Zollparlaments gleichermaßen betonte. Um die Einheit des kleindeutschen Wirtschaftsraums dauerhaft zu sichern, gebe es „nur einen Weg, nämlich die bloße Zolleinheit aufgehen zu lassen in der *Einheit des deutschen Staats*, des *deutschen Bundesstaats*“<sup>73</sup>. Nationalpolitische und wirtschaftspolitische Forderungen deckten sich bei der Deutschen Partei. Sie erhielt deshalb Wahlunterstützung von verschiedenen Wirtschaftsverbänden, die ihre Interessen von der Deutschen Partei gewahrt sahen. Gewerbevereine<sup>74</sup>, in denen sich kleine Gewerbetreibende organisierten, unterstützten die Deutsche Partei ebenso wie der Württembergische Handelsverein. Dieser vereinte als Dachverband im November 1867 19 Lokalvereine mit 1723 Mitgliedern aus Gewerbe, Handel und Industrie<sup>75</sup>. Das entsprach in etwa der damaligen Mitgliederquote der Volkspartei<sup>76</sup>. Der Ausschuß des Württembergischen Handelsvereins, der sich bereits 1867 entschieden für die Ratifizierung der Zollvereinsverträge eingesetzt hatte<sup>77</sup>, arbeitete in den Zollparlaments-

73 Die wichtigsten Programme und Reden: „Vor den Wahlen ins Zollparlament. Ein Flugblatt, hrsg. v. der Deutschen Partei in Württemberg“, Stuttgart 1868 (S. 7 das angeführte Zitat); Wahlauf Ruf für Christian Springer (Isny), NL Hölder IX; 4; Aufruf der Deutschen Partei v. Januar 1868, SVZ Nr. 27 v. 2. Februar 1868 (Vorbild für viele lokale Wahlauf rufe und -programme); Wahlreden und Programme Hölders, NL Hölder X, XII; Schreiben an seine Wähler v. 10. März 1869 anläßlich einer Nachwahl, BA Koblenz; Reyscher, Das Zollparlament und die deutsche Einheit. Eine Wahlrede, Cannstatt (1868); Reden Webers, NL Hölder X; Gustav Müllers, NL Reyscher; Eduard Pfeiffer, Württemberg und sein Verhältnis zum Zollparlament. Eine Wahlrede, Ulm 1868; Programm Robert Römers, SVZ Nr. 68 v. 31. März 1868.

74 So etwa der Gewerbeverein Aalen, der auch die anderen Gewerbevereine seines Zollparlamentswahlbezirks mobilisierte, Schreiben an diese Vereine v. 12. Februar 1868, NL Hölder X; vgl. dazu das Schreiben Moriz an Julius Mohl v. 23. Februar 1868, NL Moser-Mohl III 25i, oder s. die Haltung der Vereine in Freudenstadt (NL Hölder X) und Isny (Aufruf in SVZ Nr. 26. Februar 1868).

75 Chronik Nr. 261 I v. 2. November 1867.

76 Vgl. Runge, S. 74, 85. Die Volkspartei hatte im Frühjahr 1868 etwa 28 Vereine mit 1800—2000 Mitglieder.

77 Vgl. die Belege in Anm. 62.

wahlen eng mit der Parteiführung der Nationalliberal-Konservativen zusammen<sup>78</sup>. Von den 12 Ausschußmitgliedern gehörten 7 zum Führungskreis der Deutschen Partei; zwei unterzeichneten Wahlaufufe von Kandidaten dieser Partei. Im Januar 1868 schaltete sich der Ausschuß des Handelsvereins in die Kandidatennominierung für die Zollparlamentswahlen ein. Er präsentierte der Öffentlichkeit eine Liste von 28 Namen, aus der sachverständige Kandidaten ausgewählt werden sollten. Mindestens 19 der Vorgeschlagenen gehörten zum Führungskreis der Deutschen Partei; zwei andere unterstützten diese in den Wahlen durch Aufrufe. Nur einer zählte zu denen, die eine Ausweitung der Zollparlamentskompetenzen ablehnten<sup>79</sup>. Die Deutsche Partei nominierte aus dieser Vorschlagsliste 6 Kandidaten für die 17 württembergischen Wahlkreise. Sie konnte sich nicht ausschließlich an die Wahlempfehlung des Handelsvereins halten, da dieser mit Ausnahme des Präsidenten der Zentralstelle für Gewerbe und Handel nur Fabrikanten und Kaufleute vorschlug. Da die Partei jedoch nicht darauf verzichten wollte, prominente Parteiführer zu nominieren, die keine Unternehmer waren — wie Hölder, Pfeifer, R. Römer, Reyscher, Elben —, konnte sie ihre Auswahl nicht auf die Vorschlagsliste des Handelsvereins beschränken. Zudem reservierte die Deutsche Partei zwei Wahlkreise für Kandidaten des anschußwilligen Adels<sup>80</sup>, mit dem die Partei im Landtag zusammenarbeitete.

Trotz der Unterstützung von Wirtschaftsverbänden vermochte die Deutsche Partei keinen ihrer Kandidaten durchzubringen. Gleichwohl entsandte Württemberg zu genau einem Drittel Unternehmer als Abgeordnete nach Berlin, während der Anteil des Wirtschaftsbürgertums im gesamten Zollparlament nur 9,5% betrug<sup>81</sup>. Der hohe wirtschaftsbürgerliche Anteil an den Repräsentanten Württembergs verweist darauf, daß die Unternehmerschaft keineswegs nur auf seiten der propreußischen Deutschen Partei stand. Auch die Kandidaten der Volkspartei erhielten von Fabrikanten, Kaufleuten und kleinen Gewerbetreibenden Wahlunterstützung<sup>82</sup>. Allerdings scheinen sich Wirtschaftsverbände nur selten für die Volkspartei erklärt zu haben<sup>83</sup>. Die Deutsche Partei bemühte sich offensichtlich erfolgrei-

78 Vgl. das Rundschreiben des engeren Parteivorstands v. 20. November 1867, NL Reyscher. Das Folgende nach den Veröffentlichungen in Chronik Nr. 228 II v. 25. September 1867; 21 III v. 24. Januar 1868; 75 II v. 27. März; SVZ Nr. 20 v. 25. Januar 1868.

79 Kaufmann Karl Reibel, Heilbronn.

80 Fürst Hermann v. Hohenlohe-Langenburg und Graf Friedrich v. Zeppelin.

81 Rosenbaum, S. 59, 62. Zur Sozialschichtung der württ. Abgeordneten s. Tabelle auf S. 225.

82 Vgl. die Wahlaufufe im NL Deffner und Hölder X. Von den sechs Zollparlamentsabgeordneten, die sich zur Volkspartei bekannten (Protokollbuch, NL Haubmann-StAS, S. 23 f.) waren je drei Rechtsanwälte; Freisleben, Osterlen und Tafel, und Unternehmer: Ammermüller, Erath, Deffner.

83 S. den Aufruf des „Vereinigten Komitees des Gewerbevereins und Handelsvereins zu Schorndorf“ zugunsten Deffners, NL Hölder X. Gewerbevereine und Vorstände von Gewerbevereinen unterschrieben häufig Wahlaufufe zugunsten von Kandida-

cher um Kontakte zu Wirtschaftskreisen. Ihre Bereitschaft, auch Konservative in die Parteiorganisation zu integrieren, erleichterte ihr die Zusammenarbeit mit der Unternehmerschaft. So waren namhafte Mitglieder der Deutschen Partei beteiligt, als 1869 mit der Stuttgarter Vereinsbank eines der wichtigsten württembergischen Bankinstitute entstand<sup>84</sup>. Die Führung der Demokraten erkannte zu spät, daß „dem Einfluß der Volkspartei Gefahr drohe, wenn nicht auch sie ihre Aufmerksamkeit den wirtschaftlichen Interessen des Landes und insbesondere dem Kreditwesen zuwende“<sup>85</sup>. Um der Vereinsbank, die „sich ganz ausschließlich in Händen von Mitgliedern der preußischen Partei befinde“, ein von Demokraten geleitetes Institut entgegenzustellen, entwarf der Vorstand der Volkspartei 1869 den Plan, eine „Landeszentralbank für sämtliche industriellen und landwirtschaftlichen Kreditbanken des Landes“ zu gründen. Dazu kam es jedoch nicht. Der Verfall der demokratischen Organisation seit dem deutsch-französischen Krieg verhinderte es, die Realisierung dieses Projekts voranzutreiben. Als 1870 im Krieg die Geschäfte stagnierten und die Kredite knapp wurden, griffen wieder nur prominente Mitglieder der Deutschen Partei ein. Unter Leitung Gustav Müllers entstand in Stuttgart als ein „Akt der Selbsthilfe“<sup>86</sup> der Württembergische Kassenverein, der Kredite vergab. Der Kassenverein fand, so notierte der Bericht der Handelskammern, „die verdiente Anerkennung bei dem Handels- und Gewerbestand“ Württembergs.

Daß bei Bankgründungen oder in der Leitung des Württembergischen Handelsvereins Nationalliberal-Konservative dominierten, kann gewiß nicht auf ein grundsätzliches Desinteresse der Demokraten an wirtschaftlichen Fragen zurückgeführt werden. Gegen eine solche Annahme spricht das Sozialprofil der Volkspartei ebenso wie die Tatsache, daß sich prominente Fabrikanten in ihren Reihen befan-

---

ten der Deutschen Partei, vgl. Anm. 74 und die Materialien im NL Hölder IX. Das ist für die demokratischen Kandidaten nur selten nachweisbar. Es ist allerdings zu bedenken, daß die Quellenlage für die Volkspartei schlechter ist als für die Deutsche Partei, da auf demokratischer Seite kein Gegenstück zum „Parteiarchiv“ des Hölder-NL existiert. Auch Regierungskandidaten blieben nicht völlig ohne Unterstützung von Gewerbevereinen. Der Leiter einer Versammlung des Uracher Gewerbevereins schlug Minister Varnbüler als Kandidaten vor (Schreiben zweier Mitglieder der Deutschen Partei aus Urach v. 28. Januar 1868, NL Hölder IX, 3).

- <sup>84</sup> Zum Bankwesen in Württ. s. o. S. 53 f. Vor allem Kilian Steiner war neben Eduard Pfeiffer bei der Gründung der Vereinsbank stark engagiert, vgl. Lang, Erinnerungen H. VI S. 21 f.; Schmierer, S. 83 Anm. 123. Die SVZ besprach im Gegensatz zum „Beobachter“ in einer Vielzahl von Artikeln seit 1865 das Projekt einer Aktien- u. Notenbank.
- <sup>85</sup> Aus dem Protokoll der Sitzung der Stuttgarter Mitglieder des Landeskomitees der Volkspartei v. 12. Februar 1869, Protokollbuch NL Haußmann-StAS, S. 56.
- <sup>86</sup> Jahresbericht der Handelskammern 1870, S. 18. Dort auch das folgende Zitat. Müller gehörte auch dem Ausschuß des Deutschen Handelstags an. An diesem beteiligten sich die Demokraten ebensowenig wie am Volkswirtschaftlichen Kongreß, der als „großpreußische Filiale“ abgelehnt wurde, DC Nr. 69 v. 7. September 1869, vgl. dagegen SVZ Nr. 194 v. 21. August 1869. Bereits dem ersten Ausschuß des Handelstags gehörte mit Finckh ein späteres Mitglied der Deutschen Partei an, „Deutscher Handelstag“, 1, S. 18.

den<sup>87</sup>. Den Hauptgrund für das ungleichgewichtige wirtschaftspolitische Engagement wird man vielmehr in den unterschiedlichen politischen Zielsetzungen beider bürgerlichen Parteien zu sehen haben. Die Forderung der Deutschen Partei, den Süden mit der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Vormacht Deutschlands zur vollen staatlichen Einheit zusammenzufassen, entsprach den ökonomischen Interessen des württembergischen Wirtschaftsbürgertums. Die Volkspartei befand sich hingegen in dem skizzierten Dilemma, einerseits die Abwehr der politischen Hegemonie Preußens zum obersten Parteiziel erhoben zu haben, auf der anderen Seite aber die wirtschaftspolitische Verklammerung des Südens mit dem preußisch-hegemonialen Norddeutschen Bund aus ökonomischen Gründen akzeptieren zu müssen. Dieser Zwiespalt zwischen nationalpolitischem Programm und wirtschaftspolitischer Einsicht machte es der Volkspartei unmöglich, sich stark in Wirtschaftsinstitutionen zu engagieren. Diese waren aus ökonomischen Gründen an der vollen politischen Absicherung des zollvereinten kleindeutschen Absatzmarktes interessiert und zeigten sich deshalb für eine Politik der unbedingten Negation des preußischen Werks von 1866 nicht zugänglich. Die Ereignisse von 1866, so hieß es bereits auf der Generalversammlung des Württembergischen Handelsvereins von 1867, „seien historische Tatsachen, deren Konsequenzen wir uns nicht entziehen können“<sup>88</sup>. Genau dies versuchte aber die Volkspartei. Sie fand jedoch kein Konzept, das nationalpolitischen Widerstand mit wirtschaftspolitischer Mitarbeit überzeugend verbunden hätte. Der politische Kampf der Demokraten gegen die „Verpreußung“ Württembergs war ja überhaupt nur möglich, weil die handelspolitische Einheit Kleindeutschlands seit der Erneuerung des Zollvereins Ende 1867 gesichert war — gesichert mit den Stimmen zweier schutzzöllnerischer und antipreußischer Dissenters aus den Reihen der Demokraten! Diese innerlich unstimmige Politik der Volkspartei wird wesentlich dazu beigetragen haben, daß die große Mehrzahl ihrer Mitglieder und Sympathisanten 1870 auf die Seite des Erfolgs überging oder sich aus dem politischen Leben zurückzog. Der Krieg hatte der württembergischen Bevölkerung eindringlich vor Augen geführt, wie sehr ihr Land bereits mit der Politik der deutschen Hegemonialmacht verbunden war. Die württembergischen Handelskammern konstatierten in ihrem Jahresbericht für das Kriegsjahr: „Nie zuvor hatte ein Ereignis die entsetzte Geschäftswelt so jählings aufgeschreckt“<sup>89</sup>. Nach einer „Periode der Panik“<sup>90</sup> brachten die Siegesmeldungen „eine täglich zunehmende Besserung im Geschäftsleben“, die auch der breiten Bevölkerung den „Krieg von der ‚Nährseite‘“ zeigte. Die Auswirkungen der Kriegsmonate auf die württem-

---

87 Vgl. Kap. D III.

88 Bericht in Chronik Nr. 261 I v. 2. November 1867.

89 Jahresbericht 1870, S. 17.

90 Ebd. S. 19. Dort auch die folgenden Zitate.

bergische Wirtschaft seien hart gewesen, doch „was bedeuten einige verlorene Geschäftsmonate gegen das, was errungen worden!“<sup>91</sup>. Diese Befriedigung über das Erreichte, die die Mehrheit der Bevölkerung teilte, entzog der Volkspartei für lange Jahre den politischen Boden<sup>92</sup>.

Die Volkspartei gehörte zu den Verlierern von 1870/71 — auch wirtschaftspolitisch. Sie hatte ihre wirtschaftspolitischen Einsichten und die ökonomischen Interessen der eigenen Mitglieder und Sympathisanten verleugnet, um eine kompromißlose antipreußische Politik betreiben zu können. Dieser Prozeß, in dem nationalpolitische Forderungen und ökonomische Vernunft miteinander in Widerspruch gerieten, setzte jedoch erst 1866 ein, als die Volkspartei ihre Politik der unbedingten Negation begann. Diese Politik entfremdete die Demokraten langsam vom Wirtschaftsbürgertum und bereitete somit den Umschwung von 1870 in der öffentlichen Meinung Württembergs vor. Die Deutsche Partei konnte hingegen ihre national- und wirtschaftspolitischen Konzeptionen bruchlos miteinander verbinden. Ihre handelspolitischen Maximen bildeten zwar die Grundlage für die nationalliberal-konservative Allianz; insofern kam dem handelspolitischen Programm eine zentrale Bedeutung bei der Bildung der nationalen Sammlungsbewegung zu. Die Spaltung der Liberal-Demokraten (1864—1866) kann jedoch nicht wirtschaftspolitisch begründet werden, denn der handelspolitische Gegensatz zwischen Liberalen und Demokraten entstand erst seit 1866. Diese handelspolitischen Divergenzen waren nationalpolitisch motiviert, nicht umgekehrt. Daß nur in der Zollvereinspolitik, nicht aber in der allgemeinen Wirtschaftspolitik Grundsatzdiskussionen im württembergischen Bürgertum ausbrachen, verweist ebenfalls auf diese Kausalfolge: Der wirtschaftspolitische Bereich begann erst dann kontrovers zu werden, als er unmittelbar mit der Nationalpolitik verzahnt wurde.

---

91 Ebd. S. 21.

92 Wie schwer sich engagierte Preußenfeinde in die neue Lage fanden, demonstrierte besonders deutlich M. Mohl. Auf der einen Seite beeilte er sich, der Regierung handelspolitische Stipulationen für den Friedensvertrag mit Frankreich vorzuschlagen (Eingabe v. 14. September 1870, HSTAS E 14 Bü 108), doch andererseits forderte er, dieselbe Regierung möge gar nicht erst an Unterhandlungen über die Errichtung des deutschen Nationalstaats teilnehmen (Eingabe an den König v. 3. Oktober 1870, ebd. E 9 Bü 65).

## **Schlußbetrachtung: Kontinuitäten und Diskontinuitäten**

Zwei Problemkreise prägten entscheidend das parteipolitische Verhalten des württembergischen Bürgertums zwischen Revolution und Reichsgründung: die „soziale Frage“ und die nationale Bewegung. An diesen Problemen zerbrach die Einheitsfront, in der das oppositionelle Bürgertum im Vormärz und in der Reaktionsdekade dem Obrigkeitsstaat gegenüberstand. 1848/49 übte jedoch nur die „soziale Frage“ eine Sprengkraft auf das bürgerliche Lager aus. Das gemeinsame Nationalstaatsstreben von Liberalen und Demokraten gestattete hingegen selbst dann noch punktuelle Zusammenarbeit, als sich die liberal-demokratische Bewegung organisatorisch bereits getrennt (Juli 1848) und die innerbürgerliche Auseinandersetzung den Kampf um die Realisierung übereinstimmender Ziele längst verdrängt hatte. Die Grundsatzdiskussion, die man um die Frage der Staatsform: Republik oder konstitutionelle Monarchie, führte, hatte ihre Brisanz durch die Forderung der Demokraten erhalten, die unterbürgerlichen Sozialschichten mit den vollen staatsbürgerlichen Rechten auszustatten. Deren Integration wollten die Demokraten lediglich durch die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts erreichen; weitergehende sozialpolitische Zielsetzungen vertraten sie nicht. Gleichwohl sah das liberal-konstitutionelle Bürgertum seine politisch-soziale Stellung im Staat schon durch den Versuch der Demokraten bedroht, das Proletariat politisch-rechtlich dem Bürgertum gleichzustellen. Die liberalen Befürchtungen bündelten sich in der kompromißlos eindeutigen Ablehnung der republikanischen Staatsform, die die Demokraten zwar nicht ausschließlich anstrebten, die aber ihr langfristiges Ziel war. Der Begriff „Republik“ bildete für die Liberal-Konstitutionellen ein Syndrom der Angst, in dem ihre Befürchtungen vor dem politisch-sozialen Reformwillen des Proletariats zusammenliefen, das 1848 auf die politische Bühne getreten war. Die „soziale Frage“ war zur Verfassungsfrage geworden; verfassungspolitische Diskussionen berührten deshalb stets die ungelösten sozialen Probleme. Die revolutionären Vorgänge in Frankreich und die Aktivität des Proletariats in Württemberg wie in anderen deutschen Ländern hatten die Republik in den Vorstellungen der Liberalen endgültig als sozialrevolutionär diskreditiert — eine Entwicklung, die sich bereits im Vormärz angebahnt hatte und in den Revolutionsjahren vorangetrieben wurde. Da die württembergischen Demokraten eine politische Allianz mit den unterbürgerlichen Schichten anstrebten, wurden sie von den Liberalen mit dem Verdikt belegt, Sozialrevolutionäre zu sein. Auf Grund des Revolutionsverdachts, den die Libera-

len gegenüber den Demokraten hegten, war die Fortsetzung der vor-märzlichen bürgerlichen Einheitsfront unmöglich.

Die Demokraten erklärten zwar programmatisch, sowohl für die Republik wie für die konstitutionelle Monarchie offen zu sein, um die gesamte bürgerliche Bewegung integrieren zu können, doch sie versuchten den Kompetenzbereich des Monarchen so stark einzuschränken, daß das konstitutionelle Prinzip bis zur Bedeutungslosigkeit ausgehöhlt worden wäre. Als Resultat dieser Bestrebungen hätte sich ein parlamentarischer Staat mit monarchischer Spitze ausgebildet. Die Liberalen lehnten diesen Versuch, das konstitutionelle Prinzip de facto zu beseitigen, strikt ab, da sie im Konstitutionalismus die letzte Bastion gegen eine soziale Revolution erblickten. Das liberale Bürgertum, das bereits durch die vorrevolutionären Vorgänge von 1847 verschreckt worden war, sah in der konstitutionellen Monarchie einen Damm gegen die befürchteten negativen Auswirkungen der politisch-sozialen Emanzipationsforderungen, die das Proletariat und die Sozialschichten am unteren Rand des Bürgertums erhoben. Das konstitutionelle Prinzip wollten die Liberalen für den Fall konservieren, daß die politisch-sozialen Interessen des Bürgertums in der parlamentarischen Konfliktregulierung nicht gewahrt würden. Die Erhaltung der Monarchie hatte in der Konzeption der Liberalen die gleiche Funktion wie die liberale Weigerung, die Unterschichten mit dem vollen Wahlrecht auszustatten: den Rechtsstaat als Klassenstaat zu garantieren. Die Unterschichten sollten zwar in einem langfristigen Entwicklungsprozeß durch Erwerb von Bildung und Besitz in den Kreis der vollberechtigten Staatsbürger hineinwachsen — die sofortige Integration galt den Liberalen jedoch als das Fanal zum sozialrevolutionären Umsturz der bestehenden Ordnung, deren evolutionären Wandel die Demokraten von der Ausdehnung des Wahlrechts auf alle Sozialschichten erhofften. Insofern gilt auch für Württemberg Arthur Rosenbergs Wort, daß die Revolution von 1848/49 „in erster Linie an dem Gegensatz zwischen Bürgertum und Arbeiterbewegung gescheitert“<sup>1</sup> sei. Die politische Bewegung von 1848/49 in Württemberg blieb erfolglos, da breite Kreise des Bürgertums die eigene politisch-soziale Stellung bedroht fühlten und deshalb die Revolution auf einen partiellen Wandel der politischen Struktur begrenzen wollten. Dieser Wandel, der die Monarchie zwar konstitutionell beschränken, aber sie doch erhalten sollte, war nur in Zusammenarbeit von Bürgertum und Monarchie zu realisieren. Zum Scheitern trug auch die partikularstaatliche Absonderung bei, in der die liberale und die demokratische Massenbewegung fast durchweg verharrete. Dieser Tatbestand verweist auf ein Charakteristikum der gesamten deutschen Revolution: die deutsche Revolution als Massenbewegung gab es nicht.

---

<sup>1</sup> „Demokratie und Sozialismus“, S. 117.

„There were rather several simultaneous German revolutions“<sup>2</sup>: regionale und schichtenspezifische, wenngleich die Revolutionsbewegungen in der Nationalversammlung und ihrem Werk einen gemeinsamen Bezugspunkt hatten.

Als sich im Reichsgründungsjahrzehnt Arbeiterschaft und Bürgertum parteipolitisch neu formierten, hatte die „soziale Frage“ ihre innerbürgerliche Sprengkraft verloren. Dazu hatte wesentlich beigetragen, daß sich die württembergischen Arbeitervereine<sup>3</sup>, die sich früher (ab 1862) organisierten als das Bürgertum, gegen Lassalles Versuch entschieden, die Arbeiterbewegung als selbständige politische Partei zu konstituieren. Da sich die Liberal-Demokraten seit 1864 wegen ihrer unterschiedlichen nationalpolitischen Konzeptionen spalteten, griffen die Kontroversen im bürgerlichen Lager auch auf die organisierte Arbeiterbewegung über, denn Liberale und Demokraten begannen um den Einfluß auf die Arbeitervereine zu rivalisieren. Bereits die Tatsache, daß beide bürgerlichen Lager um die Zusammenarbeit mit der Arbeiterbewegung konkurrierten, kennzeichnet den Wandel, der gegenüber 1848/49 eingetreten war. Während die württembergischen Liberalen der Revolutionsjahre generell die Arbeiterorganisationen als sozialrevolutionär verdächtig und eine Kooperation mit ihnen nicht einmal erwogen hatten, hatte das organisierte Proletariat für die Liberalen des Reichsgründungsjahrzehnts seinen Schrecken verloren. Die Liberalen standen den durchweg gemäßigten sozialpolitischen Forderungen der württembergischen Arbeitervereine sogar aufgeschlossener gegenüber als die Demokraten um Carl Mayer. Unter Führung Eduard Pfeiffers, der eine gewichtige Rolle in der deutschen Genossenschaftsbewegung spielte<sup>4</sup>, konzentrierten sich die Liberalen darauf, der Arbeiterschaft Selbsthilfe durch Assoziationen zu empfehlen. Während Pfeiffer, den der Stuttgarter Arbeiterbildungsverein als den „süddeutschen Schulze-Delitzsch“<sup>5</sup> feierte, immerhin eine sozialpolitische Konzeption vorweisen konnte, reduzierte sich für die Volkspartei die „soziale Frage“ zunächst auf die Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht. Nur höchst selten, und zudem folgenlos für das Programm der Partei, propagierten württembergische Demokraten Gewinnbeteiligung von Arbeitern als das „wirksamste Mittel, kommunistische Bestrebungen zu bekämpfen“<sup>6</sup>. Der Vorschlag, Arbeiter am Gewinn zu beteiligen, war aber in den 1860er Jahren kein Bürgerschreck mehr, wenngleich das württembergische Bürgertum ihn nicht aufgriff. Die sozialpolitische Diskussion, an der sich die bürgerlichen Parteiorgane viel spärlicher beteiligten

2 Hamerow, Restoration, S. 26; vgl. auch Droz, der sein Werk pointiert „Les révolutions allemandes“ genannt hat.

3 Vgl. zum folgenden die grundlegende Arbeit von Schmierer, Kap. III.

4 Vgl. ebd. S. 84 ff.; Bittel, Pfeiffer und deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung.

5 SVZ Nr. 262 v. 8. November 1867.

6 Aus einer Rede Osterlens auf einem Stuttgarter „Bürgerabend“, Chronik Nr. 10 III v. 13. Januar 1870; vgl. Landbote Nr. 1 v. 1. Januar 1870.

als das „Württembergische Gewerbeblatt“ und die Handelskammern in ihren Jahresberichten, führte im Unterschied zu den Revolutionsjahren nicht mehr dazu, daß das Bürgertum nach dem starken Arm der Obrigkeit rief. So setzten sich etwa die Handelskammern in ihrem Bericht für 1865 für das volle Koalitionsrecht der Arbeiter ein und lehnten jeglichen staatlichen Eingriff gegen Streikende ab<sup>7</sup>. Derselbe Bericht begrüßte zudem die steigenden Löhne, denn es sei „ein volkswirtschaftliches Erfordernis, daß der Arbeiterstand konsumtionsfähig werde“, damit eine „Vergrößerung der einheimischen Nachfrage“<sup>8</sup> eintrete.

Die Wahlrechtsfrage, auf die sich zunächst für die Volkspartei der 1860er Jahre, wie für die Demokraten der Revolutionsjahre, der Kern der „sozialen Frage“ reduzierte, bildete im Reichsgründungsjahrzehnt keine Trennlinie mehr zwischen den bürgerlichen Parteien. Für die Demokraten war das allgemeine Stimmrecht nach wie vor eine „Konsequenz ihres demokratischen Prinzips“ und zugleich eine „unabweisliche Konzession der bevorzugten Stände an den vierten Stand, ohne welche die Verbesserung der materiellen Zustände des Volks im Wege der Reform nicht erreicht“<sup>9</sup> werden könne. Die liberale Wahlrechtspolitik hatte sich hingegen im Vergleich zu 1848/49 grundlegend geändert: Die Beschwörung einer sozialrevolutionären Gefahr für die bestehende politisch-soziale Ordnung wich der Hoffnung, mittels des allgemeinen Wahlrechts den Ausgleich von Klassegegensätzen zu fördern. Die Wahlrechtsfrage, die in den Revolutionsjahren eine zentrale Bedeutung für die Kontroversen zwischen Liberalen und Demokraten besessen hatte, bildete im Reichsgründungsjahrzehnt eine der Gemeinsamkeiten, die beide bürgerlichen Lager miteinander verbanden.

Das Verhältnis von Volkspartei und Deutscher Partei zur württembergischen Arbeiterbewegung und deren Spaltung (1867/68) war in erster Linie nationalpolitisch motiviert<sup>10</sup>. Die Einheit des württembergischen Gauverbandes der Arbeitervereine zerbrach vollends in den beiden Wahlkämpfen von 1868 (Landtags- und Zollparlamentwahlen), in denen sich auch die kontroversen nationalpolitischen Konzeptionen der beiden bürgerlichen Parteien schroff gegenüberstanden. Als der Stuttgarter Arbeiterbildungsverein aus dem Gauverband austrat, resümierte das Organ der Deutschen Partei: „Faßt man alles genau zusammen, so vollzieht sich unter den [Arbeiter-] Vereinen dasselbe, was in der liberalen Partei vor sich gegangen ist. Die nationalen Bestrebungen haben ihr Ziel gefunden“<sup>11</sup>.

<sup>7</sup> S. 206.

<sup>8</sup> S. 200.

<sup>9</sup> Beob. Nr. 298 v. 21. Dezember 1865 („Die deutsche Volkspartei“, gez. Osterlen).

<sup>10</sup> Vgl. dazu Schmierer, Kap. III, 4 D, und allgemein Conze/Groh, S. 60 ff.; zur Kritik am Begriff des Nationalstaats bei Conze/Groh s. Steinberg, Sozialismus.

<sup>11</sup> SVZ Nr. 182 v. 7. August 1868.

Als sich im September 1868 vom Vereinstag Deutscher Arbeitervereine der kleindeutsch-nationalliberale Deutsche Arbeiterbund abspaltete<sup>12</sup>, hielten die württembergischen Demokraten die erstrebte Allianz von bürgerlicher und proletarischer Demokratie für erreicht. Während die Arbeitervereine, die mit der Deutschen Partei paktierten, jedoch langsam verkümmerten<sup>13</sup>, konnte die Volkspartei eine enge Zusammenarbeit mit denjenigen Vereinen praktizieren, die im großdeutsch-demokratischen Vereinstag verblieben waren. Diese Kooperation war möglich, weil die württembergischen Demokraten das Programm der im September 1868 gebildeten Deutschen Volkspartei akzeptierten, das sich auf das Programm des Vereinstags bezog und anerkannte, daß die „staatlichen und gesellschaftlichen Fragen untrennbar verbunden sind“<sup>14</sup>. Doch für die württembergische Volkspartei reduzierte sich nunmehr, da das allgemeine Wahlrecht in Württemberg (1868) ebenso realisiert war wie im Norddeutschen Bund, die „soziale Frage“ auf den Kampf gegen die „Verpreußung“ und die mit ihr verbundenen negativen Erwartungen: „Das A und O der sozialen Frage ist heute [...] wie das der politischen Frage —: Kampf gegen den Militarismus, welcher die Interessen der bürgerlichen Existenz genauso bedroht, wie alle Bedingungen bürgerlicher Freiheit“<sup>15</sup>.

Die bekannten Basler Beschlüsse der Internationalen Arbeiterassoziation vom 13. September 1868 gegen Privateigentum an Grund und Boden<sup>16</sup> erschreckten die württembergische Volkspartei ebenso wie die Deutsche Partei. Der „Beobachter“ veröffentlichte Artikel aus der „Demokratischen Correspondenz“ gegen den „cäsaristischen Sozialismus“<sup>17</sup>, der die Bevölkerung dem preußischen „Cäsarismus“ in die Arme treiben werde. Die Deutsche Partei nutzte diese Beschlüsse zu dem Versuch, in ihren „Sonntagsblättern“, die im Ton und in der Argumentation wesentlich undifferenzierter waren als das offizielle Parteiorgan, Sozialängste zu provozieren: „Jeder einzelne wird Teilnehmer an der Genossenschaft und bekommt am Ende der Woche

---

12 Für die Auswirkung auf die württembergischen Parteien vgl. Schmierer, S. 116 ff.  
13 Vgl. ebd. S. 119 ff.

14 Salomon I, S. 88 f.; vgl. G. Mayer, Trennung, S. 149 ff.

15 Beob. Nr. 15 v. 19. Januar 1868 („Zur sozialen Frage“, der Artikel erschien zuerst in der DC).

16 Abgedruckt: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1, S. 571 f.

17 Nr. 213 v. 12. September 1869; vgl. Nr. 223 v. 24. September. S. auch Bebels Schrift „Unsere Ziele“ (ders., Ausgewählte Reden und Schriften 1, S. 59 ff.), in der er sich mit den Vorwürfen der DC auseinandersetzt. Zur Frage des Privateigentums an Grund und Boden nahm 1872 die „Frankfurter Zeitung“ eine bemerkenswerte Position ein, die sich völlig von der Haltung der württembergischen Demokraten unterschied. In einer Artikelserie „Zur Wohnungsfrage“ (Nr. 201—203 v. 19. Juli bis 21. Juli; Nr. 209 v. 27. Juli) vertrat die Zeitung die Ansicht, daß „die freie Konkurrenz und das absolute sich jeder Beschränkung entziehende Privateigentum als Mittel zur Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses der großen Städte“ nicht ausreiche. Das Blatt forderte deshalb „Expropriation des städtischen Grundeigentums durch die Gemeinde“.

oder des Monats seinen gleichen Anteil herausgezahlt. [. . .] Eine Privatscheune, ein Privatkeller ist nicht mehr möglich<sup>18</sup>." Sie definierten: „Ein Sozialdemokrat ist ein solcher, der zuerst den Staat umstürzen, die Arbeiter, d. h. die Gesellen, Fabrikarbeiter, Tagelöhner, in die Herrschaft einsetzen, und so die allgemeine Gleichheit des Besitzes herstellen will.“ Den Norddeutschen Bund priesen die „Sonntagsblätter“ als „Hauptschutz gegen soziale Umstürzereien und Ackerlandverteilungen“<sup>19</sup>.

Diese Töne, die den Klassenkampf als akutes Schreckgespenst beschworen, wurden jedoch von den Organen aller politischen Richtungen kaum aufgenommen. Die Handelskammern gaben in ihrem Jahresbericht für 1870 eine nüchterne Beurteilung, die in der öffentlichen Meinung Württembergs dominierte: Die „soziale Frage“ sei „vorerst nicht brennend“ in Württemberg; „eine Konzentration größerer Massen von Arbeitern auf einem Punkt ist vermieden, die Fabriken sind über das ganze Land zerstreut“. Es gelte „Mittel in Prävention, nicht in Repression zu suchen“<sup>20</sup>.

Obwohl die Basler Beschlüsse die Kooperation von Arbeiterbewegung und Volkspartei trübten, blieb diese bis 1870 erhalten<sup>21</sup>. Die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei im August 1869 bedeutete für Württemberg noch nicht die „Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie“ (G. Mayer). Es erscheint aber sehr zweifelhaft, ob — wie Wolfgang Schmierer<sup>22</sup> meint — „die spezifisch württembergische Tradition der Aktionsgemeinschaft zwischen demokratischer Arbeiterbewegung und bürgerlicher Demokratie“ am Niedergang der Volkspartei seit 1870 zerbrochen ist. Man kann kaum davon ausgehen, daß sich eine württembergische Sonderentwicklung der Arbeiterbewegung auf Dauer behauptet hätte, zumal eine feste Allianz von Volkspartei und politischer Arbeiterbewegung an der weitgehenden Ignoranz der Demokraten gegenüber der „sozialen Frage“ gescheitert wäre<sup>23</sup>. Es ist auch zu bedenken, daß die spezifisch württembergische Tradition der Arbeiterbewegung in einem engen Wirkungszusammenhang mit dem charakteristischen Gepräge der württembergischen Wirtschaft stand. Die starke Dezentralisation und die noch immer geringe Zahl von Großbetrieben hatte in Württemberg die Entwicklung einer Arbeiterbewegung als eigenständige politische Kraft verzögert. Die zunehmende Industrialisierung des Landes ließ dann auch in Württemberg die Sozialdemokratie unaufhaltsam aufsteigen.

---

18 Nr. 5 v. 10. Juli 1870.

19 Nr. 2 v. 18. Juni 1870; vgl. Landbote Nr. 40 v. 3. Oktober 1868.

20 S. 101.

21 Vgl. Schmierer, S. 127 ff.

22 S. 158.

23 Diese Ignoranz konstatiert auch Schmierer, S. 99.

Das Verhältnis von Liberalen und Demokraten zur Arbeiterbewegung hatte zwischen Revolution und Reichsgründung einen tiefgreifenden Wandel erfahren. Während 1848/49 die Integration des Proletariats das Kernproblem der innerbürgerlichen Kontroversen gebildet hatte, versuchten in den 1860er Jahren beide bürgerlichen Parteien die Arbeitervereine in ihr nationalpolitisches Konzept einzuspannen. Gleichwohl lassen sich in der Haltung der bürgerlichen Gruppierungen zum Proletariat auch Kontinuitätslinien zwischen 1848 und 1870 feststellen. Die Liberalen griffen auf die Konzeption einer unpolitischen Arbeiterbildungsbewegung zurück, die Johannes Fallati in Württemberg bereits im Vormärz propagiert hatte. Diesen Versuch, das Proletariat nicht zu einer eigenständigen politischen Kraft aufsteigen zu lassen, hatten die Liberalen 1848/49 nicht aufgenommen, da ihnen das proletarische Vereinswesen auf Grund der Politisierung der Arbeiterschaft generell als diskreditiert galt. Als im Reichsgründungsjahrzehnt die Arbeiterbewegung erneut über die reine Sozialpolitik hinausdrängte, versuchten die Liberalen diesen Politisierungsprozeß wieder zu verhindern.

Der Kontinuitätsstrang in der Haltung zum proletarischen Vereinswesen war auf seiten der Demokraten noch wesentlich stärker ausgeprägt. Sie zeigten sich 1848/49 wie in den 1860er Jahren bereit, mit einer politisierten Arbeiterbewegung zusammenzuarbeiten. Diese Kontinuität gab den Demokraten ihre Stärke, als sie mit der Deutschen Partei um den Einfluß auf die Arbeitervereine rivalisierten; sie bedeutete jedoch auch eine entscheidende Schwäche. Da die Demokraten nur in unzureichendem Maße den Wandel erkannten, der in den Zielsetzungen der Arbeiterbewegung seit 1848 eingetreten war, vermochten sie nicht einzusehen, daß die traditionelle demokratische Interpretation der „sozialen Frage“ die Arbeiterbewegung nicht auf Dauer befriedigen konnte. Über die Propagierung des allgemeinen Wahlrechts hinaus und neben dem Angebot, gemeinsam Front zu machen gegen eine „Verpreußung“ Deutschlands, hatten die Demokraten der Arbeiterschaft nichts zu bieten. Die im Programm der Deutschen Volkspartei ausgesprochene Einsicht, daß politische und gesellschaftliche Fragen eine unauflösbare Einheit bilden, setzten die Demokraten Württembergs nicht in praktische Politik um. Sie hatten diesen Punkt auch nicht in ihr Landesprogramm übernommen. Die spezifisch bürgerliche Programmatik der Demokraten, die ihrem Sozialprofil angemessen war, verhinderte letztlich 1848/49 ebenso wie 1866/71 eine dauerhafte Aktions- oder gar Organisationseinheit von bürgerlicher und proletarischer Demokratie.

Seit der definitiven Aufhebung der bürgerlich-proletarischen Aktionsgemeinschaft (1870) traten gewisse Kontinuitätsstränge, die sich von 1848 herleiteten, deutlicher hervor. Als die Sozialdemokratie im Kaiserreich in die wechselnde Reihe der Reichsfeinde gedrängt wurde, begünstigte die Deutsche Partei diese Entwicklung. Sie setzte

sich 1878 für die Annahme des Sozialistengesetzes ein, da sie in der Sozialdemokratie eine Partei sah, die „alle sittlichen Grundlagen des Staatslebens verneint, Staat, Gesellschaft, Ehe, Eigentum, Religion, Rechtsbewußtsein, Ordnung. Alles das ist nach ihren Grundsätzen auszurotten“<sup>24</sup>. Die Liberalen nahmen damit die Polemik von 1848/49 gegen die Arbeiterbewegung wieder auf, während die Volkspartei jede „Achterklärung gegen eine einzelne Partei“<sup>25</sup> ablehnte. Die Haltung zur politischen Arbeiterorganisation war somit wieder zu einer der Trennlinien zwischen Liberalen und Demokraten geworden, ohne daß aber die „soziale Frage“ seit 1848/49 je wieder in den Brennpunkt der parteipolitischen Auseinandersetzungen innerhalb des Bürgertums gerückt wäre.

Für den zweiten Problemkreis, der die bürgerliche Bewegung zwischen Revolution und Reichsgründung geprägt hat, die nationale Frage, liegen die Kontinuitätslinien und deren Brüche erheblich komplizierter. Das Nationalstaatsstreben führte bis zum endgültigen Scheitern der Revolution nicht zu tiefgreifenden Kontroversen innerhalb des liberal-demokratischen Bürgertums wie es auch nicht an dessen Spaltung mitbeteiligt war. Obleich in den Revolutionsjahren das gemeinsame Verlangen nach einem deutschen Nationalstaat die sozial- und verfassungspolitischen Gegensätze im bürgerlichen Lager zumindest temporär überbrückte, gilt es auch für die nationale Bewegung von 1848/49 zwischen Demokraten und Liberalen zu differenzieren. Bezeichnenderweise grenzten sich die Liberalen — und nur die Liberalen! — erst dann gegen das nationalpolitische Werk der Paulskirche ab, als dieses in die verfassungspolitische Grundsatzkontroverse des württembergischen Bürgertums hineingezogen wurde und damit das liberale Trauma von der sozialrevolutionären Republik berührte. Die Wortführer der Liberalen stellten unmißverständlich klar, daß sie der Nationalversammlung keine Kompetenz-Kompetenz einräumten, sondern ihr das Recht, eine Verfassung zu verabschieden, nur insoweit zubilligten, als diese prinzipiell systemkonform blieb. Denn Systemkorrekturen gestanden sie dem deutschen Parlament nur zu, sofern das monarchische Prinzip, das Bollwerk gegen die vermeintlich drohende politisch-soziale Anarchie, nicht angetastet würde. Im Widerstreit zwischen ihrem Nationalstaatsstreben, dem die Souveränität partikularstaatlicher Fürsten entgegenstand, und ihrem Verlangen nach sozial-konservativer Absicherung entschieden sich die Liberalen bis auf wenige Ausnahmen für letzteres. Die revolutionären Begleiterscheinungen, die mit der Einheitsbewegung verbunden waren, verschreckten das liberale Bürgertum. Es sah seine Wünsche

<sup>24</sup> Aus einer Rede Hölders auf einer Wahlversammlung, Stuttgarter Neues Tagblatt Nr. 171 v. 24. Juli 1878; s. auch Hölders Rede auf einer Versammlung der Deutschen Partei, ebd. Nr. 259 B v. 3. November 1878; die Wahlaufufe im NL Hölder XVIII; Schreiben Hölders an seine Schwester, 18. Juni 1878, BA Koblenz.

<sup>25</sup> Aus einem Wahlaufuf, NL Hölder XVIII. Die Geschichte der württembergischen Arbeiterbewegung seit 1878 ist noch nicht erforscht.

im preußisch-hegemonialen Unionsplan besser aufgehoben als im Werk der Nationalversammlung, das ihm zuwenig Garantien für eine Zementierung des 1848/49 erreichten politisch-sozialen Status quo zu bieten schien. Im preußischen Versuch, die nationale Einheit von oben zu schaffen, erblickte die große Mehrheit der württembergischen Liberalen eine Möglichkeit, den erstrebten Nationalstaat mit der geforderten sozial-konservativen Absicherung zu verbinden. Die Demokraten blieben hingegen ihrer Bereitschaft treu, sich der Nationalversammlung unterzuordnen. Sie beugten sich, wenngleich widerwillig, der preußisch-erbkaiserlichen Lösung und zeigten sich schließlich auch zur Überwindung ihrer überaus starken Zurückhaltung bereit, revolutionäre Gewalt anzuwenden, um dem Werk der Nationalversammlung auf dem Wege der „Reichsexekution“ doch noch zum Leben zu verhelfen. Erst die Ablehnung der Kaiserkrone durch den preußischen König und das preußische Eingreifen in Baden und der Rheinpfalz machte die Demokraten zu „Revolutionären wider Willen“ (Th. Schieder); die württembergischen Liberalen waren dies nie. Die Liberalen leugneten den revolutionären Charakter der politischen Bewegung von 1848/49; sie beharrten auf dem Prinzip der Vereinbarung, unter dem sie 1848 angetreten waren und das sie nie aufgaben.

Obwohl die Demokraten, von wenigen prominenten Ausnahmen abgesehen (R. Römer und Fr. Th. Vischer), den nachrevolutionären preußischen Unionsversuch einhellig ablehnten, war innerhalb der demokratischen Bewegung der Revolutionsjahre doch eine Differenzierung eingetreten, die bereits auf die nationalpolitischen Fronten des Reichsgründungsjahrzehnts verwies. Als die Nationalversammlung den Malmöer Waffenstillstand billigte, begann unter den Demokraten eine Kontroverse, die sich unter den Parolen vollzog, die dann der parteipolitischen Entwicklung der 1860er Jahre ihren Stempel aufdrückten: „durch die Einheit zur Freiheit“ oder „durch die Freiheit zur Einheit“. Daß diese Diskussion im demokratischen Lager aufbrach, deutet auf einen Kontinuitätsbruch, den ein Teil der demokratischen Bewegung zwischen Revolution und Reichsgründung erfuhr; es deutet aber auch auf Kontinuitätslinien.

Aus der politischen Entwicklung von vier prominenten württembergischen Parteipolitikern: Robert Römer, Karl August Fetzer, Julius Hölder und Carl Mayer, ist modellartig der nationalpolitische Weg vieler Liberal-Demokraten zwischen 1848/49 und den 1860er Jahren zu ersehen; an ihnen zeigt sich zugleich, wie ungemein kompliziert und verschlungen die nationalpolitische Entwicklung des württembergischen Bürgertums verlief, wie eng Kontinuität und Diskontinuität beieinander lagen. Sie waren alle vier Demokraten der ersten Stunde. Robert Römer, der Sohn des Märzministers, hatte das demokratische Programm formuliert, das im Juli 1848 die Spaltung von liberaler und demokratischer Bewegung besiegelte. Seine nationalpolitische Haltung trennte ihn bereits 1849 von seinen Gesinnungsfreun-

den, da er sich den Befürwortern des preußischen Unionsplans anschloß. Doch selbst diese Entscheidung Römers lag nicht völlig außerhalb der demokratischen Tradition der Revolutionsjahre. Diese Tradition war geprägt durch die Bereitschaft, die eigenen politischen Zielsetzungen herabzuschrauben, um das Einheitswerk zum Abschluß zu bringen — selbst um den Preis einer preußisch-erbkaiserlichen Lösung. Römer führte schon frühzeitig einen derjenigen Traditionsstränge fort, den andere Demokraten erst in den 1860er Jahren aufnahmen, als sie sich der nationalliberal-konservativen Sammlungsbeziehung anschlossen. R. Römer setzte einerseits die demokratische Nationalpolitik der Revolutionsjahre konsequent fort, brach aber auf der anderen Seite radikal mit der demokratischen Freiheitstradition, die er zugunsten seines Nationalstaatsstrebens völlig verdrängte. Fetzer hingegen versuchte, beide Traditionsstränge, die bei Römer auseinanderliefen, miteinander zu verbinden. Das bedingte seine schwankende Haltung. Für ihn existierte im Württemberg des Reichsgründungs Jahrzehnts keine Partei, die es ihm erlaubt hätte, National- und Freiheitsstreben gleichgewichtig miteinander zu verknüpfen. Hölders politischer Lebensweg verdeutlicht beispielhaft die Entwicklung jener Demokraten, die erst in einem langjährigen Prozeß aus dem Scheitern der bürgerlichen Politik von 1848/49 den Schluß zogen, daß nur eine „Revolution von oben“ die volle nationalstaatliche Einheit realisieren könne. Um dieses Ziel zu erreichen, ließ er es zu, daß seine Partei ihre ursprünglich weit gesteckten Reformziele aufgab, ohne daß er sich jedoch zu einem der „Hyper-Bismärcker“ Römerscher Prägung entwickelt hätte. Carl Mayer symbolisiert den extremen Gegenpol zu den drei genannten Politikern. Er trat zwar wie Hölder im September 1848 aus dem demokratischen Landeskomitee mit der Parole „durch die Einheit zur Freiheit“ aus, war aber bereits im Mai 1849 zur Teilnahme an einer revolutionären „Reichsexekution“ bereit. In seiner Haltung sahen sich jene Demokraten verkörpert, die 1848/49 nur widerwillig den preußischen Erbkaiser akzeptiert hatten, dann aber eine entschieden antipreußische Position bezogen. Der freiheitliche Ausbau der Einzelstaaten — das war ihre Lehre, die sie aus der gescheiterten Revolution gezogen hatten — mußte der Errichtung des Nationalstaats vorausgehen.

Dieses komplizierte Verhältnis von nationalpolitischer Kontinuität und Diskontinuität auf seiten der Demokraten hebt sich scharf ab von der nahezu ungebrochenen Entwicklung der Liberalen. Es ist nicht festzustellen, daß sich Liberale der Revolutionsjahre zu Demokraten des Reichsgründungs Jahrzehnts gewandelt hätten. Sofern sich die Liberalen von 1848/49 nicht aus der aktiven Parteipolitik weitgehend zurückzogen, wie etwa der Märzminister Duvernoy, schlossen sie sich der nationalliberal-konservativen Deutschen Partei an. Die Liberalen strebten 1848/49 ebenso wie in den 1860er Jahren das Arrangement mit der Obrigkeit an.

Die forcierte Industrialisierung Württembergs seit etwa 1854/55 setzte auch hier eine wirtschaftliche Dynamik in Gang, die über den Partikularstaat hinausdrängte. Es entstand ein Wirtschaftsbürgertum, das die nationalstaatliche Absicherung seines Absatzmarktes suchte<sup>26</sup>, und sich deshalb bereit zeigte, seine parteipolitische Abstinenz aufzugeben. Es schloß sich 1866 mit den Nationalliberalen zur Deutschen Partei zusammen. Da dieser Reichsgründungspartei auch politisch streng konservative Pietisten angehörten, mußte das innenpolitische Reformprogramm, das die Deutsche Partei 1866/Anfang 1867 noch vertreten hatte, fallengelassen werden. Obwohl das nationalpolitische Programm der Deutschen Partei auch eine erhebliche Zahl von Demokraten anzog, konnte sich daher das demokratische Erbe in der nationalen Sammlungsbewegung nicht durchsetzen.

Die progressive Wirtschaftspolitik der württembergischen Regierung hatte breite Kreise des Bürgertums mit dem Obrigkeitsstaat, nicht aber mit dem Partikularstaat versöhnt. Man war vorbereitet auf eine „konservative Modernisierung durch eine Revolution von oben“<sup>27</sup> auf nationalstaatlicher Ebene. Das Bestreben, sich mit dem partiell modernisierungswilligen preußischen Obrigkeitsstaat<sup>28</sup> zu arrangieren, erklärt die Bereitschaft der württembergischen Liberalen, ihre eigenen innenpolitischen Reformervwartungen völlig zurückzustellen. Hinzu kommt aber, daß eine verhängnisvolle Eskalation der parteipolitischen Extreme die Liberalen zum Zusammenschluß mit den Konservativen gedrängt hat — eine Verbindung, die das liberal-demokratische Erbe in der Deutschen Partei vernichtete. Die Politik der unbedingten Negation, die die demokratisch-föderalistische Volkspartei seit 1866 betrieb, drängte Liberale und Demokraten, die Reform- und Nationalstaatsstreben miteinander verbinden wollten, zu einer ungewollten Allianz mit den Nationalkonservativen. Diese Allianz konnte aber nur Bestand haben, weil sie das ursprüngliche Reformprogramm der Deutschen Partei völlig ausklammerte. Die Assimilation von Nationalliberalen und Konservativen war 1870/71 bereits so weit fortgeschritten, daß sich die Liberalen in der Parteiführung nicht bereit fanden, die Gemeinschaft mit den Konservativen aufzulösen. Zwar zeigten sich in der liberal-demokratischen Mitgliedschaft der Deutschen Partei solche Bestrebungen, denen sich aber die Parteiführung verschloß. Eine Zusammenarbeit von propreußischen Liberal-Demokraten und antipreußischen Demokraten hätte sich nach der Reichsgründung angeboten, denn der nationalpolitische Gegensatz, der die parteipolitische Spaltung des liberal-demokratischen Bürgertums erzwungen hatte, war gegenstandslos geworden, und man hätte sich auf die Reformprogramme zurückbesinnen können, die 1866

26 Vgl. dazu allgemein Zunkel, Unternehmer, S. 223, S. 246 ff.

27 So charakterisiert Barrington Moore (Soziale Ursprünge, S. 501) die deutsche Entwicklung im 19. Jahrhundert; vgl. Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie, S. 53.

28 Zum Begriff der partiellen Modernisierung s. Rüschemeyer, passim.

noch nahezu identisch gewesen waren. Dazu kam es jedoch nicht. „Die liberale Arroganz, die eine Identität zwischen deutsch-national und liberal behauptete“<sup>29</sup>, verhinderte die Ausbildung einer liberal-demokratischen Reformallianz ebenso wie die Unfähigkeit der Demokraten, sich neu zu orientieren. Die Demokraten versuchten, unter der Parole „Im Reich wider das Reich“ ihre alte Politik der Negation fortzusetzen, während andererseits die Nationalliberal-Konservativen ihre Reichsgründungspartei zur Reichsverteidigungspartei umwandeln wollten. Die Liberal-Demokraten in der Deutschen Partei fanden nie mehr zu ihrem früheren Reformstreben zurück und bezahlten die versäumte Trennung der innenpolitisch heterogenen Elemente mit dem organisatorischen Verfall ihrer Partei. Die Volkspartei benötigte ein volles Jahrzehnt, um sich von ihrer Niederlage zu erholen. Damit hatte die extreme innerbürgerliche Polarisierung seit 1866, die 1871 nicht zu überwinden war, das emanzipatorische Potential des liberal-demokratischen Bürgertums vernichtet — vernichtet für eine Zeitspanne, in der sich das autoritär-obrigkeitsstaatliche Gefüge des Kaiserreichs verfestigte.

Die Dominanz der innerbürgerlichen Auseinandersetzung, in der man den Kampf für gemeinsame Ziele völlig aus den Augen verlor, gehört ebenfalls zu den Kontinuitätssträngen zwischen Revolution und Reichsgründung. Das liberal-demokratische Bürgertum hatte sich 1848/49 und 1866/71 gegenseitig gelähmt, so daß es unfähig wurde, obrigkeitsstaatlich-autoritäre Herrschaftsstrukturen abzubauen. Als die Bismarcksche „Revolution von oben“ die gescheiterte bürgerliche Revolution zumindest partiell vollendete, spaltete sich die große Mehrheit des württembergischen Bürgertums in blinde Bewunderer und ebenso blinde Gegner. Die Polarisierung im Bürgertum war so stark, daß keine Richtung versuchte, das Geschaffene zu akzeptieren und zugleich weiterzuentwickeln; man erschöpfte sich in unbedingter Bejahung oder kompromißloser Verneinung. Welch starkes emanzipatorisches Potential durch die innerbürgerliche Polarisierung vernichtet wurde, geht daraus hervor, daß die württembergischen Liberalen und Demokraten zwischen 1866 und 1870 fähig waren, große Bevölkerungsteile politisch zu mobilisieren und teilweise auch organisatorisch zu binden. Prinzipienstarre Negation und prinzipienlose Bejahung hatten beide bürgerlichen Parteien Württembergs jedoch unfähig gemacht, ihren Beitrag zu leisten, um den Nationalstaat mit demokratischen Impulsen zu erfüllen.

---

29 Bußmann, Bismarck: Seine Helfer und Gegner, S. 134.

## QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

### A. Ungedruckte Quellen

#### *Nachlässe und Teilnachlässe*

*Adam, Philipp Ludwig, HSTAS*

*Autenrieth, Hermann, UB Tübingen*

*Bamberger, Ludwig, DZAP*

*Bareiß, Louis, DZAP*

*Baumgarten, Hermann, DZAP*

*Bennigsen, Rudolf v., DZAP*

*Bluntschli, J. C., Zentralbibliothek Zürich*

*Deffner, Carl, Privatbesitz, jetzt auch Fotokopien im HSTAS*

*Dietrich, Konrad, LB Stuttgart*

*Fetzer, Karl August, BA Frankfurt*

*Freisleben, Karl, Privatbesitz*

*Häusser, Ludwig, UB Heidelberg (zit.: NL Häusser); LB Karlsruhe*

*Haußmann, Conrad, HSTAS (zit.: NL Haußmann); StAS*

*Hölder, Julius, LB Stuttgart (zit.: NL Hölder)*

*Hölder-Briefe, Schiller-Nationalmuseum Marbach; BA Koblenz*

*Holland, Wilhelm Ludwig, UB Tübingen*

*Jolly, Julius, GLA Karlsruhe*

*Klüpfel, Karl, UB Tübingen*

*Kurz, Hermann, Schiller-Nationalmuseum Marbach*

*Lang, Wilhelm, LB Stuttgart (Cod. hist. oct. 156, 157; qt. 604; fol. 815)*

*Lasker, Eduard, DZAP*

*Mayer, Carl, Schiller-Nationalmuseum Marbach*

*Mittenmaier, K. J. A., UB Heidelberg*

*Mohl, Moriz, Schiller-Nationalmuseum Marbach*

*Mohl, Robert v., UB Heidelberg*

*Moser-Mohl, Familie, LB Stuttgart*

*Notter, Friedrich, Schiller-Nationalmuseum Marbach; z. T. veröffentlicht von: Grube, Notter*

*Nover, Lorenz, BA Frankfurt*

*Payer, Friedrich, Privatbesitz*

*Planck, Karl Christian, LB Stuttgart*

*Prestinari, Bernhard August, GLA Karlsruhe*

*Reyscher, August Ludwig, LB Stuttgart (zit.: NL Reyscher); Schiller-Nationalmuseum Marbach; UB Heidelberg*

*Rümelin, Gustav, UB Tübingen*  
*Scherr, Johannes, Stadtbibliothek Winterthur*  
*Schmoller, Gustav, UB Tübingen*  
*Schott, August und Sigmund, BA Frankfurt*  
*Stälin, Paul Fr. v., HSTAS*  
*Stauffenberg, Schenk v., DZAP*  
*Steinbeis, Ferdinand v., STAL*  
*Tafel, Gottlob, BA Frankfurt*  
*Thomas-Fallmerayer, STA Nürnberg*  
*Wächter-Spittler, Karl E. Frhr. v., BA Frankfurt*  
*Wydenbrugk, W. E. O. v., BA Frankfurt*  
*Zeller, Eduard, UB Tübingen*

*Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HSTAS)*

E 9, 10, 14 Kabinettsakten  
E 33 Geheimer Rat  
E 65/68 Deutscher Bund  
E 146 Ministerium des Innern III  
E 151c Ministerium des Innern, III, Polizeiwesen  
E 150, 154 I, Ministerium des Innern IV

*Staatsarchiv Ludwigsburg (STAL)*

E 174 II Regierung des Neckarkreises  
E 175 Regierung des Jagstkreises  
E 177 Regierung des Schwarzwaldkreises  
E 179 I Regierung des Donaukreises  
F 172 Oberamt Heidenheim  
F 198 Oberamt Saugau  
F 201 Stadtdirektion Stuttgart  
F 205 Oberamt Tübingen  
F 207 Oberamt Ulm

*Stadtarchiv Stuttgart (StAS)*

Rep. A Bd. III 1, 7 Nr. 20 (Wahlen)

*Deutsches Zentralarchiv Potsdam (DZAP)*

Nationalvereinsakten

*Staatsarchiv Potsdam (STAP)*

Pr. Br. Rep. 30 Berlin C Polizeipräsidium, Tit. 94, Geheime Präsidialregistratur  
Kartei der politisch Verfolgten

*Stadtarchiv Heidenheim*

Protokollbuch des Volksvereins Heidenheim

## B. Zeitungen, Zeitschriften

(Wenn keine Jahreszahlen angegeben sind, wurden einzelne Nummern benutzt, die in den Anmerkungen genannt werden.)

*Der Beobachter*, Stuttgart, 1847 ff. (zit.: Beob.)

*Demokratische Correspondenz*. Organ der Deutschen Volkspartei, Stuttgart, 1868 f. (lückenhaft) (zit.: DC) (in: Fürstlich-Fürstenbergische Bibliothek Donaueschingen)

*Deutsches Volksblatt*, Stuttgart, 1869 f. (zit.: Volksblatt) (in: Erzabtei Beuron)

*Deutsche Zeitung*, Frankfurt/M., 1849

*Frankfurter Zeitung*, 1870—72 (zit.: FZ)

*Die Gegenwart*, 1851

*Gewerbeblatt aus Württemberg*. Hrsg. von der K. Centralstelle für Gewerbe und Handel, Stuttgart, 1849 ff. (zit.: W. Gewerbeblatt)

*Der Grenzbote*, Heidenheim (in: StA Heidenheim)

*Die Grenzboten*, Leipzig, 1866 ff.

*Jahrbücher der Gegenwart*, Tübingen

*Der Landbote*, Stuttgart, 1868 — Mai 1870

*Ludwigsburger Tageblatt*

*Mitteilungen der „Deutschen Partei“ in Ludwigsburg an ihre Freunde und Gesinnungsgenossen in Stadt und Land*, 1870

*National-Zeitung*, Berlin

*Neckar-Dampfschiff*, Heilbronn

*Neckar- und Enzbote*, Bietigheim

*Regierungsblatt für das Königreich Württemberg*, Stuttgart, 1848 ff.

*Schwäbische Chronik*. Zweite Abteilung des Schwäbischen Merkur, Stuttgart, 1847 ff. (zit.: Chronik)

*Schwäbischer Merkur*, Stuttgart, 1847 ff. (zit.: Merkur)

*Schwäbische Volkszeitung*, Stuttgart, Sept. 1865 — Dez. 1866, April 1867—1871 (zit.: SVZ), vorher: Schwäbische Zeitung

*Schwäbische Zeitung*, Stuttgart, Jan.—Aug. 1865 (zit.: SZ)

*Sonntagsblätter der Deutschen Partei in Württemberg*, 1870

*Staatsanzeiger für Württemberg*

*Stuttgarter Neues Tagblatt*

*Stuttgarter Zeitung*, 1872, vorher: Schwäbische Volkszeitung

*Der Wähler*, Stuttgart, 1871

*Wochenblatt des Deutschen Reformvereins*, Frankfurt/M. 1863 f.

*Württembergische Jahrbücher für vaterländische Geschichte, Geographie, Statistik und Topographie*, hrsg. v. dem K. statistisch-topographischen Bureau, 1823 ff.; ab 1863: *Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde* (zit.: WJbb)

*Württembergisches Seeblatt*, Friedrichshafen (zit.: Seeblatt)

*Württembergische Zeitung*, Stuttgart, 1849—1852 (zit.: WZ)

*Württembergisches Politisches Wochenblatt*, April 1852—1854 (zit.: PW), vorher: *Württembergische Zeitung*

*C. Gedruckte Quellen, Erinnerungen, zeitgenössisches Schrifttum*

- Ammermüller, Friedrich: Der französisch-preußische Handelsvertrag, Beiträge zu dessen Beurteilung, verfaßt im Auftrage des Comités der Gegner des Vertrags. I. Die Entstehungsgeschichte des Vertrags, Stuttgart 1863 (s. auch unter Deffner).
- Ders., Das Recht der Übersiedlung, W. Gewerbeblatt 1852, S. 421—440.
- Ders., Über die Stellung der gewerblichen Vereine: der Handwerker-, Handels-, Fabrikanten- und Gewerbevereine zueinander, ebd., 1849, S. 39 ff.
- (Anonym) Zunftzwang oder Gewerbefreiheit, mit besonderer Beziehung auf Württemberg, Ulm 1847.
- (Anonym) Gebote deutscher Nationalpolitik. Mahnstimmen für die deutschen Regierungen und das deutsche Volk, Ulm 1859.
- Bamberger, Ludwig, Erinnerungen, hrsg. v. Paul Nathan, Berlin 1899.
- Baumgarten, Hermann, Der deutsche Liberalismus, Eine Selbstkritik, Berlin 1866.
- Ders., Historische und politische Aufsätze, mit einer biographischen Einleitung von E. Marcks, Straßburg 1894.
- Bebel, August, Aus meinem Leben, 3 Bde., Stuttgart 1911, 1914.
- Ders., Unsere Ziele. Eine Streitschrift gegen die „Demokratische Correspondenz“ (1870), in: ders., Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 1, (Ost)Berlin 1970, S. 59—110.
- Beger, Theodor, Industrie-Geographie von Württemberg und Baden für Real-, Gewerbe-, Fortbildungs- und Handelsschulen, Göppingen 1861.
- Kleine Beiträge zum Streit über den deutsch-französischen Handelsvertrag. Hrsg. im Auftrage des Comités der Stuttgarter Versammlung v. 3. Januar 1863, Stuttgart 1863: I. Heft: Der handelspolitische Fortschritt im Handelsvertrag und die Schutzzollagitation; II. Heft: Der Vertrag und die Interessen Württembergs; III. Heft: Zur Geschichte und Krisis des Zollvereins.
- Bericht der K. Centralstelle für die Landwirtschaft an das K. Ministerium v. 2. Mai 1862 über den preußisch-französischen Zoll- und Handelsvertrag, Stuttgart 1862.
- Bericht der Centralstelle für Gewerbe und Handel an das K. Ministerium des Innern v. 23. Mai 1862, betreffend den Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und Frankreich, Stuttgart 1862.
- Bericht der nationalliberalen Partei über die abgelaufenen Legislaturperioden des Reichstags, des Zollparlaments und des preußischen Abgeordnetenhauses, erstattet im Auftrage des Vorstands, Berlin 1870.
- Bevölkerungsploetz, Raum und Bevölkerung in der Weltgeschichte, Bd. 2/III, bearb. v. W. Köllmann, Würzburg 1956.
- Bismarck, Otto Fürst v., Die gesammelten Werke, Bd. 6a, bearb. v. Fr. Thimme, Berlin 1930 (zit.: GW)
- Bitzer, Friedrich, Das Verehelichungsgesetz in Württemberg, Jbb. d. Gegenwart, März 1848.
- Ders., Das Recht auf Armenunterstützung und Freizügigkeit. Ein Beitrag zu der Frage des allgemeinen deutschen Heimatrechts, Stuttgart-Ohringen 1863.

- Bluntschli, J. C., Denkwürdigkeiten aus meinem Leben, hrsg. v. R. Seylerlen, Bd. 2, 3, Nördlingen 1884.
- Böhme, Helmut (Hrsg.), Vor 1866. Aktenstücke zur Wirtschaftspolitik der deutschen Mittelstaaten, Frankfurt 1966 (Hamburger Studien z. neueren Geschichte, 7).
- Camerer, Die Gantungen in Württemberg in den 10 Jahren 1864—1873, WJbb. 1873/2, S. 116—126.
- Cull, Die 15 Ernten Württembergs von 1852 bis 1866, WJbb. 1866, S. 112—235.
- Deffner, Carl, II. Die nationale Seite des Vertrags, Stuttgart 1863 (s. auch Ammermüller, Handelsvertrag).
- Denk, Egmont, Denkschrift über die Tagespresse des evangelischen Württembergs. Nebst einem Anhang über die Preßfreiheit, Stuttgart 1866.
- Deutscher Zeitungskatalog für das Jahr 1848, 1850, 1853, 1856, 1858, 1861, 1865, Leipzig 1848 ff.
- Diezel, Gustav, Deutschland und die abendländische Zivilisation, Stuttgart 1852.
- Ders., Frankreich, seine Elemente und ihre Entwicklung, Stuttgart 1853
- Ders., Die Frage der deutschen Zukunft, Stuttgart 1854.
- Ders., Die Bildung einer nationalen Partei in Deutschland, Gotha 1855.
- Ders., Ein Wort über die Auflösung der württembergischen Abgeordnetenkammer und die Beteiligung an den Wahlen, Gmünd 1855.
- Ders., Die katholische Kirche als geistliche Macht und die politische Unfähigkeit der protestantischen Richtungen in Deutschland, Göppingen 1856.
- Ders., Politische Resultate der letzten 10 Jahre für Deutschland, Gotha 1857.
- Dinkel, Chr., Über Überbevölkerung in Württemberg, Jbb. d. Gegenwart, April 1848.
- Dorn, Alexander, Pflege und Förderung des gewerblichen Fortschritts durch die Regierung in Württemberg. Bericht an das Kaiserlich Oesterreichische Ministerium für Handel und Volkswirtschaft, Wien 1868.
- Dürr, Friederich, Heilbronner Chronik, Heilbronn 1895.
- Eckardt, Ludwig, Nationalität oder Freiheit? Centralisation oder Föderation? Eine Frage an die Völker Europas in den Tagen einer neuen napoleonischen Zeit und neuer drohender Weltkämpfe (Eine Stimme aus der Schweiz), Wenigenjena 1859.
- Eckhard, Carl, Erinnerungen aus meinem Leben, Mannheim 1908.
- Egelhaaf, Gottlob, Lebens-Erinnerungen. Bearb. v. Adolf Rapp, Stuttgart 1960 (Veröff. d. Komm. f. geschichtl. Landeskunde in Bad.-Württ. A, 5).
- Ders. (Hrsg.), Briefe Friedrich Theodor Vischers aus der Paulskirche [an Wilhelm Kapff], Deutsche Rundschau 1907, S. 203—226.
- Ders. (Hrsg.), Briefe Friedrich Theodor Vischers aus der Paulskirche [an Schnitzer], Deutsche Revue 1909/4, S. 212—225, 360—368; 1910/1, S. 115—120, 368—371; 1910/2, S. 106—112.
- Elben, Otto, Der volkstümliche deutsche Männergesang. Geschichte und Stellung im Leben der Nation; der deutsche Sängerbund und seine Glieder, Tübingen 1855, \*1887.

- Ders., Das Schillerfest in Schillers Heimat. Stuttgart, Ludwigsburg und Marbach, 9., 10. und 11. November 1859, Stuttgart 1859.
- Ders., Lebenserinnerungen 1823—1899, Stuttgart 1931 (Darstellungen aus d. württ. Geschichte, 22).
- Faber, Karl Georg, Die nationalpolitische Publizistik Deutschlands von 1866—1871, 2 Bde., Düsseldorf 1963.
- Fallati, Johannes, Über die sogenannte materielle Tendenz der Gegenwart, Tübingen 1842.
- Ders., Rezension von: Lorenz von Stein, Der Socialismus und Communismus des heutigen Frankreichs, Leipzig 1842, Jbb. d. Gegenwart, 1843, Nr. 1—12.
- Ders., Das Vereinswesen als Mittel zur Sittigung der Fabrikarbeiter, Zs. f. d. ges. Staatswiss. 1844, S. 737—791.
- Ders., Englische Arbeiter-Vereine für Unterricht und Vergnügen, ebd. 1845, S. 75—128.
- Ders., Zur Verständigung über Begriff und Wesen des Socialismus und des Communismus, ebd. 1847, S. 290—319.
- Fetzer, C[arl] A[ugust], Über die Stellung und Aufgabe der National-Demokratie in Württemberg, Stuttgart 1868.
- Fischer, Ferdinand, Republik und Sozialismus oder Blick auf Preußens Zustände, Hamburg 1848.
- Frauer, Ludwig, Die Reform des Zollvereins und die deutsche Zukunft, Braunschweig 1862.
- Fröbel, Julius, Monarchie oder Republik. Ein Urteil, Mannheim 1848.
- Ders., Das Königtum und die Volkssouveränität oder: Gibt es eine demokratische Monarchie?, Berlin 1848.
- Ders., Die Bestandteile der deutschen Parteien und die politische Literatur des letzten Jahres, Rudolstadt 1860.
- Ders., Ein Lebenslauf. Aufzeichnungen, Erinnerungen und Bekenntnisse, 2 Bde., Stuttgart 1890 f.
- Geschichte der Frankfurter Zeitung 1856—1906, Frankfurt/M. 1906.
- Gessner, Hugo, Der Central-März-Verein. Ein Fragment zur Beleuchtung der deutschen Bewegung, München 1850.
- Grube, Walter (Hrsg.), Aus der Geschichte der Einheitsbewegung in Württemberg, Württ.-Vierteljahreshefte f. Landesgeschichte 42, 1936, S. 323 bis 356.
- Ders. (Hrsg.), Friedrich Notter und die Revolution von 1848, ZWLG 25, 1966, S. 214—273.
- Gutachten der Stuttgarter Handels- und Gewerbekammer an die K. Württembergische Centralstelle für Gewerbe und Handel über den Handelsvertrag zwischen Frankreich und dem Zollverein. I. Gutachten der Minorität; II. Gutachten der Majorität, Stuttgart 1862.
- Hartmann, Julius, Chronik der Stadt Stuttgart, Stuttgart 1896.
- Ders. (Hrsg.), Uhlands Briefwechsel, 4 Bde., Stuttgart-Berlin 1911—1916 (Veröff. d. Schwäb. Schillervereins, 4—7).
- Haußmann, Conrad, Aus C. Haußmanns politischer Arbeit, hrsg. v. seinen Freunden, Frankfurt/M. 1923.

- Heyderhoff, Julius (Hrsg.), *Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks. Eine politische Briefsammlung, Bd. I: Die Sturmjahre der preußisch-deutschen Einigung 1859—1870. Politische Briefe aus dem Nachlaß liberaler Parteiführer*, Bonn 1925 (Neudruck 1967).
- Hochstetter, *Die Einkommensteuer in Württemberg in Vergleichung mit ähnlichen Steuern in anderen Staaten*, WJbb. 1866, S. 236—289.
- Hölder, Julius, *Das Leben Adolf Schoders. Zur Erinnerung für seine Freunde dargestellt von der Hand eines Freundes*, Stuttgart 1852.
- Ders., *Beiträge zur Entstehungsgeschichte der Deutschen Partei*, Württ. Volkszeitung, Nr. 227—232 v. 29. September bis 5. Oktober 1899.
- Holthoff, Karl, *Zur Geschichte der deutschen Volkspartei*, Die Waage 1877, S. 504—509, 519—523.
- Huber, Ernst Rudolf, *Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte*, Bde. 1—2, Stuttgart, 1961, 1964.
- Jacoby, Johann, *Gesammelte Schriften und Reden*, 2 Bde., Hamburg 1877.
- Jahresbericht der Gewerbe- und Handelskammer Heilbronn für das Jahr 1856.*
- Jahresbericht . . . Reutlingen 1856.*
- Jahresbericht . . . Stuttgart 1855—57.*
- Jahresbericht . . . Ulm 1856.*
- Jahresberichte der Gewerbe- und Handelskammer in Württemberg 1859—1873.*
- Jung, Wilhelm, *Der Gewerbsmann und die gewerblichen Verhältnisse in Württemberg, zugleich eine Würdigung der gewerbswissenschaftlichen Reise in Frankreich von Herrn Moriz Mohl*, Ulm 1845.
- Keyser, Erich (Hrsg.), *Württembergisches Städtebuch*, Stuttgart 1962 (Deutsches Städtebuch IV, 2).
- Kiellmeyer, L., *Die Verfassungsrevision und das Gesetz vom 1. Juli 1849. Eine Denkschrift. Ausgearbeitet im Auftrag des geschäftsführenden Comités der „Deutschen Partei“*, Stuttgart 1867.
- Klüpfel, Karl (Hrsg.), *Aus Johannes Fallatis Tagebüchern und Briefen. Ein Beitrag zur Geschichte des Jahres 1848*, WJbb 1885, S. 1—36.
- Das Königreich Württemberg*, hrsg. v. K. Statistisch-Topographischen Bureau, Stuttgart 1863.
- Dass.*, 3 Bde., Stuttgart 1882 ff.
- Dass.*, Bd. 1, Stuttgart 1904.
- Kull, *Beiträge zur Statistik der Bevölkerung des Königreichs Württemberg*, WJbb 1874/1, S. 1—232.
- Kurz, Hermann, *Die Fragen der Gegenwart und das freie Wort. Abstimmung eines Poeten in politischen Angelegenheiten*, Ulm 1845.
- Die Landesversammlung der Deutschen Partei am 18. April 1870 in der Liederhalle zu Stuttgart*, [Stuttgart 1870].
- Lang, Wilhelm, *Von und aus Schwaben. Geschichte, Biographie, Literatur*, 1—7, Stuttgart 1885 ff.
- Ders., Julius Hölder, *Vier Jahrzehnte württembergischer Politik*, Preuß. Jbb. 1888, S. 213—243.

- Ders., Die Deutsche Partei in Württemberg. Festschrift zur Feier des 25jährigen Bestehens der Partei, 1866—1891, Stuttgart 1891.
- Lasker, Eduard, Aus E. L. Nachlaß. Sein Briefwechsel aus den Jahren 1870/71, Deutsche Revue 1892/2—4.
- Die Linke in Frankfurt und der Märzverein. Veröffentlichung des vaterländischen Vereins zu Stuttgart, Stuttgart 1848.
- Mählren, Johann, Übersicht des Erwerbslebens in Württemberg während der Jahre 1856—1862, WJbb. 1863, S. 24—55.
- Ders., Über den Gewerbebetrieb des Jahres 1864, ebd. 1864, S. 29—42.
- Maier, Heinrich (Hrsg.), Briefe von David Friedrich Strauss an L. Georgii, Tübingen 1912.
- Majer, Adolph, Württembergs Verhalten zur südwestdeutschen Revolution. Eine Kritik, St. Gallen 1849.
- Marx-Engels, Briefwechsel, Bd. 3, 4, (Ost)Berlin 1950.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich, Werke, Bd. 5, 8, 14, (Ost)Berlin 1959, 1960, 1964 (zit.: MEW).
- Mayer, Carl, Eine Festfahrt zu Heinrich Simons Denkmal, Deutsche Jbb. f. Politik u. Literatur 6, 1863, S. 296—321.
- Mayer, Karl (d. Ältere), Uhland, seine Freunde und Zeitgenossen, 2 Bde., Stuttgart 1867.
- Meck, K. K., Die Industrie- und Oberamtsstadt Heidenheim a. Br. nebst dem Schloß Hellenstein, in der Vergangenheit und Gegenwart, II. Teil: Chronik des Zeitraums 1800—1910, Heidenheim 1910.
- Mittnacht, Freiherr Hermann v., Rückblicke, Stuttgart-Berlin 1909.
- Memminger, J. D., Beschreibung von Württemberg, Stuttgart-Tübingen 1841.
- Mirus, Adolph, Über Gewerbeförderung und Gewerbstätigkeit im Königreich Württemberg, Leipzig 1861.
- Mögling, Theodor, Briefe an seine Freunde, Solothurn 1858.
- Mohl, Moriz, Über die württembergische Gewerbsindustrie, 1. Abt., Stuttgart-Tübingen 1828.
- Ders., Aus den gewerbswissenschaftlichen Ergebnissen einer Reise nach Frankreich, Stuttgart-Tübingen 1845.
- Ders., Über Bankmanöver, Bankfrage und Krisis, Stuttgart 1858.
- Ders., Bericht der volkswirtschaftlichen Commission der württembergischen Kammer der Abgeordneten über den preußisch-französischen Handelsvertrag und über die im Zusammenhang damit abgeschlossenen weiteren Verträge, Stuttgart 1863.
- Ders., Mahnruf zur Bewahrung Süddeutschlands vor den äußersten Gefahren, Stuttgart 1867.
- Ders., Für die Erhaltung der süddeutschen Staaten, Stuttgart 1870.
- Mohl, Robert v., Das Staatsrecht des Königreichs Württemberg, 2 Bde., Tübingen 1846.
- Ders., Lebenserinnerungen 1799—1875, 2 Bde., Stuttgart 1902.
- Näf, Werner (Hrsg.), Nach der deutschen Revolution von 1848/49. Briefe von Ludwig Pfau und Carl Vogt aus dem Exil, Zs. f. schweizerische Geschichte 12, 1932, S. 166—209.

- (Nationaler Verein). Kurze geschichtliche Darstellung der Gründung des Nationalen Vereins auf dem am 3., 4. und 5. November 1848 zu Cassel stattgehabten Congresse von Abgeordneten politischer Vereine Deutschlands, o. O., o. D.
- Oncken, Hermann (Hrsg.), Aus den Briefen Rudolf von Bennigsens, Deutsche Revue, 1904/I f., 1905/I—IV; 1906/I, III; 1907/I—IV.
- Pauli, Reinhard, Lebenserinnerungen, nach Briefen und Tagebüchern zusammengestellt von Elisabeth Pauli, Halle a. S. 1895.
- Payer, Friedrich, Vor 50 Jahren. Aus der Entwicklungsgeschichte der Württembergischen Volkspartei, Stuttgart 1914.
- Ders., Die Deutsche Volkspartei und die Bismarcksche Politik, Patria, Jb. d. Hilfe, 1908, S. 1—20.
- Ders., Anno 1848, Frankfurt 1923 (Die Paulskirche).
- Ders., Mein Lebenslauf, Stuttgart 1932.
- Pfau, Ludwig, Ein Beitrag zur Lösung der deutschen Frage. Der württembergischen Landes-Versammlung v. 8. Mai 1864 gewidmet von der Redaktion des „Beobachters“, Stuttgart 1864.
- Ders., Freie Studien, Stuttgart 1874<sup>2</sup>.
- Ders., Politisches und Polemisches, Stuttgart [1895].
- Pfeifer, Carl, Entwurf einer revidierten Verfassung für das Königreich Württemberg. Ein Neujahrsgruß an seine württembergischen Mitbürger, Stuttgart [1867].
- Pfeiffer, Eduard, Das Steuerwesen in Württemberg und die von der Regierung beabsichtigte Steuererhöhung, Stuttgart 1867.
- Ders., Württemberg und sein Verhältnis zum Zollparlament und zum Nordbund, Ulm 1868.
- Pfister, Albert, Deutsche Zwietracht. Erinnerungen aus meiner Leutnantszeit 1859/69, Stuttgart-Berlin 1902.
- Pfizer, Gustav, Die österreichische Note und die habsburgische Politik. Was haben wir von einem habsburgischen Kaisertum zu erwarten?, Frankfurt/M. 1848.
- Ders., Heinrich von Gagern. Ein Wort gegen seine Ankläger und Verleumder, Stuttgart 1849.
- Ders., Die deutsche Einheit und der Preußenhaß. Ein politisches Bekenntnis allen Urteilsfähigen von einem Vorurteilsfreien vorgelegt, Stuttgart 1849.
- Ders., Politische Aufsätze und Briefe, hrsg. v. Georg Küntzel, Frankfurt/Main 1924 (Histor.-politische Bücherei, 3).
- Pfizer, Paul Achatius, Die Glorie Heckers, Stuttgart 1848.
- Ders., Zur deutschen Verfassungsgeschichte, Stuttgart 1862.
- Ders., Briefwechsel zweier Deutscher, hrsg. v. Georg Küntzel (nach der 2. Auflage 1832), Berlin 1911 (Deut. Literaturdenkmale des 18. u. 19. Jh., 144).
- Planck, G., Der Nationalverein, seine Entstehung und bisherige Wirksamkeit. Hrsg. im Auftrage des Vereins-Vorstand vom Geschäftsführer, Coburg 1861.

- Planck, Karl Christian, Deutsche Geschichte und deutscher Beruf. Aufsätze und Reden, hrsg. v. R. Planck, Tübingen 1905.
- Ders., Deutsche Zukunft, Ausgewählte politische Schriften, hrsg. von Mathilde Planck, München 1922.
- Poschinger, Heinrich (Hrsg.), Fürst Bismarck und die Parlamentarier, Bd. II f., Breslau 1894/96.
- Ders., Aus der politischen Korrespondenz des Königs Wilhelm I. von Württemberg, Deutsche Revue 1905/I.
- Prittwitz, M. v., Die Schanzer in Ulm. Ein Beitrag zur praktischen Volkswirtschaft nebst einer Abhandlung über die Not der arbeitenden Klasse und deren Abhilfe, Ulm 1850.
- Rapp, Adolf (Hrsg.), Briefwechsel zwischen D. Strauß und Fr. Th. Vischer, Bd. 1, Stuttgart 1952 (Veröff. d. Deutschen Schillergesellschaft, 18).
- Rechenschaftsbericht an die Gesellschaft für Beförderung der Gewerbe in Württemberg, Nr. 1—18, Stuttgart 1831—1848.
- Reinöhl, Walter (Hrsg.), Revolution und Nationalversammlung 1848. Schwäbische Urkunden, Stuttgart 1919.
- Reyscher, August Ludwig, Die Aufgabe der deutschen Nationalversammlung nebst einem offenen Sendschreiben an Herrn Staatsrat Römer, Tübingen 1848.
- Ders., Die Entwürfe einer deutschen Verfassung und die Beschlüsse der vorbereitenden Versammlung zu Frankfurt a. M. v. 31. März bis 3. April 1848, Zs. f. deutsches Recht u. deutsche Rechtswiss. 1848, S. 168—184.
- Ders., Die deutsche Nationalversammlung in Stuttgart und die sog. Regentschaft, ebd. 1849, S. 448—474.
- Ders., Drei verfassungberatende Landesversammlungen und mein Austritt aus dem Staatsdienste. Ein Beitrag zum Verfassungsrecht und zur politischen Praxis, Tübingen 1851.
- Ders., Das österreichische und das württembergische Konkordat, Tübingen 1858.
- Ders., Familienbuch zur Erinnerung für die Familie Reyscher, Cannstatt 1869.
- Ders., Die wahren Ursachen des deutschen Krieges. Was werden wir tun?, Stuttgart \*1866.
- Ders., Die staatsrechtlichen Folgen des deutschen Krieges. Wo stehen wir nun?, Stuttgart 1866.
- Ders., Das Zollparlament und die deutsche Einheit, Cannstatt 1867.
- Ders., Erinnerungen aus alter und neuer Zeit (1802—1880), Freiburg i. Br.—Tübingen 1884.
- Richter, Gregor/Schmierer, Wolfgang, Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im HSTAS und STAL, IWK 4, 1967, S. 15—25.
- Riecke, Karl Viktor v., Statistische Mitteilungen über die württembergischen Finanzen (1851—1860), WJbb. 1861/2, S. 1—298.
- Ders., Die Ergebnisse der Finanzverwaltung in den 50 Jahren vom 1. Juli 1820 bis 30. Juni 1870, ebd. 1872/2, S. 69—78.
- Ders., Statistik der Preise und Löhne in Württemberg, ebd. 1873/2, S. 127—156.
- Riehl, W. H., Die bürgerliche Gesellschaft, Stuttgart \*1885.

- Rochau, August Ludwig v., Grundsätze der Realpolitik angewendet auf die staatlichen Zustände Deutschlands, Stuttgart 1859 (1. Auflage 1853) Neudruck einschließl. des zweiten Teils von 1869: Wehler, H.-U. (Hrsg.), Frankfurt/M.-Berlin-Wien (1972).
- Rödinger, Fr[iedrich], Die Gesetze der Bewegung im Staatsleben und der Kreislauf der Ideen, Stuttgart 1864.
- Römer, Robert, Die Verfassung des Norddeutschen Bundes und die süddeutsche, insbesondere die württembergische Freiheit, Tübingen 1867.
- Rosenberg, Hans (Hrsg.), Die nationalpolitische Publizistik Deutschlands vom Eintritt der Neuen Ära bis zum Ausbruch des deutschen Krieges, 2 Bde., München-Berlin 1935.
- Rümelin, Gustav, Reden und Aufsätze. Neue Folge 1—3, Freiburg i. Br.-Tübingen 1875, 1881, Freiburg-Leipzig 1894.
- Ders., Aus der Paulskirche. Berichte an den Schwäbischen Merkur aus den Jahren 1848/49, hrsg. v. H. R. Schäfer, Stuttgart 1892.
- Rustige, M. (Hrsg.), Zwei ungedruckte Briefe aus bewegter Zeit [Carl Mayer an Ludwig Uhland und umgekehrt v. 24. Mai und 26. Mai 1849], Der Schwabenspiegel, Wochenschrift der „Württembergischer Zeitung“, Stuttgart, Nr. 28 v. 14. Juli 1931 (Historisches Institut der Universität Bern).
- Salomon, Felix (Hrsg.), Die deutschen Parteiprogramme, 2 Bde., Berlin 1932.
- Sautter, v., Gesichtspunkte für eine Reform der Gewerbeverhältnisse Württembergs, Stuttgart 1853.
- Scherr, Johann, Württemberg im Jahre 1844, Winterthur 1845.
- Ders., Das Problem der socialen Reform, Jbb. d. Gegenwart 1846, S. 1056—1065.
- Schirges, G. (Hrsg.), Verhandlungen des 1. deutschen Handwerker- und Gewerbe-Congresses gehalten zu Frankfurt a. M. v. 14. Juli bis 18. August 1848, Darmstadt 1848.
- Schmoller, Gustav, Die Ergebnisse der zu Zollvereinszwecken im Jahre 1861 in Württemberg stattgehabten Gewerbeaufnahme, WJbb. 1862/2, S. 1—296.
- Ders., Zur Geschichte der deutschen Kleingewerbe im 19. Jahrhundert. Statistische und nationalökonomische Untersuchungen, Halle 1870.
- Schott, Sigmund, Wo hinaus? Stuttgart 1859.
- Schübler, [Eduard], Die Not der Handwerker und Arbeiter, Stuttgart 1851.
- Schultze, J. (Hrsg.), Duncker, M. Politischer Briefwechsel aus seinem Nachlaß, Stuttgart 1923 (Deutsche Geschichtsquellen d. 19. Jh., 12).
- Schultze, Walther/Thimme, Friedrich (Hrsg.), Rudolf v. Bennigsens Reden I: 1857—1878, Halle 1911.
- Schweickhardt, (Eduard), Die Eisenbahnfragen, Jbb. d. Gegenwart 1846, S. 595—627.
- Seeger, Adolf, Die Aufgaben der neu zu wählenden Kammer der Abgeordneten in Württemberg, Stuttgart 1862, 1862.
- (Session). Die erste Session des Deutschen Zollparlaments. Aus dem Tagebuch eines süddeutschen Abgeordneten, München 1868.
- Seubert, Adolph, Das Königreich Württemberg. Eine statistische Skizze, Leipzig 1855.

- Sick, Paul, Beiträge zur Statistik der Landwirtschaft des Königreich Württembergs, Stuttgart 1853.
- Stälin, Eugen, Rückblick und Erinnerungen, Calw 1914 (Neudruck, Stuttgart 1941).
- Strauß, David Friedrich; Christian Märklin. Ein Lebens- und Charakterbild aus der Gegenwart, Mannheim 1851.
- Suckow, Albert v., Aus meinem Leben, o. O., o. D.
- Süskind E[duard], Der Volksstaat der neuen Zeit und was die Geschichte hierüber lehrt. Zur Verständigung seinen Mitbürgern gewidmet, Ulm 1849.
- Thudichum, Friedrich, Klar und Wahr. Zuruf an die Wähler Württembergs, Tübingen 1870.
- Varnbüler, Carl Freiherr v., Über das Bedürfnis einer neuen Gewerbegebung in Württemberg, nebst einigen Bemerkungen über Güterzerstückelung und Verehelichungsbeschränkung, Stuttgart-Tübingen 1847.
- Verhandlungen des Congresses deutscher Abgeordneter in Weimar am 28. und 29. September 1862, Weimar 1862.
- Verhandlungen des zweiten Congresses deutscher Abgeordneter in Frankfurt am Main am 21. und 22. August 1863, Frankfurt 1863.
- Verhandlungen der Generalversammlung des deutschen Nationalvereins: erste Coburg 1860; zweite Heidelberg 1861; dritte Coburg 1862; vierte Dresden 1863.
- Verhandlungen der württembergischen Kammer der Abgeordneten, 1851 ff.
- Verhandlungen der Landesversammlung von Angehörigen der deutschen Fortschrittspartei in Württemberg zu Eßlingen am 14. Dezember 1862, Stuttgart 1863.
- Verhandlungen der Mitglieder der Landesvertretungen in Frankfurt am Main, Montag, den 21. Dezember 1863, Frankfurt a. Main 1863.
- Vischer, L., Die industrielle Entwicklung im Königreich Württemberg und das Wirken seiner Centralstelle für Gewerbe und Handel in ihren ersten 25 Jahren, Stuttgart 1875.
- Weber, Rolf (Hrsg.), Revolutionsbriefe 1848/49, Frankfurt/M. 1973.
- Wentzke, Paul/Klötzer, Wolfgang (Bearb.), Deutscher Liberalismus im Vormärz. Heinrich von Gagern. Briefe und Reden 1815—1848, Göttingen-Berlin-Frankfurt 1959.
- Widenmann, Gustav, Ein Wort über die Hoffnungen auf eine neue politische Bewegung, Stuttgart 1852.
- Ders., Zur Bundesreform. Ein Separatvotum aus dem Nationalverein, Nördlingen 1861.
- Wiest, C., Dringende Volksbegehren, Ulm 1848.
- Wittig, Ludwig, Preußische Charakterköpfe in Schwaben, Mannheim 1867.
- Württemberg im Jahre 1845. Eine Stimme für Feind und Freund, Belle-Vue bei Constanz 1845.
- Württemberg in den Jahren 1848 und 1849. Nach authentischen Aktenstücken, öffentlichen Blättern und eigener Anschauung, Stuttgart 1851.
- Kgl. Württembergisches Hof- und Staatshandbuch, hrsg. v. d. K. statistisch-topographischen Bureau, Stuttgart 1850, 1854, 1858, 1862, 1866, 1869.

(Zentralstelle). Die Industrie des Königreichs Württemberg. Sammlung gewerblicher Adressen des Landes, hrsg. v. d. Königl. württ. Zentralstelle für Gewerbe und Handel, Prag 1873.

Zimmermann, Wilhelm. Die deutsche Revolution, Karlsruhe 1848.

#### *D. Darstellungen*

Abel, Wilhelm, Agrarkrisen und Agrarkonjunktur. Eine Geschichte der Land- und Ernährungswirtschaft Mitteleuropas seit dem hohen Mittelalter, Hamburg 1966.

Ders., Massenarmut und Hungerkrisen im vorindustriellen Deutschland, Göttingen 1972.

Adam, Albert Eugen, Ein Jahrhundert württembergischer Verfassung, Stuttgart 1919.

Adler, Georg, Die Geschichte der ersten sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland mit besonderer Rücksicht auf die einwirkenden Theorien. Ein Beitrag zur Entwicklungsgeschichte der sozialen Frage, Breslau 1885.

Amann, Peter, Revolution: A Redefinition, in: Political Science Quarterly 77, 1962, S. 36—52.

Angermann, Erich, Robert von Mohl, 1799—1875. Leben und Werk eines altliberalen Staatsgelehrten, Neuwied 1962.

Arendt, Hannah, Über die Revolution, München 1965.

Bach, Kurt, Johannes Fallati als Politiker. Ein Beitrag zur Geschichte der liberalen Bewegung und der Revolution 1848/49, Tübingen 1922.

Bachem, Karl, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei, Bd. 4, Köln 1928 (Neudruck 1967).

Bachteler, Kurt, Die öffentliche Meinung in der italienischen Krisis und die Anfänge des Nationalvereins in Württemberg 1859, phil. Diss. Tübingen 1934 (Teildruck).

Baden-Württemberg. Staat, Wirtschaft, Kultur, hrsg. v. Theodor Pfizer, Stuttgart 1963.

Baechler, Jean, Les phénomènes révolutionnaires, Paris 1970.

Balsler, Frolinde, Sozial-Demokratie 1848/49—1863. Die erste deutsche Arbeiterorganisation „Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung“ nach der Revolution, 2 Bde., Stuttgart 1962 (Industrielle Welt, 2).

Bartel, Horst/Engelberg, Ernst (Hrsg.), Die großpreußisch-militaristische Reichsgründung 1871. Voraussetzungen und Folgen, 2 Bde., (Ost)Berlin 1971 (Deutsche Akad. d. Wiss. z. Berlin. Schriften d. Zentralinstituts f. Geschichte I, 36 A).

Bauer, Clemens, Politischer Katholizismus in Württemberg bis zum Jahre 1848, Freiburg 1924 (Schriften z. deutschen Politik, 23/24).

Baumgart, Winfried, Der Friede von Paris 1856. Studien zum Verhältnis von Kriegführung, Politik und Friedensbewahrung, München-Wien 1972.

Becker, Josef, Zum Problem der Bismarckschen Politik in der spanischen Thronfolge 1870, HZ 212, 1971, S. 529—607.

Ders., Der Krieg mit Frankreich als Problem der kleindeutschen Einigungspolitik Bismarcks 1866—1870, in: Stürmer (Hrsg.), S. 75—88.

- Becker, Otto, Bismarcks Ringen um Deutschlands Gestaltung, hrsg. und ergänzt von Scharff, Alexander, Heidelberg 1958.
- Bergmann, Dieter, Die Berliner Arbeiterschaft in Vormärz und Revolution 1830—1850, in: Büsch, Otto (Hrsg.), Untersuchungen zur Geschichte der frühen Industrialisierung vornehmlich im Wirtschaftsraum Berlin/Brandenburg, Berlin 1971, S. 456—511.
- Bertsch, Herbert, Die FDP und der deutsche Liberalismus (1789—1963), (Ost)Berlin 1965.
- Beutin, Ludwig, Geschichte der südwestfälischen Industrie- und Handelskammer zu Hagen und ihrer Wirtschaftslandschaft, Hagen 1956.
- Ders., Das Bürgertum als Gesellschaftsstand im 19. Jahrhundert (Ein Entwurf), in: ders., Gesammelte Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, hrsg. v. Hermann Kellenbenz, Köln-Graz 1963, S. 284—319.
- Ders., Die „Massengesellschaft“ im 19. Jahrhundert. Eine terminologische Bestimmung, ebd. S. 320—348.
- Beyme, Klaus von (Hrsg.), Empirische Revolutionsforschung, Opladen 1973.
- Bienen, Henry, Violence and Social Change. A review of current literature, Chicago 1968.
- Binder, Christian/Ebner, Julius, Württembergische Münz- und Medaillenkunde, H. VI, Stuttgart 1910.
- Bittel, Karl, Eduard Pfeiffer und die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung, Leipzig 1915 (Schriften d. Vereins f. Sozialpolitik, 151 I).
- Bleiber, Helmut/Schmidt, Walter, Forschungen zur Geschichte der Revolution von 1848/49, in: Historische Forschungen in der DDR 1960—1970. Zum XII. Internationalen Historikerkongreß in Moskau 1970, ZfG Sonderband 1970, S. 408—427.
- Blos, Wilhelm, Die deutsche Revolution 1848 bis 1849, Berlin 1923.
- Blum, Hans, Julius von Hölder, in: ders., Vorkämpfer der deutschen Einheit, Lebens- und Charakterbilder, Berlin 1899, S. 217—239.
- Böckenförde, Wolfgang, Der deutsche Typ der konstitutionellen Monarchie im 19. Jahrhundert, in: Conze, Werner (Hrsg.), Beiträge zur deutschen und belgischen Verfassungsgeschichte im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1967, S. 70—92; geringfügig modifiziert auch in:
- Ders. (Hrsg.), Moderne deutsche Verfassungsgeschichte (1815—1918), Köln 1972 (NWB 51).
- Böhme, Helmut, Deutschlands Weg zur Großmacht. Studien zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat während der Reichsgründungszeit 1848—1881, Köln 1972.
- Ders. (Hrsg.), Probleme der Reichsgründungszeit 1848—1879, Köln-Berlin 1968 (NWB 26).
- Ders., Prolegomena zu einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1968.
- Ders., Politik und Ökonomie in der Reichsgründungs- und späten Bismarckzeit, in: Stürmer (Hrsg.), S. 26—50.
- Boldt, Hans, Rechtsstaat und Ausnahmezustand. Eine Studie über den Belagerungszustand als Ausnahmezustand des bürgerlichen Rechtsstaats im 19. Jahrhundert, Berlin 1967 (Schriften z. Verfassungsgeschichte, 6).

- Ders., Deutscher Konstitutionalismus und Bismarckreich, in: Stürmer (Hrsg.), S. 119—142.
- Boldt, Werner, Die württembergischen Volksvereine 1848—1852, Stuttgart 1970 (Veröff. d. Kommission f. geschichtl. Landeskunde in Bad.-Württ., B 59).
- Ders., Die Anfänge des deutschen Parteienwesens. Fraktionen, politische Vereine und Parteien in der Revolution 1848. Darstellung und Dokumentation, Paderborn 1971.
- Ders., Konstitutionelle Monarchie oder parlamentarische Demokratie. Die Auseinandersetzungen um die deutsche Nationalversammlung von 1848, in: HZ 216, 1973, S. 553—622.
- Borchardt, Knut, Zur Frage des Kapitalmangels in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Deutschland, Jbb. f. Nationalökonomie u. Statistik 173, 1961, S. 401—421.
- Ders., Regionale Wachstumsdifferenzen in Deutschland im 19. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung des West-Ost-Gefälles, in: Friedrich Lütge (Hrsg.).
- Born, Karl-Erich, Sozialpolitische Probleme und Bestrebungen in Deutschland 1848—1871/87, VSWG 46, S. 29—44.
- Borst, Otto, Der Reichsstädter Hermann Kurz, Reutlinger Geschichtsblätter 1958/59 NF 1, S. 62—69.
- Ders., Staat und Unternehmer in der Frühzeit der württembergischen Industrie, Tradition 11, 1966, S. 105—126, 153—174.
- Brandenburg, Erich, 50 Jahre Nationalliberale Partei 1867—1917, Berlin 1917.
- Ders., Zum älteren deutschen Parteiwesen, Eine Erwiderung, HZ 119, 1919, S. 63—84.
- Brandt, Hartwig, Landständische Repräsentation im deutschen Vormärz. Politisches Denken im Einflußfeld des monarchischen Prinzips, Neuwied 1968.
- Ders., Parlamentarismus und ständisch-monarchischer Dualismus. Zur Verfassungspolitik der 1830er Jahre in Württemberg, in: Beiheft zur GWU 1972, S. 47 f.
- Braun-Wiesbaden, Karl, Bilder aus der deutschen Kleinstaaterie, Bd. III: Bilder aus Nassau, Württemberg und Hessen-Darmstadt (1860—1871), Hannover 1881.
- Bravo, Gian Mario, Das Revolutionsbild der Sozialisten vor Marx, in: Kossok (Hrsg.), S. 245—269.
- Brunner, Ludwig, Politische Bewegungen in Nürnberg 1848/49, Heidelberg 1970 (Heidelberger Abhandlungen, 17).
- Bracher, Karl Dietrich, Über das Verhältnis von Nationalbewußtsein und Demokratie. Eine Betrachtung zur deutschen Pathologie, in: Festschrift für Hans Rosenberg, S. 166—184.
- Brinton, Crane, Die Revolution und ihre Gesetze, Frankfurt/M. 1959 (Übers.).
- Bruns, Victor (Hrsg.), Württemberg unter der Regierung König Wilhelms II., Stuttgart 1916.
- Buchner, Rudolf, Die deutsch-französische Tragödie 1848—1864. Politische Beziehungen und psychologisches Verhältnis, Würzburg 1965.

- Buck, Helga, Schwäbische Dichter und Schriftsteller als politische Journalisten. Von der Julirevolution bis zur Reaktionszeit 1830—1850, phil. Diss. München 1951 (ms).
- Büsch, Otto, Industrialisierung und Geschichtswissenschaft. Ein Beitrag zur Thematik und Methodologie der historischen Industrialisierungsforschung, Berlin 1969.
- Büttner, Karl, Die Auswanderung aus Württemberg. Ein Beitrag zur Bevölkerungsgeographie Württembergs, Stuttgart 1938.
- Burghardt, Anton, Über residualen Pauperismus, Zs. f. d. ges. Staatswiss. 124, 1968, S. 349—368.
- Burian, Peter/Mommsen, Hans, Nationalstaat, in: Sowjetsystem u. Demokratische Gesellschaft IV, Freiburg-Basel-Wien 1971, S. 713—740.
- Burkhart, Odi, Die Zusammensetzung des württembergischen Landtags in der geschichtlichen Entwicklung, rechtswiss. Diss. Würzburg 1922.
- Bußmann, Walter, Zur Geschichte des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert, HZ 186, 1958, S. 527—557.
- Ders., Das Zeitalter Bismarcks, Frankfurt/M. 1968 (Handbuch d. deutschen Geschichte, 3 II).
- Ders., Bismarck: Seine Helfer und Gegner, in: Schieder/Deuerlein (Hrsg.), S. 119—147.
- Buzengeiger, Walter, Die Zusammenhänge zwischen den wirtschaftlichen Verhältnissen und der politischen Entwicklung in Württemberg um die Mitte des 19. Jahrhunderts, staatswiss. Diss. München 1949 (ms).
- Calvert, Peter, Revolution: The Politics of Violence, in: Political Studies 15, 1967, S. 1—11.
- Ders., A Study of Revolutions, Oxford 1970.
- Campanella, A. P., Garibaldi and the First Peace Congress in Geneva in 1867, International Review of Social History V, 1960, S. 456—486.
- Canis, Konrad, Die politische Taktik führender preußischer Militärs 1858 bis 1866, in: Bartel/Engelberg (Hrsg.), S. 118—156.
- Carr, E. H., The League of Peace and Freedom, in: International Affairs 6, S. 837—844.
- Conze, Werner, Die deutsche Nation. Ergebnis der Geschichte, Göttingen 1963.
- Ders., Der Beginn der deutschen Arbeiterbewegung, in: Festschrift für Hans Rothfels, Göttingen 1963, S. 323—338.
- Ders., Möglichkeiten und Grenzen der liberalen Arbeiterbewegung in Deutschland. Das Beispiel Schulze-Delitzschs, Heidelberg 1965 (Sitzungsberichte d. Heidelberger Akad. d. Wiss. Phil.-histor. Klasse 1965, 2).
- Ders., Vom „Pöbel“ zum „Proletariat“. Sozialgeschichtliche Voraussetzungen für den Sozialismus in Deutschland; u. a. in: Wehler (Hrsg.), Sozialgeschichte, S. 111—136.
- Ders., Das Spannungsfeld von Staat und Gesellschaft in Deutschland im Vormärz, in: ders. (Hrsg.), Staat und Gesellschaft im deutschen Vormärz 1815—1848, Stuttgart 1970 (Industrielle Welt, 1).
- Ders./Groh, Dieter, Die Arbeiterbewegung in der nationalen Frage. Die deutsche Sozialdemokratie vor, während und nach der Reichsgründung, Stuttgart 1966 (Industrielle Welt, 6).

- Dahrendorf, Ralf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1965.
- Ders., *Über einige Probleme der soziologischen Theorie der Revolution*, in: *Europ. Archiv f. Soziologie* 2, 1961, S. 153—162.
- Davies, James C. (Hrsg.), *When men revolt and why. A reader in political violence and revolution*, New York-London 1971.
- Dehlinger, Alfred, Adolf Goppelt, in: *Schwäbische Lebensbilder V*, Stuttgart 1950, S. 256—268.
- Ders., *Württembergs Staatswesen in seiner geschichtlichen Entwicklung bis heute*, 2 Bde., Stuttgart 1951, 1953.
- Demeter, Karl, *Die soziale Schichtung des deutschen Parlaments seit 1848*, VSWG 39, 1952, S. 1—29.
- Deppe, Frank, *Zum Verhältnis von politischer Theorie und Praxis bei Louis Auguste Blanqui. Eine Studie zur Entwicklung des Begriffs der sozialen Revolution im 19. Jahrhundert*, phil. Diss. Marburg 1968.
- Dessauer, Lothar, *Die Industrialisierung von Groß-Stuttgart*, staatswiss. Diss. Tübingen 1916.
- Dlubek, Rolf/Weber, Rolf, *Forschungen zur deutschen Geschichte 1849—1871*, ZfG Sonderband 1970, S. 428—454.
- Dorpalen, Andreas, *Die Revolution von 1848 in der Geschichtsschreibung der DDR*, HZ 210, 1970, S. 324—368.
- Droz, Jacques, *Les Révolutions Allemandes de 1848*, Paris 1957.
- Dunn, John, *Modern revolutions. An introduction to the analysis of a political phenomenon*, Cambridge/Mass. 1972.
- Eckstein, Harry (Hrsg.), *Internal War. Problems and Approaches*, New York-London 1964.
- Egelhaaf, Gottlob, Karl Mayer, ADB 52, S. 275—279.
- Ehmer, Willi, *Südwestdeutschland als Einheit und Wirtschaftsraum. Eine geschichtliche Wirtschaftskunde Südwestdeutschlands*, Stuttgart 1930.
- Eichmeier, Jens Peter, *Anfänge liberaler Parteibildung (1847 bis 1854)*, phil. Diss. Göttingen 1968.
- Eisfeld, Gerhard, *Die Entstehung der liberalen Parteien in Deutschland. Studie zu den Organisationen und Programmen der Liberalen und Demokraten*, Hannover 1969 (Schriftenreihe d. Forschungsinstituts d. Friedrich-Ebert-Stiftung, B).
- Elben, Otto, *Geschichte des Schwäbischen Merkurs, 1785—1885*, Stuttgart 1885.
- Elm, Ludwig, *Deutsche Volkspartei (1868—1910)*, in: *Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahr 1945*, Bd. I, Leipzig 1968, S. 637—644.
- Elsässer, Erich, *Die Wirtschaftsentwicklung von Eßlingen a. N. seit Anfang des 19. Jahrhunderts*, wirtschafts- u. sozialwiss. Diss. Köln 1930.
- Engelberg, Ernst, *Fragen der Evolution und Revolution in der Weltgeschichte*, in: *Evolution und Revolution in der Weltgeschichte*, ZfG Sonderheft 1965, S. 9—18.
- Eyck, Frank, *The Frankfort Parliament 1848—1849*, New York 1968 (deutsch: 1973).

- Faber, Karl-Georg, Realpolitik als Ideologie. Bedeutung des Jahres 1866 für das politische Denken in Deutschland, HZ 203, 1966, S. 1—45.
- Federici, Federico, Der deutsche Liberalismus. Die Entwicklung einer politischen Idee von Immanuel Kant bis Thomas Mann, Zürich 1946.
- Fehrenbach, Elisabeth, Die Reichsgründung in der deutschen Geschichtsschreibung, in: Schieder/Deuerlein (Hrsg.), S. 259—290.
- Fenske, Hans, Wahlrecht und Parteiensystem. Ein Beitrag zur deutschen Parteiengeschichte, Frankfurt/Main 1972.
- Fischer, Wolfram, The German Zollverein. A Case Study in Customs History, Kyklos 1960, S. 65—89.
- Ders., Der Staat und die Anfänge der Industrialisierung in Baden 1800—1850, Bd. 1, Berlin 1962.
- Ders., Soziale Unterschichten im Zeitalter der Frühindustrialisierung, International Review of Social History, 1963, S. 415—435.
- Ders., Das deutsche Handwerk in der Frühphase der Industrialisierung, Zs. f. d. ges. Staatswiss. 120; 1964, S. 686—712.
- Ders., Innerbetrieblicher und sozialer Status der frühen Fabrikarbeiterschaft, in: ders./Bajor (Hrsg.), S. 215—252.
- Ders., Government Activity and Industrialisation in Germany (1815—1870), in: Rostow (Hrsg.), S. 83—94.
- Ders., Die Rolle des Kleingewerbes im wirtschaftlichen Wachstumsprozeß in Deutschland 1850—1914, in: Lütge, Friedrich (Hrsg.), S. 131—142.
- Ders., „Stadien und Typen“ der Industrialisierung in Deutschland. Zum Problem der regionalen Differenzierung, in: ders., Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung, Göttingen 1972 (Krit. Studien z. Geschichtswiss., 1), S. 464—473 (dort sind jetzt auch die übrigen zitierten Aufsätze Fischers abgedruckt).
- Ders./Bajor, Georg (Hrsg.), Die Soziale Frage. Neuere Studien zur Lage der Fabrikarbeiter in den Frühphasen der Industrialisierung, Stuttgart 1967.
- Fraenkel, Ernst, Parlament und öffentliche Meinung, in: ders., Deutschland und die westlichen Demokratien, Stuttgart 1964, S. 110—130.
- Ders., Demokratie und öffentliche Meinung, in: ebd. S. 131—154.
- Franz, Günther, Die agrarische Bewegung im Jahr 1848, in: Zs. f. Agrargeschichte u. Agrarsoziologie 7, 1959, S. 176—193.
- Fricke, Dieter, Forschungen zur Geschichte der bürgerlichen Parteien, ZfG Sonderband 1970, S. 257—268.
- Fried, Alfred Hermann, Handbuch der Friedensbewegung, T. 2, Berlin-Leipzig 1913.
- Friedrich, Carl Joachim (Hrsg.), Revolution, New York 1969.
- Fuchs, Walther Peter, Die deutschen Mittelstaaten und die Bundesreform 1853—1860, Berlin 1934 (Histor. Studien, 256).
- Gaertner, Alfred, Der Kampf um den Zollverein zwischen Österreich und Preußen von 1849—1853, Straßburg 1911 (Straßburger Beitr. z. neueren Geschichte, IV).
- Gagel, Walter, Die Wahlrechtsfrage in der Geschichte der deutschen liberalen Parteien 1848—1918, Düsseldorf 1958 (Beitr. z. Geschichte d. Parlamentarismus und d. polit. Parteien, 12).

- Gall, Lothar, *Der Liberalismus als regierende Partei. Das Großherzogtum Baden zwischen Restauration und Reichsgründung*, Wiesbaden 1968 (Veröff. d. Instituts f. europ. Geschichte Mainz, 47).
- Ders., *Das Problem der parlamentarischen Opposition im deutschen Frühliberalismus*, in: *Festschrift für Theodor Schieder*, München-Wien 1968, S. 153—170.
- Ders., *Zur Frage der Annexion von Elsaß und Lothringen 1870*, HZ 206, 1968, S. 265—326.
- Ders., *Das Problem Elsaß-Lothringen*, in: *Schieder/Deuerlein (Hrsg.)*, S. 366—385.
- Ders., *Die „deutsche Frage“ im 19. Jahrhundert*, in: 1871 — *Fragen an die deutsche Geschichte*, o. O., [1971].
- Ders. (Hrsg.), *Das Bismarck-Problem in der Geschichtsschreibung nach 1945*, Köln-Berlin 1971 (NWB 42).
- Gehring, Axel, *Zur Theorie der Revolution. Versuch einer soziologischen Präzisierung*, in: *KZfSS* 23, 1971, S. 673—686.
- Gehring, Paul, *Von List bis Steinbeis. Aus der Frühgeschichte der württembergischen Industrialisierung*, ZWLG 7, 1943, S. 405—445.
- Ders., *Das Wirtschaftsleben in Württemberg unter König Wilhelm I. (1816—1864)*, ZWLG 9, 1949, S. 196—257.
- Geiger, Theodor, *Die Masse und ihre Aktion. Ein Beitrag zur Soziologie der Revolution*, Darmstadt 1967 (1926).
- Gerschenkron, Alexander, *Economic Backwardness in Historical Perspective*, Cambridge/Mass. 1962.
- Ders., *Continuity in History and other Essays*, ebd. 1968.
- Gerteis, Klaus, *Leopold Sonnemann. Ein Beitrag zur Geschichte des demokratischen Nationalstaatsgedankens in Deutschland*, Frankfurt/M. 1970 (Studien zur Frankfurter Geschichte, 3).
- Gertler, Johannes, *Die deutsche Rußlandpublizistik der Jahre 1853 bis 1870*, in: *Forschung z. osteurop. Geschichte* 7, 1959, S. 72—195.
- Geschichte der Arbeiterbewegung*, Bd. 1 (Ost) Berlin 1966 (Institut f. Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED).
- Glück, Otto, *Beiträge zur Geschichte des württembergischen Liberalismus von 1833 bis 1848*, phil. Diss. Tübingen 1931.
- Goessler, Peter, *Der Dualismus zwischen Volk und Regierung im Denken der vormärzlichen Liberalen in Baden und Württemberg*, phil. Diss. Tübingen 1932.
- Goldner, H., *Vor 50 Jahren. Zur Entstehungsgeschichte des deutschen Nationalvereins*, Eisenach 1909.
- Gollwitzer, Heinz, *Gustav Diezel*, NDB 3, S. 713 f.
- Ders., *Die Standesherrn. Die politische und gesellschaftliche Stellung der Mediatisierten 1815 bis 1918. Ein Beitrag zur deutschen Sozialgeschichte*, Göttingen 1964.
- Goode, William J., *Mobilität und Revolution*, in: *KZfSS* 18, 1966, S. 227—250.
- Gotesky, R./Laszlo, E. (Hrsg.), *Evolution-Revolution. Patterns of Development in Nature, Society, Man and Knowledge*, New York-London-Paris 1971.

- Grauer, Karl Johann, Wilhelm I. König von Württemberg. Ein Bild seines Lebens und seiner Zeit, Stuttgart 1960.
- Griesmeier, Josef, Die Entwicklung der Wirtschaft und der Bevölkerung von Baden und Württemberg im 19. und 20. Jahrhundert, in: Jbb. f. Statistik und Landeskunde v. Baden-Württ., 1, 1954, S. 121—242.
- Griewank, Karl, Ursachen und Folgen des Scheiterns der deutschen Revolution von 1848, HZ 170, 1950, S. 495—523.
- Ders., Der neuzeitliche Revolutionsbegriff. Entstehung und Entwicklung, Frankfurt/M. 1969.
- Griewank, Theodor, Württemberg und die deutsche Politik in den Jahren 1859—1861. Mit einem Überblick bis zum Thron- und Regierungswechsel 1864, Stuttgart 1934 (Darstellungen aus d. württ. Geschichte, 25).
- Groh, Dieter, 100 Jahre deutsche Arbeiterbewegung?, Der Staat 2, 1963, S. 351—366.
- Groth, Otto, Die politische Presse Württembergs, staatswiss. Diss., Tübingen 1915.
- Grube, Walter, Die Neue Ära und der Nationalverein, phil. Diss. Marburg 1933.
- Ders., Der Stuttgarter Landtag 1457—1957. Von den Landständen zum demokratischen Parlament, Stuttgart 1957.
- Grupp, Rudolf, Die diplomatischen Beziehungen Württembergs zu Österreich (1849—1870), Ellwangen 1957.
- Gurr, Ted R., Rebellion. Eine Motivanalyse von Aufruhr, Konspiration und innerem Krieg, Düsseldorf 1973 (Übers.).
- Habermas, Jürgen, Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied-Berlin 1969.
- Haering, Johannes, Württemberg unter dem Einfluß der Julirevolution, mitgeteilt von Hermann Haering, ZWLG 1, 1937, S. 446—454.
- Hagen, August, Staat und katholische Kirche in Württemberg 1848—1862, 2 Bde., Stuttgart 1928.
- Ders., Gestalten aus dem schwäbischen Katholizismus, 1. T., Stuttgart 1948.
- Hamerow, Theodore S., Restoration, Revolution, Reaction. Economics and politics in Germany 1815—1871, Princeton, New Jersey 1958.
- Ders., The German artisan movement 1848—49, Journal of Central European Affairs 21, 1961, S. 135—152.
- Ders., The Elections to the Frankfurt Parliament, Journal of Modern History 33, 1961, S. 15—39 (jetzt auch in: Böckenförde, Hrsg., S. 215—236).
- Ders., The Social foundations of German unification 1858—1871, Princeton, New Jersey 1969.
- Der Deutsche Handelstag 1861—1911, 2 Bde., Berlin 1911, 1913.
- Hartmann, Regierung und Stände im Königreich Württemberg 1806—1894, WJbb., 1894/1, S. 1—92.
- Hauser, Oswald, Polen und Dänen im Deutschen Reich, in: Schieder/Deuerlein (Hrsg.), S. 291—318.
- Haussherr, Hans, Der Zollverein und die Industrialisierung, in: Born, Karl Erich (Hrsg.), Moderne deutsche Wirtschaftsgeschichte, Köln-Berlin 1966, S. 55—66 (NWB 12).

- Hecht, Felix, Bankwesen und Bankpolitik in den süddeutschen Staaten 1819—1875, Jena 1880.
- Hefeke, H., Demokratie und Liberalismus, *Hochland* 22, 1924/25, S. 34—43.
- Heffter, Heinrich, Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert. Geschichte der Ideen und Institutionen, Stuttgart 1950.
- Heger, Klaus, Die deutsche demokratische Partei in Württemberg und ihre Organisation, Leipzig 1927 (Leipziger rechtswiss. Studien 24).
- Heller, Hermann, Die politischen Ideenkreise der Gegenwart (1926), in: ders., *Gesammelte Schriften*, Bd. 1, Leiden 1971, S. 267—412.
- Hellweg, Fritz E., Varnbüler und die deutsche Frage 1864—1866, Stuttgart 1934 (Darstellungen aus d. württ. Geschichte, 25).
- Helmert, Heinz, Der preußische Generalstab in der Vorbereitung des Krieges gegen Frankreich zwischen 1866 und 1870, in: Bartel/Engelberg (Hrsg.), S. 157—201.
- Henderson, William Otto, *The industrial revolution on the continent. Germany, France, Russia 1800—1914*, London \*1967.
- Henning, Hansjoachim, Das westdeutsche Bürgertum in der Epoche der Hochindustrialisierung 1860—1914. Soziales Verhalten und soziale Strukturen. T. 1: Das Bildungsbürgertum in den preußischen Westprovinzen, Wiesbaden 1972.
- Hennis, Wilhelm, *Meinungsforschung und repräsentative Demokratie*, Tübingen 1957 (Recht u. Staat, 200/201).
- Herrmann, Paul, Die Entstehung des deutschen Nationalvereins und die Gründung seiner Wochenschrift, phil. Diss. Berlin 1932.
- Heß, Ottmar, Die Eisenbahnen in Württemberg, *Jbb. f. Statistik u. Landeskunde v. Bad.-Württ.* 3, 1956, S. 284—299.
- Heuß, Theodor, 1848 in Württemberg, in: Wilhelm Keil (Hrsg.), *Deutschland 1848—1849. Beiträge zur historisch-politischen Würdigung der Volkserhebung von 1848/49*, Stuttgart 1948, S. 71—79.
- Hillgruber, Andreas, *Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Außenpolitik von Bismarck bis Hitler*, Düsseldorf 1969.
- Ders., *Zwischen Hegemonie und Weltpolitik. Das Problem der Kontinuität von Bismarck bis Bethmann Hollweg*, in: Stürmer (Hrsg.), S. 187—204.
- Hinton, R., *Liberalism, Nationalism and the German Intellectuals (1822—1847). An analysis of the academic and scientific conferences of the period*, Cambridge 1951.
- Hobsbawm, E. J., *Sozialrebellien. Archaische Sozialbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert*, Neuwied 1962.
- Hock, Wolfgang, *Liberales Denken im Zeitalter der Paulskirche. Droysen und die Frankfurter Mitte*, Münster 1957 (Neue Münstersche Beitr. z. Geschichtsforschung, 2).
- Hölzle, Erwin, *Das alte Recht und die Revolution. Eine politische Geschichte Württembergs in der Revolutionszeit 1789—1805*, München-Berlin 1931.
- Ders., *Württemberg im Zeitalter Napoleons und der deutschen Erhebung. Eine deutsche Geschichte der Wendezeit im einzelstaatlichen Raum*, Stuttgart-Berlin 1937.

- Hoffmann, Peter, Die diplomatischen Beziehungen zwischen Württemberg und Bayern im Krimkrieg und bis zum Beginn der Italienischen Krise (1853—1858), Stuttgart 1963 (Veröff. d. Komm. f. geschichtl. Landeskunde in Bad.-Württ., B 23).
- Ders., Die Politik Württembergs und Bayerns während des italienischen Einheitskrieges 1859, ZWLG 29, 1970, S. 213—293.
- Hoffmann, Walther, G., The Take-off in Germany, in: Rostow (Hrsg.), S. 95—118.
- Ders. (Hrsg.), Beiträge zur Soziologie der industriellen Gesellschaft, Dortmund 1952 (Soziale Forschung u. Praxis 9).
- Ders./Müller, J. H., Das deutsche Volkseinkommen 1851—1957, Tübingen 1957.
- Hoffmann, W. G./Grumbach, F./Hesse, H., Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin 1965.
- Hofmann, Emil, Die Industrialisierung des Oberamtsbezirks Göppingen, phil. Diss. Heidelberg 1910.
- Holborn, Hajo, Der deutsche Idealismus in sozialgeschichtlicher Beleuchtung, HZ 174, 1952, S. 359—384.
- Hope, Nicholas Martin, The Alternative to German Unification. The Anti-Prussian Party Frankfurt, Nassau, and the two Hesses 1859—1867, Wiesbaden 1973 (Veröff. d. Instituts f. europ. Gesch. Mainz, 65).
- Hopper, Rex D., The Revolutionary Process, in: Social Forces 28, 1950, S. 270—279.
- Huber, Ernst Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bde. 2—3, Stuttgart 1960, 1963.
- Ders., Die Bismarcksche Reichsverfassung im Zusammenhang der deutschen Verfassungsgeschichte, in: Schieder/Deuerlein (Hrsg.), S. 164—196.
- Huber, F. C., Festschrift zur Feier des 50jährigen Bestehens der württembergischen Handelskammern, 2 Bde., Stuttgart 1906, 1910.
- Hundt, Martin, Zur Frühgeschichte der revolutionären Arbeiterbewegung in Stuttgart, Jb. f. Geschichte 7, 1972, S. 277—330.
- Huntington, Samuel P., Political Order in Changing Societies, New Haven-London 1968.
- Jänicke, Martin (Hrsg.), Herrschaft und Krise, Opladen 1973.
- Jansen, Hans Ernst, Das Proletariat im Vormärz in den politischen Anschauungen deutscher Denker, phil. Diss. Kiel 1928.
- Jantke, Carl, Das sozialreformerische Anliegen der deutschen Sozialforschung. Eine problemgeschichtliche Betrachtung, in: Hoffmann, Walther G. (Hrsg.), S. 129—143.
- Ders., Der vierte Stand. Die gestaltenden Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert, Freiburg 1955.
- Ders./Hilger, Dietrich (Hrsg.), Die Eigentumslosen. Der deutsche Pauperismus und die Emanzipationskrise in Darstellungen und Deutungen der zeitgenössischen Literatur, München 1965.
- Joachimsen, Paul, Vom deutschen Volk zum deutschen Staat. Eine Geschichte des deutschen Nationalbewußtseins. Bearb. und bis in die Gegenwart fortgesetzt von Joachim Leuschner, Göttingen 1956.

- Johnson, Chalmers, Revolutionstheorie, Köln-Berlin 1971 (Übers.).
- Kaelble, Helmut, Industrielle Interessenverbände vor 1914, in: Rüegg/Neuloh (Hrsg.), S. 180—192.
- Ders., Berliner Unternehmer während der frühen Industrialisierung. Herkunft, sozialer Status und politischer Einfluß, Berlin-New York 1972 (Veröff. d. Histor. Komm. zu Berlin, FU Berlin, 40).
- Kalkoff, Hermann, Die Vertretung der Parteien im Reichstage 1871—1912 in graphischen Darstellungen, Berlin 1912.
- Katzenstein, Nanette G., Das Vorparlament. Liberalismus und Demokratismus 1848, phil. Diss. Bern 1922.
- Kaulla, Rudolf, Die Organisation des Bankwesens in Württemberg, Stuttgart 1908.
- Kellenbenz, Hermann, Unternehmertum in Südwestdeutschland, Tradition 10, 1965, S. 163—188.
- Kirschmer, Karl, Die Geschichte der Stadt Göppingen, Göppingen (1952).
- Klein-Hattingen, Oskar, Die Geschichte des deutschen Liberalismus, 2 Bde., Berlin-Schöneberg 1911 f.
- Kleine, Georg H., Der württembergische Ministerpräsident Frhr. Hermann von Mittnacht (1825—1909), Stuttgart 1969 (Veröff. d. Komm. f. geschichtl. Landeskunde in Bad.-Württ. B 50).
- Knaack, Rudolf, Quellen zur Geschichte der bürgerlichen Parteien bis 1945 im Staatsarchiv Potsdam, in: Jenaer Beitr. z. Geschichte d. Parteien Nr. 17, 1966, S. 52—65a.
- Knapp, Theodor, Neue Beiträge zur Rechtsgeschichte und Wirtschaftsge-  
schichte des württembergischen Bauernstandes, Aalen 1964 (Neudruck  
von 1919).
- Knoll, Joachim H., Führungsauslese in Liberalismus und Demokratie. Zur politischen Geistesgeschichte der letzten 100 Jahre, Stuttgart 1957.
- Köhler, Jutta v., Friedrich Römer als Politiker, Stuttgart 1929.
- Köhler, Ludwig v., Das württembergische Gewerberecht 1805 bis 1870, Tübingen 1891.
- Köllmann, Wolfgang, Industrialisierung, Binnenwanderung und „soziale Frage“. Zur Entstehungsgeschichte der deutschen Industriegroßstadt im 19. Jahrhundert, VSWG 46, 1959, S. 45—70.
- Ders., Politische und soziale Entwicklung der deutschen Arbeiterschaft 1850—1914, VSWG 50, 1963, S. 480—504.
- Ders., Bevölkerung und Arbeitskräftepotential in Deutschland, 1815—1865. Ein Beitrag zur Analyse der Problematik des Pauperismus, in: Jb. des Landesamt für Forschung Nordrhein-Westfalen 1968, S. 219—233.
- Köster, Johanna, Der rheinische Frühliberalismus und die soziale Frage, hrsg. v. Walther Peter Fuchs, Berlin 1938 (Histor. Studien, 342).
- Kohn, Hans, Wege und Irrwege. Vom Geist des deutschen Bürgertums, Düsseldorf 1962.
- Kolb, Eberhard, Bismarck und das Aufkommen der Annexionsforderung 1870, HZ 209, 1969, S. 318—356.
- Ders., Der Kriegausbruch 1870. Politische Entscheidungsprozesse und Verantwortlichkeiten in der Julikrise 1870, Göttingen 1970.

- Ders., Kriegführung und Politik 1870/71, in: Schieder/Deuerlein (Hrsg.), S. 95—118.
- Koselleck, Reinhard, Preußen zwischen Reform und Revolution. Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1791 bis 1848, Stuttgart 1967 (Industrielle Welt, 7).
- Ders., Der neuzeitliche Revolutionsbegriff als geschichtliche Kategorie, in: *Studium Generale* 22, 1969, S. 825—838.
- Ders., Über die Theoriebedürftigkeit der Geschichtswissenschaft, in: Böhning, P. (Hrsg.), *Geschichte und Sozialwissenschaften*, Göttingen 1972, S. 18—35.
- Kossok, Manfred (Hrsg.), *Studien über die Revolution*, (Ost)Berlin 1969.
- Koszyk, Kurt, Die Bedeutung des Jahres 1845 für den Sozialismus in Deutschland, in: *Annali dell'Istituto Giacomo Feltrinelli* 6, 1963.
- Ders., Deutsche Presse im 19. Jahrhundert. Geschichte der deutschen Presse, T. II, Berlin 1966 (Abhandlungen und Materialien z. Publizistik, 6).
- Kramer, Helmut, *Fraktionsbindungen in den deutschen Volksvertretungen 1819—1848*, Berlin 1968 (Schriften z. Verfassungsgeschichte, 7).
- Kramnick, Isaac, Reflections on Revolution: Definition and Explanation in Recent Scholarship, in: *History and Theory* 11, 1972, S. 26—63.
- Krause, Hans, *Die demokratische Partei von 1848 und die soziale Frage*, Frankfurt 1923 (Die Paulskirche).
- Krieger, Leonard, *The German idea of freedom. History of a political tradition*, Boston 1957.
- Krusemarck, Götz, *Württemberg und der Krimkrieg*, phil. Diss. Kiel 1932.
- Kuczynski, Jürgen, *Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus*, I, 1—2, 11, (Ost)Berlin 1961, 1971.
- Kühnl, Reinhard, *Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus und Faschismus*, Reinbeck 1971.
- Kurz, Isolde, *Hermann Kurz. Ein Beitrag zu seiner Lebensgeschichte*, Tübingen 1929.
- Labrousse, C.-E., *La crise de l'économie française. A la fin de l'ancien régime et au début de la révolution*, Paris 1944.
- Landes, David S., *The unbound Prometheus. Technological Change and industrial development in Western Europe from 1750 to the present*, Cambridge 1969.
- Lange, Friedrich Wilhelm, *Bismarck und die öffentliche Meinung Süddeutschlands während der Zollvereinskrise 1850—1853*, phil. Diss. Gießen 1922.
- Lehmann, Hartmut, *Pietismus und weltliche Ordnung in Württemberg vom 17. bis zum 20. Jahrhundert*, Stuttgart u. a. 1969.
- Leiden, C./Schmitt, K. M., *The Politics of Violence. Revolution in the Modern World*, Englewood Cliffs, N. J. 1968.
- Leidig, Eugen, *Liberalismus und Demokratie*, Berlin 1919.
- Le Mang, Richard, *Der deutsche Nationalverein*, Berlin (1909).
- Lenk, Kurt, *Theorien der Revolution*, München 1973.
- Lepsius, M. R., *Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft*, in: *Festschrift F. Lütge*, Stuttgart 1966, S. 371—393.

- Liabel, Helen P., Der Beamte als Unternehmertyp in den Anfangsstadien der Industrialisierung. Johann Friedrich Müller und die Staats- und Wirtschaftsreformen Württembergs, 1750—1780, in: Festschrift für Hans Rosenberg, Berlin 1970, S. 221—260.
- Lindner, Clausjohann, Theorie der Revolution. Ein Beitrag zur verhaltens-theoretischen Soziologie, München 1972.
- Lipgens, W., Bismarck, die öffentliche Meinung und die Annexion von Elsaß und Lothringen 1870, HZ 199, 1964, S. 31—112.
- List, Albrecht, Der Kampf ums gute alte Recht (1815—1819) nach seiner ideen- und parteigeschichtlichen Seite, Tübingen 1912.
- Loewenstein, Arthur, Geschichte des württembergischen Kreditbankwesens und seiner Beziehungen zu Handel und Industrie, Tübingen 1912 (Archiv f. Sozialwiss. u. Sozialpolitik, Erg. H. V).
- Loock, Hans-Dietrich, Paul Achatius Pfizer — Poesie und Praxis, in: Festschrift für Hans Herzfeld, Berlin-New York 1972, S. 280—298.
- Lorch, Willi, Gustav Diezel, Ein vergessener Achtundvierziger, phil. Diss. Tübingen 1938.
- Lubasz, Heinz (Hrsg.), Revolutions in Modern European History, New York-London 1966.
- Lütge, Friedrich (Hrsg.), Wirtschaftliche und soziale Probleme der gewerblichen Entwicklung im 15.—16. und 19. Jahrhundert, Stuttgart 1968 (Forschungen z. Sozial- u. Wirtschaftsgeschichte, 10).
- Luhmann, Niklas, Öffentliche Meinung, PVS 11, 1970, S. 2—28.
- Mähly, J., Dr. Johannes Scherr, ADB 31, S. 125—130.
- Maier, Alwin, Beiträge zur Geschichte der Revolution von 1848/49 in Württemberg. Reutlingen und die Revolution von 1848/49, phil. Diss. Tübingen 1925 (ms).
- Mann, Bernhard, Die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung 1848 im Wahlkreis Hall-Gaildorf-Crailsheim, in: Württ. Franken, Jb. d. Histor. Vereins für württ. Franken 53, NF 43, 1969, S. 109—122.
- Ders., Das Ende der Nationalversammlung im Jahre 1849, HZ 214, 1972, S. 265—309.
- Marcuse, Herbert, Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung, in: ders., Kultur u. Gesellschaft I, Frankfurt/M. 1965, S. 17—55.
- Ders., Ethik und Revolution, in: ders., Kultur und Gesellschaft 2, Frankfurt/M. 1965, S. 130—146.
- Marquardt, Frederick L., Pauperismus in Germany during the Vormärz, Central European History 2, 1969, S. 77—88.
- Mästle, Th., Württemberg und die Großmächte vom Wiener Kongreß bis zum Tode König Wilhelms I., phil. Diss. Tübingen 1951 (ms).
- Martenson, Sten, Württemberg und Rußland im Zeitalter der deutschen Einigung 1856—1870. Die diplomatischen und dynastischen Beziehungen eines deutschen Mittelstaates, Göppingen 1970 (Göpp. akad. Beitr., 4).
- Martiny, Albrecht/Mommsen, Hans, Nationalismus, Nationalitätenfrage, in: Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft IV, Freiburg-Wien-Basel 1971, Sp. 713—740.

- Maschke, Erich, Industrialisierungsgeschichte und Landesgeschichte, Blätter f. deutsche Landesgeschichte 103, 1967, S. 71—84.
- Ders., Die Industrialisierung Deutschlands im Spiegel der Parlamentszusammensetzungen von 1848 bis heute, Tradition 10, 1965, S. 230—245.
- Mayer, Eduard Wilhelm, Aus der Geschichte der nationalliberalen Partei in den Jahren 1868—1871, in: Festschrift für Friedrich Meinecke, München 1922, S. 135—154.
- Mayer, Gustav, Die Anfänge des politischen Radikalismus im vormärzlichen Preußen, in: ders., Radikalismus, Sozialismus und bürgerliche Demokratie, hrsg. v. H.-U. Wehler, Frankfurt/M., 1969, S. 7—107.
- Ders., Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland, 1863—1870, ebd., S. 108—178.
- Ders., Das Jahr 1848 und die deutsche Arbeiterbewegung, in: ders., Arbeiterbewegung und Obrigkeitsstaat, hrsg. v. H.-U. Wehler, Bonn-Bad Godesberg 1972 (Schriftenreihe d. Forschungsinstituts d. Friedrich-Ebert-Stiftung, 92), S. 47—50.
- Ders., Die Lösung der deutschen Frage 1866 und die Arbeiterbewegung, ebd., S. 125—158.
- Mayer, Hans Otto, August Ludwig Reyscher als Politiker, phil. Diss. Tübingen 1928.
- Mehmke, R.-L., Entstehung der Industrie und Unternehmertum in Württemberg, Deutsche Zs. f. Wirtschaftskunde 1939, S. 56—68, 113—131.
- Meier, Kurt, Das Zeitungswesen in Württemberg. Seine Entstehung und seine Entwicklung, staatswiss. Diss. Tübingen 1921.
- Meinecke, Friedrich, Zur Geschichte des älteren deutschen Parteiwesens, HZ 118, 1917, S. 46—62.
- Ders., 1848. Eine Säkularbetrachtung, Berlin 1948.
- Meisser, Hans, Demokratie und Liberalismus in ihrem Verhältnis zueinander, Aarau 1941 (Züricher Beitr. z. Rechtswiss., NF 86).
- Menzinger, Rosemarie, Verfassungsrevision und Demokratisierungsprozeß im Königreich Württemberg. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte des parlamentarischen Regierungssystems in Deutschland, Stuttgart 1969 (Veröff. d. Komm. f. geschichtl. Landeskunde in Bad.-Württ., B 56).
- Miller, Max, Neuwürttemberg unter Herzog und Kurfürst Friedrich, Stuttgart-Berlin 1934.
- Mises, Ludwig, Liberalismus, Jena 1927.
- Mittelstädt, Annie, Der Krieg von 1859. Bismarck und die öffentliche Meinung in Deutschland, phil. Diss. Heidelberg 1904.
- Mohn, H., Der Demokrat Freisleben und die Volksbewegung 1848/49 in Stadt und Bezirk Heidenheim, Heimatblätter f. Brenzthal, Alb u. Härtsfeld, Sonderbeilage z. „Heidenheimer Tagblatt“, Nr. 5 f. v. 10. März, 25. März 1930 [Abdruck von Briefen Freislebens].
- Mohrdieck, Hella, Die Bauernunruhen in Württemberg. Ein Beitrag zur Geschichte des Revolutionsjahres 1848/49, phil. Diss. Tübingen 1949 (ms).
- Mommsen, Wilhelm, Zur Beurteilung der deutschen Einheitsbewegung, HZ 138, 1928, S. 523—543.
- Ders., Größe und Versagen des deutschen Bürgertums, München 1964.

- Moore, Barrington, Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie. Die Rolle der Grundbesitzer und Bauern bei der Entstehung der modernen Welt, Frankfurt/M. 1969.
- Morck, Gordon R., Bismarck and the "Capitulation" of German liberalism, *Journal of Modern History* 43, 1971, S. 59—75.
- Morlock, G. v., Die Königlich württembergischen Eisenbahnen. Rückschau auf deren Erbauung während der Jahre 1835—1889, Stuttgart u. a. 1890.
- Mosthaf, Walther, Die württembergischen Industrie- und Handelskammern Stuttgart, Heilbronn, Reutlingen, Ulm, 1855—1955. Festschrift zum 100jährigen Bestehen, 2 Bde., Stuttgart 1955, 1962.
- Mühlmann, Wilhelm E., Chiliasmus und Nativismus. Studien zur Psychologie, Soziologie und historischen Kasuistik der Umstürzbewegungen, Berlin 1961 (Studien zur Soziologie der Revolution, 1).
- Müller, Hans, Ursprung und Geschichte des Wortes Sozialismus und seiner Verwandten, Hannover 1967.
- Müller, Peter, Württemberg und die badischen Erhebungen 1848—1849, phil. Diss. Tübingen 1957 (ms).
- Mueller-Gmelin, Carl Ulrich, Das Zeitschriftenwesen in Württemberg. Typologie und Struktur im Wandel der Geschichte vom 18. zum 20. Jahrhundert (1717—1939), phil. Diss. München 1953 (ms).
- Naujoks, Eberhard, Bismarcks auswärtige Pressepolitik und die Reichsgründung (1865/1871), Wiesbaden 1968.
- Ders., Württemberg im diplomatischen Kräftespiel der Reichsgründung (1866/70). Zur Problematik der deutschen Politik des Freiherrn v. Varnbüler, *ZWLG* 30, 1971, S. 201—240.
- Neitzke, Paul, Die deutschen politischen Flüchtlinge in der Schweiz 1848—1849, Charlottenburg 1927.
- Neth, Ulrich, Standesherrn und liberale Bewegung. Der Kampf des württembergischen standesherrlichen Adels um seine Rechtsstellung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1970 (Schriften z. südwestdeutschen Landeskunde, 9).
- Neuloh, Otto, Sozialpolitik im großbetrieblichen Industriebereich, in: Hoffmann, Walther G. (Hrsg.), S. 75—82.
- Ders., Sozialer Wandel und Industrialisierung im 19. Jahrhundert. Versuch eines Ordnungsschemas, in: Rüegg/Neuloh (Hrsg.), S. 65—80.
- Neumann, Sigmund, The Struggle and Strategy of Revolution: 1848 and 1948, in: *The Journal of Politics* 11, 1949, S. 532—544.
- Neumüller, Michael, Liberalismus und Revolution. Das Problem der Revolution in der deutschen liberalen Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts, Düsseldorf 1973.
- Neupert, Edgar, Deutscher Nationalverein 1859—1867, in: *Die bürgerlichen Parteien in Deutschland I*, S. 489—496 (s. unter Elm).
- Nipperdey, Thomas, Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961 (Beitr. z. Geschichte d. Parlamentarismus und d. Parteien, 18).
- Ders., Grundprobleme der deutschen Parteiengeschichte im 19. Jahrhundert, in: Conze (Hrsg.), *Beiträge zur Verfassungsgeschichte*, S. 147—169.

- Ders., Verein als soziale Struktur im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert, in: *Geschichtswissenschaft und Vereinswesen im 19. Jahrhundert. Beiträge zur Geschichte historischer Forschung in Deutschland*, Göttingen 1972 (Veröff. d. Max-Planck-Inst. f. Geschichte, 1), S. 1—44.
- Noll, Adolf, Wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Handwerks in der zweiten Phase der Industrialisierung, in: Rüegg/Neuloh (Hrsg.), S. 193—212.
- Noyes, P. H., *Organisation and revolution. Working-class-associations in the German revolution of 1848—1849*, Princeton, New Jersey 1966.
- Obermann, Karl, *Die deutschen Arbeiter in der Revolution von 1848*, (Ost-)Berlin 1953.
- Ders., *Die Volksbewegung in Deutschland 1844 bis 1846*, ZfG 5, 1957, S. 503—525.
- O'Boyle, Leonore, *Liberal political leadership in Germany, 1867—1884*, *The Journal of Modern History* 28, 1956, S. 338—352.
- Dies., *The German Nationalverein*, *Journal of Central European Affairs* 16, 1956, S. 333—352.
- Dies., *The democratic left in Germany, 1848*, *The Journal of Modern History* 33, 1961, S. 374—383.
- Oncken, Hermann, Rudolf von Bennigsen, *Ein deutscher liberaler Politiker nach seinen Briefen und hinterlassenen Papieren*, 2 Bde., Stuttgart 1910.
- Ders., *Der Nationalverein und die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung 1862/63*, *Archiv f. Geschichte des Sozialismus u. d. Arbeiterbewegung*, Bd. 2, Leipzig 1911, S. 120—127.
- Ott, Wolf-Rüdiger, *Grundlageninvestitionen in Württemberg. Maßnahmen zur Verbesserung der materiellen Infrastruktur in der Zeit vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des 1. Weltkrieges*, wirtschaftswiss. Diss. Heidelberg 1971.
- Pankoke, Eckart, *Sociale Bewegung — Sociale Frage — Sociale Politik. Grundfragen der deutschen „Sozialwissenschaft“ im 19. Jahrhundert*, Stuttgart 1970 (*Industrielle Welt*, 12).
- Papcke, Sven, *Progressive Gewalt. Studien zum sozialen Widerstandsrecht*, Frankfurt/M. 1973 (Fischer Tb. 6501).
- Pettee, George S., *The Process of Revolution*, New York 1938.
- Pflanze, Otto, *Bismarck and the development of Germany, The period of unification*, Princeton, New Jersey 1963.
- Pflugk-Harttung, Julius v., *Das württembergische Ministerium Linden*, *Histor. Taschenbuch*, 6. Folge 1888.
- Potthoff, Heinrich, *Die deutsche Politik Beusts von seiner Berufung zum österreichischen Außenminister Oktober 1866 bis zum Ausbruch des deutsch-französischen Krieges 1870/71*, Bonn 1968 (*Bonner Histor. Forschungen*, 31).
- Quarck, Max, *Die erste deutsche Arbeiterbewegung 1848/49*, Leipzig 1924 (Neudruck 1970).
- Rapp, Adolf, *Die öffentliche Meinung in Württemberg 1866*, *Württ. Vierteljahreshefte* 16, 1907, S. 157—236.
- Ders., *Die Württemberger und die nationale Frage 1863—1871*, Stuttgart 1910. (Darstellungen aus der württ. Geschichte, 4).

- Ders., Friedrich Theodor Vischer und die Politik, Tübingen 1911 (Beitr. z. Parteigeschichte, 3).
- Ders., Württembergische Politiker von 1848 im Kampf um die deutsche Frage, Württ. Vierteljahreshefte 25, 1916, S. 572—605.
- Ders., Die Bedeutung der Konfession in der Geschichte Württembergs, Tübingen 1926.
- Rath, Julie, Württemberg und die Schleswig-Holsteinische Frage in den Jahren 1863 bis 1865, phil. Diss. Tübingen 1935.
- Real, Willy, Zur Geschichte der Bundesreformbestrebungen in den Jahren 1859—1862, in: Darstellungen u. Quellen der deutschen Einheitsbewegung im 19. u. 20. Jahrhundert, Bd. 4, Heidelberg 1963.
- Ders., Der deutsche Reformverein. Stimmen und Kräfte zwischen Villafranca und Königgrätz, Lübeck-Hamburg 1966 (Histor. Studien, 395).
- Ders., Pfingstversammlung und Abgeordnetentag (1862). Eine Studie zur Geschichte der politischen Willensbildung in der Ära der Reichsgründungszeit, in: Darstellungen . . . Einheitsbewegung, Bd. 8, Heidelberg 1970.
- Reinöhl, Walter, Uhland als Politiker, Tübingen 1911 (Beitr. z. Parteigeschichte, 2).
- Rischbieter, Henning, Der Handelsvertrag mit Frankreich und die Zollvereinskrise 1862—1864 in der öffentlichen Meinung Deutschlands, phil. Diss. Göttingen 1952.
- Rittberger, Volker, Sozialwissenschaftliche Theorien der Revolution — Kritik und Versuch eines Neuansatzes, in: PVS 12, 1971, S. 492—529.
- Ritter, Gerhard, Allgemeiner Charakter und geschichtliche Grundlagen des politischen Parteiwesens in Deutschland, in: ders., Lebendige Vergangenheit, München 1958, S. 55—83.
- Rohr, Donald G., The Origins of Social Liberalism in Germany, Chicago/London 1963.
- Rosenbaum, L., Beruf und Herkunft der Abgeordneten zu den deutschen und preußischen Parlamenten 1847 bis 1919, Frankfurt/M. 1923 (Die Paulskirche).
- Rosenberg, Arthur, Demokratie und Sozialismus. Zur politischen Geschichte der letzten 150 Jahre, Frankfurt/M. 1962 (Neudruck von 1937).
- Rosenberg, Hans, Rudolf Haym und die Anfänge des klassischen Liberalismus, München-Berlin 1933 Beiheft 33 der HZ).
- Ders., Die Weltwirtschaftskrise von 1857—1859, Stuttgart-Berlin 1934 (Beiheft 30 der VSWG).
- Ders., Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa, Berlin 1967 (Veröff. d. Histor. Komm. zu Berlin, FU Berlin, 24, 2.).
- Ders., Honoratiorenpolitiker und „großdeutsche“ Sammlungsbestrebungen im Reichsgründungsjahrzehnt, in: Jb. f. Geschichte Mittel- u. Ostdeutschlands 19, 1970, S. 155—233.
- Rostow, Walt. W., Stadien wirtschaftlichen Wachstums. Eine Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie, Göttingen 1967 (engl. Ausgabe 1960).
- Ders. (Hrsg.), The Economics of Take-Off into sustained growth, London 1964.

- Rothfels, Hans, Zur Krise des Nationalstaats, in: Böhme (Hrsg.), S. 369—383.
- Rüegg, W./Neuloh, O. (Hrsg.), Zur soziologischen Theorie und Analyse des 19. Jahrhunderts, Göttingen 1971.
- Rümelin, Max, Gustav Rümelin. Erinnerungen an meinen Vater, Tübingen 1927 [Anhang: Briefe G. R. an R. Kern v. 1849—1874].
- Rüschemeyer, Dietrich, Partielle Modernisierung, in: Wolfgang Zapf (Hrsg.), Theorien des sozialen Wandels, Köln-Berlin 1971 (NWB 31), S. 382—396.
- Ruggiero, Guido de, Geschichte des Liberalismus in Europa, München 1930.
- Runge, Gerlinde, Die Volkspartei in Württemberg von 1864 bis 1871. Die Erben der 48er-Revolution im Kampf gegen die preußisch-kleindeutsche Lösung der nationalen Frage, Stuttgart 1970 (Veröff. d. Komm. f. geschichtl. Landeskunde in Bad.-Württ., B 62).
- Sauer, Paul, Das württembergische Heer in der Zeit des Deutschen und des Norddeutschen Bundes, Stuttgart 1958 (ebd. B 5).
- Sauer, Wolfgang, Das Problem des deutschen Nationalstaats, in: Wehler (Hrsg.), S. 407—436.
- Schäfer, Gerhard, Die württembergische Landeskirche und die deutsche Einigung 1864—1871, ZWLG 26, 1967, S. 421—431.
- Schenk, Georg, Kilian Steiner, in: Lebensbilder aus Schwaben und Franken XI, Stuttgart 1969.
- Scheurle, Albert, Der politische Katholizismus in Württemberg während der Jahre 1857/71, phil. Diss. Tübingen 1922 (ms).
- Schieder, Theodor, Die kleindeutsche Partei in Bayern in den Kämpfen um die nationale Einheit 1863—1871, München 1936.
- Ders., Das Verhältnis von politischer und gesellschaftlicher Verfassung und die Krise des bürgerlichen Liberalismus, HZ 177, 1954, S. 49—74.
- Ders., Das deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat, Köln 1961.
- Ders., Das Problem der Revolution im 19. Jahrhundert, in: ders., Staat und Gesellschaft im Wandel unserer Zeit. Studien zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, München 1970, S. 11—57.
- Ders., Die Theorie der Partei im älteren deutschen Liberalismus, in: ebd., S. 110—132.
- Ders., Vom Deutschen Bund zum Deutschen Reich, in: Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 3, Stuttgart 1970.
- Ders., Die Theorie der Revolution, in: Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft. Bd. V, Freiburg-Basel-Wien 1972, Sp. 692—719, nun auch in: ders. (Hrsg.), Revolution und Gesellschaft. Theorie und Praxis der Systemveränderung, Freiburg i. Brsg. 1973 (Herderbücherei 462).
- Ders., Der Liberalismus und die Strukturwandlungen der modernen Gesellschaft vom 19. zum 20. Jahrhundert, in: X. Congresso internazionale di scienze storiche 1955, Relazioni, Vol. V, Firenze (1955), S. 145—172.
- Ders., Das Deutsche Reich in seinen nationalen und universalen Beziehungen 1871 bis 1945, S. 422—454, in: ders./Deuerlein, Ernst (Hrsg.), Reichsgründung 1870/71. Tatsachen, Kontroversen, Interpretationen, Stuttgart 1970.
- Schieder, Theodor (Hrsg.), Sozialstruktur und Organisation europäischer Nationalbewegungen, München-Wien 1971 (Studien z. Geschichte des 19. Jahrhunderts, 3).

- Schilfert, G., Sieg und Niederlage des demokratischen Wahlrechts in der deutschen Revolution 1848/49, Berlin 1952.
- Schlatter, Walter, Dr. Otto Elben als Politiker, phil. Diss Tübingen 1934.
- Schlumbohm, Jürgen, Freiheitsbegriff und Emanzipationsprozeß. Zur Geschichte eines politischen Wortes, Göttingen 1973.
- Schmid, Walter, Die Industrialisierung Reutlingens, Tübingen 1960.
- Schmidt, Siegfried, Thesen zum Liberalismus vor 1866, in: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte 17, 1966, S. 3—17.
- Schmidt-Buhl, Karl, Schwäbische Volksmänner. 17 Lebensbilder, Vaihingen o. D.
- Schmierer, Wolfgang, Von der Arbeiterbildung zur Arbeiterpolitik. Die Anfänge der Arbeiterbewegung in Württemberg 1862/63—1878, Hannover 1970 (Schriftenreihe d. Forschungsinst. d. Friedrich-Ebert-Stiftung, B).
- Schnabel, Franz, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, 4 Bde., Freiburg 1948—1954.
- Schneider, Eugen, Württembergische Geschichte, Stuttgart 1896.
- Ders., Julius Hölder, ADB 50, S. 446—448.
- Ders., Christian Albert Schott, ADB 32, S. 395—397.
- Ders., Württemberg und die Frankfurter Reichsverfassung, in: ders., Aus der württembergischen Geschichte. Vorträge und Abhandlungen, Stuttgart 1926, S. 172—201.
- Schnitzer, Otto Gustav Rümelins politische Ideen, Tübingen 1919 (Beitr. z. Parteiengeschichte).
- Schnurre, Thilo, Die württembergischen Abgeordneten in der konstituierenden deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt a. M., Stuttgart 1912 (Darstellungen aus d. württ. Geschichte, 9); Anhang: Niebour, Biographisches über die württ. Abgeordneten.
- Schott, Theodor, Die Zeitungen und Zeitschriften in Württemberg, in: WJbb. 1877, 1887.
- Schraepfer, Ernst, Handwerkerbünde und Arbeitervereine 1830—1853. Die politische Tätigkeit deutscher Sozialisten von Wilhelm Weitling bis Karl Marx, Berlin-New York 1972 (Veröff. d. Histor. Komm. zu Berlin, FU Berlin, 34, 4).
- Schremmer, Eckart, Die Bauernbefreiung in Hohenlohe, Stuttgart 1963 (Quellen u. Forschungen z. Agrargeschichte, IX).
- Schroth, Hansgeorg, Welt- und Staatsidee des deutschen Liberalismus in der Zeit der Einheits- und Freiheitskämpfe 1859—1866. Ein Beitrag zur Soziologie des deutschen politischen Denkens, Berlin 1931 (Histor. Studien, 201).
- Schübelin, Walter, Das Zollparlament und die Politik in Baden, Bayern und Württemberg 1866—1870, Berlin 1935 (Histor. Studien, 262).
- Schulze, Bernhard, Wirtschaftspolitische Auffassungen bürgerlicher Demokraten im Jahrzehnt der Reichseinigung, in: Bartel/Engelberg (Hrsg.), S. 379—410.
- Schwab, Herbert, Thesen zum Liberalismus in Deutschland 1866—1933, in: Jenaer Beiträge z. Parteiengeschichte 17, 1966, S. 18—34.

- Ders., Von Düppel bis Königgrätz. Die politische Haltung der deutschen Bourgeoisie zur nationalen Frage 1864—1866, ZfG 14, 1966, S. 588 ff.
- Ders., Aufstieg und Niedergang der Nationalliberalen Partei. Zur Geschichte des Nationalliberalismus in Deutschland 1864—1880, 2 Bde., phil. Habil. Jena 1968.
- Ders., Von Königgrätz bis Versailles. Zur Entwicklung der Nationalliberalen Partei bis zur Reichsgründung und zum Charakter ihrer Politik, in: Bartel/Engelberg (Hrsg.), S. 308—342.
- Schwab, Rudolf, Der deutsche Nationalverein, seine Entstehung und sein Wirken, Berlin 1902.
- Schwartz, David C., A theory of revolutionary behavior, in: Davies (Hrsg.), S. 109—132.
- Seeber, Gustav, Zwischen Bebel und Bismarck. Zur Geschichte des Linkliberalismus in Deutschland 1871—1893, (Ost)Berlin 1965.
- Ders./Wolter, Heinz, Neue Tendenzen im bürgerlichen Geschichtsbild der BRD über die Reichsgründung von 1871, ZfG 20, 1972, S. 1069—1101.
- Seefried, Walter, Mittnacht und die deutsche Frage bis zur Reichsgründung, Stuttgart 1928 (Darstellungen aus d. württ. Geschichte, 18).
- Seidel, Friedrich, Die soziale Frage in der deutschen Geschichte. Mit besonderer Berücksichtigung des ehemaligen Fürstentums Waldeck-Pyrmont, Wiesbaden 1964.
- Seidler, Franz W., Die Geschichte des Wortes Revolution. Ein Beitrag zur Revolutionsforschung, phil. Diss. München 1955 (ms).
- Sell, Friedrich, Die Tragödie des deutschen Liberalismus, Stuttgart 1953.
- Sellin, Volker, Liberalismus, in: Sowjetsystem u. Demokratische Gesellschaft IV, Freiburg-Basel-Wien 1971, Sp. 51—77.
- Siebertz, Paul, Ferdinand von Steinbeis. Ein Wegbereiter der Wirtschaft, Stuttgart 1952.
- Simon, Hermann, Geschichte der Ulmer Presse von den Anfängen bis zum Beginn der Gegenwart des 20. Jahrhunderts, phil. Diss. München 1954 (ms).
- Simon, Klaus, Die württembergischen Demokraten. Ihre Stellung und Arbeit im Parteien- und Verfassungssystem in Württemberg und im Deutschen Reich 1890—1920, Stuttgart 1969 (Veröff. d. Komm. f. geschichtl. Landeskunde in Bad.-Württ., B 52).
- Sombart, Werner, Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert, Berlin 1903.
- Southwood, Ken, Riots and Revolt. Sociological Theories of Political Violence, in: Peace Research Reviews 1967, Bd. 1, H. 3, S. 1—87.
- Sporhan-Krempel, Lore, Papier aus dem Filstal. Einst und Jetzt. Göppingen 1955.
- Sprung, Johanna, Der deutsche Liberalismus und die soziale Frage bis 1848, phil. Diss. Leipzig 1924.
- Stadelmann, Rudolf, Soziale und politische Geschichte der Revolution von 1848, München 1953.
- Steger, Karl, Die politischen Gedanken von Moriz Mohl, phil. Diss. Tübingen 1923 (ms).

- Steinbrecher, Ursula, Liberale Parteiorganisation unter besonderer Berücksichtigung des Linksliberalismus 1871—1893, phil. Diss. Köln 1960.
- Steinbüchel, Theodor, Das Wesen des Proletariats nach Karl Marx, in: ders., Sozialismus, Tübingen 1950, S. 99—123.
- Ders., Die sozialistische Idee um 1848, in: ebd., S. 218—233.
- Stetter, F. G., Anfänge einer konservativen Partei in Württemberg, Staatsanzeiger, Bes. Beilage Nr. 12 v. 3. Dezember 1926, S. 281—289.
- Stillich, Oskar, Die politischen Parteien in Deutschland, Bd. 2, Leipzig 1911.
- Stockmann, Günther, Grundlagen und Krisenfestigkeit der württembergischen Industrie, Deutsche Zs f. Wirtschaftskunde, 1936.
- Ders., Die Verbindung von Landwirtschaft und Gewerbe in Württemberg, Schmollers Jb. H. 5/6, 1934.
- Stoltenberg, Gerhard, Der deutsche Reichstag 1871—1873, Düsseldorf 1955 (Beitr. z. Geschichte d. Parlamentarismus u. d. polit. Parteien, 7).
- Stone, Lawrence. Theories of Revolution, in: World Politics 18/1965/66, S. 159—176.
- Stürmer, Michael (Hrsg.), Das kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft 1870—1918, Düsseldorf 1970.
- Ders., Bismarcks Deutschland als Problem der Forschung, in: ebd. S. 7—25.
- Ders., Konservativismus und Revolution in Bismarcks Politik, in: ebd. S. 143—167.
- Supper, Ottilie, Witz, Satire und Humor in der Publizistik Württembergs, phil. Diss. München 1938.
- Supper, Die Entwicklung des Eisenbahnwesens im Königreich Württemberg, Stuttgart 1895.
- Tanter, R./Midlarsky, M., Revolution: eine quantitative Analyse, in: Zapf (Hrsg.), S. 418—440.
- Tetsch, Hartmut, Die permanente Revolution. Ein Beitrag zur Soziologie der Revolution und zur Ideologiekritik, Opladen 1973 (Beitr. z. sozialwiss. Forschung, 11).
- Thür, Josef, Demokratie und Liberalismus in ihrem gegenseitigen Verhältnis, rechtswiss. Diss. Zürich 1944.
- Traub, Manfred, Beiträge zur württembergischen Geschichte in der Reaktionszeit (1849—1859), phil. Diss. Tübingen 1937.
- Valentin, Veit, Geschichte der deutschen Revolution 1848—1849, 2 Bde., Köln-Berlin 1970 (Neudruck).
- Valjavec, Fritz, Die Entstehung der politischen Strömungen in Deutschland 1770 bis 1815, München 1951.
- Vogel, Ursula, Konservative Kritik an der bürgerlichen Revolution. August Wilhelm Rehberg, Neuwied 1972 (Politica 35).
- Vogt, Wolfgang, Württemberg im Deutschen Bunde und im Bismarck'schen Reich. Eine Studie zur auswärtigen Gewalt Württembergs, wirtschaftswiss. Diss. Nürnberg 1953.
- (Volkspartei). 100 Jahre Volkspartei 1864—1964. Festschrift zum Dreikönigstreffen 1964 (Schriftenreihe der FDP).
- Wahl, Adalbert, Beiträge zur deutschen Parteiengeschichte im 19. Jahrhundert, HZ 104, 1910, S. 537—594.

- Walker, Mack, Germany and the emigration 1816—1885, Cambridge/Mass. 1964.
- Wassmund, Hans, Revolutionsforschung, in: NPL 4, 1973, S. 421—429.
- Weber, Hartmut, Die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung im Wahlbezirk Ohringen-Künzelsau, April 1848, in: Württ. Franken, Jb. des Histor. Vereins 53 NF 43, 1969, S. 123—132.
- Weber, Josef, Die katholische Presse Südwestdeutschlands und die Begründung des Deutschen Reiches 1866—1872, phil. Diss. Straßburg 1918 (Teildruck).
- Weber, Max, Politik als Beruf, in: ders., Gesammelte politische Schriften, Tübingen 1958, S. 493—548.
- Ders., Wirtschaft und Gesellschaft, Grundriß der verstehenden Soziologie, 2 Bde., Köln-Berlin 1964 (Studienausgabe).
- Weber, Rolf, Kleinbürgerliche Demokraten in der deutschen Einheitsbewegung 1863—1866, (Ost)Berlin 1962.
- Ders., Die Beziehungen zwischen sozialer Struktur und politischer Ideologie des Kleinbürgertums in der Revolution von 1848—1849, ZfG 13, 1965, S. 1186—1193.
- Ders., Demokratische Volkspartei 1863—1866, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland I, S. 285—293 (s. unter Elm).
- Ders., Centralmärzverein 1848—1849, in: ebd. S. 227—235.
- Ders., Ultramontanismus und Demokratie in Süddeutschland 1866 bis 1870, in: Bartel/Engelberg (Hrsg.), S. 411—437.
- Ders., Zur historischen Beurteilung Bischof Kettelers. Seine sozial- und nationalpolitische Konzeption in den sechziger Jahren, in: ebd. S. 438—453.
- Wehler, Hans-Ulrich (Hrsg.), Moderne deutsche Sozialgeschichte, Köln-Berlin <sup>3</sup>1970 (NWB 10).
- Ders., Theorieprobleme der deutschen Wirtschaftsgeschichte (1800—1945). Prolegomena zu einer kritischen Bestandsaufnahme der Forschung und Diskussion seit 1945, in: Festschrift f. Hans Rosenberg, Berlin 1970, S. 66—107.
- Ders., Bismarck und der Imperialismus, Köln <sup>3</sup>1970.
- Ders. (Hrsg.), Geschichte und Soziologie, Köln 1972 (NWB 53).
- Ders., Polenpolitik im Deutschen Kaiserreich 1871—1918, in: Böckenförde (Hrsg.), S. 106—124.
- Ders., Das Deutsche Kaiserreich 1871—1918, Göttingen 1973.
- Weinmann, Arthur, Die Reform der württembergischen Innenpolitik in den Jahren der Reichsgründung 1866—1870. Die Innenpolitik als Instrument der Selbstbehauptung, Göppingen 1971 (Göpp. akad. Beitr. 17).
- Weller, Erich, Beiträge zur Geschichte der Revolution von 1848/49 in Württemberg. Heilbronn und die Revolution von 1848/49, phil. Diss. Tübingen 1924/25.
- Werner, Friedrich, Die Zollvereinspolitik der deutschen Mittelstaaten im Frühjahr 1852. Die Darmstädter Konferenz, phil. Diss. Frankfurt 1934.
- Wiese, Leopold v., Liberalismus und Demokratismus in ihren Zusammenhängen und Gegensätzen, Zs. f. Politik 9, 1916, S. 407—425.

- Windell, George G., *The Catholics and German unity 1866—1871*, Minneapolis 1954.
- Winkler, Heinrich August, *Preußischer Liberalismus und deutscher Nationalstaat. Studien zur Geschichte der Deutschen Fortschrittspartei 1861—1866*, Tübingen 1964 (Tüb. Studien z. Geschichte u. Politik, 17).
- Ders., *Bürgerliche Emanzipation und nationale Einigung. Zur Entstehung des Nationalliberalismus in Preußen*, in: Böhme (Hrsg.), S. 226—242.
- Wisotzki, Günther, *Die Durchsetzung der Prinzipien von Karl Marx zu Krieg und Frieden in der I. Internationale und seiner Konzeption zur Abgrenzung der IAA gegenüber der internationalen kleinbürgerlich-pazifistischen Friedens- und Freiheitsliga (1867—1868)*, phil. Diss. (Ost)Berlin 1968.
- Ders., *Die Abgrenzung der Internationalen Arbeiterassoziation von der kleinbürgerlich-pazifistischen Friedens- und Freiheitsliga 1867 bis 1868*, in: Bartel/Engelberg (Hrsg.), S. 467—500.
- Zapf, Wolfgang (Hrsg.), *Theorien des sozialen Wandels*, Köln-Berlin \*1971 (NWB 31).
- Ziebur, Gilbert, *Anfänge des deutschen Parlamentarismus. Geschäftsverfahren und Entscheidungsprozeß in der ersten deutschen Nationalversammlung*, in: Festgabe f. E. Fraenkel, Berlin 1965, S. 185—236.
- Zimmermann, Erich, *Der deutsche Reformverein*, phil. Diss. Heidelberg 1929.
- Zollschan, G. K./Hirsch, W. (Hrsg.), *Exploration in Social Change*, Boston-London 1964.
- Zorn, Wolfgang, *Handels- und Industriegeschichte Bayerisch-Schwabens 1648—1870*, Augsburg 1961 (Veröff. d. Schwäb. Forschungsgemeinschaft bei d. Komm. f. bayer. Landesgeschichte, 1, 6).
- Ders., *Typen und Entwicklungskräfte deutschen Unternehmertums*, in: Born, Karl Erich (Hrsg.), *Moderne deutsche Wirtschaftsgeschichte*, Köln-Berlin 1966 (NWB 12), S. 25—41.
- Ders., *Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Zusammenhänge der deutschen Reichsgründungszeit (1850—1879)*, in Böhme (Hrsg.), S. 296—316.
- Ders., *Sozialgeschichtliche Probleme der nationalen Bewegung in Deutschland*, in: Schieder (Hrsg.), S. 97—115 (Diskussion, S. 116—119).
- Zunkel, Friedrich, *Der rheinisch-westfälische Unternehmer 1834—1879. Ein Beitrag zur Geschichte deutschen Bürgertums im 19. Jahrhundert*, Köln-Opladen 1962 (Dortmunder Schriften z. Sozialforschung, 19).

## Personenregister

- Adam, Philipp Ludwig 298  
Albrecht, Friedrich 336  
Ammermüller, Friedrich 227, 237, 239,  
242 f., 264, 286 f., 295, 299, 321, 327,  
353, 425 f., 430 ff., 437 f.  
Augustenburg, Herzog Friedrich v.  
309, 311
- Bamberger, Ludwig 365 f., 399 f.  
BareiB, Louis 271, 287, 356 f., 373, 433  
Baumgarten, Hermann 306, 350  
Bayrhammer, Johann Leonhard 295 f.  
Bebel, August 420, 448  
Becher, August 138, 140 f., 144, 253 f.,  
264, 273, 279 f., 294, 299, 301, 308,  
321, 323, 327, 438  
Bekk, Johann Baptist 135  
Bennigsen, Rudolf v. 291, 299, 393  
Beroldinger, Joseph Graf v. 129  
Bierer, Hermann 300  
Bismarck, Otto v. 330, 333, 378—382,  
390 f., 393, 404 f., 413 ff., 455  
Bitzer, Friedrich v. 214  
Blanc, Louis 156, 169  
Bluntschli, J. C. 77, 299, 306, 366,  
395, 397, 405, 434  
Bockshammer 235  
Born, Stephan 102  
Braun, Ferdinand 21  
Breuning, Johann Jakob 292  
Brückmann, Bruno 362, 383  
Bürk, Johannes 373  
Bunsen, Georg v. 310
- Cavaignac, Louis Eugène 135  
Cavour, Camillo Benso di 380 f.  
Chevalier, Friedrich Lorenz 240, 324,  
339, 386 ff., 428 f., 430  
Cloß, Ernst 325
- Dahlmann, Friedrich Christoph 100  
Deffner, Carl 38, 76, 138, 203, 240,  
243, 264, 287, 292, 301, 328, 356, 373,  
376, 425 f., 430 ff., 437, 440  
Dernburg, Friedrich 366  
Dietrich, Konrad 117, 195  
Diezel, Gustav 245, 260, 271 ff.  
Dörtenbach, Georg 36, 44, 76, 195,  
227 f., 235, 240, 259, 280, 373
- Droysen, Johann Gustav 100  
Duncker, Max 274, 288, 341 f.  
Duvernoy, Gustav Heinrich 36 f.,  
113, 117, 129, 134 f., 158, 178, 193 ff.,  
206, 235, 259, 285, 292, 295, 311, 453
- Eckardt, Ludwig 358 f.  
Eckhard, Carl 363, 365  
Egelhaaf, Gottlieb Friedrich 276  
Elben, Eduard 394  
Elben, Otto 86, 159, 244, 263 f., 286 ff.,  
300, 315, 328, 351, 357, 373, 390,  
393 f., 396, 404, 407 f., 440  
Engels, Friedrich 101 f., 135, 254, 352  
Erath, Wilhelm 296, 328  
Ernst II, Herzog v. Coburg 271
- Fallati, Johannes 127, 180 f., 199 bis  
207, 450  
Federer, Friedrich 129, 425 f.  
Fetzer, Karl (Bankdirektor) 387 f.  
Fetzer, Karl 389 Vater von:  
Fetzer, Karl August 86, 134, 136 f.,  
158, 161, 164, 249, 276, 292, 295, 301,  
310, 320, 324, 328 ff., 338, 347, 353,  
356 f., 384, 387, 389 ff., 452 f.  
Finck, Carl 240, 373, 441  
Fontane, Theodor 102  
Francke, Karl 274  
Freiligrath, Ferdinand 98, 100  
Freisleben, Karl 143, 357  
Frese, Julius 361 f., 410  
Frey, Carl 428  
Friedrich, König v. Württ. 27, 71  
Fries, Hugo 292  
Fröbel, Julius 163 f., 296, 327
- Gagern, Heinrich v. 190  
Garibaldi, Giuseppe 313  
Gauger, Peter 298  
Gemmingen-Bonfeld, Wilhelm Frei-  
herr v. 354  
Georgii, Theodor 298 f., 301, 303,  
388 f.  
Geßler, Theodor 285, 296 f.  
Göpfert, Ludwig 376  
Gös, Karl Julius 412  
Golther, Karl August 353  
Goppelt, Adolf 37, 129, 132, 193, 196,  
198, 240, 259, 373

- Grieb, Dr. 141  
 Grohé (Edenkoben) 273  
 Grün, Karl 383
- Häusser, Ludwig 291, 293, 310, 313  
 Haidlen 138  
 Hardegg, Oskar v. 394  
 Harkort, Friedrich 209  
 Haußmann, Conrad 423  
 Haußmann, Friedrich 423  
 Haußmann, Julius 314 ff., 349, 355, 361, 383, 410, 438  
 Hecker, Friedrich 81  
 Herdegen 138  
 Hochberger, August 304  
 Hölder, Julius 20, 22 f., 73, 91 f., 138, 159, 178, 185 f., 194, 197, 224, 243, 252 f., 264, 276, 280 f., 285 ff., 290 ff., 295, 299, 301 f., 305 f., 310 ff., 321 bis 334, 338, 342, 347, 352 f., 356 f., 363 ff., 366 f., 378 f., 384 f., 391 f., 393 f., 397, 399 f., 404 f., 408, 429 ff., 439 f., 451 ff.
- Hohenlohe-Langenburg, Hermann  
 Fürst zu 349 f., 355, 397, 440  
 Hohott 273 f.
- Hopf, Franz 286, 289, 295, 300, 309, 321, 328  
 Hügel, Karl Eugen Freiherr v. 304
- Jacoby, Johann 361, 383, 413  
 Johann, Erzherzog v. Osterreich 183  
 Jolly, Julius 308
- Kapff, Ludwig 141  
 Kerner, Karl Friedrich Freiherr v. 36  
 Kerstorff 426  
 Kettner 428  
 Kiefer, Friedrich 366 f.  
 Kielmeyer, L. 331, 338, 386  
 Kirn, Karl 351  
 Klopp, Onno 297  
 Klüpfel, Karl 288, 297  
 Knauß 429  
 Körner, Viktor 353  
 Krämer (München) 273  
 Kröner, Adolf 324  
 Kuhn, Johannes 296  
 Kurz, Hermann 192, 202 f., 209, 233, 251 f., 264, 305 f.
- Lamey, August 366
- Lang, Wilhelm 20, 286, 333, 339, 351, 377, 392 f., 401, 404, 419, 430  
 Lasker, Eduard 365, 366 f.  
 Lassalle, Ferdinand 446  
 Latour, Theodor Graf v. 176  
 Lerchenfeld, Freiherr v. 412  
 Lichtenstein, Karl 297  
 Liebknecht, Wilhelm 420  
 Linden, Joseph Freiherr v. 242, 248, 273, 294 f., 335  
 Loewenstein 388, 390
- Mährlen, Johannes 55, 226, 238  
 Majer, Adolf 151, 163  
 Marquardsen, Heinrich v. 365 f.  
 Martini (Nürnberg) 273  
 Marx, Karl 101, 254, 315, 327, 352  
 Mathy, Karl 135, 308  
 Maucler, Paul Theodor Eugen Freiherr v. 193, 278  
 Mayer, Carl 91 f., 137 ff., 142 ff., 178, 192, 197, 233, 251 f., 253 f., 264, 305 f., 314 ff., 323 f., 327, 329, 347, 349, 352 f., 354 f., 356 f., 361 f., 410, 415, 417, 422 f., 432 ff., 446, 452 f.  
 Mayer, Karl sen. 314  
 Meier, Hermann Heinrich 389  
 Metz, August 293, 363 f., 366  
 Michaelis 374  
 Mittenmaier, K. J. A. 243, 360  
 Mittler, Emil 338  
 Mittnacht, Hermann v. 297, 353, 394, 407, 419  
 Mögling, Theodor 81 f., 162  
 Mohl, Julius 296, 353, 413, 419 f., 439  
 Mohl, Moriz 39, 53, 251, 276, 281, 288 f., 292, 295 f., 310 f., 314 f., 321, 353, 382, 412 f., 417, 419 f., 425 f., 438 f., 443  
 Mohl, Robert v. 81, 201, 281, 289, 292, 310 f., 314 f., 321, 382  
 Müller, Gustav 240, 287, 324, 333, 350, 357, 366, 373, 439, 441  
 Müller, Sigmund 310  
 Müllerschön, Konrad 353  
 Murschel, Wilhelm 86, 153 f., 243, 287, 292, 295, 299, 306
- Nägele, Ferdinand 206, 213 ff., 219, 279 f., 299  
 Nagel, Lorenz Fr. 299  
 Napoleon I. 71

- Napoleon III. 268, 291 f., 330, 378 f.,  
 414 f.  
 Neurath, Konstantin Franz Justus  
 Freiherr v. 297, 394  
 Niethammer, Hermann 357, 362  
 Notter, Friedrich 113, 137, 148, 167 f.,  
 171 f., 174 f., 183, 185, 190 f., 193 ff.,  
 215, 259, 280, 287, 290, 292, 306, 332,  
 338, 381  
 Nüßle, Karl 273, 276  
  
 Oehler 195  
 Osterlen, Ludwig August 73, 138,  
 185, 243, 249, 277, 307, 310 f., 320 ff.,  
 328 f., 347, 349, 356, 359, 410, 412,  
 414, 425 f., 446 f.  
 Oetker, Friedrich 342  
 Ostertag, Carl 36  
 Otto (Heilbronn) 339  
  
 Pauli, Reinhold 374  
 Payer, Friedrich 211, 423  
 Pfau, Ludwig 143, 192, 252 ff., 314 ff.,  
 403, 411 f., 414 f., 417, 422 f., 432  
 Pfeifer, Karl 73, 224, 243, 256, 276,  
 278, 287, 293, 298 f., 338, 385 f., 390,  
 395, 425 f., 428, 430, 434, 440  
 Pfeiffer, Eduard 350, 357, 365 f., 399,  
 429, 439, 441, 446  
 Pfizer, Gustav 159, 177 f., 181, 190,  
 193 f.  
 Pfizer, Paul A. 73, 75, 79, 129, 131,  
 171 f., 181 f., 239, 288  
 Pfordten, Ludwig v. der 274  
 Pistorius, K. Christian Friedrich v. 36  
 Planck, Karl Christian 245  
 Prestinari, Bernhard August 297  
 Probst, Rudolf 73, 224, 243, 256, 269,  
 276, 285 ff., 289, 295, 308 ff., 321,  
 327 ff., 355, 405, 418 f., 438  
 Proudhon, Pierre J. 254  
  
 Raible, Rudolf 391  
 Rau, Gottlieb 109, 128, 138, 152,  
 161 ff., 212 ff.  
 Raveaux, Franz 182  
 Rechberg, Graf v. 419  
 Reger, Johann Friedrich 276  
 Reibel, Karl 440  
 Reinhart, Ludwig v. 304  
 Renan, Ernest 414  
  
 Reuchlin, Hermann 350, 389, 395, 397,  
 405  
 Reyscher, Ludwig 73, 127, 142, 151,  
 167, 194, 224, 259, 280, 287, 290 ff.,  
 299 ff., 306, 310, 342, 381, 393, 439  
 Riecke, Karl Viktor v. 57  
 Riehl, W. H. 94  
 Rochau, August Ludwig 260, 411, 419  
 Roeder, Freiherr v. 354, 397  
 Rödinger, Friedrich 86, 143, 209, 239,  
 251, 276, 289, 295, 384  
 Römer, Friedrich 73 ff., 101, 103, 129,  
 135, 142, 145 ff., 157 ff., 173 ff., 182 f.,  
 191, 193 f., 197 f., 205 ff., 217, 223,  
 258 f., 269, 275, 292, 295, 306, 328,  
 452  
 Römer, Max 324, 333, 339, 363  
 Römer, Robert 86, 106, 138, 159, 185,  
 194, 243, 324, 328, 332 f., 339, 353,  
 356, 366, 374, 384 f., 390, 393, 396,  
 398, 402 f., 404, 406, 440, 452 f.  
 Rommel, Otto 339, 351  
 Rosenberg, Adalbert Freiherr v. 404  
 Rosenberg, Arthur 445  
 Rotteck, Carl v. 100  
 Rümelin, Gustav 134, 156, 168 f., 185,  
 188, 194, 198, 288, 341, 381  
 Rümelin, Maria 389  
 Rümelin, Richard 339, 373  
 Ruoff, Johann Jakob 276  
  
 Sarwey, Otto 297, 311, 394  
 Schäffle, Albert 286, 296 f., 419, 425,  
 438  
 Schall, Karl Ludwig 295, 353  
 Scherr, Johannes 77, 79, 134, 203, 253  
 Schifterling, Bernhard 210  
 Schlayer, Johannes 78, 178, 192, 281,  
 285  
 Schmid, Carl Joseph 313, 382  
 Schmidt, Ferdinand 324  
 Schmoller, Gustav 54, 66, 381, 389  
 Schnitzer (Biberach) 382, 406  
 Schnitzer, Karl Friedrich 273, 289  
 Schoder, Adolf 73, 182, 194, 224, 249,  
 280  
 Schott, Albert 73, 75, 79, 251, 264  
 Schott, Karl 304  
 Schott, Sigmund 86, 194, 275 f., 285,  
 287, 292, 295, 299 ff., 308, 327 ff.  
 Schulze-Delitzsch 304, 446

- Schwegler, Albert 181  
 Schweickhardt, Eduard 332, 339  
 Seefried, Georg Friedrich Christian  
 Philipp 295  
 Seeger, Adolf 224, 243, 273, 276, 280,  
 293 ff., 298 f., 301, 305 ff., 310, 315,  
 321, 324, 328, 336, 429  
 Seeger, Ludwig 273, 276, 280, 295,  
 298, 302, 310, 320  
 Sick, Heinrich 311, 317, 394  
 Siegle, Gustav 324, 350  
 Sièyes, E. J. 156  
 Sigel, Christian August 276, 295  
 Sonnemann, Leopold 299, 361, 433  
 Sontheim, Johann Georg Graf v.  
 129, 173  
 Springer, Christian Ulrich 339, 439  
 Stein, Lorenz v. 199 f., 204  
 Steinbeis, Ferdinand 66 f., 216, 219,  
 241 f., 311, 440  
 Steiner, Kilian 324, 338, 395, 429, 441  
 Steinkopf, Friedrich 387  
 Stockmayer, Hermann 224, 276, 280  
 Strauß, David Friedrich 134, 156, 158,  
 167 ff., 173  
 Streich, Karl 355  
 Streit, Fedor 291, 299 ff., 307  
 Struve, Gustav 81, 181  
 Suckow, Albert v. 394, 401  
 Süskind, Eduard 224, 264, 276, 280  
 Sybel, Heinrich v. 306
- Tafel, Gottlob 86, 134, 181, 273, 276,  
 289, 299 ff., 315, 320, 323 f., 328, 349,  
 357, 360, 376, 420, 425 f.  
 Tafel, Theodor 301, 341, 395, 408,  
 428 f.  
 Thudichum, Friedrich 374
- Uhland, Ludwig 75, 79, 127 ff., 142,  
 180, 189, 251, 264, 314
- Varnbüler, Friedrich Gottlob Karl  
 Freiherr v. 297, 397, 401, 419, 425,  
 441  
 Virchow, Rudolf 100  
 Vischer, Friedrich Theodor 106, 189,  
 190 f., 312 f., 452
- Vischer, L. 30  
 Völk, Joseph 364  
 Völter, Dr. (Metzingen) 333  
 Vogel, Paul 276  
 Vogt, Gustav 383
- Wächter, Oskar 296 f., 339, 347, 351,  
 353, 386 ff.  
 Wächter-Spittler, Karl Freiherr v.  
 192, 233, 273  
 Wagner, Christian 339  
 Wagner-Frommenhausen, Rudolf  
 Franz Josef Fidel Freiherr v. 355,  
 394  
 Waldburg-Zeil-Trauchburg, Wilhelm  
 Fürst zu 355  
 Walter, Adolf 305, 308  
 Weber, Franz 357, 439  
 Weber, Max 315  
 Weckherlin, Ferdinand Heinrich  
 August v. 39  
 Wehrenpfennig, Wilhelm 313  
 Weipert, Fidel 353  
 Weiß, Guido 361 f., 383  
 Weisser, Adolf 134, 144, 181, 185,  
 192  
 Wezsäcker, Julius 343, 374  
 Wezsäcker, Karl 374  
 Wezler, P. 343  
 Widenmann, Gustav 77, 228 f., 260 f.,  
 305, 333, 365, 388, 392  
 Wiest, Alois 180  
 Wilhelm I., König v. Württ. 27, 35,  
 37, 39, 78, 142, 144, 190, 226, 248,  
 398, 426, 435, 443  
 Winter, Friedrich 276, 280  
 Wittig, Ludwig 325  
 Wöllwarth, Georg Freiherr v. 402 f.  
 Wolbach, Gustav 347  
 Wurm, Chr. Fr. 140  
 Wydenbrug, Oskar v. 297
- Zeller, Eduard 328, 333  
 Zeller, Gustav 247  
 Zeppelin, Friedrich Graf v. 440  
 Zimmermann, Wilhelm 224  
 Zöppritz, Carl 428